Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

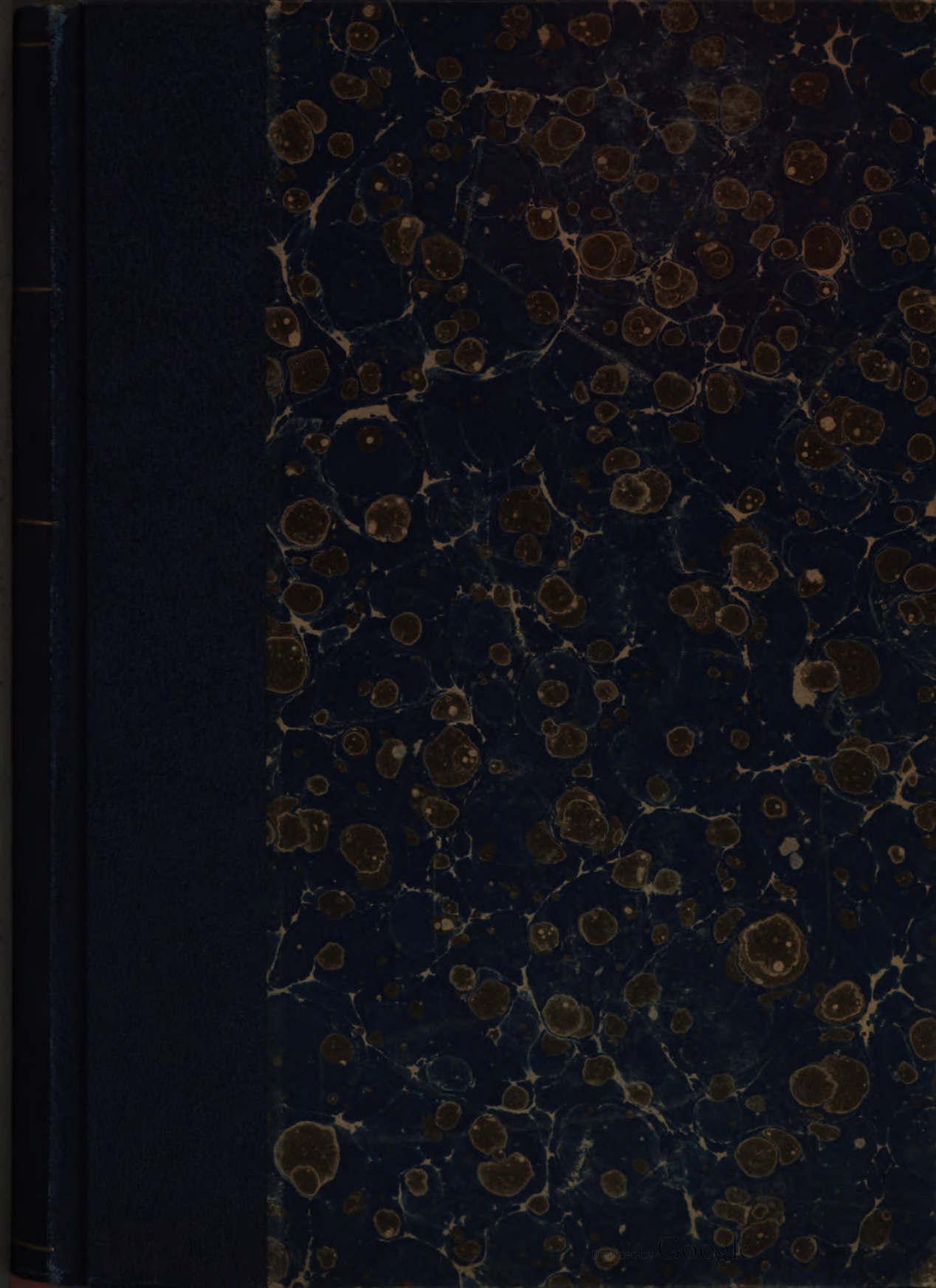
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik

✦

Herausgeber:
Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein

Schriftleitung:
Theodor Heuß, Axel Schmidt

✦

Dritter Jahrgang

Januar/Juni 1918

Gustav Kiepenheuer Verlag / Weimar-Berlin

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES
Stacks
SEP 8 - 1978

D1
D42
v.3
pt.1
Jan-June 1918

Digitized by Google

Inhalts-Verzeichnis

I. Hauptartikel

Seite

Arndt, Paul, „Faserstoff" 471
Baare, Th., Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen 571
Beer, M., Neugestaltung der Britischen Arbeiterpartei 519
Bencke, Albert, Ethnographische Randglossen zur Entwicklung im Osten 369
Bergson, Egon, Austropolnische Lösung 808
v. Blume, Wi.h., Bethmann Hollweg, der Demokrat 284
Bonn, M. J., Die irische Krise 744
Bornhak, Konrad, Polens geschichtliche Grenzen 427
Brentano, Lujo, Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde 203, 276, 341
Buetz, G., Pro Palästina 647
Cahén, Fritz Max, Dänemark und Mitteleuropa 460
Classen, W., Ersatz unserer Menschenverluste 496
Deißmann, D. Adolf, „Theologie ohne Deutschland" 785
Delbrück, H., Tirpitz und Lloyd George 181
Dominicus, Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst nach dem Kriege 820
Dresdner, Albert, Die Liquidation im skandinavischen Norden 395
Erich, Schweden, Aland und das unabhängige Finnland 39
Eulenberg, Franz, Die neuen Steuervorschläge 528
Faßbender, Martin, Randglossen zur elsaß-lothringischen und polnischen Frage 84
Fischer, Johannes, Der Frieden und die Zukunft 55
— Sozialpolitische Neuordnung 603
Göhler, Hans, Clemenceau und Caillaux 209
Guttmann, B., Der Abschied des Grafen Czernin 515
Haas, Ludwig, Volksstaat und Monarchie 212
Hashagen, J., Zur Datierung der Conventions Anglo-belges 551
Haußmann, Konrad, Februar 1918 im Reichstag 291
— Ost-Westliches 100
Havekoß, A., Zwei Schlagworte 440
Hennig, Richard, „Hamburg—Herat" — eine neue Aufgabe deutscher Verkehrspolitik . . . 597
Herwarth v. Bittenfeld, Militarismus 269
Heuß, Theodor, Autorität der preußischen Regierung 771
— Bakunins Schatten 200
— Folgerungen 177
— Heydebrands Ermattungsstrategie 104
— „Mitteleuropa", Auf dem Wege zu 643
— Ostfriede und die westlichen Probleme, Die 355
— Reichstag vor neuen Aufgaben, Der 451
Hoffmann, Karl, Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters 113
Holdermann, Friedrich, Der Aufstieg des Zentrums 109
Horn, Hermann, Weltliche Organisation geistiger Arbeit 794
Jäckh, E., Ordnung des Balkan, Die 611
— Westasiatische Weg, Der 329
— Wien—Washington 132
— Zwangsläufigkeit 244

Digitized by Google

Seite

Japikse, N., Belgien und Holland 242
Jastrow, J., Osteuropäische Frage, Die 163
— „Rußland" oder „Osteuropa" 594
— Die Ukraine und die osteuropäische Frage 400
Jesser, Franz, Österreichs innere und äußere Politik 250
— Das böhmische Problem 751
Knapp, Georg Friedrich, Über den sogenannten Geldwert 309
Knorr, Wilhelm, Die Zukunft des Donaugebietes 294
Koch, E., Die Not der Zivilgefangenen in Rußland 637
Kolbe, Franz, Der deutsche Kolonialbesitz 183, 598
— Unsere kolonialen Kriegsziele 724
Kuczynski, R., Wohnungsnot und Finanznot 89
Laquer, B., Getränkesteuern und Branntweinkarten 631
Lederbogen, Dr. Friedrich Karl, Unsere Kolonien und England 649
Lehmann, Max, Regierungswechsel in Bulgarien 818
Lenz, Friedrich, Vom Militarismus und vom Kriege 691
— Vorderasien und der Friede 813
Leuthner, Karl, Deutsche und tschechische Politik 711
Linter, Amerikas Kriegswirtschaft 251
— Berliner Banken 570
— Börsenspekulation und die Schuldigen 828
— Daimler 378
— Englische Kriegsfinanzierung 443
— Französische Bankrotteurpolitik 316
— Krieg als Förderer der Trustbildung 766
— Petroleumabkommen mit Rumänien 634
— Reichsbank-Ausweis, Randbemerkungen zum 506
Ljunglund, Leonhard, Schweden, Finnland und Deutschland 524
Lotz, W., Steuerflucht 729
Luther, Arthur, Tolstoi und die Maximalisten 237
Mähl, Hans, Zeitgemäße Wahlrechtsdebatte 58
Meinecke, Friedrich, Zwei Systeme 707
Mollin, Dr., Die Lage in Schweden 17
Nagel, Ferdinand, Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage 685
Peus, H., Eine schwere Gefahr 306
Piorkowski, Kurt, Entwicklung der Psycho-Technik in Deutschland während des Krieges . . 498
Reinhardt, Walther, Türkenspiegel 491
Rohrbach, P., Eisgang im Osten 259
— Brest-Litowsk und die Entente 3
— Deutschland und die Ukraine 547
— Englands kriegspolitische Ziele 585
— Finnland, Der Staat 67
— Freund dem Freunde 739
— Machtfriede oder Friedensideal im Osten? 483
— Offensive und Ideenkampf 387
— Osteuropäische Friede, Der 323
— Sieg! 419
— Ukrainische Eindrücke 675
— Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands, Der 195
— Was wir könnten ...! 803
— Wendung 35

Digitized by Google

Seite

Rohrbach, P., Wilson und Trotzki, Gebrüder 227
Roloff, Gustav, Wandlungen der Strategie 78
— Zeitgenössische Kriegsliteratur 422
Rosenthal-Deussen, Erika, Zur Frage der Geburtenvermehrung 824
Rotheit, Rudolf, Gedankenmacht und Machtgedanken 139
Saenger, Alwin, Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie 141
— Glaube an die Nation 536
Sieger, Robert, Bewegung in Deutschösterreich 615
— Umfang der slawischen Bewegung in Österreich 48
Sperber, O., Deutschlands Schuld und Pflicht gegen das Auslanddeutschtum 119
Schiller, Richard, Die Diktatur des Proletariats 374
Schmidt, Axel, Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben? 404
— Maximalistischer Imperialismus 136
— Ukraine und der Vierbund 488
— Ukrainische Parteien 781
Schulze-Gaevernitz, G. v., „Deutschland-Amerika" in amerikanischer Beleuchtung . . . 12
— Freiheitsfrieden 358
— Parlamentarismus und Krone 658
Schmidt-Gründler, Über berufsständische Vertretung 534
Stein, Philipp, Finnland 333
— Hollands Not — Europas Gefahr 392
— Kühle Nase und kühler Kopf 264
Strahl, Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum 432
Thimme, Friedrich, Geschichte der Mission Lord Haldanes (1912) 759
— Herrenhaus und berufsständisches Prinzip 247
— Die Zukunft der nationalliberalen Partei 406
— Streik 170
— Wort des Königs, Das 579
Thimme, W., Rathenau als Publizist 565
Tönnies, Ferdinand, Edward Grey und sein Tschinovnik 456
Troeltsch, Ernst, Anklagen auf Defaitismus 661
— Freiheit und Vaterland 72
Truppel, von, Die deutschen Südseekolonien 466
Voß, Wilhelm, Uneheliche Mütter und Kinder 698
Waldstein, Felix, Zur Herrenhausfrage 8
Weber, Alfred, Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen 680
Wegener, Georg, Zur flämischen Frage 718
Weisbach, Werner, Italien und das südslawische Problem 774
Wetterhoff, Friedrich, Unsere Aufgaben im Norden 620
Wertheimer, Fritz, Livländische Stimmungen 365
Ziehen, Julius, Lehrerbildung und Schulreform 146
Zuk, Andreas, An wen soll sich die Ukraine anschließen? 590
* * * Agrarreform in Preußen 554
* * * Das schweigende Heer 217
* * * Geschichte der amerikanischen Neutralität 25
* * * Jüdische Siedlung in Palästina 788
* * * Neugestaltung des auswärtigen Dienstes 625
* * * Petersburger Eindrücke 301
* * * Politik und Valuta 149
* * * Ukraine, Der Stand der 45
* * * Was bezweckt Japan in Sibirien? 338

Digitized by Google

II. Sachregister

Seite

Allgemein Politisches 769
Anklagen auf Defaitismus (Troeltsch) . 661
Freund dem Freunde (Rohrbach) . . . 739
Friedensoffensive der „Kreuzzeitung" . . 831
Haldanes Mission (Thimme) 759
Neugestaltung des auswärtigen Dienstes (*,*) 625, 770
Offensive und Ideenkampf (Rohrbach) . 387
Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage (Nagel) 685
Präsidentenwahl im Reichstag 738
Schweigendes Heer 217
Was wir könnten ...! (Rohrbach) . . 803
Zwei Systeme (Meinecke) 707
Baltische Provinzen 1, 61, 65, 162, 257, 322, 353, 382, 418, 482, 541, 546, 768
Litauen 1, 290
Livländische Stimmungen (Wertheimer) 365
Belgien 129
Braqueville 738
Datierung der Conventions Anglo-belges (Hasbagen) 551
Belgien und Holland (Japikse) . . . 242
Flämische Frage (Wegener) 718
Bulgarien 286
Regierungswechsel in Bulgarien (Lehmann) 818
Deutsche Weltpolitik
Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum (Strahl) 432
Deutschlands Pflicht und Schuld gegen das Auslanddeutschtum (Sperber) . 119
Elsaß-Lothringen 84
Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie (Saenger) 141
Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen (Baare) 371
Randglossen (Faßbender) 84
England
Britische Arbeiterpartei (Beer) 519
Englands Angst vor Mitteleuropa . . 511
Englands kriegspolitische Ziele (Rohrbach) 585
England und der Orient 702
Englische Wirtschaftspolitik . . . 670, 831
Englisches Kabinett 2, 34, 67, 125, 130, 225, 258, 289, 321, 353, 387, 482, 513, 578, 610, 673
Grey und sein Tchinownik (Tönnies) . 456
Hadlam über die deutschen Liberalen . . 125

Seite

Irische Krise (Bonn) 747
Irland 35, 515, 670, 673
Kriegsfinanzierung (Linter) 445
Lansdowne 413, 642
Schiffahrtsfragen 221
Sieg! (Rohrbach) 419
Vorderasien und der Friede (Lenz) . . 815
Wilhelm von Oranien 414
Finnland 33, 67, 129, 194, 286, 322, 383, 446, 450, 543, 610, 674, 702, 802, 832
Der Staat Finnland (Rohrbach) . . . 67
Finnland (Stein) 333
Frankreich
Bankrotteurpolitik (Linter) 316
Clemenceau. 97, 353, 450, 481, 802
Clemenceau und Caillaux (Göhler) . . 209
Landwirtschaftliche Aussichten 222
Poincaré! 642
Großrußland 320, 450, 476, 606
Deutsche Kolonisten 706
Ethnographische Randglossen (Bencke) . 369
Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben? (Schmidt) 404
Holland 353, 417
Hollands Not — Europas Gefahr (Stein) 392
Innere Politik
Bethmann Hollweg . 23, 284 (Blume), 321
Bund der Landwirte 259
Deutsche Vaterlandspartei 94, 99, 130, 154, 155
Freiheitsfriede (Schulze-Gaevernitz) . . 358
Freiheit und Vaterland (Troeltsch) . 72, 92
Friede und Zukunft (Fischer) 55
Hammann (Heuß) 541
Haußmann über die Reichstagsresolution 512
Hertling 92, 129
Im Reichstag, Februar 1918 (Haußmann) 291
Kühlmann 386, 545
Lichnowsky 387
Max von Baden 226
Payer 289
Reichstagswahlrecht 259
Reichstag vor neuen Aufgaben (Heuß) . 451
Solf 610
Streik 161, 170 (Thimme), 177 (Heuß) 195
Tirpitz . . . . 161, 181 (Delbrück), 189
Valentinis Rücktritt 100
Volksstaat und Monarchie (Haas) . . 212
Italien
Italiens Ausbeutung (Brentano) 203, 276, 341

Digitized by Google

Seite

Italien u. d. südslaw. Problem (Weisbach) 774
Kolonialpolitik
Der deutsche Kolonialbesitz (Kolbe) 183, 558
Deutsche Südseekolonien (Truppel) . . 466
Eisenbahnpläne nach Mittelasien . . . 478
Ende des kolonialpolitischen Zeitalters (Hoffmann) 113
Schwarze Truppen 155
Unsere kolonialen Friedensziele (Kolbe) . 724
Unsere Kolonien und England (Lederbogen) 648
Zwei Schlagworte (Havekoß) 440
Kriegslage 193, 290, 385, 417, 482, 705, 737, 802
Kulturpolitik
Deutsche Sprachinseln und Weltkrieg . 797
Lehrerbildung und Schulreform (Ziehen) 146
Psychotechnik in Deutschland (Piorkowski) 498
Rathenau als Publizist (W. Thimme) . 565
„Theologie ohne Deutschland" (Deißmann) 785
Weltkrieg und Lehrerschaft 831
Weltkrieg und Unterricht 734
Welt-Organisation geistiger Arbeit (Horn) 749
Militärische Fragen 546
Militarismus (Herwarth v. Bittenfeld) . 269
Militarismus und Krieg (Lenz) . . . 691
Wandlungen der Strategie (Roloff) . . 78
Zeitgenössische Kriegsliteratur (Roloff) . 422
Neutralität 25
Die Neutralen und der Krieg 29
Wilson 2
Österreich-Ungarn 290, 322, 737, 770, 801
Austropolnische Lösung (Bergson) . . . 808
Bewegung in Deutschösterreich (Sieger) 615
Böhmisches Problem (Jesser) 751
Czernin 449
Czernins Abschied (Guttmann) . . . 515
Deutsche und tschechische Politik (Leuthner) 711
Innere und äußere Politik (Jesser) . . 230
Kaiser Karls Briefe 481, 513, 547
„Mitteleuropa" (Heuß) 643
Umfang der slawischen Bewegung (Sieger) 48
Ostasien 222
Anglo-japanische Allianz 156
England und Japan 672
Was bezweckt Japan in Sibirien? (*_*) 338
Ostfriede 1, 66, 98, 162, 225, 254, 257, 574, 706, 802
Brest-Litowsk und die Entente (Rohrbach) 3
Eisgang im Osten (Rohrbach) . . . 259
Machtfriede oder Friedensideal im Osten (Rohrbach) 483

Seite

Osteuropäische Frage (Jastrow) . . . 165
Osteuropäischer Frieden (Rohrbach) . . 323
Ost-Westliches (Haußmann) 100
Ostfriede u. die weltlichen Probleme (Heuß) 355
„Rußland" oder „Osteuropa"? (Jastrow) 594
Wendung (Rohrbach) 35
Wilson und Trotzki, Gebrüder (Rohrbach) 227
Westasiatischer Weg (Jäckh) 329
Zivilgefangene in Rußland (Koch) . . 637
Zwangsläufigkeit (Jäckh) 244
Parteien
Nationalliberale . 189, 258, 354, 514, 769
Zukunft der Nationalliberalen Partei (Thimme) 406
Sozialdemokratie 131, 226, 259, 354, 482, 701
Diktatur des Proletariats (Schiller) . 734
Glaube an die Nation (Saenger) . . 536
Schwere Gefahr (Peus) 306
Zentrum
Aufstieg des Zentrums (Holdermann) 109
Polnische Fragen . . . 193, 254, 323, 550
Polens geschichtliche Grenzen (Bornhak) 427
Randglossen 84
Schulsprache 27
Preußische Verfassungsreform 98, 154, 162, 189, 194, 219, 226, 258, 286, 323, 482, 514, 527, 609, 641, 706, 769, 798
Autorität der preußischen Regierung (Heuß) 771
Berufsständische Vertretung (Schmidt-Gründler) 534
Herrenhausfrage (Waldstein) 8
Herrenhaus und berufsständisches Prinzip (Thimme) 247
Heydebrands Ermattungsstrategie (Heuß) 104
Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage (Nagel) 685
Parlamentarismus und Krone (Schulze-Gaevernitz) 658
Wort des Königs (Thimme) 579
Zeitgem. Wahlrechtsdebatte 1848 (Mühl) 58
Rumänien 258, 386, 449
Die Ordnung des Balkans (Jäckh) . . 611
Die Zukunft des Donaugebiets (Knorr) 294
Petroleumabkommen mit Rumänien (Linter) 634
Russische Revolution 61, 155, 194, 220, 256, 447 (Brandes)
Bakunins Schatten (Heuß) 200
Gedankenmacht und Machtgedanken (Rotheit) 139
Kühle Nase und kühler Kopf (Stein) . 264

Digitized by Google

Seite

Maximalistischer Imperialismus (Schmidt) 136
Petersburger Eindrücke (*,*) 301
Tolstoi und die Maximalisten (Luther) . 237
Skandinavien
Dänemark und Mitteleuropa (Cahén) . 460
Island (Küchler) 476
Lage in Schweden (Molin) 17
Liquidation im skandinavischen Norden (Dresdner) 395
Schweden, Aland und das unabhängige Finnland (Erich) 39
Schweden, Finnland und Deutschland (Ljunglund) 524
Schweden und Aland 703
Schwedens Eisenhandel 573
Schwedische Politik 514
Unsere Aufgaben im Norden (Wetterhoff) 620
Spanien 290
Türkei 125, 578
Enver Pascha 475
Jüdische Siedlung in Palästina . . . 788
Pro Palästina (Buetz) 647
Türkenspiegel (Reinhardt) 491
Ukraine 29, 34, 124, 219, 255, 514, 578, 639, 674, 704, 737, 797
An wen soll sich die Ukraine anschließen? (Zuk) 590
Der Stand der Ukraine 45
Deutschland und die Ukraine (Rohrbach) 547
Ukraine und der Vierbund (Schmidt) . 488
Ukraine und osteuropäische Frage (Jastrow) 400
Ukrainische Eindrücke (Rohrbach) . . . 674
Ukrainische Parteien (Schmidt) . . . 781
Ukrainischer Frieden und Auflösung Rußlands (Rohrbach) 195
Vereinigte Staaten . . 477, 606, 851
Amerikanisch-britischer Wirtschaftsgegensatz 830
Amerikas Kriegswirtschaft (Linter) . . . 251

Seite

Deutschland und Amerika in amerikanischer Beleuchtung (Schulze-Gaevernitz) . . 12
Wilson 2, 574, 705, 795
Verkehrspolitik
Hamburg—Herat (Hennig) 597
Westfrieden 546
Wien—Washington (Jäckh) 132
Wirtschafts- und Sozialpolitik
Agrarreform in Preußen (*,*) . . . 554
Arbeitskammergesetz 832
Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum (Strahl) 462
Berliner Banken (Linter) 570
Börsenspekulation u. d. Schuldigen (Linter) 828
Daimler (Linter) 378
Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen (Weber) 680
Die neuen Steuervorschläge 528
Ersatz unserer Menschenverluste (Classen) 496
Faserstoff (Arndt) 471
Geburtenvermehrung (Rosenthal-Deussen) 824
Geldwert, Über den sogenannten (Knapp) 309
Getränkesteuern und Branntweinkarten (Laquer) 631
Kriegsschulden Europas 640
Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst (Dominicus) 820
Petroleumabkommen mit Rumänien (Linter) 634
Politik und Valuta (Linter) 147
Reichsbankausweis (Linter) 506
Rittergutsbesitzer (Jenny) 412
Sozialdemokratie und Landwirtschaft . 798
Sozialpolitische Neuordnung (Fischer) . 603
Steuerflucht (Lotz) 729
Steuervorlagen 641, 738, 769
Trustbildung (Linter) 766
Uneheliche Mütter und Kinder (Voß) . 698
Wirtschaftskrieg n. d. Frieden (Schuchardt) 152
Wohnungsnot und Finanznot (Kuczinski) 87

III. Neuerscheinungen

Seite

Auslandskunde 479
Der Kriegsroman von Barbusse 735
Das Problem des Völkerrechts 222
„Die Geburt der Vernunft" 575
Die Neutralen 31
Der Friede und die deutsche Zukunft . . 62
Erziehungswesen 95, 799
Geschichte und Leben 287

Seite

Gottfried Keller als Politiker 735
Kriegsliteratur 126
Politik und Kriegführung 159
Reformationsliteratur 608
Reichsfinanzreform 799
Schweiz 607
Unsere Bundesgenossen 191
Verfassungsfragen 351

Digitized by Google

3. Jahrgang • 4. Januar 1918 • Heft 1

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Neujahrsgedanken

Die Veröffentlichung der wesentlichen Punkte der russisch-deutschen Verhandlungen in Brest-Litowsk enthält mehrfach das Wort „Selbstbestimmungsrecht". Dieses gehört, so wie der Ausdruck gebraucht wird, in den politisch-literarischen Stil des russischen Maximalismus, der es seinerseits von den westlichen Demokratie entlehnt hat, aber auf seine eigene Weise versteht. Es wäre gut, wenn neben dieser stilistischen Anleihe beim Gegner auch einmal ein anderes deutsches Wort gebraucht würde, das innerlich wahrer und sachlich richtiger wiedergibt, worauf wir hinstreben müssen — nicht: Selbstbestimmungsrecht, sondern: Selbstzweckrecht. Diesen Ausdruck hat der Staatssekretär Dr. Solf in seiner Rede am 21. Dezember gebraucht. Darin liegt der Anspruch der Völker enthalten, niemals bloß als Mittel zu irgendeinem Zweck, sondern als Selbstzweck behandelt zu werden. Mit diesem Wort schafft man Raum für die Staatskunst und verläßt sich nicht ausschließlich auf Mehrheitsbeschlüsse, die oft den Volkswillen fälschen, statt ihn zum Ausdruck zu bringen.

*

Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß der Verwaltungschef von Litauen, Fürst Ysenburg, von seinem Posten abberufen worden sei. Diese Nachricht wurde, wie nicht anders möglich, allgemein für wahr gehalten. Sie wurde aber im „Berliner Lokalanzeiger" dementiert.

*

Ein gutes Wort über diesen Krieg heißt: er würde eigentlich um das Recht des Deutschen geführt, zu sprechen: civis Germanus sum, ich bin ein Deutscher. Es ist immerhin fraglich, ob das hier gesteckte Ziel erreicht werden wird, wollte man aus der Gesinnung vieler Daheimgebliebener auf das Deutschland schließen, das aus diesem Kriege hervorgehen wird. Im gegenwärtigen Augenblick werden zahlreiche Deutsche, Esten und Letten in Livland und Estland durch Mörderbanden abgeschlachtet, die vorgeben, im Namen des russischen Maximalismus zu handeln.

Digitized by Google

Hierbei handelt es sich nicht um die Frage, wohin die baltischen Provinzen nach dem Kriege gehören werden. Diese kann offen bleiben. Wir müssen uns nur gegen die Roheit und Stumpfheit wenden, mit der in Deutschland über das Schicksal von Deutschen zur Tagesordnung übergegangen wird.

Es ist eine kleinbürgerliche Denkweise, die als Deutschen nur den deutschen Reichsangehörigen zu erkennen imstande ist. Die baltischen Provinzen sind das einzige deutsche Land, in dem bisher alte englische Familien germanisiert worden sind. Einer der bedeutendsten deutschen Führer in Livland war der Rigaische Bürgermeister Armitstead. Andere baltische Deutsche heißen seit Generationen Balfour (ein Verwandter des Staatssekretärs), Löwis of Menar, Barclay, Fermor, Melville (war Bürgermeister von Libau beim Einzug der Deutschen), Bolmering. Der Rigaische Bürgermeister v. Bolmering (die Familie ist schottisch) wurde während des Krieges als Vertreter des deutschen Bürgersinns nach Sibirien deportiert.

*

Die Behauptung, Lord Lansdowne und Lloyd George spielten mit verteilten Rollen, läßt sich in ihrer grotesken Albernheit nur mit der anderen vergleichen, Herr v. Bethmann und Admiral v. Tirpitz steckten unter einer Decke. Allerdings ist das seinerzeit von Engländern behauptet worden. Wir müssen uns daran gewöhnen, den großen Kampf der Lebensrichtungen im Feindesland nach richtigen Quellen zu verfolgen und zu verstehen. Die Engländer müssen es auch, und sie fangen an, es mit Erfolg zu tun.

Man muß den Gegensatz zwischen Lansdowne und Lloyd George voll begreifen. Würde Lloyd George heute anfangen, von der Freiheit der Meere und vom Handelsfrieden zu sprechen, so wäre es in der Tat ein Zeichen der Schwäche. In Lord Lansdownes Munde ist es kein Zeichen der Schwäche, denn Lord Lansdowne hat sich schon im Jahre 1916 im Kabinett Asquith mit einem Verständigungsfrieden beschäftigt, als Lloyd George in der Boxerrolle auftrat. Konrad Haußmann hat richtig geurteilt, die Bestie im Menschen, und nicht nur im englischen Menschen, sei damals von Lloyd George angerufen worden. Die englische Boxerpolitik ist noch heute stark. Lloyd George hat soeben Lord Northcliffe in sein Ministerium zu berufen versucht und als „Ersatz" dessen Bruder erhalten. Dieser proklamierte jetzt ungeheuere Luftrepressalien gegen Deutschland und verspricht, die Vergeltung „vollständig befriedigend" werden zu lassen.

*

Uns geht von einem besonders gut unterrichteten Neutralen folgende Zuschrift zu:

„Die Wilsonsche Rede ist in Deutschland mißverstanden worden. Ich mache Sie auf folgende Merkmale aufmerksam, die nirgends in der deutschen Öffentlichkeit Beachtung gefunden haben:

1. Wilson setzt sich für die Freiheit der Meere ein.
2. Wilson stellt sich erneut auf den Boden seiner Botschaft vom Januar 1917,

Digitized by Google

die bekanntlich einen Sturm der Entrüstung in der englischen Presse entfachte und ihm die Beschimpfung ‚deutscher Agent' eintrug.

3. Er lehnt ausdrücklich eine militärische Entscheidung als unerläßliche Vorbedingung für den Frieden ab.
4. Er macht der Entente den Vorwurf, den russischen Abfall durch ihre Haltung gegenüber den russischen Friedensbestrebungen mitverschuldet zu haben . . ."

Wir möchten gegenüber dieser Mitteilung das Wort eines bekannten Deutschen zitieren: „Wenn mir jemand eine mit Kot beschmierte Birne reicht, so wird mein Appetit doch nicht dadurch angeregt, daß mir glaubhaft versichert wird, wenn ich die Birne schäle, würde sie ganz gut schmecken."

Brest-Litowsk und die Entente

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben formell einen bedeutenden Schritt vorwärts getan und zwar dadurch, daß die Unterhändler Deutschlands und seiner Verbündeten in sehr weitgehendem Maß sich bereit erklärt haben, die von den russischen Maximalisten vorgeschlagenen Grundlagen anzunehmen: „Demokratischer" Friede, kein Ersatz von Kriegskosten und eigentlichen Kriegsschäden, keine zwangsweisen Gebietsveränderungen zwischen den kriegführenden Parteien. Über einen sehr wesentlichen Punkt ist keine Abmachung veröffentlicht worden, nämlich über die Propaganda, welche die russischen Maximalisten unter der deutschen Armee und indirekt auch unter der deutschen Arbeiterschaft bis unmittelbar vor den Beginn der Verhandlungen zu treiben versuchten. Lenin und Trotzky erklärten unsern Soldaten ungescheut, das eigentliche Ideal des deutschen Heeres und Volkes müsse Karl Liebknecht sein, und das meiste für den Frieden erhofften sie in diesem Sinne von der deutschen Arbeiterschaft. Es ist undenkbar (oder sollte wenigstens undenkbar sein), daß man in gewählten und höflichen Formen miteinander verhandelt, gleichzeitig aber die eine Partei die andere hinterrücks durch Bearbeitung der Moral des Heeres zu Fall zu bringen sucht. Obwohl es Torheit von den Russen ist, zu glauben, sie könnten auf diesem Wege etwas erreichen, so müssen wir doch wohl auf das bestimmteste annehmen, daß ihnen vor dem Eintritt in die Verhandlungen mit Erfolg bedeutet worden ist, sie sollten diese Narrenspossen unterwegs lassen. Vermutlich ist es so geschehen, denn sonst könnte eben nicht verhandelt werden. Wie es aber auch mit der Zurückweisung der Maximalistenpropaganda stehen möge — eins dürfen wir über allen noch so „beruhigenden" Mitteilungen aus Brest Litowsk nicht vergessen: daß die gegenwärtigen russischen Machthaber die Verhandlungen dazu begonnen haben und den Frieden dazu anstreben, um für ihre sozialen Ideen die Welt

Digitized by Google

zu erobern, nicht um den russisch-deutschen Krieg durch irgendein Abkommen zu beendigen. Auf der einen Seite verfolgen sie ein Weltziel, in dem die Auflösung der gegenwärtigen staatlich-militärischen Ordnung Deutschlands mit einbegriffen ist; auf der andern sind sie selbst stark bedrängt durch die Folgen der innerrussischen Anarchie und die politischen Gegenströmungen gegen den Maximalismus. Ob sie sich überhaupt halten, steht auf des Messers Schneide, und keinesfalls werden sie imstande sein, sich zu halten, wenn sie nicht bald den Frieden bringen. Darin liegt für uns bei den Verhandlungen ein großes Moment der Stärke, von dem nur zu wünschen wäre, daß unsere Delegierten es recht begriffen! Hoffentlich tun sie es, und hoffentlich begreift auch unsere öffentliche Meinung rechtzeitig, daß von unsern maximalistischen Verhandlungspartnern her die gründlichsten Überraschungen in jedem Augenblick ebenso leicht möglich sind wie eine Verwandlung des ganzen russischen Theaters durch die Vorgänge im Innern Rußlands, deren Zusammenhang sich von hier aus zu wenig übersehen läßt, um Vermutungen zu wagen.

Durch unsere Erklärung, daß die Frage der staatlichen Zugehörigkeit derjenigen nationalen Gruppen, die bisher keine politische Selbständigkeit besaßen, von jedem Staat mit seinen Völkern selbständig auf verfassungsmäßigem Wege zu lösen sei, erscheinen alle innerösterreichischen, innerenglischen und innerrussischen hierher gehörigen Probleme von den Friedensverhandlungen formell ausgeschaltet.

Wenn das der tatsächliche Sinn bei diesen Punkten sein soll, so könnte man sich über eine derart schematische Behandlung einer Sache, bei der hüben und drüben sehr scharf unterschieden werden muß, nur wundern. Bei Elsaß-Lothringen, bei Irland, bei den west- und südslawischen Gebieten innerhalb Österreichs und Ungarns handelt es sich um Bestandteile alter, festgefügter, durch den Krieg in keiner Weise erschütterter Staaten. Bei den russischen Fremdvölkern dagegen liegen die Dinge anders. Rußland ist durch den Krieg und die Revolution in Auflösung geraten, und es kann uns keineswegs gleichgültig sein, wie sich das gegenwärtige russische Chaos weiter entwickelt. Eines der bedeutendsten der bisherigen russischen Fremdvölker, die Polen, sind durch den Krieg nicht nur von Rußland getrennt, sondern bereits staatsrechtlich neu konstituiert worden. Die Litauer sind in einem Vorstadium dazu. Soll die Zukunft Polens und Litauens etwa auch eine innerrussische Angelegenheit sein?

Zwei andere Fremdvölker, die Letten und Esten, werden durch die gegenwärtige Abgrenzungslinie zwischen dem deutschen und dem russischen Besetzungsgebiet entzweigeschnitten. Die größere Hälfte des lettischen Wohngebiets in Kurland und um Riga ist in deutscher Hand. Vom estnischen Gebiet trifft das für die große zu Livland gehörige Insel Ösel und die zu Estland gehörigen Inseln Dagö und Moon zu. Soll etwa die russische maximalistische „Regierung", von der in keiner Weise feststeht, wie lange sie Regierung bleibt, über unsere Linien hinüber sich mit den Inselesten und Letten in Kurland nach „innerrussischen" Grundsätzen verständigen? Oder soll dem

Digitized by Google

lettischen und dem estnischen Volk sonst auf irgendeine Art die Möglichkeit gemeinsamer Entscheidung aller Volksgenossen über ihre Zukunft gegeben werden? Wenn ja — wie soll das ohne besondere Vereinbarungen auch zwischen der deutschen und der russischen Seite geschehen?

Gerade in Estland und Livland sind die Zustände gegenwärtig furchtbar. Der Landtag des estnischen Volkes für Estland und Nordlivland hat im November beschlossen, eine estnische Nationalversammlung einzuberufen, um „die staatliche und vollberechtigte Gewalt für Estland" zu schaffen. Auf Vorschlag des Führers der Bürgerlichen, Tönisson, beschloß der Landtag, sich als den einzigen Träger der höchsten Staatsgewalt anzusehen, die in Estland vorhanden sei. Alle Verordnungen, Dekrete und Befehle, von welcher Seite sie auch kommen mögen, sollen hiernach in Estland nur dann gültig sein, wenn sie vom estnischen Landtag veröffentlicht sind. Für die Zeit, wo der Landtag nicht versammelt ist, erhielt der Ältestenrat in Gemeinschaft mit der Landesverwaltung das Recht, dringende Verordnungen zu erlassen. An alle estnischen Soldaten innerhalb der Armee sollte ein Aufruf ergehen: bei ihren Vorgesetzten darum nachzusuchen, sofort zum Schutz in die Heimat entlassen zu werden. Auf Vorschlag des Ältestenrats nahm der Landtag folgende Resolution an:

„Da die verwüstende Welle sich immer drohender über Estland erhebt und der Hunger dem Lande infolgedessen in allernächster Zeit droht, schließt sich der estnische Landtag der Resolution des Kiewer Nationalitätenkongresses an, wonach die Verwüstungen durch die Truppen durch Schaffung nationaler militärischer Organisationen bekämpft werden soll und beauftragt die Landesverwaltung, das Land in dieser Hinsicht zu schützen und durch unverzügliche Schaffung estnischer militärischer Organisationen das Volk zu retten."

Was aber geschah hiernach? Eine halbe Stunde nach Schluß der Beratungen drangen Männer mit geschwärzten Gesichtern in den Saal hinein, die verlangten, daß der Vorsitzende dem draußenstehenden Volke die Auflösung des Landtages verkünde. Während langer verwirrter Verhandlungen wurde auch der Vertreter der Revalschen ukrainischen Rada verhindert zu sprechen, ebenso Tönnisson. Schließlich wurden nicht nur die bürgerlichen Führer Tönnisson und Teemant von der Menge die Treppe hinuntergeworfen, sondern auch der neu eingesetzte maximalistische Kommissar (Zivilgouverneur) Kingsepp und der Vertreter der Ukraine Doroschenko verprügelt.

Das war die Antwort der Maximalisten auf den Beschluß des estnischen Volkes, seine Selbständigkeit zu erklären und den Selbstschutz gegen Mord, Brand und Plünderung in die Hand zu nehmen. Etwa 130000 maximalistische Soldaten liegen in Estland und Livland, im estnischen wie im lettischeu Gebiet. Diese anarchischen bewaffneten Banden üben eine Schreckensherrschaft aus, die das Land in kurzem mit einer furchtbaren Hungersnot bedrohen wird. Die Verwüstung des Landes, so schreiben die estnischen Blätter, wird als ein systematisches Vernichtungswerk betrieben.

Die Scharen (d. h. die maximalistischen Soldatenbanden) ziehen von Dorf zu Dorf, von Gut zu Gut, alles vernichtend, alles zertrümmernd, was ihnen vorkommt. Vieh und Pferde werden

Digitized by Google

in die Stadt getrieben und verkauft, oder es wird ihnen an Ort und Stelle oder im Stall die Gurgel abgeschnitten und die Kadaver auf den Düngerhaufen geworfen. Das Korn wird fortgeschleppt und was nicht fortgeschleppt werden kann, wird verbrannt oder in den Fluß geworfen. Die Häuser werden in Brand gesteckt... Wenn die Einwohner versuchen, dagegen aufzutreten, werden sie ohne viel Federlesens getötet. Es sind Fälle vorgekommen, wo alte Weiber getötet wurden, ohne daß sie irgendeinen Anlaß dazu gegeben hätten. Im Verlaufe von wenigen Tagen sind in der Wieck und in Harrien Dutzende von Bauernhöfen und Gütern verwüstet und eine Menge Menschen getötet worden. Das alles tun „unsere" (d. h. die russischen) Truppen in einem Lande, wohin sie geschickt worden sind, um es gegen den äußeren Feind zu verteidigen... Wenn diesen sinnlosen Verwüstungen kein Einhalt geboten wird, so erwartet uns ein anderes Gespenst, der Hunger... In eigner Sache noch ein paar Worte: der Verwüstung gegenüber darf es keinerlei Standes- oder Klassenunterschiede geben. Ob Knecht, Bauer oder Gutsbesitzer — aller Leben und Vermögen ist von gleicher Gefahr bedroht."

Wir wollen dieser Schilderung der estnischen Presse nur noch hinzufügen, daß nach der Verjagung des Landtags in Dorpat durch die Maximalisten von den etwa 40 000 estnischen Einwohnern der Stadt sich 20 000 zu einer großen geschlossenen Demonstration für den vergewaltigten Landtag sammelten, aber von maximalistischen Soldaten mit Maschinengewehren auseinandergesprengt wurden. Ähnliche Gewalttaten vollführten die Maximalisten in Reval, wo sie die anerkannten Führer des Volks gefangen setzten und mißhandelten. Nachrichten über die Einzelheiten, die hierbei vorgefallen sind, stehen noch aus, aber soviel ist sicher, daß Estland und Livland im Begriff sind, eine Wüste zu werden, und das nur aus dem Grunde, weil die Maximalisten sich weigern, dem estnischen Volk tatsächlich die Freiheit der Selbstbestimmung zu geben, die sie als ihr vermeintliches Grundprinzip verkünden. Es scheinen also immerhin einige Schwierigkeiten vorzuliegen, alles auf die „innerstaatliche" russische Regelung abzuschieben. Uns ist auch bekannt, daß die Esten und die livländischen und estländischen Deutschen seit lange bemüht sind, sich untereinander über die Zukunft des gemeinsam bewohnten Landes zu verständigen, daß aber jeder Versuch, zu Beratungen zusammenzutreten, von den maximalistischen Terroristen durch Bedrohung an Leib und Leben verhindert wird. Soll uns das alles wirklich gleichgültig sein?

Aus dem Meinungsaustausch zwischen den russischen und den deutschen Delegierten in Brest-Litowsk geht weiter hervor, daß, namentlich nach der russischen Auffassung, die Brest-Litowsker Beratungen nur eine Art vorläufiges Rumpfparlament sind, zu dem die Ententemächte im Westen noch hinzutreten sollen. Man hat ihnen hierfür (es dürfte fraglich sein, ob das richtig war) eine Frist gesetzt, und im Zusammenhang damit haben die deutschen Bevollmächtigten eine Reihe von Grundsätzen ausgesprochen, die in der Presse als ein erneutes Friedensangebot an die Entente aufgefaßt worden ist. Wir möchten in eine Erörterung hierüber noch nicht eintreten. Vorläufig scheint uns das wichtigste bei der Sache zu sein, daß von deutscher Seite ausgesprochen worden ist, unsere allerdings reichlich entgegenkommenden Ausführungen über die Prinzipien des Friedens sollten nur für den Fall gelten, daß

Digitized by Google

auch die übrigen Ententestaaten diese Grundsätze annehmen. Dieser Vorbehalt ist selbstverständlich, er ist aber zugleich von solcher Bedeutung, daß man erst abwarten muß, wie die Entente darauf reagiert. Die Entscheidung liegt bei England, wo der Lansdownesche Brief andauernd und in verstärktem Maß im Parlament und in der Presse erörtert wird. Lord Lansdowne war unter zwei konservativen Premierministern erst Kriegsminister (1895—1900), dann Staatssekretär des Auswärtigen (1900—1905). Vorher war er Generalgouverneur von Kanada und Vizekönig von Indien. Im zweiten Kabinett Asquiths, das im April 1905 gebildet wurde, begünstigte er bereits im Spätherbst 1916 einen Frieden durch Verhandlungen, er ist also keine unbedeutende Persönlichkeit. Die Friedensneigungen einer Anzahl von Kabinettsmitgliedern war die einheitliche Ursache des Sturzes des Asquithschen Ministeriums durch Lloyd George im Dezember 1916. Im Unterschiede zu Asquith ist Lord Lansdowne ein zuverlässiger und reiner Charakter, ein wirklicher Aristokrat, der imstande ist, auch gegen den Druck einer erlegten Volksmeinung seine Überzeugnng zu vertreten. Das Lansdownesche Friedensprogramm kann in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

1. Deutschland darf nicht als Großmacht vernichtet werden.
2. Es darf nicht ein englisches Kriegsziel sein, Deutschland eine Regierungsform aufzuzwingen. Keinerlei Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands.
3. Ablehnung des Handelskrieges (Boykotts) gegen Deutschland nach dem Kriege. Mehrere Sätze dieses Programmpunktes haben einen ausgesprochenen freihändlerischen Klang, z. B.: „Soweit unsere fiskalischen Interessen es erlauben, soll der Strom des Handels stark und ununterbrochen in seinen natürlichen Kanälen fließen."
4. Akzeptierung des Prinzips der Freiheit der Meere, d. h. Abschaffung des Seebeuterechtes.
5. Obligatorische Anrufung eines internationalen Schiedsgerichts bei internationalen Streitigkeiten.

Dieses Programm ist das Programm der altliberalen Partei („Nation", „Manchester Guardian", Grey, Noël, Buxton, Lord Loreburn und andere). Die Asquithsche Rede zeigt das Empfinden, daß durch das Auftreten dieser Männer in der englischen Heimatfront die Gefahr eines Risses entstanden sei, und sie bemüht sich, diesen Riß zu schließen. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk können, wenn sie in geeigneter Weise geführt werden, dazu dienen, daß zwischen der staatsmännisch empfindenden Richtung in Deutschland und denjenigen Politikern in England, die an die englische Stärke glauben (das sind Lord Lansdowne und seine Freunde), aber zugleich ein europäisches Gewissen haben und dem Moratorium der Bergpredigt ein Ende machen möchten, etwas wie Fühlung der Gesinnung entsteht. Daraus könnte sich dann eine staatsmännische Lösung des Weltkonflikts anbahnen. Soll aber der Krieg fortdauern, so möge uns wenigstens Lloyd George erhalten bleiben. Er leistet für uns dasselbe, was ein alldeutscher Reichskanzler für England nur leisten könnte.

Digitized by Google

Zur Herrenhausfrage

Von Felix Waldstein, Mitglied des Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus lenkt das Interesse und die Aufmerksamkeit des Volkes in bedenklichem Maße von der kaum minder wichtigen Herrenhausvorlage ab. Man unterschätzt die Bedeutung der Herrenhausfrage. Das erklärt sich aus den parlamentarischen Zuständen Preußens in den letzten vier Jahrzehnten. Das Herrenhaus hat trotz seiner antideluvialen Zusammensetzung oder vielleicht gerade wegen dieser seit dem letzten, im Kampfe um die Kreisordnung erfolgten Pairsschub ein harmloses, verhältnismäßig unschädliches und von der breiten Volksmasse wenig bemerktes Dasein geführt. Das lag an seiner parteimäßigen Gleichartigkeit mit dem Abgeordnetenhause. Hier wie dort herrschten der Großgrundbesitz und die ihm verbündeten Klassen. Auch beim besten Willen wäre es dem Herrenhause kaum möglich gewesen, das Abgeordnetenhaus an agrarischer und konservativer Einseitigkeit zu übertreffen. Der „Hemmschuh" fand bei diesem Abgeordnetenhause schlechterdings keine Arbeit. So war das Herrenhaus nicht der Hemmschuh, sondern das fünfte Rad am Wagen der Gesetzgebung. Ja, es kam sogar — wenn auch selten — vor, daß das Herrenhaus gegenüber dem Abgeordnetenhause den Fortschritt vertrat. Man mußte dann an die Schlußworte des Tasso denken:

„So klammert sich der Schiffer endlich noch
Am Felsen fest, an dem er stranden sollte."

Im Jahre 1893 hat Bismarck dem Herrenhause bescheinigt, daß es niemals eine gesetzgeberische Initiative von irgendwelcher Bedeutung entwickelt hat. Nur der stets wiederkehrende Antrag auf Ermäßigung des seit 1821 bestehenden Fideikommißgründungsstempels zieht sich von Anbeginn wie ein roter Faden durch die Tätigkeit des Herrenhauses, und fast wäre ihm auf diesem Gebiete just während des Weltkrieges durch das Entgegenkommen preußischer, nunmehr verflossener Minister der langersehnte Erfolg beschieden gewesen. Als dann im Kriege die demokratische Welle stieg, da besann sich das Herrenhaus auf seinen Beruf und warf sich der Brandung entgegen: es lehnte die von der Regierung im Interesse der Beschlußfähigkeit und des Ansehens des Abgeordnetenhauses geforderte Anpassung der Diäten des Abgeordnetenhauses an das bessere System des Reichstages als eine revolutionäre, aus dem unerfreulichen Reichstage übernommene Maßnahme mit höchstem Unwillen ab. Damit setzte es selbst die Herrenhausfrage auf die Tagesordnung.

Die Art, wie nun diese Frage durch die jetzige Vorlage gelöst werden soll, muß die stärksten Bedenken erregen. Diese Bedenken richten sich zunächst gegen die vorgeschlagene Zusammensetzung des Herrenhauses. Von viel größerer, entscheidender Bedeutung ist es aber, daß dem Herrenhause unter Zurückdrängung der anderen gesetzgebenden Faktoren, der Krone und des Abgeordnetenhauses, eine Vorrangstellung eingeräumt

Digitized by Google

werden soll, welche die bisherigen Machtverhältnisse in der verhängnisvollsten Weise in ihr Gegenteil umkehren soll und voraussichtlich umkehren wird. Das Herrenhaus soll das Oberhaus werden im eigentlichen, nicht im historischen Sinne des Wortes. Das ist von freikonservativer Seite im Abgeordnetenhause als Preis für die Wahlrechtsreform deutlich gefordert worden, und die Regierung hat sich leider entschlossen, diesen Preis zu zahlen. Das Herrenhaus soll in Zukunft ein auf verfassungsmäßigem Wege unüberwindliches Hindernis jedes ihm unerwünschten Gesetzes und jeder Reform werden. Die Vorlage geht davon aus, daß das Herrenhaus im Gegensatz zum Abgeordnetenhause unauflöslich ist und bleibt. Die Frage der Auflöslichkeit war bisher streitig. Alle deutschen Verfassungsurkunden geben dem Landesherrn das Recht, die Kammern aufzulösen und damit die Möglichkeit, die gestörte Einigkeit zwischen Regierung und Volksvertretung herzustellen. Der Wechsel des Ministeriums und äußerstenfalls der Wechsel in der Person des Landesherrn sind weitere, im Willen und in der Macht der Krone liegende Mittel für den gleichen Zweck. Das Herrenhaus aber soll unüberwindlich sein. Das ist in Preußen nicht immer so gewesen. Der Artikel 51 der preußischen Verfassungsurkunde bestimmt, daß der König entweder beide Kammern zugleich oder auch nur eine auflösen kann. Herrenhaus und Abgeordnetenhaus sind also verfassungsmäßig im Punkte der Auflösbarkeit grundsätzlich gleichgestellt. Artikel 65 Absatz 3 der Verfassung bestimmt, daß die Auflösung der Ersten Kammer sich nur auf die aus Wahl hervorgegangenen Mitglieder bezieht. Diese müßten mindestens die Hälfte der Ersten Kammer bilden, und zu der anderen Hälfte gehörten dann noch — in beschränkter Zahl — die aus königlichem Vertrauen berufenen Mitglieder. Obgleich nun der Artikel 51 der Verfassung und das dort aufgestellte wichtige politische Grundprinzip der Auflösbarkeit beider Kammern niemals ausdrücklich abgeändert worden ist, so soll doch das Herrenhaus jetzt unauflöslich sein, weil es nach der Verordnung vom 12. 10. 1854 keine aus Wahl hervorgehenden Mitglieder mehr enthalte. Dabei hat aber diese Verordnung — deren Gesetzmäßigkeit überdies streitig ist — eine neue Art der Wahl eingeführt, nämlich die Präsentation durch gewisse Wahlkörper, die, materiell und politisch betrachtet, nichts anderes ist als eine Wahl und jedenfalls dieser viel näher kommt, als einem erblichen Rechte oder einer freien Berufung durch die Krone, so daß man wohl folgern darf, daß auch auf sie der allgemeine Grundsatz des Artikels 51 Anwendung findet. Aber dem mag sein, wie ihm wolle: Durch dieselbe Verordnung vom 12. 10. 1854, durch die das Herrenhaus angeblich unauflösbar geworden ist, wurde für die Auflösbarkeit ein endgültiger Ersatz geschaffen, durch die Einführung des unbeschränkten königlichen Berufungsrechtes. Und in ausgesprochenem Gegensatz zu dieser Entwickelung soll jetzt die Krone auf dieses ihr zustehende Recht verzichten, nicht im Interesse der Krone, nicht im Interesse des Volkes, sondern im Interesse derjenigen kleinen Minderheiten des Volkes, welche die Herren des zukünf-

Digitized by Google

tigen Herrenhauses und damit möglicherweise die Herren des Landes werden sollen, derselben Kreise, die sich als die berufenen Schützer der Kronrechte zu betrachten pflegen. Bei einer Gesamtzahl von 510 Mitgliedern sollen höchstens 150 Mitglieder kraft besonderen königlichen Vertrauens berufen werden dürfen. Diese Ernennungsbefugnis büßt ihren Wert als teilweiser Ersatz der Auflösungsbefugnis dadurch fast gänzlich ein, daß sie zunächst im Interesse derjenigen Berufsstände und Volksteile ausgenutzt werden soll und muß, denen aus besonderen Gründen ein gesetzliches Präsentationsrecht nicht oder noch nicht zugebilligt ist, die aber doch im Herrenhause vertreten sein sollen. Dahin gehören vor allem die Arbeiter. Ihre Vertretung wird, wenn sie einigermaßen der Zahl der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Arbeiterschaft entsprechen und ein Gegengewicht gegen die überaus starke Vertretung der Arbeitgeberinteressen bilden soll, allein schon den größten Teil jener 150 beanspruchen. Denn als Arbeitgeber kommen direkt in Frage die 36 Vertreter des befestigten Großgrundbesitzes, die 36 Leiter großer industrieller und kaufmännischer Unternehmungen, die 36 Vertreter der Landwirtschaft, die 36 Vertreter von Handel und Industrie, die 12 Vertreter des Handwerks, zusammen also 156 Herren. Aber auch fast alle übrigen gesetzlichen Mitglieder des Hauses, die Fürsten, Grafen und Herren, die erblich Berechtigten, die Bürgermeister der größeren Städte, die Vertreter der städtischen und ländlichen Selbstverwaltung werden sozial und politisch den Arbeitgebern näher stehen als den Arbeitern. Der Gegensatz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist aber nun einmal der wichtigste im heutigen Leben von Staat und Gesellschaft und muß in einem Hause, das die Berufsstände als solche repräsentieren will, seinen Ausdruck finden. Wenn nach Bildung der Arbeitskammern diesen ein gesetzliches Präsentationsrecht zugewiesen werden wird, so wird es gar nicht möglich sein, die Arbeiterschaft als solche mit einigen Sitzen abzuspeisen. Auf jene 150 sind aber ferner angewiesen das große Heer der Festbesoldeten, der Beamten und Privatangestellten, alle freien Berufe, Ärzte, Anwälte, Architekten, Künstler, Schriftsteller, Presse usw. Für einen politischen Pairsschub bleibt hiernach innerhalb der 150 schon von vornherein kein Raum und erst recht nicht, sobald diese Zahl einmal erschöpft war. Die aus dem Abgeordnetenhause durch das gleiche Wahlrecht verdrängte Rechte wird hiernach, verstärkt durch die Schwerindustrie, in das Herrenhaus übersiedeln, dort eine unangreifbare Position haben und jeden Fortschritt in Preußen zu verhindern in der Lage sein. Dieser Zustand ist aber nicht nur parteipolitisch unerträglich, sondern er widerspricht auch dem Wesen des konstitutionellen Staates. Es muß im konstitutionellen Staat ein verfassungsmäßiges Mittel geben, einen dauernden Widerstreit zwischen den Faktoren der Gesetzgebung zu lösen. Sonst macht man den Staatsstreich von oben oder die Umwälzung von unten zu einem ungeschriebenen Element der Verfassung. Es muß stark bezweifelt werden, daß die Wahlrechtsreform irgendwelche Aussichten im Herren-

Digitized by Google

hause hätte, wenn nicht jetzt noch die Möglichkeit eines unbeschränkten Pairsschubs bestände: die Vorlage widerspricht insofern sich selbst, sie vernichtet die Voraussetzungen ihrer eigenen Annahme.

Ganz anders sind die Fragen in der elsaß-lothringischen Verfassung geregelt, die doch sonst so häufig als Vorbild der preußischen Reform genannt wird. Dabei fordert der schwierige Boden des neuen Staatsgebildes Elsaß-Lothringen wahrhaftig weit eher einen starken Hemmschuh neben seiner auch aus gleichem Wahlrecht hervorgehenden Zweiten Kammer als das alte Preußen. Von den 42 Mitgliedern der Ersten Kammer werden dort 37 für die Dauer von nur fünf Jahren, also einer Legislaturperiode, gewählt oder ernannt, und nur fünf werden nicht auf eine bestimmte Zeit, sondern für die Dauer ihres Amtes kraft Gesetzes berufen. Der Kaiser hat das Recht, die jeweilige Hälfte der Mitglieder auf fünf Jahre zu ernennen. Die ganze Kammer kann jederzeit aufgelöst werden. Auch nach der neuen badischen Verfassung erfolgt die Wahl und die Ernennung der Abgeordneten zur Ersten Kammer für die vierjährige Legislaturperiode mit ganz wenigen Ausnahmen.

Das Oberhaus soll nach dem Zweikammersystem der Hemmschuh des Unterhauses sein. Ein Hemmschuh darf aber kein unüberwindliches Hindernis sein. Er hat seine Arbeit getan, wenn Krone und Unterhaus einig sind und auf die Dauer einig bleiben. Eine dauernde Behinderung durch das Herrenhaus können sich Krone und Volk, wenn sie einig sind, nicht gefallen lassen. Gerade die Freunde des Zweikammersystems haben allen Anlaß, den starken und unleugbaren Rückschritt zu verhindern, der in diesem Punkte gegenüber dem bisherigen Rechtszustande gemacht werden soll; er wird mit Notwendigkeit die Frage des Zweikammersystems als solchen wieder auf die Tagesordnung bringen. Es geht nicht an, daß die Krone und das Volk das gleiche Wahlrecht mit einer so unheilvollen und gefährlichen Verschlechterung ihres Rechtes und unserer Verfassung bezahlen. In England hat das absolute Veto des Oberhauses, als es die irische Reform immer wieder hinderte, zu dem Kampf auf Abschaffung des Oberhauses geführt, und dies trotz der Möglichkeit eines unbegrenzten Pairschubs. Der Verlauf dieses Kampfes war überaus lehrreich. Das Oberhaus sah ein, daß eine verfassungsmäßige Lösung eines andauernden Widerspruchs zwischen den Faktoren der Gesetzgebung nötig war, und es schlug als solche die unmittelbare Volksabstimmung über die Streitfrage, das Referendum, vor! Schließlich bequemte es sich aber doch — unter dem Druck eines angekündigten Pairschubs — zu der Annahme des Regierungsvorschlages, der die Frage praktisch und theoretisch richtig löste: eine Vorlage erlangt mit Genehmigung des Königs Gesetzeskraft, wenn sie in drei aufeinanderfolgenden Sessionen vom Unterhaus dreimal angenommen ist, auch wenn sie vom Oberhaus ebensooft verworfen wird, vorausgesetzt, daß zwischen der ersten Beantragung des Gesetzes und der dritten Annahme mindestens zwei Jahre verstrichen sind. So wurde aus dem absoluten Veto des Oberhauses ein suspensives. Eine ähnliche Bestimmung brauchen auch

Digitized by Google

wir, und zwar gerade im Interesse einer ruhigen Entwickelung. Dabei könnte man neben der Annahme in zwei aufeinanderfolgenden Sessionen die wiederholte Annahme durch das nächste neue Abgeordnetenhaus fordern. Wiederherzustellen ist ferner das jetzt geltende unbeschränkte Berufungsrecht der Krone. Dagegen wären die gesetzlichen Vertreter des Adels (Fürsten, Grafen und Herren) sowie die erblichen Berechtigungen nach § 3 Ziffer 3 zu streichen: Es mag der Krone überlassen bleiben, ob sie einige Vertreter des Adels in die Erste Kammer berufen will. Das entspricht der rein persönlichen Natur des Adels und seinem Verhältnis zum König. Dagegen widerspricht es der Gleichheit vor dem Gesetze und moderner Rechtsauffassung, den Adel als Stand zu behandeln und zu privilegieren. Man schaffe auf diese Weise Platz für andere wichtigere Berufungen. Abzulehnen ist ferner die Lebenslänglichkeit von Berufungen, besonders derjenigen aus königlichem Vertrauen. Sie sind ein Ausfluß des persönlichen und politischen Vertrauens, dessen Voraussetzungen wandelbar sind. Wer heute als Herrenhausmitglied geeignet ist, kann schon nach kurzer Frist seine persönliche und politische Eignung verloren haben. Eine kurzfristige Erneuerung und Blutauffrischung ist ein Bedürfnis jeder gesetzgebenden Körperschaft und gereicht ihr nur zum Vorteil. Überalterte Körperschaften sind ehrwürdiger, aber für ihre Aufgabe weniger geeignet.

Für weitere Einzelheiten ist hier nicht der Platz. Vor allem kommt es darauf an, eine rückschrittliche Verschiebung des Machtverhältnisses im Staat zugunsten des Herrenhauses und zum Schaden von Krone und Volk zu verhindern. Sie läge nicht im Sinne der Oster- und der Julibotschaft und wäre in heutiger Zeit ein recht gefährliches Unternehmen.

„Deutschland-Amerika" in amerikanischer Beleuchtung

(Mein Gespräch mit Herrn Odell)

G. v. Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

Herr Odell ist als Freund und Vertrauensmann des auch in Deutschland wohlbekannten Herrn Dr. Edward Rumely, des Herausgebers der „New York Evening Mail", nach Deutschland gekommen. Dieses Blatt vertritt auch gegenwärtig noch als einziges der großen New Yorker Blätter einen pazifistischen Standpunkt und hat mit diesem Standpunkt im Jahre 1917 seine Auflage um 100000 vermehrt. Das Gespräch, welches ich nachstehend zum Abdruck bringe, fand kurz vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten in dem Heidelberger Schloßgarten statt. Da es mir jedoch darauf ankam, daß kein Mißverständnis unterlaufe, so habe ich sofort nach Aufzeichnung des Gespräches dasselbe Herrn Odell, der nach der Kriegserklärung Deutschland verließ, zur genauen Nachprüfung unterbreitet. Wegen der erschwerten postalischen Verbindungen kann daher der Abdruck in der Wort für Wort genehmigten

Digitized by Google

Form erst heute erfolgen. Herr Odell ist einer der gründlichsten Kenner seines Landes, insbesondere der Mitte und des Westens. Der tatsächliche Inhalt nachstehender Mitteilungen stimmt mit dem überein, was der amerikanischen Presse auch bisher nicht unbekannt war. Die Schlußfolgerungen und Stimmungsmomente sind die eines streng neutralen Amerikaners. Es kann für die deutschen Leser nur vorteilhaft sein, die letzte Entwicklung der amerikanischen Verhältnisse einmal von der amerikanischen Seite her zu betrachten, um so mehr, als der Frieden mit Wilson, der große wirtschaftliche Werte in sich schließt, eben nur ein Verständigungsfriede sein kann, da Wilson weder zu besiegen noch abzusetzen ist.

Odell erklärte: „Für Wilson lag zweifellos von vornherein eine persönliche Sympathie für England fest, wie bei allen Neu-Engländern der Oststaaten. Trotzdem war sein Standpunkt im Anfang in Übereinstimmung mit dem ererbten Grundsatz der Nichteinmischung in europäische Händel. Hinsichtlich der Waffenausfuhr, welche von einem erheblichen Teile der amerikanischen öffentlichen Meinung stark bekämpft wurde, berief sich Wilson auf die auch von Deutschland nicht geleugnete Tatsache, daß Deutschland während des russisch-japanischen Krieges Kriegsmaterial in erheblichen Mengen ausgeführt hatte, und zwar nach Rußland; aus geographischen Gründen also nur an einen der Kriegsgegner, ohne dadurch seine Neutralität zu verletzen. Im Verlaufe des Krieges stellte nun Wilson fest: Sowohl England als Deutschland haben im Seekriege des Völkerrecht verletzt; aber das alte Nichteinmischungsprinzip, dem Wilson huldigte, verlangte ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nur, soweit amerikanische Interessen verletzt wurden. Indem England die Neutralen blockierte und Nahrungsmittel für die deutsche Zivilbevölkerung nach Deutschland nicht hereinließ, schädigte es amerikanische Vermögensinteressen unter Verletzung des Völkerrechts. Diese Verletzung ist durch Schadenersatzansprüche gegen England nach dem Kriege gutzumachen. Deutschland verletzte im U-Bootkrieg das Völkerrecht, indem es ohne Warnung und ohne der Besatzung Gelegenheit zur Rettung zu geben, neutrale Schiffe torpedierte. Menschliches Leben ist nicht mit vermögensrechtlichem Schadenersatz zu vergüten — daher der Krieg unvermeidlich, falls Deutschland auf dieser Methode bestand. Die Republikaner waren von vornherein „aktivistischer" und warfen Wilson „Schwäche" gegenüber Deutschland vor.

Dagegen war zu Beginn des Krieges die breite Stimmung in den Vereinigten Staaten neutral, eher englandfeindlich, mit Ausnahme der eigentlichen Neu-Englandkreise, die das Land nicht regierten. Man sah den Krieg als ein „Verbrechen" an, dem man fern bleiben wollte. Die Invasion Belgiens hat zunächst geschadet; umgeworfen aber wurde die Stimmung durch den Lusitaniafall. Damals verlangte die öffentliche Meinung gebieterisch den Krieg. Wilsons persönliches Verdienst war es, den Krieg damals vermieden zu haben. Seit diesem Zeitpunkt ist insbesondere die intellektuelle Welt deutschfeindlich, vor allem die — sehr wichtigen — Universitäten,

Digitized by Google

früher Freunde. Es stand seitdem fest, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg den Krieg mit den Vereinigten Staaten bedeutete.

Im Frühjahr 1916 ereignete sich eine Wiederholung des Lusitaniafalles — warnungslose Torpedierung und Verlust amerikanischer Leben — im Sussexfalle. Damals erklärte die deutsche Regierung, ihr Entgegenkommen erfolge unter der Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten für den Frieden sich bemühen würden Wilson ging darauf eifrig ein, erklärte jedoch, einige Zeit zu brauchen, bis die öffentliche Meinung sich beruhigt habe. Auch der Kriegseintritt Rumäniens, auf welchen die Entente größte Hoffnungen setzte, verzögerte seine Aktion. Endlich konnte Wilson vor seiner Neuwahl nichts ausrichten, da niemand wußte, ob er wiedergewählt werden würde. Ein so unsicherer Friedensvermittler kam nicht in Betracht. Wilson wurde wiedergewählt als Friedenserhalter und Friedensvermittler, wobei die pazifistischen Mittel- und Weststaaten den Ausschlag gaben. Friedensvermittler zu sein, war Wilsons persönlicher Ehrgeiz. Die Nation war des Krieges todmüde. Hughes fiel, weil Roosevelt für ihn war; er wäre gewählt worden, wenn er Roosevelt für ein paar Wochen in ein Sanatorium gesteckt hätte. Denn dieser galt als Kriegsanwalt. Da Wilson zugleich „preparedness", d. h. Rüstungsforderung für das eigene Land, als Programmpunkt aufgenommen hatte, so glaubte selbst die Rüstungsindustrie die (bereits abnehmenden) Bestellungen der Engländer nicht mehr nötig zu haben und an Wilson mehr verdienen zu können; auch ihr Kriegswille erlahmte. Nur ein kleiner proenglischer Kreis — verschwindend im Vergleich zur Nation — wünschte den Krieg mit Deutschland; die breite öffentliche Meinung wurde Deutschland geneigter — so Herbst 1916.

Wilson bereitete eine Friedensaktion vor, zögerte jedoch, die von ihm im Oktober geschriebene Friedensnote herauszubringen, weil er die öffentliche Meinung seines Landes noch nicht für reif hielt, bis das deutsche Friedensangebot Dezember 1916 überraschend in die Welt trat. Niemand bei uns verstand, weswegen Berlin zuvorkommen wollte. Das Friedensangebot Deutschlands beschleunigte nunmehr Wilsons Aktion, in enger Fühlung mit den englischen Friedensfreunden, Asquith, Grey, Haldane. Die höhnische Ablehnung des deutschen Friedensangebotes — „inacceptable" für Deutschland, wie Wilson selber erklärte — ging aus von Lord Northcliffe und Lloyd George. Ersterer und seine vielverzweigte Presse vertritt die „Jingos", welche Deutschland niederschlagen *wollen* als lästigen und gefährlichen Handels- und Schiffahrtskonkurrenten und die — wichtiger als dies! — auch *imstande zu sein glauben*, Deutschland niederzuschlagen. Lloyd George dagegen, der erbitterte Feind der Landlords seines eigenen Landes, verkörpert die Dissenters und Linksliberalen, welche den Krieg gegen Deutschland als einen „Freiheitskrieg" ansehen. Deutschland sei als Rückhalt der „Junkerherrschaft" *die* reaktionäre Macht der Welt. Daher sagte Lloyd George: „Freiheitskriege können nur mit vollem Siege oder voller Niederlage

Digitized by Google

enden." Dieser Glaube, ob irrig oder nicht, ist ein Machtmittel ersten Ranges der Engländer und wird in Deutschland unterschätzt.

Trotz seines Mißerfolges gab Wilson seine Friedensaktion nicht auf. Nachdem England seine Bedingungen bekanntgegeben hatte, forderte er Deutschland zu Gleichem auf. Letzteres sandte hierauf in vertraulicher Weise seine maßvollen Friedensvorschläge. Diese Mitteilung kam trotz ihrer Vertraulichkeit in die Presse, und ich (Odell) habe selbst zwei Artikel darüber in die „Evening Mail" geschrieben, welche in Deutschland unbekannt blieben. Nachdem die englische Regierung in vertraulicher Weise Wilson mitgeteilt hatte, daß ihre öffentlichen Bedingungen *nicht* das letzte Wort seien, daß vielmehr Wilson als Vermittler da und dort zurückstecken könne, glaubte Wilson nunmehr, „den Frieden ohne Sieger" (peace without victory) in erreichbarer Nähe (Neujahr 1917). Nun erfolgte seine große Rede an den Senat Januar 1917, welche im wesentlichen den deutschen Standpunkt vertrat: unabhängiges Polen, türkisches Konstantinopel und vor allem „Freie Meere", womit die englische Blockadepolitik verurteilt wurde. In Anlehnung hieran bereiteten deutschfreundliche Kreise eine Wiederholung des sogenannten Wilhelmina-Falles — Absendung eines Schiffes mit Lebensmitteln unter amerikanischer Flagge für die deutsche Zivilbevölkerung — zwecks tatsächlicher Durchbrechung der englischen Blockade vor.

Wilson wurde mit Vorwürfen überschüttet, *für* Deutschland Partei genommen zu haben; aber die öffentliche Meinung der breiten Mittel- und Weststaaten war im Laufe des Jahres 1916 für Deutschland umgeschlagen und wäre es noch mehr ohne die Zwangsausfuhr der belgischen Arbeiter. *Man wollte Frieden.* Die Entente zitterte, daß Wilson und Deutschland sich die Hand reichen könnten. In der Tat: Deutschland konnte erklären, wie Ihr Kabelgramm an die „Evening Mail" damals tat, das Sie jedenfalls nicht ohne Zustimmung Ihrer Zensur absenden konnten: Einige Vorschläge Wilsons seien gut, aber erst in hundert Jahren zu verwirklichen, so z. B. der Weltfriedensbund; andere Vorschläge würden heute von der Entente nicht zu erreichen sein, z. B. die Regierung aller Völker unter Zustimmung der Regierten — angesichts der britischen Herrschaft in Irland, Indien, Ägypten, Malta u. a.; dagegen sei der Vorschlag der „Freien Meere" bei gutem Willen Wilsons sofort durchführbar: Wiederholung des Wilhelminafalles. England hätte dann entweder die Nahrungszufuhr nach Deutschland geschehen lassen müssen, oder wenn es dieselbe verhindert hätte, so hätte Wilson, gestützt auf die öffentliche Meinung, Anlaß zum Eingriff gegen England gehabt — Embargo! Damit wäre das *ganze Schwergewicht der Vereinigten Staaten auf die deutsche Seite verschoben worden*, und England hätte diesem Drucke nicht widerstehen können: der „Friede ohne Besiegte" war in Sicht!

Statt dessen erklärte Deutschland in unerwarteter Weise den U-Bootkrieg ohne Beschränkung. In Deutschland hatten *die* Mächte gesiegt, welche daran glaubten, daß

Digitized by Google

es möglich sei, den Gegner — England — zu Boden zu zwingen. Wilson war „konsterniert"; nach seinen bisherigen Erklärungen und unter dem Druck der viel kriegslustigeren Republikaner war der Krieg unvermeidlich. Diejenigen Kreise unseres Landes aber, welche einen gerechten Ausgleichsfrieden erstrebten, standen vor einem Rätsel: Wie war es möglich, daß dieselbe deutsche Reichsregierung, welche bei der überaus mühsamen Friedensarbeit Wilsons in ehrlicher und verständnisvoller Weise mitgearbeitet hatte, in dem Augenblick das Gebäude — ihren eigensten Erfolg — in die Luft sprengte, da es unter Dach gebracht werden sollte?

Amerika ist ungerüstet, daher im Jahre 1917 kein erheblicher Gegner auf dem Schlachtfelde. Aber es hat keinen Grund, den Krieg schnell zu beendigen: im Gegenteil, sein Interesse am Kriege besteht darin, für die Gefahren der Zukunft — gegen Japan (es liegt westlich von Amerika!) — in diesem ungefährlichen Krieg seine Militärmacht schrittweise auszubauen. Es wird die allgemeine Wehrpflicht einführen, zunächst insbesondere Flugmaterial nach dem Kriegsschauplatz senden und dann im Jahre 1918, wohl nicht zu hoch gerechnet, eine halbe Million Menschen der Entente zur Verfügung stellen. Inzwischen wird es seine Verbündeten durch Geld und Kriegsmaterial stärken. Während bisher nur einige große Private beides lieferten, steht nun die ganze staatliche Gewalt dahinter. Die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht ein „doppeltes England".

Aber die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wird nur langsam erhitzt, und Wilson folgt ihr zögernd. Die Mittel- und Weststaaten haben als kontinentale Gebiete kein Interesse an den Fragen des internationalen Seerechts; der U-Bootkrieg läßt sie kühl. Kriegsbegeisterung schafft nur der von England skrupellos verbreitete Gedanke: nach der russischen Revolution sei jetzt Deutschland die einzige europäische Macht, in welcher eine autokratische Regierung bestehe: Ministerernennung ohne Gehör der Volksvertretung und die Herrschaft einer bevorrechteten Kaste über die Volksmehrheit. Amerika, als der älteste Träger des Freiheitsgedankens, habe die Verpflichtung, an dem Freiheitskampfe der Menschheit teilzunehmen. Dieser Kriegswille würde an dem Tage zusammenbrechen, an dem Deutschland die von Bethmann angekündigten inneren Reformen noch während des Krieges durchsetzte — genau wie der Kriegswille vieler englischen Kriegsidealisten.

Der Zeitpunkt dazu kann jedoch nicht eher eintreten, als bis auf deutscher Seite die Einsicht durchgebrochen ist, daß in einem Koalitionskriege gegen die ganze Welt der „volle Sieg" eine helle Utopie ist.

Wir verstehen sehr wohl, daß das deutsche Volk es entrüstet ablehnt, wenn ein ausländischer Staat die Miene macht, sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen. Wir sind von einer solchen Einmischungsabsicht auch weit entfernt. Wilson erklärt lediglich, daß er in seinen bisherigen Verhandlungen mit einer deutschen

Digitized by Google

Reichsregierung zu tun gehabt habe, welche zu schwach war, ihren Willen im Innern durchzusetzen, und daß er nur mit einer Regierung verhandeln könne, welche stark genug sei, zu ihrem Worte zu stehen. Hierzu brauche er eine Regierung, welche von der Mehrheit des Reichstages getragen werde, oder, wie Sie es nennen mögen, ein Ministerium des Volksvertrauens. Wir können uns nicht vorstellen, daß es dieselbe Regierung war, welche aufs freundschaftlichste mit uns die Friedensvermittlung verhandelte und zu gleicher Zeit die belgische Arbeiterausfuhr vornahm — eine hochpolitische Maßnahme, welche mehr als alles andere die gemeinsamen Friedensbestrebungen erschwerte. Ohne hinter die Kulissen zu sehen, liegt für uns der Schluß nahe daß es andere Mächte waren, die wider den Willen der Reichsregierung sich hier geltend machten. Jedenfalls können Sie versichert sein, daß Wilsons Unterscheidung, er führe den Krieg gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk, subjektiv ehrlich gemeint ist. Der Freiheitsgedanke allein ist es, welcher in unserem Lande dem Krieg gegen Deutschland den Schwung verleiht. Dieser furchtbare Krieg wäre nicht umsonst geführt, sondern der gebrachten Opfer wert, wenn sein Erfolg der wäre, daß in Rußland wie in Deutschland eine freiheitliche Regierung, d. h. eine Regierung für das Volk und durch das Volk, errungen worden wäre. An diesem Menschheitsziele mitgearbeitet zu haben, ist der Ehrgeiz des Präsidenten, welcher gehofft hat, als Vermittler eines Verständigungsfriedens seinen Namen neben dem Namen eines Washington und eines Linkoln der Weltgeschichte einzuschreiben. — In Deutschland ist dieses Ziel viel eher zu erreichen als in Rußland, da in Deutschland eine auch von uns vielbewunderte Regierung für das Volk bestand, während in Rußland die Bedingungen einer freiheitlichen Neuordnung zurzeit zu fehlen scheinen."

Dieses die Ausführungen meines Gewährsmannes, für deren Stimmungsgehalt ich jede Verantwortung ablehne. Ich selbst bemühte mich, ihm klarzumachen, daß die innere deutsche Frage nicht „Monarchie oder Republik" heiße, daß die Dynastie tief eingewurzelt, auch kein Hindernis der Reformen sei, daß sich vielmehr alles um die Reform des preußischen Wahlrechts drehe. Es bestehe ein himmelweiter Unterschied zwischen der englisch-deutschen Methode — Reform unter Schonung wertvoller ererbter Bestände — und der französisch-russischen Methode — Revolution unter vollem Bruch mit der Vergangenheit.

Die Lage in Schweden

Von Dr. Mollin, Schweden

Das Ergebnis der Herbstwahlen in die Zweite Kammer des schwedischen Reichstages ist so ausgefallen, wie es zu erwarten war.

Auf die liberale Partei haben die Wahlen die geringste Veränderung ausgeübt. Ihr Bestand ist ungefähr derselbe geblieben, doch hat sich die Zahl der für sie abgege-

Digitized by Google

benen Stimmen und ihrer Mandate erhöht. Sie hat also, wenn auch nur eine kleine Revanche für 1914 nehmen können: eine Befriedigung für die Gegenwart und ein Ansporn für die Zukunft.

Für die Rechten sind die Veränderungen am größten. Der Ernst ihrer neuen Lage liegt weniger im Rückgang ihrer Stimmenzahl: er ist unbestreitbar, doch auch in einem gewissen Grade natürlich, wenn man das außerordentliche Aufgebot der außerhalb ihrer Partei stehenden Wähler im Jahre 1914 in Betracht zieht. Ernster ist die innere Auflösung der Partei, die sich bisher durch die beiden an der Wahlbewegung beteiligten Bauern-Organisationen offenbart hat.

Die wichtigste von diesen ist der Bauernverband. Er hat seine Arbeit geschickt angefaßt. Seine Leitung hat es verstanden, die Unabhängigkeit des Verbandes von beiden bürgerlichen Parteien zu bewahren; dadurch ist er etwas Neues geworden, mit der Anziehungskraft des Neuen für die der Nörgeleien der alten Parteien überdrüssig Gewordenen. Gleichzeitig hat er Farbe bekannt gegen den Sozialismus. Die dominierende Stellung, welche die Lebensmittelfrage während des Krieges erhalten hat, bereitete dem Verband die denkbar günstigste Konjunktur. Diese ist deutlicherweise mit Energie ausgenützt worden: das Klasseninteresse und die Klassenunzufriedenheit der Bauern, — letztere mehr oder weniger berechtigt, — ist mit Erfolg für die Bewegung ausgemünzt worden. Indem der Verband sich offen als eine Klassenpartei proklamierte, konnte er auch Kräfte mobilisieren, die sich vorher den Bestrebungen der politischen Parteien gegenüber gleichgültig verhielten. Schon der Name wirkt hierbei anlockend.

Von den zirka 240 000 nicht links stimmenden Wählern entfielen nicht weniger als zirka 62 000 oder mehr als 25 Prozent auf die Bauernorganisationen. Ohne Zweifel befinden wir uns hier nur am Anfang einer Entwicklung. Wohl kann es in Frage gestellt werden, in welchem Maße die neue Bauernpartei sich unmittelbar im Reichstag wird geltend machen können: Zersplitterung und innere Zwistigkeiten in der Leitung haben sich bereits bemerkbar gemacht. Doch wenn man auf der rechten Seite darauf spekuliert, daß diese Schwierigkeiten mit der Zeit eine Bewegung lähmen werden, die so tiefe natürliche Voraussetzungen hat, wie die Bauernbewegung, dürfte man neuen und noch ernsteren Enttäuschungen entgegengehen. Im Gegenteil deutet alles darauf, daß die Bauern Schwedens wirklich einen anderen Weg wählen werden als den, welchen die Politiker der Großindustrie und des Kapitals in der gegenwärtigen Leitung der Rechten dem konservativen Element der schwedischen Gesellschaft vorzeichnen wollten.

Es scheint, als wenn die Rechten die Folgen hiervon noch nicht völlig erkannt hätten, als wenn man, wie gewöhnlich, die Schuld von sich weisen und den Grund des Mißgeschicks zufälligen unglücklichen Umständen zuschreiben wollte, die in Wirklichkeit nur dessen äußerer Anlaß waren. Ich kann mich hier nicht in diese Fragen vertiefen;

Digitized by Google

ich muß mich darauf beschränken, festzustellen, wie die Kraft der Rechten in einem Augenblick gelähmt wurde, als eine einheitliche, gesammelte und möglichst starke Partei am dringendsten erforderlich war, und gleichzeitig erinnere ich daran, wie tragisch es nicht nur für die Partei, sondern auch für das Land war, daß die Rechten grade in einem solchen Augenblick ihre alten und ihre neuen Sünden büßen mußten.

Hier gilt es aber zunächst den Versuch zu machen, mit einem Griff die aktuelle Lage zu erfassen, wie sie sich im Hinblick auf die Ausübung der Regierungsmacht in der bevorstehenden schweren Zeit für Reich und Volk ergibt. Beim Ende der Wahlen standen die Dinge ganz einfach so, daß Schweden entweder von einer konservativen Regierung, die ohne Rücksicht auf Parlament und Volkswillen die Leitung übernommen und behalten hätte, aus der Krise gezogen werden oder, wenn sich keine Männer mit Mut und Entschlossenheit für eine solche Politik fanden, von einer Linksregierung von „Volkes" Gnaden, aber auf das Risiko der Nation und des Reiches, immer tiefer in die Krise hineingeraten mußte. War diese Voraussetzung richtig, so ergaben sich unmittelbar zwei praktisch-politische Schlußfolgerungen. Erstens, daß die Stellung der Swartzschen Regierung unhaltbar war: sie entsprach weder der einen noch der anderen Alternative; sie besaß zwar gute Kräfte, ihr mangelte aber vollkommen die für eine zielbewußte Kampfpolitik erforderliche Sicherheit in der Führung; sie war eine Abwicklung des Hammarskjöldschen Regimes und als solche streckte sie einen Finger der Linken entgegen, die doch in ihrem Siegesrausch beide Hände beanspruchte. Zweitens, daß jeder Versuch, ein heterogenes Koalitionsministerium zusammenzuflicken, vom Übel und — wenn nicht heute, so morgen — zum Scheitern verurteilt sein mußte.

Und war es schlimm genug, unmittelbar nach der argentinischen Affäre zu einer Regierungskrise Nr. 2 für 1917 gezwungen worden zu sein, so wurde ja die Sache dadurch nicht besser, daß gleichzeitig der Grund zu einer neuen Krise gelegt wurde für eine Zeit, da wir sie noch weniger werden ertragen können, und wo es der Entente noch besser passen wird, eine neue Kugel gegen die Mauer der schwedischen Neutralität abzufeuern.

Hier stehen wir vor dem entscheidenden Punkt. Die schwedische Regierungskrise mußte so gelöst werden, daß der Entente in jedem Fall alle Möglichkeiten genommen wären, auf einen inneren Regierungs-Zwiespalt zu spekulieren, und zu gleicher Zeit entweder die Kontinuität der schwedischen Außenpolitik befestigt, oder eine klare „Umorientierung" nach den Wünschen der Linken eingeleitet werden. Hieraus ergab sich die Forderung nach einer möglichst gleichen Regierung. Konnten die Rechten eine solche zustande bringen, konnten sie Männer stellen, die bereit waren ohne Zögern und Nachgiebigkeit nach außen hin den Anstrengungen der Entente, uns gegen Deutschland zu treiben, sich mit Kraft zu widersetzen, und nach innen die heißen Ansprüche des „Volkswillens" ohne weiteres bis zu ruhigeren Zeiten aufs Eis zu legen:

Digitized by Google

die bereit waren, aus einer Regierung gegen die Zweite Kammer kaltblütig die Konsequenzen zu ziehen und den Linken die Verantwortung für die Anwendung „außerparlamentarischer Mittel" in Schlußakt des Weltkrieges zu überlassen, — ja, dann mußten diese Männer die Leitung übernehmen.

Gab es diese Männer nicht, so blieb nichts anderes übrig, als alles zu vermeiden, was die Rechten durch Stellung neuer Sündenböcke für die Linken noch mehr kompromittiert hätte: Schweden konnten sie nichts nützen, nur das Gegenteil. So mußte die Entwicklung ihren Lauf nehmen. Schon seit Anfang 1916 war diese Entwicklung der politischen Lage gegeben, die im Februar 1914 durch den bekannten Eingriff des Königs in die Verteidigungsfrage geschaffen wurde. Das Ministerium Swartz war ein Zwischenglied, ein Koalitions- oder Beamten-Ministerium mit dem einen oder dem anderen Landhauptmann an der Spitze wäre nur noch eins zum Überfluß gewesen, — da diese Linie in ihrem Endziel auf eine neue Linksregierung und zuletzt auf Branting hinausläuft, den, wie es scheint, einzigen politischen Führer in Schweden, der zurzeit weiß, was er will, und der, direkt oder indirekt, regieren will.

Er ist bisher der Mann der Situation. Seine Partei ist es, welche die Schar ihrer Wähler vergrößert hat; sie hat die Anzahl ihrer Mandate trotz der Absplitterung der Linkssozialisten beibehalten, und das ist gut, und in Stockholm, seit altersher dem Herd des schwedischen Radikalismus, hat Branting die glorreichsten Siege über seine Feinde von links feiern können. Er ist ein Mann. Wenn wirklich eine irregeleitete Volksmajorität in gefahrvoller Stunde über Schwedens Schicksal bestimmen soll, dann kann auch niemand es verhindern, daß Branting, direkt oder indirekt, die Führung und Macht in seine Hände nimmt.

Natürlich hat man an maßgebender Stelle bis zuletzt versucht, sich der Erkenntnis dieser einfachen Problemstellung und ihres bindenden Zwanges zu entziehen. Der Versuch, eine Koalitionsregierung zu bilden, war vom Standpunkt des Königs natürlich, aber an sich praktisch-politisch totgeboren. Aus dem einfachen Grunde, weil die Linken allerdings mit der Zunge, aber keineswegs mit dem Herzen die Gefahr für das Reich sehen, die der König und mit ihm die Rechten erkennen; aber eine solche Erkenntnis wäre doch die einzige Basis, auf welcher eine Koalitionsregierung mit einiger Hoffnung auf Erfolg aufgebaut werden könnte. Der Versuch einer Beamtenregierung mit dem Landhauptmann Widén an der Spitze mißglückte infolge derselben Ursache, und ihr Mißglücken ist der einzige Lichtpunkt im Elend der Regierungskrise. Denn ein Ministerium Branting mit ein paar Vertrauensmännern des Königs als Aushängeschild und mit einer Anzahl „gemäßigter" Rechten in „vorgeschobener Stellung", verankert in der bürgerlichen Gesellschaft, wäre ein noch größeres Unglück gewesen, als die reine Linksregierung, die nach allen Schwankungen und Wendungen nun endlich dank dem blinden Übermut der Linken des Ergebnis war.

Digitized by Google

Eine ausführliche Charakteristik dieser neuen Linksregierung kommt hier nicht in Frage. Im großen und ganzen wird sie am besten damit charakterisiert, daß sie dem Namen nach zwar eine Regierung Edén-Hellner, in Wirklichkeit aber eine Regierung Branting-Wallenberg ist. In dieser Konstellation, die seit dem Herbst 1914 unser böses Schicksal war, und welche die Rechte niemals zu brechen wagte, als es noch Zeit war, liegt die Stärke der neuen Regierung und die Gefahr für das Land. In ihrem scharf hervortretendem Mangel an persönlicher und politischer Einstimmigkeit liegt ihre Schwäche und der Keim ihrer Auflösung.

Verschiedenes deutet darauf hin, daß die neue Linksregierung, schon unmittelbar nachdem sich ihr die Hauptaufgaben der Lebensmittelversorgung und der Außenpolitik in ihren Einzelheiten präsentierten, das erste Stadium stiller Selbstbesinnung erreicht hat. Und nachdem man einige weitere Wochen seine Zähne an Problemen versucht hat, die zunächst geknackt werden müssen, wird man wohl erfahren haben, daß es wirklich etwas anderes ist, eine Arbeit zu bewältigen, als vor einer unkritischen Zuhörerschaft mit ihr zu jonglieren, etwas anderes sogar, als in einem Reichstagsausschuß die mehr oder weniger glücklichen Ergebnisse der Anstrengungen anderer zu bekritteln.

Die neue Regierung hat zwei Gläubiger: die Entente und den Magen des schwedischen Volkes.

Um mit dem letzteren, der uns näher liegt, zu beginnen, fordert er im Grunde zweierlei. Die Stadt- und Industrie-Bevölkerung verlangt reichlichen Zugang billiger Lebensmittel, während die zahlreiche Landbevölkerung im Gegenteil ordentlichen Lohn für ihre harte und wirtschaftlichem Risiko ausgesetzte Arbeit verlangt, und daneben zu erschwinglichen Preisen den für die Landwirtschaft erforderlichen Bedarf an Kraftfutter, Kunstdünger, Eisen, Gerätschaften und Maschinen.

Schon in ihrer magenbeglückenden Tat — wenn wir uns der Kürze halber so respektlos ausdrücken dürfen — steht die Regierung vor einem Zwiespalt besonders ernster Natur, und ohne allen Zweifel wird dieser Ernst sich über den Köpfen der neuen Regierung verdichten und verdunkeln, je nachdem diese selben Köpfe die elementare Tatsache erfaßt haben, daß zurzeit die ganze Welt unter einer ständig fühlbareren Knappheit an allem Notwendigsten leidet, als Folge davon, daß Millionen Hände der produktiven Arbeit entzogen sind, daß diese Knappheit stetig wachsen wird, und daß gar keine Aussicht vorhanden ist, den schwedischen Magen von den Folgen dieser Knappheit zu retten. Wann dieses auch allen denen klar werden wird, die den neuen Männern der vereinigten Linken die Macht gegeben haben, ist eine andere Frage. Einige Zeit wird es die Regierung wohl versuchen mit der demokratischen Ungeduld, die nun das Manna vom Himmel erwartet, dadurch fertig zu werden, daß sie aufs äußerste den einfachen Kniff ausnützt, alle Schuld auf die Vorgänger abzuwälzen, die das schwedische Haus so schlecht bestellt hätten, daß selbst die Elite der

Digitized by Google

freisinnigen Fortschrittsparteien des Landes es nicht mehr in Ordnung bringen könnte. Mehr als dieses innerpolitische Spiel interessiert hier aber die Frage, wie die Wechsel eingelöst werden sollen, welche die Herren der Entente-Botschaften in Stockholm der neuen Regierung zu präsentieren gedenken.

Ich zweifle nicht im geringsten an dem aufrichtigen Vorsatz der liberalen Regierungsführer und insbesondere des Herrn Edén, gemäß der Programm-Erklärung beim Zusammentritt der Regierung, eine „unverbrüchliche Neutralität" zu bewahren. Gewiß ist diesen Herren nichts fremder, als der Gedanke, Schweden an der Seite der Entente in den Krieg zu treiben. Auch eine mehr platonische, aber offene Parteinahme gegen Deutschland liegt ihnen sicher ganz fern. Aber die Absicht ist eine Sache, und die Folgen des Umhertastens eines außenpolitisch kurzsichtigen Führers eine andere.

Die Gefahr ist deutlich, wenn man den Ausgangspunkt der auswärtigen Politik der neuen Regierung scharf ins Auge faßt.

Die Linke geht, wenn sie jetzt die Leitung der Außenpolitik übernimmt, von der grundfalschen Voraussetzung aus, die sie während des innerpolitischen Kampfes gegen die Rechte zuerst sich selbst und gleichzeitig großen Teilen des schwedischen Volkes suggeriert hat, daß die bisherige Außenpolitik vom deutschen Gesichtspunkt bestimmt, nach Süden orientiert gewesen wäre; nun gälte es das Steuer nach Westen umzulegen, damit das schwedische Schiff in einen klaren und unzweideutigen Neutralitätskurs gelange. Die Voraussetzung ist falsch, denn die Außenpolitik der früheren und besonders der Hammarskjöldschen Regierung war mit geradezu peinlicher Sorgfalt am Willen zur Unparteilichkeit, wie an einem festen Punkt befestigt, an welchem sie sich allerdings wie ein Pendel mit kleinen Schwingungen bewegte, nach Deutschland und zur Entente hin, bestimmt in der einen Richtung, — und dies im wesentlichen rein formell — von Hammarskjölds Widerstand gegen die volksrechtlichen Übergriffe und den Lügen- und Heuchelei-Feldzug der Entente, in der anderen, — und dies sachlich in weit wesentlicherem Grade — von Wallenbergs positiver Hinneigung zur Entente. Eine Wendung des außenpolitischen Kurses Schwedens in eine, wie die Linke sie allgemein auffaßt, neutrale Richtung, wird also in Wirklichkeit eine ausgemachte Umorientierung zugunsten der Entente sein.

Aber wir müssen versuchen zu der tiefsten Wahnvorstellung der schwedischen Neutralitäts-Politik vorzudringen.

Ich habe in meiner Zeitschrift „Das neue Schweden" seit bald drei Jahren die Ansicht vertreten, daß eine „aufrichtige" und „unverbrüchliche" Neutralität wohl für Chile oder Peru, deren Lebensinteressen durch den Weltkrieg gar nicht aufs Spiel gesetzt sind, möglich wäre, aber nicht für Schweden, das zwischen den streitenden Riesengruppen eingeklemmt, seit Jahrhunderten ein Glied des Staatensystemes ist, welches heute in seinen Grundfesten erschüttert wird, und dessen ganze wirtschaftliche

Digitized by Google

und politische Zukunft vom Ausgang des Kampfes abhängt. In einer solchen Lage an einer aufrichtigen Neutralität festhalten wollen, erklären und dabei bleiben, daß, wie der Kampf auch ausgehe, wir lassen uns aus unserer Passivität nur mit Gewalt — und selbst dann wohl kaum — hinausreißen, dies wird auf die Dauer ein unhaltbarer Standpunkt werden.

Dies war es, was man mit Recht erwarten konnte, daß wenigstens die schwedische Rechte es hätte verstehen müssen oder zum mindesten zu der Einsicht gebracht werden können, um so mehr, da die Entwicklung mit jedem Monat immer klarer die innere Falschheit der Neutralität offenbarte, indem die Volksstimmung immer stärker in der einen oder anderen Richtung beeinflußt wurde, und zugleich die Spekulationen der einen Partei auf diese Volksstimmung desto kecker wurden, je länger die Zeit sich gegen Schluß des Riesenkampfes hinzog. Aber dies ist nicht geglückt. Nur eine halbe Pferdelänge hinter dem alten Liberalismus hat die Rechte zuerst die typisch liberale Neutralitäts-Doktrin verschluckt, dann diese sich selbst zu eigen gemacht und mit immer größerer Angst sich an den Strohhalm festgeklammert, je mehr die Linke in unneutrale Ententerichtung hinüberglitt, um es schließlich dahin zu bringen, daß sie die „Unneutralen" im eigenen Lager politisch verbannte, während die Linke die ihrigen kaltblütig zur Regierungsmacht vortrieb.

Hierbei hat die Rechte, wie die übrigen „aufrichtigen" Neutralitätsanhänger, eine elementare Tatsache völlig außer Acht gelassen: daß dort, wo Leben, auch niemals Stillstand ist, und daß es dort immer Bewegung geben muß — in der einen Richtung oder der anderen. Dies gilt auch von der Volksstimmung und von der Politik eines Volkes.

Bis Anfang 1916 ging die Entwicklung in Schweden in der Richtung, welche die historische Tradition und bestimmende Zukunftsinteressen wiesen. Die in nationaler Hinsicht urteilsreifen Gefühle und unklaren Tendenzen im Volke fanden ihren politisch bewußten Ausdruck in der aktivistischen Bewegung. Aber vor der Forderung zu handeln scheute sowohl die Rechte als auch die Regierung Hammarskjölds zurück; gleichzeitig blies man auf der Linken zum vollen Sturm gegen die „Wahnwitzigen", und die Rechte war sofort bereit, nachzugeben und in das Geschrei der anderen einzustimmen. Die Aktivisten wurden den Spießruten sowohl des Demos, als auch der bürgerlichen Gesellschaft ausgeliefert.

Sie können sich damit trösten, daß sie bloß allzu recht bekommen haben. In dem Augenblick, wo die Rechte vor der Forderung einer Politik zurückwich, die mit offenen Augen und mit Mut bereit zum Handeln war, verlor ihre Partei die Kraft, die sie noch besaß, einen bestimmenden Einfluß auf das schwedische Volk auszuüben. Der Strom wandte sich. Die Demokratie griff von neuem nach der Führung, die sie durch ihre Verbohrtheit in der Verteidigungsfrage verloren hatte. Außenpolitisch hatte die Demokratie bereits ihre Richtung erhalten. Immer bestimmter glitt nun die Volks-

Digitized by Google

meinung, durch die Agitatoren der Entente aufs intensivste bearbeitet hinüber in einen Haß gegen Deutschland, als den Ursprung alles Bösen; immer kühner wurde die Linke in ihren Angriffen, immer schwächer die Rechte in ihrer Verteidigung. Sobald der Aktivismus erwürgt war, ging der Kampf gegen Hammarskjöld los; er wurde gestürzt, und Minister Swartz kam als ein Versöhnungsopfer für die Linken; noch einige Monate, und die Wahlen fegten auf dem Lande den einen Rechtsvertreter nach dem anderen fort, und mit ihnen Swartz-Lindmann: Branting hatte die Macht erreicht.

Der Aktivismus hätte dem schwedischen Volkswillen die Richtung geben und das Volk für ein positives Ziel aufrichten können, aber er durfte es nicht, von den Seinigen in den Rücken gefallen. Branting konnte auch den Volkswillen mobilisieren, und ihm war es vergönnt. Er wurde von den Seinen gestützt, und die Rechte konnte ihn nicht hindern. So hat sich die schwedische Volksmeinung zuerst Deutschland, dann der Entente zugeneigt. Doch denken wir unsere Gedanken zu Ende. Alles Lebende ist in Bewegung, die Neutralität ist aber ein Stillstand, und deshalb unmöglich. Entweder ist also die Politik richtig, die Schweden zu Deutschland führen will, oder die, die für einen Anschluß an die Entente kämpft; Schweden von der Welt und den Weltkampf isolieren und auf dem Gleise der Neutralität erhalten können wir nicht; allein kann Schweden nicht stehen, es muß seinen Weg wählen, nach Süden oder nach Westen; entweder hatten die Deutsch-Aktivisten recht, oder es hat Branting recht. Beide wollen etwas, beider Streben führt zu etwas, beide haben eine bestimmte Absicht mit Schweden; aber die „unverbrüchliche Neutralität", das ist der Standpunkt, der nichts will, folglich nichts vermag und auch der Wirklichkeit nicht standhält.

Branting hat die Macht erreicht, und er wird, gegen die Neutralität seiner Kollegen, mit der Kraft seiner eigenen Persönlichkeit und gestützt auf die relative Wahrheit des Standpunktes, den er vertritt, Schweden ins Entente-Lager treiben — so weit es die objektiven Voraussetzungen zulassen, bis er auf zwingende Hindernisse äußerer Umstände stößt. Wie weit auch die irregeleiteten Gefühle eines Volkes auf Abwege geraten können, unserer geographischen Lage laufen wir nicht davon. Hierin liegt letzten Endes das Gegenmittel.

Für die nationalen Elemente Schwedens wird es nun für einige Zeit eine gute Gelegenheit geben, sich die bekannte Maxime Asquiths anzueignen: „Abwarten". Noch wird es, nach allem zu urteilen, mehrere Monate währen, bis wir den Boden der Schwierigkeiten erreicht haben werden, die der Weltkrieg für uns in Bereitschaft hält, bevor wir vor dem bittersten Ernst unserer Stellungnahme stehen.

Digitized by Google

Zur Geschichte der amerikanischen Neutralität

Von geschätzter Seite wird uns geschrieben:

Die Neutralität der Vereinigten Staaten von Amerika schaut auf eine lange und ehrenvolle Geschichte zurück, während der Amerika stets sein Recht gewahrt hat, den legalen Handel, vor allem den Handel mit Lebensmitteln, dessen Sicherstellung für den neutralen Handel eines der Hauptverdienste der Londoner Seerechtserklärung war, auch in kriegerischen Zeiten mit den Kriegführenden zu betreiben. Bereits im Jahre 1793 hat Präsident Jefferson dieses Recht mit aller Entschiedenheit England gegenüber vertreten, das damals in seinem Kriege mit Frankreich dieselbe Methode der Aushungerung der Zivilbevölkerung anwandte, die es heute gegen Deutschland anwendet und der es bei Bekämpfung der Buren seinen Enderfolg verdankte. Damals richtete Präsident Jefferson an den Botschafter der Vereinigten Staaten in London nachstehende Worte, die Präsident Wilson wortgetreu, bis auf die Ersetzung des Wortes „Frankreich" durch das Wort „Deutschland", an den derzeitigen Botschafter der Vereinigten Staaten in London hätte richten können, wenn er die Neutralität und die Vertretung der Rechte der Neutralen nicht nur im Munde geführt hätte;

„Müßten wir Lebensmittel vom Transport nach Frankreich zurückhalten, so wären wir in gleicher Weise verpflichtet, Transporte auch für Frankreichs Gegner zurückzuhalten, und würden so entweder uns selber alle Häfen Europas verschließen, in denen Nachfrage nach Lebensmitteln besteht, oder uns selbst zum Teilnehmer am Kriege machen. Das ist ein Dilemma, das Großbritannien kein Recht hat uns aufzuerlegen und für dessen Auferlegungen kein Vorwand in unserm Verhalten irgendwie gefunden werden kann. Großbritannien mag in der Tat den Wunsch fühlen, ein feindliches Volk auszuhungern, aber es kann kein Recht haben, es auf unsere Kosten zu tun oder uns zu seinem Werkzeug zu machen."

Dieser Politik ist auch Amerika weiterhin treu geblieben. Fast 100 Jahre später, im Jahre 1885, als Frankreich Reis zur Konterbande erklärte, schrieb der amerikanische Botschafter in Berlin am 28. April 1885 an den amerikanischen Staatssekretär folgende Sätze:

„Lebensmittel bilden einen ungeheuren Teil unserer Ausfuhr. Jeder europäische Krieg ruft eine vermehrte Nachfrage nach derartigen Zufuhren aus neutralen Ländern hervor. Der französische Grundsatz erklärt sie für Konterbande, nicht nur, wenn sie direkt für militärischen Bedarf bestimmt sind, sondern auch, wenn sie im gewöhnlichen Handelsverkehr für die Ernährung der Zivilbevölkerung der kriegführenden Regierung abgesandt sind. Wenn Nahrungsmittel so vorenthalten und beschlagnahmt werden können, so können erst recht Kleider, Industrieerzeugnisse und alle weniger notwendigen Zufuhren abgeschnitten werden mit der Begründung, ihr Ziel sei, die

Digitized by Google

Kräfte des kriegführenden Volkes zu stärken. Der in der französischen Erklärung zum Ausdruck gekommene Grundsatz führt in Wirklichkeit dahin, daß alle Gegenstände, deren Mangel die Not der Zivilbevölkerung der kriegführenden Staates steigert, zur Kriegskonterbande erklärt werden können.

Der ganze Handel Neutraler mit Kriegführenden kann so vernichtet werden, ohne Rücksicht auf eine effektive Blockade der Häfen. Krieg selber würde verhängnisvoller für neutrale Staaten als für kriegführende Interessen werden.

Die Regel des Mittelalters, die Aushungerung belagerter und befestigter Städte würde so auf die gesamte Bevölkerung eines offenen Landes ausgedehnt werden. Es ist ein Rückfall in barbarische Kriegsgewohnheiten."

Und im Jahre 1904 während des russisch-japanischen Krieges anläßlich eines vom Prisengericht Wladiwostok erlassenen Prisenurteils verfaßte Staatssekräter Hay eine Instruktion an den Botschafter in Petersburg, in der es heißt:

„Wenn Krieg zwischen machtvollen Staaten besteht, so ist es für den rechtmäßigen Seehandel neutraler Staaten eine Lebensfrage, daß keine Änderung der Regel vorgenommen wird, und von dem Kriterium nicht abgewichen wird, das bestimmt, was als Konterbande der Beschlagnahme durch die Kriegführenden unterliegt, nämlich: Kriegsbrauchbarkeit der Ware, Benutzung und Bestimmung zu Kriegszwecken. Gegenstände, die wie Kohle, Baumwolle oder Lebensmittel, wenn auch für gewöhnlich Friedensgut, doch für kriegerische Zwecke gebraucht werden können, unterliegen nur dann der Beschlagnahme und Einziehung, wenn bewiesen wird, daß sie tatsächlich für die Land- oder Seestreitkräfte eines Kriegführenden bestimmt waren.

Dieser wesentliche Grundsatz des Völkerrechts kann nicht außer Geltung gesetzt werden durch eine Verfahrensregel des Prisengerichts, nach der die Eigentümer der beschlagnahmten Ladung beweisen müssen, daß kein Teil von ihr möglicherweise in die Hände der feindlichen Streitkräfte gelangt sein würde Ein solcher Beweis ist unmöglich; und es kann nicht zugelassen werden, daß die Nichterbringung eines Beweises, der nach seiner Natur unmöglich geführt werden kann, die Beschlagnahme und Verurteilung rechtfertigt. Wäre es anders, so wäre jeder neutrale Handel mit der Bevölkerung eines kriegführenden Staates unmöglich. Wenn das Prinzip durchgeführt würde, so bedeutete es, wenn zu voller Anwendung gebracht, die vollkommene Vernichtung alles neutralen Handels mit der nicht kriegführenden Bevölkerung von Japan: es enthebt von der Notwendigkeit einer Blockade, es macht den Grundsatz der Pariser Erklärung bedeutungslos, daß eine Blockade, um rechtsverbindlich zu sein, effektiv sein muß, es beseitigt allen Unterrschied zwischen Handel in Konterbandegütern und Nichtkonterbandegütern und ist in seiner Wirkung eine Kriegserklärung gegen jeglichen Handel zwischen der Bevölkerung neutraler und der kriegführenden Staaten."

Diese Auslassungen lassen klar erkennen, daß man in Washington seit mehr als 125

Digitized by Google

Jahren das Problem der Neutralität klar erkannt hatte und fest entschlossen war, die sich daraus für Amerika ergebenden Schlüsse zu ziehen. Mit dieser ruhmreichen Überlieferung zu brechen, war erst dem Präsidenten Wilson vorbehalten. Er hat sich mit der berüchtigten englischen Ordre in Council vom 29. Oktober 1914 abgefunden und bereits vorher den im wesentlichen damit übereinstimmenden Abänderungen und Zusätzen der englischen Regierung zu der Londoner Seerechtserklärung vom 22. August 1914 zugestimmt, über die die holländische Regierung in einem amtlichen Schriftstück nachstehendes Urteil fällt:

„Diese Abänderungen und Hinzufügungen machten mit annähernder Vollständigkeit alle Garantien illusorisch, welche die Londoner Erklärung dem Handel und der neutralen Schiffahrt gegen die mögliche Willkür der Kriegführenden auf dem Gebiete des Transportes von relativer Konterbande gegeben hatte. Darüber hinaus beseitigen sie jeden Unterschied in der Behandlung von absoluter und relativer Konterbande."

Als England dann diese Ordre in Council so handhabte, daß Amerika wohl oder übel zu einem Protest sich aufraffen mußte, erklärte die amerikanische Regierung in diesem Protest ausdrücklich, daß der Protest sich nur gegen die Behandlung richte, die England den Konterbandeladungen angedeihen lasse, die auf dem Wege nach neutralem Lande begriffen sind, daß dagegen ein Protest gegen die Unterbringung des direkten Handels mit Deutschland und ebenso gegen die Seekriegsgebietserklärung vom 3. November 1914 ausdrücklich ausgeschlossen sei. Damit hat Präsident Wilson in trockenen schwunglosen Worten auf ein Recht verzichtet, das seine Vorgänger durch mehr als 100 Jahre stets unbedingt hochgehalten haben, während es doch seine Aufgabe gewesen wäre, diese Politik fortzusetzen oder sie durch etwas Gleichwertiges zu ersetzen.

Wird Herr Wilson mit dieser Tat vor der Nachwelt und der Geschichte bestehen?

Notizen

Zur Polenfrage in der Ostmark erhalten wir folgende Zuschrift: Vor einiger Zeit beschäftigte sich Prof. Jakob Schmidt, Berlin, in der „Deutschen Politik" (Nr. 32) mit dem Thema: „Die Schulsprache unserer polnisch redenden Volksbezirke". Er lehnte in seinen Ausführungen den Standpunkt des Posener Provinzialrates Bock (Zur Sprachenfrage in der Provinz Posen) mit aller Entschiedenheit ab. In der Ostmark hat man besonders in den Kreisen des bodenständigen Deutschtums die schulpolitischen Maßnahmen vor dem Kriege nicht immer mit Beifall gutheißen können. Obwohl sich ein großer Teil der ostmärkischen Lehrerschaft noch kürzlich den Ausführungen der genannten Schrift angeschlossen hat, fehlte es doch nicht an Stimmen, die in ihr einen „Akt kurzsichtiger Politik" sahen und sich durch die Ausführungen des Provinzialschulrates nicht bange machen lassen wollten. Ja, in Lehrerkreisen stellte man sogar die Forderung auf, im Interesse der Förderung und Stärkung des deutschen Elementes in der Ostmark für die deutsche Schuljugend polnischen Sprachunterricht einzu-

Digitized by Google

führen. Die Doppelsprachigkeit ist in den national gemischten Gegenden der Provinz für den gewerbetreibenden Deutschen unerläßliche Notwendigkeit. Sie ist dort auch bei der älteren Generation weit verbreitet. Im Umgange wird die „fremde Sprache" leicht angeeignet, besonders im jugendlichen Alter. Der einheimische Deutsche sieht darin keinen „nationalen Mangel". Er kann als Laie es auch nicht verstehen, daß man von einer besonderen Methode des ersten Sprachunterrichtes für polnisch sprechende Kinder soviel Aufhebens macht. Die Erfolge derselben sind von Schulmännern ja in Musterschulen viel bewundert worden. Der Laie wies dann immer auf die Tatsache hin, daß die Schule auch dort, wo die Methode in Reinkultur betrieben wurde, bei der polnischen Jugend die Willigkeit, sich der deutschen Sprache draußen zu bedienen, nicht befördert hat. Die Lehrer an solchen Schulen sahen die Sache auch nicht so rosig an wie die flüchtigen Besucher. Die Methode allein tut es nicht! Sie ist für die deutschen Kinder nur ein Hemmschuh mit all ihren Äußerlichkeiten und handelnden Spielereien. Diese Überzeugung brach sich in den Kreisen der deutschen Eltern immer mehr Bahn. In der Stadt Posen wurde von deutschen Stadtverordneten kurz vor dem Kriege der Antrag eingebracht, der Magistrat möge eine Trennung der Schuljugend nach Nationalitäten im Interesse der deutschen Jugend durchführen.

Dem Laien will es nicht einleuchten, daß methodische Maßnahmen, Fibeln und Lesebücher, die auf fremdsprachige Kinder eingestellt sind, der deutschen Schuljugend zum Segen gedeihen können. Die Lehrerschaft des Ostens hat jahrelang vor dem Kriege z. B. bekämpft eine nach ihrer Ansicht ganz ungeeignete, rückständige und wenig kinderfreundliche Fibel. Sie ist noch immer im Gebrauch und liegt jetzt in zweiter unveränderter Auflage vor und wurde nebst Anleitung in sämtlichen Seminaren der Provinz eingeführt. Der junge Lehrernachwuchs seufzte, denn draußen fand er im Bezirk Posen eine ganz andere Fibel und mußte umlernen. Fibel und Lesebuch sind für Schüler und Lehrer eine Qual; ihr veralteter Inhalt ist wahrlich nicht geeignet, in polnischen Kindern Liebe zur deutschen Sprache zu erwecken und ihnen die Schulstube zu einer Stätte der Freude zu machen.

Die deutsche Bevölkerung konnte in diesen schulischen Maßnahmen beim besten Willen keine Förderung ihrer Interessen sehen. Die Provinz zählte nach der Statistik von 1911 noch 1861 Schulen mit nur einer Lehrkraft; 1/3 sämtlicher Schüler empfängt in ihnen das geistige Rüstzeug für den harten Kampf ums Dasein; davon sind wohl der größte Teil Deutsche; denn in drei polnischen Gegenden sah sich die Behörde, veranlaßt durch den Kinderreichtum der Polen, genötigt, mehrklassige Schulen einzurichten. Der bodenständige Deutsche sieht andererseits nicht so kleinmütig in die Zukunft, wie es der Verfasser der Schrift tut. Er sieht seine Interessen nicht gefährdet durch etwaige Zugeständnisse in bezug auf die Sprache an die Polen. Wichtig bleibt ihm, daß ein eigener Nachwuchs durch die Volksschule in Zukunft nicht so vernachlässigt wird, wie es geschehen ist. Darin sieht mancher Ostmärker einen Grund mit für die so oft beklagte Abwanderung gerade der einheimischen deutschen Elemente nach dem Reiche. Möge die Zukunft da manches ändern. Vor allem sollte man den eingeborenen Deutschen, der die ostmärkischen Verhältnisse von Jugend auf kennt, künftig nicht ängstlich ferahalten von maßgebenden Verwaltungsstellen. Kenntnis von der Eigenart der einheimischen Bevölkerung ist wertvoller als genaue Vertautheit mit vergilbtem Aktenmaterial, auch wichtiger als große, pathetische Worte; davon sind durch all die Jahre genug gewechselt worden. Wir bedürfen der Taten, die Ernst machen mit der Stärkung des Deutschtums auch durch die Volksschule. Verbittert über die erfahrene Zurücksetzung, durch die geringschätzende Behandlung durch die fremden „Kulturträger" hat manche tüchtige Kraft des Ostens zum Wanderstabe gegriffen oder steht grollend und kritisierend abseits. Der Kenner der hiesigen Zustände kann sich nur dem Wunsche des Prof. J. Schmidt anschließen: Sorgen wir dafür, daß endlich ein

Digitized by Google

anderes Verfahren eingeschlagen wird. Es wird und muß bessere Früchte zeitigen.

England nicht mehr „Beschützer der Kleinen“! Ernst Klein schreibt in der Monatsschrift „Deutsche Arbeit“: „England hat an der Rolle des ‚Beschützers der kleinen Nationen‘ den Geschmack verloren. Einst klang es so edel und uneigennützig, als man vorgab, nur zum Schutze des kleinen Belgiens in die deutsche Abrechnung mit den Ruhestörern in Ost und West einzugreifen. Allein die Art, wie die Getreuen um Sir Roger Casement, De Wet und Maritz, Om Carp und König Konstantin „beschützt“ wurden, ließ Englands Wohlwollen selbst den Ententefreunden in etwas anderem Lichte erscheinen. Kaum hätte es dazu noch solcher Ausführungen bedurft, wie sie die Wochenschrift „The World“ brachte: „Allen den kleinen neutralen Staaten muß man zu verstehen geben, daß ihre Neutralität nicht länger möglich ist. Wenn sie nicht mit uns gehen, so sind sie gegen uns. Wenn sie mit England gehen, so müssen sie Deutschland angreifen, wenn ihnen England das Zeichen gibt. Wenn sie gegen uns sind, so müssen sie einer völligen Blockade unterworfen werden. Wir werden in England uns mit kargen Rationen begnügen müssen. Aber sie, die Neutralen, werden einer absoluten Aushungerung ins Auge starren.“

Wo nun aber gar die bösen Deutschen die britischen Grundsätze vom Selbstbestimmungsrecht und Schutze der Kleinen auf Vlamland, Irland, Ägypten und Indien angewendet wissen wollen, bläst die britische Presse vollends zum Rückzuge. Vor kurzem schrieb bereits die ‚Contemporary Review“, „kleine Nationalitäten, kleine Splitter müßten manchmal mit weniger als ihrem vollen Ideal zufrieden sein, wenn das Wohl ganz Europa es fordere“. Ausführlicher beschäftigt sich jetzt der Londoner „Aeroplane“ mit dieser Frage:

„Solange der Mensch nicht seine Natur von Grund auf geändert hat, werde das Reich mit der größten Militärmacht stets am wenigsten der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt sein und auch kleinen Nationen, die es in sich aufgesogen habe, sowohl in militärischer wie wirtschaftlicher Hinsicht die beste Friedensgewähr bieten. Eine kleine Nation ist sowohl eine Gefahr, für sich selbst als auch für seine größeren Nachbarn.“ Nachdem festgestellt worden ist, daß Holland und Dänemark in verschiedenen Beziehungen unter dem Kriege mehr leiden als Frankreich und England, wird dem Leser ein wenig unerwartet erzählt, Belgien, Serbien und Rumänien böten heute ein Beispiel für das Schicksal, das die kleinen Nationen erwarte, falls ihre große Nachbarn in Streit gerieten. Belgien als Teil Frankreichs hätte den ersten deutschen Stoß abdämmen und so sich selbst und Nordfrankreich retten können. „Ja“ — es klingt aus englischem Munde wie Ketzerei — „Belgien auch als Teil Deutschlands würde vor dem schlimmsten Schrecken des Krieges bewahrt geblieben und lediglich durch unsere Blockade wie das übrige Deutschland belästigt worden sein. Serbien als Teil Österreichs oder der Türkei würde der Invasion und Vernichtung entgangen sein. Serbien als Bestandteil eines großen, unter einem starken Kaiser stehenden Staates wäre vielleicht ganz außerhalb des Krieges geblieben.“ Der Grund zu diesem erstaunlichen Bekenntnis läßt nicht auf sich warten. „Aeroplane“ zieht aus dem Geschilderten die Folgerung, alle diese Tatsachen bewiesen, welche Nachteile die Lage der kleinen Nationen habe, und fährt dann fort: „Leider wollen das unsere irischen Freunde gar nicht einsehen, und da kein Feind da ist, um ihnen dieselben Lektionen, wie Belgien und Serbien zu erteilen, werden wir wohl die Lehrerrolle nach dem bewährten Muster von Stafford und Cromwell übernehmen müssen. Unartige Kinder müssen eben solange Prügel bekommen, bis sie vor Erschöpfung ruhig werden.“ 1914 las man's anders! Die neue Lesart sei den „kleinen Völkern“ Österreichs empfohlen, die ihre „Freiheit“ von des Vielverbandes Gnade erhoffen.

Die Ukraine und der Frieden. Aus Kiew wird dem „Utro Ross.“ vom 7. 12. berichtet:

Digitized by Google

„Im Zusammenhang mit dem Entschluß General Schtscherbatschews, einen Waffenstillstand an der rumänischen Front abzuschließen, fand eine Sondersitzung der Kleinen Rada unter dem Vorsitz Hruschewskis statt. Die Beratung begann um 1 Uhr mittags und endete um Mitternacht. Es wurde ein Telegramm General Schtscherbatschews vorgelesen, welcher die Rada auffordert, Vertreter zur Teilnahme an den Verhandlungen mit dem Feinde zu entsenden. Die ukrainischen Sozialdemokraten bestehen darauf, daß der Waffenstillstand und sodann der Frieden an der rumänischen Front im Namen der Ukrainischen Volksrepublik und im Namen der ukrainischen Sozialdemokraten erklärt werde. Neranowitsch sagt, daß die Lage den Ukrainern günstig sei; die Rada hat es nur noch nötig, die Presse zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Ukrainische Republik müsse die Sache des Friedens in die Hand nehmen, als souveräne Macht, und von dem Tatbestand den Rat der „Volkskommissare", als großrussische Regierungsstelle, wie auch die kriegführenden Mächte und die Verbündeten in Kenntnis setzen. Ein Friedensschluß sei notwendig, um mit der westeuropäischen Demokratie in Verbindung zu treten, mit Hilfe derer die Ukrainer ihr Programm der nationalen Selbstbestimmung durchführen würden.

Die ukrainischen Sozialrevolutionäre geben eine analoge Erklärung ab und empfehlen, sich auf den Standpunkt einer vollkommen unabhängigen Macht zu stellen. Balabonow spricht im Namen der russischen Sozialdemokraten und des „Bundes" und erklärt, daß die Interessen Rußlands für die Ukrainer hinter den eigenen zurücktreten, es frage sich nur, ob die Ukrainer verstehen werden, die Interessen der Ukrainer zu wahren, und ob man auf der Friedenskonferenz mit der Stimme der Ukrainischen Republik, die sich noch in einem Zeitraum der Organisation befindet, rechnen werde. ‚Wir lehnen den Separatfrieden ab,' sagt Balabanow. ‚Nur eine zentrale Gewalt ist befugt, einen allgemeinen Frieden zu schließen.'"

Der Vorsitzende des Generalsekretariats (Ministerium), Winnitschenko, stellte fest, daß die Stellung der führenden ukrainischen Fraktionen nicht von den Anschauungen des Sekretariats abweiche. Es sei notwendig, sich mit den Organisationen, welche die Friedensverhandlungen an den übrigen Fronten leiten, zu verständigen. Das Generalsekretariat sei der Ansicht, daß die Volkskommissare einen großen Einfluß auf die Massen hätten, die Friedenssache müsse jedoch eine organisierte, einheitlich sozialistische Regierungsgewalt föderativen Charakters in die Hand nehmen.

Ferner wird aus Kiew gemeldet: „Die Kleine Rada hat den Beschluß gefaßt, Vertreter des Sekretariats zur Teilnahme an den Waffenstillstandsverhandlungen an die rumänische und an die Südwestfront zu entsenden; sich bereits jetzt an die verbündeten und feindlichen Mächte mit dem Vorschlag zu wenden, in Friedensverhandlungen einzutreten; hiervon den Rat der „Volkskommissare" in Kenntnis zu setzen, um das Vorgehen in Übereinstimmung zu bringen; an die Ausarbeitung eines konkreten Friedensprogramms zu gehen und dasselbe den Völkern Rußlands, sowie den verbündeten und feindlichen Mächten als Grundlage der Verhandlungen anzubieten. Die Rada ruft alle Völker Rußlands auf, diesen Verhandlungen ihre aktivste Teilnahme zu widmen.

Die Entschließung wurde mit 29 Stimmen gegen 8 angenommen."

Wie aus dieser Meldung des Moskauer Blattes zu ersehen, sind sich die beiden größten Parteien, die Sozialdemokraten und die Sozialrevolutionäre darin einig, daß ihr Endziel die Souveränität der Ukraine darstelle. Ihre Hoffnungen setzen sie dabei aber nicht mehr wie früher auf Mitteleuropa, sondern auf die „westeuropäische Demokratie". Dieser Umschwung dürfte nicht zuletzt dadurch hervorgerufen worden sein, daß Mitteleuropa augenblicklich nur mit den Maximalisten verhandelt, die die größten Gegner aller Fremdvölker und damit der beiden oben genannten ukrainischen Parteien sind, weil sie überhaupt keine Nationalität anerkennen und nur bereit sind, Gebieten die Unabhängigkeit zu geben, wenn sie politisch auf dem Standpunkte der Maximalisten stehen.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Die Neutralen

Was wir von den Neutralen erhoffen müssen, sagt Friedrich Meinecke in der Einleitung zum ersten Band der von ihm herausgegebenen Sammlung „Nachbarvölker Deutschlands" (Monographien ihres politischen und kulturellen Lebens. München, R. Oldenbourg), in der Rudolf Kjéllen eine „politische Monographie von Schweden" gibt. Meinecke geht aus von der Entstehung der modernen Kultur „aus der Gemeinschaft der germanischen und romanischen Völker", die, „wie wir wünschen, auch in Zukunft den Weg zueinander wieder finden, wenn auch auf lange Zeit hinaus ihr Kontakt verhindert ist". „In dieser Situation fällt den neutral gebliebenen kleinen Nachbarnationen, die uns wie in einem Kranze umgeben, eine besondere Aufgabe zu. Sie müssen uns geistigen Ersatz bieten für vieles, was wir verloren haben. Sie werden, wie sie es bisher schon zum Teil getan haben, uns auch als Mittelglieder und Brücken zu denjenigen Teilen der romanischen und angelsächsischen Welt dienen, die fähig und bereit sein werden, sich uns wieder zu erschließen. Vor allem aber wird uns das eigene Leben unserer Nachbarvölker und insbesondere der ganz oder vorwiegend germanischen stärker anziehen. Wir werden das uns Verwandte bei ihnen mit tieferer Sympathie begrüßen und ihre kräftig entwickelte Eigenart zugleich eindringender verstehen wollen und wärmer zu achten lernen. Was unsere germanischen Nachbarn dafür von uns an geistigen Gegenwerten eintauschen wollen, ist Sache ihres freien Entschlusses und ihres selbständigen Bedürfnisses. Nur ein auf unbedingtem Respekt voreinander und auf der Voraussetzung einer inneren Gleichberechtigung beruhender Verkehr kann uns das bringen, was wir wünschen." (Um solchen Verkehr vorzubereiten, führen, wie Kjéllen in die völkische Gesellschaft und staatliche Struktur Schwedens, so späterhin gleich hervorragende Autoren in die deutsche Schweiz, die Niederlande, Dänemark, Norwegen ein. Mit dem von Kjéllen — der praktischen Anwendung seines Buches über den Staat als Lebensform und dem Beispiel einer neuartigen wissenschaftlichen und künstlerisch hochstehenden politischen Monographie — ist ein guter Anfang gemacht.)

Ein indirekter Beitrag zu der Mitarbeit an der Verständigung der europäischen Völker (einer weiteren Aufgabe der Neutralen) ruft der Holländer Jacob ter Meulen in einem äußerst rückwärts gerichteten und innerlich zukünftig gemeinten Buche über die Entwicklung des Gedankens der Internationalen Organisation in der Zeit von 1300—1800 auf (Haag, Martinus Nijhoff). Das Ergebnis ist folgendes: Vor dem 18. Jahrhundert wurde die Idee einer internationalen Gemeinschaft nur von wenigen ausgesprochen. Erst im 18. Jahrhundert entstand eine ganze Bewegung zugunsten einer Rechtsordnung, welche auch die zwischenstaatlichen Verhältnisse umfassen sollte. Man verurteilte die Fürsten, die öfters nur einer Laune wegen einen Krieg anfingen. Philosophen und Literaten, Theologen und Dichter setzten eine Ehre darein, sich Weltbürger nennen zu dürfen. Viele von ihnen sprachen mit einer gewissen Geringschätzung von der Nation und kannten bloß die Republik der Menschheit. Juristen und Ökonomen verkündigten Theorien, in denen sie, ohne den Begriff der Nation zu erwähnen, die menschliche Gesellschaft für unabhängig von den politischen Grenzen erklärten. Als endlich auf dem europäischen Festland die mächtigen geistigen Strömungen zur politischen Revolution führten, glaubten viele, daß ihr Ideal einer universellen Republik verwirklicht werden würde und der Rechtsprozeß schon jetzt an die Stelle des Krieges treten könnte. Die Gesellschaft war aber trotz aller kosmopolitischen Gefühle, ja zum Teil gerade dadurch, noch nicht so weit in der Entwicklung vorgeschritten, daß sie das große Werk schon jetzt in Angriff hätte nehmen können. Erst im kleinen Kreise, innerhalb des Gebietes des nationalen Staates mußte die Rechtsordnung fester begründet werden, ehe das Problem des internationalen Friedens gelöst werden konnte. Aber im 19. Jahrhundert hat sich demgegenüber die Staatsgewalt auf dem Gebiete, wo die Rechtsidee noch nicht verwirklicht ist — bei den ausländischen Verhältnissen — zu einer ungeheuren Macht entwickelt. Die großen Staaten gingen voran, die kleinen folgten und wandten ebenfalls alle Kräfte und Mittel an, die den Staat zu einer höllischen Maschine umgestalten konnten, sobald die höchsten Gewalthaber oder die Volksgruppen, die in den aller Öffentlichkeit entzogenen internationalen Regierungsverhältnissen zu entscheiden hatten, es für nötig hielten. In den zwischenstaatlichen Verhältnissen wurden hinfort Praktiken angewandt und gebilligt, welche man für alle menschlichen Verhältnisse mit Entrüstung verworfen hätte. Die nationalen Gemeinschaften wurden so stark, daß auch diejenigen Volksgruppen, die den zufälligen Gewalthabern feindlich gegenüberstanden und sich mit Parteigenossen in andern Ländern inniger verbunden fühlten als mit den andern Parteien im eigenen Lande, aus Selbsterhaltung sich unter den Schutz des Staates stellen mußten, sobald das offizielle internationale Band zerrissen war. Infolgedessen zeigt das Bild der Völkerwelt in unseren Tagen einen großen Gegensatz: einerseits das Prinzip rechtlich souveräner Staaten, die nur durch den eigenen Willen gebunden und verpflichtet

Digitized by Google

werden, andererseits die Existenz der historischen, materiellen, geistigen und sittlichen Bande der Menschheit. Deshalb stellte er als höchste Norm aller Ethik die Regel auf: Handle so, daß du in all deinem Handeln den Geist der Menschheit achtest. Aufzuheben ist dieser Gegensatz nach Ansicht des Verfassers nur durch eine internationale Rechtsordnung, für die die egoistische Teilgemeinschaft der nationalen Staaten kein dauerndes Hemmnis sein kann. Wie schon der Abbé de Saint Pierre im Anfang des 18. Jahrhunderts gesagt hat: „Ich gebe zu, daß es sehr wohl sein kann, daß sich ein europäisches Schiedsgericht nur allmählich, in unmerklichen Fortschritten und erst in zwei Jahrhunderten bilden kann."

Die Nutzanwendung für solche Mithilfe an der Wiederherstellung der europäischen Eintracht geben Schriften aus der Schweiz. Straehl-Imhoof („Der Friede und die Schweiz", Sauerländer, Aarau) stellt den Anteil der Schweiz an den Bestrebungen zum Völkerfrieden in folgendem Sinne dar: „Aus der Friedensidee in ideellen Wünschen allein entsteht noch keine friedliche Welt. Die Hauptsache besteht in dem Erfassen der vollen Notlage, die zum Zusammenschluß drängt, und in dem Betreten der Wege, die aus der Bedrängnis führen. Die Staaten müssen ein Gewissen bekommen, das die volle Menschheit umfaßt. Es wird geweckt werden, wenn sich die Nationen besser kennen lernen und alles bekämpfen, was den Frieden stört. Die menschliche Rasse muß die Degeneration ihres Geschlechts, ohne den mörderischen Krieg durch weise Gesetze der Rassenerhaltung bekämpfen lernen und dem blutigen Völkerringen dadurch jede Notwendigkeit nehmen. Zugleich soll aber auch jedem aufstrebenden Volke seine Ausdehnung gewährleistet werden. Dann erst kann man die Heere reduzieren. Die Nationen werden ihre Geschicke, die sie selbst bis an ihr bitteres Ende auskosten müssen, auch selbst in die Hand nehmen. Der übertriebene Staatsegoismus muß schwinden. Der Gemeinschaftszweck der Völker sei das oberste Gesetz. Die Sprachen- und Nationalitätenbestrebungen sind in ihren ungesunden Auswüchsen zu bekämpfen, da sie zu Haß und Krieg führen. Das kampfhindernde Völkerrecht, das Bahn schafft für alle notwendigen internationalen Bestrebungen und das tägliche Brot des einzelnen, wie der Völker garantiert, muß den Weg zu einer machtvollen, Frieden fördernden Exekutive ebnen." Um Zukunftsaufgaben geht es in der Schrift von Dr. M. Nachimson, eine volkswirtschaftliche Untersuchung über die Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und der Handelspolitik („Imperialismus und Handelskrieg", Ferd. Wyß, Bern). N. hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Krieg, der um der Kolonien willen geführt werde, den Anfang vom Ende der Kolonialherrschaft der europäischen Staaten bedeuten könne." „Europa wird nach dem Kriege gezwungen sein, in viel bedeutenderem Maße als vorher Qualitätswaren herzustellen. Denn es wird nicht mehr über genügende Rohstoffquellen (Eisen und Kohle) im eigenen Lande verfügen, vielmehr darauf angewiesen sein, diese wenigstens zum Teil aus den andern Weltteilen zu holen. Eine starke Entfaltung der Schwerindustrie wird darum auf Schwierigkeiten stoßen, wenigstens der Konkurrenz Amerikas gegenüber kaum gewachsen sein. Die europäische Industrie wird deshalb auf die Fertigproduktion und die Verfeinerung angewiesen sein. Trotz aller Hindernisse, die gerade durch den Weltkrieg aufgetürmt werden, wird sich so eine Arbeitsteilung und ein sehr reger Verkehr zwischen den Ländern entwickeln. Etwa wie heute England das feine Garn herstellt, während Japan und Indien die einfachen Sorten der Textilwaren liefern; wie Deutschland Halbzeug an England verkauft, werden in der Zukunft China, Indien, Nord- und Südamerika die Halbfabrikate der Eisen- und die gröberen Stoffe der Textilindustrie herstellen, die Deutschland, England, Frankreich usw. zu hochqualifizierten Waren verarbeiten werden. Für diese werden die westeuropäischen Industrien Absatzmärkte nicht in den Kolonien, sondern in den Kulturländern und in den kapitalistisch sich entwickelnden Ländern suchen, die allein große Nachfrage nach Produktionsmitteln und teuern Verbrauchsgegenständen bieten. Auf diese Weise wird zwar der Interessengegensatz zwischen den Unternehmern einzelner Länder untereinander nicht überwunden, ebensowenig wie der Interessengegensatz zwischen den Klassen oder die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die ihren Ausdruck in Wirtschaftskrisen finden; wohl aber entstehen mächtige Interessengruppen, die an einem friedlichen Verkehr mit den Kulturländern stark interessiert und die wahrscheinlich international stark engagiert sein werden, sei es durch Beteiligung an vielen Unternehmungen in verschiedenen Ländern, sei es durch allgemeine Abmachungen mit ihren Konkurrenten in anderen Ländern. Es ist also wohl denkbar, daß auf die Epoche des kriegerischen Imperialismus eine Zeit des friedlicheren Verkehrs unter den Ländern eintritt, die infolge der weitgehenden Arbeitsteilung aufeinander angewiesen sind.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 50, Augsburgerstr. 74 II. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 3.— Einzelnummer 50 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 11. Januar 1918 • Heft 2

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

6. Januar 1918

Politische Glossen

Gute Worte können Frucht tragen, auch nachdem diejenigen, die sie gesprochen haben, vielleicht schon den Glauben an sie verloren hatten. Herr v. Bethmann Hollweg rollte die russische Fremdvölkerfrage auf, als er davon sprach, daß die Völker „zwischen den wolhynischen Sümpfen und der Ostsee" nicht mehr unter das zarische Joch zurückkehren sollten. Auch Finnland gehört zu dieser Gruppe und wurde damals vom Reichskanzler im Zusammenhang mit ihr erwähnt, wobei er von den Leiden des finnländischen Volkes sprach. Seitdem hat es oft geschienen, als ob Finnland bei uns vergessen sei. Die halbe und ausweichende Antwort, die vor wenigen Tagen der finnländischen Abordnung in Berlin gegeben wurde, als sie um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nachsuchte, war noch ein Ausfluß jener falschen Politik der Abkehr vom Worte Bethmann Hollwegs. Hoffentlich haben die Ereignisse selbst uns jetzt auf den richtigen Standpunkt gestellt.

*

Man tut überhaupt gut, sich Bethmannscher Worte zu erinnern. Von Anfang an ist es klar gewesen, daß sich als Ergebnis dieses Weltkrieges drei große Menschheitsziele verwirklichen müßten und daß demjenigen Lande der Sieg zufallen würde, das zuerst den Mut faßte, die drei Ziele aufrichtig auf seine Fahne zu schreiben:

1. Die Sicherstellung des Eigendaseins der kleinen Nationalitäten,
2. die Freiheit der Meere mit allem, was aus ihr folgt, Sicherstellung der Nichtkämpfenden zu Wasser und zu Lande, ihres Lebens, ihres Unterhalts usw.,
3. Ausbau des Haager Werks zu einer wirksamen Erschwerung kommender Kriege.

Bethmann hat wiederholt dazu angesetzt, diese drei Gedanken zur nationalen Forderung zu erheben. Beinahe hätten wir von ihm eine unzweideutige Erklärung über Belgien bekommen. Beinahe hätte er die Freiheit der russischen Fremdvölker im Namen Deutschlands verlangt. Beinahe hätte er den deutschen U-Bootkrieg vor der

Digitized by Google

Meinung der Welt als ein Kampfmittel im Dienst der Freiheit der Meere gerechtfertigt. Beinahe hätte er den Gedanken der Liga der Nationen in einer solchen Form akzeptiert, daß der Feind entwaffnet wurde. Die letzten entscheidenden Worte aber hat er niemals gesprochen. Die Geschichte wird nicht die technischen Hindernisse verantwortlich machen, die ihm entgegenstanden, sondern den politischen Willen, der nicht stark genug war, sie zu überwinden. Wir aber müssen uns heute dieses Wegweisers erinnern, in der inneren wie in der äußeren Politik, und von ihm bekennen: Er hätte unter die großen Staatsmänner gezählt, wenn er die Kraft gehabt hätte, den Weg zu führen, den er gewiesen hat!

*

Von einem bedeutenden Ukrainer wird der „Deutschen Politik" geschrieben:

„Die erfreuliche Tatsache, daß die deutsche Diplomatie in Brest-Litowsk auch für den Fall, daß keine Verständigung mit den Maximalisten erfolgt, mit den Ukrainern „ruhig weiter zu verhandeln" beschloß, veranlaßt mich, Ihnen folgendes vorzuschlagen: Man erkläre von deutscher Seite die Rückgabe der von den Truppen der Zentralmächte besetzten Teile Wolhyniens an die Ukraine nach dem Frieden und schaffe dadurch für die Ukrainer die Grundlage, mit den Polen über das Cholmer Land zu verhandeln. Bedingung für die vorgeschlagene Lösung der westlichen Grenzschwierigkeit der Ukraine ist natürlich, daß der ukrainische Teil von Galizien nicht ein Stück Polen, sondern ein eigenes österreichisches Kronland, womöglich mit der Bukowina vereinigt, wird."

Die Ukraine wird nach der Wendung der Ereignisse in Brest-Litowsk am 4. Januar nun endlich wohl auch für diejenigen politischen Kreise in Deutschland entdeckt sein, die sich bisher mit der Feststellung begnügten, daß sie diesen Gegenstand auf der Schule nicht gehabt hätten, und daß ihnen daher nicht zugemutet werden dürfe, politische Gedanken über ihn zu fassen. Natürlich dürfen jetzt die Ukrainer in Brest nicht wieder in der Versenkung verschwinden, wenn der Draht zu den Maximalisten wieder angeknüpft wird. Wir können uns dem Standpunkt, den die ukrainischen Zuschrift vertritt, daß der polnische Staat der Ukraine gegenüber nicht über die Grenzen des ethnographischen Polen hinausgehen dürfe, nur anschließen. Kräftigung Polens an anderer Stelle wird dadurch nicht verhindert.

*

Von neutraler Seite ist auf Grund von Zeitungsnotizen behauptet worden, die gegenwärtige englische Regierung dächte heute an einen allgemeinen Frieden. Diese Auffassung ist kindlich. Zweifellos wird Lloyd George die deutsch-russische Erklärung beantworten. Sehr möglich, daß er es in einer Form tun wird, die Englands Pazifisten, ebenso wie die unsrigen, betrügt. Er würde damit ausschließlich eine diplomatische Offensive zur Erleichterung des englischen Krieges bezwecken, nicht aber wirklich dem Frieden dienen wollen.

*

Digitized by Google

Lloyd Georges Stellung ist nach wie vor bedroht. Die irische Nationalistenpartei macht Miene, sich zu Landsdowne zu bekennen. Das bedeutet sehr viel. Es handelt sich nicht etwa um die irischen Republikaner (Sinn Feiner), sondern um britische Patrioten, die viele ihrer Söhne in den Krieg geschickt haben. Einer ihrer Führer, Willy Redmond, ist gefallen. Trotzdem hat Lloyd George noch eine ungeheure Kriegsleidenschaft in England zur Verfügung. Es ist möglich, daß es ihm gelingt, auf Northcliffes Befehl sein Kabinett von jenen Elementen zu säubern, in deren Gesellschaft Northcliffe sich nicht begeben wollte, als ihm das Luftministerium angeboten wurde. Das beste, was uns zur Führung des Krieges passieren könnte, wäre ein Ministerium Lloyd George-Northcliffe-Bottomley. Dieser Mann ist Herausgeber der Zeitschrift „John Bull", mit der man sich vor dem Kriege als anständiger Mensch nicht auf der Straße sehen lassen konnte. Jetzt hat sie eine Millionenauflage erreicht.

6. Januar 1918

Die Wendung

Von Dr. Paul Rohrbach

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk haben am 4. Januar, wie der Reichskanzler sich im Hauptausschuß ausdrückte, einen „Zwischenfall" erlitten. Die Russen haben verlangt, es solle weiterhin in Stockholm, statt in Brest-Litowsk, verhandelt werden, und sie haben unsere Vorschläge wegen Räumung des besetzten Gebietes und Vornahme von Volksabstimmungen beanstandet. Hierzu ist zunächst allgemein zu bemerken, daß es niemanden, der die russische Psychologie kennt und unsere politische Taktik gegenüber den Russen von Anfang an verfolgt hat, wundern kann, wenn die Russen Schwierigkeiten irgendwelcher Art machen. Ihnen fehlt infolge unseres Verhaltens das durchaus notwendige Bewußtsein, daß wir sicher der stärkere Teil sind. Hiervon abgesehen, soll man sich aber doch darüber nicht täuschen, daß die Russen, wenn sie schon die Fremdvölker freigeben, diesen keine andere Freiheit lassen wollen, als sich nach maximalistischer Weise zu organisieren. Nur eine solche Art von Freiheit wollen die russischen Politiker von Brest-Litowsk dulden, soweit sie dazu die Macht haben. Keineswegs aber beabsichtigen sie ihrerseits, eine wirkliche Freiheit der Volksentschließung bei den Fremdvölkern zu gestatten.

Das Verlangen an uns, nach Stockholm zu gehen, ist sachlich unberechtigt und formell unverschämt. Vermutlich steckt die Entente dahinter — nur daß es sehr verkehrt wäre, von dieser Seite aufrichtige Neigung zum Eintritt in die Friedensverhandlungen anzunehmen. Daran denkt Lloyd George, denkt Clemenceau, denkt Wilson, denkt Sonnino keineswegs. Solange die gegenwärtigen Staatsmänner, Lloyd George an der Spitze, die Politik der Entente leiten, ist es unmöglich, an ehrliche Absichten bei einer Einmischung in die deutsch-russischen Friedensverhandlungen zu glauben. Wir wollen wirklich den Frieden, jene aber wollen nicht den Frieden, sondern

Digitized by Google

unsere Niederwerfung. Darum wäre es töricht von uns, wenn wir in die uns gestellte Falle gingen. Stockholm ist für uns ausgeschlossen, wenn wir keine überzeugenden Bürgschaften von der Entente erhalten, und die werden uns ihre gegenwärtigen Machthaber sicher nicht geben.

Auffallend und zunächst schwer verständlich ist die Tatsache, daß nach dem Eintritt der Neujahrspause in den Verhandlungen von Brest-Litowsk von deutscher Seite so über die Dinge berichtet wurde, als ob in der Hauptsache Einigkeit bestände und die verbleibenden Differenzpunkte sich auch günstig erledigen würden — während es nach den jetzt in der neutralen Presse erscheinenden Mitteilungen so aussieht, als ob die maximalistischen Bevollmächtigten schon am 28. Dezember eine strikt abweisende Erklärung gegen den deutschen Standpunkt abgaben. Auch ist bereits am 1. Januar durch den offiziellen Telegraphen der maximalistischen Regierung der Welt mitgeteilt worden, man betrachte russischerseits die deutschen Vorschläge über die Volksabstimmung im baltischen Fremdvölker-Gebiet als unannehmbar. In der Sitzung des Reichstagsausschusses vom 4. Januar wurde den Abgeordneten nicht einmal das mitgeteilt, was doch alle Welt außerhalb Deutschlands schon wußte. Dagegen berichtete am 5. Januar der „Vorwärts" aus der dänischen Presse vom 3. Januar, die russische Delegation habe am 28. Dezember in Brest-Litowsk eine scharfe Erklärung abgegeben, in der gesagt wurde, die Imperialisten aller Länder, auch die deutschen und österreichischen, erkennten das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Worten an, wollten aber in Wirklichkeit Annexionen vornehmen. Wie stimmt es dazu, fragt der „Vorwärts", daß nach dem deutschen Bericht über die Verhandlung am 28. Dezember der Vorsitzende der russischen Delegation, Joffe, die Verhandlungen „mit einer sehr freundlichen und hoffnungsvollen Rede" vertagt haben soll? Hier scheint in der Tat ein starker Widerspruch vorzuliegen.

Der Vorwurf der Unaufrichtigkeit, den die Russen gegen uns erheben, hätte nicht gemacht werden können, und es hätte auch nicht durch übelwollende oder schlecht unterrichtete Beurteiler der Schein einer solchen Unaufrichtigkeit entstehen können, wenn unsererseits von Anfang an in richtiger Erkenntnis der russischen Verhältnisse gehandelt worden wäre. Es war schon nicht nötig, daß, während von russischer Seite die Herren Joffe & Co. nach Brest-Litowsk geschickt wurden, von der unsrigen der Staatssekretär des Auswärtigen in Person mit einem Stab hoher Beamter erschien. Auch der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, hat es für ratsam gefunden, selbst zu kommen. Wir können auch darin bei aller Anerkennung für die sonst sehr geschickte österreichische Politik nur ein Verkennen des russischen Geistes und der Lage Rußlands erblicken.

Richtiger wäre es gewesen, von Anfang an den russischen Abgeordneten gegenüber alle Liebenswürdigkeiten zu unterlassen (sie haben sich darüber doch nur in ihren Zeitungen lustig gemacht), sie ohne Schärfe, aber deutlich, in die Rolle der Besiegten

Digitized by Google

zu stellen, die den Frieden wünschen, weil sie keinen Krieg mehr führen können, und ihnen ohne Umschweife zu erklären: Der Abzug der maximalistischen Soldateska aus Finnland und dem baltischen Gebiet ist unerläßliche Vorbedingung, wenn weiter verhandelt und an die Aufrichtigkeit der russischen Erklärungen zur Fremdvölker-Frage geglaubt werden soll! Die Lage der maximalistischen Regierung war damals so, daß sie nicht erst viel nach dem Preise fragen durfte, wenn sie nur den Frieden bekam und sich dadurch im Innern halten konnte. Hatten doch die Wahlen zur National-Versammlung bis dahin eine vollständige Niederlage des Maximalismus ergeben. Durch unsere falsche Taktik in Brest-Litowsk wurden die Maximalisten gestärkt, denn wir gestatteten ihnen, nicht nur als die voraussichtlichen Bringer des Friedens, sondern auch als die Herren der Lage bei den Verhandlungen aufzutreten. Daher gelang es ihnen auch, sieben Mitglieder des linken Flügels der Sozial-Revolutionäre zum Eintritt in den „Rat der Volkskommissare" zu bewegen, was mindestens für den Augenblick keine geringe Zunahme des maximalistischen Ansehens in Rußland bedeutete. Und nun wagten es die Maximalisten, den Spieß, dessen Schärfe wir zuerst imstande waren, auf sie zu richten, umzudrehen und uns Unaufrichtigkeit in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker vorzuwerfen. Wenn man die wirkliche Lage übersieht, wenn man weiß, daß Finnländer, Esten, Deutsch-Balten, Litauer und auch ein Teil der Letten auf jeden Fall von Rußland los wollen, und daß nur die blutige Gewaltherrschaft der maximalistischen Soldatenbanden die faktische Trennung auch der nicht von uns okkupierten Gebiete von Rußland aufhält, dann ist es doch geradezu grotesk, wenn wir selbst den Russen eine Lage schaffen, in der sie es wagen können, uns Doppelzüngigkeit vorzuwerfen!

An der Antwort, die nach dem 28. Dezember, dem Datum der schroffen russischen Erklärung in Brest-Litowsk, die finnländische Abordnung in Berlin vom Reichskanzler erhielt, sehen wir, wie man den Russen gegenüber nicht verfahren darf, wenn man erfolgreiche Politik mit ihnen machen will. War es schon ein grundsätzlicher, dauernd von uns begangener Fehler, daß wir nicht rechtzeitig für die Herstellung eines Kanals zu den russischen Fremdvölkern sorgten, so hätte doch in dem Augenblick, wo die Finnländer in Berlin eintrafen und um Anerkennung der Souveränität ihres Staates baten, bei richtiger Erkenntnis der russischen Psychologie, und vollends wenn man sich bewußt war, was am 28. Dezember in Brest-Litowsk passierte, gar kein besseres Mittel zum Druck auf die Russen gefunden werden können, als die unumwundene, ja demonstrative Anerkennung Finnlands. Jetzt haben wir uns durch den russenfreundlich ausweichenden Charakter unserer Antwort bei den Finnländern keine Zuneigung erworben, Finnland ist gleich danach von Schweden und Frankreich anerkannt worden, und bei den Maximalisten haben wir, statt Gegenwerte für unsere Rücksichtnahme zu erhalten, nur weiter an Respekt eingebüßt. Von unserer Diplomatie hat man gesagt, sie würde die beste der Welt sein, wenn alle Menschen Preußen wären.

Digitized by Google

Das ist nun aber einmal nicht der Fall, und zur richtigen Politik gehört daher vor allem die richtige psychologische Einschätzung des Nichtdeutschen, in diesem Falle des russischen Maximalisten.

Sehr wichtig und erfreulich ist, daß in Brest-Litowsk Abgeordnete der ukrainischen Republik eingetroffen waren, und daß wir mit ihnen weiterverhandelt haben. Hoffentlich gehen diese Verhandlungen fort und führen zu einem positiven Ergebnis. Noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn wir die Gelegenheit, Verhandlungen mit dem Ukrainern zu führen, nicht nur benutzt, sondern durch eine rechtzeitige und richtige ukrainische Politik selber herbeigeführt hätten! Die richtigen Grundlagen eines deutsch-finnländischen und eines deutsch-ukrainischen Verhältnisses hätten von uns schon vor Jahr und Tag gelegt werden müssen, indem wir vom Beginn der ukrainischen und finnländischen staatlichen Selbständigkeitsbewegung an Fühlung mit den dort treibenden Kräften nahmen und sie unserer Teilnahme an ihren politischen Fortschritten versichert hielten. Selbst ohne uns durch offizielle Erklärungen zu binden, hätten wir auf diesem Wege in Brest-Litowsk von vornherein eine weit günstigere Stellung einnehmen können, als wir sie infolge dieser Versäumnisse hatten. Ich habe im vorigen Heft der „Deutschen Politik" gesagt, es käme darauf an, daß wir unsere Stärke gegenüber den Maximalisten begriffen, und daß wir uns unseren maximalistischen Verhandlungspartnern gegenüber rechtzeitig auf die Möglichkeit gründlichster Überraschungen einrichteten. Die Überraschung ist nun gekommen, und sie ist genau von daher gekommen, wo sie den Umständen nach kommen mußte. Erstens kam sie wegen unserer unzeitigen Liebenswürdigkeiten und unseres Entgegenkommens gegenüber Leuten, die absolut nicht imstande sind, solche Dinge so zu begreifen, wie wir sie meinen. Das gilt für unsere offizielle Diplomatie. Was unsere Zeitungen angeht, so kann natürlich erst recht nur eine Meinung darüber herrschen, daß die Politik der „Vossischen Zeitung", des „Berliner Tageblatts", des auswärtigen Leitartiklers der „Kreuz-Zeitung" und der sozialdemokratischen Presse nur so wirken kann, als ob sie ausdrücklich zur Unterstützung Rußlands und der Maximalisten gemacht wurde. Das ist natürlich nicht der Fall, aber ist es nicht fast noch schlimmer, wenn die Blätter aus Unwissenheit handeln, als wenn sie es aus Bosheit tun? Die zweite Wurzel des Zwischenfalls ist die fortgesetzte Verkennung unserer Hauptaufgabe gegenüber dem zukünftigen Rußland, die nur heißen kann: Rechtzeitige Einstellung unserer Politik auf Schaffung eigener Staaten aus den nichtmoskowitischen Völkern Rußlands! Je klarer wir diese Notwendigkeit einsehen, desto nachdrücklicher und überzeugender werden wir auch imstande sein, die Unterstellung zurückzuweisen, als ob wir es mit dem freien Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer, Finnländer, Deutsch-Balten, Esten, Letten, Litauer und Polen nicht aufrichtig meinten.

Digitized by Google

Schweden, Aland und das unabhängige Finnland

Von Professor Dr. R. Erich, Helsingfors, zurzeit Stockholm

Die Alandsfrage ist während des Weltkrieges sozusagen der springende Punkt der auswärtigen Politik Schwedens gewesen. Einsichtige politische Kreise haben allerdings längst anerkannt, daß nicht die Alandsfrage allein, sondern die Finnlandsfrage in ihrem ganzen Umfang für Schweden (und auch für Norwegen) ein Lebensinteresse bedeutet, für das große Publikum aber, das, aus Furcht vor kriegerischen Verwicklungen, jede nicht unbedingt notwendige Ausdehnung des auswärtigen Interessenkreises vermieden wissen wollte, stellte sich die Alandsfrage, insbesondere solange die Lebensmittelverhältnisse noch keine allzu großen Besorgnisse einflößten und man allgemein mit einer verhältnismäßig kurzen Kriegsdauer rechnete, fast als das einzige ernsthaft beunruhigende Kriegs- und Friedensproblem dar. Hierbei überwog bei einigen der Gesichtspunkt, daß die Neutralität Schwedens im Weltkriege nicht gefährdet werden möchte; daher müsse man verlangen, daß die Regierung nicht mit scharfen Mitteln gegen die militärischen Übergriffe Rußlands auf den Alandsinseln vorgehe. Für andere handelte es sich vor allem darum, einer Befestigung und Verstärkung der russischen Gewalt in der nächsten Nähe Schwedens entgegenzuwirken.

Die Alandsfrage bedeutet sozusagen die politische Brücke zur finnländischen Frage. Davon abgesehen, daß es in Schweden stets weite Kreise gegeben hat, die dem Schicksal Finnlands keineswegs teilnahmslos gegenüberstanden, hat man sich der Einsicht nicht verschließen können, daß eine für Schweden günstige Lösung der Alandsfrage letzten Endes auch eine glückliche Regelung der künftigen Lage Finnlands, d. h. die Ausschaltung der russischen Gewalt über Finnland voraussetzt. Falls Finnland fortwährend zur Verfügung der russischen Militärherrschaft stehen müßte, so könnte nicht einmal die förmliche Neutralisierung eines zu Finnland und damit auch zum russischen Reichs gehörenden Aland eine genügende Gewähr dagegen bilden, daß Rußland auch in künftigen Kriegen jene bedeutsame Inselgruppe militärisch vergewaltigen und ausnützen würde. Würden hinwider die Alandinseln an Schweden abgetreten werden müssen, während das übrige Finnland unter russischer Herrschaft verblieben wäre, so ist anzunehmen, daß Rußland jener Verlust als ein ihm abgezwungenes Zugeständnis ansehen würde, das bei günstiger Gelegenheit wieder rückgängig gemacht werden müßte.

Hieraus ergibt sich, daß nur die Verselbständigung Finnlands eine den Interessen Schwedens vollends entsprechende Lösung auch der Alandsfrage abgeben kann; jede andere Regelung würde auf mehr oder weniger unsicherer Grundlage ruhen.

Der allgemein bekannten Vorgeschichte der Alandsfrage hier nachzugehen, kommt nicht in Frage. Die Regelung derselben auf dem Pariser Kongresse durch

Digitized by Google

den Zusatzvertrag vom 30. März 1856 bedeutete für Schweden, das nicht selbst als Vertragspartei daran beteiligt war, lediglich eine halbwegs günstige Lösung, wenn es sich auch aus der Natur der Sache und der Entstehungsgeschichte des Vertrages ergibt, daß das Befestigungsverbot und die Beschränkung der Militärherrschaft Rußlands vorwiegend im Interesse Schwedens vereinbart wurde. — — Besonders in den ersten Zeiten des Weltkrieges ist ein völkerrechtlich interessanter, politisch wenig erheblicher Streit darüber geführt worden, welche Stellung Schweden dem „Alandsservitut" gegenüber einzunehmen hätten und welches Einspruchsrecht ihm gegen Verletzungen des Vertrages seitens Rußlands zustand. Ebenso wie es klar ist, daß Schweden formalvölkerrechtlich nicht die Stellung einer Vertragspartei einnimmt und daß der Vertrag nicht als ein pactum in favorem tertii (Vertrag zugunsten eines Dritten) im strengsten juristischen Sinne des Wortes aufgefaßt werden kann, ebenso unleugbar war das rechtlich erhebliche Interesse Schwedens, ein Interesse von der Bedeutung und Beschaffenheit, daß es auf dem zwischenstaatlichen Gebiete nicht selten einen formellen Rechtsanspruch ersetzt. Während des Krieges ist es von schwedischer Seite nicht zu einem aktiven Vorgehen in der Alandsfrage gekommen. In frischer Erinnerung lebt noch die ergebnislos verlaufene Interpellationsdebatte im schwedischen Reichstag im Mai 1916 und die dabei von seiten der Regierung abgegebenen beruhigenden Versicherungen, wonach die ganze Frage eine längere Zeit in Vergessenheit gefallen zu sein schien.

*

Zwei Tatsachen haben dazu beigetragen, die Erheblichkeit der Alandsfrage wieder stark hervortreten zu lassen. Erstens die kürzlich bekannt gewordenen Enthüllungen der Ententepläne, die auf die künftige Aufhebung des Alandsservituts hinauslaufen, zweitens die am 4. Dezember ergangene Selbständigkeitserklärung Finnlands.

Ebensowenig wie man erwarten konnte, daß Rußland in einem großen Kriege sich der vollen militärischen Ausnutzung der Alandsinseln enthalten würde, ebensowenig hat man sich darüber täuschen können, daß eine siegreiche Entente sich ihrer Überlegenheit bedienen würde, um auf russischen Antrag die östliche Großmacht endgültig einer Beschränkung zu entheben, über welche diese sich schon im Kriege hinweggesetzt hatte.

Die in Rußland erfolgte Veröffentlichung der Urkunden hat hierüber klaren Bescheid gegeben. Wie aus diesen Aktenstücken hervorgeht, hat die vorrevolutionäre russische Regierung sich die Aufhebung des Alandsservituts vorbehalten wollen, dafür liefert das Telegramm des Ministers des Auswärtigen, Pokrowski, an den russischen Botschafter in Paris den unwiderlegbaren Beweis.

Die Enthüllungen des Herrn Trotzki haben in der schwedischen Presse, insbesondere auf seiten der Rechten, großes Aufsehen erregt. Unter der Rubrik „Die Wahrheit"

Digitized by Google

schreibt „Svenska Dagbladet“ u. a.: „Es hat sich nun herausgestellt, daß, während der damalige Minister des Auswärtigen Wallenberg sich veranlaßt sah, sowohl in möglichst offizieller Form als auch bei manchen weniger offiziellen Gelegenheiten jede Beunruhigung wegen der Alandsfrage zurückzuweisen, in Wirklichkeit Rußland jedenfalls mit Frankreich, wahrscheinlich auch mit England über das freie Verfügungsrecht über die Alandinseln verhandelte.“ „Stockholms Dagblad“ spricht sich in folgender Weise aus: „Das Telegramm an Iswolski wirft ein grelles Licht über die Wertlosigkeit der offiziellen französischen und englischen Versicherungen, die uns im Mai 1916 nach den Äußerungen des Ministers Wallenberg und der Führer der Reichstagsparteien überströmten, daß die Entente nie die Sicherheit Schwedens durch dauernde Befestigungen auf den Alandsinseln hat bedrohen wollen ... Das Telegramm bestätigt, was man in Schweden, ungeachtet aller beruhigenden Versicherungen, die ganze Zeit befürchtet hat, nämlich daß die russische Regierung, die über die Angelegenheit mit Briand verhandelte, es sich angelegen sein ließ, die völkerrechtlichen Hindernisse zu beseitigen und jene für die militärische Lage Schwedens äußerst bedrohlichen Befestigungen zu bewahren.“

So sehr man auch auf gewissen Seiten in Schweden der Überzeugung zuneigt, daß das neue demokratische Rußland die imperialistischen Richtlinien des Zarismus sicher nicht befolgen wird, so dürfte die öffentliche Meinung entschieden darauf bestehen, daß Schweden bei der Regelung der Alandsfrage ein Wort mitzusprechen haben muß.

Inzwischen hat sich Finnland in nachdrücklicher Weise als der rechtmäßige Herr und Gebieter auch der Alandsinseln hervorgetan, über deren weitere Schicksale unter keinen Umständen mehr ohne Finnlands Zustimmung verfügt werden darf. Am 4. Dezember hat die vom Landtage eingesetzte neue Regierung (der Senat) durch eine an den Landtag gerichtete Erklärung und eine Kundgebung an das Volk Finnlands dieses Land als eine unabhängige, souveräne Republik erklärt und der neugewählte rechtmäßige Landtag hat am 7. Dezember dieser Selbständigkeitserklärung zugestimmt und sich einstimmig für die Verwirklichung der vollen Unabhängigkeit Finnlands ausgesprochen. Die Regierung beabsichtigt demnächst bei auswärtigen Regierungen den Antrag zu stellen, mit dem neuen selbständigen Staate in diplomatische Verbindungen zu treten.

Mit der Verselbständigung Finnlands tritt auch die Alandsfrage in eine neue Phase ein.

1. Da es unter keinen Umständen vorausgesetzt werden kann, daß das selbständig gewordene Finnland die Sicherheit und Unversehrtheit Schwedens je bedrohen würde, so scheint der einzige wohlbegründete Einwand militär- und großpolitischer Art, der möglicherweise gegen das Belassen Alands unter finnischer Souveränität geltend gemacht werden könnte, darin zu liegen, daß vorläufig keine Gewähr dafür besteht, daß Finnland eine genügende Organisation seiner Wehrmacht schaffen wird, und daß sonst

Digitized by Google

eine Großmacht nur allzu leicht auf den Inseln sich festsetzen und ein unwillkommener Nachbar Schwedens werden könnte. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist es zu wünschen, daß keine „wehrnihilistischen" Strömungen in Finnland die Oberhand gewinnen; sollte dies aber zu befürchten sein, so könnten diejenigen Mächte, in deren Interesse die Erhaltung eines lebensfähigen finnischen Staates liegt, event. durch Vertragsbestimmungen eine Gewähr dagegen schaffen.

Falls nun auch die letztere Bedingung (die Errichtung einer hinreichenden Wehrmacht) von Finnland erfüllt wird, so scheinen die Umstände, daß man in Schweden den Erwerb der Alandsinseln *vielleicht* als Ehrensache auffaßt, und daß die Inselbewohner selber die Vereinigung verlangen, nicht an und für sich eine Abtretung hinreichend zu begründen, es *können* aber andere, vielleicht heute noch unabsehbare Faktoren hinzukommen, die Finnland dazu bewegen müssen, sich derselben nicht zu widersetzen.

2. Falls Schweden sich mit einer vertragsmäßigen Regelung der Alandsfrage zufriedengibt, ohne die Lostrennung der Inseln von Finnland zu verlangen, so könnte diese Regelung als eine Brücke zu einer gewissen internationalen Gewährleistung des Schwedentums in Finnland überhaupt dienen, dessen Dasein und freie Entwicklung man oft — ob mit Recht oder Unrecht, mag hier dahingestellt bleiben[1] — als von der rein finnischen Mehrheit bedroht darstellt.

3. Unter keinen Umständen dürfen sich Schweden und Finnland wegen der Alandsfrage verfeinden. Dies wäre eben das Gegenteil einer richtigen Lösung, die darin bestehen sollte, daß der Weltkrieg die beiden Völker zusammenführt; dazu müßte eben die Interessengemeinschaft in bezug auf Aland beitragen.

4. Falls wirklich ein Staatenbund in irgendeiner Form zwischen den vier souveränen nordischen Staaten zustande kommt, so wird die Frage nach der einzelstaatlichen Souveränität über die Alandsinseln von verhältnismäßig untergeordneter Erheblichkeit sein. Die Frage nach der zweckmäßigen militär-politischen Verwendung derselben im Gesamtinteresse des Nordens würde dann entschieden überwiegen.

5. Die Regelung der Alandsfrage wird selbstverständlich nicht zuletzt auch von der Auffassung und der Stellungnahme Deutschlands beeinflußt werden. Je mehr sich Deutschland der verschiedenartigen Interessen des verselbständigten Finnlands annimmt, desto größer werden die Aussichten, daß deutsche Gesichtspunkte auch bei der Regelung der Alandsfrage zu ihrem Rechte kommen werden.

6. Wie ein nordischer Staatenverband durch sein eigenes Interesse auf die möglichst freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und den Mittelmächten überhaupt angewiesen sein würde, so entspricht andererseits die Erhaltung eines starken und wehrfähigen Nordens den Interessen Deutschlands.

[1] Nur das sei hier nebenbei bemerkt, daß in keinem anderen Lande die Gleichberechtigung und die Interessen einer nationalen Minderheit so gut wahrgenommen waren, wie bisher diejenigen der Schweden Finnlands. Auch die dem Landtag unterbreitete Vorlage einer neuen Verfassung trägt diesen Rücksichten in vollem Umfang Rechnung.

Digitized by Google

In Schweden aber besteht man, und zwar aus leicht verständlichen Gründen, darauf, daß die Errichtung eines selbständigen finnländischen Staates an sich keine endgültige Lösung der Alandsfrage bedeutet. Wie diese Frage gelöst werden soll, darüber gehen die Ansichten einigermaßen auseinander. Es handelt sich teils um die Souveränität über die Alandsinseln, teils um die Beibehaltung oder aber die Abschaffung des Servituts, die bisher auf jenem Gebietsteil gelastet hat. — Besonders nach der finnländischen Selbständigkeitserklärung ist man in Schweden allgemein zu der Einsicht gelangt, daß die Alandsfrage nicht ohne Mitwirkung und Zustimmung Finnlands gelöst werden kann und darf, daß vor allem eine Abtretung der Inselgruppe an Schweden die Zustimmung der finnländischen Staatsgewalt zur Voraussetzung haben müßte. Zugleich aber macht man geltend, daß der ländischen Bevölkerung selbst, die — allerdings zu einem Zeitpunkt, wo Finnland noch unter russischer Herrschaft stand und ziemlich geringe Hoffnung auf seine Verselbständigung vorhanden zu sein schienen — den Wunsch eines Anschlusses an Schweden hat zur Öffentlichkeit kommen lassen, die Gelegenheit zugestanden werden sollte, sich durch Volksabstimmung über das Schicksal ihrer Heimatinseln zu entscheiden. Es hat sich sogar die Ansicht geltend gemacht, daß Schweden mit der Anerkennung des unabhängigen Finnlands den Vorbehalt verbinden sollte, daß die finnländische Staatsgewalt darin einzuwilligen hatte, daß eine ländische Volksabstimmung veranstaltet und ihr die rechtliche Wirkung einer endgültigeu Entscheidung über die Zugehörigkeit Alands an Schweden oder an Finnland beigelegt werden solle.

Der Standpunkt, den die finnländische Presse in dieser Frage vertreten hat, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die erste Bedingung für das Abtreten der Inselgruppe an Schweden die sein müßte, daß Schweden die Verselbständigung Finnlands tatkräftig gefördert hätte. Nur unter dieser Bedingung könne Finnland hinreichenden Grund haben, die Alandsfrage als eine „offene Frage" zu behandeln und darin einwilligen, daß ihre endgültige Lösung durch eine Abstimmung der ländischen Bevölkerung erfolgt. Eine Abtretung dieses wertvollen Gebietes ohne entsprechende Gegenleistung seitens Schwedens zu verlangen, sei ungerechtfertigt. Mit Recht wird überdies bemerkt daß die Alandsinseln keineswegs als eine schwedische Irredenta in Finnland bezeichnet werden kann, da doch auch auf dem finnischen Festlande mehrere hunderttausend Menschen wohnen, die Schwedisch als Muttersprache sprechen und zum großen Teil auch schwedischer Abstammung sind. In einem von der russischen Herrschaft befreiten Finnland dürften sich die Alander schließlich kaum weniger zufrieden fühlen als in Verbindung mit Schweden, zumal da ihre Sonderinteressen in bezug auf sprachliche Rechte, Selbstverwaltung u. a. durch die Gesetzgebung Finnlands und nötigenfalls sogar durch Vertragsbestimmungen gebührende Berücksichtigung zu teil werden könnte.

In dieser Weise lassen sich in aller Kürze diejenigen Unterschiede angeben, die sich

Digitized by Google

zwischen der finnländischen und der schwedischen Auffassung in bezug auf die Alandsfrage geltend machen. Es muß aber ausdrücklich hervorgehoben werden, daß hier kein scharfer und unaustragbarer Gegensatz vorliegt. Durch gegenseitiges Entgegenkommen wird sich die Frage in aller Freundschaft erledigen lassen, ohne die für beide Parteien dringend erwünschten freundschaftlichen Beziehungen in der Zukunft zu beeinträchtigen.

Es sei hier noch eine Lösungsmöglichkeit berührt, die eventuell verdient, in Erwägung gezogen zu werden, die nämlich, daß aus Aland eine Art von schwedisch-finnländischen Kondominium (gemeinsamer Verwaltung) gebildet würde. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Anordnung hängt indessen von mehreren Umständen ab, nicht am wenigsten, ob das auf Aland bezügliche Befestigungsverbot bestehen bleiben und in solchem Falle wahrscheinlich zu einer wirklichen Neutralisierung erweitert werden oder aber aufgehoben werden soll. Trifft das letztere zu, dann würde ein Kondominatsverhältnis angedeuteter Art, mit Hinblick auf die große strategische Bedeutung der Inseln, offenbar ein intimes militär-politisches Bündnisverhältnis zwischen den beiden Staaten zur Voraussetzung haben. Inwieweit ein solches in Frage kommen wird, soll indessen hier nicht des näheren untersucht werden.

Auch in dem Fall, daß die Alandsinseln in ausschließlichem finnländischen Besitz bleibt dürfte Schweden die Erneuerung des früheren Verbotes oder vielmehr die vollständige Neutralisiernng der Alandsinseln beanspruchen. Sehr fraglich erscheint es dagegen ob Schweden dieselbe Lösung auch in dem Falle angenommen wissen möchte, daß Aland an Schweden abgetreten würde. Obgleich für Schweden das Hauptgewicht darauf liegt, daß seine Sicherheit nicht durch Befestigungen und Flottenstationen bedroht wird, die nicht weit von seiner Hauptstadt gelegen sind, würde es sich andererseits eines wichtigen militärischen Vorteils begeben, falls jenes Servitut der schwedischen Staatsgewalt aufgelegt werden würde. Es fragt sich auch, welche Regelung dem Gesamtinteresse des Nordens am besten entsprechen würde, dieses Nordens, dessen vier Klein- oder Mittelstaaten eine so große und vielseitige natürliche Interessengemeinschaft miteinander haben, und der, wie der Norweger Harris Hermann Aall in seiner Arbeit (Das Schicksal des Nordens) so überzeugend nachgewiesen, auf enge freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten, insbesondere zu Deutschland, angewiesen sein muß. Es ist aber nicht undenkbar, daß eben dieses nordische Gesamtinteresse eine schwedisch-finnländische Kondominatherrschaft über ein servitutfreies Aland erheischen könnte.

Wie dem auch sei, so lassen die erfreulichen Äußerungen reiner Menschlichkeitsgefühle, die sich eben jetzt in Schweden dem mit schwerer Not kämpfenden Finnland gegenüber geltend machen, die Hoffnung begründet erscheinen, daß eben in dieser schicksalsschweren Zeit ein Verhältnis unerschütterlicher Freundschaft zwischen den beiden Ländern entstehen und sich befestigen wird.

Digitized by Google

Der Stand der Ukraine

Stockholm, den 1. Januar 1918

Aus dem Chaos selbständiger Städte, Landschaften und Truppenteile, die, einander in unaufhörlich wechselnden Kombinationen bekämpfend, das politische Bild des heutigen Rußlands ausmachen, hebt sich als einer der wichtigsten Machtfaktore die ukrainische Rada heraus, mitunter von den Wellen des Chaos überspült, aber bisher immer wieder mit gesteigerter Macht daraus emportauchend. Sie stützt sich in erster Linie auf die ukrainischen Truppenteile, die sie seit Beginn der russischen Revolution in unaufhörlichem Kampfe gegen die Petersburger Regierung aus den ukrainischen Soldaten der russischen Armee zu bilden verstanden hat. Auf dem letzten ukrainischen Soldatenkongreß in Kiew rechneten die Delegierten zusammen, daß sie 3 Millionen ukrainischer Soldaten vertreten. Diese Zahl ist vielleicht hoch gegriffen; jedenfalls aber wird das 35 Millionen starke ukrainische Volk mehr als eine Million, vielleicht 2 Millionen im russischen Heere gehabt haben. Davon stand bis vor kurzem der größte Teil in gemischten Regimentern, innerhalb deren es nur besondere ukrainische Kompanien gab. In der allerletzten Zeit ist aber die Ausscheidung schnell vor sich gegangen, so daß jetzt vielleicht der größte Teil der ukrainischen Soldaten in ukrainischen Regimentern vereinigt ist, die einen bedeutenden Bruchteil der beiden südlichen Fronten, der rumänischen und der Südwestfront bilden. Die Rada arbeitet planmäßig auf die Zusammenfassung aller ukrainischen Truppen im Süden Rußlands hin und hat es erreicht, daß die ukrainischen Soldaten von den anderen Fronten gegenwärtig in Massen in der Richtung auf die Ukraine abströmen. Die ukrainischen Truppen sollen sich, wie von verschiedenen Seiten behauptet wird, durch größere Disziplin iertheit auszeichnen, als die übrigen Teile der russischen Armee, so daß viele großrussische Offiziere sich für Ukrainer erklärt haben, um in ukrainischen Truppenteilen Dienst tun zu können. Infolgedessen gibt es in allen ukrainischen Truppenteilen einen großen Prozentsatz russischer Offiziere. Die Disziplin iertheit der ukrainischen Truppen ist natürlich nur relativ und muß an dem Maß jetziger russischer Truppen gemessen werden. Sie sind im allgemeinen bereit, die Rada zu unterstützen, haben einen gewissen nationalen Stolz, der sie veranlaßt, sich vor den großrussischen Truppen auszeichnen zu wollen. Zu ernstlichen Kämpfen an der Front sind sie aber ebensowenig bereit wie die übrige russische Armee. Auch sie verlangen einen möglichst schnellen Friedensschluß.

Außer den national-ukrainischen Truppenteilen hat die Rada noch bis zu einem gewissen Grade den südlichen Teil der russischen Front zu ihrer Verfügung, nämlich die rumänische und die Südwestfront, die sich zusammen vom Schwarzen Meere bis zum Pripet erstrecken. Die Oberbefehlshaber dieser beiden Fronten mit ihren Stäben, Soldatenkomitees, Regierungskommissaren usw. erkennen bisher die maximalistische

Digitized by Google

Regierung nicht an und haben auf ihre eigene Faust mit den Mittelmächten Waffenstillstand abgeschlossen. Ein bedeutender Teil ihrer Truppen ist aber ukrainisch, und sie erhalten ihren gesamten Nachschub und die Verpflegung aus der Ukraine durch Vermittelung des ukrainischen Generalsekretärs für den Krieg, Petlura; daher erkennen sie die ukrainische Regierung als eine gesetzliche Macht und als ihren eigenen Rückhalt an, ohne sich ihr völlig zu unterwerfen. Die Rada erklärte beide Fronten für „ukrainische", die ihr jetzt unterstehen, und sie wollte ein gemeinschaftliches Oberkommando einsetzen. Die Rada benutzt die Abhängigkeit beider Fronten dazu, um sie allmählich immer fester an sich zu fesseln.

Der Machtbereich der Rada erstreckt sich formell über die Gouvernements Wolhynien, Podolien, Cherson, Kiew, Tschernigow, Poltawa, Charkow, Jekaterinoslaw und den nördlichen Teil von Taurien. Innerhalb dieses Gebietes sollen alle Regierungskommissare vom Generalsekretariat der Rada ernannt, alle Behörden dem Generalsekretariat unterstellt sein. Auch hier ist die Macht der Rada relativ größer, als die der maximalistischen Regierung in Großrußland. Die Rada hat deshalb zum Teil einen schwierigen Stand, weil die Einwohnerschaft der größeren Städte, Kiew, Odessa, Charkow, Jekaterinoslaw übergehend aus Juden, Polen und Großrussen besteht. Die ukrainische Republik ist bisher von einer Reihe Wahlkörperschaften, z. B. der Kiewer Stadtduma, nicht anerkannt worden, doch soll, wie von ukrainischer Seite mitgeteilt wird, gerade in den letzten Wochen ein bedeutsamer Stimmungsumschwung im städtischen Bürgertum eingetreten sein, das jetzt in der ukrainischen Rada die einzige Ordnungsmacht sieht, die imstande ist, das Bürgertum gegen die Anarchie des Maximalismus zu verteidigen. Besonders stark ist dieser Stimmungsumschwung zugunsten der Rada unter der nichtukrainischen Bevölkerung Kiews, weil die Rada seit Mitte November dem Räuberunwesen in Kiew ein Ende gemacht hat, so daß der Bürger wieder ruhig auf die Straße gehen kann, ohne befürchten zu müssen, an der nächsten Straßenecke niedergeschossen zu werden. Auch in Odessa, das völlig international ist und eine sehr geringe ukrainische Bevölkerung hat, soll sich die gesamte Intelligenz im Kampfe gegen den Maximalismus auf die Seite des ukrainischen Regierungskommissars gestellt haben.

Was die einzelnen Verwaltungszweige anbetrifft, so sind die Gerichte zur Anerkennung der ukrainischen Regierung gezwungen worden und sprechen jetzt im Namen der ukrainischen Republik recht. Das Unterrichtswesen ist gleichfalls in der Hand des Generalsekretariats konzentriert, ebenso die Finanzen. Letztere sind ein Sorgenkind der ukrainischen Regierung, weil sich die einzige staatliche Einnahmequelle, die in Rußland noch Bedeutung hat, die Druckerpresse, in Petersburg befindet. Diesem Mangel soll aber bereits abgeholfen werden, denn die ukrainische Regierung plant in allernächster Zeit besonderes ukrainisches Papiergeld herauszugeben, das nicht nur dem gegenwärtigen Geldmangel abhelfen, sondern durch Verdrängung des wertlosen

Digitized by Google

russischen Papierrubels auch dazu dienen soll, die Ukraine davor zu bewahren, in den wahrscheinlichen russischen Staatsbankrott hineingerissen zu werden. Die Eisenbahnen haben formell die Herrschaft der ukrainischen Regierung anerkannt. Auch die ukrainische Kirche soll auf dem demnächst stattfindenden ukrainischen Konzil vom neubegründeten Moskauer Patriarchat getrennt werden. Im allgemeinen kann man sagen, daß sich auf allen Gebieten die Anfänge einer staatlichen Organisation bemerkbar machen und mit Erfolg um Anerkennung kämpfen.

Innerhalb der ukrainischen Rada hat die ukrainische sozialrevolutionäre Partei die Majorität, außerdem sind in ihr die ukrainische Sozialdemokratie, die Sozialisten-Föderalisten, die ukrainische Selbständigkeitspartei (Samostijniki), sowie Großrussen, Juden, Polen und Tataren vertreten. Es ist bezeichnend, daß der Vorsitzende der Rada Hruschewski keiner Partei angehört, das Haupt der Regierung Winnitschenko der sozialdemokratischen, also einer Minderheitspartei, sein vorübergehender Vorgänger sogar der ganz unbedeutenden Föderalistenpartei. Die ukrainische Regierung will eben keine Parteiregierung sein, sondern eine ausgesprochen nationale, für die die innerpolitischen Schlagworte des Sozialismus nur immer Hilfsmittel sind, um die Massen auf dem Wege zur Schaffung eines nationalen Staates mit sich zu ziehen. Im allgemeinen hält die Rada innerpolitisch das Programm ein, das Kerenski in Rußland durchzuführen versuchte, eine Vermittelung zwischen links und rechts mit einem starken Vorwiegen der agrarsozialistischen Momente. Dadurch kann sich die Rada das Vertrauen des kleinen Bürgerstandes, ja auch der Soldatenmassen erhalten.

Entsprechend dieser innerpolitischen Stellung war die Rada anfangs die Bundesgenossin der provisorischen Regierung und hat mit ihr gemeinsam im Juli den Aufstand der Maximalisten bekämpft und dafür ihre Anerkennung als Vertreterin des ukrainischen Volkes von der russischen Regierung erhalten. Als aber später Kerenski die gemachten Zugeständnisse wieder zurückzunehmen versuchte, ging die Rada auf die Seite der Maximalisten über und verband sich mit diesen zum Sturze Kerenskis. Während der Novemberkämpfe in Kiew griff die Rada auf seiten der Maximalisten ein, schlug mit den ukrainischen Regimentern die Regierungstruppen, stieß aber dann plötzlich die Maximalisten zur Seite und proklamierte ihre alleinige Herrschaft. Die leitenden Männer der Rada wußten sehr wohl, was an den Versprechungen der Maximalisten, das Selbstbestimmungsrecht jedes Volke achten zu wollen, wahr sei, und daß die Maximalisten jede Gelegenheit benutzen würden, um sie zu stürzen und eine maximalistische Herrschaft in der Ukraine zu etablieren.

Gegenüber Kaledin und den übrigen Feinden des Maximalismus hat die Rada laviert. Kaledin gilt in Rußland als die Verkörperung des antisozialistischen Elementes, wenn er auch tatsächlich nur lokale Bedeutung hat. Daher mußte die Rada vermeiden, sich mit ihm allzu freundlich zu stellen, übrigens hatte sie mit ihm viele Diffe-

Digitized by Google

renzen, speziell Grenzstreitigkeiten, über die ein lebhafter diplomatischer Schriftwechsel entstand. Anfangs tat sie sogar so, als wollte sie Kaledin energisch bekämpfen, als aber Krylenko anfragte, ob er auf den Beistand der Ukraine rechnen könne, verweigerte sie diesen und verlangte eine friedliche Beilegung des Konfliktes mit Kaledin. Als Antwort machten die Maximalisten den ersten Versuch, die Rada nach dem bewährten Rezept durch den Arbeiterrat und einen Aufstand der großrussischen Garnison in Kiew zu stürzen. Der Anschlag mißglückte, oder, was wahrscheinlicher ist, die Rada kam ihm zuvor, entwaffnete die großrussischen Garnisonen im größten Teile der Ukraine und schickte sie nach Hause, was diese sich um so lieber gefallen ließen, als ihnen direkte Eisenbahnzüge bis in ihre Heimat zur Verfügung gestellt wurden. Der Kiewer Arbeiter- und Soldatenrat wurde durch Entsendung von Delegierten der ukrainischen Garnison ukrainisiert und beschloß selbst das von ihm begründete maximalistische Revolutionskomitee aufzulösen, die Führer des Maximalismus in Kiew wurden verhaftet. Der Sieg war allerdings nicht überall vollständig: in Charkow z. B. ist der Arbeiter- und Soldatenrat noch immer maximalistisch und weigert sich die ukrainische Regierung anzuerkennen. Nun griff die maximalistische Regierung zu schärferen Mitteln und stellte der ukrainischen ein Ultimatum, das die Anerkennung der maximalistischen Regierung, Rückgabe der Waffen an die großrussischen Truppen, Anerkennung der Regierungsgewalt der Arbeiter- und Soldatenräte in der Ukraine und Kriegserklärung an Kaledin forderte. Die ukrainische Regierung scheint keine Antwort gegeben zu haben, aber der offene Krieg begann schon vor Ablauf der Frist, und zwar in Odessa, das von der Schwarzmeerflotte angegriffen wurde. Von Norden her bereitet sich der Angriff der Maximalisten hauptsächlich aus der Richtung von Kursk vor, mit dem Ziele, den Maximalisten in Charkow die Hand zu reichen und damit zugleich die Verbindung mit Kaledin zu durchzuschneiden. Trotz dieser Anfänge ist aber zu bezweifeln, ob der offene Kampf bis zu Ende wird durchgefochten werden. Die Stellung der Maximalisten ist innerlich zu schwach, um etwas Entscheidendes zu riskieren, und die ukrainische Regierung wird vorläufig immer stärker, so daß wohl sie, nicht aber der Maximalismus es auf eine Kraftprobe mit allen Mitteln ankommen lassen kann.

Der Umfang der slawischen Bewegung in Österreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Es ist für den österreichischen wie für den reichsdeutschen Politiker ebenso wichtig als schwierig, sich ein klares Bild davon zu machen, *wie tief* die so ungestüm auftretenden Bewegungen, das Verlangen der Tschechen nach einem „selbständigen Nationalstaat" und der österreichisch-ungarischen Südslawen nach Zusammenschluß im Rahmen des Dualismus oder aber auf dessen Kosten, in der Bevölkerung gehen. Eine Überschätzung der darin wirksamen Kräfte wäre ebenso gefährlich wie

Digitized by Google

eine Unterschätzung. Es ist uns aber auf jede Weise erschwert worden, auch nur die Tatsachen aus der Kriegszeit richtig kennen zu lernen. Zuerst wurden die meisten von uns durch Schönfärberei irregeführt, und als man Unbestimmtes über nun besser bekannte bedenkliche Vorgänge erfuhr, mußten die übertriebensten Gerüchte Verbreitung und Glauben finden. Es mußte scheinen, als wären ganze Völker staatsfeindlich gesinnt. Sicher ist, daß das Verhalten der Tschechen von der jeweiligen Kriegslage abhing, die bald die extremen, bald die gemäßigten Politiker in den Vordergrund brachte. Auf eine Hochflut panslawistischer russophiler Strömungen, auf eine fast feindselige Zurückhaltung gegen die Kriegsanleihen und die bekannten Vorgänge im Feld folgten Zeiträume der Ernüchterung, in denen die Kraft des Gesamtstaates lebhafter gefühlt wurde. Damals hätten sich mindestens dreimal, nach den ersten großen Kriegserfolgen, nach dem Durchbruch von Gorlice und nach der Niederwerfung Rumäniens, die Tschechen einer Neuordnung im Sinne einer Kräftigung der Staatseinheit, der deutschen Staatssprache und einer Verstärkung der deutschen Stellung im Staate ohne ernsten Widerstand gefügt, sich mit belanglosen Verwahrungen und Erklärungen begnügt. Ja, man sah das Bestreben, durch einen Ausgleich in Böhmen wenigstens einen günstigen Preis für die Maßregeln zu erhalten, die auch nach tschechischer Ansicht bevorstanden. Die Deutschen konnten damals in Ausgleichsverhandlungen eintreten und hätten dies vielleicht sollen. Aber sie durften nicht zugeben, worauf es den Tschechen vor allem ankam, daß nicht nur nationale Fragen, sondern auch staatliche Belange Gegenstand eines Tauschhandels wurden. Daran scheiterte die Geneigtheit zu Ausgleichsverhandlungen. Als die Tschechen sahen, daß das Geplante immer wieder unterblieb, als man in der irrigen Voraussetzung, das Gewicht wirtschaftlicher und sozialer Notwendigkeiten werde das Parlament zu sachlicher Arbeit und Zurückstellung der nationalen Wünsche zwingen, den Reichsrat ohne Sicherungen und Vorbedingungen einberief, als zugleich die russische Revolution das Gewicht der Slawen in Österreich zu verstärken schien und die Leiter unserer auswärtigen Politik vorsichtig, ja ängstlich gegen deren Empfindlichkeiten machte, da entsprach es der altbewährten slawischen Taktik, insbesondere jener der Tschechen, mit maßlosen Forderungen und Reden aufzutreten, und die Tschechen rissen die andern Slawen mit sich fort. Gerade um diese Zeit kamen auch wieder bedenkliche Nachrichten von tschechischen Truppen. Wie weit entsprechen nun die aufgestellten Forderungen den wirklichen Wünschen der tschechischen Bevölkerung; wie weit hat man sie als Mittel anzusehen, durch die weniger Weitgehendes um so sicherer erreicht werden soll? Wie weit geht die Bereitschaft, für sie den Kampf aufzunehmen, wenn der Wind wieder nach der Richtung der deutschen Anschauungen und der Staatseinheit umschlagen sollte?

Das ist die Kernfrage. Sie wird dadurch verwickelt, daß es jeweils nicht dieselben Personen und Gruppen sind, die im Vordergrund des tschechischen politischen Lebens stehen. Die Amnestie hat das Selbstgefühl der radikalen Gruppen verstärkt und die-

Digitized by Google

jenigen obenauf gebracht, die dem Gesamtstaat mindestens kühl gegenüberstehen. Die Gemäßigten sind zurückgedrängt und still geworden, aber nicht verschwunden. Es wäre jedoch eine kindische Vorstellung, wenn man meinen würde, daß nur eine kleine Zahl von Hetzern zeitweise die Oberhand gewonnen hätte, der gegenüber es nicht einer umsichtigen Politik, sondern nur einer scharfen Polizei bedürfe, und daß ihre Beseitigung rasch glatte Bahn für die nach deutscher Ansicht notwendigen Maßregeln schaffen würde. Hinter den Radikalen, welche eine fast völlige Selbständigkeit der Tschechen und die Unterdrückung der deutschen Minderheit, auch des geschlossenen deutschen Sprachgebiets, verlangen, steht die Mehrheit der Gebildeten und Halbgebildeten. Die städtischen Massen sind für sie um so leichter zu gewinnen, als die Tschechen, wie ihre Geschichte lehrt, mit jedem Erfolg maßlos werden. Einer starken Hand haben sie sich jedoch immer verhältnismäßig rasch gefügt, und das übermütige Selbstgefühl ist dann gegen die vortrefflichen Dienereigenschaften zurückgetreten, die ihrer Unterschicht eignen. Die Bauern, insbesondere die klerikale Bauernschaft des wirklich gemischtsprachigen Mähren, die in täglicher Berührung mit Deutschen steht verleugnet nicht die Eigenart ländlicher bodenständiger Bevölkerungen. Hier, wie anderwärts sind solche von gewandten Führern leicht zu erregen und hinzureißen, aber sie hängen im Grund am Herkommen und sind national passiv. Eine Ordnung, die ihnen wirtschaftliche Vorteile bringt und ihrer Sprache den im täglichen Verkehr erforderlichen Spielraum gewährt, ziehen sie auf die Dauer allen politischen Erregungen vor. Das dynastische Empfinden und damit das Gefühl für Österreich ist ihnen trotz aller fanatischen Hetzer, auch im Priesterrock, nicht fremd geworden. Hier wäre anzusetzen. Das ist in einer Zeit, in welcher die bäuerliche Abneigung gegen den Städter und die selbstsüchtige Freude am eigenen Wohlleben von den politisch-nationalen Führern ausgenutzt wurde, um eine systematische Absperrung gegen die gewohnten deutschen Abnehmer herbeizuführen, nicht leicht. Aber wenn den Bauern die Zurückhaltung ihrer Erzeugnisse unmöglich gemacht, wenn den Hetzern entschieden das Handwerk gelegt und ihre Lügen über die angebliche Ausfuhr nach Deutschland und anderes als solche gebrandmarkt, wenn dem Bauer gezeigt wird, daß er von der „nationalen Volkswirtschaft", welche die städtischen Halbgebildeten so heiß ersehnen, für sich weniger Vorteil zu erwarten hat als vom Staat und vom wirtschaftlichen Austausch mit den Deutschen im Lande und außerhalb desselben, wenn der Bauer von dem Druck der „nationalen Geldinstitute" befreit wird, die ihre Macht politisch so skrupellos auszunützen wissen, wird er — nicht über Nacht, wohl aber mit der Zeit — umlernen. Die Sprachenfrage ist für ihn von geringerer Bedeutung als für den Städter. Je weniger er in seinem engeren Kreise der deutschen Sprache bedarf, desto leichter vermag er ihre Notwendigkeit für den Staat und für Handel und Verkehr einzusehen. Vor Germanisation fühlt er sich ja sicher, und nationale Eroberungen haben für ihn keinen Zweck; selbst der ins deutsche Gebiet einwandernde

Digitized by Google

Industriearbeiter hat davon weniger Vorteil und legt für sich darauf weniger Wert, als ihm seine Führer einreden. Die Vorteile der Sprachkenntnis für den, der die Scholle verläßt, kann niemand verkennen, und mancher hat bedauern lernen, daß ihm die nationale Schule die Kenntnis der Vermittlungssprache im Reiche vorenthielt. Der Bauer muß für den Staat wirtschaftlich interessiert und von ihm wirtschaftlich gefördert werden. Je mehr von seinen Nachkommen er im nationalen Wohngebiet ernähren kann, desto mehr nimmt die Abwanderung ins deutsche Gebiet und damit dessen nationale Bedrohung ab. Ansätze dazu sind schon unverkennbar. Aber das Aufflackern des nationalen Fanatismus droht sie immer wieder zu ersticken. Die Regierung, der um des Staates willen daran gelegen sein muß, hat die Mittel in der Hand, den Bauern von seinen Verführern zu trennen. Die Deutschen können in so erregter Zeit dazu wenig tun; sie finden, selbst wo sie Wohltäter ihrer Nachbarn sind, nicht deren Vertrauen. Aber wenn sie unbeirrt an der Hebung der Landwirtschaft und des Landwirtes mitwirken, wenn sie die andere Landessprache kennen und in ihr zu reden und aufzuklären wissen, müssen sie auch mit der Zeit dieses Vertrauen wiedergewinnen, und selbst die erstorbene alte Sitte des Kindertausches zum gegenseitigen Spracherlernen wird sich schrittweise wieder einstellen. Voraussetzung dazu ist freilich, daß man nicht wirbt und umschmeichelt, nicht auf die Geltendmachung der deutschen Rechte und der Staatsbelange zag verzichtet, sondern mannhaft für sie einsteht. Es bedarf einer längeren Zeit folgerichtiger starker Staatspolitik, um das angestrebte Endziel zu erreichen.

Die heutigen Führer der Tschechen wissen recht wohl, daß sie ohne den Rückhalt der breiten ländlichen Massen weder den tschechischen Nationalstaat „im Rahmen der Monarchie", noch auch die Vereinigung der „Länder der böhmischen Krone" zu einem staatsrechtlichen Gebilde erreichen können. Sie wissen recht wohl, daß dem wirtschaftlichen Gedeihen des Bauern der mitteleuropäische Zusammenschluß besser entspricht, als ihr eigenes Ideal einer selbständigen tschechischen Staats- und Volkswirtschaft, die zusammen mit einem ebensolchen, aber räumlich gesonderten südslawischen Gebilde den Riegel zwischen dem Deutschtum und dem Südosten bilden soll. Sie sind sich auch bewußt, daß sie der Gefolgschaft der Bauern nicht dauernd sicher sind. Das beweist am besten das demagogische Gehaben der politischen „Bauernführer", der tschechischen Agrarier. Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation kündigte am 12. Dezember der Abgeordnete Udrzal einen Antrag an, alles Grundeigentum über 10 Hektar zu enteignen und auf kleinere Besitzungen zu verteilen. Er sagte, die breite Masse des Volkes stehe in einer Reihe mit den Bolschewiken. Da der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses sich über die Durchführbarkeit dieser Anregung keinen Täuschungen hingeben kann, ist das offenkundige politische Bauernfängerei. Auch das Auftreten seines Parteigenossen, des Priesters Zahradnik, für die Priesterehe muß nicht nur als eine Bedrohung Roms, das durch diese und

Digitized by Google

andere Kundgebungen den Tschechen gefügiger gemacht werden soll, sondern auch als eine Anbiederung an die Empfindungsweise des Landvolks und der aus ihm hervorgegangenen niederen Geistlichkeit aufgefaßt werden.

Einer Regierung, die Österreich als ebenbürtigen Genossen Ungarns, als starkes Glied des mitteleuropäischen Bundes erhalten, die das bestehende Staatsgefüge vor dem Zerfall in ein loses Staatenbündel bewahren will — und das bedeutet doch auch Seidlers Bekenntnis zum Fortbestand der Kronländer bei aller Schwächlichkeit seines Auftretens — wird vor allem dem Eindringen der zersetzenden Ideen in die Bauernschaft steuern müssen. Sonst könnte in der Tat das ganze Volk dem Staat entfremdet werden. Wenn dagegen die tschechischen Rufer im Streit das Echo in der Landbevölkerung zu verlieren beginnen, werden bald auch von ihren städtischen Mitläufern manche (und immer mehr) irre werden. Ist doch ein guter Teil von ihnen mehr von radikalen Phrasen umnebelt, als von der Idee des Nationalstaats begeistert! Mancher mag sich im stillen sagen, daß in einem kleinen Tschechenländchen seine wirtschaftlichen Aussichten, seine Stellung in der Welt durch die Absonderung nur verlieren können, während er in und mit dem mächtigen Großstaat Österreich um so mehr Gewinn und Geltung erlangen muß, je stärker dieser dasteht. Aber er sagt es nicht laut, ja, er wird sich selbst dessen nicht klar bewußt, weil er von seinen Führern hört, daß durch unentwegtes Fordern, durch stetes Drohen mit maßlosen Ansprüchen um so reichlichere nationale Erfolge und größere wirtschaftliche Beute zu holen sind, je wilder man sich gebärdet. Er muß das solange glauben, bis er sieht, daß der Ansturm dieser Führer auf granitene Mauern stößt. Der romantische wandelbare Slawe wendet sich rasch von solchen Führern ab, denen der Erfolg versagt ist. Je mehr man ihnen aber nachgibt, desto stärker überkommt sie und ihr Gefolge der Machtrausch, der nach den Sternen greift. Diese psychologischen Tatsachen verkannt zu haben, trotzdem wiederholt von deutscher Seite darauf hingewiesen wurde, ist die schwere Schuld vieler österreichischer Staatsmänner — von denjenigen, die vor der ersten mutwilligen „Obstruktion", dieser rein taktischen Nachahmung der ernsten deutschen Erhebung gegen Badeni, vorschnell zurückwichen, bis zu denjenigen, die den Kramarsch und Klofac die verlorene Macht wieder in die Hand gaben. Immer wieder sind die Tschechen durch diese Schwäche, die ihre drohenden Gebärden tragisch nahm, darin bestärkt worden, durch theatralische Lärmszenen und gewaltige Drohworte die Erfüllung ihrer Forderungen, bis zu den kleinsten herab, zu beschleunigen. Stößt diese immer mehr zum Handwerk gewordene politische Erpressertätigkeit einmal auf einen festen, besonnenen und dauerhaften Willen, so folgt schließlich die Ernüchterung — um so rascher, je abenteuerlichere Erwartungen man sich selbst eingeredet hatte. Beides hat die Geschichte der Kriegszeit bestätigt.

Von den Slowenen gilt ungefähr das gleiche wie von den Tschechen. Auch hier haben wir nüchterne, kalt berechnende und ihre Entrüstung auf Flaschen ziehende

Digitized by Google

Führer neben solchen, die ganz im Banne der südslawischen Idee stehen, und neben dieser durchaus deutschfeindlichen Oberschicht eine von Haus aus passive Bauernschaft, die im ganzen von den städtischen Schlagworten weniger stark ergriffen ist als die gebildetere tschechische, aber ihren Verlockungen und den Verheißungen der nationalen Redner gleichfalls leicht erliegt. In Steiermark und Kärnten hat eine kluge Politik der Deutschen, die in Kärnten durch die wirtschaftlichen Einflüsse des Fremdenverkehrs unterstützt wird, zur Entstehung deutschfreundlicher slowenischer Parteien geführt. In Kärnten wählen slowenische Bauern deutschnationale Abgeordnete, in Untersteier gewinnt die „Stajerc" (Steirer)-Partei, nach ihrer Zeitung so genannt, langsam, aber sicher an Boden. In Krain dagegen arbeiten die Slowenen, deren Machtbestrebungen seit längerem die Regierungen, auch die des Grafen Stürgkh, selbst auf Kosten staatlicher Rechte rückhaltlos unterstützt haben, an der Entrechtung der Deutschen, während sie (ganz wie die Tschechen) dem In- und Auslande sich als Unterdrückte darstellen. Es scheint, als hätte der Krieg, den die Slowenen ja in größerer Nähe erlebten als die Tschechen, bei ihnen erziehlicher und dem Staat förderlicher gewirkt, als bei diesen. Überdies richtete sich der italienische Angriff auch im besonderen gegen die Slawen, und diese verteidigten mit dem österreichischen Staat auch ihre mehr oder weniger weitgehenden Zukunftswünsche. Die Politik der „Versöhnung", die ja auch in Triest wieder bedenklichen italienischen Elementen Zutritt und Wirkungsraum bietet, ist allerdings ebenso wie im tschechischen Gebiet im Begriff, den Gewinn an Staatsgesinnung, den der Kriegsdienst gebracht hat, zu verwirtschaften. Bei den Slowenen finden wir aber auch eine Spaltung der nationalen und deutschfeindlichen Gruppen in eine, die den Zusammenhang der Südslawen rückhaltlos betont, und eine, die den österreichischen Patriotismus, die dynastischen und katholischen Gefühle und gelegentlich auch wohl die nationale Besonderheit des Slowenentums laut im Munde führt, wenn auch ein großer Teil von ihr das aus taktischen Gründen tun mag. Das hat zu der Spaltung innerhalb der Krain beherrschenden slowenisch-klerikalen Partei geführt, deren äußerer Anlaß die Niederlage des vor kurzem allmächtigen Landeshauptmanns von Krain gegen die verbündeten liberalen und klerikalen Serbophilen bei der Wahl in die Delegation war.

Grundsätzlich tiefer greift die Spaltung bei den Serbokroaten und denjenigen Slowenen, die sich als „Jugoslawen" (Südslawen) oder doch als Zweig der kroatischen Nation fühlen. Die rücksichtslose, stürmische Vertretung des jugoslawischen Ideals ist den einen Herzenssache, den andern ein taktisches Hilfsmittel, um das Errreichbare an nationalen Zugeständnissen zu erzwingen; eine dritte Gruppe sieht ihr eigenes großkroatisches Ideal dadurch bedroht, das Kroatentum dem Aufgehen im serbischgefärbten Südslawentum ausgesetzt und beginnt dies immer offener zu bekennen. Dadurch ist die bisherige Einheit des Auftretens gestört, und es ist möglich, daß von der mittleren Gruppe um so zahlreichere „Realpolitiker" zu den „reinen Kroaten"

Digitized by Google

abschwenken, je mehr sie angesichts der Haltung Ungarns an der Erreichbarkeit des südslawischen Nationalstaats zweifeln lernen. Hier ist also eine andere Politik geboten als gegen die Tschechen. Die Deutschen haben die Möglichkeit, ihr Gewicht zugunsten der Kroaten in die Wagschale zu werfen, wenn diese ihnen ihre nationalen Rechte im Südslawenland und den „Weg nach Triest" verbürgen, den Österreich und Mitteleuropa nicht einem nach Absonderung strebenden Südslawenstaat überlassen können, wenn sie also (was einzelne von ihnen auch aus kroatisch-nationalen Gründen tun) auf die Angliederung der Slowenen verzichten. Die Deutschen können aber auch dem bevorstehenden Kampf der beiden Richtungen mit verschränkten Armen zusehen oder aber ihn, wenn beide ihnen gegenüber feindselig bleiben, taktisch für sich ausnützen. Darüber müssen ihre Führer — es ist keine leichte Aufgabe — nach der jeweiligen Lage ebenso entscheiden, wie über ihre Stellung zu Ruthenen und Polen. Für die Regierungen müssen staatliche Erwägungen allein bestimmend sein. Da diese mit den Fragen der Außenpolitik und der territorialen Gestaltung beim Friedensschluß eng verknüpft sind, werden sie besser in Zusammenhang mit diesen besprochen.

Den Tschechen und Slowenen gegenüber ist aber nur ein Weg gangbar, den ich schon besprochen habe. Er allein entspricht dem Wohle des Gesamtstaats, er allein dem mitteleuropäischen Gedanken und schon deshalb auch der Zukunft des österreichischen Deutschtums. Er allein ermöglicht den „Sudetendeutschen", deren Aushungerung ein Ende gemacht werden muß, Bestand und Gedeihen in den von Gebirgsmauern zusammengehaltenen Ländern, in die sie sich mit den Tschechen teilen. Schon deshalb muß auch den reichsdeutschen Politikern daran gelegen sein, daß er entschieden und ohne Wanken betreten wird. Die Haltung der Deutsch-Österreicher zur Regierung muß von dem Maße der Einsicht abhängen, welche sie dieser Staatsnotwendigkeit entgegenbringt. Aber auch bei der Entscheidung von Einzelfragen, wie die böhmische nach Kreisteilung, nationaler Autonomie, Zweiteilung der Verwaltung usw., muß die Rückwirkung auf die breiten Massen der Tschechen stets in Betracht gezogen werden. Den nationalen Wettkampf und die zeitweise zur Siedehitze steigende nationale Leidenschaft kann kein „Ausgleich" beseitigen; sollen sie ihre Gefahr für den Staat verlieren, so müssen die slawischen Massen mit zurückhaltender Vorsicht, aber wo es not tut, mit einer gewissen Strenge zum Staatsgedanken erzogen und der zum Teil auf äußeren Zwangsmitteln beruhende Einfluß ihrer panslawistischen Führer gebrochen werden.

Digitized by Google

Der Frieden und die Zukunft

Von Johannes Fiſcher, Heilbronn

Die Gegner der Reichstagsmehrheit wenden ihren ganzen Scharfſinn auf, um in immer neuen Schlagworten die ganze Hoffnungsloſigkeit der deutſchen Zukunft darzuſtellen, wenn die von ihnen für notwendig erachteten Kriegsziele für Deutſchland nicht erreicht werden. Man hat das hundsgemeine Wort vom „Hungerfrieden“ erfunden und ſtellt dem den alldeutſchen „Siegesfrieden“ gegenüber, auf deſſen Spuren dann ungefähr ein Glückſeligkeitszuſtand ähnlich dem des Tauſendjährigen Reiches für Deutſchland anbrechen würde. In den düſterſten Farben wird das eine, in den leuchtendſten das andere dargeſtellt, und die breiten Volksmaſſen werden ſo hin- und hergeworfen in ihren Stimmnngen, als ob ſie gerade nur für ſolchen Mißbrauch ehrgeiziger Rechthaber und Propheten da wären. Das iſt jetzt im Krieg gerade ſo, wie wenn man Salz und Pfeffer in offene Wunden ſtreut, und wer noch einen Funken von Mitgefühl und von Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber hat, der muß ſchon allein um dieſer geradezu grauſamen Wirkungen willen auch einmal darauf verzichten können, jetzt alle eigenen Klügeleien, ſeien es Hoffnungen, ſeien es Befürchtungen, auf dem breiten Markt auszulegen.

Ich geſtehe ganz offen, mir erſchien das auch an dem Friedensbemühen der Sozialdemokratie manchmal gefährlich, daß Hoffnungen dadurch erweckt wurden, die unter Umſtänden zu Enttäuſchungen oder zu der falſchen Vorſtellung führen könnten, als hätten wir es auf der deutſchen Seite in der Hand, den Zeitpunkt des Friedensſchluſſes zu beſtimmen. Und dieſes Bedenken konnte ich auch der Reichstagsmehrheit gegenüber nicht ganz unterdrücken. Ganz unerträglich finde ich aber dieſes Herumhämmern auf den doch auch empfindlicher gewordenen Nerven derer, die in dieſen großen Fragen des Krieges und Friedens einfach auf Glauben und Vertrauen angewieſen ſind. Wer will denn überhaupt auch nur mit einiger Sicherheit ſagen, wie nach dem Kriege die Dinge ſich geſtalten? Was wir im Kriege erlebt haben im Gegenſatz zu allen vorausgehenden Überlegungen und Prophezeiungen der Friedenszeit, das ſollte doch zur Vorſicht und zur Beſcheidenheit mahnen. Wo ſind denn die Stellen und Kreiſe, die auch nur in einer Richtung wirklich zutreffende Urteile über kommende Dinge zu geben in der Lage waren? Sollte das nicht auch im Gedanken an den kommenden Frieden ähnlich ſein?

Mag es ſein, daß in bezug auf das, was uns den Frieden geſtalten ſoll, wirklich Fehler gemacht werden. Wer will das denn ganz ſicher ſagen? Es wird ja doch immer nur entweder der eine oder der andere Plan wirklich durchgeführt und kann ſich dann entweder in ſeinen ungünſtigen oder in ſeinen günſtigen Folgen zu ganz klarer und ſicherer Beurteilung darſtellen. Was aus der Verfolgung der unterlegenen Idee wirklich geworden wäre, bleibt eben, weil es nicht praktiſch werden konnte, immer nur

Digitized by Google

Annahme, Glaube, Wahrscheinlichkeit. Das ist oft in der Geschichte so gewesen, und immer wird ein Teil des Volkes das bedrückende Bewußtsein oder den guten Glauben in sich herumtragen, daß, wenn die Geschichte nach seinem Plane gestaltet worden wäre, dann vieles besser sein würde für sein Volk. Aber wer will das so bestimmt voraussagen, daß er ein Recht hätte, nun von dem, was andere wollen, eine so erschreckende Darstellung zu geben, wie wir dies jetzt erleben.

Ich gestehe ganz offen, vom ersten Tage des Krieges an offen und öffentlich erklärt zu haben, daß wir als Volk durch diesen Krieg um einige Stufen in unserer sozialen und kulturellen Entwicklung herabgedrückt werden würden, ohne für den Ausgang des Krieges selbst, für unsere Siegfestigkeit, je einmal gezweifelt zu haben. Aber erträgt denn das unser deutsches Volk nicht? Ist es dann etwa nicht mehr in der Lage, erneut einen weiteren Höhenflug zu nehmen? Haben denn auch wir zu dem Ende den Krieg aufgenommen, daß nachher — wie man es den Engländern sagte — kein Deutscher ist, der nicht reicher geworden sei durch diesen Krieg? Von denen, die wirklich schwer — auch wirtschaftlich schwer — an der Last des Krieges tragen, glaubt es uns ja doch niemand, und die andern, die am Krieg verdienen — nun, denen ist das Sichere des Augenblicks auch zuverlässiger als die Spekulation auf später, und die brauchen eine solche Hoffnung auch nicht. Was wir aber alle brauchen, das ist die unerschütterte Gewißheit, daß wir in jedem Betracht so aus dem Kriege herauskommen, um an neuem Aufstieg arbeiten zu können. Die größte Niederlage wäre die Einbuße dieses Selbstvertrauens und dieses festen Glaubens. Und nun stellt man Tag für Tag und in immer neuen Bildern eine Zukunft in Aussicht, die unerträglich sei. Und nicht etwa für den Fall, daß der Feind siege, nein, auch dann, wenn nur der Friede nicht so gestaltet werde, wie diese Minderheit in Deutschland es für richtig und offenbar auch für möglich hält. Sie stellt dem Volk eine Friedenszukunft vor Augen, die nicht durch den Sieg der Feinde, sondern durch die Böswilligkeit und Kurzsichtigkeit eigener Volksgenossen so unerträglich sein werde, daß Hunger und Elend ihre Merkmale sein werden. Ist man sich in diesen Kreisen denn der geradezu verheerenden Wirkung einer solchen Agitation nicht bewußt?

Nehmen wir selbst einmal an, ihre schlimmsten Befürchtungen wären berechtigt, würden eintreffen. Was dann? Müßten wir denn dann nicht doch wieder unten anfangen? Müßten wir nicht doch neuen Willen, neuen Mut, neue Kraftentfaltung zu wecken suchen? Dann wären wir alle doch mit diesem Volk und Land auf Gedeih und Verderb verbunden und das Bewußtsein, recht bekommen, aber dem Volk jede innere Kraft geraubt zu haben, wäre wohl auch für die Kreise, die heute mit diesem Feuer spielen, nur ein unbefriedigender Ersatz. Nun kann davon ja aber gar keine Rede sein. Wir werden diesen Hungerfrieden nicht haben, wohl aber werden wir unter allen Umständen alle Kräfte erneut anspannen müssen, mag der Frieden so günstig ausfallen wie er will, um die Schäden des Krieges zu überwinden. Und diese

Digitized by Google

Kraftentfaltung erträgt es nicht, daß daneben eine Stimmung mit nebenherläuft, die innerlich weite Kreise zerfrißt, weil sie immer in dem Wahne leben, als habe irgend jemand im eigenen Volk diese Anspannung für sie verschuldet, als hätte man sichere Möglichkeiten gehabt, eine so viel leichtere, selbst gemessen an der zurückliegenden Friedenszeit leichtere Zukunft zu haben. Dieser nagende Wurm müßte unerträglich sein und trüge den Keim einer so vergifteten und das Volk im tiefsten trennenden politischen Unterströmung in sich, daß eine geradezu unüberbrückbare Kluft unvermeidlich wäre.

Will man das? Will man einen geeigneten Nährboden, auf dem die Drachensaat wildesten Hasses aufgehen und ihre entsprechenden Früchte zeitigen soll, dann kann man so weiter arbeiten. Das Volk ist hilflos dagegen. Dem Menschen mit ungenügendem Überblick über die großen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verflochtenheiten steht ja schließlich nur das eigene Erleben für ihre Urteils- und Willensbildung zur Verfügung. Es ist ein leichtes, ihnen ihr Los als unerträglich zu schildern, ihnen so viel bessere Möglichkeiten auszumalen, um die andere sie gebracht hätten — besonders wenn man sein eigenes Programm dann nicht mehr praktisch durchzuführen in der Lage ist. So macht man einen Zustand dann wirklich unerträglich und reißt alles vollends in die Tiefe. Nur daß das dann nicht die notwendige Folge der Dinge selbst ist, sondern nur die Wirkung einer ganz unheilvollen, der Psychologie eines Volkes völlig verständnislos gegenüberstehenden Behandlungsweise geschichtlicher Vorgänge.

Wer traut sich denn in so verwickelten Fragen zu, wirklich das absolut Richtige und allein in seinen Folgen Vorteilhafte erkannt zu haben und durchführen zu können? Dem würde ich eine ungeheure Selbstüberhebung zum Vorwurf machen. Wir können alle nur bemüht sein, so wie jeder die Dinge sieht, sie nach bestem Wissen zu gestalten. Aber eben darum haben wir auch kein Recht, den Zeitgenossen die Dinge so darzustellen, als sei allein auf dem von uns verfolgten Weg noch eine irgend erträgliche Zukunft möglich. Etwas mehr Bescheidenheit und Zurückhaltung ist da wirklich am Platze, wo außer unserem Wollen und Meinen noch so viele Kräfte mitsprechen, die ganz außerhalb unseres Einflusses stehen.

Unser deutsches Volk hat sich aus schwierigeren Verhältnissen und auf kümmerlicherem Boden, als sie nach diesem Kriege sein werden, immer wieder emporgearbeitet. Die Kräfte, die ihm dazu in der Vergangenheit halfen, schlummern auch heute noch durchaus ebenso in ihm, wie in früheren Zeiten. Sie werden aber nicht in erster Linie durch materielle Erwägungen der Macht und der wirtschaftlichen Wohlfahrt entbunden, sondern durch die unerschütterliche Gewißheit, daß wir eine besondere Aufgabe in der Welt zu erfüllen haben, und daß wir in der Arbeit an dieser Aufgabe auch durch diese neuen Schwierigkeiten uns durchbeißen müssen. Was ein Schleiermacher seiner Zeit und seinem Volk zurief: „Sorge nicht um das, was kommt, und

Digitized by Google

weine nicht um das, was vergeht, aber sorge dich nicht selber zu verlieren und weine wenn du dahintreibst im Strom der Zeit, ohne den Himmel in dir zu tragen." Das gab und gibt uns die Spannkraft im Kriege und im kommenden Frieden aufrecht zu bleiben und unseren Weg zu gehen. Man verdunkle dem Volk diesen Blick nicht. Wir brauchen nur die Gewißheit, daß wir der deutschen Aufgabe in der Welt treu geblieben sind, auch in diesem Kriege und im neuen Frieden. Mit Führern, die dem Volk diese Sicherheit geben, geht es in jedem Frieden hinein, wer aber dies Vertrauen untergräbt und Ziele erstreben will, die wohl einen Augenblick äußerlich blenden, die aber von diesem innerlich anerkannten Ziel abweichen, der verschüttet die Quellen und mißhandelt das Volk in einer Weise, die sich furchtbar rächen muß.

Eine zeitgemäße Wahlrechtsdebatte

„Sonderinteressen zu vertreten, war es niemals an der Zeit; von nun an wird dies weniger als jemals an der Zeit sein."
Fürst Solms auf dem zweiten Vereinigten Landtag.

Von Dr. Hans Mähl, Flensburg

Wenn in diesen Tagen das Preußische Abgeordnetenhaus in großer, bewegter Zeit durch eine Regierungsvorlage aufgefordert wird, sich selber das Todesurteil zu sprechen, um in verjüngter und lebendigerer Form wieder zu erstehen, so ist dieser Vorgang doch nicht ohne Beispiel in der preußischen Geschichte. Schon einmal hat eine Versammlung, die noch weit mehr eine Vertretung bevorzugter Volksschichten war als das Dreiklassenparlament, der durch den Zusammentritt der Provinzialstände gebildete Vereinigte Landtag durch die nahezu einmütige Annahme des allgemeinen, gleichen Stimmrechts sich selber aufgehoben. So mag es von Nutzen sein, wenn gerade in diesem Augenblick die kurze Tagung des zweiten Vereinigten Landtages einmal der Vergessenheit entrissen wird, in der man sie auch wohl in bedeutenderen geschichtlichen Werken noch schlummern läßt — ungeachtet der Stellung, die ihr in der preußischen Verfassungsgeschichte zukommt. Nähere Interessenten verweise ich auf meine Schrift: „Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle System". (R. Oldenbourg, München).

Als nach dem 18. März 1848 die erste große politische Bewegung das preußische Volk in allen seinen Teilen durchflutete, waren, wie wir immer wieder bei solchen Bewegungen beobachten können, durch die Ereignisse die viel zu allgemein gehaltenen Zusagen des Königs in dem Patent vom 18. März überholt worden, wie es u. a. eine Adresse der 18 größten rheinischen Städte zum Ausdruck brachte. Die „Verheißungen des 22. März", die die Antwort des Königs auf die Forderungen einer Breslauer Deputation bildeten, sind für die innerpolitische Geschichte Preußens viel folgenreicher gewesen als das oft überschätzte Bodelschwinghsche Patent. Zum erstenmal

Digitized by Google

waren hier „Urwahlen" zugestanden worden, und mochte sich auch der Ministerpräsident Graf Arnim etwas anderes dabei denken als die Deputation, von dieser und einem großen Teil der öffentlichen Meinung wurde darunter das allgemeine, gleiche Stimmrecht verstanden. Arnim mußte nach zehntägiger Ministerschaft zurücktreten, und das neue liberale Ministerium Camphausen-Hansemann entschied sich für eine konstituierende Nationalversammlung, die freilich mit dem König die endgültige Verfassung vereinbaren, aber aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgehen sollte.

Sollte man dies Wahlgesetz oktroyieren?[1] Oder sollte es noch dem Vereinigten Landtag zur Annahme vorgelegt werden? Das erste hieß die Revolution anerkennen und von ihr aus ein neues Recht herleiten. Man wollte aber die Kontinuität[2] der geschichtlichen Entwicklung festhalten, und man tat recht daran, sich deshalb für die Berufung des Vereinigten Landtages zu entscheiden. Wie aber würde sich diese ständische Vertretung, die zum großen Teile aus Angehörigen des Adels und des hohen Beamtentums bestand, zu einer solchen Vorlage stellen?

Die Demokratie war von äußerstem Mißtrauen erfüllt, forderte Übergehung des Landtages und Oktroyierung eines Wahlgesetzes durch den König. Wilhelm Jordan, der Dichter und spätere Frankfurter Abgeordnete, machte den radikalen Vorschlag, aus allen Provinzen Deputationen einzuberufen, die sich so lange als provisorische Versammlung betrachten möchten, bis die aus Urwahlen hervorgegangene wahre Nationalvertretung zustande gekommen sei. Der Liberalismus hingegen hielt an der Berufung des Landtages fest, und man darf sagen, daß an dieser Frage sich der Gegensatz zwischen Liberalismus und Demokratie in Preußen entzündet hat; die bis dahin ziemlich einheitliche konstitutionelle Bewegung zerfiel von nun ab in einen gemäßigten und radikalen Flügel. In weitwirkenden Leitartikeln kämpfte die „Kölnische Zeitung", das führende Blatt des rheinischen Liberalismus, für die Berufung des Landtages: „ . . . Die Feudalstände sollen ihre Rechte aufgeben: sie müssen es also selber tun, damit nicht hinterher ihnen der Gedanke käme, daß sie für ihr gutes Recht kämpfen, wenn sie gegen die neue Ordnung der Dinge reagieren wollen", und in Berlin nahm sich besonders die „Vossische Zeitung" der Berufung das Landtages an, weil er allein die Gesetzmäßigkeit der Reform gewährleisten könne.

Der Landtag trat am 2. April zusammen und begann seine Beratungen mit einer Adresse an den König. Nachdem dann am 4. April der „Entwurf einer Verordnung über einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung" verabschiedet war, trat man am 5. April in die Beratung der Wahlgesetzfrage ein. Uns können hier nur die Hauptsachen interessieren. Der erste Paragraph brachte das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Es wurde vom Landtag nicht nur gutgeheißen, sondern man ging nach den Vorschlägen der Kommission noch über den Regierungsentwurf hinaus, indem man das Wahlrecht auch auf die dienenden Klassen ausdehnte und die Wohnfrist von

[1] Durch einfache Verordnung in Kraft treten lassen. [2] den Zusammenhang.

Digitized by Google

einem Jahr auf 6 Monate herabsetzte. Es war nur ein kleines Häuflein, das sich um den pommerschen Abgeordneten von Thadden-Trieglaff scharte, und Heiterkeit und Tumult verzeichnet der stenographische Bericht, als dieser erklärte: „Ich kann ein Grundprinzip nicht anerkennen, nach welchem etwa auf 10 000 Pfund Menschenfleisch (inklusive Menschenknochen) ein Wähler kommt und vielleicht 40 000 Zentner eben dergleichen einen Abgeordneten stellen[1].“ Wie viel würdiger hatte Bismarck, der zur Wahlgesetzfrage nicht das Wort nahm, bei der Adreßdebatte gesprochen: „Was mich veranlaßte, gegen die Adresse zu stimmen, sind die Äußerungen von Freude und Dank für das, was in den letzten Tagen geschehen ist ... Wenn es wirklich gelingt, auf dem neuen Wege, der jetzt eingeschlagen ist, ein einiges deutsches Vaterland, einen glücklichen oder auch nur gesetzmäßig geordneten Zustand zu erlangen, dann wird der Augenblick gekommen sein, wo ich dem Urheber der neuen Ordnung der Dinge meinen Dank aussprechen kann, jetzt aber ist es mir nicht möglich.“ Ein Weinkrampf verhinderte ihn am Weitersprechen. Selbst seine eifrigsten Gegner drückten ihm nach dieser Erklärung die Hand.

Als ein Antrag auf Aufhebung der Wahl durch Stimmzettel unterstützt werden sollte, erhoben sich nur wenige Mitglieder. Der westfälische Freiherr von Vincke, den man den Mirabeau der Versammlung nannte, wurde zum Wortführer des geheimen Wahlrechts, das allein die wahre Meinung des Wählers zum Ausdruck bringen könne.

Daß man am indirekten Wahlsystem festhielt, ist hier von keiner Bedeutung, da in jenen Zeiten die Meinung darüber auf allen Seiten eine andere war als heute (vergl. die französische Verfassung von 1791). Die Hauptsache bleibt, daß diese aristokratische Körperschaft das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht nahezu einstimmig guthieß. Gewiß sind nicht alle, die dafür stimmten, aus innerster Überzeugung Anhänger dieses Stimmrechts gewesen; wohl aber waren sie der Meinung, daß es verkehrt sei, sich in blindem Klassenegoismus und doktrinärer Beschränkung dem Heraufsteigen einer neuen Zeit, die nun einmal neue Ansprüche mit sich bringe, entgegenzustemmen. Es waren sicher nicht wenige, denen der Präsident und Großgrundherr Fürst Solms in seinem Schlußwort aus dem Herzen sprach: „Die Mitglieder des ersten wie des letzten Vereinigten Landtages dürfen sich sagen, daß sie ihre Aufgabe darin anerkannt haben, Sonderinteressen nicht zu vertreten. Sonderinteressen zu vertreten, war es niemals an der Zeit; von nun an wird dies weniger als jemals an der Zeit sein. So werde ich z. B. auf die mir zustehenden Gerechtsame in bezug auf Gerichtsbarkeit, Polizeiverwaltung, Patronat und Steuerfreiheit verzichten, so wie ich schon auf das Jagdrecht in Gemeindewaldungen und auf Gemeindefeldern verzichtet habe, nicht infolge von Nötigung, sondern weil ich glaube, daß solche Rechte in einem Lande, in welchem alle Konsequenzen des konstitutionellen

[1] Trotz dieser grundsätzlichen Ablehnung stimmte er nachher doch aus konservativen Gründen für die Erweiterung das Wahlrechts auf die dienenden Klassen.

Digitized by Google

Systems wirklich gezogen werden, nicht an ihrem Platze sind. Alle Konsequenzen der konstitutionellen Regierungsform müssen aber jetzt wirklich gezogen werden."

Man möchte nur wünschen, daß von dem Geist solcher Männer auch heute ein Hauch zu verspüren wäre auf den Bänken der preußischen Adligen und Konservativen im Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, wenn nun die Nachfahren der Mitglieder des Vereinigten Landtages den Forderungen einer neuen Zeit gerecht werden sollen. Und das dürfte eigentlich nach allem Unvergeßlichen, was wir in diesen Kriegsjahren an unserem Volke erlebt haben, kein unbilliges Verlangen sein.

Notizen

Die Wahlresultate in Estland. Die Wahlen zur allrussischen Konstituante in den Ostseeprovinzen waren eine Kraftprobe zwischen den russischen Maximalisten und den nationalen Parteien. Besondere Anstrengungen richteten die Maximalisten auf Estland, dessen Landtag die Maximalisten nicht anerkannt hatte. Ein Kongreß der landlosen Bauern wurde zusammenberufen und allen Landlosen und Kleinbauern eine Gratisverteilung der Ländereien des baltischen deutschen Adels versprochen. Daneben wurde der gesamten Bevölkerung — welche ja ihre Angehörigen noch im Felde hat — unmittelbarer Friede nebst die Rückgabe der von den Deutschen besetzten estnischen Inseln (Ösel, Dagö u. a.) zugesagt. Nichtsdestoweniger erhielten die Maximalisten in Estland nur 40 % aller Stimmen, während auf die nationalen Parteien 60 % aller abgegebenen Stimmen entfielen. Dagegen gewannen die Maximalisten unter der lettischen Bevölkerung Livlands 75 % aller Stimmen. Estland schickt 8 Abgeordnete in die russische Konstituante: davon — nach der Entscheidung der maximalistischen Wahlkommission, 4 Maximalisten und 4 Vertreter nationaler Parteien. Unter den letzteren befindet sich der frühere Kommissar der Provisorischen Regierung, J. Poska. Livland schickt 4 Abgeordnete in die Konstituante — darunter 3 lettische Maximalisten und der Gründer der deutsch-feindlichen lettischen Schützenbataillone, ehemaliger Dumaabgeordneter für Kurland, Goldmann.

Zusammenschluß aller Parteien gegen die Maximalisten. Der „Vorwärts" schreibt in seiner Nummer vom 1. Januar: „In den russischen Zeitungen wird eine gemeinsame Resolution veröffentlicht, die angenommen wurde in einer Konferenz des Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei (Menschewiki), des Zentralkomitees der Partei der Sozialisten-Revolutionäre, des Zentralkomitees der Partei der Volkssozialisten („Trudowiki"), des Zentralausschusses der Arbeiter-Soldatenräte ganz Rußlands erster Zusammensetzung (das heißt in der Zusammensetzung, die von den Bolschewiki für aufgelöst erklärt wurde und in der Tscheidse den Vorsitz führte) und des Zentralausschusses des Rates der Bauernabgeordneten ganz Rußlands. Die Resolution bestreitet die Aktivlegitimation der Bolschewiki zur Führung der Verhandlung mit den Vierbundmächten und erklärt mit aller Bestimmtheit, daß der Waffenstillstandsvertrag niemand als die Bolschewiki binde." Dieser Protest der gesamten russischen Parteien mit Ausnahme der Maximalisten ist natürlich eine sehr ernste Tatsache. Auch auf die Maximalisten hat der Zusammenschluß aller Parteien gegen ihren Versuch, direkte Verhandlungen anzuknüpfen, nicht verfehlt, starken Eindruck zu machen. Sie haben daher ihre Grundlage, auf die sie sich stützen können, verbreitert, indem sie die Mitglieder des linken Flügels der sozialrevolutionären Partei in die Regierung aufgenommen haben. Trotzdem bleibt es nach wie vor fraglich, ob sie in der konstituierenden Versammlung eine feste Mehrheit behaupten

Digitized by Google

werden. Sehr viel Vertrauen scheinen ihre führenden Geister selbst nicht zu haben, würde doch sonst Trotzki nicht mit der Einführung der Guillotine gedroht haben, mit deren Hilfe er hoffte, alle gegenrevolutionären Bewegungen im Blute ersticken zu können.

Neuerscheinungen

Der Friede und die deutsche Zukunft

Alfred Hettner, der Heidelberger Geograph, mahnt durch ein Werk „Der Friede und die deutsche Zukunft“ (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, M. 3.50), an Stelle der politischen Leidenschaft die verständige Überlegung zu setzen. Solche verständige Überlegung leitet nach seiner Meinung die verantwortlichen Staatsmänner und die wissenschaftlich geschulten Gelehrten. Als Gelehrter untersucht er die „drei Auffassungen des Friedens: die pazifistische Idee des Wiederherstellungsfriedens, die imperialistische Idee des Machtfriedens und die evolutionistische Idee des Vernunft- oder Ausgleichfriedens“. Aus der ablehnenden Kritik der beiden ersten Arten sucht er den „Weg, den wir gehen müssen; den Frieden, der nicht den früheren Zustand wiederherstellt, sondern dem Umstande Rechnung trägt, daß Kriege aus dem Widerspruch zwischen innerer Kraft und äußerem Besitz entstehen und daß ihre geschichtliche Aufgabe darin besteht, diesen Widerspruch zu beseitigen“. „Wenn wir uns dem Gefühl des Hasses ganz hingäben, schnitten wir uns ins eigene Fleisch; wir müßten den Haß mit ewiger Rüstung und vielen Schäden bezahlen. Wir müssen vielmehr an spätere Versöhnung denken und uns darum schon bei den Friedensverhandlungen vom Geiste der Versöhnlichkeit leiten lassen. Wir müssen wünschen, daß einmal wieder eine Zeit des Verkehrs der Völker und der gemeinsamen Arbeit an der Kultur kommen wird und müssen darum schon beim Friedensschlusse am Wiederaufbau der Verträge und des Völkerrechts arbeiten“. Die praktische Anwendung der allgemeinen Sätze verdichtet sich zu der Forderung: daß „unsere Friedensziele von unseren Lebensinteressen, den Bedürfnissen und Notwendigkeiten unseres Lebens ausgehen“; „wir dürfen nicht auf das Geratewohl nehmen, was wir bekommen können, sondern nur das fordern und durchzusetzen suchen, was für unser Volksleben ein wirkliches Bedürfnis darstellt“. „Die Forderung nach militärischer Sicherheit des Reichsgebietes läuft in die Forderung nach einem genügenden heimischen Lebensraum hinaus; nach freier Betätigung in unseren Kolonien und in der Welt“. Die allgemeinen Voraussetzungen führen aber auch zu der — ersten Erörterung über die Kriegsziele der Verbündeten: „Einerseits dürfen wir keine Forderungen aufstellen, die den Interessen der Bundesgenossen widerstreben, andererseits sie nicht vor unsere Interessen vorspannen wollen.“ „Wir müssen auf den Stand ihrer Kräfte Rücksicht nehmen, uns über die bei ihnen zweifellos noch mehr als bei uns vorhandene Kriegsmüdigkeit nicht hinwegsetzen.“ „Andererseits müssen wir die Lebensinteressen unserer Bundesgenossen in unser eigenes Programm aufnehmen und ebenso wie unsere eigenen Lebensinteressen verfechten.“ Die Nutzanwendung für den einzelnen Fall zeigt das Beispiel Rußlands: „Rußlands erobernden Vordringen auf der Westseite und wohl auch gegen die Türkei sind, hoffentlich auf immer, feste Schranken gesetzt; nur in Innerasien wird es seinen Eroberungsdrang vielleicht noch weiter betätigen können. Von seinen westlichen Fremdländern gehen ihm Polen sicher und wahrscheinlich auch mehrere andere verloren. An die Los trennung der Ukraine und an einen völligen Zerfall des Reiches glaube ich nicht. Wohl aber wird der starre Zentralstaat voraussichtlich zu einem Bundesstaat werden und dadurch von der Eroberungspolitik mehr abgezogen werden.“ So sehr, durch ihre geographischen und politischen Begründungen, solche Einzelbetrachtungen beachtlich und wertvoll sind, so sehr ist ihr Ausgangspunkt der Mißdeutung ausgesetzt. Es ist gefährlich, die Politik zu einer Sache der wenigen Sachverständigen zu machen. Die Ausführung ihrer einzelnen Probleme ist Sache der Fachleute. Die Bestimmung der großen Zeitlinien bedarf des Antriebs und des Willens aller, wie H. es selbst (S. 8) andeutet, wenn er sagt, die politischen Handlungen der Regierung müßte sich auf die Zustimmung des Volkes stützen. Und daß auch die Sachverständigen in den politischen Handlungen selbst versagen können, zeigt H. selbst in der Behandlung der Schuldfrage, die innerhalb der seither begangenen Gemeinplätze sich bewegt, und nur in der Definierung des wichtigsten inneren Grundes des Krieges eigenartig ist, weil sie mit Deutschland die Bundesgenossen miteinbezieht: „der Ausfüllung des bisher gleichsam leeren mitteleuropäischen Raumes mit der neu aufstrebenden Macht, die sich an den anderen stieß und ihren Spielraum einengte“.

Auf die Erweiterung unseres politischen und wirtschaftspolitischen Horizonts nach der Seite der Schaffung einer widerstandsfähigen Weltmacht „Mitteleuropa“, eines festen Zusammenschlusses Österreich-Ungarns mit Deutschland, hin sieht man in der Literatur unserer Zeit die Blicke noch immer hauptsächlich gelenkt: Der Weg wird von hüben und drüben geebnet. Karl Lamp benutzt die Darstellung der „Theorie des deutschen Zollrechts“ und den Entwurf einer neuen „Öster-

Digitized by Google

reichischen Zollordnung" (J. C. B. Mohr, Tübingen) dazu, die Erreichung „einer materiellen Rechtsgleichheit zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche auf dem Gebiete des Zollverwaltungsrechtes durch Vergleichung der beiderseitigen Rechtsquellen und durch Aufstellung einer einheitlichen deutschen Zollrechtstheorie anzubahnen." Von österreichischer Seite hilft die von dem mitteleuropäischen Wirtschaftsverein in Österreich herausgegebene Schrift „Das mitteleuropäische Wirtschaftsbündnis und der internationale Handelsverkehr" (Carl Fromme, Wien) die Begründung des Gedankens, daß „ein auf längere Dauer abgeschlossenes Wirtschaftsbündnis der Mittelmächte, das zur schlagfertigen Abwehr und Vergeltung zollpolitischer und sonstiger wirtschaftlicher Angriffe befähigt sei, für die Ententestaaten ein sehr starker Gegengrund gegen die Inangriffnahme des Wirtschaftskrieges" sei. Unterstützung von der geistigen Seite ist die Essaysammlung „Europäische Wege" von Robert Müller (S. Fischer, Berlin M. 2.50), spielerisch geschriebene, anregende Essays über deutsche, österreichische, slawische Menschen. „Die westlichen Nationen haben nie verstanden, was sich in diesen Jahren in Mitteleuropa an geistigem Wachstum vollzog, mit welchem Schlüssel dieses Geheimschloß des deutschen Staatsbürgers oder des Großösterreichers zu ersperren ist. Wir gehen einer politischen Grundform entgegen, dem Normal- und Einheitsstaat. Die Originalität und Vielheit der Gesellschaftsformen wird vermindert werden; dies ist zu bedauern, Einförmigkeit und Druck des Staates, von keinerlei irrationalem Beiwerk freundlich überhellt, werden fühlbarer sein als je. Über die Ordnung führt der Weg zu ihrer Entbehrlichkeit. Wir kämpfen noch um Ordnung, unser innerstes Dasein aber ist in Fühlung mit dem Weltschöpfungschaos, dem unter den Zeitgenossen die Künstler den Ausdruck finden."

Die Vergeistigung der Politik wird von solchem Zusammenhang her eines der Hauptprobleme in der Aussprache über den Frieden. Man sieht das z. B. aus den Forderungen, die Leopold von Wiese an den Liberalismus der Zukunft stellt. („Der Liberalismus in Vergangenheit und Zukunft", S. Fischer, Berlin.) Ausgangspunkt ist die Notwendigkeit der parlamentarischen Regierungsform, die aus den Forderungen der äußeren Politik begründet wird. Daraus resultiere eine „fortgeschrittene Politisierung des Volkes". „Der unselige und für die Welt der Taten unfruchtbare Streit zwischen Mensch und Staat würde sich dahin erledigen, daß man die Wechselwirkung und innere Abhängigkeit beider voneinander anerkennt. Das Staatswesen ist das beste, das sich am meisten bewährt als fördernde Kraft für das innere Wachstum und das Gedeihen der Menschen, die ihm angehören. Seine Ethik umfaßt das Wort Menschlichkeit in allgemeinem Sinne, seine politische Methode ist Konkretheit. Er überschätzt nicht den Wert der abstrakten Gewalten, greift resolut und frisch ins wirkliche Leben; sucht jede Begabung zu fördern, zu entwickeln, zu nutzen. Schon diese Tendenz von Konkretheit verhindert den Liberalismus, die abstrakte Staatsgesinnung zu überschätzen. Wahrscheinlich erreicht das System des nationalen, europäischen Staatentums und der absolut nationalen Gesinnung in diesem Kriege seinen Höhepunkt, seine Krisis und seinen Zusammenbruch. Wie einst die Idee des religiösen Bekenntnisses im Dreißigjährigen Kriege seine äußerste Zuspitzung und in ihm seine Widerlegung durch die Tat erfuhr, so scheint der extreme Nationalismus gegenwärtig seinen Kulmination-punkt zu überschreiten, um neuen, gesunderen und weniger einseitigen Postulaten Raum zu geben. Vermutlich werden sich nach dem Kriege die tiefer dringenden und aus Erfahrungen belehrbaren Geister vom absoluten Nationalismus frei machen, um — zunächst innerlich — für neue Menschheitsziele und sittliche Maßstäbe Sinn und Kraft zu erlangen. Der gesunde Kern des Nationalismus, das natürliche vaterländische Empfinden, wird dadurch nicht getötet werden. Gerade die Abschwächung der Staatsgesinnung auf das sich vor der praktischen Vernunft rechtfertigende Maß, wie es der Liberalismus erst eben sollte, wird den Staatsgedanken retten und kräftigen, während ihn die krampfhaften Aufblähungen schließlich zerstören würden." Auch dem Erlanger Professor H. Jordan ist Voraussetzung für die Sicherung einer gedeihlichen Zukunft die Verbindung von „Kulturgesinnung und Staatsgesinnung" (Vossische Ztg., Berlin). „Nicht Kultur oder Staat wird es heißen, sondern Staatsgesinnung und Kulturgesinnung. Aus beiden aber wird das neue Leben für die Nation als Ganzes für jeden einzelnen strömen." In ähnlichem Sinne setzt Friedr. Curtius in dem zweiten Heft der Schriften zur Neugestaltung deutscher Politik (Fehler und Forderungen Heft 1: „Der Charakter des deutschen Staatswesens", Müller, München) die Forderungen des neuen Staatsideals mit der Realität des gegebenen Staatswesens in Beziehung. „Die Verehrer des Kriegs pflegen von ihm zu rühmen, daß er die nationale Einheit, die in Friedenszeiten unter den Kämpfen des Erwerbslebens und den Gegensätzen der Parteien fast verschwindet, plötzlich mit überwältigender Deutlichkeit als eine Tatsache vor aller Augen stellt. Aber es wäre traurig, wenn nur der Krieg ein Volk einig machen könnte. Die Glanzzeiten der Politik wären dann diejenigen, wo der Genius der Menschheit sein Antlitz verhüllt. (Auch Hettner glaubt [in der oben erwähnten Schrift] übrigens nicht mehr an Erziehung durch den Krieg: S. 29: „Nach den furchtbaren Eindrücken dieses Weltkrieges wird ihn so leicht nie-

Digitized by Google

mand mehr als Erzieher des Volkes preisen.") Die Nationen bedürfen eine Friedensideals von ebenso starker Zugkraft wie die Verteidigung des Vaterlandes gegen feindlichen Angriff. Fehlt ein solches, so bleibt die Förderung des Nationalgefühls im Frieden auf die retrospektive Freude an militärischen Großtaten der Vergangenheit und Rüstung für den Zukunftskrieg beschränkt. Leider war dies die Signatur der inneren Zustände Deutschlands vor dem Kriege. Das Friedensideal, von dem die gesunde Entwickelung des politischen Lebens abhängt, ist die Ausbildung des gerechten Staats, der jedem das Seine gibt, allen Kreisen der Nation gleich nahe steht und die Förderung des Wohls aller innerhalb der Grenzen des Möglichen als seine Aufgabe anerkennt. Ein Staatsideal, das unabhängig ist von den Forderungen an den Staat, zu denen das Klasseninteresse führt. Der deutsche Staat besitzt beides, die festgegründete Macht, die sich in der Organisation des Heerwesens und des öffentlichen Amts betätigt, und die Tendenz auf den Volksstaat, deren Berechtigung prinzipiell von keiner Seite bestritten wird. Der gerechte Staat, der der Veredelung des Menschenlebens dient, ist das Friedensziel des deutschen Volks, das besser ist als alle Kriegsziele. In diesem Streben muß die nationale Einmütigkeit des Kriegs ihre Vollendung finden."

Solchen allgemeinen geistigen Zielsetzungen gegenüber müssen die Betrachtungen über Einzelprobleme zurücktreten, selbst wenn sie so bedeutsam sind wie die Untersuchung H. Schumachers über „Belgiens Stellung in der Weltwirtschaft" (S. Hirzel, Leipzig). Zum ersten Male wird hier Belgien als lebendiger Wirtschaftskörper in seiner individuellen Eigenart einheitlich zur Darstellung gebracht. Für das Verhältnis für den Handel Belgiens mit Deutschland sind die Feststellungen wichtig: „Der deutsch-belgische Handel spielt für beide Länder eine Rolle, wie sie in Deutschland im ganzen allein von den Vereinigten Staaten und in der Einfuhr allein von Großbritannien erreicht wird, in Belgien aber überhaupt nicht ihresgleichen findet. Ihn vor Schädigungen möglichst zu sichern, ist eine Lebensaufgabe des deutschen Volkes, die in ihrer rein wirtschaftlichen Bedeutung hinter den auf „Mitteleuropa" gerichteten Plänen nicht zurücksteht. Die belgische Hauptaufgabe wird durch das Flamentum, der deutsche durch den Durchfuhrhandel gebildet, der, von Lüttich abgesehen, durch das Land der Flamen hindurchzieht, zu ihrem großen Hafen. Ein verheißungsvolles Glück ist es, daß die Lebensbedürfnisse der Flamen und der Deutschen in erstaunlichem Maße sich decken. Den Wallonen gegenüber haben wir das Interesse, jede Verbindung mit ihnen zu meiden, soweit nicht militärische Erfordernisse alle anderen Rücksichten zurückdrängen. Wir stehen ihren Stammeswünschen dauernd fremd gegenüber und können ihnen nur zu unserem eigenen großen Schaden in ihrer schwierigen wirtschaftlichen Lage helfen. Wie es ein natürlicher Prozeß ist, daß sie sich immer mehr mit dem französischen Kulturleben verquickt haben, so können sie auch in Zukunft nur aus ihm weiter Leben und Kraft gewinnen."

Nur Nachwehen der Geburtszeit der Friedensprobleme sind Schriften wie die des ungarischen Reichstagsabgeordneten Maurus Révai (Karl Curtius, Berlin.) „Der Weg zum Frieden", der vor allem über die klare Einsicht dessen soll, „daß die Fortsetzung des Krieges keinen andern Zweck mehr haben kann, als die Sicherung von Englands bedingungsloser Weltherrschaft", oder die des Tübinger Professors W. Franz, der eine Schrift „Die Feindschaft der Angelsachsen" (C. A. Koch, Dresden) mit der These beschließt: „Die Angelsachsen wollen unsere Vernichtung, nicht unser Leben. Davon sollten wir endlich überzeugt sein. Eine Verständigung mit ihnen, die Dauer hat, ist nur denkbar nach der Unschädlichmachung der britischen oder der deutschen Kriegsflotte, vordem kann von einem wirklichen Frieden vorerst keine Rede sein. Je länger der Feind die Verhandlungen hinausschiebt, um so mehr haben wir zu gewinnen. Die Aussichten wachsen, daß solche überhaupt überflüssig sind."

Bemerkung. Durch ein Versehen der Druckerei ist ein Teil der vorigen Nummer ohne Schlußkorrektur gedruckt worden, was wir zu entschuldigen bitten. Die Redaktion.

Zur gefl. Beachtung! Die Schriftleitung der „Deutschen Politik" ist am 1. Januar 1918 nach Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a, verlegt worden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M. 4.—. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 18. Januar 1918 • Heft 3

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Seit altersher gehört es zu den Attributen der Macht, daß ihr schützender Arm gefürchtet wird, wo Stammesgenossen Unrecht geschehen soll. Griechenlands nationales Selbstgefühl duldete nicht die Mißhandlung der kleinasiatischen Griechen. Wie über ihren guten Namen, so wachen Großmächte darüber, daß ihr Recht und ihre Pflicht zum Schutze gewahrt bleibt. Wenn man die Indolenz unserer deutschen Öffentlichkeit angesichts der Vorgänge in Estland betrachtet, möchte man fast daran verzweifeln, daß Deutschland Talent zur Großmacht hat. Fast in Hörweite von unseren Truppen werden Deutsche abgeschlachtet; einmal über das andere haben die Deutschbalten hilfeflehend den deutschen Schutz angerufen. Wir haben im Waffenstillstand die Räumung von russischen Truppen bis an die Peipusgrenze nicht durchgesetzt. Haben wir bei den Friedensverhandlungen auch nur ein einziges Mal unser moralisches Schwergewicht für den Schutz Estlands eingesetzt?

*

Conrad Haußmann hat in seiner Rede am 10. Oktober im Reichstag daran erinnert, daß schon der 48er Liberalismus die Befreiung der baltischen Provinzen gefordert hat. Man kann dem Liberalismus unserer Großväter viel politische Fehler nachsagen, aber er besaß das, was Prinz Max von Baden das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit genannt hat. Dieses echt deutsche Verantwortungsgefühl wartet heute noch auf seinen Ausdruck in der Politik.

*

Die anfänglich totgeschwiegene, dann verspottete Fremdvölkerfrage ist, je länger der Krieg währt, ins Zentrum der politischen Debatte gerückt. Zuerst erstand Polen, dann hat Finnland seine Selbständigkeit erreicht, darauf setzten sich die Ukrainer mit an den Verhandlungstisch in Brest-Litowsk, so daß wir ein zweites Eisen dort im Feuer haben. Sollten die Maximalisten wieder einmal Lust verspüren, den Konferenz-

Digitized by Google

tisch zu verlassen, so würden wir dann in der Lage sein, wieder „ruhig mit den Ukrainern weiter zu verhandeln". Jetzt, wo damit endlich die Fremdvölkerfrage in die Geheimräume der deutschen Diplomatie gedrungen ist, hätte man erwarten können, daß allseitig diese zarte Pflanze mit der nötigen Behutsamkeit gepflegt werde. Leider ist das nicht immer der Fall. Meldet doch „Utr. Ross." vom 21. Dezember, daß „deutscherseits an der Front massenweise Aufrufe verteilt werden, welche die Tätigkeit Lenins und Trotzkis lebhaft preisen und in denen darauf hingewiesen wird, daß die russischen Imperialisten gemeinsam mit den französischen und englischen die Volkskommissare daran hindern, den für Rußland so notwendigen Frieden abzuschließen".

Dieses Loblied auf die maximalistischen Führer gerade in dem Augenblick an der baltischen Front anzustimmen, wo die durch die maximalistischen Vergewaltigungen zur Verzweiflung getriebenen Esten zu den Waffen gegriffen haben, um ihre Plagegeister zu vertreiben, deutet auf einen Zwiespalt, der natürlich nur zu geeignet ist, unserer sowieso schon verspäteten diplomatischen Offensive zugunsten der Fremdvölker beträchtlich Abbruch zu tun.

*

Die Einheit der militärischen und politischen Kriegführung bleibt das wünschenswerteste Ziel. Die Geschichte kennt auf ihren Höhepunkten, 1813 bis 1815 1866, 1870/71, ihre Risse und Spannungen. Freilich blieben sie damals den Zeitgenossen verborgen; erst die späteren Beschreibungen machten sie deutlich. Die Gegenwart mit ihrer breiten Öffentlichkeit öffnet die Türen der Konferenzen, freilich oft nur halb, oft nur so, daß verworrene Geräusche aus den Stuben kommen. Aber es genügt, um den Markt mit dem Widerhall halber Wahrheiten zu füllen. Es ist bedauerlich, daß unsere Regierung allzuögernd Klarstellungen, soweit sie möglich sind, hinausschiebt und es geschehen läßt, daß aus falschen russischen Darstellungen, die dem innerrussischen Prestigebedürfnis der Maximalisten dienen sollen, der innerdeutsche Richtungskampf Nahrung zieht. Damit wird die Erkenntnis der Sachlage getrübt. Militär und Diplomatie haben sich zu sekundieren, so wie es bei der Wiederaufnahme der Besprechungen von Brest-Litowsk geschehen ist; aber es darf nicht vor dem Ausland der Eindruck erweckt werden, daß eine Zwiespältigkeit von Ziel und Methode den und die Gegner zur eigenen politischen Offensive ermuntern. Die Verlegung nach Stockholm ist jetzt erledigt. Das ist wichtig, denn Stockholm war die Stelle, von der aus die Entente ihre Einmischung immer möglich machen wollte. Henderson hat die Erneuerung der internationalen Sozialistenkonferenz bei den Bolschewisten angeregt. Auch unsere eigenen „Unabhängigen" scheinen die Lenin und Trotzky vor einem Abschluß in Brest-Litowsk gewarnt zu haben; sie wollen jetzt keinen Frieden, weil sie auf das Entstehen einer revolutionären Stimmung hoffen. All das fordert Geschlossenheit, Kraft, Gradlinigkeit unserer Unterhändler in Brest-Litowsk

Digitized by Google

um innerhalb der immer möglichen Schwankungen die Stoßkraft des Vierbundes zu einem politisch sicher und bald greifbaren erfolgreichen Abschluß zu bringen.

*

Die Rede Lloyd Georges vor dem Gewerkschaftenkongreß ist von einigen harmlosen Neutralen als ein Versuch aufgefaßt worden, den Frieden näherzubringen. Sie ist nichts weniger als das, sondern ein Versuch, den englischen Krieg zu erleichtern; ein Versuch, seine eigenen Pazifisten zu beruhigen und die unseren mobil zu machen. Aus diesem Grunde hören wir aus seinem Munde zum ersten Male Ausdrücke des pazifistischen Vokabulariums, eine Anerkennung der Weltstellung Deutschlands, Worte gegen den Handelskrieg nach dem Kriege; deshalb ruft er Grey als Kronzeugen dafür an, daß er sich auf den Boden der Friedensliga gestellt habe, stellt er Belgien als Kriegsziel in den Vordergrund, gerade wie Grey; deshalb verschleiert er das Kriegsziel Elsaß-Lothringen durch das Wort „reconsideration", das auch auf eine Autonomiegewährung innerhalb des Deutschen Reiches gedeutet werden könnte und läßt die Frage der deutschen Kolonien diskutabel erscheinen usw. Aber trotzdem kann auch die Jingo-Partei zufrieden sein und ist es ja auch. Sie beruft sich darauf, daß in der Rede kein Programmpunkt der Entente-Note vom Januar 1916 tatsächlich aufgegeben worden ist, nicht einmal die Zerstückelung Österreichs. Das französische Kriegsziel Elsaß-Lothringen ist noch niemals im Namen der englischen Regierung so gegengezeichnet worden. England soll durch die Aufteilung der Türkei Mesopotamien, Arabien und Palästina gewinnen. Auch über die deutschen Kolonien sagt die Rede ausdrücklich, die Deutschen hätten kein moralisches Besitzrecht erworben, und von einer Wiedergabe fällt kein Wort.

Die Unaufrichtigkeit und absichtliche Doppeldeutlichkeit der Lloyd Georgeschen Rede läßt sich aus dem Beifall der Kriegshetzer und der Friedensfreunde erweisen. Es bedarf daher gewaltsamer Anstrengungen, um die Wirkung der Knock-out-Rede in Deutschland aufzuheben.

Der Staat Finnland

Von Dr. Paul Rohrbach

Das tapfere finnische Volk hat dank Deutschlands Siegen über Rußland, die den Zarenstaat zertrümmerten, seine Ziele erreicht und steht selbständig als souveräne Nation unter den europäischen Staaten und Völkern da. Bisher haben Schweden, Frankreich und Deutschland den Finnischen Staat anerkannt. Noch sind für ihn viele Schwierigkeiten zu überwinden, noch stehen über 100 000 Mann maximalistischer, russischer Truppen in Gestalt verwilderter und bewaffneter Banden im Lande; noch liegt auch ein Teil der völlig zuchtlos gewordenen russischen Ostseeflotte im Hafen von Helsingfors. Wie es heißt, bieten ihre Matrosen, nachdem sie

Digitized by Google

viele wertvolle Teile des Schiffsmaterials bereits unter der Hand verkauft haben, die Schiffe selbst billig jedem an, der etwas zahlen will, vielleicht kommt Finnland so sogar zu einer Flotte. Noch liegt auch die Sorge, wie der drohenden Hungersnot begegnet werden soll, wenn die knappen Vorräte von der letzten schlechten Ernte aufgezehrt sind, auf dem Lande und seiner Regierung. Innere Schwierigkeiten zwischen den Parteien, den Sozialisten und den Bürgerlichen treten hinzu. All das wiegt nicht leicht, und das finnische Volk wird sich nur zu sehr dessen bewußt sein, was es bedeutet, unter solchem Druck die Stunde der Freiheit und der eigenen Staatwerdung zu erleben.

Trotzdem ist es etwas Großes und Unvergeßliches für jeden Finnländer und etwas Denkwürdiges auch für alle andern Völker, die Zeuge davon sind, wie ein kleines, aber zukunftsreiches und kerntüchtiges Volk sich durch seine Entschlossenheit den Weg in die Geschichte geöffnet hat. Finnland ist der erste neue Staat, der aus dem Weltkrieg geboren wurde, geboren auf Kosten des alten Ländereroberers und Länderverschlingers Rußland. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird allerdings dieser erste nicht der letzte bleiben. Die Ukraine ist bereits gut auf demselben Wege, den Finnland energischen Schrittes bis zu Ende gegangen ist, und das estnische Volk wird nicht ohne Wirkung des finnländischen Beispiels den Entschluß gefaßt haben, mit bewaffneter Hand die mordenden und raubenden Maximalisten-Horden aus seinen Grenzen zu verdrängen, und wenn wir als Deutsche bei unserem Glückwunsch an Finnland eins zu bedauern haben und ein gewisses Gefühl des Mißbehagens über uns selbst verspüren, daß sich in die Freude über die Tat der Finnländer mischt, so ist es die zaudernde, zaghafte Politik, die wir Finnland gegenüber bis zuletzt getrieben haben. Unsere amtlichen Stellen haben sich nicht dazu entschließen können, von Anfang an den Finnländern in ihrem Kampf gegen Rußland eine klare und feste Handreichung zu tun. Dazu hätte nicht einmal gehört, daß wir ihnen mit der Waffe zu Hilfe kamen, was offenbar nicht möglich war, sondern es wäre schon genug gewesen, wenn wir uns so früh wie möglich von Reichs und Volks wegen zu dieser durchsichtig klaren Sache bekannt hätten. Das Einzige dieser Art, was zum Glück noch in letzter Stunde von uns geschah, war die Erklärung der Berliner juristischen Fakultät, daß Finnland ein gutes Recht auf Staatlichkeit habe und durch keine Bande mehr an den russischen Staat gebunden sei. Das war ein Wort ohne Hörner und Zähne, von Herzen kommend und die Herzen erfrischend. Es hätte aber früher kommen und namentlich hätte von seiten unserer Regierung etwas ähnliches kommen können, lange bevor das letzte Wort, die staatsrechtliche Anerkennung, um die ja Finnland selbst erst vor kurzem nachgesucht hat, erfolgte.

Viel zu lange haben wir den Fehler gemacht, es mit Rußland oder den jeweiligen russischen Machthabern nicht verderben zu wollen. Immer wieder glaubte man die Brücken nach Rußland nicht abbrechen zu dürfen. Bis zu den Verhandlungen von

Digitized by Google

Brest-Litowsk konnte man sich von dem Gedanken nicht losmachen, und ein großer Teil der öffentlichen Meinung kann es heute noch nicht, daß Rußland ein einheitliches Gebilde sei und auch aus diesem Kriege irgendwie noch als Einheitsstaat hervorgehen müsse. In diesem falschen Gedanken ist jetzt durch die Anerkennung Finnlands die erste weithin sichtbare Bresche geschlagen worden. Finnland kehrt nicht wieder unter russische Herrschaft zurück, es wird ein vierter nordischer Staat, gleich Dänemark, Norwegen und Schweden. Petersburg, die russische Hauptstadt, wird wieder Grenzstadt. Schwerlich werden sich die Finnländer mit der willkürlich gezogenen politischen Grenze zwischen dem bisher sogenannten „Großherzogtum" Finnland und Nordrußland begnügen. Dieses Nordrußland, westlich vom Weißen Meer und von den großen Seen Ladoga und Onega, ist gar kein Rußland, sondern es ist altes finnisches Land, heute noch von Finnen bewohnt. Russen finden sich nur in ganz geringer Zahl an den Küsten und Flußläufen angesiedelt. Groß-Finnland, vom Bottnischen Meerbusen der Ostsee bis ans Weiße Meer und den Onega-See, ist geographisch und ethnographisch ein einheitliches Land, von Natur scharf unterschieden und abgegrenzt gegen Rußland. Eine wirksamere Naturgrenze als die Onegische Seenplatte zwischen Finnland und Rußland kann es schwer geben. Innerhalb dieser Grenzen hat Finnland etwa 4 Millionen Einwohner, innerhalb seiner augenblicklichen Grenzlinie etwa 3,5 Millionen. Das finnländische Volk besteht wie das schweizerische aus mehreren nationalen Bestandteilen, aus Finnen und Schweden. Beide haben früher im Gegensatz zueinander gestanden, aber schon seit längerer Zeit ist der Ausgleich auf Grund vollkommener nationaler, kultureller und sprachlicher Gleichberechtigung des schwedischen und finnischen Elements erfolgt. Es gibt jetzt, politisch gesprochen, keine Schweden und Finnen mehr in Finnland, es gibt nur noch Finnländer. Diese finnländische Nation hat eine der kräftigsten Vermehrungsziffern, die es gibt. Als Finnland 1809 an Rußland kam, wurde es noch nicht auf eine Million Einwohner geschätzt. Heute beträgt die Einwohnerzahl, wie gesagt, 3,5 Millionen. Die jährliche Vermehrungsrate ist größer als in dem benachbarten Schweden, das fast doppelt soviel Menschen zählt. Die Finnländer sagen stolz, die Zeit würde kommen, wo sie das erste skandinavische Volk sein würden. Jetzt sind sie der Zahl nach das zweite, vor den Dänen und Norwegern, an Tapferkeit und Entschlossenheit sind sie jetzt sicher das erste.

Von Anfang des Weltkrieges an hat Finnland sich darum bemüht, Fühlung mit uns zu erhalten. Immer von neuem kamen die Finnländer nach Deutschland und baten: könnt ihr denn nicht etwas für uns tun! Kann denn nicht ein ermutigendes, stützendes Wort öffentlich von euch über die Ostsee zu uns herüberklingen! Kann nicht von eurer Regierung, kann nicht von eurem Reichstag eine Kundgebung ausgehen, die man bei uns hört, die uns ermutigt und die Zweifelnden und allzu Vorsichtigen bei uns stärkt! Die Finnländer achten und ehren Deutschland, sie sind sich bewußt,

Digitized by Google

daß es nächst ihrer eigenen nordischen Kultur die deutsche Kultur und das deutsche Wesen ist, wovon sie zehren, was sie trägt. In allen finnländischen höheren Schulen wird Deutsch gelehrt, jeder gebildete Finnländer kann Deutsch, an der Universität Helsingfors gibt es deutsche Vorlesungen. Es gibt kaum einen finnländischen Gelehrten, der nicht auf deutschen Hochschulen studiert hätte. Das Aufblühen der geistigen und wirtschaftlichen Kraft Finnlands hat viele seiner Wurzeln in der engen Beziehung des finnländischen Lebens zu Deutschland. Im letzten Jahre vor dem Weltkriege betrug die Gesamteinfuhr nach Finnland etwa 500 Millionen finnische Mark davon kamen für etwa 200 Millionen Mark Waren aus Deutschland.

Die wachsende Menschenzahl und der außerordentlich hohe Stand der Bildung — es gibt überhaupt keine Analphabeten in Finnland — haben auch das wirtschaftliche Leben Finnlands überraschend schnell aufblühen lassen. Mehr als die Hälfte des finnländischen Gebiets ist mit reichen Waldungen bedeckt. Alle Industrien der Holz- und Waldwirtschaft sind in Blüte, und in Nordfinnland gibt es Eisenerzlager, die wahrscheinlich große Ausdehnung und reichen Erzgehalt besitzen. Gewaltige Kraftquellen, die erst zum allerkleinsten Teil ausgenützt werden, ruhen in den zahllosen Stromschnellen und Wasserfällen Finnlands. Hier liegt der Ersatz dafür, daß dem Lande, das in seiner ganzen Ausdehnung eine vom Gletscherdruck der Eiszeit abgehobelte Granittafel darstellt, die Steinkohlen fehlen. Die Wasserkraft, die in so verschwenderischer Fülle über Finnland ausgebreitet liegt, ist aber ohne Zweifel einer der größten Produktiv-Wirtschaftsfaktoren der nächsten Zukunft. Es sind 20 Jahre her, daß ich zuletzt in Finnland war, ich kam von Stockholm durch die granitnen Schären der Ostsee und landete in der alten schwedischen Landeshauptstadt Abo. Dort steht der alte gotische Dom, die finnländische Kathedralkirche aus dem Mittelalter, das auch St. Marien in Lübeck, die Frauenkirche in Danzig, den Dom in Riga, St. Olai in Reval und die Grabkirche der schwedischen Könige in Stockholm am Mälarsee baute. Wer vom deutschen Ostseegestade nach Schweden kommt, spürt die innere Verwandtschaft dieses ganzen baltischen Kulturkreises, und wer von Schweden nach Finnland übersetzt, hat überhaupt kaum den Eindruck, daß er in ein anderes Land gekommen ist. Natur, Gesittung und Menschen sind auf das engste verwandt. In Abo steht ein Denkmal des schwedischen Gouverneurs, des Grafen Brahe, aus dem 17. Jahrhundert. Es trägt die Inschrift: Ich war mit dem Land und das Land war mit mir zufrieden. Um dieser Worte willen wurde das Standbild errichtet, es sollte der in Stein und Erz hingestellte Protest des finnländischen Volkes gegen die treubrüchigen Maßnahmen der beginnenden Russifizierung sein. Graf Brahe hatte Finnlands Rechte geachtet und war vom Volke geliebt aus seinem Amt geschieden. Freilich, wie sollte die stumpfe Brutalität des Russentums imstande sein, diese Sprache zu verstehen. Wie schmerzlich aber ist es für einen Deutschen, wenn er unter dem eigenen deutschen Volke erleben muß, daß selbst Männer der geschichtlichen Wissenschaft kaltblütig imstande sind, ein Volk,

Digitized by Google

wie das finnländische, den Moskowitern mit wegwerfenden Worten auszuliefern. Viele Jahre nach jenem Besuch in Finnland klagte mir einmal ein Finnländer, daß in dem Buche des deutschen Professors Hoetsch über Rußland sich auch ein Urteil über die russischen Rechtsbrüche gegen Finnland finde: „Das finnische Staatsrecht mag noch so klar und die Entrüstung über den Bruch früher gegebener Zusagen noch so berechtigt sein, das ändert nichts daran, daß der absolute Zar, der nur sich selbst band, nach dem Geist des russischen Staatsrechts derartige staatsrechtliche Zusagen, wenn er es für nötig hielt, wieder zurücknehmen oder ändern konnte . . . Vom objektiven historischen Standpunkte aus kann man in dem Kampf gegen die finnische Selbständigkeit nichts anderes, als den Kampf der heutigen russischen Reichsidee den in Finnland herrschenden Traditionen seiner früheren, der schwedischen Zeit, sehen, und das Urteil darüber, ob die bisherige Verbindung Finnlands unter den Gesichtspunkten der Reichsinteressen ausreichend war oder nicht, muß zum mindesten das Ausland allein dem Urteil Rußlands überlassen."

Die Zeit, wo politisch so falsche, Recht und Menschlichkeit so nackt an die brutale Gewalt preisgebende Worte in Deutschland geschrieben werden konnten, ist vorüber. Man kann sich denken, wie solch eine „Stimme deutscher Wissenschaft" nicht nur bei den Finnländern, sondern im ganzen skandinavischen Norden gewirkt hat. Wie tief ist doch die Zeit schon versunken, wo ein deutscher Gelehrter als Anwalt des eidbrüchigen zarischen „Staatsrechts" gegen ein kleines und heldenhaftes Volk im Norden auftreten konnte! Kaum hält man noch für möglich, daß es sie einmal gegeben hat. Das ist es gerade, was in uns die *größte* Freude über die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit durch die Finnländer hervorruft, daß hier eine so fleckenlos reine, so völlig unzweifelhafte und gerechte Sache zum Siege gelangt ist. Darum wirkte auch die letzte, unmittelbar vor der Anerkennung durch uns gegebene ausweichende Antwort, die Finnland auf die Verständigung mit einem „wohlwollenden" Rußland verwies, so unbefriedigend, weil man sich fragte: warum benutzte denn nun die deutsche Politik diese Gelegenheit, sich laut und frei zur Sache des sittlichen Rechts im Völkerleben zu bekennen, mit hellem Ton an den deutschen Schild für die Freiheit dieses tapferen Volkes zu schlagen, nicht schneller, rückhaltloser? War es nötig, daß die französische Republick noch *vor* dem Deutschen Reiche Finnland anerkannte?

Die finnländische Souveränität bedeutet mehr, als einen neuen Mittelstaat im Norden Europas. Sie bedeutet den Anfang der russischen Auflösung. Sie bedeutet den faktischen Beginn des neuen Staatensystems in Osteuropa. Finnland selbst ist noch nicht Osteuropa; es ist das nordöstlichste Stück jenes „Inneneuropa", das zwischen der atlantischen und der kontinentalen Seite unseres Erdteils der eigentliche Träger der europäischen Zukunft sein wird. Von Finnland werden aber große Wirkungen auf das übrige baltische Küstenland, auf die Ukraine, ja vielleicht auf den Kaukasus ausgehen. Es ist die Macht des Beispiels, die anfeuert und fortreißt. Nichts

Digitized by Google

ist so erfolgreich wie der Erfolg, sagt der Engländer — und der Erfolg Finnlands wird hinunter wirken bis ans Schwarze Meer.

In Helsingfors, der finnländischen Hauptstadt, steht jenes wunderbare „Denkmal der Arbeit", der finnländische Mann mit der Holzaxt und sein Weib mit Sichel und Garbe. Es ist eins der großen Kunstwerke unserer Zeit, wert in vielen Abbildungen der Welt bekannt gemacht zu werden. Finnlands Sieg ist ein Triumph der Arbeit des finnländischen Volkes. Diese Arbeit zeigt es als ein Glied des abendländischen Europa, ein Glied der sittlichen Kulturwelt des Westens, an die wir glauben, auch wenn der Weltkrieg sie nun schon ein viertes Jahr in Blut und Feuer einhüllt. Diese Welt und die russisch-tatarische Welt des Ostens können sich nicht mit einander mischen; sie sind einander wesensfremd und können nur fremd nebeneinander existieren oder eine von der andern überwunden werden. Im neuen revolutionären Rußland gibt es Elemente, die jetzt vielleicht um Befreiung vom tatarischen Erbe ringen, aber dies Erbe wird im moskowitischen Volkstum, mag dieses wollen oder nicht, noch auf lange hinaus der stärkere Teil sein. Die Fähigkeit, diesen objektiv moralischen Charakter des Kampfes mit dem moskowitischen Rußland zu erkennen, ist ein Zeichen dafür, ob jemand imstande ist, unserer sittlich-nationalen Politik die Wege im Osten zu weisen. Wer aber das Moskowitertum nicht kennt, der vermag das schwer. Wahrhaft und eindringend über Rußland urteilen kann nur der, der den Moskowiter erlebt hat. Finnland hat das getan, Finnland weiß, was ihm drohte und vor welchem Schicksal es seine Freiheit rettet. Möge seine Tat eine Bresche für alle andern Völker geöffnet haben, deren Rettung und Zukunft in der Zertrennung der Bande liegt, mit denen der Moskowiter sie einst gebunden hat!

Freiheit und Vaterland

Einführungsrede des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland" in seiner Berliner Versammlung vom 7. Januar 1918

Von Geh. Rat Professor Dr. Ernst Troeltsch, Berlin

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland ist eine völlig neuartige Erscheinung, eine Verbindung von großen Wirtschaftsverbänden, deren Interessen selbstverständlich politisch neutral sind oder, soweit sie dies nicht sind, bereits bestehenden großen Parteien nahe stehen. Aber die außerordentliche Lage der Zeit nötigt auch diese Massen zur Stellungnahme. Es ist bei diesem ersten öffentlichen Hervortreten die Aufgabe, Wesen und Ziele des Volksbundes in ihrer Ganzheit zu entwickeln. Ich rolle dabei den Zusammenhang von der ersten der innerpolitischen Forderungen, der Freiheitsforderung her, auf. Diese bezieht sich in erster Linie auf das preußische Wahlrecht und hat im ganzen und großen auch in der Regierungsvorlage den vollen Widerhall gefunden.

Die Regierungsformen und die Wahlrechte sind nicht ein Ausfluß ewiger Wahr-

Digitized by Google

heiten und allgemeiner moralischer Forderungen, sondern eine logisch und praktisch notwendige Folge des jeweiligen Zustandes der Gesellschaft. Die moderne Gesellschaft mit ihrer allgemeinen Schulbildung, allgemeinen Wehrpflicht, öffentlichen Meinung und bewußten Interessierung jedes einzelnen am Gesamtzustande verlangt mit absoluter Notwendigkeit die Mitbeteiligung jedes einzelnen an der Bildung des politischen Willens und hat zu diesem Zweck die Abgeordnetenhäuser oder Volkshäuser als dasjenige Organ unter die übrigen Regierungsorgane eingestellt, das aus einer derartigen gleichberechtigten Mitbeteiligung jedes einzelnen hervorgeht. Eine Massenherrschaft ist dies nicht, da ja die anderen Regierungsorgane daneben bestehen, und diese sind insbesondere bei uns von der stärksten historischen Kraft und sachlichen Bedeutung. Diese Konsequenz ist von so zwingender Notwendigkeit, daß sie in allen modernen Staaten, je stärker sie auf das moderne Leben eingegangen sind, um so dringender sich durchsetzt. Dies ist auch bei uns aus eben diesem Grunde unausbleiblich, und wenn es jetzt nicht durchgesetzt wird, so wird es unter schweren und erschütternden Kämpfen später durchgesetzt werden. Wir verlieren dann nur die belebende und befeuernde Wirkung, die die Sache bei rechtzeitiger Durchsetzung haben könnte und die grade in so schwerer Kriegszeit von höchstem Werte wäre. Diese belebende Wirkung ihrerseits hängt nun aber daran, daß das Ganze doch nicht bloß eine logische Wirkung der modernen Gesellschaft ist, sondern auch eine unmittelbare und lebendige moralische Bedeutung hat. Auch diese sehe ich nicht in allgemeinen Gleichheits- und Rechtstheorien, über die man endlos streiten kann, sondern in der unentbehrlichen Befriedigung des politischen Ehrgefühls jedes einzelnen Bürgers. Jeder einzelne leistet willig das Äußerste an Opfern der Arbeit, der Güter und des Lebens. Jeder fügt sich dem organisatorischen Zwang des Staates und des modernen wirtschaftlichen Lebens, welche beiden Zwänge vermutlich in der nächsten Zukunft zu- und nicht abnehmen werden. Dafür will er aber seine menschliche Freiheit und Persönlichkeit, seine Würde als verantwortliches Wesen zum Ausdruck und zur öffentlichen Anerkennung gebracht sehen, indem er bei den Wahlen zum Volkshause seinen Mann mit demselben Gewichte und demselben Werte stellt wie jeder andere. Es ist das eine Frage des menschlichen, nicht nur des politischen Ehr- und Würdegefühls, zugleich aber auch ein Sicherheitsventil, durch das in einer so furchtbar eng organisierten Gesellschaft das natürliche Unabhängigkeits- und Freiheitsbedürfnis sich einen Ausweg schaffen kann. Zum Symbol dafür ist das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht nun einmal im Laufe der Dinge geworden, daran ist nichts mehr zu ändern und im Grunde nichts zu beklagen. Diesem Ehrgefühl muß sein Recht werden, wenn die Nation den vollen Stolz auf ihren Staat haben und nicht bloß pflichttreu, sondern stolz und freudig für ihn schaffen und sterben soll.

Diese zunächst preußische Frage und Forderung ist nunmehr gleichzeitig im höchsten Grade eine Angelegenheit des Reiches. Dadurch wird nicht nur der Gegensatz

Digitized by Google

des Reiches und des führenden Bundesstaates im Wahlrecht aufgehoben, sondern vor allem die bisher so empfindliche Reibung zwischen preußischer Regierung und Reichsleitung, welcher Gegensatz durch die Person des Kanzlers und des Ministerpräsidenten mitten hindurchging und ihn zu den schwierigsten Balanzierungskünsten nötigte. Es wird erst so eine gradlinie Haltung der Reichsregierung möglich, und, ein fester Zusammenhang zwischen Reichsleitung und Reichstag. Die hier schon im Frieden bestehenden Unsicherheiten sind im Kriege vollends unerträglich und unmöglich. Ist die Reichsleitung nicht mehr durch die Rücksicht auf ein Preußen gefesselt, das von einem ganz andersartigen Wahlrecht aus seinen politischen Charakter empfängt sind vielmehr Reichstag und Preußisches Abgeordnetenhaus annähernd gleichartig, dann wird erst ein wirkliches Zusammenwirken von Reichsleitung und Volksvertretung möglich. Dieses einheitliche Zusammenwirken ist die zweite große Forderung der gegenwärtigen Lage und der weiteren Zukunftsentwicklung. Auch das entspringt nicht aus einer Theorie, sondern ganz und gar aus den Forderungen und Notwendigkeiten der Praxis. Mit den Theorien des englischen und französischen Parlamentarismus hat das nichts zu tun, und die Entwicklung wird ganz von den besonderen Verhältnissen abhängig sein, wie sie auf Grund eines veränderten preußischen Wahlrechts sich gestalten. Ein Volk, das so Grenzenloses leistet, leidet und opfert, will sich an der Gestaltung seines Schicksals mitbeteiligt sehen. Bei allem ungeheuren Respekt, den es vor der Heeresleitung hat, und bei aller Notwendigkeit, daß das letzte Entscheidende schließlich durch sachkundige und erfahrene Beamte geschieht. Es handelt sich um ein Schicksal, das heute schon tief in jede Familie und Hauswirtschaft eingreift und das unser aller wirtschaftliche Lebensmöglichkeit in der Zukunf. betrifft. Da wird jeder einzelne hellhörig und interessiert an dem, was geschieht, und empfindet es das Volk (übrigens in allen Ländern ganz gleichmäßig) als höchstes Bedürfnis, wenigstens durch seine gewählte Vertretung an dem ihm zukommenden Teil mitbestimmend und Verantwortung tragend mitzuwirken. Diese Mitwirkung und Zusammenstimmung von Regierung und Volksvertretung ist aber überdies noch in ihrer Wirkung nach außen schlechthin unentbehrlich und geradezu eine Bedingung des möglichen Friedens. Denn schon an und für sich ist die Autorität und Kraft einer auf ihre Volksvertretung offen und klar gestützten Regierung eine ganz unermeßlich viel größere. Ihre Entschlossenheit zu siegen und alle echten Lebensnotwendigkeiten des Staates durchzusetzen, wird viel kräftiger auftreten können, und ihr Wille geradezu als der unzerbrechliche Wille eines stolzen, starken Volkes selbst erscheinen. Alle ihre Handlungen gewinnen ein Gewicht, das um das der Millionen gesteigert ist, die eben dadurch mit in jedem ihrer Worte stecken. Und wie unentbehrlich ist eine solche Verstärkung der Regierung heute. wo überall auf Gegensätze zwischen Volk und Regierung spekuliert wird, und schlaue Gegner immer von neuem den Zankapfel in unsere Mitte zu rollen versuchen durch ihre heuchlerischen Reden von deutscher Un-

Digitized by Google

freiheit und Volksknechtschaft. Dieses ganze Geschwätz verschwindet dann sofort, oder die Lügen kriegen, auch wenn sie fortgesetzt werden, so kurze Beine, daß sie bald zu Fall kommen. Ja, wir können die stolzen Völker der Selbstregierung, die heute so kümmerlich und jammervoll um ihre Selbstregierung sich betrügen lassen, übertrumpfen mit dem Satze, daß das sozialpolitisch und wirtschaftsorganisatorisch modernste Volk der Welt zwar (übrigens vielfach zu seinem Vorteil) noch einen engeren Zusammenhang mit dem alten ständischen Staat besitzt, aber grade aus diesem historischen Zusammenhang heraus auch die stolzeste und freieste Zusammenstimmung zwischen dem Volk und dem Historischen seiner Geschichte in diesem furchtbaren, zu seiner Vernichtung geplanten Kriege geschaffen hat.

Diese Mitwirkung des Volkes ergibt auch die Notwendigkeit, die Ergebnisse des Krieges und die Ermöglichung des Friedes mitzubestimmen. Davon kann freilich erst die Rede sein, wenn die militärische Leistung wenigstens so weit eine Klärung geschaffen hat, daß man mögliche Zukunftswege überhaupt vor sich sehen kann. Vorher ist alles Reden über diese Dinge reine Kannegießerei. Heute liegen solche Klärungen dank der Leistung unserer Führer und unserer Armeen vor und ist überdies völlig deutlich, daß der Krieg rein militärisch nicht beendet werden kann, sondern es dazu in hohem Grade der richtigen Politik bedarf.

Zweierlei nun ist völlig klar: Einmal sind unsere westlichen Gegner heute noch mit den Zielen beschäftigt, die der Sfuchomlinow-Prozeß und die russischen Geheimakten aufgedeckt haben, und die wir stets als den Kern ihrer angeblich rein idealen Programme ganz deutlich gekannt haben. Die eisernen Stirnen von Lloyd George und Clémenceau trotzen im Interesse ihrer Bourgeoisien allen Ergebnissen des Krieges und allen wirklich idealen Interessen und humanen Gefühlen. Die neueste Rede von Lloyd George macht uns darin nicht irre. Wir haben zu viel anderes von ihm gehört. Gerade ein freies, geeintes, kluges und seiner Regierung vertrauendes Volk ist hier unweigerlich entschlossen, mit jedem militärischen Kraftaufgebot und unter dem Opfer teuerster Jugendleben und notwendigster Güter diesen Kriegswillen zu zerbrechen und die eisernen Stirnen einzuhämmern. Ehre, Freiheit und Zukunftsentwicklung unseres Vaterlandes sind uns jedes Opfer wert. Hier gibt es keine Müdigkeit und keine Flauheit. Aber ebenso klar ist, daß alle Siege, und wenn wir noch die gewaltigsten hinzufügen, für sich allein den Frieden nicht bringen können, denn der Gegenstand des Krieges gegen die Westvölker ist unsere Welthandelsstellung und unser Anteil an der Weltwirtschaft in Rohstoffbezug und Handelsabsatz. Hier aber haben unsere Feinde einen großen Teil unserer Lebensmöglichkeiten, ohne die ein 70 Millionen-Volk auf dem ihm vom Schicksal zugemessenen nationalen Boden nicht existieren kann, in ihrer Hand, und die Wiederherstellung der Weltwirtschaft ist überdies ihrem ganzen Wesen nach nur durch Verträge und nicht durch Besetzungen und Annexionen möglich. Wir müßten sonst die ganze Welt besetzen und die Schlüssel-

Digitized by Google

punkte des Welthandels, die heute England besitzt, in unsere Macht bringen. Davon ist aber überhaupt gar nicht zu reden. Unsere Siege müssen daher die Hauptwirkung haben, unsere Gegner überhaupt erst wieder vertragswillig zu machen. Etwas anderes kann, wie die Fachleute heute offen erklären, auch nicht das Ergebnis und Ziel des U-Bootkrieges sein, dann aber ist ein unsere wirtschaftliche Zukunft sichernder Vertragsfriede das eingehendste und wichtigste Ziel, welches insbesondere die wirtschaftlich Schwachen aufs nachdrücklichste in den Mittelpunkt stellen müssen. Gewaltsame Annexionen und Kriegsentschädigungen vermögen das nicht zu leisten, sie erschweren den Vertragsfrieden und begünstigen Irredenten- und Revanche-Kriege. Dabei sind militärische Grenzberichtigungen überdies gar nicht ausgeschlossen, wenn sie auf dem Wege von Kompensationen und Verschiebungen erlangt werden. Sie sind bei dem elenden Zustande unserer Grenzen wünschenswert genug, aber sie sind bei dem Blick auf das Ganze der Weltlage doch nicht die Hauptsache. Die Hauptsache ist die Wiedererm ö glichung der Weltwirtschaft. Auch das ist keine Theorie und keine Humanität, sondern eine praktische Forderung der Lage und der modernen Weltverhältnisse, die einen großen Staatskörper überaus empfindlich, nicht nur an seinen Grenzen, sondern auch in Afrika, Asien und Amerika gemacht haben. Eben deshalb kann es auch keine Theorie geben, die uns veranlaßte, grundsätzlich im Westen oder im Osten dieses neue Vertragsverhältnis zu suchen. Wo immer, einerlei ob im Osten oder im Westen, unsere Siege den Widerstand zerbrechen, da muß sofort das neue Vertragsverhältnis im Hinblick auf die Weltwirtschaft geschaffen und mit aller Energie ausgebaut werden. Dem ersten Verständigungswillen gegenüber muß die erste sofortige und gründliche Bereitwilligkeit entgegenkommen. Denn unversöhnlich Verbleibenden gegenüber muß und kann man dann härter gegenübertreten. Jedermann weiß, worauf diese letzten Worte zielen, es ist klar, was wir Rußland gegenüber zu tun haben und was hier in erster und was in zweiter Linie stehen muß, und es ist ebenso klar, daß es gegen die Weststaaten noch einen harten Kampf geben wird, der aber auch in irgendeiner Form, vor allem mit wirtschaftlichen und kolonialen Verträgen enden muß.

Es wird ein weltwirtschafts-orientierter Vertragsfrieden werden. So viele Kämpfe und Nöte noch zwischen ihm und uns liegen mögen, es kann nicht anders sein, und einen solchen Frieden dürften wir mit grenzenlosem Stolz, den nur die Trauer um unsere Erschlagenen trübt, als den Sieg betrachten, der das Reich endgültig behauptet und festigt. Aber ein Vertragsfriede ist (und das ist das letzte, was ich zu sagen habe) nicht möglich ohne Vertragsgesinnung. Wie man am Anfang des Krieges von einer Mobilisation der Seele gesprochen hat, so spricht man mit Recht bei dem nahenden Ende von einer Demobilisierung der Geister. Diese Demobilisierung ist überall in allen Ländern nötig und muß auf Gegenseitigkeit beruhen. Aber sie kommt in dem ungeheuren Grausen vor der Zerstörung unserer ganzen gei-

Digitized by Google

stigen, sittlichen und religiösen Europa-Existenz überall von selbst. Sie muß nur auch als Pflicht und Rettungsweg begriffen werden. Sie braucht nicht in Sentimentalität und allgemeinen Pazifismus zu bestehen, aber in diesem muß sie notwendig und vor allem bestehen: In der Preisgabe der Macht- und Gewalt-Theorie als der alleinigen politischen Lehre, in der Preisgabe des absoluten Mißtrauens als der einzigen politischen Weisheit kluger und welterfahrener Menschen. Das ist eine Lehre, die allenfalls den Zeiten der Selbstgenügsamkeit wesentlich agrarischer Völker entsprach, und die überdies im Grund völlig heidnisch oder skeptisch und zynisch ist. Die moderne Staatenwelt braucht zu ihrer Existenz neben den nötigen Machtsicherungen notwendig auch den Vertragswillen und das Vertrauen. Sie verlangt überdies die moralische Anerkennung der Würde und Freiheit der Staaten und Nationen, ebenso wie die der einzelnen Personen. Ohne das gäbe es nur ein erneutes Weltreich, das jedenfalls nicht wir sein würden, oder den fortgesetzten Selbstmord. Insofern sind auch diese Forderungen zunächst ganz praktisch und realpolitisch gemeint und begründet, aber hier dürfen wir uns nicht mit dem Realpolitischen und Praktischen begnügen, hier spricht auch die sittliche Überzeugung und die religiöse Ideenwelt Europas mit. Sie hat stets in den letzten Jahren gegen die mit dem Konkurrenzkampf der Privaten und dann der Staaten aufsteigende Lehre vom bloßen Kampf ums Dasein und von der einzigen Tugend der Härte und der mitleidlosen Niederkämpfung protestiert. Sie wird nach dem Kriege in tausend heißen Mühen die Reste unserer zertrümmerten Moral und Religion die beide aus älteren konkurrenz-schwächeren Zeitaltern stammen, wiederbeleben und aufbauen. Sie muß aber auch schon jetzt beim Frieden und bei der Schaffung der neuen Vertragssysteme mitsprechen. Ohne sie wird es niemals einen Frieden, sondern nur Erschöpfungspausen geben, und zu ihr wollen wir uns ungebeugt und ungebrochen durch die Skepsis und den Gewaltsinn unserer Zeit offen und ehrlich bekennen. Wir wollen dem Feind, der uns vernichten wollte und will, wahrlich nichts schenken und auf nichts verzichten, was vom Standpunkt der Weltlage aus für uns unentbehrlich ist. Aber wir wollen eine *Gemeinschaft von Staaten* schaffen, die gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achten und das in Zukunft bereitwilliger als bisher durch Verhandlungen und Verständigung tun. Jetzt handelt es sich nur um den ehrlichen Willen, einander das Leben, den Handel und die Rohstoffe zu gönnen und die Reibungen der Entwicklungssphären, in denen jeder Staat sich wieder bewegen möchte, zu beseitigen oder zu mildern. Das ist keine Bescheidenheit, sondern höchstes Selbstgefühl, das ist keine Schwäche und kein Ermüdungszeichen, sondern heilige Überzeugung. Die Schwäche läge vielmehr in den immer neuen Regierungskrisen und in den ewigen Minen, die der Politik unserer Regierung durch maßlose Forderungen im eigenen Volke gelegt werden. Auch bei den vernünftigen ausländischen Stimmen redet ja niemand von Schwäche. Man lasse also jedes Gerede von Schwäche, das nur die Kehrseite jener überzeugungs- und

Digitized by Google

glaubensloſen Gewaltpolitik iſt. Die größte Stärke eines Volkes iſt ſein gutes Gewiſſen und die Heiligkeit ſittlicher Überzeugungen, die allein das Gegengewicht gegen die ſelbſtmörderiſche Konſequenz der reinen Konkurrenzlehre ſind.

Damit iſt das grundlegende Programm auseinandergefaltet, ich falte es nun zum Schluß wieder zuſammen in die Loſung unſeres Volksbundes:

Freiheit und Vaterland, keines gegen das andere, eines durch das andere und eines für das andere.

Wandlungen der Strategie[1]

Von Prof. Guſtav Roloff

Die Weltgeſchichte kennt zwei grundſätzlich verſchiedene Erſcheinungsformen des Krieges, die in verſchiedenen Epochen einander ablöſen. In der neueren Geſchichte treten ſie einander in den Kriegen des 19. Jahrhunderts (Zeitalter Napoleons und Moltkes) und des 17. und 18. Jahrhunderts (Zeitalter Ludwigs XIV. und Friedrichs des Großen) gegenüber. Äußerlich ſpringt ſogleich die verſchiedene Dauer der Kriege in die Augen: der längſte Krieg Napoleons, der zweite Koalitionskrieg (1799—1801) — wenn man vom erſten Revolutionskriege, der zum Teil noch in die vorhergehende Epoche gehört, und vom ſpaniſchen, der eine Nebenaktion iſt abſieht —, hat weniger als zwei Jahre gedauert und war überdies noch durch wiederholte Waffenruhen unterbrochen; in der vorhergehenden Periode waren Kriege von doppelter und dreifacher Dauer die Regel. Ebenſo verſchieden war die Intenſität der Kriegführung: die jüngere Periode zeigt eine große Menge Schlachten, die ältere hat trotz der längeren Dauer der Kriege viel weniger große taktiſche Entſcheidungen — ja im polniſchen und bayeriſchen Erbfolgekriege fehlen ſie überhaupt, und die meiſten, wie der Siebenjährige und Spaniſche Erbfolgekrieg, zeigen Jahre ohne taktiſche Zuſammenſtöße von Bedeutung. Nicht minder markant iſt die Verſchiedenheit der Größe des Kriegsſchauplatzes: in den Feldzügen Napoleons und Moltkes dringen die Truppen trotz der kürzeren Zeit in gewaltiger Schnelligkeit tief ins feindliche Land ein und beſetzen mächtige Räume, der Krieg rollt von Berlin bis vor Wien oder bis Paris und Orleans, von Paris bis Wien, Königsberg, Moskau und Madrid. Die Heere Ludwigs und Friedrichs ſchlagen ſich gewöhnlich in den Grenzprovinzen, oft dreht ſich ihr Kampf jahrelang um einige Landſchaften oder Feſtungen. Stürmiſche Verfolgungen, wie nach den Schlachten von Jena und Belle Alliance finden wir da nicht, nur vorſichtiges Nachrücken auf kurze Strecken; es iſt ſelten, daß einmal eine ganze Provinz nach einem Siege in Beſitz genommen wird. Häufig ſehen wir die Heere kürzere oder längere Zeit einander gegenüberſtehen, keins wagt das andere anzugreifen, weil die Stellungen zu feſt ſind, beide ſuchen ſich durch allerlei

[1] Zum Teil ſchon veröffentlicht im „Weihnachtsgruß der Univerſität Gießen an ihre Studenten im Felde". Hier nach Ludendorffs Geſpräch mit einem Vertreter der „Neuen Freien Preſſe" erweitert.

Digitized by Google

Künste zum Verlassen ihrer Stellung zu bewegen, bisweilen mit Erfolg, nicht selten muß die eine Partei das erfolglose Warten aufgeben und einen mehr oder weniger verlustreichen Abmarsch antreten. In den Kriegen des 19. Jahrhunderts sucht man solche Episoden vergebens; keine Stellung ist so fest und so ausgedehnt, daß sie weder direkt angegriffen, noch umgangen werden könnte. Ein dauerndes Ausweichen vor der Schlachtentscheidung gibt es also nicht, wenn eine Partei sie sucht. Wer sich der Schlacht dauernd entzieht, bekennt sich als besiegt und muß wie Bourbaki 1871 die Folgen einer Niederlage ohne Schlacht auf sich nehmen. Sind die Schlachten der jüngeren Periode zahlreicher, so sind sie dafür weniger blutiger als die älteren: das 17. Jahrhundert muß gewöhnlich den 5. bis 10. Teil der Truppen an Toten und Verwundeten opfern, das 18. noch bedeutend mehr, im 19. sind Verluste bis zwanzig vom Hundert selten, weit geringere dagegen die Regel. (Vgl. meine Studie: Der Menschenverbrauch in den Hauptschlachten der letzten Jahrhunderte. „Preußische Jahrbücher" Bd. 72.) Endlich kennt die ältere kriegerische Form längere regelmäßige Unterbrechungen der Feindseligkeiten durch Winterquartiere, im 19. Jahrhundert geht der Feldzug Sommer und Winter mit gleicher Energie weiter. Alle diese Momente bewirken, daß die Schlußentscheidung auf ganz verschiedene Weise herbeigeführt wird: Napoleon und Moltke zertrümmern in schnellen gewaltigen Schlägen die Streitkräfte des Gegners und brechen hierdurch seinen Willen; Ludwig und Friedrich erschöpfen allmählich die feindlichen Mittel: wer den längsten Atem behält, hat den Krieg gewonnen.

Die Ursachen dieser verschiedenartigen Kriegführung liegen in der Verschiedenheit der allgemeinen Zustände. Nur in einer ganz flüchtigen Skizze seien sie angedeutet. Die Heere des 16. und 17. Jahrhunderts sind kleiner als die späteren, sie tiraillieren nicht und requirieren nicht. Die verschiedene numerische Stärke erklärt sich aus der politischen Verfassung der Staaten. In den Staaten der älteren Epoche hatte jeder Stand seine besonderen gesetzlich fixierten Rechte und Pflichten, so daß es nicht möglich war, die Wehr- und Steuerkraft völlig auszunutzen; seit der Französischen Revolution waren die ständischen Sonderrechte beseitigt oder gemildert, die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und die finanzielle Leistung der Untertanen bedeutend gesteigert worden. Diese beiden Neuerungen ermöglichten, wie sogleich einleuchtet, die Aufstellung größerer Heere als früher, aber auch die Qualität der Truppen war grundverschieden: seit dem 19. Jahrhundert bestehen die Heere aus Landeskindern, vorher waren sie zum großen Teile aus fremden Söldnern zusammengesetzt. Die neue Zusammensetzung ergab eine neue Moral: die Söldner waren vielfach mit List und Gewalt eingestellt, also unzuverlässig und suchten wieder zu entlaufen, oder sie hatten den Soldatenberuf ergriffen, um eine Versorgung zu haben, und standen der Sache, für die sie fechten sollten, innerlich kühl gegenüber. Nicht selten übertraf die Zahl der Deserteure die der blutigen Verluste. Die neuen Armeen dagegen kämpften durchweg

Digitized by Google

mit innerer Hingabe und litten nicht unter dem Fluche der Desertation. Zudem war der Ersatz in der jüngeren Periode viel leichter, da man aus dem ungeheuren Reservoir des ganzen Volkes schöpfen konnte, in der älteren war es schwierig, im Kriege neue Söldner von außen zu gewinnen.

Wegen der Gefahr des Ausreißens war es notwendig, die Mannschaften unter beständiger Aufsicht zu halten; folglich mußte man auf Tiraillieren und Requirieren, das die Aufsicht erschwerte oder gar unmöglich machte, verzichten. Man mußte also die Truppen aus Magazinen ernähren, wodurch die Beweglichkeit eingeschränkt wurde, und im Gefecht ausschließlich in geschlossenen Formationen auftreten lassen: Mann an Mann, in drei bis sechs Gliedern (Lineartaktik) marschieren die Bataillone ins Feuer. Hieraus schon erklärt sich zur Genüge die Verschiedenheit der Kriegführung: mit den kleinen, schwerfälligen und schwer zu ersetzenden Heeren konnte man weder große Strecken besetzen, noch in immer wiederholten großen Schlachten die Entscheidung suchen: mehrere Schlachten kurz hintereinander hätten die Armee bald verbraucht, zumal infolge der eigentümlichen Taktik die Verluste, wie erwähnt, hoch waren und der Sieg nicht weniger als die Niederlage kostete. Im 19. Jahrhundert waren die Verluste geringer und der Ersatz leichter. Überdies waren die Siege weniger entscheidend und bewirkten nur unter äußerst günstigen Umständen die Vernichtung der geschlagenen Armee, denn eine rasche Verfolgung, die einseitige Fortsetzung der Schlacht nach Clausewitz' Wort, war nur ausnahmsweise möglich. Nach dem Siege mußte man vielmehr schleunigst die durch die Schlacht gelockerten Verbände wieder ordnen, damit die Verwirrung nicht das Desertieren begünstige, und diese Pause konnte der Besiegte benutzen, sich in eine gesicherte Stellung zurückzuziehen. Im 19. Jahrhundert fiel diese Rücksicht für den Sieger fort, und außerdem war gewöhnlich nicht das gesamte Heer direkt am Kampfe beteiligt, so daß sofort unberührte Truppen die Verfolgung antreten konnten, im 17. und 18. dagegen konnte nur höchst selten ein Teil außer Feuer bleiben. Auch daß die starren Linien, die beim Anmarsch ein vortreffliches Ziel boten, wenig geeignet waren, feste Stellungen anzugreifen, ist ohne weiteres verständlich. Aus alledem ist erklärlich, das größere Schlachten meist nur im Anfang des Krieges geschlagen wurden, so lange die Armeen vollzählig und trefflich ausgebildet waren; da sie aber den Krieg nicht entschieden, so entschloß man sich bei verminderter Zahl und Qualität der Truppen immer schwerer zum Schlagen, und so scheinen die Kriege schließlich einzuschlafen; selbst die gewaltigsten Kriege der Epoche, der Siebenjährige und der Spanische Erbfolgekrieg, zeigen in ihren letzten Jahren keine größeren Kämpfe mehr. Auch die Winterruhe ergab sich aus den geschilderten Verhältnissen: die regelmäßige Verpflegung aus den Magazinen war bei den damaligen Verkehrsmöglichkeiten im Winter allein im festen Quartier erreichbar. So ist die Strategie vor 200 Jahren eine ganz andere als vor 100 Jahren: sie erstrebt keine schnelle Zerstörung der feindlichen Hilfsquellen, sondern eine allmähliche: durch Ge-

Digitized by Google

fechte, Abschneiden von Zufuhren, Wegnahme von Städten, Landschaften und Magazinen und dergl. Mittel, die man mit dem Begriff „Manöver" zusammenfassen kann, sucht sie dem Feinde, unter geschickter Schonung der eigenen Kräfte, soviel Schaden zuzufügen, daß er schließlich den Kampf aufgibt. Nicht ein großer Schlag, sondern viele kleine: Pfennig auf Pfennig häufen, bis schließlich ein Taler daraus wird, sagte Friedrich der Große.

Zwei Gesetze, Schlacht und Manöver, regieren also die Strategie des 17. und 18. Jahrhunderts; im 19. regiert die Schlacht allein, das Manöver hat nur vorbereitenden oder verstärkenden Wert.

Man sollte meinen, ein historisch geschultes Auge müßte diese Verschiedenheit zwischen der Zeit Napoleon—Moltke und Gustav Adolf—Friedrich sogleich erkennen, aber als Hans Delbrück im Jahre 1878 zum ersten Male auf den Unterschied der friderizianischen und napoleonischen Strategie aufmerksam machte, fand er weder bei Historikern noch bei Militärs Beifall. Es gäbe nur eine für alle Zeiten gültige Strategie, die Vernichtung der feindlichen Armee durch die Schlacht, erklärten Colmar v. d. Goltz, Theodor und später Friedrich v. Bernhardi, Max Duncker und Alfred Dove. Wer annehme, daß Friedrich solchen kleinen Mitteln wie dem Manöver eine ähnliche Bedeutung wie der Schlacht, der echten Rennbahn des Krieges, beigemessen habe, setze den Heldenkönig herab; das sei nicht seine, sondern Dauns Strategie. Diese Polemik übersah völlig, daß es sich bei der Einordnung Friedrichs in ein bestimmtes strategisches System nicht um die Wertung seiner militärischen Eigenschaften und Leistungen, sondern um die seiner Mittel handelte, und daß Friedrich auch bei geringeren Mitteln in anderer Form ebensoviel Kühnheit und Seelengröße bewähren konnte wie ein Stratege des 19. Jahrhunderts. Ja, bei näherem Zusehen ergab sich, daß Friedrichs Feldherrnpersönlichkeit um so großartiger erschien, je mehr man die Beschränktheit seiner Mittel erkannte und das Wesen seiner von Napoleon abweichenden Kriegführung begriff. Man sah, daß seine Kühnheit ihn zwar immer wieder, mehr als jeden seiner Zeitgenossen, auf das kühnste und entscheidendste, aber auch unsicherste Kriegsmittel, die Schlacht, hintrieb, daß er aber zugleich in richtiger Einschätzung seiner Kraft sie nur wagte, wenn ihm die Verhältnisse besonders günstig schienen, und daß er daher oft Kampfgelegenheiten auswich, die Napoleon und Moltke nie vorübergelassen hätten. Denn eine Strategie nach dieser Art hätte seine Kraft schnell erschöpft und ihn wie Karl XII. ins Verderben geführt. So erschien Friedrich, gemessen an dem Maßstab seiner Zeit, als unvergleichlicher Heros, gemessen an dem unhistorischen Maßstabe des 19. Jahrhunderts als Stümper (Vergl. Delbrück, Die Strategie des Perikles erläutert durch die Strategie Friedrich des Großen. Berlin 1889.)

Unter den Historikern verstummte die Opposition gegen Delbrücks Auffassung bald, die Militärs hielten jedoch meist an der namentlich von Theodor v. Bernhardi for-

Digitized by Google

mulierten anderen Anschauung fest, so daß man sie kurz als die Auffassung der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabs bezeichnen kann. Allerdings fühlte man auch hier gelegentlich das Unhistorische des Bernhardischen Friedrichsbildes; die Geschichte des Siebenjährigen Krieges z. B. und noch mehr die Einzelschrift (Friedrichs des Großen Anschauungen vom Kriege. 1899) lassen deutlich eine innere Unsicherheit, eine Abweichung im einzelnen von der dogmatisch ergriffenen Grundanschauung erkennen, vermögen aber nicht zur richtigen Auffassung durchzudringen. Tieferblickende Urteiler dagegen, wie Feldmarschall Blumenthal, erkannten die historische Berechtigung der Strategie Friedrichs, wie sie Delbrück gezeichnet hatte, an und meinten, „sie könne einmal wiederkommen".

Der Weltkrieg hat, wie so manche politische Streitfrage, so auch diese gelehrte Kontroverse gelöst: die Strategie Friedrichs ist in der Tat wiedergekommen. Ohne Zweifel berührt das gewaltige Drama dieser Tage sich mit beiden strategischen Systemen in vielen Punkten.

Das riesige Menschenaufgebot, die ungeheure Ausdehnung des Kriegsschauplatzes die gewaltige Zahl der Schlachten, deren Ergebnisse zum Teil alles bisher Bekannte weit übertroffen haben, weisen auf die Epoche Moltkes und Napoleons hin, nur ist die Gewalt mächtig gesteigert. Die lange Dauer des Krieges dagegen teilt der Weltkrieg mit der älteren Periode, ebenso die große Ausdehnung des Stellungskrieges, die Besetzung riesiger Schanzen- und Grabenlinien, die dem Feinde den Eintritt in ganze Länder verwehren sollen. Aber auch hier gibt es einen Unterschied. Vor 200 Jahren mißlang in der Regel der Versuch, meilenlange Stellungen zu behaupten, weil die verteidigende Truppe zu schwach war, alle Posten wirksam zu besetzen und einen Durchbruch wie eine Umgehung zu verhüten; heute sind die Armeen so groß, daß sie Linien von Hunderten von Kilometern ausreichend besetzen können. Und gerade durch die große Ausdehnung erhöht sich die Aussicht, sichere Flankenanlehnung zu gewinnen, sei es das Meer, sei es ein neutrales Land. Die moderne Technik dient sowohl dem Angriff wie der Verteidigung solcher Stellungen. Wenn die Wirksamkeit der Artillerie und der übrigen Zerstörungsmittel ungeheuer gesteigert ist, so auch die Kunst des Schanzens, und vor allem ermöglicht die vergrößerte Beweglichkeit der Truppen infolge der Verbesserung der Verkehrsmittel, schwachen Punkten schleunigst Reserven zuzuführen. Man kann daher weder von einer Überlegenheit des Angriffs noch der Verteidigung sprechen; wie die Durchbrüche im Osten und am Isonzo, das Standhalten der Deutschen im Westen und der Österreicher am Isonzo zeigen, spielen Führung und Qualität der Truppen wie stets die Hauptrolle.

Aber die entscheidende Frage ist: Wie soll man die Schlacht im Gesamtrahmen der Strategie bewerten? Ist sie wie unter Napoleon und Moltke das weitaus wichtigste, fast einzige Kriegsmittel oder sind ihr die oben erwähnten ebenbürtig wie vor 200 Jahren? Kann die Schlacht oder besser eine Kette von Schlachten den feindlichen

Digitized by Google

Willen brechen oder wird es auf eine langsame Erschöpfung wie im Siebenjährigen Kriege hinauskommen? Hierauf hat kein Geringerer als Ludendorff die Antwort gegeben: ein entscheidender Schlag entscheidet heute kaum mehr den Krieg. „Die Zeiten der Schlacht von Sedan sind vorüber. Im modernen Volkskrieg werden die Völker besiegt, nicht die Armeen. Volkskraft ringt gegen Volkskraft." Es ist in der Tat mit Händen zu greifen, daß heute ein Sieg nicht in demselben Maße wie im 19. Jahrhundert unter den Streitkräften des Geschlagenen aufräumen kann, und daß die Einzelentscheidung also von geringerer Bedeutung für den Endzweck ist. Aber auch an diesem Punkte wiederholt sich die Weltgeschichte nicht ohne Einschränkung oder Änderung, denn die Verringerung der Schlachtentscheidung liegt nicht wie unter Friedrich dem Großen an der inneren Unvollkommenheit des Heeres, die eine Ausnutzung des Sieges nicht gestattet, sondern an der größeren Menge der Kriegsmittel, die viel stärkere Verluste ertragen kann. Ein Sieg mit 100000 Gefangenen in den ersten Wochen des Krieges hätte vor 100 Jahren den Krieg entschieden und vor 50 wenigstens der einen Partei einen nicht wieder einzuholenden Vorsprung verschafft: heute können solche Einbußen verschmerzt werden. Die Steigerung der Schlagkraft ist also durch Vermehrung der Kampfmittel wettgemacht worden, wodurch eine Verlängerung des Krieges erzwungen wird.

Wenn also die Volkskraft überwältigt werden muß, so kann das nur durch die Verbindung von Schlachten und Mitteln allmählicher Erschöpfung geschehen. Dementsprechend ist auch heute wie zur Zeit Friedrichs der Krieg gegen die Ernährungs- und Versorgungsmittel von ganz anderer Bedeutung als im Jahre 1813 oder 1870. U-Boote und Flugzeuge haben ja diesen Zweig der Kriegstechnik zu besonderer Höhe entwickelt. Wie der Feldherr des 18. Jahrhunderts durch einen glücklichen Überfall feindlicher Magazine den Feind unblutig zum Abzug aus streitigen Landschaften zwingen und sich dadurch große, den Ausgang des Krieges wesentlich beeinflussende Vorteile verschaffen konnte, so kann heute, wie ja oft erörtert worden ist, die Zerstörung von Granatenmagazinen, Munitionsfabriken, Lebensmitteldepots und von Verkehrsmitteln zu Wasser und zu Lande die Kriegführung in ernstester Weise lähmen. Gelingen viele solcher Anschläge, so kann der Schaden unersetzlich werden und die Fortsetzung des Krieges sich von selbst verbieten.

Also wiederum regieren Schlacht und Manöver nebeneinander. Mögen dabei die Beziehungen zwischen den beiden Mitteln im einzelnen tausendfach verschieden von denen im 18. Jahrhundert sein, mögen insbesondere Größe und Qualität der Heere dem Feldherren gestatten, der Schlacht mit größerer Energie zuzustreben als damals: es bleibt doch bestehen, daß das Manöver einen selbständigen Wert neben der Schlacht wiedererlangt hat und daß die Entschlüsse der modernen Feldherren sich auf grundsätzlich anderen Erwägungen aufbauen müssen als im 19. Jahrhundert.

Digitized by Google

Randglossen zur elsaß-lothringischen und polnischen Frage

Von Geh. Reg.-Rat. Prof. Dr. Martin Faßbender, M. d. R. u. d. Pr. A.

In einer gewissen Presse ist häufig die Behauptung ausgesprochen worden, daß die elsaß-lothringische Frage nur eine Kulisse sei, hinter der man die belgische Frage verschwinden zu lassen versuche. Auch der Aufruf der Deutschen Vaterlandspartei macht bekanntlich sich diese Behauptung zu eigen. Aber jene Ansicht dürfte doch irrig sein. Dazu einige Bemerkungen.

Allgemein besteht bei uns die feste Überzeugung, daß England zum Kriege gehetzt und in denselben eingetreten ist, um seinen Rivalen auf dem Weltmarkte endgültig zu beseitigen[1]. In der Tat besteht kein Zweifel, daß von seiten Englands der Krieg lediglich zu wirtschaftlichen Zwecken geführt wird. Das ist aber auch bei Frankreich bis zu einem gewissen Grade der Fall. Es ist unrichtig, ausschließlich die Revanche ins Feld zu führen. Als zuerst im Anfang der 80er Jahre der etwas beschränkte Paul Deroulède, Paris, in Aufregung versetzteund die bekannte Patriotenliga gründete, da spielten wirtschaftliche Interessen schon eine große Rolle. Das Organ der Patriotenliga, der „Antiprussien", wurde von der französischen Industrie, und zwar vor allem von den Bierbrauern und Seidenwebern, finanziert und enthielt im wesentlichen Artikel gegen das deutsche Bier und gegen die Krefelder Seidengewebe. Dabei liefen Verdächtigungen aller möglichen deutschen Persönlichkeiten nebenher. Mit der Entwicklung der deutschen Industrie brach sich in Frankreich immer mehr die Überzeugung Bahn, daß wir die Franzosen wirtschaftlich erdrosseln wollten. Schon im Jahre 1902 schrieb der französische Nationalökonom Maurice Lair in seinem Buche „L'imperialisme Allemand": Le „danger allemand" pour avoir changé de face n'en deviendra que plus perfide. L'invasion des produits étrangers se poursuivra avec la même méthode et sous un état-major aussi distingué que celui de M. de Moltke."[2] In der Folge suchte uns Frankreich auf jede mögliche Weise zu schädigen. Frankreichs Vorgehen in der Marokkofrage wurde nur durch wirtschaftliche Interessen bestimmt. Die Unternehmungen deutscher Industrieller in Frankreich, vor allem die Unternehmungen Thyssens in der Normandie, wurden mit stetig zunehmendem Mißtrauen betrachtet und waren in steigendem Maße Anfeindungen und Schwierigkeiten aller Art ausgesetzt. Den gewaltigsten Eindruck machte es aber in Frankreich, als im Winter 1912/13 bei der Erschütterung des Geldmarktes aller Länder Deutschlands Kreditsystem und Wirtschaftsleben sich dank unserer

[1] Zu diesem Zwecke trieb ja auch England alle großen und kleinen Staaten der Erde zur Kriegserklärung gegen uns und zu Maßnahmen mit dem Ziele wirtschaftlicher Vernichtung für die Zeit nach dem Kriege.

[2] „Die deutsche Gefahr hat zwar ein anderes Gesicht bekommen, ist aber dafür nur hinterlistiger geworden. Das Eindringen fremder Erzeugnisse wird seinen Gang weiter nehmen nach derselben Methode und unter einem ebenso ausgezeichneten Generalstab, wie dem des Herrn Moltke."

Digitized by Google

vorzüglichen Reichsbankpolitik ſo feſtgefügt und widerſtandsfähig erwies, daß es allein von der allgemeinen Kataſtrophe faſt gar nicht berührt wurde. Seit dieſer Zeit waren die Franzoſen geradezu von der Wahnidee befallen, daß wir es auf ihre wirtſchaftliche Erdroſſelung und Vernichtung abgeſehen hätten.

Nun ſoll keineswegs behauptet werden, daß hierin die weſentlichſte Triebfeder zum Kriege für die Franzoſen gelegen habe. Sie ſind durch eine geringe Anzahl gewiſſenloſer Spekulanten und die mit ruſſiſchem Gelde beſtochene Informationspreſſe in den Krieg gehetzt worden, ohne daß ihnen das „Wie" recht zum Bewußtſein gekommen iſt. Nachdem aber einmal der Krieg ausgebrochen iſt, nachdem immer mehr die Einſicht Platz greift, daß wir militäriſch nicht niedergerungen werden können, arbeiten die Franzoſen mit demſelben Eifer, wie die Engländer an der wirtſchaftlichen Vernichtung Deutſchlands. Und da die Franzoſen den wirtſchaftlichen Wert Elſaß-Lothrin, ens hoch anſchlagen, indem die franzöſiſche Preſſe uns ſo häufig vorrechnet, welch ungeheueren Prozentſatz der von uns verarbeiteten Eiſenerze die lothringiſchen Erze bilden, indem ſie nachzuweiſen ſucht, daß der Aufſchwung unſerer Schwerinduſtrie nur auf den lothringiſchen Erzen beruht und daß wir ohne dieſelben auch niemals den Krieg hätten führen können, ſo iſt es doch einleuchtend, daß man alle Hebel in Bewegung ſetzen und die äußerſte Kraftanſtrengung machen wird, um uns Elſaß-Lothringen zu entreißen. Ich glaube alſo, daß die elſaß-lothringiſche Frage durchaus keine Kuliſſe iſt, um hinter ihr die belgiſche Frage verſchwinden zu laſſen. Ich glaube ferner, daß auch England und Amerika geneigt ſind, mit der Parole „Elſaß-Lothringen" die größten Kriegsopfer zu bringen. Und ich glaube endlich, daß, wenn unſerem Volke recht klar gemacht wird, daß es ſich bei der elſaß-lothringiſchen Frage nicht nur um Deutſchlands Grenzen, ſondern auch um Deutſchlands wirtſchaftliche Exiſtenz handelt, der Wille zum Siege weit mehr bei ihm geſtärkt wird, als wenn man ihm dasſelbe nur als Kuliſſe hinſtellt. Sagte doch auch Staatsſekräter Schwander ſ. Z., daß ſelbſt, wenn wir mit der Herausgabe Elſaß-Lothringens ſofort den Krieg beenden könnten, wir niemals dazu bereit ſein würden, denn einmal werde Elſaß-Lothringen zum weitaus größten Teile von deutſchen Stammesangehörigen bewohnt und andererſeits ſeien uns die Eiſenbergwerke Lothringens und die Kalilager im Elſaß wirtſchaftlich unentbehrlich.

Für die Franzoſen trifft letzteres nicht zu. Für ſie iſt der Beſitz Elſaß-Lothringens eine Marotte, höchſtens eine Gefühlsſache. Ihren Anſpruch begründen ſie darauf, daß die Elſaß-Lothringer faſt ausnahmslos mit allen Faſern ihres Herzens an Frankreich hängen. Es trifft dieſes gewiß nicht zu und noch vor nicht langer Zeit hat ſogar der flüchtige Reichstagsabgeordnete Weill große Bedenken ausgeſprochen, ob bei etwaiger Abſtimmung die Mehrzahl der Elſaß-Lothringer für Frankreich optieren würden. Aber als wichtiges Argument können die Franzoſen ins Feld führen, daß mit

Digitized by Google

verschwindenden Ausnahmen kein Elsässer oder Lothringer in den deutschen Staatsdienst trat, während sie in Massen in den französischen Dienst eintraten und es hier vielfach zu Ehre und Ansehen brachten. So schrieb noch der Herausgeber der „L'Europe nouvelle", jenes französischen Blattes, das sich nur mit der elsaß-lothringischen Frage befaßte und 1911 sein Erscheinen einstellte, in seiner letzten Nummer: „Sauf de tres rares exceptions il n'y a pas de jeune Alsacien ou de jeue Lorrain, qui aille se fixer dans la vieille Allemagne pour y faire sa carrière; et l'on constate, que les nouvelles générations ne sont pas plus assimilées, ques celles, qui les précèdent. Pendant ce temps, un grand nombre d'Alsasiens-Lorrains, même parmis la jeune génération vivent en France et y parviennent à de hautes situations[1]."

Man könnte also denken, daß die Franzosen, wenn sie heute die Rückeroberung Elsaß-Lothringens als ihr wesentlichstes Kriegsziel bezeichnen, nur das Selbstbestimmungsrecht der Elsaß-Lothringer durchzusetzeu beabsichtigen. Wenn wir aber in den von der derzeitigen russischen Regierung veröffentlichten Dokumenten lasen, daß die Franzosen auch auf das Saargebiet Anspruch erheben, so müssen wir annehmen, daß sie uns dieses wirtschaftlich so ungeheuer wertvolle Gebiet nur deshalb zu nehmen beabsichtigen, um uns nun ihrerseits wirtschaftlich zu erdrosseln. Diesem Zwecke soll auch offenbar die in den Geheimverträgen weiterhin geforderte Abtrennung des linken Rheinufers von Deutschland dienen. Es ist dieses ja eine alte Forderung der Franzosen, die jedesmal erhoben wurde, wenn der gallische Übermut, wie vor 1870, unter dem Einflusse von Kriegshetzern auf die Spitze getrieben war. Bei diesen Forderungen wird jetzt das wirtschaftliche Moment aber gar nicht erwähnt. Man macht strategische Gründe geltend oder sogar historische, indem man hinweist auf die regrets manifestés en 1814 par les provinces rhenanes lorsqu'ils firent retour à l'Allemagne[2]. Tatsächlich sind dieselben erfolgt. Eine gewisse politische Rückständigkeit auf der einen Seite im Vergleich zu der politischen Freiheit auf der anderen Seite wird man nicht in Abrede stellen können. Dazu kam noch in der Rheinprovinz eine Bedrückung der katholischen Kirche und das schroffe rücksichtslose Auftreten der zumeist aus den altpreußischen Provinzen stammenden Beamten, so daß sich noch viele Dezennien später der Name „Preuß" für dieselben erhalten hat.

Leider ist der von anderen Nationen gegen uns erhobene Vorwurf, daß wir eroberte Gebiete nicht zu assimilieren verstehen, daß dieselben stets ein Fremdkörper im Orga-

[1] Abgesehen von sehr seltenen Ausnahmen gibt es keinen jungen Elsässer oder Lothringer, der sich im alten Deutschland dauernd niederläßt, um dort Karriere zu machen, und man kann feststellen, daß die jüngere Generation sich nicht mehr assimiliert, als die vorhergehende. In unserer Zeit leben eine große Anzahl Elsaß-Lothringer, selbst solche aus der jüngsten Generation, in Frankreich und gelangen dort zu hohen Stellungen.

[2] Auf die Kundgebungen des Bedauerns im Jahre 1814 seitens der Rheinprovinz, als sie wieder an Deutschland fiel.

Digitized by Google

nismus des Deutschen Reiches bleiben, allzu wahr. Über den Grund dieser Erscheinung nachzudenken, dürfte aber lohnend sein. Manche Fehler tragen zu jenem negativen Erfolge bei. Aber eine Wurzel des Übels, aus der viele andere Fehler hervorsprossen, ist die religiöse Unduldsamkeit, welche kein Verständnis für die aus dem persönlichen Recht des Menschen folgenden Ansprüche auf Eigenart in religiöser Beziehung besitzt. Solche Unduldsamkeit ist es, die uns sowohl im Osten wie im Westen des Reiches alle Schwierigkeiten bereitet hat, an denen wir kranken. In bezug auf Polen möchte ich folgendes sagen: Graf Ronikier in Warschau sagte jüngst in einer Arbeit über die sogenannte polnische Russenfreundschaft, daß die hauptsächlichste Ursache dieser Stimmung das Verhältnis Deutschlands zu Polen war, resp. daß hauptsächlich die Zustände in Posen unter den Polen im Königreich die Neigung ausgelöst hätten, eine Verständigungsmöglichkeit mit Rußland zu suchen. „Erst mit dem Tage," sagt Ronikier, „als manche Kreise in Preußen gegenüber den Polen die so unheilvolle Losung ‚ausrotten' ausgegeben hatten, begann der Gedanke einer Anlehnung an Rußland!" Dieses trifft zu, und wenn bei uns heute vielfach von polnischer Undankbarkeit gesprochen wird, so fragt man sich: Ist dies wirklich ernst? Gibt es tatsächlich bei uns Leute, welche annehmen, die Polen seien so hirnverbrannt zu glauben, daß wir, die wir die Enteignungsgesetze machten, jetzt aus purem Wohlwollen ein unabhängiges polnisches Königreich schufen? Nein, das zu glauben, kann man den Polen nicht zumuten, und wenn ein Teil so gutmütig gewesen wäre, es zu glauben, dann hätten die von uns nach Polen geschickten Beamten, die in Abneigung gegen die Polen groß geworden, dazu erzogen oder herangebildet waren, ihnen bald diese günstige Meinung geraubt. Ganz gewiß, die preußische Polenpolitik schuf die heutige Stimmung im Königreich Polen. Die preußische Polenpolitik wurde aber von der Abneigung des protestantischen Volksteiles gegen die katholischen Polen ganz wesentlich beeinflußt. Darüber kann gar kein Zweifel sein. In dieser Auffassung stärkt mich besonders auch die Wahrnehmung, daß von gewissen Seiten in einem ganz anderen Ton geredet wird, wenn es sich um protestantische Volksteile in den Ostseeprovinzen, als wenn es sich um die katholischen Polen und Litauer handelt.

Auch in Elsaß-Lothringen haben gewisse „protestantische Vorurteile" der Assimilierung stark entgegengearbeitet. Oben ist schon darauf hingewiesen worden, daß fast kein Elsaß-Lothringer sich in Deutschland einer zivilen oder militärischen Laufbahn widmet. Mit dieser Tatsache, die sehr bedeutungsvoll ist, hat sich jüngst der Berliner Historiker Dietrich Schäfer befaßt. Er sagt, daß diese Tatsache bei der Behandlung der elsaß-lothringischen Angelegenheiten bisher entfernt nicht diejenige Berücksichtigung gefunden habe, die sie als Kernpunkt der ganzen Frage verdiene. Schäfer behauptet, diese Tatsache ergebe sich daraus, daß bei uns dem Landeskind, nicht dem Reichsangehörigen die Möglichkeit des Fortkommens offen stehe. Es mag dieses wohl als wesentliches Moment anerkannt werden. Aber es ist bezeichnend, daß

Digitized by Google

dasselbe so wenig Berücksichtigung bis jetzt gefunden hat, obgleich in demselben doch ein außerordentlich wirksames Mittel zur Assimilierung gelegen ist. Auch hier wäre die Sache bald in ein anderes Fahrwasser gekommen, wenn es sich nicht um ein vorwiegend katholisches Reichsland gehandelt hätte. Es wäre nun schön, wenn man sich der Hoffnung hingeben könnte, daß ein anderer Geist nach dem Kriege bei uns einziehen würde. Leider lassen manche Erscheinungen der jüngsten Zeit berechtigte Zweifel daran aufkommen, daß das der Fall sein wird. Ich kann mir nicht helfen, ich muß immer wieder denken an die trefflichen Ausführungen Thimmes in den „Grenzboten", als er bei der Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler vor kulturkämpferischen Stimmungen warnte, wenn ich lese, wie Alldeutsche und Hakatisten schon wieder nach dem „Starken Mann" und dem „Strammen Regiment" verlangen. Es scheint, daß diesen Leuten vollständig die Gabe versagt ist, aus der Vergangenheit zu lernen.

Wie ganz anders haben die Franzosen seinerzeit gehandelt. Mögen dieselben auch ein frivoles und gemütrohes Volk sein (Voltaire, der sicher seine Landsleute kennt, nennt sie eine „nation aussi frivole que barbare" und als solche haben wir sie auch während des Krieges kennen gelernt), aber annektierte Völker zu assimilieren verstehen sie. Als ein wertvolles Beispiel für die bezüglichen Dispositionen Frankreichs kann ein Briefwechsel des Ministers Colbert mit seinem Bruder Colbert de Croissy, dem ersten Intendanten des Elsaß von dem Jahre 1659 dienen. Colbert beschränkt sich darauf, seinem Bruder zu empfehlen dafür zu sorgen, daß die Bewohner des Elsaß besser behandelt werden, als die Bewohner in allen Provinzen Deutschlands (soient mieux traités en Alsace que dans les autres provinces de l'Allemagne). Gleichzeitig empfiehlt er seinem Bruder, darüber zu wachen, daß der Klerus so behandelt werde, daß er geneigt sei, seinen Einfluß zu benutzen, daß die Bewohner des Elsaß gute Franzosen würden (que le clergé use de son influence, pour que ces peuples deviennent bons Francais). Der Erfolg war der, daß bereits bei dem Eindringen deutscher Truppen in diese Landesteile im Jahre 1675 dieselben nicht nur auf völlige Gleichgültigkeit, sondern auf Feindseligkeit bei den Bewohnern dieser Provinz stießen.

So etwas ist bei uns vollständig unmöglich. Bei uns spricht man stets von „Regime", dasselbe kann sein wie es will; wenn die untergeordneten Organe die Bewohner aber schlecht behandeln, so kann von einer Versöhnung und erst recht nicht von der Möglichkeit einer Assimilierung fremdstämmischer Elemente die Rede sein. Wie es bei uns damit steht, ist bereits oben erörtert worden. Den Einfluß des Klerus in einem für uns günstigen Sinne zu verwenden, scheitert stets an gewissen Vorurteilen und jener Unduldsamkeit bestimmter protestantischen Kreise, die den katholischen Geistlichen als solchen durchweg mit Mißtrauen entgegentreten. Dieses muß im gegenwärtigen Augenblick mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Denn das ist meine Überzeugung: nur wenn der prote-

Digitized by Google

stantische Volksteil dem katholischen Volksteile mehr gerecht zu werden sich bemüht, werden manche traurige Vorkommnisse vermieden werden, die sonst bestimmt eintreten müssen, wenn nach dem Kriege, wo es einer aus gegenseitigem Verstehen und Vertrauen geborenen einheitlichen Anspannung aller Kräfte bedarf, Stimmungen im protestantischen Volksteil sich geltend machen werden, die der Tod des so notwendigen innern Friedens sind und nur im „Mißtrauen gegen alles Katholische" ihre Quelle haben.

Wohnungsnot und Finanznot[1]

Von Dr. R. Kuczynski

Nach dem Kriege werden wir eine Wohnungsnot haben, und wir werden eine Finanznot haben. Und die Wohnungsnot wird um so schwerer zu beheben sein, als die Finanznot der Bereitstellung der erforderlichen öffentlichen Mittel im Wege sein wird. Denn selbst wenn der Krieg in einigen Monaten beendet werden sollte, wird unsere Steuerlast, statt 5 Milliarden im Jahre 1913, 12 bis 15 Milliarden betragen, nämlich 12 Milliarden, wenn wir eine Kriegsentschädigung von 50 Milliarden bekommen, und 15 Miliarden, wenn wir die Schuldzinsen und Renten ohne fremde Hilfe aufbringen müssen. Die Finanznot werden wir haben, auch wenn die Friedensbedingungen noch so günstig sein sollten, und die Wohnungsnot bedroht uns, weil wir schon jetzt in vielen Gemeinden ein knappes Angebot haben. Die Zahl der Leerwohnungen war im Winter 1916/17 in den meisten Städten kleiner als im Winter 1915/16. In den 40 Gemeinden über 50000 Einwohner, für die Angaben vorliegen, fiel sie von 96828 auf 85708[2]. Inzwischen hat sich die Lage noch verschärft, namentlich für die Kleinwohnungen. Für 37 Städte über 50000 Einwohner läßt sich der Kleinwohnungsmarkt fortlaufend seit sieben Jahren verfolgen. Die Zahl der leerstehenden Kleinwohnungen betrug hier im Jahre 1910/11: 54041, bei der letzten Aufnahme vor dem Kriege: 42401, bei der letzten Kriegsaufnahme vor dem 1. April 1916: 62774 und bei der jüngsten Aufnahme nach dem 1. April 1916: 51698[3]. Aus den letzten anderthalb Jahren liegen mir Angaben für 63 Gemeinden über 50000 Einwohner vor. Der Anteil der leerstehenden Kleinwohnungen war niedriger als 3 Proz. in 39; darunter waren 22, in denen er weniger als 1,5 Proz. betrug. In diesen 22 Gemeinden herrscht schon jetzt Wohnungsknappheit, wenn nicht Wohnungsnot. Die Bautätigkeit aber ruht, und man muß damit rechnen, daß noch

[1] Aus einer demnächst erscheinenden Schrift „Der Tag der Heimkehr". Jena, Verlag Gustav Fischer.

[2] Vgl. „Wohnungsnot bei Friedensschluß?" (Schriften des Deutschen Wohnungsausschusses, Heft 2. Berlin 1917, Carl Heymanns Verlag).

[3] Bei einem Vergleich dieser Ergebnisse ist noch zu beachten, daß die Zahl der vorhandenen Wohnungen in den sieben Jahren durch Eingemeindungen und Neubauten gestiegen ist.

Digitized by Google

ein Jahr nach Friedensschluß vergehen wird, bevor eine nennenswerte Zunahme der vorhandenen Wohnungen eintritt.

Inzwischen wird die Nachfrage nach Wohnungen außerordentlich groß sein. Von den Junggesellen und Witwern, die bei ihrer Einberufung eine eigene Wohnung hatten und diese aufgaben, ist ein Teil gefallen; ein Teil wurde im Laufe des Krieges aus dem Heeresdienst entlassen und hat schon wieder eine dauernde Wohnung gefunden. Die Mehrzahl aber steht noch unter den Waffen und wird, soweit nicht wirtschaftliche Not sie in möblierte Zimmer oder Schlafstellen treibt, nach Friedensschluß wieder eine eigene Wohnung haben wollen. Von den Kriegerfrauen, die bei Einberufung ihres Mannes ihre Wohnung aufgaben und zu Angehörigen oder in eine fremde Haushaltung zogen, hat ein Teil inzwischen wieder eine eigene Wohnung genommen; der Rest wird bei Rückkehr ihres Mannes mit diesem eine neue eigene Wohnung beziehen. Das gleiche gilt für die vielen kriegsgetrauten Mädchen, die zunächst bei ihren Eltern oder in der fremden Haushaltung, in der sie lebten, verblieben und auch inzwischen noch keinen eigenen Hausstand begründet haben[1]. Weit zahlreicher als in gewöhnlichen Zeiten werden im ersten Friedensjahre aber auch die sonstigen Neubegründungen von Haushaltungen sein. Denn viele Männer, im Felde und in der Heimat, haben ihre Eheschließung nur einstweilen aufgeschoben und werden unmittelbar nach dem Kriege heiraten[2]. Auf dem städtischen Wohnungsmarkte werden endlich auch nicht wenige Auslandsdeutsche erscheinen, die in den uns feindlichen Staaten zurückgehalten worden sind, nach dem Kriege aber in ihrer Heimat werden leben wollen.

In diesen ungeheuren Scharen von Wohnungsuchenden werden nur wenige sein, die einen hohen Mietpreis zahlen können, weit weniger noch als in der Gesamtheit der Bevölkerung. Denn die Kriegerfrauen, die heute keine eigene Wohnung haben sind fast durchweg arm. Die erst bei Friedensschluß heiraten, werden zunächst auch nur über ein kleines Einkommen verfügen, und das gleiche gilt für die heimkehrenden Auslandsdeutschen, die in der Regel wieder von neuem anfangen müssen. Der Wettbewerb um die leerstehenden Kleinwohnungen wird daher besonders scharf sein. Dieser Wettbewerb wird zwei sehr ernste Folgen haben. Er wird die unbeliebten Mieter, vor allem die kinderreichen Familien, noch mehr in unzulängliche, menschenunwürdige Behausungen drängen, und er wird allgemein mietsteigernd wirken. Eine starke Mietsteigerung aber muß schon mit Rücksicht auf die

[1] Von den Kriegerfrauen, die in Berlin-Schöneberg Kriegsunterstützung erhalten, hatten am 15. Mai d. J. 647 keine eigene Wohnung. Wollen sie bei der Rückkehr ihres Mannes eine Kleinwohnung beziehen, so würden sie allein 2,5 Proz. der vorhandenen Kleinwohnungen beanspruchen.

[2] In Berlin sind seit Kriegsbeginn etwa 20000 Ehen weniger geschlossen worden als unter Zugrundelegung der Zahlen von 1912/13 zu erwarten waren. Nimmt man an, daß bei Friedensschluß nur 5000 dieser Eheschließungen nachgeholt werden, und 4000 der jungen Paare eine Kleinwohnung in Berlin brauchen, so würde dadurch etwa 1 Proz. der vorhandenen Kleinwohnungen beansprucht werden.

Digitized by Google

Finanznot des Reiches vermieden werden. Wir hatten in Groß-Berlin vor dem Kriege etwa 700 000 Mieter von Kleinwohnungen, die bei einem Gesamteinkommen von rund 1 Milliarde etwa 225 Millionen Mark Wohnungsmiete zahlten, so daß ihnen 775 Millionen Mark verblieben, von denen sie vielleicht 100 Millionen an direkten und indirekten Steuern aufzubringen hatten und 675 Millionen für andere Zwecke behielten. Wenn diese Haushaltungen nach dem Kriege bei gleichem Einkommen 300 Millionen Mark Wohnungsmiete zahlen und von den ihnen verbleibenden 700 Millionen 200 Millionen an Steuern aufbringen sollen, würden sie statt 675 Millionen nur mehr 500 Millionen übrig behalten. Was wäre die Folge? Unterernährung mit geringer Arbeitsleistung und häufiger Krankheit oder Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln in Höhe der Mietsteigerung. Dauernde Zuschüsse allgemein zu gewähren — sei es unmittelbar oder mittelbar durch Steuerermäßigungen in Höhe der Mietsteigerung — wäre angesichts der Finanznot völlig ausgeschlossen. Anderseits erscheint die Lösung der Wohnungsfrage für die Kinderreichen ohne starke Heranziehung von Reichsmitteln unmöglich. Es ist daher erforderlich, dem Reiche neue Einnahmequellen zu eröffnen, und zwar in der Weise, daß ihm die Kinderlosen und Kinderarmen die Mittel zuführen, die es zur Unterstützung der Kinderreichen braucht. Aus diesem Gedankengang heraus habe ich in einer vor kurzem veröffentlichten Schrift[1] empfohlen, dem Reich den Pflichtteil eines Kindes einzuräumen, wenn ein vermögender Erblasser nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterläßt.

Nach unserem Vorschlag würde das Reich erhalten: die Hälfte des Nachlasses der ohne Hinterlassung von Eltern, Ehegatten oder Kindern Verstorbenen; ein Viertel des Nachlasses der unter Hinterlassung von Eltern oder Ehegatten oder einem Kind Verstorbenen; ein Sechstel des Nachlasses der verheirateten unter Hinterlassung von Eltern oder einem Kind und der verwitweten unter Hinterlassung von zwei Kindern Verstorbenen; ein Achtel des Nachlasses der verheiratet Verstorbenen mit zwei Kindern. Söhne, die im Kriege gefallen sind, wären als nicht vor dem Erblasser gestorben zu rechnen. Kleine Vermögen — Nachlässe bis zu 20 000 Mark, beim Vorhandensein von zwei Kindern Nachlässe bis zu 30 000 Mark — wären vom Zugriff des Reichs auszuschließen. Der Pflichteil soll allgemein erst ein Jahr nach dem Tode des Erblassers fällig werden. Auch sonst haben wir mannigfache Zahlungserleichterungen vorgesehen. Besteht zum Beispiel das Vermögen ganz oder zum Teil aus Grundbesitz, so soll der Pflichtteil, soweit er auf den Grundbesitz entfällt, auf Verlangen der Erben als eine — neben der Verzinsung — mit mindestes 2,5 Proz. zu tilgende mündelsichere Grundschuld eingetragen werden können; auf diese Weise würde eine Tilgung im fünfundzwanzigsten Jahre erreicht. Ist eine mündelsichere Eintragung

[1] Dr. Kuczynski und Dr. Mansfeld, „Der Pflichtteil des Reiches". Berlin, Verlag Julius Springer, 1917.

Digitized by Google

nicht möglich, so soll eine Abzahlung des Pflichtteils innerhalb zehn Jahren zugelassen werden.

Der gesamte Reinertrag aus den Pflichtteilen würde bei vorsichtigster Schätzung jährlich etwa 660 Millionen Mark betragen. Es ist uns nicht leicht geworden, von dem Vorschlag abzusehen, diese Einnahme restlos bevölkerungspolitischen Zwecken zuzuführen. Wir glaubten aber der allgemeinen Finanznot Rechnung tragen zu müssen, indem wir auf so weit ausgreifende Pläne verzichten und die bevölkerungspolitische Verwendung nur für einen Teil der Reichspflichtteilsmasse vorschlagen. Mit Rücksicht auf die absolute Höhe des Ertrags würde die Bereitstellung von einem Viertel, d. h. jährlich etwa 165 Millionen Mark, schon ungeheuren Segen stiften können. Diese 165 Millionen Mark wären den Gemeinden für bevölkerungspolitische Zwecke, insbesondere zur Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien, zu überweisen. Der Rest von rund 500 Millionen Mark könnte für allgemeine Reichszwecke verwendet werden.

Not macht erfinderisch. Aber wir haben bis jetzt immer die Erfahrung gemacht: Finanznot macht erfinderischer als Wohnungsnot. Möge es diesmal, wo beide Nöte in nie gekanntem Umfang drohen, gelingen, beide Nöte durch gemeinsame Mittel zu heilen!

Notizen

Wie Hertling Kanzler wurde. Conrad Haußmann hat auf der Landesversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei Württembergs den Wortlaut des Schreibens mitgeteilt, das der Interfraktionelle Ausschuß des Reichstags vor der Berufung des Grafen Hertling durch Herrn v. Valentini dem Kaiser übergeben ließ:

„Nach Rücksprache von Vertretern verschiedener Parteien des Reichstags mit dem Herrn Reichskanzler über die gesamte äußere und innere Lage sind wir gemeinschaftlich zu folgender Auffassung gelangt: Sollte Seine Majestät der Kaiser zu dem Entschlusse kommen, einen Kanzlerwechsel eintreten zu lassen, so dient es dem höchsten Staatsinteresse, für ruhige innerpolitische Entwicklung bis Kriegsende volle Gewähr zu schaffen. Nur hierdurch kann diejenige Geschlossenheit hergestellt werden, deren das Volk in Waffen und in der Heimat dringend bedarf. Der Weg zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Verständigung über die äußere und innere Politik des Reiches bis zum Kriegsende. Die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Monate sind auf den Mangel einer solchen Verständigung zurückzuführen. Seine Majestät den Kaiser bitten wir daher, vor der von ihm zu treffenden Entschließung die zur Leitung der Reichsgeschäfte in Aussicht genommene Persönlichkeit zu beauftragen, sich mit dem Reichstag zu besprechen."

Es wird hier deutlich, daß die Parteien eine Lösung gesucht haben aus dem Vertrauensverhältnis aller politischen Machtfaktoren heraus. Wer das Dokument liest, gewinnt die Überzeugung: Die Formen, in denen sich die Lösung vollzog, haben einen Präzedenzfall geschaffen, der die Kraft eines ungeschriebenen Gesetzes haben wird. Solche „ungeschriebene Gesetze" sind die starken Pfeiler des englischen Verfassungslebens.

Volksbund für Freiheit und Vaterland. Mitte Dezember v. J. sind eine Anzahl großer Organisationen: der Ausschuß des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, die Gene-

Digitized by Google

rallkommission der (freien) Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, der Verband der deutschen Gewerkvereine (H.-D.), der Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, der Verband deutscher Handlungsgehilfen und der Verein der deutschen Kaufleute, im ganzen etwa 4 Millionen Mitglieder nebst zahlreichen Einzelpersönlichkeiten zu einem Volksbund für Freiheit und Vaterland zusammengetreten. Der Aufruf, mit dem der Volksbund sich an die Öffentlichkeit gewandt hat, geht von der Voraussetzung aus, daß äußere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft aufs engste zusammenhängen, und daß nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände am Staatswesen Raum geschaffen wird, machtvoll nach außen dastehen könne. Aus diesen Voraussetzungen, die genau den in der „Deutschen Politik" von Anfang an vertretenen Grundanschauungen entsprechen, entwickelt der Aufruf die großen Richtlinien seiner Ziele: 1. äußerste Zusammenfassung aller unserer Volkskräfte, bis der Vernichtungswille unserer Feinde gebrochen ist; 2. sofortige innerpolitische Neuordnung im Sinne eines freiheitlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volkskreise; 3. eine klare, von Volk und Regierung getragene Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabsatz sichert und Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Sittlichkeit und des Rechtes stellt. Unterschrieben ist der Aufruf von dem Vorstand, dem u. a. der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform Professor Dr. E. Francke, ein Vertrauensmann aller sozial gesinnten Kreise, vor allem sämtlicher Arbeiter als Vorsitzender, der stellvertretende Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Reichstagsabgeordneter G. Bauer als erster, der Führer der christlichen Gewerkschaften, Herrenhausmitglied A. Stegerwald, als zweiter stellvertretender Vorsitzender angehören, ferner von einem Arbeitsbeirat und einem weiteren Ausschuß, aus deren Mitgliedern hier die Professoren Friedrich Meinecke, Hermann Oncken, Hans Delbrück und Walter Goetz, die Reichstagsabgeordneten Giesberts, Fr. Naumann und v. Liszt, das Herrenhausmitglied B. Dernburg und der Schreiber dieser Zeilen als den Lesern der „Deutschen Politik" wohlbekannte und vertraute Persönlichkeiten genannt sein mögen. Es ist von großer und symptomatischer Bedeutung, daß sich in dem Volksbund zahlreiche Vertreter der geistigen Arbeit, erste Gelehrte von Weltruf darunter, mit den Führern unserer Arbeiterschaft und des werktätigen Volkes überhaupt zur Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden haben, von größerer Bedeutung noch, daß sich nun ein festes Band zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterschaft, zwischen freien und christlichen Gewerkschaften, Gewerkvereinen usw., Beamten- und Angestelltenverbänden geknüpft hat. Angesichts der mannigfachen Bestrebungen, die Politik des 4. August, die auf der nationalen Gemeinschaftsarbeit des ganzen Volkes beruht, rückwärts zu revidieren und die unselige Scheidung in nationale und antinationale Parteien wieder aufleben zu lassen, war ein solcher Volksbund, der mit aller Kraft für die wahrhafte, bleibende Einigung des Volkes, einschließlich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, eintritt, ein Gebot höchster staatlicher und sittlicher Notwendigkeit. Selbstverständlich wird der Volksbund von denjenigen Kreisen, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft wieder aus der nationalen Gemeinschaft ausstoßen möchten, bereits bitter befehdet. Mit Vorliebe sucht man ihn als eine offiziöse Gründung (die „Deutsche Zeitung" vom 2. Januar spricht sogar von einer „offiziösesten Herkunft, soweit die Regierung des Herrn Michaelis in Betracht kommt") und als eine Gegengründung gegen die „Deutsche Vaterlandspartei" zu diskretitieren. Das trifft nicht zu. Die Anfänge des Volksbundes datieren bis in den August v. J., also in eine Zeit zurück, wo die Vaterlandspartei noch gar nicht in ihren Königsberger Windeln lag.

Er ist auch nicht als eine Gegenorganisation gegen die Vaterlandspartei, die er in seinem Aufruf

Digitized by Google

gar nicht erwähnt, aufzufassen; nicht die negative Auseinandersetzung, sondern positives Schaffen, fruchtbare Arbeitsgemeinschaft zu bestimmten Zwecken ist sein Augenmerk. Sachlich befindet er sich allerdings in vieler Beziehung im Gegensatz zur Vaterlandspartei. Scharf und klar werden seine Ziele in der glänzenden, in diesem Hefte abgedruckten Rede des auch dem Vorstande des Volksbundes angehörenden Professors E. Troeltsch umrissen, die den Reigen der Reden in der ersten Mitgliederversammlung des Bundes am 7. Januar eröffnete. Zur Kennzeichnung des Geistes, der in dem Volksbunde lebt, mag hier noch die Resolution abgedruckt werden, die am Schlusse der Mitgliederversammlung einstimmig angenommen wurde:

1. „So lange der Vernichtungswille der Feinde nicht gebrochen ist, muß unser Volk an der Front wie auch in der Heimat in treuer Einigkeit und in Dankbarkeit gegen unsere Brüder im Waffenrock zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenstehen, um in äußerster Anspannung aller Kräfte die feindlichen Anschläge zu vereiteln.

2. Um diese Einigkeit unseres Volkes und die Anspannung seiner Kräfte zu stärken, ist es ein in der Gerechtigkeit wurzelndes Gebot höchster Staatsnotwendigkeit, sofort den einleitenden freiheitlichen Ausbau im Reich und Staat fortzuführen, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger und ihre Mitarbeit an den öffentlichen Aufgaben zu sichern. Insbesondere fordert der Volksbund die schleunige Durchführung des gleichen, direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechtes für das Abgeordnetenhaus und eine volkstümliche Reform des Herrenhauses. Jede Verschleppung würde schwere Gefahren für die innere Einheit heraufbeschwören. Nicht minder muß noch während des Krieges im Reiche Koalitionsfreiheit gewährt, das Vereinsrecht gesichert, die Vertretung von Arbeitern und Angestellten in Arbeitskammern gesetzlich angeordnet und dementsprechend eine Vertretung der Beamten in geeigneten, gemeinschaftlichen Körperschaften herbeigeführt werden.

3. Die freiheitliche Entwicklung im Innern bietet zugleich eine feste Grundlage für eine klare und offene Politik nach außen. Wir lehnen einen Verzichtfrieden ebenso entschieden ab wie einen Gewaltfrieden, der den Keim künftiger Kriege in sich birgt. Wir wollen einen Frieden der Verständigung, der Ehre, Leben und Entwicklung unseres Volkes sichert, der unbeschadet etwa zu vereinbarender Grenzverschiebungen, von gewaltsamen Gebietserweiterungen und Kriegsentschädigungen absieht und das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufrichtig wahrt. Jeder Friede, der Dauer haben soll, muß den freien Verkehr und Handel der Völker und die Gemeinschaft des Rechtes und der Sittlichkeit gewährleisten.

In diesen Forderungen weiß sich der Volksbund für Freiheit und Vaterland einig mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes." Friedrich Thimme

Die Technik der Volksbewegung hat eine fast lustige Kundgebung geboren, ein vertrauliches Vademecum der „Deutschen Vaterlandspartei", wie man vaterländische Entrüstung geschäftstüchtig einrichtet. Ein Rundschreiben fordert auf, unverzüglich an Kaiser, Kronprinz, Hindenburg, den sächsischen König Eingaben loszulassen gegen die Schmach des Verzichtfriedens:

„Dabei wird es zweckmäßig sein, daß dieser ungefähre Inhalt nicht wörtlich so ausgedrückt wird, damit nicht der Eindruck einheitlicher Lenkung entsteht und ferner, daß die Unterzeichner sich nicht ausdrücklich als Angehörige der Deutschen Vaterlandspartei bekennen, sondern sagen, daß sie im Namen ungezählter Mitbürger handeln, deren Sorgen und Verzweiflung sie Ausdruck verleihen, daß Ludendorff bleiben und Kühlmann gehen muß. Hier kann und soll jeder einzelne vorgehen, indem er für sich allein oder wenn möglich gemeinsam mit zwei oder drei anderen Personen an die drei bezeichneten Stellen richtet. Jeder muß sich vor Augen halten: was auch geschieht, muß schnellstens geschehen, von diesem Gesichtspunkt aus verdienen drahtliche Eingaben den Vorzug. Ein Trommelfeuer von Eingaben muß entbrennen. Mit deutschem Gruß! . . ."

Digitized by Google

Offenherziger konnten die Einpeitscher der „Deutschen Vaterlandspartei" kaum darlegen, wie es mit den spontanen Kundgebungen der Volksseele bestellt ist — Eindruck hoffen sie damit auf eine erschreckte Öffentlichkeit zu machen. Die geplagten Adressaten von solcherlei Depeschen werden wissen, wo sie dran sind.

Gleichzeitig mit dieser Geschichte kommt die andere, daß in Berlin in einer Versammlung der „Deutschen Vaterlandspartei" zwischen aufgeregten Leuten und protestierenden Kriegsbeschädigten eine Prügelei entstand. Der Holzkomment kommt zu Ehren, während der Rauferei aber gehen alle Phrasen von unauslöschlichem Dank an die Krieger kaput. Man entzieht denen das Wort. Die Klärung, peinlich zu betrachten, ist vielleicht recht gut.

Neuerscheinungen

Erziehungswesen

Die Arbeit an der Fortentwicklung des Bildungswesens hat während des Krieges nicht geruht. Das beweist die Zahl der Veröffentlichungen und die Fülle der erörterten Erziehungsfragen.

Der „Deutsche Bund für Erziehung und Unterricht" kann in seiner zweiten Flugschrift (B. G. Teubner, Leipzig) von seiner Tätigkeit im Kriege sagen: „Das blühende Leben der Ortsgruppen hat der Krieg wohl hemmen, aber nicht zerstören können. Breslau hat z. B. über „das weibliche Dienstjahr" verhandelt und eine Ausstellung „Jugendliches Seelenleben und Krieg" veranstaltet. Als wichtigste Arbeit ist die Vorberatung des Problems „Erziehung und Beruf" in Angriff genommen. München hat eine Vortragsreihe mit der Erörterung des Themas „Mitwirkung der Erziehung und der Schule beim Berufsersatz" begonnen. In Hamburg haben die Vorträge über „Erziehung und Beruf" zu einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Vertretern der Berufe und Gewerkschaften und denen der Erziehung, der Schule, der psychologischen Forschung und der Berufsberatung geführt." Unter den Erziehungsfragen stehen die nach geistiger Einstellung der Schule und der Erziehung überhaupt, nach der Einheitsschule, dem Aufstieg der Begabten, dem Verhältnis der deutschen Schule und der deutschen Erziehung zum Ausland — Folgerungen aus den inneren und äußeren Verhältnissen des Krieges — noch immer voran.

Artur Buchenau schreibt in Reichls Deutschen Schriften (Otto Reichl, Berlin) über „Die deutsche Schule der Zukunft". Er will die Schule nicht als „Zwangs- und Dressuranstalt" aufgefaßt wissen. Sie muß, „je ‚höher' die Stufe ist, zu einem immer freieren Verein Gleichwollender werden. Dann wird aus der natürlichen Kameradschaft der in gemeinsamer Schulung Heranwachsenden auch der Bürger- und Vaterlandssinn von selbst heranwachsen, den man mit bloßem Lehren, erst recht Predigen nicht wird einzupflanzen vermögen." Daß es auch dem ausbildenden und führenden Truppenoffizier möglich ist, seinen Beruf zu dieser großen Form menschlicher Lebensführung und Bildung zu gestalten, zeigt Hauptmann Sperling „Von Heer und neuer Zeit" (Uhland, Stuttgart). Der Offizier wird als Volkserzieher angesprochen, seine innerste Aufgabe darin angesehen, daß er „durch das Ergreifen des zukunftssicheren neudeutschen Idealismus über seine Vorgänger hinauswächst". Die Ehre ist kein Begriff mehr, sondern „wirkende adlige Kraft". Bei aller Wahrung der Disziplin soll „der Soldat in dem Betrieb der Kompanie ein Stück deutsche Zukunft erleben". Meinecke hat recht, in seiner Einführung zu dem kleinen Heft zu sagen, daß es „das geistige Erbteil der preußischen Reform und Erhebungszeit aus ganz ursprünglicher und selbständiger Lebenserfahrung und Gesinnung heraus lebendig mache". Dr. E. von Sallwürk, der angesehene Karlsruher Schulmann, jetzt sich aus pädagogischen Gründen für den von Rein entworfenen Plan der Einheitsschule (der für das ganze Bildungswesen eine einheitliche Organisation entwarf) ein. („Die deutsche Einheitsschule und ihre pädagogische Bedeutung", Beyer, Langensalza, —.75 M.) „Er wird dem Zwecke dienen, den Aufstieg der Begabten und Tüchtigen von den Hindernissen zu befreien, die ihn jetzt noch den Weg verlegen; es handelt sich jetzt nur noch darum, dem inneren Leben der Einheitsschule die Richtung und die festen Formen zu geben, durch die es der deutschen Jugend möglich werden wird, in ihrer Schule geistig und sittlich zu erstarken und zu den höchsten nationalen und menschlichen Zielen frei und glücklich aufzusteigen."

Ein Zusammengehen der „Arbeiterjugend mit der bürgerlichen Jugendbewegung" hält A. Kranold für möglich und wünschenswert (in der Frage des Vereinsrechts, der Rechtstellung der Jugendlichen in der Familie, der Arbeit in Schule und dem Erwerbsleben). (Chemnitz 1917, Jugendausschuß für die Chemnitzer Arbeiterjugend.) Diese Interessengemeinschaft habe nur einen gemeinsamen Feind: die vom Militarismus und Kirchentum inszenierte und ausgehaltene autoritäre Jugendbewegung.

Digitized by Google

„Den Aufstieg der Begabten und die Einheitsschule" betrachtet als Problem der praktischen Volkswirtschaftslehre der Breslauer Stadtschulrat Dr. Jakob Hacks (Priebat, Breslau). Seine Fragestellung geht dahin: „Kann durch den Aufstieg der Begabten eine Vermehrung der Gebrauchsgüter, insbesondere der Kulturmittel, und eine Förderung der Kultur hervorgehen?" Richard Riemerschmid beschäftigt sich in der ersten Flugschrift des Münchener Bundes (Georg Müller, München, „Künstlerische Erziehungsfragen") mit dem Heranbilden des jungen Nachwuchses an künstlerischen Kräften durch die Akademien. Die Sorge des Verf. gilt dem Teil des Nachwuchses, der „zunächst nur Spuren von Begabung aufweist, aber dennoch einzelne starke Talente enthält". Er will das Vertrauen stärken, daß auch die kleine Begabung Wertvolles leisten kann, wenn die Schule es versteht, das Gefühl für das Ehrliche und Richtige zu wecken. „Nur das Gefühl, frei weiter wachsen zu dürfen, behütet und gekräftigt, aber nicht verboten und falsch ernährt zu werden, läßt volle frische Luft zur Arbeit aufgehen. Die Schulen können also weit mehr bieten, als sie es meistens heute tun. „Verf. fordert weiterhin Aufhebung der Scheidewände, „die heute die Schulen für Malerei und Bildhauerei, für Architektur und Kunstgewerbe von einander trennen".

Dem Rechte „Der Idee der Weltkultur" redet Prof. F. Köhler in einem Vergleich von Weltkultur und Religion das Wort. (Beyer & S., Langensalza.) Er verlangt von der Kirche Weite und Persönlichkeit auch gegenüber denen, die nicht zu den Gleichgesinnten gehören. „Das Problem der Weltkultur bindet sich nicht an eine bestimmte Kirche. Es geht nicht hinaus über die Forderungen des gegenseitigen Verständnisses der Menschen untereinander, einschließlich des religiösen Empfindungslebens und der versöhnlichen Auswirkung jeglicher Religionsübung, welcher Eigenart sie sei. Die einigende Idee ist: Versöhnliches Menschentum, ein Diesseitsgedanke. Das ist es, was aus dem religiösen Chaos sich zum Unwandelbaren herauskristallisieren muß und seinen Einfluß auf die Härten und konfliktreichen politischen Bereiche geltend zu machen berufen ist." Auch sonst spielt die christliche Kirche als Ausdruck der Weltkultur in der neueren Literatur eine Rolle. Einer strengen nationalen Erziehung redet Prof. Dr. Otto Gramzow das Wort in „Praktische Erziehungskunst für das deutsche Volk" (Georg Bürkner, Charlottenburg). Der christlichen Kirche wird von Wilhelm Spiecker eine wesentliche Mitarbeit an den zukünftigen Aufgaben der Politik nach innen zugewiesen. Er entwirft in einer Schrift „Dem sozialen Frieden entgegen" (Runge, Berlin) einen rein ethisch eingestellten Ausblick. „Es ist meine auf vielseitiger Erfahrung innerhalb und außerhalb der Kirche beruhende Überzeugung, daß die christlichen Kirchen, sowohl die evangelische, wie die katholische, sich vergebens bemühen werden, die große Mehrheit der ihr entfremdeten Gebildeten und Arbeiter wieder zugewinnen, wenn nicht Männer auftreten, die, ausgerüstet mit Geist und Kraft, aus der Höhe Gottes taten tun zur Rettung und Befreiung der Menschheit aus den Banden der Ungerechtigkeit, der Unfreiheit und der Vergewaltigung, in die unser Geschlecht durch den Mammonismus und den Mißbrauch der großen Gottesgabe, der Maschine, bisher verknechtet worden ist." Auch Heinrich Schrörs setzt in einem Buch „Deutscher und französischer Katholizismus in den letzten Jahrzehnten" (Herder, Freiburg), worin er die französischen und englischen Anklagen gegen die deutschen Katholiken zurückweist, Zukunftspolitik und Religion in Beziehung. „Immer wieder biegt am Ende alles in die Religion zurück. Sie gehört zum Grundvermögen in der geistigen und sittlichen Wirtschaft eines Volkes. Darum wird jeder Aufschwung die Vermehrung und Flüssigmachung ihrer Mittel zur Voraussetzung haben. Deutschlands Katholiken können es nicht genug bedenken. Es ist das keine Tätigkeit, die der Geistlichkeit allein zufällt, vielmehr muß die Laienwelt positiv mitwirken, nicht bloß in dem Sinne, daß jeder für sich die pflichtgemäße Religiosität pflegt, sondern auch tätig Hand anlegt zu ihrer Hebung in der kleineren oder größeren Gemeinschaft, in der er sich bewegt." „Der kirchliche Geist! Das ist es, was in den Ideenkämpfen, denen wir entgegen gehen, unsere stärkste Kraft ausmacht, eine Kraft, um die uns jede andere Weltanschauung beneiden muß." Der Richtung auf die Weltkultur und das daraus sich entwickelnde allgemeine Menschentum entsprechen einige Bücher für die Soldaten draußen, die Feldausgaben der philosophischen Bibliothek von F. Meiner, Leipzig. Schriften von Schiller, Herder, Lessing, W. v. Humboldt, Immanuel Kant sind (in Heften für M. 1.—) herausgekommen. Es bleibt nur zu hoffen, daß auch die Feldbuchhandlungen sich vom Vorhandensein dieses Bedürfnisses überzeugen, dem der Verlag gefolgt ist.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung M 4.—. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 25. Januar 1918 • Heft 4

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben in der ukrainischen Frage einen überaus wichtigen Schritt vorangemacht. Diese Umstellung muß auch auf Tempo und Art der Besprechung mit Trotzki und seinen Leuten einwirken, denn sie ist eine sachlich-politisch neue Gewichtsverteilung. Was mit den Maximalisten verhandelt wurde, muß immer im Theoretischen versanden, so lange es der russische Stil bleibt, Lehrmeinungen vorzutragen statt greifbaren Abschlüssen zuzustreben. Die Russen hoffen vielleicht, daß diese Übung innerhalb des Vierbunds Zwiespältigkeiten öffne — denn die strittigen Fragen berühren in der gegenwärtigen Abtönung der Probleme Deutschland stärker als Österreich-Ungarn. Wien ist plötzlich unter den Druck von Streikbewegungen gestellt, die österreichisch-ungarische Presse zeigte sich ein paar Tage seltsam unruhig und ungeduldig. Es kommt jetzt alles darauf an, die Verhandlungseinheit des Vierbunds in Brest-Litowsk unbeirrt aufrecht zu erhalten; in Wien sollte man deshalb unerwünschte Taktlosigkeiten vermeiden. Trotzki und Lenin sehen sich in Petersburg wieder Tschernow gegenüber, die Konstituante hat eine maximalistische Minderheit. Man wird sehen, ob trotzdem eine Mehrheit für den Frieden?

*

Clemenceau, noch unerschüttert durch den Mißerfolg seines ersten Vorstoßes gegen Caillaux, läßt seinen Widerpart verhaften. Daß er neben der Leitung des Kabinetts das Kriegsministerium verwaltet, hatte ihm schon vor einigen Wochen, bei Caillaux' großer Verteidigung, in der Kammer als Schild des Schweigens gedient; jetzt erleichtert es ihm, aus alter Gewohnheit dieses Ressorts, den Weg zu Gewalttat und Verbrechen. Noch sind die Zusammenhänge verschleiert; wir erkennen nicht sicher, ob man aus dem erbrochenen Bankfach einen Schuldigen von ehedem oder den Attentäter der Zukunft überführen will. Deutschland übernimmt hier die Rolle des Zuschauers. Was geht vor sich? Clemenceau hat über drei Jahren nach Taten gerufen, solange er der „Mann in Fesseln" war. Jetzt soll er die Leistung zeigen. Aber sie zerrinnt seinen Händen. Pichons letzte Kammerrede war das Eingeständnis, daß die gegenwärtige

Digitized by Google

französische Regierung innerhalb der Entente schwächer ist als die Vorgängerinnen. Denn ihre Versuche, eine gemeinsame Kriegszielerklärung, als Antwort an die Russen, fertig zu bringen, sind mißlungen. Wilson und Lloyd George wollen Frankreich mit Reden und Noten sekundieren, aber mehr im Augenblick nicht. Währenddem läuft die Angst vor einer deutschen Offensive durch die französischen Herzen. Die Kritik an der Regierungspolitik gegenüber Rußland wurzelt hier. Man hat es diplomatisch nicht verhindern können, daß das Schwergewicht der militärischen Bedrohung auf den Westen sinke. Das gibt den seelischen Hintergrund der gegenwärtigen Vorgänge. Clemenceau, außenpolitisch und militärisch zur Unfruchtbarkeit verdammt, geht auf den inneren Kampfplatz, wo er sich unbesiegbar und sicher glaubt. Er wagt viel. Caillaux hat wenig Begabung zum verzichtenden Märtyrer. Er hat sein Bild in der französischen Geschichte zu verteidigen, er will für seine französische Zukunft leben. Daß er, kein verschwärmter Pazifist, sondern ein nüchterner Realist, dem französischen Patriotismus einen anderen Rhythmus geben wollte, ist nicht Sünde genug für den Staatsprozeß. Je brutaler aber das Vorgehen Clemenceaus, desto gefährlicher diese Spannung, nicht nur für Frankreich, sondern für die Entente.

*

„In dem Ringen um die preußische Wahlrechtsreform kann die Regierung die Partie gewinnen, wenn sie sie mutig spielt." Dieser Ausspruch stammt von einem Mitglied der rechtsstehenden Parteien.

Bisher ist noch wenig davon zu spüren, daß Graf Hertling in Kampfesstellung gegen die Konservativen tritt.

Kein Wunder, daß die Konservativen in ihrem Widerstande eher stärker als schwächer werden. Bei Heydebrand sehen sie eine klare Richtung, kampffreudige Taktik, politische Leidenschaft; bei der Regierung ein behutsames Werben um den spröden Gegner. Graf Hertling hat, als er die Wahlreform einbrachte, daran erinnert, daß er nach seinem Eintreffen in Berlin sich zuerst den Grafen Westarp habe kommen lassen. Das war höflich, aber diese Höflichkeit ladet den Gegner zur Unnachgiebigkeit ein. Wir kennen Methoden, die geeignet sind, die konservativen Widerstände rasch niederzureißen.

*

Daran aber darf niemand zweifeln: Der Regierung ist es von Herzen ernst mit ihrem Willen zur Reform. Graf Hertling und seine Mitarbeiter sehen das künftige neue Deutschland vor sich und fühlen sich berufen, an dem Fundament mitzuarbeiten, auf dem es erstehen wird.

Aber man braucht nicht ein überzeugter Anhänger der Neuorientierung zu sein, um heute die schleunige Durchführung der Wahlreform zu fordern. Diejenige Nation hat den Krieg verloren, deren Krieg zuerst aufhört ein Volkskrieg zu sein und sich in einen Regierungskrieg verwandelt. Die konservativen Herren müssen gewarnt sein: wer die

Digitized by Google

loyale Erfüllung des königlichen Versprechens verhindern will, rührt an die Wurzeln unserer nationalen Kraft; aber seltsamerweise taumeln auch die Patrioten unter den Konservativen in diese Gefahr hinein. Man möchte es fast tragisch nennen, wie in den führenden Kreisen Deutschlands der staatsmännische Instinkt erloschen ist. Was gäbe England heute darum, könnte es für den Entscheidungskampf Arbeitermassen zur Verfügung haben, die so treu, die so leidensfähig und opferfreudig sind, wie Deutschlands Arbeiter — unter der Voraussetzung, daß die Regierung ihr Vertrauen erwirbt: Die englischen Konservativen machten seinerzeit verzweifelte und zum Glück vergebliche Anstrengungen, die Arbeiterführer ins Ministerium zurückzuberufen. In Deutschland aber ging ein Aufatmen durch die Reihen der Konservativen, als im Ministerium Hertling-Payer-Friedberg der Sozialdemokrat fehlte.

*

Letzthin ist der Grund für den leidenschaftlichen Widerstand der Konservativen gegen die Abschaffung des Dreiklassensystems der Mangel an Selbstvertrauen. Sie sind eben keine Aristokraten mehr, sie trauen sich nicht die Kraft zu, Führer zu sein, wenn nicht mehr Privilegien, sondern das Volksvertrauen sie tragen soll. Darum haben sie nicht die Courage, sich von ihren entnervenden Standesvorteilen zu befreien. Dieser Mangel an Selbstvertrauen ist vielfach unbegründet: Noch ist das Rohmaterial in Deutschland vorhanden, aus dem eine konservative Volkspartei werden kann. Die schlechte Erziehung steht in erster Linie hindernd im Wege.

*

In dieser Not sucht man unwillkürlich Hilfe bei der Krone. Der monarchische Gedanke macht gegenwärtig überall die schwerste Krisis durch. Entweder die Monarchie wird zur leblosen Dekoration werden, oder ihre Führerkraft triumphiert über die Parteien. Eine Monarchie, die druckempfindlich gegenüber der Demagogie ist, kann nicht heil durch die Krisis hindurch. Das war sie in Italien und in Rumänien. Sollte aber der Krone die Führertat gelingen, nach der das Volk sich sehnt, die aber die Staatsmänner nicht wagen, verschüchtert durch die erregten Parteileidenschaften, dann würde über Nacht jenes Volkskönigtum lebendig werden, von dem Friedrich Naumann in seinem Buche „Der Kaiser im Volksstaat" so schön zu erzählen weiß.

*

Lord Buckmaster sagte vor kurzem: „Die Alldeutschen sind pandemisch", d. h. jedes Land hat seine Alldeutschen. In der Tat, die französischen Nationalisten, die italienischen Interventionisten, die englische Nationalpartei, wie Northcliffe und Horatio Bottomley, „Morning Post" haben sich alle das gleiche Ziel gesteckt: die Entfesselung des moralischen Bürgerkrieges. Man vergleiche ihre Mittel. Bottomley nennt jeden Anhänger eines Verständigungsfriedens einen Bolo, Lord Lansdowne eingeschlossen. Haußmann muß gegen einen Führer der Vaterlandspartei einen Prozeß austragen, weil er ihn beschuldigt hat, im englischen Sold zu stehen.

Digitized by Google

Bis vor kurzem blieb uns der Terrorismus erspart. In einer neuerlichen Versammlung der Vaterlandspartei aber wurde ganz nach Pariser und römischem Rezept vorgegangen. Die Anwendung von Gewalt zur Niederkämpfung politscher Gegner ist ein Präzedenzfall von gefährlicher Ansteckungskraft; an der irischen Rebellion trugen nicht allein die Sinn-Feiner die Schuld, sondern auch Bonar Law und Northcliffe, denn sie hatten 1914 den Bürgerkrieg als eine Spielart des Patriotismus zu loyalisieren versucht. Die Methoden der Vaterlandspartei sind in den westlichen Ländern heimisch, in Deutschland aber wirken sie heute noch als eine fremde Krankheit. Man hat nicht mit Unrecht gesagt: die Vaterlandspartei stellt eine Form der Ausländerei dar.

*

Valentinis Rücktritt vom Zivilkabinett des Kaisers wird in der Presse der Rechten bejubelt: er gilt dort als einer der Männer, der den Monarchen von den „wahren Patrioten" getrennt habe und darum schon längst reif für die Beseitigung durch konservative Machenschaften war. — Seine politische Bedeutung ist, durch den unverantwortlichen Charakter der Stellung, nicht sicher greifbar; in der innerdeutschen Geschichte bleibt sein Name mit dem Vorgang, da er in der letzten Kanzlerkrisis den loyalen Verbindungsoffizier zwischen Monarch und Volksvertretung darstellte. Im übrigen ist vielleicht seine Entwicklung ein ähnliches Beispiel, wie es für Bethmann und andere gilt: die Nähe der Verantwortung hat sie von ihrer konservativen Herkunft weggezogen und ihr politisches Gefühl für die nationalen Kräfte gestärkt, die in der deutschen Linke vorhanden sind und wachsen. Auch Herr von Berg wird unter den Druck dieser Logik treten müssen. Die Einheit zwischen Monarch und Volk, die aus den Kriegsjahren sich herausbildete, kann durch solche Personalverschiebungen nicht mehr gestört werden.

Ost-Westliches

Von Conrad Haußmann, M. d. R.

Es war die uneingestandene Idee aller kriegführenden Länder im Oktober 1917, daß im Spätjahr 1917 eine militärische, wirtschaftliche und politische Inventurisation gemacht und „Bilanz gezogen" werde. Die Entente hoffte auf das Gelingen des Vorstoßes gegen die U-Bootbasis in Flandern und auf den Durchbruch bei Cambrai, auf die 12. Isonzoschlacht und auf die Jerusalemoffensive. Nur diese letztere gelang. Deutschland rechnete im Norden auf die von langer Hand vorbereitete Expedition gegen Ösel und Riga und damit gegen Kerenskis Gambetta-Politik, im Westen auf siegreichen Widerstand gegen die feindliche Offensive gegen Flandern und Cambrai, im Süden auf den Durchbruch der italienischen Front. Alle Rechnungen des deutschen Hauptquartiers stimmten: Der Vorstoß im Norden warf Kerenskis Ententepolitik, die russische Friedenssehnsucht und Kriegshoffnungslosigkeit legte unter revolutionären Zuckungen die staatliche Macht in die Hand der sozialistischen Diktatoren

Digitized by Google

Lenin und Trotzki. In Flandern und Nordfrankreich wurde der Engländer nach einem ſtarken Überraſchungserfolg, den die engliſche Kriegskunſt nach einem Durchbruch nicht ſofort ſtrategiſch auszunutzen wußte, wieder blutig zurückgeſchlagen und die Abwehrfront neu verriegelt. In den Alpen und in Venetien gelang den Öſterreichern mit ſtarker deutſcher Unterſtützung ein Durchbruch, der ſtrategiſch und taktiſch ſo ſtark ausgenutzt wurde, daß auf annähernd 400000 italieniſchen Mannſchaftsverluſt nur 4000 öſterreichiſch-deutſche Verluſte kamen — prozentual das günſtigſte Verhältnis aller Kriegsſchauplätze und aller Kriege. Dann aber endete der Bewegungskrieg wieder im Stellungskrieg am Piave und an der Brenta; Venedig wurde durch italieniſche, franzöſiſche und engliſche Diviſionen gedeckt und gehalten.

Die Bilanz iſt überwiegend günſtig für Deutſchland, aber der Abſchluß im Jahre 1917 nicht gekommen.

Die Lage laſtet am erdrückendſten auf Rußland, das Friedensverhandlungen einleitet, ſein Heer ſich auflöſen läßt und ſeine Zinszahlungen einſtellt. — Deutſchland nimmt an den Friedensverhandlungen, die Lenin und Trotzki anbieten, mit den Mittelmächten teil.

Dieſe Sonderfriedensverhandlungen ſtellen Deutſchland vor eine außergewöhnliche Aufgabe. Der öſtliche Gegner iſt beſiegt, mehr als das, er iſt entwaffnet. Es ſcheint dem plumpen Sinn politiſcher Dilletanten nichts einfacher, als abzuſchließen nach dem Rezept: „Den Finger drauf, das haben wir.“ Aber der Vertrag ſetzt eine Unterſchrift voraus, und die ruſſiſchen Unterſchreiber können ſich nur halten, wenn entweder Rußland erträglich abſchließt oder der Frieden den „Grundſätzen“ der regierenden Bolſchewiki entſpricht.

An dieſem Punkt ſetzten Czernin und Kühlmann ein. Sie gingen auf das ruſſiſche Generalfriedensprogramm teilweiſe ein, ſpezifizierten Hertlings Programm vom 29. November 1917, indem ſie die Befreiung und die „Selbſtbeſtimmung“ der Polen, Balten und Litauer in ihre Politik aufnahmen. Die Feſtſtellung und Ausübung dieſer Selbſtbeſtimmung konnte leicht zu Schwierigkeiten führen. Dieſe Schwierigkeiten führten zu Pauſen und zu Proteſten auf ruſſiſcher und auf deutſcher Seite. Dieſe Proteſte kamen in Deutſchland von politiſchen Widerſachern der gegenwärtigen und der früheren Regierung, aber auch von einflußreicherer und verdienſtvollerer Seite. Auf dieſe Seite ſchlägt ſich nun öffentlich und geräuſchvoll die ganze Bethmann-Fronte und ſchwächt den deutſchen Unterhändler in dem Moment, in dem ſeine Stärkung ein Hauptintereſſe Deutſchlands war. Die innere Lage war mindeſtens eine Woche lang ſehr kritiſch. Eben deshalb iſt darüber zurzeit nicht öffentlich zu ſprechen. Denn auch in der Politik wie in häuslichen Verhältniſſen iſt das entſchloſſene Schweigen die beredteſte Unterſtützung. Genug, die Mehrheit des Reichstags erkannte die Gefahr und ihre Aufgabe, ſie gab der Regierung den politiſchen Rückhalt, deſſen ſie bedurfte.

Digitized by Google

In diesem Augenblick erwies sich der politische Druck, den die Verhandlungen von Brest-Litowsk, das Generalprogramm der Bolschewiki und die Erwiderung der Mittelmächte auf die Ententemächte auslöste, so stark, daß die Zahl der Ententereden anschwoll, wie die Bäche bei der Schneeschmelze. Aber Lloyd George hat nur die Gabe, aufpeitschend auf Deutschland zu wirken, auch wenn er sich anstrengt, eine Art Friedensgeräusch zu machen. Deutschland erblickt, solange England den Kutscher Lloyd George mit seiner plumpen Geißel auf dem Bock läßt, darin allein schon eine konkludente Handlung fortgesetzter Raufluft.

Es ist vielleicht ein Verhängnis, daß in dieser Atmosphäre Wilson seine Botschaft kabelte. Denn aus Diplomatie gezwungen, die Fiktion einer geschlossenen Ententefront nicht mit Eklat zu stören, bediente er sich einer Disposition und Aufzählung, die verhüllte, daß er sich differenzieren wollte.

Diese Verhüllung war nicht imstande, daß berechtigte Mißtrauen Deutschlands umzustimmen und so blieb das deutsche Echo auf den scharf gedämpften Ton gestimmt, der eine Gewohnheit und ein Gebot der durchschnittlichen Klugheit kriegführender Völker geworden ist. Da gleichzeitig das Toben der alldeutschen Presse, sich seit Wochen immer steigernd, seinen Fortgang nahm, so kamen die abgewogenen Urteile einiger deutschen Preßorgane nicht zu Gehör und der Gesamteindruck im Ausland ist eine Fortdauer der alten Stimmungen, die ratlos und keinen anderen Ausweg als eine neue Offensive zu sehen oder wenigstens fatalistisch hinzunehmen scheinen.

Und doch ist derjenige einäugig, der nicht den Abbau im Kriegswillen der Entente erblickt, der nicht erkennt, daß Wilson der Exponent der Ententestimmung von 1918 ist und der nicht merkt, daß Wilsons Botschaft ein Werkzeug dieser einlenkenden Politik ist.

Die Welt hat Zeit und Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln. Staatsmänner und Völker lernen verflucht langsam.

Als Deutschland am 12. Dezember 1916 ernste Friedensbereitschaft offiziell erklärte, mußte Bethmann, weil er nicht wußte, wie die Anregung aufgenommen werde, die eventuelle Kriegsfortsetzungsentschlossenheit in seiner Reichstagsrede stark betonen. Dieser Granatenton übertönte die Friedensmelodie und das ewig wachsende Mißtrauen der Feinde konnte diese als Heuchelei ausdeuten.

Wilson erlebt das Gleiche. Er nennt sein Friedensoffert erhabene Grundsätze, nimmt unter diese die gegen Deutschland, Österreich und die Türkei gerichteten Forderungen auf, tut, als ob seine Punkte unverrückbar seien und hat es erfahren, daß der neue Wilson von 1918 für den alten Wilson gehalten und als unverbrüchlichen Vorkämpfer der Erörterung von Elsaß-Lothringen empfunden wird. Damit schließt er das deutsche Ohr, für seine anderen zum Teil annehmbaren und zum Teil diskutablen Punkte.

Es ist nötig zu lernen, daß die Methode der Monologe und Allokutionen falsch ist. Ein Staatsmann kann öffentlich keine Angebote in definitiver Form

Digitized by Google

machen, so lange er nicht weiß, daß der andere Teil sie akzeptiert. Kein Staatsmann kann Frieden ohne Friedfertigkeit bieten und Friedfertigkeit kann er nicht von der staatlichen Warte aus ausstreuen, wenn er vielleicht morgen, weil der Gegner ihn zurückweist, Krieg predigen muß.

Die Staatsmänner eines Staates müssen sich zuvor der Resonnanz vergewissern, die ihnen allein den guten Willen des andern verbürgt. Der erste Schritt setzt die Gewißheit des zweiten voraus. Dagegen haben Bethmann und Wilson gefehlt. Jeder ist so überzeugt von der Ehrlichkeit seiner eigenen Absichten, daß er wähnt, der andere müsse sie mit Händen greifen, und daß er rechnet, der andere müsse die Hemmungen, die seine Politik im eigenen Land der Mißdeutung und Böswilligkeit interner Gegner aussetzt, mit in Rechnung nehmen und deshalb notwendig zu entgegenkommenden Schritten kommen. Das führt ihn zu halben Schritten, und halbe Schritte begegnen dem Verdacht mangelnder Kraft und mangelnden Vertrauens in die Richtung der eigenen nur angedeuteten Politik.

Kühlmann hatte schon recht, im September durch einen „Vertrauensmann" zu operieren. Aber es fehlte das Geschick des Mittelsmanns, der gute Wille der anderen Seite und die Planmäßigkeit der Durchführung.

Heute nun hat Kühlmann einen der Gegner, und zwar einen entwaffneten, am Verhandlungstisch. Aber dieser Tisch steht auf dem Glatteis von Brest-Litowsk. Kühlmann wäre der unfähige Diplomat, den ihn plumpe Dilettanten schelten, und der er erfreulicherweise nicht ist, wenn er mit dem Zeigefinger diktieren und mit der Faust argumentieren würde.

Kühlmann hat die geschichtlich und aktuell hochverantwortliche Aufgabe, Rußland zu einem Nachbarn zu machen, der die Notwendigkeit der Änderungen aus dem Willen der Grenzbevölkerungen heraus erkennt, und er hat die Anziehungskraft eines geordneten und aufstrebenden Staatswesens, durch die Formen und Grundsätze seiner Politik, nicht in heimliche Abstoßung zu verwandeln, auf was unsere anderen Gegner lauern. Wer dawider handelt, der mag eine andere Kunst meistern, die Staatskunst ist ihm verschlossen; verschlossen ist ihm auch die Erkenntnis, daß der „Vorfrieden" mit Rußland diesen Namen nicht bloß als Präliminarfrieden, sondern auch als Vorläufer des Generalfriedens verdient und daß dieser in dem Maß günstiger für Deutschland ausfallen muß, in dem Deutschland nicht nur stark, sondern auch weise handelt. Von dem russischen Frieden kann Licht oder Schatten auf den Weltfrieden fallen. Nichts wäre verfehlter, als den unverkennbaren Vorteil eines raschen Abschlusses allein ausschlaggebend sein zu lassen. Die richtigen Grundlinien sind das Entscheidende. Denn diese Grundlinien werden das Verhältnis zu Rußland und das Urteil der Welt beeinflussen.

Aber das Problem reicht noch viel weiter. Die Kraft unserer Waffen, unserer Ordnung und unserer Einsicht erlaubt uns, eine Option, zwischen der wir drei Jahrzehnte

Digitized by Google

verhängnisvoll geschwankt haben, im Jahre 1918 zu treffen. Seit 1893 haben wir zwischen dem Osten und Westen geschwankt und uns den Gefahren eines scheinbar launischen Stimmungswechsels sorglos ausgesetzt. Der Gang der Welt- und Kriegsgeschichte, die fanatische Leidenschaft Frankreichs, der Trotz des irregeleiteten Englands und die Friedensstimmung des russischen Volkes drängen uns, die Option nach dem Osten vorzunehmen. Dies gilt nicht bloß für die Priorität des Friedensschlusses. Denn dieses ist Stümperei, wenn er nicht zugleich Grundlagen für den Bau des europäischen Staatenverhältnisses schafft. Die Gesinnungen, die in den Grundstein eingemauert werden, müssen die Gewölbe gestalten und tragen. Eine Nachbarlichkeit nach Osten schafft nicht nur eine Rückendeckung für die militärische Gegenwart, sondern die politische Freiheit für die Zukunft. Denn diese Nachbarlichkeit — das ist die russische Auffassung, der wir ohne Vorbehalt beipflichten können — braucht keine kriegerischen Zukunftshintergedanken gegen den Westen in sich zu tragen, ist aber, wenn der Westen solche auch künftig hegen sollte, ein möglicher Schild gegen feindliche Absichten. Gerade deshalb ist diese Politik eine Aufforderung an die Staaten Westeuropas, ihre Politik gegen Mitteleuropa, das mit Osteuropa ein Nachbarschaftsverhältnis herstellt, einer Revision und einer Entspannung zu unterziehen. Dieser Prozeß, gleichzeitig vom menschlichen Gefühl und der politischen Klugheit gebilligt, kann am ehesten zu der „Gesellschaft der Nationen" führen, die theoretisch akzeptiert und gefühlsmäßig bisher von der Westententente noch schärfer abgelehnt war, als von der deutschen Vorsicht.

Wir sind verpflichtet, uns und andere daran zu erinnern, daß Kaiser Wilhelm II. am 24. Juli 1905 auf der Birkeninsel mit Rußland ein Bündnis unterzeichnet hat, nach dessen Artikel II Rußland die französische Nation dem Bund zuführen sollte. Zeitpunkt und Aufbau entsprachen nicht ganz der Psychologie der Algecirastage. Auch muß trotz des Weltkrieges aus den russischen Friedensversuchen der militärische Hintergedanke zurückgedrängt werden. Ein ehrlicher Frieden ist das Bedürfnis, bei dem Rußland angelangt ist. Die deutsche Staatskunst muß diesem Bedürfnis ohne schielende Seitenblicke realpolitisch Rechnung tragen und kann dadurch besser als durch jede andere Offensive die Führung in der Hand behalten.

Heydebrands Ermattungsstrategie

Von Theodor Heuß

Der Wahlrechtsausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses hat nach einer mehrtägigen Aussprache beschlossen, zunächst in die Einzelberatung des Herrenhaus-Entwurfes einzutreten. Ein formaler Beschluß nur für den raschen Blick und doch eine politische Tatsache von höchstem Belang. Man hat ihr eine taktische Begründung mitgegeben: ehe man sich in das Gelände der Demokratisierung vorwagen will, soll das

Digitized by Google

künftige Gefüge der letzten konservativen Stützmauer genau festgestellt sein. Die Partei des Herrn v. Heydebrand will erst besorgt sein, daß ihre ausschlaggebende Macht zunächst auch in einer „modernisierten" Ersten Kammer verewigt werde, ehe sie sich auf die Versuche einläßt, die, so oder so endigend, zu einer Schwächung ihres Fraktionsbestandes im Volkshause führen müssen. Aber das sind Hintergrundsgedanken. Ganz nüchtern beurteilt, erscheint dieser geschäftsordnungsmäßige Beschluß über die Reihenfolge der Regierungsentwürfe der erste Sieg der Fraktion Heydebrand, die Wahlrechtsreform zu zertreten. Das Schmerzliche dabei ist, daß der konservative Führer sich selbst gar nicht zu stark zu bemühen braucht; er hat in dem neuen Fraktionsleiter der preußischen Nationalliberalen, Dr. Lohmann, einen mehr als eifrigen Wegbereiter gefunden.

Der politische Sinn der Reformpolitik, ganz abgesehen von allen staatsmoralischen Bewertungen, ist, die Zeit nach dem Kriege von schweren inneren Kämpfen zu entlasten. Was doch geschehen muß, soll man nicht aufschieben. Das Reformwerk kann und soll während des Krieges geleistet werden; es kommt nur auf die Form an, daß dies ohne schädliche Rückwirkung geschehe. Die Taktik der Wahlrechtsgegner ist, diese staatsmännische Überlegung zu zerstören, ihre Hoffnung und ihr Ziel muß sein, einen so trägen Gang der Verhandlungen zu erreichen, daß der Abschluß des Werkes sich über den Frieden hinausschleppe. Da sie, trotzdem es an ihrer Spitze eine Zeitlang höchst zungenfertige und terminsichere Propheten gab, jetzt doch noch mit einer unbestimmten Fernsicht rechnen müssen, ist die strategische Anlage ihres innerpolitischen Feldzugs auf Ermattung eingestellt. Dabei haben sie eine weitere Möglichkeit in ihre Überlegung eingestellt — daß in irgendwelchen Zusammenhängen mit Entschließungen über die äußere Politik, über militärische Maßnahmen doch vielleicht einmal ein grundsätzlicher Regierungswechsel erzwungen werden könne. Valentinis Rücktritt etwa wird von ihnen offen genug als „Erfolg" gebucht, Abtragung der Bethmannschen Hinterlassenschaft. Hier setzen sie die Erwartung an, der Kurs könnte in andere Richtung herumgeworfen werden, und alle staatsrechtliche Bindung muß bis dahin vermieden bleiben. Es ist ein innerer Zusammenhang in allem: der „Gewaltfriede" wird nicht von den Leuten gemacht, die gleichzeitig im Innern die nationale Rechtssphäre verbreiten wollen. Wird in der äußeren Politik der Gedanke eines maßvollen Ausgleichs zerschlagen, dann ist auch im Innern die Bedrohung der konservativen Machtstellung gebannt.

Das deutliche Ziel zeichnet den Umweg vor. Nachdem die Vollversammlung des Abgeordnetenhauses ihre Generaldebatte erlebt hatte, konnte die Sachberatung beginnen. Weit entfernt! Eine Woche lang verharrte man in Wiederholungen, die nur wenige scharfe Lichter durch die Gegensätze innerhalb der nationalliberalen Partei und durch eine polnische Maßlosigkeit erhielten — dann kam die Pause wegen des Beginns der Haushaltsberatung, ihr folgt der Weg in den Irrgarten des Herrenhausproblems.

Digitized by Google

Man mag sich das rasch ausdenken, in wie viel Monaten die Wahlrechtsfrage selber nur erst in der Kommission durchgesprochen ist, dann wieder Plenum, Weitergabe an das Herrenhaus, dort die gleiche „Gründlichkeit", Ablehnung, Abänderung, Zurückverweisung, Wiederholung. Technisch ließe sich das natürlich bei gutem Arbeitswillen zusammendrängen, zumal es sich nicht um eine völlig neue Materie, sondern um politische Grundfragen handelt, die jeden einzelnen und jede Partei oft und eingehend genug beschäftigt haben.

Die Regierung hat sich dialektisch gut gehalten. Vor allem ließ Dr. Friedberg sich die geistige Führung nicht aus der Hand nehmen, und ein Stück jener staatsmännischen Auffassung, die aus seiner großen Einführungsrede im Parlament hervorgetreten war, blitzt auch aus den knappen Zeitungsberichten hervor. Die Stoßkraft seiner Leitung wird nicht so sehr durch die Tatsache gehemmt, daß er, ehe dieser Auftrag als Aufgabe vor ihm stand, selber andere Wege gegangen war, als durch die überraschend unfreundlichen Schwierigkeiten, die ihm seine eigenen Parteigenossen machen. Um nicht von vornherein den Weg der Beratung und Beeinflussung zu versperren, hat er, bei Ablehnung eines formalen Mantelgesetzes, die gleichzeitige Verabschiedung der drei Regierungsvorlagen zugestanden. Vielleicht war das schon, wenn es auch in allgemeiner Form gesprochen war, eine zu starke Bindung. Denn wir sehen jetzt, wie die Folgerungen gezogen werden, und mit der geschäftsordnungsmäßigen Umkehr der Beratungen die dringendste Frage in eine falsche Beleuchtung kommt.

Die dringendste? Staatsrechtlich sind natürlich Wahlreform und Herrenhausreform gleich wichtig. Es handelt sich um eine neue Gewichtsverteilung der Gewalten im preußischen Staat, und es wäre oberflächlich, nur wegen der größeren publizistischen Geschichte der Wahlrechtsfrage die Zusammensetzung und das Bewilligungsrecht der Ersten Kammer zu vernachlässigen. Denn es könnte sonst geschehen — und die Gefahr besteht tatsächlich —, daß all das, was an größerer Beweglichkeit, an Anpassung für die künftige staatliche Neugestaltung in die Zweite Kammer hineinflutet, mehr als ausgeglichen, ja zurückgedämmt wird durch die Verfestigung des Herrenhauses. Daran ändert auch nichts die neue Fassade und der teilweise Umbau, die in dem neuen Plan vorgesehen sind. Aber wenn sich auch die Wichtigkeit der beiden Aufgaben die Wage hält, die Dringlichkeit, politisch und psychologisch, liegt bei einer raschen Klärung der Wahlrechtsforderung. Nicht dadurch, daß sie ein altes demokratisches Schlagwort ist, dessen Gewicht man sich durch Nichtachtung entziehen kann, sondern weil hier ein königliches Versprechen und eine jahrzehntealte Forderung breiter preußischer Volksmassen sich begegnen, weil deren Vereinigung für das staatliche Fundament Preußens neuen Kitt, neue Bindung darstellen wird.

Freilich wollen die preußischen Konservativen das Problem anders sehen — wenn nicht gerade die Gefahr des Maximalismus, so doch die Ausbreitung der „Unabhängigen Sozialdemokratie" ruft sie zum Schutz des Staates auf. Haben sie nie bemerkt,

Digitized by Google

daß in keinem andern deutschen bundesstaatlichen Parlament so törichte und ververhängnisvolle sozialdemokratische Reden gehalten werden wie im preußischen, daß (mit einer neuerlichen Ausnahme) keiner der „unabhängigen" Reichstagsabgeordneten aus den Bundesstaaten des gleichen Wahlrechts stammt? Daß die Unbilligkeit der preußischen Institutionen das Ventil abgesperrt hat, mußte die linke Gruppe der Sozialdemokratie in so bedenklichem Maße radikalisieren. Erscheinungen wie Liebknecht, Ledebour sind im Süden undenkbar (obwohl es dort an „temperamentvollen" Leuten bekanntlich auch nicht fehlt). Was sich im Süden gelegentlich von verwandter Geistesart gezeigt hat, war durchweg preußischer Import, der sich schlecht genug in die andere Artung der staatlichen, bürgerlichen Beziehungen einfügte.

Noch törichter fast als diese Art von Gründen war jener andere, der wiederholt in den Ausschußberatungen auftstieg: das gleiche Wahlrecht werde Kirche und Schule gefährden. Das einem Ministerium Hertling von rechtsstehender Seite zu sagen!

Daß Dr. Lohmann es auf sich nahm, Heydebrands Sekundant zu sein, ist der schlimmste sachliche Eindruck aus den ersten Verhandlungstagen. Die Nationalliberalen haben in den staatspolitischen Verfassungsfragen immerhin eine sehr große Tradition — sie rechnen es sich als Ruhm an, daß nach den Kriegen von 1866 und 1870 die geistig-politische Führung der Nation in ihre Hand ging. Auch damals wehrte und sträubte sich, offen und versteckt, der altpreußische Konservatismus noch hartnäckig genug gegen den neuen Geist, der mit und neben Bismarck in die deutsche Staatengeschichte strömen durfte — er hat das Reich innerlich geordnet und gefügt. Auch jenes gewaltige Wagen von 1866, da Bismarck das demokratische Wahlrecht in der Bundesreform zur stärksten diplomatischen Angriffswaffe in der äußeren Machtpolitik Preußens gemacht hatte, mußte sich gegen die Angst der Rechte durchsetzen. Aber es hat sich durchgesetzt, und in diesem aufbauenden Geist hatte sich das beste Stück der nationalliberalen Tradition ausgebildet. Ist das heute vergessen, zerschlissen in den Ängsten um Mandate, erlahmt in dem Gefühl entschwundener Führerkraft? Jene Männer, die innerhalb der nationalliberalen Fraktion die Zusammenhänge mit der alten Geistesgeschichte zu wahren haben und nicht bloß Politiker von kurzem Atem sind, stehen in einer ernsten Verantwortung.

Die ist den Konservativen abgenommen. Herr v. Heydebrand trägt sie mit ruhiger Selbstsicherheit auf seinen Schultern. Er hat keine Angst vor Katastrophen. Wenn er auch schon seit Jahr und Tag die preußische konservative Partei mit einem starren Dünkel in die Isolierung führt, er läßt sich nicht beirren. Seine Hartnäckigkeit ist so groß wie seine polemische Geschicklichkeit, durch kniffliche Lagen sich hindurchzuarbeiten; aber das sind Zwischenspiele, Fechterstücke, es fehlt das Format zur staatsmännischen Größe. Das Plus royaliste que le roi ist auch heute noch als Pose unschädlich, als Politik aber gefährlich, da es immer nur das praktische Ziel haben kann, die Krone von der Verbindung mit den neuen Schichten des Volkes abzusprengen.

Digitized by Google

Daß die „Monarchisten" sich gegen die persönliche Politik des Monarchen mit starken Mitteln zur Wehr setzen, sei ihnen unbestritten. Nur kleinbürgerlicher Agitationseifer kann sie darüber schelten. Sie führen einen Kampf um die Erhaltung der Macht, die ihnen Friedrich Wilhelm IV. in romantischer und verängstigter Kurzsichtigkeit verliehen. Dabei sollte bloß Klarheit bestehen, daß in diesem Machtkampf das monarchische Gefühl, als dessen Hüter man sich empfiehlt, ziemlich kräftig ramponiert wird. Darüber kann kein Zweifel sein: man sagt zwar Bethmann, aber man meint Wilhelm. Das ist eine Sache für sich, die das alte Preußentum in seinen eigenen Wänden erledigen mag. Ein Anderes aber und als ein Wichtigeres erscheint, wie weit die Führung der Reichspolitik und die Haltung der unteren Volksschichten durch die konservative Fraktionstaktik getroffen wird. Hier setzt der Widerstand ein, der nicht bloß sentimental, sondern politisch ist. Hier steckt auch die nationale Gefahr der Heydebrandschen Politik.

Meldet sich wieder das alte Wort vom „ungekrönten König von Preußen"? In der Tat, es handelt sich um einen großen Zweikampf über die Staatsauffassung der Zukunft, der zwischen der Regierung und der preußischen Parlamentsmehrheit, zwischen Heydebrand und Wilhelm II. ausgefochten werden muß. Der Parteiführer steht selber in der Kampflinie, der Monarch hat seine Minister im Treffen, die Herr von Heydebrand, wenn sie den Willen des Königs zur unbedingten Richtschnur nehmen, mit „Kanzlisten" vergleicht. Es ist eine seltsame Lage. In dem Entwurf, den der König vorlegt, verzichtet er auf einen seiner stärksten monarchischen Machttitel, den unbegrenzten Pairsschub im Herrenhaus, aber daß er seine Machteinschränkung in der Eingliederung mit dem ganzen Reformwerk durchsetze, dazu bedarf er vielleicht noch einmal des großen Mittels, das ihm zur Verfügung steht.

Heute steht es in der Tat so, daß die Krone, nach ihrer Oster- und Juli-Botschaft, vielleicht noch einmal unmittelbar in die Handlung eintreten muß, um das von ihr eingeleitete Werk voranzuschieben. Wann und wie das zu geschehen hat, ist nicht zu sagen; unverkennbar ist nur der Wille der Parlamentsmehrheit geworden, parlamentarische Sabotage zu betreiben. Die Frage hat keinen akademischen Charakter, sondern die ganze Behandlung der Wahlrechtsfrage muß (oder müßte doch) ernhaft rechnen mit der Rückwirkung, die sie auf die Bevölkerung ausübt. Wir wissen gut genug, daß es auch bei uns Kreise gibt, die mit dem Gedanken von Putschen spielen, und daß ein ungesättigter Magen die Gedanken leidenschaftlicher werden läßt. Eine staatserhaltende Politik greift solchen Möglichkeiten vor. Die Reform der preußischen Staatsverfassung ist nicht aus Angst vor solcher Entwicklungsmöglichkeit eingeleitet worden — sie soll unverjährte Schuld ausgleichen und in dem Reichsaufbau eine günstigere Verteilung der öffentlichen Gewalten sicherstellen. Das ist ihr Sinn. Ihre Methode muß sein, gegenüber der verschleppenden Taktik der Konservativen mit ihren außerordentlichen Gefahren eine leidenschaftliche Initiative von Krone und Regierung anzusetzen.

Digitized by Google

Der Aufstieg des Zentrums

Von D. Friedrich Holdermann

Diese große konfessionelle Partei gehört zu den stärksten Problemen unseres deutschen politischen Lebens. Erst wenn man sie sich aus ihm herausdenkt, wird man sich bewußt, in welchem Maß durch sie, schon durch ihre bloße Existenz, der Gang unserer innerpolitischen Entwicklung beeinflußt worden ist. Heute hat das Zentrum einen Aufstieg zu verzeichnen, der im deutschen Parteileben ohne Beispiel ist. Es hat sich gegen alle Widerstände und Hemmungen von oben und unten durchgesetzt. Im Unterschied zu andern Parteien ist sein inneres Gefüge, seine Gedankenwelt durch die revolutionierenden Wirkungen des Krieges kaum berührt, geschweige denn erschüttert worden. Es wird eher innerlich gestärkt aus dem Krieg hervorgehen. Die parlamentarische Position des Zentrums ist während des Krieges noch gewachsen. Die geniale Politik der Herren Haase und Konsorten hat das Zentrum mehr denn je zum ausschlaggebenden Faktor gemacht. Es ist die stärkste Partei der Reichstagsmehrheit. Ohne das Zentrum ist diese undenkbar, und nur so viel, als es will, besteht sie und kann sie. Der Einfluß des Zentrums war schon vor dem Krieg groß. Er ist während des Krieges noch beträchtlich gewachsen. Es hat im gleichen Jahr, in dem die Protestanten das Gedächtnis der Reformation feierten, die vier Jahrzehnte lang vergeblich erstrebte Aufhebung des Jesuitengesetzes erreicht. Sachlich ändert das, wie die Dinge liegen, kaum etwas. Aber für das Zentrum ist es ein großer moralischer Triumph. Während des Krieges ist ihm nun aber auch das zuteil geworden, was ihm, solange es bestand, bisher versagt geblieben ist: die Teilnahme an der Macht im Staat. Seine Leute, und zwar nicht beliebige, sondern seine Führer sind in die Regierung berufen worden. Spahn als Justizminister und sein früherer Führer Hertling zum Reichskanzler. An der Spitze des Reiches ein Mann des Zentrums. Das zeigt deutlicher als irgend etwas die ungeheure Wandlung der Dinge in Deutschland während des Krieges. Aber auch den beispiellosen Aufstieg des Zentrums.

Diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß auch unter den heutigen Verhältnissen, ohne daß ein einziger Paragraph der Verfassung geändert wurde, Kräfte von unten emporkommen und zur Macht gelangen können, sobald die Kraft und der Wille dazu da ist. Das trifft in jedem Fall auf das Zentrum zu. Ihm hat keine Gunst von oben den Weg geebnet. Jahrzehntelang gehörte es zu den „Reichsfeinden". Als die Vertretung der konfessionellen Minderheit hatte es das Mißtrauen und die Gegnerschaft der Mehrheit gegen sich. Trotzdem hat es sich seinen Platz erkämpft. Das war nur möglich dank einer ungeheuren Arbeit, einer unermüdlichen Kleinarbeit der Organisation, einer durch die verschiedenartigsten Fäden unausgesetzt unterhaltenen Berührung mit dem Volk. Auch für die politischen Parteien ist das Geheimnis des Er-

Digitized by Google

folgs Arbeit. Neben der Sozialdemokratie ist in keiner Partei mehr gearbeitet worden als im Zentrum. Darum ist sein Aufstieg verdient. Er kann jeder Partei, vor allem dem Liberalismus, nur zur Mahnung dienen und muß ihn beschämen.

Freilich, das Zentrum hat einen gewaltigen Vorteil voraus. Ihm steht die mächtigste Organisation der Welt, die katholische Kirche, zur Verfügung. Alle Versuche seinerseits, seinen konfessionellen Charakter zu bestreiten, können doch wirklich nicht ernst genommen werden. Ein einziger Blick auf die Konfessionskarte Deutschlands genügt, um zu zeigen, wo Zentrum gewählt wird. Die Politisierung der katholischen Kirche, die sich von der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunders an in steigendem Maß vollzogen hat, hat dem Zentrum die Voraussetzungen einer unübertrefflichen Organisation gegeben, die bis ins letzte Dorf reicht. Damit wird die Arbeit, die nötig war, um diese Organisation zu schaffen, zu beleben, zu unterhalten, auszubauen und immer mehr zu einem bis ins einzelnste funktionierenden gewaltigen Apparat zu gestalten, nicht herabgesetzt. Sie ist ungeheuer. Sie hätte aber trotzdem ihren staunenswerten Erfolg nicht erzielt, wenn nicht hinter der Partei die Kirche stünde mit ihrer Autorität, die Religion mit ihrer Macht über die Herzen, die Kraft einer religiösen Weltanschauung. Das sind die allerstärksten Mächte, die es gibt, und der grobe Fehler, der mit ihrer Verkennung, mit dem Irrtum, sie mit politischen Machtmitteln zwingen zu können, im Kulturkampf Bismarcks begangen worden ist, hat sie — ähnlich wie bei der Sozialdemokratie mit dem Sozialistengesetz — erst recht gestärkt.

Dabei ist bei aller Grundsätzlichkeit seiner Position und der Festigkeit, mit der es in ihr bleibt, doch bemerkenswert die große realpolitische Kunst, die die Politik des Zentrums auszeichnet. Sie macht ihm möglich, starke Gegensätze, Aristokraten und Demokraten, Unternehmer und Gewerkschaftsleute, Bauern und Großgrundbesitzer in sich zu vereinigen und einen Ausgleich der Interessen auf einer mittleren Linie zu finden, die allen etwas gibt. Trotz seiner grundsätzlichen Stellung zum modernen Staat, der aus einer ganz andern Welt stammt als es, hat es sich fest auf seinen Boden gestellt und handhabt seine Mittel, Parlament, Wahlrecht, Presse usw. mit einer vollendeten Technik und größtem Erfolg. Es hat positive Gesetzgebung und Regierungspolitik gemacht, aber sich doch stets unabhängig gehalten. Es hat, so konservativ es seinem innersten Wesen nach ist, als die Zeit es verlangte, jetzt die Mehrheit mit der Linken gemacht, ohne aber die Brücken nach rechts ganz abzubrechen. Niemand weiß genau, wie weit das Zentrum eigentlich mitgehen will. Wie es nun eigentlich z. B. zu der sogenannten Parlamentarisierung steht, wird schwer sein festzustellen. Es hat den größten Triumph erlebt, sein Mann sitzt auf dem Stuhl Bismarcks. Die Genugtuung darüber ist zweifellos groß, und mit Recht! Aber man wird nicht bemerkt haben, daß die Zentrumspresse selbst bei diesem nach der ganzen Vergangenheit der Partei einzigartigen außerordentlichen Ereignis die politische Selbstzucht vermissen ließ und in Jubel ausbrach. Man kann nur immer wieder die Klug-

Digitized by Google

heit bewundern, mit der diese Partei ihr Geschäft treibt und sich in Zucht hat. Es ist altererbte Kunst der römischen Kirche, die Tradition einer Weltmacht, die seit vielen Jahrhunderten in der Politik Meister ist.

Parallel mit dem Aufsteigen des Zentrums läuft aber zweifellos auch ein solches der Schichten, auf die es sich stützt. Noch ist der protestantische Konfessionsteil dem katholischen insgesamt an Wohlstand, an kulturellem Besitz, an Einfluß der führenden Schichten in Deutschland überlegen. Aber zweifellos sind die deutschen Katholiken, auf das Ganze gesehen, wirtschaftlich, sozial und geistig stark vorwärtsgekommen. Die Selbstvorwürfe über die „Inferiorität (Unterlegenheit) der deutschen Katholiken", die einst aus ihrem Lager laut wurden, sind längst verstummt. Im deutschen Katholizismus herrscht eine Tätigkeit und geistige Regsamkeit, über die man nur immer wieder staunen muß. Kein Wunder, wenn er im Verein mit seiner zielbewußten Geschlossenheit das Höchste erreicht. Wer die Statistiken über unsere höheren Schulen kennt, weiß, wie stark der katholische Prozentsatz an Schülern ständig zugenommen hat, vor allem bei den Gymnasien, also bei den Schulen, die immer noch zum großen Teil die führenden Berufe stellen. Eine außerordentliche Tätigkeit durch kirchlich geleitete Schülerpensionate und private Lehranstalten unterstützt diesen Zugang und organisiert ihn, aus den untern, unbemittelteren Schichten, insbesondere aus dem Landvolk. Daraus wachsen die kirchlich und politisch zuverlässigen Leute in die leitenden Stellen im Volk hinein. Schon heute ist das Aufsteigen der katholischen Schichten in die staatlichen Beamtenstellen im Verhältnis zu früher ein ganz außerordentliches. Und doch stehen wir erst am Anfang dieser Entwicklung, die ihre Erklärung in dem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg des katholischen Volksteils findet, der eben auch an der allgemeinen gewaltigen Entwicklung Deutschlands seit Gründung des Reichs teilgenommen hat. Er ist zurzeit der geschlossenste und stärkste Faktor auf dem innerpolitischen Schachbrett. Er ist sich heute seiner Kraft, seiner Bedeutung, seiner Macht bewußt geworden. Hier liegen die allgemeinen Grundlagen, auf denen das Zentrum seine so erfolgreiche politische Laufbahn vollziehen konnte.

Hier liegen aber auch die Kräfte, welche die innere Wandlung des Zentrums bewirkt haben, die ja nicht minder groß ist als sein äußerer Aufstieg. Schichten, die die wirtschaftlich und kulturell emporsteigen, können auf die Dauer nicht in unfruchtbarer Opposition, in Verneinung der positiven Staatsaufgaben gehalten werden. Sie werden reif für positive Betätigung. Sie wollen Anteil an der Macht, am Leben des Staates. Der Staat mit seinen zwingenden Notwendigkeiten, das nationale Leben weist seine Macht an ihnen und zieht sie in sein Leben und zur Mitarbeit an seinen Aufgaben hinein. Dieser Umschmelzungsprozeß hat sich am Zentrum vollzogen. Der Aufstieg des einst unter die Reichsfeinde geworfenen Zentrums bis zum höchsten Amt im Staat war doch nur dadurch möglich und wird, von der deutschen Mehrheit, wenn auch nicht mit Freuden begrüßt, so doch ertragen und verstanden — noch vor ein

Digitized by Google

paar Jahren wäre das einfach für undenkbar erachtet worden! — weil das Zentrum sich endgültig unter den deutschen Staatsgedanken gestellt und sich in das gemeinsame Leben der Nation eingeordnet hat. Der Krieg hat das endgültig entschieden. Er hat die volle nationale Zuverlässigkeit der deutschen Katholiken erhärtet. Es kann niemand mehr an ihr zweifeln. Das ist doch auch ein gewaltiger Triumph des Staatsgedankens. Er hat sich als die starke Macht erwiesen, die das Trennende der Konfessionen überwindet. Daß heute das Zentrum seinen vollen Anteil an der Regierung haben kann und sogar seinen Mann an der Spitze, ist ein Zeichen dafür, daß wir in Deutschland doch beginnen, die Politik nicht mehr aus ideologischen Gesichtspunkten zu machen, sondern praktisch, positiv, national. Was für ein gewaltiger Gewinn an innerer Geschlossenheit und Kraft der Nation für jetzt und für später! Und wie nötig werden wir ihn brauchen können!

Keine Partei wird in ihrer Position stärker und geschlossener aus dem Krieg hervorgehen als das Zentrum. Seine großen Erfolge werden das Selbstbewußtsein seiner Schichten mächtig stärken. Das wird für die nächste Zukunft nach dem Krieg sicherlich dem Zentrum auch parteimäßig zugute kommen. Es wird mehr denn je seine Leute hinter sich haben. Ob auf die Dauer, bleibt abzuwarten. Seine stärkste agitatorische Kraft hat es aus dem Gegensatz, aus dem Kampf, aus dem Minoritätscharakter des katholischen Volksteils geholt, aus dem Kampf mit einem Staat, der die Katholiken von der Macht ausschließe, zurücksetze, sie ihre Kirche in ihrer Freiheit beschränke. Wie es damit auch sein mag, jedenfalls hat es nicht gehindert, daß in derselben Zeit der deutsche Katholizismus und seine Kirche in Deutschland eine Position erringen konnten, wie in keinem Land der Welt. Nach dem Fall des Jesuitengesetzes, nach dem Eintreten des Zentrums in die Regierung, nach seiner Teilnahme an der Macht und seinem Aufstieg bis zur höchsten Stelle des Reichs wird man kaum mehr sagen können, daß der Katholizismus in Deutschland verfolgt, zurückgesetzt oder minderen Rechtes sei. Es soll auch nicht so sein, in keinem Punkt. Diese Entwicklung muß und wird sich zu Ende vollziehen. Sie wird zunächst das Zentrum vermutlich noch weiter stärken. Es wird in Positionen eintreten, die ihm bisher versagt waren. Aber im weitern Verlauf wird sie doch zur Folge haben, daß manche Volkskräfte, die bisher im Zentrum konfessionell gebunden waren, politisch aber eigentlich nach links gehören, frei werden und mit dem Nachlassen der konfessionellen Spannung eine rein politische Orientierung nehmen. Wer es, unbeschadet aller Verdienste, die das Zentrum politisch hat — und es hat solche, gerade auch jetzt — trotzdem nicht für ein Glück halten kann, daß wir in Deutschland eine große konfessionelle Partei mit einer beherrschenden Stellung im öffentlichen Leben haben, der wird eine solche Entwicklung begrüßen müssen. Die große Position, die das Zentrum jetzt hat entspricht dem Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat, in dem wir uns befinden. Noch ist die Linke parlamentarisch nicht stark und breit genug, um den letzteren zu tragen. Aber

Digitized by Google

ſie wird es werden. Dann wird auch das grundſätzlich Gegenſätzliche, das die Notwendigkeiten der Kriegszeit zurücktreten laſſen, wieder herauskommen. Dann werden ſich erſt die Wege zwiſchen links und rechts ſcheiden. Der heutigen Übergangszeit wie auch der Natur des Zentrums, das Kräfte von beiden Seiten in ſich vereinigt, und auch ſeiner parlamentariſchen Stärke entſpricht es, daß es jetzt führt. Das beweiſt: Auch das Zentrum weiß, daß der Weg in Deutſchland jetzt endgültig nach links geht. Darnach hat es ſich entſchieden.

Das Ende des kolonialpolitiſchen Zeitalters

Von Karl Hoffmann

Wie betrachten dieſe Arbeit als Diskuſſionsartikel. Red.

Immer noch bewegt ſich das Kriegsziel in den verſchiedenen Gruppen unſeres Volkes in den alten Vokabeln! Die einen wollen Machterweiterung im Weſten und andere im Oſten, manche wollen beides und ein Teil will gar nichts von beiden. Jedoch alle ſind ſich einig darin, daß die Wiederaufnahme unſerer alten Kolonialpolitik ſich von ſelber verſteht. In einem ſchönen Schützenfeſtpathos nennt man das „Sicherung unſerer Grenzen in Oſt und Weſt und Überſee", wobei ſich ein jeder denkt, was er Luſt hat. In dem unbeirrten Glauben an eine Selbſtverſtändlichkeit liegt für den Willen ohne Frage ein Schwerpunkt. Die Wiederherſtellung und Weitergeſtaltung unſerer ehemaligen Kolonialmacht iſt das einzige Ziel, um das ſich die Stimmung des Volkes mit einem gewiſſen Einmut gruppiert, und dieſes Ziel ſcheint ein Schwergewicht unſerer politiſchen Entwicklung in ſich zu ſammeln. Rückt aber dieſes von neuem hinaus in die Kolonialpolitik, dann läge zum wenigſten die Möglichkeit vor, daß unſere ſpätere Zukunft ganz und gar in jenem Zug zur Schöpfung überozeaniſch angelegter, interkontinental gedachter und ausgeführter „Weltreiche" aufgehen könnte, von dem wir die europäiſchen Völker ſeit vier oder fünf Jahrhunderten mehr und mehr ergriffen ſehen. Und es iſt die Frage, ob es nun richtig ſein würde, wenn wir unſere ganze Zukunft, über die der Ausgang dieſes Krieges entſcheidet, auf eine ſolche Entwicklungsrichtung hinlenken wollten.

In einem kürzlich erſchienenen Buche, das ich ſchrieb[1], wird dieſe Frage verneint. Meine Arbeit geht von dem Gedanken aus, daß überhaupt jene ganze Periode der Geſchichte Europas, die mit dem Zeitalter der Entdeckungsfahrten begann und von dort aus durch die allenthalben ſich ausbreitende Neigung zur Bildung interozeaniſcher kolonialer Weltreiche gekennzeichnet wird, ihrem ſichtbaren Ende ſich nähert, weil ein anderer, ihr innerlich fremder Imperialismusgedanke ſich ihr entgegenzuſtellen beginnt und weil außerdem — was materiell vielleicht das Entſcheidende

[1] Karl Hoffmann, Das Ende des Kolonialpolitiſchen Zeitalters. (Grundzüge eines wirtſchaftsorganiſchen Genoſſenſchafts-Imperialismus.) Bei Friedr. Wilh. Grunow in Leipzig, 1917.

Digitized by Google

wäre — den ganzen Charakter ihres Wirtschaftsdaseins allmählich die inneren wirtschaftspolitischen Grundvoraussetzungen entfallen werden. Letzten Endes beruht der Sinn aller Kolonialwirtschaft auf einem Nutznießungsrecht, auf einem Vorrecht des nicht selbst produzierenden Nießbrauchs durch das „Mutterland". Der Anspruch auf dieses Vorrecht hängt innerlich mit einer Wirtschaftsgesinnung zusammen und wird von ihr getragen, die überhaupt und grundsätzlich den Vertrieb und die Vermittlung der Güter höher bewertet als ihre Erzeugung, d. h. für die sich das Schwergewicht der wirtschaftlichen Leistung aus der Produktion in den Handel verschob. Stets sind die Kolonialstaaten zugleich Handelsstaaten gewesen, die ihr Kolonialwesen als materielle Unterlage benutzten: die Kolonialländer haben zu produzieren, damit der Herrschaftsstaat ihnen die Güter entnimmt, um sie für sich und seinen gewinnsteigernden Vertrieb zu verwerten. Nun aber können wir bereits jetzt und gerade auch ganz besonders in dem Arbeitsleben unserer eigenen Nation[1] die ersten Anzeichen einer anderen Wirtschaftsepoche bemerken, in welcher der anerkannte und ausschlaggebende Wert der wirtschaftlichen Leistung aus dem internationalen Handel heraus und wieder in ihre ursprüngliche natürliche Grundlage, die Produktion, hinrücken wird.

Der neue Imperialismusgedanke ist dieser: Die Möglichkeit kolonialpolitischer „Weltpolitik", d. i. einer Weltgeltung durch das überozeanische und interkontinentale System bisherigen Stils, muß mit der Voraussetzung stehen und fallen, daß die Geschicke der anderen Erdteile sich nach wie vor in dem Schicksal und in den inneren Machtverhältnissen Europas verknüpfen und von ihnen abhängen. Wer es noch nicht wußte, daß dergleichen nun wirklich aufgehört hat, der möge sich etwas näher um den politischen Geist Ostasiens kümmern und noch einmal Wilsons „Botschaften" lesen. Die anderen Kontinente setzen dem Europäertum gegenüber ihre Selbstbehauptung und eine organisch bedingte Entwicklungskraft durch und wollen vor allem ihre eigentümlichen Kulturkreise, die alten und die neugeschaffenen, zu Machteinheiten gestalten. Selbst das gewaltigste europäische Kolonialreich, das gleichsam eine Vollendung und Selbstüberwindung der alten Geschichtsperiode bedeutet, das englische Reich, ist auf dem besten Wege, sich von innen heraus zu verwandeln, um der Machtausdruck einer weißen und vom echten Europäertum losgelösten Menschheitsgruppe zu sein. Aus solchen Resultaten der universalistischen Kolonialpolitik, der gruppenweisen Entstehung neuer weißer Volkseinheiten auf außereuropäischen Kontinenten, gehen die Keimkräfte zur neuen Imperiumsbildung hervor.

Daß diese neue Imperiumsbildung der kommenden Zeit sich mit jenem neuen Wirtschaftscharakter anfüllen und auf ihm aufbauen wird, erscheint mir als ein Entwicklungsgesetz. Die neuen Imperien werden nicht nur danach trachten, abgeformte

[1] Vergl. meinen Artikel „Die Schwerindustrie und der Reichtum an Bodenschätzen" in Nr. 455 der „Post", der als Vorabdruck aus dem genannten Buche erschien.

Digitized by Google

Kulturkreise zu sein, sondern die Kulturkreise werden aus sich, aus ihrer materiellen Gliederung und organisch bedingten Weiterentfaltung wirtschaftspolitische Machteinheiten darstellen wollen, deren Stärke in der Selbständigkeit der Produktionswirtschaft liegt. Und wendet man nun diese große entwicklungsgeschichtliche Wandlung auf unsere gegenwärtige Sorge um die Kriegsziele an, so entsteht am Ende die Frage, ob und wie wir aus dem Kriege ein Ergebnis zu sichern vermögen, das in der kommenden Weltlinie verläuft und dem neuen Imperialismusgedanken sowohl, wie dem künftigen Wirtschaftscharakter in gleicher Weise einigermaßen entspricht. Dieses Ergebnis erblicke ich in der Verwirklichung des Mitteleuropa- und Berlin-Bagdad-Gedankens. Er würde die machtpolitische Wiedergewinnung und Verselbständigung Innereuropas bedeuten und auf dem Wege des Ausgleichs, der Anpassung und wachsenden Intensität der inneren Entfaltung wenigstens in den wesentlichen Zügen eine produktionswirtschaftliche Einheit erzeugen. Und indem sie das tut, würde sie gleichzeitig diese macht- und wirtschaftspolitische Einheit in ihren inneren, gewissermaßen anatomischen Bau durch eine neue und der zwangweisen Beherrschung entgegengesetzte imperialistische Methode hervorrufen: durch die Methode des genossenschaftlichen Imperialismus, der auf gegenseitiger Haftung in einer Gemeinbürgschaft unter den Verbandsstaaten des Bundessystemes beruht.

In diesem Widerstreit zweier verschiedener Geschichtsperioden, einer vergehenden und einer kommenden, die in dem Gegensatz zwischen dem Mitteleuropa- und Berlin-Bagdad-Gedanken und der überseeischen Kolonialpolitik des bisherigen Stils in die Erscheinung treten, sitzt der Kern des Problems. Die Entscheidung über dieses Problem löst zugleich alle einzelnen Fragen, soweit diese gleichsam theoretisch gelöst werden können.

Ich sprach ein paarmal absichtlich von der Kolonialpolitik „des bisherigen Stils". Denn es handelt sich nicht darum, ein für allemal den Kolonialbesitz zu beseitigen und auf ihn zu verzichten. Nur käme es prinzipiell darauf an, eine solche Kolonialpolitik zu betreiben, wie sie durch den europäisch-vorderasiatischen Weltmachtgedanken in folgerichtiger Lebenserweiterung hervorgebracht wird und sozusagen durch ihn beglaubigt werden kann. In anbetracht der naturhaft gegebenen Zusammenhänge zwischen Vorderasien und dem inneren und mittleren Afrika — man hat oft mit dem Finger auf sie gewiesen — ist es vielleicht nicht schwer zu begreifen, daß die bekannte Idee eines mittelafrikanischen Kolonialreiches diese Kolonialpolitik sein könnte und wahrscheinlich sein müßte. Ein Kolonialfachmann, der kaiserliche Bezirkshauptmann a. D. Major Walter von St. Paul-Illaire, hob in einem längeren Aufsatz des „Deutschen Kuriers" (Nr. 312 und 316) diese praktische Übereinstimmung der Tendenz meiner Schrift mit heute vorwiegenden kolonialpolitischen Bestrebungen hervor, indem er etwa bemerkte, daß die vermeintliche aggressive Tendenz meines Buches schließlich nur auf bloßen Worten beruhe. In der Afrikapolitik sähe die andere, also

Digitized by Google

seine Partei eine koloniale Tätigkeit, ich aber nur eine erweiterte europäische Tätigkeit, und beides käme auf eins heraus. Dieser Ausdruck von der erweiterten europäischen Tätigkeit, der nicht von mir, sondern von dem Verfasser des genannten Aufsatzes stammt, ist meiner Ansicht nach so treffend und schlagend, daß ich mich beinahe ärgern könnte, ihn nicht selber gefunden zu haben. Herr von St. Paul-Illaire meint weiterhin, daß also die von mir aufgestellte Konfliktsfrage „Entweder — Oder" in Wahrheit nicht gelte, sondern durch die gemeinsame Forderung eines „Sowohl — Als auch" ersetzt werden müsse. Bei aller Selbständigkeit, die dieser Aufsatz der kolonialpolitischen Denkweise wahrt, behandelt er meine Auffassung mit einer eingehenden Sympathie, für die ich ihm danke, und trotzdem möchte ich doch lieber auf dem Entweder — Oder beharren. Darin hat mich der Artikel „An der Schwelle einer neudeutschen Kolonialpolitik" von Dr. Karstedt bestärkt, der jüngst in Nr. 50 der „Grenzboten" erschien. Mit einer gewissen feindseligen Höflichkeit rückt Dr. Karstedt eine nachdrückliche Ablehnung meiner Schrift in den Mittelpunkt der gegen alle „Kontinentalpolitik" gerichteten Front seiner Arbeit. Auch hier tritt es wieder zutage wie in der handgreiflichen Praxis der Kriegs- und Friedensbedingungen eine Verständigung zwischen beiden Seiten leicht möglich sein würde; aber nur um so mehr wird es deutlich, daß bloß eines von beiden die Hauptsache und die Grundrichtung darstellen kann. Denn es handelt sich um die entscheidende Frage, was Zweck und was Mittel sein soll.

Karstedt urteilt gewissermaßen als Kaufmann, der die Geschäftslage der nächsten Zeit überblickt, und sieht dabei auf den Plan Mitteleuropa und Berlin-Bagdad mit einer unverhohlenen Geringschätzung herab. Es mag immerhin einleuchtend sein, daß die wichtige Frage der Rohstoffbeschaffung für manche Industriezweige, die von der Ausfuhr leben, für die nächsten Jahre und vielleicht auch Jahrzehnte durch einen rein hierauf eingestellten und in seiner Art rücksichtslosen Erwerb an Kolonialbesitz am bequemsten gelöst werden kann. Aber die Frage geht nicht nur um ein paar Jahrzehnte, sondern um eine ursprüngliche Festlegung unserer ganzen politischen Zukunft, die wahrscheinlich für ein bis zwei Jahrhunderte gilt. Gerade diese ständige Abhängigkeit des Verstandes und der Gefühle von der sogenannten Weltwirtschaft des internationalen Handelsgeschäfts beweist es von neuem, daß hier die Unversöhnlichkeit zweier grundverschiedener politischer Denksphären waltet. Es sei ferne von mir zu bezweifeln, daß diese Leute die schwarz-weiß-rote Flagge durchaus auf wildfremden und den entlegensten exotischen Küsten flattern sehen möchten, sehr gute Deutsche sein mögen; aber sie fühlen sich als „Überseer" und haben ganz gewiß aufgehört, Europäer zu sein. Die strenge und unerbittliche Scheidung beider Grundrichtungen ist unbedingt nötig, soweit neuerdings anstelle der gleichsam planetarisch richtigen Weltreiche jene völlig andere Kraft der Imperiumsbildung sich durchsetzt, die Kraft einer Imperiumsbildung, die von innen her wächst und sich formt. Und wo

Digitized by Google

es sich um die inneren Lebensnotwendigkeiten einer Weltwende handelt, reden jene Leute, deren Liebe immer noch an dem planetarisch richtigen Weltreiche hängt, in einem fort von Baumwolle und Kraftfuttermitteln.

Am gefährlichsten für diese unausweichbare Zeitenwende und für unser künftiges Dasein in ihr wäre eine Erneuerung unserer Machtbestrebungen am pazifischen Ozean und in der Südsee. Denn diese pazifische Politik, deren Hoffnungslosigkeit in den ersten Monaten des Krieges sich offenbarte, müßte abermals Konfliktslagen für uns erzeugen, die ganz außerhalb der Wirkungssphäre des neuen Weltmachtgedankens sind, den der Krieg in die unverbogene Natur unseres Willens gesenkt hat. Es gilt, Klarheit zu schaffen. Durch die einseitige Schroffheit der Fragestellung sollte der Widerspruch der Südseemänner mit herausgefordert werden, weil er eben zu erwarten war, und er blieb auch nicht aus. Anfang Dezember hat die „Koloniale Korrespondenz" an die Presse einen Artikel verschickt, der unter den führenden Zeitungen, soweit ich es bemerken konnte, wenigstens mit einem Teil seines Umfangs im „Hamburgischen Korrespondenten" (Abendausgabe vom 3. 12. 17.) Aufnahme fand. Dieser Artikel hat einen gewissen symptomatischen Sinn. Soweit er sich mit meinem Buche sachlich beschäftigt, nörgelt er herum an dem Begriff der wirtschaftlichen „Autarkie" und übersieht es vollkommen, daß es nur auf eine Abstellung der Vorherrschaft merkantiler Gesichtspunkte und auf eine Sicherstellung der wichtigsten produktionswirtschaftlichen Grundlagen ankommt. Eine absolute Autarkie gibt es in Wirklichkeit nirgends; sogar die Union, die gegenwärtig von allen wirtschaftlichen Weltmachtgebilden das selbständigste ist, bleibt mit ihrem Kautschukbedarf auf die Einfuhr verwiesen und mit ihrer vollen landwirtschaftlichen Leistung vom deutschen Kali abhängig. Aber jene Einwendung betrifft auch gar nicht die eigentliche und tieferliegende Absicht. Die tieferliegende Absicht geht darauf hinaus, bei einer jeden Gelegenheit, die sich nur bietet, den ganz unschätzbaren Wert unserer Türkenpolitik mit der Bagdadlinie zu verdächtigen. Man will ihn nun einmal nicht zugeben, weil man ihn fürchtet. Die Tendenz des Artikels entschleiert sich in folgender Stelle: „Es ist bekannt, daß die Türkei danach strebt, nach dem Kriege wieder alle europäischen Völker zur wirtschaftlichen Betätigung in ihrem Lande zuzulassen. Wohl fördert sie bis zum gewissen Grade die kulturell und wirtschaftlich vorbildliche Arbeit der Deutschen in ihrem Reiche. Sie hat aber noch keinerlei Neigung gezeigt, sich mit uns zu einem erweiterten Mitteleuropa zu verbinden. Mit anerkennenswerter Offenheit geben die Türken zu, daß ihre asiatische, insbesondere die mesopotamische Bevölkerung noch jahrelanger Schulung bedürfte, um den Aufgaben moderner Wirtschaftspolitik gerecht zu werden." Hängen wir der Katze die Schelle um, so besagt dieser diplomatisch gewundene Abschnitt: man will die Türken gegen uns mißtrauisch und uns gegen die Türken gleichgültig machen, damit aus den mitteleuropäisch-vorderasiatischen Plänen nichts wird.

Digitized by Google

Und würden wir alle tropischen Schätze der Südsee gewinnen und unser Verbandsverhältnis zur Türkei einbüßen, dann wäre dieser Krieg für uns gänzlich verloren. Denn allein durch unseren Bund mit dem türkischen Reiche erhält der Mitteleuropagedanke seinen vollen Wirtschafts- und machtstrategischen Wert. Erst Vorderasien, an dem wir durch dieses Verbandsverhältnis mitinteressiert würden, gewährt die erforderliche Produktionsstärke der erweiterten und in ihrem Innern umgeschalteten Wirtschaft; und es ist beim besten Willen kaum zu verstehen, wie eine monomanische Leidenschaft für Palmenkerne und Kopra das nicht einsehen kann. Freilich scheint der Bund mit den Türken die Reinheit des Gedankens vom einheitlichen „Kulturkreise" etwas zu stören, aber er bereichert ihn gleichzeitig durch gegenseitigen Austausch an geistigen Gütern. Und er führt das neuerwachte Selbstbewußtsein unseres Europäertums wieder auf seine längst vergessene ursprüngliche Heimat zurück, auf die „Alte Welt" und ihre viel Jahrtausend alte Gemeinschaft. Der Ursprung und Anstoß der abendländischen Kultur kam aus der Antike. Die Produktivität des hellenischen Volkes war nicht rein autochthon; wir wissen jetzt, daß es die ersten Beispiele und Anregungen aus Vorderasien empfing. Von dieser vorderasiatischen Urkultur unseres Erdkreises ist die islamische Kultur bloß ebenso eine spätere Ausstrahlung, wie auch — nach mancherlei Umwegen — die abendländische Gesittung davon eine Ausstrahlung ist.

Erst durch die Türkei und Vorderasien bekommt der mitteleuropäische Vierbund den geographischen Zusammenhalt der alten Kontinente, das natürliche Zentrum der Alten Welt, in die Hand, und erst damit öffnet sich uns eine Aussicht auf die Sicherheit wahrhaft weltpolitischer Wirkungen. Nur ein Segment dieses Wirkungskreises würde dereinst unsere Afrikapolitik sein. Sie dürfte jedoch nicht nur nach dem jeweiligen Rohstoffbedarf orientiert werden, sondern nach ganz bestimmten strategischen und kulturpolitischen Plänen hätte sie sich zu richten. Daß dann allerdings das äußerste Ziel dieser innerlich umgestellten Kolonialpolitik letzten Endes auf eine Einbeziehung des gesamten afrikanischen Kontinents in die Sphäre innereuropäischer Macht mit ihrer Idee von der Alten Welt — im Gegensatze zur Neuen Welt und zur britisch-angelsächsischen Menschheit — hinausgehen und dieses Ziel bestenfalls in zwei Jahrhunderten durchgeführt werden könnte, dies darf uns nicht schrecken. Denn eine jede Nation, die ein weltmachtpolitisches Führervolk sein will, muß sich überhaupt eine Aufgabe stellen. Eine Aufgabe, die sein Schicksal und die Leistungen seiner Kraft für lange Geschlechterreihen bestimmt. Auch in den auswärtspolitischen Programmen der Engländer und des russischen Reiches lassen sich ganze zweihundert Jahre hindurch zäher Wille und Plan, Zielbewußtsein und Folgerichtigkeit wiedererkennen. Und haben wir nicht den Mut zu unserer Aufgabe und zu einem solchen Programm, so bleiben wir irgendein Volk, dem es vielleicht gut geht, doch wir werden nie zu einer großen Nation.

Digitized by Google

Deutschlands Schuld und Pflicht gegen das Auslanddeutschtum

Von O. Sperber, Berlin

Die Kriegsjahre haben uns auf Schritt und Tritt gelehrt, wieviele Werte für Deutschland und das deutsche Volkstum außerhalb Deutschlands Reichsgrenzen liegen, zum großen Teile noch verborgen und ihrer sach- und zweckmäßigen Nutzbarmachung harrend. Wenn nun auch der Krieg diese Tatsachen klar hat erkennen lassen, herrscht dennoch über die Wesensart und den tatsächlichen Wert des Auslandsdeutschtums in Deutschland noch immer recht verworrene Begriffe und Ansichten vor. Wie weit solche Begriffsverwirrungen gehen, konnte man Anfang 1917 aus den Reichstagsverhandlungen deutlich erkennen. Als im Reichstage die Frage des Auslandsdeutschtums besprochen wurde, durfte ein hoher Offizier nahezu widerspruchslos die Behauptung aufstellen: „Die Auslandsdeutschen seien nur Deutsche zweiter Güte, weil sie ausgewandert seien."

Allein dieser Vorgang beweist die politische Rückständigkeit unserer Reichsvertreter auf diesem Gebiete.

In Wirklichkeit wäre es in wirtschaftlicher, wie auch kultureller Beziehung für Deutschland nicht nur höchst wünschenswert, sondern sogar dringend notwendig, daß solche Ansichten und Auffassungen endlich als nicht stichhaltig gebrandmarkt werden und aus dem öffentlichen Leben verschwinden.

Es muß Gemeingut des deutschen Volkes werden, daß das Auslandsdeutschtum in der Welt, das ungefähr 30 Millionen Deutsche umfaßt, sich heute nur aus einer verschwindenden Minderheit abgewanderter Reichsdeutscher zusammensetzt, in der Hauptsache aber aus im Auslande längst bodenständigen Deutschen besteht. Rußland, Siebenbürgen, die Vereinigten Staaten, Brasilien, Chile nebst vielen anderen Ländern weisen deutsche Kolonien auf, die Generationen hindurch sich ihr Deutschtum erhalten haben. Dies ist um so anerkennenswerter, als Deutschland sich bisher um die Erhaltung und Förderung des Deutschtums in allen diesen Kolonien wenig und gar nicht bekümmert hat, wohl aber damit sehr zufrieden war, daß alle diese fortlaufend als die Pioniere deutscher Kultur, des deutschen Handels und Wandels in den fremden Ländern tätig waren. Niemals hätte der deutsche Außenhandel den Aufschwung nehmen können, wenn nicht das Auslandsdeutschtum bewußt und unbewußt diesem so außerordentlich als seine Pioniere hätte fördern helfen. Leider ist es aber auch eine feststehende Tatsache, daß durch die Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit Deutschlands selbst ein großer Prozentsatz der Auslandsdeutschen dem Deutschtume ganz verloren gegangen ist und anderen Völkern als Kulturdünger dienen mußten anstatt Kulturträger, Kulturförderer und Kultursucher dort zu werden.

Digitized by Google

Heute nun, wo Deutschland im Kampfe mit einer Welt von Feinden steht, abgeschnitten von allen Verbindungen mit dem Auslande, hat das Auslandsdeutschtum aber unendlich viele Beweise beigebracht, daß ihm deutsche Wesensart durchaus nicht so fremd geworden ist als hier in der alten Heimat vielfach angenommen wird. Noch viel größere und praktischere Dienste werden die Auslandsdeutschen aber Deutschland erst nach Kriegsbeendigung leisten können, wenn es gilt, das zerstörte deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzubauen und den Außenhandel wieder aufleben zu lassen. Die Nutzbarmachung der Auslandsdeutschen in diesem Sinne allein wird es in vielen Fällen ermöglichen, zerrissene Handelsverbindungen wieder herstellen zu können. Die richtige Ausnutzung und Anwendung des Auslandsdeutschtums wird auch den angedrohten Wirtschaftskrieg unserer heutigen Feinde vielfach in Bahnen ablenken, daß die bösen Absichten dieser oft genug wirkungslos verpuffen werden.

Die Zukunftsaufgaben Deutschlands gegenüber dem Auslandsdeutschtume gehen aber noch viel weiter.

In erster Linie muß das Deutsche Reich dafür umfassende Vorsorge treffen, daß die kommenden Generationen des Auslandsdeutschtums in der Zukunft nicht nur dem Deutschtume erhalten bleiben, sondern diesen auch Gelegenheit geboten wird, in kulturell-politischer Hinsicht wirkliche Kulturpioniere desselben zu werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird man sich in Deutschland allerdings zu der Ansicht bekehren müssen, „daß man in der alten Heimat das Auslandsdeutschtum nicht nur vom rein politischen Standpunkte aus betrachtet und betrachtet wissen will, sondern es im Sinne der Auslandsdeutschen selbst lediglich vom rein wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkte aus betrachten darf".

Hat man sich zu dieser Auffassung in den maßgebenden Kreisen Deutschlands erst einmal durchgerungen, dann wird auch die Erhaltung und Weiterverbreitung des Deutschtums im Auslande auf viel weniger Schwierigkeiten stoßen wie bisher. Ganz besonders ist es notwendig, daß den Auslandsschulen von der alten Heimat mehr Beachtung und Unterstützung gewährt wird und zwar nicht nur in rein materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht. Sehr wünschenswert und angebracht würde es sein, wenn man dafür sorgen wollte, besondere, für das Auslandsdeutschtum zugeschnittene Bücher der deutschen Geschichte, Literatur usw. herzustellen. Das Auslandsdeutschtum bietet gerade auf diesem Gebiete ein unglaublich großes und dankbares Wirkungsfeld. Um die Wichtigkeit desselben zu verstehen, muß man sich klar machen, daß ein sehr bedeutender Teil der Auslandsdeutschen oder deren Vorfahren, sofern es sich bereits um die in der Fremde bodenständig gewordenen Deutschen handelt, aus den allereinfachsten Kreisen unserer Landbevölkerung stammen. Die Schul- und Allgemeinbildung dieser war zumeist sehr mangel- und lückenhaft, so daß sie die moderne Wesensart Deutschlands nicht kannten, geschweige gar dessen historische Ent-

Digitized by Google

wicklung und Daseinsberechtigung. Die mangel- und lückenhafte Schulbildung der nachgekommenen Generationen im Auslande konnte naturgemäß auf diesem Gebiete erst recht nicht ausgleichend wirken. Aus diesem sehr einfachen Grunde war besonders das bodenständig gewordene Auslandsdeutschtum auch gar nicht in der Lage, kulturell und aufklärend auf seine fremdsprachigen und andersrassigen Mitbewohner einzuwirken.

Zur Erhaltung und Verbreitung des Auslandsdeutschtums ist es aber auch notwendig, daß Schule und Kirche von der alten Heimat aus mehr beachtet und gepflegt werden. Vor allen Dingen sollte Deutschland in möglichst umfassender Weise für gut durchgebildete Lehrer sorgen, die an den Auslandsschulen ihre Tätigkeit ausüben.

Gleich wichtig wie die Schule ist aber auch die Kirche für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums im Auslande. (Siehe unsern Artikel: Peters, „Die Triebkräfte des Deutschtums in Amerika".) Es hat sich hundertfach bestätigt, daß überall dort, wo eine straffe Kirchenorganisation bestand, das Deutschtum am besten gepflegt wurde. Deutschland sollte bei den kirchlichen Unterstützungen im Auslande das bisher zumeist verfolgte System fallen lassen, nach dem nur diejenigen Kirchengemeinden der Unterstützung für würdig erachtet wurden, die sich der preußischen Landeskirche anschlossen. Die katholischen Kirchen, wie auch die der verschiedenen Sektierer, wie Mennoniten u.a., gingen zumeist leer aus, obwohl diese ebenfalls nicht nur im Interesse der deutschen Kultur und Sprache tätig sind, sondern sehr häufig in der Pflege des Auslandsdeutschtums sich ganz hervorragend hervorgetan haben. Man sollte daher von Deutschland aus dafür umfassende Vorsorge treffen und allen den bisher so stiefmütterlich behandelten Gemeinden durch das Gegenteil beweisen, daß das heutige moderne Deutschland ein wirklicher Hort der Toloranz ist.

Gleichwichtig ist es, für die Verbreitung guter deutscher Musik unter den Auslandsdeutschen zu sorgen. Hierbei handelt es sich viel weniger darum, für Verbreitung unserer guten klassischen und modernen Musik zu sorgen, sondern vielmehr um die weitere Bekanntmachung guter deutscher Volksmusik und Volkslieder, wenn man deutsche Wesensart in den breiten Schichten der Auslandsbevölkerung bekannt machen will, um den deutschen Charakter dort richtiger einschätzen und beurteilen zu können. Hierbei sollte man sogar noch weiter gehen und einzelne typische deutsche Lieder in fremden Sprachen verbreiten. Wie angebracht dies wäre, dafür hat uns die heutige Kriegszeit vielfache Beweise erbracht. Das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" ist trotz seiner Harmlosigkeit von unseren Feinden zu einer sehr erfolgreichen Verhetzung gegen Deutschland weidlich ausgenutzt worden. In der ganzen Welt ist man daher auch heute davon überzeugt, daß das Lied alleine schon den Beweis in sich einschließe, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft. Einzelne Auslandsdeutsche haben die Gefahr dieser feindlichen Verhetzung auch erkannt und nach

Digitized by Google

Möglichkeit für eine sinngemäße Übersetzung dieses Liedes in fremden Sprachen gesorgt. Mir selbst fiel zufällig eine solche in spanischer Sprache in die Hand, was in mir den Entschluß reifen ließ, für eine möglichst weite Verbreitung des Liedes durch Musikautomaten zur Aufklärung Sorge zu tragen. Leider fand ich hier in Deutschland dafür gar kein Verständnis, obwohl ein paar tausend Musikplatten viel mehr Aufklärung und Erfolg gehabt hätten als Tonnen von bedrucktem Papier, die zur Aufklärung hinausgesandt worden sind und dort nicht verstanden wurden.

Anschließend an die Verbreitung guter deutscher Musik muß auch des Theaters gedacht werden. Auch auf diesem Gebiete läßt sich im Auslande für die Verbreitung deutscher Kultur und deutschen Geistes noch ungemein viel tun. Hin und wider sind ja schon in dieser Hinsicht einzelne Vorstöße gemacht worden, doch fehlten diesen zumeist noch immer die wirksame Kraft, um durchzudringen, da sie von der alten Heimat aus nicht genügend unterstützt waren. Wirkliche Künstler und erfahrene Fachleute müssen zur glücklichen Durchführung solcher Pläne herangezogen werden, denen es mit ihrer Kunst und ihrem Berufe wirklich Ernst ist. Durch Halbheiten und Stümpereien wird mehr verdorben als genützt.

Aber auch damit ist noch lange nicht genügend getan, um das Auslandsdeutschtum in der Zukunft zu der wirksamen Kraft umzugestalten, wie sie Deutschland besonders nach dem Kriege so notwendig gebrauchen kann und wird. Aus diesem Grunde muß auch der deutschen Auslandspresse von der alten Heimat aus mehr Beachtung gewidmet werden.

Gerade der Krieg hat Deutschland den Beweis erbracht, daß die deutsche Auslandspresse vollkommen machtlos war, und ihr keinerlei Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung standen, um sich auf die eine oder die andere Weise Einfluß und Respekt zu verschaffen. Selbst die auch in Deutschland gut bekannten großen deutschen Zeitungen in den Vereinigten Staaten, deren Einfluß ausnahmlos bisher weit überschätzt wurde, haben gegen den Lügenfeldzug der amerikanischen Presse vollständig versagt. Wäre die deutsche Auslandspresse früher schon von der Heimat aus besser unterstützt worden, dann hätte ihr nicht nur mehr Kapital zur Verfügung gestanden, sondern auch die nötigen technischen Hilfsmittel, sowie die Achtung und der Einfluß, die zur Durführung eines solchen Kampfes unbedingt notwendig sind. Millionen wären dadurch gespart worden, die Deutschland im Interesse der Aufklärung jetzt während des Kriegs hat ausgeben müssen.

Wahre Idealisten findet man als Leiter deutscher Zeitungen im Auslande, wo man solche in der alten Heimat wahrscheinlich selbst vergeblich suchen würde. Unter ganz unglaublichen Mühen und Entbehrungen suchen diese das Deutschtum hochzuhalten, deutsche Kultur zu verbreiten und dem deutschen Wesen Ansehen und Respekt zu verschaffen. Wenn ihnen dies bisher nicht in dem Maße gelungen ist, wie es nötig erscheint und ihnen selbst vor Augen schwebt, so trifft die Leiter der Zeitungen zumeist

Digitized by Google

viel weniger die Schuld daran wie die unglaubliche Gleichgültigkeit der maßgebenden Kreise hüben wie drüben, die berufen gewesen wären, an dem Auf- und Ausbau dieser Bestrebungen mitzuhelfen. Man sollte sich vor allen auch in der alten Heimat die Anzeigen in den deutschen Auslandszeitungen vielmehr angelegen sein lassen. Das dürfte sowohl im Interesse der Kräftigung der Auslandspresse, als auch der Inserenten liegen, die hierdurch ihre Absatzmöglichkeiten erweitern könnten.

Die deutsche Auslandspresse hingegen sollte es sich angelegen sein lassen, von ihrer Heimat regelmäßig wahrheitsgetreue Spiegelbilder aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben zu bringen, die den großen Zeitungen in Deutschland als brauchbare und zuverlässige Unterlagen für publizistische Arbeiten dienen können. Heute legen die Mehrzahl der deutschen Auslandszeitungen viel zu viel Wert auf Lokalklatsch, während die Vorgänge wirtschaftlicher, politischer und kultureller Natur zumeist kaum gestreift werden. Die erwähnten Spiegelbilder würden aber auch zugleich eine sehr wichtige Aufklärungsarbeit in Deutschland selbst über fremde Länder leisten, wodurch manch bedauerliches Mißverständnis hüben wie drüben im Interesse des Deutschtums und der deutschen Kultur sich in Zukunft vermeiden lassen würde.

Nun muß auch noch der deutschen Vereine im Auslande gedacht werden. Wir Deutsche sind ja zu Hause wie auch im Auslande als Vereinsmeier bekannt. Leider decken sich die vielfach recht hochtrabenden und vielversprechenden Namen dieser nicht mit ihren tatsächlichen Leistungen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß in vielen Vereinen der Auslandsdeutschen deutsches Wesen ganz oder teilweise verschwunden ist, obwohl gerade sie die Berufensten wären, Erhaltung und Verbreitung des Deutschtums zu fördern. Der Gründe, die solche bedauerlichen Tatsachen herbeigeführt haben, gibt es gar viele, aber einer der hauptsächlichsten ist und bleibt dennoch, daß sich die amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches im Auslande der Förderung des geselligen Lebens der Auslandsdeutschen nicht so angenommen haben, wie dies ihre englischen, französischen, amerikanischen Kollegen selbst taten und noch tun. Würden die deutschen Diplomaten, Konsulen und sonstigen amtlichen Personen im Auslande sich öfters einmal der Mühe unterziehen, und wäre es auch nur auf ein halbes Stündchen, die Versammlungen der deutschen Vereine zu besuchen, die deutsche Sprache und deutsche Sitten und Gewohnheiten würden in vielen Vereinen auch heute noch mehr gepflegt und gehegt werden. Leider aber fanden diese amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches zumeist nur ihren Weg nach den Eliteovereinen und mieden förmlich jene, von denen sie wußten, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder wohl ihrer Abstammung nach Deutsche, politisch jedoch Bürger ihres neuen Heimatlandes sind.

Solche Unterschiede zu machen sollten in Zukunft streng vermieden werden, da sie eine sich fortlaufend vergrößernde Gefahr für das Fortbestehen und die Ausbreitung des Deutschtums in sich einschließen. Hier kann man sich wirklich einmal die Fran-

Digitized by Google

zosen, Engländer, Amerikaner u. a. m. zum Vorbilde nehmen, die überall erscheinen, wo Geselligkeit, Erhaltung und Verbreitung ihrer völkischen Eigenart gepflegt wird. Was tut nicht allein die „Alliance Francaise“ im Auslande zur Erhaltung und Verbreitung der französischen Sprache und wie erfolgreich ist sie damit bisher gewesen. Mehr als jede andere Vereinigung im Auslande ist sie besonders bestrebt, durch Vorträge bekannter Landsleute, sowie durch die Anwesenheit ihrer Diplomaten auf das Publikum anziehend einzuwirken. Die deutschen Diplomaten und sonstigen amtlichen Persönlichkeiten im Auslande glänzen zumeist bei den Durchschnittsveranstaltungen der deutschen Vereine durch Abwesenheit. Durch derartige Zurückhaltungen genießen daher die deutschen Auslandsvereine auch durchweg nicht das Ansehen und die Bedeutung bei den Landesbewohnern, wie es im Interesse des Deutschtums wünschenswert und der Fall sein würde, wenn die amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches durch ihr öfteres Erscheinen ihnen selbst mehr Bedeutung und Geltung verschaffen wollten.

Notizen

Die Anerkennung der Ukraine. Als zu Beginn des Krieges von unserer Zeitschrift auf die Bedeutung der ukrainischen Frage für die Entscheidung im Osten aufmerksam gemacht wurde, fand dieser Hinweis bei Regierung und Öffentlichkeit allgemeine Ablehnung. Diese Stellungnahme änderte sich erst, als die Revolution die Ukraine in den Brennpunkt der russischen Geschehnisse stellte. Heute kann auch der größte Skeptiker nicht mehr an der Existenz dieses Volkes zweifeln, das drauf und dran ist, sich wieder nach jahrhundertlanger Knechtschaft einen eigenen Staat zu zimmern. Sitzen doch neben den maximalistischen Vertretern auch ukrainische Unterhändler am Konferenztisch in Brest-Litowsk, die sowohl vom Vierbunde, als auch von den Maximalisten in Petersburg als gleichberechtigte Unterhändler anerkannt sind. Damit ist der ukrainische Staat nach dem von Kühlmann zitierten Urteil des amerikanischen Staats-Gerichtshofes international ins Leben getreten. Für Deuschland ist dadurch die nicht unebene Lage entstanden, die Verhandlungen an zwei Enden anpacken zu können. Je mehr sich Trotzki in uferlose Reden über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Notwendigkeit der vorherigen Räumung der besetzten Gebiete verliert, scheint sich der Schwerpunkt der praktischen Verhandlungen auf die Besprechungen mit der Ukraine zu verschieben. Das dürfte nicht nur nicht ein Nachteil sein, sondern eher sogar ein Vorteil, weil immer sichtbarer wird, daß die maximalistische Herrschaft nur eine vorübergehende Erscheinuug ist, während die ukrainische Regierung, die sich auf alle Schichten der Bevölkerung stützt, von Tag zu Tag an innerer Festigkeit zunimmt. Ist doch der Versuch, Lenins und Trotzkis, in der Ukraine eine maximalistische Gegenrada zu schaffen, völlig gescheitert, so daß sich die Petersburger Machthaber schließlich gezwungen sahen, die von der Rada gesandten ukrainischen Vertreter in Brest-Litowsk anzuerkennen. Die Schwierigkeiten der deutsch-ukrainischen Verhandlungen liegen aber bei Österreich-Ungarn, da bei den Ukrainern starkes Mißtrauen gegen die Donaumonarchie herrscht. Hegt man doch dort die Befürchtung, daß die Habsburger Monarchie gar zu ausschließlich polnisch orientiert sei. Bei dem starken historisch erklärlichen ukrainisch-polnischen Gegensatze muß es daher unsere Aufgabe sein, die ukrainisch-österreichische Spannung zu beseitigen, die bekanntlich wegen der Frage der Zukunftstellung Ostgaliziens im Bestande der Donaumonarchie entstanden ist. Ohne diesen Stein des Anstoßes zu beseitigen, wird es schwer halten, zu einem glatten Er-

Digitized by Google

gebnis bei den Verhandlungen mit den Ukrainern zu gelangen. Bei der Wichtigkeit der ukrainischen Frage für die Ausgestaltung des Ostens — handelt es sich letzten Endes doch darum, wohin in der Zukunft die 30 Millionen Ukrainer zu buchen sein werden — ist zu hoffen, daß unsere Vertreter unter allen Umständen die ukrainische Ernte in die Friedensscheuern bringen werden, sollte auch Herr Trotzki noch einmal Lust verspüren, den Konferenztisch zu verlassen.

A. S.

Französische Warnungen vor Annexionen in der Türkei. In der fünften Senatskommission äußerte sich (nach „Journal officiell" vom 31. 12.) der Abgeordnete Aubry wie folgt: An sich würden wir mit unseren demokratischen Ideen die Gründung eines großen arabischen unabhängigen Reiches mit Freuden begrüßen, wir fürchten aber den mohammedanischen Fanatismus, der die wunderbaren Werke Englands und Frankreichs in Indien, Ägypten und an der ganzen nordafrikanischen Küste bedrohen kann. Zurzeit darf man an die Lösung dieser schwierigen Fragen noch nicht gehen, aber einige Einwände kann man doch schon erheben. Zunächst würde man in den lange unterdrückten Ländern nicht die geeigneten Leute für die Organisation des neuen Reiches finden, und die im Auslande befindlichen Landesangehörigen dürften kaum mit der Aussicht auf eine unsichere Zukunft in die Heimat zurückkehren wollen. Jegliches wirtschaftliche Arbeitsfeld würde uns bei der Anarchie, die entstehen würde, verloren gehen. Daneben haben aber auch England und Frankreich auf alle Bewegungen in der islamitischen Welt wegen der Rückwirkung auf ihre Kolonien zu achten.

Daher muß, wie schon aus diesen Gründen hervorgeht, zunächst abgewartet werden: die Erklärung der Unabhängigkeit Syriens und Palästinas wäre ebenso nutzlos und gefährlich wie die alsbaldige Festsetzung von Einflußsphären und Annexionen durch Geheimverträge. Die Entscheidung muß nach Gerechtigkeit, Billigkeit, Recht der Völker und im Interesse des Weltfriedens geschehen. Sicher aber ist, daß der Zionismus einen unmöglichen Zweck verfolgt: denn eine jüdische Herrschaft in Palästina wäre für die anderen Volkselemente unerträglich.

Alte Diplomatie gegen Nationalitätenprinzip. „New Europe" vom 13. Dezember 1917 nennt den Lansdowneschen Brief: „einen Versuch, das dynastische Prinzip und seine Magd, die alte Diplomatie, vor dem drohenden Angriff der Demokratie und des Nationalitätenprinzips zu retten." Das ist karrikiert, in der Tat aber ist der Lansdowneschе Brief ein Versuch in letzter Stunde zur Rettung der europäischen Kultur. Wird dieser Krieg bis zum Weißbluten ausgekämpft, so bedeutet das den Bankrott der Staatskunst, und dies bringt revolutionäre Zuckungen in allen Ländern. Deutschland wird am wenigsten betroffen werden, aber verschont bleiben wird es nicht, wenn wir nicht nur im Osten, sondern auch im Westen von der Nachbarschaft der „unordentlichen Demokratie" betroffen sind. Lord Lansdowne hat Führergedanken; solche gibt es in Deutschland auch. Wo aber ist die Führerkraft, nach der sich heute alle Menschen mit europäischem Gewissen, und es gibt deren Millionen, sehnen?

Headlam über die deutschen Liberalen. Man liest nicht ohne Beschämung die Worte, die der englische Historiker Headlam in „New Europe" vom 15. Dezember 1917 zur Charakterisierung der deutschen Liberalen findet:

„Wir kennen von alters her diese deutschen Liberalen — gelehrt, doktrinär, behaglich, gern argumentierend, die ein Jahrhundert lang geredet, geplant, geschrieben und diskutiert haben, aber das, woran es ihnen beständig gefehlt hat, das ist das Handeln. Wir sehen Ideen, Velleitäten, Absichten, aber weder Willen, noch Entschlossenheit. Ihre eigenen Organe haben wiederholt darauf hingewiesen. Die Energie der Propaganda, die Initiative im Handeln findet sich nicht bei ihnen, sondern bei ihren Gegnern."

England und der Friede. Über die innere Lage Englands schreibt der Londoner Pazifist

Digitized by Google

William Georg Kerridje in dem Blatt „Die Versöhnung" bemerkenswerte Worte: In England hat sich bisher, außer den ausgesprochenen Pazifisten und dem linken Flügel der Sozialisten, niemand, weder Volk noch Regierung, wenn man unterscheiden darf, mit der Idee eines „Verständigungsfriedens" versöhnt. Einen solchen Frieden nennt man in England einen „deutschen" Frieden. Käme er zustande, so würden die Deutschen gesiegt haben — so meinen die Engländer. Angesichts dieser Grundverschiedenheit zwischen den englischen und den deutschen Friedensstimmungen scheint kein Ausweg möglich. England scheut sich überhaupt, jetzt auf Friedensverhandlungen einzugehen, denn die militärische Lage der Entente ist im Augenblick zu ungünstig. Soll also die Unbereitwilligkeit Englands nicht viel eher als die Bereitwilligkeit Deutschlands den wirklichen Beweis von Schwäche erbringen? Das kaum; denn die Engländer glauben immer, sie seien an potentieller Kraft den Deutschen überlegen. Augenblicklich ist die Entente zu schwach, einen Frieden vorzuschlagen, der ihr genügt, aber nicht so schwach, daß sie auf einen deutschen Verständigungsfriedens einzugehen brauchte.

Neuerscheinungen

Kriegsliteratur

Die Kriegsliteratur ist trotz Papiernot und der Klagen der Verleger, das das allgemeine Interesse daran erloschen sei, noch immer im Schwange. Nur die Bücher der Daheimgebliebenen über den Krieg sind seltener geworden. Und das ist kein Schade, zumal dafür die Bücher der Mitkämpfer zahlreicher geworden sind. Die beschäftigen sich nicht oft mit dem Kriegführen selbst. Meist dringen nur Äußerungen des Menschlichkeit, der geistigen Arbeit oder der Sehnsucht nach geistiger Tätigkeit, Versuche geistiger Zerstreuung in die Heimat. Die „Seele des Soldaten im Felde" wird daraus lebendiger als aus allen den Studien, die nach Erich Everths ausgezeichnetem Versuch ein Bild von der inneren Haltung der Frontsoldaten zu geben suchen (wie aus der letzten, äußerlichen Kopie der Everthschen Skizze durch Leutnant Ph. Stein „Der Soldat im Stellungskampf" Verlag Eisenschmidt, Berlin).

Von einem dichterisch begabten, jungen empfänglichen Menschen gesehene Bilder aus dem Krieg werden aus dem Nachlaß eines Gefallenen unter dem Titel „Morituri" von der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, veröffentlicht. Die Gedichte des im Kriege schnell bekannt gewordenen Arbeiterdichters Heinrich Lersch werden (zusammen mit einigen anderen Flugheften) als schön ausgestattete Flugblätter rheinischer Dichtung im Salm-Verlag zu Köln herausgegeben. Die Kriegszeitungen treten auch hier oft anregend oder als Herausgeber auf. Der Kriegszeitung für das Marinekorps an Flanderns Küste danken wir einen „Flandern-Almanach auf das Jahr 1917", der eine Auswahl von Gedichten und Aufsätzen aus der Kriegszeitung bringt und durch Zeichnungen und Reproduktionen, vor allem durch flandrische Städteansichten verschönt ist. Der Verlag der Liller Kriegszeitung gibt eine neue Sommerlese (der Auslese fünfter Band) durch Hauptmann Paul O. Hoecker heraus, ebenso ein drittes lustiges Büchel. Geschichtliche und Gegenwartsbilder aus dem eroberten Kurland sind im zweiten Band der Sammlung „Kurland in der Vergangenheit und Gegenwart" unter dem Titel: „Aus dem eroberten Kurland" gesammelt. (F. Würtz, Berlin Steglitz.) Gegen die französischen Vorwürfe, daß Deutschland die antiquarisch und künstlerisch wertvollen Bestände französischen Bodens mißachte, zeugt der Katalog, den im Auftrag eines Armee-Oberkommandos der Leutnant Frhr. v. Hadeln bei Julius Wolf, Stuttgart, herausgegeben hat. Auch für den, der nicht das Museum sehen kann, ergibt sich daraus ein geschlossenes Bild des Museums „Au pauvre diable" zu Maubeuge, in das die aus St. Quentin und Umgebung geretteten Kunstwerke gebracht worden sind. Französische Meister des 18. Jahrhunderts, insbesondere La Tour, französisches Mobiliar und Kunsthandwerk sind gesammelt und, wie einige Bilder aus dem Museum zeigen, mit rückhaltloser Liebe aufgestellt und gewürdigt. „Flandrische Erde" (M. 3.—, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart), ein Band Erinnerungen an die Kämpfe, die Städte und Landschaft Flanderns läßt die einfachen Soldaten zu Wort kommen, die dabei gewesen sind und davon erzählen können. Mit dem Regiment Hamburg führt das Kriegstagebuch von Otto Ahrends (einem scharfen Beobachter und anschaulichen Schilderer) nach Frankreich hinein. (Ernst Reinhardt, München 1917.) Die Feldzugsberichte der Zeitgenossen erwecken für die Tagebücher und Zeugnisse von Teilnehmern an früheren Kriegen neues Interesse. So werden nicht nur als Beiträge zur Kriegs- und Kulturgeschichte der Rheinbundzeit, sondern auch als Niederschlag des Kriegserlebens die „Kriegserlebnisse nassauischer Soldaten in den Jahren 1806—14" (H. Stadt, Wiesbaden) Leser finden. Bilderbücher aus dem Kriegs-

Digitized by Google

gebieten erscheinen bei G. Stalling, Oldenburg. Das VII., IX., X. Armeekorps und des XXV. Reservekorps sind bis jetzt vertreten. „Durch Siebenbürgen und Rumänien" führen Schilderungen und Bilder, Zeichnungen und Photographen von Albert Reich (Lucas-Verlag, München). Reich ist mit dabei gewesen, hat vor allem für das deutsche Siebenbürgen Interesse gehabt und sich dann auch in die rumänische Landschaft gut eingesehen. Der Maler Ernst Liebermann gibt sechs Studien von der Front im Stiftungsverlag, Potsdam, heraus. M. 1.20.

Den geistigen Neigungen der Kämpfer im Felde passen sich jetzt auch die Gaben der Heimat ins Feld an, so das Buch von Karl Foerster „Vom Blütengarten der Zukunft". (Furche Verlag, Berlin.) Aus der neuzeitlichen Gartenentwicklung werden farbige und viel einfarbige Bilder aus Gärten und Bilder mit wundervollen Blumen vorgelegt. „Die Menschen in den Lazaretten und Gefangenlagern, denen dieses Buch zugeeignet ist," so schreibt der Herausgeber, „werden nicht lächeln über seinen allzu friedlichen, allzu beschaulichen Inhalt, sondern sie werden daran denken, daß sie nach der Rückkehr aus diesem letzten europäischen Kriege die feierliche Tiefe und seelische Nährkraft stiller, weltweiter Freuden andächtiger erleben werden, als es jemals auf Erden geschehen ist." Diese Worte sind schön wie der Inhalt des Heftes.

Einen Einblick in die religiöse Welt gewähren einige Bücher von Theologen aus dem Felde und der Heimat. Über den Feldgottesdienst stellt der Frontoffizier Paul Gerhard Lehmann Betrachtungen an. (Vandenhoek & Ruprecht, Göttingen.) Die Schrift ist ein Niederschlag persönlicher Erfahrungen, die unter dem Gesichtspunkt gesehen sind: „Die Gemeinde des Feldgottesdienstes ist spröde, kritisch und stumm, sie ist nicht für viele Worte empfänglich und macht selbst nicht viel Worte über ihre Frömmigkeit. Aber es ist eine Gemeinde mit starken persönlicher Erlebnissen und gewohnt, daß große Leistungen von ihr verlangt werden. Darum ist sie empfänglich für eine große Wahrheit, auch wenn sie starke Anforderungen in sich schließt." Drei katholische Geistliche haben sich unter der Führung des Bischofs von Speyer, Dr. Michael von Faulhaber, zusammengetan, um ihre Feldpredigten, sachlich geordnet, zu einem Buche zu vereinigen. („Das Schwert des Geistes", Herder, Freiburg.) Der Herausgeber bezeichnet selbst die gemeinsamen Grundlinien dieser Andachten: „Sie wollen die Seelen stark machen für die militär'schen Aufgaben, dabei aber das Hauptziel ihrer Seelsorge, das ewige Heil der Seele, klar und sicher im Auge behalten. Sie wollen vor in dem Sinne kanzelfertig sein, daß sie zum Nachdenken und Weiterdenken anregen und namentlich durch die Anknüpfung an die jeweiligen Erlebnisse und Seelenstimmungen der Kameraden ergänzt werden." Über die Tätigkeit einer Pfarrgemeinde im Krieg, ihre Fürsorge für die Heimat und für die Leute im Felde schildert Ina Maria Lünemann („Unsere Pfarrgemeinden und der Krieg", Volksvereins-Verlag, M.-Gladbach, M. 1.—). Über die Möglichkeiten und Früchte ihrer Tätigkeit in der Zukunft und ihre guten Hoffnungen spricht die Schrift von L. Weichert „Der Weltkrieg der Mission" (Bertelsmann, Gütersloh M. 1.—).

Auch die Literatur der Heimat ist nicht mehr so kriegerisch in ihren Äußerungen wie seither. Sie wäre es noch weniger ohne die Kriegsberichterstatter: Karl Rosner, der unter dem Titel „Vor der Siegfriedstellung" Bilder aus den Frühjahrskämpfen 1917 vereinigt (Aug. Scherl, Berlin) und Sven Hedin, der, was er in Bagdad, Babylon, Ninivé, vor Kut-el-Amara und am Euphrat gesehen hat, in einer vorläufigen Skizze zusammengefaßt. (F. A. Brockhaus, Leipzig, M. 1.—.) Mit dem Namen Hindenburgs deckt sich eine Sammlung von Kriegssinnsprüchen von Hans von Esenbeck (mit Bildnissen von sechzehn „deutschen Männern". Lehmanns Verlag, München.) Unter dem Schutze der Autorität Hindenburgs wagt Karl Leyst eine Zusammenstellung Napoleon mit Hindenburg („Napoleon oder Hindenburg", Braunbeck, Berlin, M. 2.—), in der (naturgemäß für einen Panegyriker) Napoleon den Kürzeren zieht. „Nur mit Majoritäten und Kraftvergeudung hat er seine Erfolge erzielt, durch lügenhafte Reklame vergrößert." „Der überragende Genius des deutschen Helden stellt den französischen Eroberer tief in den Schatten." „Im Vergleich zu Tannenberg ist Austerlitz heute nichts mehr als ein anständiger Pappenstiel." Durch den Titel „Hindenburg als Generalstabschef" sucht eine kleine Anekdoten- und Nachrichtensammlung von Ernst Walter sich Beachtung zu sichern. (Verlag A. Mehlhorn, Charlottenburg, M. 1.—.)

Getrost sehen lassen kann sich dagegen die Arbeit der Heimat nur da, wo sie sich um gründliche Feststellungen und Bearbeitungen der Tatsachen bemüht. So wird die E. von Seydlitzsche Geographie, dessen klassisch gewordenes Handbuch in 26. von E. Oehlmann besorgter Bearbeitung vorliegt, für den Krieg durch einen kleinen Anhang „Kriegsgeographie" glücklich ergänzt, der, von den Herausgebern des Handbuches verfaßt, die geographischen Grundlagen für das Verständnis der Kriegsschauplätze und der politischen und wirtschaftspolitischen Zusammenhange gibt. (Verlag Ferd. Hirt, Breslau.) Eine chronologische Übersicht über die Taten der Flotte im dritten Kriegsjahre gibt Dr. S. Toeche Mittler „Das dritte Jahr im Kampf zur See" (E. S. Mittler, Berlin.) Eine Statistik über den

Digitized by Google

U-Bootkrieg enthält „U-Boot, Englands Tod!“ von Leonh. Steinwäger (J. F. Lehmann, München.) Oberst Egli gibt seine Eindrücke zur Reise an die Isonzofront im März und April 1917, die zuerst in den „Basler Nachrichten“ erschienen, in einem besonderen Heft heraus. (Verlag Schultheß, Zürich, M. 1.50.) Egli begründet die Herausgabe damit, daß der Ausgang der zehnten Isonzoschlacht seinem Urteil „über die Stärke der Verteidigung dieser seit mehr als zwei Jahren von den Italienern immer wieder mit großer Kraft und Ausdauer angegriffenen Front des österreichischen Heeres recht gegeben hat.“ Dr. Paul Michaelis hat eine Reihe schöner anschaulicher Stimmungsbilder über Kurland und Litauen unter dem Titel „Kurland und Litauen in deutscher Hand“ herausgebracht. (Fritz Würtz, Berlin-Steglitz.) Das Leben der Heere, die Wirkung der aufbauenden Tätigkeit der Deutschen werden aus den Schilderungen lebendig, Wesen und Kultur, politische und wirtschaftliche Voraussetzungen des Landes, Blicke in die Vergangenheit und Forderungen an die Zukunft stehen klar nebeneinander gegliedert. Volkstümliche Schriften über das Flugwesen erscheinen in Velhagen & Klasings Volksbüchern. Ein Heft behandelt das deutsche Kriegsflugwesen in seiner Entwicklung und in seiner Tätigkeit; ein anderes die deutschen Heldenflieger, die man in Bild und Wort beisammen hat (M. 1.60 und —.80.) Die Arbeit der „Frau in der Kriegsbeschädigtenfürsorge“ würdigt Freifrau v. Bissing unter den Grundsatz: „Je menschlicher und natürlicher wir uns die Frauenmitarbeit an der Kriegsbeschädigtenfürsorge denken, je weniger wir einen großen Apparat, eine selbständige Sache daraus machen wollen, sondern lediglich alles ausnutzen, was vorhanden ist, und ausbilden, was ausbildungsfähig ist, desto besser wird unsere Arbeit wirken, weil sie eben die Betätigung einer Persönlichkeit an anderen Persönlichkeiten darstellt und aus dem Einfluß der einzelnen Persönlichkeiten die Fortdauer gewährleistet wird.“ (Verlag Leopold Voß, Leipzig.) Aus den volks- und kriegswirtschaftlichen Tatsachen und Zahlen der drei Kriegsjahre entwickelt ein für Deutschland erfreuliches günstiges Bild eine bei B. G. Teubner, Leipzig, erschienene Schrift „Tatsachen und Zahlen“.

Um die „Diplomatie im Weltkrieg“ sieht man weiterhin Dr. Ernst Müller-Meiningen, M. d. R., bemüht, der sein umfassendes Werk dieses Titels, einen politischen Führer durch die Weltkrisis 1914/17, mit einem zweiten Bande fortsetzt, der sich hauptsächlich mit Italien und dem Balkan, mit Rumäniens Eintritt in den Krieg, mit Polen, den Friedensnoten, dem U-Bootkrieg und der Haltung der Vereinigten Staaten beschäftigt und die Dokumente in sorgsamer Auswahl und in kritischer Beleuchtung widergibt. Die Aufsätze des Berliner Historikers Friedrich Meinecke werden unter dem Titel „Probleme des Weltkrieges“ von R. Oldenbourg, München, herausgegeben. Die Farbe des Augenblicks, in welchem sie entstanden sind, ist erhalten geblieben, aber in ihrer Gesamtheit spiegeln sie nun um so schärfer die politische Anschauung des deutschen Historikers, der durch seine Vorurteilslosigkeit und Willen zur Erkenntnis die Würde des Standes vorbildlich gewahrt hat. Das Deutsch-Südamerikanische Institut veröffentlicht eine im August 1915 abgeschlossene Schrift des Südamerikaners Juan P. Ramos (Prof. in Buenos-Aires) „Die Bedeutung Deutschlands im europäischen Kriege“ (Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart). Deutschlands Größe, Energie, Organisation wird hohes Lob gezollt. Die „Konfessionelle Militärstatistik“ wird von R. E. May einer Kritik unterzogen (J. C. B. Mohr, Tübingen), die den Wert aller jüdischen Militärstatistiken, aber auch den Wert aller statistischen Erhebungen auf diesem Gebiete überhaupt in Frage stellt: „Die ‚Verwendungsfähigkeit‘ der Angehörigen der einzelnen Konfessionen läßt sich nach ihrer Zahl, nach ihrem Prozentsatz im Heere, nach der Zahl ihrer Verwundeten und Gefallenen und ihrer militärischen Verwendungsfähigkeit allein nicht beurteilen. Die Kreise der drei Konfessionen sind drei Ringe, die fest ineinander geschweißt, Glieder einer Kette bilden, die gerade dadurch, daß jedes sich an einer Stelle befindet, für die es sich ganz besonders eignet, unzerreißbar ist, einer Kette, die die Feinde rings umher bisher vergeblich sich bemühen zu durchbrechen, und gegen die sie auch künftig vergeblich anstürmen werden, wenn ihre Glieder sich als ein untrennbares Ganzes empfinden. Goethe hat einmal auf den Streit, wer der größere von beiden sei, er oder Schiller, geantwortet: ‚Was streitet ihr euch darüber, freut euch, daß ihr zwei solche Kerle habt.‘ So möchte ich zur Frage, welche von den drei Konfessionen für die Vaterlandsverteidigung den größten Wert hat, antworten: „Freut euch, daß ihr die drei Konfessionskreise habt, ihr habt sie alle drei nötig.“

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 1. Februar 1918 • Heft 5

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Hertlingsche Rede steuerte den mittleren, den Bethmannschen Kurs, der naturnotwendig dazu führen mußte, daß das Land Bethmann verlor.

Über die innere Gesinnung Hertlings kann kein Zweifel sein. Seine Politik hat ethische Impulse. Seine Kriegsziele sind mit dem Prestige auch der feindlichen Völker vereinbar. Aber die große Politik ist heute die Kunst des Ausdrucks. Wir sehen in seiner Rede noch immer den deutlichen Wunsch, den Burgfrieden zu erhalten, Worte zu wählen, Stimmungen zu erzeugen, welche die Brücke zu den Gegnern des Ministeriums Hertling-Payer schlagen. Das mag richtig sein vom Standpunkte parlamentarischer Bequemlichkeit, aber unsere Weltgeltung sollte schwerer wiegen.

Wir sind aus der Periode des Daseinskampfes heraus. Wir kämpfen um mehr als unsere Existenz. Deutschland muß den Entschluß fassen, allgemeine Menschheitsziele in seinen nationalen Willen aufzunehmen, sonst werden wir im besten Falle eine große kleine Nation.

*

Von finnländischer Seite wird uns geschrieben:

Bei der Festvorstellung im Helsingforser Landestheater, zu der auch der französische Konsul eingeladen war, stand auf dem Programm des musikalischen Teiles auch ein „Jägermarsch" angeführt. Dieses scheinbar unschuldige Wörtlein begann den französischen Konsul nervös zu machen. Er witterte wohl nicht mit Unrecht dahinter den Marsch des finnländischen Jägerbataillons, das bekanntlich an den Kämpfen an der Ostfront teilgenommen hat. Er verlangte daher die Absetzung dieser politischen Programmnummer. Als im Publikum dieses Attentat auf das nationale Lied bekannt wurde, trat es energisch für das sofortige Abspielen des Marsches ein. Die Erfüllung des Wunsches quittierte es darauf mit dem Absingen der „Wacht am Rhein", welches Lied der französische Konsul vorzog, nicht anzuhören.

*

Der Reichkanzler Michaelis hat einmal im Hinblick auf eine unzweideutige Erklä-

Digitized by Google

rung über Belgien das unglückliche Wort gebraucht, sie wäre eine Konzession. Wer so denkt, der darf nichts über Belgiens Freigabe auch nur andeuten. Deutschland ist nicht in der Situation, daß es den Gegnern öffentlich Konzessionen zu machen braucht. Das hieße nur die Feinde ermutigen. Für denjenigen aber, der Deutschlands Sendung begriffen hat, ist die Erklärung über Belgiens Freigabe nicht ein Zugeständnis an die Feinde, sondern eine Forderung des eigenen politischen Gewissens und nationalen Wohls.

*

Aus der Rede von Sir Auckland Geddes im Unterhause zitieren wir die folgende Stelle:

„Ausschließlich ein psychologisches Unheil in unserem oder einem der alliierten Länder, ähnlich dem, das über Rußland gekommen ist, kann die Mittelmächte retten."

Im Leitartikel des „Manchester Guardian" vom 8. Januar heißt es:

„Wir fürchten die brutale Annexionspolitik weit weniger, als die subtilen Pläne der deutschen und österreichischen maßvolleren Gruppen."

*

Man bewundert immer mehr die politische Stoßkraft der Vaterlandspartei. Gewisse Überzeugungen bilden sich bei uns heraus, werden fixe Ideen. Es fügen sich Gruppen zusammen, die danach handeln und nicht ruhen, bis sie an maßgebenden Stellen ihren Willen wiederholt und in intensiver Form zum Ausdruck gebracht haben. Ihre Argumentationen sind meist nicht durchdacht. Die Majorität des Volkes steht nicht hinter ihnen, aber sie haben den Glauben, daß sie im Recht sind, und sie haben vor allen Dingen durch jahrelange Erfahrung die Überzeugung gewonnen, daß es im politischen Kampfe keine unüberwindlichen Hindernisse gibt.

Wie anders ihre Gegner! Sie umkleiden so häufig die Weigerung irgendeiner Regierungsstelle, dieses oder jenes zu tun, mit der Würde eines Naturgesetzes. Oft halten sie es gar nicht für nötig, persönlich aufzutreten, sondern begnügen sich mit einer Denkschrift oder mit einer Formulierung in einer Zeitschrift. Ist die Formulierung besonders glücklich, so kommt ein großes Behagen über sie, wie über Menschen, die nach einer gelungenen Tat sich eine wohlverdiente Ruhe gönnen.

Das Volk aber will nicht nur Wegweiser haben: Wer Ohren hat, der hört heute seinen Hilferuf nach Führern.

*

Die österreichischen Vorgänge waren der Aufschrei eines führerlosen Volkes, das nach einer bestimmten Richtung will und nicht weiß, wie es ans Ziel gelangen soll. Dieser Drang ist auch in Deutschland vorhanden.

Deutschland ist geschützter gegen gewaltsame Zuckungen, als irgendein anderes kriegführendes Land durch den Charakter seines Volkes und durch die Festigkeit seiner Traditionen.

Digitized by Google

Aber wir dürfen die unheimliche Kraft der seelischen Ansteckung nicht unterschätzen.

Die deutsche Staatskunst hat es in der Hand, die Ansteckungsgefahr ein für allemal auszuschalten. Es bedarf nur einer Führertat, um für den letzten großen Entscheidungskampf, den die Feinde uns aufzwingen, das Volk so einig, geordnet und willig zu machen, wie es zu Anfang des Krieges war.

*

Asquith sprach einmal das Wort vom „willing service" — vom willigen Dienst. Unter diesem Zeichen standen die ersten Augusttage, ja standen Jahre des deutschen Krieges. Es gab keinen erzwungenen Gehorsam, es gab nur Gefolgschaft. Wir erlebten in einer ungeahnten Weise die Bejahung des Gesetzes durch die Freiwilligkeit. Wer mit Bewußtsein diese nationale Kraftquelle verschütten will, ist ein Verräter. Wer darauf hinarbeitet, ohne zu wissen, was er tut, ist ein unbewußter Agent des feindlichen Auslandes.

*

Ein boshafter Beurteiler hat einmal vom deutschen Volke gesagt, es hätte kein Talent zur Dankbarkeit. Das ist ungerecht, aber die Daheimgebliebenen haben zweifellos die Gewohnheit angenommen, den Kriegsereignissen ohne die geziemende Spannung zu folgen. Viele sind seelentaub geworden gegen die Taten und Leiden ihrer kämpfenden Volksgenossen und nehmen es als etwas Selbstverständliches hin, daß sich das Waffenglück immer wieder an unsere Fahnen heftet. Wem es an Dankbarkeit fehlt, der sollte die feindlichen Zeitungen lesen.

*

Mitten in die Auseinandersetzungen im Hauptausschuß des Reichstags ist das Ergebnis der Nachwahl in Bautzen-Kamenz gefallen. Durch den Zeitpunkt, da dieses örtliche Referendum über die deutsche Politik stattgefunden hat, hob sich der an sich wenig entscheidende Vorgang, welche Partei das frei gewordene Mandat besetzen würde, zu großer politischer Bedeutung. Ein Wahlkreis, der seit über vierzig Jahren ununterbrochen im Besitz der Rechten gewesen war, der einzige, der 1903 der roten Sturmflut in Sachsen widerstanden hatte, ging mit einer beträchtlichen Mehrheit in den Besitz der Mehrheits-Sozialdemokratie über. Was bei dem Vorgehen der „Unabhängigen" in Oschatz mißlingen mußte, hat sich hier gebildet: eine Front derer, die für die Verteidigung des Vaterlandes alles leisten wollen, die sich aber ebenso gegen eine Politik der chauvinistischen Leidenschaften stellen. Ob Herr Uhlig oder Herr Herrmann in den Reichstag eintreten würden, war unerheblich, wichtig aber, ob die Bevölkerung zu einem „Generalfrieden" oder zur „Verständigung" sich bekennen würde. Sie hat unter Ausschaltung der Parteigegensätze diesen letzteren Weg gewählt. Das mag jenen Stimmen der Rechten eine Mahnung sein, die den gegenwärtigen Reichstag für längst überständig halten und nach Auflösung rufen — sie werden jetzt be-

Digitized by Google

scheidener sein. Der Vorgang ist aber ebenso wichtig für die Reichsleitung wie lehrreich für das Ausland.

*

Im Heer, in ganz Deutschland herrscht ein unerhörtes Vertrauen in die militärische Führung. Jedes Opfer, das verlangt wird, ist unvermeidlich. Nie ist starre Orthodoxie am Werk, welche die Klarheit der militärischen Entschlüsse trübt. Überall spürt der Soldat einen lebendigen und festen Willen. Deutschland weiß: Hinter allem Schweren und Großen, was draußen geschieht, steht ein starkes Verantwortungsgefühl.

In England bringt das Mißtrauen gegen den Feldmarschall Haig in die Massen, in die kämpfende Truppe. Ein englischer Minister kündigt für die kommende Kampagne an, daß die Verschwendung mit Menschenleben aufhören würde. Mag dieses Mißtrauen berechtigt sein oder nicht, es ist jedenfalls eine psychologische Tatsache, unter der die Moral der Truppe leiden muß.

*

Aber zur Kriegskunst gehört heute mehr als die vollendete Beherrschung der Strategie, Taktik und Organisation. Ein Freund stellt uns das folgende Zitat aus der Rede eines feindlichen Führers zur Verfügung:

Man muß nicht nur die bewaffneten Streitkräfte, sondern auch die Psychologie des Feindes bearbeiten.

Wien—Washington

Von Professor Dr. Ernst Jäckh

Das ist der neue Weg, ein neuer Versuch, das Morden der Menschheit im vierten Kriegsjahre einem Ende zuzuführen: der Versuch, zwischen Wien und Washington eine Verbindung zu finden, die für Berlin und London vorbereiten will. Präsident Wilson hat zuerst sein Angebot gemacht — in jener Note, auf die jetzt Graf Hertling und Graf Czernin geantwortet haben. Ein neutraler Diplomat hat Wilsons Gabe einer Birne verglichen, die schmutzig beschmiert sei, die aber — gereinigt und geschält — genießbar gemacht werden könnte. In Hertlings Herz scheint der Appetit danach lauer zu sein: „Der Anfang, Wilson auf den rechten Weg zu leiten, ist vielleicht gemacht" — meint er und fragt sich, „ob aus Wilsons Vorschlägen uns wirklich ein ernstlicher, ehrlicher Friedenswille entgegentritt?" — und hält schließlich für nötig: „er möge sein Programm nochmals revidieren!" Der Reinigungsprozeß, die Genießbarmachung der Wilsonschen „Birne" wird also Wilson selbst zugeschoben, nochmals nahegelegt ... Und Czernin will dabei helfen, säubern und schälen, damit eine schmackhafte Frucht daraus werde: ein förmliches „Friedensangebot" heißt Graf Czernin die Wilsonsche Note, und er nimmt „keinen Anstand, zu erklären, daß er in den letzten Vorschlägen des Präsidenten Wilson eine bedeutende Annäherung an den österreichisch-

Digitized by Google

ungarischen Standpunkt finde und daß sich unter den amerikanischen Vorschlägen einzelne finden, welchen wir sogar mit großer Freude zustimmen könnten"; und so gibt er zu wissen — und zwar in der gleichen Stunde in Wien und in Washington:

„Wie sich aus der Vergleichung meiner Ansichten und jener Herrn Wilsons ergibt, stimmen wir nicht nur in den großen Prinzipien, nach denen die Welt mit Abschluß dieses Krieges neu geordnet werden soll, im wesentlichen überein, sondern unsere Auffassungen nähern sich auch in mehreren konkreten Friedensfragen. Die Differenzen, welche übrig bleiben, scheinen mir nicht so groß zu sein, daß eine Aussprache über diese Punkte nicht zur Klärung und Annäherung führen könnte. Diese Situation, welche sich wohl daraus ergibt, daß Österreich-Ungarn einerseits und die Vereinigten Staaten von Amerika andererseits jene Großmächte unter den beiden feindlichen Staatengruppen sind, deren Interessen einander am wenigsten widerstreiten, legt die Erwägung nahe, ob nicht gerade ein Gedankenaustausch zwischen diesen beiden Mächten den Ausgangspunkt für eine persönliche Aussprache zwischen allen jenen Staaten bilden könnte, die noch nicht in Besprechungen über den Frieden eingetreten sind."

Washington erfährt diese Anregung eines zunächst zwischenstaatlichen Gedankenaustausches zwecks Anbahnung einer bald internationalen Aussprache in der gleichen Stunde (wie gesagt) wie Wien: dieses Vorgehen ist also technisch vorbereitet, und ebenso politisch. Das heißt: Berlin weiß vorher davon und ist einverstanden, und ebenso Konstantinopel und Sofia. Es gibt Leute in Berlin, die daraus eine „Wiener Führung" machen, die sie ablehnen, klagend über ein angebliches „Sich-ins-Schlepptau-nehmenlassen" Deutschlands. Diese Tonart ist eine alte Leier: auch zu Beginn der Politik weiland Graf Ärenthals hieß es so und schien es so — und es war nachher doch alles anders! Mit dem gleichen Recht könnten Leute in Wien darüber klagen (und tun es auch), daß Wien sich zum „Handlanger von Berlin" hergegeben habe... All das klingt nach Alltags-Phraseologie und nicht nach geschichtlicher Einsicht; nochmals: vergleiche Graf Ärenthal und Kiderlen-Wächter.

Also: Washington hat begonnen und Wien spinnt weiter, mit Wissen und Zustimmung des Vierbundes. Wien und Washington haben in den beiden Großmächtegruppen die geringsten Gegensätze: zwar ist auch zwischen ihnen schließlich eine Kriegserklärung erfolgt; aber zwischen ihnen allein ist es noch zu keiner Kriegführung gekommen. (Ausgenommen ist auch bisher Bulgarien, das aber nicht die Rolle Wiens übernehmen kann.) Drüben ist Washington die einzige Stelle, die den Londoner Antrag über die Verpflichtung zu nur gemeinsamen Friedensverhandlungen nicht mitgezeichnet hat. Ein Mandat Wiens und ein Gegenmandat Washingtons lassen sich schon verstehen; es braucht weder eine „Führung" noch einen „Handlanger" zu geben, es genügt der Vergleich mit Vorposten und Patrouillen, die auftragsgemäß

Digitized by Google

sich gegenseitig annähern und anfühlen. Die Vermittlungsversuche das Papstes wie Spaniens sind mißlungen, auch die des „neutralen" Wilson; vielleicht auch eben wegen der „Neutralität" aller dieser Stellen, die „man nicht deklinieren kann". Mag sein, daß der unneutrale, beteiligte Wilson bei den Teilhabern seiner Geschäftsgenossen eher Gehör finden kann, auch eher Gehör sich verschaffen will — eben weil er als Beteiligter auch Geschäftsunkosten zu tragen hat, amerikanische Kriegsschwierigkeiten spürt. Mag auch sein, daß Professor Wilson doch das gelernt hat, daß er endlich weiß, daß er von Deutschland nichts weiß: daß er einsieht, daß seine Beurteilung des Hauses Hohenzollern analphabetischer Unsinn war, und daß der demokratische Führer Payer in ein Parlamentarierkabinett Hertling—Payer—Friedberg mit der gleichen Überzeugung eingetreten ist, mit der ein Friedrich Naumann dem „Kaiser im Volksstaat" dient.

(Einen Vorteil hat Wilson sicherlich vor den mitteleuropäischen Partnern voraus: er ist freier in Entschließungen und Handlungen als ein deutscher Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Diese Tatsache ist der Vorzug eines jeden Entente-Ministers, nicht nur des diktatorischen Wilson, auch des revolutionären Trotzki, wie der „parlamentarischen" Lloyd George oder Clemenceau: keiner hat hinter sich eine so unpolitische Presse, wie jetzt Herr von Kühlmann in Brest-Litowsk. Graf Czernin spricht mit Recht von dem „Wahnsinn, einem in den Rücken zu fallen". Herr Trotzki braucht in Brest-Litowsk nichts anderes zu tun, als das merkwürdige Gemisch von „Vorwärts", „Vossische Zeitung" und „Kreuzzeitung", ein sozialistisch-liberal-konservatives Menu, aufzutischen — und er hat alle russischen Materialien gegen die deutschen Vorschläge beieinander; sie machen dem russischen Gegner förmlich das Konzept und verderben das Konzept dem deutschen Vertreter. Dies nur nebenbei.)

Kurzum: der Versuch, über Washington und Wien diplomatisch weiterzukommen, kann gemacht werden und ist gemacht worden in der letzten Januarwoche. Ob der alte Janus seinen Tempel dem Krieg offen hält oder dem Frieden aufschließt — wir können's abwarten mit der Ruhe des Volkes, dessen „militärische Lage niemals so günstig war, wie sie jetzt ist". Und diese Tatsache weiß und glaubt jetzt auch der Feind im Westen . . .

Graf Hertling und Graf Czernin haben beide des Präsidenten Wilson vierzehn Punkte durchgesprochen mit dem Ergebnis, in den Grundsätzen Ausgangs- und Zielpunkte für Verhandlungen zu finden und in konkreten Fragen Schwierigkeiten festzustellen; das letztere mit dem zwischen Berlin und Wien naturgemäßen Unterschied in der Stimmung. Taktisch ist übereinstimmend erklärt worden: „daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind, daß wir die Bahn frei haben für Sonderverhandlungen mit Rußland, und daß wir auch selbstverständlich an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind." So formuliert Hertling, und er deu-

Digitized by Google

tet aus: „Streiten wir nicht über Formeln, die bei dem rasenden Verlauf der Weltbegebenheiten immer zu kurz kommen!" Und ähnlich Czernin: „Es ist ganz selbstverständlich, daß die Zeit und die Fortdauer des Krieges nicht ohne Einfluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse (der Friedensbedingungen) bleiben können", und er deutet Italien als „ein sprechendes Beispiel" aus. Das heißt beiderseits: die Juli-Resolution der Reichstagsmehrheit wird durch den Januar-Willen der Regierung überholt — lautlos und streitlos; sie war einst nötig und auch nützlich, innerpolitisch und außenpolitisch, kommt aber „jetzt zu kurz bei dem rasenden Lauf der Weltbegebenheiten". Deutschland erhält die Hand frei westwärts und Österreich-Ungarn südwärts . . . Das ist die taktische Neuerung.

„Elsaß-Lothringen" ist die französische Frage und „Belgien" die englische Frage. Dafür sind alte Antworten wiederholt worden: Elsaß-Lothringen bleibt deutsch, was es war und ist; und für Belgien plant Deutschland „keinerlei gewaltsame Angliederung". England könnte und kann wissen, wenn es wirklich wollte: daß Belgien wiedererstehen kann — unabhängig von England wie von Deutschland . . .

England arbeitet militärisch und diplomatisch noch für ein andes Kriegsziel: die Zertrümmerung des Vierbundes, die Auflösung des Zusammenhangs von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei. Das ist das Ziel seiner militärischen Offensive gegen die türkische Peripherie, die den englischen Eisenbahnen und Kriegsschiffen näher und zugänglicher ist als dem türkischen Zentrum. Das ist das Ziel seiner diplomatischen Umwebrung Bulgariens und seiner sozialen Beunruhigung Österreich-Ungarns: eine Sonderfriedensneigung zu erwecken und zu entwickeln. Demgegenüber haben Graf Hertling und Herr von Kühlmann und ebenso Graf Czernin mit nachdrücklicher und unzweideutiger Klarheit die Solidarität des Vierbundes und die Unberührbarkeit seiner Integrität doppelt und dreifach betont, und die Wiener Presse hat die Zusammenhänge von „Straßburg und Triest, Bagdad und Jerusalem" mit erfreulicher Einmütigkeit unterstrichen. „Die enge Verbindung mit der verbündeten Donaumonarchie ist der Kernpunkt unserer heutigen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein" — versichert Graf Hertling (und Kühlmann wiederholt es, indem er diese Bündnispolitik als „Grundlage und Eckstein" bezeichnet); und für die Türkei: „Die Integrität der Türkei und die Sicherung ihrer Hauptstadt, die mit der Dardanellenfrage eng zusammenhängt, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches; unser Verbündeter kann hierin stets auf unsern nachdrücklichsten Beistand zählen." Und aus Wien wird es genau so deutlich: „daß ich getreu den übernommenen Bündnispflichten für die Verteidigung der Bundesgenossen bis zum Äußersten zu gehen fest entschlossen bin; den vorkriegerischen Besitzstand unserer Bundesgenossen werden wir verteidigen wie den eigenen; das ist der Standpunkt innerhalb der vier Alliierten bei vollständiger Reziprozität." Daß heißt auch, daß Mesopotamien und Palästina nicht englisch bleiben dürfen, sondern wieder türkisch wer-

Digitized by Google

den müssen; und zwar nicht nur wegen der Türkei, sondern im „wichtigen Lebensinteresse auch des Deutschen Reiches", wie der deutsche Reichskanzler mit Recht sieht und sagt.

Diese gegenseitige Interessengemeinschaft des mitteleuropäisch-vorderasiatischen Blockes ist lebensvolles Gemeingut der leitenden Staatsmänner aller vier Völker; daß aber die Einsicht in ihre Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeit noch nicht Besitz der sogenannten „öffentlichen Meinung" geworden ist, das beweist deren Nervosität gegenüber gelegentlichen Stimmungen und Verstimmungen. Deshalb war es gut, daß auf einmal der deutsche Reichskanzler auf den geschichtlichen Unterbau von Mitteleuropa verwies, auf das Bismarcksche Werk, das über Österreich-Ungarn hinaus den Weg für Deutschland gewiesen und gebracht hat zum Balkan und nach Vorderasien — aus unserer geographischen Not heraus zu einer politischen Notwendigkeit, nicht des Augenblicks und der Gegenwart, sondern der auf die Dauer und für die Zukunft. Der Historiker Hermann Oncken wertet die Bismarcksche Entscheidung für das österreichisch-ungarische Bündnis richtig, wenn er in seinem neuen Buch „Das alte und das neue Mitteleuropa" (auf das wir noch zu sprechen kommen müssen) es so kennzeichnet: „Die Folgen führen in die Gegenwart des Weltkrieges, ja in die Zukunft deutscher Nation und unseres Erdteils hinüber: es handelt sich um Weiterwirkungen von säkularer Natur." Oder so: „daß es sich bei dem Vertrage von 1879 nicht um einen Schachzug handelte, wie ihn eine vorübergehende Konstellation der Mächte wohl hervorruft, sondern um eine in der Natur der Dinge begründete und darum endgültige Orientierung." Und schließlich: „Die Gleichheit der Lage bedingt die Gemeinsamkeit ihres Schicksals; die neuere Geschichte Bulgariens wie der Türkei hat auch diese beide Staaten ähnlich konzentrischen Überfällen ausgesetzt: auch insofern gesellt ein Zug von verborgener Schicksalsverwandtschaft sie zu ihren Verbündeten in Mitteleuropa." An solchen naturgesetzlichen Zusammenhängen ändern auch irgendwelche Schwierigkeiten des Alltags nichts...

Das weiß auch Wien wie Konstantinopel und Sofia; das muß auch Washington einmal erkennen.

Maximalistischer Imperialismus

Von Axel Schmidt

Das Auseinandersagen der Konstituierenden Versammlung am Tage ihrer Eröffnung, das selbst ein sozialrevolutionäres Blatt eine „Übertrumpfung zarischer Gewalttaten" nennt, hat in Deutschland grenzenloses Erstaunen hervorgerufen. War doch die deutsche Öffentlichkeit geneigt, die Maximalisten für weltfremde Idealisten zu halten, die es für ihre höchste Aufgabe erachten, der Welt den Frieden zu schenken und zarisches Unrecht wieder gutzumachen. Hätte man russisches Wesen besser verstanden, so wäre man in Deutschland nicht in diesen Fehler verfallen. Aber

Digitized by Google

trotz vier Jahre Weltkrieg hat man im deutschen Volke noch immer nicht erkannt, daß russisches Empfinden deutscher Denkungsart völlig entgegengesetzt ist. Germanisches Gefühl für persönliche Freiheit, römisches Rechtsbewußtsein und Logik und mittelalterliche Ritterlichkeit fehlen dem Russen. Dafür ist sein Seelenleben auf Komunismus, der die Persönlichkeit negiert, auf Willkür, die keine Rechtsgrundlagen kennt, auf byzantinischen Schematismus und auf mongolischen Zwang aufgebaut. Nicht Rom und Mittelalter haben seinen Verstand geschult, sondern sein geistiges Erbe stammt aus Byzanz und der Goldenen Horde. Der österreichische Sozialdemokrat Karl Leuthner hat uns zu Anfang des Krieges in einer kleinen, geradezu klassischen Schrift das Wort vom russischen „Volksimperialismus" geprägt. Die Weite der Sarmatischen Tiefebene hat, wie Leuthner richtig bemerkt, dem russischen Volke den Trieb nach schrankenloser Expansion nach allen Seiten tief ins Herz gesenkt. Daher geht auch beim Russen die Wandlung vom oppositionellen Pazifisten zum fanatischen Imperialisten so unglaublich schnell. Nicht zehn Jahre hat es gebraucht, aus Miljukow und seiner Partei, die 1904 den Deutschen es verübelten, daß sie dem zarischen Staate Anleihen gaben, weil dadurch der Zusammenbruch hinausgeschoben würde, fanatische Kriegsapostel zu machen. Noch schneller ist es bei den sozialistischen Parteien gegangen. Krapotkin, der sein Leben lang Attentate auf den Zaren geschmiedet hat, ging Arm in Arm mit Burzew, dem Enthüller zarischer Spitzel, zu Anfang des Krieges ins Lager der russischen Imperialisten über. Ebenso rasch fiel der Edel-Marxist Plechanow um, der noch in den 90er Jahren auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in der Schweiz erklärt hatte, das russische Volk würde die einmarschierenden Deutschen als ihre Befreier begrüßen und predigte dem russischen Proletariat, daß der Verteidigungskrieg nicht genüge, sondern der Angriff in Deutschlands Herz getragen werden müsse. Was aber, kann man einwerfen, haben damit die Maximalisten zu tun, die doch nicht Krieg, sondern Frieden wollen? Allmählich beginnt jetzt auch in Deutschland die Erkenntnis zu tagen, daß nicht der Frieden das Endziel der Maximalisten sei, sondern die Revolutionierung der ganzen Welt. Daß diese Behauptung nicht deutsche Konstruktion, sondern russische Wirklichkeit ist, dafür liegt folgende Mitteilung des Moskauer Blattes „Utro Rossii" vom 4. Januar vor: „Trotzki überzeugt sich mit jedem Tage mehr von der Aussichtslosigkeit des Versuches, die Entente zu den Verhandlungen heranzuziehen, und der Unmöglichkeit des Eintretens der Sozialisten der verbündeten Mächte für den Frieden. Er nimmt daher an, daß sich die Frage mit der deutschen Offensive an der Westfront entscheiden werde, die augenblicklich energisch vorbereitet und die wahrscheinlich in allernächster Zeit beginnen wird. Die in Petersburg anwesenden französischen und amerikanischen Sozialisten versuchen ihrerseits Trotzki in dem Sinne zu beeinflussen, daß er die Friedensverhandlungen bis zu dem Ergebnis der deutschen Offensive hinziehe, welche — wie sie versichern, den Zusammenbruch der alldeutschen Hoffnungen bringen werde."

Digitized by Google

So also sieht der vermeintliche Friedensbringer Trotzki aus, dem übereifrige deutsche Federn schon Huldigungen darbrachten, wie einem Nobelpreisträger.

Die Russen haben es ja immer verstanden, unter der Maske der Volksbeglückung ihre egoistischen Ziele zu verstecken. Man denke nur an das Schlagwort von der Befreiung der Balkanslawen, hinter dem die russische Eroberungsabsicht auf Konstantinopel hervorgrinste. Auch jetzt verstecken sie unter solch einem bunten Phrasenlappen ihre Machtgier. Sie wollen, wie gesagt, gar nicht den Frieden, sondern die Revolutionierung der Welt, um auf diese Weise die maximalistisch gewordenen Völker beherrschen zu können. Ihre Losung von der „Selbstbestimmun der Völker" ist eitel Lug und Trug, denn sie sind bestrebt, die Völker nur frei zu lassen, wenn sie sich zur maximalistischen Lehre bekehrt haben. Finnland, Estland und die Ukraine sind drastische Belege dafür. All diesen haben sie mit der rechten Hand die Freiheit gegeben, mit der linken das Geschenk aber wieder zurückgenommen, als sie sahen, daß nicht der Maximalismus dort zur Herrschaft gelangte. Ebenso haben sie es mit der Konstituierenden Versammlung in Petersburg gehalten. Solange sie noch nicht an der Macht waren, riefen sie nach einem russischen Volksparlamente, das allein Rußlands Zukunft bestimmen sollte. Kaum hatten sie die Diktatur des Proletariats begründet, so sank die Konstituierende Versammlung zu einem „Handlanger" herab, der es nicht wagen dürfe, den „Herren der russischen Erde", den Arbeiter- und Soldatenräten ins Handwerk zu pfuschen. Als dann das russische Land von den maximalistischen Segnungen wenig wissen wollte und nur zum geringsten Teil maximalistisch wählte, da ließen Lenin und Trotzki Kanonen vor das Taurische Palais auffahren, und die „Hoffnung Rußlands seit hundert Jahren" auseinander jagen. Die Auflösung der Konstituirende Versammlung ist aber schließlich doch nur eine innerrussische Angelegenheit, der ukrainische Zwischenfall dagegen geht Deutschland um so mehr an. Machen doch Trotzki und Lenin damit den Versuch, unseren Brest-Litowsker Erfolg in Stücke zu schlagen. Weil der Vierbund mit der Ukraine so gut wie einig geworden, während die Verhandlungen mit den Großrussen ins Stocken gerieten, so machen die Maximalisten den pfiffigen Versuch, die ukrainischen Unterhändler verschwinden zu lassen und an ihre Stelle großrussische Maximalisten aus Charkow zu setzen.

Je eher wir daher erkennen, daß der Vierbund in Brest-Litowsk mit den Maximalisten nicht zu Striche kommen werde, solange er sie dort als Westeuropäer behandelt, um so besser für die Sache Mitteleuropas. Ein Verständigungsfrieden mit Rußland ist eben nur möglich, wenn man sich mit den unterjochten Fremdvölkern zu verständigen sucht.

Die Unkenntnis über Rußland hat Deutschland schon während des Krieges viel Schaden gebracht. Daher sollte man endlich erkennen, daß vom schwärzesten Panslawisten bis zum rötesten Maximalisten alle fanatische Imperialisten sind. Nur

Digitized by Google

ihre Methoden sind verschieden. Die einen wollen Land, die anderen Seelen knechten. Von Freiheit ist bei keinem die Rede, überall nur von Zwang, wobei es selbstverständlich ganz gleichgültig ist, daß die einen zur Unfreiheit, die anderen zur Freiheit zwingen wollen. Beider Art tötet alles Leben und macht die Welt zu einem leiblichen oder geistigen Trümmerfeld. Deutschlands Aufgabe muß es aber sein, die aus der russischen Faust befreiten Völker wieder Europa einzufügen, dem sie nach Kultur und Glauben alle mehr oder weniger zugehören.

Gedankenmacht und Machtgedanken

Von Rudolf Rotheit

Durch die Macht ihrer Gedanken gedenken die Bolschewiki anderen die Machtgedanken auszutreiben und finden dabei in Deutschland teilweise gut vorbereiteten Boden. Bravo links. Auf dieser Seite zittert man um das jetzige und vor dem künftigen Rußland, was nicht einmal die Bolschewiki von Brest-Litowsk und Petersburg tun, denen das jetzige wie das künftige Rußland Hekuba ist. Weder im Namen des größeren noch des kleineren Rußland sprechen die Männer, die etwa den Verdacht, daß sie „Sozialpatrioten" wären, als schwere Beleidigung empfinden würden. Beiläufig bemerkt, stammt der geringschätzige Ausdruck von dem dreinamigen Ober-Bolschewik Herrn Radek-Sobelsohn-Parabellum, der sich gegenwärtig als Untersuchungsrichter gegen die deutsche Regierung aufspielt. Was die Männer von Brest-Litowsk und Petersburg vertreten, ist nicht das Land, nicht das Volk, nicht die Masse, es sind bloß ihre eigenen Theorien, Dogmen, Doktrinen, denen sie in großspurigen Reden auf der ganzen europäischen Linie zum Durchbruch zu verhelfen trachten. Das über die Welt hereingebrochene Blutgericht ist ihnen kaum etwas anderes, als irgendein hochnotpeinliches russisches Kriegsgericht aus der Zarenzeit, vor dem manche von ihnen und ungezählte ihrer Genossen gewaltige Programmreden zum Fenster hinaus hielten, ehe sie den Weg nach Sibirien oder aufs Schaffot antraten. Diesmal geht das Fenster auf die große westliche Öffentlichkeit hinaus, und die Bolschewiki würden völlig von der altüberlieferten russischen Revolutionsschablone abweichen, wenn sie sich die günstige Gelegenheit, großangelegte Prinzipienreden zu halten, entgehen ließen.

In Deutschland gibt es trotzdem immer noch naive Leute, die da glauben, es liege den Bolschewiki etwas an Kurland, Litauen, Polen. Und als die Bolschewiki sich in Brest-Litowsk so stellten, als erwärmten sie sich für die von den Mittelmächten besetzten Gebiete, wurde dies von jenen Naiven als Bekräftigung ihrer eigenen Verranntheiten freudig begrüßt. Sie verschlossen sich der Erkenntnis, daß es den Bolschewiki lediglich auf die „Bolschewikierung" der betreffenden Gebiete und womöglich der ganzen bewohnten Erde ankommt, wobei auch wieder die übliche Selbst-

Digitized by Google

Überschätzung der russischen Revolutionäre sowie die gewohnte Überschätzung der revolutionären Phrase zum Vorschein kam.

Hand in Hand damit geht die Überspannung der Begriffe. Geborener Extremist, wie der Russe nun einmal ist, überhegelt er, wenn Hegel gerade Mode ist, den Hegel, er überbüchnert den Büchner und übermarxt den Marx. Der ins Unendliche gestreckte Gedanke, bis die Vernunft sich ins Gegenteil verkehrt — das ist sein Fall. So sind wir denn heute Zeugen des Schauspiels, daß auch eingeschworene Sozialisten entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen angesichts des Enteignungs- und sonstigen Unfugs, den die Bolschewiki in Rußland treiben. Besonders nach geschulten deutschen Begriffen — auch ganz links — sieht politische und soziale Freiheit doch etwas anders aus.

Trotzdem wissen diejenigen unter uns im Reiche, die dem lieben Gott in die Karten blicken, ganz genau, daß sich aus dem bolschewikischen Tohuwabohu ein mächtiges Rußland entwickeln wird. Die Ukraine fällt ab, Finnland erklärt sich selbständig, Turkestan befolgt dies Beispiel, Polen gehört nicht mehr den Russen — macht nichts, Rußland ist groß, Lenin ist sein Prophet und die Bolschewiki müssen zart und rücksichtsvoll behandelt werden, auf daß ein geeintes Kontinental-Europa entstehe. Die Phantasie, die auch Frankreich schon in die Kontinental-Einigung einbezieht, ist bewunderungswürdig. Nach Jahrhunderten noch wirkt auf die deutsche Jugend der von den Franzosen gesprengte Turm am Heidelberger Schlosse — und die unendlichen, nicht wieder gut zu machenden Verheerungen auf französischem Boden sollten ausgelöscht werden können aus der französischen Gedankenwelt? Nicht einmal wenn Frankreich Elsaß-Lothringen zurück erhielte, wäre das möglich. Kontinental-Europa ist ein Traum, herangezogen bloß als ein Hilfsmittel von den Verfechtern der Unantastbarkeit Rußlands, die hierbei über die Schwierigkeiten der Schaffung bloß eines Mitteleuropas hinweggleiten und die wegen der Kontinental-Taube auf dem Dache den russischen Ostsee-Sperling in der Hand mißachten.

Die Machthaber in Frankreich, England, Italien, Amerika haben nicht das geringste Bedenken getragen, den Ohnmacht-Theorien der Bolschewiki ihre eigenen Machtansprüche von neuem als Trumpf entgegen zu halten. Sie oder ihre Nachfolger im Amte werden es sicher billiger geben, aber nicht, weil die Bolschewiki es so wünschen, sondern weil sie durch die deutschen Waffen zu Lande und zur See dazu gezwungen sein werden. Es geht die Idee um, die natürlich auch die Bolschewiki in ihren Verhandlungen zu Brest-Litowsk sich zu eigen gemacht haben, daß der Weltkrieg militärisch nicht entschieden werden könne. Die Männer der deutschen Obersten Heeresleitung, die doch auch einiges davon verstehen, sind allerdings anderer Ansicht. Im Munde der Bolschewiki aber klingt die Theorie von der Unmöglichkeit einer Waffenentscheidung grotesk, denn im Osten ist der Krieg bereits durch die Waffen entschieden und die Bolschewiki selbst sind nichts anderes als ein Nebenprodukt dieses abgeschlossenen Prozesses.

Digitized by Google

Die Herren Trotzki, Joffe, Kamenew und Genossen betraten die Beratungsbaracke in Brest-Litowsk mit dem Bewußtsein, daß sie nunmehr ein Katheder bestiegen hätten, um die Deutschen auf der Schulbank zu lehren, keine Speere mehr zu werfen und die bolschewikischen Götter zu ehren. Die Rolle war nicht durchzuführen, denn die Macht ist trotz alledem kein leerer Wahn. Vielleicht kommt nach hunderttausend Jahren mal die Zeit, wo Schwäche als Ehre, Kraft als Schande gelten wird. Heute ist es noch nicht so weit, obwohl alle Feinde Deutschlands sich Mühe geben, solche Begriffsumwälzung für ihre Zwecke auszuklügeln und der Welt mundgerecht zu machen. So lange indes die Auffassungen bestehen bleiben, die seit Erschaffung der Welt maßgebend sind, darf Deutschland ungeachtet solcher Bestrebungen seiner Kraft sich freuen.

Elsaß-Lothringen und die deutsche Sozialdemokratie

Von Alwin Saenger, München

Die Politik der heutigen Staaten kann nicht ausschließlich, vielleicht nicht einmal vorzugsweise nach Tatsachen abgelaufener Jahrhunderte und Jahrtausende orientiert sein. Die politisch-geschichtliche Vergangenheit zum ewigen Leitstern jeglichen staatlichen und völkischen Denkens und Handelns am heutigen Tage zu wählen, müßte ja, bis zum Ende logisch durchgedacht, dahin führen, daß wir uns alle wieder auf der asiatischen Hochebene, unserer sogenannten Wiege, versammelten, um die Erdenländer neu „gerecht" zu verteilen. So erscheinen mir denn auch philologische Betrachtungen über Caesars (de bello gallico) Bemerkung, daß das angeblich von den Galliern bewohnte Land „attingit flumen Rhenum", sowie alle jene Untersuchungen, die Prozente germanischen und keltischen Wesens im alten Argentoratum oder die Anteilnahme des ernestinischen Wettiners Bernhard von Weimar bei der Überlassung deutschen Bodens an die Franzosen festzustellen, den Kernpunkt unserer Frage, warum heute Elsaß-Lothringen einen wesentlichen, untrennbaren Teil unseres neuen, deutschen Reiches bildet, recht wenig zu berühren. Gewiß, zur absolut unantastbaren Rechtmäßigkeit unseres Handelns dürfen wir besonders in dem Kapitel der äußeren Politik gegenüber den Reichslanden entschieden auf die Historie als lautere Grundlage hinweisen, und namentlich den französischen sozialistischen Genossen kann nicht oft genug ihre höchst merkwürdige demokratische Freundschaft für die „guerres de magnificence" des Sonnenkönigs in ihr, für geschichtliche Wahrheiten so erschreckend wenig zugängliches Gedächtnis zurückgerufen werden. Es ist unverständlich, wie selbst Jaurès in seiner Kammerrede vom 23. Januar 1903 davon spricht, „daß die Elsaß-Lothringer dem von ihnen gewählten Vaterland entrissen wurden".

Auch ohne eine reichlich vorhandene, geschichtliche Berechtigung für den Inhalt des Frankfurter Friedens müssen wir heute nach der Geschichte der letzten Friedensdezennien und den Erfahrungen dieses Weltkrieges die deutschen Reichslande behalten.

Digitized by Google

Und darum haben wir deutsche Sozialisten auch offiziell stets erklärt: Eine elsaß-lothringische Frage den Franzosen gegenüber existiert für die deutsche Sozialdemokratie nicht. Die französischen, sozialistisch-bürgerlichen Annexionsgelüste haben noch auf dem Parteitage zu Würzburg im Oktober 1917 durch Scheidemann folgende Zurückweisung erfahren: „Aber ich stelle fest, daß Elsaß-Lothringen keine besondere Nation ist. (Sehr richtig!) Elsaß-Lothringen ist deutsches Land, und wir verlangen für Elsaß-Lothringen volle Autonomie im Rahmen des Reiches. Die Unversehrtheit Deutschlands gehört zu unseren Friedensforderungen. (Sehr richtig!)"

Karl Kautsky freilich, der allerdings heute noch nicht unseren Daseinskampf als einen Verteidigungskrieg erkannt hat, gesteht in einer jüngst erschienenen Schrift (Elsaß-Lothringen. Eine historische Studie. Stuttgart, Dietz 1917) zum Schluß: „Der Krieg kann die Lösung der Aufgabe (Lösung der elsaß-lothringischen Frage) nicht bringen. Es ist eine Frage der Macht jener Faktoren, die allein gewillt und imstande sind, das Problem durch eine Verständigung aus dem Wege zu räumen: der Macht der Demokratie der arbeitenden Klassen."

Die alte deutsche Ohnmacht der Verantwortungslosen! Ja, unsere Revanchegenossen jenseits des Rheins sind schon andere Männer; die wissen, wie sie jetzt Elsaß-Lothringen „befreien" wollen, die setzten die Welt mit den hohlen Sprüchen vom „Sinnbild des Rechts", „der Revanche des Rechts" von San Franzisko bis zu den Somalinegern in Bewegung, um auf dem Straßburger Münster wieder die Trikolore zu hissen, die begeistern sich selbst für eine Neutralisierung des deutschen linken Rheinufers. (So Sembat im „Renaissance", Hervé in „Victoire" nach „Rappel" vom 22. Dezember 1916.) Nein, wer nicht die Aufgabe des Politikers im Deklamieren, sondern im Handeln sieht, der trachtet dahin, mit dem Friedensschluß nach diesen grauenvollen Jahren auch das Wort Elsaß-Lothringen für immer aus der französisch-deutschen Unterhaltung verschwinden zu lassen, und eben dies kann nur erreicht werden durch Befolgung des Kühlmannschen „Niemals". (Sogar dieses Wort des Staatssekretärs, das von Moltke bereits in der Reichstagssitzung vom 4. Dezember 1886 ausgesprochen wurde, haben die Alldeutschen in den Verdächtigungskreis ihrer Regierungssabotage gezogen!) Die Lösung der elsaß-lothringischen Frage besteht darin, daß für Deutschland diese Frage nicht existiert. Der Politiker Karl Kautsky glaubt zwar, eine solche Anschauungsweise mit ironischen Gebärden abweisen zu müssen. Der Bürger Marcel Sembat schrieb allerdings 1913: „Mein lieber Hervé, präg dir in deinen Schädel wohl ein, es gibt für einen Deutschen, für jeden Deutschen, sei er nun Sozialdemokrat oder nicht, keine elsaß-lothringische Frage! Für den Deutschen ist die elsaß-lothringische Frage nur mehr eine solche der inneren Politik." Und in der einmütig von Deutschen und Franzosen auf dem Kongreß der sozialistischen Internationale in Basel (25./26. November 1912) angenommenen Erklärung, in der von der Autonomie der Türken, der Albanesen, der slawischen Völker-

Digitized by Google

schaften Österreich-Ungarns gesprochen wird, ist der Name Elsaß-Lothringen wohlweislich nicht genannt, so daß der Bürger Hervé die bittere Bemerkung machte: „Kommen wir vielleicht hierher als Besiegte?" Auf der deutsch-französischen Verständigungs-Konferenz in Bern (Mai 1913) hieß es in der gemeinsamen Erklärung: „Die erste Konferenz der deutschen und französischen Parlamentarier ... dankt von Herzen der vom Volke gewählten Vertretung Elsaß-Lothringens, daß sie durch ihre hochherzigen Erklärungen[1] die Annäherung beider Länder zu einer werktätigen Gemeinschaft der Zivilisation erleichtert hat." Einige französische Radikale fanden hierin eine „stillschweigende Anerkennung der Gesetzlichkeit der 1871 vollführten Gewalttat" und unterzeichneten diese Erklärung nicht. Die französischen Genossen nahmen sie „mit Begeisterung" an.

So dürfen wir denn wohl die Behauptung aufstellen, daß die französischen Sozialdemokraten selbst, äußerlich wenigstens, gerade in den Jahren vor dem Weltkriege auf eine Revanche verzichtet hatten. Noch auf ihrer Tagung vom 16. Juli 1914 (!!) haben sie den deutschen Standpunkt gebilligt! Daß sie mit Kriegsbeginn am Altar des „Heiligen Feuers der Revanche" die inbrünstigsten Gebete verrichteten, daß sie selbst in der Mitte des vierten Kriegsjahres, nachdem ihr Land 3 Millionen Männer für die 1½ Millionen Bewohner Elsaß-Lothringens zwecklos geopfert hat, jeder vernünftigen Erwägung, durch einen Revancheverzicht den Weltfrieden zu beschleunigen, beharrlich die Tür verschließen, das Alles ist uns deutschen Sozialdemokraten die schmerzlichste und schwerste Enttäuschung in diesen Jahren, aber was beweist es schließlich anderes, als daß auch unsere Genossen jenseits des Rheins eben — Franzosen sind? Soll es denn wirklich für die Elsaß-Lothringer, die bei den ersten Landtagswahlen den Nationalisten nur 2,8 vom Hundert aller Stimmen gaben, deren arbeitende Klassen durch eine französische Eroberung unendlich viel verlieren würden (Huë), dessen großen Aufschwung unter deutscher Verwaltung selbst Hervé anerkennt, ein so unendlich großes Glück sein, im französischen Staate, dem Lande des politischen Skandals und des hinter einer wortreichen Demokratie scheinheilig versteckten Kapitalismus zu leben?

Ich halte jene Theorie, daß unser Verhältnis zu Frankreich durch die Politik des Frankfurter Friedens verursacht wurde, für eine oberflächliche, den Sachverhalt durchaus nicht erschöpfende Konstruktion. Bismarck hat in seiner großen Rede zur Wehrvorlage am 11. Januar 1887 im Reichstag gesagt: „... denn sobald sie (Franzosen) glauben, zu siegen, fangen sie den Krieg an ... Man würde dafür sorgen, daß das Deutsche Reich so stark nicht bleibt, wie es ist. Man würde, von der Rheingrenze ausgehend, uns von dem Rhein so viel abnehmen, wie man könnte; ich glaube nicht, daß man sich mit Elsaß-Lothringen begnügen würde, man würde ein alterum tantum

[1] Die elsaß-lothringische Kammer hatte sich am 6. Mai entschieden gegen einen Revanchekrieg ausgesprochen.

Digitized by Google

dazu verlangen den Rhein abwärts." Was Bismarck vor 30 Jahren prophezeite, ist eingetreten; Frankreich will — wie seit Jahrhunderten — wieder deutsches Land. Wenn unsere auswärtige Politik in einer Frage entschlossene Stetigkeit zeigte, so war es gewiß bei dem Bestreben, mit unserem westlichen Nachbar in ein anständiges und ruhiges Verhältnis zu gelangen. „Wir haben" — um Bismarcks Worte anzuführen — „unsererseits alles getan, um die Franzosen zum Vergessen des Geschehenen zu bewegen. Frankreich hat unsere Unterstützung und unsere Förderung in jedem seiner Wünsche gehabt ... Wir haben uns redlich bemüht, Frankreich gefällig zu sein und dasselbe zufrieden zu stellen, wie wir können." Und was war letzten Endes doch immer nur das Echo? Verständnisloses Kritisieren am deutschen Wesen, glorioſe Verhimmelung der „ewigen Größe Frankreichs", bis dann Staatsmänner und Journalisten, Sozialdemokratie und Bourgeoisie, Künstler und Akademiker mit dem 1. August 1914 die Maske fallen ließen und einer der ersten Kulturnationen nur eine „Spottgeburt von Dreck und Feuer" entgegenschleuderten. Wenn wir auch wußten, daß man in Frankreich vernünftiges und anständiges Denken gegenüber unserem Volke noch nicht gelernt hatte, und daß die französischen Schriftsteller, die einst unter dem Beifall ihres Vaterlandes an dem Deutschen „son genie aussi inventif que patient et laborieux" rühmten, im 13. Jahrhundert lebten, den französischen Deutschenhaß und französischen Größenwahn hatten wir doch reichlich unterschätzt. Und diese beiden, seit vielen Menschenaltern verhängnisvollen Bedrohungen des Weltfriedens müssen, um einen dauernden friedlichen Zustand zu erlangen, in diesem Kriege durch ein unerbittliches „Niemals" den Todesstoß erhalten. Der aufgeblähte gallische Hahn, der noch einmal am 26. Oktober vorigen Jahres aus dem Herrn Painlevé krähte: Frankreich als vornehmste (!) der Nationen könne nicht mit einer offenen Wunde in seiner Flanke im Kreise der Völker seinen Rang halten, der gallische Hahn, der noch einmal unter dem Beifall des Bürgers Albert Thomas im Herrn Barthou der öden, immer gleich fließenden französischen Phraseologie seinen Tribut mit dem Geschrei zahlte: Elsaß und Lothringen sind vom Feinde besetzte Departements, die wir befreien und in ihr wahres Vaterland zurückführen müssen!, dieser gallische Hahn wird nur zur Vernunft gebracht werden, wenn er an seinem Leibe die Wahrheit der weissagenden Worte des Genossen Jaurès verspürt, daß ein Revanchekrieg selbst dann ein vollkommener Zusammenbruch ist, wenn er siegreich sein würde. („Humanité" 18. Oktober 1905.) 14 Jahre vorher hatte Georg von Vollmar auf unserm Erfurter Parteitage (1891) gesagt: „Die Zeche bei der Geschichte (französisch-russisches Bündnis und Besiegung Rußlands durch uns) würde Frankreich bezahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht." Und 21 Jahre früher lesen wir die Worte, die Marx am 28. Juli 1870 an Friedrich Engels schrieb: „Die Franzosen brauchen Prügel." Die Situation ist unverändert. Ja, die Franzosen müssen heute wie vor 48 Jahren durch die Leiden eines für sie vollkommen resultatlosen

Digitized by Google

Krieges zu der Überzeugung gelangen, daß es vergebliche Mühe für immer ist, gegen das Deutsche Reich militärisch anzukämpfen. Nicht besagt das Wort von Karl Marx, daß der geheiligte Boden ihres französischen Vaterlandes angetastet, die nationale Selbständigkeit verletzt, ihnen die Bedingungen eines eroberungssüchtigen Siegers aufgezwungen werden sollten; es will nur der Notwendigkeit Ausdruck geben, daß der Schmerz endlich einer besseren französischen Einsicht Bahn schafft. Die einzige, Gewähr versprechende Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich liegt in der unerschütterlichen Unantastbarkeit unseres Reiches. Mit einer Mächtekoalition sondergleichen zogen die Franzosen gegen uns in den Krieg, um ein Vielfaches nach jeder Richtung hin überlegen; ihren ganzen Republikanismus hatten sie an dem Thron des „Selbstherrschers aller Russen" niedergelegt wegen des einen süßen Wortes: Revanche! Sie klopften in Paris wieder leise an die Tore von Nôtre Dâme, der heiligen Einigkeit zu Liebe wegen der Verheißung: Revanche! Sie vergaßen alles, was große Männer ihres Vaterlandes an Kosmopolitismus sie gelehrt und stellten sich im geistigen Kampfe gegen die deutsche Nation in die Gosse wegen des glückseligen Gedankens: Revanche! Sie konnten aller Welten Menschen, Kanonen, Gewehre, Flotten, Schiffe aufbieten für das eine große Ziel: Revanche! Wenn sie dann nach einer Hoffnung, an deren Verwirklichung angesichts der beispiellosen Übermacht kein Franzose in der Welt zweifelte, auf die Trümmerstätten ihrer Heimat sehen und mit einem Friedensvertrag zurückkehren, in dem der Name Elsaß-Lothringen nicht zu finden ist, so muß nach den Jahren innerer Erschütterung der Gedanke das nationale Leben Frankreichs immer mehr beherrschen: es ist Wahnsinn, nach 1870 und 1914 nochmals über die Grenze nach Teilen unseres deutschen Nachbarlandes zu spähen; gelang uns die Erfüllung unserer Wünsche im Weltkriege gegen das umzingelte Deutschland nicht, so wird es uns nie mehr gelingen, und darum müssen wir das Wort Revanche für immer streichen. Die kommenden Monate werden dem französischen Nationalstolz die härteste Prüfung seit dem Bestehen Frankreichs bereiten; seine schwere — vielleicht tragische — politische Niederlage ist notwendig für eine bessere Zukunft.

Wir deutschen Sozialdemokraten aber erkennen die Quellen eines dauernden europäischen Verständigungsfriedens, wenn wir es ablehnen, auch nur ein Wort noch jemals über die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu verlieren. Wir dienen dem Weltfrieden und treiben Politik vorausschauender Überlegung, wenn wir Frankreich den Franzosen, Deutschland aber den Deutschen lassen wollen und eine militärische Beendigung des Krieges erwarten, die jeden, aber auch jeden Revanceruf der Franzosen als hoffnungslos im Wind verhallen läßt. Es ist wahrlich nicht unsere, deutsche Schuld, wenn die Franzosen sich für ihr politisches Handeln noch nicht den Satz der Thronrede König Wilhelms vom 19. Juli 1870 zur Maxime wählten: Das deutsche wie das französische Volk sind zu einem heilsameren Wettkampf berufen als zu dem blutigen der Waffen. Die Politik Frankreichs in diesem Kriege deckte die Ur-

Digitized by Google

sache des Fehlens der französisch-deutschen Verständigung auf; die Franzosen glaubten, Deutschland könne noch einmal zu einem Westfälischen Frieden gezwungen werden. Diesen Glauben auszurotten ist die Pflicht einer Politik, die an eine Auferstehung des Menschengeschlechts nach diesen Jahren des Todes glaubt, somit in erster Linie Pflicht der deutschen Sozialdemokratie. Wir verabscheuen das Gewaltmittel des Krieges; Bourgeoisie und Arbeiter Frankreichs wollen ihn bis zum Augenblick noch als Waffe in einem Kampfe um ein angebliches Recht benutzen. So müssen wir durch diese Waffe den Unverstand ihres Begehrens für alle Zeiten festlegen. Die Stunde wird einst kommen, in der es sich zeigt, daß aus der Zurückweisung aller Annektionsgelüste der französischen Republick nach Elsaß-Lothringen dem Vaterlande und der Menschheit reicher Segen erwuchs. Und das ist der vornehmlichste Grund, daß wir deutsche Sozialisten heute, in Übereinstimmung mit unserer wirtschaftspolitischen und geschichtlichen Berechtigung den undiskutierbaren Satz aufstellten: die deutschen Reichslande bleiben bei Deutschland.

Lehrerbildung und Schulreform

Von Stadtrat Prof. Dr. Julius Ziehen

In seinen „Briefen über das deutsche Theater" vom Jahre 1846 hat Heinrich Laube die Frage nach dem besten Wege zur Schaffung einer wirklichen Theaterkultur u. a. dahin beantwortet, daß „das Vorwärts unsrer Tage im Ausbilden von Institutionen besteht, welche uns vor dem Mangel an Persönlichkeiten leidlich sicher stellen" — die Wahl der Ausdrücke in diesem gut geprägten Satze ist mir besonders deshalb immer als beachtenswert glücklich erschienen, weil Richtung und Art der Arbeit in ihnen mit so gesundem Sinn für die Wirklichkeit bezeichnet sind: „Vorwärts!" das freudige, durch keinerlei einseitige Programmsetzung vorschnell gebundene Losungswort, und die Bahn zu diesem Vorwärts ohne verstiegene Verheißung in der Richtung gefunden, die gegenüber der so oft beliebten Überschätzung des Stofflichen vor allem für die nötigen persönlichen Träger des Fortschrittes zu sorgen sucht — von der Grundlage dieses Gedankenganges aus sollte an alle „Reformen" unseres öffentlichen Lebens weit mehr herangetreten werden, als es meisthin der Fall ist, und kaum ein zweites Gebiet unserer Kulturpolitik hat diese Mahnung so nötig wie das des Bildungswesens, auf dem über der immer erneuten Erörterung untergeordneter materieller Einzelfragen der eben bezeichnete Kernpunkt der Vorwärtsbewegung nur allzu oft vergessen wird.

Bei dieser Sachlage ist es nun ganz besonders erfreulich, daß die oberste Unterrichtsbehörde unseres größten deutschen Einzelstaates neuerdings mehr als je zuvor die Wege einschlägt, für deren Charakteristik wir Laubes Ausspruch zum Führer nahmen: man hat in der letzten Zeit mehr als einmal beanstanden wollen, daß das preu-

Digitized by Google

ßische Kultusministerium so zurückhaltend ist mit der Stellungnahme zu allen den Reformvorschlägen, die in einer an die Zeit von 1890 erinnernden Masse auch heute wieder von mehr oder weniger berufener Seite in die Öffentlichkeit gebracht werden: diese Zurückhaltung scheint mir vielmehr das einzig Richtige zu sein, wenn sie, wie sicher anzunehmen, in dem Wunsche nach einer nicht bloß äußerlichen Besserung der Zustände ihren Grund hat und wenn bei aller abwartenden Stellung gegenüber den Lehrplan- und ähnlichen Fragen das Vorgehen der Behörde doch entschieden unter dem Zeichen des Losungswortes „Vorwärts" steht.

Drei neuere Maßregeln des preußischen Kultusministeriums beweisen unverkennbar, daß das letztere in hochbedeutsamer Weise der Fall ist: die kurz vor dem Ausbruche des Weltkrieges erfolgte Schöpfung des Zentralinstitus für Erziehung und Unterricht, die nach eingehender Anhörung der Beteiligten im Jahre 1917 erlassene neue Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und endlich die Abhaltung der pädagogischen Konferenz vom Mai 1917, auf der die Aufgaben der Lehrstühle für Pädagogik an den Universitäten erstmals ausführlich erörtert und einstimmig angenommene Richtlinien für den Ausbau eines bisher stark brachliegenden Gebietes der Hochschularbeit gewonnen worden sind. Wenn die Jahrhundertfeier der Errichtung des preußischen Kultusministeriums unter dem schweren Druck der gegenwärtigen Zeit äußerlich kaum in die Erscheinung getreten ist, so bezeichnen die drei eben angeführten Maßregeln innerlich um so mehr eine Säkularfeier der besten Art: der „Würde und Wichtigkeit der Erziehungs- und Schulsachen", von der die das Kultusministerium einsetzende Königliche Verordnung vom 3. November 1817 redet, ist mit ihnen Rechnung getragen worden in einer fruchtbaren und zielbewußten Schaffensfreudigkeit, die jeden einsichtigen Betrachter gar wohl an die großen Tage Wilhelm von Humboldts und seiner Mitarbeiter erinnern kann und die zur Hoffnung auf ein tatkräftiges Vorwärts nach meiner Ansicht weit bessere Hoffnung gibt, als das durch eine Neuordnung der Lehrpläne und der Schulformen zurzeit der Fall sein würde.

Der gemeinsame Gedanke der drei Maßregeln ist, wenn ich sie richtig beurteile, der einer sehr viel besseren und lebensvolleren Vor- und Fortbildung der Lehrerpersönlichkeiten. Und bei dieser besseren Vor- und Fortbildung soll denn endlich auch das zu seinem Rechte kommen, was bisher bei Licht besehen doch nur sehr äußerlich in ihr vertreten war: die Einführung in die Pädagogik als Lehre vom Bildungswesen, deren Kenntnis für den Lehrer unentbehrlich ist, wenn er nicht nur Übermittler fachmännischen Wissens an die Jugend, sondern zugleich Jugenderzieher und von Engherzigkeit freier Mitarbeiter an der Arbeit der Schule als eines der wichtigsten Träger kulturpolitischen Fortschrittes sein will. Es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß durch dieses neue Element in der Vor- und Fortbildung geradezu ein neuer Typus des Oberlehrers angestrebt und hoffentlich auch bald erreicht wird, das Erfreuliche bei

Digitized by Google

dieſer Wendung der Dinge beſteht aber mit darin, daß die Unterrichtsverwaltung ſich mit ſehr gutem Grunde wohl gehütet hat, über der Ausbildung des Pädagogen nun den Fachgelehrten zu kurz kommen zu laſſen, wie das bei einer unzweckmäßigen Geſtaltung der pädagogiſchen Belehrung nur allzu nahe liegt — man hat dieſe Gefahr vermieden, indem man während des Univerſitätsſtudiums die Pädagogik nur als wirkliche Wiſſenſchaft, nicht in der Form der Vorwegnahme der Einführung in die Lehrpraxis bieten und auch bei der pädagogiſchen Ausbildung während der zweijährigen praktiſchen Vorbereitungszeit diejenige Art der Pädagogik weiter wirken läßt, die — eben als Lehre vom Bildungsweſen, und infolgedeſſen ſtark ſtaatswiſſenſchaftlich orientiert — die willkommenſte, ja eine geradezu notwendige Ergänzung des fachwiſſenſchaftlichen Studiums bildet.

Die Anforderungen an den Oberlehrer ſind durch die neue Prüfungsordnung erheblich geſteigert worden, wobei die tatſächlich ſchon lange durchgeführte vierjährige Dauer des Studiums eine gegenüber der inneren Steigerung der Forderungen nur verhältnismäßig untergeordnete Rolle ſpielt; auf der anderen Seite hat die Unterrichtsverwaltung aber nicht unterlaſſen, dem höheren Maß der Anſprüche auch ein ſehr verbeſſertes Syſtem der Einrichtungen gegenüberzuſtellen, die die Erfüllung dieſer höheren Anſprüche erleichtern. Wer trotz dieſes letzteren Umſtandes die — hoffentlich mit aller Feſtigkeit aufrecht erhaltenen — Vorbedingungen der Anſtellungsfähigkeit nicht erfüllt, der paßt eben nicht hinein in einen Stand, dem eine ſo wichtige Aufgabe anvertraut iſt wie die Unterweiſung und Erziehung der Jugend in unſeren höheren Schulen; die Gefahr drohenden Oberlehrermangels haben wir aber nach meiner Anſicht aus mehreren Gründen kaum zu befürchten. Erſtens deshalb nicht, weil, wie ich beſtimmt annehme, die planmäßige Verbreitung der Mittelſchule mit ihrem vorzüglichen Lehrplan mehr und mehr dazu beitragen wird, die höhere Schule von den nicht für ſie paſſenden Schülern zu entlaſten und dadurch die zurzeit entſchieden zu große Zahl höherer Schulen allmählich herabzuſetzen, ſodann deshalb, weil nach meiner feſten Überzeugung der Oberlehrerſtand — auch unabhängig von der etwa geplanten Neuregelung ſeiner Amtsbezeichnungen — unter der Einwirkung der zunehmenden, durch den Krieg gewiß geförderten kulturpolitiſchen Einſicht unſeres Volkes an Anziehungskraft ſehr bald beträchtlich gewinnen wird, und endlich darum, weil der geſunde Grundgedanke der jetzt ſo viel beſprochenen Förderung des „Aufſtiegs der Begabten" bei zweckmäßigem Vorgehen der in Betracht kommenden Behörden gerade dem Oberlehrerſtande zahlreiche überaus wertvolle Elemente zuführen kann: daß aber dieſer Zuwachs die geſellſchaftliche Lage des Oberlehrerſtandes gefährden würde, glaube ich aus dem Grunde nicht, weil ich zu der wahren Tüchtigkeit auch in geſellſchaftlicher Hinſicht ein freudiges Zutrauen habe und auch von der aſſimilierenden Kraft eines ſich ſelbſt hochhaltenden Oberlehrerſtandes eine ausreichende Einwirkung erwarte; die geſellſchaftlichen Scheinwerte aber, die uns vor

Digitized by Google

dem Kriege in so weitgehender Weise belastet haben, die werden wir ja hoffentlich hier wie in anderen Ständen ohne großes Bedauern preisgeben — wir haben uns zum Schaden der Sache lange genug mit ihnen herumgeschleppt.

Ob in dieser letzterwähnten Annahme ebenso wie in manchem vorher Gesagten nicht ein unberechtigtes Stück von allzu hoffnungsbereitem Optimismus steckt? Ich glaube an sich, daß dem Gedanken des „Vorwärts" mit einem solchen Optimismus, selbst wenn er etwas zu weit geht, besser gedient ist als mit einer durch allzuviel Wenn und Aber belasteten Betrachtung der Verhältnisse, meine aber, zu einer zukunftsfrohen Anschauung im vorliegenden Falle doch auch mehr als einen recht greifbaren Anlaß zu haben: eine Arbeit, wie sie das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht mit der jetzt schon so reichen Fülle seiner Veröffentlichungen leistet, kann nicht ohne erhebliche Wirkung zum Guten bleiben; Gedanken, wie sie auf der pädagogischen Mai-Konferenz im Ministerium über volkserzieherische Fragen aller Art teils angedeutet, teils ausgeführt worden sind, können nicht ungehört verhallen, wenn unsere Nation nach einem siegreichen Ausgang des Kampfes für unser unter so unendlich schweren Opfern verteidigtes Volkstum aus den Erfahrungen des Weltkrieges die nötigen Folgerungen zieht, und wenn in den amtlichen Zeilen der neuen Prüfungsordnung selbst schon für jeden Sachverständigen ein Element von treibender Kraft enthalten ist, das ihren Vorgängerinnen bei weitem nicht in gleichem Maße innewohnte, so ist das gleiche Element mit einer gradezu zwingenden Frische und Freudigkeit in den schönen Erläuterungen enthalten, die Geheimrat Reinhardt zu der neuen Prüfungsordnung (Berlin 1917, Weidmann) geschrieben hat. Wer wollte nicht froh in die Zukunft des Oberlehrerstandes und damit zugleich auch in die Zukunft unserer höheren Schule blicken, wenn sich das Vorgehen der obersten Unterrichtsbehörde und ihrer Mitarbeiter mit so mannigfachen, alle dem gleichen Ziele dienenden Äußerungen so herzhaft unter das Zeichen eines auf den Kern der Sache gerichteten „Vorwärts" stellt?

Politik und Valuta

Von * * *

Im neutralen Ausland wird für die Reichsmark erheblich weniger bezahlt als in normalen Zeiten. In großen Zügen betrachtet ist diese Entwertung unserer Valuta mit jedem Kriegsjahr schlimmer geworden bis zum November vorigen Jahres. Da trat eine ganz plötzliche und sehr erhebliche Verbesserung ein. Das ergibt sich am besten aus der nachstehenden Übersicht:

Digitized by Google

Die Bewegung der deutschen Valuta:

Für 100 Mark erhielt man in:	im Frieden	Ende Oktober 1917	d. s. in Prozent des Friedenswertes	Ende Dezember 1917	d. s. in Prozent des Friedenswertes
Stockholm	Kr. 88.89	32.50	37 %	60.—	67.5 %
Zürich	Fr. 123.45	60.50	48 %	85.—	69 %
Kopenhagen	Kr. 88.89	38.25	43 %	64.25	72 %
Amsterdam	Fl. 59.26	30.55	52 %	45.40	77 %
New York	Doll. 23.80	13.33	56 %	20.—	84 %
London	Pfd. 4.89	2.86	58 %	4.20	86 %
Paris	Fr. 123.45	76.60	63 %	112.—	90 %
Rom	Fr. 123.45	105.—	85 %	169.—	137 %
Wien	Kr. 118.—	160.—	135 %	160.—	135 %
Petersburg	Rbl. 46.30	92.60	200 %	108.—	233 %

Will man den Grund der Valutaverschiebung auf eine recht einfache Formel bringen, so wird man sagen können, es ist ein einschneidendes Mißverhältnis eingetreten zwischen Angebot und Nachfrage. Im Frieden gleicht sich auf dem internationalen Wechselmarkt Angebot und Nachfrage aus, und wenn sich ein Fehlbetrag zwischen beiden ergibt, so wird durch Kreditgewährung und Goldhergabe dieser Unterschied vollends ausgeglichen. Im Krieg nun fehlen beide Voraussetzungen für den Ausgleich. Die kriegführenden Länder werden naturgemäß vom Ausland mehr kaufen als sie dorthin verkaufen. Sie werden außerdem, wie das namentlich bei Deutschland der Fall ist, auf wichtige Einnahmequellen verzichten müssen wie zum Beispiel den Zinserlös aus dem ausländischen Wertpapierbesitz, den Gewinn aus der internationalen Schiffahrt, den Gewinn des Fremdenverkehrs usw. Von allem aber fällt die ausgleichende Wirkung des Goldes teilweise weg, denn die Länder, und nicht nur die kriegführenden, haben längst die freie Goldausfuhr untersagt. Übersteigen auf diese Weise die Forderungen des Auslandes unsere Forderungen an dieses, so müssen die Wechselkurse sich zu unseren Ungunsten wenden. Das kann wie erwähnt durch Kreditgabe ausgeglichen werden. Ein Teil der Ententeländer, vor allem England und Frankreich, vermochten das zu tun. Sie erhielten Milliardenkredite namentlich von den Amerikanern. Infolgedessen ist vor allem der englische Wechselkurs während eines großen Teils des Krieges verhältnismäßig nahe an seinem Friedensstand geblieben (erst als auch der amerikanische Wechselkurs ins Wanken geriet, brach auch das Pfund Sterling zusammen). Daß die Wirkungen jener Milliardenverschuldungen sich später sehr unangenehm bemerkbar machen werden, ist eine Sache für sich. Erst im Frieden wird sich für Deutschland als ein Segen bewähren, daß wir nur ganz geringe Verbindlichkeiten im Auslande abzutragen haben, während England eine ungeheure Last wird verzinsen

Digitized by Google

müssen. Hier interessiert uns aber nur die augenblickliche Lage, und da können wir bereits den Einfluß der Politik auf die Valuta feststellen; das Land, das gute Beziehungen bei andern Völkern hat aufrechterhalten können, wird die verhältnismäßig günstigsten Wechselkurse auch im Kriege unter sonst gleichen Verhältnissen bewahren. Deutschland, das dank des britischen Verleumdungsfeldzuges und dank mancher eigenen Ungeschicklichkeit sich so lange im Ausland der größten Antipathien erfreut hat, mußte unter diesen Dingen außerordentlich leiden.

Wie sehr nun politische und namentlich militärpolitische Ereignisse auf die Valuta wirken, haben wir mit besonderer Deutlichkeit beobachtet, als im Dezember 1916 Bethmann Hollweg sein bekanntes Friedensangebot machte. Damals schnellte innerhalb 48 Stunden in New York der Kurs für den deutschen Wechsel von 65⅞ auf 70¼, in der Schweiz von 79 auf 85 und in Amsterdam von 39,15 auf 42¼. Der Grund einer derartigen Erholung liegt natürlich auch in rein finanziellen Überlegungen und hängt auch letzten Endes mit einer Veränderung in Angebot und Nachfrage zusammen: die Bankiers im neutralen Ausland sagten sich eben damals, wenn Deutschland jetzt Frieden erhält, so werden bald wieder normale Verhältnisse eintreten, Deutschlands Handel und Wandel wird sich rasch erholen usw. Aus diesen Erwägungen heraus kaufte gar mancher damals deutsche Wechsel und Banknoten und erhöhte so die Nachfrage.

Am deutlichsten aber ist jene Einwirkung der Politik im Spätherbst 1917 zu beobachten gewesen, wie unsere Tabelle sehr gut zeigt. Als damals die Isonzofront durchbrochen und kurz darauf Kerenski von den Maximalisten verdrängt wurde und damit auch die Hoffnungen auf einen Sonderfrieden zwischen Rußland und den Zentralmächten wuchsen, da erholte sich in ganz wenigen Wochen der Stand der Reichsmark in der Schweiz von annähernd 60 Centimes auf nahezu 90 Centimes (Kurs in den ersten Tagen des Januar). Auch hier sind politische Erwägungen der Antrieb, eine Änderung in Angebot und Nachfrage aber der rein geschäftliche Grund. Bis dahin hatte nämlich eine ganze Reihe von internationalen Spekulanten, ausgehend von einer ungünstigen Beurteilung der deutschen Aussichten, Leerverkäufe in deutschen Noten unternommen, sie hatten also deutsche Valuta verkauft, ohne sie zu besitzen. Auf jene Nachrichten hin waren sie gezwungen, sich rasch einzudecken, und das erhöhte die Nachfrage. Darüber hinaus scheinen namentlich in der Schweiz, aber auch in Holland zahllose mittlere und kleine Existenzen bis herunter zu den Kellnern auf einmal großes Zutrauen zu uns gewonnen und ihre Sparpfennige in Reichsbanknoten angelegt zu haben.

Nüchterne Beobachter haben jene Bewegung damals für etwas überstürzt gehalten, so sehr sie sich über die Besserung freuten. Die letzten Tage haben jenen recht gegeben, die zur Vorsicht mahnten, denn die ersten Januarwochen haben uns einen nicht unerheblichen Rückschlag gebracht, beispielsweise in der Schweiz den Kurs wie-

Digitized by Google

der zeitweise auf 80—82 drückte. Als nämlich die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk sich doch erheblich schwieriger zeigten, als man gedacht hatte, und als in Berlin die Gegner der Kühlmannschen Politik mit besonderer Energie vorgingen, da ergab sich eine nicht unerhebliche Abschwächung der deutschen Devisenkurse, da man die Friedensaussichten und damit auch die wirtschaftliche Wiedererholung Deutschlands etwas skeptischer beurteilte. Umgekehrt hat die Nachricht von der Annäherung an die Ukraine wieder eine gewisse Erholung gebracht.

Mit diesen Feststellungen liegt uns nichts ferner, als selbst Politik zu machen. Denn bei all diesen Dingen kommt es nicht auf Episoden an, sondern darauf, wie die Valuta beim Wiedereintritt normaler Verhältnisse steht; ist sie dann befriedigend, so kann es uns gleichgültig sein, ob in irgendeiner vorübergehenden Zeitspanne des Krieges einmal internationale Spekulanten mehr oder weniger skeptisch über uns gedacht haben. Der Zweck dieser Zeilen war lediglich, die Zusammenhänge zu erklären. Unser aller Hoffnung muß es sein, daß beim Friedensschluß die Gesamtbilanz unserer Friedenspolitik für uns günstig ist. Dann wird auch die Erholung unserer Valuten schnell weiter Fortschritte machen. Das brauchen wir bitter nötig. Denn bei einem Valutastand, wie wir ihn in der letzten Zeit hatten, stößt eine genügende Einfuhr der uns dringend notwendigen Rohstoffe auf schwer übersteigbare Hindernisse. Linter.

Brief an die „Deutsche Politik"

In Nr. 52 hat Hans Delbrück eine schneidige Attacke gegen Graf Reventlow geritten und dargelegt, daß die ständige U-Bootsdrohung nach dem Kriege zur Sicherung unserer Rohstoffbezüge von Übersee ein politisch unmögliches Unternehmen sein würde. Delbrück gibt gleichzeitig seiner Ansicht über die praktische Bedeutung eines allgemeinen Weltboykotts Ausdruck. Er will sich von ihm nicht bange machen lassen und beruft sich darauf, daß „schon in den kaufmännischen Kreisen der Entente selber sich gegen die Pariser Wirtschaftskonferenz sofort schärfster Widerspruch erhoben habe".

Es ist richtig, daß von einem großen Teil der englischen Geschäftswelt heute der Plan des Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß entschieden bekämpft wird. Obgleich die britischen Handelskammern, bei denen in wirtschaftlichen Dingen die Fühlung zu liegen pflegt, zum Teil so voreilig waren, sich schon frühzeitig gegen jede Wiederanknüpfung von Wirtschaftsbeziehungen mit den Mittelmächten auszusprechen, hat neuestens unter den Handelskammern eine Bewegung für die Unterlassung des Wirtschaftskrieges eingesetzt; an der Spitze dieser steht die Kammer in Liverpool. In gleicher Richtung wirken die „Daily News." Trotzdem hat sich das Kabinett bisher nicht im geringsten an diese Auffassung gekehrt. Nachdem es auf der Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 die Verpflichtung übernommen hatte, zusammen mit den Vereinigten Staaten eine die ganze Welt umfassende Organisation zur Erwürgung des Handels mit den Mittelmächten zu schaffen, haben diese weitausschauenden Pläne, was England angeht, neuestens in dem Department of Oversea Trade (Development and Intelligence) Gestalt gewonnen. Am 12. Dezember ist das Übersee-Handelsamt amtlich ins Leben getreten. Anknüpfungs- und organisatorischer Ausgangspunkt war bei ihm das Commercial Intelligence Bureau, das sich, schon 1899 als Abteilung des Handelsamts begründet, bis zum Kriegsausbruch zu seiner weit-

Digitized by Google

aus bedeutendsten Abteilung entwickelte, und in Anerkennung dieser schon 1916 die Bezeichnung eines Department annahm. Dieses Handelsnachrichtenamt, das während des Krieges seinen Beamtenstab und seinen Aufgabenkreis riesig erweitert hat, ist schon lange die Stelle, auf die zum großen Teile die Maßnahmen zurückgehen, die von England gegen den Handel der Mittelmächte ergriffen wurden. Mit dem 1. Oktober trat eine bedeutsame Veränderung in der politischen Stellung dieses Amtes ein: Es wurde zu einer selbständigen Mittelstelle zwischen dem Handelsamt und dem Auswärtigen Amt erhoben. Damit wurde der Zersplitterung, die in bezug auf die Behandlung von Handelssachen seit Jahren zum Mißvergnügen der britischen Geschäftswelt zwischen jenen Ämtern bestand, wenigstens vorläufig entgegengewirkt.

An die Spitze des Amtes trat als Vertreter im Parlament Sir Arthur Steel-Maitland. Er ist zusätzlicher Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts und andererseits als Hilfsparlamentssekretär des Handelsamts dem Präsidenten desselben verantwortlich. Die praktische Folge dieser einschneidenden Änderung ist, daß der gesamte Handelsnachrichtendienst des Auswärtigen Amts (Konsuln, Handelsattachés) nunmehr unmittelbar dem Übersee-Handelsamt angeschlossen und damit einer einheitlichen Leitung unterstellt ist.

Die Neuorganisation hat zu der früheren eine weitere starke Vermehrung des Beamtenstabes gebracht. Am 1. Oktober eröffnete das Department seinen Betrieb mit 739 Köpfen; für Anfang Januar wurde auf 1000 gerechnet.

Natürlich schweigt sich die britische Regierung über die politischen Ziele dieses neuen Amtes im einzelnen aus. Aber so viel ist von ihr bekannt gegeben worden, daß das Übersee-Handelsamt nicht nur eine Handelsnachrichtenstelle allergrößten Stiles, sondern auch eine Kampforganisation sein soll, und daß sie in allererster Linie zur Vernichtung des deutschen Handels bestimmt ist.

Wir haben allen Grund, dieser Neuschöpfung vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ist auch die Frage: „Wirtschaftskrieg nach dem Kriege oder nicht?“ in England noch nicht zur Entscheidung gelangt, so steht doch, gleichgültig, ob das Amt seinen Vernichtungsfeldzug gegen Deutschland nach dem Kriege fortsetzen wird oder nicht, heute schon fest, daß

1. zur Vernichtung des feindländischen Handels, solange der Krieg dauert, von England alles getan wird, was bisher noch nicht geschehen sein sollte;

2. daß auf jeden Fall England nach dem Kriege über eine überaus rührige, gewaltige und gut eingearbeitete Handelsförderungsstelle verfügt.

Wenn man diese Rüstung Englands zum Weltboykott prüft, kann man doch wohl nicht recht von „Gespensterseherei“ sprechen.

Sollte dies uns nicht endlich einmal für das, was uns auf dem Gebiete der nationalen Außenhandelsförderung bei Friedensschluß nottut, aufmerksam machen? Wer will heute bestreiten, daß es dafür hohe Zeit ist, und daß es auf jeden Fall zu spät ist, wenn erst später die Dinge selbst an uns herantreten?[1] Das britische Weltkrieg und die ihm verbündeten Länder sind nun einmal die, die uns die Hauptmengen der überseeischen Rohstoffe liefern müssen, so sehr wir uns auch nach Ersatz und nach anderweitiger Beschaffungsmöglichkeit umsehen. Im Lärm der Waffen und der innenpolitischen Kämpfe haben wir die wahre Bedeutung jener so notwendigen weltwirtschaftlich-organisatorischen Vorarbeit nach der Seite der Welthandelsförderung leider vollkommen übersehen. Möge uns diese Erkenntnis nicht zu spät kommen!

Dr. Th. Schuchart

[1] Vgl. Schuchart: Die deutsche Außenhandelsförderung unter besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsnachrichtenwesens. 1918. L. Simion Nachf., Berlin.

Digitized by Google

Notizen

Kartoffelkrawalle und Osterbotschaft. Bisher waren wir der Ansicht, die Osterbotschaft sei ebenso wie der spätere Julierlaß geboren aus dem Vertrauen auf ein „treues, tapferes, tüchtigs und hochentwickeltes Volk". Die „Deutsche Tageszeitung" will uns eines Besseren belehren. In einem Artikel „Der Druck der Straße" vom 22. Januar sucht sie beide Erlasse als einen Ausfluß bleicher Furcht vor den Pöbelmassen zu deuten. „Die ersten Anzeichen schwieriger Stimmung beantwortete die Regierung mit den Zugeständnissen im Hilfsdienstgesetz, der teilweisen Depossedierung der Arbeitgeber, die Kartoffelkrawalle mit der Osterbotschaft, die späteren Streiks mit den Pässen für Stockholm und dem Julierlaß". Wie absurd diese Zusammenstellung ist, ergibt sich schon aus den Daten. Die Kartoffelkrawalle in Essen, Düsseldorf, Köln usw. fanden im Januar, vereinzelt noch im Februar statt; die Osterbotschaft ist datiert vom 7. April. Der Munitionsarbeiterstreik brach um die Mitte April im Anschluß an die Herabsetzung der täglichen Mehlration aus; der Wahlrechtserlaß ist erst vom 11. Juli. In beiden Fällen liegt also zwischen den Ereignissen, in denen die „Deutsche Tageszeitung" den Ursprung der kaiserlichen Erlasse sehen will, und diesen Erlassen selbst fast ein volles Vierteljahr. Vielleicht wird die „Deutsche Tageszeitung" gerade darin eine Bestätigung ihres Verdachts sehen wollen. Herr von Bethmann Hollweg war bekanntlich recht langsam von Entschlüssen; also wäre ausgerechnet der lange Zwischenraum zwischen jenen Ereignissen und den Erlassen der beste Beweis für ihren kausalen Zusammenhang! Doch Scherz beiseite. Uns wird immer unverständlich sein, wie ein Blatt, das sich als monarchisch ausgibt, die ausdrücklichen Worte des Kaisers desavouiren kann. „Leuchtend stehen die Leistungen der gesamten Nation in Kampf und Not vor meiner Seele", mit diesen schönen Worten hat der Kaiser die Empfindungen gekennzeichnet, die ihn zum Erlaß der Osterbotschaft bewogen. Nein, unterstellt die „Deutsche Tageszeitung", die Kartoffelkrawalle standen vor seiner Seele! Wir sind der Überzeugung, daß dem deutschen Volk das Zeugnis seines Kaisers für immer maßgebend sein wird.

Bei der Wichtigkeit, die die Vorgeschichte der Osterbotschaft und des Julierlasses für die Beurteilung der heute im Mittelpunkt des Interesses stehenden Verfassungsvorlagen hat, habe ich dieselbe in einem größeren Aufsatz der „Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung" (Jahrg. 1917/18, Heft 5) und einem ergänzenden Artikel der „Vossischen Zeitung" übersichtlich zusammengestellt. Die Aneinanderreihung aller Äußerungen Herrn von Bethmann Hollwegs ergibt mit völliger Sicherheit, daß Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß nichts anderes wären als ein innerlich notwendiger und vollauf begründeter Fortschritt auf dem von dem Kaiser selbst am 4. August 1914 eingeschlagenen Wege. Friedrich Thimme

Der Burgfriede ist eine Fiktion geworden, zumal, seitdem eine Parteigruppe entstand, die unter seinem Zeichen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Mehrzahl der alten Parteien begann. Wie hat Hindenburg sich getäuscht, als er der neugegründeten Vaterlandspartei den Wunsch auf den Weg gab, sie möchte die Einheit des Volkes neu sammeln und stärken. Wir sind jetzt soweit gekommen, daß an zahlreichen Orten die Werbeversammlungen der Vaterlandspartei zum Schauplatz von Lärm und Ausschreitung geworden sind. Das ist, um des Eindruckes willen, schwer zu bedauern; wir wollen keine Formen terroristischer Vergewaltigung in unseren inneren Auseinandersetzungen. Aber die Vaterlandspartei darf nicht nur wehklagen und anklagen; sie soll an ihre eigene Brust schlagen: Mea culpa, mea maxima culpa! Nicht nur um des Berliner Vorganges willen! Wird sie von den bösen Erscheinungen die Lehre annehmen, daß ihr Name wie ihr Gebahren eine Verletzung jenes Volksempfindens ist, von dem sie glauben und erzählen, daß es in ihre Führung gegangen sei.

Der konservativer Kampf gegen Wilhelm II. Wenige Tage vor dem diesjährigen Kaiser-

Digitized by Google

geburtstag hat die „Deutsche Zeitung" ihrer monarchischen Gesinnung eine Prägung gegeben, die offenherzig genug ist, um als Zeitdokument bewahrt zu werden:

„Die deutsche Regierung hat sich unter den Willen der internationalen demokratischen Reichstagsmehrheit gebeugt, wie es vollkommener nicht möglich sein konnte, und den Kampf gegen das Haus Hohenzollern fortzusetzen, hat der amerikanische Präsident keine Veranlassung mehr, nachdem der derzeitige Repräsentant des Hauses Hohenzollern auf den Rat seiner verantwortlichen und unverantwortlichen Umgebung alle jene Forderungen der internationalen Demokratie erfüllt hat, die geeignet sind, die Monarchie zu untergraben und die das nationale Volkstum verletzende internationale Demokratie zur Herrschaft zu bringen."

Was der Hohenzoller verdirbt, soll nach dem Wunsch und der Erwartung jenes Aufsatzes der Wittelsbacher retten. Die Bundesfürsten werden zur Hilfe und zur Fronde gegen den Kaiser aufgerufen. Sie sind die letzte Hoffnung gegenüber der Demokratie. Unglücklicherweise für den Artikelschreiber haben aber gerade zwei der wichtigsten, der Bayer und der Schwabe, seinerzeit die Führung in der Demokratisierung ihrer Staaten übernommen und sich persönlich für das demokratische Wahlrecht eingesetzt wie jetzt der Kaiser.

„Wider den Kleinglauben" nennt sich eine kurze Flugschrift, die kürzlich Hans Delbrück im Verlag E. Diederichs in Jena erscheinen ließ. Sie stellt sich dar als eine „Auseinandersetzung mit der Deutschen Vaterlandspartei". Es fehlte bisher an einer kurzen, klaren Darlegung dessen, was der besonnene Vaterlandsfreund gegen das leidenschaftliche Drängen der Vaterlandspartei gefühlsmäßig einwenden möchte, ohne doch den Stoff genügend zu beherrschen. Diese Aufgabe hat Delbrück in sachlicher, vornehmer Weise gelöst. Schlagend legt er dar, daß der Wille zu einer großen deutschen Zukunft durch den Verständigungsfrieden und nur durch diesen Erfüllung finden kann. „Ein jäh durch Friedensschluß abgebrochener Krieg wäre ein Sieg Deutschlands", so sprach durch den Mund Prof. Headlams kürzlich die englische Kriegspartei ihre ganze Sorge aus.

Der Preis des Heftes beträgt 40 Pf. Größere Mengen zum Vertrieb außerhalb des Buchhandels gibt der Herausgeber, Privatdozent Dr. Martin Hobohm, ab (Charlottenburg 1, Königin Luisestr. 11, Postscheckamt Berlin, Konto Nr. 36 570). 10 Expl. M. 2.50, 100 Expl. M. 20.—.

Rußlands Kampfunfähigkeit. Infolge der Drohung der „Prawda", des Sprachrohrs Lenins, Deutschland wegen der Verhinderung des demokratischen Friedens mit einem Revolutionskrieg zu überziehen, stellt Basarow im M. Gorkis Organ „Norajo Thisn" eine ganze Reihe sarkastischer Fragen: Ist es möglich, Bürger, ihr beabsichtigt den Krieg gegen Deutschland von neuem aufzunehmen? Von neuem aufzunehmen, nachdem der Offizierbestand der Armee vernichtet, die Front in eine chaotische Masse verwandelt ist, deren Hälfte sich bereits zerstreut hat, und nachdem die wenigen kampffähigen Truppenteile an die innere Front abgerückt sind? Indem wir Millionen Russen dem Hunger überantworten, werden wir gleichzeitig Millionen Deutscher satt machen. Der wirtschaftliche Drang nach Osten wird jetzt besonders heftig sein, wo Deutschland solche vorteilhaften Märkte eingebüßt hat, wie Südamerika, China, und wo es von einem wirtschaftlichen Bündnis der mächtigsten Wirtschaftsmächte der Welt, wie England, die Vereinigten Staaten, Frankreich, bedroht ist." An einer anderen Stelle spricht das Blatt die Ansicht aus, daß Rußland die Gefahr drohe, zu einer deutschen Kolonie herabzusinken.

Gegen die Verwendung schwarzer Truppen nimmt der langjährige Baseler Vizepräsident der Schweizer Gesellschaft für Eingeborenenschutz Dr. H. Christ-Socin, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter von 85 Jahren von seiner Stellung als Vizepräsident zurückgetreten ist, noch in einem letzten Antrag Stellung. Dr. Christ schreibt:

„Sie kennen den Artikel 11 des Berliner Vertrages von 1885, der immer noch die rechtliche

Digitized by Google

Grundlage bildet, welche den Schwarzen Afrikas einiges Recht zu leben gewähren sollte. Dieser Artikel sagt, daß das ‚Vertragsbecken' im Falle eines Krieges zwischen den Mächten als neutrales Gebiet respektiert werden soll. Daraus folgt, aus noch besserem Grunde, daß die Verwendung schwarzer Truppen und deren Überführung aus ihrem Gebiet nach europäischen Schlachtfeldern ausgeschlossen ist, ebenso als die Verwendung solcher Truppen auf afrikanischem Boden zum Zweck von Kriegen zwischen den Mächten."

Dr. Christ macht hier die Einwendung, daß der Vertrag von 1885 sich nur auf das Kongobecken und die Bewohner dieses Beckens bezieht, daß der Geist, der diesen Artikel diktiert und angenommen hat, sich aber nicht an diese geographische Begrenzung kehren könne, sondern grundsätzlich den Gebrauch jeder farbigen Truppe außerhalb ihres Landes und für europäische Konflikte verbietet. (In diesem Sinne ist die Kongo-Akte auch stets in Deutschland aufgefaßt worden, was u. a. aus Veröffentlichungen von Reg.-Rat Hans Zache im Frühjahr 1914 hervorgeht. Auch die Kriegsausbruch hat bekanntlich die deutsche Regierung in diesem Sinne Stellung genommen.

„Das Graubuch Belgiens für 1914 hat, mit einer ehrenwerten Offenheit, die amtliche Korrespondenz zwischen Belgien und Frankreich bzgl. des Vorschlags Belgiens veröffentlicht, in diesem Kriege die Vorschrift jenes Artikels 11 zu beobachten und die afrikanische Neutralität zu respektieren. Frankreich verfehlte nicht, seinerseits diesen Vorschlag zu genehmigen, was auch ihm zur Ehre gereicht. Aber England erklärte, sich nicht anschließen zu können, was die menschenfreundliche Absicht der zwei andern Länder (hier hat Dr. Christ leider Deutschland mit zu nennen vergessen) scheitern ließ."

Bekanntlich ist uns von Belgien der Vorwurf gemacht worden, wir hätten zuerst die Neutralität des Kongobeckens durch Angriff gegen kongolesisches Gebiet verletzt. Diese Angriffe sind, wie amtliche Veröffentlichungen des deutschen Kolonialamtes nachgewiesen haben, ebenso verleumderisch, wie die Behauptung von General Smuts, Deutschland habe die Eingeborenen Afrikas militarisiert. Alle diese Verleumdungen beweisen nur das schlechte Gewissen der Ententeführer, was auch daraus hervorgeht, daß der bekannte Philantrop und frühere Sekretär der Kongo-Liga E. D. Morell, der auch während des Krieges sich ein unparteiliches Urteil bewahrt und diese in verschiedenen Schriften niedergelegt hat, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er seinen Freunden in der Schweiz einige seiner Broschüren zusenden wollte.

Dr. H. Christ-Socin schreibt weiter: „Herr John Harris hat eine Liste von Punkten aufgestellt, welche einer künftigen Konferenz der Kolonialmächte zur Beratung vorzulegen wären. Er hat von dem Artikel 11 nicht gesprochen, was man bei einem Angehörigen eines kriegführenden Staates begreift. Ganz anders ist die Lage Ihrer Liga. Als Bürger eines kleinen neutralen Landes, das bereits den in diesen Krieg verwickelten Staaten einige Dienste leisten konnte, wären Sie besonders geeignet, diese Frage anzuschneiden . . .

Ich erlaube mir deshalb, Ihre verehrte Liga zu bitten, eine Denkschrift vorzubereiten, welche bezweckt, diesen Artikel 11 der Kongo-Akte als Grundlage der künftigen Freiheit der Eingeborenen in Afrika wieder zum Leben zu erwecken . . ."

Die anglo-japanische Allianz. Wir entnehmen der englischen Wochenschrift „Commonsense" vom 1. September 1917, deren Ausfuhr aus England wegen ihrer friedensfreundlichen Haltung von der englischen Regierung verboten ist, folgenden interessanten Aufsatz:

„Am Tage des 13jährigen Bestehens der führenden japanischen politischen Zeitschrift, des „Tayo", enthält die Nummer einen langen Artikel von Herrn Yoneda, einem Mitglied des Hauses der Abgeordneten, über die anglo-japanische Allianz, von dem ein großer Teil in dem „Japan Chronicle" abgedruckt ist. Herr Yoneda ist ein eifriger Anhänger der Allianz, die er als

Digitized by Google

„den Drehpunkt der Diplomatie des japanischen Reiches" bezeichnet. Aber er ist gegenüber gewissen Gefahren, die ihren Bestand bedrohen, keineswegs blind.

Wohltaten für Japan

Japan zog im Kriege mit Rußland aus der Allianz großen Nutzen, da sie Frankreich daran hinderte, Rußland zu unterstützen, Japan dank der freundlichen Neutralität der britischen Flotte Erleichterungen in den Verbindungen und im Transportwesen sicherte, deren Rußland beraubt war und Japan bei den Friedensbedingungen freie Hand ließ, während der Chinesisch-Japanische Krieg durch das Dazwischentreten von Rußland, Deutschland und Frankreich nur in einer Japan demütigenden Weise zu Ende gefochten wurde. Seitdem hat die Allianz Japan genützt „durch Aufschub der Bewegung zur Teilung von China".

Feindseligkeit gegenüber Deutschland Japans Schutz

Das Bollwerk der Allianz ist in Herrn Yonedas Augen die Feindseligkeit beider Teilnehmer gegenüber Deutschland. Vom japanischen Standpunkte aus ist eine Allianz mit Britannien einer solchen mit Deutschland (wie sie von einigen japanischen Publizisten anempfohlen wird) vorzuziehen, weil Britannien ein zuverlässiger, Deutschland dagegen ein unzuverlässiger Bundesgenosse ist. Die britische Flotte ist stärker als die deutsche und „wenn Japan Britannien im Kriege zu begegnen hätte, so müßte es darauf vorbereitet sein, Amerika an Britanniens Seite treten zu sehen". Im Falle eines solchen Krieges würde Japan von den überseeischen Eisenvorräten abgeschnitten sein, während alles Erz, das es von chinesischen, koreanischen und heimischen Märkten erhalten könnte, 200000 Tons im Jahre nicht übersteigen würde. Aus diesen rein sachlichen Gründen zieht Herr Yoneda eine Allianz mit Britannien vor.

Gefahren für die Allianz

Aber es gibt Gründe und zwar ebenfalls sachliche, nach denen zu befürchten steht, daß sie nicht lange dauern wird, sollten „Feindseligkeiten oder Wettbewerb zwischen Britannien und Deutschland" aufhören, zu wirken. Der erste besteht in dem Interessen-Konflikt zwischen Japan und Britannien in China „jetzt, wo Rußland der Freund ebenso von Britannien wie von Japan geworden ist und Deutschland seine Basis für seine Tätigkeit im Osten verloren hat". Handelsziffern beweisen, daß, während Britanniens Handel mit China sich in den letzten 23 Jahren fast vervierfacht, sich der von Japan viel schneller ausgedehnt hat.

	1890 Taels	1900 Taels	1910 Taels	1913 Taels
Britannien	25 000 000	45 000 000	71 000 000	97 000 000
Japan	7 000 000	26 000 000	77 000 000	119 000 000
Amerika	4 000 000	7 000 000	25 000 000	36 000 000
Deutschland	—	—	21 000 000	28 000 000
Rußland	3 000 000	4 000 000	16 000 000	22 000 000
Hongkong	72 000 000	95 000 000	171 000 000	172 000 000
Indien	10 000 000	17 000 000	44 000 000	48 000 000

Dieser Wettbewerb ist besonders scharf in Baumwoll-Waren. Im Jahre 1909 sandte Britannien 10½ Millionen Stücke Baumwolle nach China, im Jahre 1913 11¾ Millionen; Japan 1909 weniger als 1½ Millionen, 1913 5¾ Millionen, d. h. der japanische Import nahm in 5 Jahren um mehr als das Vierfache zu, während der britische nur um 10% stieg. Seit dem Kriege hat sich Japans Export von Baumwollwaren nach China mehr als verdoppelt.

Lancashire Waren

Lancashires Protest gegen die indischen Baumwoll-Zölle würde wirksam gewesen sein, sagt

Digitized by Google

Herr Yoneda, wenn nicht der indische Kriegs-Beitrag gewesen wäre. Sein Einfluß ist indes im britischen Parlament äußerst mächtig und in der Presse wird er durch die „Daily News" und den „Manchester Guardian" vertreten. Jener Einfluß ist oft gegen Japan ausgespielt worden. Weiter: „Unter der Oberfläche der anglo-japanischen Allianz lauert ein anti-japanisches Element, dessen materielle Interessen mit denen einiger japanischer Kaufleute zusammenstoßen. Es ist nicht meine Absicht, der Haltung von Lancashire übertriebene Wichtigkeit beizumessen, aber meine Furcht besteht darin, daß, wenn sich dieses Element mit den „zwingenden anti-japanischen Faktoren" vereinigt, daß dann eine optimistische Ansicht hinsichtlich der Zukunft der Allianz nicht allzu verbürgt ist. Mit anderen „zwingenden anti-japanischen Faktoren" meine ich den Konflikt der anglo-japanischen Interessen in Zentral- und Südchina, und besonders im Yangtse-Tale.

China und das Yangtse-Tal

Britischer Widerstand führte zu dem Fehlschlag von Japans Plan der Kiukian—Nanchang-Eisenbahn und den Ansprüchen bei den chinesisch-japanischen Verhandlungen von 1915. Britannien mißt seinen Rechten im Yangtse-Tal die größte Wichtigkeit bei und Japan „wird niemals den Versuch machen, diese besondere Lage zu ignorieren". Aber sollte Britannien versuchen, seine besondere Stellung im gesamten Südchina einzurichten, indem es den weitest möglichen Sinn bei der Auslegung des Begriffs „Yangtse-Tal" anwendet, so wird ein Zusammenstoß der Interessen zwischen Japan und Britannien unvermeidlich sein, da das erstere, welches Formosa im Besitz hat, es sich nicht leisten kann, das gesamte Gebiet von Honkong bis zum Yangtse Britannien zur Verfügung zu stellen. Wenn diese Frage nicht binnen kurzem freundschaftlich gelöst wird, dürfte sie ernsten Umfang annehmen, so daß sie den Bestand der anglo-japanischen Allianz berühren könnte, da sie unterstützt wird durch anti-japanisches Empfinden in Lancashire.

Weißes Australien und Japan

Ein weiterer Punkt, der Herrn Yoneda große Besorgnis verursacht, ist die Haltung von Australien und seine offene Feindseligkeit und sein Argwohn gegenüber Japan. Diese Feindseligkeit ist weit ernster dadurch, daß der Krieg „in hohem Maße den Einfluß der britischen Kolonien auf die britische Diplomatie vermehrt hat".

Kein gemeinsamer Feind

Ferner hat die Allianz „ihr Ziel verloren" insofern, als „weder Britannien noch Japan irgendeinen gemeinsamen Feind weiter besitzen, gegen den die Allianz gebildet wurde. Rußland ist jetzt der intime Freund beider Länder (das hat sich inzwischen geändert! Der Übersetzer), obwohl Deutschland als ihr gemeinsamer Feind in sehr verändertem Sinne betrachtet werden kann". Wenn Australien und Kanada ihre Defensiv-Programme vollendet haben, braucht sich Britannien nicht mehr auf Japan für die Verteidigung des Stillen Ozeans zu verlassen, und dies muß „die Grundlage der Allianz schwächen".

Der vorstehende Aufsatz ist von mehr als einem Gesichtspunkt aus von Bedeutung. Läßt er doch all die Gründe durchblicken, die zu einer Änderung der japanischen Politik im Hinblick auf das Bündnis mit Britannien binnen nicht zu langer Zeit führen dürften. Es ist anzunehmen, daß seine drohende Sprache hinsichtlich Südchinas die beabsichtigte Wirkung im englischen Auswärtigen Amt bereits getan hat. Auch der Hinweis auf die japanischen Publizisten, die ein Zusammengehen mit Deutschland bereits offen empfehlen, hat in England sicherlich Aufsehen erregt. Der östliche Horizont beginnt sich für uns aufzuklären. Wir können der weiteren Entwickelung der Beziehungen zwischen Japan und Britannien ruhigen Herzens entgegensehen.

Africanus

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Politik und Kriegführung

Bismarck hat zu dem — heute wieder zeitgemäßen — Problem Stellung genommen: „Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der von dem Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben, ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung." Aus den Erfahrungen der Gegenwart tut es Franz Karl Endres in einer Schrift „Politik und Kriegführung" (Knorr & Hirth, München). Er kommt zu einem Ergebnis, das an den Satz Bismarcks lebhaft erinnert: „Die Politik muß die Leitung des Krieges hinsichtlich seines Zieles in der Hand behalten und die Heerführung nur die Exekutive des politischen Willens bilden. Ohne politisches Ziel ist der Krieg etwas vollendet Sinnloses. Er bildet ja nur das von Gewaltsamkeit erfüllte Zwischenglied zwischen zwei friedlichen politischen Zuständen und die Kriegführung kann nur das eine Ziel verfolgen, den unterbrochenen Friedenszustand so rasch als möglich wiederherzustellen und das in einer Form, die dem politischen Wunsche, der den Krieg verursachte, möglichst vollkommene Erfüllung gewährt. Wollte beispielsweise eine Partei die Oberste Heeresleitung ihres Landes in das Gebiet der Politik ziehen, so wäre das einer der verderblichsten Fehler, die nur gedacht werden können. Die Oberste Heeresleitung hat mit reiner Politik gar nichts zu schaffen. Sie würde in dem Augenblick, wo sie auch die politische Leitung des Krieges an sich risse, die Grundlagen des Staates erschüttern und den notwendigen Dualismus zwischen politischer Leitung durch Politiker und militärischer Leitung durch Offiziere in eine trostlose Anarchie verwandeln. Außerdem müßte sie auch Schiffbruch leiden, weil die Bedingungen politischer Leistungsfähigkeit in einem rein militärischen Personal füglich nicht gegeben sein können." Tatsachen der Geschichte scheinen das Gegenteil zu beweisen. So das Werk Friedrichs des Großen oder Napoleons. Endres lehnt die allgemeine Gültigkeit dieser Erfahrungen der Geschichte ab: nur Genies seien imstande, Politik und Kriegführung gleichmäßig künstlerisch zu beherrschen.

Es ist nicht ausgemacht, ob nicht selbst in den Genies der Geschichte der Kriegsmann bisweilen gegen den Politiker gestritten hat. Alexander der Große, Cäsar, Napoleon haben vielleicht den Zwiespalt zwischen dem der Reflexion, dem zögernden Abwägen des Gedankens. Goethe, der doch auch von Politik etwas verstand, hat in Oranien und Egmont die Politiker gezeichnet und in Alba den Soldaten.

Die Forderung Endres' ist berechtigt: „Die Politik muß die Kriegführung durchdringen, muß durch alle Wogen und Wellen des Geschehens das politische Ziel festhalten oder modifizieren, kurz, so muß der Strategie das Rückgrat des politischen Zwecks geben." Daß es in dem Verhältnis Bismarck zu Moltke so war, ist vielleicht das Geheimnis ihres Erfolges: das Resultat des Zusammenwirkens zweier großer Persönlichkeiten, die einander natürlich ergänzten und in ihrer wechselseitigen Kompetenz nicht beeinträchtigten. In Bismarck war, wie er selbst oft nicht ohne Schmerz gesteht, ein Stück vom Soldaten. Moltke hatte die Ruhe, die Überlegenheit, die natürliche Mäßigung des Politikers. Wo Politiker und Kriegsmann einen guten Teil des Mißerfolges zu verdanken, der, rein äußerlich genommen, ihr Lebenswerk abschließt und in die Hand von Männern hinübergespielt hat, die, größere Politiker als Soldaten, ihre Erben waren.

Die Ursache dafür liegt nicht in dem Unterschied der Eigenschaften, die Endres für den Strategen und den Politiker in Anspruch nimmt: „Nur auf dem reichsten und reifsten politischen Erfahrungsschatz aufgebaut kann sich ein richtiges politisches Urteil, eine politisch mögliche Vorstellung aufbauen. Auch militärische Willensakte, Entschlüsse sind auf die Erwägungen der militärischen Gesamtlage, auf dem Abwägen des militärischen Machtmittels aufgebaut, aber sie werden stets an die unmittelbar gegebene taktisch operative Lage anzuknüpfen haben und an diese einen neuen Entschluß anreihen. Erwägungen, die weiter zurückliegen in der Zeit, kennt das militärische Denken nicht; gewonnene Siege, erlittene Niederlagen der Vergangenheit liegen dem Militär in der gegebenen Lage als Resultate aller früheren Kraftabmessungen vor. An diese reiht er also unmittelbar seinen Entschluß, der zu einer auch zeitlich kurzfristigen Tat werden soll." Rein geistig genommen hat der Stratege dieselben Eigenschaften der Voraussicht, des Rückschlusses, der Synthese zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nötig wie der Politiker. Denn auch er ist Zusammenfasser der Schöpfer im künstlerischen Sinn.

Aber zum Wesen des Strategen — als eines Soldaten — gehört der Drang zum Draufgängerischen, der Wille zum Sieg. Das Losungswort „Vorwärts" ist nicht umsonst das Wort eines großen Soldaten. Das Wesen des Politikers hat seinen Schwerpunkt in der Besinnlichkeit, Persönlichkeiten durch ihre natürliche Anlage einander nicht zu den gemeinsamen Aufgaben ebenso harmonisch ergänzen,

Digitized by Google

tritt das System lenkend und wegweisend ein. Damit im Krieg die Grenzen geachtet werden, die Endres aus den Forderungen des Tages verlangt, muß ihre Wahrung im Frieden vorbereitet sein: dem Anteil des Soldaten am Organismus des Staats das Maß zugewiesen werden, das ihm zukommt, damit er in die Maschinerie des Staates lediglich den Platz ausfülle, der ihm zur Wahrung des obersten Staatsgrundes, des Gemeinwohls, gehört.

Für die Reinheit dieses Systems und die Ebenmäßigkeit seiner Teile kämpft in einem Buch gesammelter Leitartikel Theodor Wolff. („Vollendete Tatsachen", Kronenverlag Berlin.) Durch die Tagesarbeit eines Journalisten sieht man feste, zuerst geahnte, dann immer deutlicher verarbeitete Linien gehen, die dem vielfältigen Inhalt Einheit, den an die Stimmung des Tags angepaßten Aufsätzen klares Gepräge geben.

In dem Schlagwort „Parlamentarisierung" erschöpft sich das Ziel Wolffs nicht, so dankbar er am Ende der Entwicklung, die er überschaut, gesteht: daß am zweiten November „das deutsche Volk noch nicht das parlamentaristische System, aber ein erhebliches Stück davon besaß, weil zum ersten Male die Volksvertretung sich nicht vollendeten Tatsachen gegenübersah." Wie der Befreiung von einengenden Dogmen, so redet er der Vermenschlichung des Staatslebens im ganzen das Wort. So ruhig er auf die Anzeichen der fortschreitenden Entwicklung zur Parlamentarisierung achtet, gewiß, daß sie sich folgerichtig und naturnotwendig gegen alle Hemmungen durchsetze, so sicher ist es ihm, daß „die Erneuerung Deutschlands zu einer hellen, gerechten Staatseinrichtung sich einfinden wird und daß nicht ein Tüpfelchen von dem wieder fortzulöschen sein wird, was errungen wurde."

Die eigene Zeit kann, spätere Zeiten werden in diesem Buche über „vollendete Tatsachen" einen Schrittmacher der Herrschaft des alten Geistes in den Sieg des neuen Geistes sehen, einen Schrittmacher, der in ruhiger Klarheit mitten in Parteihader und trotz aller Polemik unbeirrt seinen Weg ging.

Die Schrift von Endres läßt sich nur in ihrem Wollen mit dem Buche von Wolff vergleichen. Denn im Denken ungeübt, verlangt Endres vom Leser die gedankliche Durcharbeitung des von ihm aufgeworfenen Problems. Aber für ihr Wollen hat Endres gemeinsamen rechten Ausdruck gefunden, der als Mahnung an unsere Zeit gelten kann und darum hierher gesetzt sei:

„Wahrheit ist eine Art Medizin, die nicht gut schmeckt, aber heilsam ist, ohne die der Körper eines ganzen Staates und Volkes dem Siechtum verfällt. Nur zum geringen Teil verhindern böser Wille oder unsozialer Egoismus, daß die Wahrheit all' den Hunderttausenden werde, die sie suchen. Hauptsächlich ist es ein gewisser Zwang, der auf den Wissenden liegt und sie davon abhält dem Volke zu sagen, was sie im Innersten ihres Verstandes denken, im Innersten ihres Herzens fühlen. Der Zwang entsteht zum Teil aus persönlichen Rücksichten, mithin letzten Grundes aus einem, allerdings begreiflichen und fast entschuldbaren Selbsterhaltungstrieb, dann aber auch bei vielen aus einer inneren Überzeugung. Diese ist wohl zumeist nur ein Beharren in überkommenen Anschauungen, an denen ernsthafte Kritik zu üben man sich scheut; diese Scheu entspringt wiederum entweder einem Mangel an Mut zum Durchdenken der gewaltigen Gegenwartsereignisse bis zur letzten logischen Konsequenz, oder aus der Trägheit zum Denken selbst. Und doch ist Alles in der neuesten Zeit ganz anders geworden, aber so allmählich, daß diese Veränderungen noch einem großen Teil unseres Volkes, vielleicht gerade dem mächtigsten, noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Die Umwandlungen in unserem Volkskörper werden nicht selten mit einer überlegenen Handbewegung abgetan, vielleicht nur deshalb, weil sie als unbequem empfunden werden. Man glaubt sie damit aus der Welt zu schaffen. Das wäre freilich nichts anderes als die berüchtigte Taktik des Vogel Strauß. Wie dem auch sei — die Wahrheit leidet darunter und das Volk, das heißt die Gesamtheit aller im Staate lebenden erwachsenen Individuen, will desto stürmischer Wahrheit, je mehr es selbst handelnd, denkend, fühlend auftritt, je mehr es Verantwortung will, je mehr ihm zum Bewußtsein kommt, daß dieser Weltkrieg ein Krieg des Volkes, und ein Krieg für das Volk ist, kein Krieg der Souveräne, kein Krieg der Regierungen. Eine neue Zeit ist erstanden! Manchem mag davor grausen. Aber es handelt sich für uns gar nicht darum, daß uns die neue Zeit gefällt oder nicht gefällt, sondern vor allem anderen, daß wir das Wesen dieser neuen Zeit gedanklich erfassen, durchschauen und klar erkennen. Es gibt noch zahlreiche und dabei gebildete Menschen, die an die Demokratisierung der Welt nicht glauben, also an eine Erscheinung, die schon auf dem Wege ihrer Vollendung ist."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 8. Februar 1918 • Heft 6

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:
Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Berliner Streikbewegung ist von Österreich herübergesprungener Bolschewismus. In Neapel ist geschossen worden, Frankreich wird vom Nebel der Gerüchte verhängt. Aber in der Albert-Hall zu London haben die Maschinisten ohne elsaß-lothringischer Vorbehalte den Verzicht auf Annexionen verlangt und Waffenstillstand gefordert. Die Angst vor einem deutschen Angriff und vor der Masseneinbeziehung der bisher freigegebenen Industriearbeiter lastet auf England. Die britischen Staatsmänner wissen, daß der Druck von unten in den nächsten Monaten auch bei ihnen gewaltig wachsen wird. Sie lassen jetzt die Zeitungen über die Nachrichten aus Deutschland jubeln, aber diese Freude hat einen falschen Unterton, denn das „maximalistische Gift" bedroht den eigenen Volkskörper. Es soll bereits drüben sehr einflußreiche Leute geben, die in ihm einen „gemeinsamen Feind" sehen.

*

Tirpitz hat einem holländischen Berichterstatter sein Kriegsprogramm erläutert. Seine Worte waren politisch präziser gefaßt, als manche frühere Kundgebung, aber sie haben in der eigenen Presse des Großadmirals ein nur schwaches Echo gefunden. Denn er erklärt, „kein grundsätzlicher Anhänger der Einverleibung französischen Gebietes zu sein". Das ist für viele Leute der Vaterlandspartei in dem Augenblick ernüchternd, da die schwere Industrie eine verstärkte Propaganda für das französische Erzbecken eingeleitet hat. Wenn Tirpitz die Franzosen schonen will, obgleich sie es nicht verdient hätten, so muß irgendwie der Gedanke der breiten antienglischen Kontinentalpolitik als Zukunftsmöglichkeit für ihn leitend sein. Sein Schlüsselpunkt ist Flandern. Dessen künftige Staatsform mag nach Tirpitz von der Friedenskonferenz bestimmt sein, sicher bleibt es vom deutschen Militär besetzt, als „Friedenssicherung". Die Wallonei wird nicht genannt. Kündigt sich in der neuen Sprache, die der Großadmiral über Frankreich gebraucht, eine neue Pointierung jener Politik an, die die „freie Hand im Westen" proklamiert?

*

Digitized by Google

Der Abgeordnete Naumann hat in seiner großen Rede vor dem Hauptausschuß des Reichstags gegenüber unserer „östlichen" und „westlichen Schule" das Problem richtig gekennzeichnet: „Was heißt freie Hand im Westen? Können wir im Osten demokratisch, im Westen aristokratisch-militärisch sein? So kann man keine Politik führen."

*

Der maximalistische Terror beginnt das zur Verzweiflung gebrachte estnische Volk in Englands Arme zu treiben. Aber auch jetzt legt es Zeugnis ab, daß seine erste Liebe Deutschland war. Auf einer geheimen Sitzung des estnischen Landtages (öffentlich zu tagen, wagt er nicht mehr, weil er das vorige Mal von den Maximalisten auseinandergejagt worden ist) ist folgender Beschluß gefaßt worden:

1. Loslösung von Rußland,
2. keine Entschließung für einen Anschluß zu fassen, weil auf Deutschlands Hilfe nicht zu bauen und die Rache Rußlands sie schutzlos treffen würde.

Ihre Vertreter wurden aber nach Stockholm gesandt, um dort mit England in Verbindung zu treten. Als Grund für diesen Umschwung ihrer politischen Orientierung gibt das führende estnische Organ „Postimees" an, daß England „die unbesiegte Weltmacht sei, die nicht mit dem Maximalismus paktieren wolle". Als Lohn für eine Errettung aus den Klauen des Maximalismus sind die Esten bereit, Reval, Baltisch-Port, Hapsal und Pernau als Freihäfen England zu überlassen.

*

Das maximalistische Parteiorgan „Prawda" veröffentlichte am 22. Dezember folgende Kampfansage an die Fremdvölker:

„Bis zum maximalistischen Umsturz war das Selbstbestimmungsrecht der Völker revolutionär, denn es richtete sich gegen die bürgerliche Regierung. Seit am 7. November die Unterdrückung durch eine Regierung aufgehört hat, hört die nationale Bewegung auf, revolutionär zu sein. Jetzt wird sie reaktionär, kapitalistisch und kleinbürgerlich. Jede nationale Bewegung, die sich gegen den Rat der Volkskommissare richtet, verwandelt sich in ihr Gegenteil. Einige Fremdvölker müssen, sei es auch durch eine Kriegserklärung, zum Gehorsam gegen die Zentralregierung gebracht werden."

Dürfen wir, Deutsche, als Sieger uns noch länger durch den Waffenstillstand die Hände binden lassen, wenn die Maximalisten die freigewordenen Truppen dazu benutzen, die Finnländer, Esten und Ukrainer unter das maximalistische Joch zu zwingen? Deutschland muß wieder zu Bethmann Hollwegs Menschheitsziele weisender Parole von der Befreiung der Fremdvölker vom russischen Joch zurückkehren.

*

Während draußen das Raunen des Streiks sich meldete und an der Westfront die Spannung großer Geschehnisse wächst, hat der Verfassungsausschuß des Preußischen

Digitized by Google

Landtags sehr eingehende, aufschürfende und die Weite des Zieles voll Verantwortung anpackende Beratungen darüber gepflogen, ob das Herrenhaus künftig noch Herrenhaus oder ob es Erste Kammer heißen solle. Damit war jedoch keineswegs eine Ironisierung des geschichtlichen Augenblicks beabsichtigt.

*

Beim preußischen Landtag ist jetzt auch eine Petition der Feuerwehren um Vertretung im Herrenhaus eingelaufen. Der berufsständische Gedanken feiert seine Orgien. Wenn schon, denn schon. Der Antrag darf mit einer freundlichen Aufnahme rechnen, denn die konservative Aufgabe der Feuerwehr ist unbezweifelbar.

Die osteuropäische Frage

Von Dr. J. Jastrow, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

Wenn man in früheren Jahren mit Kennern Rußlands auf die bunscheckige Völkerkarte des gewaltigen Reichs zu sprechen kam und Zweifel daran äußerte, ob die vielen Völker sich noch lange die Herrschaft eines einzigen, des „großrussischen", werden gefallen lassen, konnte man regelmäßig die Antwort hören: „Da unterschätzen Sie eines, nämlich die Macht des Zaren!" Rußland sei der Zar, und die Anhänglichkeit an die Idee des Zarentums halte alle Elemente weit kräftiger zusammen, als ethnographische Verwandtschaften oder politische Übereinstimmungen es zu tun vermöchten. Was der Zar als Mittelpunkt bedeute, davon mache man sich im übrigen Europa keine Vorstellung; auch Duma und Verfassung könnten daran nichts ändern.

Und jetzt hat das abgelaufene Jahr das Zarentum stürzen sehen, wie noch nie eine Monarchie gestürzt ist. Andere Staaten haben ja auch ihre Revolutionen gehabt und Dynastien verjagt. Aber es blieb doch immer noch ein gewisser Rest von Anhänglichkeit, wie für die Stuarts in ihrem Heimatland Schottland, für die Bourbonen in dem französischen Adel, dessen Emigranten ganz Europa gegen die Revolution mobil zu machen wußten. Mit den gestürzten Romanows ist kein Kammerherr und kein Kammerdiener mitgegangen, um ihr Schicksal zu teilen oder zu wenden. In einem einsamen Kloster Sibiriens sitzt der Ex-Zar als Staatsgefangener.

Leute, die kein Recht hatten, sich als Kenner Rußlands zu bezeichnen, haben in dieser Beziehung klarer gesehen (wie man es nicht selten bemerken kann, daß eine gewisse Entfernung von dem Gegenstande den Überblick erleichtert und den Vorausblick schärft.) Wenige Tage nach Beginn des Krieges habe ich in einem Aufsatze: „Gegen wen führen wir Krieg?" („Berliner Tageblatt" vom 8. August 1914) die aufgeworfene Frage dahin beantwortet: gegen die Richtung, die den Panslawismus als Herrschaft über das geeinte östliche Slawentum auffaßt. Im Laufe des Krieges hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß die Träger dieser Richtung längst gewechselt

Digitized by Google

hatten. Es waren nicht mehr die Reaktionäre, sondern im Gegenteil die liberalen Vertreter eines aufkommenden Industrie- und Handelsstandes, die die Führung im Expansionsgedanken übernahmen. Aber so sehr sich dadurch die Begründung verschoben haben mag, das politische Ideal blieb: auf osteuropäischem Boden keine nationale Staatenbildung, sondern nur moskowitische Herrschaft zu dulden.

Das ist der Grund, weswegen wir von Anfang dieses Krieges an unsern natürlichen Bundesgenossen in den staatenlosen Völkern Osteuropas erblicken mußten. Von den etwa 130 Millionen Einwohnern des russischen Reichs entfielen auf Finnland 3,1 Millionen; auf die Ostseeprovinzen (mit gemischter deutscher, estnischer, lettischer und schwedischer Bevölkerung) 2,4; auf das Königreich Polen (dessen polnische Einwohner die einzigen dem Panslawismus unbedingt abgeneigten Slawen sind) 9,4 Millionen; auf Beßarabien, das Rußland den verbündeten Rumänen 1878 im Wege diplomatischer Vergewaltigung abnahm 1,9 Millionen. Von ganz fremden Völkern, wie Mordwinen (an der Wolga), Tataren, Baschkiren (jede von ihnen mit 1—1½ Millionen) abgesehen, sitzen zu beiden Ufern des Dnjepr die Ukrainer mit 23,8 Millionen, die dadurch nicht zu Russen werden, daß man ihnen den Namen „Kleinrussen" gibt; sie sind ein russenfremdes, den Südslawen verwandtes Volk. In diesem Völkergewirre haben die Russen noch nicht einmal die Mehrheit; sie zählen nur wenig mehr als 50 von jenen 130 Millionen. In einer Reihe von Aufsätzen[1] habe ich damals von Anfang des Krieges an die Meinung vertreten, daß sein Ausgang davon abhängen wird, wie wir imstande sein werden, mit diesen Elementen des russischen Reiches gemeinsame Sache zu machen:

„Europa hat eingesehen, daß es die Dynastie der Romanows nicht ertragen kann; ebensowenig, wie die von ihr unterjochten Völker sie ertragen können. Nur wenn nach der Verjagung der Romanows auf dem Boden Osteuropas ebenso mehrere Staaten errichtet werden, wie sie auf dem Boden Westeuropas bestehen, kann ein Friede als verbürgt gelten. Jeder andere Ausgang verbürgt die Fortsetzung der Ausdehnungspolitik, die das innere Prinzip jedes Weltreichs ist. Selbst wenn den Waffen unserer wackeren Ostarmee weiterer Erfolg beschieden ist, so steht dennoch fest, daß schließlich ein Feldzug in Rußland nicht militärisch, sondern politisch entschieden wird, d. h. durch die politisch widerstrebenden Elemente im Reiche selbst. Dadurch, daß die ersten Nachrichten über vereinzelte revolutionäre Erhebungen sich als unrichtig herausgestellt haben, hat die irrige Meinung Platz gegriffen, als ob auf Revolutionen in Rußland nicht zu rechnen sei. Aber trotz der erfolgreichen Nachrichtensperre besteht kein Zweifel, daß nicht bloß in Polen und Finnland, sondern namentlich in dem ukrainischen Teile Südrußlands — und zwar hier bereits in organisierten Formen — die revolutionäre Propaganda am Werke ist und auf unsere Heere als Befreier wartet. Der Feldzug

[1] „Berliner Tageblatt" vom 8. und 18. August, 8. September, 3. Oktober 1914.

Digitized by Google

kann nicht anders entschieden werden, als im Einvernehmen mit Revolutionären in allen Teilen Rußlands. Und da es unmöglich ist, im Falle eines Sieges unsere Helfer den Lenkern des russischen Weltreichs ans Messer zu liefern, so folgt schon daraus mit Notwendigkeit, daß der Krieg nur ein Ende haben kann, wenn an Stelle des russischen Weltreichs die verlangten selbständigen Staaten treten ... Darum ist der Ausspruch unserer leitenden Männer, daß ein dauernder Friede verbürgt werden muß, auf keine andere Art zu verwirklichen, als daß bei Beginn zukünftiger Friedensverhandlungen das russische Weltreich als solches nicht mehr besteht."

Dies war zwei Monate nach Kriegsausbruch, am 3. Oktober 1914, geschrieben. Im November 1915 war ich in Wien und brachte die Eindrücke, die ich über die wichtigsten historisch-politischen Fragen empfing, in einem „Momentbild" zu Papier, das als Privatdruck gedruckt und nur für einen engernen Kreis bestimmt war. Namentlich über die polnische Frage gingen damals die Ansichten weit auseinander, und ich machte den Vorschlag, die Frage: „Was soll sein?", über die man sich offenbar nicht einigen konnte, zunächst auf sich beruhen zu lassen, und einen Versuch der Orientierung zu machen, indem man die Frage beantwortet: „Was wird sein?"

„Heutzutage ist die ganze Erdoberfläche in Staaten geteilt. Nur die Völker, die zwischen Deutschland und China wohnen, haben für sich keine Staaten gebildet, weil hier ein ungeheures Imperium sie an der Staatenbildung hinderte. Daß dieser Zustand ewig dauern werde, wäre eine so naive Anschauung, daß sie politisch ernsthaft nicht in Betracht kommen kann. Wir haben uns vielmehr zu fragen: Ist das, was wir gegenwärtig erleben, bereits der erste leise Anfang einer derartigen Abbröckelung vom Imperium?"

Ich glaube nicht, daß es gegenwärtig in Deutschland noch einen Menschen gibt, der diese Frage anders, als mit ja beantwortet. Darin liegt noch kein Urteil über den Ausgang der russischen Revolution. Die Geschichte aller Revolutionen zeigt, daß die Erfolge des Radikalismus Rückschläge hervorrufen. Ob gegenüber den Bolschewiki (Maximalisten) vielleicht Kerenski, ob diesem gegenüber Miljukow und seine Kadetten, nicht noch einmal hochkommen, kann niemand wissen; und zu behaupten, daß Rußland niemals wieder einen Zaren haben werde, wäre eine Vermessenheit. Aber alle diese Fragen treffen nicht den Kernpunkt des osteuropäischen Problems. Der Kernpunkt ist der Begriff „Rußland" selbst. Dieser Begriff ist erschüttert, der Name als irreführend erkannt, und wir müssen uns schlüssig machen, was wir an seine Stelle setzen wollen.

Nach meinem Empfinden würden die Erörterungen in Deutschland mit viel größerer Klarheit verlaufen, wenn wir uns daran gewöhnten, statt „Rußland" überall, wo von der jetzigen und zukünftigen Entwickelung der Rede ist, „Osteuropa" zu sagen Osteuropa befindet sich heute vor einer Schicksalswende ähnlich wie Westeuropa vor

Digitized by Google

1½ Jahrtausenden. Ähnlich wie damals bei Auflösung des weströmischen Reiches die jugendlichen germanischen Völker sich ihre eigenen Gebilde zu schaffen suchten, werden es jetzt die verschiedenen slawischen und nichtslawischen Völker auf dem Boden des östlichen Imperiums versuchen. Und da damals der Prozeß Jahrhunderte dauerte, wäre es unbillig, von den Staatsmännern, die an der Beendigung dieses Krieges arbeiten, zu verlangen, daß sie auf den ersten Anhieb einen Zustand schaffen sollen, der die Gewähr der Dauer in sich trage. Alles, was sich in diesem Kriege und in diesem Friedensschluß leisten läßt, ist: einen Zustand herbeizuführen, der jenen Völkern die Weiterentwickelung ermöglicht.

Das Interesse, das Deutschland hieran hat, ist im wesentlichen ein Interesse der Friedenssicherung. Osteuropa, von den Moskowitern beherrscht, zeigte an der Grenze gegen Westeuropa eine lückenlose Kette von „Fremdstämmigen". Von Norden nach Süden: Lappland, Finnland, Ostseeprovinzen (Estland, Livland, Kurland), Polen, Littauen, Ukraine, Beßarabien (weiter östlich die Kaukasusländer: Georgien). Das herrschende Volk der Moskowiter stand deswegen zu kriegerischen Plänen anders, als jedes andere Volk. Denn jedes andere Volk weiß: wenn es siegreich vordringt, trägt es den Krieg ins feindliche Land; wenn es besiegt wird, so wird sein eigenes Land zum Kriegsschauplatz. Das moskowitische Herrschervolk aber plant Kriege in dem ruhigen Bewußtsein, daß sein Sieg den Feinden die Kriegsfurie ins Land bringe, seine Niederlage den „Fremdstämmigen". Ostpreußen und Galizien haben schwer leiden müssen, als die russischen Heere vorrückten. Als sie aber nach den Schlägen von Tannenberg und Gorlice sich zurückzogen, hat nicht des moskowitische Land gelitten, sondern der Krieg wurde auf dem Rücken der „Fremdstämmigen" ausgefochten.

Dieses Verhältnis zu ändern, haben die „Fremdstämmigen" ein Interesse, und wir mit ihnen. Aber auch die Bolschewiki haben dasselbe Interesse. Denn sie wollen nicht, daß aus diesem Kriege ein Reich hervorgehe, das neue Kriege planen kann, mit der Sicherheit, daß Land und Volk der Zwingherren zwar die Vorteile der Siege, aber nicht den Schaden der Niederlagen zu kosten bekommen.

Wenn die Verständigung trotzdem sich hinzieht oder zu entschwinden droht, so hat dies seinen Hauptgrund darin, daß man in Deutschland nicht wagt, durch das Gebahren der russischen Unterhändler hindurch die Übereinstimmung da zu sehen, wo sie schon vorhanden ist. Wie ehemals die „Rußlandkenner" uns versicherten, daß wir die Verankerung des Glaubens an das Zartum in den Völkern Rußlands unterschätzen, so versichern sie uns jetzt, daß wir den Glauben an die Reichseinheit (mit oder ohne Zaren) unterschätzen und belehren uns, durch ihre Bloßstellung nicht bescheidener gemacht, daß es tatsächlich keinen Unterschied begründe, wer am Ruder sei; ob echt russische Leute oder Kadetten, ob Menschewiki (Minimalisten), ob Bolschewiki, die Einheit des Reiches sei in „Rußland" selbstverständliches Ideal. So sollen wir die „Selbstbestimmung der Völker" als eine Art Zugeständnis an uns ansehen, das wir nicht

Digitized by Google

mit allerhand Modifikationen belasten dürften, wenn wir zum Ziele kommen wollen. Die so sprechen, stehen allerdings vielfach den russischen Dingen nahe; aber so nahe, daß sie vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen. Was sich jetzt russische Regierung nennt (oder so genannt wird; sie selbst sucht den Ausdruck zu vermeiden) ist schon heute etwas ganz anderes, als was sonst Westeuropa gegenüber stand. Zum erstenmal seit der Beseitigung der Tatarenherrschaft stehen andere, als Moskowiter an der Spitze der Länder- und Völkermassen. Die heutige Regierung der „Volkskommissare" ist in allem wesentlichen bereits ein Komitee von „Fremdstämmigen", die die Selbstbestimmung ihrer Völker als Ziel wollen und denen die Behauptung der Zentralgewalt nur das Mittel ist, um nicht moskowitische Zwingherren (liberale oder konservative) in ihren Besitz kommen zu lassen. Daß auch sie für den Teil der zukünftigen osteuropäischen Staaten, der nicht (wie das protestantische Finnland) die losgelöste Selbständigkeit, oder (wie das römisch-katholische Polen) eine anderweite Anlehnung vorzieht, eine umfassende föderative Gestaltung in Aussicht nehmen, ist richtig. Aber diese zu verhindern, hat niemand von uns die Absicht. Da nach den grundlegenden Erklärungen des Rates der Volkskommissare zu diesem Staatenbunde oder Bundesstaate nur die Völker gehören werden, die dazu gehören wollen, so wird er nicht eine Fortsetzung der Moskowiterherrschaft, sondern ihr Gegenteil sein.

Diesen Sachverhalt zu betonen, liegt gegenwärtig ein gewisser Anlaß vor. Zwar nicht im Deutschen Reich, aber in seiner Hauptstadt greift seit einiger Zeit eine Stimmung um sich, die unser Interesse an einem starken Rußland (gegen England) in einem Maße betont, das eines Tages bereut werden kann. Das hauptsächlichste Organ dieser Stimmung ist die „Vossische Zeitung". Trotz aller Wandlungen der Zeiten ist sie für weite Kreise „das" Berliner Blatt geblieben und hat an suggestivem Einfluß vielleicht noch gewonnen, seitdem Bernhards sehr zielbewußt zugespitzte Montagsartikel die Leser daran gewöhnt haben, in der auswärtigen Politik eine bestimmte Linie verfolgt zu sehen. Bernhard wird nicht müde, seine Leser daran zu erinnern, daß es kurzsichtig sei, bei dem Friedensschluß nur an die Bolschewiki zu denken, die ihn zu unterzeichnen haben; eine weitsichtige Politik müsse den Frieden so gestalten, daß keine zukünftige russische Regierung sich veranlaßt sehe, gegen Deutschland aufzutreten und so an dem Triumphe Englands zu arbeiten. Diesem sei nur durch eine Politik beizukommen: die Einigung des Kontinents, die einer angelsächsischen Einmischung ein Ende mache. Wir verkennen nicht, daß dieser Politik ein Grundgedanke innewohnt, der einer beständigen Wiederholung wert ist. Auch wir wünschen, diesem Grundgedanken zuliebe, ein starkes Rußland. Aber wir wünschen es dort stark, wo es England gefährlich sein kann: in der Nähe Indiens. Und dem steht eine Politik im Wege, die, weit entfernt die Staatenbildung in Osteuropa zu begünstigen, direkt dazu führen muß, das Moskowitertum mit der Front zur Ostsee und zum Schwarzen Meer neu zu beleben.

Digitized by Google

Weswegen haben wir denn in den Jahrzehnten vor dem Kriege die kommende Entwicklung Osteuropas nicht mit richtigen Augen ansehen können? Weil die Führung der Nation Leuten anvertraut war, deren Phantasie nicht so weit reichte, daß sie sich den Planeten, auf dem wir wohnen, ohne den Petersburger Gesandschaftsposten hätten vorstellen können. Daher konnte bei uns der irreführende Begriff des Realpolitikers geschmiedet werden, der mit „realen Faktoren" zu rechnen glaubt, wenn er „die Dinge nimmt, wie sie sind". Wenn es in der Frage Osteuropa etwas gibt, was als feststehend angesehen werden kann, so ist es, daß die Staatenverhinderungs-Maschine, genannt Russisches Reich, nicht ewig dauern werde. Feststehend deswegen, weil nichts auf Erden ewig dauert. An jener Politik, die uns im Namen der Weitsichtigkeit bekämpft, haben wir gerade auszusetzen, daß sie kurzsichtig ist: sie denkt an das Morgen, aber nicht an das Übermorgen. Sie denkt an die Faktoren, die sich in der Beherrschung Osteuropas ablösen, und übersiehe (durch den irreführenden Namen Rußland geblendet), daß sich schon die Zeit ankündigt, wo hier die Völker anfangen, wirkliche Staaten zu bilden. Nur dieser Irrtum macht es erklärlich, daß man in diesem entscheidenden Augenblick Männer aus der Versenkung hervorrufen will, die vor zehn Jahren das kommende Osteuropa so wenig voraussahen, daß sie mit seinen Verkündern durch das Wort von den „Schnorrern und Verschwörern" uns in einen naturwidrigen Gegensatz brachten. Der Weg des Schicksals ist uns günstig. Wir brauchen seinen Gang nur nicht zu hindern.

Ganz Deutschland ist einig in dem Wunsche, mit den Völkern, die jetzt auf osteuropäischem Boden mit der Staatenbildung anfangen, in Friede und Freundschaft zu leben. Die Bolschewiki selbst wünschen nicht, als Fortsetzung des Moskowitertums zu erscheinen, das die Völker hinderte, Staaten zu bilden, um sie unter ein Imperium zu zwingen. Welcher Grund besteht vom Standpunkt deutscher Politik, ihnen diese Fortsetzung aufzuzwingen?

*

Die vorstehenden Zeilen waren bereits gesetzt, als zu dem hier behandelten Gegenstande von dem Abg. Cohen-Reuß in der „Vossischen Zeitung" vom 23. Januar ein Aufsatz unter dem Titel „Man muß offen reden" erschien. „Es kann nicht oft genug betont werden," heißt es in diesem Aufsatze, „daß der Ausgangspunkt des jetzigen außenpolitischen Elends die unglückselige Polenproklamation vom November 1916 gewesen ist." Erst sie habe die Selbständigkeits-Erklärungen in Litauen, Kurland, Livland, Estland hervorgerufen. Daß v. Kühlmann, der die alte Bethmannsche Politik eines großbritannischen Friedens fortsetze, Rußland gegenüber zu immer weiteren Abgliederungen über das militärisch Notwendige hinaus schreite, sei nur konsequent. Die Reichstags-Mehrheit aber könne umkehren. „Es gibt nur eine einzige Form polnischer Unabhängigkeit, warum sollte man das nicht aussprechen, die für Deutschland ungefährlich ist: die im Rahmen eines mit uns befreundeten Ruß-

Digitized by Google

lands." Jede andere führe zur austro-polnischen Lösung, zu einem russisch-polnischen Bündnis zwecks Rückgewinnung Kurlands und Livlands für Rußland, sowie Posens und Westpreußens für Polen, zur Gefährdung des deutsch-habsburgischen Bündnisses. England habe so seinen Zweck die dauernde Spaltung des Kontinents, erreicht.

Ich hätte mir kaum einen Aufsatz wünschen können, der die Notwendigkeit meiner obigen Ausführungen deutlicher illustrierte, als der hier wiedergegebene. Der Aufsatz rechnet mit „Rußland" als einem unabänderlich feststehenden Begriff. Wäre es bei uns Sprachgebrauch, in solchen Fällen statt Rußland „Osteuropa" zu sagen, so wäre es unmöglich, daß ein klar denkender und klar schreibender Autor diese Gedanken jahrelang fortentwickelte, ohne bei sich selbst an die Barriere der Frage zu stoßen, ob die Völker Osteuropas nicht ebenso dazu gelangen werden, Staaten zu bilden, wie die Völker Westeuropas. Weil es aber der zweihundertjährigen Moskowiterherrschaft gelungen ist, uns den Namen „Rußland" aufzunötigen, hat sich unser die Suggestion bemächtigt, als ob hier irgend etwas ähnliches, wie ein gemeinsames Volkstum existiere, und wir sehen die einzelnen Staatenbildungen noch nicht einmal, wenn sie schon da sind. Die Ukraine besteht als Republik und wird als solche nicht einmal mehr von denen bestritten, die sie mit den Waffen in der Hand bekriegen. Im Norden gibt es eine Republik Archangelsk. Kaukasier, Armenier, mohammedanische Völker haben mit Staatengründungen begonnen. In einer solchen Zeit zu sagen, man nehme trotzdem an, daß es noch einmal ein straff geeinigtes Osteuropa geben werde, muß erlaubt sein. Aber es ungesagt dem Leser zu suggerieren und ohne auf den gegenwärtigen Zustand auch nur hinzudeuten, von dem unverändert zu respektierenden „Rußland", wie von etwas Selbstverständlichem zu sprechen, ist nicht erlaubt. Göttliche Macht ist die einzige, die beansprucht als ewig geltend hingenommen zu werden, auch wenn man ihre Geltung nicht sieht.

Kommt noch einmal eine straffe, militärische Einigung Osteuropas zustande (und wir stehen ja nicht am Ende, sondern erst am Anfang der osteuropäischen Umwälzungen), so wird unser Schicksal davon abhängen, ob die Völker, die durch das Moskowitertum an der Staatenbildung gehindert werden, nach dem Erfahrungen des Weltkrieges von 1914 zu uns das Vertrauen haben, daß wir die Gemeinsamkeit unseres Interesses mit dem ihrigen erkennen, oder ob sie den Eindruck haben, daß bei uns ein blinder Glaube an die Ewigkeit des Kolosses waltet. Unter allen diesen Völkern sind die Polen die einzigen, die einmal, ein Jahrtausend hindurch, einen großen, selbständigen, ganz Europa bekannten Staat besessen haben. Unsere Stellung zu Polen wird in der ganzen östlichen Welt als kennzeichnend angesehen werden. Und darin liegt die große historische Bedeutung des Polenproklamation vom November 1916, daß sie uns den Rückzug abschneiden *sollte* und abgeschnitten *hat*.

Daß der dadurch geschaffene Zustand uns Schwierigkeiten über Schwierigkeiten schaffen wird, das steht freilich schon heute fest. Aber welcher andere etwa herbei-

Digitized by Google

zuführende Zustand in Osteuropa täte das nicht? Der Friede, der jetzt für Osteuropa geplant wird, ist eben auch nicht ein Ende, sondern ein Anfang. Darüber kommt man nicht hinweg, indem man behauptet, „die" Polen hätten sich selbst für Verbleiben innerhalb Rußlands ausgesprochen (in der von dem Verfasser angeführten Äußerung Kucharzewskis ist kein Wort davon enthalten; und wir hoffen, daß von polnischer Seite die Antwort nicht ausbleiben wird). Der Frage muß ins Auge gesehen werden: wenn es wahr ist, daß unser Interesse erfordert, ein autonomes Polen nur innerhalb „Rußlands" zu sehen, sollen wir dann auch unsere Machtmittel oder doch unsere Bündnisfähigkeit in Zukunft dazu gebrauchen, ein solches „Rußland" (das es ja augenblicklich nicht gibt) herzustellen? Sollen wir direkt oder indirekt unsere Politik darauf einstellen, daß die osteuropäischen Völker, die außerhalb des Imperiums leben *wollen*, in uns den unbedingten Freund ihres Zwingherrn sehen? Und wollen wir, daß dieser Zwingherr sein Machtgefühl in dem sicheren Bewußtsein entwickelt, daß sein westlicher Nachbar sich bei den osteuropäischen Völkern gründlich kompromittiert hat? „*Man muß offen reden.*"

Der Streik

Von Friedrich Thimme

Wenn man aus politischen Ereignissen die Lehren ziehen will, so muß man vor allem ihre Ursachen zu ergründen suchen.

Den Ausgangspunkt für die Streikbewegung in Deutschland bildet ohne alle Frage der voraufgegangene Streik in Österreich-Ungarn, der Mitte Januar ausgebrochen, im Laufe einer Woche nach entgegenkommenden Erklärungen der österreichischen und ungarischen Regierung zu Ende ging. Ihm ist fast unmittelbar die Streikbewegung in Deutschland gefolgt, die am 28. Januar von der Hauptstadt des Reiches ausgehend und hier annähernd den Umfang des vorjährigen Munitionsstreiks erreichend, allmählich auch auf andere Teile des Reiches wie Altona, Hamburg, Kiel, Mannheim usw. übergriff, ohne doch entfernt den Charakter eines Generalstreiks anzunehmen. In dem Augenblick, wo dieses geschrieben wird (1. Februar), scheint der Streik schon wieder abzuflauen, und wenn die gestrigen Zwischenfälle in Moabit nicht das Vorspiel zu ernsteren Ausschreitungen sind, so dürfte in einigen Tagen der Ausstand im wesentlichen sein — um es gleich zu sagen — ergebnisloses Ende erreicht haben.

Über die Gründe, die hüben und drüben zu dem Streik geführt haben, tappt man keineswegs so sehr im Dunkeln, wie viele Zeitungen meinen. In Österreich bot den äußeren Anlaß genau wie bei dem deutschen Munitionsstreik im April 1917 die Kürzung der Mehlquote. Die eigentlichen Gründe aber waren politischer Natur: sie lagen in der tiefen Friedenssehnsucht nicht bloß der österreichischen Arbeiterschaft, in der Unzufriedenheit mit dem schleppenden Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, in dem nicht berechtigten, aber angesichts des Treibens der alldeutschen Presse

Digitized by Google

begreiflichen Argwohn, daß die deutsche Regierung dort letzten Endes doch annexionistische Ziele verfolge. Die gleichen Ursachen kehren mutatis mutandis auch bei uns wieder. Zwar braucht bei uns nach dem Vortrage, den der Unterstaatssekretär Müller jüngst vor den deutschen Landfrauen hielt, vorerst noch nicht mit einer Kürzung der Brotration gerechnet zu werden. Sie würde auch diesmal leichter ertragen werden als im vorigen Jahre. Hat es sich doch eben jetzt herausgestellt, daß der gerechte Sinn der in der Rüstungsindustrie beschäftigten und in erster Linie am Streik beteiligten Arbeiterschaft eine einseitige Bevorzugung der Schwerarbeiter ablehnt. Nicht gegen die Knappheit der Ernährung an sich richtet sich die Unzufriedenheit, die ohne alle Frage in weiten Kreisen unserer Bevölkerung herrscht, wohl aber gegen die Ungleichheit in der Lebensmittelverteilung, die bevorzugte Stellung der Produzenten, gegen das wucherische Treiben, das eine entsetzliche Höhe erreicht hat, gegen die im größten Umfange unter starker Konnivenz sogar staatlicher Stellen betriebene Umgehung der gesetzlichen Höchstpreise usw. Unser wahrlich geduldiges und langmütiges Volk will alles tragen, wenn nur die Lasten und Opfer gleich verteilt sind, aber es bäumt sich in seinen breiten Schichten gegen jede Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht nur in der Ernährungsfrage auf. So empfindet das Volk es auch als ein ihm angetanes schweres Unrecht, wenn von seiten der militärischen Behörden und der Zensur mit ungleichem Maße gemessen wird. Tiefen Unmut hat z. B. die offenbare Bevorzugung der deutschen Vaterlandspartei erregt, der fast allein unter den Parteien öffentliche Versammlungen gestattet wurden. Es hat das zur Folge gehabt, daß die benachteiligten Schichten des Volkes aus dem Gefühl der verletzten Gleichheit heraus, man könnte fast sagen, aus einer Art von Notwehr, die Versammlungen der Vaterlandspartei gestört und gesprengt haben, was sicherlich nicht gebilligt werden kann, aber unter den obwaltenden Umständen begreiflich erscheint. Nicht minder verstimmt hat es weit und breit, daß es der vaterlandsparteilichen Presse einem bestehenden Verbote zum Trotze gestattet wurde, die Persönlichkeiten der Obersten Heeresleitung gegen die Reichsleitung auszuspielen und mit einem angeblichen Entlassungsgesuch Ludendorffs eine „schwerste Reichs- und Volkskrise" zu konstruieren, während die Gegenseite ein solches Gebahren nicht nach Gebühr brandmarken durfte. Überhaupt spielt unter den inneren und tieferen Gründen, die die Streikatmosphäre schufen, das Treiben der vaterlandsparteilich-annexionistischen Presse eine erste Rolle. In seinen breiten Schichten wünscht das deutsche Volk einen demokratischen, d. h. von der Zustimmung der Völker selbst getragenen Frieden der Verständigung und möglichst der Versöhnung, weil es in ihm die einzige Gewähr gegen eine Wiederkehr des fürchterlichen Krieges erblickt. Durch die wilde Agitation der Vaterlandsparteiler aber sieht es die Möglichkeit eines solchen demokratischen Friedens ernstlich bedroht, und die scheinbar nicht recht miteinander harmonierenden Erklärungen der deutschen Regierung in Brest-Litowsk vom 25. und 28. Dezember

Digitized by Google

haben auch in unserer Arbeiterschaft das beklemmende Gefühl ausgelöst, als habe die Regierung sich unter dem Druck militärischer und annexionistischer Kreise von dem Gedanken eines demokratischen Friedens abgewandt. So konnte der Gedanke leicht Platz greifen, durch eine Demonstration nach österreichischem Muster auch bei uns die Situation gleichsam wiederherzustellen. Eine solche Demonstration, die sich im letzten Grunde weniger gegen die Regierung als gegen Alldeutsche und Annexionisten richtete, mußte der Arbeiterschaft um so plausibler werden, als dieselben Parteien, die einen demokratischen Frieden unmöglich zu machen suchten, auch gegen die demokratischen Freiheiten des Volkes mit aller Macht anliefen. Nichts hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft so sehr erbittert und verbittert als die Tatsache, daß ihr, die sich voll bewußt ist, mit Gut und Blut ebensoviel wenn nicht noch mehr dem Vaterlande geopfert zu haben wie die bevorrechteter Stände, die Erlangung der vollen politischen Gleichberechtigung noch immer erschwert wird, obwohl sie ihr von oben feierlich zugesagt ist. Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß haben in der Arbeiterschaft Hoffnungen und Erwartungen erwecken müssen, die jetzt angesichts der Behandlung der Verfassungsvorlagen in der Wahlrechtskommission zu schanden zu werden drohen. Man täusche sich darin nicht: die tatsächliche Verschleppung der Wahlrechtsreform durch die Kommission, die unbedingt schon aus Rücksicht auf die Volksstimmung vermieden werden mußte, ist nicht zuletzt für den Ausbruch des Streiks ins Gewicht gefallen. Mit vollem Recht hat der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg im Wahlrechtsausschuß betont: werde das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht nach den Grundzügen der Regierungsvorlage angenommen, so werde in den Volkskreisen, die die Vorlage am meisten wünschten und das Hauptinteresse daran hätten, eine große Enttäuschung entstehen unter der der Siegeswille leiden müsse. Es ist ungeheuer bezeichnend, daß in der konservativen Presse wegen dieser Äußerung gegen Dr. Friedberg Sturm gelaufen wurde, als habe er mit dem Mobilmachen der Großstadtmassen und ihrem Loslassen auf die innerpolitischen Gegner drohen wollen. Daß in der gleichen Presse die von den sozialdemokratischen Führern in derselben Richtung ausgesprochenen Warnungen, die vielleicht in der Form nicht immer vorsichtig gefaßt waren, erst recht als Drohungen mit der Revolution hingestellt wurden, versteht sich von selbst. Die „Kreuzzeitung" ging soweit, die beiden sozialdemokratischen Hauptführer Scheidemann und Ebert wegen ihrer Äußerungen im Hauptausschuß des Reichstags als Vaterlandsverräter zu bezeichnen, die „auf den Sandhaufen" gestellt zu werden verdienten. Dazu bemerkte die „Vossische Zeitung" mit vollem Recht: das heiße doch Petroleum ins Feuer gießen.

Ein Wunder ist es nach all diesem wahrlich nicht, wenn der massenhafte Gärungsstoff, der sich allgemach in breiten Schichten des Volkes angesammelt hatte, nach einer Entladung drängte. Ohne diesen Zündstoff hätten die Anstifter und Schürer des

Digitized by Google

Streiks, die man wohl in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu suchen hat, gewiß nicht so leichtes Spiel gehabt. Vom staatspolitischen Standpunkte kann man, so sehr man den Streik beklagen und verurteilen muß, fast froh sein, daß die Entladung, mit der Kenner der Volksstimmung mit Sicherheit, wenn auch erst für einen etwas späteren Zeitpunkt rechneten, schon jetzt eingesetzt hat. Im vorigen Jahre fiel der Munitionsstreik mitten in die große Frühjahrsoffensive der Engländer hinein; eine Stockung in der Munitionszufuhr und -Erzeugung konnte damals eine schwere Niederlage, ja den den Verlust des Krieges herbeiführen. Heute, wo seit Monaten der Kampf im Osten ganz ruht, auf den übrigen Fronten aber im wesentlichen auf den gewöhnlichen Grabenkrieg beschränkt ist, und wo unsere militärische Gesamtsituation nach autoritativstem Urteil so glänzend wie noch nie ist, bedeutet der Streik, wenn er, wie vorauszusehen, in einigen Tagen sein Ende erreicht, keine unmittelbare Gefahr. Auch die „Kreuzzeitung" gesteht zu, die Aussichten, daß der Streik ohne schwere Störungen der Ruhe in einem Zeitraum beigelegt werde, der auch für den Fortgang der Produktion keinen bleibenden Schaden bedeute, halte sie für gut. Schlimm bleibt freilich, daß der Streik gerade in den Zeitpunkt fällt, wo es sich entscheiden muß, ob der Sonderfriede mit Rußland zustande kommen wird oder nicht. Daß der Streik die Bolschewisten, mit Trotzki an der Spitze, denen es in Wahrheit nicht um einen Sonderfrieden, sondern um die Revolutionierung der ganzen Welt und vor allen Dingen der Mittelmächte zu tun ist, in ihrer Neigung bestärken wird, mit uns handelseinig zu werden, ist nicht anzunehmen; das Gegenteil ist nur zu sicher. Erst recht wird durch den Streik der Kriegswille unseres Hauptfeindes neu aufgestachelt werden; ist doch die Nachricht von der Berliner Bewegung in London mit heller Freude aufgenommen worden. Die Hoffnung der Streikenden, daß die Arbeiter in den Ententestaaten ebenfalls in den Streik eintreten und so ein allseitiges Übergewicht zugunsten des Friedens herstellen würden, bleibt ziemlich fragwürdig; eher könnte man sich denken, daß der schon vorher in Manchester ausgebrochene Streik nun schleunigst abgestellt wird.

Hier offenbart sich die ganze Torheit eines Friedensstreiks im Kriege: die Streikenden wollen den Frieden, wollen ihn in ihrer großen Mehrzahl sicher heiß und ehrlich — von den herostratischen Elementen der Unabhängigen Sozialdemokratie sehen wir hier ab — und sie erreichen in ihrem Irrwahn bloß die Verlängerung des Krieges, können gar nichts anderes erreichen. Das liegt so sehr auf der Hand, daß man nicht begreift, wie die Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften es zu übersehen vermochten. Und wenn diese mit den von den Streikenden erhobenen innerpolitischen Forderungen stark sympathisierten und sich schon darum nicht völlig abseits von den Streikenden halten zu können vermeinten — die Gewerkschaften freilich erklärten ihre Neutralität in der rein politischen Bewegung —, so mußten sie sich doch sagen, daß der Staat, so wie die Dinge gerade jetzt in der End-

Digitized by Google

phase des Krieges liegen, schlechterdings nicht in der Lage war, in irgendeinem Punkte sich vor den Streikenden zu beugen, wollte er nicht vor aller Welt den Eindruck der Schwäche machen und dadurch Mut und Hoffnung der Feinde von neuem beleben. In diesem Momente, das muß auch der anerkennen, der wie wir in den Forderungen der Arbeiterschaft viel Berechtigtes sieht, verlangte es das Lebensinteresse des Staates gebieterisch, daß er dem Streik mit kühler Ruhe und Festigkeit gegenübertrat. Mit der von der Regierung bisher eingenommenen Haltung kann man sich im allgemeinen nur einverstanden erklären. Im vorigen Jahr hatte der barsche Kommandoton, den General Groener in seinem bekannten Aufruf vom 26. April anschlug, auf einen Teil der Arbeiterschaft eher verletzend als beruhigend gewirkt. Ausgezeichnet war dagegen die ruhige und eindringliche Tonart, die Staatssekretär Wallraf in seiner Reichstagserklärung vom 26. Januar wählte; fein berechnet gerade in diesem Zusammenhang der Hinweis auf den ergreifenden Vers Karl Brögers von dem deutschen Volk, dessen ärmster Sohn auch sein getreuester war. Zweifelhaft mag es ja erscheinen, ob es richtig von der Regierung war, den Empfang der von dem „Arbeiterrat" gewählten Vertreter, soweit sie nicht Mitglieder des Reichstags waren abzulehnen, und von der Militärverwaltung, daß sie den „Arbeiterrat" auflöste und jede Streikleitung, die doch geeignet und sicherlich auch willens gewesen wäre, die Ordnung unter den Streikenden aufrecht zu erhalten, untersagte; gerade wenn die Masse der Streikenden kein Kommando einer eigenen Leitung hört, gewinnen leicht die tumultuarischen Instinkte jugendlich unreifer Elemente die Oberhand. Daß Staatsregierung und Militärverwaltung, nachdem es einmal zu den bedauerlichen Ausschreitungen vom 31. Januar gekommen war, nicht umhin konnten, den verschärften Belagerungszustand in Berlin und ebenso an anderen Orten zu verhängen, liegt auf der Hand. Selbstverständlich hat die Regierung damit nicht die Absicht aufgegeben, mit den berufenen Vertretern der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften über die Möglichkeit, die Streitaxt zu begraben, einig zu werden. Mit Zustimmung darf man gerade angesichts der ernsten Wendung der Dinge durch die Verhängung des verschärften Belagerungszustandes die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" begrüßen, in der ausdrücklich konstatiert wird, daß den Erwählten der Partei und der Gewerkschaften jederzeit der Weg zum Ganzen ohne weiteres offen stehe. Man muß hoffen, daß die Führer beider Organisationen diesen Weg sofort suchen, und daß sie dann nicht etwa zurückgestoßen werden.

Besonders erfreulich ist es, daß die neueste Kundgebung der Regierung in dem offizidsen Blatt den reaktionären Elementen, die überall triumphierend ihr Haupt erheben und die letzten Ereignisse für ihre Zwecke scharfmacherisch ausschlachten möchten, im voraus eine runde Absage erteilt. Wenn konservative, vaterlandsparteiliche und annexionistische Blätter in trautem Verein die Führer der sozialdemokratischen Partei, vorab die Scheidemann und Ebert, die sich keineswegs an die Spitze der

Digitized by Google

Streikbewegung gestellt haben, wie ihnen unterschoben worden ist, sondern die nur als ehrliche Makler hinzutraten, um Unheil zu verhüten und der Arbeiterschaft ihre Treue zu erweisen, als Hochverräter traktieren und ungestüm die Forderung: Los von der Sozialdemokratie! erheben, so stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit aller Gelassenheit fest, daß noch gar kein Grund vorliegt, der eine Zerreißung der inneren Front oder auch nur eine Sprengung der bisherigen Mehrheit fordert. Mit voller Deutlichkeit spricht das Regierungsorgan, das schon neulich jeden Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung, die von ihr zugesagten Reformen im Innern durchzusetzen, abgewiesen hatte, von neuem aus, daß die Regierung sich durch den Streik nichts weniger als bewogen fühle, ihre Haltung zu revidieren und ihr für notwendig erachtetes inneres Programm umzustürzen. In der Tat liegt bisher nicht der geringste Grund vor, von der sozialdemokratischen Mehrheit und ihren Führern abzurücken. Man braucht nur die Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Hoch- und Landesverrat durchzulesen, um sich völlig klar darüber zu werden, daß weder bei denen, die ihre Arbeit niedergelegt haben, noch gar bei den Führern der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften die juristischen Kriterien des Hoch- und Landesverrats gegeben sind. Das könnte nur für solche Personen gelten, die sich in den Dienst einer feindlichen Macht gestellt hätten, um unsere militärische Kraft zu schwächen, was ganz gewiß — ich lege meine Hand dafür ins Feuer! — auf keinen Führer der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften zutrifft. Wollen die reaktionären Heißsporne den Vorwurf des Vaterlands- und Volksverrats wenigstens im übertragenen, im ethischen Sinne aufrecht erhalten, so mögen sie sich gesagt sein lassen, daß der gleiche Vorwurf dann erbarmungslos auch jeden ihrer Parteiangehörigen treffen würde, der etwa durch Zurückhaltung von Vorräten, zu deren Ablieferung er verpflichtet war, durch Umgehung oder Übertretung der Höchstpreisbestimmungen das wirtschaftliche und damit auch das militärische Durchhalten des deutschen Volkes gefährdet. Nicht umsonst hat Hindenburg in seinem Brief an Bethmann Hollweg vom 27. September 1916, der leider viel zu sehr in Vergessenheit geraten ist, ausgesprochen, daß die verständnisvolle freiwillige Mitwirkung jedes Deutschen bei der staatlichen Regelung des Verbrauchs ebenso vaterländische Pflicht ist, wie die Hingabe von Leib und Leben im Kampfe an der Front. Wollen etwa unsere Agrarier behaupten, daß die gesamte Landbevölkerung diese selbstlose Pflichterfüllung, die Hindenburg von ihr mit so eindringlichen Worten verlangte, seither betätigt habe? Können sie es behaupten angesichts der Tatsache, daß der Unterstaatssekretär Müller es in seinem schon gedachten Vortrage den Landfrauen wieder aufs dringlichste ans Herz legen mußte, in ihren Kreisen Selbstsucht, Unverstand, verständnislose Kritik an Kriegsverordnungen zu bekämpfen und für treue Pflichterfüllung der Landwirtschaft in den entscheidenden Monaten des Krieges zu sorgen? Angesichts der Feststellung des Vorstandes des deut-

Digitized by Google

schen Städtetages, daß der Grundmangel der Kriegsernährungswirtschaft die unzureichende Erfassung der Erzeugnisse auf dem Lande, d. h. doch die Verschweigung und Nichtablieferung von Vorräten bleibe? Können sie aber nicht leugnen, daß die Landwirtschaft an der allgemeinen Demoralisierung des Erwerbslebens, in der wir die schlimmste Folge des Krieges sehen, ihren vollen Anteil hat, so werden *sie* auch nicht behaupten wollen, daß irgendeiner der Landwirte, der den Erwartungen und Mahnungen Hindenburgs nicht voll entsprochen habe, sich als — reif für das gleiche Wahlrecht, oder gar als wert erwiesen habe, bei einem Mehrstimmenrecht wegen seiner Bodenständigkeit doppelt und dreifach bedacht zu werden. Es ist völlig absurd, aus dem Munitionsstreik den Schluß ziehen zu wollen, daß just der Arbeiterschaft, von der sich doch große Teile, ja die weit überwiegende Mehrheit nicht an dem Streik beteiligt hat, die vollste staatsbürgerliche Gleichheit vorenthalten werden könne. Wo gibt es ein Mittel, sei es bei der Arbeiterschaft, sei es bei der Landwirtschaft — wir greifen diese beiden Berufe nur beispielsweise heraus —, um die Schafe von den Böcken, die Gerechten von des Ungerechten zu unterscheiden? Es liegt klar zutage: ein solches Mittel gibt es gar nicht. Und darum bleibt für den Staat auch nichts anderes übrig, als sich nnn erst recht zu der göttlichen Maxime zu bekennen, die die Sonne aufgehen läßt über Böse und Gute und regnen über Gerechte und Ungerechte.

Möge denn die Regierung getrost die Straße ziehen, die sie mit dem Kaiserwort vom 4. August, mit der Osterbotschaft und dem Wahlrechtserlaß eingeschlagen hat; es ist und bleibt der einzige Weg, der zum Heile unseres Volkes führt! Wir sahen schon, mit welcher leidenschaftlichen Sehnsucht das Volk die volle und rücksichtslose Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichheit nicht bloß in den politischen Rechten, sondern auch in den Lebensbedingungen begehrt. Die gewaltigen Lehren des großen Gleichmachers Krieg reden eine laute und vernehmliche Sprache. Aus der Gleichheit der Lasten und der Opfer ist dem Volke der beste Teil der Kraft zum Durchhalten erwachsen. Die endliche Durchführung der vollen staatsbürgerlichen Gleichheit wird mehr wie alles andere geeignet sein, die Auswüchse der egoistischen Triebe zu beseitigen und den Gemeinsinn zu heben, der heute so vielfach darniederliegt. Die volle staatsbürgerliche Gleichheit würde auch die meisten der Gründe hinwegräumen, die zu dem beklagenswerten Streik geführt haben, und sie würde viel dazu helfen, daß sein Scheitern nicht in der beteiligten Arbeiterschaft einen gar zu bitteren Stachel zurückläßt. Will man also sicher sein, daß der Streik, der hoffentlich nun ein rasches Ende findet, sich nicht wiederhole, so möge die Regierung, nicht wegen des Streiks, sondern trotz seiner, entschlossenen Ernst vor allem mit der möglichst raschen Durchführung der Verfassungsreform machen!

Digitized by Google

Folgerungen

Von Theodor Heuß

Heute, am Sonntag den 3. Februar, darf damit gerechnet werden, daß der große Berliner Streik langsam verlöschen wird. Der Belagerungszustand, die Militarisierung einiger kriegswichtiger Großbetriebe, die Androhung, daß die kriegsverwendungsfähigen Arbeiter zum Heeresdienst eingezogen werden sollen, wirken erschreckend und ernüchternd. Doch darf man sich darüber keiner Ungewißheit hingeben, daß gerade die Art des Ausgangs, dieses Zertreten, ohne daß ein richtiger „Schluß" gemacht wird, keine Lösung darstellt, die einen dauerhaften Frieden gewährleistet. Wenn unsere politische Leitung keine Folgerungen zieht, so ist sie vor der Wiederkehr ähnlicher Bewegungen nicht gesichert. Die Arbeiterwelt ist in großindustriellen Zentren von dem Geist der russischen Maximalisten angefressen, und es gehört zur Staatskunst, diese an sich höchst bedauerliche Tatsache mit vollem Gewicht in die Rechnung zu stellen.

In doppelter Weise.

Indem sie kraftvoll und unverwirrt die Autorität des Staatsgedankens festhält und sich durch Putsche oder „Arbeiterräte" nicht beirren läßt. Darüber sollen die der Unabhängigen Sozialdemokratie nachfolgenden Leute keinen Augenblick im Zweifel sein, daß Deutschland nicht zum Boden improvisierter Machtkämpfe werden darf. Wer mit der Macht spielt und dabei die eigene überschätzt, darf nicht weinerlich werden, wenn Macht sich gegen ihn wendet. Eine sentimentale Beurteilung der Dittmann und Ledebour ist Gefühlsverschwendung. Vielleicht kommt der Augenblick, da die Mehrheitssozialdemokratie begreift, daß es auch ihr Interesse war, wenn der Staat sich nicht von einem Versammlungsbeschluß allzusehr imponieren ließ, der ihr selber erst nach heftigen Kämpfen einen Auftrag zur Mitverantwortung gab.

Das andere kommt dem an Wichtigkeit gleich. Dieser Streik ist von der innerpreußischen Situation, den Methoden der Wahlreform-Mißhandlung und den Fehlgriffen in der Ernährungsfrage freilich genährt, aber nicht hervorgerufen worden. Er kam als Flugfeuer vom Osten und Süden, von Rußland und Österreich-Ungarn und orientierte sich wesentlich an Fragen der äußeren Politik. Das zeigen deutlich genug die ersten Leitsätze der Versammlungsbeschlüsse, die sich auf die Formulierungen der russischen Volksbeauftragten ausdrücklich beriefen und sich auch die agitatorische Forderung aneigneten, „Arbeitervertreter aller Länder" (aber nicht etwa Herr Legien oder Herr Giesberts) sollen an den Friedensverhandlungen beteiligt werden. Diese außenpolitische Spannung wird vielleicht durch den Fortgang der Beratung in Brest-Litowsk gedämpft werden, auf die sie ohne Zweifel zunächst ungünstig zurückwirken muß. Aber als unmittelbare Aufgabe melden sich die Probleme der inneren Politik. Man muß damit rechnen, wenn man sich die jetzige Mehrheit des Preußischen Land-

Digitized by Google

tags betrachtet, daß sie sich mit um so zäherer Hartnäckigkeit den staatspolitischen Forderungen verschließt; sicherlich werden sie die Begleiterscheinungen des Ausstandes unter ihr billiges Arsenal gegen die Erweiterung der Volksrechte aufnehmen. Um so verantwortungsvoller ist aber auch gerade hier die Aufgabe der Regierung geworden; es ist überflüssig, darüber weitere Worte zu sagen.

Die Reichsleitung hat aber noch andere Möglichkeiten in der Hand, und es ist Zeit, sie jetzt endlich aus der Hand zu geben. Wir meinen den Entwurf des Arbeitskammergesetzes und die Novelle zur Gewerbeordnung (Wegfall des Paragraphen 153). Warum das jetzt? Damit in eine Atmosphäre, die nur von vielfach unklaren Erörterungen über Kriegsziele, sozialpolitisch eng umschriebene Sachprobleme eintreten, die klärend, nüchtern erzieherisch wirken und manche unnatürliche Schlafgenossen trennen werden. Damit innerhalb der Arbeiterschaft das Gefühl sich festigt, daß der sozialpolitische Fortschritt im Kriege keine Hemmung erfährt. Beide Gesetze sind im Reichsamt des Innern fertiggestellt — die fast immer unheilvoll verzögernde Notwendigkeit unserer Verfassung will es, daß sie jetzt erst die Prüfung des preußischen Ministerkollegiums durchlaufen müssen, um, je nach dessen Begutachtung, als preußische Anträge vor den Bundesrat zu kommen. Hier soll jetzt etwas Tempo gemacht werden! Nicht um des Streikes willen, nicht unter dem Druck der „Gasse". Die hat sich diesmal gar nicht um solche „Kleinigkeiten" gekümmert, da es ihr „aufs Ganze" ging. Sondern aus ganz klarer, realistischer Erwägung. Die Gesetze sind angesagt, sind fertig, eine Mehrheit im Reichstag ist ihnen sicher, sie zeigen sich als Brücken an für den sozialpolitischen Fortschritt in den Frieden hinein, der ja wohl auch mit den Errungenschaften des Hilfsdienstgesetzes (Arbeiterausschüsse, Schlichtungs- und Einigungskommissionen) wird rechnen dürfen.

Die Folgerungen aus dem Streik sind aber damit noch nicht erschöpft. Es bedarf noch einiger Worte über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Die lebhaften Anstrengungen einiger Rechtsgruppen, die Verantwortung für den Streik auf die Scheidemannleute zu schieben, ist agitatorisches Gemächte. Die Mehrheitssozialdemokratie hat diesen Streik weder vorbereitet noch gewünscht, aber sie ist, nachdem er vorhanden war, mit nicht ganz sicherem Gleichgewicht eingetreten. Auf der einen Seite mußte es ihre Aufgabe sein, nachdem sie gerufen worden war, die Führung des Ausstandes so zu beeinflussen, daß er in der Wirkung nach außen nicht allzugroßen Schaden ausrichte — das war ein Vorhaben, für das im Rahmen der bayrischen Bewegung der Münchener Ministerpräsident den dortigen Mehrheitssozialisten Dank sagte. Aber während die Sozialdemokratie diesen Schritt tat, trat sie auch in Wettbewerb mit den „Unabhängigen". Ledebour wollte gar nicht die Gesellschaft der „Sozialpatrioten", diese aber lebten in der Angst, daß mit ihrer Zurückhaltung neue Teile der radikalisierten Berliner Arbeiterschaft nach links von innen losgerissen würden. Dieser innere Zwiespalt, der zwischen nationalpolitischer Ver-

Digitized by Google

antwortungsbereitschaft und rein parteitaktischer Beflissenheit notwendig klafft, hat die Bewegungsfreiheit gehemmt. Als man Scheidemann in die Führung des Streiks wählte, setzte man ihn zugleich unter Kuratel — denn zwei Spartakus-Leute, die schon im vergangenen Jahr sich betätigt hatten, waren ihm sozusagen als Bewachungsmannschaft beigegeben. Nur unter ihrer Kontrolle sollte er, als die ersten Ausschüsse zusammentraten, handeln und verhandeln dürfen. Daß aber keine Verhandlungsmöglichkeit rasch geschaffen werden konnte, lag nicht etwa lediglich an einem bureaukratischen Eigensinn der Regierung, die im Gegenteil verschiedene Vermittlungsvorschläge machte, so die Beziehung einiger Gewerkschaften, die in ihren Zusammenhängen mit dem Streik nicht durchexaminiert werden sollten. Bei der Arbeiterdelegation selber ging ein immerwährender innerer Machtkampf zwischen den verschiedenen Gruppen vor sich, die sich mit Mißtrauen in der ungewohnt gewordenen Nähe arbeiten sahen, die verschiedene Ziele vor sich hatten und darum auch keine einheitliche innere Loyalität vorweisen konnten. Diese innere Spannung pflegt übersehen zu werden.

Der „Vorwärts" war der Spiegel dieser verschiedenen Tendenzen. Auch er, eine Zeitlang bei aller Schärfe des Ausdrucks besonnen geleitet, ist unter dem Wehen der östlichen Wortwinde unruhig geworden und hatte mit dem Ausbruch des Streiks alle Haltung verloren. Man hat ihn zuerst verboten, dieses Verbot dann erfreulicherweise vorzeitig aufgehoben, so daß das publizistische Ventil der Streikbewegung nicht zu lange verstopft war. Der „Vorwärts" trägt die Hauptschuld, wenn die Politik der Mehrheitssozialdemokratie, die vom Parteivorstand am 1. Februar nüchtern beschrieben wird, zunächst in eine falsche Beleuchtung kommen müßte. Denn jener Artikel vom 29. Januar, der den Streikbeginn sozusagen „begrüßte", ließ jede kritische Betrachtung der Ausstandsbewegung völlig vermissen. Er war ein Produkt der Feigheit, gegenüber dem von den Unabhängigen angezettelten Ausstand eine eigene Meinung zu formulieren; die falsche Lyrik, die sich in ihm Platz macht, schafft eine Atmosphäre von Sympathie, kein Wort darüber, daß dieser wilde Streik für die innere und äußere Politik eine Belastung werden könnte. Man hilft sich in diesen Tagen mit dem Spruch, daß „Vorwärts" und Sozialdemokratie unbedingt auf der Seite der Arbeiter stehen und entzieht sich damit der Pflicht einer eigenen Verantwortung.

Daß das ein auf die Dauer unwürdiges und unmögliches Verfahren ist, liegt auf der Hand. Die Sozialdemokratie darf sich nicht allzusehr darüber wundern, wenn diese ihre publizistische Vertretung ein Echo werden muß, das sachlich unerwünscht ist. Sie kommt auch nicht darüber hinweg, daß jene gleiche Versammlung, die Scheidemann und Ebert in den Streikausschuß berief, folgende Entschließung annahm:

„Da nur unbedingte Solidarität Erfolg verheißt, geloben wir, jede Maßregelung unserer Führer, Vertreter und Beauftragten mit aller Macht abzuwehren. Wir richten aber auch an die Proletarier Deutschlands wie der anderen kriegführenden Länder insgesamt die dringende Aufforderung, wie schon die Arbeitskollegen in Österreich-Ungarn erfolgreich uns voran-

Digitized by Google

gegangen sind, so nunmehr gleichfalls in Massenstreik einzutreten, denn erst der gemeinsame internationale Klassenkampf schafft uns endgültig Frieden, Freiheit und Brot."

Der „Vorwärts" druckt diese Aufforderung ab, ohne ein Wort der Einschränkung hinzuzusetzen. Es ist nicht gesagt, ob diese Sätze einstimmig oder gegen Widerspruch angenommen wurden. Eine Verwahrung von seiten der Mehrheitssozialdemokratie ist nicht bekannt geworden. Das war zum mindesten eine höchst bedauerliche Unterlassung, auch wenn man anerkennen muß, daß die Formulierung wohl völlig unabhängig von der Scheidemanngruppe geschah und spätere Beratungen durch die Anordnungen des Oberkommandos der Marken verboten wurden. Mit dieser staatsverderblichen Willenskundgebung hatte sich die Streikleitung selber den Weg zu einer vertrauensvollen Erledigung der Fragen verrammelt. Dem Vorgehen der militärischen Behörden, das dieser widerspruchslosen Veröffentlichung des „Vorwärts" folgte, war die Bahn frei gemacht, die Maßnahmen der Zivilbehörden teilweise vorweggenommen. Daß es so kommen mußte, ist schmerzlich genug, denn hier bleibt, gleichgültig wann und wie das Ende kommen wird, ein Stachel.

Es ist ein Glück, daß die Gewerkschaften sich neutral erklärt hatten. Sie haben ja dank den Ledebour und Dittmann, die Berliner Arbeiter nicht mehr so in der Hand wie früher; aber ihre Zurückhaltung hat sie wenigstens nicht belastet. Deshalb erschienen sie der Reichsleitung als die gegebenen Vertreter der Arbeiterschaft. Die Regierung läßt sich nicht darauf ein, mit einer zufälligen Versammlungsdelegation politische Grundfragen auf dem Verhandlungswege zu diskutieren (sie muß sich dann aber auch Privatpersonen an der Spitze der Vaterlandspartei gegenüber zurückhaltender zeigen) — aber sie übernimmt die Lehre der gewerkschaftlichen Überlieferung, daß man von Organisation zu Organisation gleich Behörde verhandelt. Das ist sozialpolitisch „korrekt" und nicht das „Herr-im-Hause"-Bewußtsein. Man muß dringend wünschen, daß der Versuch der Regierung, die Gewerkschaften, die sich mit großer Klugheit diesem wilden Streik gegenüber ablehnend verhielten, zu einer aktiven Rolle zu gewinnen, noch gelingen wird. Die Schwierigkeit liegt bei den „Unabhängigen". Aber nur dann wird es möglich sein, der Bewegung einen Abschluß zu geben, der nicht Gewalt, sondern Verständigung heißt.

Die freien Gewerkschaften sind nicht so in der ängstlichen Zwangslage wie die Sozialdemokratie. Aber auch für sie kommen, wenn sie dem Bolschewismus länger passiv gegenüberstehen, ernste Fragen auf die Tagesordnung: die angebahnte Solidarität mit den andern Gewerkschaftsrichtungen, die sich sachlich in der Arbeitsnachweisfrage, stimmungsmäßig in der Zusammenarbeit beim „Volksbund für Freiheit und Vaterland" ausdrückt, wird durch solche Stöße gefährdet. Gegenwirkungen dürfen nicht ausbleiben. An den Gewerkschaften wird es auch liegen, die maximalistische Phraseologie durch konkrete sozialpolitische Sachfragen, wie wir sie oben beschrieben haben, zu ersetzen.

Digitized by Google

Die Regierung ist in sich offenbar einig. Wie weit die militärischen Maßnahmen von ihr unabhängig oder beeinflußt sind, läßt sich nicht erkennen. Hertling und Payer haben durch die „Nordd. Allg. Ztg." mitgeteilt, daß sie den Streik nicht zu einem Mittel werden lassen wollen, das den Charakter der Politik der letzten Monate umstürzt. Darauf hoffen die Konservativen und die „Unabhängigen". Die Reichsleitung wird ihre eigenen Schritte nach diesem Willen einrichten müssen, aber auch die Sozialdemokratie muß der ernsten Frage sich in jeder Stunde bewußt bleiben, daß sie sie sich nicht durch die rücksichtslose Hartnäckigkeit ihrer Gegner von links in eine Lage drängen läßt, die das eigene politische Werk der letzten Jahre gefährdet.

Tirpitz und Lloyd George

Von Hans Delbrück

Der Berliner Berichterstatter des „Nieuw Rotterdamsche Courant" Dr. van Blankenstein hat dieser Tage den Großadmiral Tirpitz (s. Not.) und Professor Hans Delbrück um ihr politisches Urteil über die Lage und den Frieden befragt. Er stellt uns seine Aufzeichnungen über die Unterhaltung mit Hans Delbrück zur Verfügung.

Nachdem der Vorsitzende der Vaterlandspartei, Großadmiral Tirpitz, mir seine Ansichten auseinandergesetzt hatte, suchte ich eine Unterredung mit einem der Hauptführer der Verständigungsrichtung. Professor Hans Delbrück, der in dieser Woche als Gast der Universität in Utrecht einen Vortrag halten wird, schien mir der gegebene Mann dafür zu sein. Er ist unter deutschen Hochschullehrern einer der ersten gewesen, der gegen das bekannte Auftreten der nationalistischen Professoren öffentlich Stellung genommen hat. Vom Anfang des Krieges an, zur Zeit, als noch großer moralischer Mut erforderlich war, um gegen Kriegsleidenschaften anzukämpfen, hat er unentwegt die Ansichten vertreten, die er jetzt in unserer Unterredung äußerte. Alle die illustren Männer deutscher Wissenschaft, die für Verständigung und Vernunft eingetreten sind, Gelehrte, wie Harnack, Troeltsch, Waldeyer, Nernst, Emil Fischer, Schmoller, Meinecke und so viele andere, sind ihm hierin als ihrem Führer gefolgt. Man kann ihn also als berufenen Verdolmetscher der Auffassungen des nach Völkerverständigung strebenden deutschen Intellekts betrachten.

Professor Delbrück gab mir folgende, in Wortlaut wiedergegebene Erklärung:

„Alle Völker hüben und drüben sind heute in zwei Lager geteilt. Das eine will den Krieg fortsetzen und den Gegner möglichst völlig niederzwingen, das andere sucht nach Verständigung. Der führende Mann der ersten Richtung im Ententelager ist Lloyd George, in Deutschland Großadmiral Tirpitz. In dieser Zusammenstellung ist mit der Gleichheit auch zugleich der Unterschied gegeben. Admiral Tirpitz ist Offizier und Privatmann, Lloyd George hat als leitender Staatsmann die Gewalt. In Deutsch-

Digitized by Google

land sind Kaiser, Regierung, gewaltige Majorität des Reichstags und eine noch größere Majorität im Volke, gewillt und entschlossen, den Verständigungsfrieden anzustreben und anzunehmen. Soeben haben wir den Beweis erhalten, daß tatsächlich die Masse des Volkes diesen Standpunkt einnimmt. Die Konservativen haben in der Nachwahl Bautzen-Kamenz einen Reichstagssitz verloren, den sie seit der Reichsgründung im Besitz hatten. Es wird richtig sein, daß die Richtung Tirpitz auch in der Armee ihre Anhänger hat, aber das dürfte bei den anderen Völkern ganz ähnlich liegen, es liegt in der Natur der Dinge, daß Soldaten geneigt sind, einen Kampf, in dem sie einmal begriffen sind, bis zum äußersten durchfechten zu wollen. Entscheidend aber ist, daß diese, wie wir sie nennen, „alldeutsche Richtung" weder die Leitung im Staate hat, noch diese jemals haben wird; schon deshalb nicht, weil sie ja gar nicht anzugeben vermag, was sie eigentlich will. Sie schwört, daß sie gar nicht daran denkt, Belgien annektieren zu wollen, phantasiert aber gleichzeitig von der Herrschaft über die flandrische Küste, die doch ohne Annexion Belgiens gar nicht durchführbar ist. Ich habe selber eine kleine Schrift geschrieben, worin ich das nachgewiesen und namentlich darauf aufmerksam gemacht habe, daß wir nicht einmal militärisch einen Vorteil davon haben würden, weil wir ja durch die Festsetzung in Belgien notwendig Holland ins Lager unserer Feinde treiben, also unsere Macht nicht stärken, sondern schwächen würden.

Man beschwert sich, daß Reichskanzler Graf Hertling in der letzten Rede nicht deutlich genug ausgesprochen habe, daß Deutschland die belgische Integrität und Souveränität nicht anzutasten gedenke. Auch ich bin der Meinung, daß Hertling das präziser hätte ausdrücken sollen, damit die große Masse den starken und deutlichen Eindruck hätte, welche Stellung die deutsche Diplomatie einnimmt und welche Ziele sie anstrebt. In Wirklichkeit freilich hat der Reichskanzler für jeden, der nahe genug zusieht, mit genügender Deutlichkeit gesprochen. Diplomaten betrachten es nun einmal als ihre Aufgabe, sich sehr vorsichtig auszudrücken. Graf Hertling aber steht als Mitglied und Führer einer großen Partei seit 40 Jahren im öffentlichen Leben, und man kennt seine Weltanschauung. Nichts liegt ihm ferner als Gewaltpolitik, alles, was er denkt und treibt, ist ethisch fundiert. Er ist Katholik, ich bin Protestant, und unsere Ethik ist theoretisch verschieden. Praktisch aber ist in unserer Auffassung, daß auch das Staatsleben in der Ethik wurzeln müsse, kein Unterschied. Daß Deutschland heute an leitender Stelle einen solchen Staatsmann besitzt, der die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter sich hat, scheint in der Welt noch nicht genügend gewürdigt. Man glaubt, daß die Richtung Tirpitz doch einmal bei uns zur Herrschaft kommen könne, aber diese Furcht ist durchaus unbegründet. Die wütenden, für Deutschland unerhörten Angriffe der Alldeutschen gegen den Kaiser beweisen zur Genüge, daß der Kaiser selbst mit seiner Auffassung auf unserer Seite steht.

Es ist überaus traurig, daß das Leiden der Menschheit durch künstlich genährtes,

Digitized by Google

ganz unbegründetes Mißtrauen so verlängert wird. Wenn man uns in Deutschland vorwirft, daß wir von gleichem Mißtrauen gegen Lloyd George erfüllt seien, der sich jetzt doch auch ganz gemäßigt ausgesprochen habe, so erwidere ich, daß es ein großer Unterschied ist, ob ein Staatsmann, der uns noch vor kurzer Zeit die Zerschmetterung angedroht hat, jetzt plötzlich freundlichere Töne findet, oder ob man mit einem Staatsmann es zu tun hat, der sein ganzes Leben hindurch sich als Mann der Mäßigung bewährt hat. Würden die Engländer etwa zu uns Vertrauen fassen, wenn Großadmiral Tirpitz Reichskanzler würde und zugleich versicherte, daß er einen Verständigungsfrieden wolle?"

Der deutsche Kolonialbesitz

Von Franz Kolbe

In Sonderheft 1 der Mitteilungen der Auskunftsstelle Vereinigter Verbände hat Generalsekretär R. Mosig eine Reihe von in den letzten Kriegsjahren in der Öffentlichkeit laut gewordenen Stimmen und Meinungsäußerungen über die Möglichkeit und den Wert deutschen Kolonialbesitzes zusammengestellt, um damit dem, der der kolonialpolitischen Zukunft näheres Interesse entgegenbringt, ein Bild der verschiedenen Aufführungen und Strömungen zu geben. Den Versuch, die Richtigkeit der einzelnen Meinungsäußerungen nachzuprüfen, hat der Verfasser nicht gemacht. Es sei mir gestattet, unter Benutzung des Mosigschen Materials, das nach Bedarf durch weitere Mitteilungen ergänzt wird, die Frage vom Standpunkt des Kolonialpolitikers kritisch zu beleuchten.

1. Die Voraussetzung für die Möglichkeit deutschen Kolonialbesitzes.

Als England uns im Jahre 1914 den Krieg erklärt hatte, schloß es uns zunächst vom überseeischen Verkehr, also auch von dem mit unseren Kolonien ab, dann griff es die letzteren selber an. Auf die Abschließung waren wir gefaßt gewesen, erstaunt und entrüstet war man darüber, daß England es wagte, den Krieg in den schwarzen Kontinent hineinzutragen. Hatte man doch bei uns im Vertrauen auf das von England stets hochgehaltene und betonte Solidaritätsgefühl der weißen Rasse geglaubt, daß im Falle eines europäischen Krieges die afrikanischen Kolonien daran nicht teilnehmen, sondern in Übereinstimmung mit dem Artikel 11 der Kongoakte neutralisiert werden würden. Artikel 11 der Kongoakte lautet:

„Falls eine Macht, welche Souveränitäts- oder Protektoratsrechte in den erwähnten Ländern ausübt, in einen Krieg verwickelt werden sollte, verpflichten sich die hohen Teile, welche die gegenwärtige Akte unterzeichnen, sowie diejenigen, welche ihr in der Folge beitreten, ihre guten Dienste zu leihen, damit die dieser Macht gehörigen und in der konventionellen Freihandelszone einbegriffenen Gebiete, im gemeinsamen Einverständnis dieser Macht und des anderen oder der anderen der kriegführenden Teile, für die Dauer des Krieges den Gesetzen der Neutralität unterstellt und so betrachtet werden, als ob sie einem nicht kriegführenden Staate angehörten. Die kriegführenden Teile würden von dem Zeitpunkt an darauf Verzicht zu leisten haben, ihre Feindseligkeiten auf die also neutralisierten Gebiete zu erstrecken oder dieselben als Basis für kriegerische Operationen zu benutzen."

Digitized by Google

Dem Wortlaut dieses Paragraphen nach ist allerdings die Neutralisierung der Kolonien nicht ausdrücklich ausgesprochen, es kann aber, wie Dr. Christ-Socin, der langjährige Vizepräsident der Schweizer Gesellschaft für Eingeborenenschutz, kürzlich in einem Antrage an diese Gesellschaft besonders hervorgehoben hat, keinem Zweifel unterliegen, daß dem Sinne des Vertrages nach nicht nur das Vertragsbecken im Falle eines Krieges als neutrales Gebiet respektiert werden, sondern daß auch die Verwendung schwarzer Truppen und deren Überführung aus ihrem Gebiet nach europäischen Schlachtfeldern ausgeschlossen sein sollte. Im Vertrauen auf die Kongoakte hatte man in den deutschen Kolonien nur Schutz- und Polizeitruppen zur Erhaltung der inneren Ordnung aufgestellt — auf eine Verteidigung nach außen waren die deutschen Kolonien nicht eingerichtet.

Ein Angehöriger des neutralen Schwedens, Professor Kjellén, ist es gewesen, der zuerst den Nachweis geführt hat, daß überhaupt unsere deutsche Auslandpolitik vor dem Kriege auf einem Irrtum aufgebaut war — dem Glauben an die Möglichkeit einer Versöhnung mit England, an die Möglichkeit eines Nebeneinandergehens auf dem Weltmeer und an den „Risikogedanken", durch den England im Interesse der Erhaltung seiner Vorherrschaft zur See von Angriffsabsichten gegenüber dem durch eine starke Flotte geschützten Deutschland abgehalten werden sollte — und daß Deutschland geopolitisch der natürlichen Operationsbasis zum Aufbau einer Kolonialmacht entbehrt. Die Voraussetzungen für einen unmittelbaren Zusammenhang des Mutterlandes mit den Kolonien fehlen. In seiner Schrift über „Die politischen Probleme des Weltkrieges" sagt Kjellén noch klarer zu diesem Problem: „Deutschlands Kolonien liegen weit entfernt in Afrika, und es beruht bei der gegenwärtigen Konstellation ganz und gar auf Englands Gnade, ob das Mutterland mit ihnen in Verbindung treten darf oder nicht. Der Weltkrieg hat die Rechnung bestätigt."

Auch bei uns setzte naturgemäß eine Erörterung über die durch Englands Angriffe auf unsere Kolonien und Deutschlands Abschluß vom Meere durch die englische Flotte geschaffene Lage ein. Es handelte sich vor allem um Beantwortung der Frage: Unter welchen Voraussetzungen kann Deutschland Kolonialpolitik treiben? Ist ein deutsches Kolonialreich möglich, so lange England in der Lage ist, uns den Verkehr mit unseren Kolonien zu sperren?

Unsere konservativen Politiker, besonders Graf Ernst von Reventlow, stellten sich auf den Standpunkt: Seegeltung geht vor Kolonialpolitik, das heißt, Deutschland könne nur Kolonialpolitik treiben, wenn die deutsche Seegeltung England gegenüber derart erstarkt sei, daß die Verbindung zwischen unseren Kolonien und dem Mutterlande unbedingt gesichert sei.

In ähnlicher Weise nahm der Direktor der „Vossischen Zeitung" Georg Bernhard am 11. Juli 1917 Stellung:

„Der lebhafte Wunsch, unsere Kolonien zurückzubekommen, darf uns bei Friedensschluß nicht

Digitized by Google

etwa veranlassen, England kontinentale Zugeständnisse zu machen ... Wir dürfen nie vergessen, daß Kolonien ohne Seegeltung etwas Unmögliches sind. Was nützt uns das schönste Kolonialreich, auf dem alle Früchte des Paradieses wachsen, wenn wir sie im Kriegsfalle nicht zu uns schaffen können? ... Wenn wir nicht unsere kontinentale Machtstellung so aufbauen, daß England aus Furcht vor unserer Seemacht es nicht wagen kann, uns den Weg zu unseren Kolonien abzuschneiden, so werden wir in Zukunft gerade wegen unseres umfangreichen Kolonialreiches vor jeder englischen Flottendrohung ins Knie sinken müssen. Gerade um Kolonialpolitik zu treiben und ein Kolonialreich erhalten zu können, müssen wir in allererster Linie unsere Kontinentalstellung gegenüber England befestigen."

Ähnlich äußerte sich der Nachfolger Adolf Wagners als Lehrer der Nationalökonomie an der Universität zu Berlin, Geheimrat Dr. Schumacher, indem er am 10. Juni 1917 in der „Vossischen Zeitung" schrieb:

„Selbst wenn es gelänge, an Stelle des rücksichtslosen Seemonopols Englands das Ideal der Freiheit des Weltmeeres zu verwirklichen, was würde es uns nützen, wenn uns der Zugang zu diesem nassen Reich der Freiheit jederzeit wie heute verwehrt werden könnte? ... Freiheit der Meere heißt für uns Deutsche in erster Linie Sicherung des Zugangs zum Weltmeer."

Auch Freiherr von Mackay urteilt ähnlich über den Zusammenhang des Mutterlandes, also Seegeltung und Kolonialbetätigung (vergl. Heft 44, 1916 des „Größeren Deutschland"):

In der Tat nimmt, auch wenn Kolonien noch so vorsorglich militärisch und politisch auf eigene Füße gestellt werden, keineswegs in dem absoluten Wachstum überseeischer Macht die Notwendigkeit der Sicherung ihrer Verbindungen mit dem Mutterlande ab; daß das Gegenteil der Fall ist, beweist schon England, dessen Imperialismus und Förderalismus mit dem Programm der „Closer union" desto kräftiger in die Halme schoß, je mehr sich Großbritanniens Überseepolitik ausdehnte. Kolonial- und Seemachtpolitik sind nicht Strahlen zweier zerstreuter Lichtquellen nationalen Machtbetriebes, sondern Seiten eines Parallelogramms von Kräften, so wie anderseits Orient und Afrika nicht als Gegensätze, sondern als sich ergänzende Ziele der Weltmachtwerdung Deutschlands erscheinen, die erst durch deren Zusammenfassung von den Zufälligkeiten und Linien der Kaperkriege und Ringbildungen seegewaltiger Mächte unabhängig werden können.

Wenn wir diese Forderungen mit der Wirklichkeit vergleichen, so müssen wir zunächst die Bemerkung Bernhards, das schönste Kolonialreich nütze uns nichts, wenn wir seine Produkte im Kriegsfalle nicht zu uns schaffen können, als Übertreibung ablehnen. Gott sei Dank ist doch in unserem Zeitalter der Krieg nur der Ausnahmezustand und der Friedenszustand die Regel. Es heißt wirklich das Verlangen nach Sicherung zu weit treiben, wenn man auf kolonialen Besitz gänzlich verzichten soll, weil möglicherweise im Kriegsfalle die Produkte unseres Kolonialreiches nicht nach Deutschland geschafft werden können. Die Erfahrungen des Krieges haben uns eben gelehrt — und das gilt nicht nur für uns, sondern auch für England — daß man im Kriegsfalle unter keinen Umständen darauf rechnen kann, alle Rohprodukte von Übersee her in den wünschenswerten Mengen zu erhalten. Wir werden also nach dem Kriege gezwungen sein, in gewissem Sinne Vorratswirtschaft zu treiben. Würden wir auf Kolonialbesitz verzichten, so würden wir uns dadurch in bezug auf die Preis-

Digitized by Google

höhe vom Auslande abhängig machen. Die Ententemächte — wenigstens England, Frankreich und die Vereinigten Staaten — sind sich darüber einig, uns nach dem Kriege die Rohstoffbeschaffung möglichst zu erschweren und, wenn dies nicht angängig sein sollte, zu verteuern. Wir würden also nicht nur bei unserer Vorratsbeschaffung für einen etwaigen zukünftigen Krieg, sondern auch für unsere gesamte Friedenswirtschaft höhere Preise zu zahlen haben — Preise, durch welche unserer Industrie die Konkurrenzfähigkeit mit der unserer Gegnern erschwert, wahrscheinlich unmöglich gemacht würde. Gerade das Verhalten dieser drei Mächte zwingt uns zur kolonialwirtschaftlichen Betätigung. Wenn wir nicht wollen, daß unsere Industrie durch Verteuerung der Rohstoffe lahm gelegt wird, dann müssen wir Kolonialwirtschaft treiben und müssen darauf bedacht sein, mindestens soviel an industriellen Rohstoffen in unseren Kolonien zu erzeugen, daß der Preis der Rohstoffe auf konkurrenzfähiger Höhe bleibt.

Ebenso ist es nicht richtig, daß wir in Zukunft gerade wegen unseres umfangreichen Kolonialreiches vor jeder englischen Flottendrohung werden in die Knie sinken müssen. Es ist doch bekannt, welche kolossalen Truppenmengen England, Frankreich und Belgien zwecks Eroberung unserer afrikanischen Kolonien aufbringen mußten. Wären die deutschen Kolonien nicht gewesen, so wäre sicher ein Teil dieser Truppen ebenfalls auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingesetzt worden. Frankreich hat in diesem Kriege so ungeheuere Verluste, daß es ohne die Zuhilfenahme des Menschenreservoirs in den Kolonien in Zukunft nicht mehr imstande sein würde, Deutschland ein auch nur der Zahl nach annähernd gleichwertiges Heer entgegenzustellen. Schon jetzt wird in Frankreich immer wieder der Ruf laut, die Aushebungen der afrikanischen Truppen, die sich den besten französischen Truppen als ebenbürtig erwiesen hätten, zu verstärken. Wenn nun Deutschland in Afrika selbst ein Kolonialreich von derartiger Ausdehnung besitzt, daß im Kriegsfalle Frankreich zur Sicherung seiner eigenen Kolonien gezwungen sein würde, seine afrikanischen Truppen im Lande selbst festzuhalten, dann könnten sie eben nicht auf die europäischen Schlachtfelder gebracht werden.

Ähnlich steht es mit der Seemacht. Wir haben es staunend erlebt, wie lange unsere Auslandskreuzer den Kreuzerkrieg gegen die englische Handelsschiffahrt geführt haben, obwohl sie ohne jeden Stützpunkt, wo sie ihre Ausrüstungen ergänzen und Schäden reparieren konnten, vollständig auf sich selbst angewiesen waren. Würden die Häfen unseres Kolonialreichs derart ausgebaut, daß unsere — natürlich den Bedürfnissen entsprechend verstärkte — Auslandskreuzerflotte dort Stützpunkte findet, in welchen sie ihre Ausrüstung — vor allem an Munition — ergänzen, etwaige Beschädigungen reparieren kann, in denen auch eine Basis für Unterseeboote geboten würde, so müßte der Seehandelskrieg ein ganz anderes Gesicht bekommen. Schon jetzt ist das Operationsgebiet unserer Unterseeboote bis nach den Kapverdischen Inseln erweitert worden. Ein entsprechender Ausbau unserer Kolonialhäfen würde den Handel Englands im

Digitized by Google

größten Teil des Weltmeeres derart bedrohen, daß die zum Schutze des englischen Handels notwendige Kriegsschiffflotte bedeutend verstärkt und die Heimatflotte entsprechend geschwächt werden müßte.

Wünschenswert ist allerdings, daß nicht nur unsere kolonialen Häfen entsprechend ausgebaut werden, sondern daß die Verbindungen mit unseren Kolonien mit dem Mutterlande durch Anlage einer Anzahl entsprechender Flottenstützpunkte genügend gesichert werden, wie dies auch die „Deutsche Kolonial-Gesellschaft" in einer Entschließung vom Juni 1917 verlangt:

„Die deutsche Kolonialgesellschaft ist durchdrungen von der Überzeugung, daß der Verlauf des Weltkrieges die innige gegenseitige Verknüpfung heimatlicher und überseeischer kolonialer Betätigung immer zwingender hervortreten läßt. Die Wahrung der Weltmachtstellung Deutschlands und der drohende Wirtschaftskampf erheischen gebieterisch, daß dem deutschen Vaterlande in Europa eine feste Machtstellung errungen wird, die seine Seegeltung sichert und den Zugang zum Weltmeere offen hält. Sie verlangt aber ferner, daß die überseeische Betätigung Deutschlands durch den Besitz eigener Kolonien in wesentlich erweiterten Grenzen und in Anpassung an überseeische Stützpunkte gewährleistet wird. Ohne Sicherstellung der Rohstoffversorgung drohen der deutschen Volkswirtschaft und dadurch auch unserer arbeitenden Bevölkerung unabsehbare Gefahren.

Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft begrüßt daher mit freudiger Genugtuung den durch den Staatssekretär des Reichskolonialamtes im Namen des Reichskanzlers in Leipzig erklärten Willen, die Rückgabe unserer sämtlichen Kolonien und den Ausbau eines starken Kolonialreiches in Afrika durchzusetzen. Eine solche Erweiterung ist in erster Linie in Mittelafrika — Festland und Inseln — anzustreben. Das ermöglicht den Zusammenschluß der bisherigen deutschen Kolonien. Das faßt auch den Erwerb westafrikanischer Kolonien in sich, die bei ihrer dichten Bevölkerung, bei dem Reichtum an leicht gewinnbaren kolonialen Rohstoffen und der Möglichkeit der Anlegung von Flottenstützpunkten für uns von unersetzbarem Wert sind. Die deutsche Kolonial-Gesellschaft erhebt gleichzeitig den schärfsten Einspruch gegen den Gedanken eines Verzichtes auf unsere wirtschaftlich und flottenstrategisch wertvollen Südsee-Kolonien und tritt nach wie vor eindringlich für die Wahrung der überaus wichtigen deutschen Interessen in Ostasien ein."

Daß die eben erwähnten Folgerungen aber nur dann eintreten, wenn das deutsche Kolonialreich imstande ist, sich auch im Falle eines Abschlusses vom Mutterland selbständig zu verteidigen, ist klar. Unser bisheriges Kolonialreich, das nur aus einzelnen weit von einander entfernten Kolonien bestand, war dazu nicht imstande. Infolgedessen tauchte die Folgerung auf, uns ein geschlossenes, verteidigungsfähiges Kolonialreich in Mittelafrika zu schaffen. So schrieb z. B. Freiherr von Rechenberg, der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, im Februarheft „Nord und Süd":

„... Wie der Kolonialbesitz beschaffen sein muß, damit er auch in kriegerischen Zeiten behauptet werden kann, hat uns der gegenwärtige Krieg gelehrt; er muß so ausgedehnt sein, daß er in sich selbst die Kräfte zu seiner Verteidigung wenigstens so lange findet, bis der Krieg, welcher über sein Schicksal entscheidet, auf anderen Schauplätzen entschieden ist, auf Schauplätzen, auf denen unser Heer und unsere Marine die Entscheidung herbeiführen.

Die einzige deutsche Kolonie, welche sich noch gegen die feindliche Übermacht behauptet, ist Deutsch-Ostafrika. An diese grenzt das belgische Kongobecken.

Digitized by Google

Wenn Belgien — so wie wir hoffen und wie es seiner Bevölkerung und deren Wünschen entspricht — zum Teil an Frankreich, zum Teil an Deutschland fällt, so würden der belgische Kongo und der französische Kongo einschließlich der Tschad- und Schari-Territorien und Wadais an den deutschen Kolonialbesitz anzugliedern sein. Seine Ergänzung würde dieser Besitz noch finden in dem Erwerb vom britischen Ostafrika und Uganda, für welche Kiautschou, Neu-Guinea und unsere Besitzungen in der Südsee aufzugeben wären. Dieser geschlossene Kolonialbesitz bietet in sich genügende Verteidigungs- und Entwicklungsmöglichkeiten. Togo, das isoliert bliebe, wäre allerdings weiterer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt, und es wäre in Erwägung zu ziehen, ob es besser gegen Nordrhodesia und Nyassaland England überlassen würde, da diese englischen Besitzungen schon jetzt in nichtenglisches Gebiet eingeklemmt sind. Bezüglich der portugiesischen Kolonien würde der Vertrag von neuem bestätigt werden, welchen seinerzeit Deutschland und Großbritannien über dieselben abgeschlossen haben.

Deutschland würde auf diese Weise einen in sich geschlossenen, verteidigungsfähigen und an der Westküste leicht erreichbaren Kolonialbesitz haben, der deutschem Unternehmungsgeist ausreichendes Betätigungsfeld bieten und dazu beitragen kann, die uns fehlenden Rohstoffe, seien sie nun Mineralien oder landwirtschaftliche Erzeugnisse tropischer Art, herbeizuschaffen. Versichert man sich bei der Verwaltung der Sympathie der Eingeborenen, so kann man auch auf dieselben im Kriegsfalle rechnen, wie wir es bei Ostafrika gesehen haben. Die Ausdehnung des deutschen Kolonialbesitzes wäre dann eine derartige, daß eine Eroberung von einem unserer Gegner, selbst wenn die Kolonien während dieser Zeit sich selbst überlassen blieben, nicht durchgeführt werden könnte. Andererseits würden derartige Ziele dem deutschen Programm, Gebietserweiterungen nur behufs Sicherung anzustreben, durchaus entsprechen, und dem Gegner keine Opfer auferlegen, die ihm unerträglich dünken müssen."

Näher hat die an ein derartiges geschlossenes deutsches Kolonialreich zu stellenden Anforderungen Dr. Freiherr von Mackay in Nummer 9 der „Deutschen Kolonialzeitung" vom 20. September 1917 auseinandergesetzt:

„Die Wurzel aller solcher Vorschläge liegt zutage: sie sind geboren aus dem Mutterschoße der Begeisterung für interkoloniale Politik, für die Entwicklung politisch und wirtschaftlich selbständiger und organisch gebundener überseeischer Großmachtschöpfungen. Daß die Kriegserfahrungen erst recht auf die Verwirklichung solcher Pläne drängen, bedarf gewiß keiner näheren Begründung; sie haben aber zugleich jeden Nachdenklichen deutlich darauf hingewiesen, daß nichts unfruchtbarer und schädlicher sein könnte, als die schematische Auffassung eines solchen an sich richtigen Gedankens. Es kommt sicherlich nicht allein darauf an, einen großen Block afrikanischen Länderguts dem Deutschen Reich zuzuweisen, es handelt sich vielmehr vorab um folgende Ziele: 1. Gute Verteidigungsfähigkeit des Besitzes und leichte Aufrechterhaltung der Verbindungen mit dem Mutterland. 2. Vorteilhafte Grenzen derart, daß dem Feind möglichst wenig offene und leicht durchzustoßende Fronten gegeben sind. 3. Eignung des Kolonialbesitzes für deutsche Besiedlung, um die Grundlagen einer starken Schutztruppe zu schaffen. 4. Sicherung der wichtigsten industriellen Rohstoffe, so zwar, daß im Kriegsfalle die militärischen Bedürfnisse aus den Bodenschätzen des Landes selbst gedeckt werden können.

Das erstere Ziel erfordert offensichtlich gute Häfen, die mit Arsenalen, Werften, Docks ausgestattet, dem Kreuzerkrieg einen zuverlässigen Rückhalt geben. Den Kongostaat in seiner heutigen Gestalt könnte man mit einer dickbauchigen Retorte vergleichen, die nur mit einem sehr engen Mundstück Wasser aus dem Atlantischen Ozean aufnimmt: mit dem schmal abgegrenzten Kongomündungsgebiet bei Boma. Hier aber, wo der Kongo jährlich Erd- und Schlammassen in der Menge von 350 Millionen Kubikmeter auswirft, dürfte sich kaum jemals ein Hafen

Digitized by Google

ersten Ranges herstellen lassen. Auch wenn man annimmt, daß Belgisch-Kongo Deutsch-Ost angegliedert wäre, bessern sich diese Verhältnisse in keiner wirklich befriedigenden Form.

Damit hängt das Problem des Grenzschutzes unmittelbar zusammen. Afrikanischer Besitz ist, wie es die Kriegslehren bezeugen, nur von der Küste her wirksam zu verteidigen; muß diese preisgegeben werden, so mag der Kampf ums Inland noch so lange fortgesetzt werden, letzten Endes gleicht er doch immer dem Ringen einer belagerten Festungsmannschaft, die trotz heldenmütigen Widerstandes ohne Ersatz von außen vor dem unvermeidlichen Zusammenbruch ihrer Widerstandskraft steht. Dabei weist der Kongostaat nirgendswo, abgesehen von der östlichen Seenlinie, die aber für die Kampflage Deutschlands keine Vorteile böte, einen von Natur starken Grenzschutz auf, wohl aber desto mehr offene Einfalltore und schwer zu verteidigende Außenwerke, mit deren Fall — wie beispielsweise beim Katangagipfel — zugleich das Schutzgebiet wirtschaftlich ins Herz getroffen würde. Erst recht bietet das ganze mittelafrikanische Kongogebiet wenig Aussichten für deutsche bäuerliche Besiedelung, die Granitgrundlage und der Jungbrunnen aller militärischen Kraft. Weitaus überwiegend ist es ausgesprochenes Pflanzungsland für den Betrieb mit Neger-Arbeiterschaft, einzelne für europäische Besiedlung geeignete Strecken werden immer Inseln im Schwarzen Meer der eingeborenen Volksmassen bleiben."

Allerdings ist es jetzt unsern Gegnern gelungen, auch unsere letzte afrikanische Kolonie, Deutsch-Ostafrika, in ihre Hände zu bekommen. Die Kolonie hat sich aber, obwohl von Beginn des Krieges an, gänzlich vom Mutterlande abgeschlossen und — soweit uns bekannt — während der ganzen Kriegsdauer nur zweimal durch Blockade brechende Dampfer mit Munition und sonstigen Vorräten versorgt, über drei Jahre gegen einen mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgerüsteten übermächtigen Feind verteidigen können. Der Kommandeur der ostafrikanischen Schutztruppe, General von Lettow-Vorbeck, hat dadurch den Beweis geliefert, daß auch eine vom Mutterlande gänzlich abgeschlossene Kolonie sich aus ihren eigenen Hilfsmitteln heraus jahrelang verteidigen kann. Kann es einen Zweifel darüber geben, daß ein zusammenhängendes deutsches Kolonialreich mit einer starken Schutztruppe, genügend mit Waffen und Munition versehen, das den vorstehend von Freiherrn von Mackay skizzierten Bedingungen entspricht, nicht nur imstande sein würde, sich auch bei einer längeren Dauer eines Krieges mit Erfolg zu verteidigen, sondern auch, wenn es notwendig sein sollte — den Krieg auf feindliches Gebiet zu tragen und die kolonialen Streitmächte des Feindes so zu binden, daß ihre Verwendung auf europäischen Schauplätzen nicht möglich ist?

Notizen

Nationalliberale und gleiches Wahlrecht. Unter dem Eindruck der Taktik des preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Lohmann haben zahlreiche Nationalliberale Preußens, die in den Organisationen der Partei eine führende Stelle einnehmen, die folgende wichtige Kundgebung erlassen:

„Den Erwägungen, ob im Kriege eine Aufrollung der preußischen Wahlrechtsfrage angezeigt sei, hat die Einbringung der Wahlrechtsvorlage den Boden entzogen. Jetzt handelt es sich nur

Digitized by Google

noch darum, ob in absehbarer Zeit das Wahlrecht in Preußen überhaupt verändert werden soll oder nicht. Unausgesetzt, zuletzt noch auf dem Magdeburger Parteitag, hat die Nationalliberale Partei die Notwendigkeit einer durchgreifenden Verbesserung des preußischen Wahlrechts anerkannt. Über die Art und Weise und das Maß haben in der Partei die Meinungen gewechselt. Während die Gründer der Nationalliberalen Partei für das gleiche Stimmrecht eintraten, vereinigten sich auf dem Magdeburger Parteitag die verschiedensten Richtungen auf der Forderung des unmittelbaren und geheimen Wahlrechts unter derzeitiger Ablehnung der vollkommenen Gleichheit. Die Erfahrungen der Kriegszeit haben auch hierin in manchen Kreisen der Partei einen Wandel herbeigeführt, insbesondere eine Abstufung des Stimmrechts nach Besitz immer mehr Gegner zugeführt. Unbeschadet aber der grundsätzlichen Stellung über die Vorzüge der Gleichheit oder Abstufung halten wir es für eine geschichtliche Notwendigkeit, die von unserem Könige zugesagte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechts anzunehmen und dadurch die unter dem Kriege schwer leidende Gesamtheit unseres Volkes mit dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserem staatlichen Leben zu erfüllen. Wir erwarten von diesem Schritt, der für manche ein Opfer bedeutet, daß er in den Kreisen, denen die Vermehrung der politischen Rechte zugute kommt, die vaterländische Opferwilligkeit stärkt, ohne die wir den von unserer Partei gewollten und siegreichen Frieden nicht erreichen können. Wir bitten daher unsere Abgeordneten im Preußischen Landtag, jeder Verschleppung der Wahlreform entgegenzutreten und unter patriotischem Verzicht auf begreifliche Bedenken sich auf den Boden des von der Regierung vorgeschlagenen Grundsatzes der Gleichheit zu stellen."

Die Kundgebung ist von 82 Namen unterzeichnet. Das amtliche Organ der pommerschen Nationalliberalen meint, daß es „auf das tiefste zu bedauern wäre, wenn es zu einer Parlamentsauflösung und zu einem Wahlkampf käme, in dem die Fahne des Königtums im Lager der Demokratie wehte".

Der nationalliberale Führer eines süddeutschen Bundesstaates, selber kein „Heißsporn", äußerte kürzlich, daß die Zukunft der nationalliberalen Parteiarbeit im Süden aufs stärkste gefährdet werde, wenn die Mehrheit der preußischen Landtagsfraktion den Kampf gegen das gleiche Wahlrecht fortsetze.

Tirpitz über die Kriegsziele. Der Vorsitzende der „Deutschen Vaterlandspartei", Admiral Tirpitz, hat dem Berliner Vertreter der holländischen Zeitung „Nieuwe Rotterdamsche Courier" ein Interview gewährt, das auszugsweise wiedergegeben sei. Daß wir in der belgischen Frage auf einem gegensätzlichen Standpunkte stehen, — schon weil wir diesen Bissen niemals verkraften können — haben wir immer wieder ausgeführt. Für heute verweisen wir auf den Aufsatz von Professor H. Delbrück, der die belgische Frage von dem Standpunkte eines Gegners der Ausweitung Deutschlands nach Westen betrachtet:

Tirpitz sagte auf die erste Frage nach der Zukunft Flanderns: Wir verlangen an erster Stelle, daß England in Zukunft nicht mehr imstande sein darf, dieses Land für eine raubsüchtige Überrumpelung gegen uns zu gebrauchen. Dann wollen wir die Vlamen von der schmählichen Unterdrückung durch die französischen Kreise befreien. Ihr Holländer seid nicht stark genug, den Vlamen eine wirkungsvolle Unterstützung zu geben. Das kann nur ein starkes Deutschland. Diese zwei Punkte dürfen wir nie aufgeben. Die Frage, ob nach den Wünschen des Rates von Flandern eine militärische Besetzung oder ein Tauchboot-Stützpunkt in Flandern notwendig wäre, beantwortete Tirpitz bejahend, denn darin liege keine Angriffspolitik gegen England, sondern nur eine Friedenssicherung. Auch würde ein Stützpunkt in Flandern zur Führung einer Angriffspolitik nicht genügen. Wir wünschen nur eine Stellung, welche die englisch-amerikanische Welt vor einer Erneuerung ihrer Angriffe abschrecken kann.

Digitized by Google

über Antwerpen und die Scheldemündung, zwei Fragen, denen der Holländer besonderen Wert beilegte, meinte Tirpitz, daß da alles beim alten bleiben solle. Die Rechte der Niederlande sollen in keiner Weise geschmälert werden. Die künftige Staatsform Flanderns will Tirpitz den Beschlüssen einer Friedenskonferenz überlassen. Bezüglich der Franzosen erklärte er, kein grundsätzlicher Anhänger der Einverleibung französischen Gebietes zu sein, obgleich es die Franzosen an Deutschland verdient hätten. Wohl zwanzigmal haben sie während der letzten drei Jahrhunderte die Deutschen angegriffen. Der Form nach sind die Franzosen ganz angenehme Menschen, nur haben sie die schlechte Eigenschaft, daß sie von Zeit zu Zeit Blut sehen wollen, das von anderen oder eigenes. Über die deutschen Kolonien sagte der Großadmiral, daß Deutschland alle seine Kolonien zurückerhalten müsse. Über Veränderungen könne ja gesprochen werden. An einen Frieden durch Unterhandlungen mit England glaubt Tirpitz auch dann nicht, wenn Lloyd George abtreten würde, weil England nie freiwillig in die deutschen Forderungen willigen würde.

Neuerscheinungen

Unsere Bundesgenossen

„Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform" äußert Ignaz Seipel (Verlag Tyrolia, Innsbruck). Er empfiehlt die nationale Autonomie als die natürliche Lösung der Verfassungsfrage, weil sie „dem freiheitlichen und demokratischen Zuge der Zeit entgegenkommt, sich mit der österreichischen Länderverfassung verträgt, und die internationale Stellung Österreichs zu verbessern verspricht". „Die Nation, die sich aus angeblich nationalen Gründen gegen die nationale Autonomie wendet, ist entweder noch nicht zur klaren Unterscheidung von Nation und Staat fortgeschritten, oder sie kämpft überhaupt nicht um ihre Freiheit und ihr Recht, sondern um die Macht, andere Nationen vergewaltigen zu können." Den Einfluß des Krieges auf die Staatsverwaltung untersucht Wilhelm Loebell: „Krieg und Staatsverwaltung" (Manz-Verlag, Wien). Sind bisher „Versuche zur Einleitung einer im großen Stile angelegten Reform unserer Verwaltung sowohl an den Widerständen in der Verwaltung selbst als auch an den bekannten parlamentarischen Schwierigkeiten gescheitert", so haben der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen die Verhältnisse von Grund auf geändert. „Wir wissen, daß der schweren wirtschaftlichen Erschütterungen ausgesetzt würde, wenn nicht eine tiefgreifende Reform seiner Verwaltung eingesetzt wird. Wir werden ebenso wenig das Herannahen einer wirtschaftlichen Staatsnot im Inneren untätig abwarten, als das Herannahen eines Feindes von außen. Wir werden beizeiten die Geister der Verwaltungsreform und der zielbewußten Wirtschaft im Staatshaushalte mobilisieren." Loebell beruft sich hierbei auf den Satz der Thronrede vom 31. Mai 1917: „Eine weise und strenge Ökonomie im Staatshaushalte, insbesondere die Unterlassung jedes nicht durch sachliche Zwecke unbedingt erheischten Verwaltungsaufwandes muß die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts erleichtern." Eugen Schwiedland hat sich über die Zukunftsaufgaben der österreichisch-ungarischen Wirtschaft, über „die bisherige Entwicklung und heutige Gestaltung des Wirtschaftslebens" ausgesprochen (Manz, Wien): „Unsere volkswirtschaftliche Sicherung ist gegeben durch die Schaffung organisch starker und politisch selbstsicherer Gebilde, die den eigenen Bestand gewährleisten, die heimischen Bedürfnisse so viel als möglich aus dem Inland befriedigen, trotz der Vermehrung der Bevölkerung, deren Ernährung und Bereicherung aus heimischen Quellen durch Rationalisierung der Wirtschaft aus Mitteln des eigenen Gebietes versorgen, nahegelegene Siedlungsgebiete mit sich verknüpfen und ihre Verbindungen mit Rohstoff- und Absatzgebieten allen Fährnissen trotzend sicherstellen."

In die Zukunft weist auch das Buch von Herman Feldstein, Direktor der Landesanstalt für landwirtschaftliche Industrie, der die erste „Vermögens- und Zahlungsbilanz Galiziens" zieht (M. Perles, Wien), was darum schwierig ist, weil man „keine sicheren Daten über den Umfang des Förderungsverkehrs oder darüber besitzt, mit welchem Beitrage der Wert der ausgeführten Waren denjenigen der eingeführten Waren überstrigt". Jedenfalls ergibt sich aber soviel, daß der Charakter und der Umfang der Ausfuhr Galiziens sich wesentlich zugunsten des Landes geändert hat. „Alles weist darauf hin daß die namentlich seit 1894 lebhafter durchgeführten Versuche einer Industrialisierung des Landes nicht ohne Einfluß auf die günstigere Gestaltung der Handelsbilanz Galiziens geblieben sind. Die

Digitized by Google

Handelsbilanz Galiziens ist im Durchschnitt eine günstige, aber die Beisteuer des Landes zum Staatshaushalte und seine Verschuldung so groß, daß Galizien, um diese Beisteuer und die Zinsen seiner Schuld aufzubringen, im Durchschnitt jährlich über 23 Millionen Kronen seiner Wertpapiere außerhalb des Landes verkaufen muß und auf die Auswanderung seiner Bevölkerung über See oder zur Saisonarbeit angewiesen ist. Ohne jene 128 Millionen Kronen, welche die galizischen Auswanderer durchschnittlich jährlich in ihre Heimat senden, wäre das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz nicht zu erzielen. Ist die Auswanderung eine Folge der Verarmung des Landes, welches seine besten und tatkräftigsten Arbeitskräfte zu beschäftigen und zu ernähren nicht imstande ist, so bilden die Ersparnisse dieser, mit ihrer Heimat so zusammengewachsenen, fleißigen und sparsamen Auswanderer einen Segen des Landes. Ewig kann und soll diese Auswanderung, welche das Land der besten Arbeitskräfte und anhänglichsten Bürger beraubt, nicht dauern, sie kann nach dem Kriege ohnehin zum Stillstand kommen, und Galizien muß mit aller Macht und allen Mitteln einen Ersatz für die 128 Millionen Eingänge der Auswanderergelder suchen und finden, es muß seine Landwirtschaft und seine Industrie beleben, fördern und entwickeln, um eine weitere Passivität der Zahlungsbilanz, eine weitere Verschuldung aufzuhalten." Eine Neuordnung des österreichischen Gewerbestandes verlangt Dr. Franz Tomaschek, „Schaffung des österreichischen Bürgers" (R. Strache, Warnsdorf). Er fordert Umgestaltung des Mittelschulwesens, Änderung des Einjährig-Freiwilligenrechts dahin, daß es mit der Absolvierung einer Mittelschulklasse erworben wird, die hoch genug ist, um soviel Wissen und Verständnis zu vermitteln, als der Privatfleiß zur weiteren eigenen Fortbildung braucht.

Die Frage, welche Bedeutung das neue bürgerliche Recht Ungarns für eine Rechtsvereinheitlichung zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn überhaupt für den kommenden mitteleuropäischen Wirtschafts- und Staatenverband hat, stellte Prof. Dr. E. Heymann in der Schrift „Das ungarische Privatrecht und der Rechtsausgleich mit Ungarn" (Mohr, Tübingen M. 3.—). Indem er dem deutschen Juristen eine Einführung in den Hauptinhalt des heutigen und kommenden ungarischen Privatrechtes und in die Geschichte seiner wichtigsten Institute gibt und das ungarische Privatrecht zum Prüfstein für die Frage der Rechtsvereinigung überhaupt ansieht, gibt es nicht nur reiche Anregungen für die Betrachtung unseres eigenen Rechtes, sondern er zieht auch die Folgerung, daß die Verschiedenartigkeit der Fortbildung des Rechtes in Ungarn und im Deutschen Reiche sich um so weniger werde aufhalten lassen, als die nächste Zukunft ganz offensichtlich verschiedenartige wirtschaftliche Verhältnisse für die beiden Länder bringen muß. Gewiß ist Ungarn im Begriff, aus dem Agrarstaat in den Industriestaat, vielleicht allzu schnell überzugehen, aber der Industriestaat, wie wir ihn in Zukunft haben werden, wird doch noch anders aussehen, als ihn Ungarn in absehbarer Zeit erreichen wird. Wir gehen sichtlich einer starken Sozialisierung der Industrie und vielleicht auch vieler Handelsbetriebe entgegen. Ungarn wird vielleicht manches davon teilen müssen, aber die Wirtschaftsformen für seine erst entstehende Industrie, bei der es den einzelnen Unternehmer zunächst anzuregen gilt, werden noch lange von der reichsdeutschen verschieden sein. Die unvermeidliche Folge ist, daß die wirtschaftlichen Tatbestände, auf welche der einzelne Privatrechtssatz anzuwenden ist, vielfach verschieden gelagert sein müssen, und daß daher selbst bei wörtlich gleichen Rechtssätzen eine Gleichmäßigkeit der Entscheidungen ganz von selbst ausgeschlossen ist. Nicht in den Gesetzesworten, sondern in den Lebensverhältnissen wohnt der göttliche Funke, der als Rechtsidee die Geschicke der Menschen zwingend gestaltet. „Nur eine Reihe einzelner Gegenstände des Handelsrechts, die für den Verkehr besonders wichtig seien, könnten vereinheitlicht werden. Wichtiger freilich sei noch „die Schaffung eines sorgfältig bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten internationalen Privatrechts und internationalen Prozeßrechts, namentlich eines internationalen Vollstreckungsrechts, eine Regelung des Rechts der Schiedsverträge und gewisser Grundsätze des Bank- und Börsenverkehrs". Und ferner kommt es darauf an, die innere Einheit beider Rechte mit allen Kräften zu pflegen. Schließlich münden die Vorschläge des Verfassers in die allgemeinen Zukunftsaufgaben, die Weckung außerpolitischen Verständnisses im Sinne der bisherigen Fachausbildung und in die Verwirklichung des allgemein gültigen politischen Grundsatzes der Aufrechterhaltung der rechtlichen und wirtschaftlichen Eigenart der drei verbündeten Länder, „der Erhaltung der Vielheit in der Einheit".

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 15. Februar 1918 • Heft 7

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Wilson hat auf Czernin nicht oder noch nicht geantwortet. Die Konferenz von Versailles aber hat so gesprochen, daß Clemenceau sehr befriedigt sein konnte. Der Druck der Italiener hat denen die Stimme verschlagen, die vielleicht Politik machen wollten, und die dumpfe Erwartung einer deutschen Offensive hat sie enger geschlossen. Dabei wirkt es sehr merkwürdig, wie die Antwort der Entente negativ gefaßt ist: sie findet sich heute nicht in den oder jenen Kriegszielen zusammen, sondern schwenkt um zur Geste der Verteidigung. Die Mittelmächte haben sich noch nicht an die „gemäßigten Bedingungen" angenähert! Das klingt wie Hohn, ist aber gepreßt. Carson freilich faßt drüben, während die eigenen Nöte steigen, sein Programm der Rohstoffaushungerung in zynische Sätze zusammen; aber auch Lansdowne ist wieder aus der Zurückhaltung hervorgetreten und sucht eine andere Gesinnung als das Knock-out zu organisieren, nicht aus Schwäche, sondern aus nationaler Vernunft.

*

Solche Gegensätze sind uralte Dinge. Auch das alte Athen kannte sie, und man mag an deutsche oder englische Namen denken, wenn man Rankes Worte über Kleon, den Gegner des Perikles, liest:

„Er setzte durch, daß in einem für die Beendigung des Krieges, der keinen rechten Zweck mehr hatte, überaus günstigen Moment die Friedensverhandlungen abgebrochen wurden. Man könnte zwei Arten von Politikern unterscheiden: die einen haben nur immer die gegenwärtige Lage vor Augen, den unmittelbaren einseitigen Gewinn, die andere die nach der Hand zu erwartenden Folgen und den Gegensatz der allgemeinen Kräfte, den man zu provozieren und zuletzt doch nicht bestehen zu können Gefahr läuft. Zu den ersten gehörte der hochfahrende störrische Demagoge von Athen. Ihm lag alles daran, den momentanen Vorteil einseitig auszubeuten."

*

Die polnische Frage bekommt ein neues Gesicht. Gerade als der polnische Regentschaftsrat eine seiner vieldeutigen Erklärungen veröffentlichte, die durch Fort-

Digitized by Google

lassungskünste des W. T. B. dem deutschen Volke schmackhafter gemacht wurden, haben die Polen im russischen Heere durch den maximalistischen Terror zur Verzweiflung gebracht, die von ihnen verkündete Neutralität aufgegeben und zu den Waffen gegriffen. Das in den polnisch-moskowitischen Kämpfen früherer Tage heißumstrittene Mohilew ist dabei in die Hände der Polen gefallen. Sollten auch ferner diese polnischen Truppen den Maximalisten standhalten können, so wäre das neue Königreich Polen über Nacht zu einem eigenen Heere gekommen, das sofort den Ruf für sich in Anspruch nehmen könnte, den russischen Oberbefehlshaber gefangen genommen zu haben.

*

Die Logik der Tatsache ist stärker, als die Verblendung rumänischer Politiker. Die vom Ententegolde verlockten und vor der russischen Dampfwalze zitternden rumänischen Politiker mischten sich in den Krieg, um Siebenbürgen zu erobern. Die maximalistische Gefahr zwingt die Rumänen jetzt, die Waffen gegen Rußland zu erheben und in Beßarabien zu kämpfen. Wenn von Bratianu die politischen Zeichen der Zeit zu Beginn des Krieges richtig erkannt wären, hätte Rumänien an der Seite der Mittelmächte die Eroberung Beßarabiens ohne den Verlust der Walachei haben können. Jetzt wird Bratianus Kopf zum mindesten der Preis ein, um das rumänische Abenteuer gegen Siebenbürgen zu liquidieren.

*

Die Entente gibt noch immer nicht das finnländische Spiel verloren. Jetzt hat sie Finnland Waffen und Munition für den Kampf gegen die Maximalisten angeboten, die zu Schiff nach Nordfinnland gebracht werden könnten. Da der glückliche Ausgang des finnländischen Freiheitskampfes von der Beschaffung von Waffen und Munition abhängt, sollte Deutschland die große Gefahr erkennen, die der deutsch-finnländischen Politik droht. Wir hätten aber keinen Grund, Finnland die Schuld zuzuschieben, wenn sich schließlich England ins finnländische Nest setzen sollte, das deutsche Siege erbaut haben.

*

Die Verfassungskommission des Preußischen Landtags bleibt bei ihren gediegenen Methoden einer umfassenden Gründlichkeit. Aus Unterausschüssen tauchen dann und wann Ergebnisse empor, die das künstliche Gebilde des Regierungsentwurfs ins Maßlose verschlechtern. Heute kann man schon sagen, dieses „modernisierte" Herrenhaus, indem es für das Kartell des Feudalbesitzes mit der schweren Industrie Grundmauern von Ewigkeitsdauer schafft, bei gleichzeitiger Einschränkung der Kronrechte, wird ein Albdruck sein, gegenüber dem die Torheit gewordene Romantik des Erbes von 1851 vielleicht als Idylle anmuten mag. Hat die Regierung inzwischen begriffen, welchen taktischen Fehler sie beging, als sie sich auf die Erstberatung dieses Reformstückes einließ? Erwägt sie, wenn sie auf die teilweise monströsen Beschlüsse blickt, nicht die Möglichkeit, einfach den ganzen Entwurf zurückzuziehen?

*

Digitized by Google

Dem Beispiel der Feuerwehrleute haben sich die Zahnärzte angeschlossen. Sie wollen auch ihren Vertreter ins Herrenhaus; wir fürchten, sie kommen zu spät. Da man sich aber bei der Kommission einer ernsthaften Betrachtung der nationalpolitischen Berufswichtigkeit für versichert halten kann, ist die Möglichkeit einzusetzen, daß die Hebammen sich in gleicher Richtung bemühen werden. Es ist sowieso nicht einzusehen, warum die Berufsfrauen sich an dem Wettlauf um diese Sitze nicht beteiligen. Sollten sie politisch so viel klüger sein als die Männer?

*

Die innerpolitische Sprengwirkung des Streikes, auf die von der rechtsstehenden Presse hingewirkt wurde, kam nicht: die Reichstagsmehrheit bleibt, unabhängig von der verschiedenen Beurteilung des bösen Vorganges, sachlich geschlossen, wenn auch die Sozialdemokratie ihre freie Hand gegen Regierung und Parteien betont. Daß die Nationalliberalen von der ersten interfraktionellen Besprechung fern blieben, war Stresemannsche Angst vor einem „falschen Eindruck". Seine Auffassung ist innerhalb seiner Reichstagsfraktion nun selber umstritten. Die „Unabhängigen", enttäuscht über ihren Mißerfolg, verschärfen ihren Kampf gegen die Mehrheitssozialisten, und der „Vorwärts", der keine gute Haltung gezeigt hatte, sieht sich plötzlich in der Lage, seine Munition wieder gegen links zu verschießen. Offenbar hat der gemeinsame Marsch während einiger Tage die erfreuliche Wirkung gehabt, daß er zur weiteren Klärung zwingt.

*

10. Februar 1918

Der Ukrainische Friede und die Auflösung Rußlands

Von Dr. Paul Rohrbach

Wer die heutige Entwicklung der Dinge in dem Raume, der bisher Rußland war, in Kenntnis der früheren geschichtlichen Vorgänge auf diesem Boden verfolgt, wird bedauern, daß es auf der europäischen Seite sowohl unter den Handelnden, als auch unter den Zuschauern des russischen Dramas nur wenige mit einem Gefühl für die ungeheure historische Wucht der Ereignisse geben wird, die hervortritt, sobald man sie im Zusammenhang der Jahrhunderte betrachtet. Was jetzt in Rußland geschieht, ist nichts anderes, als das Auseinanderbrechen des russischen Staats genau auf den Linien und längs den Fugen, wo seine allmähliche Zusammensetzung durch die Eroberungen Moskaus vom 17. bis zum 19. Jahrhundert vor sich ging. Kein furchtbareres, vernichtenderes Urteil über die Befähigung des moskowitischen Wesens, aus eigenen und fremden Bestandteilen einen Großstaat oder eine Weltmacht zu bilden, kann gesprochen werden, als die Vorgänge seit dem Sturz der Zarenherrschaft es tun!

Schon seit Beginn des Krieges habe ich in unserer Zeitschrift und an vielen anderen

Digitized by Google

Stellen, ich kann wohl sagen unermüdlich, darauf hingewiesen, daß zur Grundlage jeder brauchbaren Anschauung über das russische Wesen die Einsicht gehört: Rußland bildet keine Einheit, sondern es gibt drei verschiedene, gegensätzlich zu einander geartete Rußlande, 1. Moskowien oder Groß-Rußland, 2. Alt-Rußland oder die Ukraine, 3. das nichtrussische Westgebiet, das sich vom Weichsellande bis zur finnischen Eismeerküste ausdehnt. Den größten Wert habe ich von Anfang an auf die Tatsache gelegt, daß die Ukraine und das ukrainische Volk nicht Rußland im gewöhnlichen Sinne sind, sondern etwas Besonderes. Ich habe mich durch die Ablehnung dieses ukrainischen Gedankens fast bei unserer gesamten Öffentlichkeit nie beirren lassen, sondern fest darauf gebaut, daß seine Richtigkeit einmal zutage treten würde, und genau so, wie ich gesagt habe, daß es mit der Ukraine kommen müsse, ist es auch bisher mit ihr gekommen. Darin liegt keine besondere Prophetengabe, sondern das hätte jedermann alles genau so gut voraussagen können, der den Stand der Dinge in Rußland aufmerksam beobachtete und vor allen Dingen die russische Geschichte kannte. Daß man von dieser so wenig in Europa weiß, ist das eigentliche Übel, denn aus ihr folgen gerade die gegenwärtigen Vorgänge mit Naturnotwendigkeit.

Die Ukraine hat von Beginn an eine andere Geschichte und ein anderes Volkstum gehabt, als das Kolonialgebiet an der Oka und Wolga, wo sich in der zweiten Hälfte unseres Mittelalters auf ursprünglich finnischem Boden das großrussische Volk und in der Folge der moskowitische Staat entwickelten. Vom 13. bis zum 17. Jahrhundert haben Groß-Rußland und die Ukraine überhaupt nichts miteinander zu tun gehabt. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts brachte der Zar Alexei, der Vater Peters des Großen, die östliche Ukraine in eine ursprünglich sehr lose Verbindung mit Moskau, die allmählich gewaltsam fester angezogen wurde, und am Ende des 18. Jahrhunderts erwarb Katharina II. in den polnischen Teilungen auch die westliche Ukraine. Das alles wurde dann mit gesamtrussischer Farbe überstrichen und die Fugen für den Blick fernerstehender Beobachter äußerlich verkleistert. Das ukrainische Volkstum aber, das älter ist als das moskowitische, und das in seiner frühgeschichtlichen Zeit auch starke germanische Elemente in sich aufgenommen hat, wie die Großrussen in ihrer herrschenden Oberschicht tartarische, war damit nicht ausgelöscht. Es blieb erhalten und es ist heute als eine Nation mit tausendjähriger unzerstörbarer Geschichte aufs neue politisch wieder auferstanden. Darüber kann nur jemand erstaunt sein, der nicht schon vorher wußte, daß die großrussische Herrschaft vermöge ihres innerlich kulturlosen, barbarischen Charakters unfähig durch die Jahrhunderte hindurch gewesen ist und noch heute unfähig ist, ein ihr überlegenes Volkstum zu überwinden: es sich anzugleichen und mit dem großrussischen Staatsgedanken zu erfüllen. Auf derselben Linie, wo Alexei Michailowitsch vor 250 Jahren die Länder, die unter dem Regiment des ukrainischen Hetmans standen, zur Union mit Moskau brachte, und auf der Moskau und die Ukraine damals aneinander grenzten, trennen sie sich heute, und dieselbe

Digitized by Google

Grenze, die das ukrainische Volk vor 1000 Jahren weiter westlich gegen Weißrussen und Polen innehatte, fordert es auch heute wieder für sich. Der Unterschied von heute und früher ist nur der, daß seit der Erwerbung des sogenannten Neu-Rußland, des breiten südlichen Steppenstriches am Schwarzen Meere unter Katharina II., dieses früher fast menschenleere große Gebiet von Ukrainern kolonisiert und dadurch das ukrainische Volk im ganzen auf 40 Millionen angewachsen ist. Auf dem Raum, den es jetzt einnimmt, kann es sich bei Verbesserung seines jetzt noch mangelhaften Ackerbaues auch noch um das Doppelte vermehren. Es besitzt den besten Weizenboden und die größten Kohlenlager des bisherigen Rußland; es besitzt Eisenerze, wasserreiche Ströme und gute Häfen und alle natürlichen Bedingungen einer kräftigen nationalen Zukunft. Was will es dem gegenüber besagen, wenn einige Großstädte, wie Charkow und andere, eine Mehrheit von zugezogener großrussischer Bevölkerung aufweisen! Diese im Verhältnis zum ganzen wenig zahlreichen fremden Elemente werden in dem jetzt beginnenden Zeitalter der neuen ukrainischen Staatlichkeit bald genug verdrängt oder aufgesogen sein.

Ich habe vor kurzem an dieser Stelle das neue souveräne Finnland, das unter schweren Kämpfen mit der russischen Anarchie um seine Staatsordnung zu ringen hat, auf dessen Sieg über das Tatarentum wir aber fest vertrauen dürfen, begrüßt, und ich begrüße mit derselben Freude und Genugtuung die souveräne Ukraine. Ihr Wiederauferstehen ist der Richtspruch der Geschichte über das tatarisch-moskowitische, gestaltungsunfähige Rußland, von dem man mit Recht gesagt hat, daß die Anarchie stets der verborgene Grundzug seines Charakters gewesen ist. Es ist ein wunderbares und dankbares Gefühl gegenüber der Idee der geschichtlichen Gerechtigkeit, daß die deutschen Waffen es gewesen sind, durch die die moskowitische Gewaltherrschaft über die Ukraine und über die nichtrussischen Westvölker des gewesenen russischen Reichs zertrümmert worden ist, und daß die Vertreter des vereinigten, durch das deutsche Wesen gestützten Mitteleuropa jetzt in Brest-Litowsk mit dem ukrainischen Staat als einer neuen souveränen Macht Frieden geschlossen haben. Die deutsche Politik hat sich von den Ereignissen glücklich beraten lassen, als sie diesen welthistorisch entscheidenden Schritt zu tun sich entschloß. Sie hat die Gelegenheit ergriffen, als Verkünder und Vollzieher des Urteils aufzutreten, das die Geschichte selber gefällt hat, und sie wird die Früchte davon ernten, wenn sie mutig und entschlossen auf dem betretenen Wege bleibt und vor keiner weiteren notwendigen Folgerung zurückschreckt ... Wer Politik im großen Stil machen will, der darf die moralische Note nicht vergessen, die als tiefer Grundton alles historisch-politische Geschehen beherrscht. Nur der politische Kleinhändler und Geschäftemacher hat keine Ohren, diesen Grundakkord zu hören. Selbst die unaufrichtigen Staatsmänner der Entente neigen sich vor dieser Erkenntnis, der in Wahrheit zu dienen ihnen durch ihre räuberischen und heuchlerischen Instinkte versagt ist, indem sie der Gerechtigkeit einen Leerthron er-

Digitized by Google

richten und mit hysterischen Gebärden das Weihrauchfaß davor schwingen, wo doch die Göttin selber nicht bei ihnen weilt. Nirgends aber darf der moralische Gedanke so wenig außer Spiel bleiben, wie in dem Urteil über den gewesenen russischen Staat und die Politik, die wir ihm gegenüber zu machen hatten. Über Rußland fast bis zuletzt ohne Erkenntnis dessen geurteilt zu haben, was gegenüber diesem Staatswesen das moralische Prinzip bedeutete, ist ein Fehler und eine Schuld der früheren deutschen Politik und öffentlichen Meinung gewesen.

Nachdem der große Schritt der vollständigen und vorbehaltslosen Anerkennung der souveränen Ukraine durch die Mittelmächte geschehen ist, darf man hoffen, daß die Dinge, auch was das maximalistische Rußland betrifft, nun in der richtigen Bahn bleiben werden. Es ist nur schade, daß man nicht von Anfang an die Maximalisten richtig eingeschätzt hat, und aus ihrer irrtümlichen Einschätzung ist auch viel Unglück über einen Teil der bisherigen russischen Westländer, namentlich Finnland, Estland und Livland, gekommen. Vielleicht aber wird schon eine nahe Zukunft die Wunden, die dort geschlagen sind, heilen können. Was man nicht rechtzeitig besaß, war die Einsicht, daß den maximalistischen Führern zwar alles am Waffenstillstand lag, gar nichts aber am Frieden, das heißt am Frieden mit dem gegenwärtigen Deutschland und Österreich-Ungarn. Sie brauchten den Waffenstillstand absolut notwendig, denn die bewaffneten Soldatenbanden, die heute die Stelle des russischen Heeres einnehmen, wollten unter keinen Umständen mehr kämpfen, und sie waren für Lenin, Trotzki und Genossen nur zu haben, wenn diese ihnen Sicherheit vor unseren Kugeln und Granaten gaben. Hatten die Maximalisten aber den Waffenstillstand in der Tasche, so beabsichtigten sie von vornherein gar nichts anderes, als die weitere Verhandlungszeit dazu zu benutzen, um Deutschland und Österreich-Ungarn von innen heraus zu revolutionieren. Das haben sie sogar offen heraus gesagt, und es war merkwürdig genug, daß man nicht gleich darauf geachtet und es nicht gleich so ernst wie nötig — so ernst, wie ich es unseren Lesern immer vorgehalten habe — genommen hat. Jetzt nun zeigt sich, wie überzeugt die Maximalisten beim Beginn der Verhandlungen über den Waffenstillstand waren, daß wir als Preis für seine Bewilligung bedeutende Forderungen stellen würden. Daß wir das tun könnten und sollten, habe ich gleichfalls stets ausgesprochen. Ich erhalte von einer Persönlichkeit, die Augenzeuge der Vorgänge in Estland war, den folgenden Bericht, von dem einzelnes hier und da in die Tagespresse übergegangen ist, der aber nachstehend zuerst im Zusammenhang wiedergegeben sei:

Zur Erreichung des Waffenstillstandes wären Lenin und Trotzki zu allem bereit gewesen. Als Beweis kann dafür angeführt werden, daß wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen Befehle vom Zentrobalt, d. h. dem maximalistischen Marineministerium in Petersburg, an die Revaler Marinestation und die Kriegswerften eintrafen, mit der sofortigen Räumung derselben und Überführung der Materialien nach Kronstadt und Petersburg anzufangen, da in den nächsten Tagen Waffenstillstandsverhandlungen mit der deutschen Obersten Heeresleitung

Digitized by Google

beginnen würden, die als Bedingung bei denselben die Räumung von Liv- und Estland verlangen werde; daher müßte soviel wie möglich bis zum Abschluß des Waffenstillstandes evakuiert werden. (Dieser Befehl ist von unserem Gewährsmann selbst in Reval gesehen.) Aber noch mehr! Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet waren, verbreitete sich die Nachricht, daß am nächsten Tage höhere deutsche Offiziere mit einigen Mannschaften von Riga odere Ösel aus eintreffen würden, um in Reval die Anlagen von Werften und Kriegshäfen zu übernehmen. Die kommandierenden Persönlichkeiten der Werft und des Kriegshafens und eine große Menschenmenge wartete um 4 Uhr nachmittags auf dem Bahnhofe, um die Deutschen zu empfangen. So fest war alles überzeugt von der Räumung und Übergabe des Gebietes.

Um so tiefergehend war der Eindruck, nicht nur im baltischen Gebiet, sondern auch in Petersburg, als der Waffenstillstand zu den bekannten Bedingungen ohne die russischerseits schon als selbstverständlich angesehenen Zugeständnisse abgeschlossen war. Der maximalistische Diktator Anwelt verkündete triumphierend, daß Deutschland nichts mehr gegen die Maximalisten zu unternehmen wagen würde, weil die deutschen Maximalisten das nicht dulden würden. Gleichzeitig ist der Terror, den er mit seinen Roten Gardisten in Reval und den maximalistischen Räuberbanden auf dem flachen Lande ausübt, ein so starker, daß das kleine, nicht einmal eine Million starke Bauernvolk der Esten völlig eingeschüchtert ist. Seine einzige Hoffnung war noch, durch Deutschland den Schutz vor der maximalistischen Anarchie und Anerkennung seiner Selbständigkeitsbestrebungen in Anlehnung an das Deutsche Reich zu finden. Diese Hoffnung ist jetzt aufgegeben. Am 15. Januar d. J. trat der estnische Landtag zu einer Geheimsitzung zusammen, weil er aus Furcht vor den Maximalisten nicht mehr öffentlich zu tagen wagte. Auf dieser Sitzung wurde der Beschluß der vorigen Tagung voll aufrecht erhalten, unter allen Umständen die Loslösung von Rußland zu betreiben, aber keine Entschließung für deutschen Schutz zu fassen, weil auf Deutschlands Hilfe nicht zu bauen und die Rache Rußlands die Esten schutzlos treffen würde. Dagegen hoffen die estnischen Führer, Anschluß an einen skandinavischen Bund unter dem Schutze Englands zu finden und sind bereit, die Häfen des Landes als Freihäfen den Engländern zu übergeben. In der führenden estnischen Zeitung „Postimees" hat Tönnisson bereits auch einen aufklärenden Artikel gebracht, worin er sein Volk warnt, trotz der großen Not, die es von den Maximalisten auszustehen hat, voreilige Entschlüsse zu fassen, da es noch eine große Weltmacht gebe, die im Kriege nicht besiegt würde und nicht gewillt sei, mit den Maximalisten und der Anarchie zu paktieren.

Zu dieser Darstellung kann ich aus einer privaten Nachricht noch hinzufügen, daß die estnischen Soldaten in Reval bereits Kränze wanden, um sie beim Einzug der Deutschen aufzuhängen, als die Nachricht des Waffenstillstandes ohne weitere deutsche Forderungen kam. Gegenwärtig werden Estland und Livland, wie mir selber von Augenzeugen berichtet worden ist, von den bewaffneten maximalistischen Horden Gut für Gut, Bauernhof für Bauernhof, systematisch bis auf das letzte Stück und Korn Lebensmittel ausgeraubt und die Soldaten brachten diesen Proviant in ganzen Reihen von Eisenbahnzügen nach Petersburg, um ihn dort für ihre Tasche zu unerhörten Preisen zu verkaufen. Eine furchtbare Hungersnot steht daher dem ganzen Gebiet zwischen der Düna und dem Finnischen Meerbusen bevor.

Heute, wo der Friede mit der Ukraine geschlossen ist, mag sich auch das Schicksal des baltischen Landes zum Guten wenden. Der Stein, der unverrückbar dazuliegen schien, ist ins Rollen gebracht, und die Folgen werden für den ganzen Erdteil unab-

Digitized by Google

sehbar sein. Jetzt kommt es nicht mehr allein auf den Willen und die Einsicht fehlbarer Menschen an; jetzt wird die gewaltige Logik der Ereignisse von selber weiter arbeiten: im Dienst des deutschen Gedankens im ganzen Osten von Europa!

Bakunins Schatten

Von Theodor Heuß

In der wechselvollen Geschichte der sozialistischen Internationale ist der Krieg, den Karl Marx gegen Michael Bakunin geführt hat, einer der wichtigsten Abschnitte. Es war ein Kampf um die Macht, der schließlich zur Sprengung des jungen Versuchs geführt hat: Marx vertritt dabei Ordnung und Zentralisation gegenüber einem unklaren und wilden Freiheitsbegriff und einem ungezügelten Revolutionswillen, der in der baren Vernichtung alles Staatlichen die geschichtlichen Aufgaben des Proletariats erfassen wollte. Von beiden Seiten ging es dabei sehr menschlich zu, die sozialistischen Geschichtschreiber können nach Jahrzehnten noch nicht diese Dinge mit einer gelassenen Ruhe betrachten — doch das soll uns hier nicht beschäftigen.

Die deutsche Sektion ist in diesem Streit Marxens Kerntruppe geblieben und sie hat es immer verstanden, die Elemente des Bakunismus, die auch in ihm alle paar Jahrzehnte sich einmal kristallisieren wollten, aus sich herauszustoßen. Bebel vor allem hat, vielleicht aus einem „kleinbürgerlichen" Reinlichkeitsinstinkt, immer die tiefste Abneigung gegen jene Revolutionsromantiker und Putschisten gehabt, die der Osten von Zeit zu Zeit seiner Partei bescherte. Als Herr Radek-Sobelsohn-Parabellum in die inneren Verhältnisse der deutschen Sozialdemokratie Unruhe brachte, hat ihn die Partei nach langen Streitereien mit einem schweren sachlichen und moralischen Bann belegt — es ist derselbe Herr, der jetzt, von der deutschen Unehre zur russischen Ehre zurückgediehen, die Petersburger Telegraphen-Agentur verwaltet und den Lenin und Trotzki als rechte Hand für die deutschen und polnischen Verhältnisse dient.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie in irgend etwas beschlagen ist, dann in dem Ausbau und in der Kenntnis ihrer eigenen Geschichte. Um so erstaunlicher ist es, wie lange und wie freundschaftlich sie sich unter die Suggestion der russischen Maximalisten begeben hat. Nach den „imperialistischen" Verkleidungen der Plechanow, Tschernow, Tsereteli glaubte sie, im Maximalismus die Rückkehr der russischen Sozialdemokratie zum wahren, geistesverwandten Marxismus zu erkennen. Hat sie jetzt begriffen, daß das eine Täuschung war und daß hinter Trotzkis Reden, hinter Lenins Dekreten, hinter Radeks Depeschen der Schatten von Michael Bakunin in die Höhe wuchs? Vielleicht hat die Brester Rada des ukrainischen Delegierten Lubynsky etwas zum Durchbruch der Klarheit gesorgt. Ich weiß nicht, wie dieser Herr zu Karl Marx steht, aber wir wissen, auch die ukrainische Rede ist sozialistisch. Das im Bewußtsein zu halten, ist für die nächste Zeit unserer Regierung so wichtig wie den bürgerlichen

Digitized by Google

Parteien; aber ganz besonders muß sich unsere Sozialdemokratie dies vor Augen halten, daß die ukrainischen Sozialisten mit den Mittelmächten in Frieden kommen wollen, um sich besser der zerstörenden Wirkung des Putschismus im Stile Bakunins erwehren zu können.

Trotzki selber gibt sich freilich als Marxist. In seinem übrigens publizistisch glänzenden Buche „Rußland in der Revolution" (von 1905) bemüht er sich krampfhaft, für die revolutionäre Bewegung den ökonomischen Unterbau dialektisch zu formen; aber seine Angaben sind schließlich Beweisstücke dafür, daß dies Land mit einer so unausgeglichenen, unorganischen Wirtschaftsentwicklung für die Schlußformeln des Marxschen, aus der Perspektive des englischen Frühkapitalismus gesehenen Sozialismus sachlich gar nicht reif ist. (Um von deren Kritik hier ganz abzusehen.) Viel zwingender als die gewaltsame Nähe von Marxens Name, der nur dialektisch angebunden werden kann, ist der Eindruck, den die Erinnerung an das Treiben und die Gesinnung des alten Berufsrevolutionärs Bakunin weckt, dieses Mannes, der gegen die Wissenschaft und die Entwicklung, gegen die staatsbildenden Kräfte eines aufsteigenden Proletariats das Mißtrauen der eigenen Schwäche und die gläubige Zerstörungswut eines anarchischen Temperaments zu setzen hatte. „Der Wille ist mehr als die Wirklichkeit" — die kritische und skeptische Sachlichkeit, mit der Marx das eigene Ungestüm der Jugend und den utopischen Sozialismus mit seinen wirtschaftsgeschichtlichen Analysen des Kapitalismus zu überwinden trachtete, war ihm so unheimlich als fremd und philisterhaft. „Ökonomisches" Denken ist für die russische Seele westlicher Import.

Im Jahre 1848 schreibt Bakunin: „Ich glaube nicht an Konstitutionen und an Gesetze; die beste Konstitution würde mich nicht befriedigen können. Wir brauchen etwas anderes: Steine und Leben und eine neue gesetzlose und darum freie Welt." Als er sich im Jahre 1867 an dem Genfer „Friedens- und Freiheitskongreß" beteiligte, sprach er für die vollkommene staatliche Autonomie der Gemeinden und Provinzen: ‚Die Zerstörung der heutigen Gewaltstaaten sei die Voraussetzung des Weltfriedens. Erst nach ihrer Beseitigung könne sich die ideale Gesellschaft, die freie Vereinigung aller freien Einheiten, die von unten nach oben organisiert seien, entwickeln.' Wer hört nicht nach solchen Gedankengängen, bei denen es Marxens geschichtlichem Sinn übel wurde, die Deklamationen Trotzkis.

Bakunin, der wie sein Geisteserbe russische Gefangenschaft, Verbannung nach Sibirien und Flucht über Japan hinter sich hatte, war Berufsrevolutionär und tauchte überall auf, wo er glaubte, als Geburtshelfer einer neuen Freiheit helfen zu können. Es liegt außerhalb des Ziels dieser Anmerkungen, ihn auf seinen stürmischen Wegen zu begleiten. Doch ist es vielleicht aufschlußreich, einen Augenblick bei einer Station zu verweilen. Als im Sepetmber 1870 das französische Kaisertum durch die Bourgeois-Republik abgelöst war, eilte er nach Lyon und Marseille, um dort, mit zweifachem

Digitized by Google

Mißerfolg, die sozialistische Revolution zu organisieren. Die Kundgebung der „Revolutionären Föderation der Gemeinden" könnte mit ihren sieben Forderungen als Unterlage der Arbeit des Smolny-Instituts gelten:

„1. Die Verwaltungs- und Regierungsmaschine des Staates, die machtlos geworden ist, ist abgeschafft. Das französische Volk nimmt von sich selbst Besitz.

2. Alle Straf- und Zivilgerichte werden aufgehoben und durch Volksgerichtsbarkeit ersetzt.

3. Die Bezahlung von Steuern und Hypotheken ist unterbrochen. Die Steuer wird ersetzt durch Abgaben der föderierten Gemeinden, die erhoben werden von den Reichen, nach Bedarf der Summen, die nötig sind zur Rettung Frankreichs.

4. Da der Staat nicht mehr existiert, kann er sich nicht hineinmischen bei der Bezahlung von Privatschulden.

5. Alle bestehenden Gemeindeverwaltungen sind kassiert und in allen föderierten Gemeinden ersetzt durch die Komitees zur Rettung von Frankreich, die alle Macht ausüben unter der unmittelbaren Kontrolle des Volkes.

6. Jedes Komitee einer Departementshauptstadt ordnet zwei Delegierte ab zur Bildung eines revolutionären Konvents zur Rettung von Frankreich.

7. Dieser Konvent vereinigt sich sofort im Stadthaus von Lyon."

Die deutschen Sozialdemokraten, ihre beiden geistigen Gründer an der Spitze, haben sich damals über diese sozialistische Leistung Bakunins lustig gemacht, ja in ihr eine unfreiwillige Vorarbeit für Bismarcks Politik gesehen — warum nehmen die Erben die etwas systematisierten Nachahmungen solcher Einfälle in ihrem russischen Heimatland so todernst?

Das ist in der Tat nicht mehr eine geschichtstheoretische, sondern eine politische Frage von erheblichem Gewicht. Unsere Sozialdemokratie, indem sie sich mit den „Genossen" Lenin und Trotzki auseinandergesetzt, muß darüber zur Klarheit kommen, daß jener russische Sozialismus etwas grundsätzlich Verschiedenes von dem ist, was sie bisher als ihr geistiges Erbe gepflegt haben. Es ist ins Gigantische und Brutale gesteigert, die Wiederkehr des Bakuninschen Putschismus, der mit lohenden Worten zerstört und das „freie" Individuum in die Glückseligkeit des Chaos führen will. Seine Gedanken reichen immer nur bis zur „Tat". In der ist er groß, erfindungsreich, unwähleriſch in den Mitteln des Wortes und der Kugel — Trotzkis Schrift ist geradezu ein Arsenal der Revolutionstechnik, deutlich genug verkündend, daß man seit Bakunin nicht müßig geblieben war. Aber hinter der Tat steht der anarchische Individualismus in einer kalten verwüsteten Einsamkeit, die von Phrasen und Sophismen karg erwärmt wird. Heute ist es so, daß man den deutschen Sozialdemokraten für die geistige Auseinandersetzung mit dem russischen Sozialismus die klare, unsentimentale, unromantische Verstandesklarheit von Karl Marx wünschen muß, damit sie Bakunins Gespenst beschwören und von aller östlichen Suggestion sich befreien können.

Digitized by Google

Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde

Von Lujo Brentano

I.

Die Verschuldung Italiens

Italiens Handelsbilanz zeigt schon viele Jahre vor Ausbruch des Krieges einen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr. Er diente zum Teil zur Bezahlung dessen, was die Hunderttausende von Fremden, die alljährlich nach Italien kamen, verbraucht hatten, teils bestand er in den Ersparnissen, welche die italienischen Arbeiter im Ausland heimsandten. Seine Grundlage war sonst gesund und seine Zunahme ein Zeichen des wachsenden Wohlstands Italiens. Im Jahre 1913 hat er nach dem „Corriere della Sera" vom 6. April 1917 1134 Millionen Lire betragen.

Aber ganz anders die Entwicklung der italienischen Handelsbilanz unter dem Einfluß des Weltkriegs. Bevor Italien selbst an ihm teilnahm, ging sein Einfuhrüberschuß zurück. Nach derselben Quelle hat er 1914 nur 712,9 Millionen Lire betragen. Das war nicht bloß die Folge der mit dem Kriege einsetzenden Minderung des Fremdenbesuchs, sondern Italien hatte, solange es neutral blieb, wie alle neutralen Länder, eine größere Ausfuhr; vom September 1914 bis Januar 1915 hat diese sogar mehr als die Einfuhr betragen. Von da ab erfolgte mit der steigenden Vorbereitung seiner Teilnahme am Krieg eine Wiederzunahme der Einfuhr, so daß der Einfuhrüberschuß im Mai 1915 bereits wieder 103½ Millionen Lire betrug; seit Italien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hat, ist er sprungweise in die Höhe gegangen. Er hat 1915 2170,6 Millionen, 1916 3165,6 Millionen Lire betragen. War die frühere Passivität der italienischen Handelsbilanz ein Zeichen von Gesundheit, so entsprach ihr rasches Anwachsen seiner fortschreitenden Verarmung infolge des Krieges.

Was Italien arm gemacht hat, sind sein Aufwand für Heer und Flotte und die Auswucherung durch seine Freunde. Von dieser soll in einem besonderen Aufsatz die Rede sein.

Nach einer Schätzung des amerikanischen Schatzamts haben Italiens Kriegskosten am 1. August 1917 5050 Millionen Dollars betragen; die tägliche Summe seiner gegenwärtigen Ausgaben für Kriegszwecke wird von ihm auf 7 Millionen Dollars beziffert. Danach würde sich am 1. Januar 1918 der Gesamtbetrag der italienischen Kriegskosten auf 6121 Millionen Dollars gestellt haben. Bei Zugrundelegung des Parikurses wären dies über 31 Milliarden Lire; nach dem Stand der Wechselkurse am 1. November 1917 (1 Dollar = 8,01 Lire) wären es mehr als 49 Milliarden Lire. Nehmen wir an, die Schätzung des italienischen Nationalreichtums im „Economist" vom 18. Dezember 1915, wonach dieser 7 Milliarden Pfund Sterling vor Ausbruch des Krieges betrug, wäre annähernd richtig, so würden die italienischen Kriegskosten unter Zugrundelegung des Wechselkurses vom 1. Oktober 1917 (1 Pfund

Digitized by Google

Sterling = 30,82 Lire) nahezu ein Viertel des italienischen Nationalreichtums vor Ausbruch des Krieges betragen.

Wie England und Frankreich, so hat auch Italien nicht alles, was es zur Kriegführung und zum Unterhalt seiner Bevölkerung während des Krieges brauchte, im Inland beschaffen können. Es hat, um nur die wichtigsten Einfuhrposten zu nennen, sowohl Munition, als auch Kohle und Lebensmittel von seinen Freunden beziehen müssen, ohne daß diese italienische Produkte dafür genommen hätten. So stieg der Wert der amerikanischen Einfuhr nach Italien von 527,7 Millionen Lire im Jahre 1913 auf 2202,4 Millionen Lire im Jahre 1916, während die italienische Ausfuhr nach Amerika in der gleichen Zeit von 267 auf 535,6 Millionen herabging; und die Einfuhr von England stieg von 591,8 Millionen Lire im Jahre 1913 auf 1078,9 im Jahre 1916, während die Ausfuhr aus Italien dorthin nur von 260,5 auf 374 Millionen in die Höhe ging. Dazu kam noch, daß Deutschland in der Zeit zwischen der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn und der an Deutschland, zum Teil durch Schweizer Vermittlung, einen großen Teil seiner Geldanlagen aus Italien zurückgezogen hat.

Zu dieser sprungweisen Steigerung der Passivität der Handelsbilanz kam eine Vermehrung des Umlaufs von papiernen Zahlungsmitteln. Trotz allen Widerstandes, den die Regierung den leichtsinnigen Forderungen auf ihre Mehrung entgegensetzte, war der Notenumlauf schon nach drei Kriegsmonaten um mehr als $1\frac{1}{2}$ Milliarden Lire gestiegen. Nach der „Idea Nazionale“ vom 25. Februar 1917 waren am 31. Dezember 1916 6117,1 Millionen Lire Staatspapiergeld und Banknoten im Umlauf. Nach dem „Economist“ vom 17. November 1917 ist der italienische Goldbestand, der Ende 1914 52 035 000 Pfund Sterling betrug, im Oktober 1917 auf 41 089 000 Pfund Sterling gesunken gewesen, der Notenumlauf dagegen war von 86 498 000 Pfund Sterling am Ende 1914 auf 190 191 000 Pfund Sterling im Oktober 1917 gestiegen.

Also: die Goldüberweisungen durch Ausgewanderte waren zurückgegangen; der Fremdenverkehr hatte aufgehört; dagegen hatte der Bedarf an ausländischen Waren zugenommen und diese waren enorm im Preise gestiegen; Deutsche, Österreicher und Ungarn hatten ihre italienischen Wertpapiere verkauft und die Italienern gewährten Kredite zurückgezogen: und der Umlauf von papiernen Zahlungsmitteln war in dem angegebenen Maße gestiegen. Die unausbleibliche Folge war die wachsende Verschlechterung des Wechselkurses. Am 4. März 1917 schrieb die „Italia“: „Die italienische Tausendlirenote gilt heute in Paris 655 Franks, in London 500, in der Schweiz 477 und in New York 420.“ Am 1. November 1917 kostete 1 Dollar in New York 8,01 Lire; am 1. September 1917 1 Pfund Sterling in London 30,82—87 Lire.

Dieses Steigen der Wechselkurse hat der italienischen Regierung begreiflicherweise große Sorge bereitet. Sie hatte die Aufgabe, unabweisbare Ausgaben zu bestreiten.

Digitized by Google

und dabei die italienische Währung gegenüber dem Ausland hochzuhalten, damit nicht die ohnehin schon sehr hohen Preise aller Dinge noch mehr in die Höhe gingen.

In Friedenszeiten dient ein hoher Stand der Wechselkurse dazu, die Ausfuhr heimischer Produkte zu steigern und damit zur Wiederannäherung an die Parität. Aber England fürchtete die Verschlechterung des eigenen Wechselkurses und war außerdem auf Verminderung der Beanspruchung von Schiffsraum durch nicht unbedingt nötige Waren bedacht. Während der Wert der englischen Einfuhr nach Italien infolge der steigenden Kohlenpreise und der Verteuerung der Schiffsfrachten fortwährend stieg, verbot England die Einfuhr einer großen Zahl von Waren, deren Ausfuhr für Italien von der größten Wichtigkeit war. Nach dem Wegfall der deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Absatzmärkte durch den Krieg bedeutete dies für viele italienische Industriezweige das Aufhören jeglicher Ausfuhr. Die lombardische Textilindustrie hat darunter besonders gelitten; aber auch andere Industriezweige, namentlich solche, die sich auf die Versorgung Englands mit den Waren, die es früher aus Deutschland bezogen hatte, eingerichtet hatten, und ebenso verschiedene landwirtschaftliche Produzenten schrieen laut auf. Die italienische Ausfuhr nach England drohte auf die Hälfte herabzugehen. Dabei erregte es besondere Mißstimmung, daß die französischen Seidenwaren in England zugelassen werden sollten, die italienischen nicht. Aber außer für Marmor und Apfelsinen haben die Beschwerden nicht viel erreicht. Man suchte die italienischen Industriellen damit zu beruhigen, daß die Waren, deren Einfuhr verboten sei, fast stets auf Grund von Einfuhrlizenzen zugelassen würden. Ja, die italienische Regierung ließ sich auf Verlangen ihrer Bundesgenossen sogar herbei, die Ausfuhr von Erzeugnissen der Seidenindustrie, mit Ausnahme gewisser hochwertiger, an neutrale Länder Europas, die an feindliches Gebiet angrenzen, zu verbieten.

Ein anderes Mittel, den Stand der Wechselkurse zu verbessern, wäre der Verkauf ausländischer Wertpapiere ans Ausland gewesen. Aber Italien besaß davon keine entsprechenden Mengen; und selbst soweit es solche Werte besaß, stieß es auf das Hindernis englischer Vorschriften; denn England schloß anfangs alle englischen und kolonialen Werte vom Handel in England aus, die sich nicht bei Kriegsbeginn im Lande befunden hatten. Das wurde für die Ententegenossen später dahin geändert, daß der Erlös von Papieren aus ihrem Besitz in englischen Werten angelegt und bis Kriegsende bei einer englischen Bank derart hinterlegt werden mußte, daß darüber nicht mehr verfügt werden konnte, auch nicht als Sicherheit für eine Anleihe. Das hat die Verwertung selbst englischer Werte aus italienischem Privatbesitz zum Zweck der Beeinflussung der Wechselkurse unmöglich gemacht. Die Verschiffung von Gold aber, die, wie gezeigt, stattfand, war unzureichend, um der fortwährenden Verschlechterung des Wechselkurses Einhalt zu tun.

Somit blieben als einzige Mittel nur Sparen, innere Anleihen und solche im Ausland.

Digitized by Google

An Aufforderungen zu sparen hat es denn auch nicht gefehlt. Durch Sparen der Privaten an eingeführten Waren sollte der weiteren Verschuldung ans Ausland entgegengewirkt und gleichzeitig die Mittel angesammelt werden, um sich an den inneren Anleihen beteiligen zu können; außerdem beschränkte der Staat alle Ausgaben, außer denen der Kriegführung dienenden, aufs äußerste. Aber auch das war ein völlig unzureichendes Mittel.

Die Anleihen im Innern sollten der Beschränkung des Notenumlaufs dienen und damit einer der wichtigsten Ursachen der Verschlechterung des Wechselkurses entgegenwirken. Italien hat seit Ausbruch des Krieges vier Anleihen im Gesamtbetrag von 5505 Millionen Lire im Innern aufgenommen; das ist im Vergleich zu dem, was das deutsche Volk geleistet hat, recht wenig. Sehr unbefriedigend sind insbesondere die Zeichnungen von Italienern im Ausland gewesen. Vor dem Krieg hatten sie jährlich Hunderte von Millionen an Ersparnissen nach Hause geschickt; an der zweiten Kriegsanleihe haben sie sich mit kaum 80 Millionen beteiligt. Dabei verdient vermerkt zu werden, wie die Freundschaft der Ententegenossen vor dem eigenen Geldinteresse halt machte: Das englische Schatzamt hat keinem englischen Untertan erlaubt, sich an der italienischen Siegesanleihe zu beteiligen; nur die in England lebenden Italiener durften zeichnen, und die Anleihe wurde nicht zum Handel an der Londoner Börse zugelassen.

Somit blieb Italien ausschließlich auf Anleihen im Ausland angewiesen, wollte es verhindern, daß der Bezug von Munition, von Lebensmitteln und unentbehrlichen Rohstoffen seine Wechselkurse ins Ungemessene verschlechtere. Aus einem zwischen England und Italien abgeschlossenen Geheimvertrage, den die Russen veröffentlicht haben, geht hervor, daß jenes den Italienern als Lohn ihrer Beteiligung am Krieg außer den von ihnen verlangten territorialen Vergrößerungen und dem Versprechen, ihren Widerstand gegen die Beteiligung eines Vertreters des Papstes an den Friedensverhandlungen unterstützen zu wollen, ein Darlehen von 50 Millionen Pfund Sterling in Aussicht gestellt hat. Aber kaum hatte Italien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt, so schrieb schon der „Statist" vom 29. Mai 1915, Italiens schwacher Punkt seien seine Finanzen; England sei schon zur Unterstützung so vieler Alliierter verpflichtet, daß es für Italien kaum viel erübrigen könne; die Vereinigten Staaten möchten doch Italien beispringen. Einige Wochen später berichtete das „Berner Tagblatt" vom 22. Juni 1915, daß man von unerfüllbaren Bedingungen rede, die England an die Gewährung eines Vorschusses an Italien knüpfe, wie von der Überführung des gesamten Goldschatzes der Banca d'Italia nach London und von der Verpfändung italienischer Zölle an England. Das waren Bedingungen, wie man sie sonst an Serbien, Persien, China oder Marokko bei Gewährung von Darlehen stellte. Zur Verpfändung von italienischen Zolleinnahmen scheint es nun nicht gekommen zu sein, wohl aber zeigt der Jahresbericht der Banca d'Italia für die Zeit

Digitized by Google

von Ende Mai 1915 bis Ende Februar 1917 einen Rückgang des Metallbestandes der Staatskasse und der Notenbanken um 450 Millionen Lire; sie wurden großenteils an die Bank von England abgegeben. Vermöge eines Abkommens zwischen Carcano und Mac Kenna in Nizza hat Italien dann auch ein Darlehen von England erhalten, das, wie die „Gazetta del Popolo" vom 6. September 1915 schreibt, von der italienischen Regierung bei ausländischen Zahlungen benutzt wurde; dieses Darlehen und eine Anleihe im Inland haben die Erhöhung des Notenumlaufs verlangsamt. Aber schon am 22. September 1915 erhebt der „Messaggero" neue Klage, was Italien, seit es in den Krieg eingetreten sei, erhalten habe, sei im Vergleich mit den wachsenden Bedürfnissen recht wenig, es müsse auf die englisch-französische Solidarität rechnen können; und der „Mattino" vom 13. März 1916 klagt, die Abmachungen mit England seien schuld, daß Italien in den neutralen Ländern, die, wie Amerika und Spanien, an Gold Überfluß hätten, keine Anleihen aufnehmen könne. Auch andere Nachrichten melden, daß Italien sich mehrfach bemüht habe, in Amerika Kredit zu erhalten, aber vergeblich; es habe nur durch Englands Vormundschaft Geld erhalten können.

Nun ist aber schon im Jahre 1915 eine italienische Regierungsanleihe im Betrag von 25 Millionen Dollars in New York auf den Markt gebracht worden, deren Ertrag zur Bezahlung von Einkäufen in den Vereinigten Staaten verwendet werden mußte. Wenn Italien in Amerika bis zu dessen Beteiligung am Krieg kein weiteres Anlehen aufnehmen konnte, so lag der Grund darin, daß die Vereinigten Staaten von Italien, wie von allen Ententemächten, Gegenwerte in neutralen Papieren forderten und Italien keine solchen Gegenwerte besaß. In England aber hatte es 3848 Millionen Lire besondere Schatzscheine, in Gold zahlbar, ausgegeben, vermöge deren es dort Gold erhielt. Nun waren aber auch Englands finanzieller Kraft Grenzen gezogen; ein sprechendes Beispiel seiner Erschöpfung war das Mißglücken einer Anleihe von 2 Millionen Pfund Sterling für Neu-Südwales, während man gerade in diesem Falle einen großen Erfolg hätte erwarten müssen. England wurde also zurückhaltend mit weiterer Kreditgewährung und antwortete auf die italienischen Klagen mit dem Hinweis, wie viel es für seine Verbündeten bereits getan habe. In der „Fortnightly Review" vom März 1916 wurde den Italienern insbesondere vorgehalten, daß ohne Lombardstreet nicht ein Quadratzoll der italienischen Irredenta hätte erlöst werden können; wenn Italien die erhoffte Erweiterung seines Gebietes erhalte, so werde dies der finanziellen Hilfe Englands nicht weniger als den Anstrengungen des italienischen Heeres zu danken sein. Mit solchen Wahrheiten war aber den Italienern nicht gedient; sie erhielten damit nicht die von Amerika verlangten Gegenwerte. Als Folge stieg die italienische Handelsunterbilanz. Sie hat nach dem „Resto del Carlino" vom 12. April 1917 im Jahre 1916 1967 Millionen Lire betragen. Darauf ist in Italien ein allgemeines Einfuhrverbot ergangen, um der weiteren Ver-

Digitized by Google

schlechterung der Wechselkurse zu steuern. Eine wirkliche Hilfe aber hat, wenigstens vorübergehend, Wilsons Kriegserklärung gebracht. Der Nachteil, den sie Deutschland zufügte, zeigte sich alsbald in dem Wegfall aller bisherigen Erschwerungen der amerikanischen Kreditgewährung an die Ententemächte. Auch Italien erhielt nun ein Darlehen zu niedrigem Zinsfuß mit Verzicht auf die Zinszahlungen während des Krieges. Die Italiener schöpften Hoffnung, daß ihre Geldverhältnisse in Ordnung kommen würden; auch sank der Dollar in wenigen Tagen von 7,90 auf 7,05 Lire. Nach dem „Economist" vom 11. August 1917 hat Amerika bis zum 11. August 1917 Italien 160 Millionen Dollars geliehen. Aber auf die Dauer haben auch diese Darlehen der Verschlechterung des italienischen Wechselkurses nicht Einhalt getan. Die „Times" vom 1. November schrieb: „Die nordamerikanische Regierung gewährt Italien zur Zahlung von Kohlen und anderen Vorräten, die es in Amerika kauft, einen Kredit von 230 Millionen Dollars." An demselben Tage kostete der Dollar in New York 8,01 Lire!

Die Entwickelung von Italiens Finanzen gibt ein deutliches Bild von der Torheit seines Nationalismus. Bevor es die Expedition nach Tripolis unternahm, waren seine Finanzen in blühendem Zustand. Seitdem sind sie in immer üblere Lage geraten. Erst fing man an, $4^1/_2$ Prozent Geld al pari aufzunehmen; dann wurde der Ausgabekurs niedriger, dann die Rente höher; durch massenhafte Banknotenausgabe entstand ein Goldagio von 25 Prozent und mehr. Zu Beginn des Jahres 1916 war Italien wieder auf seinen Finanzstand von vor 1903 zurückgeworfen — die Ergebnisse von über zehn Jahren waren in wenigen Monaten zunichte gemacht. Nach der „Perseveranza" vom 27. April 1917 war der damalige Stand von Italiens Verschuldung folgender:

Ausländische Anleihen	3 600 400 000 Lire
Innere Anleihen	5 505 000 000 Lire
Schatzscheine	1 664 500 000 Lire
	10 769 900 000 Lire

Vor etwa vierzehn Tagen hat der Minister Nitti gesagt, das Ausland allein habe Italien 11 Milliarden Lire geliehen. Danach würde Italiens Verschuldung sich somit auf 18 178 600 000 Lire beziffern. Nun wird abermals eine Kriegsanleihe Italiens angekündigt. Auf dem Schlachtfeld zurückgeworfen, bleibt ihm als Ergebnis seiner Teilnahme am Krieg der Verlust von Hunderttausenden seiner besten Männer, maßloses Elend der Daheimgebliebenen, die Zerrüttung seiner Finanzen und die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von England und Amerika.

Digitized by Google

Clemenceau und Caillaux

Von Hans Göhler

Ein Schweizer Freund der „Deutschen Politik", der während des Krieges mehrfach in Frankreich war und in ständiger Fühlung mit französischen Politikern steht, hat hier wiederholt die Anschauung vertreten, die offenbar seine Kenntnis von Land und Leuten und seine ständigen Beziehungen zu Franzosen ihm aufdrängten, daß die nächste Zukunft in Frankreich nicht den Parteien der Linken, sondern den Parteien der Rechten gehören würde.

Was damals vorausgesagt wurde, ist heute eingetroffen: die Parteien der Linken haben in ihrer schwächlichen und zersplitterten Opposition gegen die Regierungspolitik versagt. Die Parteien vom äußersten Flügel der Rechten bis zu den 166 ursprünglich links orientierten, neuerdings aber nach rechts hinneigenden Radikalsozialisten (mit Ausnahme der 25 Radikalsozialisten, die Caillaux Gefolgschaft leisten) haben sich zu einem Block zusammengefunden, der die Regierungspolitik unterstützt. Auffällig an dieser Neugruppierung der französischen Parteien ist, daß dieser machtvolle Zusammenschluß der größten Parteien Frankreichs nicht vom Innern der Parteien heraus erfolgte, sondern durch die Einschüchterungs- und Gewaltpolitik eines ehemals radikalen Politikers: Georges Clemenceau.

Clemenceau ist im Jahre 1879 mit einem für die damalige Zeit äußerst radikalen Programm in der Kammer hervorgetreten, in der er unbeschränkte Versammlungs-, Vereins- und Preßfreiheit forderte. Als er sich im Jahre 1893 in der Kammer gegen die Anklagen verteidigen wollte, die nicht mit Unrecht aus seinen finanziellen Machenschaften mit Cornelius Herz gegen ihn erhoben worden waren, wurde er, der stets die englische Politik in Frankreich vertrat, von dem Konservativen Deroulède und seinem Anhang mit den Worten: O yes! Panama! Cornelius! niedergeschrien. Im Dreyfushandel stand er in der vordersten Reihe der republikanischen Kämpfer für den unschuldig verurteilten Hauptmann. Er warf in den schärfsten Worten den Regierenden, Abgeordneten und Richtenden Gewaltpolitik, Klassenhaß, Feigheit aus Kameradschaftlichkeit und Mangel an Pflicht- und Verantwortungsgefühl vor, kurzum, er erwies sich als einer der Besten und Stärksten unter den Radikalen. Im Jahre 1907 gebärdete er sich noch einmal als ein tatkräftiger und rücksichtsloser Charakter im Sinne des Radikalismus, indem er den in Paris zurückgebliebenen Sekretär der päpstlichen Gesandtschaft, Monsignore Montaguini, mit Polizisten über die Grenze schaffen ließ, weil er nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan noch zu französischen Politikern Beziehuneng unterhalten hatte. Auch daß er Caillaux zum Finanzminister nahm, als er im Jahre 1906 als Sarriens Nachfolger mit der Leitung der Staatsgeschäfte betraut wurde, ist durchaus die Tat eines radikalen Republikaners; denn Caillaux hat unter seiner Leitung versucht, das Einkommensteuergesetz einzuführen, das im Sinne der Sozia-

Digitized by Google

listen und der sozialpolitisch interessierten Kreise der Radikalsozialisten gehalten war. Als 1914 der Krieg ausbrach, stand Clemenceau daher bei den Rechtsparteien in dem übelsten Rufe, erstens seiner radikalpolitischen Vergangenheit wegen, zweitens infolge des Einkommensteuergesetzes, drittens, weil er während seiner Ministerpräsidentschaft die Rüstungen beschränkt und die Armee desorganisiert hatte. Er wurde daher in den ersten Kriegsjahren täglich in der „Action francaise" als der gefahrvollste Politiker für die Kriegspolitik der Entente als Antimilitarist, Hochverräter usw. angegriffen.

Allein — Clemenceaus politischer Charakter ist mit dem bisher Gesagten keineswegs erschöpfend charakterisiert. Clemenceau hat zwar wegen der Besetzung Tunesiens und der Eroberung Tonkins und Madagaskars Ministerien gestürzt, er selbst aber leitete 1907 seine eigene Regierungspolitik mit der Eroberung Marokkos ein. Clemenceau hat allerdings zersetzend auf die Armee gewirkt, machte aber 1909 gegen die Ausständigen in dem Weinbezirk von Beziers Militär mobil und wandte 1909 gegen die Sozialisten und gegen die Postbediensteten ebenfalls brutale Gewalt an, wodurch er sich die Sozialisten für immer entfremdet hat. Er ist im Verlaufe des Krieges gegen die Ministerien Viviani, Briand, Ribot und Painlevè angestürmt, nicht weil sie mit der Rechten zusammenarbeiteten und weil sie eine Politik trieben, die nicht sozialistisch und nicht radikal war, sondern gerade weil ihm ihre eiserne Faust zu lahm, weil sie ihm nicht fest genug gepanzert erschien, weil sie nicht kräftig und willensstark genug zufaßte. Auch die Engländer beklagten sich mehrfach über die zu matte und zu lahme Politik der bisherigen Staatsleiter Frankreichs und legten Poincaré die Demütigung auf, sich mit demjenigen seiner Gegner zu versöhnen, der ihn während der ersten drei Kriegsjahre am häufigsten, am rücksichtslosesten, am schamlosesten beschimpft, verleumdet und als Hochverräter gebrandmarkt hatte, — mit Clemenceau. Die Engländer hatten aber Poincaré diese Demütigung nicht aus Laune aufgelegt, sondern weil sie zu Clemenceau das Vertrauen hatten, daß er genug Gewalt aufbringen würde, um Caillaux, den gefährlichsten Feind Englands, im Interesse einer willensstarken und rücksichtslosen Kriegführung unschädlich zu machen. Um diesen Preis ging Poincaré auf die Versöhnung mit Clemenceau ein, da Caillaux, der ehemalige Mitarbeiter Clemenceaus, ein persönlicher Feind des Ministerpräsidenten und ein politischer Feind der imperialistischen Politik Poincarés ist. „Caillaux' Verhaftung", schreibt der „Rappel" vom 22. Januar, „schafft jedenfalls eine ganz neue politische Lage. Sie bindet uns für alle Zeiten an England, da durch die Verhaftung uns der einzige Staatsmann genommen worden ist, der eine andere Politik hätte einleiten können. Diese Politik läßt sich nur verteidigen, wenn Clemenceau von England erreicht: 1. die Ernennung eines französischen Generalissimus, 2. einen Flottenangriff, um die deutschen U-Bootstationen zu zerstören, 3. die Ausdehnung der britischen Front, 4. Tonnage für unsere Handelsmarine, 5. den Beginn des Kanaltunnels." Diese Forderungen werden ganz Frankreich und auch dem „Rappel" als unerreichbare Utopien erscheinen und sind sicher nur aufgestellt worden, um den

Digitized by Google

Wahnsinn einer Politik aufzuzeigen, die ihre Selbständigkeit aufgibt und sich auf Gnade und Ungnade England ergibt.

Caillaux hat sich die Feindschaft der Rechten erworben: 1. durch seine Finanzpolitik, insbesondere durch das Einkommensteuergesetz, das die Kapitalisten der Rechten und des Regierungsblockes am empfindlichsten treffen sollte und mußte. 2. durch seine Auslandspolitik, die einen Ausgleich mit Deutschland anstrebte und das europäische Gleichgewicht durch Unterdrückung aller Rachegedanken, sowie durch vertragliche Regelung der Kolonialfragen erreichen wollte. 3. durch seine Neigung zum Sozialismus, die schon vor dem Kriege erkennbar hervortrat. 4. durch seine Haltung im Kriege.

Caillaux ist der einzige Staatsmann Frankreichs, der sich dem wilden Geschrei der Rachepolitiker: bis zum Sieg! ferngehalten hat, der niemals das linke Rheinufer verlangt hat, der mit Schrecken sah, wie Frankreich nach und nach seine Selbständigkeit verlor und in englische und amerikanische Abhängigkeit geriet. Je wilder und wüster das Kriegsgeschrei der Rechtsparteien wurde, je mehr Radikalsozialisten sich von der größten Partei (166 Mitglieder) Frankreichs zu der politischen Anschauung der Rechten bekehrten, um so mehr verlor er in seiner Partei an Boden und um so fester verankerte er sich in der Partei der vereinigten Sozialisten. Seitdem Clemenceau Ministerpräsident ist, gibt es nur noch zwei Parteien in der französischen Kammer: Eine, die sich dem englischen Kriegswillen gebeugt hat, und „bis in den Abgrund" auf ihre Fahne geschrieben hat, und eine, die sich gegen Clemenceaus neronische Gewaltpolitik auflehnt, die Frankreich aus der englischen und amerikanischen Faust befreien möchte, die noch die schwache Hoffnung nährt, die Freiheit und Selbständigkeit des Landes wahren zu können.

Es wäre denkbar, diese Politik zu betreiben, wenn erstens ein Führer dieser Politik und zweitens eine überzeugte und geschlossene Partei vorhanden wäre, die diesen Führer stützt. Beides ist nicht vorhanden.

Caillaux, der allein zu dieser Führerschaft berufen war, hat durch sein Verhalten kurz vor seiner Verhaftung bewiesen, daß er kaum der Auserwählte sein kann, da es ihm an Konsequenz und an Mut fehlt. Als Caillaux sah, daß die Mehrheit seiner Partei ihn nicht zu unterstützen gewillt war, forderte er selbst in einem jener kleinlichen Schachzüge, wie sie in Frankreich üblich sind, die Aufhebung seiner parlamentarischen Unverletzlichkeit. Als kleinlicher Politiker war er ängstlich auf die öffentliche Meinung bedacht und nutzte die Gelegenheit aus, um sich als guten Patrioten und als Parteigänger der Desannektion von Elsaß-Lothringen zu zeigen. Damit hat er eine, die erste politische Charakterlosigkeit begangen. Die zweite Charakterlosigkeit besteht darin, daß er, der stets das russisch-französische Bündnis verurteilt hat, der in seinem Lande für das demokratische Ideal gekämpft hat, von seiner Partei eine Kundgebung gegen die sozialistische Regierung in Rußland forderte. Das durfte er ganz gewiß nicht tun, wenn er sich die Reinheit seines politischen Charakters erhalten wollte. Und drittens hat Caillaux nicht den Mut gefunden, die Einkreisung Frankreichs durch England

Digitized by Google

und Amerika offen und rückhaltslos zur Sprache zu bringen. Der „Gaulois“ hat ganz offen ausgesprochen, daß seine Verhaftung von England gefordert worden ist; das „Journal du Peuple“ hat in fett gedrucktem Titel Lord Northcliffe als Drahtzieher der Verhaftung Caillaux' bezeichnet, Caillaux selbst aber hat nicht den Mut gefunden, diese Machenschaften ans Licht zu ziehen. Nun ist er zum Schweigen gebracht, sitzt hinter Schloß und Riegel und darf warten, bis sein Todesurteil gefällt worden ist.

Inzwischen fährt Georges Clemenceau, der Totengräber Frankreichs, fort, den letzten Freiheiten seines Landes das Grab zu schaufeln. Soll man den jetzigen Ministerpräsidenten Frankreichs einen Tiger nennen, wie es in Frankreich üblich ist, oder einen Totengräber? Es kommt auf das Gleiche hinaus. Einer zerreißt die lebende Welt, der andere bringt sie unter die Erde. Beide Bezeichnungen betreffen den Grundzug von Clemenceaus Wesen: das Zersetzende, Zerstörende, Mephistophelische seines Charakters. Er war niemals eine aufbauende, sondern stets eine einreißende Kraft. Am 26. Januar 1882 hat er Gambetta gestürzt, am 17. Juli 1882 das Kabinett Freycinet, am 30. Mai 1885 Jules Ferry, im Januar 1886 zum zweitenmal Freycinet, am 18. Mai 1887 Goblet, am 21. Dezember 1887 Jules Grévy, im Kriege hat er alle Ministerien unterwühlt. Jetzt aber steht er mit Poincaré im Bunde und gräbt mit aus England gelieferten und von England bezahlten Schaufeln dem französischen Volk das Grab. Seinem Vernichtungswahnsinn genügt nicht mehr ein Minister, ein Ministerium oder der Präsident, er will das ganze Volk der Vernichtung preisgeben und unter die Erde bringen.

Volksstaat und Monarchie

Von Dr. Ludwig Haas, Mitglied des Reichstags, Karlsruhe

Die politische Geschichte der Völker ist erfüllt von theoretischem Streit, aber auch von harten und blutigen Kämpfen um die Frage, ob Monarchie oder Republik die bessere Staatsform sei. Seit Jahrzehnten aber ist darüber in Deutschland kaum auch nur noch theoretisch gestritten worden. Zwar bekannte sich die Sozialdemokratie zu dem republikanischen Gedanken; aber auch bei ihr war das, wie bei manchen Demokraten, die noch nicht ganz die Tradition des Jahres 49 verloren hatten, und die gerne auf ihren Festen die schwarz-rot-goldenen Farben sahen, kaum mehr als ein Stück politischer Romantik.

Dem nüchternen Sinn des deutschen Volkes war nicht die Staatsform an sich, sondern der Geist der Verwaltung und das Maß der Teilnahme der Bürger an der Führung des Staates von ausschlaggebender Bedeutung und allein des Kampfes wert. Auch dafür war immer ein starkes Gefühl im deutschen Volke vorhanden, daß die Politik nicht die handwerksmäßige Anwendung von Formen und Schablonen, sondern die Kunst des Ausbaues und Umgestaltung des historisch Gewordenen sein soll.

Digitized by Google

In diesem Sinne sagten gute Demokraten lange vor dem Kriege: „Für uns ist die Monarchie die bessere Staatsform." Bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein war die Erkenntnis verbreitet, daß in der Monarchie Werte und Kräfte vorhanden sind, die preiszugeben, nicht höchste politische Weisheit sei. Auch das sahen die nüchternen deutschen Augen schon vor dem Kriege, daß es verflucht undemokratische Republiken diesseits und jenseits des Ozeans gibt.

Kaum in irgendeinem anderen Lande war der soziale Geist der Masse so stark entwickelt, als in Deutschland. Ihm aber wäre die Republik der reichen Leute, eine Demokratie von Kapitalismus Gnaden noch unerträglicher als die absoluteste Monarchie. Es scheint ein Widerspruch zu sein und ist doch wahr: die Deutschen sind zu gute Demokraten und zu starke Aristokraten, als daß sie sich nicht lieber vor einem König verbeugen, als vor einer Clique reich gewordener Spekulanten und Großindustrieller.

Ich will mitten in dieser politischen Betrachtung eine lustige Geschichte erzählen, die unpolitisch zwar, uns doch den Geist beleuchtet, der auch politisch in ganz bestimmte Richtung führt, eine Geschichte, die selbst dem Präsidenten Wilson eine gute Lehre sein könnte. In einer guten braven Stadt im Lande Baden war ein Mann im Kriege reich geworden — sehr reich. Die junge Frau des neuen reichen Mannes richtet ihre Wohnung neu ein. Das soll bei Kriegsgewinnlern auch anderwärts der Fall sein. Neuen reichen Leuten gefallen nie ihre alten Möbel. Aber der Teufel reitet die junge neue reiche Frau noch weiter, und sie sagt ihrem Dienstmädchen: Von heute an sagen Sie zu mir „Gnädige Frau!" Darauf gibt die ihr eine Antwort, gut badisch grob, voll echter Demokratie und voll des feinsten Stolzes: „Da können Sie machen, was Sie wollen! das sag' ich Ihnen nicht." Die Antwort wurde bekannt und löste weit herum im Lande Baden ein frohes, freies Lachen aus.

Dieser soziale Geist, der berechtigte Mangel an Achtung vor dem Reichtum und die ebenso berechtigte Furcht vor der Macht des Reichtums vermehrte die Erkenntnis, daß, um nur ein Beispiel zu nennen, das amerikanische Vorbild deutschen Wünschen und deutschen Bedürfnissen nicht entspricht.

Der Krieg hat dem deutschen Volke neue Erfahrungen vermittelt. Die französische Republik wurde zum Kriege geführt nicht durch das französische Volk; einige wenige haben die unglückseligen Entscheidungen gefällt und vorbereitet. Die italienische Demokratie? Die Straße rief nach Krieg. Aber war die Straße das Volk, und was machte die Straße so stark, daß das Parlament den Mut verlor? Wer hat in Wahrheit die Führung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika? Wer herrschte in Rumänien? Wer in Serbien? Sie nannten sich Demokratien, aber sie waren es nicht. Überall bei unseren Feinden sprechen sie von Demokratie; sie preisen ihre Demokratie und verstecken dahinter ihre imperialistischen Ziele. Auch die russischen Kadetten nannten sich Demokraten und waren doch die treuen Erben des zaristischen Eroberungsdranges. Und die jetzigen russischen Machthaber? Sie sprechen laut „im Namen der Demo-

Digitized by Google

kratie" und handeln gegen ihre einfachsten Prinzipien. Es kann keine Demokratie bestehen ohne Achtung vor den Überzeugungen und Rechten aller Bürger; es kann keine Demokratie geschaffen werden, ohne daß vorausging der Ausbau und die Wirkung der Volksschule. Vier Fragen müßten immer gestellt werden, wenn man von Republik oder Demokratie spricht und ein Land demokratisch nennt wegen der äußeren Staatsform.

Wie ist die Volksschule beschaffen?

In welchem Umfange ist die Presse abhängig von der Großindustrie oder von anderen Einflüssen des Kapitalismus?

Wie ist das Wahlrecht?

Ist die dauernde Beteiligung des Parlaments nicht nur in der inneren Politik, sondern auch bei Führung der auswärtigen Politik gesichert?

Wir sind uns der Mängel deutschen staatlichen Lebens voll bewußt. Trotzdem dürfen wir mit Recht sagen, daß die Prüfung der vier Grundfragen ergibt, daß Deutschland heute schon mehr als die feindlichen Länder die Voraussetzungen demokratischen Lebens erfüllt. Damit soll der jetzige Zustand nicht als befriedigend bezeichnet werden; aber mit gutem Selbstbewußtsein können wir den Lehrmeistern in den feindlichen Ländern sagen, daß sie zunächst bei sich die grundlegenden Voraussetzungen wahrhaftiger Demokratie schaffen mögen.

Die Volksbildung ist in Deutschland so allgemein, daß das Volk zur Teilnahme an der Leitung des Staates reif geworden ist. Aber unsere Feinde werden nicht behaupten können, daß überall bei den Verbündeten das Maß der Volksbildung auch nur annähernd eine tatsächliche Teilnahme des gesamten Volkes an der Politik des Landes möglich macht. Es sollte dann allerdings die Rechte bei uns um so mehr begreifen, daß die deutsche Volksschule die beliebten Gründe gegen die Einführung des demokratischen Wahlrechts in Preußen widerlegt. Man muß entweder bewußt falsche Behauptungen aufstellen oder dem politischen Leben und dem deutschen Volke unendlich fern stehen, wenn man erklärt, daß in den sogenannten gebildeten Schichten ein höheres Maß von politischer Einsicht vorhanden sei, als in der großen Masse der Bevölkerung. Man kann das Gymnasium mit Auszeichnung absolviert und Doktor irgendeiner Fakultät summa cum laude geworden sein, und trotzdem sich durch eine verblüffende politische Dummheit auszeichnen. Man kann auch beruflich Tüchtiges leisten und dennoch der Neigung und Fähigkeit, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, völlig ermangeln.

Es war ferner vor dem Kriege unsere Presse unabhängiger vom Kapitalismus, als die Presse irgendeines anderen Landes. Es ist aber eine wahrhaftige Demokratie überall dort unmöglich, wo die Presse direkt oder indirekt von kapitalistischen Gruppen beherrscht wird, oder wo durch die Bildung großer Zeitungstrusts ein paar Leute die politische Gesinnung der Masse entscheidend beeinflussen können. Leider hat der

Digitized by Google

Krieg auch in Deutschland eine Entwickelung angebahnt, die uns mit lebhaften Sorgen erfüllen muß. Wenn es der durch den Krieg bereicherten Groß-Industrie auch weiterhin möglich bleibt, ihren Einfluß auf die Presse auszudehnen, dann sind die Zeiten bald vorbei, in denen wir von einer gesunden deutschen Presse sprechen konnten. So wird die steuerliche Erfassung der Kriegsgewinne nicht nur eine finanzielle Frage und ein Gebot der Staatsmoral und des gerechten Ausgleichs, sondern auch zur, wenn auch nur beschränkten, Garantie des freien Wortes und der freien Bildung des Volkswillens. Wir werden, wenn wir überhaupt einen deutschen Volksstaat schaffen wollen, Normen finden müssen, durch die jede Kapitalbeteiligung an Zeitungsunternehmungen offen gelegt werden muß, um den Kampf aller politischen Richtungen gegen Zeitungen, die kapitalistisch beeinflußt sind und fremden Interessen dienen, zu ermöglichen, vor allem aber, um freie Bahn zu schaffen für den Kampf des Volkes gegen die Presse der Kriegsgewinnler.

Unser Wahlrecht zum Reichstag war — von der veralteten Einteilung der Wahlkreise abgesehen — gut. Es übertraf an demokratischem Wert die Wahlsysteme mancher feindlicher Staaten, die sich stolz Demokratien nennen. Ein demokratisches preußisches Wahlrecht muß, wenn wir ein wirklicher Volksstaat werden wollen, allerdings erkämpft werden

Rückständig waren wir in der Teilnahme des Parlaments an der Leitung des Staats. Die feindlichen Staaten übertrafen uns durch ihren Parlamentarismus. Es darf aber nicht verkannt werden, daß ein Parlament, gewählt durch ein undemokratisches Wahlrecht, gewählt von Wählern ohne eine gute Volksbildung und beeinflußt durch irgendwelche großkapitalistische Interessen, weit entfernt ist von dem Ideal des wahren Volksstaats. Auch darüber hat der Krieg Klarheit geschaffen, daß bis jetzt auch in parlamentarisch regierten Ländern der Einfluß des Parlaments auf die auswärtige Politik außerordentlich gering, manchmal sogar ganz ausgeschaltet war. Der Krieg aber dürfte der erstaunten Welt allzu hart die Erkenntnis vermittelt haben, daß in den Ministerien des Äußern und auswärtigen Ämtern sich eine solche Fülle von Unfähigkeit, Planlosigkeit und Ideenlosigkeit breit gemacht hat, daß die zünftige Diplomatie wahrhaftig kein Recht mehr darauf hat, ihre Arbeit auch weiterhin als eine Geheimwissenschaft zu betreiben, durch die sie über ihre Völker ein ungeheures Maß von Glückseligkeit ausschüttet. Für Deutschland aber ergibt sich auf dem Wege zum Volksstaat als unerläßliche Forderuug die Durchführung des Parlamentarismus, die Sicherstellung des Einflusses des Reichstags auf die innere, wie auf die auswärtige Politik. Dabei wollen wir in keiner Weise fremde Muster nachahmen. Deutschland soll sich seinen Volksstaat und seinen Parlamentarismus schaffen, so wie das deutschen Bedürfnissen und der deutschen geschichtlichen Entwickelung entspricht.

Die obersten Beamten, voran der Reichskanzler, müssen, wenn sie ersprießlich arbeiten und eine klare und einheitliche Politik durchführen sollen, nicht nur das Vertrauen des Kaisers, sondern auch das Vertrauen einer Parlamentsmehrheit genießen. Wohl

Digitized by Google

immer hat der Monarch, wenn leitende Stellen zu besetzen waren, den Rat anderer Menschen eingeholt. Es ist nicht einzusehen, daß das Ansehen der Krone darunter leiden sollte, wenn darüber anstatt mit irgendwelchen unbekannten Persönlichkeiten, mit den bekannten und deshalb auch verantwortlichen Führern einer Parlaments-Mehrheit verhandelt wird. Es ist überhaupt so: Die Gegner des Volksstaats bekämpfen ihn mit der Begründung, daß er das Ansehen des Monarchen schädige; in Wirklichkeit wird nur geschwächt der Einfluß und das Ansehen gewisser Gruppen und Richtungen im Staat, die mit dem Monarchen gleichzustellen, niemand ein Recht hat.

Deutschland wird nach dem Erleben dieses Krieges demokratischer sein als ehemals. Ein Narr, wer glauben möchte, daß ein Volk so Ungeheures leisten und leiden konnte, ohne daß tiefe politische Wandlungen sich vollziehen, ohne daß neue Kräfte und Erkenntnisse im Staate richtunggebend wirken werden. Ein Politiker der Verzweiflung, gleich einem leichtfertigen Spieler, wer da wähnt, man könne mit Erfolg eine Entwickelung verhindern, die naturnotwendig geworden ist!

Es wurden ehemals Privilegien des Adels damit begründet, daß er in besonderer Weise im Kriege mit seinem Blute dem Staate gedient habe. Es mag in dieser Beweisführung, auch wenn man die Friedensarbeit des gesamten Volkes hinter dem Pfluge und in der Werkstatt nicht unterschätzt, wenigstens ein gewisser romantischer Sinn gelegen sein. Aber sie führt heute zu anderen politischen Forderungen. Arm und reich, hoch und nieder steht seit mehr als drei Jahren in gleicher Weise für das Vaterland und seine Zukunft. Nicht irgendeine Schicht, nicht irgendeine Gruppe der Bevölkerung hat uns vor dem Ansturm einer Welt von Feinden gerettet. Die große graue Masse war des Vaterlandes Schutz. Gleiche Pflichten bedingen gleiche Rechte, und nie gab es eine Zeit von so unendlich gleicher Pflichterfüllung wie die Jahre, die wir vom August 1914 an in gemeinsamer Sorge durchlebten.

So wächst aus diesem Volkskriege der deutsche Volksstaat; aber weite Kreise des Volkes hoffen, daß auch auf diesem Wege die Monarchie sich als eine Kraft bewährt, die die notwendige Entwickelung fördert. Der Monarch steht außerhalb der politischen Parteien; er steht auch abseits aller kapitalistischen Interessen irgendwelcher Berufsgruppen. Deshalb muß in ehrlichen Diskussionen über des Reiches Zukunft der Versuch unterlassen werden, Parteiinteressen und berufsständische Wünsche mit der Stellung des Monarchen decken zu wollen. Wahrhaft monarchisch ist diese Politik jedenfalls nicht. Nie sollte der Eindruck erweckt werden, daß es einen Gegensatz geben könne zwischen berechtigten Forderungen des Volkes und der Monarchie.

Der Staat, auch der monarchische Staat, ist um des Volkes willen gebaut und nur um des Volkes willen; weil das Volk diesen Staat braucht, für sich und seine Kinder, kämpft und stirbt es für diesen Staat; aber es kämpft und stirbt in dem Glauben, daß dieser Staat, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft, sich weiter entwickelt und vervollkommnet.

Digitized by Google

Einen Volksstaat will sich Deutschland errichten. Der Kaiser soll, wie er der Kaiser des alten Reiches war, auch des neuen Reiches Kaiser sein, kein Schattenkaiser, wie die Feinde des Fortschritts sagen, sondern der Kaiser des ganzen Volkes, das aber an die Stelle der Machtfülle der Bureaukratie und des ungeschriebenen Rechtes privilegierter Stände seinen eigenen Einfluß setzen will.

Wir sprachen vor dem Kriege von dem sozialen Kaisertum. Die Zukunft bringt dem deutschen Volke die soziale und demokratische Monarchie, den deutschen Volksstaat.

Das schweigende Heer

Ein Kanonier schreibt uns von der Front:

An der Front ist eine schlechte Akustik für Friedensbotschaften. Sie klingen, auch dem gläubigen Herzen, immer akademisch. Die zerrissene Öde der Kampfzone bebt, als kündigten sich neue Erschütterungen von einer letzten Furchtbarkeit an. Man weiß kaum, ist es Eigenbeben des gepeinigten Bodens, der neue Umwälzungen ahnt, oder sind's die Explosionen der schweren Minen. Und doch glich kein Augenblick dem, in welchem wir zum ersten Male das Wort „Waffenstillstand" gelesen haben.

Nun verfolgen wir fast atemlos den Kampf, der zu Haus um den Frieden geführt wird, immer in dem festen Wissen, daß sein Zustandekommen für uns im Westen erst recht Krieg bedeuten wird. Und dabei wundern wir uns fast, daß wir in diesen Debatten immer wieder wie eine Hauptperson auftreten, apostrophiert werden, zu handeln und zu reden scheinen; wir, die von aller Menschheit wie durch einen leeren Raum geschieden sind. In solchem Zusammenhange heißen wir „das Heer", auch „das herrliche, unvergleichliche" oder ähnlich. Wir staunen jedesmal über die Kluft zwischen dieser rednerischen Fata morgana und der Wirklichkeit. Wenn es in irgendeiner Versammlung gilt, ein allgemeines Bravo zu erzielen, so sind wir Helden, die genau wissen, für welche Kriegsziele sie kämpfen, und die als aufrechte Männer sofort den Kampf abbrechen würden, wenn sich dies Wissen als falsch herausstellen sollte. Und in Wirklichkeit? Man muß einen guten Rednerabgang eben nicht an der Wirklichkeit messen.

Wir erfahren aus dem Redengestöber der Heimat aber noch mehr. Wir ersehen aus den Worten der verschiedensten Redner, wie unsere Ansicht über die Friedensgestaltung sei. Da sagt zum Beispiel — als einer von sehr vielen — der Graf Westarp: „Unsere tapferen Männer draußen verstehen es nicht, daß das, was sie errungen haben, für die Grundsätze der Internationale preisgegeben werden soll." Unsere tapferen Männer draußen: es kann doch kein Zweifel bestehen, daß wir das sind, Musketiere und Kanoniere und dergleichen. Oder sind nur die Stäbe gemeint? Nein doch: es ist wieder „das Heer", dieser nebelhafte Allgemeinbegriff, der sich über den Hunderttausenden von dreckigen, gequälten, geduckten Gesellen wie eine hell beleuchtete Idealspiegelung lagert und sich zu gesprochenen oder gestellten Lebenden Bildern eignet.

Digitized by Google

Aber woher weiß der Herr Redner und seine Kollegen das, was sie von uns erzählen? Wie kommt er und wie kommen ein paar Dutzend andere auf den Einfall, uns schlicht als tapfere Männer anzusprechen, die durchweg der gleichen Ansicht sind und wie ein Mann von ihnen als Eideshelfer in Anspruch genommen werden können? Es läßt sich doch nicht leugnen, daß im deutschen Volk außerordentlich verschiedene Ansichten über die Kriegsziele bestehen. Und da das Heer genau so zusammengesetzt ist wie das Volk, aus dem es ja nur einen Auszug darstellt, so wird die Verschiedenheit der Ansichten im Heer nicht geringer sein als im „Volk" — als welches ja auch solch eine blondköpfige, wirkungsvoll um eine Gips-Germania gruppierte, blitzblanke Embleme in den Händen haltende Kulissenmalerei ist, hinter der sich die dicken Bäuche, der ungewaschene Eigennutz, die zugeknöpften Taschen und die kostenlose Begeisterung der lieben Wirklichkeit verbergen.

Im Verlauf des Krieges ist es eine häufige Übung geworden, dem politischen Gegner vorzuwerfen, er ziehe die Oberste Heeresleitung als Eideshelfer in die Debatte. Nun gut! Was der Leitung recht ist, muß aber ganz gewiß dem Heere billig sein. Keiner soll Hindenburg und Ludendorff für seine politischen Ziele in Anspruch nehmen, aber noch viel weniger das „Heer"! Die zwei Feldherren haben ihre bestimmte Stellung zu den Fragen der Gegenwart, das Heer als solches nicht; es umfaßt die Gesamtsumme aller nur möglichen Ansichten, und wenn die Begeisterung des Auszugs ein großes Gefühl in den Vordergrund gestellt und gemeinsam gemacht hat, so ist es im Heer genau so gegangen wie daheim: vierter Kriegswinter — kein Wort weiter. Fernerhin: die Oberste Heeresleitung, der eine Ansicht oder Äußerung oder ein Gefühl zu Unrecht unterschoben wird, kann dementieren, das Heer kann's nicht. Es befinde sich immer in der opernhaften Rolle des steinernen Ritters, für den ein Baß hinter der Bühne wirkungsvolle Worte singt. Es kann nicht selber den Mund auftun und muß es dulden, daß andere für es sprechen. Jeder, was für seine Zwecke das Wirksamste ist!

Müßte es da nicht die Pflicht des politischen und menschlichen Anstands sein, das Heer als Parteigänger für diese oder jene Kriegsziele endlich aus dem Spiel zu lassen? Es kämpft, es kämpft ohne Murren und mit aller Pflichttreue, die im deutschen Menschen liegt. Laßt es euch damit genug sein! Es sieht, wie daheim Besitz und Einfluß und Lebensformen wechseln, wie die Lücke sich langsam, aber unwiderruflich schließt, die jeder Frontsoldat daheim gelassen zu haben glaubt, und manchmal kommt's dem rückschauenden Blick so vor, als stelle sich das ganze liebe Vaterland im Weltkrieg wie eine riesenhafte Krippe von der Maas bis an den Memel dar, um die ein unentwirrbares Gedränge stattfindet. Und doch kämpft das Heer in seiner trostlosen Verbannung, ohne einen Augenblick an dieser seiner Pflicht irre zu werden. Aber wenn es dabei die Zähne zusammenbeißt, soll kein Bauchredner daheim es Leitartikel auf Bestellung murmeln lassen.

Digitized by Google

Notizen

Konservative und Kronrechte. Bei der Beratung der Herrenhausvorlage im Ausschuß des Preußischen Abgeordnetenhauses haben die Konservativen den Antrag eingebracht, die Anzahl der aus königlichem Vertrauen zu Berufenden, den sogenannten numerus clausus, den die Regierungsvorlage auf 150 Personen bemessen hatte, auf 75—100 Personen zu beschränken, ja darüber hinaus noch festzulegen, aus welchen Ständen der König die von ihm zu Berufenden wählen solle. Es ist klar, wie sehr durch diesen Antrag die Machtfülle, der Glanz und die Freiheit der Krone verändert werden muß, zu deren vornehmsten Rechten es gehörte, aus freiem königlichem Ermessen und in unbeschränkter Zahl die Mitglieder des Herrenhauses zu berufen. Und ein solcher Antrag geht ausgerechnet von denselben Konservativen aus, die sich immer als die getreuesten Hüter der Kronrechte aufspielten, die mit einer Eifersucht sondergleichen darüber wachten, daß die Krone nur ja nicht das kleinste Tütelchen ihrer Vorrechte aufgebe, und die dem Träger der Krone bei jeder Vermehrung der Volksrechte bis auf den heutigen Tag seine Verantwortung vor Gott und der Geschichte vorzuhalten wagten. Nun zeigt es sich, daß die Konservativen nur auf die Konservierung solcher Kronrechte Wert legen, die ihrer eigenen Macht förderlich erscheinen, daß sie aber bereitwilligst die Kronrechte plündern, wo dies ihnen selbst Vorteil verspricht. Freilich ist es nicht das erstemal im Kriege, daß sich der konservative Machtdünkel in Widerspruch zu den heiligsten Vorrechten der Krone setzt. War es nicht in erster Linie die konservative Partei, die im März 1916 durch den Antrag auf die Eröffnung des unbeschränkten Tauchbootkrieges den unerhörten Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers vornahm? War es nicht die konservative Partei, die das Signal zu den heftigen Angriffen auf den Reichskanzler von Bethmann Hollweg gab und dadurch dessen Stellung in einer Weise untergrub, die das Recht des Kaisers, den Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen, illusorisch machte? Wahrlich, die Konservativen sollten an ihre eigene Brust schlagen, wenn sie die Klagelieder Jeremiä über den Abbau der Kronrechte anstimmen! Sie waren so treffliche Splitterrichter, wenn es die Übergriffe der bösen Demokraten zu geißeln galt. Nun liegt vor aller Welt der Balken in den stolzen konservativen Augen vor aller Welt offen.

Die ukrainische Selbständigkeit und die „Vossische Zeitung". Die „Vossische Zeitung", die sich immer mehr als Vormund des russischen Staates fühlt, und unentwegt ihre mahnende Stimme erhebt, damit ihm während des Krieges keine staatlichen Werte verloren gehen, hat jetzt zur Verteidigung ihres russenfreundlichen Standpunktes den Entwurf der Ukrainischen Verfassung ausgegraben, in dem noch von der Förderativrepublik gesprochen wird, dem auch die Ukrainische Republik angehören wollte. Nun ist bekanntlich die ukrainische Entwicklung längst über diesen Entwurf hinweggegangen. Die ukrainische Republik hat sich selbständig erklärt und ist vom Vierbund anerkannt worden. Macht nichts. Georg Bernhard operiert mit der Föderation weiter. Daß diese Selbständigkeitserklärung kein Verzweiflungsakt vor der maximalistischen Gefahr gewesen, geht aus der letzten Tagung der ukrainischen Zentralrada (Parlament) hervor. Auf ihr hielt der Generalsekretär (Ministerpräsident) Winnitschenko, eine Rede, in der er die kluge Taktik der Ukrainer gegenüber den Großrussen enthüllte. Schritt für Schritt hat die ukrainische Regierung mit dem Wachsen ihrer Macht ihre Forderungen erhöht, bis die Selbständigkeit als reife Frucht ihr in den Schoß fiel. Die Losung der Selbständigkeit wurde dann vom Vorsitzenden der Rada, Prof. Hruschewskyj, aufgenommen und als Schlußergebnis der Tagung unter großem Jubel der Anwesenden proklamiert. Der Verlauf der Sitzung war nach der „Dilo" folgender:

Die 8. Session der ukrainischen Zentralrada wurde am 11. Januar mit Reden des Präsidenten des Generalsekretariats Winnitschenko und des Präsidenten der Zentralrada Hru-

Digitized by Google

schewskyj geschlossen, die als Vorboten der am 23. Januar proklamierten vollständigen Unabhängigkeit der Ukraine betrachtet werden können. Winnitschenko sagte u. a.: „Das Generalsekretariat hatte drei bestimmte Linien: Sozialismus, Demokratismus und die Staatlichkeit der ukrainischen Nation. Das hat es durchgeführt. Vorwürfe wurden uns von den nationalen Minderheiten gemacht. Die möchten bei uns nur eine Linie sehen, welche von ihnen nicht genannt wird. Dafür kennen wir ihre Linie sehr gut. Sie wird von ihnen vom Anfang der ukrainischen Wiedergeburt geführt. Als wir uns bemühten, irgendeine Raba mit einem Kommissär aus Petersburg zu erhalten, schrieen sie: „Ihr Nationalisten, Chauvinisten, ihr säet Uneinigkeit!" Als wir jedoch diese Etappe passiert hatten, und zur Autonomie gelangten, riefen die Minderheiten wiederum: „Ihr Nationalisten, Chauvinisten" und lobten unsere frühere Etappe. Wir sind jedoch noch weiter gegangen und zur Föderation gekommen. Die Minderheiten waren wieder mit ihrem: „Ihr Nationalisten, ihr Chauvinisten" da. Sie würden uns sicherlich loben, wenn wir bei der Autonomie geblieben wären. (Heiterkeit.) Wir werden jedoch noch weiter gehen und wohin — das wißt ihr alle. (Lebhafter Beifall) ... Wir kennen eine sozialistische Fahne. Sollten wir jedoch eine Staatsfahne brauchen, so wissen wir, daß sie gelb-blau sein soll. ...

Wir sind wie eine Oase in der Wüste und müssen diese Oase vor dem heißen Wüstensand umzäunen. Dieses Umzäunen — ist die Schaffung des eigenen Staates. Ich fürchte nicht das Wort Selbständigkeit, wenn kein anderer Ausweg da sein wird." (Lebhafter Beifall im Saale und auf der Galerie. Dem Redner werden lange herzliche Ovationen dargebracht.) ... Prof. Hruschewskyj sagte zum Schluß: „Bevor ich die achte und hoffentlich die letzte Session der Zentralrada, zurzeit bereits des höchsten revolutionären Regierungsorgans der selbständigen und unabhängigen ukrainischen Republik, schließe (bei diesen Worten erhob sich im ganzen Saale ein Beifallssturm, alle stehen auf, man ruft: „Slava, Slava!", die Ovation dauert einige Minuten), erlaube ich mir meine Meinung darüber, was geleistet wurde, zu äußern. Ich empfinde eine tiefe Zufriedenheit über die Ergebnisse dieser neunmonatlichen Arbeit. ... In der Sphäre der Politik haben wir mehr geleistet, als wir selbst glaubten. Wir waren echte Föderalisten, aber die Verhältnisse haben verursacht, daß wir eine selbständige unabhängige Republik geworden sind. (Beifallssturm, Ovationen.) ..."

Ein russisches Zeugnis gegen Trotzkis Friedensliebe. Das Blatt der Moskauer Großindustrie „Utro Ross." vom 13. Januar schreibt: „Der Verzicht der maximalistischen Delegation auf die Forderung, die Friedensverhandlungen aus Brest-Litowsk nach einem neutralen Lande zu verlegen, wird in wohlunterrichteten Kreisen des Smolny-Institutes nicht als eine Niederlage der russischen Delegation aufgefaßt, sondern als ein taktischer Schritt der Sowjetregierung, der darauf zielt, die Friedensverhandlungen möglichst in die Länge zu ziehen, wenn möglich bis zum Frühjahr. Zu dieser Zeit werden nach Ansicht des Smolny-Institutes sich in Deutschland bedeutende Ereignisse abspielen und die Anhänger des Friedens die Oberhand gewinnen.

Die einzige Aufgabe der russischen Delegation war, den Krieg an unserer Front tatsächlich einzustellen, was sie auch erreicht hat. Die formelle Seite dieser Sache interessiert den Rat der Volkskommissare nicht. Im Smolny-Institut ist man der Ansicht, daß Deutschland gleichfalls die Friedensverhandlungen hinzuziehen bestrebt ist, um Zeit für einen niederschmetternden Schlag an der Westfront zu gewinnen. Es geht ein Doppelspiel vonstatten, und jede Partei ist von dem Erfolge ihres Spieles überzeugt."

Zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung in Petersburg. Die offiziellen „Iswestija" (20. 1.) erklären zur Auflösung der Konstituierenden Versammlung: „Die russische Konstituierende Versammlung war eine Agentur der gegenrevolutionären Bourgeoisie, die sich entschlossen hatte, die arbeitende Bevölkerung durch Hinterlist auf geheimen

Digitized by Google

Wegen zu überrumpeln, weil sie nicht imstande ist, sie im offenen Kampfe zu überwinden. Der Plan wurde aufgedeckt, und von diesem Momente an war die Versammlung Tschernows unweigerlich verurteilt. Sie hat sich selbst verurteilt, sie hat Harakiri begangen. Indem die Versammlung die Forderungen der Arbeiter zurückwies und ihnen vorschlug, wieder unter das Joch der Bourgeoisie zurückzukehren, vollzog sie den politischen Selbstmord. Die Sowjetregierung, die die Interessen der arbeitenden Massen vertritt, hatte nichts weiter zu tun, als zu registrieren, daß die Konstituierende Versammlung an eigener Unvorsichtigkeit gestorben ist."

Maxim Gorkis Organ „Now. Shisn" vom 22. Jan. dagegen ist entgegengesetzter Ansicht: „Die Sowjetregierung hat den Höhepunkt ihrer Macht erreicht, jetzt wird der Niedergang beginnen."

Die russische Kirche und die Maximalisten. Die russische Kirche, die beim Sturz des Zarentums wieder zu einem Patriarchen gekommen ist, beginnt gegen die Maximalisten mobil zu machen. Ob es ihr gelingen wird, die Volksmasse für einen Kreuzzug gegen die maximalistischen Heiden zu gewinnen, ist nicht allzu gewiß. Besitzen doch die Maximalisten in der Möglichkeit der Zuteilung der Klosterländereien an die russischen Bauern einen starken Trumpf. Die russische Seele ist nicht nur in eine weiche slawische und eine harte mongolische gespalten, sondern auch in eine mystisch-weltabgekehrte und eine nüchtern-landhungrige. Wie die mongolische die stärkere ist, so dürfte auch die landhungrige den Sieg über die weltabgekehrte davontragen.

Die Entrechtung der deutschen Kolonisten — „ein russischer Schandfleck". Der Dichter Korolenko schrieb Professor Lindemann-Moskau, dem Verteidiger der deutschen Kolonisten, folgenden flammenden Protest: „Das, was jetzt an den russischen Deutschen vollzogen wird, ist die größte Ungerechtigkeit — eine blinde, elementare, schädliche und schmachvolle für Rußland, an die wir lange mit Scham und Schmerz werden denken müssen. Ich wünsche Ihnen Erfolg bei der Verteidigung der Menschen, die eine schreiende Ungerechtigkeit erdulden. Ich halte dies für eine Verteidigung nicht nur der russischen Deutschen, sondern auch des ganzen russischen Vaterlandes vor einem schweren Vorwurf, der sich als ein entsetzlicher Schandfleck auf uns zu legen droht."

Es ist nach so viel deutscher Gleichgültigkeit beschämend, daß ein Russe es den Deutschen sagen muß, welch furchtbares Verbrechen der russische Staat und das russische Volk an unseren nächsten Blutsverwandten, den 2 Millionen deutschen Kolonisten in Rußland, getan hat.

Die „Gallipolisierung" der englischen Schiffahrt. Im Leitartikel des Londoner „Star" vom 18. 1. heißt es: Die geheime Sitzung des Parlaments (am 17. 1.) beunruhigt uns; wir wissen, daß sie dazu gedient hat, dem Volk die Wahrheit zu verheimlichen, nur dadurch hält sich das Direktorium am Ruder. Es würde sich keine Stunde halten können, wenn die Wahrheit bekannt würde.

Lloyd George hat gesagt, das wichtigste Moment des Augenblicks sei die Beschaffung von Schiffsraum, um die Versenkungen zu ersetzen. Das kann aber auch noch auf eine andere Weise geschehen, nämlich durch Aufgabe der exzentrischen Operationen in Saloniki, Palästina und Mesopotamien. Wurde über diese Frage in der geheimen Sitzung verhandelt? Wie viele Männer und wie viele Schiffe könnten wir ersparen, wenn wir aufhörten, unsere Männer und unsere Schiffskraft zu „gallipolisieren"?

Die Macht autokratischer Dummheit, wenn sie hinter einem Schleier arbeitet, ist groß. Das Direktorium ist blöde und haßt und fürchtet die Wahrheit. Dummheit könnte sogar imstande sein, im geheimen eine sterbende Nation und ein erlöschendes Weltreich ins Sterbetuch zu hüllen.

Wenn auch die oben zitierte Zeitung zu den Blättern der sogenannten westlichen Schule gehört — d. h. also aus strategischen Gründen gegen die Verzettelung der Streitkräfte im

Digitized by Google

Osten ist, weil die Entscheidung des Weltkrieges auf den flandrischen Schlachtfeldern fallen wird, — so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß zur Bekämpfung der Frachtraumnot der Abbau der Expeditionen im Osten verlangt wird. Unserem türkischen Bundesgenossen leistet demnach der U-Bootkrieg gute Sekundantendienste und letzten Endes wird auch im Ärmelkanal für die Unversehrtheit der Türkei gekämpft.

Trübe Aussichten für die französische Landwirtschaft. Der im Namen der Kammerkommission für Landwirtschaft über den Antrag Lecquin und Genossen zur Förderung des Getreidebaues erstattete Bericht des Abg. Compère-Morel enthält (nach „Journal officiel" vom 10. 1.) reiches statistisches Material über den Stand der französischen Landwirtschaft, dem folgende Angaben entnommen sind:

Trotzdem Frankreich klimatisch begünstigt ist, und sich von seinen 52952579 ha 23651100 für Ackerbau, 10047688 für Wiesen und Weiden, 1619621 für Weinbau, 266845 für Gartenbau, 960410 für sonstige Anpflanzungen eignen, im ganzen also 36542664 ha bestellbares Land vorhanden sind, steht es in seiner Produktion seit vielen Jahren hinter dem Auslande zurück. Zum Beweise hierfür werden Ziffern über den Ertrag an Weizen, Roggen, Gerste und Hafer auf den ha von 34 Ländern gegeben. Danach steht für die Zeit 1910—14 Deutschland bei allen an 4. Stelle. Deutschland erzielte an Weizen vom ha 21,3 dz Dänemark steht an erster Stelle mit einem Ertrag von 32,6. Frankreich an 15. Stelle mit 12,9. An Roggen erzielte Deutschland 17,8 dz; Belgien steht an erster Stelle mit 22,1. Frankreich an 16. Stelle mit 10,2. Der Durchschnittsertrag an Gerste betrug in Deutschland 20,5 dz, in Belgien (an 1. Stelle) 27,3, in Frankreich (an 13. Stelle) 13,9. An Hafer erzielte Deutschland durchschnittlich 19,4 dz vom ha gegen 23,9 in Belgien (an 1. Stelle) und Frankreich (an 14. Stelle) 12,9. Der Hauptgrund für die geringeren Erträge in Frankreich ist die geringere Verwendung künstlichen Düngers, von dem in den letzten 10 Jahren Belgien am meisten, nämlich 2,74 dz für den ha, verbraucht hat gegen 1,68 Deutschland in und nur 0,58 in Frankreich.

Japan und der amerikanische Mehlhandel nach Ostasien. „The Modern Miller", Chicago, vom 24. 11., berichtet über die Art und Weise, wie Japan die Amerikaner aus dem Mehlhandel nach Ostasien herausdrängte: Vor einigen Jahren begann Japan diesem Handelszweig Aufmerksamkeit zu schenken. Zunächst begann man mit Geschick und Erfolg, die modernsten Mühleneinrichtungen Amerikas nachzuahmen; dann legte man einen, die Einfuhr verbietenden Zoll auf Mehl. Hiermit hörte der amerikanische Mehlhandel nach Japan auf. Wegen der Mehlausfuhr nach China erstrebte und errang Japan auch die ausschlaggebende Rolle im Schiffsverkehr auf dem Stillen Ozean. Das nächste Ziel war, den manchurischen Weizen zu erhalten; auch dies glückte. Japan wußte die ihm passenden Mehlzölle für Hongkong zu erhalten, und jetzt, als letztes Glied in dieser Kette, haben japanische Mühlenbesitzer sich einfach alle bekannten amerikanischen Handelsmarken, in Farbe, Zeichnung usw. angeeignet, wobei sie nur den Namen der japanischen Mühlen hinzufügten.

Zurückblickend finden wir genug langatmige Proteste gegen den Mehlzoll, die Frachtraten, die Hongkong-Vergünstigungen und vieles andere, aber ein Resultat finden wir nicht.

Neuerscheinungen

Das Problem des Völkerrechts

Der Krieg hat das Völkerrecht zum Problem werden lassen, um das nun Philosophen und Juristen sich bekümmern. Vom Standpunkt des Philosophen hat Leonard Nelson in einem schon im Jahre 1914 abgeschlossenen Werk „Die Rechtswissenschaft ohne Recht" (Veit, Leipzig 1917) sehr Beachtenswertes gesagt. Er wendet sich dagegen, an Stelle des preisgegebenen Rechtsbegriffs poli-

Digitized by Google

tische Surrogate zur „Grundlage einer den Namen der Rechtswissenschaft usurpierenden Dialektik zu machen". Die Wurzeln dieses Zustandes findet er in der Nachwirkung der despotischen Herrschaft, „mit der die Hegelsche Philosophie alle Regungen kritischen Denkens so lange niedergehalten hat". Sie züchtete die Anwälte der durch die bestehenden Machtverhältnisse geheiligten Institutionen, „die Giftpflanze jener Advokatenkunst, unter deren Pesthauch alle Kraft des Rechtsbewußtseins dahinschwinden mußte, jener Advokatenkunst, die es verschuldet hat, daß die Rechtswissenschaft sich mehr und mehr zur Magd der Politik erniedrigen lassen mußte, und deren letzte Früchte wir in diesem Kriege ernten". Nur eine ehrliche Rückkehr zum Rechtsbegriff kann nach Nelsons Meinung dagegen helfen: „Nur durch eine aufrichtige Rückkehr zum Rechtsbegriff und damit zu einer ehrlichen Metaphysik des Rechts, d. h. zu einer auf eine erneute Kritik der praktischen Vernunft gegründeten Rechtslehre, wird man hoffen können, die unsauberen Geister, die sich der Jurisprudenz unserer Tage bemächtigt haben, wieder aus der Wissenschaft zu bannen und damit die Rechtslehre in wissenschaftlich gesunde und zugleich für die höchsten praktischen Zwecke des Lebens fruchtbare Bahnen zurückzulenken."

Das Ideal des Rechts schwebt denn auch Robert Redslob als Grundlage einer neuen Weltordnung vor, der als Jurist „das Problem des Völkerrechts" behandelt. (Veit, Leipzig.) Es darf „mit keiner Nützlichkeitserwägung verkettet" sein. „Es muß verfolgt werden ohne Rücksicht auf ein Ziel". Wie schon Kant im „Ewigen Frieden" sagte: „Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen praktischen Vernunft und nach seiner Gerechtigkeit." So kann die Organisation der Welt „nur durch die Wahrheit belebt werden, die in ihr selber liegt". Entscheidend ist nur die Argumentation, daß sie die Gerechtigkeit gewährleistet. „Sollen deshalb die Staaten nach dem Ideal des Rechts handeln, so ist die psychologische Voraussetzung immer die, daß ihre Völker ihnen den Impuls in der Richtung des Ideals des Rechts geben und gewillt sind dafür einzutreten." Damit fließt auch dem praktischen Juristen (wie dem Philosophen Nelson) „die Entwicklung zum Weltrecht mit einer anderen und allgemeinen zusammen, mit dem ethischen Fortschritt der Menschheit überhaupt". „Nur wo Sitte, Moral und Religion sich festigen, entfaltet sich auch die Idee der Gerechtigkeit." So wird ihm das Problem des Völkerrechts im tiefsten Grunde identisch mit dem Kulturproblem in seinem weitesten Sinne. Das Staatensystem, das auf der Grundlage dieses Ideals des Rechtes „die unverbrüchliche Geltung der internationalen Normen verbürge", entwirft Redslob aus den Erfahrungen der Geschichte. Er entwickelt es im engen Anschluß an die Geschichte der Schweizer Eidgenossenschaft, welche ihm als Vorbild der Entwicklung gilt. Daß so das System mit seinen Grundmauern tief in die Geschichte hineinragt, ist wertvoll für die Stabilität der Konstruktion, weil der historische Prozeß, organisch nach immanenten Normen entwickelt, dadurch größere Sicherheit in sich trägt. Die universelle Verfassung Redslobs enthält so schließlich in dreifacher Hinsicht einen gesicherten Fortschritt: Sie ist von der monarchischen und aristokratischen Form zur demokratischen übergegangen, „die einzig der Gleichheit der Staaten entspricht". Sie hat sich von der utilitären zur moralischen Wertung der Völkergemeinschaft erhoben. „Sie hat endlich den Machtgedanken durch das Rechtsideal überwunden." Diese Tendenz ist — geschichtlich beachtet — ein Kreislauf, indem sie den Geist des Mittelalters wieder lebendig macht. „Sie strebt von neuem in idealistischem Gedankenflug nach der staatlichen Einheit der Völker." Die Versuche einer neuen Weltverfassung sind also nur Glieder einer fortlaufenden Kette, Meilensteine eines Weges, der nach einem sicheren Ziele führt: „Man kann auf einen Fortschritt der Menschheit vertrauen. Man kann an einen Sieg des Völkerrechts glauben." In der Geschichte kehren Licht und Schatten wieder. „Auf die Zeit der Erkenntnis folgt die Zeit der Verblendung, auf große Taten tiefer Fall. Aber die Menschheit geht nicht nur den Weg um ihre Achse. Auch sie hat ihre Himmelsbahn und dreht sich um eine Sonne."

Der Glaube des Philosophen und des Rechtslehrers findet seine Bestätigung in dem Bilde, das der nüchternste Wissenschaftler, der Volkswirt, von der Zukunft der Weltwirtschaft entwirft („Probleme der Weltwirtschaft", Heft 27: „Die Zollunionsidee und ihre Wandlungen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ideen und der Wirtschaftspolitik des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart" von J. Pentzmann, Jena, G. Fischer). Aus einer Geschichte der Zollunionsidee im Rahmen der wirtschaftspolitischen Ideen und der handelspolitischen Praxis wirft der Verfasser einen Blick auf die während des Krieges in den Vordergrund der handelspolitischen Diskussion gerückten Zollunions- und Zollannäherungsprojekte. Er kommt hierbei zu dem Schluß (der den philosophischen Anschauungen Nelsons und den juristischen Forderungen Redslobs recht gibt: „Die gegenwärtig viel diskutierten ‚Zollannäherungen', Boykottierungen, gegenseitigen Abschlüsse werden die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung nicht zu hintertreiben vermögen.. Auch der Krieg hat die wirtschaftliche Kontinuität nur zeitweilig unterbrochen, vielleicht auch verschoben — aber aufgehoben hat er sie ja nicht."

Digitized by Google

Bulgarien

An Bulgarien interessieren vorerst noch immer Land und Leute, Geschichte und Einrichtungen. Darum gelten die Schriften hauptsächlich der Aufzeigung des tatsächlichen Bestandes an Land und Leuten. Das bulgarische Eisenbahnwesen wird an Hand zahlreicher Bildertafeln und Karten von Dr. Jordan Dantschoff, Ingenieur, Inspektor im Eisenbahn-Ministerium, dargestellt (Leipzig, Parlapanoff, Heft 3 der Bulgarischen Bibliothek). Hofrat Dr. Wilhelm Ruland drängt „Ein Jahrtausend bulgarische Geschichte" für den Leipziger Verlag Dr. J. Parlapanoff auf achtzehn Seiten und eine Karte zusammen. Mit einem ersten Heft „Bulgarische Erzählungen und Novellen" von Iwan Wasow wird eine Bibliothek bulgarischer Schriftsteller und Dichter eröffnet. (Verlag J. Nikoloff, Sofia-Leipzig M. 2.40.) Unsere Kenntnis von Land und Leuten wird durch diese Skizzen ergänzt und erweitert. Auch deutscherseits werden die Versuche, über die Verhältnisse in Bulgarien aufzuklären, fortgesetzt. Eine Sammlung wirtschaftlicher und kulturpolitischer Abhandlungen über die Balkanländer wird mit einem Heft des Herausgebers Otto Keßler über „Die Textilindustrie auf dem Balkan unter besonderer Berücksichtigung Bulgariens" eröffnet. (Berlin-Friedenau, Selbstverlag, M. 1.—.) „Die historischen Rechte Bulgariens auf Mazedonien" sucht Fonck-Misontsch (Schweitschke & Sohn, Berlin) zu erweisen. Mit Zukunftsaufgaben Bulgariens beschäftigt sich Georg Buschan, der „Sitten und Gebräuche des Volkes der Bulgaren" „künftigen Studien- und Erholungsreisenden liebenswürdig zu erzählen" unternimmt („Die Bulgaren", Strecker & Schröder, Stuttgart 1917, M. 1.50). Er sieht folgende (zunächst fernliegende) „Kulturaufgaben" als die für Bulgarien „nächstliegenden" an: das Sammeln und Erhalten volkstümlicher Gebräuche, menschenkundliche Forschung, anthropologische Erhebungen und Untersuchungen usf. In Verbindung mit dem Balkan überhaupt wird Bulgarien von Arthur Dix, zurzeit Vorstand des Pressebureaus des deutschen Militärbevollmächtigten in Sofia, gesetzt. Er schildert die politische Bedeutung des Balkans, insbesondere Bulgariens als der Völkerbrücke des Balkan, der Verbindung zwischen Abendland und Morgenland. („Zwischen zwei Welten, die Völkerbrücke des Balkan", Heimat und Welt-Verlag, Dresden M. 2.—.) „Indem der Balkan die Brücke zwischen Abendland und Morgenland geschlagen hat, hat sich quer durch Europa und Vorderasien ein Ländergürtel zusammengeschlossen, der nun seinerseits zwischen der östlichen und westlichen Welt steht, zwischen dem Rubel und dem Dollar, dem Weltherrschaftsstreben des Moskowitertums und des Angelsachsentums, zwischen Dekadenz des Westens und Stumpfheit des Ostens. Die alten Kulturen Europas und Vorderasiens stehen zusammen gegen die Vernichtung von allslawisch und allbritisch eingekleideten Bestrebungen, die Welt unter Kosakenknute und britischen Krämergeist aufzuteilen. Zwischen der abendländischen und der morgenländischen Welt ist über den Balkan die Verbindung geknüpft, um zwischen der Ost- und der Westwelt die alte Kultur und die alten Völkerindividualitäten bestehen zu lassen, die Aufteilung der Welt in gleichförmige, alte Kulturen und alte Völkerindividualitäten zu ersticken und tötende Riesenreiche zu verhindern." A. Tschirkov, Professor der Geographie in Sofia, macht den ersten, von bulgarischer Seite her unternommenen Versuch, die wissenschaftliche Forschung zur Grundlage politischer Betrachtungen zu nehmen. Gegenüber der — hauptsächlich von serbischer Seite vorgebrachten — Behauptung, die Grenzen Bulgariens, die der Frieden von San Stefano (am 1. Juli 1873) festgelegt habe, seien nicht ethnographisch, sondern politische, begründet er den Nachweis, daß die Westgrenze durch den Vertrag vom 3. März 1878 vollkommen den ethnographischen Voraussetzungen entsprechen („Les confins occidentaux," Notes et documents Lausanne). Er macht unter demselben Gesichtspunkt für Bulgarien denn auch nur Anspruch auf die rein bulgarischen Gebiete Bulgariens, Thraciens und Macedoniens, um dadurch eine Vereinigung der ganzen bulgarischen Rasse herzustellen und ihr ihre natürlichen Landesgrenzen zu geben.

•

Lebhafte Bilder aus Vergangenheit und Gegenwart der Türkei gibt Friedrich Schrader in einem Skizzen über Land, Leute, Gebräuche, Kunst, Architektur, Dichtung, Religion („Konstantinopel" Tübingen, Verlag J. C. B. Mohr).

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 22. Februar 1918 • Heft 8

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Engländer stehen unter dem Druck der Befürchtung, daß durch Versailles ihre Politik und ihre Kriegführung den rein französischen Zielen dienstbar geworden. Diese Stimmung hat das Unterhaus unsicher gemacht und Lloyd George so nervös, weil man ihm nicht mehr das Führertum zutraut. Aber die gleiche Beängstigung, die ihm so gefährlich wird, mag ihn vielleicht noch erhalten — doch seine Macht ruht dann nicht mehr auf Vertrauen, sondern auf Verlegenheit. Daß man gegen den bekanntesten britischen Militärkritiker, Oberst Repington, einen Hochverratsprozeß anstrengt, zeigt deutlich genug, wie der „Affären"-Geist von Paris nun London droht.

*

Gespräch zweier Neutraler: „Ich bin sehr gespannt, wie die Deutschen auf Trotzkis Erklärung antworten?"

„Wieso, das ist doch ziemlich naheliegend. Was, glauben Sie, würden die Franzosen tun, wenn Deutschland morgen mitteilen würde, es habe den Krieg satt, lehne es jedoch ab, seine Unterschrift unter einen Frieden mit französischen Bedingungen zu setzen?"

„Sie würden in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet einmarschieren."

„Also!"

*

„. . . würde also mangels Abschlusses eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgesehenen Frist die Kriegshandlungen wieder aufleben" — so lautete, wie man verspätet erfährt, Kühlmanns Erwiderung auf Trotzkis brüsken Abbruch der Friedensverhandlungen. Das Sprachrohr der Regierung, W. T. B., ließ in seiner ersten Mitteilung diese Erklärung weg und erreichte damit, daß Trotzkis Verzicht auf einen Friedensvertrag in der Öffentlichkeit fast als der beginnende Friede mit Rußland erschien, den man in Berlin mit Schulfeiern und in Wien mit einem Dankgottesdienst beging. Dieser unglaubliche Regiemangel ist so töricht als unverantwortlich,

Digitized by Google

und er bedarf einmal der rücksichtslosesten Aufklärung im Reichstag, aber möglichst nicht in einer verschwiegenen Kommission, sondern vor der breiten Öffentlichkeit der Vollversammlung.

*

Prinz Max von Baden spricht nicht für das amtliche Deutschland, aber für jene politische Gesinnung, die auch in den Entschlüssen der Reichsleitung Tat werden muß, wenn der Ablauf der Friedenserörterungen aus einem gehemmten Stocken in freien Fluß kommen soll. Wir müssen, was die Feinde lange genug versucht haben (und nicht ohne Erfolg bei vielen Neutralen) neben die angreifende Verteidigungskraft unserer Heere die moralische und politische Offensive eines kräftigen und zugleich würdigen Verständigungswillens setzen. Darin sehen wir das Richtung-Weisende in dem Vorgehen des badischen Prinzen. Es ist staatsmännisch gehandelt, um so mehr, da es weder in Einzelfragen sich verliert (die dem Verhandlungstisch vorbehalten sind) noch an der müde geredeten Schuldfrage kleben bleibt, sondern große sammelnde Gesichtspunkte aufstellt: Deutschland als das Bollwerk Europas gegen die anarchische Zerrüttung, die vom Osten droht, Deutschland als die Macht, deren Zukunftsaufgabe sein muß (ohne daß es sich in blasse Sentimentalitäten verliert), den Völkern, die zur Ordnung und Freiheit kommen wollen, eine moralische und staatliche Stütze zu sein. Dieses Mandat der Weltgeschichte wird uns nicht übertragen, wir müssen es uns erkämpfen, indem wir die unerschütterliche Kraft des Staates durchsetzen mit dem Geist der Gerechtigkeit.

*

Graf Hertling hat sich für das gleiche Wahlrecht stark gemacht. Die sozialpolitischen Gesetze werden dem Reichstag demnächst vorgelegt werden. Das sind sehr notwendige Bewegungen und Entschließungen. In dem Maße, als die Regierung kräftig führt, strahlt sie eine Suggestion der Kraft aus, der die Antwort von unten her folgt. Beim preußischen Zentrum läßt sich die Wirkung heute schon beobachten. Die Entschiedenheit des Ministeriums und die unwillige Kritik aus der katholischen Arbeiterschaft werden die Fraktion des Preußischen Landtags in die Richtung des gleichen Wahlrechts vollends drängen müssen.

*

Nach einem längeren unsicheren Zaudern hat die deutsche Sozialdemokratie sich entschlossen, die russischen Dinge zu sehen wie sie sind und „Bakunins Schatten", von dem wir vor acht Tagen sprachen, zu erkennen. Otto Braun, ein Parteivorstandsmitglied, schreibt am 15. Februar im „Vorwärts" die notwendigen Worte:

„Die Herrschaft der zügellosen bolschewistisch-sozialistischen Soldateska ist aber ebenso zu verwerfen, wie die Gewaltherrschaft der zaristischen Soldateska. Sie kann auch nicht von Dauer sein. Was die Bolschewiki in Rußland treiben, ist weder Sozialismus noch Demokratie, es ist vielmehr gewaltigster Putschismus und Anarchie.

Deshalb müssen wir zwischen den Bolschewiki und uns einen dicken, sichtbaren Trennungsstrich ziehen."

Digitized by Google

Wilson und Trotzki, Gebrüder

Von Dr. Paul Rohrbach

Der fluchtähnliche Abbruch der angeblichen Friedensverhandlungen in Brest durch den in die Enge getriebenen Trotzki wird nun wohl auch unseren Optimisten die Klarheit gebracht haben, die wir ihnen von Anfang an gewünscht haben: daß diese Operation der Maximalistenführer in St. Petersburg unter allem was möglich war von Anfang an nichts so wenig bezweckt hat, wie den Frieden mit Deutschland; das heißt mit dem gegenwärtigen, staatlich und sozial geordneten und festgefügten Deutschen Reich. Damit ist nicht gesagt, daß wir es unsererseits hätten vermeiden sollen, nach Brest-Litowsk zu gehen und mit den dortigen sogenannten Russen zu „verhandeln", denn sobald wir uns keiner Täuschung darüber hingaben, was diese Gesellschaft von redegewandten und spitzfindigen Putschisten und Anarchisten wirklich wollte, vielmehr in jedem Stadium des von ihnen aufgeführten politischen Zirkusspiels durchschauten, wie sehr es ihr Wunsch war, uns darin wider unseren Willen mitspringen zu lassen, konnten wir die Abfuhr für sie in aller Ruhe vorbereiten. Ungefähr so ist es zum Glück auch gekommen. Wir wollen nicht untersuchen, wie weit bei dem vermeintlichen Friedensvorschlag der Maximalisten und in den verschiedenen Abschnitten der Verhandlungen von Brest auf seiten der deutschen und der österreichisch-ungarischen Politik die Erkenntnis lebendig war, daß die Maximalisten überhaupt nie einen anderen Plan hatten, als die gegenwärtige Staats- und Heeresordnung Deutschlands und seiner Verbündeten zu zertrümmern. Ich meinerseits habe vom Beginn der Komödie an in der „Deutschen Politik" und an anderen Stellen darauf hingewiesen, welch ein Irrtum es sei, von Lenin und Trotzki zu glauben, daß sie mit unserer Regierung jemals Frieden schließen wollten. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß die maximalistischen Gewalthaber sich ja nicht einmal die Mühe gaben, zu verschweigen, wie sehr es ihre Hoffnung war, die mit dem Staatssekretär von Kühlmann und dem General Hoffmann begonnene Unterhandlung mit Karl Liebknecht zu Ende zu führen. „Wir haben die ordensgeschmückten Schergen des Kaisers an den Verhandlungstisch gezwungen!" Mit diesem Triumphgeschrei begleitete der Lenin-Trotzkische Telegraph den Anfang der Sitzungen in Brest. Natürlich war Trotzki zu feige, um, als er endlich auf diese Tonart im maximalistischen Regierungsdraht gestellt wurde, sich zu seinen Unverschämtheiten zu bekennen. Mit Bedauern und Sorge habe ich verfolgt, wie ein großer Teil unserer Presse und unserer öffentlichen Meinung ganz ahnungslos in bezug auf die Art der „Friedens"-Absichten war, die Lenin und Trotzki verfolgten. Dabei stand alles in der maximalistischen russischen Presse und in zahlreichen Zeitungen des Auslandes zu lesen. Die Bolschewiki fühlten sich bei ihrem Fanatismus und ihrem durchgehenden Mangel an Augenmaß für Wirkliches und Mögliches ihrer Sache schon so sicher, daß sie in alle Welt hinausriefen, was sie

Digitized by Google

wollten! Anfang Januar, als bei uns alles, was den russischen Maximalismus nicht kannte, sich in Hoffnung wiegte, schrieb das offizielle maximalistische Blatt „Prawda“ über „die ungeheuren Erfolge unserer revolutionären Propaganda in der deutschen Armee, die Anerkennung, die unser Friedensprogramm in der deutschen Armee gefunden hat und die Popularität der russischen Sowjetregierung unter den deutschen Soldaten“!

Sie glaubten ihren Friedensvorschlag als Dynamitpatrone gebrauchen zu können, um unseren deutschen Nationalstaat auseinanderzusprengen. Statt dessen hat die deutsche Politik die Wege und Ziele gefunden, die von dem Tage an, da Rußland uns den Krieg aufzwang, von jedem, der tieferen politischen Verstand besaß, vorgezeichnet erblickt wurden: die Auflösung Rußlands und die Beseitigung der russischen Gefahr durch ein neues osteuropäisches Staatensystem, in dem das anarchische, gewalttätige Großrussentum auf seine Stammesgrenzen beschränkt bleibt.

Damit ist dieser Anschlag der bolschewistischen Tollhäusler gegen Deutschland und die mitteleuropäische Ordnung erledigt. Die einzige wirkliche Gefahr, die mit ihm verbunden war, war die, daß man bei uns seinen Zweck und seine Natur nicht rechtzeitig erkannte und fortfuhr, in Brest an den Trotzkischen Strippen zu tanzen, statt diese Sorte Unterhändler auf den Heimweg zu schicken. Weshalb unser Wolffsches Bureau, dessen ewige Unzulänglichkeiten schon lange aus einem bloßen Ärgernis zu einer wirklichen Gefahrenquelle für unsere Politik geworden sind, aus dem klaren Hergang, aus dem erfreulichen entschlossenen Ton unserer Vertreter und dem hinterhältigen Auskneifen Trotzkis bei der ersten Meldung einen Gesang über den Frieden mit Rußland hat machen und dadurch eine ganz falsche Stimmung im Lande verbreiten können, das ist unbegreiflich, und wieder einmal ein Stück der schlechten Regie, mit der man es bei uns versteht, nach außenhin selbst das zu verderben, was sachlich aufs erfreulichste gelingt. Dieses Unglück, scheint es, werden wir nicht los.

Fast gleichzeitig mit dem ukrainischen Frieden und dem Abbruch der Theaterbude in Brest, von deren Brettern aus Trotzki mit seinem Spiel Deutschland und Österreich-Ungarn aus den Angeln zu schleudern hoffte, hat Wilson eine neue Rede über seine Kriegsziele gehalten. Er verfolgt damit dieselbe Methode wie der Genosse Trotzki. Er sucht den Eindruck hervorzurufen, als ob es ihm um Friedensschluß zu tun wäre, aber was er sinnt und denkt, ist weniger der Friede, als die Unschädlichmachung des gegenwärtigen Deutschland. Man wird Wilson zugeben können, daß er auch keine englische Vorherrschaft in Europa wünscht. Noch größere Sorge aber hat er offenbar davor, daß Deutschland aus dem Kriege mit einer unerschütterten Verfassung und in militärisch-politisch gut gesicherter Lage hervorgehen könnte. Der Krieg wird von der öffentlichen Meinung in Amerika zwar als eine „ernste“ Sache, aber als ernst doch nur etwa in dem Sinne betrachtet, wie auch jedes sportliche Ereignis von außerordentlichem Maßstab drüben ernst aufgefaßt wird. Das Interesse,

Digitized by Google

auch die Leidenschaften des Volkes sind dabei, aber der aufgeregte Wellenschlag dringt noch nicht bis in die Tiefe. Das kann natürlich auch anders kommen. Wenn erst Verlustziffern von der Höhe der englischen während des letzten Jahres gemeldet werden, dann wird die vorwiegende Stimmung der großen Sportsensation ohne Zweifel einer tieferen Erregung weichen. Die Stimmung der Mehrheit in Amerika wäre heute ganz zufrieden, wenn der Weltkrieg so beendet würde, daß dabei der Amerikaner in möglichst imposanter Figur erschiene und auf dem Altar der demokratischen Phrase nach amerikanischem Verständnis recht dicke Weihrauchwolken aufstiegen. Wilson ist aber klug genug, um zu sehen, daß die Dinge auch anders kommen können. Er muß auf alle Fälle einen eindrucksvollen Beleg dafür haben, daß er Deutschland die Friedenshand hingestreckt hat. Gehen wir jetzt auf die im Ton immer noch anmaßende und uns beleidigende, inhaltlich hinterhältige Rede Wilsons ein und erklären unseren Wunsch, die Friedensverhandlungen unter seinem Patronat zu beginnen, so wird das erste, was er tut, vermutlich sein, durch weitere Vorbedingungen ein Joch aufzurichten, unter dem wir erst hindurchmüssen, bevor wir uns wirklich mit an den Tisch setzen dürfen. Sitzen wir daran, dann beginnt die große Gerichtsverhandlung, in der wir Schritt für Schritt aus der Rolle des Teilnehmers in die des Angeklagten gedrängt werden und schließlich von allen Seiten umstellt werden sollen, während der lockende demokratische Ton von Wilsons Pfeife die Massen im Innern bei uns aufregen, und der Unterschied in der Behandlung Deutschlands und Österreich-Ungarns unsere Bundesgenossen und uns auseinandersprengen soll. Gehen wir aber nicht auf die Wilsonsche Rede ein — nun, dann sind wir eben die verbrecherischen Feinde des Friedens und werden nach außen und nach innen als solche denunziert.

Man sieht, wie die Methoden Trotzkis und Wilsons einander ähneln. Man bietet Verhandlungen an und hofft diese dazu zu benutzen, einen Frieden nicht durch ehrenhaften, die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands nach außen und innen achtenden Ausgleich, sondern durch Beseitigung der angeblichen „deutschen Gefahr" zu erreichen. Trotzdem ist gar nicht gesagt, daß wir es nicht fertig bringen sollten, die Wilsonsche Linie zu beschreiten und dabei doch die Schlingen, die uns gestellt werden sollen, mit demselben Erfolg zu vermeiden, wie in Brest. Wir haben genügend wirksame Waffen dazu in der Hand, und es sollte keine unlösbare Aufgabe für unsere Diplomatie sein, das von Wilson vorgeschlagene Spiel so zu spielen, daß er im entscheidenden Augenblick Farbe bekennen muß: ob er den Frieden oder ob er die Schwäche Deutschlands will. Um ihm die Trümpfe, die er gleich für den Anfang in der Hand zu halten glaubt, vorweg zu stechen, dazu bedarf es nur genügender Klarheit über das, was wir im bevorstehenden Frieden erreichen und was wir nicht erreichen wollen, ja was uns, selbst wenn wir es wirklich erreichten, nur zur Gefahr ausschlagen würde. Die Absage an den Napoleonismus, unzweideutig gegeben und von Maßnahmen begleitet, die durch ihren Ernst es auch der feindlichen Lüge unmöglich machen, unsere

Digitized by Google

Ehrlichkeit in Zweifel zu ziehen, würde uns gleich eine Poſition geben, von der aus wir mit Ausſicht auf denſelben Erfolg wie ſchließlich in Breſt auch den Tanz mit Amerika wagen können. Wilſons ſtärkſte Waffe ſind nicht ſeine Dollars und ſeine Flugzeuge, iſt nicht ſeine Armee, ſondern iſt das Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit der deutſchen Politik in aller Welt.

Der weitere Fortgang der Kriegs- und Friedenspolitik wird weſentlich auch von dem Schickſal Lloyd Georges in England abhängen. Wir möchten ſehr davor warnen, dieſen Mann ſchon als politiſch tot oder ſein Ende als nahe anzuſehen. Ohne Zweifel hat er Niederlagen und Einbußen erlitten, aber ſeine ſtärkſte Seite iſt, daß er wirklich ein großer Organiſator und ein genialer Kriegstreiber iſt, ein Aufpeitſcher zum Blutvergießen, wie ihn die Welt noch nicht geſehen hat. Er könnte nur dann beſeitigt werden, wenn entweder die Kriegspartei einen noch beſſeren Kriegsgenius zur Verfügung hätte, oder die Friedensfreunde in England größere Macht hätten, als ſie beſitzen. Die kommandierenden engliſchen Generale aber müſſen ſich ſamt und ſonders recht viel begründete Kritik gefallen laſſen, und zu dem Entſchluß, dem Kriege dadurch ein Ende zu machen, daß man Deutſchland als gleichberechtigte Macht anerkennt und den dummen heuchleriſchen Phraſen von Deutſchlands Unrecht und Strafe den Abſchied gibt, dazu reicht offenbar weder das friedensfreundliche Wollen noch das friedensfreundliche Können in England. Schließlich wird kaum eine andere Hoffnung übrigbleiben, als daß auch in England die vernünftigen Politiker eines Tages die Gefahr, die allen europäiſchen Staaten droht, und die auch in England reißend ſchnell wächſt, ſo deutlich ſehen, daß ſie laut mit dem Programm hervortreten: die Kriegsfurie zu binden, ſelbſt um den Preis, daß Deutſchland dabei aufrecht und frei ſtehen bleibt. Geſchieht das nicht, ſo kann zwar eines Tages der Krieg aufhören, aber der Friede wird dann für keins der beteiligten Völker mehr ein ſtaatsmänniſcher und vaterländiſcher ſein, ſondern ein maximaliſtiſcher, ein roter Friede, der zuſammen mit dem Schrei nach Aufhören des Blutvergießens die rohen und kulturfeindlichen Inſtinkte der bolſchewiſtiſchen Maſſen, die einfach nicht mehr kämpfen und ſich nicht weiter umbringen wollen, zum Durchbruch bringt.

12. Februar 1918

Öſterreichs innere und äußere Politik

Vom Reichsratsabgeordneten Franz Jeſſer

Die dualiſtiſche Verfaſſung der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie ſchaltet die Entſcheidung über die äußere Politik aus dem verfaſſungsmäßigen Wirkungskreiſe der beiden Parlamente aus und überträgt ſie den von ihnen entſendeten Delegationen, ohne jedoch verhindern zu können, daß die Bedeutung der Parlamente für die äußere Politik ſtändig zunimmt.

Digitized by Google

Dazu hat der derzeitige Minister des Äußern, Graf Czernin, selbst beigetragen, indem er durch den Mund des österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten seine Anschauungen in bestimmten Fällen bekannt geben oder seine Politik verteidigen ließ. Er war dazu aus zwei Gründen gezwungen — aus dem formalen, daß die Delegationen nicht einberufen waren, ihm daher das zuständige parlamentarische Forum fehlte, und aus dem sachlichen, daß von den slawischen Parteien Österreichs die innere Politik in den Dienst der äußeren Politik gestellt wurde, daß mit innerpolitischen Mitteln außenpolitische Wirkungen erzielt werden sollten.

War bei diesen Parteien die Verquickung von innerer und äußerer Politik beabsichtigt, um die militärisch-politische und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Österreichs zu schwächen, so haben die innerpolitischen Forderungen der deutschen Sozialdemokratie und der kleinen, aber rührigen Gruppe der bürgerlichen Demokratie Wiens wider den Willen ihrer Vertreter ebenfalls zu schädlichen außenpolitischen Folgen geführt.

Beide Parteiengruppen, die slawische wie die deutsch-sozialdemokratische, haben sodann aus den außenpolitischen Wirkungen ihrer inneren Politik wiederum neue Argumente für die Fortsetzung dieser inneren Politik entnommen.

Slawen und Sozialdemokraten bilden aber die Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses — beide bekennen sich zu den Idealen der Demokratisierung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Daß jeder Teil diesen Idealen einen anderen Inhalt gibt, hindert nicht, daß sie gemeinsame Sache gegen die grundsätzlichen Gegner dieser Ideale machen. Diese Gegner sind die bürgerlichen deutschen Parteien, die Magyaren und ein großer Teil der Deutsch-Ungarn und endlich die Vertreter der österreichisch-ungarischen Staatsidee, die Regierungen.

Die Gegnerschaft gegen die Demokratisierung ist jedoch nur eine bedingte — Deutsche und Magyaren lehnen nur jene rein mechanische Demokratisierung ab, welche mit der geschichtlichen Entwicklung brechend das geschichtlich Gewordene durch die absoluten Zahlen der Individuen ersetzen will. Eine Demokratisierung solcher Art würde eine derartige Kräfteverschiebung zugunsten der slawischen Völker im Gefolge haben, daß nicht nur die heutige Staatsform zersprengt, sondern sogar der ungeschmälerte Bestand der Monarchie in Frage gestellt würde.

Dieselben Folgen zöge die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker nach sich. Den Nachweis haben wir in dem Aufsatze „Nationale Autonomie" in Nr. 47 1917 dieser Zeitschrift zu erbringen versucht.

Die schädliche außenpolitische Wirkung dieser zwei Kardinalforderungen besteht darin, daß die Mehrheit des österreichischen Parlamentes als Anhänger der von der Entente ausgesteckten Ideale und als Gegner der von den Mittelmächten vertretenen staatlichen nationalen und politischen Ideale erscheint. Darauf baut die Hoffnung unserer Feinde, auf ein Ausscheiden Österreich-Ungarns aus dem Bündnisse, oder auf einen staatlichen Zusammenbruch der Monarchie. Diesen nachteiligen Wirkungen wollte die Re-

Digitized by Google

gierung des Grafen Stürgkh durch Ausſchaltung des Parlamentes, durch Verſchärfung der Zenſur und durch adminiſtrative Maßregelung politiſch unverläßlicher Perſonen begegnen. Stürgkhs Nachfolger verwarfen dieſes brutale Syſtem, dem ein unvoreingenommener Beobachter den Charakter einer Staatsnotwehr gegen revolutionäre Umtriebe nicht abſprechen kann, und kehrten zum parlamentariſchen Syſteme zurück. An dieſem Wechſel hat bereits Graf Czernin großen Anteil, ja es darf wohl — ohne dem Vorwurfe ausgeſetzt zu ſein, „post hoc, ergo propter hoc" zu urteilen — die Vermutung ausgeſprochen werden, daß er dem jungen Monarchen dazu geraten habe. Auf ſeinen Einfluß iſt wohl auch die Ablehnung des Verfaſſungseides zurückzuführen; daß er auch zur Amneſtie geraten habe, wird von ſeinen Vertrauten entſchieden geleugnet.

Den deutſchen bürgerlichen Parteien bereitete er ſofort eine große Enttäuſchung. Er hatte ſich ſtets für die Verwirklichung jener deutſchen Forderungen ausgeſprochen, die auf die ſtraffe Zuſammenfaſſung, Vereinheitlichung und Vereinfachung der ſtaatlichen Verwaltung hinzielten, dabei aber auch die Stellung des deutſchen Volkes als des eigentlichen Staatsvolkes ſtärken ſollten.

Als die ruſſiſche Revolution ausbrach, erklärte er den deutſchen Parteiführern, die Regierung müſſe aus Gründen der äußeren Politik ihre Zuſage zurückziehen; es gehe nicht an, die Fäden zu einem Separatfrieden mit der großen ſlawiſchen Republik anzuſpinnen und gleichzeitig den öſterreichiſchen Slawen die deutſche Staatsſprache aufzuzwingen.

Die Deutſchen mußten ſich wohl oder übel mit dieſer Enttäuſchung abfinden — politiſche und parlamentariſche Konſequenzen zu ziehen, verbot die Kriegslage und die Rückſicht auf die äußere Politik.

Dieſe Zwangslage der deutſchen Parteien wurde nun ſowohl von der Regierung als auch von den anderen Parteien des Parlamentes weidlich ausgenützt. Es folgte die Amneſtie, die Duldung des paſſiven Widerſtandes der Tſchechen gegen die geſetzlichen Vorſchriften der Lebensmittellieferung, es folgte das auffällige Schweigen der Regierung gegenüber der zunehmenden Hetze gegen das Deutſche Reich, die ſichtliche Begünſtigung der Südſlawen in den Küſtenlanden u. a. m.

Man erkannte deutlich als Taktik der Regierungspolitik, die Slawen nicht zu verſtimmen, ihnen keinen Vorwand zu bieten, innere Unruhen hervorzurufen. Dieſelbe Taktik wandte man gegenüber der ſozialdemokratiſchen Partei an.

Parallel damit liefen aber zahlreiche Beweiſe höfiſcher Huld für die deutſchen und zahlloſe private Verſicherungen, daß der verdiente Lohn nicht ausbleiben werde.

Auch unterließ die Regierung jeden entſcheidenden Schritt, der die ſo oft und ſo feierlich verſprochene Reform der Verfaſſung der parlamentariſchen Behandlung zugeführt hätte. Übrigens ergingen ſich alle offiziellen Ankündigungen dieſer Reform in Zweideutigkeiten. Sie boten den Zentraliſten ebenſoviel wie den Autonomiſten.

Digitized by Google

Gewollte Unklarheit und Vieldeutigkeit sind die Kennzeichen dieses neuen Regierungssystems — das Ziel ist das Hinausschieben jeder Entscheidung während des Krieges oder doch bis zur völligen Klärung der militärischen Lage.

Die Ähnlichkeit mit der diplomatischen Methode des Grafen Czernin ist so auffallend, daß man wohl keinen Fehlschluß begeht, wenn man ihn als den einflußreichsten Ratgeber der Krone in allen Fragen der inneren österreichischen Politik ansieht.

Ebenso aber wie die diplomatischen Methoden Czernins in der äußeren Politik manche Politiker im Deutschen Reiche unsicher gemacht haben, ebenso zahlreich sind in der deutschösterreichischen Bevölkerung die Zweifler an den deutschfreundlichen Endabsichten der Regierung.

Daraus ergibt sich ein eigentümliches Verhältnis der deutschen bürgerlichen Parteien zum Grafen Czernin. Sie leisten ihm unbedingte Gefolgschaft in seiner äußeren Politik, weil sie in ihm einen überzeugten Anhänger des Bündnisses mit Deutschland sehen, sie fügen sich mißmutig der von ihm geforderten Taktik der inneren Politik, weil er sie für die einzig mögliche hält, die innere Ruhe im Staate zu wahren und dem Auslande ein parlamentarisch regiertes Österreich vorzuführen — sie können aber ein immer wieder aufkeimendes Mißtrauen gegen ihn nicht abschütteln, und fürchten nach dem Kriege abermals den bekannten Dank vom Hause Österreich zu erhalten.

Die künstlichen Nebel, in die sich die Regierung hüllte, konnten jedoch nicht in ihrer vollen Ausdehnung erhalten werden. Die Siegessicherheit verleitete die Tschechen mit ihren nationalstaatlichen Ausdehnungsbestrebungen auf das ungarische Staatsgebiet überzugreifen. Ihrem Beispiele folgten die Südslawen.

Da die österreichische Regierung jede ernste Abwehr dieser maßlosen Forderungen unterließ, rief man in Ungarn zur Sammlung. Auch dort riet man auf den Grafen Czernin als den eigentlichen Leiter der inneren österreichischen Politik. Er galt niemals als ein überzeugter Anhänger des Dualismus — wohl aber als ein Anhänger der großösterreichischen Idee. Nichts lag daher näher, als die Duldung der tschechischen Ansprüche auf die Slowakei, der südslawischen auf das Banat und die Batschka auf einen Wink des großösterreichisch gesinnten Minister des Äußeren zurückzuführen. Czernin beeilte sich, ein feierliches Bekenntnis zum Dualismus abzulegen und die tschechischen Forderungen durch den österreichischen Ministerpräsidenten zurückweisen zu lassen.

Wekerle hatte sich aber damit nicht begnügt — er hatte auch Zusicherungen verlangt und erhalten, daß eine Föderalisierung Österreichs nicht beabsichtigt werde.

Der energische ungarische Vorstoß hatte also endlich die österreichische Regierung gezwungen, aus ihrer gewollten Unklarheit ein wenig herauszugehen.

Inzwischen gestaltete sich die Kriegslage immer günstiger. Und als nun auch mit deutscher Hilfe der italienischen Bedrohung ein Ende gemacht war, fiel ein großer Teil der Rücksichten, die bisher die deutschen Parteien genommen hatten, weg.

Digitized by Google

Die Wählerschaft drängte die Abgeordneten endlich einmal der Regierung die Kabinettsfrage zu stellen.

Und so kam es denn, daß in den letzten Januarwochen das Ministerium Seidler auch die Gefolgschaft der deutschen bürgerlichen Parteien verloren hatte.

Es blieb nun nichts übrig als auch einmal den Deutschen mehr als geheime Versprechungen für die Zukunft zu geben. Es scheint, als habe sich die Regierung bereit erklärt, im Laufe einer bestimmten Frist allmählich alle jene deutschböhmischen Forderungen zu erfüllen, die sich auf die nationale Zweiteilung beziehen, und die auf dem Wege einer Verordnung, also ohne Zustimmung des Parlamentes oder des Landtags, durchgeführt werden können. Als erste Abschlagszahlung sollte die Errichtung des deutschen Kreisgerichtes in Trautenau gelten.

Vorher schon hatte der Ministerpräsident gegen die jüngste staatsrechtliche Deklaration der vereinigten tschechischen Parteien (vom 6. Januar 1918) entschiedene Stellung genommen. Er verurteilte sie als staatsfeindlich, als geeignet die Friedensverhandlungen zu stören und als eine gewaltsame Umdeutung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker; denn sie wolle „entgegen dem gleichwertigen Rechte des deutschen Volkes den Sudetenländern unter Auflösung des bisherigen Staatsverbandes alle Unabhängigkeit und Souveränität sichern, sei es nun bei Österreich oder nicht". Die Bekämpfung dieser Bestrebungen sei eine Regierungspflicht — daß sie erfüllt werde „dafür bürgt — ich stelle dies mit ausdrücklicher Ermächtigung fest — der Wille des höchsten Faktors im Staate".

Gleichzeitig gaben die Deutschböhmen die Erklärung ab, daß sie sich einer Einverleibung in einen tschechischen Staat mit Gewalt widersetzen würden und daß sie nur eine einzige Form der Lösung des böhmischen Problems anerkennen — die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutschböhmen.

Es ist zweifellos, daß zwischen der Regierungserklärung und der deutschböhmischen Erklärung ein innerer Zusammenhang besteht — es ist aber sehr unwahrscheinlich, daß die Regierung diese weitgehende deutschböhmische Forderung erfüllen werde. Jedenfalls ist sie aber ein vortreffliches taktisches Mittel — denn sie führt das tschechische Staatsrecht, das sich der nationalen Selbstbestimmung als Maske bedient, ad absurdum.

Nicht minder deutlich sprach sich der Ministerpräsident den deutschen Sozialdemokraten gegenüber aus, welche das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden forderten. Er wies „auf die ungeheuere Gefahr für das deutsche Volk in Österreich und für die Erhaltung des Deutschtums in diesem Staate hin". In einer am 20. Januar d. J. abgehaltenen Besprechung mit den deutschen Parteiführern gab er die Erklärung ab, daß die Regierung eine Gemeindewahlreform „nur unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern so durchführen werde, daß daraus dem Deutschtum nicht die geringste Benachteiligung oder Kränkung zugefügt

Digitized by Google

werde". Aber auch vom staatlichen Standpunkte sei eine Verschiebung des nationalen Kräfteverhältnisses, das ja zugleich eine Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses im Gefolge habe, schädlich und daher zu vermeiden.

In den Rahmen dieser flüchtigen Skizze einer die deutschen Interessen sichernden künftigen Neuordnung des Staates fügen sich vortrefflich die Äußerungen des Grafen Czernin vom 26. Januar d. J. über die Regelung der Verhältnisse in Böhmen ein. Auch Graf Czernin rügte den Widerspruch zwischen Staatsrecht und völkischer Selbstbestimmung und verwies darauf, daß er schon als Abgeordneter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes den besten Schutz der deutschen Minderheit in einer förmlichen Zweiteilung gesehen habe. Zwischen dieser Zweiteilung und der von den Deutschböhmen geforderten deutschen Provinz besteht freilich ein grundsätzlicher Unterschied, da die Zweiteilung nur innerhalb des Kronlandes Böhmen bei Aufrechterhaltung seiner Verwaltungseinheit möglich ist. Man kann wohl heute schon voraussagen, daß Böhmen eine Verwaltungseinheit mit zwei national getrennten Unterabteilungen bilden werde. Dann aber gilt dieser Grundsatz der Unteilbarkeit eines Kronlandes auch für Kärnten, Steiermark und Tirol. Da Ungarn von seinem Staatsgebiete keinen Stein abtreten wird, Österreich (abgesehen von Dalmatien) ebensowenig, so ist auch der sogenannte südslawische Trialismus, eine Lieblingsidee der Großösterreicher, aufgegeben.

Aus den Äußerungen Czernins und seines Sprachrohres Seidler ergibt sich, daß in diesem Augenblicke alle föderalistischen und nationalautonomistischen Pläne fallen gelassen wurden.

Es hieße sich auch unnütz beschweren, wenn man die enormen Schwierigkeiten, die sich in Galizien und Polen auftürmen, noch um die im Norden und im Süden drohenden vermehren wollte.

Das Verhältnis des Polenklubs zum österreichischen Kabinett ist stets genau so freundlich oder feindlich wie das zum Grafen Czernin und seiner auswärtigen Politik. Der Patriotismus der Polen war stets einer auf Kündigung.

Sie haben auch diesmal dem Ministerium Seidler das Messer an die Brust gesetzt und ihm, als er ihre Wünsche nicht erfüllen wollte oder konnte, die Stimmen für das Budget versagt. Schon waren sie bereit, gegen ein politisches Trinkgeld umzufallen, als die Nachricht vom Friedensschlusse mit der Ukraine eintraf. Der Schlag, der sie durch die Abgrenzung der Ukraine im Westen trifft, ist allerdings schwer genug, denn nunmehr ist Polen völlig eingekreist und ist unfähig, seine hochfliegenden Pläne auch nur zu beginnen.

Mit Recht fürchten sie nun den zweiten Schlag — die Errichtung einer ukrainischen Provinz Ostgalizien mit der Hauptstadt Lemberg, die jüngst noch der Schauplatz allpolnischer Demonstrationen war.

Man kann es dem Polenklub nicht verübeln, wenn er im ersten Zorne bereit wäre mit den Tschechen und Südslawen das Parlament zu zertrümmern.

Digitized by Google

Alle drei nationalen Parteien erkennen, daß nach dem Abschlusse eines Friedens mit den Randvölkern im Osten und bald wohl auch mit Großrußland die westlichen Ententestaaten jede Möglichkeit verloren haben, ihre Wünsche zu unterstützen. Darum hat auch für diese Parteien das Parlament die Bedeutung einer Tribüne für Westeuropa verloren.

Die Tschechen beginnen sich bereits den geänderten Verhältnissen anzupassen — ihre Sozialdemokraten haben jüngst ihren radikalen Obmann abgesetzt und ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen, daß der gemäßigte Dr. Šmeral, den sie vor einem halben Jahre mit Kot beworfen haben, wieder die Politik der Partei leite.

Es ist daher noch nicht ausgemacht, daß alle Tschechen, geschweige denn alle Polen, an der Zertrümmerung des Parlamentes mit Hand anlegen werden. Viele werden die Meinung ihrer Radikalen nicht teilen, daß es der Regierung gar so unerwünscht sei, zum Absolutismus gezwungen zu werden.

Die Spekulation jedoch, daß die deutschen Sozialdemokraten diesen erzwungenen Absolutismus mit Streiks und Unruhen beantworten werden, ist falsch — die deutschen Arbeitermassen lassen sich nicht für tschechische oder polnische Zwecke mißbrauchen.

Vielleicht aber bereitet die deutsche sozialdemokratische Partei den Parlamentszertrümmerern eine andere Überraschung. Wenn sich ein Teil der Partei bewegen läßt, für das Budget zu stimmen und wenn die Ukrainer ihren Dank in derselben Form zum Ausdrucke bringen wollen, dann ist eine Mehrheit für das Budget nicht unwahrscheinlich.

Dasselbe gilt für die Delegation. Wir bezweifeln, daß dort die deutschen Sozialdemokraten ihre grundsätzliche Opposition dauernd aufrecht erhalten können.

Der Friedensschluß mit der Ukraine hat die Stellung des Grafen Czernin derart befestigt, daß sie sogar die Ausschaltung des Parlamentes verträgt.

Man gewinnt den Eindruck, daß mit den wachsenden außenpolitischen Erfolgen mit der zunehmenden Verringerung des militärischen und wirtschaftlichen Druckes die Schritte des Grafen Czernin sicherer und fester geworden sind, daß er selbst bemüht ist, die Vieldeutigkeiten seiner früheren Politik zu beseitigen.

Er darf es uns aber nicht verübeln, wenn trotz der letzten entschiedenen deutschfreundlichen Erklärungen von der Ministerbank große Kreise unseres Volkes seiner Politik kein unbedingtes Vertrauen entgegenbringen, wenn sie behaupten, daß er nicht nur seine Taktik, sondern auch sein Ziel der Konjunktur anpasse.

Sie fürchten, daß der augenblickliche deutschfreundliche Kurs nicht aus Überzeugung, von der Notwendigkeit der Stärkung des deutschen Elementes eingeschlagen wurde, sondern aus nüchterner Berechnung der augenblicklichen Vorteile, die sich aus der rückhaltlosen deutschen Unterstützung, sowie aus dem Bundesverhältnisse ergeben.

Diese zahlreichen Zweifler wären glücklich, wenn sie endlich einmal angenehm ent-

Digitized by Google

täuscht würden. Jetzt rächt sich die Schaukelpolitik der Regierungen des letzten halben Jahrhunderts — selbst die staatstreuesten Bürger können sich nicht zu einem fröhlichen Glauben an den guten Willen der Staatslenker bekennen. Wenn Graf Czernin uns diesen Optimismus wieder verleiht, dann hat er sich um die Zukunft des Staates ein größeres Verdienst erworben als selbst durch den Friedensschluß mit der Ukraine.

Tolstoi und die Maximalisten

Von Arthur Luther

Zu Anfang des Krieges, als man in Rußland noch von dem Kreuz auf der Hagia Sophia träumte und statt Konstantinopel Zargrad zu sagen begann, wurde bei uns wiederholt auf den Zusammenhang dieser russischen Bestrebungen mit den politisch-religiösen Ideen Dostojewskis hingewiesen. Jetzt, wo der Traum von den Meerengen ausgeträumt ist und an seine Stelle der vielleicht noch kühnere Traum von der Errichtung des Zukunftsstaates auf den Trümmern des Zarismus getreten ist, des Zukunftsstaates, der von Rußland aus die ganze Welt beglücken soll, — tritt einem immer wieder das Bild des zweiten „großen Dichters des russischen Landes", das Bild Leo Tolstois vor Augen, und es ist eigentlich merkwürdig, daß man bisher bei uns noch so wenig auf den Zusammenhang zwischen der Lehre Tolstois und den Bestrebungen der Maximalisten aufmerksam gemacht hat.

Nun hieße das natürlich viel zu weit gehen, wenn man etwa versuchen wollte, Tolstoi als „den ersten Maximalisten" hinzustellen. Das geht schon deshalb nicht an, weil Tolstoi und — sagen wir einmal Lenin, mögen ihre Ziele oft auch wirklich die gleichen sein, doch über die Mittel zur Erreichung dieser Ziele ganz verschieden denken, so verschieden, daß man mit Sicherheit annehmen kann, Tolstoi würde, wenn er heute noch lebte, sich mit all seiner Heftigkeit gegen die Maximalisten wenden, so wie er ja auch schon 1905 der ersten russischen Revolution durchaus verneinend gegenüberstand. Dieses Verhalten erklärt sich ohne weiters aus seinem Hauptgrundsatz, den er immer und immer predigt: „Ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstreben sollt dem Übel." Diesem Grundsatz widerspricht die Taktik der Maximalisten mit ihrer Diktatur des Proletariats, mit ihren Revolutionstribunalen usw. natürlich durchaus, es ist kaum ein schrofferer Gegensatz denkbar. Und ebenso fällt ins Gewicht, daß die Maximalisten doch in erster Linie eine Arbeiterpartei sind, während Tolstoi immer wieder vom russischen Bauern ausgeht, und das Heil auch des Fabrikarbeiters nicht in „Verbänden, Genossenschaften, Ausständen, kindischen Mai-Ausflügen und dergl." sieht, sondern in der Rückkehr zur Landarbeit. In dieser Beziehung steht er unzweifelhaft den Sozialrevolutionären näher.

Immerhin aber berührt sich der Maximalismus in einigen seiner grundlegenden Lehren so nah mit Tolstoi, daß man darin wohl zum Teil die Erklärung dafür

Digitized by Google

suchen kann, daß er so viele Anhänger in Rußland gefunden hat. Oft sieht es so aus, als wollten Lenin und Trotzki einfach verwirklichen, was Tolstoi schon vor Jahren gepredigt hat. Wie sehr aber Tolstois Lehren schon in das russische Volk gedrungen waren, davon habe ich mich gerade in diesen Kriegsjahren aus der Lektüre verschiedener Gefangenenbriefe überzeugen können. Es ist ganz eigentümlich, wie in den orthographisch und stilistisch oft ganz unbeholfenen Ergüssen dieser einfachen Leute einem immer wieder die Gedankengänge des großen russischen Meisters begegnen.

In drei wichtigen Fragen stimmen die Anschauungen Tolstois und der Maximalisten überein: in der Beurteilung des Nationalitätenproblems und des Krieges, in dem Verhalten zum Kapitalismus und in der Agrarfrage. Alle diese drei Fragen hängen für Tolstoi insofern aufs engste zusammen, als Militarismus, Nationalismus, Kapitalismus und Landbesitz für ihn in gleicher Weise Zeugnisse der „Sklaverei unserer Zeit" sind. Diese Sklaverei wird erst dann ein Ende nehmen, wenn die Menschen nicht mehr in zwei Gruppen geteilt sein werden, von denen die eine von der Arbeit der andern lebt.

In dem Aufsatz „Patriotismus und Regierung" erklärt Tolstoi den Patriotismus für ein „für unsere Zeit unnatürliches, unvernünftiges, schädliches Gefühl", das durch alle Mittel, die vernünftigen Menschen zugänglich sind, vernichtet werden müsse. Das Bemühen, Sitten, Glauben, Sprache eines Volkes in ihrer Eigenart zu erhalten, sei das Haupthindernis für die Verwirklichung des von den Menschen schon erkannten Ideals der brüderlichen Einigung der Völker. Die Aufrechterhaltung der nationalen Eigentümlichkeiten führe nur zu immer größerer Entfremdung und Trennung der Völker.

Darum verwirft Tolstoi die Bestrebungen der nationalen Mehrheiten, den Minderheiten mit Gewalt ihre, der Mehrheit, Sprache, Glauben usw. aufzudrängen, er verwirft die russische Polen- und Finnlandpolitik; als das eigentlich Gefährliche und Verhängnisvolle dieser Politik erscheint ihm aber das, daß jeder Druck Gegendruck erzeugt, daß gerade die Verfolgungen, die „Finnen, Polen, Elsässer, Tschechen" erleiden müssen, sie in der Anschauung bestärkten, ihre nationale Eigenart sei etwas ga besonders Gutes, Wichtiges und Heiliges, das um jeden Preis erhalten werden m der Unterdrücker steckt den Unterdrückten an, der nun sein Volkstum mit eben werflichen Mitteln durchzusetzen sucht, wie jener es vernichten möchte.

Je mehr das Nationalgefühl gepflegt wird, desto mehr sympathisieren ohne jeden vernünftigen Grund, gegen das eigene Bewußtsein un ger Vorteile, mit ihren Regierungen in deren Überfällen auf fremd fremden Besitzes und in der gewaltsamen Erhaltung des liegt es natürlich im Interesse der besitzenden Klassen, da im Volke zu pflegen, — damit man jederzeit Leute bere

Digitized by Google

richtet sind und als unterwürfige Sklaven ihrer Vorgesetzten unweigerlich jeden morden, den zu morden ihnen befohlen wird". Denn „solange wir im ausschließlichen Genuß des Reichtums bleiben, während die Volksmassen durch die Arbeit erdrückt werden, wird es Kriege geben, weil wir Absatzgebiete, Goldminen usw. brauchen, um unsern Reichtum zu mehren und zu erhalten".

Das ist ganz genau das Glaubensbekenntnis der Maximalisten und nur von hier aus wird auch ihre Auffassung des „Selbstbestimmungsrechts der Völker" verständlich. Es ist den Lenin und Genossen gar nicht darum zu tun, daß den Letten, Ukrainern usw. die Möglichkeit gegeben werde, ihre nationale Eigenart, die von der alten russischen Regierung unterdrückt wurde, nunmehr frei zu entfalten. Im Gegenteil, das Nationalgefühl ist für sie, ganz wie für Tolstoi, etwas Überlebtes, in gewissem Sinne sogar Schädliches, das allenfalls geduldet, aber nicht gefördert werden darf. Für sie gibt es keine Nationen, sondern nur Parteien. Wollen sich bestimmte Bevölkerungsgruppen vom russischen Staat trennen, so kann und soll man sie nicht daran hindern; bleiben sie aber unter russischer Herrschaft, so wird man ihre Nationalität zwar vielleicht nicht direkt unterdrücken, aber man wird ihnen mit allen Mitteln zu Gemüte führen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, daß sie ihre nationale Eigenart wahren, als daß ihnen alle Segnungen des Maximalismus zuteil werden. Das zeigt ja die Art und Weise, wie die Maximalisten heute in Estland und in den von den Deutschen nicht besetzten Teilen Livlands wirtschaften; das zeigt auch die höchst eigentümliche Auffassung des Selbstbestimmungsrechts, wie sie z. B. bei den rigaschen Stadtverordnetenwahlen unmittelbar vor der Einnahme der Stadt durch die Deutschen zutage trat: da verdankten die Maximalisten ihren Sieg nur dem Umstande, daß sämtlichen in der Stadt garnisonierten Soldaten, von denen so mancher noch vor ein paar Monaten nicht einmal gewußt haben mochte, daß es eine Stadt Riga gibt, das Stimmrecht zuerkannt worden war.

Völlig übereinstimmend mit den Maximalisten beurteilt Tolstoi auch das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Statt aller langen Auseinandersetzungen gebe ich einfach ein Zitat aus der Schrift „Die Sklaverei unserer Zeit":

„Alle die Gegenstände, die von den Arbeitern erzeugt werden, werden im Laufe ihrer Herstellung denjenigen abgenommen, die sie erzeugen. Zuerst waren den Arbeitern die Erzeugnisse ihrer Arbeit ungerecht abgesprochen worden, worauf dann die Regeln festgesetzt wurden, wonach diese ungerecht abgesprochenen und gewaltsam weggenommenen Erzeugnisse als das unveräußerliche Eigentum der Räuber erklärt wurden. Das Eigentum der Fabrik, das durch eine Reihe von Betrügen an den Arbeitern erworben ist, wird als Produkt der Arbeit angesehn und als heiliges Eigentum bezeichnet; dagegen wird das Leben der Arbeiter, welche an der Arbeit in derselben Fabrik zugrunde gehen, sowie ihre Arbeit nicht als ihr Eigentum anerkannt sondern

Digitized by Google

als das des Fabrikanten, der die Notlage des Arbeiters zu seinem Vorteil ausnutzt."

Wie kann das anders werden? Tolstoi antwortet darauf genau so, wie die Maximalisten, die gegenwärtig ja eben dabei sind, die Sache praktisch zu erproben: durch Sozialisierung der Produktion und der Produktionsmittel. Der Begriff des Kapitals als solchen existiert für ihn überhaupt nicht; das Kapital ist wie das Geld, etwas, was die Unterdrücker erfunden haben. Er führt die russischen Bauern als Beispiel an, die sich irgendwo in Sibirien ansiedeln und Neuland bebauen: „Die Ansiedler beschaffen die Arbeitsgeräte für die Bebauung des Bodens und es fällt keinem ein, zu behaupten, daß dieses Arbeitszeug an und für sich etwas einbringen könnte, ebensowenig macht das Kapital irgendwelche Rechte geltend; im Gegenteil, die Ansiedler erkennen ganz bewußt an, daß jeder Zins für das Arbeitszeug, für geliehenes Getreide, für das Kapital eine Ungerechtigkeit ist."

Und weiter: „Die Menschen siedeln sich auf einem Stück Land an, jeder macht sich an die ihm entsprechende Arbeit, und nachdem er das erforderliche Arbeitszeug selbst gefertigt hat, tut jeder nur seine eigene Arbeit. Erscheint es jedoch diesen Leuten vorteilhafter, gemeinsam zu produzieren, so bilden sie eine Genossenschaft; aber weder in der Einzelwirtschaft, noch in der Genossenschaft wird es gesonderte Produktionsfaktoren geben, sondern nur die Arbeit und die notwendigen Arbeitsbedingungen."

Und: „Es mag Leute geben, die nach und nach schließlich ihrer Arbeitsgeräte gänzlich beraubt und dazu getrieben werden, mit fremden Werkzeugen Gegenstände zu produzieren, für die sie selbst keinen Gebrauch haben, aber das will nicht sagen, daß darin das Wesen der Produktion liegt, das bedeutet nur, daß es Fälle gibt, in denen das wahre Wesen der Produktion unterdrückt wird ... Das Recht eines Menschen auf Grund und Boden, den er nicht bearbeitet, ist in Wirklichkeit nichts anderes, als das Recht auf die Nutznießung eines Stückes Land, das ich nicht benutze, das Recht aber auf die Arbeitsgeräte ist nichts anderes, als das Recht auf Werkzeuge, mit denen ich nicht arbeite."

Hier wird schon die Agrarfrage gestreift. Für Tolstoi ist ja — und hier stimmt er nicht ganz mit den Maximalisten überein — der Industriearbeiter im Grunde nur ein vom rechten Wege abgekommener Landarbeiter. Der eigentliche Beruf des Menschen ist, den Boden selbst zu bebauen, der ihn ernährt, und wenn so viele davon abgekommen sind, so erklärt sich das wieder nur aus der Gewaltherrschaft einer starken Minderheit über die große Masse des Volkes. Diese Gewaltherrschaft hat es bewirkt, daß Grund und Boden, die ebenso Gemeingut aller Menschen sein müssen, wie Licht und Luft, Gegenstand des Einzelbesitzes, Kauf- und Tauschobjekt geworden sind. Das darf aber nicht sein. Der Boden gehört dem, der ihn bearbeitet.

Tolstoi lehnt sich hier zum Teil an die Theorien von Henry George an, geht aber noch weiter, indem er auch die von George geforderte Bodensteuer, die als einzige

Digitized by Google

Steuer bestehen bleiben soll, verwirft. Für Tolstoi bedeutet jede Art Steuer den Anfang der Sklaverei, „weil der Mensch, gezwungen zur Renten- oder Steuerzahlung bei jeder Mißernte, jedem Unglücksfall genötigt sein wird, bei dem Geld zu leihen, der es hat, und somit wieder in Sklaverei verfallen könnte."

Der Unterschied zwischen Tolstoi und George ist eben der, daß George am Begriff des Staates festhält und demgemäß Grund und Boden für Staatsbesitz erklärt. Tolstoi aber verwirft den Staat überhaupt, das Land ist ihm Besitz des ganzen Volkes und kann daher auch von niemand besteuert werden. Den Einwand, daß nun erst recht Besitzstreitigkeiten entstehen würden und die Staatsgewalt nötig sei, sie zu schlichten, widerlegt er mit der Behauptung, daß mit dem Aufhören des privaten Grundbesitzes auch die Wertsteigerung desselben fortfallen würde; die Menschen würden sich dann nicht mehr an einem Ort zusammendrängen, sondern sich an den leeren Plätzen niederlassen, deren es auf dem Erdkreis so viele gebe.

Man braucht nur das Agrarprogramm der Maximalisten, wie es sofort nach der Novemberrevolution veröffentlicht wurde, ganz flüchtig durchzusehen, um sich zu überzeugen, daß es in allen wesentlichen Zügen fast wörtlich mit diesen Ausführungen Tolstois übereinstimmt.

Das einzige, worin die Maximalisten nicht ganz mit Tolstoi übereinstimmen dürften, sind die Aussichten, die Tolstoi der Industrie stellt. Er glaubt, daß die Schaffung neuer Lebensbedingungen die Mehrzahl der Industriearbeiter aus den Städten zurück aufs Land treiben wird, so daß viele Betriebe lahmgelegt werden dürften, sieht darin aber keine Gefahr für den Volkswohlstand, — im Gegenteil: „Wenn infolge dieses Übergangs die Produktion unnützer und schädlicher Gegenstände, die jetzt in großen Werken mit außerordentlicher Schnelligkeit hergestellt werden, abnehmen und die gegenwärtig übliche Überproduktion notwendiger Gegenstände aufhören wird, während die Menge des Saatkorns usw. wachsen wird, so wird dadurch der Reichtum der Menschen nicht geringer werden, sondern nur steigen."

Ganz so schroff würde der Maximalismus das Problem wohl nicht formulieren, aber in der Verwerfung einer Industrie, die nur dem Kapitalismus dient und nicht den wirklichen Bedürfnissen des Volkes, sind die Maximalisten doch wohl mit Tolstoi einig. Klingt der folgende Passus aus der „Sklaverei unserer Zeit" nicht fast, wie ein maximalistisches Flugblatt?

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß Krupp bei der jetzigen Arbeitsteilung ausgezeichnete Kanonen macht, daß M. sehr rasch und geschickt Seidenstoffe, X. Parfümerien und Schminke, Y. feine Liköre produziert und daß dieses sowohl für die Konsumenten dieser Artikel, als auch für die Fabrikanten sehr nützlich ist. Die Kanonen, Parfümerien, der Schnaps sind all denen sehr erwünscht, die die chinesischen Märkte beherrschen wollen oder das Trinken lieben oder sich mit der Erhaltung ihres Teint beschäftigen; es wird aber auch Leute geben, die die Produktion dieser Artikel für

Digitized by Google

schädlich halten werden, und wer darf sie dazu zwingen, an der Erzeugung dieser Gegenstände teilzunehmen?"

Nun, dazu werden die Maximalisten einen auch nicht zwingen. Aber während Tolstoi grundsätzlich jeden Zwang verwirft, sind Zwang und Gewalt die Hauptmittel der Maximalisten, die, wie im Grunde alle Russen, fest davon überzeugt sind, man könne und müsse den Menschen auch zu seinem Glück zwingen; denn sie glauben wirklich, durch ihre Lehre die Welt zu beglücken, und daß nur der Unverstand daran zweifeln könne. Im Grunde dachte ja auch Tolstoi so: er war fest überzeugt, daß nur der Menschen eigene Torheit daran schuld sei, wenn das Paradies auf Erden noch nicht da sei; er konnte sich nur nicht entschließen, die Unverständigen ins Paradies hineinzu prügeln. Der geistige Despotismus aber, den er — zum Teil unbewußt — ausübte, war ein ganz gewaltiger. Und so erscheint er schließlich doch nicht nur in seinen Ideen, sondern auch in seinem Wesen den Maximalisten verwandt. Er hat sie nicht nur unmittelbar beeinflußt, sondern vor allem auch den Boden für sie vorbereitet.

Belgien und Holland

Von Professor Dr. N. Japikse, Haag

In dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" vom 28. Januar liest man ein Interview, das Exzellenz von Tirpitz dem Berliner Korrespondenten dieses Blattes über die Festhaltung der flandrischen Küste durch Deutschland gegeben hat. Es hat selbstverständlich in Holland die gebührende Aufmerksamkeit erregt. In Deutschland könnte man meinen, die Leute hier würden jetzt beruhigt sein. Hat doch der Admiral gesagt: „Das alles (s. c. die Schelde-Frage) wird bleiben wie es ist. Keins der Rechte Hollands darf im mindesten gekränkt werden. Das soll eine entscheidende Bedingung sein."

Und doch sind wir in Holland nicht ruhiger geworden. Wenn ein großer Nachbar eine hohe Fassade baut gen Osten eines Landhäuschens und nach einigen Jahren macht er Miene, diese Fassade auch an der Südseite dieses Häuschens durchzuziehen, obwohl ihm der Grund nicht einmal zugehört, dann wird der kleine Besitzer sich doch nicht recht behaglich fühlen können. Wird man ihm nicht zuviel vom Licht der Sonne nehmen? Welche schönen Worte der Kastellherr zu ihm spricht, er wird fürchten, daß seinem Besitze unermeßlicher Nachteil zugefügt wird.

Sagen wir's rund heraus: Der deutsche Einmarsch in Belgien im Jahre 1914 hat die Leute in Holland sehr aufgeregt. Momente der Verwandtschaft mit der belgischen Nation, Momente des Sentiments und des Interesses waren hier im Spiel. Es mag jetzt dahingestellt bleiben, ob dieser Einmarsch notwendig war, er bestimmte jedenfalls zu einem großen Teile die Meinung des niederländischen Volkes hinsichtlich des großen Krieges. Nur die vom Kanzler des Deutschen Reiches

Digitized by Google

ausgesprochene Versicherung, daß die Besetzung eine zeitliche wäre, konnte eine einigermaßen beruhigende Wirkung haben. Und wir wissen es auch jetzt — Gott sei dank — daß viele deutsche Männer der Ansicht Bethmanns treu geblieben sind.

Als im 17. Jahrhundert, im Zeitalter Ludwigs XIV., Frankreich versuchte, sich Belgiens zu bemächtigen, da sagte die Republik der Niederlande sich von der französisch-freundlichen Politik, der sie seit ihrer Geburt gefolgt war, los, und das stärkste nationale Moment in der Politik des Oraniers, Wilhelms des Dritten, zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts war eben die Sicherung Belgiens einem mächtigen Nachbarn gegenüber.

Die Zeiten, die Umstände, die Verhältnisse haben sich geändert. Aber der Kern der Sache ist derselbe geblieben, und Herr Professor Hans Delbrück hat durchaus recht, wenn er behauptet, daß die bleibende Besetzung Belgiens, in welcher Form auch, schon darum Deutschland keinen Gewinn bringen würde, weil dann Holland seine Zuflucht zu der Entente nehmen würde.

Erinnern wir uns doch an die Worte des deutschen Staatssekretärs des Äußern in einer Depesche an den deutschen Botschafter in London vom 4. August 1914[1]: „Wir verpflichten uns feierlich mit unserem Wort an Holland, streng seine Neutralität zu achten. Es ist einleuchtend, daß wir füglich nicht belgisches Territorium annektieren könnten, ohne zur selben Zeit Erwerbungen auf Kosten Hollands zu machen."

Offenbar ist die Meinung dieser Worte, daß Deutschland, wenn es sich in Belgien oder einem Teile Belgiens festsetzte, auch einem Teil der holländischen Provinz Limburg einverleiben müßte. Die Worte des Admirals von Tirpitz über die Art, wie er sich die Stellung Belgiens in der Zukunft vorstellt, sind nicht so klar. Es war im Interview die Rede von einer militärischen Besetzung Belgiens, von einer Basis für U-Boote, von einem unabhängigen Flandern, aber keine dieser wichtigen Dinge werden deutlich auseinandergesetzt. Es leuchtet jedoch ein, daß der Admiral jedenfalls in der einen oder der anderen Form eine Art Oberhoheit Deutschlands über Belgien beansprucht. Das ist der Angelpunkt und das würde auch die böse Tat sein, die fortwährend neues Böses gebären müßte. Wir in Holland wären immer der Furcht ausgesetzt, daß diese Oberhoheit auch unsere Selbständigkeit bedrohen würde.

Man vergesse niemals, daß die Niederlande, wiewohl politisch getrennt, zwei Randstaaten bilden zwischen großen Nebenbuhlern und daß ihre Lebensbedürfnisse und Interessen schon darum sehr viel Identisches haben. Was der eine erlebt, der andere erfährt es, sei es auch nicht genau in derselben Weise, ebensogut. Sie unterliegen zu einem großen Teil den Folgen von dem, was sich bei

[1] „We solemnly pledged our word to Holland strictly to respect her neutrality. It is obvious that we could not profitably annex Belgian territory without making at the same time acquisitions at expense of Holland". (English White Book, No. 157).

Digitized by Google

den großen Nachbarn abspielt. Sie vermitteln außerdem zwischen diesen letzten und sie werden im besonderen diese letzte Rolle auf ökonomischem und kulturellem Gebiet nur zu spielen vermögen, wenn sie unabhängig und frei sind. Eben in der Zukunft wird ihre Vermittelung von größerer Bedeutung sein können, als sie je zuvor war. Das muß jedermann zugestehen, der hofft und wünscht, daß so bald wie möglich nach dem Krieg: sich neue regelmäßige Beziehungen zwischen England und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits entwickeln. Und wer würde das nicht hoffen und wünschen? Die ganze Zukunft Europas steht hiermit auf dem Spiel.

Man lasse sich doch nicht irreführen von der feindseligen Stimmung, die im belgischen Volke augenblicklich gegen Deutschland obwaltet. Die Stimmung selber ist ja durchaus natürlich. Allein sie ist weder allgemein, noch ist umgekehrt die Stimmung der Belgier der Entente, im besonderen England gegenüber, allgemein günstig. Ich brauche diese Behauptung nicht in Einzelheiten auszuführen. Es genügt hervorzuheben, daß die sogenannte flämische Bewegung während des Krieges sehr verstärkt worden ist. Ich meine nicht die Bewegung der sogenannten Aktivisten, oder der Passivisten an sich, aber die Bewegung als Gesamtheit betrachtet. Es steht für mich ohne weiteres fest, daß eine restaurierte belgische Regierung mit dieser Verstärkung des flämischen Nationalgefühls zu rechnen haben wird. Aber das flämische Volk selber, dessen gemäßigte hiesige aktivistische und passivistische Vormänner einmal zusammenwirken werden, muß in letzter Instanz die flämische Frage lösen. Die Deutschen müssen die ihnen überlassen, und sie können ganz gewiß sein, daß das flämische Volk niemals eine rücksichtslose, volle Anlehnung Belgiens an die Entente gutheißen würde. Einer deutschen Lösung der flämischen Frage würde immer der Makel eines fremden Ursprunges anhaften.

Wäre einmal ein kulturell starkes Flandern da, eben die Rolle des Randstaates zwischen den germanischen und romanischen Nachbarn würde von Belgien desto besser gespielt werden können. Die Verwirklichung der Pläne des Admirals Tirpitz, wie sehr es ihnen an wirklicher Klarheit mangelt, würden die ganze Sachlage in den Niederlanden, bezw. in Europa, einstellen und die schwersten Folgen haben.

Im Haag, am 6. Februar 1918.

Zwangsläufigkeit

Von Dr. Ernst Jäckh

In der gleichen Woche, in der im öden Barackenlager des litauischen Brest vom mitteleuropäisch-vorderasiatischen Vierbund der Friede mit der Ukraine geschlossen worden ist, ist am Bosporus hinter hohen Mauern im einsamen Parkschloß der türkische Exsultan Abdul Hamid gestorben. Ob er wohl noch erfahren oder vorher schon

Digitized by Google

erkannt hat, daß in der jungtürkischen Entscheidung dieses Weltkrieges sein eigener alttürkischer Wille lebendig geblieben ist — nur zielsicherer und entschlossener und erfolgreicher als durch ihn selbst?

Abdul Hamids Person und Politik erlebte die Mittelmächte und den Orient in folgendem Verhältnis. Entlang der deutsch-österreichisch-balkanisch-türkischen Grenze rundet sich halbkreismäßig der großrussische Koloß, er drückt und rückt, er drängt und zwängt gegen die geographische Einheit der Länder zwischen Ost-Preußen und Ost-Türkei, zumeist durch das Mittel der balkanischen Mitte: sie soll den deutsch-österreichisch-ungarischen Zweibund vom Türkischen Reich trennen durch montenegrinische, serbische, bulgarische, rumänische und griechische Zwischenglieder und Umtriebe. Ein slawischer Balkanwall soll Deutschland-Österreich-Ungarn abschließen und bedrohen nordwärts, und ebenso das Türkische Reich südwärts. Der russisch-türkische Krieg in den ersten Jahren Abdul Hamids führt die russische Macht bis in die San Stefano-Vorstadt von Konstantinopel und legt den rumänischen Bundesgenossen und den bulgarischen Vasall quer über den Balkan, der Türkei gegenüber schon fast mit den gleichen Grenzen wie heute. Aber Bismarck rettet im Berliner Vertrag nochmals die geographische Einheit zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Türkei, holt Rußland über die Donau zurück und schiebt Österreich in den Balkan vor ... Das russische Revanchegeschrei vom russisch-französischen „Zweifrontenkrieg", von einem neuen „Marsch nach Konstantinopel durchs Brandenburger Tor" ist das Petersburger Echo ...

Die jungtürkischen Persönlichkeiten erleben von Anfang an fast die gleiche Willensrichtung. Wiederum schiebt und stößt der russische Imperialismus zwischen der Mittelmächte-Einheit einerseits und der türkischen Nachbarschaft andrerseits den Balkanblock des Balkanbundes im Balkankrieg und scheidet die vorherige geographische Dreieinigkeit und sperrt Deutschland den „letzten und einzigen Landweg in die Welt" orientwärts und will den Orient selbst sich unterwerfen. Eine Generation liegt in der Zwischenzeit von jenem ersten bis zu diesem letzten Versuch Rußlands; und während dieser Zeitspanne hat Abdul Hamid deutsche Arbeit in die Türkei gerufen für Bahnbauversuche und Armeeorganisation, und Bismarck hat eine deutsche Militärmission schon 1880 befürwortet, indem er sagte: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, der Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen sollten, so wäre die Haltung und die Wehrmacht der Türkei uns nicht gleichgültig; ... ihr Feind könnte auch unsrer werden." So ist es gekommen: der russische „Krieg um Konstantinopel" hat Ost-Preußen wie Ost-Türkei bedroht; und die jungtürkischen Politiker erlebten gleich dem alttürkischen Abdul Hamid die Zwangsläufigkeit der deutsch-türkischen Interessengemeinheit.

Der Friede von Brest-Litowsk zieht die Folgen daraus — und er bestätigt gewissermaßen den Frieden von San Stefano — nur in völlig umgekehrter Richtung! Damals legte Rußland einen südeuropäischen Wall zwischen die

Digitized by Google

Mittelmächte und den Orient; heute legt Deutschland einen osteuropäischen Wall zwischen die Mittelmächte und den Orient einerseits und die russische Gefahr andrerseits. Damals fügte Rußland sich Bulgarien und Rumänien als seine abhängigen Vasallen ein und bedrohte weiterhin die Türkei; heute fügen sich aus eigener Erkenntnis der Interessengemeinschaft und gemäß dem „Selbstbestimmungsrecht" als selbständige Genossen zusammen: die Mittelmächte und zuerst die Türkei, dann dazwischen Bulgarien, jetzt daneben die Ukraine, und bald dazwischen auch Rumänien, und bald noch der Grenze entlang von der ukrainischen Küste des Schwarzen Meeres bis zu den Stämmen des Finnischen Meeres die ganze Kette der durch diesen Krieg von russischer Herrschaft befreiten „Fremdvölker". Das ist die weltgeschichtliche Wendung seit San Stefano und durch Brest-Litowsk: Mitteleuropa und der Orient sind sicher und frei und zusammengefügt und zusammenwachsend als reichgestaltiger Organismus von Organen, die sich gegenseitig nötig haben. Zum erstenmal seit Jahrhunderten ist der russische Druck vom Osten und vom Orient genommen, und ist die großrussische Gefahr auf ihren Herd zurückgedrängt. Zu Beginn des Krieges lag der serbische Stein noch im Weg; dann gelang der Durchstoß und die Verbindung — dünnfadig und eingleisig nur; später breiter und ergiebiger durch Rumäniens Niederwerfung und Einfügung; heute nun bald durch das weite Gelände zwischen den Schwarzen Bergen und dem Schwarzen Meer, zu Land und zu Wasser. Das ist der anschauliche Ausdruck des Sieges von Mitteleuropa und Orient gegenüber dem russischen Mittelasien.

Namen wie Tannenberg und Gorlice weisen den Weg — und die Dardanellen: dort, in den Dardanellen, war der entscheidende Drehpunkt. Ihre Öffnung hätte bedeutet: sichere Versorgung von Rußland und Rumänien durch feindliche Munition, noch stärkerer Anprall von Rußland und Rumänien gegen Österreich-Ungarn, größere feindliche Erfolge und keine russische Revolution, und keine Möglichkeit zum Zusammenschluß zwischen Deutschland und Türkei, weder für Bulgarien noch für Ukraine, noch für andere. Die jungtürkische Einsicht und Entschlossenheit hat den Weg eröffnet, den Abdul Hamid tastend und zögernd gezeigt hat. Abdul Hamid hat die militärischen und technischen Mittel einer solchen Politik nur schaffen wollen, noch nicht schaffen können, die die jungtürkische Durchführung braucht; und darum mußten Erzerum, Bagdad und Jerusalem wie ferne Kolonien fallen, weil die Jungtürken in wenigen Jahren nicht erreichen konnten, was der Alttürke in vielen Jahren versäumt hat. Das ist die Belastung der deutsch-türkischen Politik durch Abdul Hamid, und deshalb hat zur gleichen Zeit, wo der russische Mittelasiengedanke scheiterte, der englische Mittelasienwille zunächst siegen können — hoffentlich nur vorübergehend.

Digitized by Google

Herrenhaus und berufsständisches Prinzip

Von Friedrich Thimme

Es ist heute, da uns in dem Wirbel der Ereignisse die Erinnerung an die Einzelvorgänge rasch entschwindet, fast schon vergessen, daß die Keimzelle für die Umbildung des preußischen Herrenhauses dessen Ablehnung der Diätenvorlage am 9. März 1917 und die damaligen Reden des Grafen Yorck und des Herrn von Buch sind. Infolge dieser Vorgänge brachte die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses den Antrag auf einen Gesetzentwurf ein, durch den eine Neuordnung in der Zusammensetzung des Herrenhauses in der Art herbeigeführt werden sollte, daß unter Aufrechterhaltung des königlichen Berufungsrechts, aber unter Beseitigung aller bisherigen Familien- und Standesrechte, allen größeren Kommunalverbänden, sowie allen für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes wichtigen Berufskreisen eine aus Wahlen hervorgehende, ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung im Herrenhause gewährt werde. Dieser Antrag war, wie der damalige Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, jetzige stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg am 14. März ausführte, aus dem Bewußtsein entstanden, daß mit dem heutigen Herrenhause auf die Dauer nicht zu arbeiten sei, wenn es sich darum handeln werde, die großen Fragen in Fluß zu bringen, mit denen wir nach dem Kriege zu tun haben werden. „Nach dem Beweise politischer Unklugheit, den sich das Herrenhaus durch seine Abstimmung in der Diätenvorlage geleistet hat, müssen wir befürchten, daß es zu einem Hemmschuh der Entwicklung wird; da müssen wir glauben, daß es die höchste Zeit ist, daß endlich einmal nach der Richtung etwas bei uns geschieht."

Die Regierung ist dieser Aufforderung rasch gefolgt: Die Osterbotschaft vom 7. April stellte für die Umbildung des Herrenhauses den Grundsatz auf, daß es in weiterem und gleichmäßigerem Umfange als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigen solle. Auch die Vorlagen vom 24. November v. J. hielten in dieser Frage die Richtlinien jenes nationalliberalen Antrags fest. Zwar verzichtete die Regierung, die die „Anknüpfung an das geschichtlich Gewordene und Bewährte" nicht völlig fallen lassen mochte, nicht durchaus auf die Berücksichtigung der hergebrachten Familien- und Standesrechte, deren Vertretern statt bisher 134 noch 60 Sitze vorbehalten wurden, im übrigen aber wurde genau nach dem nationalliberalen Vorschlag die künftige Zusammensetzung des Herrenhauses auf einer Verbindung des kommunalständischen mit dem berufsständischen Prinzip aufgebaut. Allerdings ward sich die Regierung bei der Ausarbeitung der Vorlage alsbald klar, daß es bei der weitgehenden, fortdauernd im Fluß befindlichen Differenzierung der einzelnen Berufsstände ein Ding der Unmöglichkeit sei, die Berufsvertretung bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen. Sie blieb daher dabei stehen, nur die be-

Digitized by Google

deutsamsten Gruppen aus den Ständen und Berufen herauszuschälen, die danach aber noch verbleibenden Unbilligkeiten auf dem Wege einer Berufung aus besonderem königlichen Vertrauen auszugleichen, zu welchem Zwecke sie sich die Besetzung von 150 Sitzen vorbehielt. Bei der Auswahl der für das wirtschaftliche und kulturelle Leben unseres Volkes wichtigen Gruppen hat die Regierung ihr Augenmerk offenbar auf diejenigen gerichtet, die bei der Durchführung des gleichen Wahlrechts zum Abgeordnetenhause nicht hoffen dürfen, eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung zu erhalten, also neben der Landwirtschaft, die ja noch in jedem Parlament, im Reichstage wie im Abgeordnetenhause, eine ausgiebige Vertretung gefunden hat, und eine Beschneidung ertragen konnte, auf Handel und Industrie, sowie auf das Handwerk. Völlig sah dagegen die Regierung von einer Vertretung der Arbeiterschaft ab, wohl nicht so sehr, weil diese nicht als ein in sich geschlossener Berufsstand erscheint, als, weil ihr bei dem gleichen Wahlrecht schon eine sehr ausgiebige Vertretung im Abgeordnetenhaus gesichert ist. Offenbar hat aber die Regierung dabei nicht genügend berechnet, daß der Einfluß der Arbeiterschaft besonders in sozialreformerischer Beziehung unwirksam bleiben muß, wenn bei der Zusammensetzung des Herrenhauses in dem Großagrariertum und dem industriellen Unternehmertum just diejenigen Berufsstände zu „Determinanten" des öffentlichen Lebens erhoben werden, die sich schon bisher in dem Widerstand gegen eine fortschrittliche Sozialpolitik zu finden pflegten, und die in Zukunft sicherlich eine geschlossene Phalanx in dieser Beziehung bilden würden.

Die Regierung hat sich überhaupt getäuscht, wenn sie glaubte, mit einer maßvollen Anwendung des berufsständischen Prinzips den rechten Weg zu finden, um das Herrenhaus in der öffentlichen Meinung zu heben. Es konnte gar nicht ausbleiben, daß dieses Prinzip, einmal auf den Schild erhoben, zu einem Wettlauf der Berufe führen mußte, zu einer Hervorkehrung und Betonung der materiellen Interessen, zu einer Abwendung von dem nationalen und sozialen Gemeinschaftsgeist. Mit Schaudern haben wir den sofortigen Ansturm der Berufsvereinigungen einsetzen sehen; er hat zu reinen Grotesken geführt. Durch die Arbeit des Verfassungsausschusses, der sich bemüht hat, das berufsständische Prinzip von den Hauptgruppen des Entwurfs auf eine Anzahl weiterer Berufe, darunter die Arbeiter, die Angestellten, die unmittelbaren und mittelbaren Beamten, die Lehrkräfte, die gelehrten Berufe, die Künstler, Schriftsteller und Journalisten auszudehnen, ist die Sache nicht besser, sondern eher schlimmer geworden, denn nun werden die einzelnen Berufsarten sich erst recht gegen die anderen benachteiligt glauben, und die, welche auch jetzt noch übergangen sind — und ihre Zahl ist Legion — werden sich aufs schwerste gekränkt fühlen. Wahrlich, es kann kaum ein geeigneteres Mittel gefunden werden, um ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der Berufe und Stände zu erschweren, als die Anwendung des berufsständischen Prinzips im parlamentarischen Leben.

Digitized by Google

Dabei kann für kein Parlament die Berufsvertretung, sobald sie sich über die Zusammenfassung der bedeutsamsten Gruppen hinaus erhebt, weniger angebracht sein, wie für eine Erste Kammer. In einem Oberhaus sollten gerade gegenüber den materiellen Interessen die großen und allgemeinen Gesichtspunkte, das Gemeinsame und Einigende betont werden. Es war der größte Vorzug des Herrenhauses, daß in ihm vor allem doch — wir sehen von den Ausnahmefällen ab, die es überall gibt — die Gesamtinteressen, nicht die Einzelinteressen der besonderen Berufe in den Vordergrund gestellt wurden. Das müßte bei der Durchführung des berufsständischen Prinzips, wie es vom Ausschuß angestrebt ist, von Grund aus anders werden; an die Stelle der staatsmännischen Erwägungen würde das kleinliche Gezänk der Berufsinteressen, an Stelle der Geschlossenheit, zu der sich oft die Beratungen des Herrenhauses erhoben haben, die itio in partes treten. Mit vollem Recht bemerkt Walther Rathenau in seinen jüngst im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Gedanken (12. Februar):

„Die Tätigkeit des Oberhauses darf noch weniger als die des Volkshauses auf kahlen Interessenkampf gegründet sein; hier darf nicht einmal die Partei vorwalten, hier bedarf es der Einheit und vor allem der Weisheit ... Dieses Parlament soll nicht selbständig sein, sondern weise, es soll nicht aus Fachmännern bestehen — wir gehen nachgerade am Fachmann zugrunde — sondern aus Menschen und zwar bedeutenden; es soll den Blick aufs Ganze richten, nicht das Geschrei der Interessen und Interessenten wiederholen ... In ein Oberhaus gehören nicht Menschen, die etwas vertreten, weder Meinungen, noch Interessen, noch Berufe, noch Herkommen, sondern Menschen, die etwas sind, etwas können und etwas geschaffen haben. Nicht Exponenten, Durchschnitte, Vereinsangestellte und andere Beauftragte, sondern Persönlichkeiten. Am wenigsten solche, die von ihresgleichen präsentiert werden. Denn jede geschlossene Körperschaft entsendet, wenn es schon einmal sein muß, denjenigen, der es am wenigsten mit allen verdirbt, der am besten dem Mittelmaß ähnelt, sofern er einigermaßen mit Rhetorik geölt ist; der Überragende ist in der Regel den älteren unter seinesgleichen verdächtig, den Gleichaltrigen verhaßt."

„In ein Oberhaus gehören die besseren der gewesenen Staatsminister, Diplomaten und Verwaltungsbeamten; bedeutende Militärs, hohe Kultusbeamte; die Oberbürgermeister der größten Städte; erfolgreiche und altansässige Landwirte, Arbeiter, Gewerbetreibende und Handwerker, die etwas geleistet oder organisiert haben, Frauen, die sich in öffentlicher Fürsorge bewähren; selbstgeschaffene und anerkannte industrielle und großhändlerische Führer; hervorragende Staatsrechtslehrer, Forscher, Künstler, Schriftsteller und Journalisten."

Aber freilich, wie sollen diese Elemente eines Oberhauses, wenn sie nicht von ihresgleichen zu präsentieren sind, zusammengebracht werden? Rathenau meint: ein Teil sollte kraft seines Amtes Mitglied sein, ein Teil von der Krone ernannt, ein Teil vom Unterhaus — jedoch nicht aus seiner Mitte — erwählt, ein Teil kooptiert werden. Diese leicht hingeworfenen Vorschläge werden ihrer Mehrzahl nach kaum brauchbar sein; weder der Gedanke einer Erwählung durch das Unterhaus oder der einer Kooptation durch das Oberhaus selber, oder gar der von Kurt Breysig gemachte Vorschlag, daß ein jedes Mitglied des Hauses selbst seinen Nachfolger erwählen solle, erscheinen durchführbar. Für einen Teil der zu Berufenden, so vor allem für das

Digitized by Google

Gros der aus der Selbstverwaltung stammenden, wird der Weg der Präsentation der gegebene bleiben. Aber wenn schon an der Verbindung des berufsständischen mit dem kommunalständischen Prinzip festgehalten werden soll, so sollte die Auswahl der Berufsvertreter ebenso wie die Zahl der auf die einzelnen Berufe Entfallenden doch möglichst einer Stelle überlassen bleiben, die über allen kleinlichen Interessen steht und bei der Berufung vor allem das eine berücksichtigt, ob die in Betracht kommenden Persönlichkeiten schöpferisch und zugleich geeignet sind, ihren Blick über die speziellen Interessen hinweg auf das große Allgemeine zu erheben. Diese Stelle kann nur die Krone sein. Erscheint das ihr damit einzuräumende Recht zu groß, so wäre leicht ein Mittelweg einzuschlagen, indem die auch hinsichtlich der verschiedenen Berufsarten zu wählenden Präsentationskörper nicht je eine Persönlichkeit, die dann nicht gut von der Krone abzulehnen ist — in der bisherigen Praxis des Herrenhauses ist ein solcher Fall noch gar nicht vorgekommen — sondern deren zwei oder drei präsentieren müßten, unter denen die Krone die Auswahl hätte. Wenn solchergestalt die Berufung nicht bloß nominell, wie nach der heutigen Vorlage, sondern in Wahrheit in die Hände der Krone gelegt würde, so könnte der Kreis der von dieser aus besonderem Vertrauen zu Berufenden ohne Schaden herabgesetzt, der Spielraum für einen Pairsschub, der namentlich den Konservativen ein Dorn im Auge ist, fallen gelassen werden. Anderenfalls muß die Beschränkung auf einen numerus clausus von 150 Personen, wie die Vorlage sie vorsieht, vom staatspolitischen Standpunkt aus schwere Bedenken verursachen. Wenn der Minister des Innern am Schlusse der ersten Lesung der Herrenhausvorlage in der Kommission ausgeführt hat: die Regierung sei bei dem Entwurfe davon ausgegangen, dem Herrenhause möglichst eine völlig selbständige Stellung einzuräumen; es sollten keinerlei Wege existieren, einen Widerspruch des Herrenhauses beiseite zu schieben; die Regierung wolle diese unabhängige Stellung des Herrenhauses gerade deshalb fest begründen, weil durch die Wahlreform eine außerordentliche Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Abgeordnetenhause eintreten werde, so scheinen alle die Gefahren nicht berücksichtigt, die in Nr. 1 dieser Zeitschrift der Abgeordnete Waldstein sehr treffend aufgezeigt hat: daß das Herrenhaus ein auf verfassungsmäßigem Wege unüberwindliches Hindernis jedes ihm unerwünschten Gesetzes und jeder Reform werden und die ganze Staatsmaschinerie zum Stillstand bringen könne. Was soll denn werden, wenn Abgeordnetenhaus und Herrenhaus, was bisher bei ihrer gleichartigen Zusammensetzung nicht eben zu befürchten war, was in Zukunft aber sehr leicht und sehr oft der Fall sein wird, sich auf keine Weise zu verständigen vermögen? Man versteht nicht recht, wie die Krone ihre schiedsrichterliche Stellung und Macht aufgeben kann. Die Konservativen freilich drängen diesmal auf die Beschränkung der Kronrechte. Sie haben es ganz offen in der Kommission herausgesagt, daß ihr Streben dahin gehe, das Herrenhaus zu einem Hemmschuh zu machen: „ein Hemmschuh habe immer etwas Gutes“!

Digitized by Google

Wir erinnern uns hier der Befürchtung Dr. Friedbergs vom 14. März 1917, daß das Herrenhaus zu einem Hemmschuh der Entwicklung werden könne. Sein damaliger Antrag bezweckte, diese Gefahr durch eine Reform des Herrenhauses zu beseitigen Die heutige Reform scheint aber vor allem, wenn auch noch die Bestimmungen über die Kompetenzverhältnisse von dem Ausschuß in der Richtung eines Hemmschuhs verschlechtert werden sollten, die Gefahr um vieles größer und drohender zu machen. Soll wirklich die Herrenhausreform einen circulus vitiosus schlimmster Art beschreiben? Wir hoffen, daß die Regierung, daß insbesondere Herr Dr. Friedberg diese Gefahr nicht zu leicht nehmen möge!

Amerikas Kriegswirtschaft

Von Linter

Sir Edward Grey hat zur Begründung der englischen Kriegserklärung im August 1914 darauf hingewiesen, daß in einem Weltkrieg neutrale Großstaaten kaum weniger von den Schrecken des Krieges zu leiden hätten, wie Staaten, die in den Kampf mit eingreifen. Kaum ein Engländer wird heute noch diesen Standpunkt für richtig halten. Namentlich nicht vom finanziellen Standpunkt aus: Die englische Staatsschuld ist trotz ungeheurer Steuerlasten von 710 Millionen Pfund Sterling bis heute auf ziemlich genau 6 Milliarden Pfund gestiegen. Noch klarer aber zeigt die finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten den Irrtum jenes Greyschen Ausspruches. Bis zur Kriegserklärung an Deutschland konnte Amerika alles in allem nur ungeheure Vorteile aus dem Völkerstreit buchen. Man hat bis zum 1. Februar 1917 diese Gewinne ziemlich genau mit 6 Milliarden Dollars berechnet. Und heute? Wenige Ziffern mögen die Antwort auf die Frage geben. In einer äußerst bemerkenswerten Rede, welche soeben Sir Edward Holden Bart, wohl der angesehenste englische Bankmann, gehalten hat, schätzt er die Kriegskosten der Vereinigten Staaten von Juni 1917 bis Juni 1918 auf 19 Milliarden Dollare. Darunter befinden sich 7 Milliarden Vorschüsse an die europäischen Verbündeten. Die Deckung dieser Unkosten ist wie folgt gedacht: Die beiden ersten Kriegsanleihen brachten zusammen 5,80 Milliarden Dollars. Weitere 2 Milliarden sollen durch Kriegszertifikate aufgebracht werden. Aus Kriegssteuern hofft man den sehr ansehnlichen Betrag von 4 Milliarden Dollars herauszuwirtschaften. Es fehlen dann noch rund 7 Milliarden, deren Deckung durch weitere Kriegsanleihen, aber auch durch Schatzwechsel erfolgen soll. Mit andern Worten: Ein einziges Kriegsjahr kostet den Vereinigten Staaten nach deutschem Gelde ungefähr 85 Milliarden Mark. Dagegen sind die europäischen Kriegskosten noch als bescheiden zu bezeichnen. Selbstverständlich sind das keine reinen Nettounkosten, da fast ein Drittel auf Vorschüsse an die Alliierten entfällt. Ob aber diese wirklich ohne Verlust später wieder

Digitized by Google

eingehen werden, ist heute noch keineswegs sicher. Wie es auch unsicher ist, ob dieser Voranschlag nicht zu günstig vorgenommen wurde, ob die Vorschüsse nicht schließlich doch erheblich höher geleistet werden müssen. Diese Zweifel erheben sich bei der Betrachtung folgender Übersicht für die neun Monate April bis Dezember 1917. In diesen betrugen

die amerikanischen Vorschüsse an die Alliierten

in Millionen Dollars:	April/Juni	Juli/September	Oktober/Dezember	Zusammen
Großbritannien . .	560	630	855	2045
Frankreich	210	480	595	1285
Italien	100	155	245	500
Rußland	100	175	50	325
Belgien	45	8	24	77
Serbien	3	—	1	4
Zusammen .	1018	1448	1770	4236

Wir sehen hier, was leider nicht verwunderlich ist, wie von Vierteljahr zu Vierteljahr die Vorschüsse lawinenartig wachsen. Daß darin noch lange keine Stagnation eingetreten ist, ergibt sich aus der neuesten Meldung, wonach bis zum 6. Februar, also in rund fünf Wochen seit Jahresschluß die Vorschüsse bereits auf 4684 Millionen Dollars angelangt sind. Das stellt aber nicht etwa das Gesamtrisiko Amerikas dar, denn bereits während der Zeit der Neutralität haben die Amerikaner ihren Freunden erheblich über 2 Milliarden Dollars vorgestreckt. Es besteht aber ein wesentlicher Unterschied im Charakter dieser alten und neuen Darlehen. Jene waren auf Grund privatwirtschaftlicher Übereinkommen durch die amerikanische Bankwelt gewährleistet worden. Für sie mußten dementsprechend sehr hohe Zinsen bezahlt werden, in der letzten Zeit 6—7 Prozent, darüber hinaus aber verlangten die amerikanischen Banken für derartige Anleihen Deckung in erstklassigen Wertpapieren. Demgegenüber werden seit April vorigen Jahres Darlehen an die europäischen Freunde ohne jegliche Deckung und zu den Selbstkosten bezahlt. Da die erste amerikanische Anleihe zu $3\frac{1}{2}$ Prozent ausgegeben wurde, wurde von April bis September vorigen Jahres ein Zinssatz von $3\frac{1}{2}$ Prozent bezahlt. Seitdem hat er sich auf $4\frac{1}{4}$ Prozent erhöht, weil die zweite Anleihe zu 4 Prozent ausgegeben werden mußte und außerdem noch der amerikanische Fiskus den Entgang an Steuern mit $\frac{1}{4}$ Prozent in Rechnung stellt. In absehbarer Zeit wird dieser Satz eine weitere Erhöhung erfahren, denn aller Voraussicht nach wird die dritte Anleihe wiederum, wie das in England auch der Fall war, zu einem höheren Zinssatz angeboten werden müssen. Denn die beiden ersten stehen heute an der New Yorker Börse erheblich unter ihrem Ausgabekurs. Sie sind mit andern Worten nicht gut untergebracht. Aber auch unter diesen Gesichtspunkten besehen, ist die amerikanische Freundschaft für die Entente außerordentlich wertvoll, denn heute würde die amerikanische Bankwelt nur mehr zu den beschämendsten Be-

Digitized by Google

dingungen der Entente Geld leihen. Der Kredit für England und Frankreich ist in den Vereinigten Staaten nämlich schwer erschüttert. Das ist keine Redensart, sondern ergibt sich rein ziffermäßig aus einem überaus interessanten Inserat, das wir im „Financial Chronicle“ vom 5. Januar finden. Dort bietet eine sehr angesehene New Yorker Bankfirma allerhand Ententewerte mit dem Hinweis auf deren hohe Rentabilität an und macht dabei folgende Rechnung auf:

Es rentierten sich mit:	Anfang 1917	Anfang 1918
Die 5prozentige englisch-französische Anleihe (fällig 1920) zu	7.20 Prozent	11.50 Prozent
„ 6 „ Stadtanleihen von Bordeaux, Lyon und Marseille (fällig 1919) zu	6.80 „	15.— „
„ 6 „ Anleihe der Stadt Paris (fällig 1921) zu . .	7.20 „	11.50 „
„ 5½ „ französische Anleihe (fällig 1919) zu	6.— „	9.80 „
„ 5½ „ englische Anleihe (fällig 1919) zu	6.05 „	7.80 „
„ 5½ „ „ „ (fällig 1921) zu	6.— „	8.— „

Der unabhängige Markt verlangt also heute von den gedeckten englisch-französischen Anleihen je nach ihrer Fälligkeit zwischen 8 und 15 Prozent! Das mag sich zwar später bessern, ist aber immerhin bezeichnend.

An und für sich recht bewundernswert ist die Energie, mit der Wilson die Steuerschraube anzieht, und schon im ersten Kriegsjahr werden, wie erwähnt, 4 Milliarden Dollars erwartet. Das Vorgehen ist recht eigenartig. Man stellte sich in Washington auf den Standpunkt, daß ein Normalverdienst von höchstens 9 Prozent des wirklich angelegten Kapitals vollauf genüge und daß andererseits im Kriege nicht mehr als im Frieden verdient werden solle. Auf diesen beiden Grundsätzen baute sich die Steuer auf. Indessen ist namentlich der Begriff „Normalverdienst“ darum äußerst dehnbar gewesen, weil die Frage, welches Kapital wirklich investiert ist, nirgends schwieriger zu beantworten ist als in den Vereinigten Staaten mit seiner bekannten Verwässerungspolitik. Es ist deshalb leicht verständlich, daß heute schon jenes Gesetz in den wichtigsten Punkten abgeändert werden muß, da kein Steuerbeamter und kein Anwalt sich an eine Auslegung des Gesetzes heranwagt. Immerhin hat das Gesetz genügt, um das in den Vereinigten Staaten bis vor einem Jahr üblich gewesene „Grobverdienen“ gründlich einzuschränken. Das zeigt nicht nur ein Blick auf den Kurszettel, sondern auch eine Betrachtung der wichtigsten Industrieabschlüsse. So hat beispielsweise die größte Gesellschaft der Stahltrust, im vierten Quartal 1917 „nur“ 60 Millionen Dollars Gewinn zu verzeichnen gegenüber 106 Millionen in der gleichen Zeit des Jahres 1916.

Diese Einschränkung der Kriegsgewinne wurde allerdings nicht nur durch die Steuern, sondern auch durch die Wilsonsche Preispolitik bestimmt, die ebenfalls die Anerkennung des unparteiischen Beurteilers verdient. Man hat auf die meisten Waren, deren die amerikanische Heeresverwaltung bedarf, die Preise scharf begrenzt — ein Vor-

Digitized by Google

gehen, das bei rechtzeitiger Anwendung auch in Deutschland viel Übel hätte verhüten können.

Um so ungünstiger scheinen die Erfahrungen mit dem amerikanischen Eisenbahnnetz gewesen zu sein, das ohnehin verhältnismäßig schlecht gerüstet in den Krieg eingetreten ist, da in den letzten Jahren aus finanziellen Gründen die Auffrischung des Wagenparks stark vernachlässigt worden war. Infolgedessen waren die Verkehrsstörungen allmählich so schlimm geworden, wie man es in einem großen und mit einem so wunderbaren Eisenbahnnetz ausgestatteten Lande (die Vereinigten Staaten besitzen 400 000 km Schienenlänge) nicht hätte für möglich halten sollen. Die schwere Kohlennot und vieles andere ist zweifellos auf diese Mißstände zurückzuführen. Aus allen diesen Gründen erklärte Wilson kurz nach Weihnachten die Übernahme des gesamten Verkehrswesens durch die Regierung. Ob damit die Verkehrsnot wirklich behoben wird, ist einigermaßen zweifelhaft. Eines aber ist sicher: dieser Schritt bedeutet eine abermalige Verteuerung der amerikanischen Kriegführung, denn Wilson hat sich verpflichtet, den Besitzern amerikanischer Eisenbahnwerte eine sichere Verzinsung für die Dauer der staatlichen Besitzergreifung zu gewähren. Da er außerdem die Eisenbahnarbeiter bei guter Laune erhalten muß, so sind Opfer für die Staatskasse oder aber eine außerordentliche Verteuerung der Frachtsätze nur schwer zu vermeiden.

Wohin man in den Vereinigten Staaten sieht, ob es sich nun um die eigentlichen Staatsfinanzen, das Steuerwesen, das Notenbanksystem, die Verkehrs- und Arbeiterfragen handelt, überall sieht man in viel größerem Maßstabe, als man hätte annehmen sollen, die ungünstigen Wirkungen des Krieges. Ob aber das alles genügt, den maßgebenden Männern in den Vereingten Staaten klar zu machen, was für ein schlechtes Geschäft die mutwillige Hinausziehung des Völkermordens ist, scheint nach den Versailler Beschlüssen, es sei denn, daß Wilson sich von ihnen schleunigst abwendet.

Notizen

Der Hilferuf der Fremdvölker. Die Ukraine, Finnland, die livländische Ritterschaft und das estnische Volk haben gleichzeitig Deutschland um Hilfe gegen den blutigen Schrecken angerufen, mit dem der Maximalistenwahnsinn diese Teile des einstigen Rußland bedroht und verwüstet. Eine ukrainische und eine estnische Abordnung sind nach Deutschland gekommen, um für ihre Völker bei uns das Wort zu führen: Kein Zweifel, daß unsere Truppen Waffenhilfe leisten werden. Das Eis geht! Endlich stehen wir frei vor der Welt da, wo wir hingehören, und wo wir innerlich uns stets bewußt waren zu stehen: als Verfechter des sittlichen Rechts im Völkerleben, als Schützer der unterdrückten und schwachen Nationen, die sich helfen lassen wollen. Bald genug wird man in aller Welt spüren, welch ein Aufschwung moralisch-unwiderstehlicher Kraft für Deutschland von hier ausgehen wird. Wer uns jetzt noch von bloßen Eroberungsabsichten redet, der zeigt, wie stumpf und dumpf sein Sinn gegenüber der wahrhaft großen und befreienden Aufgabe ist, die das deutsche Volk und seine Regierung jetzt gegenüber

Digitized by Google

der Flut des aus der Tatarei auf Europa andringenden anarchischen Wahnsinns übernommen haben. Die Fahne, von der wir gewünscht hätten, daß sie am ersten Tage des Krieges gegen Rußland erhoben wurde, die Fahne der Verteidigung der sittlichen Kultur Europas gegen das Moskowitertum — jetzt endlich weht sie uns voran, und niemand wird sie herunterholen, ehe wir nicht auch von diesem Stück unserer weltgeschichtlichen Aufgabe sagen können: sie ward getan — und Trotz jedermann, der Arges dabei denkt!

Die polnisch-ukrainische Abgrenzung. Zu den auffallendsten Ergebnissen des Friedensschlusses von Brest gehört die Ziehung der Grenze zwischen dem polnischen und dem ukrainischen Gebiet westlich des Bug. Der Bug grenzte seit 1815 auf einem großen Teil seines Laufes das sogenannte Kongreßpolen und die bisherigen russischen Gouvernements Wolhynien und Grodno voneinander ab. Auch Brest liegt auf dem rechten Ufer des Bug im Gouvernement Grodno. Auf dem linken Ufer des Flusses wohnen im Gebiet von Cholm und weiter nach Norden ungefähr bis zur Höhe von Brest in der Mehrheit Ukrainer. Die ukrainische Sprachgrenze geht dann unterhalb Brest auf das Ostufer des Bug hinüber und läuft östlich weiter, durch die Polesje, das große Sumpfgebiet des Pripet und seiner Zuflüsse. Polen und Ukrainer sind aber in der Gegend des Bug nicht scharf von einander geschieden; es gibt ukrainische Sprachinseln noch tief im polnischen Gebiet und polnische im ukrainischen. Die im Frieden von Brest festgesetzte ukrainisch-polnische Grenze entspricht weitgehenden ukrainischen Ansprüchen. An ihrem nordöstlichen, durch den Friedensvertrag festgesetzten Punkte, Prushany, ist sie in der Luftlinie nur noch 125 km von Grodno am Njemen entfernt, das vorläufig, gleich Wilna, sowohl von den Polen als auch von den Litauern beansprucht wird.

Sollte nun Grodno mit der nächsten Umgebung zu Litauen geschlagen werden, so würde für die eventuelle Ausdehnung Polens nach Osten auf das weißrussische Gebiet nur ein Verbindungsstreifen von rund 100 km Breite übrigbleiben. In Weißrußland operiert gegenwärtig eine polnische Streitmacht, die, wie es heißt, auf Betreiben der Entente und angeblich auch auch mit Ententemitteln aus der revolutionären russischen Armee herausgezogen und selbständig organisiert worden ist. Ob die Entente tatsächlich an dieser polnischen Armee so stark beteiligt ist, kann dahingestellt bleiben; jedenfalls haben die Polen Erfolge gehabt. Mohilew am Dnjepr, Minsk, angeblich sogar Smolensk, sind von den Polen besetzt, und der kommandierende polnische General soll die von den polnischen Truppen besetzten Teile Weißrußlands dem polnischen Staat dargebracht haben. Von Weißrußland, namentlich dem näher zu Polen gelegenem Gebiet, läßt sich sagen, daß ein erheblicher Teil des Großgrundbesitzes noch polnisch ist. Das weißrussische Volk, das etwa 5 Millionen zählt, hat zum Teil auch noch eine gewisse Erinnerung an die polnische Zeit. Eine Minderheit unter den Weißrussen ist katholisch und neigt dazu, beim Aufsteigen in die höhere Kulturschicht sich zu polonisieren. Besonderer nationaler Widerstand ist von den kulturell sehr unentwickelten Weißrussen weder einer eventuellen Polonisierung noch einer Ukrainisierung gegenüber zu erwarten. Sprachlich stehen die Weißrussen den Ukrainern näher als den Großrussen. Es fragt sich, was mit der Heranziehung der ukrainischen Grenze bis nahe an den zukünftigen litauischen Staat beabsichtigt ist und ob etwas damit beabsichtigt ist. Will man auf diesem schmalen Strich zwischen Prushany und Grodno Großrußland unmittelbar an Polen grenzen lassen? Will man Litauen so weit südwärts sich ausdehnen lassen, daß es direkt mit der Ukraine zusammenstößt, und Polen gegen

Digitized by Google

Großrußland ganz abgeriegelt wird? Will man trotz des schmalen übriggebliebenen Verbindungsraums jenseits dieser Enge doch noch weißrussische Landstriche an den polnischen Staat kommen lassen? Denkt man sich, daß Polen und Ukrainer miteinander über gegenseitige Zugeständnisse verhandeln sollen, um für Polen eine Erweiterung des Verbindungsraums nach Weißrußland hin zu erlangen? Haben die galizischen Fragen etwas hiermit zu tun? Wir fürchten, daß die schließliche Beantwortung dieser schwerwiegenden Fragen nicht außer Zusammenhang mit den Fehlern erfolgen, die von polnischer Seite begangen wurden, als der klare und unzweideutige Verzicht auf die einstigen Landesteile Polens in Deutschland nicht geschah, und die polnische Armee des 5. November nicht zustande kam.

Die maximalistische Welle beginnt sich zu überschlagen. Es mehren sich die Anzeichen, daß nicht nur in der Provinz, sondern auch in Petersburg die Bevölkerung des Terrorismus der Maximalisten überdrüssig zu werden beginnt. Ein wichtiger Schritt in diesem Kampf bedeutet ein Aufruf des Führers der Sozialrevolutionäre, Tschernow, gegen den maximalistischen Terror. Da bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung bekanntlich die Sozialrevolutionäre die weitaus größte Zahl der Mandate erhielten, so ist dieser Versuch eines Kampfes gegen Lenin und Trotzki viel aussichtsreicher als die bisherigen Versuche der Kadetten. Dazu kommt, daß das Scheitern der Friedensverhandlungen den Maximalisten den Nimbus der Friedensbringer nehmen wird, sobald wie Kühlmann in seiner Schlußrede feststellte, „die Kriegshandlungen wieder aufleben" werden. Das starke Betonen der Notwendigkeit eines Friedensschlusses durch Tschernow dürfte damit starke Kräfte für die Sozialrevolutionäre frei machen. Wie aber auch der Vorstoß der Sozialrevolutionäre auslaufen mag, die maximalistische Flut scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben und vor dem Fallen zu stehen. Die Stockholmer Meldung über den Tschernowschen Aufruf besagt:

In allen größeren Städten Rußlands werden mit der Unterschrift des Hauptkomitees der Armee versehene Flugblätter verteilt, in denen folgende vielsagende Forderung enthalten ist: Wir empfehlen allen sozialistischen Parteien und allen demokratischen Organisationen, von Lenin und seinen Genossen die Durchführung des nachfolgenden Programms zu fordern:

1. Gänzlicher Bruch mit dem System der terroristischen Politik und Wiederherstellung aller bisherigen Freiheiten.

2. Sofortige Festsetzung des Termins für den Wiederbeginn der Beratungen der Konstituante mit voller Redefreiheit.

3. Die Überweisung des Bodens an die Verwaltung des Ackerbaukomitees.

4. Weiterführung der Friedensverhandlungen.

5. Eine schleunige Durchführung des Programms und Übernahme der obersten Staatsgewalt durch den Präsidenten der Konstituante.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 1. März 1918 • Heft 9

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Den Russen, die kein Mittelalter durchgemacht haben, fehlt der Ritterlichkeitsbegriff. Für sie ist die Sprache der Kraft die einzig verständliche. Großmut üben sie selbst nicht und halten sie bei anderen für Schwäche. Unser Vormarsch auf Trotzis Brüskierung in Brest-Litowsk war, wie der Erfolg zeigt, die einzig richtige Antwort. Die Befürchtung, als ob wir durch Tatkraft uns in Rußland dauernde Feindschaft erwecken würden, ist gänzlich verkehrt. Rußland hat es England nie nachgetragen, daß ihm Japan auf den Hals gehetzt wurde. Vielmehr schloß es mit beiden bald ein Bündnis ab, weil es sich lohnt, mit Klugheit und Kraft zusammenzustehen. Unser Edelmut dagegen, der uns abhielt, während des japanischen Krieges, wie die Engländer es vorschlugen, die russische Gefahr zu beseitigen, hat Rußland nicht verhindert, den Kriegsbrand gegen uns zu entzünden. Für uns ist daher der richtige Weg gegenüber Rußland vorgezeichnet. Wir müssen es England und Japan an Klugheit und Kraft gleichtun. Dann wird die russische Zuneigung ganz von selbst kommen.

*

Das Wort eines unabhängigen Sozialdemokraten, die baltischen Hilferufe seien in Berlin fabriziert, wird durch die Wucht der Tatsachen Lügen gestraft. Laut Heeresbericht kämpfen die Esten auf unserer Seite gegen die Russen. Damit ist für die Neutralen, aber auch für unsere Sozialdemokratie der unumstößliche Beweis erbracht, daß nicht nur die „baltischen Barone", sondern auch die „unterdrückten" Volksmassen, soweit sie nicht, wie ein Teil der Letten, dem Maximalismus verfallen sind, den festen Entschluß gefaßt haben, mit Waffengewalt das russische Joch abzuschütteln.

*

Kommt Rumänien zum Frieden? In ein paar Tagen muß sich das Schicksal des Landes und der Dynastie entscheiden. Seit dem Frieden mit der Ukraine ist es, zudem in heftige Kämpfe mit den Banden der Maximalisten verwickelt, ohne allen Rückhalt

Digitized by Google

Wir können ihm auch einen Frieden gewähren, der Bulgariens Ansprüche befriedigt und das bessarabische Problem erledigt. Es erhält diesen Frieden aber nur, wenn wirtschaftlich, politisch und militärisch die Garantien gegeben sind, die Rumäniens Zukunft an das Schicksal Mitteleuropas binden. Die konservativen Staatsmänner, die in Bukarest geblieben sind, wissen das und werden so mit dem neuen Ministerpräsidenten, General Averescu, zu handeln haben.

*

Lloyd George ist in England Sieger geblieben, noch einmal; die Vertrauensfrage wurde nicht gestellt. Aber daß er den Generalstabschef Robertson opferte, verschärft im Volk und an der britischen Front die zerrissene Stimmung, mit der man die deutsche Kriegsaktion erwartet. Northcliffe hat es in diesem Augenblick übernommen, die Offensive gegen die deutsche Heimatfront amtlich zu leiten. Er ist der Propagandachef für die Agitation in den Ländern des Vierbundes geworden. Die Öffentlichkeit dieses Vorgangs hat etwas Verblüffendes. Ausrichten wird dieser Techniker der Verleumdung, denken wir, nichts, denn nach 3½ Jahren von sorgfältiger Dosierung ist unser Volkskörper gegen dieses Gift immun geworden.

*

Das Schwergewicht der innerpoiltischen Situation legt sich im Augenblick auf die preußischen Nationalliberalen. In dem Kampf zwischen Friedberg und Lohmann sammelt sich die politische Entscheidung unserer Zukunft. Einstweilen ist Friedberg unterlegen, vielleicht weil er selber einen Augenblick schwankte. Die Mehrheit seiner alten Fraktionsgefolgschaft hat im preußischen Verfassungsausschuß das gleiche Wahlrecht zum Fall gebracht. Nie wurde das Odium einer unpolitischen Handlungsweise bereitwilliger aufgenommen — die Konservativen können lachen. Sie sind entlastet. Denn das Musterbeispiel von Mandatsangst an Stelle von Staatspolitik ist von der anderen Stelle gegeben. Die Regierung, soll sie nicht ihre Autorität aufs tiefste erschüttern, muß jetzt mehr als je ohne Konzessionen ihrem Führerberuf dienen. Der Monarch steht fest zu seinem Willen.

*

Das Herrenhaus wartet ab, was ihm vom Landtag überreicht wird. Die Öffentlichkeit geht in sehr unsicheren Schritten, wenn sie den Weg vorfühlen will, den die „Erste Kammer" suchen wird. In den stillen Stuben beginnt aber auch dort die Auseinandersetzung — denn der berufsständische Gedanke schafft selbst hier innerhalb der wenigen Fraktionen neue Bindungen. Aber es ist unverkennbar: die alten Magnatengeschlechter sperren sich gegen die neuen Vertretungen der gebundenen Mandate. Sperren sich vielleicht auch gegen die Beschränkung des Kronrechts, das dem König die freien Ernennungen begrenzen will. Denn sie sehen gerade hier, gegen „unerwünschte Tendenzen" im eigenen und im andern Haus, einen Hebel der königlichen Macht. Das Herrenhaus will seine Reform selber besorgen. Es ergibt sich der

Digitized by Google

eigentümliche Zustand, daß man heute hoffen muß: diese Stelle wird die Verewigung des schwerindustriell-großagrarischen Dauerkartells, das in dem Ausschußentwurf seinen Grundriß gefunden hat, vielleicht wieder verwerfen.

*

Die Bevölkerungsverschiebung seit 1867 bezw. 1871 wird jetzt endlich, wenn auch unvollkommen, anerkannt. Dem Reichstag wird das Gesetz vorgelegt, daß er neue Mandate schafft; gleichzeitig mit dem Grundsatz der Verhältniswahl, den bislang nur Württemberg durchgebildet hat. Sachlich erscheint eine alte Forderung der einfachen logischen Gerechtigkeit, wenn auch nur auf Abschlagung, erledigt. Politisch bedeutet der Vorgang eine Sicherung der gegenwärtigen Mehrheit, wenn sie, was heute nicht unwahrscheinlich gelten muß, ihre politische Tragfähigkeit über die derzeitige Legislaturperiode ausdehnen will und kann.

*

Herr von Oldenburg-Januschau prägt die Stichworte des Umsturzes von oben: ... „was nach innen geschehen wird, wie wir da herauskommen werden, das ist Gott dem Herrn bewußt. Der Kanzler, der das eines Tages wieder in Ordnung bringt, auf den wird wohl geschossen werden, und wenn nicht auf ihn geschossen wird, taugt er nichts (Heiterkeit und Bravo); es kommt bloß darauf an, daß er selber auch schießt" (Heiterkeit und Bravo). Die fröhliche Erwartung dieses Tages belebte die Jubiläumsversammlung des Bundes der Landwirte, der zum Symbol auch Landrat Rötger, der Sachwalter des Zentralverbandes der Industriellen, die Gunst seiner Gegenwart schenkte.

*

Die deutsche Sozialdemokratie hat eine wichtige und dringliche Aufgabe: ihre Wiener Genossen im Zaum zu halten. Otto Bauer, aus der russischen Gefangenschaft entlassen, macht die „Arbeiterzeitung" zu einem Ableger von Bolschewismus, und Viktor Adler verkündet, daß Österreich-Ungarn aller Kriegsbedrohung ledig, also zum eigenen Frieden reif. Derlei hören auch die deutschen Proletarier, die Czernowitz, Lemberg und Görz befreit haben, auf die Dauer nicht ohne dumpfen Zorn.

Der Eisgang im Osten

Von Dr. Paul Rohrbach

Wie richtig die russischen Dinge von uns beurteilt worden sind, das zeigt sich jetzt durch den Verlauf der Ereignisse dort, wo bisher Rußland war. Die Nachricht, daß Lenin und Trotzky durch die Agrarsozialisten unter Tschernow gestürzt worden seien, lief den Ereignissen voraus, aber es ist doch wahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit dazu kommen wird. Vor allen Dingen haben wir aber gesehen, wie sofort, nachdem unsere Truppen sich in Marsch gesetzt hatten, die Friedensbitte der

Digitized by Google

maximalistischen Diktatoren eintraf. Man sollte daraus lernen, daß es nur ein Mittel gibt, mit dem Russen von politischen Angelegenheiten zu sprechen: ihn fühlen lassen, daß er der schwächere Teil ist! Geschieht das nicht, so bildet er sich stets ein, der Stärkere, oder mindestens der Schlauere zu sein. Die Vorlesung, die wir darüber in Brest bekommen haben, sollte einem politisch nicht zu unbegabten Volk auf ein Menschenalter zur Belehrung genügen.

Richtig ist auch die Bemerkung, der man jetzt in der deutschen und neutralen Presse häufiger begegnet, daß Lenin und Trotzki ihre irrige Meinung, sie würden uns noch zu gezwungenen Mitspielern oder bolschewistischen Affenkomödie machen und den Frieden schließlich mit Liebknecht und Ledebour schließen können, stark aus unseren Streiks und aus der Haltung der meisten sozialdemokratischen und einiger anderer deutscher Zeitungen geschöpft haben. In der bürgerlichen deutschen Presse hat sich fortdauernd Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung" hervorgetan, dessen Artikel ein Russe, mag er Maximalist, Zarist oder sonst etwas sein, nur als fortgesetzten Ausfluß eines ausgesprochenen deutschen Schwächegefühls und als Beweis gründlich verkehrter Beurteilung aller Verhältnisse im Osten verstehen kann. Hand in Hand mit Bernhard, von ihm auch als Zeuge und Helfer verwertet, ist Professor Hoetzsch in der „Kreuz-Zeitung" tätig gewesen, wobei nur erfreulich war, daß der Führer der konservativen Partei im Reichstag die Annahme Professor Hoetzsch vertrete mit seiner russischen Politik den Standpunkt der Partei, unzweideutig zurückwies. Wir halten es heute nicht mehr für nötig, eine eindringende Untersuchung über das System Hoetzsch-Bernhard und die Einführung verkehrter Gesichtspunkte zur Ostpolitik in unsere öffentliche Meinung anzustellen. Die Ereignisse selber haben gesprochen, und die seltsamen Irrgänge, in denen der Geist der beiden Herren und einer Anzahl mehr oder weniger offen hervortretender Geistesverwandter sich gefiel, sind so deutlich, wie man nur wünschen konnte, gekennzeichnet.

Für das bisherige Rußland ist es geschichtliche Nemesis, daß der moskowitische Charakter nun auch den letzten Akt in dem Schauspiel des Zusammenbruchs selber herbeigeführt hat. Ohne Zweifel hätte das zarische Rußland einen Frieden haben können, der es im ungeschmälerten Besitz seiner Grenzen und seines äußeren Machtumfanges ließ. Zur Zeit Stürmers und Protopopows waren bekanntlich starke Einflüsse bei uns für den russischen Sonderfrieden tätig, und wenn die damaligen Regierungsleute in Petersburg gegenüber dem fanatischen Kriegswillen des Dumablocks und der öffentlichen Meinung die Kraft und den Mut zu Friedensverhandlungen gehabt hätten, wenn sie nicht gewußt hätten, daß sie ihren Kopf und der Zar seine Krone riskierten, sobald sie auf die deutschen Annäherungsversuche eingingen, so hätten wir 1916 einen Abschluß mit Rußland erlebt, der den befreienden Eisgang im Osten noch lange nicht hätte eintreten lassen. Dann kam die Zeit, wo Kerenski nur seine Hand auszustrecken brauchte, um den von uns abermals angetragenen

Digitized by Google

Frieden mit geringen Opfern für Rußland zu erhalten. Die Ukraine hatten wir noch nicht entdeckt, und was Litauen und die baltischen Provinzen betraf, so begriff nur ein Minderheit bei uns, daß die Ausscheidung dieser Gebiete aus dem russischen Staatskörper auch dann verlangt werden mußte, wenn Kerenski gegen ihre Rückgabe den Frieden zu bewilligen bereit war. Kerenski und seine Gesinnungsgenossen fingen an, als ob sie in Wahrheit Frieden und Freiheit für alle Völker Rußlands wollten. Es dauerte aber nicht lange, so schlug der großrussische, moskowitische Charakter durch. Sie vergaßen ihre Versprechungen und Proklamationen und richteten das alte System der Unterdrückung und Vergewaltigung gegen die Fremdvölker und Ukrainer wieder auf. Zuletzt kamen Lenin und Trotzki, verkündeten wieder freies Selbstbestimmungsrecht für Finnländer und Ukrainer, für Esten, Polen, Tataren und Kaukasier, und stellten die dumme, mit den Vorhängen des demokratischen und des annexionslosen Friedensgedankens maskierte Falle von Brest auf. Auch diese tollen und blutigen Harlekine hätten noch von uns einen Frieden bekommen können, in dem wir der grundsätzlichen Einflußnahme darauf entsagten, wie sich in Rußland das innere Verhältnis der Nationalitäten gestaltete. Trotzki hätte nur zuzugreifen gebraucht, und die Ukraine, Finnland, Livland und Estland wären nicht so schnell als notwendige Sicherungen Mitteleuropas gegen die moskowitisch-tartarische Anarchie in den Gesichtskreis des ganzen deutschen Volkes getreten. Trotzki aber wollte die deutsche Revolution, und bei den Bolschewiki offenbarte sich in überraschend kurzer Zeit derselbe unzerstörbare Charakterzug des Moskowiters, daß er, gleichviel ob Zarist ob Republikaner oder Anarchist, nicht anders kann, als unterjochen, vergewaltigen, morden und zerstören.

Nun endlich krachte es in der Eismasse. Die Decke barst, die Schollen fingen an zu gehen und unwiderstehlich treibt nun vor unseren Augen der ganze Eisstoß, sich überstürzend, gleitend, splitternd stromab. Wodurch haben wir das erlebt? Etwa kraft unseres uranfänglichen politischen Verständnisses? O nein, dieses Verständnis wäre dreimal in drei Jahren bereit gewesen, um des Scheins einer augenblicklichen Erleichterung willen auf das zu verzichten, was für eine tiefblickende und zielbewußte deutsche Politik vom ersten Tage des Krieges mit Rußland an als Friedensprogramm hätte aufgestellt werden müssen: Rußland aus einer unsere nationale Sicherheit bedrohenden Weltmacht in einen geographischen Begriff zu verwandeln. Das ist es, was wir jetzt erleben, und wenn es auch größer und erhebender wäre, unsere Politik hätte das schon an dem Tage vorbedacht und vorgewollt, als Rußland uns durch seine Mobilmachung den furchtbaren Entschluß aufnötigte, ihm den Krieg zu erklären, so freuen wir uns darum doch des wunderbaren und gnädigen Geschicks, das es trotz allem so hat kommen lassen; wir freuen uns in aller Bescheidenheit auch darüber, daß wir unbeirrt durch den mehrfach sich wiederholenden scheinbaren Tiefstand der Aussichten auf ein gutes Ende im Osten, niemals in diesen Jahren etwas von der großen Gesamt-

Digitized by Google

idee preisgegeben haben, Rußland durch Osteuropa zu ersetzen. Der größte Helfer aber ist uns dazu der Moskowiter selber gewesen, und weil diese durchschlagende Hilfeleistung Moskaus für den Sieg des deutschen Gedankens in der Welt mit Naturnotwendigkeit aus dem inneren Wesen des Moskowitertums hervorkam, darum sind wir auch sicher, daß dies Wesen unser und aller befreiten Völker im einstigen Rußland nie versagender Bundesgenosse auch in zukünftigen Fährlichkeiten bleiben wird.

Trotzkis Friedensangebot mag man behandeln, wie es das nach allem Vorhergegangenen verdient. Wahrhaft ehrlich ist jetzt so wenig gemeint, wie vordem, und wie gesagt, nichts ist zweifelhafter, als wie lange Lenin und Trotzki noch an der Macht bleiben. Zu den Bedingungen, die jetzt übereinstimmend als Voraussetzung dafür genannt werden, daß wir wieder verhandeln: Räumung der Ukraine, Finnlands, Estlands und Livlands von dem maximalistisch-moskowitischen Raub- und Mordgesindel, würden wir jetzt noch hinzufügen: Entschädigung sowohl der Ukrainer als auch der Finnländer und der deutschen, estnischen und lettischen ausgeplünderten Landesangehörigen im baltischen Gebiet für alle Verluste und Mordtaten. Diese sind unter Verantwortung der maximalistischen Machthaber in Petersburg erfolgt; sie sind von ihnen angeordnet und die Täter sind mit Geld, Waffen und Panzerzügen ausgerüstet worden.

Unter den Gebieten, die jetzt von Moskau befreit sind oder der Befreiung entgegengehen, ist die Ukraine wichtiger als alle anderen zusammen. Es ist nötig, daß man sich bei uns mit Energie dem Studium des ukrainischen Lebens, der ukrainischen Geschichte und der zu entwickelnden Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine hingibt[1]. Die Befürchtung, als ob mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Wirren die Existenz des ukrainischen Staates selbst wieder in Frage gestellt werden könnte ist grundlos; sie kann nur auf gänzlicher Verkennung aller Grundlagen und Wurzeln der gegenwärtigen Vorgänge in Osteuropa beruhen. Auch was Finnland betrifft, braucht niemand mehr Sorge um den endgültigen Ausgang zu haben. Die Zustände dort, so furchtbar sie sind, werden nicht mehr lange dauern. Finnland ist als Glied des besseren Europa vom Bösen gerettet und wird, wenn es hoch kommt, nach einem Menschenalter seine Wunden geheilt und verschmerzt haben.

Als ernsthafte Sorge besteht nur die um die Entwicklung der Dinge in Polen. Die letzten Nachrichten, die auf ukrainischer Seite Bereitwilligkeit erkennen lassen, über das Cholmer Land und die angrenzenden Gebiete nochmals mit den Polen zu verhandeln, könnten günstig wirken, wenn nicht noch an anderen Stellen in Polen Grund zur Unruhe bestände. Die Polen haben zwar recht, wenn sie sagen, daß vor

[1] Unmittelbar nach dem deutsch-ukrainischen Friedensschluß erging von ukrainischen und deutschen maßgebenden Stellen der Vorschlag zur Gründung einer deutsch-ukrainischen Gesellschaft. Er ist bereits in der Verwirklichung begriffen; vorläufige Auskunft erteilt der Ausschuß für deutsche Ostpolitik, Berlin W., Kurfürstenstr. 101.

Digitized by Google

und nach der Proklamation über die Wiederherstellung des polnischen Staats manches von dem, was auf unserer Seite geschah, nicht geeignet war, eine günstige Entwicklung der Dinge in Polen zu fördern. Schwerer aber scheint es uns zu wiegen, daß man auf der polnischen Seite offenbar während das entscheidenden Zeitraums nicht erkannt hat, wie sehr es im Interesse Polens war, trotz dieser Hinderungen und über alle Kritik an dem Verhalten der Polen besetzt haltenden Gewalten hinweg, zwei Tatsachen sicherzustellen: das polnische Heer und den unzweideutigen Verzicht der maßgebenden Stellen auf die polnischen Landesteile des Deutschen Reiches. Man mag die von deutscher und österreichischer Seite in Polen gemachten Fehler noch so eindrucksvoll zur Verteidigung der polnischen Partei und der polnischen Gesellschaft gruppieren können, aber diese Verteidigung findet keine Antwort auf den Vorwurf: bei hinreichendem staatsmännischen Einblick in die Lage hätten die Polen erkennen müssen, daß sie dauernd in Gefahr schwebten, ihr oberstes Ziel, einen lebensfähigen und hinreichend ausgedehnten polnischen Staat bei den starken entgegenwirkenden Kräften nicht zu erreichen, außer durch heroische Anwendung jener beiden Mittel, polnische Armee und klaren Verzicht auf Posen und Westpreußen. Hier hat die staatspolitische Einsicht großen Stils bei ihnen versagt, und darum ist es schwer, jetzt für die Polen einzutreten. Sicher ist die Ukraine als zukünftige europäische Macht wichtiger als Polen. Trotzdem wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn man jetzt dazu schreiten wollte, zwischen Mittel- und Osteuropa ein polnisches Serbien zu schaffen. Die Polen sind ein Volk von 18 Millionen und die Serben zählten kaum 9; davon nur ein Drittel im serbischen Königreich, und der Rest noch lange nicht voll für das national-serbische Ideal gewonnen. Trotzdem nahm die Weltkatastrophe von Serbien ihren Ausgang. Etwas ähnliches kann sich eines Tages von Polen aus wiederholen, wenn man hier Verhältnisse schafft, bei denen der nationale Schmerz die Polen bei jeder auftauchenden Möglichkeit einer zukunftigen Krisis die Besinnung verlieren läßt. Trotz des mangelnden Befähigungsnachweises, den die Polen vorläufig geliefert haben, möchten wir unseren Standpunkt in der polnischen Frage doch dahin kennzeichnen: 1. daß eine erhebliche Ausdehnung Litauens, so daß der litauische Staat sowohl Wilna als auch Grodno und außerdem erhebliche weißrussische Gebiete umfaßte, ein Fehler wäre; 2. daß die Möglichkeit, Polen größere nationale Entschädigungen in Weißrußland zu geben, vorläufig noch offen bleiben sollte; 3. daß wirkliche Annexionen polnischen Landes an Preußen-Deutschland mit der größten Bestimmtheit, weil unnötig und gefährlich, abzulehnen sind; 4. daß trotz der polnischen Leidenschaftlichkeit in unserer inneren Politik nicht von neuem ein hakatistischer Polenkurs eingeschlagen werden darf; 5. endlich, daß anständigerweise von einer Wegnahme des polnischen Kohlenbeckens von Dombrowa nicht gesprochen werden sollte.

Digitized by Google

Kühle Nase und kühler Kopf

Von Prof. Dr. Philipp Stein

Ein neuerer volkstümlicher Naturforscher, der von Brehm Liebe zu den Tieren und Verständnis für ihr Leben erbte, hat die Tiere nach den Organen, die ihnen im wesentlichen die Eindrücke vermitteln, eingeteilt in Augen- und Nasentiere. Mir scheint, daß man die Einteilung auch auf die Menschen anwenden kann. Will man nicht überhaupt die Menschen in die Nasentiere einreihen, wofür manches spricht, so gehört der Politiker, oder sollte es wenigstens gehören, zweifellos zu den Nasentieren. Vornehmlich der Diplomat muß eine feine Nase für das „Geschäft" haben, muß die leisesten Bewegungen wittern, den feinsten Spuren nachspüren können. Wie wir aber vom Hund, dem besten Vertreter der Nasentiere, wissen, ist die Voraussetzung für die volle Leistungsfähigkeit der Spürnase, zugleich das Zeichen der Gesundheit, die kühle Nase. Mich deucht, einer der wichtigsten Gründe für die gleicherweise bedauerliche wie beschämende Erscheinung, daß so viele unserer Politiker, beamtete, redende und schreibende, so oft für nichts und wieder nichts heiße Köpfe bekommen oder ihn gar verlieren, ist, daß sie entweder überhaupt keine „Nase", oder, was nicht minder schlimm ist, keine kühle Nase haben. Es gebricht ihnen daher an der edlen Gleichgültigkeit, der Gelassenheit, die nicht bloß eine adlige Eigenschaft, sondern die wirksame Voraussetzung des Erfolges in jeder geschäftlichen Tätigkeit, namentlich in dem Geschäft der Geschäfte, in der Politik, ist. Die Beispiele hierfür auch nur aus dem letzten Halbjahr anzuführen, gestattet die Papiernot nicht. Es genügt der bloße Hinweis auf die Friedensverhandlungen mit Rußland und was sich in ihrem Gefolge in unserer Öffentlichkeit abgespielt hat. An den jähen Wechsel von himmelhochjauchzend und zu Tode betrübt sein erkennt man den Verliebten und den „Berliner", aber es ist wahrlich kein Zeichen für einen Politiker.

Vor einer Wiederholung des Freudenausbruches über das neue Telegramm der bolschewistischen Regierung, die Brest-Litowsker Bedingungen anzuerkennen, hat uns zum Glück die Erinnerung an die Enttäuschung ganze acht Tage vorher bewahrt; so rasch vergißt selbst ein Politiker nicht, obwohl das „kurze Gedächtnis" eine seiner wesentlichen Eigenschaften ist. Aber was diesmal nicht eingetreten ist, kann jeden Tag sich wiederholen, und deshalb ist jedes Mittel nützlich, das dazu hilft, unseren Politikern und unserem Volke die Nase kühl zu machen; dann wird der kühle Kopf von selber kommen!

Wenn ich über Rußland zu schreiben wage, so sei von vornherein gesagt, daß ich kein „Russenkenner" bin. Für mein Unterfangen habe ich aber eine Entschuldigung und eine Rechtfertigung. Die erstere ist: wenn nur die Russenkenner über Rußland zum Worte kommen dürften, dann entfielen in den meisten Zeitungen weiße Stellen auf das Kapitel Rußland. Die Rechtfertigung finde ich darin, daß ich in den letzten

Digitized by Google

Monaten in Skandinavien reichliche Gelegenheit gefunden habe, mit Deutschen und Nichtdeutschen, die Rußland genau kannten, die zum Teil bis in die letzte Zeit hinein in Rußland gelebt und gearbeitet haben, regsten Austausch von Erfahrungen und Anschauungen zu pflegen.

Aller Besprechungen Anfang und Ende waren die beiden Sätze: In Rußland herrscht das Chaos und Rußland ist müde, nicht bloß kriegsmüde. Die Herrschaft Kerenskis und die jetzige der Bolschewikis sind nur Episoden; selbst die soziale Revolution ist nur eine Nebenströmung, im wesentlichen eine Angelegenheit der Petersburger Machthaber. Das Chaos ist das Entscheidende, das Allrussische. Das alte zentralistische Rußland ist zusammengebrochen; nur noch Stücke arbeiten. An Stelle des einen Zaren hat Rußland jetzt tausend und abertausend Machthaber von dem Mann, der zufällig an der Spitze der Petersburger Regierung steht, bis zu dem letzten Soldaten oder Matrosen, der über einen Revolver oder ein Gewehr verfügt. Die Waffe begründet das Herrschaftsrecht, zu gehorchen hat der Waffenlose. Weder große Parteien, noch starke Führer, gestützt auf Heeresgewalt, stehen sich gegenüber. Der Bürgerkrieg ist verzettelt in Kämpfe von Haufen und Banden, ein wildes Aufeinanderschlagen von Personen, Grüppchen und Gruppen. Man mache einmal den Versuch, in den phantastisch aufgeputzten Berichten auf den Grund sicherer Zahlen über Kämpfende oder Tote zu dringen, und man wird mit staunender Überraschung erkennen, wie klein die Zahl der Beteiligten ist. Selbst im Kampf zwischen Kerenski und Kornilow standen sich — auch abgesehen von den Riesenheeren des Krieges — nur Haufen von bewaffneten Soldaten, aber keine Armeen gegenüber. Es fehlt an jeder geordneten Macht. Die alte Bureaukratie ist zerschlagen. Die Bauernschaft ist unorganisiert. Die Kirche, die die Anlehnung an die alte Macht verloren hat, hält sich abwartend zurück. Die Parteien scheiden sich mehr nach Personen, als nach Programmen. Das Heer ist zersetzt. Schon längst vor dem Demobilisierungsbefehl Trotzkis vom 10. Februar hatten sich die russischen Soldaten selbst demobilisiert. Die einen, um nach Haus, zur Familie, zum Dorf, zur Landausteilung zurückzukehren, die anderen, und nicht die wenigsten, mit der einen Absicht, auf Staatskosten oder auf eigene Faust, zumal wenn sie mit einem Revolver bewaffnet war, zu leben.

Sie gerade stellen den einen, am stärksten erkennbaren, eindeutig bestimmten Machtteil dar, sie sind, aus dem Chaos geboren, die Elemente des Chaos. Nicht kämpfen, sondern leben und genießen, wenn es nicht weiter geht, wenigstens den Hunger stillen, ohne arbeiten zu müssen, über Geld verfügen aus der Staatskasse oder fremdem Besitz, ist das Ziel der Vielen, Vielzuvielen. Im Anfang der Revolution verklärte die Sonne der Freiheit alles und rechtfertigte und reinigte alles: uralte kommunistische Vorstellungen, revolutionäre Gedanken von Bakunins Tagen an, verzückte Hoffnungen und Prophezeiungen Dostojewskis und seiner ins religiös-anarchistische weit hinausschweifenden Jünger, religiöse und soziale Schwärmereien Tolstois ver-

Digitized by Google

banden sich mit den Ideen des modernsten Sozialismus und mit dem Machtstreben der unterdrückten jüdischen Intelligenz und ließen in dem Chaos das Entstehen eines neuen, die ganze Welt erobernden Rußlands erhoffen. Träume aus der Frühzeit des europäischen Sozialismus wurden wieder lebendig, die alten Prophezeiungen schienen sich zu erfüllen und durch den russischen Krieg den Sieg des Proletariats zu verwirklichen, und zwar in einem dialektischen Sprung der Entwicklung durch das russische Proletariat und seine Führer. Hatten sie sich doch schon seit langem als die Überwinder und Vollstrecker zugleich des alten Marxismus gegenüber den nach ihrer Meinung verknöcherten deutschen Bourgeois-Sozialdemokraten gefühlt und angesehen.

Auf dem Wege dieser Stimmungen wurde zuerst Kerenski, dann Lenin und Trotzki an die Spitze der Regierung gehoben. Aber Menschen machen die Geschichte, und die Menschen Kerenskis waren der zusammengewürfelte Haufen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Regimenter der Petersburger Truppen, und hinter ihnen die Botschafter und Sendlinge der Ententestaaten, die auch das revolutionäre Rußland als Söldling und Landsknecht zu benutzen gedachten. Lenin aber und Trotzki wurden emporgetragen durch die kriegsmüden Matrosen der Ostseeflotte, die kriegsmüden Soldaten an und hinter der Front. So wurden sie zu den Männern des Friedens, aber zu merkwürdigen Vertretern des Friedens. Gelinder Größenwahn ist die Eigenschaft eines jeden Radikalismus, namentlich kann der Radikalismus der Weltbeglückung nicht ohne maßlose Überschätzung des eigenen Ichs und ebenso grenzenlose Geringschätzung des anderen Ichs leben und wirken. In langen Jahren der Not und der Verbannung hatte sich der Herrschaftswille der russischen Revolutionäre nur auf dem Papier betätigt; ihr Szepter war der Federhalter, ihr Reich eine Redaktionsstube, eine Studentenbude oder ein Kaffeehaus. Nun standen sie an der Spitze eines Weltreichs und ihr Wille galt Millionen, unumschränkter als je der eines Zaren. Die Zeit der Diktatur des Proletariats schien gekommen, im Innern wie nach außen. Nach altem Rezept gedachten sie alle Mittel der Macht schrankenlos anzuwenden und nichts zu beschönigen, und sie taten es.

Auch dem äußeren Gegner traten sie nicht als Besiegte, sondern als Sieger entgegen. Sie stellten die Bedingungen als die vermeintlichen Vertreter einer neuen Weltepoche. In der Selbsttäuschung über ihre eigene und ihrer Gegner Macht sahen sie, als 48er neuester Auflage, es als selbstverständlich und geschichtlich notwendig an, daß das Proletariat in den anderen Ländern sich erheben und den Frieden erzwingen werde. „Nicht in Brest-Litowsk, sondern auf den Straßen von Berlin und Wien wird der Frieden geschlossen werden", telegraphierte ihr offizielles Telegraphenbureau in die Welt hinaus. Und wir bauten ihnen die Bühne, sich als Sieger zu gebärden und zu empfinden, indem wir zum Redekampf mit ihnen in Brest antraten, um wie jedesmal, wenn Deutsche mit Russen in Worten streiten, den Beweis zu erbringen, daß sie uns an Dauer und Schlagfertigkeit der Rede ein paarmal

Digitized by Google

überlegen sind. Trotzki und Genossen redeten und redeten aber nicht allein, weil sie Zeit gewinnen und zugleich durch ihre Reden, unter unserer amtlichen Mitwirkung, die Straßen von Berlin und Wien mobil machen wollten; sie wußten auch, daß jeder Friede, der nicht auf den Straßen von Berlin und Wien geschlossen wird, das Ende ihrer Herrschaft bedeutet. Ohne solchen Frieden ist für sie und ihre Anhänger der Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden das einzig Nützliche und Mögliche. Die Matrosen- und Soldatenhaufen, die in Petersburg und durch Petersburg über Rußland herrschen, sind ebensosehr gegen den Frieden wie gegen den Krieg. Im Krieg ist ihr Leben in Gefahr, weil der Gegner ebenfalls bewaffnet ist und wieder schießt. Mit einem Frieden, der wieder Staatsmacht und Regierungsgewalt aufrichtet, Ordnung schafft, verlieren sie aber die Grundlage des jetzigen, so angenehmen Herrendaseins, auf Staatskosten zu leben.

Die Männer, die als reine Idealisten, Fanatiker, Streber oder Beutemacher jetzt in Petersburg die Diktatur ausüben, angeblich im Auftrag und Sinn des Proletariats Rußlands und aller Länder, stehen und fallen mit dem Zwischenzustand zwischen Krieg und Frieden. Sie sitzen noch im Regiment; aber die Grundlage ihres Herrschaftsbereichs ist schmal. Die Schußweite der Maschinengewehre setzt seine Grenzen. Darüber hinaus beruht ihre Macht wie in den Tagen der Verbannung auf dem Papier. Auf ihm vernichten sie die alte Wirtschafts- und Gesellschaftsordung mit dem einen Federzug und errichten mit dem nächsten die neue Weltordnung. Nur daß jetzt Staatssache ist und durch den Regierungstelegraph in alle Welt gemeldet wird, was früher Privatsache irgendeines der vielen russischen Literaten war. Außerhalb des Papiers, in der Wirklichkeit, herrscht, soweit die Gewehre schießen, Schrecken, darüber hinaus das Chaos. Aus beiden aber erwachsen die beiden stärksten Gegner der Bolschewisten und ihrer Regierung: die Hoffnungslosigkeit und die allgemeine Müdigkeit. Wann diese Stimmungen ihre Männer und Parteien finden werden, die, durch sie zur Macht emporgetragen, Frieden nach außen und Ordnung im Innern bringen wollen, vermag niemand zu sagen. Nicht wenige Russen hoffen und glauben, daß die Deutschen es sein werden.

So sehr wir an einem geordneten, seiner Kraft, aber auch der Grenzen seiner Kraft bewußten Rußland Interesse haben, für heute und die nächste Zeit gibt es nichts anderes als kühle Gelassenheit allen Ereignissen in Rußland gegenüber. Wir haben von dem einen wie von dem andern Rußland nichts mehr zu fürchten. Der Krieg mit Rußland ist mit oder ohne Waffenstillstand zu Ende.

Wir sollten aber auch von Rußland in wirtschaftlichen Dingen zunächst wenig oder nichts hoffen. Das gilt nicht auch von der Ukraine.

Ob Rohstoffe und Getreide in erheblichen Mengen noch dort vorhanden sind, kann kein Mensch wissen. Das hindert freilich nicht, daß bereits viele mit voller Sicherheit darüber reden und schreiben. Nicht minder fraglich und schwierig sind andere Fragen

Digitized by Google

ob, wie und wann, falls Rohstoffe und Getreide noch vorhanden sind, sie erfaßt, transportiert und herausgebracht werden können. Wir sollten nichts erwarten, um vor jeder Enttäuschung gesichert zu sein.

Ein Wesentliches kann uns aber Rußland und die Ukraine bringen, sobald Wirtschaftsbeziehungen wieder hergestellt sind, zum Teil haben sie es uns bereits gebracht: Milderung und Minderung der Preise und im Zusammenhang damit das Auftauchen bisher aus Spekulation oder Angst zurückgehaltener heimischer Waren.

Die Preise für Waren und Geld sind viel stärker als man gemeinhin annimmt, von psychologischen Massenstimmungen abhängig. Unsere Warenpreise im Innern sind unausgesetzt gestiegen, unser Geldkurs im Ausland stetig gesunken — oder was dasselbe heißt, der Preis des ausländischen Geldes ist gleich den Warenpreisen stetig gestiegen, weil, solange der Ring des Wirtschaftskrieges ringsum lückenlos geschlossen war, jede Möglichkeit des Preisrückschlags ausgeschlossen schien.

Man konnte jeden Preis bewilligen und bewilligte ihn, weil man sich sicher glaubte, die Ware mit Gewinn, zum mindesten ohne Verlust, weiter zu verkaufen.

Als in diesen Ring die erste Bresche geschlagen war, und damit die Möglichkeit eines Rückschlages auf dem beschränkten Markt, der für uns die Welt bedeutet, auftauchte, zeigte sich zunächst an dem feinsten Registrierapparat der Kriegswirtschaft, dem Stand der Valuta, die Wirkung. In jähen Sprüngen stieg unsere Währung, mit anderen Worten sank der Preis des Geldes unserer Nachbarstaaten. Langsam, ungleichmäßig und in der Öffentlichkeit weniger bemerkbar folgten auch die Preise einzelner Waren, am stärksten in den Grenzbezirken.

Kommen wir zu einem auch nur irgendwie nennenswerten Warenaustausch mit Rußland und der Ukraine, dann wird weit über die Menge der Zufuhren sich die Wirkung zeigen. Die Gefahr einer Preissenkung, die Möglichkeit einer Preisunterbietung durch den Konkurrenten wird auf die Kauf- und Marktstimmung wirken. Mit den fallenden Preisen werden wieder Waren an das Tageslicht des Marktes kommen. An Stelle der Angst des Käufers, keine Waren zu erhalten, tritt die Angst des Verkäufers, auf seinen Waren mit hohen Einstandspreisen sitzen zu bleiben. In der abgeschlossenen Kriegswirtschaft haben steigende Preise ihre Wirkung, das Warenangebot zu vermehren, die Nachfrage zu vermindern nicht bloß eingebüßt, sondern sie ist in das Gegenteil verkehrt: steigender Preis steigert die Käuferangst und verringert das Angebot an Waren, in der Hoffnung nach weiterer Steigerung oder in der Absicht ihres unmittelbaren Austausches.

Aber auch in den wirtschaftlichen Dingen werden wir um so sicherer und vollständiger den Erfolg unserer Waffen im Osten ausnutzen, je kühler und gleichmütiger, gleich frei von Hoffnungen und Enttäuschungen, wir zu Rußland stehen.

Digitized by Google

Militarismus

Von Oberstleutnant H. W. Herwarth von Bittenfeld
(von 1910—14 deutscher Militär-Attachés in Washington)

Mit dem Waffenstillstand im Osten und der Niederlage Italiens dämmerte die militärische Entscheidungsstunde des Weltkrieges herauf. Je näher sie rückt, desto erbitterter bekämpft uns der Gegner mit seinen vergifteten Waffen, die wir als Lüge und Verleumdung kennen. Die gewaltigen Erfolge, die ihm diese verächtliche Kampfesweise bei Vorbereitung und Führung des Krieges auf dem ganzen Erdenrund eintrug, können gleichwohl den deutschen Glauben an den Triumph der Wahrheit nicht erschüttern. Wir müssen nur für sie kämpfen!

Das siegreiche Deutschland ließ im Verein mit seinen Verbündeten vor mehr denn Jahresfrist die erste Friedenstaube aufflattern und hat bereits mit einem seiner Gegner Frieden geschlossen. Dennoch, ja gerade deshalb, verkünden die Lenker der westlichen Demokratien hartnäckig die Legende von den „eroberungslüsternen Hunnen" und haben sich als Stichwort wieder die alte Parole vom preußischen Militarismus zugerufen, um so den Rest von Ansehen zu retten, den sie bei ihren verführten Völkern noch haben.

Wenn einst die Nebel fallen, die jetzt die Geister umnachten, dann wird die Welt die Macht jener Schlagworte erkennen, die den furchtbarsten Krieg entfesseln halfen und Millionen in den Tod trieben. Ihrer schlimmstes heißt „Militarismus". Vom Haß geprägt, dient es einer verleumderischen Hetze, um die unklaren Begriffe, die im überwiegenden Teile des Auslandes über Deutschland vorwalten, weiter zu verwirren. Selbst wenn man dem Wort einen Wesenskern zugesteht, so muß man mindestens sagen, daß die von den Feinden beliebte Anwendung Ursache und Wirkung absichtlich verwechselt. Wäre lediglich militärische Tüchtigkeit gemeint, so hätten wir es eben mit einer Wirkung zu tun, deren Ursachen letzten Endes in Deutschlands Vergangenheit liegen, einer Vergangenheit, die durch bedrohte Grenzen bestimmt wurde.

Wie oft wurde nicht vor und im Kriege an diesem Wort herumgedeutet! Rein sprachlich betrachtet, von „militare" d. h. Soldat sein, abgeleitet, bedeutet es mit der angehängten Endung etwa „Kampfbereitschaft". Man will also einen Zustand vernichten, in den man sich zu diesem Behufe selbst versetzte und der bei uns angeblich dauernd besteht. Ist Törichteres denkbar? Wer daher unsere Feinde nicht der Torheit zeihen will, muß tiefer forschen.

Als England noch die Hauptlast des Krieges seinen Verbündeten aufzubürden hoffte, selbst aber nur mit einigen Söldnertruppen bluten zu können glaubte, als die Vereinigten Staaten sich noch nicht zu einer Militärmacht umgestalteten, da war den feindlichen Schreiern die Begriffbestimmung des Militarismus verhältnismäßig leicht, da hieß Militarismus allgemeine Wehrpflicht und militärische Rüstung

Digitized by Google

schlechthin. Es ist aber wohl zu beachten, daß es für jene Antimilitaristen im Ententelager stets nur einen deutschen oder mit Vorliebe preußischen Militarismus gab, während sie den französischen, russischen und englischen einfach totschwiegen. Wir wissen, daß Deutschland die allgemeine Wehrpflicht vor diesem Kriege gar nicht durchgeführt hatte, daß von seiner Bevölkerung noch nicht 1 Prozent gegenüber 1½ Prozent in Frankreich zum stehenden Heer gehörte und daß die Rüstungsausgaben in England, Frankreich und Rußland, ja selbst im Lande Wilsons nicht niedriger, sondern erheblich höher waren als in Deutschland. Die feindliche Propaganda verkehrte diese Tatsachen ins Gegenteil.

Die levée en masse der Französischen Revolution war der erste, wenn auch nicht nachhaltige Versuch zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Preußen verfiel auf sie erst in höchster vaterländischer Not, als ultima ratio, um in den Befreiungskriegen sein Dasein zu retten. Das Ursprungsland der allgemeinen Wehrpflicht ist also Frankreich.

Das gewarnte Preußen behielt freilich die Wehrpflicht nach 1815 auch im Frieden bei, während die übrigen deutschen Bundesstaaten erst nach 1866 seinem Beispiel folgten. Dies war um so nötiger, als das geeinte Deutschland schnell zu Wohlstand gelangte und dadurch fremden Neid in steigendem Maße auf sich zog. Seine Lage im Herzen Europas machte es zum bedrohtesten aller Länder. Gerade Lloyd George, der heute am lautesten unser Recht auf Heer und Wehr bestreitet, hat Deutschlands historischen und geographischen Zwang zu militärischer Stärke offen anerkannt. Am Neujahrstage 1914 sagte der damalige Schatzkanzler: „Das deutsche Heer ist eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für das Reich, sondern für die Existenz und Unabhängigkeit der Nation, da Deutschland von zwei Staaten flankiert ist, deren jeder eine fast ebenso starke Armee unterhält."

Die Anklagen wider die allgemeine Wehrpflicht als Wurzel des Militarismus sind heute verstummt. Kein Wunder, denn England steht im Begriffe, uns in der Heranziehung des Volkes zum Heeresdienst zu übertreffen, indem es die Wehrpflicht vom 18. bis zum 50. Lebensjahre ausdehnt. Kein Wunder, da auch die Vereinigten Staaten, die auf ihrem Kontinent niemand bedroht, sich ein Millionenheer anschaffen.

Aber: Quod licet jovi, non licet bovi! Deshalb wird nun erst recht gegen den „deutschen Militarismus" gehetzt. Wilson nennt ihn „dieses unerträgliche, dessen häßliches Antlitz uns die Herren Deutschlands gezeigt haben, diese Drohung von Hinterlist und Gewalt zugleich". Churchill und Lloyd George sind sich am 10. und 12. Dezember 1917 einig, daß der preußische Militarismus endgültig zerstört werden muß. Auch Bonar Law und Clemenceau haben von „diesem Pesthauch der Welt" geschwatzt und jeden Frieden abgelehnt, ehe „dieses Gespenst nicht für immer gebannt sei". Asquith schalt ihn „eine zweiköpfige militärische und bureaukratische Maschine, ein

Digitized by Google

System, das die Gewalt als oberste Autorität auf den Thron erhob und sich berechtigt dünkt, je nach den Forderungen der Stunde die feierlichsten Verträge zu fälschen, zu verhöhnen oder beiseite zu schieben".

Herr Asquith sollte wirklich wissen, wem Wortbruch und Verhöhnung von Verträgen eine liebe Gewohnheit sind, in wessen Politik das Wort „der Zweck heiligt die Mittel" stets oberster Grundsatz war.

Nein, die Anbetung der brutalen Macht ist wahrlich keine deutsche Glaubenslehre. Ihre Unterstellung aus englischem Munde klingt grotesk. Gibt es ein deutsches Sprichwort: „My country, right or wrong"? Huldigten wir je dem Lehrsatz „Might is right?" Sagte ein deutscher oder ein englischer Staatsmann: „Verträge und Konventionen binden nur die schwächere Partei?" — Und die Übertragung dieser Lehrsätze in die Praxis? Wieviele Kriege hat England geführt, während das junge Deutschland gewissenhaft Frieden hielt und die günstigen Gelegenheiten, England, Frankreich wie Rußland überlegen anzugreifen, unbenutzt verstreichen ließ? Wer hat Spanien zertrümmert und Gibraltar besetzt? Wer hat die Iren geknechtet? Wer hat den Niederlanden die Kap-Kolonie und Ceylon geraubt, die Freiheit der Buren vernichtet, wer Argentinien die Falklandinseln genommen? Wer läßt Inder und Chinesen in Opium vertieren? Wer stahl Ägypten? Wer hat Griechenland vergewaltigt? Wer sät heute in Rußland Bruderzwist und Tod?

Trotz aller Mühe, aller Reden, trotz der täglich zu unseren Füßen brandenden Schmutzflut einer feindlichen Presse wird das Märchen von Deutschland als dem Störenfried der Welt doch endlich in nichts zerrinnen.

Militarismus als hervorstechendster Charakterzug deutschen Wesens! — Wir wollen ihn gelten lassen, wenn darunter verstanden wird: kriegerische Tüchtigkeit, Organisation, Pflichtgefühl und Selbstdisziplin. Mit Recht hieß es in der Thronrede vom 13. Januar 1916: „In Stürmen ist der preußische Staat groß geworden, im Sturm steht er heute unerschütterlich da. Was Feindschaft als Zwang ausgibt, ist Freiheit auf Ordnung gebaut. Das Band, das die Preußen an ihren König bindet, haben diese Zeiten des Kampfes und Sieges, wenn es möglich war, nur noch fester geschmiedet." Mit Recht betont der Schweizer Schriftsteller Stegemann auf Seite 100 des I. Bandes seiner „Geschichte des Krieges", daß unsere Gegner als absichtsvolle Kriegsvorbereitung deuteten, was nur deutsche Tüchtigkeit und Gründlichkeit gewesen sei, eben weil sie solche Leistungen, wie unsere Heere sie vollbrachten, nicht erwartet hätten. Aber das blutrünstige Phantasiegebilde, das unsere Feinde uns andichten, ist nicht deutsch. Fremd sind uns Wesen und Begriff dieser Ausgeburt ohnmächtigen Hasses.

Und seltsam! Die Franzosen als hetzende Hauptvertreter dieses Hasses brachten ja selbst den Gegenstand ihres lauten Widerwillens hervor! „Le Militarisme" entstand als ein ganz bestimmter terminus technicus zur Zeit der Dreyfus-Händel (die

Digitized by Google

notabene ihre würdige Parallele im Caillaux-Prozeß finden). Er bedeutet das Streben einer Militär-Clique nach Herrschaft im Innern, verbunden mit dem chauvinistischen Drang nach kriegerischer Machtentfaltung gegenüber dem Ausland. Dieser von England später übernommene und gegen deutsches Wesen ausgespielte Begriff war seinerzeit der Schlachtruf der französischen Radikalen in ihrem Kampfe gegen Klerikale und Konservative. Heute gebärden sich die Väter dieses „Militarisme" als dessen heftigste Ankläger!

In England steht es nicht anders. Auch dort herrscht gerade der Militarismus, den Lloyd George zu bekämpfen vorgibt. Englische Gefangene bestaunen ausnahmslos bei uns den vertraulichen und kameradschaftlichen Ton zwischen Mann und Offizier. Bei ihnen gäbe es derartiges nicht, bei ihnen seien Untergebene und Vorgesetzte unüberbrückbar geschieden. Und das in England, der Hochburg bürgerlicher Freiheit! Wir haben bisher nur auf dem Schlachtfelde angegriffen, blieben im Federkrieg in der Verteidigung. Deutsches Reinlichkeitsgefühl mochte den schmutzigen Fehdehandschuh nicht aufheben. Unser Anklagematerial ruht noch in den Schränken. Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Solf hat letzthin einiges hervorgeholt. Er berichtete auf Grund englischer Angaben über die grausame Unterdrückung der Unruhen in Ceylon im Frühjahr 1915. Nachdem längst alles beschwichtigt war, wurden Singalesen ohne jedes Verhör erschossen, hausten die Regierungskommissare wie die Bestien. Das ist gegenüber Farbigen, die der Brite ja unter dem Tiere achtet, altenglisches Herkommen.

Die augenblicklichen englischen Machthaber lynchen auch im eigenen Lande. Vor mir liegt eine lange Liste von Todesurteilen, die im englischen Heere vollstreckt wurden. Sie ist unvollständig, da nur aus erbeuteten Akten zusammengestellt, enthält aber authentische Angaben über Namen, Dienstgrad, Truppenteil, Tag der Hinrichtung und Schuldspruch. Sie umfaßt für die Zeit vom 27. Oktober 1916 bis zum 30. August 1917 nicht weniger als 67 Namen englischer Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die in Frankreich standrechtlich erschossen wurden. Für welche todwürdigen Verbrechen? Mit Entsetzen liest man Vergehen, die im deutschen Heere lediglich mit Arrest, höchstens mit Gefängnis, geahndet werden. Immer wieder heißt es: „Entfernung aus dem Schützengraben", „Entfernung von seinem Truppenteil", „hat sich aus seinem Unterstand in der Frontlinie entfernt", „Weigerung sich zu seinem Bataillon zu begeben", „Weigerung in den Schützengraben zu gehen", „Entfernung von seinem Truppenteil auf dem Marsche" usw. Dazu kommen die Soldaten, von denen „New Statesman" vom 12. Januar 1917 schreibt:

„Sie wurden erschossen, weil sie sagten, daß sie lieber sterben als an die Front zurückkehren wollten. Unter ihnen waren viele, die glänzend gekämpft hatten. Man will uns glauben machen, daß ihre Kameraden sich fester aneinander schlössen und großen Nutzen daraus zögen, wenn sie die Namen derer hörten, die Tag für Tag hingerichtet wurden."

Dies ist eine der Baralong-Nation durchaus würdige militaristische Justiz. Will

Digitized by Google

Lloyd George nicht die vollständige Liste der in diesem Kriege standrechtlich Abgeurteilten veröffentlichen? Die Zeitschrift „John Bull" machte kürzlich den Anfang, indem sie die Hinrichtung eines jungen Offiziers beschrieb.

Darum bekannte auch der eben verstorbene Sir William Beyls im Unterhaus am 23. Mai 1916: „Der Engländer ist nicht mehr Herr seines Gewissens, noch Befehlshaber seiner Seele. Tag für Tag verlieren wir, was wir verteidigen wollten, und richten auf, was zu zerstören wir auszogen." Beyls behandelte in dieser Rede zahlreiche Gewaltakte gegen Gewissensbedenkler. Als deren einer, schwer gepeinigt, ausrief: „Ich muß dem Befehl meines Gottes gehorchen, Sir," schrie ihn der Oberst an: „Zum Teufel mit Ihrem Gott (Dam your God), in die Arrestzelle mit ihm!" Auf die Zurufe mehrerer Abgeordneter erwiderte Beyls: „Ich kenne Männer in diesem Hause, denen der Mann mit Gewissensbedenken nichts gilt. Das einzige was sie würdigen können, ist der Gewehrkolben auf eines Mannes Kopf oder das Bajonett in seinen Eingeweiden."

Kolben und Bajonett herrschen auch heute in England, dessen Zeitungen täglich Brutalitäten an Gewissensbedenklern melden. Auch an der englischen Front weht der Geist der Bestialität. Hier als Beweis nur eine Stichprobe aus der englischen Vorschrift über die Ausbildung des Zuges für Angriffszwecke: „. . . die Grabensäuberer arbeiten nach beiden Seiten und töten jeden Feind, den sie im Graben finden. (Also auch die Verwundeten!) Ein Zugführer kann das Vertrauen seiner Leute gewinnen, indem er blutdürstig ist, stets danach trachtet, Feinde zu töten und seinen Leuten hierzu verhilft." Über die grauenvollen Prügelstrafen für indische Soldaten sind erbeutete englische militärbehördliche Verordnungen in unserer Hand. Sie werfen ein helles Schlaglicht auf die barbarische Behandlung, die diese unglücklichen farbigen Hilfsvölker unter den britischen Fahnen zum Lohne dafür erfahren, daß sie in majorem Britanniae gloriam „freiwillig" ihre Haut zu Markte tragen. Folge dieses finsteren Sinnes ist zunehmende Roheit im Lande. An der Tagesordnung sind Raubmord, Bigamie, Wechselfälschung und ähnliche Verbrechen, bei denen die Beteiligung von Militärpersonen keineswegs eine Ausnahme ist.

Ähnlich liegen die Dinge in Amerika. Ganz zu schweigen von den vielen Gewalttaten an Pazifisten und Wehrpflichtgegnern, sei nur wiederholt, was der amerikanische Sozialistenführer, Morris Hillquith, nach Abschluß der letzten Munizipal- und Staatswahlen im Staate New York in öffentlicher Rede im Madison Square Garden zu New York sagte:

„Die große historische Bedeutung der letzten Wahl liegt darin, daß sie gleichkommt einer vernichtenden Niederlage der gefährlichen Propaganda, die den Militarismus und die undemokratische Politik der Gedankenknebelung in dieses Land einführen wollte. Unsere Gegner unterbreiteten der Wählerschaft ein Programm der Militarisierung unserer Regierung, unserer Schulen, unserer Handlungen und unseres Denkens, ein Programm des politischen und moralischen Terrorismus, kurz des intellektuellen Zwangsjackentums."

Digitized by Google

Wenn aber Wilson gegen den „deutschen Militarismus" wettert und immer wieder beteuert, sein Kampf gelte nicht dem deutschen Volke, dem er jede Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit gönne, sondern nur jenem finsteren System der Gewalt und des Unrechts, so wird kein Deutscher, kein denkender Neutraler seiner Sirenenstimme glauben. Die anglo-fränkisch-belgische Militär-Konvention, die Veröffentlichung der Geheimverträge, der Suchomlinow-Prozeß und manche Kammerdebatte bei der Entente haben deutlich auf die Schuldigen am Weltkriege gewiesen, haben der ländergierigen Entente die Maske vom Gesicht gerissen. Andererseits zeigen deutsche Dokumente klar, mit welcher fast übergroßen Vorsicht unsere verantwortlichen militärischen Stellen die Ereignisse erwogen, wie sie die uns aufgezwungene Mobilmachung immer wieder hinausschoben, solange die leiseste Hoffnung bestand, Europa den Frieden zu erhalten.

Sagen Wilson und Lloyd George „Militarismus", so meinen sie deutsche wirtschaftliche Kraft, Wehrpflicht, Schule und soziale Gesetzgebung. Sie alle sind Säulen unseres Wohlstandes, Wurzeln unserer Stärke und ausschließlich gegen diese kämpft das konkurrenzneidische Angelsachsentum! Mit großartiger Unbekümmertheit stellte der Herr des Weißen Hauses die Wahrheit auf den Kopf, indem er behauptete: „In dem Augenblick, wo Deutschland sichtbar seine Friedenstriumphe gewonnen hatte" — gemeint sind unsere wirtschaftlichen und industriellen Erfolge — „warf es sie fort, um an ihrer Stelle aufzurichten, was aufzurichten die Welt nicht mehr erlauben wird, nämlich die militärische und politische Herrschaft der Waffen, um die am meisten gefürchteten und gehaßten Rivalen aus dem Felde zu schlagen." Professor Wilson übersieht, wie unlogisch es wäre, wenn der, den er selbst einen friedlichen Triumphator nennt, mühsam Errungenes leichtsinnig im Kriege aufs Spiel setzte. Richtig ist vielmehr, daß England es war, das, im friedlichen Wettbewerb überflügelt, an die Waffen appellierte, um seine Märkte zu behaupten oder zurückzugewinnen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß unsere Feinde unter deutschem Militarismus verstehen die Kampfeignung eines Volkes, das diese Kampfeignung auf allen Gebieten in jahrhundertlangem Ringen um eine freie Existenz, eine gedeihliche Entwicklung und eine Betätigung, einer völkischen Eigenart erwarb. Ihre eventuelle Wirkung ist der von so gestähltem Arm geführte Schlag, falls er zum Schlage gezwungen. Diese Wirkung, die heute eine Welt von Feinden in Schach hält, ist das, was unsere Feinde „Militarismus" nennen! Der Furcht vor dieser Wirkung aber ward der wesenlose Begriff entbunden. Selber nichts als Schein-Demokratien, mit höchstem Kult des, notabene reichen, Individuums, blickten sie scheeläugig auf jenen machtvollen kommunistischen Zug in unserem Staats- und Volksleben, der jeden einzelnen aus freiester Überzeugung in den Dienst des Ganzen zwingt. Sie fühlten die Wirkung unserer organisierten Tüchtigkeit im friedlichen Erwerbsleben, sie fürchteten sie im Kriege, mit dem sie den unbequemen Konkurrenten vernichten wollten und darum,

Digitized by Google

nur darum erfanden sie jenes giftige Schlagwort, das uns nicht charakterisieren, sondern in der ganzen Welt verächtlich machen sollte!

Deutscher oder preußischer Militarismus ist somit in Wahrheit nichts anderes als unser Können auf allen Gebieten, zusammengefaßt in einem geeinten Deutschland und gestützt durch eine Weltanschauung, die wiederum aus harten Schicksalen und eisernen Notwendigkeiten geboren wurde. Wenn andere Völker solchen Schicksalen erlagen, das deutsche Volk aber durch sie zu dem erzogen wurde, was es heute ist, dann ist das eben unser Werdegang, nicht unsere Schuld! Dabei bleibt es merkwürdig, daß dieser unser Werdegang zum großen Teil durch eben die beeinflußt wurde, die heute über seine Folgen wüten und rasen. War es nicht Frankreich, das uns die allgemeine Wehrpflicht aufzwang? War es nicht England, das uns zur Schaffung einer Flotte nötigte? War es nicht beständige Bedrohung in Süd, Ost und West, die uns das friderizianische „Toujours en vedette" beherzigen lehrte?

Die Vorsehung setzte uns zwischen feindliche Nachbarn, gab uns ein Land, das erst fleißige Hände zur Blüte brachten, ein Land, einst so unwirtlich, daß der römische Feldherr Drusus verwundert ausrufen konnte: Et hanc illi homines patriam vocant! Und das nennen diese Leute Vaterland! — Wie für uns gesprochen klingt der göttliche Fluch: „Im Schweiße des Angesichts sollst du dein Brot essen", göttlich auch deshalb, weil er dem Menschen, der ihn versteht, zum Segen gereicht. Wir haben ihn verstanden und unverdrossen immer wieder aufgebaut, wenn in zahllosen Kriegen, die über unser Vaterland dahingingen, von jahrzehntelanger Arbeit nur rauchende Trümmer und zerstampfter Boden übrigblieben. Wir haben ihn verstanden, denn jede noch so schwere Prüfung, die über uns hereinbrach, sah uns stärker denn zuvor daraus hervorgehen. Darum ist es der stahlharte Wille, die unverdrossene Zähigkeit, die geordnete Pflichterfüllung und die auf gegenseitige Rücksicht gegründete Freiheit unserer Rasse, die der Feind erwürgen will, weil er fühlt, daß er das System, in dem diese Eigenschaften wirken, nicht nachahmen kann. Das ist es, was sie unter „Militarismus" verstehen, das ist es, was sie vernichten wollen, und was sie erst ausgerottet haben werden, wenn den letzten Deutschen der Rasen deckt. Denn wir sind und bleiben das freie Volk in Waffen!

Das englische, wie das Ententekriegsziel: „Vernichtung des deutschen Militarismus" bedeutet daher nicht mehr und nicht weniger als die Erdrosselung unseres ganzen Volkes bis zum letzten Mann. Und dieses Kriegsziel wagt die Entente auch heute noch aufrecht zu erhalten und in die Welt zu schreien mit einer Bilanz, die dem Bankrott verzweifelt ähnlich sieht!

Digitized by Google

Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde

Von Lujo Brentano

II.

Die Bewucherung Italiens

Außer durch Verschlechterung der Wechselkurse hat der Krieg durch wucherische Verteuerung der zur Kriegführung und zum Leben unentbehrlichen Güter zur Verarmung Italiens geführt. Das hauptsächliche, wenn auch nicht das einzige Mittel der Kriegswucherer war die Steigerung der Frachtsätze der Seeschiffahrt. Dadurch wurden die Preise aller Waren, die Italien vom Ausland beziehen muß, unerhört in die Höhe getrieben.

Die wichtigste unter diesen ist die Kohle. Außerdem hat Italien nicht genügend Metalle, Getreide, Holz, Baumwolle, Wolle und andere Rohstoffe. Dafür aber hat es das Meer; nahezu allen Teilen des Landes sind treffliche Häfen zugänglich; mit Leichtigkeit könnte es sich heute, wie zur Zeit, da seine Städte die einzigen großen Seemächte waren, alles, was es braucht, im Austausch gegen seine Qualitätsprodukte verschaffen, hätte es sich mit der Entwicklung dessen, was eine reiche Natur und die außerordentliche Begabung seiner Bevölkerung ihm bieten, in friedlicher Arbeit begnügt. Aber so modern die Italiener sich dünken, sie sind in denselben mittelalterlichen Vorstellungen befangen wie andere Völker, auf die sie überlegen herabsehen. Statt nach Intensivierung ihrer heimischen Wirtschaft und Eroberung von Absatzmärkten durch Erzeugung besserer und billigerer Produkte zu streben, hat sich ihr hochgespanntes Nationalgefühl durch Sonderinteressenten verleiten lassen, fremde Länder ihrer Gewalt unterwerfen zu wollen. Was aber hätte es ihnen genützt, wenn sie Abessynien, Tripolitanien, die Irredenta und das gesamte Küstengebiet der Adria sich unterworfen hätten? Alle diese Gebiete haben nicht, was ihnen fehlt; und selbst wenn sie Kohle, Metalle, Holz, Getreide und, was sie sonst brauchen, ihnen liefern könnten, so würden ihnen diese Güter weit teurer zu stehen kommen, als wenn sie ihre unvergleichliche Lage zum Meer dazu benutzt hätten, ihre Schiffahrt zu entwickeln, um im Austausch gegen ihre Produkte das Begehrte zu erlangen. Ein Zehntel dessen, was sie der gegenwärtige Krieg schon gekostet hat, hätte dazu genügt, und das unsägliche Elend, was es seiner Bevölkerung gebracht hat, wäre ihr erspart geblieben. Statt dessen haben sie romantischen Zielen nachgejagt und, was ihnen Unabhängigkeit hätte schaffen können, vernachlässigt. Italien hat vor dem Kriege nur zwanzig Prozent seines überseeischen Handels durch eigene Schiffe betrieben. Die Folge ist eine Abhängigkeit von den herrschenden Seemächten, die es nicht bloß der Verarmung entgegentreibt, sondern auch widerstandsunfähig gegen deren politische Zumutungen gemacht hat. Wir werden sehen, wie England Italiens Mangel an Schiffsraum zur Beschaffung der von ihm benötigten Kohle dazu benutzt hat, um es gegen seinen Willen zur Kriegserklärung

Digitized by Google

an Deutschland zu nötigen. Ja selbst, wenn es heute zum Frieden bereit wäre, würde es, wie die „Tribuna“ vom 12. November 1917 schrieb, einen Sonderfrieden nicht abschließen können; denn die italienische Industrie und das italienische Volk können heute nur durch die Marine Englands und Nordamerikas am Leben erhalten werden, daneben noch, was von den Italienern als besonders demütigend empfunden wird, durch die griechische Handelsmarine. Der italienische Verkehrsminister Arlotta hat, nach dem „Corriere della Sera“ vom 15. März 1917, im Parlament gesagt, Italien sei 1917 auf eine Mindesteinfuhr von 18 Millionen Tonnen wichtiger Waren über See angewiesen; dazu sei ein Schiffsraum von 3,25 Millionen Tonnen nötig während Italien einschließlich der beschlagnahmten feindlichen Dampfer nur 1,5 Millionen Tonnen zur Verfügung ständen.

Es war ganz normal, daß die Kohlenpreise in England mit Ausbruch des Krieges in die Höhe gingen. Tausende von Bergleuten waren Soldaten geworden; die Arbeiter, die an ihre Stelle traten, waren unerfahren; folglich gingen die Durchschnittsleistungen zurück; die Ausbeute fiel und der Kohlenpreis stieg. Aber für die Steigerung der Kohlenpreise in Italien war weit maßgebender die Steigerung der Frachtsätze, wie folgende der „Stampa“ vom 6. März 1916 entnommene Übersicht zeigt:

	Kohlenpreis in Cardiff	Fracht von Cardiff nach Genua
15. Juli 1914	18 sh 6 d	7 sh 3 d
15. August 1915	30 „ — „	22 „ — „
17. September 1915	24 „ — „	31 „ 6 „
15. Oktober 1915	19 „ — „	39 „ — „
15. November 1915	19 „ — „	49 „ — „
15. Dezember 1915	22 „ — „	72 „ — „
31. Dezember 1915	24 „ 5 „	75 „ — „
15. Januar 1916	30 „ — „	77 „ 6 „
29. Januar 1916	30 „ — „	70 „ — „
9. Februar 1916	30 „ — „	60 „ — „
16. Februar 1916	32 „ — „	64 „ — „
19. Februar 1916	32 „ — „	77 „ — „
26. Februar 1916	35 „ — „	80 „ — „
1. März 1916	35 „ — „	85 „ — „

In demselben Maße waren die Frachtsätze aus Newcastle gestiegen.

Die Folge war furchtbarste Kohlennot in Italien. Alsbald füllte sich seine Presse mit den bittersten Anklagen gegen England:

„Die Kohlenpreise“, hieß es im „Sole“ vom 17. Dezember 1915, „haben eine für viele Industrien unerträgliche Höhe erreicht; ihr Betrieb ist in Frage gestellt. Von 33 bis 40 Lire in den Jahren 1913 und 1914 ist der Preis pro Tonne Kohlen auf 130—140 Lire gestiegen. Es ist Pflicht der Regierung, die Beschaffung der für die einheimische Industrie erforderlichen Menge Kohle zu angemessenem Preis selbst in die Hand zu nehmen.“

Digitized by Google

Aber die Regierung hatte erst am 3. Dezember 1915 im Parlament erklärt, daß ein Kohlenmangel in Italien nicht zu befürchten sei! Damit verhielt es sich freilich wie mit so vielen beschwichtigenden Erklärungen auch anderer Regierungen in diesem Kriege. Die „Sera" vom 21. Dezember 1915 berechnete, daß Italien im Jahre 1915 für dieselbe Menge englischer Kohle wie 1913 (9 Millionen Tonnen) statt 380 Millonen 1100 Millionen Lire bezahlen müssen. Nach der „Tribuna" vom 20. Dezember 1915 schätzten Sachverständige den dermalen von Italien an die englischen Minenbesitzer und Reeder zu zahlenden Tribut auf 900 Millionen Lire. Ähnliche Berechnungen brachten der „Messagero" und andere Zeitungen. Der „Mattino" vom 16. Oktober 1915 schrieb:

„Das italienische Volk ist mit einer Sklavenseele geboren. Kaum hat es die alten Bande gesprengt, auf die es täglich mit allzu ostentativem Eifer speit, und schon fühlt es das Bedürfnis, neue Ketten auf sich zu nehmen. Unsere Politik wird anhaltend von Fremden gelenkt und kontrolliert und dies während einer Kriegs, dem die Regierung einen nationalen Charakter zu geben sucht. Die Einwirkung zurückzuweisen, ist nicht erlaubt, da die von der Regierung eingesetzte Zensur, statt den Verteidigern der Freiheit dankbar zu sein, ihnen sich entgegenstellt."

Aber auch in Italien gab es eine Stätte, wo Unerschrockene unbehelligt von der Zensur aussprechen konnten, was alle dachten: das Parlament. Unter Hinweis auf die hohen Schiffsfrachten hielt im Senat Marconi seinen Freunden, den Engländern, vor, eine Hilfe, die nur für den Geber von Vorteil sei und dem Empfänger mehr Opfer, als nötig, auferlege, bedeute auf die Dauer eine Gefahr für die Festigkeit des Bündnisses. Er fand große Zustimmung, und als der „Secolo" die Engländer ihm gegenüber in Schutz nahm und das Steigen der englischen Schiffsfrachten von $2^1/_2$ auf 6 Milliarden als berechtigte Entschädigung Englands für die Belastung seines Nationalhaushalts durch den Krieg hinstellte, antwortete „Popolo e Liberta" vom 21. Dezember 1915:

„Italien will nicht, daß England sich auf Kosten der Verbündeten bereichert, obendrein an Kriegsbedarfsstoffen wie Kohle. In der Schweiz zahlt man für Kohle halb so viel wie in Italien, und dabei bezieht man sie nicht von Verbündeten, sondern zum Marktpreis von Deutschland. Kein Wunder also, daß sich ein dumpfer Groll gegen England in Italien regt und daß ein Blatt unzensuriert schreiben durfte, England führe Krieg nicht nur mit den Knochen, sondern auch mit dem Gelde der anderen",

und die „Idea Nazionale" vom 20. Dezember 1915 verlangt die Schaffung einer eigenen kräftigen Handelsflotte.

Also schon ein halbes Jahr, nachdem Italien in den Krieg eingetreten, war die dort herrschende Stimmung wieder zum Abfall reif. Zeuge die Klage des Engländers W. Bagot im „Giornale d'Italia" vom 27. Januar 1916:

„Italiens öffentliche Meinung kann man ehrlicherweise nicht als bündnissicher hinstellen. Die englandfeindlichen und deutschfreundlichen Strömungen sind in den letzten Monaten immer zahlreicher und stärker geworden."

Das hat in England Eindruck gemacht. Es traf mit seinen Bundesgenossen ein Ab-

Digitized by Google

kommen, wonach jedem zur Entente gehörigen Lande eine bestimmte, seinen nachgewiesenen dringenden Bedürfnissen entsprechende Zahl von bisher nicht requirierten Schiffen zugewiesen werden sollte. Der „Corriere della Sera" und andere englandfreundliche Blätter haben dies alsbald zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter bekanntgemacht.

Aber, was zur Verfügung gestellt wurde, war unzureichend. Wenn das Bulletin der britischen Handelskammer vom März 1916 meldet, die britische Regierung habe der italienischen 70 Frachtdampfer von je 5000 Brutto-Register-Tonnen zwecks Getreideverschiffung zur Verfügung gestellt und monatlich 50 000 Tonnen für den Transport von Kohlen für die italienischen Staatsbahnen, so war das etwas; aber der Kohlenbedarf der italienischen Industrie war damit nicht gedeckt. Mehr, erklärten aber die Engländer wegen Schiffsmangels nicht leisten zu können, und daran knüpfte sich dann ein heftiger Streit zwischen den italienischen und englischen Zeitungen, wer von den beiden von den wucherischen Frachten den größten Gewinn ziehe. Dabei bewährte sich aufs neue der Satz G. B. Shaws, daß „der Engländer nie vergißt, daß die Nation verloren ist, die ihre Pflicht dort sucht, wo nicht ihr Vorteil zu finden ist", während kein Zweifel ist, daß es auch in Italien Leute gibt, die von der Not des Vaterlandes Gewinn ziehen. Die „Morningpost" vom 1. Februar 1916 hielt den Italienern vor:

„Man darf nicht vergessen, daß fast die Hälfte der englischen Handelsflotte von der Regierung beschlagnahmt ist und kaum 2000 englische Seeschiffe zur Verfügung stehen, ferner, daß der Verdienst dieser Schiffe nicht nur für England, sondern auch für seine Verbündeten von großem Wert ist. Viele Reeder sind der Ansicht, daß gegenwärtig der größte Teil des englischen Ozeanverkehrs von Schiffen der Neutralen und Verbündeten getätigt wird",

und dann folgt eine Berechnung, wonach von 35 Kohlenladungen, die im Januar 1916 nach Italien gingen, nur 4 in britischen, dagegen 17 in italienischen Schiffen befördert worden seien. Der Gewinn einiger italienischer Reeder hat aber das übrige Italien nicht über die steigenden Kohlenpreise getröstet, und nachdem die Tonne Kohlen in Genua auf 183,20 Lire und in Sizilien auf 257,6 Lire gestiegen war und als Folge die sizilianischen Schwefelgruben geschlossen worden waren, sagte selbst der so ententefreundliche Luzzatti in einer im Beisein des britischen Gesandten gehaltenen Rede, auch unter Brüdern entstehe häufig der Verdacht, daß der eine sich auf Kosten des andern bereichern wolle; bezüglich der Frachtsätze, der Kohlen, des Getreides und namentlich der Wechselkurse täten Italiens Verbündete nicht alles, was sie tun könnten und sollten; sie speisten die Italiener mit schönen Reden ab, aber die Kohlenpreise und Frachtsätze stiegen weiter, und noch immer erwarte Italien vergeblich seinen Anteil am Getreide, dessen Ankauf und Versendung England übernommen habe. Die „Tribuna" vom 6. April 1916 meinte, daß England einsehen müsse, wie ungerecht es sei, daß Italien infolge der hohen Frachten das Drei- und Vierfache wie das reiche England für sich-

Digitized by Google

tigste Stoffe zahlen müsse. Um sich von dieser Brandschatzung frei zu machen, kaufte Italien in England ein Dutzend Frachtdampfer zu hohem Preise.

Aber die Frachten gingen weiter in die Höhe, und, wie der „Economista d'Italia" vom 29. April 1916 schreibt, kehrten auf der interparlamentarischen Konferenz in Paris die Reden der italienischen Vertreter ihre Spitzen gegen England. Marconi schilderte die ernsten Folgen der entsetzlichen Frachtsteigerung für die italienische Industrie; Crispi betonte die fabelhaften Gewinne der englischen Reeder, an denen die englische Regierung durch eine Steuer von 67½ Prozent beteiligt sei. Die englischen Reeder und ihre Organe dagegen bestritten, daß England die Notlage seiner Verbündeten planmäßig ausbeute. Man hob hervor, wie einerseits von einigen Ländern mehr Schiffsraum wie früher beansprucht werde, so von Frankreich, das sein bis dahin geschlossenes Tor der freien Zufuhr geöffnet habe, andererseits infolge des Festliegens der deutschen und österreichischen Schiffe in den Häfen und des U-Boot-Kriegs weniger Schiffe verfügbar seien. Das bringe den Besitzern von Schiffsraum naturgemäß Vorteil, und allerdings besitze England die Hälfte des Schiffsraumes der ganzen Welt Aber seine Regierung gestatte den englischen Reedern nicht, diesen Vorteil auszubeuten. Die englischen Gesellschaften müßten mit 60 bis 70 Prozent ihrer Schiffe zu Blaubuchsätzen fahren und 67½ Prozent ihres Gewinns dem Staate abgeben. Dagegen hätten die Neutralen und die italienischen Reeder den Hauptvorteil von dem Mangel an Schiffsraum. Sie verdienten höhere Frachten, seien, mit Ausnahme der dänischen, von der Besteuerung frei, und speziell Italien habe den Vorteil, sowohl die billigen Blaubuchfrachten der britischen Schiffe zu genießen, als auch mit seiner eigenen Handelsflotte die Steigerung auf dem Frachtenmarkt voll auszunutzen. Und nun folgen regelmäßig Angaben, die jedoch miteinander nicht ganz übereinstimmen, über die Beteiligung der verschiedenen Nationen an dem Gewinn aus den hohen Frachten. Nach dem „Economist" vom 4. März 1916 von den Schiffen, die an den hohen Kohlenfrachten nach Italien verdienten, nur 17 v. H. auf britische, 36 v. H. auf italienische, der Rest auf griechische, skandinavische und andere neutrale Schiffe.

Aber alle diese Berechnungen ließen die Italiener kalt. Hatte doch der Handelsministers Runciman im britischen Parlamente erklärt, „daß England ein Interesse an hohen Kohlenpreisen habe", und der „Statist" hatte berechnet, daß die englischen Reedereien im Jahre 1915 250 Millionen £ gegenüber 20 Millionen im Jahre 1913 verdient hatten. Selbst wenn man die Gewinnsteuer von 50 v. H. des Reingewinns abziehe, bleibe immer noch ein Gewinn von 543 v. H. „Die Lage", schrieb „The Nation" vom 5. Februar 1916, „hat sich allmählich zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen." Auch die „Daily Mail", der „Daily Telegraph", der „Economist", der „New Statesman" wimmelten von Angaben über exorbitante Gewinne der englischen Reedereien. Ein Schiffahrts-Korrespondent berichtete in der „Times" vom 20. Januar 1916 über folgenden typischen Fall:

Digitized by Google

„Der englische Dampfer „Elmoor" von 3744 Tonnen, erbaut im Jahre 1910, der Moor-Line (Runciman limited) gehörig, kann im Bau etwa 42 000 £ gekostet haben. Wenn man 4 v. H. jährlich für Abnutzung abschreibt, würde der Dampfer jetzt unter normalen Umständen mit 35 000 £ zu bewerten sein. Dieser Dampfer wurde kürzlich für 12 Monate an eine italienische Firma vermietet zum Preise von 30 sh per Tonne und Monat. Das ergibt für 12 Monate 109 728 £. Die laufenden Ausgaben pro Monat können 900 £ betragen, Kriegsversicherung 250 £, zusammen 1150 £ oder 13 000 £ jährlich. Es bleibt ein Gewin von 95 928 £. Wenn man für Entwertung noch 1680 £ abzieht, bleibt ein Reingewinn von 94 248 £. Der Durchschnittsgewinn an demselben Dampfer mag vor dem Kriege 5000 £ jährlich betragen haben, so daß ein Kriegsgewinn von 89 248 £ verbleibt. Von diesem Mehrgewinn würde der Staat die Hälfte als Kriegsgewinnsteuer an sich nehmen, so daß den Reedern ein Gewinn von 49 624 £ bleibt, während das ganze Schiff 35 280 £ wert ist.

Letztere Wertangabe bezieht sich auf das, was der Dampfer gekostet und durch Abnutzung verloren hatte. Was den Marktwert der Dampfer angeht, so ging es mit den Schiffen, wie es mit dem Grundbesitz bei steigenden Getreidepreisen geht: entsprechend den gestiegenen Frachtsätzen stieg der Wert der Dampfschiffe. Schon der „Standard" vom 5. November 1915 hat von Dampfern berichtet, die um das Dreifache ihres früheren Preises verkauft worden waren; im weiteren Verlauf des Krieges stiegen die Dampfer auf das Zehnfache im Preis.

Diese Tatsachen lassen es erklärlich erscheinen, daß die englischen Berechnungen die Italiener nicht beruhigten. Da nutzte die englische Regierung die Bedrängnis, um das, was sie bis dahin vergeblich erstrebt hatte, zu erreichen. Noch immer hatte Italien nicht an Deutschland den Krieg erklärt. Schon die „Morning Post" vom 2. März 1916 hatte deshalb geschrieben:

„Niemand zweifelt an der Loyalität Salandras oder Sonninos; aber Sonnino ist nicht das Auswärtige Amt. Man darf keine Ansprüche an deutschfreundliche Gefühle bei festangestellten Beamten erwarten, deren ganze dreiunddreißigjährige Karriere in einer Atmosphäre der Hinneigung zum Dreibund verlief. Außerdem sind die Deutschenfreunde in Italien keineswegs abgetan."

Und so geht es weiter, um in der Forderung einer offenen Kriegserklärung an Deutschland zur „Luftreinigung" zu enden. Als nun in den folgenden Monaten die Kohlennot in Italien immer mehr stieg, sandte die britische Regierung Runciman hin, und am 10. Oktober 1916 brachten die „Daily News" folgende Mitteilung:

„Es ist nicht allgemein bekannt, daß Runcimans Mission in Italien nicht nur darin bestand, eine Einigung mit unseren Verbündeten über die dringend benötigte Kohle und Versorgung mit aller Art von Kriegsbedarf zu erzielen, sondern daß der Besuch auch der Regelung aller zwischen Italien und England schwebenden Fragen galt, insbesondere der Einschränkung des feindlichen Handels. Die wichtigste Frage war aber die bis dahin noch zurückgehaltene Kriegserklärung Italiens an Deutschland. Es gelang Runciman, eine Einigung über alle strittigen Punkte zu erzielen und die bindende Zusage zu erhalten, daß die Kriegserklärung binnen kurzem erfolgen werde. Sieben Tage nach der Abreise Runcimans erklärte Italien den Krieg an Deutschland."

Hat nun Italien für diese ihm abgepreßte Kriegserklärung wenigstens billige Kohlen erhalten?

Digitized by Google

Der „Corriere della Sera“ vom 24. Oktober 1916 berichtet von einem Kohlenvertrag, den Italien mit England abgeschlossen habe, wonach es vom 1. November bis Kriegsende monatlich 850 000 Tonnen Kohlen erhalten solle. Die Kohlen sollten je nach ihrer Qualität zwischen 30 und 18 sh pro Tonne an der Grube kosten und von da nach dem nächstliegenden Hafen verfrachtet werden. Für den weiteren Transport waren je zu einem Drittel englische, italienische und neutrale Schiffe vorgesehen. Die niedrigste Frachtrate sollte die nach Neapel sein: 57½ sh ab Hafen im Bristol-Kanal. Die kleineren italienischen Häfen sollten höhere Raten zahlen, die höchsten Porto-Empedocle: 80 sh per Tonne für schottische Kohle. Es wurde erwartet, daß danach der Kohlenpreis von etwa 220 Lire auf etwa 160 Lire in Italien sinken werde.

Aber im „Sole“ vom 17. Oktober 1916 heißt es, die Cardiffkohle sei frei Waggon Genua auf 225 Lire gestiegen, was dem so gefeierten englisch-italienischen Abkommen wenig entspreche. Im „Caffaro“ vom 17. Dezember 1916 wird unter scharfer Ablehnung halbamtlicher Beschwichtigungsversuche des „Corriere della Sera“ gesagt, in den 50 Tagen seit Abschluß des Abkommens sei nicht eine Tonne Kohle zu neuen Höchstpreisen nach Italien gelangt und nicht eines von den zugesagten den englischen Schiffen in den Dienst der italienischen Kohlenzufuhr gestellt worden. Noch heftiger ist der „Mattino“ vom 6. Dezember 1916, der mit dem Zerfall der Entente droht. In der „Preparazione“ vom 28. Dezember 1916 heißt es:

„Seit Inkrafttreten des englisch-italienischen Kohlenabkommens sind die Kohlenverschiffungen für den freien Handel, die sich vorher auf durchschnittlich 55 monatlich im Betrage von 250 000 Tonnen beliefen, auf 5 im Betrage von 20 000 herabgegangen.“

Damit stimmen englische Angaben überein. Nach dem „Economist“ vom 13. Januar 1917 hat England im Jahre 1915 an Italien 5 785 000 Tonnen Kohlen für 4 997 000 £, dagegen im Jahre 1916 nur 5 710 000 Tonnen für 7 019 000 £ geliefert, also weniger Kohle zu einem um 44 Prozent höheren Preise. Das englisch-italienische Kohlenabkommen war also, trotz aller Ableugnungsversuche des Unterstaatssekretärs Ancona, ein Fehlschlag.

Nun wurde in London ein internationaler Charterausschuß ins Leben gerufen, der dafür sorgen sollte, daß jede Charterung von ausländischen Schiffen seitens einer Privatfirma in erster Linie den Interessen der Alliirten diene. Um neutrale Schiffe anzulocken, wurden die Frachtsätze erhöht. Aber die Erhöhung hatte keine größeren Zufuhren zur Folge. Auch die Vergrößeruug des von England Italien zugewiesenen Schiffsraumes um 140000 Tonnen führte nicht zur Behebung des italienischen Notstandes. Der U-Boot-Krieg hielt die neutralen Schiffe auch zu den erhöhten Frachten fern. Darauf wurden die Höchstfrachtpreise überhaupt beseitigt; das Frachtenbureau sollte jeden Preis gelten lassen, der nötig sei, um von den Neutralen Schiffraum zu erhalten. Auch wurden die Preise für Kohlen, die nach Italien gehen, erhöht. Aber die Furcht vor den U-Booten war zu groß, und das Londoner Schiffahrtsblatt „The Syren and Shipping“ vom 29. August 1917 machte bittere Bemerkungen darüber,

Digitized by Google

daß die Bundesgenossen in der Benutzung ihrer Fahrzeuge zurückhaltender seien, „als wir Briten zu sein pflegen". Daß „italienische Schiffe unter dem Vorwand von Reparaturen in die Häfen flüchteten, um der U-Boot-Gefahr zu entgehen und sich so für die Zeit nach dem Kriege zu retten", hat der Minister Canepa in einem vom „Giornale d'Italia" vom 25. Mai 1917 veröffentlichten Pressegespräch für eine „peinliche, aber unleugbare Tatsache" bezeichnet, die ihm bei seinen Verhandlungen mit den Engländern sehr ernste Hindernisse bereitet habe. An den exorbitanten Gewinnen wollten die italienischen Reeder teilnehmen, so lange dies verhältnismäßig ungefährlich war; sobald die Gefahr stieg, wagten sie sich nicht mehr aufs Meer. Den Nachteil hatte Italien.

Wie mit der Kohlenversorgung verhält es sich mit der Beschaffung des von Italien benötigten Getreides und Holzes, nur daß es hier in erster Linie die Amerikaner, erst in zweiter die Engländer sind, die Italien durch exorbitante Frachtpreise bereichert haben. Um zuerst vom Holz zu sprechen: im Jahre 1913 betrug die Holzeinfuhr Italiens 11 583 000 dz = 3 580 000 Kubikmeter, wovon allein 9 040 000 dz aus Österreich kamen. Infolge des Krieges trat trotz abnehmender Bautätigkeit großer Holzmangel ein, denn Italiens eigene Holzproduktion ist gering. Als weitere Folge waren die Holzpreise schon fünf Monate nach Ausbruch des Krieges in Genua, dem Haupteinfuhrhafen für Holz, um 181 v. H. gestiegen. Da die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und Kanada durch die hohen Frachten (80—100 Lire für den Kubikmeter) gehindert wurde, sah der „Sole" vom 21., 22. und 24. Januar 1916 mit der Erschöpfung der Holzlager ein weiteres Steigen der Preise voraus.

Aber weit wichtiger war der Getreidemangel. Nach der amtlichen Statistik von 1914 hat der Getreideverbrauch Italiens im Durchschnitt der Jahre 1908—1913 53,4 Millionen dz betragen, wovon 41,6 durch inländische Erzeugung, 13,0 durch Einfuhr (abzüglich der Ausfuhr) gedeckt wurden und ein Überschuß von 1,2 Millionen dz verblieb. Infolge des Krieges ging die heimische Erzeugung, da Arbeitskräfte und Düngemittel fehlten, zurück. Besonders im Jahre 1916 war der Ernteausfall enorm. Die große Schwierigkeit bei der Beschaffung ausländischen Getreides bereitete auch hier der Mangel an Schiffsraum. Er war schon 1916 so groß, daß nach „Sole" und „Corriere Mercantile" die Getreidepreise auf den amerikanischen Märkten fielen, da es unmöglich schien, den gesamten Getreideüberschuß des Jahres 1915 nach Europa zu befördern. Die Frachtsätze für Getreide von den nordamerikanischen Häfen nach Genua stiegen vom 1. Oktober 1915 bis 18. März 1916 um 100, von La Plata nach Genua um 210 v. H. Nach einer Berechnung der „Stampa" vom 23. Februar 1916 kam der Weizen, der im amerikanischen Hafen etwa 28 Lire kostete, in Genua auf 56 Lire zu stehen. Darauf hat die italienische Regierung für 350 Millionen Lire ausländisches Getreide angekauft, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Aber Italien hat das Getreide nicht rechtzeitig erhalten, weil England seine Schiffe für die Beförderung seiner Truppen von den Dardanellen und nach der Balkanhalbinsel nötig hatte. Darauf ein ungestümes Verlangen nach größerem Entgegenkommen der Ver-

Digitized by Google

bündeten in der italienischen Presse. Die Allgemeinheit der Mißernte im Jahre 1916 und der U-Boot-Krieg haben dann die Beschaffung von Getreide aus dem Auslande noch mehr erschwert. Die Transportkrise wurde für Italien wahrhaft bedrohlich. Nach einem Leitartikel des „Messagero" vom 28. Oktober 1916 kostete im Oktober 1916 das amerikanische Getreide in Chicago 220 v. H. mehr als im Juli 1914, die Frachten 600 v. H. mehr und der Wechselkurs war um 25 v. H. höher. Im Jahre 1917 ist die Anbaufläche weiter zurückgegangen, da die Arbeitskräfte fehlen; daher die größte Besorgnis des Volkes im Jahre 1918.

Erst vor wenigen Wochen haben die deutschen Zeitungen Angaben über den Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen aller Art in den Hafen von Genua gebracht. Die Lage, die dadurch geschaffen, kommt in geradezu verzweifelten Artikeln der italienischen Presse zum Ausdruck. Dabei spricht „Messagero" die Erwartung aus, daß „die Verbündeten bei Überlassung von Kohle und Getreide Italien nicht auswuchern. Hoffentlich werde Orlando bei seiner Rückkehr von Paris hierüber gute Kunde bringen und die Sieges- und Revanchebegeisterung des Volkes neu beleben." „Tribuna" schreibt, „Italien habe an Opfern alle Verbündeten übertroffen, aber es könne seinen allgemein anerkannten und gepriesenen Widerstand nicht bis zum Äußersten fortsetzen, wenn die Verbündeten nicht beispränge. Zwischen dem Widerstandswillen und dem Widerstandskönnen klaffe heute ein gefährlicher Abgrund." „Idea Nazionale" verweist namentlich auf den furchtbaren Kohlenmangel der Eisenbahnen, der die Lösung der übrigen schweren Fragen unmöglich mache. „Stampa" pocht auf die klaren Rechte Italiens, das nicht allein seinen eigenen Krieg, sondern auch den Krieg seiner Verbündeten führe und die gerechte Berücksichtigung seiner Notwendigkeit erwarte. Sogar der „Corriere della Sera" enthält eine fast drohende Aufforderung an die Verbündeten, Italien im eigensten Interesse besser zu versorgen. Böten sie nicht die Hand dazu, daß die Maschine des Lebens in Italien nicht zum Stillstand komme, so hätte auch Frankreichs letztes Stündlein geschlagen und England hätte seinen jahrhundertealten Festlandkrieg verloren.

Durch Vorenthaltung von Kohle hat England Italien 1916 genötigt, an Deutschland den Krieg zu erklären; fast scheint es, als ob das Ausbleiben der damals Italien versprochenen Kohle eine ernste Gefahr für den ganzen Verband bedeute, dem beizutreten es damals gezwungen wurde.

Bethmann Hollweg, der Demokrat

Von Professor Dr. Wilhelm v. Blume, Tübingen

In der „Leipziger Illustrierten Zeitung" vom 24. Januar findet sich ein Festartikel zum Geburtstage des Kaisers, der etwas niedriger gehängt zu werden verdient. Ob die „Illustrierte Zeitung", die ja doch wohl bisher kein politisches Blatt sein wollte, die Absicht hat, von jetzt ab einer Partei, und zwar der äußersten Rechten, zu dienen,

Digitized by Google

ist uns unbekannt. Will sie es, so ergeben sich für einen großen Teil ihrer Leser die Folgerungen daraus von selbst.

Der Verfasser des eigenartigen Festartikels ist Herr Dr. Wildgrube, Mitglied des Reichstages. Thema: „Der monarchische Staatsgedanke." Richtiger: „Die Demokratie als Feind der Monarchie." Über die Staatsauffassung des Herrn Dr. Wildgrube soll hier nicht mit ihm gestritten werden. Ganz so einfach, wie er meint, liegt die Frage nach dem Wesen der Monarchie denn doch nicht. Wenn er unter Berufung auf Bismarck die Grenzlinie zwischen Monarchie und Republik da zieht, wo der König durch das Parlament zu etwas gezwungen werden kann, was er aus freiem Antrieb nicht tun würde, so ist Herr Wildgrube sich schwerlich darüber klar gewesen, daß er von diesem Standpunkte aus jedenfalls das Deutsche Reich nicht als Monarchie betrachten kann. Im übrigen soll ihm ohne weiteres zugegeben werden, daß der eigentliche Wert der Monarchie in ihrer Stellung über den Klassen und Parteien liegt. Darin, daß ein Mann da ist, der so hoch steht, daß er vom Kampf der Interessen nicht berührt wird, aber die Macht hat, ausgleichend in diesen Kampf einzugreifen.

So weit wir sehen, dürfte die Zahl derer, die unter „Demokratisierung und Parlamentarisierung" unseres Staates eine Schmälerung dieser Stellung der Monarchie verstehen, — wenn wir von der Sozialdemokratie absehen — nicht allzu groß sein. Aber Herr Dr. Wildgrube hält es für nötig, den Kaiser an seinem Geburtstage vor den Feinden, die ihn in Deutschland bedrohen, nachdrücklich zu warnen. Denn — so behauptet er — der Kampf, der im Innern entbrannt ist, ist letzten Endes ein Kampf gegen die Monarchie. Die Verantwortung für diesen Kampf aber „fällt in ihrer ganzen Schwere auf den unglückseligen Mann, der in den ersten drei Kriegsjahren Reichskanzler war, auf den Herrn von Bethmann Hollweg". Ihm habe der Glaube an die Monarchie gefehlt, er sei in demokratischen Grundanschauungen befangen gewesen. So habe er die „gefühlsmäßige Hingabe bisher antimonarchischer Volkskreise an den Augenblick" in ihrem Wert überschätzt, und die Folge sei das „Versprechen einer Belohnung an die Demokratie" gewesen. Demokratisierung und Parlamentarisierung seien die Losung geworden.

Also Bethmann Hollweg, „der unglückselige Mann", ein Demokrat! Demokratisierung und Parlamentarisierung seine Losung! Man möchte laut lachen, aber das Lachen vergeht einem, wenn man sich klar macht, daß derartiges in einem Festartike von einem Abgeordneten der konservativen Partei geschrieben werden konnte. Wohin hat der Haß diese Männer geführt! Der Haß, der darin und nur darin seinen Grund hat, daß Bethmann Hollweg ihnen nicht zu Willen war und der Vertrauensmann des Kaisers blieb trotz aller Anfeindungen, bis — ja bis der Kaiser in seine Entlassung willigen mußte, obwohl er das Vertrauen zu ihm nicht verloren hatte. Und eben diese Leute, die den Monarchen gezwungen haben, seinen Kanzler preiszugeben, die wagen

Digitized by Google

es, in einem Festartikel zu Kaisers Geburtstag den Mann zu beschimpfen, der dem Kaiser nahe gestanden hat, und wagen es, als das Kennzeichen des Monarchen zu preisen, daß niemand ihm seinen Willen aufzwingen könne! — Pfui Teufel!

Notizen

Die Niederlage des gleichen Wahlrechts in dem preußischen Verfassungsausschuß kann nur eine Etappe auf dem Leidensweg dieser politischen Forderung sein. Die Regierung hat noch die Hoffnung, daß im Plenum eine kleine Mehrheit zu ihrem Entwurf sich findet. Denn von der freikonservativen Fraktion ist die Gruppe, die ihr folgen will, im Ausschuß gar nicht vertreten. Sie wird auch damit rechnen können, daß die Nationalliberalen des Reichstags ihr Gewicht auf die preußischen Kollegen lenken werden. Freilich — ernste Schritte muß sie sich vorbehalten. Sie wird, wenn sie ohne Erfolg bleibt, während des Krieges die Auflösung nicht beschließen, sondern den Landtag nur mit dem Haushalt beschäftigen, um dann mit dem Frieden Neuwahlen auszuschreiben, die nur das Wahlrecht als Losung haben. Deren Erfolg wäre, trotz des Dreiklassensystems und trotz des Aufstiegs der Kriegsgewinner, ohne Frage. Aber der Beginn der Friedenspolitik würde unter die schwierigsten Reibungen kommen! Deshalb ist die baldige Erledigung der Wahlrechtsfrage im Augenblick gar keine Angelegenheit, ob man für etwas mehr oder für etwas weniger Demokratie schwärmt, sondern eine fast ausschließlich staatspolitische Entscheidung.

Finnland muß das Glacis für Petersburg bleiben. Die maximalistische Zeitung „Rossija" vom 7. Februar betont in einem Artikel die militärische Notwendigkeit, Finnland in Abhängigkeit von Rußland zu halten. Das Blatt entwickelt dabei Ansichten, die sich nicht im geringsten von kadettischen Äußerungen unterscheiden. Auch bei ihr bildet der nächste Krieg eine feststehende Tatsache, gegen die man sich durch vorgeschobene Stellungen, wie Aaland und Ösel, sichern müsse:

„Der russische Bürger begrüßt den politischen Sieg der finnländischen Demokratie, er muß aber zugleich in die Zukunft schauen, wo auch andere politische Kombinationen möglich sind. Die Möglichkeit ist keineswegs von der Hand zu weisen, daß es der finnländischen Republik künftighin vorteilhaft erscheinen werde, in den Bestand von Staaten einzutreten, die der russischen föderativen der A.- und S.-Räte-Republik offensichtlich feindlich gegenüberstehen ...

Man muß festlegen, welche strategischen Punkte unbestreitbar von russischen Truppen bei allen politischen Kombinationen besetzt werden müssen.

Historische Erinnerungen und die strategischen Bedingungen von heute führen zu dem Schluß, daß die Verteidigung Petersburgs sich nicht auf die Küste des Finnischen Meerbusens beschränken könne, und wie früher in das Gebiet der Moonsund-Inseln und der Aaland-Inseln vorgeschoben werden müsse ...

Ein jedes Zugeständnis in dieser Richtung bedroht uns mit Gefahr, welche anfangs nicht zu merken, ihren Folgen nach jedoch um so verhängnisvoller ist. Die Absperrung des Finnländischen Meerbusens für die russische Flotte bildet den Anfang der Verdrängung unserer bewaffneten Kräfte aus dem Gebiet der strategischen Zugänge nach Petersburg."

Ein politischer Atlas von Bulgarien. D. Rizoff, Kgl. bulgarischer Gesandter in Berlin, hat eine historisch-politische Kartensammlung mit Begleittext herausgegeben: die Bulgaren in ihren historischen, ethnographischen und politischen Grenzen, 679 bis 1917 — eine Arbeit, die an sich wertvoll ist, außerdem aber zu den geschicktesten gehört, was die mannigfaltige nationale Propaganda-Literatur zurzeit des Weltkrieges hervorgebracht hat. Geschickt, und was das Entscheidende ist, wirklich überzeugend! So nur kann man diese Arbeit urteilen, die vier-

Digitized by Google

zig Karten der verschiedensten Herkunft, serbische, französische, englische, deutsche, russische, bulgarische aus der Zeit vom Beginn der wissenschaftlichen Untersuchungen über die Abgrenzung der Nationen auf der Balkanhalbinsel bis auf die Gegenwart in genauer Wiedergabe vereinigt. Der Zweck der Zusammenstellung ist, zu beweisen, welch eine lange Reihe kompetenter Zeugnisse aus allen Lagern dafür spricht, daß die nationalen bulgarischen Ansprüche auf die jetzt im Kriege angestrebten Grenzen des Königreichs Bulgarien in der Tat durch die Ausbreitung des bulgarischen Stamms gerechtfertigt sind. Das gilt namentlich auch von der umstrittenen Dobrudscha. Daß dieser wichtige Landstrich zwischen der untersten Laufstrecke der Donau und dem Schwarzen Meer geschichtlich zu Bulgarien gehört und daß auch ethnographisch die Bulgaren dort ein alt ansässiges und zahlreiches Volkselement ausmachen, wird die Rizoffsche Kartenfolge in der Tat als das überwiegende Urteil dieser Zeugnisse dargetan, von denen eine ganze Anzahl schon durch ihr Datum und ihre Herkunft ganz außerhalb des Verdachtes stehen, bestimmte Ziele für die Gegenwart zu verfolgen.

Neuerscheinungen

Geschichte und Leben

Seit dem Kriege wird geschichtliches Verstehen nicht mehr da allein geübt, wo der Geist nur das starre Produkt des Prozesses historischer Begriffsbildung hinnimmt. Es erlebt diesen Prozeß in seinem Werden in sich. Dadurch ist es nicht ein Bedürfnis des betrachtenden Geistes geblieben, das es vor dem Kriege war. Es ist „eine Forderung des handelnden und leidenden Menschen geworden, die schleunige Erfüllung verlangt". Universität und höhere Schule können und müssen zur Lösung dieser ein Beträchtliches beitragen. Beide haben sich darum während des Krieges oft um die Beschaffenheit des Stoffes bekümmert, an dem der Lernende die aufbauenden Grundkräfte des historischen Erkennens entwickeln und erproben soll. Ein neues Hilfsmittel, das originellste und gedankenreichste, das bis jetzt herauskam, ist ein Buch von Ph. Litt, „Geschichte und Leben" („Von den Bildungsaufgaben geschichtlichen und sprachlichen Unterrichts". B. G. Teubner, Leipzig. M. 5.20). Es legt einen zusammenhängenden Lehrgang geschichtsphilosophischer und soziologischer Unterweisungen vor, „durch den es gelingen kann, wirkliche Einsicht in die Grundvorgänge des historischen Lebens aus dem unmittelbaren Besitz an persönlicher Lebenserfahrung abzuleiten". Sprach- und Geschichtsunterricht werden dafür in Anspruch genommen. Und beiden wird die Aufgabe zugewiesen, „die Stellung des einzelnen innerhalb der historischen Gemeinschaften im Sinne einer von Verantwortlichkeitsgefühl und Gerechtigkeit getragenen Gesinnung zu bestimmen. Auch das ist ein neuer, fruchtbarer, für die Neugestaltung unserer geschichtlichen und geistigen Erziehung gleich wertvoller Gesichtspunkt. Zusammenfassend sagt der Verfasser über die Prinzipien seiner Anschauung: „Das geschichtliche Leben hat in stürmischem Voranschreiten seiner Entwicklung eine Stufe erreicht, bis zu der ihm der langsamere Fortgang der durchschnittlichen Denkweise nicht hat zu folgen vermocht. Sie sucht des Gewirres von tausendfach sich durchkreuzenden Ereignisleiten, in deren Mitte sie steht, mit den Denkformen Herr zu werden, die selbst auf einfachere Zeiten angewandt nur einen Teil der Wahrheit ans Licht fördern, jetzt aber vollends nur ein Zerrbild der Wirklichkeit zustande bringen können. Und dieses Zurückbleiben des Erkenntnisvermögens bedeutet in seinen Wirkungen unendlich viel mehr als ein bloßes intellektuelles Versagen. Es dürfte nicht zu viel behauptet sein, daß nicht wenige der schweren Krisen, von denen die gegenwärtige Menschheit heimgesucht wird, in diesem Mißverhältnis einen entscheidenden Grund haben. Je schneller es gelingt, den Abstand, in dem die allgemeine Lebenskenntnis dem Leben folgt, zu verringern, desto eher möchte es möglich werden, einen Teil seiner inneren Unausgeglichenheiten wenigstens zu mildern."

Der denkenden Betrachtung über die Geschichte, für deren Notwendigkeit ein Buch wie das von Litt ein neues Zeugnis aus unserer eigenen Erfahrung ist, kommt zurzeit weiterhin ein Buch entgegen, das Georg Lasson aus aufbehaltenem handschriftlichen Material Hegels neu herausgegeben hat „Die Vernunft in der Geschichte" („Einleitung in die Philosophie der Weltgeschichte", Felix Meiner, Leipzig, br. M. 5.50). Hegels Denken paßt sich unserer Zeit darin an, daß er nicht, wie seine philosophischen Vorgänger, bei dem Individuum stehen bleibt, sondern auf die geistige Welt zurückgeht, die den Boden für das sittliche Leben der Individuen bildet, „auf das durch den objektiven Geist gebildete sittliche Ganze, dem der einzelne als seinen Mutterboden das eigene sittliche Bewußtsein, den Inbegriff seiner sittlichen Aufgabe verdankt". Auch durch sein „Ziel der Weltgeschichte" wird

Digitized by Google

Hegel der geistige Betrachter auch unserer Zeit: „daß der Geist sich zu einer Natur, einer Welt ausbilde, die ihm angemessen ist, daß der Geist zum Bewußtsein seiner wahren Wirklichkeit komme".

Auf den Wert geschichtlicher Erkenntnis für das politische Urteil der Gegenwart kommen aber auch Schriften zu sprechen, die sich mit einzelnen geschichtlichen Fragen beschäftigen. So zehn in Wien gehaltene Vorträge über „das Königreich Polen vor dem Kriege", die die Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung in Wien mit einer Einleitung ihres Vorsitzenden Dr. L. Ewiklinski (bei Franz Deuticke, Wien) herausgibt. Die Vorträge (über das Land, die Bevölkerung, Verfassung und Recht, Landwirtschaft, Industrie, Finanzen und über die wichtigsten geschichtlichen Momente im Königreich Polen) werden ein beachtenswertes Zeugnis für politische Erziehung durch ihren Standpunkt: „Erst heißt es sich über die Grundtatsachen klar werden, ehe man zu politischen Urteilen aufsteigt. Wie die Theorie durch die Praxis, so muß die Praxis durch die Theorie gefördert werden. Polen kennen zu lernen, ist schwer. Es liegt an der Grenze zweier Welten, der westlichen und der östlichen. Davon wurde es ein Land voll gegensätzlicher politischer, nationaler, wirtschaftlicher Interessen. (Es ist im übrigen die Hoffnung des Buches, daß „des Zwanges bar, der den freien Gang hemmte, der Willkür der Machthaber nicht mehr ausgesetzt, gehoben durch das ethische Gewicht der übernommenen Pflichten, der wiedererstandene Staat nach Überwindung der mit der Umschaltung des Wirtschaftsbetriebes verbundenen Schwierigkeiten hoffentlich in der Lage sein wird, im Anschluß an die Gemeinschaft der Mittelmächte, die Schätze seines Bodens, sowie die geistigen Anlagen und physischen Kräfte seiner Bevölkerung in fruchtbarer Weise für seine ökonomische, kulturelle und nationale Entwicklung zu verwerten".)

Moses Schorr begründet durch einen geschichtlichen Rundblick den Anteil der Juden Polens und Litauens an dem staatlichen Wiedererstehen Polens. (Rechtsstellung und innere Verfassung der Juden in Polen. R. Löwit, Berlin 1917.) Zur Literatur alten Schlages gehört dem gegenüber das Buch von Slavicus, der über „Österreich-Ungarn und die südslawische Frage" schreibt. (Ferd. Wyß, Bern.) Die südslawische Frage, die bis jetzt meist zu den jüngsten politischen Problemen gerechnet wurde, wird in ihrem Ursprung zwei Jahrhunderte zurück verfolgt. „Ihre Geburt fällt in die Zeit, da der Niedergang der ottomanischen Herrschaft auf dem Balkan begann." Das Geburtsdatum ist der Friede von Passarowitz 1718, weil „dieser Vertrag durch die Abtretung eines Teils von Bosnien, des nördlichen Serbien und der sogenannten „kleinen Wallachei" (westlich des Alflusses) an Österreich den ersten Gebietsverlust der Türkenherrschaft auf dem Balkan darstellt". Schon dieser Frieden läßt die Entwicklung sehen, die das Problem genommen hat: zum Verfall der ottomanischen Balkanherrschaft, zur Anwartschaft Österreichs an das Balkanerbe der Türkei. Als Losung der südslawischen Frage wird die Annexion von Serbien und Montenegro gefordert. „Durch die Angliederung Serbiens an die Monarchie würde deren Machtsphäre nicht einmal in dem Maße ausgedehnt werden, als sie in der Budapester Konvention von 1877 zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vereinbart worden war (bis zum Timok und Vardar)."

Als richtige Erzieherin der Gegenwart tritt die Vergangenheit in zwei Büchern auf: Dr. Kurt Herfurth hat aus Bismarcks Schriften und Reden zu vorläufiger Orientierung die Grundzüge seiner Kolonialpolitik dargelegt („Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik". Wilhelm Bornträger, Berlin). In historischer, für eine Zeit lehrreicher Folge, die sich die Einsicht in die Notwendigkeit der Kolonialpolitik von neuem erkämpft, wird Bismarcks Stellung zu den kolonialen Fragen seinerzeit an den einzelnen großen Momenten erörtert. Alexander Cartellieri sieht in der Geschichte Frankreichs von 1871 bis 1914 eine innere Einheit („Frankreichs politische Beziehungen zu Deutschland", G. Fischer, Jena) durch die Revanche als das im entscheidenden Augenblick immer maßgebende Ziel der französischen Politik, die das Urteil lähmt, alle vernünftigen Erwägungen unterbricht, die die Vergangenheit fälscht und die Zukunft verschließt — „das Verhängnis eines großen Volkes".

Erzieherin der Zukunft ist die Vergangenheit in dem Denkmal, das Alexander Cartellieri Gobineau (als einem nachahmenswerten Vertreter der internationalen Wissenschaft) setzt. (Straßburg, K. J. Trübner, 1917.) Durch und durch Franzose, reiht er sich den führenden Denkern an, die sich vom festen Grunde ihres Heimatlandes strebend zum Allgemeinen und Höchsten erheben. Sein ganzes Leben, Forschen und Dichten, ruhelos wie er war, galt dem Edelmenschen, dem Helden, den er auf der ganzen Erde in allen Jahrhunderten sucht.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 8. März 1918 • Heft 10

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

In den Blättern der Rechten wird dem Vizekanzler Payer zum Vorwurf gemacht, er habe als „Parteimann" gesprochen. Das klingt einigermaßen töricht. Was Payer getan hat, war nichts anderes als das, was schon längst einmal gesagt werden mußte: daß eine Minderheit Minderheit sei. Nicht im parlamentarischen Sinn, sondern gegenüber dem Inland wie gegenüber dem Ausland. Die Mehrheit des deutschen Volkes steht weder bei den Extremen der Rechten noch der Linken, und die heutige Reichsregierung ist nicht der Gefangene einer autokratischen Gruppe, wie die Weltlegende, geflissentlich und durchsichtig, beschreibt. Schärfe schafft Klarheit. Diese aber brauchen wir.

*

Daß die Isolierung der äußersten Rechten deutlich ausgesprochen wurde, ist dort peinlich empfunden worden. Man weicht der Selbsterkenntnis aus und übersieht auch gerne die in der Tat groteske Erscheinung, wie oft Heydebrand und Haase in wichtigen Fragen gleichartig abgestimmt haben. Das zu verwischen dienen Lärm, Protest, gekränkte Beschwerden. Im Gegenstoß sucht man Payer innerhalb der Regierung selber zu isolieren. Das ist aber mißlungen. Die Rede des Vizekanzlers war die notwendige Ergänzung der Hertlingschen Rede; der Kanzler hat die Ausführungen seines Stellvertreters sachlich gedeckt.

*

In England steht Lloyd George vielleicht vor neuen Anfechtungen, denn der Schiffsbau hat im Jahr 1917 nur ein Drittel seiner Julivoransage erreicht, und Bonar Law muß sich zu einem Finanzprogramm von Wochenterminen entschließen, da er einen zuversichtlichen Finanzappell an die britische Stimmung im Augenblick offenbar nicht wagen kann. Daß der Vorstoß von Asquith nicht gelingen konnte, lag daran, daß er an die Frage der Generalität anknüpfte, daß er aber keinen siegreichen General zu verteidigen hatte. So lange der als Knock-out-Politiker gekennzeichnete Lloyd George das Feld beherrscht, ist ein verhandlungsfähiger Friedenswille für unsere Betrachtung nicht vorhanden. Balfour wird zwar vorgeschickt, um in milderen For-

Digitized by Google

mulierungen einer etwas brüchigen Stimmung Rechnung zu tragen — aber im Sachlichen kommt auch er keinen Schritt vorwärts.

*

Die Erwartung großer Ereignisse im Westen überschattet bis zu einem gewissen Grad die neuen Leistungen unserer Truppen im Osten. Ist das gerecht? Müssen wir nicht mit der größten Bewunderung die ungeheuren Erfolge betrachten, die unsere Regimenter jetzt im Osten errungen? Der Heroismus der Entbehrung, des rastlosen Marschierens, Marschierens, Marschierens, die kühne Entschlossenheit einer Handvoll Leute, ins Ungewisse hineinzustoßen, hinter deren fast abenteuerlicher Schnelligkeit die Umsicht und Arbeit aufhauender, pfleglicher Ordnung nachrückt. Daß Groener in der Ukraine führt, ist ein Symbol, daß hier der Organisationswille und die Sorge um die Heimat das Chaos niederkämpft. Was dabei militärisch geleistet wird, ist zugleich Sekundantendienst für die Verhandlungen mit Rumänien.

*

Österreichische Divisionen rücken in Podolien ein. Eine gewisse Befangenheit gegenüber den Strömungen in der Wiener Sozialdemokratie hat die österreichisch-ungarische Regierung bisher gebunden. Sie braucht Adler für das Budget. Adler will ihr das Budget jetzt bewilligen, um der parlamentslosen Herrschaft des § 14 auszuweichen, aber die Kriegskredite selber sollen weiterhin abgelehnt werden. Der Kaiser wehrt sich gegen diese Scheidung. In diesem Zwiespalt schwebt Wien heute noch. Er kann am ehesten durch den baldigen Friedensschluß mit Rumänien gelöst werden; diesen bringt jener Einmarsch, gegen den im doktrinären Zirkel die Sozialisten sich wehrten!

*

Nachdem endlich das System Isenburg in Litauen liquidiert worden ist, sollte möglichst schnell an den politischen Aufbau dieses Staatswesens gegangen werden. Das wäre nicht nur im litauischen, wie im deutschen Interesse, sondern auch für unser Verhältnis zur Ukraine von großer Bedeutung. Gerade jetzt, wo deutsche und österreichische Truppen auf Bitten der Ukraine tief in ihr Gebiet vorstoßen, um es von der maximalistischen Pest zu befreien, wäre es ein Gebot politischer Klugheit, den litauischen Beweis zu erringen, daß Mitteleuropa den früheren Randvölkern Rußlands ein uneigennütziger Freund sein will.

*

Die spanischen Wahlen haben den Neutralitätswillen des spanischen Volkes bestätigt. Die Entente hat es nicht daran fehlen lassen, die Versenkung einiger spanischer Schiffe nach Kräften auszubeuten, aber sie hat es nicht verhindern können, daß ihr eifrigster Agent, Lerroux, zweimal durchgefallen ist und damit aus der Kammer ausscheidet. Das spricht, ohne daß wir heute schon eine innere Klärung der spanischen Parteigruppierungen zu erkennen vermögen, formelhaft die deutlichste Sprache.

Digitized by Google

Im Reichstag, Februar 1918

Von Conrad Haußmann, M. d. R.

Die erste Etatsdebatte unter der neuen Regierung brachte eine große politische Aussprache. Sie hat klärend gewirkt und sie hat dem Volk ein Regierungsprogramm, politische Persönlichkeit und eine feste Mehrheit gezeigt.

Es sind Veränderungen seit einem Jahr eingetreten: Spahn, Bassermann und Payer sind nicht mehr die Führer ihrer Fraktionen. Payer ist Mitglied der Reichsregierung geworden und ist als Stellvertreter des Reichskanzlers erstmals vor das Haus getreten. Schon dies wirkte als ein politisches Ereignis. Denn nie ist in dem fast fünfzigjährigen Reichstag ein Parlamentarier, der als Parlamentarier berufen worden war, niemals ein Demokrat auf der Ministerbank erschienen.

Payer entwickelte das Innenprogramm der Reichsregierung. Es ist ein Programm besonnener Reformen. Er vertrat es in glücklicher Weise, offen und nachdrücklich. Es ging durch seine Worte ein Klang von Kraft und von Zuversicht, von Willen und von Selbständigkeit. Das war es, was bei fast allen Sätzen die Zustimmung der Mehrheit auslöste, das war es, was den Grimm der Konservativen nicht schweigen ließ.

Das politisch Wichtigste war das Aufschäumen der Konservativen und der Beifallsturm der Mehrheit, der in immer erneuter Woge durch das Haus brauste. Im Kriegsjahr riefen die Männer der guten Manieren zum Willkommen dem Vizekanzler eine Pfuisalve entgegen. Dabei war die Rede in der Form untadelig und in besonderem Grad maßvoll. Entschlossen zum Demonstrieren — suchten die Konservativen den äußeren Grund darin, daß der Vizekanzler bei der Aufzählung der politischen Schädlichkeiten nach dem Streik auch die Exzesse der radikalen Konservativen aufzählte. Die Gemeinschädlichkeiten der größten Sünder von rechts aus Feigheit nicht zu erwähnen, wäre der Vernachlässigkeit eines Staatsinteresses gleich gekommen und wäre eine „Unbesonnenheit" gewesen, wie sie nur Michaelis zuzutrauen war, der durch diese Verzagtheit uns in eine schädliche Krisis verstrickt hat.

Höchstens die Frage ist aufzuwerfen, ob Payer nicht allzu optimistisch war mit seinem Appell an die Konservativen, ihre Strangschläger abzuweisen. Denn die ganze konservative Politik ist Strangschlägerei geworden. Die Sammlungspolitik ist von ihnen schon unter Bethmann grundsätzlich verleugnet worden, um die Reichsregierung, einschließlich der Krone, fortgesetzt unter dem einschüchternden Druck demagogischer Angriffe halten zu können. Dieses staatserschütternde Treiben, das dem Feind das Material zur Verdächtigung der deutschen Politik gibt, ist der Hauptgrund gewesen, der die anderen Parteien lehrte und zwang, im Staatsinteresse eine Mehrheit zu bilden und einer neuen Regierung die parlamentarische Stütze zu schaffen.

Es war mathematisch sicher, daß der dadurch parlamentarisch isolierte Flügel den Vizekanzler tendenziös angreifen werde. Um das parlamentarische System, vor dem sich

Digitized by Google

die Konservativen, als vor dem Ende ihrer Herrschaft, wie vor dem Tod fürchten, lästern zu können, müssen sie den ersten parlamentarischen Minister „herunterreißen". Den Vorwand hierzu bildete das Mittel: sich für grundlos angegriffen zu erklären und über „Herausforderung" verwirrenden Lärm zu machen. Dabei benutzten sie den Kunstgriff, sich mit dem Don Quichotte von Januschau zu identifizieren und ihn gleichzeitig zu verleugnen. Weiterhin aber griffen sie zum Instrument des Pfui-Rufs.

Aber die Mehrheit erkannte das Spiel und scharte sich im ersten Augenblick um Payer. Der Vorstoß gegen ihn schmiedete die Mehrheit am ersten Tag der Etatsberatung nur noch fester zusammen.

Was der Beifall der stürmischen Sitzung versprach, erfüllte die Debatte, die eine Reihe interessanter Reden aus dem Haus über die innere Politik und über die von Hertling vertretene, unten zu besprechende Außenpolitik brachte.

Das Zentrum durch Trimborn und Erzberger sprachen der Reichsregierung und gerade auch dem Programm Payers ihr „volles Vertrauen" aus. Die Sozialdemokratie durch Scheidemann und Landsberg traten hinter das Reformprogramm, und die fortschrittliche Volkspartei durch Wiemer und Schultze-Gaevernitz schlossen den Kreis der Mehrheit durch die Zusage energischer Unterstützung.

So erhielt die neue Reichsregierung im Parlament eine Vertrauenskundgebung so lebhaft wie noch keine ihrer Vorgänger.

Herr von Heydebrand sah sich in der rettungslosen Minderheit. Er sprach nervös und wenig eindrucksvoll. Die „Deutsche Zeitung" bedauerte, daß er „den guten Tag" nicht gehabt hat, den man hätte wünschen mögen". Der Reichskanzler übernahm es, Öl auf das bewegte Wasser des Herrn Heydebrand zu tröpfeln. Er hatte vor neun Monaten kommandiert: „Wir erwarten, daß der König uns ruft!" Es ist schmerzlich, wenn nach solch zornigem Fordern andere gerufen werden. Der konservative Führer erlebt persönlich Fehlschlag um Fehlschlag und zwar durch eigenste Schuld, in die dieser Versager seine Partei verstrickt hat.

Erzberger nahm die große politische Situation des Februar 1918 wahr, um die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 zu beleuchten und die Mehrheitspolitik zu rechtfertigen und zu begründen, und zwar die äußere wie auch die innere Politik.

Da das Zentrum der rechte Flügel der Mehrheit ist, so ist die Mehrheit aus der Etatsdebatte fest und geschlossen hervorgegangen. Was im Juli 1917 sich herausgebildet hat, ist gewachsen und erstarkt. Die Fundamente eines neuen politischen Systems sind gelegt und haben sich als tragfähig erwiesen. Die Geschäfte wickeln sich dank einer Mehrheit rasch ab. Der Reichstag hat nach Anhörung der Regierung die große politische Debatte in wenig Tagen abgeschlossen.

*

Der Frage des Friedens galt Hertlings Rede vom 25. Februar.

Es ist Blindheit, nicht zu sehen, daß Hertling den Frieden will und daß er

Digitized by Google

maßvolle Friedensbedingungen zu den Verhandlungen mitbringen wird. Davon hat sich die Mehrheit vollkommen überzeugt und das ist der Hauptgrund ihrer Unterstützung seiner Kanzlerschaft. Er hat für denjenigen, der hören will, die Bereitwilligkeit zu Gedankenaustausch im engeren Kreis unter Billigung des Unterhausvorschlags von Sir Runciman erklärt. Er hat Wilsons „vier Punkte" angenommen. Er hat für Belgien auf die Papstnote, nicht auf die Antwortnote an den Papst Bezug genommen.

Das muß ebenso offen anerkannt werden, wie die Ehrlichkeit seines öffentlich vertretenen Wunsches, vor dem großen Zusammenprall verhandeln zu können.

Balfours Antwort zeigt den alten verdrossenen Tonfall. Hertling und Balfour zusammen aber zeigen, daß die Staatsmänner der kriegführenden Staaten bei ihren Zwiegesprächen noch immer belegte Zungen haben.

Das ist bei Balfour deshalb erklärlicher als bei Hertling, weil die Kriegslage des Februar 1918 für die Mittelmächte erheblich besser ist als die der Belagerer, welche den Ring im Osten zerfallen sehen.

Deshalb hätte auch Hertling die Möglichkeit gehabt, seine Gedanken in noch deutlichere Worte zu kleiden und den zähen Stil der europäischen Eloquenz noch entschlossener zu ersetzen und durch einen fühlbaren Ruck die Stimmung an die Oberfläche zu bringen, die bei wichtigen englischen Politikern vorhanden ist. Die Methoden Lloyd Georges offen aufzugeben, erkennen viele als notwendig. Aber zu einer kräftigen Beeinflussung der Stimmung ihres Landes sind die psychologischen Grundlagen zu verbessern und diese Stimmung wird durch auslegungsbedürftige Worte nicht sicher genug erreicht, in einer Zeit, in der sich die Völker zum höchsten Mißtrauen erzogen haben.

Dazu kommt, daß der Einmarsch nach Rußland ein politisches Moment ist, das erlaubt und nötigt, den deutschen Respekt vor der staatlichen Freiheit rückhaltlos zu erklären. Die von Graf Hertling gebrauchte Wendung „kein Aufmarschgebiet gegen feindliche Machenschaften" ist durch die Mischung technischer und bildlicher Gedanken dehnbar und undurchsichtig. Die milde Haltung der Rechten gegen Hertling zeigt das Maß seiner Vorsicht.

Alles in allem: Der arge Menschenhaß muß „stückweis' brechen". Das Tempo der diplomatischen Annäherung vollzieht sich in Schrittchen und das steigert die Abneignung gegen öffentliche Zwiesprachen, von der Hertling in seiner Einleitung sprach. Aber es scheint, dieses endloses Verfahren ist noch nicht überwunden. Wird Wilson reden oder nach der Annahme seiner „vier Punkte" handeln? Oder wird Czernin zuerst die Gedanken Hertlings unterstreichen, wie sein Monarch im Hauptquartier?

Graf Hertling hat aus der Debatte gesehen, daß, wenn er zum Handeln eine Mehrheit bedarf, er diese Mehrheit hat. Deren Standpunkt konnte Deutschland und die Welt den Reden aus dem Haus entnehmen, und der Kampf gegen Payer und die erfolgreiche Abwehr erhöht die nationale und internationale Bedeutung der diesmaligen Tagung.

Digitized by Google

Die Zukunft des Donaugebiets

Von Dr. Wilhelm Knorr, Hamburg

Der Große Krieg hat die Donaufrage von neuem aufgerollt. Das Bündnis der Mittelmächte mit der Türkei und Bulgarien, die beispiellosen Erfolge der verbündeten Heere haben die Bahn frei gemacht zu einer neuen, alle Beteiligten befriedigenden Lösung der Donauprobleme, an deren mannigfachen Schwierigkeiten die diplomatische Kunst des 19. Jahrhunderts gescheitert ist.

Die Donaufrage im engeren Sinne ist der Kampf um die Schiffahrt auf diesem größten der internationalen Ströme Europas. Aber diese Frage ist weit davon entfernt, nur ein Problem der Schiffahrtstechnik und des Verkehrs zu sein. Obwohl die ihrer Lösung entgegensehenden Hindernisse auch auf technischem und wirtschaftlichem Gebiete liegen, so sind es doch von Anbeginn vor allem völkerrechtliche und in der Hauptsache politische Schwierigkeiten gewesen, die immer wieder die eben erreichten Ergebnisse angestrengter diplomatischer Arbeit zerstörten.

Die Lösung der Donaufrage hängt auf das engste mit der Ordnung des Balkanproblems und der orientalischen Frage zusammen und ihre Entwicklung erhält seit ihre Entstehung die Richtlinien von der großen europäischen Politik in den Dingen des nahen Orients. Nur der, der die vielverzweigte Geschichte der Donaufrage kennt kann klar voraussehen, welchen Weg ihre Zukunft nehmen muß, um zu erstrebenswerten und dauerhaften Zielen zu gelangen.

Wie die orientalische Frage zu einer europäischen Angelegenheit wurde, als der ununterbrochene Ansturm der Moskowiter gegen das Osmanische Reich jede andre Macht vom Schwarzen Meere und den türkischen Meerengen auszuschließen und den Sultan zu ihrem Vasallen herabzudrücken drohte, so wurde das Eingreifen der europäischen Staaten in die Rechtsverhältnisse der Donau notwendig, als das Zarentum auf dem Landwege zum Bosporus an der Donau angelangt war und dort das friedliche Gedeihen des Völkerverkehrs völlig lahm legte.

Der Rahmen dieser Arbeit gestattet nur, in großen Zügen die Hauptlinien der Entwicklung der Donaufrage dem Gedächtnisse zurückzurufen[1]: Es sei daran erinnert, daß das Zarentum zuerst 1812 im Frieden von Bukarest seine Grenzen bis an den nördlichsten Arm der Donaumündung vorschob und dadurch in die Lage kam, als Uferstaat in die Schiffahrtverhältnisse der Donau einzugreifen. Die Konvention von Akkerman im Jahre 1826 bestätigte die Abtretung Beßarabiens an Rußland und stellte den Hauptarm des Donaudeltas, die Sulinamündung, unter russische Botmäßigkeit. Endlich gab die Türkei im Frieden von Adrianopel 1829 die ganze Donaumündung den Russen preis.

[1] Die sehr bedeutsamen Einzelheiten der geschichtlichen Entwicklung habe ich zusammengestellt in meiner Schrift „Die Donau- und die Meerengenfrage", Heft 24 der Deutschen Orient-Bücherei, Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar 1917.

Digitized by Google

So beherrschte Rußland die große Schiffahrt auf dem Strome, und jetzt begann eine beispiellose Unterdrückung jeden Fernverkehrs in den Donaumündungen. An der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Länder im Gebiete der unteren Donau, die die russische Kriegsfurie in regelmäßigen Zwischenräumen verwüstete, war dem Zarentum nichts gelegen. Ja, den wirtschaftlichen Interessen Rußlands, das auf die Hebung seiner Pontushäfen bedacht war, widersprach direkt die Entwicklung der Donauländer und ihres Handelsverkehrs, da die südlichen Provinzen Rußlands allen Grund hatten, den Wettbewerb der gleichen Ausfuhrwaren der Donauländer auf dem Weltmarkte zu fürchten. Die Donauländer hatten für die Moskowiter nur Wert als Weg nach Konstantinopel, ihre Agenten, stets Muster in allen politischen Ränken, hatten nur den selbstsüchtigen politischen Vorteil ihrer Gebieter zur wahren. Man erkannte sehr wohl, daß die Entwicklung der Schiffahrt auf der Donau die natürlichen Beziehungen der Donaufürstentümer und der Balkanländer zu der Habsburgischen Monarchie und dem Deutschen Reiche nur immer enger zu verknüpfen geeignet war.

Die Belästigungen der Schiffahrt durch die Gleichgültigkeit, ja die Böswilligkeit der russischen Verwaltungsorgane wurde von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Reiseberichte, Akten, Zeitungen der dreißiger bis fünfziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts waren voll von den heftigsten Klagen über den geradezu grauenerregenden Zustand der Donaumündungen. Schiffbrüche waren an der Tagesordnung, und Sandbänke und Trümmer hinderten selbst kleine Fahrzeuge an der Aus- und Einfahrt. Da weder Verträge noch ernste Vorstellungen eine Änderung in dem Treiben Rußlands herbeizuführen vermochten, wurden diese Beschwerden einer der Gründe zum Krimkriege.

Unter den Friedensbedingungen, die die Westmächte im Jahre 1854 stellten, war die Befreiung der Donauschiffahrt von dem russischen Drucke einer der Hauptpunkte. Sie wurde wirksam erreicht durch die teilweise Abtretung Beßarabiens an das Moldaufürstentum und Verdrängung Rußlands von den Mündungen. Von nun an verwaltete die durch die Pariser Kongreßakte eingesetzte „Europäische Donaukommission" die Donaumündungen; ihre Tätigkeit wirkte Wunder, der Verkehr auf der Donau wuchs zu ungeahnter Bedeutung an. Die Kommission fand allgemeine Anerkennung, ihr Machtbereich wurde mehrmals erweitert und ihre zunächst auf zwei Jahre bestimmte Lebensdauer immer von neuem verlängert. Die gesamteuropäische Verwaltung der Mündung blieb bestehen und erwies sich als wirksamer Schutz der Schiffahrt auch, nachdem Rußland im Berliner Frieden 1878 wieder an die Donau vorgerückt war.

Der Berliner Kongreß baute das Werk des Pariser Friedens an der Donau weiter aus; die rechtliche Ordnung der Donauschiffahrt schien daher weiter günstigen Verlauf zu nehmen, als der Londoner Donauschiffahrtsvertrag von 1883, der die

Digitized by Google

russische Kiliamündung ganz dem Bereiche der europäischen Kontrolle entzog und den großen Gelehrtenkampf um die Rechte Rumäniens entfachte, die weitere Entwicklung hemmte. Seitdem dann vollends der Streit über die Arbeiten am Eisernen Tore und die ungarischen Tarife die Uneinigkeit zwischen den Ufermächten verschärfte, hat die Rechtsordnung der Donauschiffahrt keinerlei Fortschritte mehr gemacht. Als der Weltkrieg begann, beherrschten etwa zehn verschiedene Verwaltungen den Flußlauf der Donau zum Schaden der Schiffahrt. Schlimmer aber alles andre zeigte sich in den Jahren vor Ausbruch des Großen Krieges der verhängnisvolle politische Einfluß der Zarentums, den die örtlichen Verhältnisse auf das wirksamste unterstützten. Serbien wurde von den russischen Häfen aus mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln ausgerüstet, bis zur Niederwerfung Serbiens nahm der serbische Hafen Radujewac ununterbrochen die russischen Truppentransporte und Kriegsgeräte auf, die feindlichen Minen verseuchten den Flußlauf, und so wurde den Mittelmächten unter Duldung Rumäniens fast jede Verbindung mit der Türkei abgeschnitten.

Endlich befreite der glänzende Vormarsch der verbündeten Heere den Strom und die Schiffahrt von der Verstrickung des Gegners; und die Donau konnte abermals, wie schon einmal zur Zeit der Kontinentalsperre, unter ähnlichen Verhältnissen den Mittelmächten eine wirksame Hilfe aus den englischen Aushungerungsplänen gewähren.

Sogleich nach der militärischen Freimachung des Donauwegs ging der deutsche Feldeisenbahnchef, zusammen mit der k. u. k. Zentral-Transport-Leitung in Wien, an das Werk, die „Balkanstraße" für die Abbeförderung der bulgarischen Vorräte zu eröffnen. Die „Balkanstraße", die bereits im November 1915 benutzbar wurde, ging auf der Eisenbahn von Konstantinopel über die bulgarischen Hafenplätze an der Donau, insbesondere Rustschuk, Sistow, Lom Palanka und Widdin, mit Schleppzügen auf der Donau bis Orsova, dem bekannten südungarischen Hafenstädtchen an der rumänischen Grenze, und nach Ujvidek (Neusatz), einem gegenüber von Peterwardein am Nordufer der Donau belegenen ungarischen Ort. In Orsova wurde das bulgarische Getreide auf die Eisenbahn umgeschlagen und nach Deutschland und Österreich-Ungarn befördert.

Von viel größerer Bedeutung wurden kurze Zeit darauf die Getreideversendungen aus Rumänien. Ungeheuer groß war die Transportaufgabe, die hier entstand. Der deutsche Feldeisenbahnchef übernahm die Aufgabe und schuf innerhalb weniger Wochen ein System von größtem Umfange und ungeahnter Wirkung; mit seiner Hilfe gelang es, die gestellte Aufgabe in ihrem ganzen Umfange zu erfüllen und von Januar bis September 1916 mehr als $2\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen Getreide nach Deutschland und Österreich-Ungarn zu befördern.

Die Lehren der Geschichte und des Krieges geben ein klares Bild von der Zukunft des Donaugebiets, wie sie die Donauländer selbst endlich bitter nötig haben, wie in friedlichem Wetteifer ihre überreichen Entwicklungsmöglichkeiten auszubauen, und

Digitized by Google

wie sie die natürlichen Bundesgenossen und nachbarlichen Freunde brauchen zum gegenseitigen Austausch ihrer Kulturgüter. Es sind politische und völkerrechtliche, wirtschaftliche und technische Forderungen, die erfüllt werden müssen, um eine gedeihliche Entwicklung der Donauländer zu gewährleisten. Ein glückliches Geschick hat den verbündeten Mächten geholfen, die Hindernisse, die bisher einer glücklichen Lösung der Donau- und der Balkanfrage entgegenstanden, hinwegzuräumen.

Wir haben gesehen, daß die politischen Ziele des Zarentums stets verhängnisvoll für die Donauländer gewesen sind. Die Niederlage des Zarentums und des großrussischen Imperialismusses haben den Alp von den Donauländern genommen, und die jüngsten Ereignisse in der Ukraine und in Beßarabien scheinen die Errungenschaft des Pariser Friedens, die Verdrängung der großrussischen Herrschaft von den Donaumündungen, wiederherstellen zu wollen. Mit allem Nachdrucke muß die Forderung der Westmächte auf dem Pariser Kongresse, die Donaumündung ganz von russischem Einfluß zu befreien, wiederholt werden. Weder vom ethnologischen, noch vom politischen, noch vom wirtschaftlichen Standpunkte hat das alte Rußland ein Recht auf die Donau. Dasselbe gilt auch von dem neuen Staat der Ukraine. Es scheint ja auch, als ob die Ukraine auf Beßarabien, soweit es an die Donau grenzt, keine Ansprüche erhebt, sollte das doch der Fall sein, müßten sie aufs entschiedenste zurückgewiesen werden. In Beßarabien, an den Donaumündungen sitzen Rumänen, gemischt mit Bulgaren, Ukrainern und Deutschen, die dort in großen und blühenden Niederlassungen wohnen. Wenn die Bevölkerung nach dem Grundsatze der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes der Volksstämme den Wunsch haben sollte, sich an Rumänien anzulehnen, so würde das unter gewissen Bedingungen zu begrüßen sein.

Während des Krieges nach der Niederwerfung Rumäniens, um die Zeit, als man von einem Sonderfrieden mit Rußland munkelte, ging einmal eine Notiz durch die Presse, die scheinbar die Aufteilung Rumäniens vorschlug: Niemand habe, so hieß es dort, ein Interesse an der Wiederherstellung Rumäniens; es wurde angedeutet, daß man die Moldau zum Teil an Rußland als Entschädigung für anderweitigen Verlust, zum Teil an Ungarn angliedern, die Dobrudscha an Bulgarien, die Walachei teils Bulgarien und teils an Österreich-Ungarn geben solle. Zum Glücke hat offenbar kein ernsthafter Politiker in Deutschland solche Pläne gutgeheißen. Solche Teilung wäre ein verhängnisvoller Fehler gewesen und eine Ursache immerwährender künftiger Unruhen auf der Balkanhalbinsel. Was auch immer die mißleiteten und die „verbrecherischen Führer Rumäniens" den Mittelmächten und ihren Verbündeten angetan haben, und wie immer auch das Schicksal Rumäniens sich wenden mag, die Selbständigkeit und der Bestand Rumäniens wird nach der Gerechtigkeit und dem Selbständigkeitsrecht der kleinen Völker und auch im Interesse der Mittelmächte gewährleistet werden müssen.

Digitized by Google

Die Verräter im rumänischen Volke sind teils ihrem eignen Verrate zum Opfer gefallen, teils sind sie mit ihrer Beute ins schützende Ausland geflüchtet. Ihr Verrat ist offenbar, ihre Politik ist gerichtet. Die gesunden Teile des rumänischen Volkes haben gezeigt, daß die bestechenden Verlockungen asiatischer und französischer Kultur nur ein Firnis waren, den die Stunden der Not abgewaschen haben. Das Land wird zwar für den Schaden, den seine mißleiteten Führer angerichtet haben, aufzukommen haben, aber in fester Hand und unter zuverlässiger Leitung wird es „reale Garantien" darbieten. Das rumänische Volk wird unter der Führung der Verbündeten einer neuen Blütezeit zugeführt werden. Dann wird es in besserer Erkenntnis das Werk seiner dahingegangenen großen Führer aus der Zeit Carols vollenden und wieder werden, was er und seine treuen Ratgeber ersehnten, ein festes Außenwerk und eine wachsame Grenzmark europäischer Kultur.

Bulgarien hat seine Forderungen, auf die es kraft seiner militärischen Leistungen und seiner politischen Reife ein Recht hat, angemeldet, ihm werden die Dobrudscha und diejenigen Nachbarbezirke, in denen bisher die bulgarischen Volksgenossen unterdrückte Mehrheiten bildeten, angegliedert werden. Auch wird man unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß Bulgarien in direkter Verbindung mit den Mittelmächten bleibt, damit diesen der Weg zum Orient nicht wieder versperrt werden kann.

Aber auch die Serben werden, nachdem sie von den verbrecherischen Führern befreit sind, sich auf die alte serbische Tüchtigkeit besinnen und werden — worauf in diesem Zusammenhang nicht näher einzugehen ist — Gelegenheit erhalten, billige und gerechte Entwicklungsansprüche zu verwirklichen.

In diesem politischen Rahmen, der mit einigem Geschicke im Wege der Verständigung und ohne Vergewaltigungen zu schaffen sein wird, werden neue völkerrechtliche Verträge zugleich mit der Neuordnung der engverwandten Meerengen- und Schwarzen-Meer-Frage ein neues Donaurecht nach Maßgabe der berechtigten Interessen jeden Uferstaates aufrichten, das die Freiheit der Schiffahrt von geographischen und rückständigen politischen und rechtlichen Hindernissen gewährleistet.

Es können hier nur in großen Zügen die Richtlinien gezeichnet werden, in denen vom Standpunkte politischer und völkerrechtlicher Sicherung der Mittelmächte und ihrer Verbündeten und des freien Weges zum Orient die Entwicklung gehen müßte.

Zunächst werden sich die Uferstaaten von der bisherigen gesamteuropäischen Einmischung freimachen. Nach einem solchen Zwiespalt zwischen den Mächten Europas, wie ihn der Krieg hervorgebracht hat, können die verbündeten Mittelmächte ein Hineinreden Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands in die Betätigung ihres wirtschaftlichen Lebens nicht mehr dulden. Im Jahre 1856 und in den folgenden Jahrzehnten war die europäische Leitung der Donauangelegenheiten durchaus nötig. Die Beseitigung der politischen, rechtlichen und natürlichen Hindernisse der

Digitized by Google

freien Schiffahrt war unmöglich ohne einen mächtigen, von großen allgemeinnützigen Gesichtspunkten geleiteten Willen, ohne eine große, des allgemeinen Vertrauens würdige technische und finanzielle Kraft. Die Europäische Donaukommission hat ihre Aufgaben zur allseitigen Befriedigung durchgeführt, aber immerhin hat auch die Teilung der Gewalt zwischen der Europäischen Kommission und den Einrichtungen der Uferstaaten lähmend auf die Entwicklung des Donaurechtes gewirkt, und nach dem Erstarken der Donaustaaten ist heute die Arbeit der Europäischen Kommission getan, so daß sie, wie dies von vorneherein in Aussicht genommen war und in den verschiedenen Donauakten vorgesehen ist, ihren Platz und ihre Rechte den Uferstaaten abtreten muß. Die Handelsinteressen der westeuropäischen Mächte und Italiens an der Donauschiffahrt und besonders an der Aufrechterhaltung des Seeweges zur Donau wird genugsam durch das gleiche Interesse Deutschlands, Österreichs und der kleineren Donaustaaten gewährleistet.

Der Große Krieg hat schon jetzt in den Ländern an der Donau die Überzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenhaltens und des Zusammenarbeitens an der großen Lebensfrage aller, an der Ausgestaltung der Donau zu einer einheitlich geordneten Großschiffahrtsstraße gestärkt, hat den festen Willen erweckt, begangene unheilvolle Fehler gutzumachen.

Das Kriegsfeuer hat den Donaustaaten das Schwert geschmiedet, den gordischen Knoten der völlig verwirrten Schiffahrtsrechte zu zerhauen und so die Bahn frei gemacht zu einer alle befriedigenden Neuordnung.

Die namhaftesten Vertreter der Völkerrechtswissenschaft und der zuständigen neugegründeten wirtschaftlichen Verbände fordern mit Recht eine einheitliche Verwaltung des ganzen schiffbaren Stromes. Jedenfalls ist der Machtbereich der anstatt der Europäischen Kommission neu einzusetzenden Uferstaatenkommission zu erweitern. Nicht nur bis Braila, sondern bis zum Eisernen Tor müßte ihre Macht reichen, auch dies Stromhindernis, dessen Beseitigung noch große Arbeit erfordert, müßte ihr unterstellt werden. Weiter aufwärts mag — wenn schon eine einheitliche Verwaltung nicht durchzuführen sein sollte — zur Verwaltung der ungarisch-österreichisch-deutschen Flußstrecke, wenigstens nur eine weitere, den Mittelmächten gemeinschaftliche Kommission, die wieder auf das engste mit der Uferstaatenkomission zusammen arbeiten müßte, im gemeinsamen Interesse aller eingesetzt werden, damit der Strom besser als bisher eine Völkerstraße werde, nutzbar dem Verkehr zwischen den Mittelmächten und dem Orient.

Es erübrigt sich, eingehendere Einzelvorschläge für die Zukunft der Donauschiffahrt zu machen; die berufenenen Kreise sind nicht müßig gewesen: Technische Aufgaben aller Art sind bereits abgesteckt, die geeignet sind, die Donau selbst, ihre Zuflüsse und die erreichbaren Flußsysteme zu einem riesigen Wasserstraßennetz von höchster Nutzbarkeit auszubauen. Auch die rechtlichen Grundlagen der Donauschiffahrt sind auf-

Digitized by Google

gestellt[1], die Rheinschiffahrt ist als vorzügliches Vorbild für die neue Rechtsordnung anerkannt. Die „Europäische Kommission" hat mit der Wirksamkeit einer neuen Uferstaatenkommission die Wege geebnet, ihre Einrichtungen und ihre rechtlichen Grundlagen werden ohne Schwierigkeiten übernommen werden können, doch möchten wir anregen, der Neutralisation ihres Personal- und Sachbestandes die Neutralisierung des Donaudeltas selbst hinzuzufügen, damit die in alle Zukunft notwendigen Arbeiten an den Mündungen von jeden territorialen Hindernissen frei werden und dem nebelhaften völkerrechtlichen Gebilde des „Donau-Flußwasserstaates" endlich die erwünschte feste Gestalt gegeben werde.

Und noch eine weitere Anregung möchten wir hinzufügen: Wenn man die Dobrudscha an Bulgarien angliedert, wird Rumänien aller Einrichtungen verlustig, die die Hauptstadt Bukarest über Cernavoda an der Donau mit Constanza, dem nahen Hafen am Schwarzen Meere, verbindet, der großen Donaubrücke und der Eisenbahn. Im Interesse der friedlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien muß der Verkehr auf dieser Strecke unter allen Umständen für Rumänien erhalten bleiben.

Da beide Werke ebenso dem noch viel besser auszubauenden Landverkehr zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn über Rumänien zum Schwarzen Meere dienen, erscheint die Forderung nicht unbillig, die genannte Bahn und den Hafen Constanza der gemeinsamen Verwaltung der beteiligten Mächte zu unterstelleu. Die technischen Entwicklungsmöglichkeiten gerade an dieser Stelle sind heute unübersehbar. Wir sehen voraus, daß das alte Kanalprojekt, zu dem kein Geringerer als Moltke in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts schon Untersuchungen an Ort und Stelle machte, in Zukunft neben der Bahnverbindung verwirklicht werden könnte. Eine einheitliche Verwaltung dieser Verbindung und der unteren Donau wäre das Gegebene. Daher wäre es von Wert, der Uferstaatenkommission auch die Verwaltung der gesamten Verbindung zwischen der Donau und dem Schwarzen Meere zu unterstellen.

Eine besondere Berücksichtigung aber kann bei den ungeheuren Interessen des Deutschen Reiches an der Verbindung zu den Donauländern der deutsche Handels- und Schiffahrtsverkehr auf der unteren Donau fordern. Deutschland kann eine Anerkennung beanspruchen dafür, daß es mit überragender Fähigkeit und unermüdlicher Willenskraft im Interesse aller Verbündeten den Warenverkehr von der Türkei und den Donauländern zu den Mittelmächten und umgekehrt so vorbildlich durchgeführt hat. Wir möchten daher die Forderung vertreten, daß dem deutschen Handel durch Einräumung von geeigneten Freihäfen nach Art etwa der alten Hansa-

[1] Siehe statt aller Einzelheiten Prof. Dr. Oskar Kende, Die Donaustraße, Weltwirtschaftliches Archiv, Band 10, Heft 3.

Digitized by Google

Niederlassungen oder der neuen Freihäfen an den Stellen der Donau besonders, wo ein Umschlagverkehr nötig ist, alle nur möglichen Erleichterungen geschaffen werden, die den durchgehenden Verkehr von allen territorialen Hindernissen befreien.

Petersburger Eindrücke

Von * * *

Ein Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission stellt uns nach seiner Rückkehr aus Petersburg folgende Bemerkungen zur Verfügung.

Man hört oft das alte Wort wiederholen, daß alles auf der Welt schon einmal dagewesen ist. Aber für das, was jetzt in Rußland geschieht, sucht man vergeblich in der Geschichte aller Völker nach einem Beispiel.

In politischer und geographischer Beziehung ähneln die Vorgänge dem Zerfall des Römischen Reiches. — Unter dem Ansturm fremder Völker ein Entstehen neuer Staaten aus lange und scheinbar für immer unterworfenen Provinzen. Aber wirtschaftliche Erschütterungen, wie sie heute Rußland sieht, waren im Römerreich mit der politischen Auflösung nicht verbunden, konnten es auch bei dem einfachen Aufbau der damaligen Wirtschaft nicht sein. Und auch die soziale Schichtung erlitt damals keine Veränderung; was die sozialen Fragen anlangt, ähnelt der Entwicklungsgang der russischen Verhältnisse in der letzten Zeit noch am ehesten der Französischen Revolution, ist teilweise auch mit Bewußtsein in dieselben Bahnen geleitet. Noch nie sind in Rußland soviel Bücher über die Französische Revolution verkauft worden wie jetzt. Man kauft sie, wie Leute, die einen Hausstand gründen wollen, sich ein Kochbuch anschaffen.

Aber die Französische Revolution war eine wirkliche Revolution, eine Umwälzung, bei der sich das Rad des Staatskörpers um ein paar Speichen drehte, so die Lage der Gesellschaftsschichten verschiebend. — In Rußland ist das Rad des Staatskörpers nicht gedreht, sondern zerschmettert worden. Alles, was die letzten Jahrhunderte an politischen und sozialen Werten, an wirtschaftlichen Errungenschaften hervorgebracht hatten, liegt in Trümmern. Auf den Trümmern stehen ein paar Fanatiker, die die rote Fahne des Kommunismus entfaltet halten, und predigen den sie umjubelnden, aller Hemmungen ledigen untersten Volksschichten das Evangelium der Proletarierherrschaft. — Die Gebildeten und Vernünftigen schleichen scheu dazwischen umher, haltlos und hoffnungslos wie Blinde in der Irre.

Den äußeren Anlaß zu diesen Zuständen hat das Emporkommen der Bolschewiki-Regierung gegeben, die sich zur Macht aufschwingen konnte, vor allem, weil sie den kriegsmüden Massen den Frieden versprach. Aber die eigentlichen Ursachen der Entwicklung liegen viel tiefer und haben zu wirken begonnen in dem Augenblick, wo Rußland in den Krieg trat.

Digitized by Google

Wer einmal im Orient gereist ist, der wird in einem Dorf oder am Wegrand oder in irgendeinem Ackerfeld schon verlassene Maschinen gesehen haben: Lokomobile, Wasserhebewerke, Mühlen und ähnliches. Sie tragen gute Marken, aber stehen unbenutzt da, zerbrochen, verrostet und verstaubt. Was ist geschehen?

Irgendein Großgrundbesitzer oder ein sonstiger, etwas erleuchteterer Kopf hat sich von einem Europäer eine solche Maschine aufschwatzen lassen. Sie wird ihm geliefert, herrlich lackiert, in tadellosem Betriebszustande. Auch ein europäischer Maschinist kommt mit; aber der verschwindet aus irgendeinem Grunde. Die Maschine ist gut, sie läuft noch eine Zeitlang unter den Händen der Einheimischen weiter. Dann kommen Betriebsstörungen, die man nicht zu beheben versteht — man schmiert sie nicht mehr richtig —; weiß nicht, woher man sich Ersatzteile verschaffen soll. Immer unsicherer und schlechter läuft die Maschine. Und schließlich bleibt sie ganz stehen und wird zu altem Eisen.

So ist es auch mit der russischen Dampfwalze gegangen. Als der Krieg ausbrach, war sie schön imstande und lief großartig. Die Verbündeten halfen auch weiter mit Geld und Menschen aus. Aber damit allein war's nicht getan und Hilfe durch Zufuhren war schwierig, da Rußland durch Schließung der Dardanellen und der Ostsee für Warenzufuhren ja fast unzugänglich war. Mehr als vorher mußte sich Rußland für die Bedürfnisse seiner Heeresmaschine auf die Kräfte seiner eigenen Wirtschaft verlassen, und diese Kräfte versagten.

Die Deutschen (wie alle Angehörigen der Mittelmächte, unter denen eben die Deutschen in der Mehrzahl sind) waren fort. Interniert, geflohen oder ausgewiesen. Die Einheimischen mußten sehen, wie sie allein die Wirtschaftsmaschine in Gang hielten, ölten, reparierten, und das unter immer schwieriger werdenden Verhältnissen. Der Russe ist nun wohl imstande, über die verwickeltesten philosophischen und politischen Probleme zu grübeln und zu debattieren, nicht aber sich in praktischen Schwierigkeiten zurechtzufinden. So geriet der Mechanismus der russischen Wirtschaft mehr und mehr in Verwirrung, um endlich gänzlich zusammenzubrechen.

Rußland hatte sich gleichzeitig den Deutschen als Feind auf den Hals geladen und als Freund vom Halse geschafft. Das hat es auf die Dauer nicht ausgehalten.

Die Angehörigen der Mittelmächte waren freilich nur eine kleine Anzahl im Verhältnis zu den russischen Volksmassen. Aber wie eine Eisenkonstruktion aus Hunderten von Teilen und Tausenden von Schrauben besteht, nimmt man ein Paar der Hauptteile und der wichtigsten Schrauben heraus, so fängt das Ganze an zu schwanken, und ein einziger Schlag kann es dann zum Einsturz bringen: So war es auch hier.

Den Schlag haben die Bolschewiki geführt. Und nun liegt das staatliche und wirtschaftliche Leben Rußlands in Trümmern.

Lenin ist Christus, sagen seine Anhänger. Sie meinen damit, daß er der Verkünder einer neuen, reinen, menschenbeglückenden Lehre sei, die eine ebensolche Umwälzung

Digitized by Google

in der Welt hervorrufen werde, wie es seinerzeit das Christentum getan hat. Daß Lenin und die meisten der führenden Bolschewiki Männer mit reinen Händen sind, ist wohl außer Frage. Es sind Fanatiker, die an ihre Lehre und ihre Sendung glauben, und wissen, daß sie ihren Kopf wagen. Die meisten von ihnen sind Juden und die Juden haben ja seit jeher gezeigt, so nüchtern sie im allgemeinen denken mögen, daß sie gleich allen Kindern des Orients imstande sind, ihr Leben für eine Idee zu opfern.

Was wollen nun die Bolschewiki?

Ihr Programm, soweit es ihnen selbst klar ist, läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen: Luft und Bewegungsfreiheit schaffen für das Proletariat. Dazu soll vor allem aufgeräumt werden mit dem, was sie als den ärgsten Feind des Proletariats ansehen: dem Kapitalismus.

Ist dieser Alp, der auf dem Proletariat lastet, erst einmal beseitigt, so wird sich aus den Massen in der neu gewonnenen Freiheit ganz von selbst der ideale Zukunftsstaat bilden. Wie, das wird sich dann finden. Denn über das Aufbauen machen sie sich nur ganz nebelhafte Gedanken. Was sie vernichten wollen, wissen sie dagegen ganz genau und dem gehen sie rückhaltslos und zielbewußt zuleibe. Nämlich den Hauptpfeilern des Kapitalismus: Industrie, Banken, Großgrundbesitz, Großhandel.

Die Bolschewiki glauben im Grunde ihres Herzens selbst nicht, daß sie sich lange an der Macht behaupten werden. Darum wollen sie die Zeit, die ihnen noch bleibt, benutzen, um diese vier Großmächte so zu schwächen, daß sie sich nie wieder zu erheben vermögen.

Die Fabriken sollen nationalisiert werden, d. h. die jetzigen Eigentümer entrechtet und das Eigentum auf die Arbeiter und Angestellten übertragen werden. Einstweilen ist dieses Programm noch bei den wenigsten Fabriken praktisch in Angriff genommen. Aber Arbeiter- und Angestelltenräte sind überall eingesetzt, die bei den Rohstoffeinkäufen, dem Verkauf der Erzeugnisse mitzureden haben und über die Bankguthaben verfügen. Wie es in solchen Fabriken zugeht, läßt sich denken. Wenn einmal die Rohstoffe aufgebraucht, die Erzeugnisse nicht verkäuflich, die Guthaben erschöpft sind — was dann?

Die Banken sind militärisch besetzt. Die Direktoren, die sich sämtlich geweigert haben, sich den Maßnahmen der Bolschewiki-Regierung zu fügen, entfernt, die Beamtenschaft ist in den Ausstand getreten und der Betrieb wird mit ein paar Bankkommissaren aufrecht erhalten, meist früheren untergeordneten Angestellten, die sich durch hohe Gehälter haben ködern lassen. Die Banken sollen auch nationalisiert, d. h. zu Filialen der Staatsbank umgestaltet werden; wie — das ist noch nicht klar. Die Einlagen sind gesperrt, nur an Fabriken werden gegen Unterschrift der Arbeiterräte Zahlungen für Lohnzwecke geleistet. Die Stahlfächer müssen in Gegenwart von Regierungskommissaren geöffnet werden, der Inhalt, soweit es Banknoten, Metall oder Wertpapiere sind, wird beschlagnahmt. Die Besitzenden helfen sich durch Be-

Digitized by Google

stechung der Bankkommissare und bekommen so doch einen Teil des Inhalts der Stahlfächer. Oder sie setzen sich mit dem Arbeiterrat irgendeiner Fabrik in Verbindung und beziehen durch diesen Geld gegen eine Abgabe. Auch haben wohl alle Begüterten noch irgendwelche Rücklagen, von denen sie eine Zeitlang leben können. Aber wenn alle diese Mittel erschöpft sind — was dann?

Der Großgrundbesitz soll zugunsten des Staates enteignet, das Land den Bauern zur Nutznießung übergeben werden. Noch ist die Maßregel von der Regierung gar nicht in die Wege geleitet worden, aber schon haben sich die Bauern eigenmächtig in den Besitz dieser Ländereien gesetzt. Die Großgrundbesitzer haben ihr Land damit wohl endgültig verloren. Denn wer wird diese Millionen von Bauern wohl je wieder vertreiben?

Den Handel, wenigstens was Großhandel anlangt, und vor allem Ein- und Ausfuhr, will die Bolschewiki-Regierung in eigene Hände nehmen. Wie — darüber ist sie sich selbst nicht klar. Einstweilen ist der Handel in Nordrußland tot. Er braucht zu seiner Betätigung einen regelmäßigen Geldverkehr, Eisenbahnverkehr, Post- und Telegraphenverkehr. Alles das gibt es heute in Rußland nicht. Wie die Bankangestellten, wie alle besitzenden und gebildeten Kreise sind die Beamten aller Ministerien, der Bahn, der Post, des Telegraphen in stillem Aufruhr gegen die Regierung und größtenteils im Ausstand. Briefe kommen nicht an, Telegramme werden nicht befördert. Der Güterverkehr ist ganz unregelmäßig; die Personenzüge sind von zuchtlosen Soldatenhorden überschwemmt und für den Bürger so gut wie unbenützbar.

Die leitenden Männer der Bolschewiki-Regierung sind keine Mörder und keine Diebe. Sie trachten ihren Gegnern nicht nach dem Leben und fühlen sich bei ihren Maßnahmen gegen die besitzenden Klassen als Richter, denen Eigentum Diebstahl ist. Aber unter ihrer Regierung wird trotzdem unaufhörlich gemordet und gestohlen. Sie haben eben die bestehenden Gesetze des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens aufgehoben, ohne Greifbares an die Stelle zu setzen. Die Polizei ist verschwunden, die Gerichte arbeiten nicht. Es gibt nur Lynchjustiz. Das ganze Land lebt infolgedessen unter einem dumpfen Drucke.

Auch die Armee unterstützt die Regierung, denn die Soldaten werden gut bezahlt und brauchen keinen Dienst zu tun. Was nennt sich überhaupt heute noch Armee in Rußland? — Ein Haufe von Leuten in Uniform, die vor den Unterständen um große Feuer sitzen wie die Zigeuner und zur Balalaika Lieder singen. — Ein Haufe von Leuten in Uniform, der dichtgedrängt in den Bahnzügen fährt — niemand weiß woher und wohin. Ein Haufe von Leuten in Uniform, der die Dörfer überschwemmt und mit den erbeuteten Lebensmitteln in den Städten Handel treibt. Ein Haufe von Leuten in Uniform, der in den Städten die Tabakläden belagert, wo er keine Zivilisten zuläßt, um die so erstandenen Zigaretten dann im Hausierhandel mit hohem Nutzen zu verkaufen. Von Disziplin ist keine Rede. Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften, alles gleich.

Digitized by Google

Eine Gefahr für uns kann diese Armee in ihrem heutigen Zustande nicht mehr bilden. Und es ist auch ausgeschlossen, daß sie in absehbarer Zeit wieder in einen Zustand kommt, der uns gefährlich werden könnte. Dazu reicht die Macht der Bolschewiki-Regierung nicht hin.

Die Macht der Regierung beruht heute auf reiner Gewaltherrschaft, gestützt auf die Soldaten, Matrosen und Rote Garde. Sie haben allein die Gewehre und Maschinengewehre, und das unbewaffnete Volk muß sich fügen. Aber auf diese Stützen der Regierung ist auch nur zu zählen, solange man nichts Unbequemes von ihnen verlangt und sie gut bezahlt. Und das ist der schwache Punkt, denn woher soll auf die Dauer das Geld kommen? Eisenbahn, Post und Telegraph bringen nichts ein, niemand zahlt Steuern und die Notenpresse kann nicht ins Unendliche weiterarbeiten. Was im Wirtschaftskörper noch lebt, hält sich nur durch das allen Dingen innewohnende Beharrungsvermögen, das sich schließlich einmal auslaufen wird.

Die Bolschewiki-Herrschaft kann also nicht lange mehr dauern; wann und wie sie aber ihr Ende finden wird, ist heute schwer zu sagen.

Manche meinen, daß die Don-Kosaken, zu denen alle zarentreuen Elemente und namentlich die Besten der Armee gestoßen sind, schließlich Rußland wieder einen Zaren geben werden. Andere sagen, daß die Bolschewiki über die Brotfrage fallen müssen und daß dann derjenige Herr und Heiland von Rußland sein wird, der das Brot hat — die Ukraine. Dazu wird aber die Ukraine, wie die Dinge heute liegen, wohl Hilfe von außen, Hilfe der Mittelmächte brauchen. Und das hört man allerdings heute in Nordrußland von allen Seiten offen aussprechen: „Deutschland muß helfen; denn wir selbst sind zu schwer geschlagen und vermögen es nicht." Die verspotteten Kolbasniki, die Wurstesser, sind zu Ehren gekommen — „Dajtie nam Njemtzi nazad — gebt uns die Deutschen wieder", so seufzen heute die meisten.

Einstweilen freilich, solange wir mit den Bolschewiki offiziell verhandeln und diese Feinde der besitzenden Klassen dadurch stützen, herrscht in diesen Kreisen eine dumpfe Wut gegen uns. Die Bolschewiki sind verfehmt, niemand aus den gebildeten Schichten — und sei er noch so geldbedürftig — traut sich ihnen zu dienen aus Furcht, von seinesgleichen in Acht und Bann getan zu werden. Und auch die deutsche Friedensdelegation in Petersburg war deshalb von den guten russischen Kreisen scheel angesehen, nur wenige haben sich getraut, mit ihr in Verbindung zu treten.

Wenn wir aber Lenin, Trotzki und Genossen fallen lassen, wenn wir gar zu ihrem Sturze mithelfen, dann sind wir der Sympathien der besseren Kreise sicher. Sie wollen den Frieden wie heute jedermann in Rußland und sie sehen ein, daß der größte Fehler der Kerenski-Regierung war, nicht den Frieden aufrichtig angestrebt zu haben. Mit dem Verlust von Provinzen haben sie sich abgefunden; was ihnen am Herzen liegt, ist nur die Wiederherstellung geordneter Zustände im Innern. Schließlich werden ja doch die gebildeten und besitzenden Schichten in Rußland wieder

Digitized by Google

die Oberhand gewinnen müssen. Wenn wir ihnen dazu verhelfen, wird es für unsere Zukunft in Rußland nur von Vorteil sein.

Eine schwere Gefahr

Von H. Peus, M. d. R., Dessau

Auf dem Würzburger Parteitage hat der Abgeordnete Scheidemann in seiner ausgezeichneten Rede über die großen Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratischen Partei zur praktischen Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Parteien aufgerufen. „Zur Erfüllung unserer großen Zukunftsaufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist nicht Parteisache, sondern Volkssache, eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen, ob er nun zu unserer sozialistischen Kampfgemeinschaft gehört oder nicht. Zu diesem praktischen Sozialismus rufe ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verspürt haben." Ein tatfreudiger Optimismus sprach aus diesen Worten und der ganze Parteitag stimmte darin ein.

Man braucht keine Besorgnis zu hegen, daß es nicht schließlich auch so komme, wie Scheidemann die Perspektive gesteckt hat. Aber unmöglich ist es doch nicht, daß durch mangelndes politisches Geschick ein oder auch zwei Jahrzehnte recht entbehrlichen erbitterten Kampfes mehr als einer halben Generation unseres Geschlechts die so heiß ersehnte Freude an der sozialen wie politischen Reformarbeit rauben und den Fortschritt unseres Volkes unsäglich hemmen. Das muß nicht sein, das kann vermieden werden. Und wir Älteren, die wir nur noch etwa 20 Jahre mit dabei sind, haben keine Zeit noch zu warten, wir wollen auch noch etwas von der besseren fruchtbareren Zeit erleben.

Die Demokratisierung muß kommen, das sollte man doch endlich auch auf Seiten derer begreifen, denen jetzt von begreiflicher Ungeduld der Vorwurf der Verschleppung der Wahlrechtsvorlage gemacht wird. Man wird doch verstehen können, daß der Kampf um das demokratische Wahlrecht nicht aufhören kann, als bis es erreicht ist. Wie unendlich viele Kraft geht aber darüber verloren! Das Wahlrecht ist nur Mittel zum Zweck. Solange man sich noch um das beste Mittel streitet, kommt man nicht zum eigentlichen Zweck, zur wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der Dinge selber. Hat das Volk erst das gleiche Recht, dann kann es keine Bevorrechtete mehr anklagen, daß sie unzulängliche Zustände schaffen, dann ist es allein selber verantwortlich, dann sind die Volksvertreter und das Volk selber schuld, wenn aus ihrem Tun keine allgemeine Zufriedenheit hervorgeht.

Der von Bethmann Hollweg beratene Kaiser hat begriffen, daß wenn es nicht zu sozialen und politischen Fieberzuständen kommen soll, ein gesetzlicher Fortschritt in

Digitized by Google

Richtung der Demokratisierung gesichert werden mußte. Die Osterbotschaft des Kaisers und das Juli-Versprechen des gleichen Wahlrechts für Preußen waren weite Schritte, die das Vertrauen des Volkes auf den ruhigen gesetzlichen Entwicklungsgang zu stärken geeignet waren. Dadurch wurden die Massen in ihrer Anhänglichkeit an die die Evolution, die ruhige gesetzliche Entwicklung wollende Sozialdemokratie bestärkt. Jede Politik hingegen, die das Versprechen des Königs zum Mißerfolge zu führen droht, gibt den Gewaltrevolutionären Nahrung, fördert die Auffassung, man müsse durch Massenaktionen, die zuletzt auf Massengewalt hinauslaufen, gewaltsam erzwingen, was durch Verhandlung und verständige Aussprache nicht zu erreichen sei.

Nach dem Kriege, wenn wieder frei gewählt werden kann, wird es eine mit positiven praktischen Zielen arbeitende Sozialdemokratie geben und eine mit ihr konform gehende wahrscheinlich gewaltig gewachsene Gewerkschaftsbewegung. Es wird aber auch eine mehr oder weniger ausschließlich aufs Agitatorische abzielende sozialrevolutionäre Richtung geben, neben der eine syndikalistisch gestimmte Gewerkschaftsgruppe bestehen wird. Es gibt Politiker, die da meinen, je mehr die Arbeiterbewegung, die nicht ganz artig ist, sich im Sinne der Sozialrevolutionäre und Syndikalisten bewege, um so weniger gefährlich sei sie, da sie das so diskreditiere, daß sie dadurch ungefährlich werde. Solche Spekulation ist aber höchst verderblich. Die zu lösenden Aufgaben bleiben bestehen. Sie können um so weniger gelöst werden, je größer der Teil des Volkes ist, der jede positive Mitarbeit ablehnt, weil er auf eine plötzliche und dann auf einmal vollständige Erfüllung seiner Wünsche rechnet. Kampf und Hetze, Erbitterung und Mißmut an Stelle verständiger Gemeinschaftsarbeit, das ist das Resultat eines mangelnden Entgegenkommens der heute noch Bevorrechteten gegen das Verlangen des Volkes nach Gleichberechtigung. Welche Raserei wird sich zudem dann bei der Reichstagswahl austoben! Die Konservativen sind doch wohl der Meinung, daß sie auch im Reichstage wichtige Interessen zu vertreten haben, und so lange die Landwirtschaft in den Konservativen noch ihre Führer sieht, ist das ja auch der Fall. Zu welcher Ohnmacht glauben sie aber wohl verurteilt zu werden, wenn sie in die Reichstagswahl hineinziehen müssen mit dem Vorwurf belastet, daß sie bei der preußischen Wahlrechtsreform sich völlig ablehnend verhalten haben. Jedes berechtigte Interesse hat in der Volksvertretung sich zur Geltung zu bringen, das ist durchaus wünschenswert, ja notwendig. Darum wäre auch eine einseitige Zusammensetzung des Reichstags falsch. Das wird aber um so weniger der Fall sein, je mehr sowohl für den Reichstag als auch für das preußische Abgeordnetenhaus die Gleichberechtigung des ganzen Volkes die gesetzliche Grundlage bildet. Die Konsequenz einer Verweigerung des demokratischen Wahlrechts für den Landtag wäre, daß auch das Reichstagswahlrecht entsprechend rückwärts revidiert würde. Wo aber ist die Regierung, die dazu den Mut fände? Und wo soll der Reichstag herkommen, der zu solchen Verlangen sein Ja ausspräche?

Digitized by Google

Auch in der Friedensfrage muß der Grundsatz der Völkerversöhnung seine dauernde Anerkennung finden. Denn nur dieser führt auch zur Gerechtigkeit gegen alle Völker, zur Gleichberechtigung allen Völker. Die heute so vielgenannte Selbstbestimmung aller Völker kann nicht bedeuten sollen, daß jedes Volk seinen eignen souveränen Staat soll bilden können. Organisation, nicht Desorganisation ist das Heil der europäischen, besonders der kontinental-europäischen Völker. Möglichst viele souveräne Staaten zu haben, das würde die Kriegsgefahr ins Ungemessene steigern, das stände auch in krassem Widerspruche zu den Bedürfnissen unserer Zeit. Soweit das, was man Imperialismus nennt, ein Streben nach großen Reichen bedeutet, in denen für Handel und Wandel dieselben Steuern und Zölle, dieselben Verkehrsverhältnisse, dieselben sozialen Gesetze bestehen, soweit ist der Imperialismus ein durchaus berechtigtes Streben. Wie Preußen Deutschland über das Elend der Kleinstaaterei hinausgehoben hat, so muß Deutschland Europa über dies Elend hinausheben. Das ist aber offensichtlich nur möglich, wenn jede Nation nach Möglichkeit sich selbstbestimmen kann, wenn sich alle Völker als gleichberechtigt behandeln.

Von dieser Gleichberechtigung im Rahmen einer bestimmten Souveränität ist freilich sehr verschieden die Forderung eigner Souveränität oder der freien Entscheidung darüber, welcher Souveränität ein Volk sich anschließen will. Offenbar kann darüber nur das gegenseitige Machtverhältnis der verschiedenen Imperien entscheiden. Käme unsere Regierung dazu, nicht nur für das Reich und die Bundesstaaten ein in jeder Beziehung demokratisches Wahlrecht vorzuschreiben, sondern es auch für die russischen Grenzvölker, die Finnen, Kurländer, Littauer, Polen und Ukrainer ihrerseits es selber zu fordern, dann dürfte auch die deutsche Sozialdemokratie kaum viel dagegen einzuwenden haben, wenn die Souveränitätsgrenze für die Mittelmächte östlich einiger dieser Grenzvölker statt westlich derselben gezogen würde. Alles kommt darauf an, daß kein Volk unterdrückt wird, daß in freiem Wettbewerbe jedes um die Palme der höchsten Kultur ringen darf. Wie die Regierung moralische Eroberungen in der Arbeiterklasse suchen muß, so hat es auch ihr Ziel zu sein, moralische Eroberungen bei den Völkern zu machen, die als die Nachbarn des deutschen Volkes für die Gestaltung seines Schicksals von Bedeutung sind. Die deutsche Regierung soll es offen sagen, daß die Sicherheit des deutschen Volkes ihr verbiete, jede von jedem Volk geforderte Souveränität anzuerkennen. Warum sollten sonst die Tschechen sie nicht auch fordern können! Aber sie soll gleichzeitig erklären, daß sie im Rahmen derjenigen Souveränität, die die Mittelmächte fordern müssen, wenn sie sich nicht selber aufgeben wollen, diejenige Selbstbestimmung jedes Volkes anerkennen, die mit der Gleichberechtigung aller unter einer Souveränität verbundenen Völker vereinbar ist. Wenn ein mitteleuropäischer Staatenbund begründet würde mit dem Ziel, ein kontinentaleuropäischer Staatenbund zu werden, dann möchte die

Digitized by Google

Angliederung nicht nur Polens, Litauens und Kurlands, sondern auch noch weiterer Staaten in aller Freiwilligkeit leicht erfolgen können.

England wird uns in absehbarer Zeit nicht verzeihen, was wir ihm durch diesen Krieg getan, und in Frankreich sind die Caillaux und Gesinnungsgenossen durch den Krieg leider auch für absehbare Zeit zur Ohnmacht verdammt. Darum muß der Anschluß im Osten gesucht werden. Er ist aber zu finden nur mit demokratischer Gesinnung nach innen wie nach außen. Mit ihr aber eröffnet sich auch solch unermeßliches Feld fruchtbarer Arbeit, daß man die Menschen beneiden kann, die diese Arbeit zu tun bekommen.

Auch wir Älteren möchten an dieser Arbeit noch teilnehmen. Darum wollen wir mit aller Macht die Gefahr bannen, daß durch eine engherzige, kurzsichtige und unterdrückungswütige Politik uns diese Hoffnung, eine größere Zukunft noch mitzuerleben, genommen wird. Nach innen wie nach außen liegt schöne, begeisterungsfrohe Arbeit vor uns. Möge die Regierung uns allen Widerständen zum Trotz zu ihr führen!

Über den sogenannten Geldwert

Von Georg Friedrich Knapp, Straßburg

Von der „Staatlichen Theorie des Geldes", dem grundlegenden Werk des Straßburger Nationalökonomen, erscheint demnächst im Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig die zweite Auflage. Sie ist durch „Nachträge und Ergänzungen" erweitert. Der Verfasser hat uns den Schlußabschnitt der Zusätze auf unseren Wunsch zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt.

Eine Darstellung des Verwaltungsrechts, soweit es sich um Geldwesen handelt, hat mit der Frage nach dem Werte des Geldes nur ganz wenig zu schaffen. Vielmehr ist die allgemeine Volkswirtschaftslehre hier weit mehr zuständig. Darüber wollen wir uns eingehend verständigen.

Unter Wert der Geldstücke könnte man etwa den Wert ihrer Platten verstehen, wobei vorausgesetzt ist, daß man die Platten als bloßes Material gegen valutarisches Geld verkaufe. Hierbei entsteht der Begriff des Agios bzw. Disagios der nicht valutarischen Geldstücke, und diese Erscheinung, gehört — als merkantilischer Vorgang — in die Wirtschaftslehre, kann aber nur in Verbindung mit der juristischen Lehre von der Geltung behandelt werden.

Man kann ferner unter Wert des Geldes folgendes verstehen: da unser Geld auf ausländischen Börsen als Ware behandelt wird, die man im dortigen Gelde abschätzt, so ist die Frage aufzuwerfen, welchen Wert hat unser Geld im Auslande? Es ist die Frage nach dem intervalutarischen Kurse, und auch hierbei tritt eine Agiofrage auf, nämlich die des intervalutarischen Agios. Auch hier vermischen sich Betrachtungen juristischer Art mit solchen der Wirtschaftslehre.

Digitized by Google

Unsere Ökonomisten meinen aber etwas ganz anderes, wenn sie vom Werte des Geldes reden, und dies „andere" gehört nicht in die Staatliche Theorie des Geldes, sondern nur in die Wirtschaftslehre. Es handelt sich dabei um „die Preise", wie man es höchst umfassend auszudrücken pflegt. Noch genauer: es handelt sich um Statistik der Preise und um Folgerungen, die aus derselben gezogen werden, also um ganz andere Dinge, als jene des inneren Agios oder die des intervalutarischen Agios.

Hier herrscht nun ganz unverkennbar einige Verwirrung, weil der Ausdruck „Wert des Geldes" an sich noch unvollständig ist und von jedem Leser auf beliebige Art ergänzt werden kann. Überall, wo vom Werte die Rede ist, handelt es sich um einen Vergleich; wenn vom Werte des Geldes geredet wird, so muß gesagt werden, womit verglichen werden soll.

In den oben erwähnten Beispielen, worin von den beiden Arten des Agios geredet wird, ist der Vergleichsgegenstand stets genannt und von Verwirrung kann also dort nicht die Rede sein.

Wohl aber ist Unsicherheit vorhanden bei der rein volkswirtschaftlichen Frage nach dem Werte des Geldes. Man könnte die noch fehlende nähere Bestimmung auf folgende Weise ergänzen:

I. Der Ökonomist denkt an ein bestimmtes Gut, untersucht die Preise, die für dies Gut in dem und dem Lande, in dem und dem Zeitraum gezahlt worden sind und ermittelt auf dem Wege der Statistik den mittleren Preis jenes Gutes. Als Beispiele könnte man sich vorstellen: Getreidearten, oder gewisse Metalle oder noch enger gewisse Edelmetalle. Das Ergebnis wäre dann stets von folgender Art: der Preis des erwählten Gutes betrug für die Mengeneinheit durchschnittlich so und so viele Werteinheiten jenes Landes und jener Zeit. Die Zahlung hat in der valutarischen Geldart bestanden, die ja stets als Geld schlechthin erscheint.

Nun kommt der entscheidende Schritt: unser Ökonomist kehrt die Beziehung um, welche zwischen jenem Gute und dem Gelde statistisch aufgefunden war, und sagt:

Wenn jenes Gut als Grundlage des Urteils gewählt und die Frage gestellt wird nach dem Werte des Geldes, so ergibt sich: 100 Mk. waren damals x Mengeneinheiten des Gutes wert, über welches die statistische Untersuchung der Preise stattgefunden hat.

Man wolle aber beachten und festhalten: diese Art, den Wert des Geldes zu bestimmen, beruht auf einer Umkehr der gegenseitigen Beziehung Ware und Zahlungsmittel. Was vorher Ware gewesen ist, wird als Zahlungsmittel gedacht und was vorher Zahlungsmittel war, wird als Ware gedacht. Es kann niemandem verwehrt werden, diese Umkehr der Beziehungen in Gedanken vorzunehmen; aber wer es tun will, muß es sagen und vor allem muß er das Gut nennen, das er zugrunde legt. Dann erst weiß der Leser Bescheid und kann zu der Sache Stellung nehmen.

Gesetzt, es lägen zwei statistische Untersuchungen des Preises vor, für zwei verschie-

Digitized by Google

dene Zeiträume, aber im gleichen Lande, so würde sich für das untersuchte Gut vielleicht ergeben, daß der durchschnittliche Preis sich geändert hätte, wir wollen annehmen im Verhältnis von 12 zu 13. Das Gut wäre also, für jede Mengeneinheit, teurer geworden. Danach müßte nun, wenn jene Umkehr der Beziehungen vollzogen wird, die Aussage über das Geld lauten: nach jener Untersuchung des Gutes gewinnt man den Eindruck, daß der Wert des Geldes geringer geworden ist; man muß jetzt 13 Werteinheiten anwenden, wo früher nur 12 nötig waren. Auch hiergegen ist nichts einzuwenden; wer so rechnet, muß nur abwarten, ob der Leser dies Urteil als ein ausreichendes über den Wert des Geldes in jeder Beziehung anerkennen will; aber wenn jenes eine Gut als maßgebend anerkannt wird, dann ist die Sache entschieden. Wie man aber den Leser zwingen will, die Wahl des Gutes gut zu heißen, sieht man nicht ein. Der Rechner bleibt also im ungewissen, ob er mit seiner statistischen Untersuchung Beifall findet in bezug auf den „Wert des Geldes in jeder Beziehung".

In die Staatliche Theorie des Geldes gehört diese Betrachtung nicht. Der Staat setzt voraus — und zwar bei allen Gelegenheiten, wo es sich um Preise handelt, daß man sich der Werteinheit bediene, die juristisch üblich ist, und daß Zahlungen in dem valutarischen Gelde geleistet werden.

Was etwa durch eine statistische Preisuntersuchung herauskommt, hat juristisch nicht die geringste Wirkung. Der Staat kennt gar keine Veränderlichkeit „des Geldwertes". In dem Augenblicke, in dem der Staat die Begültigung der Stücke ausspricht, sagt er, daß bestehende Schulden mit diesen Stücken getilgt werden können; neue Schulden auch, und es wird für neue Schulden angenommen, daß die vertragschließenden Parteien ihren Vorteil wahren.

Der Ökonomist mag allerdings Preisuntersuchungen anstellen und die Begriffe von Ware und Geld vertauschen. Es ist dies dann nur ein besonderes nachdrücklicher Weg, um den Leser über veränderte Durchschnittspreise aufzuklären, indem man sagt — um an das obige Beispiel anzuknüpfen — es ist geradeso, als wäre das Geld an Wert vermindert, was aber heißen sollte: an Geltung vermindert. „Es ist geradeso, als wenn", diese Worte werden leicht vom Leser im ernsteren Sinne genommen! Nämlich in dem Sinne, als hätte sich die juristische Geltung der Stücke verändert — und das ist durchaus nicht der Fall.

II. Bisher haben wir nur von einem einzigen Gute geredet, dessen Preisveränderungen statistisch untersucht worden wären. Es gibt aber noch eine andere Art solcher Untersuchungen: es wird eine Reihe von Gütern ausgewählt, die natürlich genannt sein müssen, z. B.: Weizen, Kohlen, wichtige Metalle wie Eisen, Kupfer u. dgl. Man verabredet also einen Komplex von Gütern, wie wir es nennen wollen, und untersucht statistisch, wie sich der Preis dieses Komplexes verändert hat. Ehe dies geschehen kann, muß aber gesagt werden, welche Mengen jedes Gutes, das im Komplex einbegriffen ist, in Betracht gezogen werden sollen, z. B.: ein Kilogramm Weizen, eine

Digitized by Google

Tonne Kohlen, ein Pfund Platin usw. Es ist gleichgültig, welche Mengen man von jedem Gute annimmt, aber eine Verabredung über die Mengen ist durchaus erforderlich, damit der Sinn des Komplexes von Gütern eindeutig bestimmt ist. Wenn diese Eindeutigkeit des Komplexes erreicht ist, kann die statistische Untersuchung des Preises unseres Komplexes stattfinden, vorher aber nicht. Nun soll für zwei Zeiträume die Untersuchung des Preises statistisch durchgeführt sein; dann erhält man für den ersten Zeitraum eine Zahl von Werteinheiten, z. B. x_1 Mark; für den zweiten Zeitraum ebenfalls eine Zahl von Werteinheiten, z. B. x_2 Mark. Diese Zahlen nennt man bekanntlich Indexzahlen. Wenn die spätere Indexzahl, also x_2, größer ist als die frühere, also größer ist als x_1, so ist der Wert jenes Komplexes gestiegen; im umgekehrten Falle ist der Wert des Komplexes gefallen. Darüber kann kein Zweifel obwalten.

Die Statistiker, welche solche Indexzahlen berechnen, bleiben aber nicht bei dieser zweifellosen Tatsache stehen, sondern sie gehen weiter, indem sie sagen: Man sieht daraus, daß „der Wert des Geldes" sich umgekehrt bewegt hat, wie die Indexzahlen. Ist die Indexzahl gewachsen, so geht daraus hervor, daß der Wert des Geldes gesunken ist; hingegen ist der Wert des Geldes gestiegen, wenn die Indexzahl kleiner geworden ist.

Hierbei waltet derselbe psychologische Vorgang ob, den wir vorher festgestellt haben: unser Statistiker betrachtet das Geld als die Sache, deren Wert gefunden werden soll, und den Warenkomplex als die Sache, mit der man das Geld vergleichen soll. Vorher, bei der Ermittlung des Preises, ist aber die Ware mit dem Gelde verglichen worden. Also hat unser Statistiker die Beziehung, die zwischen Ware und Geld besteht, vertauscht: an die Stelle, wo das Geld gestanden hat, setzt er die Ware und an die Stelle, wo die Ware gestanden hat, setzt er das Geld. Die richtige Ausdrucksweise wäre offenbar: die Preisänderung des gewählten Kompleres hat sich so vollzogen, als wenn der Wert des Geldes (richtiger: die Geltung des Stückes) sich so und so verändert hätte. Statt dessen aber sagt er: der Wert des Geldes hat sich verändert. Er verschweigt dabei, daß es darauf ankommt, ob der Warenkomplex als maßgebend zugestanden wird und tut so, als sei dies außer Zweifel; und er nimmt ferner an, daß sein „Wert des Geldes" dasselbe sei, wie die Geltung des Stücks. Der Leser aber hat vergessen, daß er den Warenkomplex als maßgebend anerkennen muß, und hat ferner vergessen, daß die Geltung, als eine juristische Vorstellung, ganz unabhängig ist davon, was man mit dem Gelde kaufen kann.

Indexzahlen können also über die juristische Eigenschaft des Geldes nichts aussagen, gehören daher nicht in die Staatliche Theorie des Geldes. Sie gehören in die Wirtschaftslehre, und auch da bedeuten sie nichts anderes, als eine veränderte Ausdrucksweise über Preisstatistik; sie liefern nichts Neues, sondern sagen nur das Alte in anderer Form. Sie zeigen, daß Güterpreise sich ändern können, was niemand bezweifelt hat; und drücken dies so aus: die Änderung hat so stattgefunden, *als wenn*

Digitized by Google

das Geld seine Geltung so und so verändert hätte. Aber daraus folgt doch nicht, daß die Geltung sich verändert habe!

Bei der allgemein zugestandenen Möglichkeit, daß Güterpreise sich ändern, ändert sich allerdings manches; nämlich die Lage des Interesses derer, die Geld besitzen und derer, die Waren besitzen. Dies aber ist eine Sache für sich. Es scheint beinahe, als ob viele Schriftsteller von der Annahme ausgingen, daß die Güter, jedes für sich normalerweise einen festen Preis hätten, der sich abnormerweise hie und da ändere — wovon doch gar nicht die Rede sein kann.

Vor allem aber muß man die Inderberechner daran erinnern, daß sie schlechterdings nichts anderes darbieten, als höchst willkommene Nachrichten über Preisänderungen. Einige von ihnen glauben, sie hätten noch was anderes gefunden, nämlich einen Änderungsvorgang auf der Seite des Geldes, eine „Wertvermehrung oder Verminderung", die — daran zweifeln sie nicht — auf die Preisänderungen der Güter mit einwirke. Dies ist ein unerhörter Zirkelschluß! Die von ihnen festgestellte Wertänderung des Geldes wird ja nur aus der Statistik der Preise abgeleitet: wie soll denn die Preisänderung der Güter — aus der Preisänderung der Güter erklärt werden?!

III. Wie aber steht es, wenn wir das Einkommen der wirtschaftenden Personen in Betracht ziehen?

Er gibt Leute, die ihr jährliches Einkommen in fester Geldsumme beziehen; dahin gehören die Beamten, seien es öffentliche oder private, deren Zahl in Deutschland so groß und deren Einfluß auf die Stimmung so bedeutend ist. Der Mann mit fester Besoldung klagt so leicht bei eintretender Teuerung über Schwinden des Geldwertes. Was meint er damit?

Ein solcher Mann überblickt seine Lage und rechnet so: ich gebe für Wohnung soviel aus, für Nahrung soviel, für Schulgeld meiner Kinder soviel, usw. Früher habe ich jährlich tausend Mark übrig behalten, jetzt komme ich kaum aus ohne Schulden zu machen. Also hat sich „der Geldwert" sehr zu meinen Nachteil verändert.

Offenbar hat jener Mann sich einen „Komplex" von Gütern gebildet: Nahrungsmittel, Wohnungsmiete, Bier- und Weinpreise, Tabak u. dergl. hat er, aus seinem Ausgabenbuch, in diesen Komplex eingestellt nebst den Preisen, und findet seine Inderzahl stark vergrößert gegen frühere Jahre: also hat sich für ihn der Geldwert stark, und zwar zu seinen Ungunsten, verändert. Das rechnet er uns aufs Genaueste vor.

Sein Nachbar aber, der sich einen solchen Komplex bildet, findet auch eine Inderzahl — aber eine andere; denn der eine raucht, der andere tut es nicht; der eine reist viel, der andere reist wenig, und so fort. Für ihn ist also der Geldwert vielleicht auch verändert, aber nicht in gleicher Weise. Eine Übereinstimmung ergibt sich also nicht.

Bei der so geführten Untersuchung kommt eben nur dies heraus, daß Preissteigerungen der Güter, die der Beamte verbraucht, ihn stark belasten, und er kann daraus begründen, daß er Zulage braucht. Daß aber das Übel vom Gelde an sich herrühre,

Digitized by Google

kann er nicht behaupten; wir haben ja nur einen besonderen Fall der Inderberechnung vor uns. Er hat nur sein Interesse geschildert, das durch die Preissteigerung betroffen ist. Wo steht denn aber geschrieben, daß seine Lebenslage die gleiche bleiben muß; sein Vertrag lautet auf eine feste Summe des jährlichen Einkommens in Geld. Er ist jetzt verstimmt durch die Teuerung, sein Einkommen genügt ihm nicht mehr — aber daran ist nicht die Verfassung des Geldwesens schuld, sondern die Beschaffenheit unseres wirtschaftlichen Verkehrs. —

Es gibt aber auch Leute, deren Einkommen auf ganz andere Weise zustande kommt. Denken wir an die Landwirte, an die Besitzer von Kohlengruben oder von Eisenwerken, kurz an die Produzenten von Gütern. Ihr Einkommen besteht zunächst in ihren Produkten, die sie zum Verkauf stellen. Der Landwirt erzeugt jährlich so und so viel Weizen, der Teilhaber an Gruben erzeugt — sozusagen — so und so viele Zentner Eisen oder Kohlen. Diese Waren müssen verkauft werden, ehe sich für ihn ein Geldeinkommen bildet. Wenn dieser Mann seinen Güterkomplex bildet und ausrechnet was seine Inderzahl ist, so findet er — bei steigenden Preisen — daß diese Zahl sich erhöht. Aber da er die eingestellten Güter nicht kauft, sondern verkauft, so ist ihm die Veränderung zum Heil.

Wer nur als Konsument von Gütern auftritt, wie der Beamte tut, dem schadet die Preissteigerung; wer nur als Produzent auftritt, dem nützt sie. Wer als Konsument gewisser Güter und zugleich als Produzent anderer Güter auftritt, bei dem kann vielleicht Schaden, vielleicht auch Nutzen herauskommen.

Die volkswirtschaftliche Betrachtung muß beide Fälle umfassen. Preissteigerungen verschieben die Interessenlage je nach der Klasse, welcher die wirtschaftliche Person angehört.

Die Interessenlage der Klassen ist eine Angelegenheit von hoher Bedeutung — aber sie hat nichts mit der Verfassung des Geldwesens zu tun, die in der Staatlichen Theorie des Geldes geschildert wird. —

IV. Auch sprechen Kaufleute und gewerbliche Unternehmer oft von teuerem Gelde oder von billigem, wenn sie mit fremdem Gelde arbeiten, daß heißt wenn sie Darlehen aufgenommen haben, um ihren Betrieb zu vergrößern. Besonders beim Bauunternehmer ist dieser Fall häufig. Wenn er gefragt wird, warum seine Bauten still stehen, antwortet er, das Geld ist zu teuer, oder sagt wohl gar: der Wert des Geldes ist jetzt zu hoch. Gehen aber die Geschäfte flott, so erklärt man es wohl daraus, daß das Geld jetzt billig sei, was mancher wohl so ausdrückt: das Geld habe jetzt keinen großen Wert. Was nun hier gemeint ist, sieht jedermann: es wird von den Zinsbedingungen geredet, die man bewilligen muß, um ein Darlehen in Geld zu erlangen. Man sollte deutlicher sagen: jetzt muß ich zu hohe Zinsen für Darlehen bewilligen; bzw. jetzt sind die Zinsforderungen für Darlehen niedriger geworden.

Wer stattdessen von hohem oder niedrigem Geldwerte redet, der verwischt wieder

Digitized by Google

alle Unterschiede; denn hier wird ja nicht von einem bestimmten Gute (etwa von Weizen oder von Silber) und auch nicht von einem verabredeten Komplex von Gütern geredet, wie in den früher besprochenen Fällen. Sondern es wird gefragt, welchen Bruchteil (wieviel Prozente) des Kapitals man jährlich dem Darleiher entrichten muß. Dies ist denn doch etwas ganz anderes! Wie kann man so grundverschiedene Dinge unter die gleiche Bezeichnung „Wert des Geldes" zusammenfassen! Daraus entsteht eine heillose Verwirrung, die auf den Anfänger den Eindruck macht, als sei hinter dem „Werte des Geldes" ein tiefes Geheimnis verborgen, das auf Lösung warte. Die Lösung liegt auf der Hand: man hat einen undeutlichen, weil unvollständigen Ausdruck gewählt für vielerlei Erscheinungen, die, wenn sie einzeln betrachtet und vollständig beschrieben werden, durchaus nichts Rätselhaftes darbieten. Man hat ein Problem geschaffen, indem man Verwirrung schuf!

Wenn der Deutsche im Jahre 1917 sagt: Unser Geld hat auf den Börsen der neutralen Länder stark im Wert — ausgedrückt im dortigen Gelde — verloren, so hat er recht und es ergeht an unsere Ökonomisten die Aufforderung, dies durch die gestörten Handelsbeziehungen zu erklären.

Wenn der Deutsche sagt: Ferner sind viele Preise, verglichen mit dem Zustande von 1913, im Inlande gestiegen, so hat er ebenfalls recht, und es ist die Sache unserer Ökonomisten, nachzuweisen, welche Störungen auf dem inneren Markte daran schuld sind.

Wenn der Deutsche sagt: Der Bau von Häusern steht still, weil hypothekarische Darlehen nur unter harten Bedingungen zustande kommen, so ist dies ganz richtig; der Ökonomist muß ihm nun erklären, weshalb jetzt für solche Darlehen höhere Zinsen als früher gefordert werden.

Alles dies aber aus einem einzigen Grunde erklären zu wollen durch den nebelhaften Ausdruck „der Wert des Geldes hat sich vermindert" — ist, gelinde ausgedrückt keine Aufklärung, sondern Fahrlässigkeit.

V. Die Verwirrung erreicht noch einen höhern Grad durch die eingebürgerte Gewohnheit, immer nur auf die Vermehrung des vom Staate oder von seiner Bank ausgegebenen Papiergeldes hinzuweisen als auf den Grund der eingetretenen Preissteigerungen. Hier liegt allerdings ein Problem vor, aber es wird nicht gelöst durch die einfache Behauptung: Vermehrung des Papiergeldes steigert an sich schon „die Preise". Es ist vielmehr die Aufgabe der Ökonomisten, die Finanzwirtschaft des Staates zu untersuchen und uns zu sagen, ob die ungeheueren Aufgaben, die dem Staate durch einen Krieg erwachsen, auch auf andere Weise gelöst werden können als durch Schaffung von „Papiergeld", besser von Notalgeld aus wertlosen Stoffen. Bisher hat man kein anderes Mittel nachweisen können, als dieses, welches zwar nicht allein, aber doch immer neben andern Mitteln auftritt. Es ist also vorläufig unvermeidlich. Das bloße Bedauern hilft hier nichts. Man hat sich darauf einzulassen!

Digitized by Google

Und um die Natur dieses Mittels aufzuklären, dazu soll die Staatliche Theorie des Geldes beitragen. Das geschieht durch die juristische Auffassung, die hier nicht beiseite geschoben werden kann.

Erst wenn dies in Ordnung gebracht ist, kann der Ökonomist auftreten; seine Ablehnung der Staatlichen Theorie des Geldes hilft ihm nichts. Wenn er aber das, was aus der rechtlichen Natur des Geldes folgt, sich angeeignet hat, dann hat er noch reichliche Arbeit vor sich. Er muß dann zeigen, wie der Staat durch jenes unvermeidliche Hilfsmittel die inneren Produktionsverhältnisse stört, denn darauf läuft alles hinaus. Diese Störungen einfach abzulehnen, wenn politische Notwendigkeit sie fordert, ist Torheit. Man erwäge nur, was geschieht:

Beim Ausbruche des Krieges kauft der Staat alle erlangbaren Pferde auf; er kauft alle Automobile an, die er bei Privaten findet; er kauft endlose Massen von Munition; er beschäftigt alle Waffenfabriken durch neue Bestellungen, er nimmt alle Transportmittel in Anspruch, besonders die Eisenbahnen; er kauft Nahrungsmittel an für Millionen von Soldaten. Der Staat leistet Löhnungen und Besoldungen an die im Kriege aufgebotenen Truppen. Kann er dies alles tun ohne Papiergeld? Gewiß nicht. Und wenn er es tut — stört er dann nicht alle bestehenden Produktionsverhältnisse?

Und weiter: woher nimmt der Staat alle die Mannschaften, die er einberuft? Er entzieht sie dem gewerblichen Leben; die Bergleute treten aus ihrem Dienst, die Fabrikarbeiter werden Soldaten, die Arbeiter der Kleinindustrie sind einberufen; der Bauer verläßt seinen Hof, die Landarbeiter tragen Waffen. Der Fabrikant, der Handwerker, der Kaufmann, kurz alle Erwerbstätigen werden der früheren Tätigkeit entzogen und stehen im Felde. Das ganze bürgerliche Leben wird unterwühlt: und da sollen „die Preise" ungestört bleiben? Vor allem aber: daran soll die Schöpfung des Papiergeldes schuld sein? Der Krieg nötigt uns, das gewohnte bürgerliche Leben umzuwälzen, und das Papiergeld ist nur das Mittel, die notgedrungene Umwälzung durchzuführen. Es ist doch eine merkwürdige Beschränkheit, nur das Papiergeld anzuklagen. Die weit wichtigere Aufgabe des Ökonomisten wäre es, die Art der Störungen zu beschreiben und die Wege der Finanzwirtschaft zu beleuchten.

Daß dies neben der staatlichen Theorie des Geldes noch geschehen muß, hat nie jemand geleugnet; aber ohne diese Theorie kann es nicht geschehen.

Französische Bankrotteurpolitik

Von Linter

Die Versailler Beschlüsse fordern geradezu zu einer nüchternen Betrachtung der französischen wirtschaftlichen Verhältnisse heraus. Denn beide stehen in einem unüberbrückbaren Widerspruch. Oder sollte etwa doch gerade das Gegenteil der Fall

Digitized by Google

ein? Sollte zwischen beiden ein engerer Zusammenhang bestehen? Das klingt paradox, ist es aber nicht. Denn gerade die katastrophale Verfassung, in die die Clique um Poincaré das reiche Land hineingesteuert hat, ist der Grund, warum eben diese Oligarchie sich vor dem Frieden fürchtet. Daß Frankreich bis zum Jahre 1914 ein reiches, glückliches Land war, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Wohl aber dürften die inzwischen eingetretenen Veränderungen nicht überall geläufig sein. Gewiß: den wichtigsten und unersetzlichsten Verlust kennt jeder, die Opferung der männlichen Jugend in einem Lande, das bei seinem Einkindersystem weniger als jedes andere der Jugend entbehren kann. Auch die Verwüstung des industriereichen Nordens braucht nicht erwähnt zu werden. Dagegen ist es angebracht, wieder einmal einen Blick auf die Kriegsunkosten, im engeren Sinn die bleibenden und die vorübergehenden, zu werfen. Es betrugen:

Die französischen Kriegslasten und ihre Deckung bis Ende 1917

Eigentliche Kriegskosten	87	Milliarden Fr.	Steuereinnahmen usw.	15½	Milliarden Fr.
Zinsendienst	11	" "	Laufende Schatzwechsel	20	" "
Zivilverwaltung	8½	" "	3 Kriegsanleihen	31	" "
			Innere schwebende Schulden	15½	" "
			Rückständige Zahlungen	5½	" "
			Auslandschulden	19	" "
Gesamtkosten	106½	Milliarden Fr.		106½	Milliarden Fr.

Hier fällt zunächst einmal das böse Mißverhältnis zwischen langfristigen gedeckten und schwebenden Verbindlichkeiten auf: das Inland hat nur ein rundes Drittel an Kriegsanleihe aufbringen können und wollen; damit steht Frankreich unter den großen Ländern weitaus an letzter Stelle, unvergleichlich schlechter als Deutschland, aber auch ungünstiger als England, das gerade in dieser Beziehung nicht übermäßig vorteilhaft abschneidet. Wie denn überhaupt die Kriegsfinanzierung in Frankreich stark versagt hat. Die Tatsache, daß ein so reiches Land sich dazu verstehen mußte, eine kürzlich vierprozentige Anleihe zu einem Kurse von nur 68,60 Proz. auszugeben, ist dafür Beleg genug. Denn damit ist der Kredit Frankreichs auf eine Stufe gesunken, wie er dort nur in Zeiten des schlimmsten nationalen Unglücks stand. Man muß bis 1871 zurückgehen, wo zu einem ähnlichen Kurs, zu 65¼, eine vierprozentige Anleihe begeben wurde.

Das zweite Bezeichnende an der amtlichen Zusammenstellung ist die außerordentlich hohe Auslandsschuld. Sie dürfte in Wahrheit erheblich größer sein, da Frankreich bei den unleugbaren Sympathien, auf welche die französische Kultur auch heute noch überall rechnen kann, für sehr ansehnliche Posten der inneren Anleihen jenseits der Landesgrenzen Käufer gefunden hat. Es sei daran erinnert, daß beispielsweise in London die Anleihen in aller Form aufgelegt und an der Börse regelrecht gehandelt

Digitized by Google

werden. Auch der ungünstige Stand der französischen Valuta hat die Anleihe zu einem willkommenen Spekulationsobjekt für ausländische Käufe gemacht. Man bedenke, daß die letzte Anleihe beispielsweise in der Schweiz zu etwa 53 Proz. zu kaufen war.

Die französische Valuta nämlich hat in gewisser Beziehung eine noch erheblichere Einbuße erfahren als die deutsche, wenn man berücksichtigt, daß Deutschland ausländische Kredite in größerem Maße versagt waren, daß aber Frankreich in verschwenderischer Weise solche erhalten hat. Wenn man die Schweiz als Maßstab für die Valutabemessung annimmt, so ergibt sich dort eine Entwertung des französischen Franken um 22 Proz. Das Verhältnis des französischen Franken zur deutschen Mark, das im Frieden wie 100 zu 123 ½ war, ist heute 100 zu 113. — Das ist übrigens schon eine außerordentliche Besserung zu unsern Gunsten, denn noch vor vier Monaten war das Verhältnis wie 100:90. Sachverständige sind allgemein der Überzeugung, daß in kurzem diese Relation sich weiter zu Deutschlands Gunsten verbessern wird.

Wenn man als den eigentlichen Grund der Valutabildung lediglich das Verhältnis von Auslandsforderungen und Auslandsguthaben heranzieht, so ist jene Entwertung des Franken freilich begreiflich. Denn Frankreichs Zahlungsbilanz hat im Kriege eine Verschiebung erfahren, wie kaum in einem anderen Lande. So fehlt vor allem seit fast vier Jahren die namentlich für Paris so ungeheuer wichtige Fremdenindustrie. Viel wichtiger aber ist die Revolutionierung der französischen Handelsbilanz, die noch viel schlimmer ist als jene in England. Frankreich gehörte vor dem Kriege zu jenen glücklichen Ländern, die nur unwesentlich mehr einzuführen brauchten als sie ausführten. Der Passivsaldo war nur selten mehr als 1 bis 1 ½ Milliarden Franken. Das hat sich von Grund auf verschoben. Während im Jahre 1915 der Fehlbetrag der Handelsbilanz mit 7 Milliarden offiziell angegeben wurde, ist er bereits für 1916 mit 14 bis 19 Milliarden geschätzt worden, und im Jahre 1917 dürfte er 25 Milliarden Franken überschritten haben.

Zwei Dinge sind an dieser Verschiebung vor allem schuld. Das ist zunächst der Mangel einer eigenen genügend großen Kriegsindustrie, wie sie fast alle andern Staaten rasch aufgebaut haben. Teilweise ist das französische Volk daran unschuldig, weil das Kriegsglück die eigentlichen Kohlen- und Eisengebiete den Deutschen in die Hände gegeben hat, teilweise liegt hier aber auch eine Unfähigkeit vor. Man hat viel zu langsam in den östlichen und südlichen Teilen des Landes die Rüstungsindustrie aufgebaut und sich völlig auf die Freunde jenseits des Kanals und des Atlantischen Ozeans verlassen. Und hier kommt der zweite Grund, das ist die Notwendigkeit, fast den gesamten Bedarf auf dem Wasserwege zu beziehen. Man behauptet, daß nur 1 Million Tonnen der Einfuhr auf dem Landwege und 45 Millionen per Schiff eingeführt werden. Infolgedessen mußte Frankreich ungeheuer unter der phantastischen Verteuerung der Frachtsätze leiden und dafür zahlen.

Digitized by Google

Das aber deutet bereits an, wie der Unterseebootkrieg gerade in Frankreich empfunden wird. Die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten der Versorgung machen sich gerade jetzt in fast unerträglicher Weise bemerkbar, weil das Jahr 1917 eine Mißernte schlimmster Art brachte. Im Frieden deckt das Land ja reichlich sechs Siebentel Prozent seiner landwirtschaftlichen Bedürfnisse aus dem eigenen Boden. Heute muß die Hälfte des hauptsächlich in Betracht kommenden Weizens von Übersee bezogen werden, wenn das Land sich einigermaßen erhalten will. Es betrug nämlich

die französische Ernte (in Millionen Tonnen)

	1914	1915	1916	1917
Weizen	7,69	6,06	5,84	3,94
Roggen	1,12	0,84	0,85	0,67
Gerste	0,98	0,69	0,83	0,90
Hafer	4,62	3,46	4,02	3,45
Zusammen	14,41	11,06	11,52	8,96

Neben den Verschiebungen in der Handelsbilanz und neben dem Fehlen des Fremdenverkehrs kam in Frankreich noch das Versagen der ausländischen Schuldner in Betracht. Frankreich hat infolge der korrupten Praxis seiner Großbanken und seiner Presse eine besonders unglückliche Hand im Kauf ausländischer Wertpapiere gehabt; so wurden gerade bei Kriegsausbruch Milliarden von Anleihen in Südamerika notleidend. Dazu trat dann bald die Unfähigkeit Rußlands, seine Zinsen weiter zu bezahlen. Da es sich bei den Besitzern russischer Papiere um einen Posten von sicherlich 25 Milliarden Franken handelte, so sind allein dadurch bisher 3½ Milliarden Franken nicht eingegangen. Wie erinnerlich, hat die französische Regierung es von vornherein übernommen, diese Zinsen von sich aus zu bezahlen, um die kleinen Rentner nicht allzusehr aufzubringen. Dazu kam dann später noch der Ausfall der Balkanschuldner, wo Frankreich aus politischen Gründen stets mit offenen Händen gegeben hatte. Erwähnt sei, daß heute in Paris die dreiprozentige russische Rente mit sage und schreibe 32 Prozent notiert, woraus sich ergibt, wie man dort diese Forderung einschätzt.

Ganz schlimm steht es um die Notenbank. Wenn man von den chaotischen Verhältnissen in Rußland absieht, so schießt die Bank von Frankreich, was die Verwässerung und das Unsolide der Verfassung anbelangt, entschieden den Vogel ab. Das verhältnismäßig kleine Land, das im Frieden einen Notenumlauf von etwa 6 Milliarden Franken aufwies, weist bereits jetzt 24 Milliarden auf, und soeben ist die weitere Hinaufsetzung der Umlaufgrenze auf 27 Milliarden erfolgt. Kein Wunder, daß der englische Bankfachmann Sir Edward Holden, der kürzlich eine Revision der englischen Bankgesetzgebung empfahl, nicht etwa auf das befreundete Frankreich, sondern auf die Deutsche Reichsbank als Vorbild hinwies. Das ist zweifellos bezeichnend dafür, wie man im nüchternen London über Frankreich denkt. Man macht dort

Digitized by Google

kein Hehl daraus, daß die französische Finanzgebahrung nach jeder Hinsicht hin im höchsten Grade verdächtig ist.

Es braucht wohl nicht erwähnt zu werden, daß Frankreich ähnlich wie England seinen wertvollen Besitz an ausländischen Papieren, namentlich an amerikanischen, spanischen, schweizerischen, nordischen längst verkauft hat, um halbwegs seine ausländischen Bezüge zu finanzieren.

Alles in allem: das reiche Frankreich ist heute schon in der erschreckendsten Weise verarmt, verarmt nicht nur an Menschen, sondern auch an materiellen Gütern. Wie wird nun die Sache weitergehen, wenn man den Krieg zur Eroberung Elsaß-Lothringens weiterführt? Zweifellos muß dann an die Stelle der Verarmung eine völlige Verelendung treten. Die Gefahr, daß bei einer Durchführung der drohenden deutschen Offensive ein weiterer Teil des Landes verwüstet, daß die heute schon bedenkliche Verschuldung an das Ausland geradezu katastrophal wird, muß jeder klar sehende Mann in Frankreich erkennen. Wenn also trotzdem jene Handvoll Va banque-Spieler in Paris die Fortsetzung des Krieges verkündet, so wird es den Franzosen mit diesen bald ähnlich gehen wie dem Oberst Repington mit Lloyd George, über den er kürzlich wörtlich schrieb: „Jetzt wissen wir wenigstens, wen wir zu hängen haben, wenn die Sache schief geht."

Notizen

Russische Ländergier in Zahlen. Professor Brückner, Dorpat, hat vor Jahren den Zuwachs an Bodenfläche Rußlands vom Regierungsantritt Peters des Großen (1676) bis 1876 auf etwa 4400 qkm täglich errechnet; hat er auch seitdem an Geschwindigkeit allmählich abgenommen, so machte er doch noch bis zur Thronbesteigung Nikolais II. im Jahre 1894, in welchem Jahre Rußland 22,4 Millionen qkm umfaßte, noch täglich 438 qkm aus. Das ist bildlich ausgedrückt: „Rußland verschluckte alle sechs Monate ein Gebiet von der Größe Bayerns." Diese Zahlen sollten denjenigen zu denken geben, die Rußland unter allen Umständen territorial geschont wissen wollen. Ein ungeschwächtes Rußland würde aber bald wieder seinem Expansionsdrang die Zügel schießen lassen. Die Zeche würden wir zu bezahlen bekommen. Wenn erst nach dem Vorschlage General Kuropatkins Rußlands Bevölkerung auf 300 Millionen angewachsen sein wird, um Europa wie mit einem Heuschreckenschwarm überfluten zu können.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 15. März 1918 • Heft 11

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Balfours ungenügende Antwort auf Hertling hat Lansdowne und Runciman zu neuen Äußerungen veranlaßt. Inhaltlich wird freilich die mühsame Aussprache über den Kanal hinweg durch die Meinungen dieser „distinguierten Privatleute" auch nicht sehr gefördert, denn sie wissen sich nicht völlig frei von dem Abc des alten Entente-Wörterbuches und sprechen nicht so offen über Elsaß-Lothringen, über Triest und Südtirol, über den Orient und Afrika, wie wir es erwarten müssen, wenn wir uns von dem Verfahren dieser Form der öffentlichen Verhandlungen über den Frieden etwas versprechen sollen! Sie bekennen sich jetzt und erneut zu den Vorzügen des „runden Tisches". Das ist ein technischer Fortschritt — aber indem wir das feststellen, versäumen wir nicht, uns dessen ganz klar bewußt zu sein, daß dies alles im Augenblick nur ganz akademischen Charakter hat. Lloyd George will noch einen Frühling, einen Sommer des Blutes und der Toten. In England murrt man über ihn, weil er Robertson, weil er Jellicon wegschickt, weil er in falscher Schiffsbauprophetie Tolles geleistet hat. Aber seine Gegner bleiben noch im Deklamieren stecken.

*

Die Franzosen haben, wohl auf dem Umweg über Washington, den früheren Schlüssel der amtlichen deutschen Depeschen erhalten. Das ist für uns ein einigermaßen peinlicher Zustand. Seine erste Wirkung war die Entzifferung des Bethmannschen Telegramms vom 31. Juli 1914 an den Botschafter v. Schoen. Pichon hat es triumphierend mitgeteilt. Die durch Generaloberst v. Moltke geforderte Besetzung von Toul und Verdun im Falle einer französischen Neutralitätserklärung hat für den geschichtlichen Ablauf keine Rolle gespielt, denn ihre Voraussetzung fiel weg. Sie war sachlich eine gebotene militärische Vorsichtsmaßnahme gewesen. Aber da selbstverständlich ist, daß sie von Paris nicht angenommen würde, nicht angenommen werden konnte, war sie diplomatisch falsch formuliert. Das zu beschönigen wäre zwecklos. Es hätte genügt, den Franzosen zu sagen, daß jede Maßnahme der Mobilisierung Krieg be-

Digitized by Google

deuten würde. Der Sinn der Bekanntgabe ist die moralische Stärkung Frankreichs vor dem schweren Waffengang, der an der Westfront kommen wird.

*

Die schwedische Presse hat sich anfänglich bei der Nachricht über die Besetzung der Aalandsinseln als Stützpunkt für unsere Befreiungsexpedition nach Finnland mächtig aufgeregt. Da diese Inselgruppe staatsrechtlich zu Finnland gehört und dieser Staat uns selbst um Hilfe gebeten hat, ist die Grundlage zur schwedischen Erregung nicht recht begründet. Trotzdem hat sich die schwedische Regierung zu einem Protest gegen Deutschland gedrungen gefühlt, dessen sachliche Berechtigung freilich selbst in der schwedischen Presse auf Bedenken stößt. Der Wunsch, ohne selbst gesät zu haben, ernten zu wollen, hat in der großen Politik niemals dauernden Erfolg gebracht. War schon die Nichtbeteiligung Schwedens am Kriege nach Ansicht bedeutender Schweden, wie Sven Hedin, ein Fehler, so dürfte die Nichtberücksichtigung der finnländischen Hilferufe für den schwedischen Staat verhängnisvoll werden. Wenn auch Deutschlands Absichten nicht auf die Aalandsinseln zielen, so wird Finnland die kalte Schulter, die Schweden ihm in seiner Not gezeigt, nicht so bald vergessen. Jedenfalls aber hat Schweden die Gelegenheit versäumt, die Aalandsinseln moralisch zu erwerben.

*

„Auf ewig ungeteilt" hieß die Losung mit der vor zwei Menschenaltern Schleswig-Holstein in den Kampf um ihren Anschluß an Deutschland gingen. Das muß jetzt auch für die baltischen Provinzen gelten, über deren Befreiung Kaiser Wilhelm so warm empfundene Worte gesprochen hat. Die Berichte aus Est- und Livland zeigen, wie notwendig unser Vormarsch in die baltischen Provinzen war. Galt es doch gleichermaßen, an Deutsch-Balten, Letten und Esten ein Befreiungswerk vor maximalistischem Wüten zu vollziehen, wie wir es jetzt auch in Finnland entschlossen sind, durchzuführen, nachdem Schweden nichts wie Worte für Finnlands Not gefunden hatte.

*

Das österreichische Budgetprovisorium ist angenommen, weil die Polen einen Ausweg fanden, nämlich den zur Saaltüre, und die Sozialdemokraten Wiens zeigten, daß ihnen das Parlament doch wertvoller als der Paragraph 14. Der Staat ist also wieder von der Sandbank losgekommen. Der Kurs hängt jetzt völlig an Czernin, in dessen Abwesenheit nur mit halben Zusicherungen gearbeitet werden kann. Czernin denkt, daß er aus Bukarest soviel Friedensballast mit heimbringen mag, daß das Schlingern des Schiffes aufhören wird. Er hat jetzt die ernste Probe seiner Staatskunst am inneren Österreich zu bewähren. Das ist heute fast eine größere Aufgabe, als den Sieg der Waffen im Frieden zu bestätigen. Sie ist ihm dadurch erleichtert, daß der Polenklub auseinandergebrochen ist.

*

Digitized by Google

Die preußischen Polendebatten, als Auswirkung des Friedens mit der Ukraine, kommen nicht gerade überraschend, aber sie sind in ihrer Heftigkeit im Augenblick höchst unerwünscht. Hakatisten und radikale Polen ringen in bösen Worten miteinander um den Vorrang, die nationale Kluft im deutschen Osten wieder ganz breit auseinanderzureißen — keiner der Scharfmacher denkt daran, daß Zehntausende preußischer Polen für das Deutsche Reich im Kampf stehen und den Blutzoll geben, keiner der Männer aus Korfantys Gefolgschaft will sich dessen erinnern, daß die Hingabe und Tapferkeit deutscher Soldaten überhaupt erst die Frage einer Erneuerung der polnischen Kultur und Staatlichkeit in dem Gebiet des alten Zarenreichs gestellt hat. Aus vaterländischen Gründen halten wir eine Änderung des vielfach dilettierenden Polenkurses unter Bülow für notwendig; aber es bedarf keiner breiten Worte, daß die Polen selber mit ihrer Taktik die pflegliche Entwicklung ihrer eigenen Zukunft geradezu leichtfertig in Frage stellen. Die neue Warschauer provisorische Regierung scheint übrigens aus der reinen Verneinung herauskommen zu wollen; sie hat sich zum Wege der Verständigung mit der Ukraine entschlossen.

*

Wollen die preußischen Konservativen ihre Wahlrechtstaktik ändern? Im Zentrum rechnet man damit, daß sie alle von dieser Partei geplanten „Sicherungen" niederstimmen werden, um ihr dann die Annahme des gleichen Wahlrechts zu verekeln. Ebenso sollen sie alle Stützen, mit denen vielleicht noch die nationalliberale Fraktion sich dem verpönten Prinzip nähern könnte, wegschlagen wollen, um eine möglichst radikale Prägung des Gesetzes zu erreichen. Sie hoffen dann auf die verzichtende Unlust der Paten. Ein keckes, wenn auch nicht großes Spiel, und eine gefährliche Sache. Denn dann geht die Lawine reißend zu Tale.

Der osteuropäische Frieden

Von Dr. Paul Rohrbach

In diesen Tagen erhielt ich von einer hervorragenden wissenschaftlichen Persönlichkeit ein Schreiben über die damals vorauszusehenden und jetzt verwirklichten Resultate des Friedensschlusses mit den maximalistischen Machthabern in St. Petersburg, das mit den Worten schloß: „Alles in allem wird das Ergebnis groß und erhebend sein, und dann, wenn alles gesichert ist, bleibt nur noch die Frage übrig: ‚Wo stellen wir das Denkmal für Trotzki auf?'" In der Tat, russische Verblendung ist es gewesen, durch die sich im entscheidenden Augenblick die Dinge so gewandt haben. Das gilt nicht nur für den ersten Verhandlungstermin in Brest, sondern auch für die Versuche, die zur Zeit Stürmers, Protopopows und Kerenskis von uns gemacht wurden, um zum Sonderfrieden mit Rußland zu gelangen. Die Russen selbst haben uns vor dem verfrühten Abschluß eines Friedens, bevor die osteuropäischen Verhältnisse im ganzen die erwünschte Gestalt gewonnen hatten, bewahrt. Indes das ist doch nur die eine

Digitized by Google

Betrachtungsweise gegenüber den Ereignissen, und es ist nicht die eigentlich entscheidende. Wir dürfen hier das Wort Moltkes anwenden: Glück hat auf die Dauer nur der Tüchtige! Sicher war es ein wiederholter Glücksfall für uns, daß wir bei den russischen Machthabern mit unsern Bemühungen um den Frieden auf keinen Friedenswillen stießen. Wäre er auf russischer Seite vorhanden gewesen, so wären wir unsererseits jedesmal bereit gewesen, einem Frieden zuzustimmen, der Rußland als Ganzes bestehen ließ und die Umwandlung des Begriffes „Rußland" die den Begriff „Osteuropa" wieder verhinderte. Die osteuropäische Krisis wäre darum eines Tages doch gekommen, aber ihr befreiendes Ergebnis hätte sich nicht unmittelbar an die Großtaten unserer Waffen geknüpft, und wäre nicht der höchste sittliche Ruhmestitel des deutschen Volkes seit vielen Jahrhunderten geworden. Daß aber die russische Torheit und Halsstarrigkeit diese Folgen hat haben können, war doch nur möglich, weil die ungeheure Leistung deutscher Waffentüchtigkeit, das heißt deutscher Volkskraft, vorhergegangen war, wodurch die ganze vom Zarismus aufgebaute russische Wehrkraft samt dem Zarentum selber zertrümmert wurde.

Man erlebt nicht alle Tage den Sturz eines Weltreiches. Was mit Rußland geschehen ist, läßt sich in der Tat nur vergleichen mit dem Untergang des Römischen Reiches. Was aber dort mehr als ein halbes Jahrhundert dauerte, das drängte sich hier in schwindelnd schneller Folge in dem Raum weniger Monate zusammen. Die moderne Weltgeschichte schreitet schneller als die alte. Noch ein anderer Vergleich zwischen dem Ende Roms und dem Ende Rußlands ist lehrreich. Wo Rom geherrscht hatte, da hinterließ es die Spuren seiner geistig-politischen Kulturkraft in der Gestalt romanisierter Völker und in der Gestalt der römischen Weltkirche, die gleich weit über die alte Grenze des Römerreiches hinausgriff. Wo das moskowitische Großrussentum geherrscht hat, da zeigt sich, daß von ihm überhaupt keine geistig nationalen Wirkungen ausgegangen sind, weder auf die angegliederte Ukraine, noch auf Finnland, Polen, Litauen oder das baltische Land. Sie wurden alle vergewaltigt, ihr Volkstum und ihre Eigenkultur wurde mit brutalen Mitteln zerstampft, aber von russischem Staatsgefühl, von russischem Kulturbewußtsein, von irgendwelchen positiven, mit der russischen Periode zusammenhängenden Kräften ist nichts in ihnen vorhanden. Sie sind von dem ursprünglichen moskowitischen Kerne Rußlands, an den sie mit Gewalt angefügt worden waren, wieder abgefallen, wie schlecht angeleimte Stücke einer Tafel, die äußerlich durch Klammern zusammengehalten wurde. Das ist der Unterschied von schöpferischer Kulturkraft und barbarischer Gewalt. Wem fiele dabei nicht das Wort Turgenjews ein auf der Weltausstellung in Paris gegenüber dem Aufbau all dessen, was die abendländische Kultur und Zivilisation in Wissenschaft, Kunst und Technik zu leisten fähig war: Was von alle dem würde nun fehlen, wenn es nie ein Rußland gegeben hätte? Die Bastschuhe, der Samowar und die Knute, und die beiden letzten haben wir uns auch von den Tartaren geholt!

Digitized by Google

Aber, so hört man, es ist doch leicht möglich, ja wahrscheinlich, daß die jetzt getrennten Teile des gewesenen Rußland sich wieder zusammenfinden, mindestens Großrußland und die Ukraine! Da sei es doch gefährlich, den Sieg jetzt zur „Vergewaltigung" Rußlands oder Großrußlands auszunutzen, denn die Russen würden sich wieder erholen und würden dann auf Tod und Leben zur Wiedererlangung der ihnen genommenen Gebiete, vor allen Dingen der Ostseeküste, kämpfen. Wie sehr verkennt doch diese Meinung das wirkliche Russentum und den neuen Stand der Dinge in Osteuropa! Es hat viele Legenden über Rußland gegeben, die in aller Welt, am meisten in Deutschland, geglaubt wurden. Die eine Legende war die von der inneren Geschlossenheit Rußlands. Eine zweite war die von der vermeintlichen Zarentreue und Kirchentreue des russischen Bauern. Eine dritte war die von dem angeblich nicht vorhandenen tiefen Interessengegensatz zwischen Rußland und Deutschland. Eine vierte war und ist noch heute die von den unerschöpflichen natürlichen Reichtümern Rußlands. Sie hängt zusammen mit der Vorstellung, Rußland, ja selbst Großrußland, bleibe auch nach der jetzt erlittenen Niederlage ein Gebiet, das stark und entwicklungsfähig sei und bald wieder zu Kräften kommen werde. Wer das glaubt, der kennt nicht Rußland. Rußland im ganzen genommen war schon vor dem Weltkriege eher ein armes als ein reiches Land, das heißt: auf den gewaltigen Flächenraum und die große Einwohnerzahl des Reiches verteilt, ergaben seine Naturschätze nur einen mäßigen Wert. Dabei ist entscheidend, daß sie keineswegs über den ganzen Boden des einstigen Reichs gleichmäßig verteilt liegen, sondern sich nach Süden hin, auf dem Gebiet der Ukraine, zusammendrängen. Die Ukraine ist allerdings ein reiches Land. Sie hat das meiste von dem fruchtbaren Lößboden, der sogenannten Schwarzen Erde, sie hat die meisten und besten Kohlen, die besten Eisenerze, sie hat Mangan und Phosphorit, sie hat fast das ganze russische Zucker- und Tabakland, große Ströme und Häfen am Meere. Auch Polen hat Naturschätze, Kohle und Eisen, Wald, Ackerland, und dazu eine dichte Bevölkerung. Litauen und das baltische Gebiet sind waldreich und größtenteils fruchtbar, sie sind reich an Flachsbaugebieten und können landwirtschaftlich noch glänzend entwickelt werden. Auch steht die Bevölkerung, namentlich was die baltischen Deutschen, die Letten und die Esten angeht, kulturell hoch. Finnland ist von alters her ein ganz westeuropäisches Kulturgebiet mit unerschöpflichen Holzvorräten, reichen Wasserkräften, wahrscheinlich auch reich an Eisenerzen, schönen Häfen, und einem Volk, das nach seiner Durchschnittsbildung mit an die Spitze der europäischen Nationen gehört.

Was aber hat denn Großrußland? Ein Volk, das für jede organisatorische Kulturleistung unfähig ist, das seine bisherige Machtpolitik nur mit Hilfe einer fremden Dynastie und fremder Hilfskräfte in der Verwaltung, im Verkehr, im Geschäft, in der Wissenschaft, in der Industrie und auf jedem anderen Gebiet hat betreiben können. Wenn Großrußland die Deutschen, die Polen und die Juden los ist, dann ist es

Digitized by Google

überhaupt zu nichts mehr fähig. An der Schwarzen Erde hat Großrußland mit Sibirien nur den geringeren Anteil. Seine Ackerfläche liegt zum größten Teil auf eiszeitlichem Schuttboden und könnte nur durch eine hochentwickelte und kostspielige landwirtschaftliche Technik ergiebig gemacht werden. Großrußland hat zu dem bisherigen russischen Getreideexport so gut wie nichts beigetragen, namentlich nicht mehr, seitdem in seinen Industriegebieten die Volksdichte und der Brotbedarf zunahmen. Es wird auch in Zukunft kein Getreide zu exportieren haben. Großrußland hat wenige, kleine und mangelhafte Kohlenvorkommen. Es hat Eisenerzlager nur im Ural, aber die leiden darunter, daß es in der Nähe keine Kohle zum Verhütten gibt. Die Goldlager im Ural sind in der Erschöpfung begriffen, das Platin und die Halbedelsteine spielen volkswirtschaftlich keine Rolle. Sibirien (falls es bei Großrußland bleibt) hat im Süden ziemlich große Strecken guten Ackerlandes, auch schwarze Erde. Die einst so berühmten Bergwerke des Altaigebirges sind stark ausgebeutet; die Goldseifen in der Nähe des Baikal im oberen Lenagebiet geben noch Erträge, liefern aber doch keinen erheblichen Prozentsatz der Weltausbeute, können auch wegen der Kälte nur einige Monate im Jahr bearbeitet werden, und außerdem wird Japan sie vielleicht für sich nehmen. Wald gibt es im europäischen Rußland und in Sibirien massenhaft. In Sibirien ist er fast unverwertbar, wegen der Schwierigkeiten des Holztransportes, und auch in Nordrußland ist es aus klimatischen und aus anderen Gründen nicht leicht, das gefällte Holz auf den Markt zu bringen. Immerhin stellen die nordrussischen Wälder einen bedeutenden Wert dar.

Nimmt man alles zusammen, so zeigt sich, daß der zukünftige russische Reststaat Großrußland ein wirtschaftlich schwaches Gebilde sein wird. Die Werte, die beim Ausbruch der Revolution vorhanden waren, sind heute radikal verwüstet und die vorhandenen Überbleibsel werden weiter verwüstet werden, wenn der russische Bürgerkrieg fortdauert. Er ist noch lange nicht zu Ende, sondern steht in Großrußland erst im Beginn. An Exportwerten wird das Hauptaktivum, mit dem das frühere Gesamtrußland auf dem Weltmarkte auftreten konnte, die Getreideausfuhr, fast ganz ausfallen. Vielleicht, daß Sibirien noch etwas Getreide wird liefern können, aber viel wird es nicht sein. Die Butter- und Eierausfuhr wird bleiben. Von der Holzausfuhr wird in Wegfall kommen, was bisher die litauischen, polnischen und baltischen Wälder lieferten; ebenso steht es mit der Flachsausfuhr, die bisher größtenteils auf das baltische Gebiet entfiel. Auch die großrussische Industrie wird zurückgehen. Im Petersburger Bezirk kann sie sich mit Hilfe englischer Kohle halten, im Moskauer Bezirk wird sie von ukrainischer Kohle abhängig sein. Die Vorstellung, daß Großrußland zukünftig mit Gewalt werde gegen die Ukraine vorgehen können, um sich die dortigen „Ergänzungen" seines Wirtschaftslebens wiederzuholen, ist darum irrig, weil dazu die großrussischen Kräfte nicht entfernt ausreichen werden. Großrußland wird zwar ein bedeutendes Gebiet umfassen und mit Sibirien 100 Millionen zählen (ob

Digitized by Google

der Kaukasus und Turkestan bei ihm bleiben, ist zweifelhaft), aber es wird ein wirtschaftlich, politisch und militärisch schwacher Staat sein, mit entsprechend schwachem Auslandskredit und unerheblicher Rüstungskraft, eine ganz und gar ungefährliche Größe. Wer da meint, daß von dort noch große Anstrengungen würden ausgehen können, um die verlorene Stellung, die Ostseeküste, die Ukraine, Finnland usw. wieder zu unterwerfen, verkennt ganz und gar, daß mit der Abtrennung dieser Randgebiete die großrussischen Kräfte wieder auf ihr eigenes bescheidenes Maß angewiesen sind. Dazu kommt, daß in Großrußland die Auseinandersetzung zwischen den „rechtgläubigen" Agrarsozialisten unter Tschernow und dem privatbesitzlichen Bauerntum bevorsteht. Mit diesem letzten werden sich vermutlich auch alle anderen Kräfte verbinden, denen daran gelegen ist, sich selbst und das Land soweit wie möglich noch aus dem erlittenen wirtschaftlichen und politischen Schiffbruch wieder hinauszuretten. Tschernow und seine Leute sind Anhänger der alten primitiven Mir-Wirtschaft, bei der das Ackerland Eigentum der Gemeinde ist, entsprechend bewirtschaftet und immer nach einigen Jahren neu umgeteilt wird. In dies System wollen sie auch den neuen großen Landfonds hineinziehen, der aus den Ländereien des gewaltsam enteigneten Großgrundbesitzes, aus den Staats- und den Kirchen-Gütern besteht oder vielmehr bestehen soll, denn in Wirklichkeit ist dieser Landfonds gar nicht mehr zur Verfügung der Regierungsgewalt, sondern die Bauern haben sich längst seiner bemächtigt. Sie haben ihn unter sich verteilt und stehen mit Mehrladern und Maschinengewehren bereit, ihn zu verteidigen. Vor allen Dingen sind das diejenigen Bauern, die durch die Stolypinsche Landreform bereits Eigenbesitz haben oder sich entschlossen haben, unter dem Einfluß der gegenwärtigen Verhältnisse zum Eigenbesitz überzugehen. Die Strömung dahin scheint durch den Krieg in Rußland verstärkt zu sein. Militärgewehre sind in Rußland jetzt zu Hunderttausenden herrenlos und ohne weiteres zu erhalten; Maschinengewehre mit Patronen konnte man zuletzt von den Maschinengewehr-Abteilungen zu 3 Rubel das Stück kaufen. Feldgeschütze mit Munition kosteten 25 Rubel. Die Bauern auf dem flachen Lande sind also zum größten Teil schwer bewaffnet und viele von ihnen sind gediente Leu e. Die Eigenbesitzer denken nicht daran, ihren Landraub herauszugeben, und mit ihnen können sich die einstigen Kadetten, Oktobristen und Rechten verbünden unter der gemeinsamen Parole: Wiederherstellung des Privatbesitzes! Gegenwärtig sind alle früheren bürgerlichen Parteien mit untergeschlüpft unter der Bezeichnung „Sozialrevolutionäre". Diese bilden jetzt die Rechte; was sich nicht mindestens Sozialrevolutionäre nennt, hat heute überhaupt keinen Anspruch, dem Totgeschlagenwerden zu entgehen. Man kann sich denken, welche Aussichten aus alledem sich für Großrußland ergeben.

An der Auflösung Rußlands ist also nicht mehr zu mehr zu zweifeln, und sie bildet eine merkwürdige Erfüllung jenes Programms aus den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts, das die sogenannte Bethmann Hollwegsche Partei aufgestellt hatte:

Digitized by Google

Preußen als Vorkämpfer Europas möge die Zerteilung Rußlands in seine Bestandteile als politisches Ziel verfolgen, da sonst die Russen, wenn sie vereinigt blieben, das Übergewicht in Europa erhalten müßten. Bismarck erklärte das für eine Utopie und sagte, es sei unmöglich, „den Körper von 60 Millionen Großrussen in der europäischen Zukunft als ein caput mortuum zu behandeln, das man nach Belieben mißhandeln könne, ohne daraus einen sicheren Bundesgenossen jedes zukünftigen Feindes von Preußen zu machen". Das war für die Bismarcksche Zeit verständlich gedacht. Wunderlicherweise graben unsere heutigen Rußlandfreunde dies Bismarck-Zitat aus, um damit ihre Behauptung zu begründen, wir hätten Rußland beim Friedensschluß im allerweitesten Umfange schonen sollen. Bismarck hat unter anderen Voraussetzungen auch Konstantinopel an Rußland geben wollen; er hat sogar gesagt, Bulgarien sei uns Hekuba und der ganze Balkan nicht die Knochen eines pommerschen Musketiers wert. Er hat aber doch im entscheidenden Augenblick sich gegen das deutsch-russische und für das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis entschieden. Er hat die Gefahr der russischen Feindschaft gegen Deutschland nach ihrer vollen Schwere eingeschätzt, und er hat vor allen Dingen sein politisches Gedankensystem damals aufgebaut, als der scharfe Gegensatz zwischen Deutschland und England auf der einen, Deutschland und Rußland auf der anderen Seite sich noch nicht bis zu der unvermeidlichen Einkreisung Deutschlands durch seine starken und feindlichen Nachbarn zu Lande und zu Wasser entwickelt hatte. Als wir in den Weltkrieg gingen, waren wir in ein doppeltes Gefängnis eingeschlossen, zu Lande durch unsere Lage in der Mitte zwischen Frankreich und Rußland samt dem italienischen Druck auf Österreich-Ungarn, und zur See durch die von England ausgeübte Nordseesperre. Jetzt ist die Einschließung zu Lande durchbrochen, die Gefängnismauer im Osten gesprengt und auf immer niedergelegt, und es bleibt nun noch die Aufgabe im Westen.

Für alle Zukunft bildet die Schwäche des Großrussentums die stärkste Garantie des osteuropäischen Friedens. Es ist ein Irrtum, als ob wir fortan mit den Schwierigkeiten der Aufgabe belastet wären, die neuen osteuropäischen Staaten auf dem Boden des einstigen Rußland gegen großrussische Wiederherstellungsgelüste zu verteidigen. Die Zeit, wo von Rußland die europäische Gefahr ausging, ist vorüber. Die Kraft Deutschlands hat ihr ein Ende gemacht; fortan wird Deutschland nach Osten hin rückenfrei dastehen. Das ist ein weltgeschichtliches Ergebnis und eine Wandlung in den tiefsten Grundlagen unseres nationalen Daseins von einer Größe, die man sich staunend und dankbar immer von neuem vor Augen halten muß, und die man gerade darum, weil sie so unsagbar groß ist, so langsam begreift. Alle auf dem bisher russischen Boden entstandenen Staaten sind lebensfähig. Die Ukraine ist es, Finnland ist es, Litauen ist es, das baltische Gebiet, falls es so organisiert wird, ist es auch. Auch Polen ist es oder kann es werden, wenn ihm die richtigen Grenzen gezogen werden. All diese Gebilde werden aufrecht dastehen, werden von

Digitized by Google

Großrußland nichts, gar nichts mehr zu befürchten haben, und sie werden durch ihre Lage und durch ihren wirtschaftlichen Eigencharakter darauf hingewiesen sein, nahe und freundschaftliche Beziehungen zu dem mitteleuropäischen Wirtschafts- und Kulturgebiet zu pflegen. Ein schöner blühender und dauernder Friedenszustand im ganzen Osten unseres Erdteils wird sich daraus ergeben. Nun bleibt noch die Aufgabe übrig, den gewonnenen osteuropäischen Frieden zum Weltfrieden zu erweitern. Wir müssen und wir wollen das unsrige dazu tun, um durch unser tatsächliches Verhalten auch dem kommenden großen Frieden eine Gasse zu öffnen. Handeln wir so, und wollen dann die Feinde um ihrer Eroberungsziele willen, um unserer Vernichtung willen, das Blutvergießen fortsetzen — dann die Folgen auf ihr Haupt!

Der westasiatische Weg

Von Dr. Ernst Jäckh

Man kann sagen: Der westeuropäische Friede bestätigt und befestigt den westasiatischen Weg Deutschlands — durch die beiden Tatsachen der Ausdehnung der Türkei und der Eingliederung Rumäniens. Sehen wir zu:

Die Türkei steht Rußland siegreich gegenüber; sie geht aus diesem russisch-türkischen Krieg mit einem Gewinn hervor, wie noch nie in der mehr als zweihundertjährigen Regelmäßigkeit der russisch-türkischen Kriege, die sich in jeder Generation wiederholt haben: jedesmal mit dem Zielpunkt Konstantinopel, jedesmal mit dem Ergebnis eines kleineren oder größeren Schrittes der Annäherung an dieses Kriegsziel, das letzte Mal (1877/78) sogar bis in die Vorstadt San Stefano. In diesem Weltkrieg aber hat die Türkei gegenüber Rußland zum erstenmal nicht nur ihren Bestand völlig gewahrt (also das im Krieg verlorene Erserum und Trapezunt im Friedensschluß wieder erhalten), nicht nur ihre Selbständigkeit endlich gesichert (durch die russische Anerkennung der Abschaffung der vierhundertjährigen „Kapitulationen", deren System von Knebelung die Türkei so eisenbahnlos zu bleiben zwang, daß Erserum wie Bagdad und Jerusalem an den eisenbahnmächtigeren Feind verloren gehen mußten), sondern sie hat sogar Landgewinn dazu geholt: das im russisch-türkischen Krieg 1877/78 der Türkei abgenommene Gebiet von Batum und Kars. So tritt die Türkei mit ihrem türkischen Teil vergrößert und gestärkt in den Frieden ein; sie erhält so den Lohn für ihre kühne und erfolgreiche Sperrung der Dardanellendurchfahrt, ohne die der deutsche Sieg im Osten nie Rußland völlig hätte niederwerfen und auflösen können. Gewiß: die westasiatischen Gebiete von Batum und Kars sind durch die osteuropäischen Entscheidungen von Tannenberg und Gorlice gewonnen worden; aber diese selbst sind mit ihren weiteren Wirkungen nur durch die Absperrung Rußlands von der Munitionszufuhr durch die Dardanellen möglich geworden. So hat zusammengespielt, was russische Revanchestimmung nach

Digitized by Google

dem Berliner Kongreß 1878 Deutschland mit der Zusammenfassung angedroht hat: daß der nächste russische Marsch nach Konstantinopel durch das Brandenburger Tor angetreten werden müsse! Die Wirkung war aber jetzt eine umgekehrte, die entgegengesetzte. So wie sie Bismarck selbst auch schon 1880 errechnet und erwartet hatte, wenn er dem damaligen deutschen Kronprinzen die Notwendigkeit einer deutschen Militärmission für Konstantinopel also begründete: „Wenn in Rußland der Chauvinismus, Panslawismus und die antideutschen Elemente uns angreifen wollten, so wäre die Haltung und die Wehrhaftigkeit der Türkei für uns nicht gleichgültig; gefährlich könnte sie uns niemals werden, wohl aber könnten unter Umständen ihre Feinde auch unsere werden." Das hat sich jetzt erfüllt und bewährt, für Deutschland wie für die Türkei, im Krieg wie für den Frieden.

Dieser große Erfolg rechtfertigt heute schon die Politik der jungtürkischen Staatsmänner Enver, Talaat und Djemal vor ihrem Volk: sie haben in dieser Dreiheit im Herbst 1914 in klarer Einsicht in die weltpolitischen Zusammenhänge und in kühner Entschlossenheit aus eigenem, freiem Willen die Entscheidung getroffen, die nunmehr der Türkei gegen Rußland Bestand, Selbständigkeit und einen Gewinn gebracht hat, der über die Türkei hinaus weiter sich verziehen wird. Schon die wiedergewonnenen Gebiete von Batum und Kars sind vorwiegend türkisch bevölkert; das Gleiche gilt für die weiteren Nachbargebiete — sowohl zum Kaukasus hinauf und nach Persien hinüber. Bereits hat die russische Niederlage auch die Folge der Selbständigkeitserklärung des Kaukasus gehabt, in der Form eines mohammedanischen Kaukasien und eines christlichen Georgien, die gemeinsam ein föderatives Transkaukasien bilden wollen. Dieser neue Staat hat die Türkei ersucht, Unterhändler nach Tiflis zu senden zur Vereinbarung eines politischen und wirtschaftlichen Freundschaftsverhältnisses mit der Türkei; ebenso ist eine Anlehnung an die Mittelmächte geplant. So würde die Reihe der Randvölker, die Deutschland und den Vierbund vom russischen Moskowien trennen und sich zu „Mitteleuropa" bekennen, sich nicht nur von Finnland bis zur Ukraine erstrecken, sondern sich über Kaukasien nach Mittelasien fortsetzen. Die breite Brücke, die bisher Rußland nach Persien und zum Persischen Golf führte, verschließt sich dem russischen Einfluß: nur die Armenier kämpfen dort als russische Söldner noch einen Bandenkampf...

Schließlich zeigt im Friedensvertrag auch der Hinweis auf die durch Deutschland geforderte „Unabhängigkeit von Persien und Afghanistan" die Möglichkeit nach weiterer Auswirkung des türkischen Sieges und Ansehens in die benachbarte und befreundete mohammedanische Welt Mittelasiens hinein. In den Dezemberfassungen war nur von Persien die Rede, jetzt in den Märzverträgen auch von Afghanistan. Wer die Kriegsreiseerlebnisse des jungen Diplomaten von Gentig (von der Türkei durch Persien und Afghanistan nach China und Japan) kennt, der weiß, welche Gesinnung dort auf Konstantinopel und auf Berlin rechnet. So ist es auch zu verstehen, daß das englische Orientorgan „The Near East" sich schon solche Sorgen macht:

Digitized by Google

Chaos oder Unterdrückung in Rußland werden die Tataren des Kaukaſus veranlaſſen, ſich an ihre osmaniſchen Nachbarn zu wenden. So lange das ruſſiſche Reich intakt war, gab es wenig Ausſicht, daß der türkiſche Nationalismus in Zentralaſien vorwärts käme. Jedoch haben die ſeparatiſtiſchen Tendenzen, die niemals völlig ausgerottet waren, durch Rußlands häusliche Wirrniſſe einen plötzlichen Machtzuwachs empfangen. Die geſamte Bevölkerung iſt türkiſch und gehört zu der Sunnitenſekte des Islams. Wenn Rußland ſeine Hand von dieſem Gebiete aufhebt, ſo kann damit gerechnet werden, daß die deutſch-osmaniſche Diplomatie es einem türkiſch-islamiſchen Staat einverleibt. Die Ausſichten in dieſer Richtung würden für Verluſte in Südmeſopotamien und Syrien völlig entſchädigen. Ein Berlin-Buchara-Projekt würde an Stelle des Berlin-Bagdad-Projektes treten und dies würde eine neue Anregung für Konſtantinopel ſein, ſeinen Frieden mit dem nichttürkiſchen Islam zu machen und die Treue der Araber zurückzugewinnen. Es bedarf geringer Phantaſie, um zu verſtehen, daß ein ſo gut umriſſener Staat unter der Leitung des jungtürkiſchen Komitees für Einheit und Fortſchritt, geſtützt durch Deutſchland, für den Frieden der Welt und für die britiſchen Intereſſen im beſonderen eine ſtändige Drohung darſtellen würde. Welche Schritte ſind nun zu unternehmen, um uns gegen eine ſolche Gefahr zu ſchützen? Sicherlich muß der Militarismus aus der Türkei ſo vollkommen ausgerottet werden, wie aus Deutſchland. In den Friedensbedingungen, die der türkiſchen Regierung gewährt werden, darf keine kurzſichtige Politik ſein, die den Türken die Hoffnung läßt, noch eine größere islamiſche Macht zu bleiben, imſtande, eine unabhängige Rolle in der internationalen Politik zu ſpielen. Wenn man ſich die innere Kraft der großturaniſchen Bewegung nicht richtig vergegenwärtigt, ſo mag Deutſchlands Ehrgeiz, das britiſche Reich im Oſten zu unterminieren, noch durch Umwege zu erreichen ſein.

Die Ausdehnung der Türkei geſchieht durch den ruſſiſchen Frieden in zweierlei Weiſe: durch Landzuwachs nach Kaukaſien hin und durch Anſehenzuwachs nach Mittelaſien hinein. Beides kommt auch dem deutſchen Bundesgenoſſen zugute, um ſo mehr als d… Deutſchlands zum Orient ſich geweitet hat: vom engen Balkan- weg aus …arien und Türkei) zur breiten Küſtenfahrt (durch Litauen und Ukraine …ch Kaukaſien und Mittelaſien). So muß auch das in dieſen ſich ſch… reis eingef… mänien ſich endlich eingliedern …nhang von… ropa und Vorderaſien.

…hang gehör… von Anfang an ganz naturgemäß — …r Landkart… politiſchen Zwang. (Vergl. „Deutſche …) Der Grün… iniens Größe, König Karl, hat es ſchon …gt (auf die … n er den Thron in Bukareſt beſtiegen daß es die … und geographiſche Aufgabe Deutſch- …u ſchreiten … e Völker, die an dieſem Wege liegen, …erden.“ … hnung und Geſinnung waren alle Be- …barunge… ig Karl und Bismarck angefüllt. Und …tere Ver… derlen-Wächter gegenüber ganz richtig …nem B… ſatz geerbt, Rumäniens Weg führe über feſte … aß alles, was Berlin rate und tue, zum …ns … ann doch nicht die geopolitiſche Geſet… … einen Irrweg gefunden hat, das deu…

das Bukarester Blatt „Adeverul“ am Tage vor der rumänischen Kriegserklärung an: „Wenn Deutschland vor Verdun und bei Riga gesiegt hätte und wenn die Österreicher nicht Galizien verloren hätten, hätten die Mittelmächte weiter auf die Mithilfe unseres Königs und seines ersten Ministers sich stützen können. Wenn die Deutschen z. B. in Beßarabien eingedrungen wären — so wie die Russen in die Bukowina —, dann wären wir nicht nur in einem geheimen, sondern in einem öffentlichen Bündnis gewesen, und unsre ganze Armee bis zum letzten Mann hätte an dem rechten Flügel der Armeen der Mittelmächte mitgewirkt.“ Nun ist es — auf späten Umwegen — so gekommen: vor Riga und in Beßarabien; und Rumänien muß sich eingliedern. Muß! Genau wie es auch der englische Politiker Garvin als Notwendigkeit vorausgesagt hat (vergl. „Deutsche Politik“, 28. Juli 1916): wenn der mitteleuropäisch-vorderasiatische Zusammenhang für Deutschland bestehen bleibe, so müßten ihm schließlich auch Rumänien und Griechenland sich anschließen, ja sogar Serbien, soweit es noch übrig bleibe; sie müßten sich so entscheiden! — Das wird auch für Griechenland sich noch so erfüllen, trotz Venizelos; und für Montenegro-Serbien, trotz Pasitsch.

„Rumäniens Weg führt über Berlin“ — diese frühe und frühere Einsicht von Bratianu bestätigt sich jetzt für Rumänien, etwas spät, aber auch fruchtbar für die Zukunft. So kann Rumänien auch Rußland gegenüber den Zustand vor 1878 wieder herstellen (genau wie die Türkei): durch die Wiederergreifung von Beßarabien, das Rußland ihm damals abgenommen hat zum Ausgleich der Dobrudscha. Das ist die eine Festlegung des neuen Rumänien: gegen Rußland. Die andere ist: für Mitteleuropa. Und zwar durch die Erfahrung harter und bleibender Tatsachen von zweierlei Art: solcher, die Rumänien für uns gefahrlos machen, und solcher, die Rumänien vorteilhaft werden. Das erste ist eine Grenzsicherung und Grenzstärkung für unsere Verbündeten Ungarn und Bulgarien, die beiden Nachbarn Rumäniens: also nördlich in den Karpathenpässen sowie nordwestlich an der Donau, und südlich der Donau entlang sowie südöstlich durch die Dobrudscha. So geht Rumänien aus den Karpathenpässen heraus und auch über die Donau zurück; weder Ungarn noch Bulgarien haben Rumänien mehr zu fürchten. Rumänien seinerseits hat aber kein Rußland und keine „Entente“ mehr zu fürchten: denn die Donau bleibt nicht mehr „international“ d. h. russisch-englisch-französisch kontrolliert und beherrscht (infolge der englisch-französischen Mitwirkung im Krimkrieg 1856), sondern sie wird „mitteleuropäisch“, d. h. vierbundmäßig-rumänisch-ukrainisch. Ähnliches gilt für den Eisenbahnverkehr: durch Rumänien hindurch; und auch für Rumänien auf der Bahnlinie Cernawoda—Konstanza, die wie auch der Hafen Konstanza eine gemeinsame „mitteleuropäische“ Angelegenheit wird. Auch die Petroleum- und Getreideverpflichtungen Rumäniens Mitteleuropa gegenüber befriedigen beiderseitige Interessen.

So wie die Donau frei wird von russisch-englisch-französischer Einmischung, so auch

Digitized by Google

das Schwarze Meer selbst: kein Rußland berührt mehr die Küste und beunruhigt im Dienste Englands und Frankreichs den Orient. Nur der Vierbund sitzt rings um das Schwarze Meer: am breitesten die Türkei, dann Bulgarien (beides Verbündete Deutschlands); weiter die Ukraine, dann Transkaukasien (beides Schutzbefohlene Deutschlands); und dazwischen schmal Rumänien (der bekehrte Genosse Deutschlands).

Der ukrainische Friede war der starke Hebel, durch den auch Rußland und Rumänien gefaßt und geschoben werden konnten und mußten. Die Donau und der Kaukasus, im Westen und im Osten des Schwarzen Meeres, vollenden je in ihrer Neugestaltung den osteuropäischen Frieden und befestigen den westasiatischen Weg Deutschlands.

Finnland

Von Prof. Philipp Stein

Unter den Reclambüchern ist ein dünnes Heftchen „Fähnrich Stahls Erzählungen" von Runeberg. Es ist das glänzendste Heldenlied eines Volkes, das das europäische Schrifttum kennt. So oft ich es lese, überkommt mich der Schmerz, daß uns für die Zeit der Kriege gegen Napoleon, für Deutschlands Niederlage und Deutschlands Sieg kein gleicher Dichter erstanden ist. Es ist das Lied von dem Todeskampf der Finnen im Krieg gegen Rußland 1809, und der es gesungen hat, ist ein Finne nach dem Land der Geburt, nach dem Blut der Abstammung ein Schwede, und ein Finnländer nach eigenem Willen. In schwedischer Sprache ist dieses Lied finnischen Heldenmutes geschrieben, schwedisch ist das Widmungsgedicht, das das finnländische Nationallied geworden ist, aber es verkündet den Willen und das Entstehen eines neuen Volkes, des finnländischen, das aus dem Zusammenfließen schwedischen und finnischen Blutes erwächst.

Wir wußten vor dem Krieg in Deutschland wenig oder nichts von Finnland und wissen heute nur wenig mehr von diesem Land, mit dem wir jetzt Frieden geschlossen haben und zu dessen Hilfe wir Truppen aussenden.

Wie wenig haben wir trotz unserer Nordlandreisen von Skandinavien gewußt! Wir haben nur die Küsten des Landes und des Wesens der skandinavischen Völker befahren; Finnland lag zudem weit abseits vom Wege der Vergnügungsreisenden. Finnland ist dem Umfang und der Volkszahl nach das zweite unter den vier oder, da die Isländer trotz ihrer 90000 Einwohner und ihrer staatlichen Zugehörigkeit zu Dänemark sich als selbständiges Volk fühlen, der fünf skandinavischen Völker. Im Umfang etwas größer als Preußen, der Einwohnerzahl nach mit jetzt rund $3^1/_4$ Millionen, einer preußischen Provinz vergleichbar, ist es in früheren Jahrhunderten schwedisches Kolonialland, seit 1809 ein Großfürstentum mit eigenen inneren staatlichen Rechten im russischen Reich gewesen.

Die finnländische Kultur ist schwedischen Ursprungs und Gepräges. Wie das finnische

Digitized by Google

Schwedisch der schwedischen Umgangssprache des 18. Jahrhunderts ähnelt, so hat in Recht, Sitte und Brauch Finnland die alten schwedischen Formen sicherer bewahrt als Schweden. Den Erfahrungssatz, daß Wasser verbindet, nicht trennt, belegen die Ostseestaaten. Vielfältig waren und sind die Handels- und Lebensbeziehungen zwischen ihnen, in Mundart und Anschauung, in Geschichte und sozialer Entwicklung weisen sie vielfach ähnliche Züge auf; eng ist namentlich die Verwandtschaft und Ähnlichkeit der geschichtlichen Entwicklung zwischen Finnland und den baltischen Gebieten. In beiden lag die Herrschaft in Kultur, Staat und Wirtschaft in den Händen einer landfremden dünnen Oberschicht, dort der Schweden, hier der Deutschen; aber beide waren nicht bloß die Herren, sondern auch die Erzieher der landgeborenen Einwohner, erweckten sie zu völkischem Selbstbewußtsein. Gleich den deutschen Lehrern und Pfarrern in den baltischen Provinzen schufen an dem andern Ufer des Finnischen Meerbusens die jungen Gelehrten und Dichter schwedischen Blutes ein finnisches Volksbewußtsein, faßten sie die Quellen der finnischen Sprache. In der Abgeschlossenheit und der Selbständigkeit eines eigenen staatlichen Daseins erwuchs aber in Finnland trotz der politischen Kämpfe, trotz der gesellschaftlichen und kulturlichen Unterschiede zwischen den finnischen Schweden, den Swekomanen, und den eingeborenen Finnen ein einheitliches, alle Parteien und Klassen umfassendes Volks- und Staatsbewußtsein. In dem „Finnländer", welche Bezeichnung sich seit einigen Jahren durchgesetzt hat, ist der Finne und der finnländische Schwede aufgegangen.

Finnland ist, auch während seiner Zugehörigkeit zu Rußland, das Grenzland Westeuropas gegen Rußland geblieben und hat zäh und tapfer seine Eigenart behauptet. Die führende Oberschicht hat im Bewußtsein ihrer Vorpostenstellung westeuropäische Kultur und Gesittung gehütet und bewahrt. Wie in ihr deutsche Familien zahlreich vertreten waren, so führten vielfältige Wege geistiger Anteilnahme von Finnland und seiner Hochschule Helsingfors nach Deutschland, enger knüpften sich die Fäden des Handels und der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Helsingfors und Wiborg, Tammerfors, Hangö und Abo und den deutschen Ostseehäfen, bis hinüber nach Hamburg.

Die Einfuhr Finnlands nach Deutschland stieg von 1910 bis 1913 von 26 Millionen Mark Wert auf 45 Millionen, an erster Stelle standen Holz und Holzerzeugnisse, ihnen folgte Butter. Deutschlands Ausfuhr nach Finnland betrug 1913 97 Millionen Mark gegen 74 Millionen 1910. Deutschland nahm neben Rußland den ersten Platz in Finnlands Außenhandel ein, stand in der Einfuhr allen anderen Ländern, auch Rußland, weit voran. Wir lieferten Industrieerzeugnisse aller Art, daneben Mehl, denn Finnlands Getreidebau vermag nicht die Bevölkerung zu ernähren, dagegen ist die Viehzucht in aufblühender Entwicklung. Finnlands Industrie beruht auf Wald und Wasser; zu den gewaltigen Kraftquellen der finnischen Stromschnellen treten für die Zukunft die ausgedehnten Torfmoore. An Metallen findet sich neben Eisen auch Kupfer, beide aber nur in verhältnismäßig geringen Mengen.

Digitized by Google

Von den 3 110 000 Einwohnern, die Finnland 1910 zählte, wohnten 450 000 in den Städten; die größte Stadt ist Helsingfors mit damals 153 000 Einwohnern, ihr folgte mit 50 000 die alte Haupt- und Hafenstadt an der Westküste Abo, an dritter Stelle stand das industrielle Tammerfors mit 46 000 Einwohnern. 338 000 sprachen schwedisch, nur 7300 russisch, 1700 deutsch. Das lutherische Bekenntnis ist alleinherrschend, Griechisch-Katholische wurden nur 52 000 gezählt. Den Juden war bis zur Revolution der Aufenhalt nur auf Grund besonderer Erlaubnis gestattet. 1910 lebten von der Landwirtschaft 1 555 000, von der Industrie 288 000 Personen. Die Zahl der hauptberuflich Tätigen betrug in der Landwirtschaft 322 000, in der Industrie 74 000, diese letztere Zahl war 1911 auf 97 000 gestiegen, davon waren in dem Holzgewerbe rund 30 000, in der damit zusammenhängenden Papierindustrie 12 000 beschäftigt, die nächststärksten Gruppen waren die der Metall- und der Textilindustrie mit je 13 000 Arbeitern; im Bergbau waren ganze 154 tätig.

Finnland steht auf den Anfangsstufen einer kapitalistischen Entwicklung, die in erster Linie Holz und dessen Erzeugnisse, dann die Eisen-, Textil- und die chemische Industrie umfaßt. Ihre Mittelpunkte sind Helsingfors und Tammerfors. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist stark und einflußreich.

Im Zusammenhang der russischen Revolution hat Finnland in jähem Sprung seine mittelalterlich-ständische Verfassung in die weitaus freieste Staatsform umgewandelt. Kein Staat der Alten und Neuen Welt hat ein gleich demokratisches Wahlrecht für Männer und Frauen, hat die politische Macht so ausschließlich der einen Kammer der Volksvertretung zugeteilt wie Finnland. Die Sozialdemokratie ist die weitaus stärkste Partei, bis zur letzten Wahl hatte sie mit 103 Stimmen die absolute Mehrheit gegenüber 97 Stimmen, die auf die Parteien der Jungfinnen, Altfinnen, Swekomanen und der Bauern entfielen. Ein ragendes Zeichen dieser Macht erhebt sich in Helsingfors das Gewerkschaftshaus und Sitz der sozialdemokratischen Parteiorganisation gleich einer Burg über den andern Gebäuden empor.

Die Altfinnen waren vor dem Krieg einer Verständigung mit Rußland geneigt, heute vertreten sie mit am entschlossensten die Lostrennung und die völlige Selbständigkeit Finnlands. Bei der Wahl im letzten Jahr erlitten die Sozialdemokraten eine Niederlage; sie blieben mit 90 Stimmen die stärkste Partei, verloren aber die Mehrheit. Eine bürgerliche Regierung wurde gebildet mit dem volkstümlichsten Politiker Finnlands, Svinhuvud, an der Spitze, die alsbald die Anerkennung Finnlands als selbständigen Staat nachsuchte und bei Schweden, Deutschland und Frankreich fand.

Auch in diesem demokratischsten Land aller Länder mit reinstem Parlamentarismus und Einkammersystem begann nunmehr zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten ein Kampf um die Macht und zwar außerhalb des Parlaments. Gleich der Entwicklung in anderen Ländern hatte sich im Krieg auch in Finn-

Digitized by Google

land eine Gruppe der Linkssozialisten gebildet, ohne aber — und dies ist für das Verständnis der Dinge in Finnland wie für das Verhältnis der Revolutionsregierung zu den schwedischen Sozialdemokraten und zur Erklärung der Haltung der jetzigen schwedischen liberal-sozialistischen Regierung von Bedeutung — sich von den Rechtssozialisten zu trennen. Durch die russische Revolution im vorigen März wuchs die Strömung und der Einfluß der Linkssozialisten, die mit den russischen Bolschewiks sich in den Anschauungen und Methoden über Vorgehen und Pläne fanden. Sie fanden eine weitere Unterstützung darin, daß das in Finnland stehende russische Militär und vor allem die Matrosen der Ostseeflotte, die in Sweeborg und Helsingfors lagen, die stärkste Stütze der Partei der russischen Bolschewiks waren, sie gerade trugen wesentlich zu deren Sieg über Kerenski bei. Nach russischem Beispiel schufen sich die finnischen Linkssozialisten aus ihren Anhängern eine eigene Rote Garde. Die Bewaffnung war rasch und einfach durchzuführen, da die russischen Soldaten mit regem Geschäftssinn ihre eigenen Waffen zu billigen Preisen verkauften oder aus den russischen Arsenalen lieferten. Ohne politische Gewissensbisse machten sie aber das gleiche Geschäft auch mit den Anhängern der bürgerlichen Regierung, als diese zur Sicherung der Freiheit des jungen Staatswesens eine Bürgergarde ins Leben rief, die sogenannte Weiße Garde.

Im Januar gelang es den finnischen Linkssozialisten, gestützt auf die finnische Rote Garde und mit dem Rückhalt der in Petersburg herrschenden Bolschewiks, die bürgerliche Regierung zu stürzen. Inwieweit die Rechtssozialisten an dem Staatsstreich beteiligt waren, ist vorläufig schwierig zu entscheiden, auf jeden Fall erkannte die Mehrheit der Partei die vollzogene Tatsache an, und ihre Führer traten in die neue Sozialisten-Regierung ein. Eine Minderheit erhob Verwahrung und schloß sich z. T. der Weißen Garde an. Den Mitgliedern der alten Regierung gelang es zu entfliehen, ein Teil befindet sich im Hauptquartier des Führers der Weißen Garde, des früheren russischen Generals Mannerheim, andere, unter ihnen der Präsident Svinhuvud, halten sich noch verborgen. Auf jeden Fall hat die alte Regierung weder abgedankt noch sich unterworfen, sondern führt die Geschäfte weiter, so daß zurzeit in Finnland zwei Regierungen nebeneinander bestehen, die bürgerliche, von den Mächten anerkannte und die sozialistische Regierung, die in der Hauptstadt des Landes, in Helsingfors, ihren Sitz hat.

Seit dem Staatsstreich tobt der Bürgerkrieg in Finnland. Er ist ein ausgesprochener Kleinkrieg, von Person zu Person, von Klasse gegen Klasse, von Dorf gegen Stadt, von Gemeinde gegen Gemeinde. Zurzeit ist die Lage so, daß die Weiße Garde ein Gebiet von etwa $^3/_4$ des Landes und $^1/_4$ der Einwohnerzahl beherrscht. Der Süden und Südwesten mit den volkreichsten Orten, mit den Sitzen der Industrie, mit den wichtigen Häfen ist in der Gewalt der Roten Garde. Um Tammerfors, das die Rote Garde noch hält, geht zurzeit ein harter Kampf. Sein Fall wäre ein großer, vielleicht der

Digitized by Google

entscheidende Erfolg der Weißen Garde. Eigenartig und zwiespältig war die Haltung der russischen Soldaten und Matrosen. Während die Bolschewikische Regierung in Petersburg sich sofort auf die Seite der revolutionären Regierung in Helsingfors stellte und Waffenhilfe zusagte, getreu ihrem Programm und ihrem Glauben, die Revolution über die anderen Staaten zu verbreiten, hat — daraufhin deuten eine ganze Reihe zuverlässiger Nachrichten — nur ein Teil der Soldaten und Matrosen sich der finnischen Roten Garde angeschlossen. Ein anderer Teil sucht in der Verwirrung die willkommene Gelegenheit, zu plündern und zu rauben, und ein weiterer Teil steht jetzt ebenso als Zuschauer den Kämpfen der Finnen gegenüber, wie sich in den ersten Monaten nach der russischen Revolution die Finnländer, gleichsam vom Parkett aus, das Räuberschauspiel der Mordtaten an russischen Offizieren angeschaut haben. Ebenso wie im übrigen Rußland sind große Teile des in Finnland stehenden russischen Militärs kriegsmüde und nur insofern zum Kämpfen entschlossen, wenn sie es mit waffenlosen, aber nicht mittellosen Gegnern zu tun haben.

Das alte Wort, daß nirgends mehr gelogen wird, als vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd, gilt verstärkt für Bürgerkriege. Für Finnland kommen die Abgelegenheit, die geringen Verbindungen nach dem Auslande hinzu, deshalb ist gegen alle Meldungen und Nachrichten doppelte und dreifache Vorsicht geboten. Was aber an prüfbaren, zuverlässigen Nachrichten nach Schweden herüberkommt, ergab und ergibt ein Bild von toller Wildheit, wie es die sich überschlagende Phantasie eines Futuristenklubs nicht zu ersinnen vermag. Und diese geschichtliche Tragödie vollzieht sich hinter den breiten Schranken des Packeises, das die ganze Küste Finnlands noch für die nächsten Wochen und Monate von dem Verkehr abschließt, auf dem Boden eines Landes ohne hinreichendes Mehl und Brot. Die anerkannte Regierung Finnlands hat die Hilfe der Nachbarstaaten, in erster Linie Schwedens, nachgesucht. Das schwedische Volk steht — mit Ausnahme der kleinen, aber rührigen Partei der Linkssozialisten — auf der Seite der Weißen Garde. Auch die Rechtssozialisten um Branting machen keine Ausnahme. Sie können ihre Gefühle freilich nur verhüllt zum Ausdruck bringen, da ihre Parteifreunde an der revolutionären Regierung in Helsingfors beteiligt sind. Aus äußeren wie inneren Gründen sind sie aber schärfste Gegner der russischen und finnischen Bolschewiks und ihrer Freunde in Schweden, der Linkssozialisten um Lindhagen.

Die liberal-sozialistische Regierung Schwedens hat die Hilfe, auch in der Form der Zulassung der Zufuhr von Waffen und Munition, versagt. Die schwedischen Konservativen, die bis zu den Wahlen im Herbst die Regierung bildeten, treten mit größtem Nachdruck für unmittelbare Waffenhilfe ein; sie sehen darin zugleich die Rechtfertigung und die Möglichkeit für die Vereinigung der Alandsinseln, die politisch zu Finnland, der Sprache nach zu Schweden gehören, mit Schweden.

Deutschlands Hilfe für Finnland kann nicht darauf gerichtet sein, in die inneren

Digitized by Google

Parteiverhältnisse Finnlands einzugreifen; die Machtentscheidung und -verteilung zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien ist eine innerfinnische Angelegenheit. Auch die Führer der sozialistischen Parteimehrheit haben in Deutschland den Mitstreiter für Finnlands Freiheit und Selbständigkeit anerkannt. Unser Ziel muß sich darauf beschränken, die zuchtlosen Soldaten- und Matrosenhaufen, die für Finnland, aber auch für unsere Seeflanke eine Gefahr bilden, niederzuhalten. Die Herbeiführung und Sicherung der Ruhe und Ordnung in Finnland muß und wird Sache der Finnländer selbst sein.

Was bezweckt Japan in Sibirien?

Von * * *

Die Nachrichten über eine beabsichtigte militärische Aktion Japans in Sibirien haben in der ganzen Welt eine große Erregung gezeitigt. Insbesondere wird von Gegnern der von unserer Regierung gegenüber dem Osten befolgten Politik in der deutschen Presse der Standpunkt vertreten, das beabsichtigte Eingreifen Japans sei die erste der von ihnen befürchteten schädlichen Folgen der durch unsere Friedensbedingungen bewirkten Schwächung Rußlands. Japan, das früher deutlich Neigung zu einer südlichen Ausdehnung seines Machtbereiches an den Tag gelegt habe, habe sich nun plötzlich nach Norden umorientiert und werde dadurch enger an die Entente gekettet. Es verlohnt sich, diese Frage einer genaueren Prüfung zu unterziehen. Als die siegreichen Armeen Japans gegen Ende des russisch-japanischen Krieges im Vormarsch gegen das eigentlich sibirische Gebiet zu begriffen waren, wurde in einem großen Teil der japanischen Presse die Forderung erhoben, den Machtbereich Japans bis zum Baikalsee auszudehnen, und es ist bekannt, daß der Abschluß des Portsmouther Friedens in Japan eine große Enttäuschung hervorgerufen hat. Besonders die sogenannte Amur-Gesellschaft, die es sich in einer Zeit, in der man in Europa vom wirtschaftlichen Wert Nordasiens keine Ahnung hatte, unablässig hatte angelegen sein lassen, die Volksgenossen über die natürlichen Reichtümer der Mandschurei und der angrenzenden Gebiete aufzuklären, zeigte sich im höchsten Grade unbefriedigt, und die Demonstrationen, die in Tokio gegen die Regierung stattfanden, waren wohl hauptsächlich auf ihre Agitation zurückzuführen. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die damalige Mäßigkeit der japanischen Regierung auf einen starken englisch-amerikanischen Einfluß zurückzuführen war, der sich auf die Tatsache stützte, daß Japan aus eigener Kraft die finanziellen Mittel zur Fortsetzung des Krieges nicht aufbringen konnte. Immerhin erlangte Japan Zugeständnisse bezüglich Koreas und der Mandschurei, wichtige Fischereigerechtsame längs der sibirischen Küste und die Abtretung der südlichen Hälfte Sachalins. Damals bestand in den leitenden japanischen Kreisen die Überzeugung, daß Rußland, sobald es seiner innerpolitischen Schwierigkeiten Herr geworden wäre,

Digitized by Google

mit aller Kraft rüsten würde, um Japan die Beute wieder abzujagen. Der Japaner besitzt ein außerordentlich reges Gefühl für Waffenehre und setzt ein gleiches Gefühl bei seinen Feinden voraus. Erst allmählich wurde erkannt, daß in der großen Masse des russischen Volkes gegenüber der Tatsache, daß das russische Riesenreich von dem kleinen Japan besiegt worden sei, eine den Japanern anfänglich vollständig unverständliche Gleichgültigkeit herrsche, und daß man in Rußland bereit sei, die Folgen des Krieges als unabänderlich hinzunehmen und mit den Feinden von gestern wieder in ein erträgliches Verhältnis zu gelangen. Seitdem ist Japan unablässig darauf bedacht geblieben, seine Stellung im Norden des asiatischen Kontinents zu befestigen. Bekannt ist die Stetigkeit, mit der es seine Ziele in Korea bis zur vollständigen Angliederung schrittweise verfolgt hat; bekannt sind die Methoden, durch die es, gestützt auf die ihm eingeräumten Eisenbahn- und Handelsprivilegien, eine endgültige Einverleibung der Mandschurei vorbereitet hat; bekannt sind die Fühler, die es in Gestalt von wichtigen Eisenbahnkonzessionen nach der Mongolei ausstreckt. Für alle diese in steigendem Maße wichtig werdenden japanischen Interessen bedeutete die Anwesenheit Rußlands in Nord-Sachalin und der Küstenprovinz und die Notwendigkeit, in gewissen Gebieten der Mongolei das Vordringen Rußlands zu gestatten, trotz aller freundschaftlichen Beziehungen eine Flankenbedrohung.

Der Weltkrieg gab Japan Gelegenheit, in der Verfolgung seiner Ziele auf dem asiatischen Kontinent ein rascheres Tempo anzuschlagen. Es dürfte wohl keinem Zweifel unterliegen, daß zwar der Wortlaut des englisch-japanischen Allianzvertrages Japan den Vorwand für das Eingreifen in den Krieg auf seiten der Entente abgegeben hat, daß aber der tiefere Grund für dieses Eingreifen in der den japanischen Politikern sich aufdrängenden Erkenntnis zu suchen ist, daß sich hier eine nie wiederkehrende Gelegenheit biete, den alten Traum „Asien für die Asiaten" zu einem guten Teil seiner Verwirklichung näher zu führen. Tsingtau in deutscher Hand bedeutete ein Hindernis für Japans asiatische Pläne, und die Gunst des Augenblicks mußte genutzt werden, um es zu beseitigen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, hat Japans Interesse an der Kriegführung zunächst so sichtlich nachgelassen, daß in der Ententepresse wiederholt der bitteren Beschwerde Ausdruck gegeben werden mußte, Japans Sympathien schienen fast unverhohlen auf der Seite der Mittelmächte zu stehen. Japan hat auf diese Beschwerde in der Regel durch mehr oder weniger tönende Versicherungen seiner unwandelbaren Bundestreue geantwortet. Es hat aber tatsächlich allen Bitten und Lockungen, durch die es zu weiterer Hilfeleistung bewogen werden sollte, ein taubes Ohr entgegengesetzt. Nur die japanische Kriegsmarine hat in sehr beschränktem Maße an der Weiterführung des Krieges aktiven Anteil genommen, während die Erörterungen in der japanischen Presse über den Unwert des englisch-japanischen Bündnisses einen immer breiteren Raum einnahmen und an Deutlichkeit der Absage nichts zu wünschen übrig ließen. Trotzdem wäre es falsch, in diesen Erscheinungen — wie

Digitized by Google

es vielfach geschehen ist — einen an die Mittelmächte gerichteten Wink erblicken zu wollen, Japan sei bereit, noch während des Krieges von der Entente abzufallen und mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen. Japans Interesse liegt in einer möglichst langen Fortsetzung des Krieges. Je mehr die übrigen Weltmächte sich gegenseitig schwächen, um so sicherer durfte es hoffen, schließlich auf dem asiatischen Kontinent als Gewinner hervorzugehen. Der Umstand, daß auch die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen uns eingriffen, ermöglichte es ihm, durch das Ishii-Abkommen bis zu einem gewissen Grade freie Hand in der Verfolgung seiner asiatischen Ziele zu erlangen. Wie es zu seinem Vorteil war, daß England alle anderen politischen Interessen der Erwägung unterordnete, daß Deutschlands Macht gebrochen werden müsse, so verstand es jetzt ähnliche Erwägungen der Vereinigten Staaten auszunutzen. Nicht die Befürchtung, daß der Sieg der Mittelmächte über Rußland zu einer selbst für Japan gefährlich werdenden Tätigkeit der Deutschen im äußersten Osten führen würde, sondern die Erkenntnis, daß Rußland jetzt oder nie sich die von Japan für nötig gehaltenen Amputationen gefallen lassen muß, und daß England und Amerika zähneknirschend so tun müssen, als seien sie mit der japanischen Aktion im Grunde einverstanden, bilden den Anlaß zum jetzigen Vorstoß. Japan will die Abrundung seines Gebietes, will von Nord-Sachalin und mindestens von der östlich des Amur belegenen Küstenprovinz, wenn nicht auch noch von der Amur-Provinz, Besitz ergreifen und die Japanische See zum mare clausum machen. Ein Blick auf die Karte lehrt, wie sehr die Stellung Japans dadurch gefestigt werden würde und zeigt, daß von dem Augenblick, wo diese Abrundung erfolgt ist, Japans Druck auf Nord-China mit seiner Hauptstadt Peking unwiderstehlich wird. In Japan hat man bei aller Begünstigung der revolutionären Strömungen des unruhigen chinesischen Südens die Bedeutung des Nordens nie verkannt. Zudem scheut man auch das Übergreifen der revolutionären Tendenzen des Südens auf das benachbarte Inselreich. Daher war es unverkennbar in letzter Zeit die Politik Japans, die Wiederherstellung des monarchischen Systems in China zu fördern. Es wird nun die Frage aufgeworfen werden können, ob ein von Japan um erhebliche Gebietsteile verkürztes Rußland bereit sein würde, mit Japan politische Freundschaft zu halten. Gerade in dieser Beziehung rechnet Japan offenbar auf Grund seiner oben erwähnten Erfahrungen mit der Möglichkeit, sich Rußland trotz der vorerwähnten Amputation nicht zum Feinde zu machen. Aber selbst wenn es sich in dieser Voraussetzung getäuscht hätte, würde die Feindschaft des von dem großen russischen Reich übrig gebliebenen Torsos Japan so wenig schrecken, wie sie uns zu schrecken braucht. Was Japan auch heute noch fürchten müßte, wäre eine Kombination aller Welthandelsnationen, die es unternehmen würden, es im fernen Osten wieder aus dem Sattel zu heben. Aber das Zustandekommen einer solchen Kombination dürfte ihm wohl mit Recht höchst problematisch erscheinen, und es kann angenommen werden, daß in dem Augenblick,

Digitized by Google

in dem England und Amerika, von ihren jetzigen Bindungen frei geworden, eine Revidierung der asiatischen Landkarte ins Auge fassen sollten, Japan nach wie vor die Neigung an den Tag legen wird, da Anlehnung zu suchen, wo es auch nach Beendigung des Weltkriegs mit einer natürlichen Gegnerschaft gegen das Angelsachsentum rechnen zu können vermeint.

Die Ausbeutung Italiens durch seine Freunde

Von Lujo Brentano

III.

Die Durchdringung Italiens durch England und Amerika

Vor dem Krieg wurde oft über die Ratlichkeit von Kapitanlagen im Ausland gestritten. Nicht bloß bei uns. Wo immer es Schutzzöllner gibt, auch in England, haben sie solche Anlagen als unpatriotisch denunziert. Denn der heimischen Produktion, für die man eben wegen ihrer größeren Teuerkeit Schutz verlangte, wurden dadurch Kapitalien entzogen, und außerdem führen Kapitalanlagen im Ausland, je gewinnbringender sie sind, zu um so größerer Steigerung der Einfuhr. Dem Schutzzöllner aber gilt eine Einfuhr, welche fremde Ware in Wettbewerb mit seinem eigenen Produkte bringt, als das Böse an sich. Es hat daher Befriedigung in diesen Kreisen erregt, als unsere ausländischen Kapitalanlagen im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege zurückgingen. Immerhin hat sie Helfferich, wenn auch unter Bedenken, ob dies nicht zu hoch sei, in seiner Schätzung von Deutschlands Volkswohlstand noch mit 20 Milliarden Mark im Jahr 1913 eingesetzt. Die mannigfache Gefährdung, der unsere ausländischen Kapitalanlagen während des Krieges ausgesetzt gewesen sind, schien dann jenen abfälligen Urteilen über ihre Ratlichkeit Recht zu geben.

Mir scheint das recht einseitig zu sein, und da die Schutzzöllner aller Länder gleichzeitig Gewaltpolitiker zu sein pflegen, gerät dieses ihr Urteil mit ihrer sonstigen Politik in Widerspruch. Freilich dient gerade die Verflechtung der Volkswirtschaften in eine Weltwirtschaft, wie sie durch internationale Kapitalanlagen stattfindet, als Friedenspfand; aber doch nur unter einigermaßen gleichstarken Völkern; gegenüber schwächeren geben sie den stärkeren eine nicht hoch genug zu bewertende Macht. Ohne die Milliarden Franken, die Frankreich in Rußland angelegt hatte, hätte es dieses nie als Verbündeten uns gegenüber gewonnen. Nach den sehr sorgfältigen Berechnungen, die Sir George Paish im „Journal of the Royal Statistical Society“ veröffentlicht hat, bezifferte sich das von Großbritannien im Ausland angelegte Kapital im Januar 1911 auf 71,4 Milliarden Mark; glaubt jemand, daß es ohne die Macht, welche diese Kapitalanlagen ihm gaben, imstande gewesen wäre, fast die ganze Welt zur Kriegserklärung an uns zu bringen? Wir sehen heute die Vereinigten Staaten in allen Ländern unerhörte Zahlen von Millionen anlegen, nicht bloß um des Gewinns

Digitized by Google

willen, den diese selbst abwerfen, sondern als Grundlage für weitere Kapitalanlage und Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht. Was ist der Grund, wenn wir in den letzten Dezennien die Völker sich streiten sehen, wer diesem oder jenem bankerotten Herrscher in Asien oder Afrika Geld borgen dürfe, und daß sie, um den Schuldner in ihrer Gewalt zu behalten, sich ausbedangen, daß er bei keinem andern als bei ihnen fernerhin borgen dürfe? Doch nur, daß die gewährten Darlehen der erste Schritt waren, um deren Länder wirtschaftlich und politisch sich zu unterwerfen. Ebendies auch ist der Grund, warum England und Amerika, seit die Italiener in den Krieg eingetreten sind, uns aus unserer Rolle als Kapitalgeber an Italien zu verdrängen suchen.

Nach einer Angabe in der „Vossischen Zeitung" vom 13. Mai 1915 freilich waren wir gar nicht die Hauptgeldgeber Italiens gewesen. Danach soll das damals in Italien angelegte ausländische Kapital 550 Millionen Lire betragen haben, wovon 110 auf England, 50 auf Deutschland und 390 auf Belgien, die Schweiz und Österreich gekommen seien. Aber trotzdem hat Deutschland in den Augen der Engländer wie der Italiener die einflußreichste Rolle als Geldgeber gespielt. So schrieb die „Fortnightly Review" vom März 1916: „Italien hat, von inneren Anleihen abgesehen, seit Bestehen des Dreibunds sich finanziell auf Deutschland verlassen. Deutsches Geld entwickelte die italienische Schiffahrt, die Banken, die Fabriken, wenn auch die Entwicklung keineswegs selbstlos geschah. Aus einem bestimmten Grunde zogen französische und englische Bankleute vor, Italien allein zu lassen. Diese Tatsache arbeitete der Propaganda der Verbandsmächte in Italien entgegen. Nachdem sich einmal die italienische Regierung endgültig für den Kampf entschieden, folgte auch sofort die finanzielle Hilfe von England." Die italienischen Zeitungen aber schreiben, als ob Italien vor der Kriegserklärung von den deutschen Geldmännern geradezu unterjocht gewesen sei; und nachdem es an Österreich den Krieg erklärt hatte, klagten sie über die Verschlechterung ihrer Valuta, weil die Deutschen ihre Geldanlagen zurückgezogen hätten. Danach scheinen also die deutschen Kapitalanlagen in Italien durch den Krieg nicht oder nur unerhebliche Verluste erlitten zu haben.

Kaum war Italien in den Krieg eingetreten, so rief der „Manchester Guardian" vom 27. Mai 1915 den englischen Handel auf, den deutschen auszustechen. Die Geschäftshäuser sollten sofort Vertreter und Reisende aussenden. Der „Scotsman" vom 28. Juli 1915 fordert die Briten auf, die in italienischen Banken, Fabriken und Handelshäusern angestellten Deutschen zu ersetzen. Der Präsident des Handelsamts Runciman schickte alsbald einen Vertreter nach Italien, der Erfahrungen sammeln sollte, wie man, nicht den Italienern, wohl aber den Deutschen den von ihnen betriebenen Handel entreißen könne. Bald hören wir von den Herren Dottridge und Mackenzie, die in Catania, von den Behörden empfangen, die Ausfuhrhäuser für Obst, Essenzen und Marmeladen besichtigen und den Austausch italienischer gegen

Digitized by Google

englische Waren vereinbaren. Überall in Italien werden englische Handelsagenten angestellt, Vertreter der Leder-, Eisen-, Stahl-, Kohlen-, Chemikalien-, Metallwarenbranche, der Fabriken von Werkzeug-, von Holzbearbeitungs-, von landwirtschaftlichen, von Kellereimaschinen usw. Sie müssen den englischen Konsulaten oder Handelskammern unter Beifügung von Mustern oder Abbildungen möglichst eingehende Mitteilungen über den Bedarf Italiens, die bisher bezahlten Preise, die Zahlungsbedingungen erstatten. Dabei bleibt es nicht. Die weitere Ausgestaltung der so angeknüpften wirtschaftlichen Beziehungen wird noch systematischer in die Hand genommen. In England ruft ein englisch-italienisches Komitee, bestehend aus Parlamentariern, Bankiers, Kaufleuten und Industriellen eine italo-britische Wirtschaftsliga, in Italien als Gegenstück eine Lega italo-britannica ins Leben. Sie bezeichnet als Ziel die Verbesserung der italienischen Transportmittel, Eisenbahn- und Schiffahrtsgelegenheiten, Frachten, den Bau und die Verbesserung von Kanälen und Hafenanlagen, die Begründung neuer Schiffahrtslinien mit staatlicher Unterstützung, die Umgestaltung des Seerechts, des Gesellschaftsrechts, der Handelsgesetzgebung. Im weiteren Verlauf werden die Aufgaben der Liga vergrößert. Sie soll die Vermittlung zwischen der italienischen Handelskammer in London und den englischen Handelskreisen übernehmen. In Genua wird eine britische Handelskammer für Italien gegründet; sie veranstaltet Ausstellungen englischer Waren, und die italienische Regierung bewilligt, daß die Ausstellungsgegenstände zwei Jahre lang zollfrei in Italien eingeführt werden dürfen. Alsbald errichtet diese Handelskammer Zweigstellen, so in Mailand, Livorno, Rom, Neapel.

Aber es wird den Engländern nicht leicht, den Deutschen ihre Stellung im Handel zu entreißen. Die britische Handelskammer in Genua ergeht sich in Klagen über den geringen Erfolg. Die wichtigste Ursache schreibt sie dem Mangel an Anpassungsfähigkeit der Engländer, ihrer Sprachunkenntnis und dem Unterlassen langfristiger Kreditgewährung zu. Sie verlangt nach sofortiger Gründung einer britischen Bank in Italien und erläßt einen flammenden Aufruf, der britische Handel möge die gebotene, unvergleichliche Gelegenheit, sich des Handels mit Italien zu bemächtigen, nicht verpassen. Auch glaubten, wie ich schon erzählt habe, die Engländer, daß die Tatsache, daß Italien noch immer nicht Deutschland den Krieg erklärt habe, die Verdrängung des deutschen durch den britischen Handel behindere.

Im Jahre 1916 ist es endlich zur Gründung der so heiß ersehnten Bank gekommen. Die London County and Westminster Bank limited und Lloyds Bank limited schlossen als Vertreter einer englischen Finanzgruppe ein Abkommen mit dem Credito Italiano als Vertreter einer italienischen Finanzgruppe zur Begründung einer British-Italian Corporation mit 1 Million £ Kapital und einer Compagnia Italo-Britannica mit 10 Millionen Lire Kapital. Ihre Aufgabe sollte die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Italien und die Förderung von

Digitized by Google

Handel und Industrieunternehmungen in Italien sein. Die beiden Gesellschaften sollten in enger Beziehung miteinander arbeiten. Jede verfügt über Depositen im Betrag von 100 Millionen £. Außerdem ist es beachtenswert, daß die britische Regierung, ähnlich wie sie sich an den privaten Unternehmungen zur Förderung von Petroleum in Südpersien beteiligt hat, sich nun auch mit einer Subvention an der am 20. Juli 1916 ins Londoner Handelsregister eingetragenen British-Italian Corporation beteiligt. Sie soll jährlich 50000 £ oder den Gegenwert von 6 Proz. auf das eingezahlte Kapital, falls dieses weniger als 1 Million £ beträgt, erhalten. Für diese Beihilfe zahlt die Gesellschaft den Überschuß über eine Dividende von 5 Proz. an die Regierung, bis dieser auf diesem Weg der von der Gesellschaft als Beisteuer gezahlte Betrag ohne Zinsen zurückgezahlt worden ist. So nach dem Bericht des Schatzkanzlers im Unterhause am 1. August 1916. Außerdem berichtete der Schatzkanzler, daß von den Aufsichtsräten der parallelen Compagnia Italo-Britannica drei Engländer sein sollten. Die beiden Gesellschaften sollten in engem Zusammenhang wirken und bis auf die britische Staatssubvention einander völlig gleichgestellt sein. „The Daily News" vom 14. März 1916 bezeichnen als Zweck der neuen Banken, den Kredit, den sich Italien bisher, z. B. in der Eisenindustrie, in Deutschland verschafft habe, von England gewährt zu erhalten. „Wenn ein Fabrikant", schreibt der „Statist" vom 18. März 1916, „einen Auftrag erhält, werden die Gesellschaften für das Kapital sorgen und später durch Abgabe von Bonds und Stocks an das investierungslustige britische Publikum Rückzahlung erhalten." In der „Times" vom 19. April 1917 findet sich der Bericht über die erste Jahresversammlung der British-Italian Corporation. Danach waren von dem Gesellschaftskapital von 1 Million £ deren 834180 einbezahlt; vom Kapital der Compagnia Italo-Britannica hatte die englische Gesellschaft die Hälfte eingezahlt. Ihre eigentlichen Arbeiten waren bis dahin nur erst vorbereitender Art gewesen; sie hatte eine Anzahl industrieller Pläne untersucht, so 7 Eisenbahnpläne, 1 Kanalbau, die Elektrisierung dreier Eisenbahnen, 3 Hafenanlagen, 4 Bergwerke, 4 Werften, 2 Zement-, 1 Gas-, 5 allgemeine Import- und Exportunternehmen, 4 elektrische Wasserkraftanlagen, 2 landwirtschaftliche, 1 metallurgische Unternehmung und 1 Wasserwerk. Einige Projekte waren gebilligt worden. Auch hat die britische Gesellschaft den italienischen Finanzen in London einen Kredit von 1 Million £ zur Schützung des italienischen Wechselkurses eingeräumt.

Nach dem „Sole" vom 5. und 6. Juli 1917 wurden ferner zwischen der London and South Western Bank und der Banca Italiana di Sconto in London das Anglo-Italian Syndikade limited mit einem Kapital von 50000 £ zur Finanzierung von Industrie- und Transportunternehmungen und nach der „Times" vom 8. Dezember 1917 am 4. Dezember 1917 in London die British-Italian Commercial Association limited zur Ausdehnung und Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und Italien gegründet.

Digitized by Google

Kaum weniger energisch, wenn nicht noch energischer wie die Engländer, haben sich die Amerikaner, und zwar schon vor Wilsons Kriegserklärung, bemüht, die Deutschen aus der Stellung zu verdrängen, die sie vor dem Kriege im italienischen Handel innehatten. Im Gegensatz zu den Engländern sind ja die Amerikaner seit lange wegen ihres planmäßigen, systematischen Vorgehens zur Eroberung der Mächte berühmt. Selbstverständlich haben sie noch im Jahre 1915 in Mailand eine amerikanische Handelskammer für Italien errichtet; ihre Mitgliederzahl stieg in kürzester Zeit auf 300; in anderen italienischen Städten traten Unterabteilungen derselben ins Leben. Umgekehrt wurde in New York eine italienisch-amerikanische Auskunftsstelle ins Leben gerufen, um den Italienern, die über den Ozean verkaufen, in allen Angelegenheiten des Handels, der Finanz und des Rechts zur Seite zu stehen. Die Unione Commerciale Italo-Nordamericana in Mailand mit Zweigniederlassung in New York will die Handelsbeziehungen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten vor allem durch bessere Organisation der Vertretungen in beiden Ländern fördern, sowie die Bildung von Syndikaten der Ein- und Ausfuhrfirmen derselben Geschäftszweige fördern und die Ausgabe regelmäßiger Marktberichte fördern.

Alle diese Organe reden von der Verdrängung des Handels der Mittelmächte als dem anzustrebenden Ziel. Dazu bedürfe Italien ausländischer Hilfe. Amerika ist sie zu bieten bereit. Auf Grund ihres so ausgebildeten wirtschaftlichen Spioniersystems fertigen die amerikanischen Konsuln in Italien alsbald lange Listen an von allen Rohstoffen und Fabrikaten, die dieses bisher von den Mittelmächten bezogen hat, und schicken sie an amerikanische Firmen, auf daß sie Kataloge in italienischer Sprache einsenden. Die Gewährung langer Kredite nach deutschem Muster wird empfohlen. Der Konsul verspricht dem Veneto, daß Amerika es mit Kohle, Stahl, Eisen, Porzellan, Stiefeln u. a., ganz zu schweigen von Getreide, Petroleum und dergleichen, versorgen werde. Er lobt den neuen Hafen von Venedig, der bestimmt sei, der amerikanischen Einfuhr zu dienen. Sehr beachtenswert ist die Aufforderung zum Durchhalten: „ein Kompromißfriede wäre für Amerika und Europa gleich verhängnisvoll." Auf Anregung der amerikanischen Handelskammer in Mailand beschließt die italienische Regierung die Gründung einer besonderen Handelsflotte durch Ankauf und Chartern neutraler Schiffe, welche den Verkehr zwischen Italien und Amerika vermitteln soll; die großen italienischen Transportgesellschaften sollen zu dem Zweck sich zusammenschließen; einige amerikanische Firmen haben ihre Beteiligung zugesagt.

Vor allem aber geht auch bei den Amerikanern das Verlangen auf Gründung amerikanisch-italienischer Banken. Bei ihnen sollen italienische Kaufleute Konnossemente für Verschiffungen nach Amerika diskontieren lassen können. Alsbald werden die Wünsche befriedigt. 1916 wird eine Zweigniederlassung der National City Bank of New York in Genua eröffnet; 1917 folgt ebenda eine Filiale der Mercantile Bank of America. Selbstverständlich erstreckt sich die große International Corporation, die

Digitized by Google

am 23. November 1915 in New York mit einem Kapital von 50 Millionen Dollars gegründet worden, ihre weltumspannenden Projekte auch auf Italien. Ihr Zweck ist Entwicklung des Ein- und Ausfuhrhandels, Förderung der Verwendung von amerikanischen Materialien im Ausland, Unterbringung von amerikanischem Kapital und Ingenieuren in ausländischen Unternehmungen und Schaffung einer überseeischen Transportsystems unter amerikanischer Flagge. Im ersten Jahre ihres Bestehens hat sie 39 italienische Projekte in Betracht gezogen. Weiter meldet der „Sole" vom 18. April 1917, daß auf amerikanische Anregung in Rom unter dem Vorsitz von Prospero Colonna ein italienisch-amerikanisches Finanzkonsortium zusammengetreten sei, das große öffentliche Arbeiten und mächtige neue Industrien ins Werk zu setzen beabsichtige. Über die „Società per l'Esportazione e per l'Industria Italo-Americana" in Mailand wird erzählt, daß sie in den ersten zehn Monaten ihres Bestehens mit einem Kapital von 12 Millionen Lire einen Gewinn von 2½ Millionen Lire erzielt habe. Im übrigen sei bemerkt, daß auch schon vor dem Krieg amerikanische Unternehmungen in Italien bestanden haben. So ist die „Società di Luisiana", welcher der Handel der hauptsächlichsten Schwefelproduzenten Siziliens untersteht, amerikanisch.

Aber so mannigfach die Ziele sind, auf die sich die Projekte von Engländern und Amerikanern in Italien beziehen, ihr Hauptinteresse geht doch auf die Verdrängung der Deutschen aus der Eisen- und der elektrischen Industrie. Vor dem Krieg verbanden sich die führenden italienischen Eisengesellschaften: Ilva, Elba, Siderurgica di Savona, Ferriere Italiane, Alti Forni di Piombini und Società Ligure Metallurgica zu einem Eisentrust nach Art des deutschen Stahlsyndikates. „Ilva" hatte die Führung. Der Trust stand in engen Beziehungen sowohl zum deutschen Stahlverband als auch zu einigen britischen Stahlwerken. Nach Eintritt Italiens in den Krieg im Mai 1915 wurde die Verbindung zwischen dem italienischen Trust und dem Stahlverband aufgelöst, während die Beziehungen zu Armstrong, Whitworth & Co. und Vickers Ltd. sowie zu anderen britischen Firmen entsprechend ausgedehnt wurden. Der Trust erwarb den maßgebenden Anteil an der „Idea Nazionale", welche schutzzöllnerisch die Politik der industriellen Unabhängigkeit Italiens von fremden Ländern nach dem Kriege vertritt. 1916 wird gemeldet, daß der Trust bis 1930 erneuert werden und die Bande mit gewissen britischen Gesellschaften enger geknüpft werden sollten. Eine neue englisch-italienische Gesellschaft solle entstehen; an diese sollten die Geschäfte der Mitglieder des Trusts verpachtet werden; auch französische Eisengesellschaften sollten an dem neuen Unternehmen beteiligt sein.

Die vom Eisentrust gekaufte „Idea Nazionale" warnt aber auch vor dem in anderen italienischen Industriezweigen und ganz besonders in der Elektrizitätsindustrie angelegten deutschen Kapital. Angesichts des italienischen Kohlenmangels biete diese Industrie die einzige Hoffnung für die Befreiung Italiens vom ausländischen Joch.

Digitized by Google

Die Ausbeutung der reichen Wasserkräfte stehe jedoch stark unter deutschem Einfluß, der mittelst italienischer Strohmänner auch durch den Krieg nicht ausgeschaltet worden sei. Unerbittlich setzten die Deutschen ihre Bestrebungen fort, um nach dem Krieg die ganze italienische Industrie unter ihre Herrschaft zu bringen. 1914 habe das in der italienischen Elektrizitätsindustrie angelegte Kapital über 1 Milliarde Lire betragen, wovon 135,5 Millionen deutsches und nur 16 Millionen französisches und englisches Kapital. Wenn die italienischen, französischen und englischen Kapitalisten nicht herbeieilten, sei das Schicksal der italienischen Elektrizitätsindustrie besiegelt, und, wie diese, stehe auch die elektro-mechanische Industrie, welche die Einrichtung der Elektrizitätswerke liefere, unter deutschem Einfluß. Die Deutschen hätten kein erlaubtes und unerlaubtes Mittel verschmäht, um den italienischen Markt zu erobern.

Die englischen und amerikanischen Kapitalisten ließen nicht auf sich warten. Sie stürzten zur Ausbeutung der Wasserkräfte Italiens herbei, erlangten Konzessionen und gründeten mit Hilfe der genannten Banken Elektrizitätsgesellschaften in Mailand, Rom, Sardinien und den südlichen Provinzen Italiens, in deren Aufsichtsrat sie Mitglieder des Verwaltungsrats ihrer eigenen großen Aktienunternehmungen, wie Vickers & Co., entsandten. Und — das Schutzzöllnertum ist doch in allen Ländern dasselbe! Firmen, welche nahezu in jedem Lande Zweigniederlassungen haben, pflegen in jedem im Namen des Schutzes der nationalen Arbeit Zölle zu verlangen, obwohl sie selbst es sind, gegen deren Einfuhr diese Zölle schützen sollen; denn unter diesem patriotischen Rufe können sie den Bevölkerungen der verschiedenen Länder um so höhere Preise abnehmen. So haben denn auch die Werke der elektro-mechanischen Industrie, die mit Hilfe von englischem und amerikanischem Kapital errichtet sind, gegen das Regierungsdekret vom 17. Februar 1916 protestiert, das zur Förderung der Industrie Maschinen und Maschinenbestandteile in Italien zollfrei einließ, obwohl diese Waren zurzeit nur aus England und Amerika eingeführt werden können. Man sieht, wie wohlberechtigt der „Economist" vom 18. März 1916 schrieb: „Vom Standpunkt des englischen Handels ist es nichts weniger als wünschenswert, daß durch britische Banken britisches Kapital im Ausland in Industriezweigen angelegt wird, die durch Zolltarife geschützt sind. Das ist sicherlich nicht der Weg, um den Umfang unseres Handels mit Italien, Rußland oder irgendeinem Land zu erweitern." Die britischen Kapitalisten stimmen dann nämlich in diesen Ländern alsbald ein in den Ruf, die „nationale Arbeit" gegen britische Konkurrenz zu schützen.

Aber auch in Italien regt sich schon die Besorgnis, daß man durch Ersetzung von deutschem durch englisches und amerikanisches Kapital nur aus der Pfanne ins Feuer gefallen sei.

Im „Avanti" vom 6. März 1916 schreibt Girolamo Polacco:

„Es existiert in Mailand eine große anglo-italienische Industrie, welche einen Trust aus allen Nähgarn-Fabriken gebildet hat. Unter dem Namen ‚Cantoni Coats' hat sie alle in Italien existierenden Fabriken zusammengefaßt und ihnen starke Preissteigerungen auferlegt. Augenblick-

Digitized by Google

lich werden dieselben Garnrollen, die früher zu 15 Centesimi verkauft wurden, zu 30 und 35 verkauft; diese Preisverdoppelung kommt allein und gänzlich dem englischen Hause zugute... Dieses Haus führt ein Register wie die S. Questura, in welchem alle italienischen Konsumenten eingetragen sind mit allen auf sie bezüglichen persönlichen und kommerziellen Notizen; es sendet Reisende durch alle Teile Italiens, die es zu benachrichtigen haben, ob irgendein Konsument irgendwelche neuen Garne, die von anderen Fabriken herrühren, benutzt; dann wirft es sofort, um diese billigeren neuen Fabrikate zu diskreditieren, Garne von schlechterer Qualität mit ganz ähnlichen Abzeichen und zu billigerem Preise auf den Markt, mit dem einzigen Zweck, das Publikum gegen billigere Fabrikate mißtrauisch zu machen. Scheint es nicht, als seien diese englischen Praktiken schlimmer als die deutschen?"

Und schon früher, am 9. September 1915, hat der „Avanti" von einer in den Räumen der „Idea Nazionale", des vom englisch-französisch-italiemschen Stahltrust angekauften Blattes, abgehaltenen Versammlung berichtet, welche die Versorgung Italiens mit Munition zu Halsabschneiderpreisen beschloß. Daran nahmen Vertreter des französischen Creuzot und des internationalen Bankkonsortiums teil, das die neue französisch-englische Erzgesellschaft finanziert hat. „Aber freilich," schreibt der „Avanti", „die schändlichen Gelder waren immer nur Mark; Franken und Pfund Sterling sind stets ehrenhaft."

Von dem Überwuchern italienischen Kapitals durch ausländisches gibt eine Notiz in „Kelly's Monthly Review" vom März 1916 eine Andeutung. Danach waren in den zehn Monaten seit Italiens Beteiligung am Krieg in Italien allerdings 63 italienische gegen nur 5 ausländische Aktiengesellschaften gegründet worden; aber jene hatten ein Kapital von nur 1 600000 Pfund Sterling, diese von 3 400000 Pfund Sterling. Man ist sich auch in anderen Kreisen als denen des „Avanti" der politischen Gefahren bewußt, welche mit dieser Überschattung Italiens durch ausländisches Kapital verbunden sind. So sagte nach dem „Secolo" vom 29. Mai 1916 der Minister Cavasola: „Ich wünsche eine Entente cordiale unter den Verbündeten, nicht ihre Kapitalien. Geld bringt Herrschaft mit sich und schließt die Konkurrenz aus. Da wir Geld haben, sollten wir auch hauptsächlich mit unserem Geld arbeiten." Ebenso denken andere italienische Patrioten. Sie zeigen eine wahre Angst vor fremdem Geld; der „Resto di Carlino" vom 22. September 1916 verweilt bei einem Aufsatz in der „Nuova Antologia", der ausführt, wie die Entwicklung der Produktionskräfte des Landes, die es bringe, ihr Gegengewicht habe in der Abhängigkeit, in die es dieses versetze. Daher sei ein Gesetz nötig, daß im Verwaltungsrat jeder italienischen Aktiengesellschaft die Mehrheit aus italienischen Bürgern bestehen müsse.

Wie gerechtfertigt diese Besorgnisse der Italiener sind, zeigt sich aus den Zumutungen, welche das englische Kapital schon wenige Monate, nachdem es den neuen Bundesgenossen gewonnen hatte, diesem zu stellen wagte.

„Wenn Rur ciman und Bonar Law zur Handelskonferenz nach Paris gehen, sollten sie — so heißt es in einem Londoner Brief der ‚Birmingham Daily Post' vom 3. April 1916 — dort mit der italienischen Regierung Verhandlungen einleiten, um deren bisherige Auswanderer

Digitized by Google

anstatt nach den südamerikanischen Republiken nach englischen tropischen Kolonien abzulenken. Das italienische Proletariat hat wertvolle Erfahrungen hinsichtlich der Bebauung tropischer Länder und kann gut auf Plantagen arbeiten. England kann die Kräfte, die bisher unter nicht viel besseren Bedingungen, als denen von Sklaven, in Brasilien arbeiteten, wohl verwenden und hat Überfluß an Landstrecken, die es der italienischen Einwanderung öffnen könnte. Außer den eingeborenen Australiern, vielleicht noch Spaniern und Portugiesen, besitzen unter den Weißen nur noch die Italiener die Kraft, unter der glühenden Tropensonne physisch zur Landarbeit fähig zu sein. Nach dem Krieg wird Italien seine überschüssige Arbeitskraft nicht sämtlich für Tripolis und Cyrenaika verbrauchen. Da die italienische Regierung mit den Verhältnissen, unter denen ihre Bürger im lateinischen Amerika arbeiten müssen, ohnehin unzufrieden ist, so lohnt ein Versuch, entsprechende Abmachungen zu treffen. — Eine solche Lösung wird besonders wichtig durch den Entschluß der indischen Regierung, die kontraktliche Bindung der ostindischen Auswanderer zu verbieten. Wie die Dinge jetzt liegen, fließt ein guter Teil der Früchte italienischer Arbeit in Brasilien in deutsche Taschen. Deutschland hat dort große Interessen, die zum Teil auf dem reichlichen Zustrom italienischer Arbeiter beruhen. Wenn dieser daher den Kaffee-Plantagen englischer Kolonien zugeführt würde, könnten alle Verbündeten davon gemeinsam Nutzen haben und die Deutschen zusehen, wie sie fertig werden."

Wer sich der Seufzer erinnert, die J. A. Froude in seinem Buche „The English in the Westindies" schon in den achtziger Jahren über die englischen Kolonien in den Tropen ausgestoßen hat, weil sie, ungeeignet, um von Engländern bebaut zu werden, England völlig unnütz, von diesem nur der Ehre halber gehalten würden, wird die Findigkeit bewundern, mit der das englische Kapital sofort darauf aus ist, die durch den Krieg gebotene Gelegenheit zu nutzen, um den italienischen Proletarier zu nötigen, Trinidad und all' die übrigen Inseln im Karaibischen Meere, die es Spaniern und Franzosen abgenommen hat, ohne sie zur Entwicklung zu bringen, nun nicht nur dem Stolze, sondern auch der Gewinnsucht der Engländer dienstbar zu machen. Auch in Afrika soll der italienische Bundesgenosse an Stelle des ostindischen Kulis für den Engländer arbeiten!

Doch um zum Ausgangspunkt dieser Betrachtung zurückzukommen. Es erhellt, unsere Feinde kennen keinerlei Vorurteile gegen Kapitalanlagen im Ausland. Während bei uns weite Kreise dem Anachronismus leben, daß es noch heute, wie zurzeit, da die Staaten überwiegende Agrarstaaten waren, für deren Macht darauf ankomme, fremde Länder sich anzueignen, und sich nicht klar machen, daß der Widerstand einer widerwilligen Bevölkerung und die Lasten, welche deren Regierung mit sich bringt, für uns eine Ursache nur der Schwäche sein würden, wissen unsere Feinde, daß es in unserer heutigen Wirtschaftsorganisation die Beherrschung der Märkte ist, was Macht und Vorrang verleiht. Rücksichtslos dringt ihr Kapital in fremden Ländern ein, setzt sich in Besitz ihrer natürlichen Produktivkräfte und mehrt, indem es diese entwickelt, den eigenen Reichtum; deren Bevölkerung aber läßt sie den Luxus, im Gefühl politischer Selbständigkeit zu schwelgen und diese zu bezahlen, während sie sie tatsächlich in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit hält. Wie doch soll Lloyd George kürzlich gesagt haben: „Ich werde die Welt so einrichten, daß Deutschland, selbst wenn es

Digitized by Google

siegreich sein sollte, tatsächlich der Geschlagene ist." Daher auch ein Interesse an Fortdauer des Kriegs; jeder Tag, daß dieser länger dauert, verlängert Engländern und Amerikanern die Möglichkeit, fremde Länder auf Kosten der Deutschen zu durchdringen.

Notizen

Die kirchliche Selbständigkeit der Ukraine. Nicht nur auf dem Balkan, sondern im ganzen Osten ist die Nationalität noch kirchlich orientiert. Die muselmanischen Kreter hielten es mit der Türkei, die Orthodoxen mit Griechenland. Daher war es ganz folgerichtig, daß Bulgarien bei seiner Staatswerdung sofort eine unabhängige bulgarische Kirche unter einem Exarchen schuf, um nicht weiter noch griechische und serbische kirchliche Einflüsse in der Politik dulden zu müssen. Auch die Ukraine arbeitet jetzt eifrig daran, ihre Kirche, die zwangsweise Moskau unterstellt war, wieder zu befreien. Schon war ein orthodoxer Bischof, der die Sache der Ukraine zu der seinigen gemacht hatte, zum Patriarchen für die Ukraine ausersehen. Jetzt ist auch er dem maximalistischen Terror zum Opfer gefallen. Das kann natürlich den Loslösungsprozeß der ukrainischen Kirche von der großrussischen aufhalten, den Drang nach Selbständigkeit aber nur verstärken. Ist erst einmal ein geistliches Oberhaupt in der Ukraine eingesetzt, so wird die Ukrainisierung der Kirche sehr schnell vor sich gehen, weil die niedere Geistlichkeit nicht nur zum nicht geringen Teil im Gegensatz zur höheren Geistlichkeit, die lauter Russifikatore aufwies, aus der Ukraine stammte, sondern neben den Volksschullehrern die Hauptträger der ukrainischen Selbständigkeitsidee war. Schon der russische Historiker Kostomarow, der von Geburt ein Ukrainer war, hat in seinem interessanten Schriftchen über „Die zwei Nationalitäten in Rußland" (Lemberg 1886, während des Krieges ist vom Bund zur Befreiung der Ukraine in Lausanne eine französische Übersetzung veröffentlicht) die Ansicht verfochten, daß Großrussen und Ukrainer in religiöser Beziehung völlig anders geartet seien. Der Großrusse ist kirchlicher Formalist, der Ukrainer dagegen Mystiker. Daher hat auch der Baptismus in der Ukraine so starken Einfluß gewonnen, der unter dem Namen Stundismus (Beistunden) dort weitverbreitet ist. Da das jetzige Streben der Ukraine nach kirchlicher Selbständigkeit kein Kunstprodukt ist, sondern in alter Tradition wurzelt, hat es gute Aussicht, die breiten Massen des Volkes für sich zu gewinnen.

Polnische Hetze gegen Deutschland. In einem „Offenen Schreiben an D. Friedrich Naumann" beklagt sich der publizistische Vertreter der Polen in Berlin, W. Feldmann, nicht mit Unrecht über ungerechte alldeutsche Kritiken über Polen. Daher berührt es doppelt unangenehm, daß er selbst in seinem Organ „Polnische Blätter" vom 25. Februar ohne ein Wort des Widerspruches folgenden Aufruf des österreichischen Polen Daszynski an die Polen in Österreich veröffentlicht, der gegen die Deutschen die sinnlosesten Vorwürfe erhebt.

Die Sache wird dadurch besonders schlimm, weil der Aufruf in der Vollversammlung des polnischen Klubs einstimmige Billigung fand. Der Aufruf besagt in den von der Zensur freigegeben Stellen:

„Mitbürger! In schwerer, ernster Zeit wenden wir uns an Euch, wir, Eure Abgeordneten und Vertreter im österreichischen Parlament. Der erste Friedensvertrag im vierten Jahre des Weltkrieges ist auf Kosten unseres Landes und unseres Volkes geschlossen worden, auf Kosten des blutgetränkten Bodens von Cholm und Podlasie, welchen Deutschland und Österreich widerrechtlich der sich neu bildenden ukrainischen Republik ausgeliefert haben. Im Laufe des furchtbaren Weltkrieges hat die polnischen Nation als ihr einziges Ziel das unabhängige, geeinte Vaterland aufgestellt. Durch Ströme an Blut von Millionen polnischen Soldaten, durch

Digitized by Google

die furchbarste Verwüstung des Landes, durch Hunger und Massentod, über Berge an Opfern und Hingebung, gestützt auf das unverjährte Recht des polnischen Volkes, im festen Glauben an die Verwirklichung des Rechtes der Nation, das doch als Ziel des Krieges verkündet worden war, waren und sind wir bereit, zu diesem unserem Ziele beharrlich und unerschrocken zu schreiten. Die deutsch-ukrainische Freundschaft, die auf dem Leichnam Polens und Litauens begründet werden soll, beabsichtigt eine Saat von Haß zwischen dem polnischen und ukrainischen Volke auszustreuen, will Polen jeder nationalen, staatlichen und wirtschaftlichen Bedeutung berauben und aus ihm einen Hörigen des deutschen Staates, des deutschen Handels und des deutschen Gewerbes machen. einen Hörigen, der im Osten von der durch Deutschland unterstützten Ukraina bewacht werden soll. Statt der Freiheit harrt unsrer eine neue Sklaverei. Statt eines gerechten, auf freie, unabhängige und geeinte Nationen gestützten Friedens die Ankündigung neuer Bruderkämpfe, neuer Opfer, neuen Elendes des polnischen Volkes.

Vor dem Tribunal der gesitteten Menschheit erklären wir, daß wir nach fremden Gut langen, nicht nach fremdem Boden. Aber der Boden von Cholm und Podlasie gehört seit Jahrhunderten zu Polen, beide Länder sind Polens teuerste Kinder, weil durch ihr Martyrium geheiligt. Dort starb das polnische Landvolk unter den Kugeln der Moskowiter den Heldentod für sein Vaterland und für den Glauben seiner Väter, dort leistete es heldenmütigen Widerstand der Übermacht, der Tücke und Gewalt der offiziellen orthodoxen Russifikatoren. Dort bezeigten Hunderttausende mit Blut und Tränen ihre Zugehörigkeit. Vor diesem Martyrium mußte selbst die triumphierende Reaktion der zarischen Schwarzen Hundert das Haupt beugen. Jetzt soll dieses Land dem deutschen Soldaten, der deutschen Ware in ihrem Vormarsch nach dem Osten Europas, an das Schwarze Meer, an den Kaukasus als Brücke dienen, und die Polen, bar jeder eigenen Verbindung mit dem Osten, planmäßig in den tödlichen Zwist mit der Ukraina gestürzt, ausgeliefert deutscher Ausbeutung und der deutschen Unterdrückung, sollen den Boden für Preußens Vormacht düngen. Im Namen der Polen Österreichs erheben wir feierlichen Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und nehmen den Kampf auf, um ihn zu beseitigen. In der Absicht, diesem polnischen Protest den mächtigen Ausdruck zu verleihen, appellieren wir an das ganze polnische Volk. An das Land aber, an sämtliche Parteien und sämtliche Klassen wenden wir uns mit der Aufforderung zur Vereinigung der gesamten Kräfte der Gesellschaft."

Diese wut- und haßerfüllten Worte wegen des Cholmlandes klingen reichlich exaltiert, zumal wenn man weiß, daß sich die polnische Fraktion in Duma und Reichsrat seinerzeit zwar gegen die Ausscheidung des Cholmer Gebietes aus Polen durch Stolypin protestierte, deswegen aber lange nicht daran dachte, in prinzipieller Opposition gegen die russische Regierung zu treten; im Gegenteil, sie näherte sich bald darauf immer mehr der russischen Regierung. Gerade weil wir von Anfang an eine polenfreundliche Politik getrieben haben, muß dieser unerhörte polnische Anwurf von uns mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Neuerscheinungen

Verfassungsfragen

Geschichtlich, juristisch, politisch ist die Einstellung der ziemlich zahlreichen Literatur, die sich in den letzten Monaten um die deutschen Verfassungsfragen gesammelt hat. Der Anstoß zu einer stärkeren staatsrechtlichen Publizistik kommt nicht aus einem plötzlichen wissenschaftlichen oder literarischen Bedürfnis, sondern ganz ersichtlich von der Tatsache, daß seit bald einem Jahr die Verfassungsdinge, die im Beginn der Kriegsliteratur nur apologetisch behandelt worden waren, Gegenstand der praktischen Politik wurden. Von der Einstellung auf die politischen Tagesfragen erhalten darum auch die vorliegenden Arbeiten, so verschieden sie sonst sein mögen, nach Anlage und Temperament, ihre Färbung.

Digitized by Google

Unter den Schriften allgemeinerer Haltung tritt Friedrich Naumanns kleines Buch „Der Kaiser im Volksstaat“ (Buchverlag der „Hilfe“) in den Vordergrund; es enthält, auf die Gegenwart zusammengefaßt, eine neue Formulierung des alten Themas „Demokratie und Kaisertum“. Beide politischen Kräfte werden in ihren Wertungen und Wandlungen geschichtlich und psychologisch abgegrenzt, in ihrer Bedingtheit und in der Stoßkraft ihres Gegeneinander und ihres Miteinander aufgezeigt. Professor R. Piloty in Würzburg hat eine Arbeit veröffentlicht „Das parlamentarische System“ (W. Rothschild Leipzig), die den gleichen Gedankenkreis anpackt, um dann auf die staatsrechtlichen Einzelprobleme einzugehen. Das Büchlein ist deshalb sehr gut zu lesen, weil es in höchst glücklicher literarischer Formung einen Vertreter des monarchischen und des republikanischen Gedankens in Rede und Gegenrede zusammenbringt; der Stoff erfährt dadurch eine sehr frische Lockerung. Piloty, ohne sich in einem Werturteil festzulegen, hält die Entwicklung des parlamentarischen Systems in Deutschland auf Grund der internationalen Anpassung für wahrscheinlich. Als Ergänzung zu dem Werk des Würzburger Gelehrten mag die Arbeit des Bonner Professors Stier-Somlo gelten: „Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten“ (Dietrich Reimer, Berlin). Was bei Piloty anklingt, die „Anpassung“ der verschiedenen Verfassungsformen, ist hier in der theoretischen Einleitung als ein Zentralproblem der Wahlrechtsentwicklung angefaßt: die Demokratisierung als ein schlechtweg internationaler Vorgang. Stier-Somlo, der ein sehr eifriger Sammler ist, hat dann in knapper Weise die Wahlrechte in den Kulturstaaten der Welt durch ihre wesentlichen Bestimmungen charakterisiert und da dies in so knapper Weise, auf dem Stand der heutigen Verhältnisse, nirgends sonst vorliegt, wird der Politiker ihm für diesen Fleiß Dank wissen.

Aus den Problemkreisen der staatspolitischen Erörterung tritt neuerdings vor allem die Frage des berufsständischen Wahlrechts hervor. Ed. Heyck will es in einer „Parlament oder Volksvertretung“ betitelten Schrift empfehlen, aber es bleibt nur bei Ansatz und Vorhaben, während die Arbeit, in manchen historischen Hinweisen aufschlußreich, infolge polemischer Tagesjournalistik vor dem Ziel sozusagen stecken bleibt. Max Weber seinerseits wird in der kleinen, geistreichen Schrift „Wahlrecht und Demokratie in Deutschland“ (Buchverlag der „Hilfe“) zum temperamentvollen Kritiker dieses berufsständischen Gedankengangs, freilich ohne die Fülle seiner höchst eindrucksvollen Feststellungen darin zu erschöpfen.

Während in diesen Arbeiten das staatsrechtliche Problem vor allem politisch eingestellt ist, behandelt das neue große Werk von Heinrich Triepel es von juristischer Seite: „Die Reichsaufsicht“ (Verlag J. Springer, Berlin). Die Fragestellung seiner höchst eingehenden Untersuchungen liegt in dem Satze: „Erst in der rechtlichen Ausgestaltung und in der praktischen Handhabung des Aufsichtsrechts erweist es sich, ob die Verfassung des Bundesstaates und seine Überordnung über die Gliedstaaten Wahrheit oder Lüge ist.“ Das deutsche Staatsrecht wird hier von der Kompetenzfrage der Zentralgewalt aus abgewandelt; politisch ist besonders fruchtbar auch die geschichtliche Einleitung, die das alte Deutsche Reich und den Deutschen Bund in ihrer mangelhaften Ausbildung des Aufsichtsrechts beschreibt und darin eine Wurzel des Verfalls und der Lähmung aufdeckt. Dabei verzichtet Triepel — und das vermißt man — auf die Erörterung der Frage des Souveränitätsrechts; diese hat praktisch eine immerhin nicht unerhebliche Rolle gespielt, wenn sie auch vorzugsweise eine Angelegenheit der literarischen Dialektik geblieben ist. Der Wert der Arbeit liegt in der überaus gründlichen Untersuchung der rechtlichen Bindungen der Reichsaufsicht — die politischen Folgerungen werden mit Vorsicht gezogen. Denn Triepel sieht die Schwierigkeiten sehr scharf, die in dem Doppelcharakter des preußischen deutschen König-Kaisertums liegt. Aber er betont — wie uns scheint mit Recht — daß nach dem Krieg gerade auch von diesem Blickfeld aus der unitarische Charakter gestärkt werden müsse, in dem die Macht des Kaisertums im Wettbewerb mit dem Bundesrat erhöht wird. Th. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik“, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 22. März 1918 • Heft 12

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Lloyd George und Clemenceau haben ihr politisches Schicksal miteinander verknüpft. Man weiß in Paris, daß eine Krisis in London verwirrend an der Seine spürbar werden muß, und umgekehrt liegt es geradeso. Dieser Zustand erhält eine Art von künstlichem Gleichgewicht; in der Mitte der Wage steht General Foch, der die Reservearmee der Entente befehligt. Von dem Schicksal, das er lenkt oder leidet, wird in der Tat in den nächsten Wochen oder Monaten die Entscheidung über die politischen Wege Englands und Frankreichs abhängen. Das wissen auch beide Staatsmänner; aber sie sind, wenn auch in ihrer Stimme der kecke Hohn einem gepreßten Fanatismus gewichen ist, entschlossen, auf den Gang des Waffenaustrags zu setzen. Frankreich fühlt heute schon in einer Vorwirkung die Wucht der kommenden Ereignisse — auf der einen Seite wird die Regierungspolitik gegen die Caillaux-Gruppe immer brutaler, auf der andern sehen sich die „Regierungssozialisten" zu einem immer stärkeren Gegensatz gegen Clemenceau gedrängt. Sie suchen sich außerhalb der drohenden Katastrophe zu halten.

*

Das Schiffsraum-Ultimatum, das von England und den Vereinigten Staaten an Holland gestellt worden ist, bringt diesen kleinen und bedrohten Staat vor die fast schwierigste Aufgabe, die er in den letzten Jahren zu lösen hatte. Auf die Tonnage, die gewaltsam in den Ententehäfen zurückgehalten wird, hat er praktisch schon lange verzichten müssen, und auch die Berechnung unserer Marine hat sie dem Feinde bereits zugeschrieben; aber man weiß natürlich im Haag, daß wir es als einen Bruch des Wirtschaftsabkommens und als eine unmögliche Erweiterung des Neutralitätsbegriffs ansehen müßten, wenn nun die heimische Flotte einfach freihändig an die Entente gegeben würde. Frachtraum ist keine Ware, sondern Kriegsmittel. Die Holländer überlegen sich auch, daß ihrer Tonnage nur Versprechungen gegenüberstehen — was aber Versprechungen der Zufuhr heute bedeuten, darüber können sie sich an den römischen Wehrufen unterrichten. Die deutsche Regierung erkennt die Notlage

Digitized by Google

der holländischen Regierung, aber sie wird verlangen müssen, daß die Drohung der Entente in diesem bedeutungsvollen Zeitpunkt nicht zum einseitigen Schaden Deutschlands durchgesetzt werden wird.

*

Der kurländische Landesrat hat dem deutschen Kaiser und König von Preußen die Herzogskrone von Kurland angeboten. Und die deutsche Regierung hat die Unabhängigkeit Kurlands anerkannt. Damit ist die politische Neugestaltung der östlichen Fragen aufgerollt. Zweifelsohne wird aber der Reichstag ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, weil in Zukunft Kurland, resp. das baltische Gebiet als Herzogtum mit dem deutschen Kaiser an der Spitze unter dem Schutz deutscher Waffen stehen wird. Wer sich aber unter ihn begibt, für den muß der Reichstag zum mindesten in der auswärtigen Politik der mitbestimmende Faktor werden.

*

Daß der Abgeordnete Dr. Stresemann und einige andere Mitglieder der nationalliberalen Fraktion in einer einheitlichen Kundgebung ihren Austritt aus dem „Alldeutschen Verband" mitteilen, zeigt deutlicher als viele Worte und Reden, die man darüber schon verlieren mußte, daß sich mit den außenpolitischen Zielen dieses Verbandes und seiner Ableger innerpolitische Bindungen und Strebungen verknüpfen, die selbst bisherigen Wortführern alldeutscher Gedankengänge unerträglich werden.

*

Der Zentralausschuß der nationalliberalen Partei hat sich mit 104 gegen 24 Stimmen hinter die Forderung des gleichen Wahlrechts gestellt. Das ist ein für die Entwicklung unserer inneren Fragen höchst bedeutungsvoller Vorgang. Hoffentlich bleibt er nicht ohne entsprechende Wirkung auf die preußische Landtagsfraktion. Denn nachdem die oft geleugnete Verschleppungstaktik der Konservativen in der Wahlrechtsfrage von Woche zu Woche offenkundiger wird, bedarf es bei den übrigen Fraktionen nicht nur einer lauen Bereitwilligkeit, der Regierung zu folgen; die Lage fordert parlamentarische Entschlossenheit zu eigener staatsmännischer Leistung.

*

Der Ausgang der Wahl in Niederbarnim ist lehrreich — in einem der radikalsten Berliner Wahlkreise, der Stadthagens Erbe zu vergeben hatte, ist die Unabhängige Sozialdemokratie durchgefallen und zwar energisch. Das ist ein an sich gutes Zeichen, von dem man nur hoffen mag, daß es auch auf den Sieger günstig zurückwirke: ihn nämlich frei halte von der Feigheit, die allzu ängstlich und unsicher ihn auf den rücksichtsloseren Wettbewerber zur Linken schielen läßt. Es ist jetzt festgestellt, daß auch die Mehrheit von Stadthagens Wählern zur Politik des 4. August steht.

Digitized by Google

Der Ostfriede und die westlichen Probleme

Von Dr. Theodor Heuß

Die wechselvolle und teilweise ablehnende Beurteilung, die der osteuropäische Friede rechts und links erfährt, ist das Ergebnis vorgefaßter Meinungen oder des Bedürfnisses nach einer möglichst ungestörten Auslegung des Begriffs „Verständigung". Unsere „russophilen" Politiker sehen die Möglichkeit eines Bündnisses mit dem ungeschwächten Russenreich zerbrochen und prophezeien den Rachekrieg Moskaus; sie verneinen mit geflissentlichem Nachdruck die Lebensfähigkeit der staatlichen Neubildungen im Westen und Süden Großrußlands, unterstreichen aber eine ungeminderte Lebenskraft des großrussischen Restbestandes. An dieser Unterhaltung beteiligt sich neuerdings auch sehr stark die Sozialdemokratie. Ihrer antirussischen Überlieferung war mit dem Sturz des Zarentums Genüge getan; sie wollte nicht sehen, daß der zaristische Imperialismus nur der Exponent der großrussischen Eroberungspolitik schlechtweg war. Daß Deutschland eine Befreieraufgabe gegenüber den Randvölkern geschichtlich zu erfüllen habe, hat sie nicht in den Bestand ihres Parteiglaubens aufgenommen.

Dazu kommt für sie ein zweites. Ist dieser Friede ein „Gewaltfriede" oder entspricht er noch der „Verständigung"? Die russische Delegation in Brest-Litowsk hat, um sich gegen die Vorwürfe der Heimat zu decken, die Regie gewählt, sich als die Vergewaltigten erscheinen zu lassen. Das hat bei uns manche Leute beeindruckt. Sie verkennen die Banalität, daß zur Verständigung zwei gehören, und daß bei Trotzki der ehrliche Wille zu Friede und Freundschaft fehlte. Statt des zarisch-kadettischen Programms der Gebietserwerbungen, das mit der Zerrüttung des Heeres auseinanderfloß, trat er an den Verhandlungstisch mit dem Imperialismus der seelischen Verwüstung, „moralischer Eroberungen". Anarchie und Chaos waren seine Auftraggeber; mit diesen aber kann sich niemand verständigen, der das staatliche Grundwesen in Freiheit und Ordnung begreift.

Es ist deshalb etwas verlorene Liebesmühe der dialektischen Versuche, auseinanderzufalten, ob der Ausgang von Brest-Litowsk ein „Gewalt"- oder ein „Verständigungs"-Friede sei. Wir haben uns mit Finnland und der Ukraine verständigt, die als nationale Staatsgebilde sich herauslösen, und es ist ganz logisch, daß wir ihnen in der Vereinigung ihrer inneren Staatlichkeit auch militärisch, auf ihren Wunsch, so lange helfen, bis die Russen die Bedingungen des Brester Abkommens, Zurückziehung ihrer Truppen, restlos erfüllt haben. Das ist keine imperialistische Ausschweifung, sondern der notwendige Schluß einer Politik, die in Osteuropa ein Band freier Staatsgebilde als Sicherung des europäischen Friedens entstehen sehen möchte. „Innerrussische" Angelegenheiten, in die wir uns nicht mischen wollen und sollen, sind das nicht mehr. Wir haben ein deutsches und ein europäisches Interesse daran,

Digitized by Google

daß in diesen Staaten die Ansätze einer freien kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung bald sich verfestigen. Unser „Befreiertum" darf keine Phrase sein so wenig wie eine Maske, hinter der sich zwecklose Eroberungsziele verstecken, sondern muß einen politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Kern besitzen: diesen jungen Nationalitäten, die keine russischen „Fremdvölker" mehr sind, zu einem eigenen Leben zu verhelfen. Dieses Programm muß in gleicher Weise die baltischen Gebietsteile und Litauen umschließen und darf vor Polen nicht halt machen. Ein Mindestmaß von Loyalität ist bei diesen Völkern dabei Voraussetzung, und solange das in Polen versagt, stärken sich daraus bei uns diejenigen Elemente, für die Gewalt allein als das brauchbare Werkzeug des Staates erscheint. Das Wort der „Verständigung" hat vor diesen Grenzvölkern nun, nachdem der verständigungsunlustige Partner ausgeschieden, eine neue und dringende Bedeutung erhalten, bei der die Mitwirkung von Verstand die höchst erwünschte Bedingung. Denn weder mit dem Enthusiasmus, de die baltische Frage in einigen Depeschen und Entschließungen gelöst sieht, noch mi dem Mißtrauen, das die litauische Frage auf der langen Bank liegen läßt, werde hier haltbare Früchte gewonnen, sondern nur mit einer klugen und kühlen Handlungsbereitschaft, die den eigenen nationalen Willen jener Bevölkerung aus der Tief zur Selbständigkeit der staatlichen Entscheidung strömen läßt. Die Richtung und di Kraft dieses Stromes werden freilich nicht durch Gewalt bestimmt, sondern durch eine ehrliche Gesinnung. Jene Völker sollen nicht an unsere Befreierrolle glauben weil wir sie ihnen erzählen, sondern weil die Wirkung von ihnen verspürt wird. Wir selber aber müssen Experimente vermeiden, die den 1871 festgelegten geschichtliche Charakter des deutschen Nationalstaates verwischen.

Daß die Entscheidungen im Osten nun die stärksten Rückwirkungen auch auf di Fragen ausüben, die uns mit den Westmächten gemeinsam sind, bedarf keiner lange Darlegungen. In mannigfacher Prägung lesen wir die Formeln der Ententepresse die einen legen das größere Gewicht auf den „russischen Verrat", die andern auf di „Doppelzüngigkeit" der deutschen Reichsleitung, die zwar die Verständigung im Munde trage, jetzt eben aber im Begriffe stehe, ein Programm der Unterjochunge durchführen zu lassen. Diese Stimmen mußten erwartet werden. Sie können uns in unserem Sachurteil nicht verwirren — es muß in Kauf genommen werden, daß di Regelung der östlichen Fragen, durch die suggestive Auslegung, die sie in London und Paris erfährt, in jenen Ländern für einige Zeit die Kreise zurückdrängen wird, die ihrerseits einen ehrlichen Verständigungswillen herausarbeiten wollen. Ernsthafter als die rhetorische Behandlung des Brest-Litowsker Friedens, die das unbehaglich Gefühl gegenüber der Lage an der Westfront überschatten soll, ist für die feindlichen Staatsmänner die Furcht, daß über die Kriegsfragen hinaus ihr Einfluß in Osteurop zusammenschmilzt. Das ist auch Wilsons Sorge, und da er die Bolschewiki nicht so beschumpft hat wie seine Kollegen das [illegible] er den Sowjets seine Sympathie

Digitized by Google

Starke wirtschaftliche [illegible]
soll der Zusammenhang [illegible]
europäische [illegible]
gemacht werde. [illegible]
die in ihrer [illegible] ... so lautet:
Zustand wieder [illegible]
Wird der allgemeine [illegible]
sicherungen [illegible]
Baltikum [illegible]
negro und [illegible]
Die Voraussetzung [illegible]
an dem Ausgang [illegible]
Als wir mit der [illegible]
mäß den [illegible]
russischen [illegible]
Das blieb ohne [illegible] ... e Mädchen
wir „freie Hand“ nach [illegible] ... thin einge-
Westmächten [illegible] ... und nicht-
das, was jetzt [illegible] ... ig von der
gung“ zu [illegible] ... hrte ihnen
einer [illegible], wenn der [illegible] ... andes, das
jochungs[illegible] die [illegible] ... So sieht im
unsrem ehrlichen [illegible] ... orten lebt
Schlagworte und [illegible] ... issen, wir
zeigt aber auch, daß es [illegible] ... t vergehen
tischen Probleme, die [illegible]
und Küsten verbunden sind, [illegible] ... weiß, daß
Deutschland hat, ohne [illegible] ... Welt ganze
osteuropäischen [illegible] ... politischen
unsertwillen zu heben. [illegible] ... utsche An-
noch behängt mit [illegible] ... s, wie un-
übers Meer zwingt die [illegible] ... chten diese
spielraum die Wege zu [illegible] ... usführlich
in Frankreich geführt werden. [illegible] ... nicht zum
wie auch nicht Erhebung einer [illegible] ... wurf, Ge-
begnügen, dem [illegible] ... aber wenn
daß er kulturell aufrecht [illegible] ... t, es wäre
Minsk und Odessa das [illegible] ... und ehr-
ist, sondern der Zwang einer [illegible] ... n auch für
[illegible] ... . Da aber

Digitized by Google

daß in diesen Staaten die Ansätze einer freien kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung bald sich verfestigen. Unser „Befreiertum" darf keine Phrase sein so wenig wie eine Maske, hinter der sich zweckloie Eroberungsziele verstecken, sondern muß einen politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Kern besitzen: diesen jungen Nationalitäten, die keine russischen „Fremdvölker" mehr sind, zu einem eigenen Leben zu verhelfen. Dieses Programm muß in gleicher Weise die baltischen Gebietsteile und Litauen umschließen und darf vor Polen nicht halt machen. Ein Mindestmaß von Loyalität ist bei diesen Völkern dabei Voraussetzung, und solange das in Polen versagt, stärken sich daraus bei uns diejenigen Elemente, für die Gewalt allein als das brauchbare Werkzeug des Staates erscheint. Das Wort der „Verständigung" hat vor diesen Grenzvölkern nun, nachdem der verständigungsunlustige Partner ausgeschieden, eine neue und dringende Bedeutung erhalten, bei der die Mitwirkung von Verstand die höchst erwünschte Bedingung. Denn weder mit dem Enthusiasmus, der die baltische Frage in einigen Depeschen und Entschließungen gelöst sieht, noch mit dem Mißtrauen, das die litauische Frage auf der langen Bank liegen läßt, werden hier haltbare Früchte gewonnen, sondern nur mit einer klugen und kühlen Handlungsbereitschaft, die den eigenen nationalen Willen jener Bevölkerung aus der Tiefe zur Selbständigkeit der staatlichen Entscheidung strömen läßt. Die Richtung und die Kraft dieses Stromes werden freilich nicht durch Gewalt bestimmt, sondern durch eine ehrliche Gesinnung. Jene Völker sollen nicht an unsere Befreierrolle glauben, weil wir sie ihnen erzählen, sondern weil die Wirkung von ihnen verspürt wird. Wir selber aber müssen Experimente vermeiden, die den 1871 festgelegten geschichtlichen Charakter des deutschen Nationalstaates verwischen.

Daß die Entscheidungen im Osten nun die stärksten Rückwirkungen auch auf die Fragen ausüben, die uns mit den Westmächten gemeinsam sind, bedarf keiner langen Darlegungen. In mannigfacher Prägung lesen wir die Formeln der Ententepresse: die einen legen das größere Gewicht auf den „russischen Verrat", die andern auf die „Doppelzüngigkeit" der deutschen Reichsleitung, die zwar die Verständigung im Munde trage, jetzt eben aber im Begriffe stehe, ein Programm der Unterjochungen durchführen zu lassen. Diese Stimmen mußten erwartet werden. Sie können uns in unserem Sachurteil nicht verwirren — es muß in Kauf genommen werden, daß die Regelung der östlichen Fragen, durch die suggestive Auslegung, die sie in London und Paris erfährt, in jenen Ländern für einige Zeit die Kreise zurückdrängen wird, die ihrerseits einen ehrlichen Verständigungswillen herausarbeiten wollen. Ernsthafter als die rhetorische Behandlung des Brest-Litowsker Friedens, die das unbehagliche Gefühl gegenüber der Lage an der Westfront überschatten soll, ist für die feindlichen Staatsmänner die Furcht, daß über die Kriegsfragen hinaus ihr Einfluß in Osteuropa zusammenschmilzt. Das ist auch Wilsons Sorge, und da er die Bolschewiki nicht so beschimpft hat wie seine Kollegen das taten, bekundet er den Sowjets seine Sympathie.

Digitized by Google

Starke wirtschaftliche Interessen bestimmen neben den politischen diese Geste. Auch soll der Zusammenhang insoweit aufrecht erhalten bleiben, damit rechtens die osteuropäische Lösung nochmals zum Gegenstand des allgemeinen Friedenskongresses gemacht werde. Dieses Programm findet auch die Sympathie deutscher Publizisten, die in ihrer Unzufriedenheit hoffen, der allgemeine Friede werde den jetzt geplanten Zustand wieder aufheben. Das kann aber nicht das Ziel der deutschen Politik sein. Wird der allgemeine Friede die erstrebten völkerrechtlichen Neubildungen und Kriegssicherungen bringen, so werden auch diese Staaten daran beteiligt sein, aber wie das Baltikum staatsrechtlich einmal aussehen wird, darin haben künftig weder Montenegro und Portugal, aber auch nicht Clemenceau, George und Wilson hereinzureden. Die Voraussetzung ist, daß wir genügend stark an den Friedenstisch treten; diese hängt an dem Ausgang der kommenden Kämpfe im Westen.

Als wir mit den Russen an Weihnachten zur Verhandlung traten, waren wir, gemäß den wiederholten Erklärungen der Regierung, bereit, zuzustimmen, daß von den russischen Vertretern eine Einladung an die übrigen kriegsbeteiligten Mächte gehe. Das blieb ohne Echo, und die Antwort des deutschen Kanzlers lautete: nun haben wir „freie Hand" nach Westen. Was heißt das? Soll der Friede, den wir mit den Westmächten einmal feststellen werden, eine andere neue Richtlinie besitzen als das, was jetzt im Osten abgeschlossen wurde? Ist es möglich, im Osten „Verständigung" zu schaffen und im Westen mit „Gewalt" operieren zu wollen? Oder, mag einer einwerfen, wenn der ganzen Welt unser Abkommen über den Osten als Unterjochungspolitik in die Ohren geschrieen wird, glaubt ihr dann noch, daß jemand eurem ehrlichen Verständigungswillen traut? Dieser Gegensatz zeigt nur, daß Schlagworte und Begriffe verblassen, wo man einfache Sachregelung erreichen will, zeigt aber auch, daß es seine eingeborene Schwierigkeit besitzt, die umgrenzten politischen Probleme, die auf der Erdoberfläche und jetzt an mannigfachen Fronten und und Küsten vorhanden sind, nach einem gleichen Schema zu erledigen.

Deutschland hat, ohne sie zu suchen, die Aufgabe von der Geschichte erhalten, die osteuropäischen Randvölker zum eigenen staatlichen Leben, um ihrer selbst und um unseretwillen zu heben. Das ist seine kontinentale Losung, die nach Osten weist, heute noch behängt mit unabsehbarer Schwierigkeit und Unsicherheit. Nach Westen und übers Meer zwingt die weltwirtschaftliche Nötigung und Lockung, dem deutschen Lebensspielraum die Weite zu schaffen und zu sichern — darum wird jetzt der große Kampf in Frankreich geführt werden. Nicht um den Besitz von Belgien — diesem Staat haben wir auch nicht Erhöhung eines staatlichen Lebens zu bringen, wir mögen uns damit begnügen, dem vlämischen Volksteil so starke Eigenkräfte embunden zu haben, daß er kulturell aufrecht bleiben wird. So wenig wie unser Vormarsch nach Narwa, Minsk und Odessa das Ergebnis eines selbstbetrügerischen Eroberungswahns gewesen ist, sondern der Zwang einer politischen Notlage, so wenig gibt es im Westen für unsere

Digitized by Google

Waffen Eroberungsziele, die den Einsatz neuen Blutes forderten. Das Programm der Politik ist gegeben — es ist das einer Verständigung über die Lebensnotwendigkeiten und die Ehre der deutschen Zukunft, die Voraussetzungen sind gegeben, aber der andere fehlt. Er lebt noch in dem Glauben, mit den Waffen Elsaß-Lothringen erobern zu können. Das ist die ungeheure Tragik der großen Schlachten, die im Westen bevorstehen, daß ihr deutsches Ziel nur eine schwere Lektion für die Unbelehrbaren sein muß. Der Ostfriede hat kein neues westliches Programm geschaffen — das Heer in Frankreich kämpft um die Sicherung der deutschen Grenze, um den deutschen Wirtschaftsfrieden, die deutschen Kolonien, die Unversehrtheit unserer Bundesgenossen, den friedlichen Neuaufbau unseres Außenhandels. Das ist geblieben. Die Feinde, zur Einsicht noch nicht reif, teils in einer Sackgasse verrennt, teils noch der Hoffnung eines innerdeutschen Zusammenbruchs nachhängend, wollen wieder den Appell an die Waffen. Die große Schlacht scheint unentrinnbar — die blutige Aufgabe des deutschen Sieges ist es, den Völkern die Lehre aufzuzwingen, daß der Fanatismus ihrer Staatsmänner in erfolglosen Opfern sich einen Ausweg suchte, während die politische Zielsetzung für eine klare und nüchterne Vereinigung längst gereift war.

Zum Freiheitsfrieden

Von Prof. Dr. von Schulze-Gävernitz, M. d. R.

Aus der Reichstagsrede des Abg. v. Schulze-Gävernitz vom 28. Februar bringen wir, mit einigen Kürzungen, die wesentlichen Stellen zum Abdruck.

Dieser Krieg ist in erster Linie ein Eroberungskrieg, den unsere Gegner um Elsaß-Lothringen, Mesopotamien und die deutschen Kolonien führen. Er ist ein Wirtschaftskrieg, geführt von britischen Jingos, um einen unbequemen Konkurrenten in elfter Stunde zu Boden zu schlagen; aber dieser Krieg ist, wie unsere Gegner immer wieder erklären, zugleich ein „Freiheitskrieg". So betonte Präsident Wilson noch neuerdings, daß „die Grundsätze, auf denen die amerikanische Republik beruht, in Frage gestellt seien", daß dieser größte und letzte aller Kriege geführt werde für die Herrschaft des Rechts über die nackte Gewalt. Wir Deutsche erheben dem gegenüber den Vorwurf der Heuchelei. Wäre es Heuchelei! Heuchelei ist ohnmächtig. Für jeden, der die angelsächsische Welt kennt, ist es zweifellos, daß dieser Freiheitslegende ein guter Teil der Schwungkraft unserer Gegner entsprang.

Aber auch für uns Deutsche ist dieser Krieg ein Freiheitskrieg. Wir kämpfen für das Weltgleichgewicht und den Platz Aller an der Sonne; denn die Welt war, wie Dilke mit Recht sagt, im Begriff „schnell englisch" zu werden. Im Zeichen des deutschen Freiheitsgedankens, der den britischen in sich aufgenommen, aber vertieft und erweitert hat, muß, wie mein Freund Naumann mit Recht sagt, der deutsche Freiheitsglaube neu aufgerichtet und der deutsche Freiheitston auch vom Ministertisch neu gefunden werden. Wir freuen uns, daß das Herrn v. Payer als erstem gelungen ist. Der deutsche Freiheitsgedanke — liberal und sozial zugleich — fordert einen Rechtszustand

Digitized by Google

in welchen jeder, auch der letzte Bürger, als Selbstzweck behandelt wird; der deutsche Freiheitsgedanke — national und kosmopolitisch zugleich — fordert eine Staatengesellschaft, in welcher jede Nation als Eigenwert anerkannt ist, dem der einzelne sich freiwillig unterordnet, und die Nationen zu einander aus einem Zustand der Gewalt und des Krieges in einen Zustand des Rechts und des Friedens emporreifen. Dies die beiden Pole des deutschen Freiheitsgedankens, welcher von unseren großen Denkern in unendlichem Reichtum auseinandergefaltet worden ist. Aber auch daran wollen wir Herrn Wilson erinnern, daß Deutschland zugleich der Träger einer uralten Freiheitspraxis ist und in der allgemeinen Schulpflicht, der Gewissensfreiheit, dem allgemeinen Wahlrecht der Welt vorangeschritten ist. Wenn unsere Gegner uns „Barbaren" nennen, so sind wir geneigt, diesen Namen nicht ungern anzunehmen, Barbaren als die Erneuerer und Verjünger einer alten Welt. Waren die Goten doch Fortschrittler, die Byzantiner Reaktionäre. Barbaren freilich sind wir eigener Art, welche Säuglingsfürsorge in Belgien, Schutz der Kunstdenkmäler in Frankreich, Hochschulkurse hinter der Front betreiben, aber nicht Vandalen im Sinne zweckloser Zerstörung.

Aber die Kritik unserer Gegner, selbst ihre sinnlose Karikatur von der deutschen Knechtesseele, sollen uns nicht hindern, diese Sonde der Kritik gegen uns selbst anzulegen. In der Tat ist der deutsche Freiheitsgedanke getrübt worden, gerade im letzten Menschenalter durch die alldeutsche Gewaltlehre, welche die Germanen als Langschädel zur Beherrschung der minderwertigen Rassen berief. Diese Lehre ist unchristlich und undeutsch — „kein Jude, kein Grieche" sagt der Apostel; „Menschenwürde alles dessen, was Menschenantlitz trägt", ehrt der deutsche Denker. Die alldeutschen Heiligen sind Ausländer: ein Darwin, der auf Malthus fußt, ein Gobineau, ein H. St. Chamberlain. Diese Lehre, deren Schriften in englischer Übersetzung als das letzte Wort Deutschlands verbreitet wurden, hat uns im Auslande mehr als alles andere verhaßt gemacht, worüber die Schrift von Baumgarten: „Das Echo der alldeutschen Bewegung" merkwürdigen Aufschluß gibt. Die deutsche Freiheitspraxis ist verkrümmt worden durch das ostelbische Junkertum, dem bei der Reichsgründung 1871 die politische Führung anheim fiel. Wie einherschleichender Nebel verbreitete sich vom Gutshof des Ostens her der Geist der Unfreiheit über das deutsche Land, jener Geist, der letzthin in der Gutsuntertänigkeit leibeigenen Gesindes wurzelt.

Die Freiheit, die uns heute nottut, ist keine vage und allgemeine, die ihren Reigen mit schönen Redensarten am Himmelszelte führt; sie ist eine höchst greifbare und gipfelt in wenigen Forderungen des Tages.

1. Der heutige Zustand der Zensur, wie sie von Militärbehörden ausgeübt wird, widerspricht den friderizianischen Überlieferungen des preußischen Staates; denn es handelt sich nicht darum, militärische Geheimnisse zu schützen, sondern Meinungen und Gesinnungen künstlich zu machen. Diese Versuche bleiben auf die Dauer nicht nur wirkungslos, sondern müssen sogar das Gegenteil bewirken wegen der Verbitterung, die sie bei den unabhängigen und darum besten Tagesschriftstellern zurücklassen. In dieser Richtung hat die Zensurausübung zweifellos mehr geschadet, als alle die Zeilen zusammen geschadet hätten, die ihrer Schere als „aufreizend" verfielen. Das deutsche Volk ist mündig und imstande, der Wahrheit in das Gesicht zu schauen. Es ist unser Ruhmestitel, etwa im Vergleich zu Frankreich, daß es in Berlin erlaubt ist, den „Matin" und die „Times" zu kaufen. Warum knebelt man dann das deutsche Wort? Der heutige Zustand ist entwürdigend für den Zensierten, der vielleicht ein Leben lang

Digitized by Google

die Politik beackerte, während der Zensor das „schmutzige Gewerbe" vielleicht ebenso lange gemieden hat. Unerträglich aber wird dieser Zustand, wenn der Zensor Richtungen begünstigt, welche die Reichsleitung bekämpfen, und den Verteidigern der Regierungspolitik den Maulkorb umhängt. Wir fordern, daß die während des Krieges unvermeidliche Zensur einer Zivilbehörde unter Verantwortung des Reichskanzlers übertragen werde, wobei alle rein militärischen Nachrichten einer militärischen Sonderzensur unterfielen. — Gefährlicher aber als die militärische harte Zensur sind die feineren Mittel der geistigen Knechtung. Der bekannte Historiker Prof. Dr. Goetz weist auf die ungewöhnlich großen und ungewöhnlich hoch bezahlten Inserate Unerträglich aber wäre es, wenn die Kriegsgewinne ihre Anlage in Kauf und Beteiligung an Zeitungen fänden, die Kriegsleidenschaft aufpeitschen, den Krieg verlängern und abermals Kriegsgewinne abwerfen. Diesen hoffnungslosen Kreislauf, auf den ebenfalls Prof. Götz hinweist, kann nur ein scharfer Schnitt zerschneiden: die verschärfte Besteuerung der Kriegsgewinne bis zu der Höhe, daß ein geschäftliches Interesse an der Kriegsfortsetzung nicht mehr besteht. England und Amerika greifen in der Besteuerung der Kriegsgewinne erheblich stärker zu als wir.

2. Das A und O aller freiheitlichen Forderungen, der Punkt, wo aller Widerstand der Gegner sich sammelt, die Frage, in der alle anderen entschieden werden, betrifft die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen.

Nicht als ob das allgemeine und gleiche Wahlrecht eine ewige Vernunftforderung wäre. Zu verstehen sind die Bedenken, die seiner Einführung entgegengehalten werden, etwa bei den neubefreiten russischen Randvölkern mit ihren 80—90% Analphabeten. Aber wenn jemals ein Volk für das allgemeine und gleiche Wahlrecht reif war, so ist es das unsre, welches das schwerste Examen der Weltgeschichte erfolgreich bestanden hat. Denjenigen, die dieses Volk immer noch für unreif erklären, gilt das Wort Kants: „Nach einer solchen Voraussetzung wird die Freiheit nie eintreten. Man kann zur Freiheit nicht reifen, wenn man nicht zuvor in Freiheit gesetzt worden ist. Es zum Grundsatz zu machen, daß denen, die unterworfen sind, überhaupt die Freiheit nicht tauge, ist ein Eingriff in die Regalien der Gottheit selbst, die den Menschen zur Freiheit schuf" (Ausgabe Hartenstein VI, Seite 287). Das allgemeine und gleiche Wahlrecht bedeutet für uns zugleich die große Wasserscheide, welche das alte vom neuen Deutschland scheidet: das Deutschland, dessen Quellgebiete im ostelbischen Rittergut liegen, und das Deutschland, dessen Wasser den reinen Firnen unserer großen deutschen Vorzeit entströmen.

Auch der Süddeutsche hat ein Recht auf ein verjüngtes und verdeutschtes Preußen, weil Preußen durch die Reichsmaschine auch ihn beherrscht und unter dem Drucke der Kriegswirtschaft man in manchem süddeutschen Ministerium heute „weniger als eine preußische Provinz" zu sein glaubt. Auch der süddeutsche Wehrmann fordert ein Recht, dessen er sich mit Erfolg bedient für den preußischen Bruder, den er in Schützengräben und Lazaretten als seinesgleichen kennen gelernt hat.

Eine rechtzeitige und großzügige Gewähr ohne Hintertür und Fallstricke würde den Schwung von 1914 erneuern, den Willen zum Durchhalten stählen, die Nation zu untrennbarer Einheit zusammenschmieden. In Tagen, da ein Trotzki den Aufruf zur Weltrevolution „an Alle" hinausfunkt, da ein Wilson seine Rechnung auf die deutsche Revolution einstellt, in Tagen, da breite Massen unseres Volkes den Führern der Sozialdemokratie nach links hin entgleiten — welche Gefahr und welche Verantwortlichkeit umschließt das Wörtchen: zu spät!

Digitized by Google

Nicht minder groß ist die Bedeutung der Wahlrechtsfrage nach außen. Es ist eine Schwäche, den Gegner zu unterschätzen. Wir unterschätzen ihn, wenn wir den Kriegswillen der angelsächsischen Welt ausschließlich auf Handelsneid und Dollarjägerei zurückführen; längst ließe sich die Rechnung aufmachen, daß die wirtschaftlichen Opfer des Krieges für alle Beteiligten alle denkbaren wirtschaftlichen Vorteile des Sieges übersteigen. Dieser Krieg ist für die angelsächsische Welt nun einmal auch ein Freiheitskrieg, der — mißverständlicherweise nach unserer Überzeugung — auch für Menschheitsziele geführt wird. Lesen Sie die von der Kriegspsychose noch unberührten früheren Reden eines Lloyd George — dieselbe Glut, welche dort gegen die britischen Junker emporflammt, wendet sich heute — zum Teil in denselben Redewendungen — gegen uns. Hinter dem Kampf der Waffen wird ein Kampf der Ideen geführt, und dieser Kampf erscheint demjenigen um so wichtiger, der sich zu der Einsicht durchgerungen hat, daß mit militärischen Mitteln allein dieser Krieg nicht zu Ende geführt werden kann. Denjenigen von uns, die diesen Satz leugnen, stelle ich die Frage, ob sie Wilson mit militärischen Mitteln zum Frieden zu zwingen gedenken — unsern Gegnern, die diesen Satz leugnen, die Frage, ob sie noch hoffen, die Rattenlöcher an unserer Küste, von denen Churchill sprach, auszuräuchern und beturbante Inder im Potsdamer Schloßpark zu lagern. In dem Kampf der Geister aber sind wir Deutschen die Schwächeren, wenn wir der welterobernden Macht des britischen Freiheitsgedankens nichts besseres entgegensetzen als den undeutsch-alldeutschen Aberglauben: Gewalt vor Recht. Wir sind die Stärkeren, wenn wir im Zeichen des alten deutschen Freiheitsgedankens kämpfen. Durch die Studien dreier Jahrzehnte mit der britischen Volksseele vertraut, halte ich es für meine Pflicht, den Satz auszusprechen: An dem Tag, an welchem das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen Gesetz geworden ist, bricht ein guter Teil des angelsächsischen Kriegswillens zusammen. Den nicht mehr fernen Tag dieses Heimatsieges, der den Beweis erbringt, daß die alldeutsche Gewaltlehre und das junkerliche Herrenrecht endgültig überwunden sind, — diesen Tag würden die britischen Jingos nicht lange überleben. Dieser Tag, welcher unseren herrlichen U-Booten in die Hand arbeitet, sprengt den widernatürlichen Bund zwischen imperialistischer Machtgier und freiheitlichem Idealismus, der das Geheimnis des britischen Kriegswillens ausmacht. Derjenige, der während des Krieges die englische Presse, insbesondere die Arbeiterpresse, verfolgt hat, kann obige Sätze mit zahlreichen Belegen stützen. Wir Deutsche aber gehorchen nicht fremdem Druck, sondern sind unserem eigensten Wesen getreu und erfüllen unsere heilige Pflicht gegen uns selbst, indem wir der deutschen Freiheit zum Durchbruch verhelfen. Daneben allerdings übt abermals die auswärtige Politik heute mehr denn je ihren Einfluß auf innerpolitische Fragen, wie denn Bismarck ausdrücklich erklärte, das Reichstagswahlrecht unter auswärtigen Gesichtspunkten eingeführt zu haben.

Ist es demgegenüber undenkbar, daß konservative Politiker die preußische Wahlrechtsreform als eine zwar unangenehme, aber unabweisbare Forderung der inneren und der äußeren Lage begreifen, nicht Konservative vom Schlage des Herrn von Januschau, aber weitsichtige Führer, wie wir sie in dem Grafen Kanitz dereinst verehrten und im Grafen Westarp heute hochschätzen? Ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht wirklich eine unentrinnbare Notwendigkeit, so schädigt man das konservative Element, das auch der Liberale im Staatsleben nicht missen möchte, durch einen Widerstand bis zum äußersten. Wie denkt man sich in konservativen Kreisen die ersten Wahlkämpfe auf dem Boden des neuen Wahlrechts? Vor kurzem hat das

Digitized by Google

englische Oberhaus, gewiß nicht leichten Herzens, aber Kriegsnotwendigkeiten nachgebend, die demokratischste Wahlrechtsreform der Welt angenommen, die, weit über den preußischen Entwurf hinaus, dem jüngsten Soldaten und 6 Millionen Frauen das Wahlrecht verleiht.

In der Vaterlandspartei lebt ohne Zweifel ein gutes Stück vaterländischen Idealismus. Ist es undenkbar, daß sie eines schönen Tages durch den Mund ihres Führers erklärt, die Reform des preußischen Wahlrechts im Sinne der kaiserlichen Botschaft sei eine Forderung der auswärtigen Politik geworden, in der es nicht mehr angehe, neutral zu bleiben. Kann eine große politische Bewegung in der wichtigsten Frage, die seit der Bauernbefreiung und der Reichsgründung dem deutschen Volke vorgelegt ist, sich farblos bekennen? Zwar erklärt man, die zurückgekehrten Feldgrauen zuvor hören zu wollen. Als ob das Klassenwahlrecht nicht 90 Proz. und mehr dieser Feldgrauen in die dritte Wählerklasse verbannt und damit mundtot macht. Als ob das Klassenparlament aus purer Gutmütigkeit in Friedenszeiten bewilligen werde, was ihm in der höchsten Not des Krieges nicht abgerungen werden konnte. Als ob nach den Freiheitskriegen nicht das Verfassungsversprechen vergessen und die Bauernbefreiung so sehr hinweginterpretiert wurde, daß nach Schmoller in den folgenden Jahrzehnten in Preußen über 100 000 Bauernhöfe verschwanden. Einem 1816 aber folgte als unvermeidliche Notwendigkeit ein 1848. Sollte die Vaterlandspartei sich über ihre Geldgeber hinweg diesen Erwägungen zugänglich zeigen, eine innere Kluft wäre geschlossen. Über die Kriegsziele würden wir uns viel leichter verständigen, da „das höchst Erreichbare" auch vielen von uns vorschwebt. Über das Maß und die Art des Erreichbaren mögen Zweifel bestehen, die sich bei näherem Zusehen in Einzelfragen auflösen und mit der militärisch-politischen Lage sich verschieben.

3. Aber wenn der leitende deutsche Staat und damit das Deutsche Reich zum Volksstaat emporreift, so dürfen die Folgen auch in demjenigen deutschen Lande nicht ausbleiben, wo der Obrigkeitsstaat bisher am unverhülltesten waltete: im deutschen Reichslande.

Wir besaßen Elsaß-Lothringen zunächst auf Grund der Eroberung oder vielmehr Rückeroberung, „Desannexion" im Sinne der Franzosen. Wir haben das Land recht und schlecht — überwiegend recht, in technischen Dingen sogar vorzüglich —, immer aber von oben herab autoritativ verwaltet. Nicht selten wurden in unwürdiger Weise die sogenannten Notabeln umschmeichelt, deren Interesse es war, sich gegen unsere Liebenswürdigkeiten möglichst teuer zu verkaufen. Nach der Zustimmung des regierten Volkes haben die regierenden Beamten wenig gefragt, und das in einem Lande, dessen breite Unterschicht unverfälscht deutsch, dessen bürgerliche Oberschicht verwelscht war. Das Ergebnis war der Protest dieses urdemokratischen Volkes. Es handelt sich nicht um die Frage: deutsch oder französisch? Das Ergebnis wäre dasselbe gewesen, wenn wir irgendein süddeutsches Gebiet, etwa unser liebes badisches Ländchen, ein Menschenalter hindurch unter Ausschaltung der Verfassung von Berlin aus durch die Herren von Köller, von Putkamer und ihresgleichen regiert hätten. Die Methoden des ostelbischen Obrigkeitsstaates konnten, und wäre ein Jahrhundert darüber hingegangen, die Herzen eines Landes nicht gewinnen, dessen nächst zurückliegender geistiger Hintergrund die Französische Revolution ist.

Zu dieser Einsicht sich durchgerungen zu haben, dieser Einsicht gesetzgeberische Folge gegeben zu haben, war das Verdienst Bethmann Hollwegs. Sein Verfassungswerk, zu welchem er die Mithilfe Ludwig Franks nicht verschmähte, brachte zwar noch nicht

Digitized by Google

die völlige staatsrechtliche Gleichstellung der Elsaß-Lothringer mit den übrigen Deutschen, aber war ein entscheidender Schritt in dieser Richtung. Wichtiger als alles andere: Bethmann stellte das allgemeine und gleiche Wahlrecht in den Mittelpunkt des neu erwachten Staatslebens. Damit war das Volk zu Worte gekommen und, merkwürdig genug: Der Landtag des allgemeinen und gleichen Wahlrechts war kein Geschöpf der Regierung, er war den Beamten nicht selten unbequem und opponierte öfters wohl an unrechtem Orte; aber immer wieder, vor und während des Krieges, erklärte er die Zugehörigkeit des Landes zum deutschen Reichsverband. Die Franzdslinge, welche als Nationalisten auftraten, blieben bei den Landtagswahlen 1911 in verschwindender Minderheit, sie erhielten z. B. in Straßburg von 27 398 Stimmen 1269, in Mülhausen-Land von 5673 Stimmen 640, während auf dem platten Lande und vielen Städten die Aufstellung von nationalistischen Kandidaten überhaupt mißglückte. Die wenigen Nationalisten, welche wie Wetterlé in den Landtag kamen, wurden als Zentrumsleute und nicht als Protestler gewählt. Seitdem ist unser Reichstitel am Reichslande nicht mehr Eroberung, sondern Zustimmung des Volkes, was nach dem Westen hin unterstrichen werden muß. Wir verteidigen in Elsaß-Lothringen heute nicht ein geraubtes Kleinod, sondern ein lebendiges Glied des deutschen Volkskörpers. Zweifellos hat die Bethmannsche Verfassung für viele Franzosen, so für Jaurès und seine Freunde, den „Protest von Bordeaux", auf welchem der Revanchegedanke fußt, stark erschüttert. Die französischen Wahlen von 1913 waren friedensfreundlich und entschieden gegen die dreijährige Wehrpflicht. Nach den Regeln der parlamentarischen Regierung hätte Jaurès das Ministerium bilden müssen, aber er war durch die Beschlüsse des sozialistischen Kongresses zu Amsterdam daran verhindert. Die Kriegsstimmung in Frankreich wurde in letzter Stunde dadurch erzeugt, daß die deutsche Mobilmachung vor der russischen bekannt gemacht wurde und daher als Angriffstat Deutschlands aussah.

Auf dem Wege zum Volksstaat werden wir nicht halt machen können und die Zustimmung der reichsländischen Bevölkerung für ihre innerdeutsche Staatsform gewinnen müssen. Ohne auf die Einzelheiten dieser Frage eingehen zu wollen, erinnere ich an die Ermächtigungsgesetze der Vereinigten Staaten (enabling act), durch welche die Bundesregierung den Einwohnern eines Territoriums gestattet, sich als Staat einzurichten. Die Verfassungskämpfe werden damit von der Bundeshauptstadt in das Land verlegt, und das Land hat das Gefühl, sich staatlich selber zu formen.

Wie immer: Wer Vertrauen finden will, muß solches gewähren. Nicht die Gewaltherrschaft Milners, sondern die Autonomie als Geschenk Campbell Bannermans schmiedete Südafrika an den britischen Reichskörper. Diese Dinge sind ausschließlich unsere innere Angelegenheit. Solange Elsaß-Lothringen als europäische Frage von unseren Gegnern behandelt wird, solange geht der Krieg weiter. Aber wir können nichts dawider haben, wenn eine freiheitliche Lösung dieser inneren Frage, die wir uns selbst schuldig sind, den Franzosen eine psychologische Brücke baut, wenn unbelehrbare Chauvinisten darauf erklären, daß die Elsaß-Lothringer im Grunde doch gewöhnliche „Boches" seien, und ein Schicksal im Schoße der schönen France gar nicht verdienten.

4. Aber während wir selbst zur inneren Freiheit emporringen, ist uns durch die Heldentaten unseres Heeres und die Gnade der Vorsehung die größte Befreiungstat aller Zeiten gelungen: Im Zarismus stürzten wir die grausamste und käuflichste Despotie, welche die Weltgeschichte je gesehen hat. Die russische Revolution war ein

Digitized by Google

Kind der deutschen Siege. Wir wiederholten diese Befreiungstat, indem wir das bolschewistische Chaos nach Osten zurückstauten, wofür uns ganz Europa einmal dankbar sein wird. Was zu Beginn des Krieges als wilder Traum erschien, ist heute in greifbare Nähe gerückt: die Verselbständigung der russischen Randvölker vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer, wobei ich das Baltikum bis zum Peipus-See ausdrücklich einschließe. Erst damit ist die große natürliche und geschichtliche Grenze gegen den Osten erreicht.

Aber indem wir unsere eigenste Lebensforderung erfüllen und uns für Kind und Kindeskind vom russischen Alpdruck befreien, dürfen und sollen wir zugleich, wie Prinz Max von Baden so treffend gesagt hat, das Glück und das Recht der anderen Völker in unseren nationalen Willen mit aufnehmen. Wir kommen zu ihnen nicht als Eroberer, sondern als Befreier und Beschützer der elementarsten Grundlagen der staatlichen Ordnung. Wir sind dem Herrn Reichskanzler dankbar, daß er in dieser Hinsicht keine Zweifel gelassen hat. Indem wir uns gewaltsamer Verdeutschung enthalten, wird die kulturelle Anziehung des Deutschtums auf diese Völker, die sich ja nur in deutscher Sprache untereinander verständigen können, unwiderstehlich sein. Die vorhandenen und zu bildenden Landesvertretungen sollten sobald als möglich auf breite Grundlage gestellt, bäuerliche Besitzer wie intellektuelle Führer heranaezogen und der Wille des Volkes in einer Weise zum parlamentarischen Ausdruck gebracht werden, welche auch der gerecht denkende Neutrale als solche anerkennt. Mit dem nächst benachbarten dieser Völker, den Polen, ist ein auskömmliches Verhältnis anzustreben, was voraussetzt, daß wir uns einer neuen Teilung Polens enthalten und keine weiteren Millionen Polen als Reichstags- und Landtagswähler in das Deutsche Reich hineinnehmen. Von den Polen ist dagegen zu verlangen, daß sie nicht nur durch Worte, sondern auch durch sichtbare Zeichen auf die von Polen bewohnten Teile des preußischen Staates politischen Verzicht leisten. Wir aber wollen der deutsche Nationalstaat bleiben, der wir sind! Dies alles ist sehr wohl möglich unter Wahrung der für uns nötigen politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten auf dem Boden der Verständigung mit den Nachbarn. Mit anderem Wort: Auch hier den Verhältnissen angepaßt, die Wendung vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat.

Mit den Methoden des Obrigkeitsstaates können wir Straßen bauen, Seuchen bekämpfen, Pelze entlausen — aber keine Herzen gewinnen. Um zu befreien, müssen wir selber Freie werden und das Wort Fichtes bewahrheiten: „Nur derjenige ist frei, der alles um sich herum frei machen will." So ist die innere Freiheit auch auf diesem Gebiet die Forderung einer großen deutschen Außenpolitik. Wir hoffen dringend, daß unsere Regierung diese Dinge beeilt und den Osten bereinigt, ehe der Friedensschluß mit dem Westen herankommt. Der Westen wird dem russischen Zentralismus nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, vorausgesetzt, daß wir auf dem Einverständnis zwischen Befreier und Befreiten sicher fußen.

Wenn darüber hinaus, daß unsere wichtigste Forderung nach dem Westen hin, die Freiheit der Meere und das gleiche Recht aller Nationen am Handel und an der Schiffahrt, von unserem mächtigsten Gegner anerkannt worden ist, wenn heute, wie immer der Krieg weiter verlaufe, ein neues und freieres Belgien bereits geboren ist, in welchem die Flamen ihre kulturelle und politische Selbständigkeit heischen und durchsetzen werden, wenn der französische Revanchegedanke zum Tode verurteilt ist, nachdem Frankreich selbst unter der nie wiederkehrenden günstigsten Weltlage außerstande war, Elsaß-Lothringen zu erobern, wenn der allverschlingende Imperialismus

Digitized by Google

Englands in diesem Krieg seinen Höhepunkt überschritten hat, die britische Gewerkschaftsbewegung über ihre insularen Schranken in das Bett der allgemeinen Arbeiterbewegung hinüberflutet, wenn das irische Problem nicht mehr unlösbar erscheint, wenn in Amerika die Staatsgewalt Siege über die Trusts, diese Despoten der Neuen Welt, erficht, die vor dem Kriege undenkbar waren, so steigen damit am Horizonte die Linien eines Friedens empor, welcher die Weltuhr mit einem gewaltigen Rucke voranstellt. Dieser Friede könnte mit gleichem Recht einmal als der Freiheitsfriede bezeichnet werden, wie die napoleonischen Kriege Freiheitskriege genannt wurden. Als der Sämann, der nicht mehr erntet, als der Urheber der Verfassung von Elsaß-Lothringen, der Gegenzeichner des kaiserlichen Wahlrechtserlasses, als der feierliche Verkünder der Völkerfreiheit nach dem Osten, der Herold des neuerwachten Flanderns — hat Bethmann Hollweg seinen Namen der Geschichte eingeschrieben. Der Haß seiner Gegner — eine Anerkennung seiner einschneidenden Bedeutung.

Livländische Stimmungen

Von Dr. Fritz Wertheimer

Dorpat, Ende Februar 1918

Der letzte baltische Feldzug ging so rasch von statten, daß man vielleicht die militärische Leistung von Führung und Truppe nicht genügend würdigte; denn obgleich dieser Zug kaum Blut kostete, galt es, ungebrochene Entschlußkraft und nie versagende Anpassungsfähigkeit zu beweisen. Aber das Interesse an der Politik hat die Teilnahme des Volkes an den militärischen Ereignissen etwas zurückgedrängt. Politisch-geistig befinden wir uns schon im Stadium der Übergangswirtschaft. Und auch hier draußen blieben Offiziere und Mannschaften, trotz aller körperlichen Anstrengungen dieser Gewaltmärsche, aufnahmefähig und aufnahmebegierig für die neuen politischen Probleme.

Wie sollte das allerdings auch anders sein beim Einmarsch in Livland! Nirgendwo hat der geistige Druck lähmender auf allen Volksstämmen gelastet. Schon Kurlands Befreiung hatte das so eng verbundene Baltikum in zwei Heerlagen gespalten, und mit Rigas Befreiung kamen im Herbst 1917 erst recht die geistigen Führer sowohl der Letten als der Deutschen aus ihren unmittelbaren Beziehungen zum flachen Lande heraus. Deutschtum wie Lettentum lebten in dauernder Angst, es könnte ein vorschneller Friedensschluß aus dem ein Definitivum machen, was sie als Zufallsprovisorium des Krieges ansahen, es könnte tatsächlich eine Grenzführung mit der Dünalinie Volksstämme und Land zerreißen. Das machte den Druck bolschewistischen Terrors doppelt unerträglich.

Selbstverständlich tritt uns diese Stimmung am reinsten, unmittelbarsten bei den livländischen Deutschen entgegen. Schon einmal war man 1915 enttäuscht worden, als unsere Heere vor der Düna hielten, ein zweites Mal, als nach dem Falle Rigas unsere siegreichen Truppen aus — den Livländern notgedrungen unverständlichen —

Digitized by Google

militärischen strategischen Gründen zum Halt gebracht wurden. Man war verzweifelt und erschüttert, als dann nicht einmal der Waffenstillstand die ersehnte und nach aller Ansicht leicht durchzusetzende Bedingung enthielt: vorherige Räumung Estlands und Livlands durch die Russen. Und doch schrieb es das „Dorpater Tageblatt" immer wieder: spes et fides! Bei den Deutschen hier muß man gewiß ein gut Teil egozentrischer Politik in Kauf nehmen. Sie sind deutsch, fühlen deutsch und gruppieren die Weltereignisse großenteils um ihre engsten Heimatinteressen ... Und sagt man ihnen, daß bis zum Jahre 1905 etwa das reichsdeutsche Gefühl der Balten doch gar nicht sonderlich entwickelt war, so lassen sie das zumeist nicht gelten. Nehmen sie es aber selbst einmal hypothetisch an, so ist ihre Logik die: Gut, wir waren Kolonial-, Kulturdeutsche, die alte Heimat wußte nichts von uns und (seid ehrlich!) wollte nichts von uns wissen. Wir lebten unser deutsches Leben auf fremdbeherrschtem Boden und alle Unterdrükkungspolitik schloß uns nur enger zusammen. Nun aber kam der Krieg. Uns öffnete er die Augen. Wir wußten, wohin wir gehörten. Waren wir verlorene Söhne, so kehrten wir reumütig zurück. Wir haben in diesem Kriege nicht weniger ideelle wie materielle Opfer gebracht, als jeder im Reiche. Not und Elend haben uns zusammengeschweißt. Und wie steht es im Reiche? War auch euch der Krieg jener große Erwecker des Gedankens, daß zusammen sein muß, was zusammen gehört? Habt ihr als Volk dasselbe Verständnis für uns bewiesen, wie wir für euch? Spes et fides! Wir hoffen und vertrauen. Man zögert schließlich beschämt, diesen Glauben mit Zweifeln belasten zu wollen.

Im ganzen darf man sagen, daß die Livländer recht viel von deutschen Verhältnissen wissen. Die vielen Kriegsgefangenen, die auf ihrer Flucht hier hilfreiche Hände fanden, haben manches vorgearbeitet, über das Ausland kam doch auch manche Aufklärung, wie auch von Riga, wo ja von den 100 000 livländischen Deutschen rund zwei Drittel wohnen, durch die Fronten durch manche Zeile durchdrang. Es hat während des Krieges auch eine starke Annährung an reichsdeutsche Auffassungen stattgefunden, gerade was das politische und wirtschaftliche Zusammenleben mit Letten und Esten angeht. Wohl findet man auch Vertreter des schroffen alten Herrenstandpunktes, aber die versöhnlichere Richtung scheint stärker. Der maximalistische Druck hat wohl das Verständnis für das Recht der Unterdrückten gefördert. Es handelt sich auch um so beträchtlich an Zahl überlegene Volksteile, (rund je 550 000 Letten und Esten) daß jedes Sträuben gegen diese Erkenntnis Unvernunft wäre, und man hat bei erheblichen Teilen dieser Volksstämme doch auch in der gemeinsamen Not und Gefahr Eigenschaften entdeckt, die man schätzen lernte. Der Zarismus hat jahrzehntelang an der Entfremdung der Nationalitäten im Baltikum gearbeitet, der Maximalismus hat, ohne es zu wollen, zu einem Teil diese üble Politik wieder gut gemacht. Das zu konstatieren, ist wichtig für die Behandlung der Frage, wie Esten und Letten sich zu uns stellen, denn sie sehen uns durch die baltische Brille.

Digitized by Google

Spricht man von den Stimmungen der livländischen Bevölkerung, so darf man eine, wenn auch kleine Gruppe nicht übersehen, die rund 30000 Juden. Kulturell stehen sie, wenigstens ihre Bildungsschicht, sicherlich den Deutschen nahe. Politisch haben sie sich als Masse stark zurückgehalten und keine Partei genommen. „Der Jude ist klug," so sagen hier Letten, Esten und Deutsche, „er verdirbt es mit keinem, er ist mit dem Russen Russe, mit dem Esten Este, mit dem Deutschen Deutscher." Daß er so geschickt lavierte, lohnte sich, indem er den maximalistischen Bedrückungen und Beraubungen weniger zum Opfer fiel. Da spielt allerdings wohl mit eine Rolle die Tatsache, daß von den eigentlichen kulturell deutsch gerichteten Führern der Juden, ein Teil in der zaristischen Zeit verschickt war und daß unter den maximalistischen Führern ein ganz beträchtlicher Teil Juden waren. Nun, da die Loslösung von Rußland vollzogene Tatsache ist, stehen die Juden mit vollem Bewußtsein neben den Deutschen, irgendwelche politische Schwierigkeiten sind von ihrer Seite nicht zu erwarten.

Bei Letten und Esten kann man in ihrer Stimmung den deutschen Truppen gegenüber eine recht einfache Unterscheidung machen, die aber rein negativer Natur ist. Soweit sie besitzlich sind, als Gesindewirte und Großbauern, oder als städtische Grundbesitzer, Handel- und Gewerbetreibende, stehen sie ganz auf unserer Seite. Da sind wir Retter und Befreier, Bringer von Ordnung und Sicherheit. Das hat aber nichts oder nur sehr wenig etwas zu tun mit der Frage politischer Sympathien und Stellungnahme. Es bleibt zu untersuchen, inwieweit unser Einmarsch, der den Deutschen ja Selbstzweck ist, andern Kreisen nur als Mittel zum Zweck erscheint. Zwischen Letten und Esten bestehen ja weitgreifende Unterschiede. Eine deutsche Dame, Frau eines lettischen Rechtsanwalts und Gesindebesitzers, also von vornherein eine für Versöhnung und Milderung aller Gegensätze eintretende Politikerin, machte mir den Unterschied in drastischen Vergleichen klar, die der Volksmeinung selbst entnommen sind und die ich deshalb anführe, ohne damit verletzen zu wollen. Die Esten, so sagte sie, vergleicht man mit den Schweinen, wenn eines gebissen wird, so kommen alle und helfen, die Letten dagegen sind wie die Hunde, wird einer gebissen, so stürzen sich alle auf ihn. So sind die Letten mißtrauisch gegen ihre Führer, kommt einer hoch, so fürchten sie, er wird auch ein Herr, wie es die Deutschen waren und sind. Die Esten dagegen unterstützen ihre Führer und halten zusammen. Der tiefe Unterschied kam ja auch in den letzten Wochen stark zum Ausdruck. Die in den Lettenbataillonen organisierten Letten, das sind alle Landlosen, Arbeitslosen und Arbeitsscheuen, waren maximalistisch und machten gemeinsame Sache mit den Roten Garden. Es gab früher auch bessere Elemente unter ihnen, die aus ideellen Motiven gegen die Deutschen kämpften; die sind aber zumeist längst demobilisiert, tragen zwar aus Bequemlichkeits- und persönlichen Sicherheitsgründen noch die Uniform, denken aber so, wie der junge uniformierte Lette, der mir in Wenden sagte: es ist jetzt eine Schande, russischer Soldat zu sein. Auch die noch zur regulären Front gehörigen Lettenbataillone

Digitized by Google

sollten jetzt gerade demobilisiert werden, um in das Revolutionsheer der Roten Garde überführt zu werden. Diese Pläne wurden aber gestört durch den Mobilisierungsgedanken gegen Kaledin, ein Teil der maximalistentreuen Truppen zog gegen die Ukraine, und was von Lettenbataillonen zurückblieb, war nun erst recht minderwertig. Die Roten Gardisten waren zum Teil aus Petersburg, zum Teil aus allen Gegenden Rußlands und auch aus Livland stammendes Gesindel in Zivilkleidern, nur mit Gewehren bewaffnet, die lettischen Soldaten waren zumeist dasselbe nur in russischer Soldatenuniform ohne besondere Unterscheidungsmerkmale. Beide Gruppen arbeiteten sich in die Hände, störten sich jedenfalls wenig im Rauben und Brandschatzen. Ihre Wut richtete sich nicht nur gegen Deutsche, sondern gegen alles, was Besitz hatte. Lettische Soldaten wüteten gegen lettische Bauern, lettische Soldaten mordeten bei Walk deutsche und lettische Männer und Frauen. Ganz anders die Esten und ihre Regimenter. In ihnen steckte mehr militärische Disziplin, mehr Ordnungssinn, mehr politischer Geist. Ihre Abgesandten erschienen schon vor dem 18. Februar auf Moon und boten mindestens für einen Teil der Truppen Unterstellung unter deutschen Befehl beim Einmarsch an. Und wo von den Maximalisten auch estnische Besitzer verhaftet wurden, da verlangten die Estenregimenter ihre Auslieferung, da sie selbst über ihre Landsleute aburteilen möchten, und befreiten sie dann. Schließlich stürzten die Esten in heimlicher Konspiration mit den Deutschen, die sich zu einer Bürgermiliz zusammenschlossen, vier Tage vor unserm Einmarsch in Dorpat die Maximalistenherrschaft und setzten ein estnisches Stadtkomitee ein, das unter der grün-violet-weißen Fahne bis zu unserm Einzug amtierte. Es gab unter ihnen sicherlich auch Parteiungen. Bei den jetzt eben Ende Januar veranstalteten Wahlen zu einer estnischen Konstituante standen sich die Listen der für eine russische Föderativrepublik eintretenden Maximalisten und eine der für den selbständigen Estenstaat eintretenden Arbeitspartei sowie des gleichem Ziel zustrebenden Blocks der bürgerlichen Demokraten gegenüber. Die beiden letzteren Gruppen brachten zusammen wohl mehr Stimmen auf, als die Maximalisten. Sie forderten unter anderm sofortige Befreiung Estlands von russischem wie auch der Oeselinselgruppe von deutschem Militär, riefen freilich später durch Abgesandte das deutsche Militär ins Land, weil sie durch uns erst ihre Befreiung vom Russentum erhoffen konnten.

Die Stimmung uns gegenüber, nicht den Truppen, sondern uns als Politikern, mit denen in Zukunft zu rechnen ist, scheint mir bei Letten und Esten reserviert, kühl, abwartend, mit allerhand durch Volksveranlagung wie persönliche Stimmung bedingten Nuancen. Gewiß gibt es auch Gruppen, die bei entsprechender Sprach- und Gesinnungsfreiheit nicht so ungern in einem deutschen Baltikum leben möchten und deren Anhängerzahl wächst mit der Berechnung der wirtschaftlich günstigen Aussichten. Umgekehrt steht uns mit Ausnahme der reinen Maximalisten keine Gruppe so feindlich gegenüber wie sie das den Russen gegenüber tun. Die Ansicht aller Deut-

Digitized by Google

schen ist, daß in erster Linie die Esten, dann aber auch die Letten sich unschwer „versöhnen" und in einen deutschen Staat einfügen ließen. Über diese politischen Schlußfragen ist ja noch nicht das letzte Wort gesprochen, ein recht wesentliches Moment, wird da das Deutschtum im Baltikum spielen und seine Fähigkeit, unter alte Rechnungen einen Strich zu machen und eine neue Zeit aufbauend und schöpferisch zu beginnen.

Ethnographische Randglossen zur Entwicklung im Osten

Von Albert Bencke, München

Was heute in Rußland vor sich geht, hat große Ähnlichkeit mit jenen chemischen Ausscheidungsprozessen, in denen sich aus einer trüben Mischung der Bestandteile, aus einem heterogenen Substanzquantum, die homogenen Grundstoffe absondern und ein Residuum zurücklassen, dessen zusammengesetzte, also chemisch unreine Natur auf einfachere Gestaltungen nicht mehr zurückzuführen ist. Dieses Residuum stellt sich als das Moskowitertum, das Großrussentum dar; die unreinen, sich ablösenden Bestandteile sind die Randvölker. Das ist ein historischer Prozeß, der weit über politische Belange hinausgreifend in das Gebiet der Rassenfragen hineinspielt und durch diese in Zukunft stärker bestimmt und ausgewirkt werden wird, als wir das heute vermuten.

Um dies richtig zu beurteilen, bedarf es der sehr wichtigen Feststellung des eigentlichen ethnographischen Charakters des Großrussentums oder des Moskowitertums, wie man es besser bezeichnen könnte (da der Name Großrussen — gegenüber dem der Kleinrussen [Ukrainer] — nur der politischen Megalomanie des Moskowitertums entsprang, das jedenfalls durch den Kern seiner Siedlung — und das ist Moskau — eine richtigere Benennung erhält). Dieses Moskowitertum, heute fast allgemein als der Hauptrepräsentent des russischen Slawentums angesehen, erweist sich als jener Volksbestandteil Rußlands, der am wenigsten einheitlich ist; es ist das eigentliche Mischvolk Rußlands, aus einem finnisch-mongolischen Kern bestehend, über den sich eine slawische Oberschicht legte, über die dann als dritte und besonders den Charakter der oberen Gesellschaftsklassen wesentlich bestimmende, die tartarische Deckschicht kam. Ihr verdankt das heutige Großrussentum, nachdem es jahrhundertelang unter dem Joche der Tartaren geseufzt hatte, jenen starken Einschlag zur Fähigkeit und zum Willen nach brutaler Gewaltherrschaft, der die russische Geschichte seit dem Entstehen eines selbständigen Großfürstentums Moskau bestimmt. Es ist dieser asiatische Einschlag, der das Moskowitertum gegenüber den reinrassigen finnischen und slawischen Randvölkern Rußlands politisch in Vorteil setzte und es ihm ermöglichte, als Mischvolk, das die Bestandteile beider mit dem Zusatze tartarischen Blutes vereinigte, sich zum Herrschervolk über diese Randvölker zu erheben.

Daß die ethnographische Grundlage der heutigen Großrussen finnisch-mongolisch

Digitized by Google

und nicht slawisch ist, ergibt sich, abgesehen von dem physischen Gepräge besonders der Bauernklasse aus der Tatsache, daß uns heute noch finnische Volkssagen, finnische Nationalhelden, wie wir sie in Finnland antreffen, in dem großrussischen Gebieten mit ihren unverkennbaren finnischen Zügen entgegentreten. Der russische Nationalheld Ilja Muromjeff ist finnischen Ursprunges, und der finnische Bauer stellt sich in seinem Charakter vielfach wesensverwandt mit dem großrussischen Bauer dar. Dann aber kam, von Süden her, die slawische Welle, die das finnische Stammvolk slawisierte, während sie bei den rein gebliebenen Finnen Finnlands und den östlichen finnisch-ugrischen Randvölkern Rußlands, den Syrjänen, Mordwinen, Tschuwarchen usw. halt machte und ein slawisch-finnisch-mongolisches Gemenge schuf, von dem sich diese rein gebliebenen finnischen Völker — die nun wie einzelne Schollen eines versunkenen Volkstums innerhalb einer slawischen Flut erscheinen — abhoben, obwohl sie gleichen Stammes mit dem Grundstock des heutigen Großrussentums sind. So erklärt sich das finnisch-ugrische Problem, das Problem des Vorhandenseins dieser finnischen Völkertrümmer innerhalb einer vermeintlichen slawischen Masse, von der sie dann aufgesogen wären. Auch diese Masse ist finnischen Ursprunges, wurde aber slawisiert, wurde ein Mischvolk gegenüber den von der Mischung bewahrten rein finnischen Resten des ursprünglich ganz Nord- und Mittelrußland erfüllenden finnischen Volkstums.

Südlich von diesem Mischvolk erhielt sich im Gebiete des heutigen ukrainischen Staates das wahre Slawentum Rußlands, dem durch die Waräger einige wenige Tropfen germanischen Blutes — zu wenig, um im Charakter des Volkts irgendwie wirksam zu werden — beigemischt waren. Neben den Polen bilden sie das reine Slawentum Rußlands, und es ist nun von eigenartigem historischem Reiz zu sehen wie das finnisch-slawisch-tartarische Mischvolk der heutigen Großrussen den Machtwillen gewinnt, der es schließlich zum Herren über die reinrassigen Völker macht, aus deren Mischung plus tartarischem Blute es hervorgegangen ist. Das tartarisierte Mischvolk triumphierte über die reinen Rassen der Finnen und Slawen und warf sich zum Führer des Slawentums auf, obwohl dessen Blut doch nur einen Teil seines völklichen Blutbestandes ausmacht. Die Erbschaft und der Blutsanteil der Tartaren, des Asiatentums, das im Großrussen, insbesondere im großrussischen Adel steckt, sind es, die ihn zu dieser Herrschaft befähigten.

So stellt sich die Auseinandersetzung zwischen Kiew und Moskau dar. Es handelt sich hier nicht mehr um eine innerslawische Angelegenheit, sondern um einen ethnographisch-politischen Ausscheidungsprozeß des rein slawischen Volkes von dem bisher herrschenden Mischvolk; das gleiche gilt auch in bezug auf die Finnländer, die Esten, die Litauer und Letten. Im Großrussentum vollzog sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung die Mischung der slawischen und finnischen Hauptgruppen; das tartarisierte Großrussentum entfremdete sich durch diese Tartarisierung diesen Gruppen, aus denen es hervorgegangen war, gewann dadurch aber gleichzeitig die

Digitized by Google

Eigenschaften, die es zur Gewaltherrschaft befähigten und jetzt, wo sich durch einen Schlag des deutschen Schwertes diese durch Jahrhunderte währende Herrschaft trotzdem als Phantom erweist, vollzieht sich der Rückbildungsprozeß, die reinen Rassen lösen sich von ihrer tartarisierten Mischung los, das Asiatentum verliert seinen Halt an ihnen und die Bildung eigentlicher Nationalstaaten, die bisher durch das Mischvolk hintangehalten wurde, beginnt in Osteuropa.

So gesehen, knüpfen sich an die heutigen Vorgänge Zukunftsperspektiven, die dartun dürften, daß alle jene unrecht haben, die mit ängstlichem Bedacht darauf aus sind, ihr politisches Ziel mit Rücksicht auf den unvermeidlichen künftigen Neuzusammenschluß Rußlands einzustellen und zu beschränken. Sie haben unrecht! Was heute in Osteuropa vorgeht, ist die historische Auswirkung völklicher Gegensätze, die sich nun immer mehr vertiefen werden. Die Geschichte hat einen Schritt getan, der nicht mehr zurückgenommen werden kann und, Deutschland hat den Auftakt dazu gegeben, was seine geschichtliche Auswirkung finden wird, all den Schwarzsehern zum Trotz, denen das Moskowitertum auch heute noch Rußland ist.

Englische Stimmen über Elsaß-Lothringen

Von Th. Baare, Bielefeld

Seit innerhalb des französischen Sozialismus die Meinungen über die elsaß-lothringische Frage brüchig geworden sind, gehört eine wachsende Sorge von Paris der Frage, den Engländern das elsaß-lothringische Kriegsziel als den Kern der Entente einzuprägen. Um Elsaß-Lothringen geht der Kampf — das ist die Losung, die vor dem großen Waffengang ausgegeben wird.

Es ist vielleicht ganz nützlich, einmal nüchtern festzustellen, wie im Krieg von 1870/71 die englische Presse den Standpunkt gewählt hat. Die öffentliche Meinung Londons war nicht einheitlich, denn die Furcht, daß die Deutschen zu sehr siegen könnten, beschwerte manchen — aber gegenüber der Wiedergutmachung der Politik des vierzehnten Ludwig war man ziemlich klarer Meinung. Bereits am 20. August 1870, also kurz vor Sedan, schrieben die „Daily News“:

„Wenn das Glück den preußischen Waffen bis zum Ende treu bleibt, so ist es nicht wahrscheinlich, daß Preußen einen Frieden ohne irgendwelche Entschädigung für den ihm aufgezwungenen Kampf schließt, ohne eine Garantie, nicht nur moralischer, sondern auch materieller Art, gegen die Wiederkehr eines solchen Angriffs ... Wir erwähnten kürzlich das bevorstehende Erscheinen einer Broschüre in England, die ein wenig mehr als die persönliche Meinung ihres Verfassers ausdrückt, in welcher die Abtretung des Elsaß an Deutschland als Grundlage des Friedensvertrages anempfohlen wird. Man braucht jetzt nicht mehr zu fragen, ob die Deutschen das Elsaß nehmen oder vielmehr zurücknehmen, sondern wohl, ob sie es zurückgeben werden. Ludwig XIV. hat es ihnen vor fast 200 Jahren gestohlen. Die Verjährung kann einen Diebstahl decken, schreibt aber nicht das Recht vor, wieder in den Besitz des Gutes zu gelangen. (Französisches Wortspiel: prescription = Vorschrift und Verjäh-

Digitized by Google

rung. D. Verf.) Die Bevölkerung des Elsaß ist deutsch, der Rasse, der Sprache und den Sitten nach. Die Berichte Erkmann-Chatrians schildern ihre gesellschaftlichen Gewohnheiten, die Denkart als so ausgesprochen deutsch, daß man glauben möchte, das Elsaß läge auf dem badischen Ufer des Rheins.

Die Elsässer selbst sind allerdings waschechte Franzosen, obwohl nur äußerlich, vielleicht mehr, um das innere Bewußtsein, das sie deutlich haben, überhaupt nicht Franzosen zu sein, zu verbergen, als auf Grund eines wirklich echten Gefühls. Von den Einwohnern der anderen Provinzen Frankreichs werden sie kaum als Franzosen betrachtet. In der glänzenden Schilderung Frankreichs, mit welcher M. Michelet den zweiten Teil seiner Geschichte Frankreichs beginnt, wo er so treffend die verschiedenen Provinzen in Gestalt lebender Personen beschreibt, verzichtet der hervorragende Schriftsteller darauf, das Elsaß in diese meisterhafte Darstellung aufzunehmen. ‚Die französische Sprache', so sagt er vielmehr, ‚hört in Lothringen auf, und ich will nicht weiter wandern. Ich verzichte darauf, die Berge zu überschreiten, von deren Höhe der Blick das Elsaß umfaßt. Die deutsche Welt ist gefährlich für mich. Dort wächst eine Lotosblume von gewaltiger Zaubermacht, die den Fremdling bis zum Vergessen seines Vaterlandes berauscht.' Dann fügt er hinzu, daß Straßburg ihn zum Rhein, der Rhein nach Mainz Mainz nach Köln, Köln ihn zur Nordsee führen würde. Für ihn ist der Wasgenwald („die Vogesen") die wirkliche Grenze zwischen Frankreich und Deutschland. Kein Zweifel daß diese Meinung die der Deutschen ist, und noch weniger zweifelhaft ist, daß sie tatsächlich wenn sie's können, aus dem Wasgenwald ihre Grenze bilden. Aber zwischen dem Denken und seiner Verwirklichung breitet sich der unsichere Boden des Krieges und der Diplomatie aus. Es ist schwierig, im voraus zu wissen, wie die Elsässer über eine solche Veränderung denken. Sie waren stolz, der großen Nation anzugehören, die bisher den ersten Rang auf dem Kontinent einnahm. Sie können nicht weniger stolz darauf sein, in den Schoß einer noch größeren Nation zurückkehren zu dürfen, von demselben Blut und demselben Stamm wie sie."

Am 31. August 1870, also ganz kurz vor dem welthistorischen Ereignis von Sedan, schrieben die „Daily News" zum gleichen Gegenstand:

„Das deutsche Heer ist kein Invasionsheer, es ist ein Heer der Verteidigung, ein Heer, das wissen will, wofür es kämpft, und das nicht leichtsinnig zu den Waffen greift. Die Geschichte Frankreichs, des Brandstifters Europas singt, ein anderes Lied. Gerade im gegenwärtigen Kriege ist Frankreich der Angreifer gewesen, um alles zu nehmen, was ihm in die Hände fiel, und es ist kaum zu bezweifeln, daß, wenn es siegreich gewesen wäre, der Kaiser und seine Ratgeber nicht die Kraft gehabt hätten, sich dem Strom der Meinung des Volkes entgegenzustemmen und Belgien nicht zu annektieren. Wenn wir auch in England nicht anders können, als die Deutschen mit einem wenig edlen (!!) Gefühl, der auf dem Handelswettbewerb beruhenden Eifersucht zu betrachten, so wollen wir doch nicht soweit gehen, daß wir törichte Befürchtungen bezüglich des Charakters der großen Nation hegen, die so tapfer für die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes gekämpft hat."

An diesem Zitat ist wertvoll die Mitteilung, daß England damals als ganz selbstverständlich mit französischen Absichten auf Belgien rechnete! Und charakteristisch der Unterton der Selbstbewertung in der Rolle des Zuschauers. Am 8. September nun, nach Sedan, schrieben die „Daily News" noch schärfer:

„Die Deutschen haben das Recht, ihre eigenen Bedingungen zu stellen. Sie verlangen nur, in Frieden zu leben und nicht belästigt, noch unter sich durch

Digitized by Google

einen neidischen Nachbarn entzweit zu werden. Frankreich hat sich fortwährend in Deutschlands Angelegenheiten eingemischt, und zwar geschah diese Einmischung nicht von seiten irgendeiner Regierung, sondern das ganze französische Volk beteiligte sich daran. Alle seine Staatsmänner, Legitimisten und Orleanisten, Imperialisten und Republikaner haben in gleichem Maße der deutschen Einigkeit abgünstig gegenübergestanden und waren lüstern nach deutschem Boden. Ein Krieg um den Rhein ist immer volkstümlich gewesen. Er war es noch vor sechs Monaten und würde es wahrscheinlich wieder sein in sechs Monaten, wenn der Friede heute geschlossen würde. Frankreich hat seine Regierung gestürzt, nicht weil sie den Krieg begonnen hat, sondern weil dieser unglücklich verlaufen ist und die Deutschen ins Land gebracht hat, anstatt die französischen Waffen in Deutschland hineinzutragen. Das deutsche Volk hat das natürliche und notwendige Verständnis dafür, daß der Augenblick gekommen ist, jetzt, wo der Feind mit seinen Angriffsplänen Schiffbruch erlitten hat, sich für die Zukunft solide Garantien zu sichern. Das Blut der Nation ist in Strömen geflossen. Alle Schichten des Volkes, von den höchststehenden bis zu den niedrigsten, haben am Kampfe zur Verteidigung des heimischen Herdes und der nationalen Freiheit teilgenommen, und es gibt fast keine Familie in Deutschland, die nicht einen Toten zählt oder Wunden zu pflegen und heilen hat. Ist es wahrscheinlich, daß um soviel vergossenen Blutes willen errungene Vorteile nicht ausgenutzt werden? Hat Deutschland nicht ein ungeschriebenes Recht erlangt, sich unbedingt für die Zukunft gegen solche Opfer zu sichern? Und wer könnte besser die Bedingungen dieser Sicherung beurteilen als Deutschland selbst? Frankreich hat sich für die Fortsetzung des Krieges ausgesprochen. Wenn es neue Niederlagen erleidet, wie das wahrscheinlich ist, so wird es sich schließlich mit den bestmöglichen Bedingungen begnügen müssen. Aber es gibt schon jetzt dem Sieger das Recht, seine Überlegenheit ohne andere Rücksicht als die auf seine Sicherheit und Ruhe in der Zukunft zu gebrauchen."

Und nicht allein die „Daily News" ergreifen so sozusagen die Partei des heutigen Gegners oder treten doch wenigstens für seine Rechte ein, nein, auch die „Saturday Review" schließt sich ihnen an, jene bekannte englische Wochenschrift, in der schon vor zwanzig Jahren ein echter Sohn Englands das seitdem berühmt gewordene Wort geschrieben hat, daß, wenn heute Deutschland besiegt würde, es in ganz England nicht einen Engländer gäbe, der nicht dadurch um so reicher würde. Drei Dezennien früher, am 10. September 1870, acht Tage nach Napoleons Ende, schrieb die „Saturday Review":

„Wir haben keineswegs die Absicht zu behaupten, daß Deutschland nicht ein Stück französischen Bodens behalten soll, wenn es das verlangen kann. Im gegenwärtigen Fall ist es von Hauptbedeutung, daß man die Dinge beim rechten Namen nennt. Etwas muß man sich merken: Alle die, welche so laut von England verlangen, es möge sich regen, hegen insgeheim den Wunsch, zu erleben, daß wir uns auf Frankreichs Seite stellen. Was sie allerdings nicht offen zu sagen wagen, ist eben, daß wir heute in den Krieg ziehen sollen, um zu verhindern, daß das Elsaß an Deutschland zurückfällt, nachdem wir mit gekreuzten Armen zugeschaut haben, als Nizza und Savoyen französisch werden mußten. Aber sie möchten wenigstens England dazu bewegen, daß es seinen sogenannten diplomatischen Einfluß aufwendet, um Frankreich in der Not beizustehen. Wenn dem so sein soll, so wollen wir auf jeden Fall mit offenen Augen vorgehen. Wir können Frankreich nicht anders beistehen, als daß wir ihm zu Hilfe eilen, und dann wird es notwendig, daß England eine ganz bestimmte Idee verfolgt, einerlei welche. Was uns anbetrifft, so ist für uns die einzig richtige Idee, welche auch die der britischen Regierung ist, soweit wir etwas mit der Sache zu tun haben, daß die Deutschen volle Freiheit haben, soviel französisches Land einzunehmen, wie sie verlangen können, und wie ihre Ratgeber es für richtig

Digitized by Google

halten entsprechend dem Erfordernis der militärischen Sicherheit. Und wenn Deutschland sich dazu entschließt, das Elsaß zu nehmen und es bekommen kann, so ist es vollkommen sein gutes Recht u. E., daß es die Absicht öffentlich kund gibt, in dieser Frage sich nicht auf den Schwindel des allgemeinen Stimmrechts einzulassen.

Selbst die „Times" schrieben am 7. September 1870:

„Elsaß und Lothringen mit einer Kriegsentschädigung von ungefähr 40 Millionen Pfund Sterling bilden das, was Deutschland als Entschädigung für seine Klagen fordern will. Im Falle diese Bedingungen Frankreich als viel zu hart erscheinen würden, raten wir ihm an, darüber nachzudenken, daß es in Deutschland sehr viele Leute gibt, in deren Augen sie als außerordentlich gemäßigt gelten, und die dazu neigen, sich darüber zu beklagen, daß man den Erbfeind so leichten Kaufes davonkommen läßt. Elsaß und Lothringen, wir meinen damit das deutsche Lothringen oder, mit anderen Worten, der Besitz von Metz und eines schmalen Streifens von Lothringen mit den Vogesen und das Elsaß stellen das Minimum der Bedingungen dar, welche die Deutschen, den Frieden wünschend, als Grundlage für die Verhandlungen aufstellen. Wir raten Frankreich, sich so rasch als möglich mit Deutschland zu einigen, selbst, wenn die oben angegebenen Landverluste einen Teil der Friedensbedingungen ausmachen."

Damals also rieten die „Times" Frankreich, mit seinem Los zufrieden zu sein, wie es die deutschen Waffen entschieden hatten. Heute ist das Blatt die Führerin der Kriegshetzer und hat von Anfang an Frankreich, um seine Revanche für das „große Unrecht" zu nehmen, in den Krieg hineingehetzt, der größtenteils das Werk solcher Leute wie Harmsworth Lord Northcliff ist. Zum Schluß eine letzte Äußerung der „Times", die Frankreich sozusagen den Gnadenstoß versetzt. Am 30. August 1870 schrieben die „Times", was werden sie erst nach Napoleons Ende darüber gedacht haben, über Frankreichs Weltmachtstellung folgendes:

„Seit langer Zeit gehörte es zum Glaubensbekenntnis der französischen Staatsmänner, daß die Weltordnung die Vorherrschaft Frankreichs im Westen Europas erfordert. Dieser für die Ruhe in der Welt so verhängnisvolle Anspruch muß aufgegeben werden, und der Krieg kann nicht zu Ende gehen, bevor die Einsicht, wie blödsinnig-töricht diese die Eitelkeit kitzelnde Behauptung ist, nicht in ganz Frankreich durchgedrungen ist."

Die Diktatur des Proletariats

Von Richard Schiller

Der Verfasser dieses Aufsatzes, der Leiter einer sozialdemokratischen Zeitung in Schlesien, bittet für die nachfolgenden Ausführungen um das Gastrecht in unserer Wochenschrift, das wir ihm, ohne uns mit seinen Einzelformulierungen gleichzusetzen, gerne gewähren, weil der Aufsatz der Klärung einer in der Tagespolemik leicht verwirrten Fragestellung diente. Die Schriftleitung.

Wer in diesen Tagen das vor 70 Jahren von Karl Marx geschriebene „Kommunistische Manifest" zur Hand nimmt, kann nach oberflächlicher Lektüre zu der Annahme verleitet werden, daß sich viele Episoden im gegenwärtigen Stadium der

Digitized by Google

russischen Revolution mit den programmatischen Regeln dieses Märzkatechismus der proletarischen Revolution decken. Und mancher Zeitgenosse wird vielleicht gerade erst an der Hand dieser vergleichenden Betrachtungen dazu neigen, die doktrinäre Zähigkeit der Bolschewiki als wirklich reinen Marxismus zu betrachten. Er sieht, mit wie finsterem Eifer der Schüler auf des Meisters Worte schwört, wenn er im Manifest Sätze wie diesen liest: „Das Proletariat, die unterste Schicht der jetzigen Gesellschaft, kann sich nicht erheben, nicht aufrichten, ohne daß der ganze Überbau der Schichten, die die offizielle Gesellschaft bilden, in die Luft gesprengt wird." Und auch die Trotzkische und Radeksche Parole von Brest-Litowsk zur internationalen Hebung des Proletariats ist scheinbar streng nach den Regeln des Manifestes gegeben: Erst wird sich das Proletariat im eignen Lande zur „nationalen Klasse erheben" und „die politische Herrschaft erobern", dann aber wird rasch die „vereinigte Aktion der zivilisierten Länder eine der ersten Bedingungen seiner (des Proletariats) Befreiung sein". Hier ist es fast, als fühle man die Angst des Schülers, von den Regeln abzukommen. Was würde aus dem Lehrsatz, der das internationale Proletariat zur „vereinigten Aktion", also zum europäischen Bürgerkrieg auffordert, wenn man mit den „Bourgeois" Frieden schließt ...?

Aber schließlich kommt wirklich nur der oberflächliche Betrachter der Dinge zu solchen Schlüssen. Karl Marx ist auch in seinem „Kommunistischen Manifest" bereits der epochemachende Historiker, der weiß, welchen bewegenden Platz in der Umwälzung der menschlichen Verhältnisse die gesellschaftlichen Entwickelungsgesetze haben. Er weiß aus der Geschichte, daß alle revolutionären Bewegungen bisher von „Minoritäten für die Interessen von Minoritäten" gemacht wurden. Die proletarische Bewegung aber muß von der „ungeheuren Mehrzahl" ausgehen, soll sie „für die ungeheure Mehrzahl" Erfolg haben, und der „erste Schritt der Arbeiterrevolution" muß die „Erkämpfung der Demokratie" sein. Das sind Regeln des Manifestes, die allerdings von den Bolschewiki in den Wind geschlagen werden, obgleich sie die elementarsten sind. Lenin braucht weder die „ungeheure Mehrzahl" für den Sieg seines Sozialismus, noch braucht er die Demokratie, die nach ihm eine „Ausgrabung", ein Petrefakt längst überwundener, oder von den Russen in wenigen Monaten übersprungener Entwickelungsetappen ist.

Hier beginnt sich das gewaltige revolutionäre Geschehen zu einem grotesken Bild alter Regeln und neuer Dialektik zu mischen. Die Friedensfrage, die die Bolschewiki ans Ruder gebracht hat, sollen gewissermaßen zum Prüfstein der neuen revolutionären Dialektik werden. Nur kein Friedenskompromiß mit der bürgerlichen Welt im jetzigen Stadium ihrer imperialistischen Kriegsraserei. Erst muß sie sich selbst aufgefressen haben, erst muß das Kriegsverbrechen im wahnsinnigsten Bürgerkrieg sich selbst übergipfelt haben, dann erst — „auf den Straßen von Berlin und Wien" ist die Zeit des wirklichen Friedens, des sozialistischen Völkerfriedens gekommen. Zu dieser bar-

Digitized by Google

barisch revolutionären Konsequenz, die erst die gesamte bürgerliche Kultur, an der seit zwei Menschenaltern auch das Proletariat mitgebaut hat, in Trümmer schlagen will, soll die Diktatur des Proletariats die Arbeiter aller Länder wieder vereinigen. Ob das was dann von Kultur und Menschheitsresten übrig bleibt, noch qualifiziert und stark genug ist, die Welt eines aristokratischen Sozialismus aufzubauen, darüber machen sich die Dialektiker des gewaltsamen blutigen Klassenkampfes keine Skrupel. Ihr Glaube versetzt auch diese Berge ...

Der mit beiden Füßen fest auf dem Boden des Wirklichen stehende Sozialist soll gewiß kein Entwickelungsfanatiker sein, der alles menschliche Geschehen im vulgärsten Entwickelungssinne erklärt. In Rußland haben viele Dinge ganz sicher einen anderen Lauf genommen als die Buchweisheit es gelehrt hat; in der revolutionären Tat sowohl, wie in der revolutionären Entwickelung. Aber über das elementarste revolutionäre Entwickelungsgesetz: den historischen Zwang zur Vollendung des Sozialismus, kommen auch die Russen nicht hinweg. Und dieser historische Zwang besteht für das jetzige Rußland nicht. Darin liegt die tiefe Tragik im Weltkampf des Sozialismus. Er wird aufs schwerste von den Völkern mit den schwächsten Kulturpotenzen in dem Augenblick diskreditiert, in dem er sich anschickt, im Bereiche der westlichen Völker — vor allem in Deutschland und in England — ein mächtiger Wirklichkeitsfaktor zu werden. Die deutsche Entwickelung dahin ist zu bekannt, als daß darüber eine umständliche Erörterung wiederholt werden brauchte. Das entsittlichende Prinzip der privatkapitalistischen Epoche ist nie brennender erkannt und auch empfunden worden wie heute. Selbst Frauen und Männer der kapitalistischen Herrenschicht und der Intelligenz stehen erschüttert unter dem furchtbaren seelischen Druck dieser Sintflut und kämpfen dagegen an mit dem sittlichen Rüstzeug wirklicher Edelmenschen. Das sind wertvollere Kampfmittel für den Sieg des Sozialismus, wie Bajonette und Maschinengewehre. Damit erhält der proletarische Klassenkampf, der ja den „Unteren" von den „Oberen" aufgezwungen ist, im verstärkten Maße die ethische Begründung, die wir Sozialisten ihm schon immer gaben.

Auch in England ist eine Entwickelung unverkennbar, die dem sozialistischen Prinzip ebenfalls eine unvergleichlich höhere Machtfülle sichern wird, wie die Bajonette der hungernden russischen Bauernsoldaten und der roten Garde des existenzlosen Petersburger Industrieproletariats. Freilich ist die sich gegenwärtig vorbereitende englische Gründung einer großen sozialistischen Partei national-sozialistisch gedacht. Aber das ist eine Tendenz, die der Krieg gebar, und mit der alle Völker, auch das deutsche, sich bis zu einem gewissen Grade abfinden müssen. Aber wichtiger wie der nationale Begriff ist das andere Faktum, das sich bei den Briten durchringt: die sozialistische Verständigung zwischen Hand- und Kopfarbeiter gegen Großindustrie und Großkapital und der Ausbau der Demokratie (Munizipalwahlrecht

Digitized by Google

Frauenwahlrecht). Hier geht der Weg zur politischen Macht, den wir in Preußen-Deutschland nach der sicheren Eroberung des preußischen Wahlrechts ebenfalls beschreiten werden. Dieses geistige Vorwärtsdrängen also, das geistige Zusammenfassen der „Masse" und nicht das gewaltsame Zertrümmern für den Weiterbau notwendiger und vorhandener Entwickelungsquaden, das ist revolutionäre Kraft im besseren, ja im besten Sinne. In dieser geistig revolutionären Entwickelung reift der ganze Zukunftskomplex der Völkerhoffnungen auf Völkerfrieden, Weltdemokratie und gesellschaftliche Gerechtigkeit viel sicherer der Erfüllung entgegen, als unter dem Zeichen, das die Bolschewiki für den sozialistischen Sieg aufgerichtet haben.

Für uns etwas schwer empfängliche Deutsche ist aber vor allem auffällig, wie Trotzki und seine Leute die russische Antriebskraft für ihre große sozialistische Weltoffensive schaffen wollen. Hier geht ihre sozialistische Befangenheit oder Unbefangenheit weit über das normale Maß hinaus.

85 Prozent der russischen Bauern und Fremdvölker stehen mit ihrem kleinbäuerlichen Agrarsozialismus und kleinbürgerlichen Gefühlssozialismus dem restlichen Prozentsatz des Industrieproletariats der großen Städte feindselig oder verständnislos gegenüber. Auch die mechanisch wirkende Bundesgenossenschaft der den Sozialismus ökonomisch ausreifenden monopolistischen Privatproduktion fehlt den Trotzkileuten zum Siege des Sozialismus. Trotzdem aber wanken sie nicht. Mit der Verbissenheit religiöser Bekenner redigieren sie einfach das Evangelium um. Aus der Marxregel von der „ungeheuren Mehrzahl" machen sie eine unmarxistische Regel von der „ungeheuren Minderheit", die an der „ungeheuren Mehrzahl" das Wunderwerk verrichten muß. Die geistige Kraft der Führer wird für ausreichend gehalten, der sozialistischen Revolution den Sieg zu sichern ... Als die kleinbäuerlichen Revolutionäre in der ersten Sitzung der Konstituante Rechnungslegung über den praktischen Erfolg des Bolschewikisozialismus verlangten, wurden die neugierigen Frager mit Kanonen auseinandergejagt. Lenin wollte ihnen zeigen, wie überflüssig das demokratische Fragerecht ist, wo es sich doch nur darum handelt, mit der rechtgläubigen Minderheit den kühnen Sprung über konstitutionelle und demokratische Etappen hinweg in den Idealstaat sozialistischer Freiwilligkeit zu wagen. Hier liegen die dialektischen Schnitzer greifbar zutage. Sie zeigen die souveräne Verachtung des gesellschaftlichen Entwickelungsprinzips und beweisen die Unmöglichkeit eines sozialistischen Sieges nach solchen Methoden ...

Will man mit einer sozialistischen Diktatur des Proletariats nicht eine neue Barbarei auf eine alte setzen, dann ist vorher eine erste Vorbedingung nötig: aus der „Masse" muß eine Gesellschaft bewußt sozialistisch und sittlich handelnder Einzelmenschen herangebildet sein. Nur eine Diktatur solcher Menschen kann das neue Gesellschaftsgebäude fest verankern und aus dem Zwang eine glückliche Freiwilligkeit machen. Aber dieser Reifegrad der menschlichen Gesellschaft

Digitized by Google

ist heute noch nirgends, in Rußland erst recht nicht, erreicht. Soll trotzdem über diese elementarste Vorbedingung hinweg die sozialistische Diktatur etabliert werden, dann kann das Resultat nur Anarchie oder eine Ochlokratie sein, die das furchtbare Gegenteil des Prinzips der sozialistischen Aristokratie ist. Und das ist das Niederdrückende bei dem furchtbaren Spiel: zu diesem Experiment, zu diesem „sozialistischen Versuch" führen Lenins und Trotzkis Wege. Daß auch in Deutschland etwas von diesem Einfluß zu spüren ist, kann nicht geleugnet werden. Die Beeinflussung kann um so leichter an Boden gewinnen, je bedenkenloser das reaktionäre politische Extrem bei uns ebenfalls mit dem Katastrophengedanken spielt. Aber trotzdem werden die Arbeiter nicht einfach Nachahmer der russischen Methoden sein. Das Klischee der Arbeiterräte schafft die Umwandlung in Deutschland noch nicht. Wir haben Kulturpotenzen, die für einen sozialistischen Sieg assimiliert werden müssen, oder wir werden nie einen Sieg in der Richtung zur sozialen Gerechtigkeit erleben. Und selbst das Katastrophenextrem des ostelbischen Borussentums kann anders als durch das Bolschewikitum überwunden werden. Extrem gegen Extrem bringt Scherben, aber baut kein neues Haus. Der Ausweg liegt bei denen, die nicht zum Proletariat gehörig, die Zeichen unserer Zeit dennoch zu lesen verstehen. Das Bürgertum muß den Staatsbürgergedanken weiter fassen. Nicht nur das ist Bürgertum, was sich durch Besitz Bürgerrechte erwirbt, sondern all das, was durch die Pflichten am Staat vereinigt ist. Die höchste Pflicht am Staat aber ist die Arbeit. Die geistige wie die körperliche Arbeit zusammengefaßt ist die Wirtschaft des Volkes ist die Kraft, die Existenz des Staates überhaupt.

Kann diese gesellschaftliche Arbeit durch eine sittliche Interessengemeinschaft zwischen Intelligenz und Arbeiter der privatkapitalistischen Klassendiktatur entzogen und nur der Sozietät dienstbar gemacht werden, dann haben wir einen sozialistischen Sieg im Sinne Ferdinand Lassalles: die Wissenschaft und die Arbeiter.

Daimler

Von Linter

Vier Tage nach den Enthüllungen über die Daimler-Gesellschaft stehen deren Aktien höher als zuvor. In runden Ziffern bewertet die Börse heute dieses Unternehmen mit 120 Millionen Mark. Kurz vor dem Krieg stellte diese größte deutsche Automobil- und Motorenfabrik auf Grund des Börsenkurses ein Objekt von rund 24 Millionen dar. Sie wird also heute um 96 Millionen höher eingeschätzt. Nur ein Viertel dieser Steigerung beruht auf der Einzahlung neuen Aktienkapitals. Das heißt also, es ist eine Werterhöhung der alten Kapitalsanlage um nicht weniger als 72 Millionen nach Ansicht der geschäftskundigen Börsenleute eingetreten. Diese wenigen Ziffern allein hätten längst Reichstag und Regierung nachdenksam machen

Digitized by Google

müssen. Ob die Beschuldigungen, die in der Kommission erhoben wurden und von der Verwaltung jetzt teilweise bestritten werden, zutreffen oder nicht, spielt dabei eine ganz geringe Rolle, wie denn überhaupt die Daimler-Gesellschaft für die nachstehenden Erörterungen lediglich als Beispiel dienen soll.

Was wir zu sagen haben, gilt in zum mindesten gleichem Maße für Hunderte anderer Kriegslieferanten. Die Leute von Daimler sind sicher nicht die größten Sünder, denn sie dürfen für sich auf eine glänzende technische und finanzielle Vergangenheit, auf ein rastloses erfolgreiches Arbeiten vor und im Kriege verweisen. Das können die andern Werke mit ähnlichen Gewinnsteigerungen gewiß nicht alle. Im Gegenteil, es sind darunter viele, die vor dem Krieg nahe am Zusammenbruch standen und jetzt auf einmal förmlich im Gelde schwimmen.

Man kann in Gesprächen mit Industriellen oft hören, daß für sie jetzt, unbeschadet aller Plagerei durch Behörden und Aufsichtsbeamte, im Grunde genommen die Arbeit viel einfacher ist als je: die Rohstoffe brauchen sie nicht mehr einzukaufen, sondern erhalten sie von den Kriegsgesellschaften zugewiesen. Die Verkaufsorganisation, früher mit das schwerste in jedem Unternehmen, wurde überflüssig. Denn der Staat kauft ja alles, ohne daß man Reisende und Propaganda in Bewegung setzt. Und die Außenstände, die Sorge jedes vorsichtigen Kaufmanns, sind auf ein Minimum zusammengeschmolzen, denn der eine Schuldner, das Reich, zahlt ja mit der größten Pünktlichkeit. Im Anfang des Krieges war das anders. Da gehörten großer Unternehmungsgeist und Risikomut dazu, den Betrieb umzugestalten, neue Maschinen und Gebäude zu erstellen. Die „Gefahr" eines kurzen Krieges war für solche Unternehmungen nicht gering, und deshalb schien damals die Gewährung ausreichender Gewinne zum mindesten recht erwägenswert. Diese Voraussetzung ist aber längst weggefallen. Trotzdem blieb es mit dem Dickverdienen beim alten. Es ist nämlich eine eigene Technik entstanden, wie man Gewinne versteckt. Manche ergötzliche Anekdote könnte da erzählt werden, wie etwa jenes „sorgenvolle" Telephongespräch zwischen einem Berliner Bankdirektor, einen Aufsichtsratsvorsitzenden, und dem Direktor der süddeutschen Fabrik:

Der Bankdirektor: Nun, wie ist der Abschluß?

Der Fabrikdirektor: Jn bin in schrecklicher Verlegenheit — wir haben über hundert Prozent vom Aktienkapital verdient, die können wir doch unmöglich offiziell zugeben. Was soll ich machen?

Bankdirektor: Na, schreiben Sie mal auf die Warenbestände ein Millionchen ab.

Fabrikdirektor: Das geht doch nicht, die ganzen Warenbestände sind ja ausverkauft.

Bankdirektor: Na, dann machen Sie Rückstellungen auf die Debitoren.

Fabrikdirektor: Verzeihung, wir haben doch nur den Staat als Kunden.

Bankdirektor (verzweifelt): Na, in Gottes Namen, buchen Sie auf die Effekten ab!

Fabrikdirektor: Wir haben aber doch nur Kriegsanleihen ...

Weiter hat unser Gewährsmann nicht zugehört. Er kann also nicht sagen, wie es gemacht wurde. Sicher ist nur, daß jenes Werk auch nicht annähernd in seiner Bilanz 100 Prozent Gewinn zugestand. Doch Fälle wie diese sind nicht die schlimmsten. Denn

Digitized by Google

letzten Endes werden doch einmal die versteckten Gewinne an den Tag kommen. Schlimmer ist es vielleicht da, wo man zu rücksichtslos und ehrlich die erzielten Gewinne verteilt hat. Denn diesen nachzulaufen, wird einigermaßen schwer halten.

Damit kommen wir auf den Hauptpunkt. Die Beschwichtigungsräte meinen, das mit den Kriegsgewinnen sei gar nicht so schlimm, weil der Fiskus alles ja wieder erfassen werde. Das ist leider falsch. Denn eine alte Erfahrung lehrt, daß auch der schlaueste Steuerbeamte es mit seiner Kundschaft an Gerissenheit nicht aufnehmen kann. Und wenn einmal der Gewinn aus seiner Erzeugungsstelle herausgekommen ist, so verkrümelt er sich in geometrischer Progression. Das Geld wird verschwendet, es wandert, um uns einmal ganz derb auszudrücken, zum Perlenhändler und zum Schleichhändler für Speck und Butter, in moderne Sanatorien und Nachtlokale. Das Geld ist nicht mehr faßbar. Das hätte man längst erkennen sollen. Spätestens im zweiten Kriegsjahr hätten wir Maßnahmen treffen müssen, wie sie vor einiger Zeit an dieser Stelle in dem Aufsatz über die amerikanische Kriegswirtschaft geschildert wurden. In Amerika hat man kurzerhand dekretiert, daß die Gewinne vor dem Krieg als Normalverdienst anzusehen sind, daß alles, was darüber hinaus eingenommen wird, ganz anders als bei uns dem Fiskus verfällt. Statt dessen gestattete man bei uns der Industrie alles und jedes. Dinge, die das deutsche Aktienwesen gar nie kannte, sind bis vor ganz kurzer Zeit ohne weiteres erlaubt gewesen, wie zum Beispiel die Verteilung von Gratisaktien an die Aktionäre, die Ausschüttung eines besonderen Bonus und dergleichen mehr. Ein krasses Beispiel für die Weitherzigkeit in diesen Dingen ist gerade die Daimler-Gesellschaft. Als deren Aktien etwa 1000 standen, erlaubte man der Gesellschaft, den Besitzern der 8 Millionen alten Aktien weitere 24 Millionen zu einem Kurse von 107 auszugeben. Das war eine Verwässerung, wie sie die Geschichte des deutschen Aktienwesens nie gekannt hat. Es wäre angebracht, die Reichsbank zu fragen, warum sie unbegreiflicherweise ihre Zustimmung gegeben hat.

Wenn wir vorhin von dem allmählichen Versickern jener Millionen sprachen, so muß auch an recht bedenkliche politische Dinge erinnert werden. Die Schwerindustrie beispielsweise zeichnet heute mit vollen Händen für Dinge Gelder, die jedem Freund einer unabhängigen Presse notwendig einigermaßen bedenklich erscheinen. Hier braucht nur das Schlagwort „Ala" hereingeworfen zu werden, oder an die Finanzierung von geldbedürftigen Zeitungen usw. erinnert zu werden; was man für solche Dinge zeichnet, wird dann unter Unkosten gebucht und braucht nicht einmal versteuert zu werden.

Eine große Rolle im Falle Daimler spielt die Frage der Kalkulationen, und die Erklärung der Gesellschaft selbst beeilt sich, gerade diese Vorwürfe als falsch zurückzuweisen. Das wird sich erweisen. Aber gleichgültig, wie sich die Dinge in diesem Sonderfall erledigen werden, kann hier mit aller Bestimmtheit versichert werden, daß man das Wort Kalkulation in weiten Kreisen der Industrie nur mit einem

Digitized by Google

Augurenlächeln in den Mund nimmt. Als vor einiger Zeit in der Nähe von München ein kleiner handwerksmäßiger Hersteller eines chemischen Spezialmittels verurteilt wurde, weil er einige hundert Prozent auf die Selbstkosten schlug (obwohl er das schon im Frieden getan hatte), da versicherte uns ein Industrieller, daß so eine Dummheit nur einem kleinen Mann passieren könne. Denn nur in einem kleinen Betriebe könne man derartige Kunstgriffe entdecken, anderswo hätte man längst verstanden, alles hübsch zu verdecken. Und derselbe Mann meinte, auch er werde ja von seinen Lieferanten wahnsinnig überteuert, ohne sich darüber aufzuregen, im Gegenteil, es sei ihm ganz angenehm. Das erläutertete er an folgendem Beispiel: „Ich habe dieser Tage eine Maschine bestellt, die im Frieden 3000 M. gekostet hat und für die jetzt die herstellende Fabrik 20000 M. verlangt. Selbstverständlich ist gar keine Rede davon, daß sie zu dieser Forderung berechtigt ist. Mir ist es aber insofern ganz recht, als ich auf diese Weise mit einem Schlag 20000 M. abschreiben kann, während ich früher diese 3000 M. bestenfalls in zehn Jahresraten aus dem Gewinn als Amortisation deckte."

Dieser Herr mag von seinem persönlichen Standpunkt aus nicht so ganz unrecht haben. Volkswirtschaftlich sind diese Dinge von geradezu fürchterlicher Wirkung. Denn gerade der Umstand, daß in dem großen Glied der Produktionskette jeder einzelne dick verdienen will und dick verdienen darf, ist einer der Hauptgründe, warum wir heute auf einer so gefährlichen Preishöhe angelangt sind, welche allen Nichtkriegsgewinnern ein einigermaßen leidliches Leben fast unmöglich macht. Und gerade der Umstand, daß jeder einzelne so glänzend verdient, ist letzten Endes ruinös für unsere Wirtschaft und hätte längst ganz andere Maßnahmen erforderlich machen müssen.

Die Börse hat sich über den Fall Daimler nach anfänglicher großer Bestürzung wieder beruhigt. Sie nimmt an, daß man schon wegen der 8. Kriegsanleihe den Fall Daimler mit einem dichten Schleier bedecken werde. Auch hofft man geradezu, daß diese neuen Geschäftsgewohnheiten bei uns so weit um sich gegriffen haben, daß nicht allzu viele Leute an ihrer Aufdeckung interessiert seien. Wir würden es für entsetzlich halten, wenn die Börse recht behielte. Denn unendliche Werte stehen hier auf dem Spiel. Es handelt sich nicht nur um die bittere Notwendigkeit, der Verschwendung unserer Milliarden ein kategorisches Halt zuzurufen. Auch die erwähnte Überteuerung aller Bedarfsartikel ist nicht unsere größte Sorge, wohl aber scheint es uns unerläßlich in Deutschland jeder Korruption, wo immer sie sich breit macht, furcht- und rücksichtslos in Gesicht zu leuchten. Und die 8. Kriegsanleihe? werden manche fragen. Für die haben wir keine Angst. Die wird auch ohnehin gut, sogar sehr gut gehen. Aber das Ausland! Auch vor dem Ausland brauchen wir uns nicht zu fürchten, im Gegenteil, es ist ein Zeichen der Stärke, wenn man faule Dinge vor aller Öffentlichkeit behandelt. Denn nur der Starke kann sich diesen Luxus erlauben. Und wir sind stark!

Digitized by Google

Notizen

Herzogtum Kurland. Der Kurländische Landesrat hat dem Kaiser und König von Preußen die Herzogskrone von Kurland angeboten. Wer ist dieser Landesrat? Als die russische Verwaltung beim Vormarsch der deutschen Truppen Kurland verlassen hatte, blieben als einzige Organe der Selbstverwaltung die Ritterschaft und in den Städten die Kommunalverwaltungen zurück. Die Ritterschaft, die das Recht der Gesetzesinitiative besaß, beantragte bei der deutschen Verwaltung eine Ausgestaltung der örtlichen Selbstverwaltung durch Einbeziehung des lettischen Kleingrundbesitzes und Stadtverwaltungen, welche Neuordnung bisher an dem Widerspruch der russischen Regierung gescheitert war. Diesem Wunsche gab die deutsche Verwaltung Folge. Da Kurland etwa zu gleichen Teilen aus Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz besteht, so wurden in die Landesversammlung je 27 Vertreter des Großgrundbesitzes und des Kleingrundbesitzes gewählt; dazu 17 Vertreter der Städte (10 Deutsche, 6 Letten, 1 Jude), 5 Geistliche (3 Deutsche und 2 Nichtdeutsche) und 4 Glieder des ritterschaftlichen Komitees. Diese Landesversammlung wählte den Landesrat, der aus 6 Großgrundbesitzern, 6 Bauern, 4 Städtevertretern, 3 Geistlichen und einem Vertreter der Ritterschaft bestand. Darunter befinden sich 7 Letten und 1 katholischer litauischer Pfarrer. Die bäuerlichen Wahlen zur Landesversammlung kamen auf folgende Weise zustande. Die Gemeindeältesten Kurlands wählten aus ihrer Mitte 27 bäuerliche Vertreter. Da die Wahlen zu den Gemeindeältesten auf einem russischen Gesetze beruhen, so handelt es sich also nicht um eine ad hoc zurecht gemachte Wahl. Wichtig ist ferner, daß die Gemeindeältesten zwar aus der Zahl der bäuerlichen Hofbesitzer gewählt werden müssen, jedoch von der Gemeindeversammlung, auf der alle männlichen Glieder der Gemeinde, einerlei ob sie besitzlich oder nicht sind, Stimmrecht haben. Bemerkt sei noch, daß die Güter in die Gemeindebezirke nicht eingemeindet sind, also keinen Einfluß auf die Wahl ausüben können. Auch bei den Wahlen der städtischen Vertreter wurde auf die Stadtverordneten-Versammlungen zurückgegriffen, die noch zu Zeiten der russischen Regierung gewählt waren; also auch hier kann von einer deutschen Beeinflussung nicht gesprochen werden.

Aus den jetzt gefaßten Beschlüssen des kurländischen Landesrates geht hervor, daß die Bevölkerung Kurlands nicht nur die Loslösung von Rußland wünscht, sondern auch geglaubt hat, daß ein so kleiner Staat, wie Kurland, nur in engster Anlehnung an einen mächtigen Nachbar bestehen kann. Hervorzuheben ist noch die Erklärung des lettischen Vertreters, daß die Letten keinen eigenen Herzog wünschen, sondern die Personalunion mit dem deutschen Kaiser und König; ebenso sind Deutsch-Balten und Letten im Wunsche einig, daß Livland und Estland mit Kurland zu einer staatlichen Einheit verschmolzen würde. Eine Teilung der seit 700 Jahren zusammengewachsenen Provinzen etwa durch die Dünalinie würde das Lettenvolk mitten entzwei schneiden und unwiderruflich zu einer lettischen Irredenta führen. Da ein solcher Zustand von keinem Teile gewünscht werden kann, so bliebe nur die Peipus-Linie übrig, da sonst überhaupt keine strategische Linie vorhanden ist. Diese ist aber von Moltke schon als überaus günstig bezeichnet worden.

So verständlich es ist, daß Kurland bei erstmöglicher Gelegenheit seinen Wunsch nach enger Verbindung mit Deutschland aussprach, so kann nicht verschwiegen werden, daß es taktisch nicht unbedenklich war, vor Ratifizierung des russischen Friedens solch einen Beschluß zu fassen, zumal auch die achte Kriegskreditvorlage vor der Tür steht. Gerade weil wir stets für diese Lösung der östlichen Frage energisch eingetreten sind, glauben wir ein Recht zu haben, es auszusprechen, daß es klüger gewesen wäre, diesen Antrag nicht ohne Fühlungnahme mit dem Reichstag, der doch ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben

Digitized by Google

wird, zu fassen. Daß aber auch die Lösung des kurländischen Landesrates zu mancherlei Bedenken Anlaß gibt, zeigt ein Artikel der „Frankfurter Zeitung" vom 13. März, der im großen und ganzen die Ansicht der Reichstagsmehrheit widerspiegeln dürfte. Es heißt da u. a.:

„Der kurländische Landesrat will durch eine Reihe von Konventionen das Heer-, Zoll-, Verkehrs-, Bahn-, Münz- und Gerichtswesen seines Landes möglichst eng dem Deutschen Reiche angliedern. Hier soll also ein deutsches Nebenland entstehen, das mit der Zeit in allen Stücken einen Teil des Reiches bilden würde, ohne daß die deutsche Volksvertretung ein Recht der Mitbestimmung hätte. Wir halten es für unmöglich, daß der Reichstag einer solchen Anordnung widerspruchslos zustimmt. Es darf nicht als Folge des Krieges der Verantwortungskreis des deutschen Volkes vergrößert werden, ohne daß sein gesetzlicher Einfluß mindestens in demselben Maße gewahrt wird. Entschließt sich die Reichsleitung dazu, Kurland „möglichst eng an Deutschland anzuschließen", wie der Landesrat es beantragt, so würden wir die offene Angliederung des kleinen Landes an den preußischen Bundesstaat der Errichtung eines formell außerhalb des Reiches stehenden Herzogtums vorziehen. Als preußische Provinz würde Kurland ein vollberechtigter Bestandteil des Deutschen Reiches sein, und die Bevölkerung hätte die Gewähr, ihre Beschwerden und Wünsche der großen deutschen Öffentlichkeit zu Ohren bringen zu können, während andernfalls die Gefahr eines militärisch-großagrarischen Systems ohne gehörige Kontrolle denkbar ist."

Die in der „Frankfurter Zeitung" geäußerten Bedenken sind durchaus nicht alle von der Hand zu weisen. Trotzdem stehen wir nicht an, die Erwartung auszusprechen, daß der Beschluß des kurländischen Landesrates einen Anfang bildet zur glücklichen Lösung der östlichen Fragen, die uns das Schicksal durch den Zerfall des russischen Reiches auferlegt hat. Sollte es sich dabei erweisen, daß dem selbständigen Herzogtume die Eingliederung als preußische Provinz vorzuziehen wäre, so wären wir die ersten, die das mit Freude begrüßen, um so mehr, als wir von einem staatsrechtlich erneuerten Preußen eine stärkeren kulturpolitische Werbekraft erwarten, als sie sonst in der östlichen Überlieferung sich gezeigt. A. S.

Schwedische Pressestimmen zur Aalandfrage. Die Errichtung einer Etappenstation auf den Aalandsinseln, um die deutsche Waffenhilfe für Finnland zu ermöglichen, hat naturgemäß in Schweden nicht geringe Erregung hervorgerufen. Die aktivistische Presse weist nicht mit Unrecht darauf hin, daß dieses für Schweden unliebsame Ereignis nur durch die verkehrte Politik der schwedischen Regierung ermöglicht worden sei. Das führende Blatt der Aktivisten „Nya Dagligt Allehanda" nennt den Protest der schwedischen Regierung einen „Fastnachtsscherz", nachdem Schweden die Bitten der Finnländer kalt zurückgewiesen hat: „Die ganze Aalandsfrage ist jetzt in ein Stadium getreten, daß, wenn Schweden die Inseln noch entgegennehmen darf, es sich in vielem, was nicht leicht ist, fügen muß; und falls Schweden die Inseln nicht bekommt, so wird der starke Druck, der von dort ausgeübt werden kann, ein noch bedeutungsvollerer Faktor als vor dem Kriege werden." Das konservative, aber nicht aktivistische „Svenska Dagbladet" ist der Ansicht, daß „Schweden große Möglichkeiten besaß, die aber von den kurzsichtigen Machthabern nicht ausgenutzt worden seien". Die gemäßigt-liberalen „Stockholms Tidningen" erklären, „es muß vom schwedischen Standpunkt aus offen und ohne Vorbehalt zugegeben werden, daß es jedenfalls viel besser ist, wenn der blutige Anarchismus in Finnland mit deutscher Hilfe überwunden, als wenn er mit russischen Waffen siegen und über Kultur und Demokratie triumphieren würde. Die Nichtintervention Schwedens nennt sie einen schicksalsschweren Fehler, der allen Parteien zur Last falle, weil infolge der Parteizersplitterung der Staat keine starke Außenpolitik treiben konnte." „Der Traum eines größeren Skandinaviens dem auch Finnland angehören sollte, ist vereitelt und die Entwicklung der Ereignisse schiebt Schweden in ausgesprochenem Maße zur Seite." Die linksliberale „Afton Tidningen" verteil-

Digitized by Google

digt den Protest der schwedischen Regierung und erklärt, daß „durch die deutsche Landung ein starkes Mißtrauen zu den Absichten, die hinter diesem Auftreten liegen, hervorgerufen worden sei". Die demokratischen „Dagens Nyheter" erklären, daß „die Aalandsinseln in den Händen einer Großmacht mit offensiven Tendenzen für Schweden ein Dorn im Auge sei. Bevor die schwedischen Truppen die Räumung der Inseln seitens des russischen Militärs durchsetzen konnten, ankerten die Deutschen, nachdem sie sich wie zufällig die Hegemonie der Ostsee gesichert hatten, vor den Aalandsinseln." Die Zeitung „Socialdemocraten" ist schließlich der Ansicht, daß Reval und die estländische Küste den Deutschen viel bessere Stützpunkte für Operationen in Finnland böten, als die Aalandinseln und will daher in der Landung der Deutschen eine gegen Schweden gerichtete Spitze sehen. Im späteren Verlaufe des Artikels gibt das sozialdemokratische Blatt aber zu, daß die Errichtung einer Etappe für die deutschen Operationen in Finnland in keinem Widerspruch mit den schwedischen Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung auf den Aalandsinseln zu kommen brauche."

Die kirchliche Selbständigkeit der Ukraine. Nicht nur auf dem Balkan, sondern im ganzen Osten ist die Nationalität noch kirchlich orientiert. Die muselmanischen Kreter hielten es mit der Türkei, die Orthodoxen mit Griechenland. Daher war es ganz folgerichtig, daß Bulgarien bei seiner Staatswerdung sofort eine unabhängige bulgarische Kirche unter einem Exarchen schuf, um nicht weiter noch griechische und serbische kirchliche Einflüsse in der Politik dulden zu müssen. Auch die Ukraine arbeitet jetzt eifrig daran, ihre Kirche, die zwangsweise Moskau unterstellt war, wieder zu befreien. Schon war ein orthodoxer Bischof, der die Sache der Ukraine zu der seinigen gemacht hatte, zum Patriarchen für die Ukraine ausersehen. Jetzt ist auch er dem maximalistischen Terror zum Opfer gefallen. Das kann natürlich den Loslösungsprozeß der ukrainischen Kirche von der großrussischen aufhalten, den Drang nach Selbständigkeit aber nur verstärken. Ist erst einmal ein geistliches Oberhaupt in der Ukraine eingesetzt, so wird die Ukrainisierung der Kirche sehr schnell vor sich gehen, weil die niedere Geistlichkeit nicht nur zum nicht geringen Teil im Gegensatz zur höheren Geistlichkeit, die lauter Russifikatoren aufwies, aus der Ukraine stammte, sondern neben den Volksschullehrern die Hauptträger der ukrainischen Selbständigkeitsidee war. Schon der russische Historiker Kostomarow, der von Geburt ein Ukrainer war, hat in seinem interessanten Schriftchen über „Die zwei Nationalitäten in Rußland" (Lemberg 1868, während des Krieges ist vom Bund zur Befreiung der Ukraine in Lausanne eine französische Übersetzung veröffentlicht) die Ansicht verfochten, daß Großrussen und Ukrainer in religiöser Beziehung völlig anders geartet seien. Der Großrusse ist kirchlicher Formalist, der Ukrainer dagegen Mystiker. Daher hat auch der Baptismus in der Ukraine so starken Einfluß gewonnen, der unter dem Namen Stundismus (Betstunden) dort weitverbreitet ist. Da das jetzige Streben der Ukraine nach kirchlicher Selbständigkeit kein Kunstprodukt ist, sondern in alter Tradition wurzelt, hat es gute Aussicht, die breiten Massen des Volkes für sich zu gewinnen.

Zur gefl. Beachtung! Dem besonderen Interesse unserer Leser empfehlen wir den beigelegten Prospekt über Stier-Somlo „Vom parlamentarischen Wahlrecht in den Kulturstaaten der Welt" aus dem Verlag Dietrich Reimer, Berlin.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.20, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 29. März 1918 • Heft 13

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die große Schlacht im Westen ist entbrannt, ihr erster Abschnitt ist ein deutscher Sieg, wir wünschen und hoffen aus ganzem Herzen, daß der Auftakt, der den Engländern in zwei Tagen mehr Gelände entriß als ihre vielwöchentlichen Anstürme in Flandern uns wegnehmen konnten, von weiteren großen Schlägen gefolgt wird. Die furchtbare Technik des Krieges tritt mit neuen Waffen in den Kampf — Paris wird auf hundertzwanzig Kilometer beschossen. Das ist die Stunde, da die Liquidation des Scheinfriedens im Westen militärisch fruchtbar wird. Die deutsche Regierung hat diesen nochmaligen Waffengang so wenig gesucht wie die Heeresleitung — denn wir stoßen nicht als Eroberer in das feindliche Gelände vor. Das Vabanque-Spiel von Versailles konnte aber nur mit den Waffen beantwortet werden und wir können heute *nur* den Wunsch haben: was Hindenburg im Osten gelang, durch überlegene militärische Siege den russischen Regierungskörper auseinanderzusprengen, daß dies auch im Westen gelingen werde. Denn das ist im Augenblick die Aufgabe des Soldaten geworden, mit der Politik des Schwertes und der Vernichtung „drüben" einen Zustand der Friedensreife zu schaffen, um den sich die Staatsmänner bald keck, bald tastend, bald zornig, bald zart, aber bis heute immer vergeblich bemüht haben.

*

Die überlegene Moral unseres Heeres, die Genialität unserer Führung werden überall zu Hause empfunden, aber ich bezweifle, ob man den Einzelleistungen gerecht wird, die gerade in diesem Stadium des Krieges oft von ausschlaggebender Bedeutung für das Gelingen oder Scheitern einer militärischen Operation sind. Ich führe ein Wort aus Feindesmund an:

Die „Nation" vom 9. März bemerkt:

„Die auffallendste Lehre aus der Schlacht von Cambrai ist der gewaltige Einfluß, der von ein paar entschlossenen Männern ausgehen kann. Ein paar deutsche Soldaten bei Flesquières und eine andere Abteilung bei Masnières sind es gewesen, die wirklich unsere Offensive am Eröffnungstage gebrochen haben."

*

Digitized by Google

Es gibt drei Methoden, den Weltkrieg politisch zu liquidieren:

Erstens: Die diplomatische Methode, die bei uns bevorzugt wird. Man erklärt seine Verhandlungsbereitschaft und erwartet dann, sich irgendwo mit einem feindlichen Unterhändler, womöglich mit einem, den man von früher her kennt, zu treffen, um in einer freundschaftlichen Aussprache die Lösung des Weltkrieges zu finden. Diese Methode kann als vieux jeu bezeichnet werden.

Zweitens: Die demokratische Methode. Frühere Vertreter der internationalen Sozialdemokratie treffen sich und versuchen, eine neue Welt aufzubauen ohne Achtung vor der alten, auf Grund von Prinzipien, an die sie glauben, aber die sie noch nicht erprobt haben. Die Verhandlungen werden öffentlich geführt.

Drittens: Die Methode der heilenden Staatskunst. Verhandlungen werden vorbereitet durch einen öffentlichen Dialog, der die Basis der Verständigung nicht nur findet, sondern Völkern so deutlich macht, daß die öffentliche Meinung überall auf den Versuch hindrängt, die noch bestehenden Differenzen durch diplomatische Besprechungen zu überbrücken. Als Herr von Kühlmann seine erste Rede hielt, in der er als Vorbedingung für glückliche Friedensverhandlungen eine bestimmte Atmosphäre forderte, hatte man gehofft, daß er den dritten Weg beschreiten würde.

*

Der Gang der Friedensverhandlungen mit Rumänien hat sich sehr schleppend gestaltet. Allzuschleppend, nachdem die wesentlichen Umrisse der künftigen Gestaltung rasch genug festgelegt waren. Das Zwischenspiel des rumänischen Regierungswechsels war Hemmnis — nun aber müßte rasch und entschieden Schluß gemacht werden. Denn die lange und abwartende Abwesenheit des Staatssekretärs in einem Augenblick, da der Handel zwischen der Entente und Holland höchste Zuspitzung erfuhr, kann für die Vertretung der deutschen Interessen nicht erwünscht sein.

*

Ein führender Reichstagsabgeordneter schreibt uns:

„Im Hauptausschuß und im Plenum wurde Herr von Kühlmann gerade von seinen Freunden vermißt. Die Atmosphäre im Foyer während der letzten Woche war fragend. Die loyale Art Payers verhinderte eine tiefergehende Unruhe. Aber die Zahl der Fragezeichen blieb groß. Ein Vorteil für das Auswärtige Amt war die vertrauenerweckende, staatsrechtlich durchdachte Auskunfterteilung durch Geheimrat Simons. Der Wunsch, einen sicheren, durchdachten Plan in der Leitung der politischen Aktionen zu sehen, kam in den Privatgesprächen immer wieder zum Ausdruck. Im Spiel der großen Politik wie im Schachspiel bewährt es sich, mehr als den nächsten Zug vorauszukompinieren."

*

Die Entente hat durch Balfours Mund eine sehr gespreizte Verwahrung gegen den Ostfrieden erlassen, den er ein „politisches Verbrechen" nennt. Begangen wohl

Digitized by Google

gegen das Londoner Abkommen vom September 1914. Es ist niemand von uns geneigt, diese Kundgebung irgendwie tragisch zu nehmen: es sind Worte in die Luft, die von dem Schlachtenlärm des Westens, kaum gesprochen, schon zerfetzt sind. Die Ohnmacht und Wut, die das russische Werkzeug gegen Deutschland nun völlig gelähmt sieht, findet nur den Ausweg in Schimpfworten. Das hat mit Politik nichts zu tun. Eine Frage der Politik aber wird es sein, die östlichen Dinge als eine erledigte Sache durchzuhalten. Ob, daß und wieweit wir dies vermögen, auch darum wird heute in den großen Schlachten des Westens gekämpft.

*

Lloyd George hält sich noch immer, aber es kann kein Zweifel mehr sein, daß seine Tage gezählt sind. Wie der Arzt an gewissen Symptomen bestimmte unheilbare Krankheiten feststellen kann, so läßt sich heute die Unhaltbarkeit der Lloyd Georgeschen Stellung diagnostizieren. Dasjenige Symptom, das am allerschwersten ins Gewicht fällt, ist der allgemeine moralische Dégout, dem kein Premierminister auf die Dauer standhalten kann. An zweiter Stelle steht die Nervosität, die Lloyd George deutlich zeigt: Nur die Stimmung der Verzweiflung konnte ihn veranlassen, Northcliffe, Rothermere und Beaverbrook in einem Augenblick in seine Umgebung zu ziehen, wo er öffentlich als Inspirator der Preß-Intriguen angegriffen wurde. Man würde sich nicht wundern, sollte Lloyd George demnächst Horatio Bottomley, den Herausgeber der englischen Zeitschrift „John Bull", früheren Gründungsschwindler, zum Lordkanzler machen.

*

Eine geschichtliche Feststellung: Als Lichnowsky 1912 die Berufung nach London erhalten, meldete er sich bei dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Kiderlen-Wächter: „Wie Eure Exzellenz wissen, hat mich Seine Majestät auf den Botschafterposten nach London berufen." Kiderlen, hinter dem breiten Schreibtisch sitzend, schob die runde Brille auf die Stirne und antwortete, gelassen resignierend: „Ja — leider!" Kiderlens wie Bethmanns Gegenbemühungen waren fruchtlos geblieben.

Den 24. März 1918

Offensive und Ideenkampf

Von Dr. Paul Rohrbach

Hermann Stegemann erinnert am Schluß des zweiten Bandes seiner Geschichte des Weltkrieges an das Wort des früheren Generalstabschefs Grafen Schlieffen über den Ermattungskrieg:

„Solche Kriege sind aber zu einer Zeit unmöglich, wo die Existenz der Nation auf einen ununterbrochenen Fortgang des Handels und der Industrie gegründet ist und durch eine rasche Entscheidung das zum Stillstand gebrachte Räderwerk wieder in Lauf gebracht werden muß. Eine Ermattungsstrategie läßt sich nicht treiben, wenn der Unterhalt von Millionen den Aufwand von Milliarden erfordert."

Digitized by Google

Dazu sagt Stegemann:

„Seit Mitte Februar 1915 war das Unmögliche möglich geworden, der Krieg wurde auf diese Weise betrieben, nachdem sich Moltkes Weissagung erfüllt hatte, daß keine der großen Mächte in einem oder zwei Feldzügen vollständig niedergeworfen werden könnte."

Dann heißt es bei Stegemann weiter, und die nun folgenden Sätze scheinen mir grundlegend für die Auffassung des Weltringens zu sein und den Verfasser als einen Mann von wahrhafter geistiger Bedeutung zu kennzeichnen:

„Da aber die Völker nur dann zu einem solchen Kriege willig waren, wenn er einer höheren Idee dienstbar erschien und man aus dem Weltkrieg weder einen Glaubenskrieg noch einen Rassenkrieg machen konnte, so wurde er von England, Frankreich und Rußland fortan im Namen der ‚Freiheit und Gerechtigkeit' und gegen den ‚preußischen Militarismus' geführt.

Der Gegensatz innerer staatlicher Auffassungen und Ordnungen, der Preußen-Deutschland von den Weltmächten mit ihrer Demokratie trennte und der Bildung einer gemeinsamen politischen Weltanschauung und Weltstimmung gegen Deutschland in den letzten vierzig Jahren so förderlich gewesen war, erleichterte diese Umprägung des größten Krieges, der um die Welthandelsherrschaft und das im angelsächsischen Sinne zu ordnende europäische Gleichgewicht geführt worden ist, zu einem politischen Ideenkrieg, der nach und nach die ganze Welt in seinen Bann riß.

Nur die begriffliche Bestimmung des Krieges als eines Ideenkampfes hat England und Frankreich gestattet, den gegen Deutschland gerichteten Feldzug aus der Fülle der in ihren Völkern ruhenden Kräfte zu speisen und jahrelang fortzusetzen, während Rußland im Kriege verharrte, weil der Zarismus von den Karpathen den Weg nach Konstantinopel suchte und das liberale Bürgertum und die Arbeiterschaft diesem Kriege nicht widerstrebten, solange er ihnen nicht die innere Befreiung gebracht hatte, die früher oder später aus Siegen oder Niederlagen der Zarenarmeen und vor allem aus der fortgesetzten politischen Ideengemeinschaft und materiellen Interessenverflechtung mit den Westmächten erwachsen mußte. Deutschland und Österreich-Ungarn blieb gegenüber solchen Triebkräften zum Kriege zunächst nichts als das Bewußtsein, für ihren staatlichen Bestand und ihre Selbstbestimmung zu kämpfen. Aber es genügte fortan nicht mehr, sich gegen die Feinde von heute und morgen zu behaupten, sondern man mußte auch den Ideenkampf auskämpfen, der sich gebieterisch ankündigte, und mußte ihn deshalb zugleich im eigenen Schoße und nach außen führen, ohne sich durch die wachsenden Entbehrungen niederdrücken zu lassen und ohne die kriegerische Kraft zu schwächen, die im Westen einen lebenden Wall errichtet, im Osten den großen Angriffsfeldzug der russischen Übermacht zum Scheitern gebracht und die Küsten des bedrohten Vaterlandes mit eiserner Wehr umgürtet hat."

Wer Stegemanns Werk kennt, wird zugeben, daß es, soweit wie unter solchen Verhältnissen Objektivität möglich ist, objektiv geschrieben ist, wenn auch getragen von Bewunderung für die Leistungen deutscher Kraft. Sie raubt dem Verfasser aber nicht der Fähigkeit, kritisch zu sehen, auch uns gegenüber, und ein Beispiel dafür, wie er Kritik übt, ist in den angeführten Sätzen gegeben. Der politisch und historisch gebildete Leser sagt sich: Das eben ist die eigentliche und die gefährlichste Schwäche unserer Stellung im Weltkriege, daß ein großer Teil unserer öffentlichen Meinung nicht einsieht, wie die Feinde nur darum imstande sind, ihren Völkern so große Opfer aufzuerlegen und den Kampf so lange zu führen, weil man in ihnen ein Bewußtsein zu

Digitized by Google

erwecken verstand, der Krieg sei ein Ideenkampf, ein Kampf um große geschichtlich-sittliche Ziele. Demgegenüber bedeutet es wenig, wenn wir darauf hinweisen, daß darin sachlich eine Unwahrheit liegt und daß sich an so vielen Stellen der materielle Eigennutz der Entente-Genossen offenbart. Es ist eine überwältigende Eigenschaft des idealen Prinzips, daß schon eine geringe Beimischung von ihm, ja selbst der bloße Glaube, es sei etwas von ihm da, für die Vorstellungen und Handlungen der Menschen so zu wirken imstande ist, als ob es die Idee selbst in ihrer Reinheit sei, wofür gekämpft wird. Diese Erfahrung mit unseren Feinden machen wir fast vom ersten Tage des Krieges an, und ihretwillen ist von uns immer wieder die Forderung erhoben worden, unsere politische Leitung möge doch endlich das Gesetz der moralischen Offensive begreifen. Nach den niederdrückenden Erfahrungen politischer Unfähigkeit, die wir andauernd in diesem Stück gemacht haben, verstärkt sich freilich mehr und mehr der Zweifel, ob hier noch etwas Entscheidendes für uns wird gebessert werden können. Damit aber belasten wir selbst uns für den Kampf mit einem Bleigewicht, dessen Fortschleuderung uns erst Freiheit geben würde, zu entscheidenden Streichen auszuholen. Hier liegt eine Schwäche unseres nationalen Wesens und daher auch unserer Führung vor, die kaum anders erklärt werden kann, als durch die politische Öde und Leere des einseitig materialistischen Glaubens an Gewaltwirkungen, in dem die heute führende Generation aufgewachsen ist. Jetzt rächt sich die Geistlosigkeit unseres langjährigen Verzichts auf die Mittel psychologischer Vorbereitung des Weltkampfs, der uns nun einmal nicht erspart bleiben konnte!

Der Glaube, daß unsere Feinde einen Ideenkampf kämpfen, der ist es auch, der ihnen das Wagnis erleichtert, die Neutralen derart zu vergewaltigen, wie jetzt Holland. Was jetzt den Holländern angetan wird, das ist der deutlichste Beweis, daß endlich der U-Bootkrieg hart zu wirken anfängt. Über die Torheit, die den rücksichtslosen U-Bootkrieg schon 1915 oder 1916 führen wollte, und über den Leichtsinn, mit dem vor einem Jahr in Aussicht gestellt wurde, in sechs Wochen oder sechs Monaten werde England erledigt sein, steht heute das Urteil fest. Wenn später einmal an diese Episode erinnert werden wird, so wird es geschehen, um zu zeigen, wie gefährlichen Kräften einst die Entscheidung über unser Geschick überlassen war. Jetzt aber scheint es wirklich soweit zu sein, daß die Gegner fühlen: der U-Bootkrieg bedroht uns mit dem Verlust des Krieges! Anders ist nicht zu erklären, daß sie zu dem brutalen und verzweifelten Mittel gegen Holland greifen. Daß sie es aber, sei es auch in höchster Not, wagen dürfen, durch ein solches Mittel sich wieder Rettung auf einige Zeit zu schaffen, kommt daher, daß hinter ihnen die Macht des Glaubens an den Ideenkampf steht. Der Zweck heiligt die Mittel! Damit rechtfertigt nicht nur die Entente ihr Vorgehen, sondern dadurch wird die Kraft des Widerspruchs selbst bei einem Teil der Betroffenen gelähmt — dem Teil, der an die Tatsache des Ideenkampfes gegen Deutschland glaubt. Unter den Holländern, unter den übrigen Neutralen, ja sogar

Digitized by Google

unter den Feinden, ist aber dieser Glaube nicht nur durch die Kunst der gegnerischen Verleumdung mächtig geworden, sondern ebensosehr durch die wahrhaft klägliche Schwäche der von moralischen Ideen getragenen Offensiv-Handlung bei uns.

Wir haben jetzt wieder durch die Schrift des früheren Londoner Botschafters Fürsten Lichnowsky einen Beweis dafür bekommen, wie brüchig es mit der Tragfähigkeit eines wichtigen Stücks der Grundlagen unserer auswärtigen Politik aussieht: der Bereitschaft zu restloser Hingabe der Persönlichkeit an die Sache als selbstverständliche Regel der politischen Disziplin. Daß die Lichnowskysche Veröffentlichung an sich eine furchtbare Kritik für diejenigen bedeutet, die an der Wahl dieses Mannes schuld sind, ist selbstverständlich, aber nicht die Hauptsache. Wenn der Fürst Lichnowsky sich noch ein Stück Selbstbesinnung bewahrt hat, so muß er jetzt einen zweiten Brief schreiben und bekennen, worin er geirrt und gefehlt, und was er angerichtet hat. Man fragt jetzt, was wahr und was falsch an seinen Worten ist. Viel erschütternder als selbst die volle oder die halbe Wahrheit der Lichnowskyschen Kritik an unserem Verhalten gegen England sein könnte, ist der Einblick in die ganze Atmosphäre unseres diplomatischen Dienstes, den der Brief gewährt. Wir sehen, wie in der Wilhelmstraße nicht jenes höchste Ideal des Staatsmanns nach Plato, die Wachsamkeit, das heißt das Aufgehen aller persönlichen Kräfte im Staatswohl, herrscht, sondern wie die Energie des Strebens durch persönliche Gegensätze geleitet wird; wie nicht die Macht und Fülle des Weltgeschehens durch diese Räume zittert, sondern wie die Leute mit der Frage umhergehen: Was kann mir dieser nutzen? Wie kann ich jenem schaden? Wir sehen, wie die Entscheidungen beeinflußt werden durch persönliches Wohl- oder Übelwollen, wie der Neid sich krümmt, wie Freude über Mißerfolge des andern lebendig wird. Ein Mann wie der Fürst Lichnowsky ist niemals ein einziges unbrauchbares Gewächs auf gutem Boden, sondern solche Erscheinungen zwingen notwendig zu dem Schluß, daß in dem Boden selbst üble Kräfte liegen. Über den Torheiten und Kleinlichkeiten, die dieser traurige Mensch vorbringt, und über die man sich schüttelt, läßt sich nach dem Urteil von wirklichen Kennern des auswärtigen „Dienstes" bei uns doch nicht bestreiten, daß unsere Diplomaten in vielen Fällen auf ihrem Posten im Auslande vom Amt her ungenügend orientiert wurden, und daß sie wußten, solche Berichte von ihnen würden die angenehmsten sein, die am meisten den Ideen und Vorstellungen an maßgebender Stelle und dem Wunsch, alles optimistisch zu sehen, entsprachen. Der Standpunkt, den Lichnowsky zur Türkei und zu Österreich-Ungarn vertritt, ist sachlich falsch und politisch wenig ehrenhaft, und was er über Rußland sagt, ist so dumm und so unwissend, daß es keine Worte dafür gibt, aber was ihn angeht, so kann die Politik, die sich weigerte, den Vertrag mit England über Portugiesisch-Afrika und die Bagdadbahn zu unterschreiben, allerdings nur noch mit jenem bitteren Worte Bismarcks vom Geheimrat, „diesem Gemisch aus Dummheit und Bosheit", gekennzeichnet werden. Nur braucht, um dies seit Menschengedenken dümmste Stück

Digitized by Google

unserer auswärtigen Politik zu kennzeichnen, nicht erst ein Fürst Lichnowsky zu kommen, der selbst seine „Kritik" durch Verdächtigung unserer Ziele im Orient zu entwerten versteht.

Alle diese Dinge scheinen jetzt unterzugehen unter dem Donner der militärischen Offensive. Wenn man aber weiß, was die moralische Offensive neben der militärischen bedeutet, so wird man sich auch sagen, daß es die Aufgabe des wahrhaften Staatsmannes bleibt, selbst mitten in der Schlacht an den höheren Zweck zu denken, dem die Schlacht dienen soll, und wenn wir aus Anlaß der Lichnowskyschen Schrift mit unserem Urteil über die Atmosphäre in der Wilhelmstraße, aus der er hervorgegangen ist, in keiner Weise zurückhalten dürften, so glauben wir darum doch nicht, daß es in unserem auswärtigen politischen Dienst und im Auswärtigen Amt überhaupt an Staatsmännern fehlt. Nur sollten sie ihre Eigenschaft auch darin zeigen, daß sie das Übel der Stickluft um sich herum beseitigen. Wer über die Dinge orientiert ist, der weiß, daß sowohl bei Amerika als auch bei einer an Kraft wachsenden Partei in England Bereitschaft zum Vergleich mit uns da war. Wilson, mag man sonst so scharf über ihn urteilen, wie man will, kann nicht einfach als Mitglied der Entente bezeichnet werden, sondern nahm bis jetzt eine Sonderstellung ein, und was Frankreich angeht, so war es nicht schwer zu sehen, daß je extremer die Forderungen der französischen Regierung waren, desto leichter in England und Amerika die Parole ausgegeben werden konnte: dafür setzen wir den Krieg nicht mehr fort! Unsere Leser finden an anderer Stelle eine Inhaltswiedergabe des Briefes von Lord Lansdowne an den „Daily Telegraph" vom 5. März, der darum höher als die früheren Äußerungen des Lords zu bewerten ist, weil mittlerweile deutlich geworden war, daß die Tage Lloyd Georges gezählt sind. Vielleicht war es trotzdem nicht möglich, die Offensive zu unterlassen, weil Lloyd George durch die maßlose englische Zeitungskorruption die Vorschläge Lansdownes, selbst wenn wir ihnen entgegenkamen, noch einmal hätte zu Fall bringen können. Dann aber wäre es gut gewesen, die Offensive psychologisch besser vorzubereiten. Ohne Frage liegt die Schuld, daß es nicht im letzten Augenblick zur Aussprache kam, überwiegend bei den Gegnern, bei Clémenceaus wütendem Starrsinn, bei Lloyd Georges blutig verbissener Boxergesinnung und bei Wilsons salbungsvollen Unverschämtheiten, mit denen er seine Friedensreden dem deutschen Empfinden zum Ekel macht — aber auch unsere Staatsleitung muß sich die Frage vorlegen lassen, warum Graf Hertling die Frage Lord Lansdownes wegen Belgien ebensowenig erneut zu beantworten den Entschluß fand, wie sein Vorgänger Michaelis die Frage Asquiths. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Ideenkampf es ist, aus dem die Kräfte der Feinde ihre Nahrung ziehen, und daß Belgien, ganz gleich gültig ob sachlich mit Recht oder Unrecht, im Streit für unsere Feinde dasselbe ist, wie die Erde für den Riesen Antaeus in seinem Kampfe mit Herkules: so oft er, schon halb niedergeworfen, sie, seine Mutter, berührte, erhielt er neue Kraft. So

Digitized by Google

wahrscheinlich es ist, daß wir in dem großen Waffenkampf, der jetzt begonnen hat, Erfolge haben werden, so wenig können wir darauf rechnen, den Sieg der Waffen durch einen dauernden Frieden zu krönen, wenn wir nicht zugleich das Gesetz des Ideenkampfes und der moralischen Offensive begreifen. Mit bloßer Waffengewalt kann man Gebilde zertrümmern, die so ohne sittliche Grundlagen und so innerlich faul dastanden, wie im Osten der Zarismus und die Gewaltherrschaft des Großrussentums. Dort ist aus dem Machtfrieden, der das Volk traf, das keinen anderen Eindruck spürt, als den der überlegenen Kraft, die Großrussen, sogleich die Freiheit aller innerlich tüchtigeren osteuropäischen Völker von den Finnländern bis zu den Ukrainern gefolgt. Darum ist auch das Prinzip unseres Ostfriedens gar nicht die Macht im Sinne der Fähigkeit, Gewalt zu üben, sondern nur im Sinne des Vermögens, schöpferisch Leben und Freiheit zu schaffen. Ebenso kann im Westen selbst hinter dem gewaltigsten Siege kein Frieden unser Ziel sein, bei dem die Macht anders angewendet werden soll, als dazu, der ausgleichsfreundlichen Richtung beim Gegner zum Übergewicht über die verbissene, unehrliche und blutgierige zu verhelfen. Sind wir aber dazu entschlossen, dann sollen wir uns auch nicht der Täuschung hingeben, die staatsmännische Handlung dürfe durch die militärische ausgelöscht werden. Es wird nicht möglich sein, Siege fruchtbar zu machen, wenn die Staatskunst ihr Stichwort erst von der Kriegführung erwartet.

Hollands Not — Europas Gefahr

Von Professor Philipp Stein

Das Schachspiel des Krieges geht dem Ende zu; leichter denn vorher lassen sich jetzt die Züge übersehen, die Absichten der Parteien erkennen. Die Forderung der Briten und Amerikaner auf Auslieferung der holländischen Flotte ist mehr als eine taktische Maßnahme, der Schiffsraumnot zu begegnen. Gewiß, der U-Bootkrieg reift, später zwar als viele Großgläubige erwartet hatten, aber in stetig steigendem Druck der Entscheidung zu. Bitter notwendig sind unseren Feinden jetzt Schiffe, die zum letzten Waffengang Truppen, Waffen und Geschosse übers Meer führen sollen; knappe Zufuhren und die Lebensmittelangst jagen in den Ländern unserer Feinde die Preise in die Höhe, lassen die Märkte verödden und zwar in Wochen und Tagen, was sich bei uns in Jahr und Tag allmählich vollzogen hat.

Die Absichten und Pläne der Briten und Amerikaner zielen weiter. Das Vorgehen gegen Holland ist nur ein Glied einer gewaltigen strategischen Unternehmung: die letzten neutralen Staaten Europas sollen in den Krieg hineingezogen werden, um als Bundesgenossen wider Willen für den Ruhm und den Nutzen Britanniens und Amerikas zu bluten und zugleich für den wirtschaftlichen Wettbewerb nach dem Krieg geschwächt zu werden. Seit Rußlands staatliche und militärische

Digitized by Google

Macht ins Wanken geraten war, die Umfassung unserer Ostfront sich gelöst hatte, strebte Britannien, gestützt auf die Hilfe Amerikas, danach, uns im Norden zu überflügeln, unsere rechte Flanke von Skandinavien her aufs neue zu umfassen.

Jetzt, da die Stunde der Entscheidung drängt, soll, was in vielfach verschlungenen Versuchen vorbereitet ist, noch rechtzeitig und rasch erzwungen werden. Im gewissen Sinne wiederholt sich auf einem größeren Feld die strategische Lage vom Herbst 1914, wo auch die Engländer und Franzosen uns zu überflügeln trachteten, bis das Meer der Umfassung Halt gebot. Jetzt sollen die Aufmarschlinien bis an das Nord-Kap ausgedehnt, unsere Flandernstellung wie unsere Ostseestellung umgangen werden. In diesem Plan ist Norwegen Englands stärkste Figur, weil es am schwächsten, am ehesten willig und genötigt ist, sich „portugalisieren" zu lassen. Die nächst wichtige Figur ist Holland, nicht weil es schwach und gefügig ist, sondern weil jedes dem selbstbewußten Holland abgetrotzte Nachgeben aufs wirksamste im Spiel mit den neutralen Staaten insbesondere gegen Schweden zu verwerten ist, weil jede Erweiterung englischen Einflusses in Holland unsere militärischen und wirtschaftlichen Verteidigungslinien unmittelbar in der Flanke trifft. Seit Monaten schon schob England seine europäischen Schachfiguren vorwärts, erst Norwegen, dann Holland, zuletzt Schweden. Jetzt wieder kommt Holland an die Reihe.

Die Lebensmittelsorgen der neutralen Staaten geben den erwünschten Anlaß zum Handel: Schiffe gegen Lebensmittel. Daß die Schiffe sofort geliefert werden, die Lieferung der Lebensmittel dagegen nur in Aussicht gestellt wird, liegt, wie England mit bedauerndem Augenzwinkern zugesteht, in der Natur der Sache. Die Schweiz kann ihren neutralen Genossen erzählen, was sie von der Sicherheit englisch-amerikanischer Zusagen zu halten haben. Trotzdem Amerika sich verpflichtet hatte, von Dezember bis Juli dieses Jahres 240000 t Getreide, monatlich 30000 t, an die Schweiz zu liefern, waren bis Ende Februar von den fälligen 90000 t ganze 12000 t geliefert, weitere 18000 t sollen im Laufe des Februar von Amerika abgehen. Daß Amerika selbst in Lebensmittelnöten steckt und alle Hände voll zu tun hat, die Forderungen der Verbündeten knapp zu befriedigen, ist für einen tüchtigen Geschäftsmann kein Grund, Lieferungen an andere nicht zu versprechen, zumal wenn der andere sie im voraus bereits gut bezahlt hat. Deshalb werden jetzt Holland bis zum 15. April 100000 t zugesagt, nachdem vorher Norwegen 300000 t Getreide, 50000 t Zucker, 86000 t Öle und Fette, 10000 t Schweine- und Rindfleisch, 14500 t Kaffee zugesichert worden sind. Nach einer Reutermeldung sollen Schweden 100000 t Weizen, 100000 t Mais und 50000 t Hafer in Aussicht gestellt werden, wenn es ein allgemeines Abkommen mit der Entente zu treffen bereit ist. Gewähr für Lieferung wird freilich, wie selbst die norwegischen Blätter mit schmerzlichem Bedauern feststellen, nicht übernommen. Wie knauserig und geschäftsuntüchtig steht diesen „Zusagen" gegenüber Deutschland da, das der holländischen Regierung geantwortet hat, außerstande zu sein, innerhalb zweier

Digitized by Google

Monate 100 000 t Getreide zu liefern und auch keine Bürgschaft übernehmen kann, daß es in Zukunft zu einer solchen Getreidelieferung in der Lage sein werde.

Holland und die skandinavischen Länder tragen bei dem Handel nichts als Versprechungen nach Hause, Amerika und England erhalten dagegen Schiffe, sie erwarten aber noch mehr von dem Geschäft. Vor einigen Wochen ereignete sich in Norwegen folgendes. Die norwegische Regierung hatte in Südamerika wertvolle Lebensmittel eingekauft und sie mit Zustimmung des englischen Konsuls, nachdem alle Sicherheiten, daß die Waren ausschließlich für den norwegischen Verbrauch verwendet würden, gestellt waren, verladen. Trotzdem aber wurde das Schiff an der englischen Postenkette angehalten und nach England gebracht; dort wurden gegen die Verwahrung des Kapitäns und der norwegischen Regierung etwa 1500 t Zucker zurückbehalten. England kam auf diese angenehme Weise zu Zucker und rechnete noch mit dem Nebennutzen, daß ein deutsches U-Bot vielleicht so freundlich sein werde, den norwegischen Dampfer bei der Ausfahrt im Sperrgebiet zu versenken. Dann werde natürlich die norwegische Presse wie ein Mann über die vermaledeiten Deutschen herfallen, die den armen Norwegern die Lebensmittrl wegnehmen, und in diesem Sturm werde der Zuckerraub vergessen werden. Die Hoffnung erfüllte sich; freilich wider Erwarten stimmte die Schlußrechnung doch nicht ganz. Das Schiff wurde versenkt, aber seltsamerweise wandte sich diesmal die norwegische Presse nicht gegen die Deutschen, sondern griff England an, das den Zucker genommen und das Schiff in das Verderben geführt hätte. England wird an diesem Fall das Nötige gelernt haben, und es wird Sorge tragen, daß, falls eines der Schiffe, die die in Aussicht gestellten Lebensmittel nach Norwegen, Schweden oder Holland bringen, versenkt werden sollte, die Entrüstung der Neutralen ausschließlich gegen das böse Deutschland gelenkt werde. Man wird wühlen, hetzen und treiben, bis die Volksseele und die öffentliche Meinung der Neutralen soweit vorbereitet sind, den nächsten Fußtritt Englands und Amerikas als eine gerechte und in ihrem Belange liegende Handlung hinzunehmen und zu verstehen.

Sobald erst mehrere solcher Lebensmittelschiffe versenkt sein werden, und man kann ja durch unzulängliche Sicherungen notfalls den Eintritt dieses Ereignisses beschleunigen, werden England und Amerika „zur Wahrung der Interessen der neutralen Staaten und zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen" an Norwegen und Holland das Ansinnen stellen, ihnen einen geeigneten Hafen zu überlassen, damit sie die Postenkette bis an die Küste ausdehnen, und Gewähr für die volle Sicherheit der Transporte übernehmen können. Bergen, oder noch besser Kristiansand in Norwegen und Vlissingen in Holland dürften dann wohl als die geeigneten Stützpunkte verlangt werden. Sollten die Deutschen sich auch dann noch nicht zu einer ihrer „ruchlosen Herausforderungen und Verbrechen an der Weltgerechtigkeit" verleiten lassen, dann trauen sich die Briten wohl die Fähigkeit zu, die Neutralen auch ohnedas in den Krieg hineinzuzerren.

Digitized by Google

Hinein müssen sie, das ist Wunsch und Wille Englands noch aus einem über den Krieg hinausreichenden Grunde. Können die letzten europäischen Neutralen sich vom Krieg freihalten, verbluten sie sich weder an Menschen noch an Gold, behalten sie vor allem ihren Schiffsraum, so werden sie nach Friedensschluß trotz ihrer Kleinheit unbequeme Konkurrenten Englands sein. Sie werden dann auch im Frieden die Gunst der Lage weiter ausnutzen, sie werden namentlich den Frachtenmarkt stark beeinflussen können, und ihrer wird Deutschland sich beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft bedienen können. Auch das englische Friedensgeschäft verlangt, daß die europäischen Neutralen in den Krieg gezerrt werden, zum mindesten, daß die Zahl ihrer Schiffe durch Versenkungen vermindert werde. So wichtig Getreide und die anderen Lebensmittel für die Neutralen sind, sie wiegen leicht gegen ihre Gegenleistungen an Schiffen, gegen die Gefahren ihrer Verstrickung in den Krieg, gegen die Schädigung ihrer Weltmarktstellung nach Friedensschluß. In Hollands Hand liegt die Entscheidung; seine Entschließung bindet nicht nur es selbst, sondern die anderen europäischen Neutralen. Europa darf nicht nach dem Krieg ein Armenhaus werden, in dem amerikanische und britische Damen ihre Mildtätigkeit üben, und ein Ausflugsort sein für neugierige, anregungsbedürftige amerikanische Kriegsgewinnler, Gattinnen und Töchter

Die Liquidation im skandinavischen Norden

Von Dr. Albert Dresdner

In einem der ersten Kriegsjahre hat der liberale schwedische Politiker Louis de Geer vor dem norwegischen Studentenvereine in Christiania einen Vortrag gehalten, worin er seine Zuhörer dahin aufklärte, daß man Zukunftspolitik überhaupt nicht treiben könne, weil man doch die Zukunft niemals kenne. Diesen Satz sollten sich die Handbücher der Politik nicht entgehen lassen, um den ernsten Stoff durch ein humoristisches Streiflicht zu erheitern. Indes ist er doch mehr, als die Entgleisung eines politischen Dilettanten; die Ereignisse zeigen, daß der „Gedanke" des Herrn de Geer recht eigentlich das Leitmotiv der schwedischen wie der norwegischen Politik seit 1914 gebildet hat. Deren Ziel war, die beiden Staaten unter allen Umständen vor der Hineinziehung in den Krieg zu bewahren, ihre Volksernährung sicher zu stellen und die Kriegskonjunktur zu geschäftlichem Gewinne auszunutzen. Aufgaben, deren Berechtigung nicht zu bestreiten sind; allein die eine ist rein negativer, die beiden anderen sind rein wirtschaftlicher Natur; und wenn dergleichen Bestrebungen nicht von schöpferischen politischen Gedanken getragen werden, so ist eine Politik, die sich auf sie beschränkt, zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Das wurde das Schicksal der skandinavischen Politik. Sie war und blieb ideenlos und ideallos, lebte von der Hand in den Mund, zeigte sich bei jedem neuen Wechsel der Dinge unvorbereitet und richtungslos; „kurze Gedanken — kleine Handlungen"; so ist sie von schwedischer Seite („Svenska Dagbl." vom 4. März)

Digitized by Google

gekennzeichnet werden. Die Lehren der Geschichte lassen keinen Zweifel darüber, welcher Erfolg solcher Un-Politik beschieden ist: wie der Fluß den ihm träge widerstrebenden Kiesel ans Ufer spült und dort auf dem Trockenen liegen läßt, so schiebt der Strom der geschichtlichen Entwicklung Staaten, die eine ideenlose Politik treiben, unwiderstehlich beiseite und schaltet sie als tote Kräfte aus dem lebendigen Geschehen aus. Allein geschichtliches Verständnis ist im Norden im wesentlichen nur bei der konservativen Partei Schwedens zu finden, während die Demokratie in beiden Ländern dem geschichtlich-organischen Leben hilfslos und verständnislos gegenüber steht.

Jetzt vollzieht sich im Norden, was man die Liquidation der verfehlten schwedisch-norwegischen Politik nennen kann. Seit einem Menschenalter hallte die Presse beider Länder von Mitgefühl für die finnischen Brüder wider, für deren Befreiung aus unerträglich gewordener Zwangsherrschaft man den innigsten Anteil bekundete. Mitgefühl und Anteil waren wohl aufrichtig, aber als Finnland in der Schicksalsstunde seiner größten Not, da es seine Freiheit und seine Existenz zugleich galt, sich an Schweden um Hilfe wandte, erfuhr es von der dortigen liberal-sozialistischen Regierung (freilich im Widerspruch zu den Wünschen eines sehr bedeutenden Volksteiles) eine kühle Ablehnung. Auch in diesem Falle glaubte man in Schweden an dem zu einer Art götzenhaften Dogmas erhobenen Grundsatze der Neutralität um jeden Preis — selbst um den des politischen Selbstmordes — festhalten zu sollen. Diese Ablehnung mußte die Finnländer um so tiefer enttäuschen, als es nicht etwa ein Kampf um zwei verschiedene Regierungssysteme ist, den sie führen — es ist der Kampf zwischen Ordnung und Anarchie, zwischen Gesetz und Gewalt, zwischen Kultur und Chaos, der ihnen durch den Bolschewismus aufgenötigt worden ist; es ist ein Kampf, den sie nicht für sich allein, sondern den sie zugleich auch für den ganzen Norden ausfechten. Denn die Staaten des Nordens haben bereits jetzt mit dem Bolschewismus stark zu rechnen: ein bolschewistisches Stückchen war der Sturm auf die Kopenhagener Börse; in Norwegen bekennt sich der Politiker und Filmfabrikbesitzer Herr Egede Nissen offen zu bolschewistischen Ideen, schon besteht dort nach berühmtem Muster ein Arbeiterrat und die Bildung von Soldatenräten ist geplant; auf Schweden endlich war bekanntlich für den kommenden Sommer ein bolschewistischer Anschlag mit russischer Hilfe geplant. Die Bedeutung des finnischen Kulturkampfes wurde erkannt. „Morgenbladet" in Christiania schrieb z. B.: „Wir in Norwegen beachten wohl, daß der Kampf, den General Mannerheim und das gesetzestreue Finnland gegen die Kräfte der Auflösung führen, auch ein Kampf für Norwegen und Schweden ist. Jetzt, wie früher, sucht Finnland die Flamme von Osten abzudämmen." Und trotzdem hat man die Sache Finnlands und der Kultur im Stiche gelassen!

Aber als Finnland sich mit seinem Hilfegesuche an den Staat wandte, der ihm am meisten Vertrauen einflößte, als Deutschland sich des unglücklichen Volkes mit Ernst annahm und auf Aaland Truppen landete, änderte sich das Bild mit einem Schlage

Digitized by Google

und die öffentliche Meinung machte jetzt scharf Front zugleich gegen Finnland und gegen Deutschland. In Schweden freilich war die rechtsstehende und die gemäßigte Presse einsichtig und ehrlich genug, um offen auszusprechen, daß das Land nur die Früchte seiner eigenen verfehlten Politik ernte und daß es, wenn auch freilich nicht angenehm, so doch nur natürlich sei, wenn Deutschland die Aufgabe ergreife, der sich die skandinavischen „Brudervölker" Finnlands versagt hatten. Allein es gehört immer ein nicht gewöhnliches Maß von Reife und Vornehmheit dazu, die Verantwortung für die eigenen Fehler freimütig zu übernehmen; und ein Teil der schwedischen, sowie die gesamte führende norwegische Presse zog es vor, die Schuld auf Finnland und Deutschland zu werfen. Das Gespenst einer „deutschen Gefahr" wird heraufbeschworen, und im norwegischen Storting hat Staatsrat Holtfodt offen von einer „finnischen Gefahr" gesprochen. Man muß in Deutschland dieser Stimmung fest ins Auge sehen. Welcher Art sie ist, erhellt aus einem Leitaufsatze des verhältnismäßig besonnenen „Morgenbladet" vom 5. März. Da heißt es:

„Nach dem deutschen Eingreifen schaut es danach aus, als ob die Zukunft der Unabhängigkeit der skandinavischen Halbinsel auf dem Spiele stehe[1]. Wo die Deutschen sich einmal festgesetzt haben, sind sie schwer wieder loszuwerden. Wir erinnern an die Hanseherrschaft im Norden ... Wird Finnland ein deutscher Vasallenstaat (der norwegische Ausdruck „underbruk" ist nicht wörtlich übersetzbar), so dürfte die finnische Gefahr wohl ebenso aktuell und ebenso stark werden, wie es die russische Gefahr irgendwie gewesen ist." Wenn Finnland in Norwegen Sympathie und Unterstützung, z. B. in wirtschaftlicher Beziehung suche, so sei die Voraussetzung ihrer Gewährung, „daß es Mitglied der nordischen Staatengesellschaft ist, zu der wir stehen. Fällt diese Voraussetzung hin, ist es eine intrigierende Macht von fremder Rasse, der wir begegnen, so tritt die Sache in eine ganz andere Stellung ... Es widerstreitet den norwegischen Interessen ebensosehr, einen deutschgefärbten finnischen Nachbarn im Nordosten wie einen russischen zu haben. Und die Gefahr ist sehr handgreiflich."

Man muß schlechte Waffen in seinem Arsenale haben, wenn man sich für die Eroberungssucht der Deutschen auf die Hanseherrschaft beruft. Selbst einem bescheidenen geschichtlichen Wissen dürfte es nicht entgehen, daß das 15. und 20. Jahrhundert schlechthin unvergleichbar sind. Wollten auch wir in der Antiquitätenkammer der Geschichte stöbern, dann könnten wir sagen, die Norweger seien ein Volk, die, wohin sie einmal kommen, sich festsetzen und nicht mehr loszuwerden sind; denn die norwegischen Wikinger haben in England, in der Normandie, in Italien, in Rußland und wohin sie ihre Raubzüge führten, Gewaltherrschaften errichtet. Doch lassen wir diesen verunglückten Versuch des norwegischen Blattes, auch einmal „historisch zu kommen", und wenden wir uns dem Kerne der Sache zu.

Was ist die große Schuld gegen die „nordische Staatengesellschaft", die Finnland begangen hat? Daß es sich Deutschlands Hilfe in seinem Existenzkampfe bedient und mit ihm einen Vertrag schloß, durch den es sich seine territoriale Unantastbarkeit sichert und mit Deutschland in ein Verhältnis wirtschaftlicher Gegenseitigkeit tritt.

[1] Von mir gesperrt.

Digitized by Google

Vielleicht hätte es den Anschluß an die skandinavischen Nachbarvölker vorgezogen, allein wenn deren haltlose Politik ihm von vornherein keine ausreichende Stütze verhieß, so hat Schwedens Ablehnung diese Orientierung vollends unmöglich gemacht. So war, was sich vollzog, die Zwangslogik der Geschichte. „Morgenbladet" aber will jetzt darin — mit einem dem Wörterbuche der Entente entnommenen Ausdrucke — nur die Wirksamkeit „einer intrigierenden Macht von fremder Rasse" sehen. Wir bemerken den Ausdruck „fremde Rasse". Die Engländer, die die Staatshoheit Norwegens im Lande selbst ganz wesentlich beschränken, die seine Häfen, seine Zollstätten, seinen Handel unter ihrer Kontrolle halten, dies germanisch-romanisch-keltische Mischvolk ist von der norwegischen Presse nie als „fremde Rasse" bezeichnet worden; diesen Ausdruck hat sich ein Blatt des germanischen Nordens gegen das germanische Hauptvolk vorbehalten. Wo also hätten die Finnländer sonst Anschluß und Hilfe suchen sollen? Vielleicht eben bei England? Das hatte freilich seinen Plan schon fertig: es war der famose Ostseebund, den Estland, Finnland, Schweden, Norwegen und Dänemark unter britischem Protektorate bilden sollten. Man darf wohl fragen, ob „Morgenbladet", wenn dieser Plan sich verwirklicht hätte, und Finnland-Estland zu Einfallspforten des politischen und wirtschaftlichen Einflusses Englands gemacht worden wären, ebenso schnell und ebenso laut mit dem Rufe einer „englischen Gefahr" für Skandinaviens Unabhängigkeit zur Hand gewesen wäre. Wer's glaubt, zahlt einen Taler. Nun ist diesem Plane freilich das Lebenslicht ausgeblasen: Estland und Finnland scheiden aus, Dänemark ist viel zu klug, um sich auf derartige gewagte Abenteuer einzulassen, und Schweden und Norwegen sind isoliert — haben sich selbst mit vieler politischer Kunst isoliert. Und während die russische Gefahr von der norwegischen Presse im ganzen immer recht ruhig aufgenommen und behandelt worden ist — noch eben hat „Tidens Tegn" in Christiania erklärt, sie sei wohl nie so groß gewesen, wie sie von gewissen Seiten dargestellt worden sei —, muß jetzt alsbald die deutsche Gefahr „für die Unabhängigkeit der skandinavischen Halbinsel" (nicht weniger!) in Riesenformat herhalten. Worin diese „deutsche Gefahr" besteht darüber spricht sich „Morgenbladet" nur in ganz allgemeinen — und darum um so schreckhafteren — Ausdrücken aus. Sehr begreiflich; denn wenn es darüber bestimmte Angaben machen sollte, so müßte es sich in uferlose Kombinationen und öde Kannegießerei verlieren. Wir wollen aber sein Beispiel nicht nachahmen und ihm über die „deutsche Gefahr" völlig reinen Wein einschenken. Eine deutsche Gefahr wird für die skandinavischen Staaten nur dann, dann aber allerdings bestehen, *wenn diese zu einer Gefahr für Deutschland werden*. Und damit kommen wir auf ein sehr ernstes Kapitel.

Wenn die norwegische Presse sich einmal eine Aufstellung darüber machen will, welche Aufnahme die norwegischen Anfeindungen Deutschlands hier gefunden haben, so wird sie sich überzeugen, daß sie wohl durchweg mit großer Gelassenheit und Zu-

Digitized by Google

rückhaltung beantwortet worden sind[1]. Diese Anfeindungen waren zum Teil so parteiisch, so tief gehässig und selbst verleumderisch, daß sie getrost den Wettbewerb mit den publizistischen Leistungen der Entente aufnehmen konnten. Dennoch war das Echo, das sie in Deutschland erweckten, ganz überwiegend nur der Ausdruck eines erstaunten Bedauerns: man begriff nicht recht, worauf man diese realpolitisch nicht hinlänglich begründete Feindseligkeit denn eigentlich zurückzuführen habe, und zeigte sich immer geneigt, an Mißverständnisse, verärgerte Augenblickswallungen und dergleichen zu glauben. Allein die norwegische Presse scheint planmäßig darauf hinzuarbeiten, in dem deutschen Volke das Gefühl zu erwecken, daß es in Norwegen einen Feind zu erblicken habe — und wenn das gelingt, so würde damit unabsehbarem Unheil Tür und Tor geöffnet sein. Wenn das deutsche Volk erst einmal die Überzeugung gewinnt, daß einer der skandinavischen Staaten oder auch beide zu seinen Feinden zu zählen sind, wenn es erst einmal damit rechnet, daß sie sich wohl in ein gegen Deutschland gerichtetes politisches System hineinziehen lassen würden, ja, dann muß es sich auch danach einrichten — und dann wird es wirklich eine deutsche Gefahr für den skandinavischen Norden geben, hervorgerufen weniger durch die Regierungen, die sich vielleicht schwach, aber im ganzen doch nach Kräften neutral verhalten haben, als durch eine Presse, der es entweder an Einsicht in die Wirkung ihrer Handlungen und Äußerungen oder an Verantwortungsgefühl, wahrscheinlich aber an beidem fehlt. Daß diese Kennzeichnung nicht übertrieben ist, beweist auch jetzt wieder das Treiben der norwegischen Presse, die z. B. albernen Hintertreppenklatsch, wie die angebliche Kandidatur des Prinzen Oskar für einen fiktiven finnischen Königsthron, in fetten Buchstaben und ohne jeden Vorbehalt bringt, nur weil er eben geeignet ist, die Stimmung gegen Deutschland aufzureizen. Wahrlich, das heißt mit dem Feuer spielen! Man treibt in Norwegen mit Eifer pazifistischen Sport, das Nobel-Institut verwendet seine Millionen auf eine nicht immer einwandfreie Art, und noch während des Krieges hat man die gute Laune gehabt, eine „Gesellschaft für dauernden Frieden" zu begründen — und zu gleicher Zeit betreibt die norwegische Presse munter das Geschäft der Völkerverhetzung, der Ausstreuung von Mißverständnissen, Vorurteilen und Verdächtigungen zwischen Volk und Volk. Will sie das deutsche Volk, das die Norweger nicht als „fremde Rasse" ansieht und in dem ein Gefühl des Wohlwollens gegen sie nur schwer auszurotten ist, mit Gewalt in Feindschaft gegen Norwegen hineindrängen? Will sie noch während des furchtbarsten aller Kriege schon wieder die Giftsaat neuer schwerer Verwickelungen ausstreuen? Diese Frage muß einmal um so offener und klarer gestellt werden, je gelassener und zurückhaltender man bisher deutscherseits dem Verhalten der norwegischen Presse begegnet ist.

[1] Für Schweden liegt die Sache von vornherein insofern anders, als hier ein erheblicher Teil der Presse Deutschland wohlwollend gesinnt ist und es gegen die Angriffe im eigenen Lande verteidigt. In Norwegen gibt es unter den führenden Zeitungen nicht eine einzige, der man auch nur eine ehrliche Neutralität, geschweige eine wohlwollende Gesinnung gegen Deutschland nachsagen könnte.

Digitized by Google

Die Freunde einer deutsch-nordischen Verständigung in Deutschland stehen mit diesen Besorgnissen nicht allein. Sie werden auch von zahlreichen Persönlichkeiten in Schweden und Norwegen, und zwar durchweg Angehörigen der intelligentesten, reifsten und besonnensten Volkskreise, geteilt. Auch der Aufsatz in „Morgenbladet" hat alsbald durch Professor Odher eine schlagende Beantwortung gefunden, und in der ferneren Aussprache darüber ist das Blatt weder nach Form noch nach Inhalt Sieger geblieben. Aber es ist hoch an der Zeit, daß die skandinavischen Völker darüber aufgeklärt werden, wohin sie am Ende das Treiben ihrer Presse führen muß — oder wir steuern in ein Unheil, das letzten Endes doch wohl keiner der Beteiligten herbeiwünscht. Finnlands Anschluß an Deutschland richtet sich nicht gegen Skandinavien, sondern gegen Rußland, wider dessen Rache es sich unter allen Umständen schützen muß. Diesen Schutz konnten und wollten die skandinavischen Staaten ihm nicht gewähren. Der richtige Schluß, den sie jetzt ziehen sollten, ist der, daß Schweden und Norwegen gut tun werden, in Zukunft eine positive Politik zu treiben, die sie soweit aktionsbereit und leistungsfähig macht, daß sie politischen Anforderungen von idealer Bedeutung und realpolitischem Werte, wenn sie an sie herantreten, Genüge zu leisten imstande sind.

Die Ukraine und die osteuropäische Frage

Von Dr. J. Jastrow, a. o. Professor an der Universität Berlin

Was in Osteuropa gegenwärtig vorgeht, ist nichts anderes, als was Westeuropa vor ein oder anderthalb Jahrtausenden durchgemacht hat: die Völker, die so lange von einem Imperium an der Staatenbildung gehindert wurden, fangen endlich mit der Staatenbildung an. Wessen Blick darauf eingestellt ist, wer in dem, was man „Rußland" nannte, die osteuropäischen Völker sah, der konnte das, was jetzt eingetreten ist, schon bei Beginn des Krieges in den Grundlinien zeichnen. In einem früher erwähnten Beitrage zur „Deutschen Politik"[1] habe ich zum Beweise dessen Stellen aus meinen Aufsätzen abgedruckt, die bis in die ersten Tage des Krieges zurückgehen. Vielleicht hat es für die Leser der Zeitschrift ein gewisses Interesse, zu erfahren, auf welchem Wege ich früh zu der Anschauungsweise gekommen bin, die heute Aussicht hat, die allgemeine zu werden. Ich will es an dem Beispiel der Ukraine zeigen.

In verhältnismäßig jungen Jahren wurde ich an die Spitze eines internationalen Gelehrten-Unternehmens gestellt, der „Jahresberichte der Geschichtswissenschaft". Ich war damals (in den achtziger Jahren) „reiner Historiker" und stand meinem heutigen Fache, der Nationaldkonomie und den Staatswissenschaften überhaupt, nicht so nahe, daß ich in der Erfüllung jener Aufgabe durch Interessen der Gegenwart

[1] Heft 6 vom 8. Februar 1918.

Digitized by Google

hätte beeinflußt sein können. Der internationale Rahmen, den das Unternehmen haben sollte, mußte zum größten Teile erst geschaffen werden. In einem durch Jahre hindurch fortgesetzten Briefwechsel mit Gelehrten aus aller Herren Länder machte ich mit Rußland eine ganz eigentümliche Erfahrung. Während ich überall mit der Schwierigkeit zu kämpfen hatte, daß der Vertreter eines Landes sein Gebiet auszudehnen suchte (so daß z. B. der Italiener die Geschichte von Triest und Südtirol behandeln wollte!), war es in Rußland geradezu unmöglich, einen Historiker zu finden, der die historische Literatur des ganzen Landes beherrschte. Auch wenn man die „russische Geschichte" nach Perioden zerlegte, wiederholte sich innerhalb jeder Periode dieselbe Schwierigkeit. Nun hatten wir von Anfang an Liv-, Est- und Kurland dicht an den Deutsch-Ordensstaat in West- und Ostpreußen gestellt, aus dem die Geschichte jener Länder anerkanntermaßen hervorgegangen ist (wie ja auch die baltischen Historiker fast durchweg Deutsche sind). Der Geschichte Westeuropas würde ein wesentlicher Teil gefehlt haben, wenn wir nicht, von der Einteilung nach heutigen Staatsgrenzen absehend, einen Abschnitt „Polen bis 1795" eingerichtet hätten (wofür uns in der Person des Professor Pawiński an der damaligen Universität Warschau ein anerkannt ausgezeichneter Fachmann zur Verfügung stand). Finnlands Geschichtsliteratur war Bestandteil der skandinavischen. Nach diesen Entlastungen wurde klar, daß der wesentliche Grund, weswegen ein Referent für ganz „Rußland", auch in dem nunmehr historisch eingeengten Sinne, nicht zu finden war, darin lag, daß der Norden und der Süden eine verschiedene Sprache, ein verschiedenes Volkstum und daher auch eine verschiedene Geschichte und Geschichtsliteratur haben. Von Moskau oder Petersburg aus war es nicht möglich, einen Bericht über „Südrußland" zustande zu bringen. So sah ich mich genötigt, für „Südrußland" einen eigenen Referenten zu suchen und ihm einen eigenen, von „Rußland" abgetrennten Abschnitt einzuräumen.

Diese aus rein wissenschaftlichen Gründen vollzogenene Einteilung dürfte wohl als ein Beweis dafür anerkannt werden, daß objektive, in der Sache liegende Gründe es unmöglich machen, dieses sogenannte „Südrußland" oder „Kleinrußland" als Bestandteil Rußlands aufzufassen, etwa wie man Süddeutschland als Bestandteil Deutschlands oder die Kleine Walachei als Bestandteil der Walachei auffaßt. Daß bei meiner Abgrenzung kein politischer Gedanke mitspielte, geht ja schon daraus hervor, daß ich in aller Harmlosigkeit dem neuen Abschnitt den Namen „Südrußland" gab, was ich heute nicht mehr tun würde. Denn politisch haben wir ein Interesse daran, diesen irreführenden Namen zu vermeiden. Das Uferland des Schwarzen Meeres hat mit Moskau und Petersburg nichts gemein. Es ist ein Land für sich; es ist die alte „Ukraine".

Sehr bald erfuhr ich, daß die Abgrenzung, die aus rein technischen Gründen wissenschaftlicher Berichterstattung sich erzwungen hatte, nebenbei auch eine politische Bedeutung besaß. Als Berichterstatter wurde der Prof. Lutschizky an der Universität Kiew

Digitized by Google

gewonnen. Nach längeren Vorbereitungen brachte er über die Literatur des Jahres 1893 ein Referat zustande, das zum erstenmal in der westeuropäischen Wissenschaft ein Bild von dem Forschungsbetriebe in diesem Lande gab. Während der Vorarbeiten besuchte Lutschizky mich in Berlin, und es stellte sich heraus, daß die Abgrenzung seiner wissenschaftlichen Aufgabe mit seiner Auffassung von seinem Volkstum zusammenfiel. Er betrachtete sich als Südslawen, den Kroaten, Serben und Bulgaren weit eher verwandt, als den „Russen" oder „Moskowitern". Trotzdem war es ihm vielleicht nicht unangenehm, daß sein Referat unter dem Namen „Südrußland" erschien Denn unter dem Namen „Ukraine" hätte es leicht die unliebsame Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf sich ziehen können, die ihm wegen seiner Schriften schon zwei Verwarnungen hatte zugehen lassen. Die Scheidung zwischen Moskowien und Ukraine trat in den Schriften der Ukrainer, auch wo sie zensurfrei schrieben nicht in vollem Maße hervor, weil immer ein gewisser Druck übrig blieb, der mit dem aufgezwungenen Sprachgebrauch „Rußland" zusammenhing.

An dem Beispiel der Ukraine wurde mir klar, daß richtige Anschauungen über Rußland wesentlich vom Sprachgebrauch abhängen. Für eine Verständigung wäre viel gewonnen, wenn es sich einführte, statt „Rußland" überall, wo von der jetzigen oder zukünftigen Entwickelung die Rede ist, „Osteuropa" zu sagen. Die Emanzipation von einem irreführenden Sprachgebrauch zusammen mit der sie bedingenden historischen Erkenntnis, ließ mich bei Ausbruch des Krieges die oben erwähnten Aufsätze[1] schreiben. Der „Bund zur Befreiung der Ukrainer" in Wien ersuchte mich damals, mich in seinem Organ über die Bedeutung auszusprechen, die die ukrainische Frage bei der zukünftigen Neuregelung der politischen Verhältnisse Europas besitzt. In meiner Antwort[2] trat ich (und das ist heute vielleicht wieder ein wenig zeitgemäß geworden) den Versuchen entgegen, den Ursprung des Krieges ganz in Vergessenheit geraten zu lassen. Entzündet hat sich der Weltbrand an dem Anspruch Rußlands, außerhalb seiner Grenzen in einer staatlichen Protektorrolle anerkannt und respektiert zu sein.

„Obgleich der Fürstenmord das Verbrechen ist, vor dem der Zar am meisten zittert, so war er doch von der Notwendigkeit seiner Protektorrolle über die slawischen Balkanstaaten so durchdrungen, daß er in diesem Falle nicht einmal das Odium scheute, als Beschützer von Verschwörern und Fürstenmördern aufzutreten. Die auf den Besitz Konstantinopels gerichtete Balkanpolitik Rußlands betrachtet die Förderung von Unruhen auf das Balkanhalbinsel als ihr gutes Recht. Um diesen Anspruch gegen Österreich-Ungarn aufrechtzuerhalten, hat Rußland die Welt in diesen Krieg gestürzt. Der Krieg wird um die Frage geführt, ob Rußland, wie jedes andere Land, sich mit einer Tätigkeit innerhalb seiner Grenzen begnügen, oder ob sein angebliches Recht, auch außerhalb der staatlichen Grenzen auf der Balkanhalbinsel eine aufgedrängte Beschützerrolle zu spielen, von Europa anerkannt werden soll.

Welches daher auch das Schicksal von Rußlands Bundesgenossen sein möge: wenn dieser Krieg nicht gegen Rußland selbst so beendigt wird, daß ihm seine Balkan-

[1] „Berliner Tageblatt", 8. und 18. August, 8. September, 3. Oktober 1914.
[2] „Ukrainische Nachrichten" (Wien,), 5. November 1914.

Digitized by Google

politik abgeschnitten wird, so hat der Krieg resultatlos geendet. Ja mehr als das. Man setze den Fall, daß Deutschland und Österreich-Ungarn aus dem Kriege als entschiedene Sieger hervorgehen, daß sie Frankreich und England niederwerfen, Rußland aber nichts weiter antäten, als ihm etwa die polnischen Gouvernements abzunehmen. Die Folge wäre nur, daß Rußland in seiner Weltpolitik von zwei Rivalen befreit wäre und noch ungehinderter als zuvor auftreten könnte.

Hält man sich das Ziel des Krieges, Abdrängung Rußlands von der Balkanhalbinsel, vor Augen, so zeigt ein Blick auf die Karte, welche Bedeutung die ukrainische Bewegung hierfür besitzt. Daß diese Bewegung in Europa nicht so bekannt ist, wie sie es verdient, hat zum Teil einen äußerlichen Grund. Da dasselbe Volk bald als „Ukrainer", bald als „Ruthenen", bald als „Südrussen" bezeichnet wird, so haben die meisten kaum eine Vorstellung von dem scharfen Gegensatz dieser Nationalität gegen die russische und von dem geographischen Gebiet, das sie bewohnt. Statt ausführlicher Beschreibung und Aufzählung sollte man sich, wenn man von diesem geographischen Gebiet spricht, mit der kurzen Angabe begnügen: die Ukraine ist die Gegend zu beiden Seiten des Dnjepr. Wie weit zu beiden Seiten, mag zunächst dahingestellt bleiben. Sollte der uns aufgenötigte schwere Kampf bis zu dem Erfolge durchgekämpft werden können, daß man Rußland nötigt, auf das ganze Gebiet am Schwarzen Meere, von den Karpathen bis zum Don und darüber hinaus, zu verzichten, — es wäre ein Segen für die Menschheit. Aber Ihr Blatt hat, soviel ich sehe, die Bewegung, der Sie dienen wollen, nicht notwendig an diesen weitestgehenden Plan gebunden. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß die Kerngebiete der ukrainischen Nation westlich vom Dnjepr liegen. Und da ist es für die zukünftige europäische Konstellation von großer Bedeutung, daß dieses geographische Moment mit dem hauptsächlichsten europäischen Interesse zusammenfällt. Ein Reich, das auch nur diese Kerngebiete umfaßt, von den Pripetsümpfen bis zum Schwarzen Meer (Wolhynien, Podolien, Jekaterinoslaw, Cherson usw.) würde, wenn auch in unvollkommener Form, so doch in der Hauptsache das leisten, was das Ziel dieses Krieges ist: die Abdrängung Rußlands vom Balkan.

Die Geschichte lehrt, daß der militärische und politische Ausgang eines Krieges nicht notwendig parallel sein müssen. Denkbar ist der Fall, daß der gegenwärtige Krieg militärisch mit einem Siege Deutschlands und Österreich-Ungarns endet und politisch gleichwohl Rußland aus diesem Kriege gestärkt hervorgeht. Diese Gefahr halte ich für sehr ernst. Und da man anfängt, zu vergessen, daß dieser Krieg ein Krieg gegen das Moskowitertum ist, so erblicke ich die Bedeutung darin, daß sie in vortrefflicher und eindringlicher Weise an Ursprung und Ziel dieses Krieges erinnert: das Moskowitertum vom Balkan abzudrängen."

Haben diese Darlegungen heute noch eine andere Bedeutung, als daß sie uns zeigen, wie ausführlich man in den ersten Kriegsmonaten vor Gefahren warnen mußte, die heute jedermann einleuchten? Auf diese Frage wird man verschieden antworten, je nachdem man diese Gefahren als endgültig beseitigt ansieht, oder von einem Systemwechsel in Moskau ihre Wiederkehr befürchtet. Wer noch heute der Meinung ist, daß das Schicksal Europas daran hängt, ob der osteuropäische Koloß, falls er noch einmal errichtet wird, vom Schwarzen Meer ferngehalten ist oder nicht, der wird nach wie vor auf die Ukraine ein aufmerksames Auge haben.

Als ich jene Nummer der „Ukrainischen Nachrichten" aus dem Jahre 1914 wieder zur Hand nahm, fesselte mich mehr als meine damalige Antwort an den Bundes-

Digitized by Google

vorstand ein anderer Aufsatz, in dem der Inhalt eines in Zürich gehaltenen Vortrages „Der Krieg und die Sozialdemokratie" wiedergegeben wird. Darin heißt es:

„Die Ukraine ist für Rußland dasselbe geworden, was Irland für England: sie wird bis aufs äußerste ausgesaugt, ohne daß sie dafür irgendeinen Ersatz zurückbekommt. Somit verlangen es die Interessen des internationalen Proletariats überhaupt und insbesondere diejenigen des russischen Proletariats, daß die Ukraine ihre staatliche Unabhängigkeit zurückerlangt, bei der sie erst die Möglichkeit gewinnen wird, die für das Proletariat unumgängliche kulturelle Entwicklung zu erreichen. Leider sind manche unserer Genossen russische Reichspatrioten geworden. Wir Moskowiter sind Sklaven — nicht nur, daß wir uns unterdrücken lassen, durch unsere Passivität helfen wir auch mit, andere zu unterdrücken, was aber absolut nicht in unserem Interesse liegt. Die russische Nation [gemeint ist die moskowitische] ist groß genug, um einen besonderen nationalen Staat für sich zu bilden. Dadurch wäre ihr erst die Möglichkeit der raschesten Entwicklung gegeben. In diesem Krieg wird in der bürgerlichen Presse ein großer Lärm wegen der Vernichtung Belgiens geschlagen, allein alle schweigen von der Ruinierung der wunderschönen Ukraine, als wenn das Blut des ukrainischen Bauern nicht ebenso rot wäre, wie das des belgischen Bourgeois. Die Interessen des russischen Proletariats können unter keinen Umständen einen Sieg Rußlands in diesem Krieg erfordern."

Der Name dieses Vortragenden war: Lenin.

Kann Rußland ohne die baltischen Häfen leben?

Von Axel Schmidt

Die Tatsache, daß sich der russische Weltstaat in den geographischen Begriff Osteuropa gewandelt hat, und an seine Stelle eine Reihe von Nationalstaaten zu entstehen im Begriffe sind, ist noch immer nicht im richtigen Maße in das Denken der deutschen Öffentlichkeit gedrungen. Trotzdem Finnland, baltische Provinzen, Litauen, Polen und Ukraine (wahrscheinlich auch der Kaukasus) sich von Großrußland oder besser gesagt, vom moskowitischen Reststaat losgelöst haben, wird noch immer so getan, als ob es damit wirtschaftlich kaum nennenswerte Einbußen erlitten hat. War schon das auch auf Rußlands wirtschaftliche Entwicklung so gern angewandte Wort von den „unbegrenzten Möglichkeiten" falsch, so wirkt es jetzt nach Ablösung der westlichen Randgebiete, vor allem aber der Ukraine, direkt irreführend. Hier sei nur an eine Feststellung des besten Kenners der russischen Wirtschaftsgeographie, Professor Ballod, erinnert: „Die Kohlenvorräte in der Ukraine — die 70 Prozent des Gesamtvorkommens im früheren russischen Staat ausmachten — betrugen etwa 3,5 Milliarden Tonnen gegen 100 Milliarden Tonnen, die wir allein in Westfalen besitzen."

Bei der Neuordnung der Verhältnisse im Osten spielt jetzt die Frage, ob Rußland ohne die baltischen Häfen wirtschaftlich existieren könne, eine bedeutsame Rolle. Einige statistische Daten mögen darauf die Antwort geben. Bisher ging etwa ein Drittel der Ausfuhr aus Rußland über das Schwarze Meer (vor allen Dingen

Digitized by Google

82 Proz. der Getreideausfuhr, die bekanntlich Rußlands Rückgrat bei seiner Zahlungsbilanz bildete). Das zweite Drittel benutzte die Landgrenze und das letzte Drittel die Ostseehäfen (Petersburg, Reval, Pernau, Riga, Libau und Windau). Ich wähle zu diesem Zwecke das Jahr 1911, weil in den beiden folgenden der Ostseeverkehr wegen der Dardanellensperre in den Balkankriegen eine vorübergehende Steigerung erfahren hat. 34,6 Proz. der Gesamtausfuhr ging damals über der Ostsee (davon 8,8 Proz. über Petersburg). Für die baltischen Häfen kamen vor allen Dingen fünf Güter für die Ausfuhr in Betracht. Flachs, Holz, Butter, Eier und Häute. Davon entstammen die beiden ersten Posten aus den Ostseeprovinzen, resp. aus den Randgebieten (Großrußlands Holzreichtum liegt im Norden und kommt über Archangelsk zur Versendung). Da Rußlands bisheriger Hauptexportartikel, Weizen, aus der Ukraine stammte (27 Proz. der ukrainischen Weizenernte wurde exportiert und nur 1 Proz. der großrussischen), so wird Großrußlands wirtschaftliches Leben ohne diesen Faktor überhaupt nicht mehr so stark pulsieren können, zumal auch Kohle und Eisen, von Zucker und Tabak ganz zu schweigen, in erster Linie aus der Ukraine stammen.

Es gilt jedoch noch eine andere Frage zu beantworten: Werden nicht die baltischen Provinzen ohne das russische Hinterland verkümmern und daher sich dort wieder russophile Tendenzen bemerkbar machen? Für die Landwirtschaft, noch immer das bedeutendste Gewerbe dieses Gebietes, liegen die Verhältnisse völlig klar. Die Befreiung vom Druck der russischen billigen Konkurrenz wird in gleicher Weise dem Groß- und Kleingrundbesitz einen mächtigen Aufschwung geben. Aber auch Handel und Industrie werden nach einer Zeit freilich nicht leichter Umstellung einer neuen Blüte entgegengehen. Das Rigaer Börsenkomitee, die offizielle Vertretung von Handel und Industrie, hat zu dieser Frage eine Denkschrift veröffentlicht, in der es den Nachweis erbringt, daß, falls Riga Freihafen würde, in welches Gebiet auch die durch die Evakuierung völlig ruinierte Großindustrie übersiedeln müßte, diese Stadt und damit auch das baltische Gebiet wirtschaftlich einen großen Aufschwung nehmen würde, zumal, wenn zu gleicher Zeit durch den schon lange geplanten Ostsee-Schwarzmeer-Kanal (Verbindung der regulierten Düna mit dem regulierten Dnjepr durch einen Kanal von Witebsk nach Orscha) ein billiger Wasserweg durch Osteuropa geschaffen würde. Auf dem Kanal könnten nach Riga folgende Waren versandt werden: Eier, Ölkuchen, Ölsaaten, Wolle, Hanf, Flachs, Felle, Knochenprodukte, Tierhaare, Borsten, Gußeisen, Eisen, Stahl, Steinkohle, Erze, Salz, Zucker, Tabak, Soda, Kreide, Ton, Phosphorite, Früchte, Gemüse, Mehl, Naphta, Petroleum und Produkte daraus usw. Dagegen kämen für den Transport von Riga ins Innere Osteuropas folgende Produkte in Betracht: Kolonialwaren, Getränke, Heringe, Drogen, Chemikalien, künstliche Düngemittel (Kainit, Kalidungsalz und Tomasphosphate), Zement, Öle, Maschinen (landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeugmaschinen), Eisen- und Stahlwaren.

Digitized by Google

sowie zahlreiche andere deutsche und ausländische Industriewaren. Außerdem könnte der Teil des ukrainischen Getreides, der jetzt des billigen Wasserweges wegen durch die Dardanellen und um Europa herum nach Deutschland, Skandinavien und England ging, dann direkt durch den Riga-Cherson- und den Kaiser-Wilhelm-Kanal befördert werden.

Für den Weltstaat Rußland konnte man die Ostseeprovinzen eine Notwendigkeit nennen, wenn sich auch sein wirtschaftliches Schwergewicht immer mehr in den Süden schob und damit die Schwarzmeerhäfen seine Lungen wurden. Für den moskowitischen Reststaat genügen Petersburg und Archangelsk vollkommen, zumal nach dem Fortfall des ukrainischen Getreides auch Großrußlands Import stark sinken dürfte, da es bisher seine Einfuhr mit dem ukrainischen Getreide zu bezahlen pflegte. Dazu käme aber, daß auch die baltischen Häfen, besonders Riga als Freihafen, nach wie vor ein gut Teil der Aus- und Einfuhr für Großrußland besorgen würden.

Die Zukunft der nationalliberalen Partei

Von Friedrich Thimme

Wenn man sich fragt, welcher Partei sich nach dem Kriege die größten Aussichten bieten, welcher sich das deutsche Volk vorzugsweise zuwenden wird, so würde nach den Erfahrungen der Geschichte die Antwort unbedingt dahin gehen: derjenigen, die am klarsten und vollkommensten die nationalen und die freiheitlichen Gesichtspunkte mit einander verbindet. Nach den Freiheitskriegen gab es ja noch kein eigentliches Parteileben; aber schon wurde es in der Periode von 1815—1848 klar, daß die besten und reifsten Elemente sich mehr und mehr in dem Ideal eines freiheitlichen Nationalstaats zusammenfanden. Nach dem Kriege von 1866 schuf sich die machtvolle national-freiheitliche Strömung ein großes Sammelbecken in der nationalliberalen Partei. Dieselbe Partei nahm unter den Eindrücken des Krieges von 1870/71 einen gewaltigen Aufschwung. Im Reichstage wie im Preußischen Landtage war sie fast ein volles Jahrzehnt lang nach Einfluß und Mitgliederzahl die dominierende Partei; dort zählte sie 1874 nicht weniger wie 152, hier 1873 gar 174 Mandate: Ziffern, die bis auf den heutigen Tag keine andere Partei je erreicht hat. In der Folge ist ja die nationalliberale Partei von dieser stolzen Höhe rasch wieder herabgeglitten; nicht weil sie es verabsäumt hätte, die nationalen und die freiheitlichen Gesichtspunkte zu pflegen, sondern weil sie die immer mehr in den Vordergrund drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht aus ihren Prinzipien heraus zu meistern wußte. Der großen wirtschaftlichen und zollpolitischen Schwenkung, die Bismarck zu Ende der siebziger Jahre vornahm, stand die nationalliberale Partei unter Führung Bennigsens fast hilflos gegenüber. Erst in dem Heidelberger Programm von 1884, der eigensten Schöpfung des klugen und behenden Miquel,

Digitized by Google

fand die Partei Anschluß an die neudeutsche Wirtschaftspolitik. Bassermanns großes Verdienst ist es, die Nationalliberalen auf ein festes wirtschaftspolitisches Programm geeinigt zu haben, das gleichzeitig durch eine starke Betonung der Nationalwirtschaft und des Schutzes der nationalen Arbeit den nationalen Tendenzen der Partei, und durch den Grundsatz des Ausgleiches der wirtschaftlichen Interessen auf einer mittleren Linie dem Charakter einer Mittelpartei gerecht zu werden versuchte. An Bassermann hat es auch nicht gelegen, wenn die sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht immer in der Partei hinreichend gewürdigt wurden. Man weiß, wie hart Bassermann lange Zeit hindurch von den schwerindustriellen Elementen in der Partei bekämpft wurde. Im Grunde genommen ist an der nationalliberalen Partei immer ein Rest jener manchesterlich-individualistischen Auffassung in wirtschaftlichen Dingen haften geblieben. Er prägte sich schon dadurch aus, daß die Partei, die einst vorzugsweise verfassungspolitisch und kulturpolitisch orientiert war, und in der neben den Staatsmännern die großen Gelehrten und Geheimräte das Wort führten, mehr und mehr zu einer Vertretung von Handel, Industrie und Gewerbe geworden ist. Nicht mit Unrecht nennt man heute die nationalliberale Partei eine Partei der industriellen Generalsekretäre und Geschäftsführer. An der Spitze der Reichstagsfraktion steht heute in Stresemann ein Präsidialmitglied des Bundes der Industriellen, zugleich Ausschußmitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Industrieller. Ihm gesellen sich in den Abgeordneten Dr. Hirsch und von Schubert zwei weitere Ausschußmitglieder des Zentralverbandes der Industriellen zu, in Rießer der Präsident des Hansabundes und des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, in Freiherrn von Richthofen ein früherer Geschäftsführer des Hansabundes, der auch heute noch den Bankinteressen nahesteht, in Justizrat W. Meyer der Vorsitzende des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in Keinath der Geschäftsführer des Zentralverbandes des deutschen Großhandels usw. Im Abgeordnetenhaus finden wir unter anderen in Dr. Beumer den Generalsekretär der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins zur Wahrung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen im Rheinland und Westfalen, in Dr. Wendlandt den Schriftführer des Bundes der Industriellen, in Dr. Schweighoffer den Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in Flathmann den Generalsekretär der Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds, dazu eine ganze Reihe von Kommerzienräten und Fabrikanten. Bekannt sind die schwerindustriellen Beziehungen der Abgeordneten Fuhrmann und Bacmeister. Ganz zurückgegangen sind dagegen in den nationalliberalen Fraktionen die Vertreter der freien und gelehrten Berufe; an Universitätsprofessoren und Geistlichen zählen beide Fraktionen zusammen nur je zwei, an Lehrern, deren die Freisinnige Volkspartei allein im Reichstage sieben aufweist, nur vier. Die Befürch-

Digitized by Google

tung läge nahe, daß diese Entwicklung zu einer Interessenpartei, in der das Schwergewicht nicht mehr wie einst auf „Besitz und Bildung", sondern ganz vorzugsweise auf dem Besitz liegt, unter der Führung Stresemanns sich noch schärfer ausprägen wird. Allerdings hat Stresemann sich ja wiederholt dagegen verwahrt, daß seine Eigenschaft als Geschäftsführer und Vertreter großer industrieller Verbände auf seine Abstimmung als Abgeordneter Einfluß habe, und mit Freuden darf man konstatieren, daß er sich mit allem Nachdruck für das sozialpolitische Programm der Mehrheitsparteien des Reichstags, also für Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung und für Arbeitskammern, eingesetzt hat. Aber nur zu leicht wird doch das Mandat eines Generalsekretärs oder Geschäftsführers einen imperativen Charakter annehmen. Kaum denkbar erscheint es, daß eine Partei, in der so viele Arbeitgeber und Vertreter von Arbeitgebern, aber nur verschwindend wenige Arbeiter — im ganzen zwei — als Abgeordnete sitzen, in den Arbeiterfragen einen völlig objektiven Standpunkt einnehmen könne. Zu Stresemanns Klugheit darf man das Vertrauen haben, daß er die Gefahr, in der die nationalliberale Partei schwebt, eine einseitige Vertreterin bestimmter materieller Interessen zu werden, erkennen, und daß er alles aufbieten wird, um die kulturpolitische und geistesgeschichtliche Bedeutung der Partei, die einst eine so große war, durch eine geeignete Auswahl ihrer künftigen Vertreter wieder herzustellen. Klar zutage liegt ja, daß eine Partei nur dann eine große Zukunftsbedeutung haben kann, wenn sie sich nicht allein in den oberen Zehntausenden oder Hunderttausenden, sondern zugleich und mehr noch in den Millionen der breiten Massen festzusetzen und zu verankern weiß.

Vor allem aber wird es die Aufgabe des neuen Führers der nationalliberalen Partei, als den wir doch Stresemann ansprechen dürfen, sein, die großen Traditionen der Partei, die nationalpolitischen und die freiheitlichen, hochzuhalten. Die Partei hat es ja nicht mehr so leicht wie nach 1866 und 1870, wo ihr unbestritten die Führung nach beiden Richtungen zufiel. Heute dürfen alle unsere Parteien, bis auf die ganz abseits stehende Unabhängige Sozialdemokratie, als nationale angesprochen werden. Auf der anderen Seite finden die freiheitlichen Tendenzen längst eine kraftvolle Vertretung bei der Freisinnigen Volkspartei und den Mehrheitssozialisten, die beide aus dem Zeitalter unfruchtbarer negativer Kritik seit Bismarcks Tagen herausgewachsen sind. Aber immer noch ist die Verbindung einer kräftigen und entschlossenen Außenpolitik mit einer freiheitlichen Innenpolitik das besondere Charakteristikum der nationalliberalen Partei, ein Erbe freilich, das immer von neuem erworben und gemehrt sein will! Weil die Partei aus vollem Herzen einen starken Sieg und eine machtvolle Zukunft Deutschlands erstrebt, hat sie sich der Mehrheitsresolution vom 19. Juli nicht angeschlossen, obwohl sie im übrigen eine engere Verbindung mit den Mehrheitsparteien durch die Teilnahme an den interfraktionellen Besprechungen und durch die Zustimmung zu dem bei der Ernennung des Grafen Hertling vereinbarten Mehr-

Digitized by Google

heitsprogramm eingegangen ist. Nach dem Streik schien es ja, als ob der Zusammenhang zwischen den Nationalliberalen und den Mehrheitsparteien gefährdet sei. Nachdem aber die Erklärungen der sozialdemokratischen Führer im Reichstage zum Streik halbwegs befriedigend ausgefallen sind, nachdem die Sozialdemokratie auch wieder die Kriegskredite mit schöner Selbstverständlichkeit bewilligt und den russischen Friedensvertrag bei allen begreiflichen Bedenken doch nicht abgelehnt hat, ist jeder Grund für eine Trennung von der Mehrheit entfallen. Das Verbleiben der nationalliberalen Partei bei dem Block der Mehrheitsparteien ist um so wichtiger, gerade vom Standpunkt der nationalliberalen Partei aus, als nur so die Resolution vom 19. Juli ihres dogmatischen Charakters entkleidet werden kann. Daß das gewaltsame Vorgehen der Vaterlandspartei, daß das Toben der alldeutschen Presse, das sich in letzter Zeit bezeichnenderweise immer mehr gegen die nationalliberale Partei und namentlich gegen Stresemann gerichtet hat, obwohl gerade dieser doch in seinen zahlreichen wirkungsvollen Reden nachdrücklich für starke Kriegsziele, besonders im Osten eingetreten ist, nicht den Erfolg gehabt hat, die Anhänger der Friedensresolution auseinanderzutreiben, liegt nachgerade auf der Hand. Weit mehr darf man sich von der Einwirkung der nationalliberalen Partei auf die Mehrheitsparteien versprechen. Und nichts kann ihrem Einfluß förderlicher sein, als daß die maßgebenden nationalliberalen Abgeordneten, voran Stresemann, die Angriffe der alldeutsch gerichteten „Deutschen Zeitung" zum Anlaß genommen haben, um aus dem Alldeutschen Verbande als einem „reaktionär-konservativen Filialunternehmen" auszuscheiden. Freilich scheint dieser Schritt noch einen zweiten zu erfordern. Die „Deutsche Zeitung" ist doch nicht nur die Hauptvertreterin der alldeutschen „Belange", sondern auch zugleich der Vaterlandspartei. Kein vaterlandsparteiliches Blatt, das nicht die innere Reformpolitik der nationalliberalen Partei aufs gehässigste angegriffen hätte. Das geht soweit, daß sogar die nationalliberalen Blätter, die zugleich die ausgesprochenen Parteigänger der Vaterlandspartei sind, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten" und der „Deutsche Kurier", der freiheitlichen inneren Politik der Partei, wie sie namentlich von der Reichstagsfraktion ausgeht, andauernd in den Rücken fallen. Es würde also nur konsequent gehandelt sein, wenn die Führer der nationalliberalen Partei auch der Vaterlandspartei Valet sagten. Uns scheint, die nationalliberale Partei wäre selber Manns genug, um den Gedanken eines starken, den Kriegsergebnissen voll entsprechenden Friedens in die breitesten Volkskreise zu tragen und ihm auch gerade in den Reihen der Mehrheitsparteien Geltung zu verschaffen!

Auf der Seite aber der Mehrheitsparteien ist der Platz der nationalliberalen Partei um so mehr, als sie nur im Zusammenhang mit ihnen hoffen darf, eine freiheitliche innere Politik durchzuführen. Leider ist die Haltung der Partei in der Frage der inneren Reformen nichts weniger als einheitlich; der fast geschlossen

Digitized by Google

für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller und insbesondere für das gleiche Wahlrecht eintretenden Reichstagsfraktion steht der größere Teil der Landtagsfraktion schroff gegenüber, der trotz aller Bemühungen des zum stellvertretenden Ministerpräsidenten avancierten ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Friedberg unter Führung des „westfälischen Dickkopfs" Dr. Lohmann das gleiche Wahlrecht bei den Kommissionsberatungen niedergestimmt hat. Man kann sich nicht genug wundern über das Verhalten des größeren Teils der Landtagsfraktion, der geradezu darauf aus zu sein scheint, die Kastanien für die schmunzelnden Konservativen aus dem Feuer zu holen, uneingedenk der Bennigsenschen Warnung aus dem Jahre 1901, doch ja nicht „den Großagrariern und Junkern eine so glänzende Gelegenheit zu geben, sich aus ihrer dummdreist, aber gründlich verdorbenen Situation wieder zu retablieren". Was würden wohl die großen nationalliberalen Führer der Vergangenheit, ein Bennigsen und ein Miquel, die einen so untrüglichen Instinkt für die Staatsnotwendigkeiten hatten, zu einem Verhalten sagen, das geradezu die Zukunft der Partei, und nicht nur diese, sondern auch die Zukunft des Staates aufs Spiel setzt! Mit Recht hat Dr. Friedberg, der sich von seinen eigenen Fraktionsgenossen eine wahrlich nicht verdiente Nichtachtung gefallen lassen mußte, in seiner großen Solinger Rede auseinandergesetzt, daß ein Verbleiben bei dem Standpunkte der Landtagsfraktion die völlige Parteizerrüttung bedeuten würde.

Zum Glück hat fast die gesamte nationalliberale Presse, immer mit Ausnahme der vaterlandsparteilich angehauchten Blätter, mit voller Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht Stellung genommeu. Auch die nationalliberalen Landesorganisationen und die höchste Instanz der Partei, der Zentralausschuß, haben sich rückhaltlos für das gleiche Wahlrecht, als eine gebieterische Staatsnotwendigkeit, ausgesprochen. So darf man erwarten, daß die Landtagsfraktion bei den weiteren Beratungen der Wahlrechtsfrage ihren Standpunkt revidieren wird. Sehr kurzsichtig erscheint die Ablehnung der vom Zentrum beantragten Verfassungssicherungen zugunsten der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes von Kirche und Staat. Wenn die Konservativen, denen jedes Mittel recht ist, um das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, diese Sicherung in der Hoffnung ablehnen, es dadurch dem Zentrum zu verekeln, so begreift sich das. Aber die Nationalliberalen, die die oft ausgesprochene Mahnung Bennigsens beherzigen sollten, nur ja nie die allgemeine politische Situation aus den Augen zu verlieren, mußten sich doch sagen, daß die Gesamtsituation sie heutigen Tages an die Seite des Zentrums, als eine evangelisch-orientierte Kulturpartei, weist. Gerade wenn die nationalliberale Partei Hand in Hand mit dem Zentrum geht und seinen kulturellen Wünschen soweit entgegenkommt, als dies die freiheitlichen Tendenzen der Partei nur irgend gestatten, wird sie etwaigen katholisierenden Bestrebungen des Zentrums am sichersten begegnen und eine ausschlaggebende Stellung im Staatsleben gewinnen. Nicht sicherer könnte ein

Digitized by Google

„klerikal-konservatives" Bündnis, einst der Schrecken der Nationalliberalen, ein für allemal unmöglich gemacht werden. Es darf daran erinnert werden, daß ein solches engeres Verhältnis zwischen Nationalliberalen und Zentrum, als den beiden großen Mittelparteien, das heute durch das harmonische Nebeneinanderwirken des Reichskanzlers Grafen Hertling und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Friedberg gleichsam symbolisch angedeutet wird, schon von Miquel, dem klügsten Kopf, den die nationalliberale Partei je gehabt hat, angestrebt worden ist.

Nun, wie man sich auch zu der Frage der Verfassungssicherungen stellen mag, Hauptsache bleibt, daß die nationalliberale Landtagsfraktion nicht durch endgültige Verneinung des gleichen Wahlrechts das Chaos herbeiführt und das Ende der eigenen Partei besiegelt. Tut sie es dennoch, so ist die Parteispaltung unvermeidlich. Man darf hoffen, daß sie sich auf die Absplitterung der kleinen schwerindustriellen Gruppe Hirsch-Röchling-Fuhrmann-Bacmeister, die ohnehin allen freiheitlichen Reformen, wie dem Arbeitskammergesetz und der Aufhebung des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung widerstrebt, beschränken wird. Wenn durch eine solche Absplitterung ausgesprochen schwerindustrieller Elemente eine Rückbildung des Charakters der Partei von einer einseitigen Interessenvertretung zu einer Kulturpartei mit stark evangelischem Einschlag befördert wird, so wird man sie nur als einen Gewinn, nicht Verlust für die Partei begrüßen können.

Nie war vielleicht eine Konstellation so günstig für die nationalliberale Partei wie die heutige, in der Morgendämmerung des neuen Deutschland! Es liegt auf der Hand, daß im Reiche wie in Preußen die Regierung sich in Zukunft in erster Linie auf die Mittelparteien stützen wird, die sich von allen Extremen fernhalten, aber eine freiheitliche Entwicklung erstreben. Schon jetzt tritt das darin zutage, daß aus keinen Parteien soviel Männer in die Regierung berufen sind, wie aus der nationalliberalen Partei und dem Zentrum. Dort Friedberg, von Krause und Schiffer, hier Hertling und Spahn. Die Zukunftsaussichten der nationalliberalen Partei erscheinen dabei um so größer, als ihr Programm noch eine gewaltige Werbekraft ausüben kann, während das Zentrum seinen Höchststand doch im wesentlichen längst erreicht hat. Aber freilich, nur dann wird sich die große Zukunftsperspektive erfüllen, wenn die nationalliberale Partei eingedenk bleibt, was sie den Manen ihrer großen Toten und einer machtvollen Zukunft des deutschen Vaterlandes schuldig ist: neben der kraftvoll nationalen eine freiheitliche, nicht von einseitigen Interessen diktierte Kulturpolitik.

Digitized by Google

Notizen

„Rittergutsbesitzer“. Bauer und Gutsbesitzer sind der Inbegriff des schollenverwachsenen Rückgrates deutschen Volkstums. Es sind diejenigen Menschen, die mit ihrem ganzen Sein und Trachten im Heimatboden wurzeln, mit ihren besten Gefühlen die Heimstatt der Väter umranken und die stammesechtesten Früchte des Volkstums der Zukunft bereiten. Soweit freilich diese Leute wahrhaftige Angehörige ihres Standes sind. Dies ist nun leider beim Rittergutsbesitzer häufig nicht mehr der Fall; es gibt deren immer mehr verlogene, gefälschte. Heute droht dem Stand eine Entartung. Diese geht nach zwei Richtungen. Die eine, die kapitalistische, bilden die „ambulanten“ Rittergutsbesitzer; sie betreiben sozusagen ihr Gewerbe im Umherziehen, besitzen alle paar Jahre „ihr“ Rittergut in einer anderen Provinz. Die zweite Abart, die snobistische, betrachtet ihren Besitz nur als spielerischen Zierat; zu einem Adelswappen langt's noch nicht, — da muß eben ein Stück deutscher Erde herhalten! Beide Arten sind volkswirtschaftliche und soziale Schädlinge, beiden ist jede innere Beziehung zum Boden gänzlich fremd. Der kapitalistische Spekulant und Güterschlächter laugt wucherisch die kapitalisierte Bodenrente aus, zieht damit ab und bürdet ihre Last dem Käufer auf; der Snob wird umgekehrt dadurch zum Parasiten am Nationalwohlstand, daß er seiner Eitelkeit frönend die Bodenrente verkommen, das erworbene Land halbwegs brach liegen läßt, zum mindesten doch die Bodenkraft nicht voll auszunützen versteht.

Heute nehmen diese Käufe in erschreckendem Maße überhand. Die Kriegsgewinnler wollen damit ihre Salonfähigkeit erlangen. In unsinniger Weise werden die Güterpreise über jede wirtschaftlich berechtigte Grenze hinaufgetrieben. Einerlei was es kostet und ob es eine vernünftige Rente trägt. Es soll ja lediglich die Verschönerung der Visitenkarte einbringen; das Ziel ist an sich unvernünftig. In der Mark und in Mecklenburg z. B. werden große, reiche Landstrecken dadurch ihrer Bestimmung entzogen, in rationellster Weise Volksnahrung zu beschaffen und eine arbeitsame Kulturschicht dem platten Lande zu erhalten. Wie man einst das Bauernlegen als abträglich verschrien hat, so könnte man jetzt über ein richtiges Rittergut-Legen klagen. Die tragende Intelligenz der werktätigen Landwirtschaft wird aus der Bevölkerung herausgesprengt. In Mecklenburg, um Hamburg herum, werden die Güter zu Preisen, die nahezu das Dreifache der Friedenspreise betragen, erworben, oder um sich an den Namen eines der größten Aufkäufers anzulehnen, zusammen„gekoppelt“. Die Güter aber, die einst landsässigen Familien als Heimat dienten und durch zähen Fleiß in hoher Kultur erhalten wurden, werden zu behaglichen, oft auch knallprotzigen Luxussitzen degradiert und verfallen dem Absentismus. Den Schaden davon erleidet das deutsche Volk, wenn Unwissenheit, Laschheit und Gleichgültigkeit der neu aufziehenden Besitzer die Erzeugung der Scholle herabmindert. Denn was schert es die schwerreichen Neulinge, ob sie zwei oder vier Prozent herauswirtschaften!

Der echte alte Stand leidet sehr unter diesen Eindringlingen! Keinem anderen Stand ist es widerfahren, derart überrannt zu werden von Fremdlingen, und sein Streben durch tändelndes Gehaben nachgeäfft und herabgesetzt zu sehen. Der Gutsherr von echtem Schrot und Korn ist ein Schaffender, — der neue Ankömmling — zum mindesten am Ort seines Auftauchens — nur Genießer. Der erstere ist heimatliebend und schollenstolz, der andere nur eitel, und sein Herz bleibt der Gegend fremd. — Wo geschähe nun ähnliches an anderen Ständen ernsten Erwerbs? Sah man je Leute sich blähend als Industrielle auftun und prunkhaft herausputzen, die nicht wirklichen Erwerb in ihrem Berufe suchten? Oder als Bankiers, nur damit „das Kind einen Namen habe“? (Als der Fürstenkonzern unter die Bankiers gehen wollte, da schallte ihm Hohngelächter entgegen und die „Pfuscher“ wurden angefeindet, bis sie abtraten).

Digitized by Google

Der Schaden hat seine Quelle vor allem in dem mangelnden Selbstbewußtsein der andrängenden Stände! Ich erinnere mich noch, wie ich laut auflachte, als sich mir bei den Affen des Zoologischen Gartens, oder es mag auch an einem anderen Käfig interessanten Getiers gewesen sein, ein bekannter Berliner Zeitungsverleger als Kollege vorstellte. An dem Täfelchen, an dem der Schenker verzeichnet war, hieß es nämlich „X. X., Rittergutsbesitzer". Dabei wußte sicher kaum jemand außerhalb seines engsten Bekanntenkreises, daß der Mann sich als Landwirt „betätigte"; wohl aber jedes Kind, welch großartige Erfolge der Spender als Verlagsmann und welche Verdienste als Kunstmäzen er aufzuweisen hatte. Kein Mensch aber hatte je etwas von tüchtigen Leistungen des „Rittergutsbesitzer" gehört. Warum also eine Nebensache derart hervorkehren und aufbauschen? Doch nur als Prunk! Wenn ein armer Schlucker von Weinreisendem, der eine kurzatmige Laufbahn als Leutnant hinter sich hat, sich dieses ihm anhängenden Titels als besseren Durchlasses bedient, mag es noch angehen. Aber daß ein vollerfolgreicher Kaufmann, Verleger oder Ingenieur sich derart verkappt, ist Menschen von geradem Sinn und wahrem Selbstbewußtsein unerklärlich.

Den Schaden hat ... das unglückselige Rittergut, das zumeist technisch verwahrlost oder wirtschaftlich unterernährt wird. Und die Mindererträge solcher Schaugüter, die sich reiche Nichtfachleute „zulegen" um des Titels willen, ziehen die gesamte Volkswirtschaft in Mitleidenschaft.

Daß diesen Entartungserscheinungen zum Heil des Volks entgegengearbeitet werden muß, steht außer Frage. Freilich wird mit einem Produktionszwang wenig zu erreichen sein. Die Vorbeugung mag eher von der steuertechnischen Seite aus erfolgen. Gegen die eilte Spielerei mit dem Nährboden des Volks, die Luxusausstattung und besonders gegen Brachliegenlassen oder doch ungenügende Ausbeutung zugunsten von Sport, Jagd, übermäßiger Parkanlagen usw. würde eine Veranlagung vorzunehmen sein, welche den Normalertrag des Grundbesitzes bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung zuzüglich der Verzinsung der Luxusaufwendungen abschätzt und nicht nur diese Summe voll besteuert (womit nurmehr die Benachteiligung des Fiskus abgewendet wäre!), sondern ein Vielfaches der Steuernorm auf den durch gewollten oder fahrlässigen Mindererertrag schlagen würde. — Gegen die anderen Schädlinge, die „ambulanten Rittergutsbesitzer", mag eine scharfe Wertzuwachssteuer wirksam sein, vielleicht auch schon eine Erhöhung des Umsatzstempels bei mehrfacher Besitzänderung innerhalb kürzerer Zeitspannen. (Auch etwa ein Abschlag der Verkaufsgefälle, wenn das Gut lange Zeit in einer Hand gewesen war; so erläßt Rußland die 5 prozentige Umsatzsteuer für den Betrag der ersten Pfandbrief-Hypothek, wenn das Gut sich auch nur fünf Jahre im Eigentum des Verkäufers befand). Zum Glück hat jetzt auch Preußen, freilich reichlich spät, die Verordnung erlassen, daß ein Teil des Verkaufs von Gütern über 5 ha der Genehmigungspflicht unterliegt.

Die Hauptabwehr läge jedoch darin, daß die anderen Berufsstände genügend Selbstachtung und Eigenstolz gewönnen, um sich nicht erst Rittergüter „leisten" zu müssen, auf daß sie in ihren eigenen Augen genügendes Ansehen genössen! Fällt erst diese armselige Scham wegen des eigenen, ehrlichen Berufs, dann braucht keiner mehr für sich einen anderen vorzutäuschen. Dann werden auch jene leidigen „dekorativen Rittergutsbesitzer" verschwinden, die ... nichts weniger als eine Zierde ihres vorgespiegelten Standes sind! Dr. E. Jenny, Rittergutsbesitzer

Der Brief Lord Lansdownes an den „Daily Telegraph" vom 5. März. „Graf Hertlings Rede, so unbefriedigend sie auch in manchen Punkten ist, scheint mir einen merklichen Fortschritt in der Diskussion zu bezeichnen. Dies ist um so auffallender, weil die Rede als eine Art von Erwiderung auf die niederdrückende Ankündigung angesehen werden kann, die — wie einigen von uns scheint, irrtümlicherweise — von der Versailler Konferenz gemacht wurde." Lansdowne unterzieht Hertlings Rede einer Prüfung und erklärt folgendes als ihren wesent-

Digitized by Google

lichsten Inhalt. 1. Den deutlichen Ausdruck des Wunsches, daß zur Verhütung von Mißverständnissen und zur Erreichung eines Kompromisses zwischen den bestehenden Gegensätzen verantwortliche Vertreter der kriegführenden Mächte intim zusammenkommen möchten. 2. Das Einverständnis, daß auf Grundlage der vier Prinzipien von Wilsons Botschaft, falls sie von allen Staaten anerkannt wären, ein allgemeiner Friede diskutabel sei. 3. Die Zusicherung des Kanzlers, er werde einen unparteiischen Gerichtshof für internationale Schiedssprüche freudig begrüßen und zur Verwirklichung solcher Ideale gern mitarbeiten. 4. Die Mitteilung (intimation), daß Deutschland nicht daran denke, Belgien zu behalten oder den belgischen Staat zu einem Teil des Deutschen Reichsverbandes zu machen.

Hierzu ist die Stellung Lansdownes: Zu 1. Er deutet den Ausdruck intime Zusammenkunft so, daß Graf Hertling damit „eine kleine und unformelle Zusammenkunft nicht von Bevollmächtigten, sondern von Personen verstehe, die autorisiert sind, vertraulich und ohne Präjudiz für die Möglichkeit einer späteren formellen Konferenz zu diskutieren". Mit Recht habe allerdings Balfour darauf hingewiesen, es sei unweise, Verhandlungen zu beginnen, ehe eine gewisse vorhergehende Vereinbarung erzielt sei. Wie aber kann man zu ihr ohne vorhergehende Besprechungen gelangen? Der Dialog über das Wasser hinweg führt nicht dazu, wenn er auch gewissen Nutzen haben mag. Zu 2. Die Annahme der vier Grundsätze Wilsons durch Hertling sei zufriedenstellend, müsse aber natürlich im Licht der deutschen Anwendung dieser Grundsätze geprüft werden. Zu 3. Die Versicherung Hertlings, an dem Ideal eines Schiedsgerichtshof mitarbeiten zu wollen, sei zu begrüßen. Zu 4. Den Prüfstein gebe natürlich der Fall Belgiens ab. Hertlings Ausdrücke hierüber müßten genau untersucht werden. Die Einschränkung, es müsse der Gefahr vorgebeugt werden, daß das Land zum Sprungbrett für feindliche Machenschaften gemacht werde, erinnere freilich stark an andere deutsche Äußerungen, mit denen die Auferlegung von lästigen Bedingungen territorialer, wirtschaftlicher oder militärischer Art begründet werden solle. Daher muß man den Wortlaut der Papstnote vom 1. August heranziehen, auf die sich Hertling beruft. Es heißt dort: „Offenbar muß seitens Deutschlands eine volle Räumung Belgiens erfolgen mit Garantien für Belgiens volle politische militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gegenüber welcher Macht auch immer."

Hiernach stellt Lansdowne die Frage an den Kanzler: „Wenn eine solche Garantie wirklich alles ist, was Graf Hertling verlangt, um zu verhüten, daß Belgien das Ziel oder das Sprungbrett feindlicher Machenschaften werde, dann sollte es doch gewiß nicht schwer sein, ihn zufriedenzustellen. Hoffen wir, daß im Verlauf des Dialogs, der zweifellos fortgesetzt werden wird, er uns sagen wird, ob das seine Meinung ist, oder ob gänzlich verschiedene Absichten, von denen sich in der Papstnote keine Andeutung findet, in seinem Sinne lag, als er seine einigermaßen unglückliche Redewendung niederschrieb. Dieser Punkt bedarf der Aufklärung, denn, wenn Graf Hertlings Ouvertüre abgelehnt worden ist, dann ist hauptsächlich die Deutung daran schuld gewesen, die seine Beziehung auf Belgien erfahren hat." Über die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen, die italienischen auf gewisse Teile Österreichs und die englischen auf einen Teil der Türkei bemerkt Lansdowne, sie gehörten einer anderen Kategorie an, als die Frage der „Wiederherstellung besetzter Gebiete", und sie eigneten sich zur Besprechung auf dem Friedenskongreß, dem Lloyd George ja auch die Frage der deutschen Kolonien vorlegen wolle.

Eine geschichtliche Erinnerung. Folgenden, für die Beurteilung unserer Ost-Politik lehrreichen Zug finden wir in der Geschichte der englischen „Glorious Revolution" von 1688. — Wilhelm von Oranien war bei seiner Unternehmung gegen Jakob II. von England auf das Mitgehen der englischen Konservativen ebenso unbedingt angewiesen wie unsere heutige Regierung auf das der liberalen Mehrheit. — Jene aber konnten, wie diese, nur durch maßvolle Ziele, die sich auf eine rechtlich Auffassung gründeten, gewonnen werden. — Wilhelm bot daher

Digitized by Google

dem König trotz seiner militärischen Stärke einen „Verständigungs-Frieden" an, dessen wesentliche Bedingung die Sicherstellung der englischen „Freiheiten" war — gegen den lauten Protest der liberalen Heißsporne in seinem Lager, die eine gewaltsame Entfernung des Königs verlangten.

Der König aber entzog sich der Annahme dieser Begingungen durch die Flucht nach Frankreich, und zwar mit der bestimmten Absicht, auf seine Rechte und Ansprüche bei günstiger Gelegenheit und mit Frankreichs Hilfe zurückzukommen — ähnlich wie Trotzki es durch seine „Friedens-Erklärung" versucht hat.

Die gesetzgebenden Körperschaften Englands erklärten darauf Jakob für des Thrones verlustig und überreichten Wilhelm die Krone, dem so durch die maßlose Torheit seines Gegners eine Frucht seiner maßvollen und weisen Politik unblutig zufiel, wie sie ihm der bitterste Gegner Jakobs nicht schöner hätte wünschen können, und wie er sie bei weniger weisem Vorgehen vielleicht überhaupt nicht, jedenfalls aber nur durch blutige Siege, und bestimmt nicht mit der einhelligen Zustimmung ganz Englands, hätte erreichen können.

Die Geschichte nennt heute Wilhelm von Oranien einen der größten Männer Englands.

Enver Pascha, der jetzige türkische Oberbefehlshaber und Kriegsminister, stand vom Herbst 1911 an über ein Jahr als Befehlshaber der türkischen Verteidigungskräfte gegen die Italiener in Tripolis. Diese Streitkräfte hat er fast ganz allein aus den einheimischen Nomadenstämmen berberisch-arabischer Herkunft organisiert und damit den Italienern mit ganz geringen Mitteln andauernd auf das schwerste zugesetzt. Der Entschluß, nach Tripolis zu gehen und dort für die Ehre der Türkei zu kämpfen, entstammt ganz seinem eigenen Herzen. In Tagebuchblättern, die vom September 1911 in Saloniki bis Ende November 1912 in der Cyrenaika reichen, hat Enver seine Tätigkeit in schlichtr, durch das Gemisch von idealistischem Schwung und Melancholie oft ergreifender Form geschildert („Um Tripolis", Verlag G. Bruckmann, München, M. 4.20). Das Büchlein ist wertvoll, nicht nur dadurch, daß es uns eine Aufklärung gibt, woher die jetzige den Italienern so verderblich gewordene kriegerische Kraft der Türken und Araber in Tripolis stammt, sondern auch durch den Einblick in die Psychologie dieser Persönlichkeit, des militärischen Erneuerers der Türkei und treuesten Freundes des türkisch-deutschen Bündnisses.

Paul Rohrbach

Neuerscheinungen

Polen

Die polnische Frage wird von Polen und Deutschen immer neuen Untersuchungen unterzogen. Diesen regellosen Strom zum großen Teil stark tendenziöser Schriften in einer Übersicht „Deutsche Bücher über Polen" gebändigt und reguliert zu haben, ist das Verdienst von Dr. Paul Reiche. (Priebatschs Verlagsbuchhandlung, Breslau 1917). Leider haben darin die in undeutscher Sprache erschienenen Werke über Polen keine Aufnahme gefunden, wodurch die russisch- resp. ententefreundlich orientierten Richtungen des Polentums zu kurz gekommen sind. Die bedeutendste Neuerscheinung auf dem polnischen Gebiete auf dem Büchermarkte ist unzweifelhaft Feldmans „Geschichte der politischen Ideen in Polen seit dessen Teilungen" (Verlag von R. Oldenbourg, München-Berlin 1917). Der Verfasser gehört zu den entschiedensten Anhängern der mitteleuropäischen Lösung der Polenfrage. Er setzt sich in seinem Werke mit dem Hauptvertreter der russischen Orientierung R. Dmowski mehrfach auseinander. An Hand der Geschichte der letzten hundert Jahre kommt er zu folgendem Schlusse: „Damals und gegenwärtig: die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses mit einer oder mit zweien der benachbarten Mächte. Damals und gegenwärtig besteht eine fortgeschrittene Partei, die für Anschluß an die Westmächte (schließlich an die Zentralmächte) ist, und eine rückschrittliche, die den Anschluß an Rußland wünscht." Wenn Feldman auch stets polnischer Politiker bleibt, der in der Gegenwart für die Zukunft wirken will, und nicht voraussetzungslose Historiker, so ist doch anzuerkennen, daß er den Polen nicht selten herbe Wahrheiten sagt. Mit erfreuliche Energie rückt er dem Märchen zu Leibe, als ob der alte polnische Staat nicht an innerer Schwäche zugrunde gegangen sei, sondern an der Bosheit der Nachbarn, die ein so weit voraus entwickeltes Staatswesen neben sich nicht

Digitized by Google

dulden konnten, weil sonst die eigenen unterdrückten Völker aufbegehren würden. Als ausgesprochener Demokrat hegt Feldman für die Adelsherrschaft der früheren Perioden um so weniger kritiklose Bewunderung, als die Nachfolger des damaligen Adels immer stärker ins russophile Lager abzuschwenken für gut befanden.

Wohin verstiegene Romantik in der Politik führt, zeigen zwei Schriften von Anton Chołoniewski und Stefan Buszczynski. Des ersten Verfassers Schrift, „Der Geist der Geschichte Polens" (Krakau, im Selbstverlage des Verfassers), wird durch folgenden Satz genügend charakterisiert: „Polen hat die barbarische Lust zur Kriegführung sehr zeitig überwunden. Seit Polen das jugendliche Zeitalter seiner Geschichte abgeschlossen hatte, hat es im Laufe der fünf letzten Jahrhunderte seines staatlichen Bestandes keine Angriffskriege geführt, seine „Eroberungen" setzte es nur durch sittliche Kraft allein durch." Nach solchen Behauptungen überrascht es kaum mehr, wenn der Verfasser erklärt, daß in Livland während seiner Zugehörigkeit zu Polen die volle Glaubensfreiheit geherrscht habe, obgleich dort bis auf den heutigen Tag die Taten der polnischen Gegenreformation lebendig geblieben sind. Auch das zweite oben genannte Buch „Freiheitshort, Deutung der Geschichte Polens" (Verlag des Obersten Polnischen National-Komitees, Krakau 1917) sieht alles Licht bei den Polen und allen Schatten bei den andern Völkern: „Der böse Eroberungsgeist der Nachbarn Polens zwingt nämlich die friedlichen polnischen Landleute zu den Waffen zu greifen und eine Kriegerschar zum Schutze des Heimatlandes aufzustellen, zugleich eine Schutzmauer Europas." Derartige Bücher mögen in Polen noch gläubige Leser finden. Dem deutschen Publikum sie jetzt in Übersetzungen zu bringen, (Buszczynski ist 1892 geschrieben) dürfte nicht einmal im richtig verstandenen Interesse der Polen liegen. Auch die nächste Schrift von O. Balzer „Aus Problemen der Verfassungsgeschichte Polens" (Zentral-Verlags-Bureau des Obersten Polnischen National-Komitees, Krakau 1916), steht noch auf dem Standpunkt, daß „die Auffassung, in den Mängeln der polnischen Verfassung stecke die wesentliche Ursache des Untergangs Polen, sich als falsch erwiesen habe". Aber der Verfasser versucht doch, ein wenn auch sehr geschmeicheltes Bild der früheren Wirklichkeit zu geben.

Zum Schluß noch zwei Schriften von Deutschen über Polen. Professor Dr. Rudolf Leonhard München, hat im Verlage von Ferdinand Enke in Stuttgart einen Vortrag „Zur Soziologie des Polentums" veröffentlicht. Er charakterisiert darin das Wesen des früheren polnischen Staates folgendermaßen: „So bietet uns Polen das Bild einer ganz einzigartigen Staats- und Gesellschaftsstruktur, sozusagen eines staatlosen Staates, denn der Staatsbegriff ist untrennbar vom Zentralismus, und gerade dieser schwächt sich in Polen, wo die Wahlmonarchie stets bedeutungsloser wird, immermehr ab; die Entwicklung geht geradezu den umgekehrten Weg wie in den Nachbarländern, den der Denzentralisation, so daß im 18. Jahrhundert der Schwerpunkt der Legislative und Exekutive in Polen auch nicht einmal mehr im Reichstag, sondern in den Provinziallandtagen, dem Selbstverwaltungsorganen der adligen Grundherren, liegt." In „Perthes Schriften" zum Weltkrieg" hat Hans F. Helmolt eine Gedenkschrift „Die Wiederherstellung Polens" veröffentlicht. In ihr gibt es gutes Material zur polnischen Frage. Helmold ist ein Gegner der austro-polnischen Lösung und formuliert seinen Standpunkt zum polnischen Problem nicht unglücklich durch folgenden Satz: „Gelingt die wirtschaftlich-militärische Anlehnung an Deutschland, kann bedeutet jedenfalls die schlechte Prosnagrenze keine immanente Gefahr mehr: Unsere östliche Verteidigungslinie wird vielmehr um ein Drittel gekürzt; gelingt sie nicht, so muß früher oder später mit der Einbeziehung eines Glacis bis zum Njemen, Bobr und Narew gerechnet werden." Selbst ein so gewiegter Politiker, wie Helmholt, lehnt aber noch September 1917 das Aufrollen der ukrainischen Frage ab, weil man „bei der Politik des Erreichbaren" bleiben müsse. Sein Argument gegen den ukrainischen Staat ist das bekannte Zitat von Moltke: „Kein Teil Rußlands kann ohne den anderen bestehen. Der waldreiche Norden nicht ohne den kornreichen Süden, die industrielle Mitte nicht ohne beide, das Binnenland nicht ohne die Küste, nicht ohne die große gemeinsame Wasserstraße der 400 Meilen schiffbaren Wolga." Schon das ehrwürdige Alter des Satzes (1856) hätte den Verfasser stutzig machen sollen, haben sich doch inzwischen durch Eisenbahnbau und Industriellisierung des Donezbeckens die wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus geändert. Moltkes Zitat war aber schon damals völlig verkehrt. Denn der gesamte Lauf der Wolga berührt nur großrussisches Gebiet, während das Rückgrat der Ukraine der Dnjepr bildet. A. S.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 5. April 1918 • Heft 14

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Schlacht, die sich im Westen weiterwälzt und in einer Woche das stärkste Verteidigungssystem zersprengte, ist die gewaltigste Einleitung des Riesenkampfes, der, so hoffen wir, dem Krieg sein Ende bringen soll. Noch wird man sich hüten müssen, die politische Auswirkung des gewaltigen militärischen Geschehens erfassen zu wollen. In Frankreich wie in England wird unter dem Druck der Not ein Clemenceau und Lloyd George, den beiden verantwortlichen Führern der Entente, die Anhängerschaft des Krieges bis zum äußersten empordrängen, um die von den furchtbaren Schlägen wankende Stellung zu stützen. Die Not der militärischen Krisis wird alle Zerrissenheit vergessen lassen, jetzt, für die nächsten Wochen, bis zu einem Augenblick, da die Spannung versagen wird, da die Bänder, die jetzt als neue Fessel um die Völker sich winden, zerbrechen. Dieser Augenblick entscheidet vielleicht über die Zukunft Europas, die jetzt blutig und siegreich vorbereitet wird. Er möge unser Volk ruhig, klar, kraft- und siegesbewußt und seiner weltgeschichtlichen Aufgabe sicher finden.

*

Spürt man in den neutralen Staaten, daß der deutsche Sieg keine Gefährdung, sondern Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit bedeuten wird? Die Welt wird in der von der Entente abhängigen Presse widerhallen, zum soundsooften Male, von der furchtbaren Maschine des deutschen Militarismus, der die Erde in seine Gefolgschaft zwingen wolle, aber ist es nicht so, daß Holland freier atmen kann, seit die Schlacht von Cambrai geschlagen wurde? Nicht als ob Wilson und Cecil erschrocken sich ihrer Übergriffe schämen würden — im Gegenteil, die kleinen Staaten werden vielleicht erfahren, daß mit der militärischen Ohnmacht die moralische Gewalttätigkeit sich steigert. Die Verwahrung, die die holländische Regierung jetzt nach Washington gerichtet hat, zeigt stärkere Kraft als jenes Nachgeben der ersten Kundgebung. Freilich: der kleine Staat kann nicht viel mehr tun als dem Gewalthaber, der das engumschriebene amerikanische Staatsinteresse als das neue Recht der Welt proklamiert, die ganze Hohlheit seiner „Prinzipien" ins Gesicht werfen; er spricht dabei für alle andern. Die Lehre muß für ihn sein, daß Macht etwas anderes ist wie Gewalt. Die

Digitized by Google

deutsche Macht, die sich neu gefestigt und im Bewußtsein der klar Sehenden vertieft hat, wird der Anker für alle Staatsgebilde sein, deren Lebensmöglichkeiten von brutalen Willkürlichkeiten gefährdet sind.

*

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" verkündete kürzlich der erstaunten deutschen Öffentlichkeit, daß ein Protest der Vertreter der estnischen Republik ergangen wäre. Diese Anerkenntnis der sieben Männer, die sich wenige Tage vor Einzug der bekanntlich gleichermaßen von Deutsch-Balten und Esten zu Hilfe gegen den Bolschewismus gerufenen deutschen Truppen auf englischen Rat zu einer estnischen Regierung zusammengeschlossen hatten, ist kein Eigengewächs des offiziösen Blattes, sondern Frucht vom Baum des Auswärtigen Amtes. In Stockholm amtet nämlich Geheimrat Riezler, der Estland dem „wiedererstarkenden" Rußland als Morgengabe überreichen will. Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die estnische Deputation, die für eine Autonomie der Esten unter Deutschland eintreten wollte, vom Unabhängigkeitswunsch erfaßt, jetzt Proteste schreibt. Obgleich die Politik der Konzessionen an Rußland, wie das Beispiel Protopopow zur Genüge bewiesen, gescheitert ist, lüstet es augenscheinlich immer noch Diplomaten, auf diese wacklige Brücke zu treten. Man könnte geneigt sein, diesen Sondersport unberücksichtigt zu lassen, zumal die deutsche Publizistik keine Hilfswache für waghalsige Diplomaten ist, wenn nicht dadurch Unklarheiten in unsere Schutzstellung den neuen Staatsgebilden gegenüber hineinkäme.

*

Riga ist dem Beispiel Kurlands gefolgt. Die dortige noch aus den Zeiten vor dem Kriege stammende Stadtverordneten-Versammlung hat, gleich Kurland, für den Anschluß Rigas an Deutschland gestimmt und dabei auch den Wunsch ausgesprochen, nicht von Estland und Livland getrennt zu werden. Besonders erfreulich ist es, daß dieser Beschluß auch von 18 lettischen Stadtverordneten gefaßt worden ist, und daß die von den Letten aufgestellten Wünsche — Berücksichtigung der lettischen Sprache in Schule und Gericht und Nichtausdehnung der deutschen Kolonisation auf den lettischen Kleingrundbesitz — von den deutschen Stadtverordneten unterstützt wurde.

*

Zu Anfang des Krieges sprach Adolf Wagner die Hoffnung aus, daß auch Dorpat, wo er als junger Gelehrter gewirkt hatte, deutsch werden möge, wie 1870 Straßburg, das er als Student noch als „französische" Grenzstadt besuchen mußte. Jetzt ist diesem Wunsch Erfüllung geworden. Prof. v. Harnack ruft in den „Preußischen Jahrbüchern" die deutschen Universitäten auf, sich an die Spitze einer Stiftung zu stellen, die der schwergeprüften neuen Schwester überreicht werden soll, damit sie sich von den Wunden des Krieges erholen könne. Der deutsche Krieg, der schon eine polnische Universität in Warschau und eine flamische in Gent geschaffen, soll jetzt sein Befreierwerk durch eine deutsche Universität in Dorpat krönen.

Digitized by Google

Sieg!

Von Dr. Paul Rohrbach

In meinem Hause wird allabendlich ein Kindergebet gesprochen, das so lautet:

Lieber Gott, wir bitten dich sehr,
Stell deine Engel um uns her,
Stell sie um unsere Kammerwand
Und um das ganze deutsche Land.
Stell sie um unsere Soldaten im Feld,
Daß sie bestehen gegen alle Welt.
Sei ihr Schutz in der großen Schlacht,
Stehe mit ihnen auf der Wacht!
Halte zu Wasser und halte zu Land
Über uns deine allmächtige Hand,
Daß die Feinde mit Schrecken sehn:
Deutschland kann nicht untergehn!

Diese Bitte im Krieg ihres Volks lehrten sich in vorigem Sommer deutsche Mädchen in einem freundlichen Hause auf der Insel Seeland. Man hatte sie dorthin eingeladen, damit sie sich abseits von allem Streit der Großen über neutral und nichtneutral, über Teilnahme für Deutschland oder seine Gegner, als unschuldig von der Not der Zeit getroffene Kinder eine Weile kräftigen könnten. Niemand wehrte ihnen das Gebet für die Heimat auf dem Boden des gastfreundlichen fremden Landes, das als eine wirkliche Insel des Friedens inmitten des Weltkrieges dalag. So sieht im deutschen Hause Deutschlands Militarismus aus. In solchen Gebetsworten lebt das wahre und tiefe Empfinden des Volkes: man hat uns angegriffen, wir kämpfen um Leben und Freiheit, Ehre und Gut, und Gott wird uns nicht vergehen lassen.

Mag sein, daß es auch deutsche Stimmen gibt, die anders klingen. Ich weiß, daß man in England und Frankreich, in Italien, Amerika und sonst in der Welt ganze Bibliotheken geschaffen und sie gefüllt hat mit Zeugnissen aus unserem politischen Schrifttum für das deutsche Streben nach Weltherrschaft und für die deutsche Anbetung der Gewalt. Sie sind da, diese Stimmen, man kennt sie und weiß, wie unendlich sie der deutschen Sache geschadet haben; wieviel verlorene Schlachten diese Art Literatur für Deutschland bedeutet. Man muß sich auch ernstlich und ausführlich mit ihr auseinandersetzen, aber den wirklichen deutschen Geist bringt sie nicht zum Ausdruck. Das Gewissen des deutschen Volks als Ganzes ist rein vom Vorwurf, Gewalt und Eroberungen zu lieben. Wir lieben weder eins noch das andere, aber wenn man uns überfällt, so verstehen wir zu fechten und zu siegen. Wollte Gott, es wäre uns außer der Siegerkraft auch noch die Fähigkeit gegeben, in geschickten und ehrlichen Worten der Welt klarzumachen, daß wir nicht allein für uns, sondern auch für die Freiheit und Zukunft vieler anderer Völker siegen, großer und kleiner. Da aber

Digitized by Google

stockt die Fähigkeit des Deutschen. Wir haben große Feldherrn und Krieger, die zu kämpfen, zu siegen und zu sterben wissen, aber unsere politischen Leiter sind hilflose Stümper, wenn sie die gute Sache Deutschlands hell ans Licht stellen sollen, und redet ihnen jemand von moralischer Offensive, so scheinen sie überhaupt nicht zu wissen, was man von ihnen will.

Über alle Begriffe erhebend ist die reine und tiefe Freude über den Erweis der Kraft, den unser Heer jetzt in der großen Schlacht in Frankreich geliefert hat. So etwas nach fast vier Jahren Krieg noch zu erleben, ist überwältigend. Der Feind, der hier vor allem geschlagen wurde, England, ist Jahr für Jahr stärker geworden, hat sich geübt und gerüstet, hat die Erfahrung unzähliger schwerer Kämpfe gesammelt, hat Idee und Praxis der „Materialschlacht" bis aufs höchste entwickelt und ihn durch eine tapfere, gut geschulte Armee von Millionen von Streitern im Felde und in der Heimat zu stützen vermocht. Die ganze Welt ist England für seinen Kampf dienstbar, aus allen Erdteilen und über alle Meere fließen ihm Mittel und Kräfte zu. Wir aber haben nichts als unseren eigenen, immer mehr angegriffenen, immer schärfer ausgepreßten Vorrat an Menschen und Material zur Verfügung. Immer schwerer wurde das Heranschaffen, immer mehr galt es mit Ersatzmitteln wirtschaften, immer stärker mußten die jüngsten und die ältesten Jahrgänge der Dienstfähigen heran, und von Monat zu Monat wurde unnachsichtlicher gemustert, wer noch für dienstfähig gelten mochte. Und trotzdem dieser beispiellose Sieg! So etwas ist nur ein Volk zu leisten fähig, das über unendliche Reserven an innerer Kraft verfügt — ein Volk, dessen Väter und Mütter mit ihren Kindern am Abend zusammen beten können, wie oben steht.

Wir wollen hier nicht fragen, was nun militärisch hinter dem Sieg in Frankreich kommen wird, wie weit wir ihn noch werden verfolgen können, und wie nahe er die Friedensbereitschaft der Gegner bringen mag. Eine Sache aber wollen wir uns klar machen, die er sicher bringt. England ist besiegt. Bald 100 000 Gefangene und weit über 1000 Geschütze in der Feldschlacht zu verlieren und aus den stärksten Stellungen geworfen zu werden, die die Welt gesehen hat, das ist eine Niederlage, die niemand mehr wird abstreiten können, auch England nicht. Die Engländer haben bisher gesagt, sie seien nie in diesem Kriege, ja eigentlich überhaupt noch nie, besiegt worden. Man kann darüber streiten, ob sich das so halten läßt, aber jedenfalls war bisher die Welt geneigt, es den Engländern so zu glauben. Damit ist es nun vorbei. Die englische Niederlage dröhnt durch alle Länder. Man kennt sie heute schon in Indien, in Persien, am La Plata. Die Welt weiß, England ist besiegbar, und die Deutschen haben die Engländer aufs Haupt geschlagen. Mochte man den Mißerfolg der englischen Flotte vor dem Skagerak nach außenhin bemänteln können — mit der Schlacht in Frankreich geht das nicht mehr. Englands Weltmacht ruhte bisher auf zwei gleich starken Pfeilern: erstens auf der wirklichen militärischen Stärke der Engländer zu Wasser und zu Lande, und zweitens auf dem Glauben aller Völker, daß England

Digitized by Google

unüberwindlich sei. Das werden die Völker von jetzt an nicht mehr glauben. In der Schlacht in Frankreich haben wir nicht nur die englischen Kanonen und Vorräte erobert, sondern auch eine entscheidende Verbesserung unserer Position für die Zeit nach dem Frieden gewonnen, wo es gelten wird, unsere zerstörten Beziehungen im Verkehr mit den übrigen Völkern diesseits und jenseits des Ozeans wieder aufzubauen. Dies Volk, die Deutschen, ist stark genug gewesen, Rußland zu zertrümmern, und dann im vierten Kriegsjahr noch das überreich ausgerüstete englische Millionenheer derart zu schlagen. Diese Worte werden fortan unsichtbar vor jedem Deutschen hergehen, der draußen in der Welt arbeitet; vom Engländer aber wird es heißen: er kämpfte tapfer, aber er wurde geschlagen und floh! Nachdem das einmal geschehen ist, wird es den Engländern nicht mehr möglich sein, so stark wie bisher vom politischen Kredit zu leben. Man wird auch ihnen gegenüber, wo sie auftreten, ihre Forderungen stärker nach ihrem politischen Barzahlungsvermögen bewerten; unser Kredit dagegen wird wachsen. Mochten die Engländer sich vor der großen Niederlage in Frankreich der Hoffnung hingeben, daß die ganze Zerstörungsarbeit, die sie bisher an den deutschen Wirtschaftsbeziehungen über See vollbracht haben, ihnen wie geplant zugute kommen und Deutschland das Verlorene nicht wieder einbringen würde, so ist auch daran jetzt nicht mehr zu denken. Hinter dem deutschen Kaufmann, der in den asiatischen, afrikanischen oder amerikanischen Ländern wieder erscheint, sobald es Frieden gibt, wird noch auf lange hinaus der Sieg stehen, der auf dem trichterzerwühlten Gelände an der Somme über die ganze beispiellose Rüstung Englands erfochten wurde.

Um die Vernichtung Deutschlands als Rivalen ging es den Engländern. Ich habe das vorige Mal das Wort von Stegemann angeführt: Der Krieg, der von England zu einem politischen Ideenkrieg umgeprägt worden sei, werde doch in Wahrheit „um die Welthandelsherrschaft und das im angelsächsischen Sinne zu ordnende europäische Gleichgewicht" geführt. Angelsächsisches Gleichgewicht heißt „Gleichgewicht" ohne Wettbewerber. Se hat es auch ein Engländer, wenngleich von irischer Herkunft, gesagt, Bernard Shaw, dessen Aufsatz „Der letzte Sprung des alten Löwen" neulich in der „Nordd. Allgem. Zeitung" abgedruckt war. Darin heißt es:

Seit Jahrhunderten schon sinnt der Löwe auf das eine Ziel: niemand soll größer sein zu Lande als England, niemand so groß wie England zur See. Ob ein Rivale besser oder schlechter sei als England, war dem Löwen immer nichts. Als Waterloo geschlagen und genommen war, schrieb Byron: „Tut mir verflucht leid!" Die Schwärmer für Freiheit und Menschlichkeit sahen entsetzt, wie englische Waffen auf den Trümmern von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die Inquisition wieder aufrichteten und den Thron einer unheilvollen, abgelebten Dynastie restaurierten. Was schert's den Löwen! Englands Gegner lag im Staube; England war Herrin der See; Englands Heerführer (zwar nur ein Irländer, aber was macht's!) war Herr von Europa. Könige wagten in seiner Gegenwart nur wie verängstigte Schulbuben zu flüstern; England, gleichviel, ob zu Recht oder zu Unrecht, jedenfalls ganz und gar England, in seiner angeborenen Verderbtheit und Gewalttätigkeit, wie auch in seiner angeborenen Größe und seinem Ruhm, war echt englisch aus dem Kampf hervorgegangen und hielt das Gleich-

Digitized by Google

gewicht der Macht in seiner Hand. Hundert Jahre lang wußte kein Engländer mehr, was es heißt, vor der Möglichkeit eines feindlichen Einfalls zu erbleichen. Zwei Generationen hindurch lag der Löwe, sonnte sich und witterte keinen Feind, den ein Schlag seiner Tatze nicht hätte niederschlagen können!

Da erhob sich ein neuer Rivale. Furchtbarere Schlachten denn Waterloo wurden gegen den gleichen Feind geschlagen; aber nicht England war der Sieger. Der Löwe richtete sich auf und begann zu lauschen. Jener alte Instinkt wurde wieder in ihm wach. Aus weiter Ferne schlug der Klang an sein Ohr: „Deutschland, Deutschland über alles!", und in seinem Innern sprach er: „Nicht bei meinen Lebzeiten!" Der Rivale baute ein Kriegsschiff, baute noch ein Kriegsschiff, und dann noch eins; offene Herausforderung der Beherrscherin der Meere! Da war es aus. Von dem Augenblick an fragte es sich nur noch, wann der Löwe zuspringen würde. Denn ein Löwe, der von jener einen einzigen Idee erfüllt ist, dem seine Lebensinteressen so tief in den Eingeweihten sitzen, muß verschlagen sein: er muß unter allen und jeden Umständen gewinnen, und wenn er noch so lange lauern müßte bis zum rechten Augenblick . . .

Und der Löwe kauert zum Sprung. Fast noch ehe er ganz fertig ist, läßt der Teufel von günstigem Geschick den Erzherzog von Mörderhand fallen, und Österreich sieht Serbien endlich in seiner Hand. Österreich stürzt sich auf Serbien, Rußland auf Österreich, Deutschland auf Frankreich; und nun endlich stürzt sich auch der Löwe mit mächtigem Gebrüll auf seine Beute und gräbt im Nu seine Fänge und Pranken in den Leib seiner Rivalen. Nicht für alle Pazifisten und Sozialisten der ganzen Welt läßt er den jetzt wieder los, bis er selbst entweder tot am Boden liegt oder aber wieder auf seinem Piedestal von Waterloo!

Das wurde geschrieben im Dezember 1914. In der englischen Presse wurde es bisher verheimlicht. Die Schlacht in Frankreich wird aber diesmal kein Waterloo werden. Der letzte Sprung des alten Löwen, meint Bernard Shaw, sollte auch sein bester werden, hinter dem er keinen mehr zu tun brauchte, weil der Rivale erwürgt war. Jetzt aber zeigt sich, daß der Sprung über den Kanal nicht geglückt ist. Mit einer furchtbaren Kraftanstrengung — furchtbar in jedem Sinne! — drängen wir den Löwen wieder gegen den Kanal, über den er hinübergesetzt ist. Der Sieg mit der Waffe ist unser. So groß er aber auch ist — er ist doch erst der halbe Sieg. Alle Opfer und alle Erfolge in diesem Kriege werden nur halb, wenn wir nicht imstande sind, aus ihnen heraus auch Siege für die moralische Weltstellung Deutschlands zu gewinnen. Hindenburg und Ludendorff haben ihr Heldenwerk getan und tun es weiter. Wo ist nun der Generalstab für die geistige Offensive Deutschlands?

Zeitgenössische Kriegsliteratur

Von Professor Dr. Gustav Roloff, Gießen

Bei einem Blick auf die Ereignisse der letzten vier Jahre könnte man daran verzweifeln, daß sich je ein Historiker zutrauen dürfte, eine wissenschaftliche Darstellung des Weltkriegs zu geben. Über welche Fülle militärischer, wirtschaftlicher und politischer Kenntnisse wird er verfügen müssen, um die ungeheuren Vorgänge intellektuell zu erfassen, und welche Darstellungskraft wird es erfordern, eine Anschauung

Digitized by Google

des Geschauten und Ergriffenen zu vermitteln. Vielleicht werden dabei die eigentlich kriegerischen Ereignisse weniger Schwierigkeiten bieten als die Dinge hinter den Fronten: das Wirtschaftsleben der Völker, die Bewegungen der öffentlichen Meinung, die Folgen des Krieges für die Verfassung und Verwaltung der Staaten, seine Wirkung auf das Völkerrecht und was dergleichen mehr ist. Und welche Masse von Stoff wird zu bewältigen sein, ehe man zu einer Anschauung durchdringen kann. Die Quellen werden in einer Stärke fließen, daß der einzelne im Strom zu ertrinken fürchten mag. Aber vielleicht wird die Aufgabe der Quellensammlung und Sichtung noch der geringste Teil der Aufgabe sein, denn hier wird die gelehrte Organisationsarbeit einsetzen und dem Forscher wie Darsteller viel Mühe ersparen. Manche solcher Vorarbeiten, wie über die Kriegswirtschaft und die militärischen Angelegenheiten, sind ja schon von den Behörden in Angriff genommen worden, und es ist anzunehmen, daß ähnliches auch in anderen Staaten unternommen worden ist. Man darf sogar hoffen, daß die gleichen Bestrebungen hüben und drüben manchen durch den Krieg abgerissenen Faden wieder knüpfen werden. Neben den amtlichen historiographischen Vorbereitungen gibt es auch bereits zahlreiche private, die teils durch den Krieg erst hervorgerufen sind, teils an schon bestehende Unternehmungen anknüpfen; ich nenne nur den „Europäischen Geschichtskalender" (München, Oskar Beck), der mit seiner knappen Auswahl der wichtigsten Ereignisse sich auch für die Kriegszeit als zuverlässiger Führer bewährt, die in demselben Verlag erschienene „Chronik des Deutschen Krieges", eine Sammlung der Tagesberichte, offiziösen Mitteilungen und dergleichen, und die französische Publikation Recueil des Communiqués officiels des gouvernements et états majors de tous les belligérants. (Paris, Payot.) Die Darstellungen beschäftigen sich wie begreiflich vornehmlich mit den militärischen Ereignissen und der politischen Vorgeschichte des Krieges, die übrigen Fragen treten einstweilen noch zurück. In den Schilderungen wiederum herrschen die Spezialstudien vor; nur wenige haben es bisher gewagt, eine Gesamtgeschichte des Krieges zu geben. An der Spitze dieser zeitgenössischen Kriegshistoriker steht ohne Zweifel das Buch von Hermann Stegemann, „Geschichte des Krieges" (Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt 1915 und 1917). Der Verfasser, der sich schon durch seine Betrachtungen im Berner „Bund" einen guten Namen gemacht hat, besitzt die Eigenschaften, die eine solche Aufgabe erfordert: Fleiß und Findigkeit in der Sammlung aller möglichen Nachrichten aus offiziellen und privaten Quellen, tüchtige militärische Kenntnisse, große Gestaltungskraft und ein unbefangenes, an Clausewitz geschultes Urteil. Das Ziel des auf vier Bände berechneten Werkes, von dem bisher zwei (444 und 500 Seiten stark) erschienen sind und die Ereignisse bis zur Winterschlacht in Masuren umfassen, ist vornehmlich die Aufdeckung der großen strategischen Zusammenhänge, die Darstellung der großen Kombinationen und der Ereignisse, die sie erfüllt, durchkreuzt oder verhindert haben. Die taktischen Einzelheiten können bei der ungeheuren Fülle weniger

Digitized by Google

berücksichtigt werden, aber sie werden genügend geschildert, um die wichtigsten Truppenbewegungen, die charakteristischen Eigenschaften der einzelnen Waffen, den Verlauf der Gefechte erkennen zu lassen. Stets hat sich der Verfasser von dem Wort, „die Kritik ist leicht, die Kunst schwer", leiten lassen und überall, wo er auf Fehler, die von dem nachlebenden Forscher mit Hilfe zahlreicher, dem Handelnden verschlossener Kenntnisse leicht festzustellen sind, hinweist, billige Worte des Tadels vermieden, dagegen nirgends für hervorragende Leistungen von Führern und Truppen mit Worten der Bewunderung gespart. Mit welchen Empfindungen er der Hindenburgschen Strategie gegenübersteht, braucht nicht erst gesagt zu werden, aber auch der feindlichen wird er gerecht, und die Hauptpersönlichkeiten der Feinde, Joffre und Nikolai Nikolajewitsch, scheint er richtig zu charakterisieren: beide gewiß keine genialen Naturen, weder in der Kühnheit und Originalität ihrer Konzeptionen noch in der blitzartigen Erfassung und Beherrschung der Vorgänge mit Hindenburg oder einem anderen Feldherren ersten Ranges zu vergleichen, aber doch beides Männer von ungewöhnlichen Gaben und großer Fähigkeit, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zu benutzen: Joffre, der kühle und sichere Rechner, der die trefflichen französischen Verbindungen und Verkehrsmöglichkeiten nach den anfänglichen Niederlagen so geschickt ausnutzt, daß er den moralisch überlegenen Deutschen den Sieg entreißen und seine Landsleute mit dauernder Zuversicht beleben kann; der Großfürst, der unbändige Willensmensch, der sich durch die Schläge in Ostpreußen und Polen nicht beugen läßt, sondern unermüdlich mit dem Menschenreichtum Rußlands neue Ansätze macht, das Schicksal zu zwingen. Man gewinnt aus Stegemanns Darstellung aufs neue den Eindruck, daß die Hauptschwäche der russischen Armee in der mangelhaften Unterführung und der qualitativen Unzulänglichkeit der Truppen lag. So ermöglichte Rennenkampfs Stehenbleiben zwischen Gumbinnen und Königsberg die Vernichtung des isolierten Samsonow bei Tannenberg, und nach dem Rückzuge Hindenburgs von Warschau nach der preußischen Grenze wurden den Russen schlechte Aufklärung und ungenügende Manövrierfähigkeit verderblich. Sie bewirkten, daß Mackensens Flankenstoß bei Kutno den Vormarsch der an Zahl weit überlegenen russischen Armee hemmte und in der Folge den ganzen Plan des Großfürsten, mit seinem riesigen strategischen Zentrum in Schlesien und Mähren einzubrechen, zerriß.

Es ist selbstverständlich, daß der Verfasser nicht mit dem Anspruch auftritt, das letzte Wort sprechen zu wollen. Für eine abschließende Darstellung fehlt, um nur eins zu erwähnen, vor allem die Möglichkeit, Stärke und Verluste der Parteien genau zu berechnen, was für eine sichere Erkenntnis ihrer Absichten und Erfolge unerläßlich ist. Auch im einzelnen mag man hier und da mit ihm rechten. So möchte ich hinter die Darstellung des Kriegsrats von Compiègne am 29. August, der den Rückzug bis zur Marne beschloß, ein Fragezeichen setzen. Namentlich der Rücktritt der französischen Regierung kann nicht mit den Beschlüssen von Compiègne zusammenhängen, wie

Digitized by Google

Stegemann meint, da er drei Tage früher erfolgt ist. Auch die Vermutung des Verfassers, daß Hindenburg im Januar 1915 eine doppelte ungeheure Umfassung der gesamten russischen Armen geplant habe — durch den Angriff in Masuren und den Vorstoß in den Karpathen — erscheint mir problematisch; ebensogut kann man in dem Karpathenunternehmen nur eine aktive Verteidigung ohne so weit gestecktes Ziel sehen. Aber das sind Fragen, die später noch manche Erörterung hervorrufen werden.

Mit besonderer Belehrung wird das große Publikum die Darstellung der ersten Kriegswochen lesen. Anschaulich wird da geschildert, wie die Mittelmächte, numerisch ihren Feinden bei weitem nicht gewachsen, versuchen mußten, dies Mißverhältnis durch eine schleunige Offensive wettzumachen, die Deutschen nach Belgien und Frankreich, die Österreicher nach Polen. Die verbündete Heeresleitung hoffte, im Westen die feindlichen Streitkräfte kampfunfähig zu machen und im Osten wenigstens die ersten russischen Armeen empfindlich zu schlagen, ehe die Truppen aus Innerrußland und Sibirien heran sein konnten. Der Gedanke konnte nicht völlig durchgeführt werden, weil die russische Mobilisierung weiter vorgeschritten war, als man in Berlin und Wien wußte, und die Truppen der Mittelmächte für die östlichen Aufgaben daher zu schwach waren. Die Notwendigkeit, die östlichen Armeen zu verstärken, erzwang dann die Schwächung der westlichen um rund 100000 Mann, die dann in der Marneschlacht fehlten. Obgleich nach Stegemann die Deutschen bis zum 9. September große taktische Vorteile erfochten hatten, vermochten sie nicht, sie zu vollenden. Die österreichisch-ungarische Armee wurde von noch härterem Geschick betroffen. Sie mußte nach Kühn vorgetragener Offensive und anfänglichen Erfolgen vor dem russischen Massendruck unter schweren Verlusten bis hinter Przemysl zurückweichen und wurde erst von dem russischen Alp erlöst, nachdem Hindenburg Ostpreußen befreit hatte und in Polen eingebrochen war. Erst nachdem durch die Verluste in Polen und der Masurenschlacht die russischen Streitkräfte gewaltig vermindet und die der Mittelmächte infolge neuer Aushebungen vermehrt worden waren, begann sich ein besseres Kräfteverhältnis herzustellen. Zweierlei predigt die Geschichte des ersten Kriegsjahres mit unvergeßlicher Kraft: daß die Verbündeten, insbesondere Österreich-Ungarn, nicht mit genügender kriegerischer Rüstung in den Kampf eingetreten sind, und daß Ostpreußen eine exponierte und für den Gesamtstaat gefährliche Grenze hatte: ungehindert konnte der Feind hinter den Narewfestungen seine Massen versammeln, die offene Grenze überschreiten, und falls er keinen Hindenburgischen Widerstand fand, in breiter Front die Weichsel angreifen. Und diese hätte sich dann schwerlich dauernd halten lassen.

Stärkere Einwände als gegen den militärischen Teil lassen sich gegen den politischen erheben. Nur weniges will ich anführen. Der deutsch-französische Gegensatz ist mit den Worten „um Elsaß-Lothringens willen" nicht erschöpfend charakterisiert, da er viel älter und tiefer ist: er beruht auf dem Widerwillen der Franzosen gegen die deutsche nationale Einheit; aus dem von den Franzosen der deutschen Nation aufgezwungenen

Digitized by Google

Einheitskampfe ist ja erst die aktuelle elsaß-lothringische Frage hervorgegangen. Nicht Elsaß-Lothringen allein, sondern die deutsche Größe mit odrr ohne das Reichsland ist das wahre Angriffsobjekt unserer westlichen Nachbaren. Auch die englische Politik ist nicht durchweg richtig gezeichnet. So hat das Inselreich seine türkenfreundliche Politik längst vor der Revaler Zusammenkunft (1908) aufgegeben, denn schon 1895 bot Lord Salisbury dem Kaiser die Teilung der Türkei an und in der armenischen Frage trat er weit schroffer als Rußland auf. Für gründlich verfehlt halte ich die Beurteilung der deutschen Politik Belgien gegenüber. Der Vorwurf, die deutsche Regierung habe durch den Einmarsch die belgische Neutralität verletzt und ein Unrecht auf sich geladen, ist doch unvereinbar mit der Tatsache, daß Marschall French sich durch wiederholte Bereisung des Versammlungsgebietes und regen Gedankenaustausch mit dem französischen und belgischen Generalstabe vor dem Kriege mit seiner Aufgabe vertraut gemacht hat (S. 95). Hierdurch ist doch erwiesen, daß die Neutralität faktisch aufgehört hatte. Endlich wird Stegemann der deutschen Nation bei Beginn des Krieges nicht ganz gerecht: Deutschland, meint er, war sich vielleicht nicht ganz bewußt, in welchem Umfang es sich um einen Kampf um Sein und Nichtsein handelte. Natürlich konnte das deutsche Volk nicht ahnen, welche Ausdehnung der Krieg annehmen werde und wie tief die feindliche Offensive angelegt war, aber daß es um seine Existenz ging, wußte es genau: der beste Zeuge dafür ist ja die ungeheure Begeisterung der ersten Kriegsmonate.

Indessen, diese Vorbehalte betreffen nur ein nebensächliches Kapitel des Buches; eine Umarbeitung wird infolge des seit der Abfassung vermehrten Quellenmaterials ohnehin erforderlich sein.

Geringere Ansprüche macht das Buch von Karl Egli, „Zwei Jahre Weltkrieg". (Bis August 1916. Zürich Schultheß, 1917, 224 Seiten.) Es gibt eine gedrängte Übersicht über die Vorgänge auf sämtlichen Kriegsschauplätzen, will also in seiner knappen Zusammenfassung die Hauptmomente nur herausheben, aber nicht erklären. Es bildet somit ein treffliches Nachschlagewerk, in dem man sich vor tieferen Studien über den Tatbestand orientieren kann. Zahlreiche kleine Skizzen erläutern die Darstellung. Derselbe Verfasser, Mitarbeiter der „Basler Nachrichten", hat auch seine gleichzeitigen Bericht über die Offensive in Galizien im Jahre 1917 und die Isonzofront vom März-April 1917 in demselben Verlage herausgegeben. Der Verfasser würdigt darin die gewaltigen Leistungen und Opfer Österreich-Ungarns, sagt aber in innerer Übereinstimmung mit Stegemann: „Österreich-Ungarn ist mit einer ungenügenden Vorbereitung in den Krieg getreten, nicht weil die militärischen Behörden und vor allem der Chef des Generalstabes die Notwendigkeit einer ausreichenden Kriegsrüstung nicht erkannt hätten, sondern weil die unglücklichen innerpolitischen Verhältnisse verhinderten, die Wehrkraft nach Zahl und Ausrüstung, namentlich auch an Artillerie, so auszubauen, wie es der Größe und der Stellung der Monarchie entsprach."

Digitized by Google

Polens geschichtliche Grenzen

Von Professor Dr. Conrad Bornhak, Berlin

Die Überlassung des Chelmlandes an die Ukraine durch den Frieden von Brest-Litowsk hat, wie zu erwarten stand, bei den Polen einen Sturm der Entrüstung in den dort üblichen Formen hervorgerufen. Das Recht Polens auf seine geschichtlichen Grenzen soll damit verletzt sein. Damit entsteht die Frage: Welches sind denn diese geschichtlichen Grenzen? Sie haben natürlich im Laufe der Geschichte geschwankt. Es ist mit Polen, solange es noch ein selbständiger Staat war, ähnlich gegangen wie mit Deutschland. Es ist allmählich immer mehr von Westen nach Osten gerückt. Das bezieht sich aber nur auf den Staat, nicht auf die Nationalität. Während das Polentum im Westen immer mehr nicht nur an Staatsgebiet, sondern auch an nationalem Bestande verlor, hat die Nationalität mit der Ausbreitung des Staates nach Osten nicht wesentlich gewonnen. Es ist den Polen in dieser Hinsicht anders ergangen als den Deutschen, die mit der Erweiterung ihres Staates auch ihr Volkstum nach Osten ausbreiteten.

Um das Jahr 1000 reicht das damals in die Geschichte eintretende Polen im Süden und Westen bis an die Karpathen, die böhmisch-schlesischen Gebirge und die Oder, teilweise über diese hinaus in das Land Lebus, Pommern als Lehnsherzogtum umfassend. Im Osten geht sie genau so weit wie noch heute die der zusammenhängenden polnischen Nationalität. Sie beginnt an dem ostpreußischen Winkel bei Lyck und geht dann in einer ziemlich geraden Wellenlinie auf den Kamm der Karpathen zu, das jetzt umstrittene Chelmland und Ostgalizien dem russischen Reiche überlassend.

Nun zeigt die weitere Entwicklung des späteren Mittelalters zunächst ein stetes Zurückweichen im Westen. Schon in der Hohenstaufenzeit werden Lebus, Pommern und Pommerellen bis zur Weichsel deutsch, während östlich der Weichsel im Preußenlande der Deutsche Orden seinen deutschen Kolonialstaat begründet. Polen war schon um das Jahr 1250 durch Deutschland von der Ostsee vollständig abgeschnitten. Das ist also das geschichtliche Recht beider Staaten. Und nicht nur das. Deutschland kolonisierte auch diese Gebiete, so daß die slawische Bevölkerung bis auf geringe Reste ganz verschwand. Bei den Teilungen unter den späteren Piasten verstanden es dann die Luxemburger, die polnischen Teilfürstentümer in Schlesien entweder unmittelbar zu erwerben oder von der Krone Böhmen in Lehnsabhängigkeit zu bringen. Die deutsche Kolonisation Schlesiens hatte schon unter den Piasten begonnen. Damit war auch Schlesien für Polen verloren. Abgesehen davon, daß die heutige Provinz Posen und der westpreußische Kreis Deutsch-Krone noch zu Polen gehörten, war die deutsch-polnische Grenze schon dieselbe wie heute.

Inzwischen war Polen die erste größere Erwerbung nach Osten gelungen. Die Linie der russischen Teilfürsten zu Halicz war 1340 ausgestorben. Kasimir der Große kam

Digitized by Google

allen Mitbewerbern zuvor, indem er das Land besetzte und mit Polen vereinigte. Jetzt erst kam das Chelmland und das heutige Ostgalizien, beide zusammen damals Rotrußland genannt, mit einer rein ruthenischen und griechisch-katholischen Bevölkerung an Polen. Die Ostgrenze ging nach wie vor von der ostpreußischen Ecke bei Lyck in ziemlich gerader Linie nach Süden, bog aber dann zwischen Warschau und Brest-Litowsk scharf nach Osten aus. Die Pilica trennte die beiden Teile Polens voneinander, die als Großpolen und als Kleinpolen bezeichnet waren. Kleinpolen, das bis dahin tatsächlich der kleinere Teil Polens gewesen war, wurde dadurch, daß ihm Rotrußland hinzutrat, nunmehr größer als Großpolen, führte also seinen geschichtlichen Namen bis zum Untergange des polnischen Reiches zu Unrecht.

Wenn das spätere Polen sich unendlich viel weiter nach Osten bis vor die Tore von Smolensk und an den Dnjepr, teilweise über diesen hinaus, und zu Zeiten bis an das Schwarze Meer erstreckte, so waren das gar nicht polnische, sondern litauische Erwerbungen.

Die litauischen Großfürsten hatten sich seit Gedimin (1316—1341), die Schwäche der russischen Teilfürstentümer unter den Nachkommen Ruriks benutzend, weite Gebiete des Ostens unterworfen, so daß ganz West- und Südrußland, das Dnjepr-Becken bis an das Schwarze Meer der litauischen Herrschaft gehorchten. Der litauische Großfürst Jagiello reichte aber 1386 der polnischen Erbtochter Hedwig die Hand zum Ehebunde, nachdem er sich vorher durch die Taufe unter dem Namen Wladislaw in die römisch-katholische Kirche hatte aufnehmen lassen, und wurde König von Polen.

Damit wurde die folgenschwere Verbindung Litauens mit Polen eingeleitet. Anfangs hatte Litauen noch einen Lehnsfürsten, versuchte auch wohl dann und wann sich durch Wahl eines eigenen Großfürsten wieder von Polen zu lösen. Doch schon durch die Unionsakte von Hrodlo von 1501 wurde die ewige und unlösbare Verbindung beider Staaten unter einem Könige ausgesprochen. Seitdem wurde der gemeinsame Herrscher in den Dienst der polnischen Sache gestellt und mußte dazu mitwirken, sein Stammland dem polnischen Reiche zu unterwerfen. Auf dem polnischen Reichstage zu Lublin von 1569 wurde unter starkem Drucke des Königs auf seine Litauer durch eine förmliche Union der litauischen Selbständigkeit ein Ende gemacht. Die reichsten Provinzen Litauens, Podlachien und Wolhynien, das damals noch Kiew umfaßte, wurden förmlich dem polnischen Reiche einverleibt. Dann ging man zu dem Reste Litauens über, indem die Vertreter Litauens schließlich unter Tränen die Entscheidung dem Könige anheimstellten. Beide Staaten hatten jetzt nicht nur notwendig denselben Herrscher, der in einer Wahlhandlung zu wählen war, sondern auch einen gemeinsamen Senat und Reichstag.

Polen zerfiel seitdem in drei Hauptteile. Großpolen umfaßte das Gebiet, das nach Osten durch eine Linie von Lyck nach der Mündung der Pilica und von da die Pilica entlang abgegrenzt war. Die beiden anderen Hauptteile, Litauen und Kleinpolen,

Digitized by Google

waren durch eine Linie getrennt, die von der Mündung der Pilica in die Weichsel in sanften Wellenlinien die Rokitno-Sümpfe entlang nach Osten bis zur russischen Grenze ging. Litauen umfaßte gar keine polnische Bevölkerung, sondern nur Litauer und Weißrussen, letztere zum großen Teile griechisch-katholisch. Kleinpolen hatte nur westlich des Meridians von Lublin polnische Bevölkerung, in den übrigen drei Vierteln dieses Gebietes wohnten griechisch-katholische Ruthenen oder Ukrainer.

Gelungen war den Polen diese innere Verschmelzung Litauens mit ihrem Reiche dadurch, daß sie erst ihren König als litauischen Großfürsten dazu benutzten, sich Litauen gefügig zu machen, und dann die monarchische Gewalt in Litauen brachen, indem sie dem litauischen Adel die weit ausgedehnten Rechte des polnischen gaben. Durch die vollständige Aufnahme der litauischen Bojaren, soweit sie römisch-katholisch waren, in den polnischen Adel wurde der litauische Adel allmählich vollständig polonisiert. Das genügte. Denn nur der Adel und die Geistlichkeit, deren Spitzen wieder aus dem Adel hervorgingen, hatten in dem Polenreiche etwas zu sagen. Der Bauernstand war unfrei. Die Ansätze deutscher Städte hatte man zurückgedrängt, indem man die Bürger durch Juden ersetzte.

Inzwischen war in der Schlacht bei Tannenberg von 1410 der Deutsche Orden den vereinigten Waffen Polens und Litauens unterlegen wesentlich durch die im polnischen Heere vertretenen Russen. Im zweiten Thorner Frieden von 1466 mußte der Orden Westpreußen mit dem Ermlande an Polen abtreten und Ostpreußen von der Krone Polen zu Lehen nehmen. Westpreußen trat nunmehr als besonderes Nebenland den drei Hauptteilen Polens hinzu, Danzig erfreute sich einer fast republikanischen Selbständigkeit, Polen hatte endlich die Meeresküste wieder erreicht.

Die baltischen Provinzen des Ordens behaupteten unter ihrem Landmeister noch länger ihre Zugehörigkeit zum Reiche. Aber es war eine verlorene Stellung. Polen, Schweden und Russen stürzten sich gleichzeitig auf die willkommene Beute. Im Jahre 1561 sah sich der letzte Ordensmeister Gotthard von Ketteler genötigt, Kurland als weltliches Herzogtum von der Krone Polen zu Lehen zu nehmen, während Livland unmittelbar an Polen fiel. Estland wurde von den Schweden besetzt.

Damit hatte Polen in dem Jahrhundert von 1560—1660 seinen größten Gebietsumfang erreicht. Es ging zeitweise vom Meer zum Meere, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere, seine Ostseeküste reichte, den Rigaischen Meerbusen und die beiden deutschen Lehensherzogtümer Preußen und Kurland einspannend, von der Insel Ösel bis nach Hinterpommern, wo Lauenburg und Bülow noch polnisch waren. Nach Osten erstreckte sich die polnische Herrschaft bis weit über den Dnjepr, fast die ganze Ukraine umspannend.

Diese gewaltige Ausdehnung des Polenreiches war nur möglich geworden dadurch, daß der litauische Adel und später auch ein Teil des westpreußischen polonisiert wurde und in der herrschenden Klasse der polnischen Adelsrepublik aufging. Ein zweites ver-

Digitized by Google

bindendes Glied bildete die katholische Kirche, der die Polen und Litauer vollständig angehörten, während auf Grund der durch das Konzil von Florenz 1439 ausgesprochenen Vereinigung auch ein Teil der griechisch-katholischen Ruthenen ihre Unterwerfung unter die römische Kirche, aber mit Beibehaltung des eigenen Ritus, vollzog. Aber nachdem der Protestantismus auch in Polen der Gegenreformation unterlegen war, blieben doch die Ostseeländer auch unter polnischer Herrschaft oder Lehenshoheit im wesentlichen evangelisch, die Ruthenen griechisch-katholisch.

In diesem Polenreiche umfaßte die römisch-katholisch-polnische Bevölkerung kaum ein Viertel des ganzen Bestandes, zusammengedrängt im Gebiete der Weichsel und Warthe. In allen anderen Teilen des Reiches waren nur adliger Großgrundbesitz, Geistlichkeit und das aus beiden hervorgehende Beamtentum polnisch. In mindestens drei Vierteln des Reiches war die polnische Herrschaft nationale Fremdherrschaft, die gleichzeitig die besonders gehässigen Seiten der sozialen Klassenherrschaft und der religiösen Unterdrückung zeigte. Das sind die geschichtlichen Grenzen aus Polens größter Zeit, von denen noch heute jedes Polenherz träumt, wenn von Wiederherstellung Polens die Rede ist. Aufrecht zu erhalten war ein solcher Staat nur bei der ausschließlichen Berechtigung des Adels und der Geistlichkeit, der sozialen Knechtung des Bauernstandes, in dem die größtenteils fremdstämmige Bevölkerung enthalten war, und der Ersetzung des Handel und Gewerbe treibenden Bürgertums durch Juden.

Die Anarchie des zuchtlosen Adels machte schließlich die Aufrechterhaltung dieses politischen Zustandes unmöglich, die soziale Gesundung der polnischen Gesellschaft schließt mit der Wiederherstellung des Adelsregimentes auch die der geschichtlichen Grenzen aus.

Seit Mitte des 17. Jahrhunderts bröckelte es schon an den Grenzen ab, tauchten die ersten Teilungspläne auf. Im Frieden von Oliva von 1660 mußte Ostpreußen als souverän aus der polnischen Lehensherrlichkeit entlassen werden. Gleichzeitig ging Livland an Schweden über, nur der kleine Winkel nördlich von Dünaburg blieb als Polnisch-Livland im polnischen Besitze. Ungefähr um dieselbe Zeit sagte sich ein Teil der ukrainischen Kosaken infolge des römisch-katholischen Glaubensdruckes von Polen los und unterwarf sich 1654 unter dem Hetman Bogdan Chemlnizky dem Zaren Alexei. Im Frieden von Andrussow von 1667 mußte Polen die abgefallene Ukraine östlich vom Dnjepr mit Kiew ausdrücklich an Rußland abtreten.

Mit diesem schon erheblich verkleinerten Gebiete trat Polen in das Zeitalter der drei Teilungen ein. Es war immerhin dem Gebietsumfange nach noch ein gewaltiges Reich, außer Westpreußen und Posen das ganze Weichselgebiet, Galizien, Westrußland bis vor die Tore von Smolensk und Kiew und das Lehensherzogtum Kurland umfassend, ein Staatswesen erheblich größer als Deutschland. An dieses Polen vor den Teilungen denken die Polen gewöhnlich, wenn die Wiederherstellung Polens in Frage kommt. Das Unrecht der polnischen Teilungen soll wieder gut gemacht wer-

Digitized by Google

den. Sie vergessen darüber ganz, daß diese polnischen Teilungen selbst die Aufhebung eines Unrechtes waren, der nationalen, sozialen und religiösen Unterdrückung der Bevölkerung im größten Teile des Staatsgebietes durch den politisch unfähigen Polenadel. Nimmermehr kann in dem Zeitalter des Nationalitätenprinzips nach Gesundung des sozialen Organismus der Polenstaat in Grenzen wiederhergestellt werden, bei denen die polnische Herrschaft in drei Vierteln des Staatsgebietes Fremdherrschaft sein würde.

Das ist nämlich das Eigentümliche der polnischen Entwicklung im Gegensatze zur deutschen: der polnische Bauer ist keinen Schritt weiter nach Osten vorgedrungen, als wo er am Anfange der polnischen Geschichte saß. Überall ist es nur der polnische oder polonisierte Adel, der mit der Geistlichkeit zusammen die fremdstämmigen Gebiete in Untertänigkeit hält. Daher kommt mit Abstoßung dieses äußerst dünnen polnischen Überzuges sofort die fremde Nationalität wieder zum Vorschein. Polen hat die weiten östlichen Gebiete des Polenreichs endgültig verloren, weil es als reine Adelsrepublik nur den Adel polonisiert hat. Wenn Polen die Länder beansprucht, die geschichtlich nach Polen gravitieren, so handelt es sich tatsächlich um Nationalitäten, die von polnischer Fremdherrschaft nichts wissen wollen.

Nach den Teilungen hat es dann noch einige Jahre einen Polenstaat gegeben in der napoleonischen Schöpfung des Herzogtums Warschau. Dieses war rein willkürlich gebildet aus Gebieten der polnischen Teilungen, die Napoleon im Tilsiter Frieden von 1807 Preußen nach Abtretung des Bezirks Bialystock an Rußland und im Schönbrunner Frieden von 1809 Österreich abgenommen hatte. Es war ein den Polen ausgestellter Wechsel auf die Zukunft, der niemals eingelöst worden ist.

Auf das Herzogtum Warschau geht dann die letzte polnische Staatsschöpfung, das auf dem Wiener Kongresse 1815 gebildete Kongreß-Polen, zurück, das mit eigener Verfassung dem Kaiser von Rußland als Könige von Polen überlassen wurde. Es ist einfach das Gebiet des bisherigen Herzogtums Warschau nach Abtrennung der Provinz Posen und des südlichen Westpreußen, die an Preußen fielen, und des Gebietes von Krakau, das für eine Republik unter der Protektion der drei Ostmächte erklärt und 1846 als Sitz von beständigen revolutionären Umtrieben mit Österreich vereinigt wurde.

Damit waren die bis zur Neuzeit bestehenden Grenzen gegen Österreich und Preußen festgelegt. Die Ostgrenze gegen das eigentliche Rußland war ziemlich willkürlich. Es war die Grenze der dritten polnischen Teilung nach Ausscheidung des Bezirks Bialystock, da Kongreß-Polen gleich dem ihm vorangegangenen Herzogtum Warschau Gebiet umfaßte, das nach den Teilungen an die beiden deutschen Großmächte gefallen war.

Kongreß-Polen umfaßte, abgesehen von der im ganzen Lande zerstreut wohnenden deutschen und jüdischen Bevölkerung, allerdings im wesentlichen Gebiet polnischer

Digitized by Google

Nationalität. Allein weder bei der Bildung des Herzogtums Warschau, noch bei der von Kongreß-Polen war auf das Nationalitätsprinzip, das damals noch gar keine Rolle spielte, geschweige denn auf Nationalitäten, wie die der Litauer und Ukrainer, Rücksicht genommen. So umfaßte denn auch Kongreß-Polen im Nordosten bei Suwalki rein litauische und im Südosten bei Chelm rein ukrainische Bevölkerung.

Doch die Sehnsucht nach den geschichtlichen Grenzen des alten Polenstaates vor den Teilungen ließ die Polen nicht ruhen. In den Aufständen von 1830 und 1863 verloren sie den letzten Rest der staatlichen Selbständigkeit. Aus Kongreß-Polen wurden die Weichsel-Gouvernements des russischen Reiches.

Erst in den letzten Jahren vor dem Weltkriege wurde das ukrainische und griechisch-katholische Chelmland von den Weichsel-Gouvernements losgelöst. Die Polen betrachten das als fünfte polnische Teilung, indem sie die Bildung von Kongreß-Polen als vierte rechneten.

Wenn der Friede von Brest-Litowsk das Chelmland der Ukraine überließ, so entspricht die Verletzung der Grenzen von Kongreß-Polen, die darin liegt, keiner Verletzung der geschichtlichen Grenzen des Polentums. Denn die durch den Frieden von Brest-Litowsk an dieser Stelle dem neuen Polenstaate gesteckte Grenze ist die uralte Ostgrenze Polens, wie sie bis zu Kasimir dem Großen und der Unterwerfung von Rotrußland unter polnische Fremdherrschaft bestand. Es ist zugleich die bis zum heutigen Tage bestehende Grenze der polnischen Nationalität. Das Polentum ist hier allenfalls wie überhaupt im weiteren Osten des alten Polenreiches durch den adligen Großgrundbesitz vertreten. Der römischen Kirche gehört die Bevölkerung nur insofern an, als sie griechisch-uniert ist. Es ist das wahre geschichtliche Recht, das hier zur Geltung kommt, gestützt durch die Gesichtspunkte der Nationalität und des Bekenntnisses.

Die geschichtlichen Grenzen Polens im Sinne des Polenreiches vor den drei Teilungen ragen in die Gegenwart hinein als ein Anspruch verblichenen Legitimitätsprinzips. Es ist dasselbe, als wollte das Deutsche Reich die geschichtlichen Grenzen der Ottonen, Salier oder Hohenstaufen für sich beanspruchen. Die Verwirklichung dieser geschichtlichen Ansprüche hat das Polentum geschichtlich verwirkt, da der alte Polenstaat nur Adelsrepublik war und deshalb seine Nationalität nicht weiter nach Osten vorschob. Denn was der Staat erobert hat, muß das Volk erwerben, um es wirklich zu besitzen.

Ausfuhrhandel und Auslanddeutschtum

Von Dr. jur. Strahl

Alle, die sich schon jetzt mit dem schwierigen und, wie vorauszuschicken ist, einstweilen in vielfacher Hinsicht noch recht dunkeln, Problem unserer Volkswirtschaft nach dem Kriege befassen, sind sich in dem einen Punkte einig, daß wir die

Digitized by Google

wirtschaftlichen Schäden des Krieges in absehbarer Zeit nur dann werden heilen können, wenn es uns gelingt, so bald als möglich einen starken Ausfuhrhandel aufzunehmen. Nicht nur Valutasorgen, nicht nur erhöhter finanzieller Bedarf im Inlande, nicht nur die Notwendigkeit gesteigerter Einfuhr zwingen uns dazu, der Frage des Exports größte Bedeutung beizumessen, sondern unsere Großmachtstellung, ja, unsere nationale Zukunft stehen auf dem Spiele. Wir sind zum Industriestaat geworden, um unseren Bevölkerungszuwachs ernähren zu können, und da eine Rückgängigmachung dieses Entwicklungsprozesses schlechterdings undenkbar ist, so sind die Folgen einfach nicht abzusehen, wenn für unsere Industrie nach Rückkehr zur Friedenswirtschaft ausreichende Absatzmöglichkeiten fehlen sollten. England hätte nicht nur sein Kriegsziel erreicht, einen unbequemen Konkurrenten in der Weltwirtschaft tatsächlich beseitigt zu haben, sondern wir würden auf die Dauer überhaupt kaum imstande sein, unseren politischen Einfluß unter den Großstaaten zu behaupten: nach ein paar Jahren der Wiederherstellungsarbeiten im Inlande würde eine Produktionsstockung eintreten müssen und Arbeitslosigkeit, allgemeine Verelendung, Unzufriedenheit, schließlich Massenabwanderung aller derer, die in der Heimat keine ausreichende Erwerbsmöglichkeit finden könnten, würden uns über kurz oder lang in schwerste Gefahr bringen.

Erkennt man die grundlegende Bedeutung der Ausfuhr für unsere Zukunft an, so erhebt sich die Frage, werden wir nach dem Kriege überhaupt imstande sein, in wünschenswertem Maße zu exportieren? Die innere Schwierigkeit, die sich vielleicht trotz der großen Zahlen unseres Arbeiterheeres daraus ergeben wird, daß die zunächst ungeheure Last eben der Wiederherstellungsarbeiten den überwiegenden Teil der verfügbaren Kräfte binden wird, mag hier nur angedeutet werden: großzügige Organisation und planmäßige Arbeitseinteilung — im Sinne der Aufschiebung des minder Dringenden — während des Wiederaufbaues könnte sie vielleicht überwinden, zumal wenn man sich klar darüber ist, daß im internationalen Wettbewerb um einen Teil der Auslandsmärkte nur derjenige die meiste Aussicht auf Erfolg haben wird, der zuerst auf diesen erscheint. Ebenso mag einstweilen dahingestellt bleiben, ob Lebens- und Lohnbedingungen im Inlande uns mit dem Auslande konkurrenzfähig machen werden. Auch die schwierigste Frage, nämlich die, ob uns nach dem Kriege, wenn alle inländischen Vorräte so gut wie aufgebraucht sind, die nötigen Rohstoffe zur Herstellung von Exportwaren zur Verfügung stehen werden, kann hier nur gestreift werden: es ist in dieser Hinsicht anzunehmen, daß sich eine allmähliche Entwicklung je nach den Bezugsquellen abspielen wird und daß z. B. Rohstoffe und Halbfabrikate aus nahegelegenen Ländern einigermaßen rasch beschaffbar sein dürften.

Aber lassen wir die Lösung dieser Probleme hier zunächst beiseite: wo in aller Welt können wir nach einem Kriege, der von England mit dem ausgesprochenen Ziele geführt wird, uns den Weltmarkt für immer zu versperren, und bei dem es England gelungen ist, trotz dieses Zieles oder vielmehr gerade unter Anerkennung dieses Zieles

Digitized by Google

den größten Teil der Menschheit gegen uns mobil zu machen — wo in aller Welt können wir später hoffen, Käufer für unsere Exportwaren zu finden?

Zweifellos kommen in erster Linie die verbündeten Länder in Betracht. Aber unsere Verbündeten werden sich in ähnlicher finanzieller Lage befinden wie wir selbst. Eine Überschwemmung der Verbündeten mit unseren Erzeugnissen scheidet — ganz abgesehen von anderen, rein politischen, Gründen — schon deshalb aus, weil bei ihnen die Kaufkraft vermutlich sehr vermindert sein wird. Wohl mögen auch dort sich in der Hand einzelner bedeutende Kriegsgewinne gesammelt haben, aber darauf allein werden sich geregelte Exportbeziehungen nicht aufbauen können. Es wird sich vielmehr unser Handelsverkehr mit den Bundesgenossen jedenfalls darauf beschränken müssen, daß wir die uns nötigen Landesprodukte vorzugsweise von ihnen beziehen und ihnen das, was sie brauchen, dafür liefern. Mit großen Überschüssen für uns ist dabei nicht zu rechnen. (Auch die Handelsstatistik aus der Friedenszeit, nach der wir z. B. 1912 nicht ganz 9 Prozent unserer Gesamtausfuhr nach den verbündeten Ländern abgesetzt und etwa 13 Prozent unserer Gesamteinfuhr von dort bezogen haben, lehrt uns dies.)

Ganz anders liegen die Verhältnisse sowohl den Neutralen als auch den feindlichen Staaten gegenüber. Die Neutralen — soweit es solche noch gibt — sind durch das System der Schwarzen Listen, durch die Absperrungs- und Überwachungsmanöver der Gegner wirtschaftlich stark in Abhängigkeit von unseren Feinden geraten, außerdem hat die feindliche Konkurrenz es verstanden, hier manche wohl noch für geraume Zeit fortwirkende Handelsbeziehungen anzuknüpfen. Ein großer Teil der hier in Frage kommenden Absatzgebiete muß daher jedenfalls ebenso erobert oder zurückgewonnen werden, wie unter Umständen solche in Feindesland. Andererseits dürfte eine Reihe von „Feinden", die nur unter den besonderen Verhältnissen des Krieges von unseren Gegnern zur Kriegserklärung gezwungen sind, sich später vielleicht mindestens ebenso zugänglich zeigen können, wie manche Neutrale.

Nach der deutschen Exportstatistik von 1912 hat von unserer Gesamtausfuhr etwa 29 Prozent nach den heute neutralen Ländern, dagegen fast 57 Prozent nach Feindesland stattgefunden; in letzterer Ziffer sind ungefähr 37 Prozent der Gesamtausfuhr an Feinde enthalten, die durch unbeeinflußte, auf eigenem Antrieb beruhende wirtschaftliche Ausnahmegesetzgebung den Willen kundgetan haben, dem deutschen Handel in ihrem Gebiet ein für allemal ein Ziel zu setzen, der Rest entfällt auf solche, die mehr oder weniger als Mitläufer zu betrachten sind. Dabei mag gleich bemerkt werden, daß die von den feindlichen Regierungen letzten Endes auf Liquidation und dauernde Ausrottung der deutschen Unternehmungen gerichteten und größtenteils bereits durchgeführten Maßnahmen als viel gefährlicher anzusehen sind, als die Zukunftsmusik der schon jetzt vielfach durchlöcherten Pariser Wirtschaftskonferenzen, zumal mit ersteren gleichzeitig überall stärkste Hetze gegen den deutschen Handel statt-

Digitized by Google

gefunden hat, die fraglos später auch in Boykottbewegungen zum Ausdruck gelangen wird.

Der Schwerpunkt des deutschen Ausfuhrhandels hat also vor dem Kriege im Wirtschaftsgebiet unserer heutigen Feinde gelegen und wird naturgemäß auch in Zukunft in Ländern liegen, in denen wir mit mehr oder weniger großen Widerständen zu rechnen haben werden. Und wenn es uns auch gelingen wird — was eines unserer wichtigsten Kriegsziele sein sollte, wenn wir uns nicht England gegenüber als besiegt erklären wollen — die gesetzlichen und vertraglichen Hindernisse auf der Feindesseite einzureißen, so bleiben immer noch Volksströmungen zu überwinden, zu deren Bekämpfung kein noch so günstiger Friedensschluß Mittel bieten wird.

Den Trost bei diesen trüben Aussichten bildet die Erfahrung, daß im Handel wirtschaftliche Notwendigkeiten und finanzielle Vorteile persönliche und politische Vorurteile meist bald zu überwinden pflegen. Nun wird allerdings die Monopol- oder Quasi-Monopolstellung mancher deutscher Erzeugnisse bei uns vielfach überschätzt. Einen großen Vorteil haben wir zweifellos durch die Exportmöglichkeit von Kohle; von anderen Rohstoffen könnten uns die bisher kaum nutzbar gemachten deutschen Bauxitlager bei steigender Ausbeute und wachsender Bedeutung der Aluminiumverwendung vielleicht aussichtsreiche Möglichkeiten für die Zukunft eröffnen. Der Wert des Kalis wird auch durch die Erfindungen von anderen Düngemitteln während des Krieges hoffentlich keinen wesentlichen Eintrag erleiden. Bedenklicher als für diese als Beispiele angeführten Rohstoffe sehen unsere Zukunftsaussichten für Industrieerzeugnisse aus, selbst für solche, bei denen früher die deutsche Überlegenheit in der ganzen Welt anerkannt wurde. Herrschen doch z. B. in der chemischen und optischen Industrie große Besorgnisse, daß es während der langen Dauer des Krieges und durch rücksichtslose Ausbeutung der völkerrechtswidrig gewonnenen Einblicke unseren Feinden gelingen würde, unserer früheren Stellung auf dem Weltmarkt für immer Abtrag zu tun. Besser scheinen die Aussichten für die Maschinenindustrie zu sein: nicht allein der Ersatz der Abnutzungsschäden der letzten Jahre, sondern auch die Notwendigkeit, die verminderte menschliche Arbeitskraft durch vermehrte maschinelle auszugleichen, scheinen hier eine Nachfrage zu versprechen, die auch im Auslande der Abneigung gegen deutsche Herkunft keinen Raum lassen wird. Aber, wenn wir von den etwa zu erhoffenden Produktionssteigerungen z. B. in Kohlenförderung und Maschinenindustrie, die für unseren Zukunftsexport von außerordentlicher Wichtigkeit sein können, hier absehen, so bleibt die aufs stärkste hervorzuhebende Tatsache, daß nach den statistischen Feststellungen aus der Zeit vor dem Kriege die Ausfuhrziffern für alle die Waren, bei denen wir annehmen können, daß wir auf Grund der dargelegten besonderen Verhältnisse mit sicherem Absatz rechnen können, noch nicht 30 Prozent, also noch nicht ein Drittel unserer Gesamtausfuhr ausgemacht haben. Bei allen anderen Exportgütern, also bei 70 Prozent des Friedensexports, werden

Digitized by Google

wir — wie oben ausgeführt — vielfach unter den denkbar ungünstigsten Umständen in freien Wettbewerb mit unseren Gegnern treten müssen.

Das Gleiche gilt natürlich für unseren gesamten notwendigen Import, bei dem wir sicher politische Abneigungen und Treibereien in nicht seltenen Fällen an unserem Geldbeutel spüren werden. Wie sehr auch hier unsere früheren Handelsbeziehungen auf das Gebiet unserer jetzigen Feinde eingestellt waren, mag lediglich der Hinweis zeigen, daß wir 1912 nicht weniger als 62 Prozent unserer Gesamteinfuhr von dort bezogen haben. Sie beweisen aber auch den Grad gegenseitiger Abhängigkeit in der früheren Friedenswirtschaft.

Während des Krieges hat sich unser Außenhandel, soweit er nach den paar benachbarten neutralen Ländern fortbestanden hat, gewissermaßen in der Hand des Reichs konzentriert. Dieser Ausnahmezustand wird, von einigen besonders notwendigen Rohstoffen vielleicht abgesehen, selbstverständlich nach dem Kriege aufhören müssen. Keine noch so gut geschulte Zentralinstanz wird sich unterfangen können, einen so genauen Einblick in die mannigfachen Verhältnisse des Spezialhandels zu haben, daß an einen solchen Versuch auch nur im entferntesten gedacht werden könnte. Nur eine staatliche Regelung etwa im Sinne von Ausfuhrverboten auf im Inlande notwendige Rohstoffe und Waren und eines weitgehenden Einfuhrverbotes auf Luxusgegenstände wäre zu befürworten.

Für die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen im Auslande, zumal in den heute feindlichen Ländern, auf die wir trotz aller zu befürchtendeu Schwierigkeiten für unsere Zukunftsausfuhr auf die Dauer nicht werden verzichten können, kann nur der Kaufmann selbst in Betracht kommen. Vor allem natürlich solche Kaufleute, die bereits über alle Einzelheiten des Exporthandels Erfahrungen besitzen, also die früheren Exporteure aus der Zeit vor dem Kriege.

Überall scheint es aber in erster Linie auf die persönlichen Beziehungen der deutschen Kaufleute anzukommen. Und in dieser Hinsicht fällt die Hauptrolle fraglos denen zu, die vor dem Kriege „draußen" gewesen sind. Allein vom Kontorschemel in Deutschland werden die Fäden nicht wieder angesponnen werden können. Für die Wiederanknüpfung unseres Auslandhandels wird es heißen müssen: die Auslanddeutschen an die Front!

Aus diesen Erwägungen ergeben sich aber maßgebende Folgerungen für unsere jetzt schon zu beobachtende Politik.

Ein großer Teil der Exporteure, alle diejenigen, welche bei Kriegsausbruch Vermögenswerte, hauptsächlich Niederlassungen und Warenlager im feindlichen Auslande besessen haben, sind durch die feindlichen Wirtschaftsmaßnahmen schwer geschädigt. Ihre Verbindungen und ihr Einfluß sind zerstört. Sie werden unter unendlichen Schwierigkeiten gewissermaßen von neuem anfangen müssen. Aber mehr als das: durch parteiische Durchführung der Geschäftsliquidationen seitens der feind-

Digitized by Google

lichen Regierungen ist ihr Eigentum größtenteils verschleudert worden und ein problematischer[1] Erlös in den Besitz der Feindesstaaten übergegangen. Die Auslanddeutschen, die Geschäfte in Feindesland betrieben haben, sind in gleicher Weise betroffen. Aber auch die Tausende von Deutschen, die als unselbständige Angestellte oder Arbeitende oft wichtige Bindeglieder für den deutschen Handel gebildet haben, sind zum überwiegenden Teil gezwungen gewesen, ihre Habe, die häufig ihr ganzes Vermögen darstellte, schutzlos in Feindesland zurückzulassen. Was der fanatische Mob nicht zerschlagen hat, wird größtenteils im Laufe der Jahre wertlos geworden sein. Selbst nach Aufhebung der feindlichen Ausnahmegesetzgebung werden daher wohl den meisten Auslanddeutschen und in gleicher Weise vielen Exporteuren die Mittel fehlen, ihre alte Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Es liegt nicht im Bereiche dieser Ausführungen, den Gerechtigkeitsstandpunkt zu betonen, daß der, welcher als Deutscher in Feindesland zu Schaden gekommen ist, ein Eintreten des Reiches verlangen könnte: nur nüchterne wirtschaftliche Erwägungen sollen hier Platz finden. Auch keine Höchstforderungen sollen aufgestellt werden, sondern er soll, ausgehend von der Annahme, daß der Krieg, wie er auch enden möge, uns nur knappe Mittel und viele Verpflichtungen hinterlassen wird, lediglich das unbedingt Erforderliche ins Auge gefaßt werden. Unumgänglich notwendig erscheint es aber für unsere künftige Volkswirtschaft, daß die Träger unseres Ausfuhrhandels, die über Spezialkenntnisse von früher her verfügen und die den Mut haben, nach dem Kriege in schwerer Zeit die alten Beziehungen wieder aufzunehmen, soweit sie mit ihren durch feindliche Völkerrechtswidrigkeiten verringerten oder eingebüßten Mitteln dazu nicht mehr in der Lage sein würden — daß alle diese in den Stand gesetzt werden, eine erfolgreiche Tätigkeit wieder aufzunehmen zum Nutzen des ganzen Volkes. Welcher Weg zu diesem Ziele führen, insbesondere ob es möglich sein wird, aus Feindesland selbst wesentliche Teile deutschen Eigentums zu retten oder Ersatzleistungen zu erhalten, muß einstweilen natürlich noch dahingestellt bleiben. Aber auch falls dies nicht erreichbar sein wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß letzten Endes sogar Staatsmittel in Anspruch genommen werden müßten, um unseren Auslandhandel wieder lebensfähig zu machen. Die Truppen in dem Wirtschaftskampfe für unsere zukünftige Entwicklung haben gleiches Anrecht auf gute Ausrüstung, wie die Heere im gegenwärtigen Kriege für unsere staatliche Existenz. Es ist eine irrige Ansicht zu glauben, daß es sich dabei unter Umständen um die Bevorzugung eines kleinen Teiles von Landsleuten auf Kosten der großen Masse handelt: die Wiederaufnahme des Auslandhandels ist eine Notwendigkeit für die Allgemeinheit. Auch der geringste Arbeiter wird auf die Dauer von ihren Folgen berührt.

Um noch einmal zusammenzufassen: selbst wenn wir weitergehende politische Gründe, die für unsere Haltung gegenüber dem Auslanddeutschtum im allgemeinen bestim-

[1] problematisch = fragwürdig.

Digitized by Google

mend sein können, hier unberücksichtigt lassen — das eigene wohlverstandene wirtschaftliche Interesse richtet sich auf Unterstützung des künftigen Auslandexports und damit gleichzeitig des im Auslandhandel tätigen Auslanddeutschtums, von dem wir annehmen dürfen, daß es unserer Zukunftswirtschaft von unschätzbarem Werte sein wird. Andererseits gilt es, alle, die künftig hinausgehen, in ganz anderer Weise an das Mutterland zu fesseln, als dies bisher geschehen ist.

Es kann nicht zweifelhaft sein, daß bei der großen Masse der Kaufleute, die früher die erhöhte Gefahr auf sich genommen haben, die jedem Auslandunternehmen anhaftet, weniger Patriotismus als bessere Gewinnaussichten ausschlaggebend gewesen sind. Daran wird sich auch in Zukunft wenig ändern. Der Ingenieur Ligocki hat kürzlich in einer lesenswerten kleinen Broschüre den Nachweis erbracht, daß für die Auswanderung der 6 Millionen Deutschen, die im letzten Jahrhundert dem Deutschtum verloren gegangen sind, vorwiegend wirtschaftliche Gründe bestimmend gewesen sind. Das Gleiche kann für den häufigen Wechsel der Staatsangehörigkeit Deutscher im Auslande als Ursache angesehen werden. Daneben wohl auch eine verkehrte Politik des Mutterlandes[1]. Nun wird zwar das kurzsichtige Vorgehen der feindlichen Regierungen, die in überspanntem Chauvinismus bei ihren wirtschaftlichen Gewaltmaßregeln nicht bei dem feindlichen Staatsangehörigen halt gemacht, sondern sogar feindlicher Herkunft nachgeschnüffelt und in den eigenen Staatsverband übergetretene naturalisierte Deutsche häufig ebenfalls als rechtlose Feinde behandelt haben, in Zukunft viele von dem Übertritt zurückhalten. Aber auf der anderen Seite werden die den Deutschen im Auslande nach dem Kriege voraussichtlich in den Weg gelegten Hindernisse in manchem den Wunsch erwecken, seine Herkunft äußerlich abzustreifen und zu verleugnen. Dem muß aber nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Bis zu einem gewissen Grade wird hier unseren Auslandvertretungen die Rolle zufallen, unter gleichzeitiger tätiger Unterstützung des Auslandhandels einen nationalen Rückhalt zu gewähren. Ein weiteres praktisches Mittel dazu wäre vielleicht, daß man die für den Wiederaufbau von Reichs wegen zu leistenden Geldmittel — die Ersatzzahlungen — als Darlehen gewährte, wobei natürlich Aufgabe der deutschen Staatsangehörigkeit einen Kündigungsgrund bilden müßte. Steuerliche Vergünstigungen und besonders rücksichtsvolle Bedingungen bei der Darlehensgebung, vielleicht Verzinsung nur in Form einer geringen Gewinnabgabe an das Reich, vielleicht sogar Verzicht auf Rückgewähr unter besonderen von vornherein zu bestimmenden Voraussetzungen würden diese Maßnahme auch für die Geschädigten als annehmbar erscheinen lassen.

[1] Mußte man doch in einer englischen Zeitung vom Juni 1914 wörtlich lesen: „Deutsches Fortschreiten über die ganze Welt würde bedeutend schneller sein, wenn die Überseedeutschen, die lange Jahre in der Fremde gelebt haben, Kaiser und Reich treu bleiben könnten. Gegenwärtig werden sie befremdlicherweise von der deutschen Regierung abgeschüttelt und gezwungen, fremde Staatsangehörigkeit zu erwerben — eine selbstmörderische Politik."

Digitized by Google

Aber es muß dahingestellt bleiben, ob dieser Vorschlag sich als gangbar erweist. Die Hauptsache wird bleiben, daß das Reich sich seine Auslanddeutschen moralisch verbindet, wenn allerdings auch die Dankbarkeit in Wirtschaftsfragen als eine sehr unsichere Größe zu bewerten ist. Unter allen Umständen liegt hier ein bedeutungsvolles Problem, denn wenn eine Heranziehung des deutschen Steuerzahlers zu Entschädigungsleistungen eintreten sollte, so hat dieser — immer nur vom Nützlichkeitsstandpunkte betrachtet — ein Interesse daran, daß die Beihilfen weder im Inlande unproduktiv verbraucht werden, noch gar im Auslande lediglich fremder Volkswirtschaft zugute kommen.

Noch eine weitere Frage mag kurz angeregt werden. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß nach dem Kriege, falls unsere finanzielle Last oder unsere finanzielle Gesetzgebung manche Klassen der Bevölkerung stärker treffen wird, als dies in einzelnen ausländischen Staaten der Fall sein wird, eine Kapitalflucht und vielleicht auch Abwanderung dorthin beginnen wird. Dem würde gegebenenfalls wohl auch mit gesetzlichen Maßregeln entgegenzuwirken sein. Sollte dieser Fall eintreten, so dürften natürlich die Auslanddeutschen an deren Rückkehr in den früheren Wirkungskreis wir ein Interesse haben, von solchen Einschränkungen ebenso wie von Hemmungen militärischer Art möglichst wenig betroffen werden. Der Nachweis früheren Aufenthalts im Auslande zu Erwerbszwecken müßte gegebenenfalls genügen, um eine Ausnahmebehandlung zu rechtfertigen.

Es bedarf keiner Hervorhebung, daß alle vorstehenden Ausführungen Zukunftsbetrachtungen sind, denen selbstverständlich sämtliche Schwächen solcher anhaften. Ebenso wie die Erwägungen über unseren künftigen Außenhandel auf den Erfahrungen der letzten Friedensjahre aufgebaut sind, die naturgemäß eine gewisse Verschiebung durch die stark veränderten Umstände nach dem Kriege erleiden werden und nur vergleichsweise Anhaltspunkte für die kommende Friedenswirtschaft gewähren, ebenso ist es zurzeit schwer, sich ein genaues Bild über die spätere Lage des Auslanddeutschtums zu machen. Aber es kann auch nicht der Zweck dieser Zeilen sein, Einzelheiten zu geben: wenn sie das Interesse weiterer Kreise auf die wichtigen Fragen des künftigen Ausfuhrhandels und die Bedeutung des Auslanddeutschtums gelenkt haben, so ist ihr Ziel erreicht. Und wie die militärische Leitung noch in fernerer Zeit liegende Entscheidungen durch vorausblickende Wahrscheinlichkeitsberechnungen vorzubereiten trachtet, so erscheint es auch in wirtschaftlichen Lebensfragen wohl an der Zeit, zu versuchen, sich bereits heute über manche Richtlinien der kommenden Friedenswirtschaft klar zu werden, denen eine weitschauende Gegenwartspolitik nicht zu unterschätzende Gesichtspunkte entnehmen könnte.

Digitized by Google

Zwei Schlagworte

Von A. Haveloß

Die feindlichen Politiker sind sehr gerissen; gelegentlich verraten sie aber vorzeitig ihre Absichten, wie das ja schlauen, aber unlauteren Menschen auch sonst widerfährt. So kann man jetzt bereits erkennen, unter welchem idealen Deckmantel sie bei den Friedensverhandlungen die Rückgabe der deutschen Kolonien zu verhindern gedenken. Man arbeitet auf diesem Gebiete hauptsächlich mit zwei Schlagworten, die demokratisch klingen, aber demagogisch gefälscht sind. Herr Wilson verkündet seinen Grundsatz: „Afrika den Afrikanern!" England verpflanzt das Schlagwort vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" auf dem afrikanischen Boden. Beide sind raffiniert ausgetiftelt, um auf die Völker zu wirken und sie über den angelsächsischen Egoismus hinwegzutäuschen. Sie verdienen daher eine nähere Prüfung.

„Afrika den Afrikanern!"

Das Wort kann zunächst besagen, daß der Erdteil Afrika dauernd den eingeborenen Völkern gehören soll, in deren Verhältnisse sich keine fremde Macht einmischen darf. Dann müßten selbstverständlich auch die Franzosen Nordafrika, die Engländer Ägypten und ihre sonstigen afrikanischen Kolonien herausrücken. Die Südafrikaner könnte man wohl als Afrikaner europäischer Abstammung ansehen. — Nun umfaßt Afrika annähernd 30 Millionen Quadratkilometer bei etwa 180 Millionen Einwohnern, also 6 Bewohner auf 1 Quadratkilometer. In eine derartige Bodenverschwendung kann Europa nicht willigen. Die Erde ist da für alle Völker und bietet reichlich Raum für alle Bewohner. In den vorhandenen Raum müssen die Völker sich nach billigen Grundsätzen teilen, und je mehr ihre Zahl steigt, um so mehr müssen sie darauf halten, daß der Boden bis zur höchsten Ertragfähigkeit entwickelt wird. Dazu ist die Eingeborenenbevölkerung aus eigener Kraft nicht imstande, sie bedarf der Vormundschaft und der Erziehung, damit sie arbeiten lernt und sich nicht in ewigen Kriegen zerfleischt. Darum ist Afrika die natürliche Ergänzung Europas, seine naturgemäße Kolonie, auf welche es um der eigenen Selbsterhaltung willen nimmermehr verzichten kann. Sollte also Herrn Wilsons Wort in dem angegebenen Sinne gemeint sein, so muß das darin ausgesprochene Verlangen im gesamteuropäischen Interesse zurückgewiesen werden.

Aber so ist das Wort auch nicht gemeint. Herr Wilson versteht vermutlich unter den Afrikanern die dort wohnenden Angehörigen der Ententevölker, vor allem Engländer und Franzosen. Nun leben in Afrika gegen 2 Millionen Angelsachsen und rund 400 000 Franzosen, die andern zusammen bleiben weit hinter 100 000 zurück. Danach würde ein Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern einer Herrenbevölkerung von rund $2\frac{1}{2}$ Millionen zugewiesen werden. Das wäre noch weit ungereimter. Wir

Digitized by Google

in Deutschland wohnen zu 120 auf 1 Quadratkilometer und sollen zugeben, daß Engländer und Franzosen, die auch in anderen Erdteilen weite Landgebiete beanspruchen, noch weitere 30 Millionen auf Grund eines harmlos klingenden Schlagwortes sich aneignen? Das wäre eine Forderung von wahrhaft angelsächsischer Unverfrorenheit. Demgegenüber stellen wir eine Gegenforderung auf, die wir getrost als das erste und vornehmste Völkerrecht bezeichnen dürfen: Jedes Volk, das die Fähigkeit und den Willen bewiesen hat, seinen Boden zu hoher Ertragfähigkeit zu entwickeln, besitzt einen unveräußerlichen Anspruch auf soviel Land, wie zu seinem auskömmlichen Dasein erforderlich ist.

Aber auch so dürften wir Herrn Wilsons Meinung noch nicht ganz erfaßt haben. Wir wissen und erleben es immer aufs neue, wie er die Franzosen umschmeichelt. Mag da immerhin etwas Sympathie mit hineinspielen, der Hauptgrund ist imperialistische Berechnung. Er will Frankreich, das als englischer Satray in den Krieg getreten, in den Dienst der Union hinüberleiten. Frankreich soll für Amerika werden, was Portugal und Belgien so lange für England gewesen sind. Ist erst Frankreich Amerikas Vasall, so geraten seine afrikanischen Kolonien ohne weiteres in ein entsprechendes Abhängigkeitsverhältnis. Das gleiche Schicksal hat er auch den Engländern zugedacht, in aller Freundschaft natürlich. Old England soll sich zur Ruhe setzen, soll der vornehme Spielplatz und das hochgeehrte Heim der angelsächsischen Nationen werden, aber die eigene Wirtschaft aufgeben. Ein Land der komfortabel eingerichteten Parkwohnungen und der ungestörten Jagdgründe mit höchstens 15 Millionen Einwohnern, wie Andrew Carnegie es als Zukunftsbild geschildert hat. In diesem Zustande bedarf es keiner eigenen Kolonien, sie werden unter Amerikas Schutz besser aufgehoben sein. Darum hat Amerika sich während des Krieges in den südafrikanischen Handel dermaßen eingenistet, daß England sich überflügelt, fast verdrängt sieht. Den Südafrikanern aber wird von Tag zu Tag klarer gemacht, daß England, dessen Flotte ja mit der deutschen nicht fertig wird, ihnen in Zukunft keinen ausgiebigen Schutz gegen etwaige Gelüste anderer Weltmächte mehr bieten kann. So werden auch diese Afrikaner in aller Seelenruhe und mit aller Sanftmut in die amerikanische Klientel hinüber geführt. Und nun wird uns Herrn Wilsons Absicht erst ganz klar. Das Wort „Afrika den Afrikanern" bedeutet in seinem Munde: „Afrika den — Amerikanern!" Das ist des Schlagworts Kern.

Es liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes, daß diese liebevolle Absicht beizeiten durchschaut wird, damit kein ehrlicher Deutscher sich von Herrn Wilsons so treuherzig und demokratisch klingendem Schlagwort betören läßt.

Das Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker.

Das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hat ja im Kriege eine große Rolle gespielt; es enthält auch einen Wahrheitskern, der aber gerade von den

Digitized by Google

Leuten, die das Wort beſtändig im Munde führen, am wenigſten beachtet wird. Ganz neu jedoch iſt die Übertragnng auf den afrikaniſchen Boden, ſie iſt erſt ausdrücklich zurechtgemacht zu dem Zwecke, uns den afrikaniſchen Beſitz aus der Hand zu winden. Mit beſonderem Geſchick hat es kürzlich Harry Johnſton, der frühere Gouverneur von Zentralafrika und Uganda, verwendet. Er meinte, das Selbſtbeſtimmungsrecht müſſe auch allen afrikaniſchen Völkern eingeräumt werden. Sollten ſich dann einige Stämme für die deutſche Herrſchaft entſcheiden, ſo müſſe man dieſe den Deutſchen laſſen. — Das klingt ja in einem engliſchen Munde ordentlich wohlwollend für uns, ſoll auch ſo klingen; iſt es doch darauf berechnet, alle die Deutſchen, welche ſich ehrlich zu demokratiſchen Grundſätzen bekennen, für Englands Intereſſen einzufangen.

Man ſtelle ſich nur die Durchführung der Abſtimmung in Afrika recht anſchaulich vor. Abſtimmen, entſcheiden in ſachgemäßer Weiſe kann man doch wohl nur über Dinge, die man aus eigener und längerer Erfahrung kennt. Die Stämme, welche unſere Kolonien bewohnen, haben aber weder die engliſche noch die franzöſiſche Herrſchaft in längerer Erfahrung kennen gelernt. Sie können füglich unter eigener Verantwortung gar nicht darüber urteilen, ob für ſie die deutſche oder die engliſche oder die franzöſiſche Herrſchaft zuträglicher iſt. Außerdem aber würden ſie durch eine ſolche Abſtimmung nur den Herrn wechſeln, nicht frei werden; das Ganze wäre alſo trotz des demokratiſchen Schlagwortes eine undemokratiſche Maßregel. — Ferner: wer ſoll denn da abſtimmen? Die Häuptliuge oder die Untertanen? Eine Abſtimmung der Häuptlinge wäre undemokratiſch, eine Abſtimmung der Untertanen würden die Häuptlinge vorausſichtlich nicht dulden. Oder will man erſt durch einen neuen Krieg Afrika demokratiſch machen, um eine undemokratiſche Maßregel durchzuführen? — Dazu liegen die Verhältniſſe in dem großen Lande recht verſchieden.

Man denke nur etwa an Ruanda. In den Bambuswäldern des Bugoie, in den Sümpfen des Bolero, auf den Inſeln des Kiwu lebt das Zwergvolk der Batwa. Es weiß kaum etwas von den Deutſchen, ſicher nichts von Franzoſen und Engländern. Was abſtimmen iſt, wiſſen ſie überhaupt nicht. Wenn ein Weißer naht, laufen ſie weg und verſtecken ſich; wenn Herr Harry mit ſeinen Stimmzetteln kommt, ſteht zu befürchten, daß ſie auf die Bäume klettern und ihm einen Giftpfeil in den Nacken ſchießen. Die eigentliche Urbevölkerung wird von den Wahutu gebildet, einem ackerbautreibenden Bantu-Volk; dieſe wiederum wird von dem eingewanderten Rieſenvolk der Watuſſi in völliger Knechtſchaft gehalten. Wie gedenkt Herr Harry nun hier zu verfahren? Will er die Wahutu abſtimmen laſſen? Da würde er bei den Watuſſi ſchön ankommen. Er müßte erſt einen ſchweren Krieg im Zentrum Afrikas führen, damit die Wahutu, die vielleicht gar nicht abſtimmen wollen, auch abſtimmen können. Oder ſollen die Watuſſi allein abſtimmen? Das wäre ja gänzlich undemokratiſch.

Man ſieht, man braucht nur ein einziges konkretes Beiſpiel ſcharf ins Auge zu faſſen, um deutlich zu erkennen, daß die unvermittelte Übertragung eines derartig modernen

Digitized by Google

Prinzips auf afrikanische Verhältnisse in der Durchführung auf völlig unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen würde. — Am allergenauesten weiß das vielleicht Herr Harry Johnston selbst, der auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit in der Afrikaforschung und im afrikanischen Kolonialdienst zweifellos einer der besten Afrikakenner ist. Also ist die ganze Rede in seinem Munde nicht ehrlich gemeint, sondern nur ein Mittel, um deutsche Demokraten, denen er die nötigen Kenntnisse nicht zutraut, für seine unsauberen Pläne einzufangen.

Dazu kommt noch ein weiterer Punkt. Wer sich um afrikanische Verhältnisse gekümmert hat, weiß, daß die Engländer sich seit vielen Jahren angestrengt bemüht haben, besonders in Togo, Kamerun und Südwest, die Eingeborenen gegen uns aufzuhetzen. Da die Engländer in der Verleumdungstechnik sehr bewandert sind, ist ihnen das bei einigen Stämmen schon im Frieden gelungen. Ist es doch überhaupt viel leichter, hundert Menschen unzufrieden zu machen, als auch nur einen aufgehetzten wieder zu beruhigen. Was aber haben wohl erst im Kriege die afrikanischen Stämme an englisch-französischer Hetzarbeit über sich ergehen lassen müssen! Wir haben es erlebt, wie die Kulturwelt der raffinierten englischen Lüge fast einmütig zum Opfer gefallen ist. Wenn nun hochgebildete Kulturnationen sich gegenüber der englischen Verleumdungskunst als ohnmächtig erwiesen haben, — kann da irgendein vernünftiger Mensch annehmen, die Naturkinder Afrikas seien imstande, die gerissene Lügentechnik Englands zu durchschauen, die Wahrheit zu erkennen und den Heuchler zu entlarven? Das ist ganz unmöglich.

Das weiß natürlich Herr Harry Johnston genau so gut, vielleicht noch etwas besser als wir. Dem deutschen Volke traut er aber diese Einsicht nicht zu. Und gerade darum macht er seinen Vorschlag. Um aber die ehrliche deutsche Demokratie vollends zu gewinnen, läßt er ein paar Worte scheinbaren Wohlwollens mit einfließen. Das ist die Bedeutung seines Schlagwortes von dem Selbstbestimmungsrecht der afrikanischen Völker.

Beide Schlagworte klingen demokratisch, man hat ihnen diese Form mit feinem Bedacht gegeben, um eben die Völker zu betören. Sie sind aber ihrem Kern nach demagogisch, das heißt ein echter Gaunertrick, um unter idealem Deckmantel einen tüchtigen Gewinn für die eigene Sache herauszuschlagen.

Die englische Kriegsfinanzierung

Von Linter

Für die ersten Monate des Jahres 1918 hatte die Welt die vierte englische Kriegsanleihe erwartet. Sie kam nicht. Statt dessen kündete Bonar Law, der britische Schatzkanzler, Ende Februar dem erstaunten Publikum an, daß künftig überhaupt keine langfristige Anleihe mehr begeben werde. Ziemlich unverblümt gab er zu,

Digitized by Google

daß dieser Entschluß durch den Zwang der Ereignisse sich ergeben habe; die russische Revolution hatte die schönsten Pläne nach dieser Richtung hin vereitelt. Um nun die ohnehin schon bedrohlich hohe schwebende Schuld nicht noch weiter anwachsen zu lassen, kündigte Bonar Law gleichzeitig an, er werde künftig den Krieg gewissermaßen wochenweise finanzieren. Damit wollte er folgendes sagen: In regelmäßigen Abständen sollten künftig gewisse Zweige des englischen Volkes systematisch zum Zeichnen von sogenannten „Nationalen Kriegsbonds" veranlaßt werden. Diese Bonds sind eine Erfindung der allerletzten Zeit; sie stellen ein Zwischending zwischen langfristigen und kurzfristigen Anleihen dar und werden seit Herbst 1917 an den englischen Markt gebracht. Sie können täglich gekauft werden, sind zu 5 Prozent verzinslich und je nach Wahl des Käufers in 5, 7 und 10 Jahren und zwar zu 102, 103 oder aber 105 Prozent rückzahlbar. Unter Berücksichtigung dieser Rückzahlprämie verzinsen sie sich mit annähernd $5\frac{1}{2}$ Prozent.

Wenn man bedenkt, daß die Engländer ihre erste Kriegsanleihe mit einem $3\frac{1}{2}$ prozentigen Zinsfuß ausstatteten, so ergibt sich schon daraus eine recht ansehnliche Verteuerung des Staatskredits. Daneben aber ist diese Art Geld aufzunehmen ein weiterer Beleg für die unsichere Art, mit der das englische Schatzamt herumexperimentiert hat. Die nachfolgende Zusammenstellung der englischen Staatsschuld zeigt nicht weniger als zehnerlei verschiedene Arten Geld aufzunehmen. Jeder objektive Beobachter muß hier dem deutschen Schatzamt die unverhältnismäßig glücklichere Hand zuerkennen. Denn streng genommen hat sich bisher keine der verschiedenen englischen Typen bewährt. Vor allem sind die Kriegsanleihen heute ohne Ausnahme sehr weit unter ihrem Ausgabekurs. Wenden wir uns nun der Tabelle (S. 445) zu.

Die Übersicht beziffert für den 9. März die Gesamtschuld Englands auf $5\frac{3}{4}$ Milliarden Pfund Sterling, das sind reichlich 5 Milliarden mehr als vor dem Krieg; wenn die sogenannte „fundierte" Schuld sich recht erheblich verringert hat, so erklärt sich das mit dem Umtausch der $2\frac{1}{2}$ proz. Konsols in Kriegsanleihen. In den „anderen" Schulden sind wohl vor allem die Vorschüsse des amerikanischen Bundes zu suchen, die allein im Jahre 1917 über 400 Millionen Pfund Sterling betragen haben.

Nun wäre es allerdings unrichtig, ohne weiteres von einer Erhöhung der englischen Schulden um über 5 Milliarden Pfund Sterling zu reden. Denn diesem Posten stehen auch Forderungen an die Verbündeten und die Kolonien gegenüber und zwar schulden beide zusammen rund 1600 Millionen Pfund Sterling. Da von dieser Summe allein 600 Millionen auf Rußland kommen, so wird man wohl erkennen, wie wenig sicher dieses Aktivum ist. Selbst optimistische englische Nationalökonomen rechnen nur mit dem vollen Eingang von einer Milliarde dieser Forderungen.

So unvorteilhaft sich die englische Kriegsfinanzierung in bezug auf die Anleihetechnik erwiesen hat und so verschwenderisch nach den Feststellungen der vom Parlament eingesetzten Untersuchungskommission durch mangelhafte Organisation die eng-

Digitized by Google

Die Entwicklung der englischen Staatsschulden im Krieg:

in Millionen £	1. August 1914	31. März 1915	31. März 1916	31. März 1917	9. März 1918	Veränderung gegen 1. Aug. 1914
Fundierte Schuld	586.7	583.3	318.5	317.8	317.8	— 268.9
Annuitäten	29.6	28.0	26.1	24.0	24.0	— 5.6
Unfundierte Schuld:						
3½ % Kriegsanleihe .	—	349.1	62.8	32.7	62.7	+ 62.7
4½ % „ .	—	—	900.0	20.0	20.0	+ 20.0
4 und 5 % „ .	—	—	—	1962.4	2082.6[1]	+ 2082.6
National War Bonds . .	—	—	—	—	459.4	+ 459.4
Schatzwechsel	15.5	77.2	566.8	463.7	1023.4	+ 1007.9
Exchequer Bonds . . .	20.5	67.4	177.0	320.3	402.6	+ 382.1
War Savings Certificates	—	—	1.4	74.5	125.5	+ 125.5
War Expenditure do. .	—	—	—	23.6	23.2	+ 23.2
Andere Schulden . . .	—	—	9.2	316.5	905.0	+ 905.0
Amerikanische Anleihe .	—	—	51.4	51.4	51.4	+ 51.4
Zeitweise Vorschüsse . .	1.0	—	19.9	217.5	225.8	+ 224.8
	653.3	1105.0	2133.1	3854.4	5723.4	+ 5070.1
Andere Kapitalschulden .	57.2	57.0	56.7	52.2	51.4	— 5.8
Gesamtschulden	710.5	1162.0	2189.8	3906.6	5774.8	+ 5064.3

lischen Behörden mit dem Geld wirtschaften, so verdient doch in anderer Hinsicht die englische Finanzwirtschaft auch das Lob der Gegner. Wir meinen den verhältnismäßig hohen Anteil, den der Steuerzahler von den Ausgaben getragen hat. Das ergibt sich auf unserer folgenden zweiten Tabelle.

Die englische Kriegsfinanzierung (alles in Millionen Pfund Sterling):

1914/15 (1. August bis 31. März		1915/16	1916/17	1917/18	1. Aug. 1914 bis 1. Apr. 1918
Ausgaben	577	1501	2199	2650	6927
Davon durch Steuern aufgebracht . .	172	337	573	660	1742
Davon durch Darleben aufgebracht .	404	1167	1626	1990	5185
Steuerleistung in Prozent	29 %	22 %	26 %	25 %	25 %

Somit ist ein rundes Viertel der Ausgaben durch Steuern gedeckt worden, und wenn man annimmt, daß über eine Milliarde der Ausgaben nur vorübergehender Natur war, so ist das Verhältnis sogar noch besser. Um so anerkennenswerter ist es, daß für das kommende Rechnungsjahr ein recht großer Teil der Öffentlichkeit eine weitere Erhöhung der Steuern verlangt. Wie bei uns ist auch drüben eine sehr erregte

[1] Nach Abzug von £ 16.1 Mill., die für Erbschaftssteuer entrichtet wurden.

Digitized by Google

Debatte über die Frage einer Vermögensabgabe im Gange. Viele fürchten, daran nicht vorbeikommen zu können, da selbst bei einem baldigen Kriegsende im Laufe der nächsten Wochen die dauernde Mehrbelastung der englischen Jahresrechnung um rund 400 Millionen Pfund Sterling gleich 8 Milliarden Mark zu erwarten ist und andererseits die bisherigen Steuern (1917/18: 660 Millionen) einen Posten von 250 Millionen Pfund Kriegsgewinnsteuern enthalten, also eine Einnahme, die im Frieden in Wegfall kommt. Da neben der Verzinsung der Kriegsschulden noch mit einer normalen Last von 200 Millionen Pfund Sterling für die Staatsverwaltung zu rechnen ist, so ergibt sich einstweilen ein jährlicher Fehlbetrag von fast 190 Millionen Pfund Sterling.

Man sieht also, daß England auch bei einem für ihn günstigen Kriegsausgang vor fast denselben Finanzproblemen steht, wie wir. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß Deutschland in der Hauptsache nur seinen eigenen Bürgern Geld schuldet, während England in geradezu unerträglichem Umfange sich an das Ausland verschuldet hat.

Notizen

Die Diktatur des Proletariats in Finnland. In der deutschen Öffentlichkeit herrscht noch vielfach die Ansicht, als ob es sich in Finnland um einen Kampf zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft handle. Dieser Ansicht hat z. B. Dr. David im „Vorwärts" Ausdruck gegeben und daran die Warnung geknüpft, daß Deutschland keine Veranlassung habe, sich in diese Auseinandersetzung hineinzumischen. Auch der Abgeordnete Naumann hat von der Reichstagstribüne ähnliche Gedanken ausgesprochen. Ist diese Behauptung richtig? Vor allen Dingen darf nicht übersehen werden, daß zu Anfang des Krieges gerade die Sozialdemokratie mit am energischsten den Unabhängigkeitsgedanken verfochten hat. Ihre Führer, Manner und Tokoi, haben wiederholt in öffentlichen Reden die Notwendigkeit der Trennung Finnlands von Rußland betont. Das Endziel war demnach gemeinsam mit den Bürgerlichen, der Weg aber verschieden. Die Sozialdemokraten erhofften ihre Unabhängigkeit von der russischen Revolution, die Bürgerlichen vom Siege Deutschlands, den auch die Sozialdemokratie, solange der Zarismus herrschte, herbeigesehnt hatte. Seitdem in Petersburg die Revolution ans Ruder kam, ist in der finnländischen Sozialdemokratie ein Umschwung eingetreten. Immer mehr machen sich in ihr zwei Strömungen bemerkbar: eine gewerkschaftliche und eine anarchistische. Diese Trennung der Geister konnte sich so leicht vollziehen, weil die finnländische Sozialdemokratie seit jeher aus zwei Quellen gespeist wird. Erstens gehören zu ihr die eigentlichen Fabrikarbeiter und zweitens die Wald- und Floßarbeiter, die mehr Saisonarbeit zu leisten pflegen. Während diese im Verlaufe des Krieges durch Munitionsfabrikation gut verdienten, verloren jene durch Aufhören des Holzexportes bald jeglichen Verdienst. Sie wurden von der russischen Militärverwaltung zum Gräbenziehen und zu Schanzarbeiten angeworben. Sie verdienten hierbei zwar gutes Geld, gerieten aber mit der Zeit völlig ins radikale Fahrwasser. Bei Aufhören dieser Arbeiten und der Eroberung der Macht in Petersburg durch die Bolschewisten schlossen sie sich dieser Richtung an und bildeten zusammen mit der russischen Soldateska die Rote Garde in Finnland, die dort ein Schreckensregiment aufrichtete. Die sozialistische Landtagsfraktion hat zuerst zu einem nicht geringen Teile dieser Desperadopolitik nicht zugestimmt, später aber nicht den Mut gefunden, der bewaffneten Roten Garde zu opponieren. Sie hat sich zum Teil gefügt, zum Teil passiv verhalten und nur zu ge-

Digitized by Google

ringem Teil sich offen der Weißen Garde angeschlossen. Bezeichnend ist es aber, daß in Tammerfors, dem Hauptsitz der finnländischen Industrie, nicht wenige Fabrikarbeiter der Weißen Garde beigetreten sind. Wird über kurz oder lang der rote Terror aus Finnland vertrieben sein, so wird sich, wie in Schweden, auch in Finnland eine Scheidung der Sozialdemokratie in einen gemäßigten und einen anarchistischen Flügel vollziehen. Die Roten vertreten eben gar nicht, wie in Deutschsand geglaubt wird, sozialistische Grundsätze, sondern rein anarchistische. Das geht klar aus ihrem neuen Verfassungsentwurf hervor, der die Bestimmung enthält, daß die finnländische Volksvertretung, trotzdem sie aus gleichen, geheimen, direkten und einfachen Wahlen beider Geschlechter hervorgeht, auseinanderzujagen sei, wenn sich eine Mehrheit gegen das Proletariat zusammenfände. Ganz folgerichtig hat daher das Organ der schwedischen Sozialdemokratie „Politiken" die Roten dafür getadelt, daß sie den Mehrheitswillen des Volkes, der sich bei den letzten Wahlen gegen die finnländische Sozialdemokratie ausgesprochen hätte, mißachte. Der Kampf in Finnland geht also gar nicht um Kapital oder Arbeit, sondern um parlamentarisches Regime oder Diktatur des Proletariats nach Leninschem Muster. Da die deutsche Sozialdemokratie seit über einem Menschenalter über den Putschismus Bakunins hinausgewachsen ist, liegt wirklich für sie kein Grund vor, sich für seinen finnländischen Ableger zu begeistern, zumal dadurch höchstens nur den Unabhängigen eine Freude gemacht wird.

Staaten- oder Klassenkrieg. Professor Brandes-Kopenhagen hat auf eine telegraphische Anfrage aus Amerika seiner Ansicht über den Bolschewismus (Maximalismus) in einer Weise Ausdruck verliehen, die dem Anfrager aus Amerika sehr überraschend gekommen sein dürfte. Wir entnehmen den interessanten Ausführungen des berühmten Gelehrten folgende charakteristische Stellen:

„Ich bin kein Bewunderer von Phrasen, daher kann ich keine Begeisterung fühlen für die Botschaft Ihres Präsidenten. Das Menschengeschlecht braucht Frieden und kann nicht darauf warten, bis einige weitere Millionen geschlachtet sind. Falls die Völker jetzt keinen Frieden erreichen, wird das Wirklichkeit werden, was ich im Sommer 1916 voraussagte. Das Proletariat wird in einen solchen Zustand der Aufregung kommen, daß die soziale Revolution, die niedergehalten wurde, so lange die Menschheit noch einen Funken Vernunft bewahrte, mit der gleichen Wildheit ausbrechen wird, wie der Krieg jetzt. Sie ist ja schon ausgebrochen in Rußland und in Finnland. Sie wird auch in anderen Ländern den kriegerischen Zusammenstößen folgen, wie die Kommune in Paris im Jahre 1871 folgte, und das bißchen geistesaristokratische Zivilisation, das der Krieg vielleicht übrig gelassen hat, wird der Erde gleich gemacht werden.

Meine Meinung war unter anderem die: Was nützt es, einen vernünftigen Frieden, einen gerechten Frieden zu fordern? Die Friedensbedingungen sind konkret, diktiert von Machtverhältnissen des Augenblicks oder dem Drang der Parteien, das Aufhören der Feindseligkeiten zu erreichen: aber — sie sind inkommensurable in abstrakten Begriffen wie Vernunft und Gerechtigkeit.

Es ist unmöglich, die Gerechtigkeit als abstrakten Begriff Streitfragen zwischen den Staaten entscheiden zu lassen, z. B. die Frage über Elsaß-Lothringen. Deutschland will diesen Landesteil behalten, der einmal ungemischt deutsch war und Deutschland gehörte. Frankreich fordert die Rückgabe, weil Elsaß Lothringen während 200 Jahren Frankreich gehört hat, und sich nur widerstrebend darin fügte, an das Deutsche Reich abgetreten zu werden. Während der seit dieser Abtretung verflossenen 47 Jahre ist durch Auswanderung von Französischgesinnten und Einwanderung von Deutschen, außerdem durch die Änderung der Anschauung, welche die veränderten Verhältnisse und die ökonomische Entwicklung mit sich geführt hat, die Bevölkerung in einer großen Mehrheit deutschgesinnt und deutsch geworden. Was lehrt jetzt die

Digitized by Google

abstrakte Gerechtigkeit? Hält sie es mit den Franzosen, oder mit den Deutschen, welche behaupten, daß die Bewohner zufrieden sind mit ihrem Los? Falls abgestimmt werden soll, für wen fordert die Gerechtigkeit da das Stimmrecht? Für die Ausgewanderten und für die Kinder der Ausgewanderten, oder für die Einwohner, welche augenblicklich im Lande wohnen?

Machtverhältnisse und praktische Rücksichten werden die Frage entscheiden; mit Abstrakta wie Gerechtigkeit oder Vernunft kommt man hier nicht weiter.

Wir leben unter der Herrschaft einer Epidemie, welche verwüstet, wie die Flagellanten im Mittelalter, nur weit schlimmer, die Epidemie des Konkurrenzkrieges, unter welcher die Staaten sich selbst geißeln, indem sie andere geißeln. Aber es ist eine neue Epidemie gefolgt, welche wie 1348 der Schwarze Tod von Asien sich nach Europa verpflanzte, und der Peitschenraserei einen neuen Aufschwung gab, die soziale Revolution, deren Pest sich jetzt von Rußland nach Finnland verbreitet hat und alle nordische Zivilisation in diesem Staate mit dem Untergange bedroht, um sich dann über das ganze Skandinavien zu verbreiten und aller Wahrscheinlichkeit nach sich nach Italien und anderen durch den Krieg entkräfteten Ländern zu verpflanzen.

Die tiefe Spaltung zwischen den einander bekriegenden Völkerschaften wird jetzt von der in Rußland und Finnland eingeleiteten ebenso tiefen Spaltung zwischen den Besitzenden und Besitzlosen gekreuzt. Es hat sich ein Abgrund zwischen denen geöffnet, die mit dem Kopf arbeiten und denjenigen, die mit den Händen arbeiten (und die zurzeit ihre Hände zu Plünderung und Mord gebrauchen). Der Abgrund scheint ebenso tief und gefährlich zu sein, wie der zwischen Deutschen und Franzosen, Deutschen und Engländern, tiefer und gefährlicher sogar. Der Krieg zwischen den Staaten kann jedoch — wie fern die Aussichten auch noch sind — durch eine einfache Unterschrift unter ein Abkommen abgeschlossen werden. Der Klassenkampf ist durchaus so unheimlich und durchaus so roh, aber außer, daß er heimtückisch ist, umspannt er ein noch größeres Landgebiet und ist daher noch langdauernder. Er ist nicht eine akute Krankheit, sondern eine chronische, und er kann kaum zur Ruhe gebracht werden, ohne eine solche Umgestaltung aller Verhältnisse, daß er Generationen hindurch dem Leben seinen Glanz und der Entwicklung ihre Blüte rauben würde.

Als der Nationalhaß in Rußland und Finnland abnahm, brach der Klassenhaß mit noch stärkerer Leidenschaft los. Als Rußland von dem Zarentum und Finnland von der Fremdherrschaft befreit war, ergriff das Proletariat in beiden Ländern das Henkerbeil, das frei geworden war. In Rußland waren unter dem Zarentum alle Gefängnisse gefüllt; jetzt unter dem Bolschewismus sind auch alle Gefängnisse überfüllt. In Finnland war während der politischen Despotie zum mindesten Rechtssicherheit auf den Straßen und Gassen; rein unpolitischen Mord und Plünderungen kannte man nicht anders als seltene Kriminalverbrechen. Jetzt gehören sie zur Tagesordnung.

An die Stelle des Krieges zwischen den Staaten ist in Osteuropa der Klassenkrieg getreten, und während die Vernunft unglücklicherweise nicht ansteckend ist, ist es der Wahnsinn."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 12. April 1918 • Heft 15

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Der rumänische Friede entspricht den nationalen Ansprüchen der Bulgaren, indem er ihnen die Dobrudscha zuweist, und den militärischen Notwendigkeiten Ungarns, indem er ein freilich dünn besiedeltes Gebirgsland und einen Streifen des Donauufers als Sicherungsgebiet der Monarchie angliedert. Rumänien selber wird für die Erneuerung seiner staatlichen und nationalen Idee eine große Aufgabe im Osten, in Beßarabien, finden, wo ein breiteres rumänisches Volkstum der Erweckung harrt. Dem Staat hat Bratianus unselige Politik tiefe Wunden geschlagen, aber der Friede, den ihm der Sieger gewährt, wird für die künftige Politik des Staates eine gesunde und große Zielsetzung sein. Die Lehre, die Rumänien zu Karols Politik zurückzwang, war hart; wird sie richtig verstanden und befolgt, ohne trübe Romantik, die nach Kronstadt zielt, dann wird wieder ein gesundes Verhältnis zwischen diesem Staat und Mitteleuropa gedeihen.

*

Daß Graf Czernin seine kurze Gastrolle in Wien zu einer scharfen Absage an die tschechischen Hochverräter benutzt hat, indem er zugleich die Leistungen der Deutschen und der Ungarn sehr stark unterstrich, beweist, daß er sich fest im Sattel fühlt. Es hat in letzter Zeit nicht an Stimmen gefehlt, die meinten, daß er in Österreich-Ungarn zu stark geworden sei und deshalb nach dem Friedensschluß mit Rumänien abtreten müsse. Seine Rede deutet nicht darauf hin. Es ist nicht denkbar, daß er irgendeinem Nachfolger eine so schwierige Situation schafft — er holt sich bei den Deutschen und den Ungarn heute schon Bundesgenossen für die große Auseinandersetzung in den Delegationen. Freilich: dieser Kampf wird nur dann fruchtbar sein, wenn die Regierung für die Lösung der tschechischen Fragen selber ein Programm hat. Denn mit dem Bekriegen der Kramarsch-Gruppe, die man vor einem Jahr amnestiert hat, ist es nicht getan, wenn man nicht genau weiß, wie das loyale Tschechentum, soweit es noch vorhanden, in dem habsburgischen Staatsgefüge eingefügt bleiben wird. Czernin bestimmt nun auch Österreich-Ungarns innere Politik, für die Seidlers Hände zu schwach und tastend sind.

*

Digitized by Google

Clemenceau bestreitet, daß er mit dem Grafen Czernin über die Möglichkeit eines Friedens vor dem Beginn der Westschlachten habe sprechen lassen. Man weiß nicht, wie weit bei den schweizer Besprechungen die Wiener Regierung Anreger oder Angeregter gewesen ist. Die offiziöse Stilisierung ist sehr vorsichtig. Daß Clemenceau einen Boten auf den Weg schickte, den die englische Stimmungsmache längst beschritten hatte, ist aber weder zu leugnen noch ist es verwunderlich. Czernin sagt selber, wie die Hoffnung der Entente in Österreich-Ungarn selber Nahrung fand. In der Rechnung war aber übersehen, daß, von den elementaren Selbstverständlichkeiten der Bundestreue abgesehen, Österreich-Ungarns wirtschaftliches Schicksal aufs innigste, heute und morgen, mit Deutschland verknüpft ist. Für Clemenceau freilich ist der Vorgang um deswillen peinlich, weil nur von Elsaß-Lothringen, aber nicht von Italien in diesen Unterhaltungen die Rede war. Dies zeigt sich in einem Zeitpunkt, da der Abmarsch der französischen Hilfstruppen von der Piavelinie Italien wieder nervös macht. Und das Verbrechen des Caillaux?

*

Das Protokoll der Geheimsitzung in Petersburg im Februar 1914 bestätigt noch einmal das Vorhandensein des festen Kriegswillens der zarischen Regierung, die Dardanellenfrage in möglichst kurzer Zeit auch auf Kosten eines Weltkrieges in russischem Sinne zu lösen. Wie zielbewußt die Regierung dabei vorging, wird durch die Tatsache erhärtet, daß bereits Februar 1914 der Kriegsminister Ssuchomlinow den Putilowwerken und anderen staatlich kontrollierten Fabriken den Abschluß von Kontrakten mit deutschen Firmen verbot. Der seit der Revaler Zusammenkunft latente Kriegswille Rußlands scheint im Herbst 1913 seine letzte offizielle Ausprägung erhalten zu haben. Das von Bethmann Hollweg anläßlich der Militärvorlage von 1913 geprägte Wort von der Notwendigkeit, die „neu gewonnene türkische Freundschaft auf den galizischen Schlachtfeldern zu verteidigen", traf also ins Schwarze. Um so unerklärlicher bleibt es, daß sich die deutsche Vertretung in Petersburg von der kriegerischen Entwicklung in Rußland so hat überraschen lassen.

*

„Die Revolution in Finnland ist das Werk des Smolnyinstitutes in Petersburg" — so meldet die „Morning Post". Durch diesen Satz wird nicht nur die Berechtigung, sondern die Notwendigkeit der deutschen Hilfsexpedition erwiesen. Mit dieser englischen Formulierung stimmt auch die Meldung der Kopenhagener „Politiken" überein, daß finnländische Rotgardisten, angewidert durch die sinnlosen Grausamkeiten, zu der Weißen Garde überzulaufen beginnen. Trotzki, der immer mehr Kerenskischen Spuren nachzuwandeln beginnt, indem er alle kriegslustigen Elemente bis in die reaktionären Kreise hinein um sich zu sammeln versucht, wird also beim deutsch-finnländischen Vormarsche der eigentliche Besiegte sein. Denn an einen wirklichen Widerstand der Russen ist natürlich in Finnland ebensowenig wie in der Ukraine zu denken.

Digitized by Google

Der Reichstag vor neuen Aufgaben

Von Dr. Theodor Heuß

Der Reichstag hat bis jetzt zwei Friedensschlüssen seine Zustimmung gegeben, dem mit der ukrainischen Volksrepublik und dem mit Restrußland. Man kann nicht sagen, daß seine Verhandlungen in Ton und Haltung sehr stark von dem Gewicht des geschichtlichen Vorgangs bestimmt wurden, sie waren getrübt von einer gewissen Enttäuschung über das Tempo der wirtschaftlichen Erschließung der Ukraine, von der Unsicherheit, wieweit der Abschluß mit der Sowjetregierung nun tatsächlich eine Konsolidierung der Beziehungen zu Osteuropa einleiten würde. Die Militärexpedition nach Finnland, die dem Versprechen der Sowjets, dies Gebiet zu räumen, den notwendigen Nachdruck verleihen soll, erschien als der Beginn eines neuen Feldzugs; dadurch ließ sich vor allem die Sozialdemokratie beeinflussen, denen die Kämpfe dort oben nur als Bürgerkrieg der finnischen Parteien erscheinen wollen. Es ist bekannt, daß innerhalb der Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie die Meinungen sich ziemlich schroff gegenübertraten: einige Stimmen verlangten die glatte Ablehnung des russischen Friedens, da er weder dem Wortlaut noch dem Geist der Friedensresolution entspreche, andere forderten die unbedingte Annahme, um die moralische Tatsache des ersten Friedens zu stützen — der Ausweg war die Stimmenthaltung. Die Lockerung, welche die einheitliche Praxis der Reichstagsmehrheit damit erfuhr, wurde einigermaßen ausgeglichen durch eine Entschließung, die der Regierung bestimmte Wünsche über den Ausbau der Verfassungen in den Rußland abgegliederten Randstaaten vorträgt.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß nunmehr, da das Friedenmachen nicht nur theoretischer Wunsch, sondern begrenzte Aufgabe der Staatsmänner ist, die Reichstagsresolution vom 19. Juli in der Erörterung bleibt. Zu ermessen ist, wie weit sie die Umrisse der Verhandlungsmöglichkeiten bietet, wie weit sie historisch geworden. Im russischen Fall zeigten die Nächstbeteiligten verschiedenerlei Auffassung; die weitere Probe wird der Abschluß des rumänischen Friedens sein. Und hier mehr mittelbar. Da Deutschland an diesen Staat nicht angrenzt, sind die Fragen militärischer Natur für uns selber erst in zweite Linie gerückt und die politische Erwägung mußte die Verständigung nahelegen, den Versuch, das System zu erneuern, das König Karols Vermächtnis gewesen ist; aber die Rücksicht auf die unmittelbaren Forderungen unserer Bundesgenossen mußte dafür das Maß geben. Gewiß: die Kriegslage ist derart, daß wir Rumänien hätten vollends niederschlagen und vergewaltigen können, was politisch und militärisch gleich zwecklos gewesen wäre. Wir wollen uns aber jetzt mit Marghiloman verständigen, daß die Dobrudscha zu Bulgarien und das Vorgelände der Pässe in den Transsylvanischen Alpen zu Ungarn geschlagen werden, daß Deutschland die Vorhand auf die Petroleumproduktion legt

Digitized by Google

(in einer heute noch nicht ganz geklärten Form) und Rumänien Zusicherungen innerpolitischer Reformen in seiner Judengesetzgebung gewährt, dies Verfahren in das Schema „ohne Annexionen und ohne wirtschaftliche Vergewaltigung" aufzunehmen. Gleichviel: nur wenige Leute werden diesen Frieden verwerfen wollen. Wenn man auf dem Standpunkt steht, daß die Reichstagsresolution im vergangenen Jahr taktisch richtig war, aus inneren und äußeren Gründen, daß aber ihre materielle Formulierung wegen der Möglichkeit der Einschnürung Bedenken wecken konnte, so ist soviel heute erwiesen, daß sie für die östlichen Friedensschlüsse die Gefahr der Schwächung unserer Position nicht bedeutet hat. Diese hängt eben schließlich nicht in einer allgemeinen Erklärung, sondern in der gegebenen Macht, und die Fragestellung drängt sich daraufhin zusammen, von der Macht keinen willkürlichen, ruhmsüchtigen, sondern einen vernünftigen Völker und Staaten aufbauenden Gebrauch zu machen.

Als der Reichstag seine Entschließung faßte, dachte er auch an österreichisch-ungarische Stimmungen. Auf der verbündeten Monarchie, mit ihren unendlichen inneren Schwierigkeiten, lastet der Krieg noch viel schwerer als auf Deutschland, und die Empfindlichkeit gegen das Auftreten annexionistisch lauter Kreise in Deutschland nahm einen nicht unbedenklichen Grad an. Deutsche Führer im Wiener Herrenhaus widmeten damals eine ganze Sitzung der Bekämpfung der alldeutschen Publizistik, um der Meinung entgegenzutreten, daß die Deutschen der Monarchie etwa den Krieg um die flandrische Küste führen wollten. Graf Czernin selber machte sich zum Sprachrohr dieser Stimmungen, indem er mit bewegtem Pathos den Verteidigungscharakter des mitteleuropäischen Krieges unterstrich und dem Gedanken der internationalen Verständigung und Abrüstung schwungvollen Ausdruck lieh. Kein Wunder, daß er deshalb in das Feuer der alldeutschen Presse geriet und neben der Reichstagsmehrheit die Kosten der aufgeregten Polemik dieser letzten Monate zu tragen hatte.

Das Schicksal ist witzig genug, gerade diesem Mann, der nach seiner persönlichen Artung wie nach der staatspolitischen Aufgabe, die ihm geworden, als der deutlichste Vertreter der internationalen Verständigungsidee zu gelten hat, den Auftrag zu geben, als erster die Grundzüge des rumänischen Friedens zu erörtern. Die deutsche Reichstagsmehrheit hat wiederholt ihre Übereinstimmung mit seiner Grundanschauung kundgetan, unmittelbar und mittelbar, in der gleichgehenden Beantwortung der päpstlichen Augustnote. Wird sie sich ihm jetzt anschließen? Daß der führende Staatsmann der verbündeten Monarchie in dieser Frage den Vortritt hatte, war billig und recht; es ist aber außer Zweifel, daß für seine Interpretation des rumänischen Friedens auch theoretische Geltung für die unmittelbaren deutschen Belange beansprucht werden könnte. In Österreich-Ungarn hat sich ein grundsätzlicher Widerspruch bisher nicht gemeldet; selbst die Wiener Sozialdemokratie, die ihn schon bisher ziemlich stützte, bleibt bei der Stange und wenn vielleicht auch bloß deshalb, weil er der Bringer des dritten Friedens ist.

Digitized by Google

Für uns ist die Frage wichtig unter dem Gesichtspunkt ihrer Einwirkung auf die Aussprache mit dem Westen. Diese ist heute vertagt, und sie wird erst wieder aufgenommen werden, wenn auf dem französischen Schlachtfeld weitere Entscheidungen gereift sind. Solange die Heere im harten Ringen verstrickt sind, werden die Worte der Diplomaten, der Politiker, der Publizisten von dem Lärm der Granaten zerrissen. Wie aber wird es sein, wenn die Luft wieder klarer geworden ist und nicht mehr von der Wut der Geschosse zittert? Es hat sich nichts geändert in der klaren politischen Zielsetzung, in den Wunschvorstellungen, aber die psychologischen Voraussetzungen sind nicht mehr dieselben. Wer den Besitz der flandrischen Küste als eine deutsche Staatsnotwendigkeit ansieht, wird glauben, daß die Niederlage der Feinde dies Ziel erreichbarer gemacht habe. Wer den deutschen Nationalstaat nicht mit der belgischen Hypothek belastet wissen will, wird die Wiederherstellung von Belgiens staatlicher Selbständigkeit unverwirrt als eine politische Notwendigkeit ansehen. Aber es ist ohne Zweifel, daß die Aussprache einen anderen Tonfall bekommen wird. So wenig sich der Verteidigungscharakter des deutschen Feldzugs durch seine offensive Gestaltung ändert, so gewiß ist es, daß in Frankreich und England die Stimmen klarer Einsicht zunächst erstickt sein werden. Es geht hart auf hart. Jede neue französische Stadt, die sich unter deutschem oder feindlichem Feuer in ein Trümmerfeld verwandelt, wird ein Zeuge gegen den Gedanken- und Stimmungskreis, der um die Worte „Verständigung", „internationaler Ausgleich", „Versöhnung" lagert. Das kann man sehr schmerzlich empfinden, denn es liegt darin eine Resignation in dem Glauben an die erhabene Geltung von übernationalen Rechtsordnungen. Aber man soll sich über die psychologischen Tatsachen keinen Täuschungen hingeben. Mit England steht es ähnlich. Es hat abgelehnt, uns auf dem Boden des Ausgleichs entgegenzutreten, zu jener Besprechung, bei der wir die billigen Forderungen unserer kolonialen Bedürfnisse, unserer Orientpolitik und eines Rohstofffriedens vorgetragen hätten — Lloyd George hat diese Möglichkeit verdorben und sie den Geboten des Zwangs anheimgegeben. Unter dessen Gesetzen stehen wir heute, London gegenüber so gut wie Washington. In dem Maße, als die Militarisierung der Vereinigten Staaten voranschreitet, als die amerikanische Kriegsehre in der französischen Schlacht mit erfaßt wird, als Wilson „Blut geleckt" hat, trübt sich sein Auge für jene Grundsätze, die er ehedem der Welt vorgetragen. Die Mißhandlung Hollands ist ein Nebenbeispiel. Er bindet sich selber in die Methoden des gewaltsamen Austrags, sich und die Ehre des amerikanischen Volkes, von dem uns hin und wieder versichert wird, daß es kriegsunlustig sei. Rückschau zu halten, ob das alles so kommen mußte, ob die Taktik unserer Politik nicht manches hätte ändern und verhindern können, das führt heute zu keinem Ausweg mehr.

Zu den neuen Aufgaben des Reichstages gehört es, diese veränderte Atmosphäre anzuerkennen. Die Mehrheit braucht von der geschichtlichen Bedingtheit ihrer bisherigen Politik nicht abzurücken und die allgemeinen Ideale nicht zu verleugnen, auf

Digitized by Google

die sie ihre Entschließungen eingestellt hat. Es handelt sich nicht darum, hinter den kriegerischen Erfolgen die Kriegsziele zu militarisieren, denn deren sachlicher Kern mag soweit bestehen bleiben; aber die Notwendigkeit besteht, und das geht wohl vor allem die Sozialdemokratie und die überzeugten Pazifisten in den bürgerlichen Parteien an, die innere Einstellung der Tatsache anzupassen, daß die neue Entfesselung des Krieges seelische Umwertungen schafft, hüben wie drüben, und daß es darum dem Frieden förderlich sein muß, nicht abstrakten Formeln nachzuhängen, nicht zu sehr auf moralische Auswirkungen zu warten, sondern der politischen Aussprache einen möglichst konkreten Charakter zu geben. Es ist jetzt der Zeitpunkt, von unseren Kolonien, von unseren Wünschen für die Erhaltung der Türkei, von der unbedingt notwendigen Beteiligung am Weltrohstoffbezug zu reden. Das ist jetzt alles dringlicher und gewichtiger geworden als die Überlegungen, wie das in der Antwort an den Papst gezeichnete Programm Wirklichkeit werden könne.

Die Klärung über diese Fragen wird nicht ganz leicht sein. Durch die Zurückhaltung, die der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der letzten Zeit geübt hat, ist ungewiß, wohin er selber seine Meinung lenken wird. Bei der Zusammensetzung der gegenwärtigen Reichsregierung und ihrem Verhältnis zum Parlament besitzt die Personenfrage gerade an dieser Stelle eine erhöhte Bedeutung; die drei letzten Monate haben deutlich genug erwiesen, bei uns wie bei den Verbündeten, daß die entscheidenden Handlungen und Formulierungen nicht von allgemeinen Entschließungen, sondern mindestens ebenso stark, auch heute noch bei aller tatsächlichen oder vorgeblichen Demokratie, von persönlicher Art, Anschauung und Geschicklichkeit abhängen.

Freilich werden dem Reichstag in der nächsten Zeit noch andere Aufgaben und Schwierigkeiten zuwachsen, von denen man heute noch nicht weiß, wie weit ihre Behandlung auf das Gebiet der „großen Politik" übergreifen wird. Als die Regierung Hertling-Payer-Friedberg in Wirkung trat, schloß sie mit den Mehrheitsparteien einen Art von Pakt, der in der auswärtigen Politik durch die Bezugnahme auf die Antwort an den Papst charakterisiert ist, in der inneren durch das gleiche Wahlrecht für Preußen, Zensurerleichterung, Arbeitskammer, Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Von Steuern war darin nicht die Rede, solche zu beschließen wird aber wohl die größte Aufgabe des Reichstags in seinem nächsten Sitzungsabschnitt sein.

Die Regierung selber hat noch nicht davon gesprochen, wie sie sich die neuen Steuern vorstellt. Bei der ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes ist von diesen unangenehmen Notwendigkeiten sehr wenig die Rede gewesen und der Schatzsekretär hat dieses Schweigeverfahren mit seinen guten Wünschen genährt. Man erreichte damit, daß in der Tat über die Gestaltung der neuen Steuern, über ihren Rahmen und Umfang sehr wenig bekannt wurde und dies wollte man, damit nicht die Börse, die auf Steuergerüchte immer sehr heftig und oft etwas komisch reagiert, Verstimmungen erleidet. Die kann man während der Zeichnungsfrist der achten Kriegsanleihe nicht

Digitized by Google

brauchen. Immerhin sind heute durch die Siege im Westen alle Anleihesorgen verscheucht; was aber kommt, ist die Sorge um den Charakter der neuen Steuern. Auch Graf Roedern wird nicht die Herakles-Arbeit der großen Reform während des Krieges vorbereiten. Ob er schöpferische Gedanken und Pläne für das künftige Reichsfinanzwesen hat, weiß man nicht. Sicher, wenn sie vorhanden, hat er sie noch nicht verraten, sondern in einem feinen und stillen Herzen bewahrt.

Was bringen die Parteien bei? Sie haben alle ziemlich geheiligte Finanzforderungen in ihren Friedensprogrammen; deren Rahmen ist aber durch das unerhörte Wachstum der Bedürfnisse gesprengt. Sie sind nicht sehr viel mehr als geschichtliche Symbole. Während des Krieges nun haben sich alle Parteien eine weitgehende Abstinenz im Steuerdenken auferlegt; nur einzelne Publizisten haben die undankbare Aufgabe, freilich ohne Solidarhaftung, auf sich genommen. Die Parteien sind also nicht durch neuerliche Entschließungen gebunden, sondern haben sich einige Bewegungsfreiheit gewahrt; es kommt jetzt alles darauf an, wie weit sie auch gegenüber grundsätzlichen Bekenntnissen ihrer Friedensvergangenheit sich unbefangen fühlen, und was für Vorschläge die Reichsregierung ihnen vorlegt.

An sich hat der vielgescholtene Reichstag gerade in den letzten großen Finanzvorlagen weit bessere Arbeit geleistet als die Regierung. Namentlich war es Payers Verdienst, daß er als Führer der Fortschrittlichen Volkspartei sehr stark auf den Ausbau der direkten Reichssteuer hinwirkte, die der Regierung abgezwungen werden mußte. Diese zentralistische Entwicklung, vom schweren Gewicht der Schuldenlast bestimmt, hat ihre geborenen Widersacher im Bundesrat, wo die Einzelstaaten den Kampf gegen eine Notwendigkeit führen, die sie als finanzpolitische „Mediatisierung" empfinden. An der Spitze des Reiches aber steht ein Mann, der vorher als bundesstaatlicher Ministerpräsident sich gegen die Einschränkung der finanziellen Selbständigkeiten gewehrt hatte. Hier ist also das erste Fragezeichen: wird der Bundesrat auf dem Weg der direkten Reichssteuern, der mit dem Wehrbeitrag beschritten wurde, sich weiter vorwagen? Wird der Schatzsekretär der Gefesselte der einzelstaatlichen Finanzminister sein oder mit dem Reichstag zusammen sich gegen den einzelstaatlichen Finanzpartikularismus wenden?

Er kann und muß zu diesem Zweck aus dem Parlament die nötigen Hilfskräfte ziehen. Jedoch wird sein Steuerplan auf indirekte Steuern keineswegs verzichten können. Auf die Verteilung der beiden Steuersysteme kommt aber jetzt Entscheidendes an. Liegt der Hauptnachdruck auf indirekten Steuern, so wird das zur Gefährdung der politischen Solidarität der Reichstagsmehrheit. Man weiß nicht, wie Graf Roedern diese reinpolitische Fernwirkung seines Amtes auffaßt. Daß man dies Problem aber rechtzeitig sehe, ist notwendig. Gewiß ist die Reichstagsmehrheit nicht unter dem Gesichtspunkt der steuerlichen Flurbereinigung gegründet worden; aber ihre Tragkraft erfährt eine außerordentliche Belastungsprobe. Bei dem Zusammenhang zwischen

Digitized by Google

Reichstag und gegenwärtiger Reichsregierung ist dies aber nicht nur eine Frage innerhalb des Parlaments, sondern eine Angelegenheit, die auf die Zusammensetzung der Regierung zurückwirken und sich dadurch mit dem ganzen Kompler der außenpolitischen Fragen verschlingen kann.

Edward Grey und sein Tchinovnik

Von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Ferdinand Tönnies

Als im Dezember 1905 das liberale Kabinett des Vereinigten Königreichs gebildet wurde, von dessen Häuptern mehrere zuvor als Pro-Boers der allgemeinen Schmähung ausgesetzt waren — als im folgenden Monat die Neuwahlen diesem Kabinett eine unerhörte Mehrheit gaben — da wurde unter den entschiedensten intellektuellen Vertretern des Liberalismus, ungeachtet aller Freude über den Triumph ihrer Sache, ein Mißbehagen laut ob der Heranziehung von „liberalen Imperialisten" in die Regierung, wenn man es auch pries, daß wenigstens nicht deren stärkste Größe, der als Rothschild-Eidam reich und einflußreich gewordene Lord Rosebery, abermals an die Spitze der „Administration" berufen war. Am meisten Anstoß nahm man daran, daß zur Leitung des Auswärtigen Amtes (Foreign Office) Sir Edward Grey ausersehen war; den man wohl nicht umgehen konnte, weil er einer der Vornehmsten in der Partei war, deren vornehme Vertreter zumeist von ihr abgerückt und zu Anhängseln der Tories geworden waren — und, weil er in dem letzten liberalen Kabinett das Amt eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt bekleidet hatte. Freilich: er war auch ein persönlich hochgeschätzter, liebenswürdiger und recht intelligenter Mann. Niemand hielt seinen Imperialismus für „aggressiv", also für unmittelbar gefährlich. Nein, man glaubte seinen in Wahlreden und sonst gegebenen Versicherungen, daß er immer für Erhaltung des Weltfriedens streben werde. Daraufhin hatte ja der ausgesprochen pazifistische Sir Henry Campbell-Bannermann es gewagt, ihm jenes verantwortungsvolle Amt anzuvertrauen. Nein: das Bedenkliche und Gefährliche war dies: man wußte, daß das ganze Personal des Auswärtigen Amtes, daß die ausländischen Vertretungen, mit wenigen Ausnahmen, in deutsch-feindlichem Sinne wirkten — und daß Sir Edward Grey nicht der Mann war, ihnen in kraftvoller und erfolgsicherer Weise entgegenzutreten; er, der englische Gentlemen alten Schlages, dem Landleben und dem Angelsport leidenschaftlich ergeben, der nicht einmal die sonst so lebhafte Reiselust seiner Landsleute teilte; wenn auch der normale Engländer nicht mehr von andern Ländern kennen lernt, als daß er ihre Sehenswürdigkeiten „abmacht" — einen Unterschied macht es doch, ob einer seine Tour durch Europa vollbracht und vielleicht sogar in fremden Hauptstädten, vielleicht auch in Amerika, in Indien oder sonst im Orient sich getummelt hat, oder ob er, wie Sir Edward, ein wenig menschenscheu dahin gelebt

Digitized by Google

hat und die Politik nur, um einen standesgemäßen Beruf auszuüben, als ererbte Ehrensache einer erlauchten Familie betreibt — was ohne Zweifel auch eine große innere Unabhängigkeit verbürgt und manche Eigenschaften aufwiegt, die sonst für hohe Stellungen im Staate erfordert werden — manche, aber nicht alle; auch paßten Persönlichkeiten dieser Art besser zum vergangenen als zum heutigen Stile des Staatsmanntums, der notgedrungen dem Zeitalter des Weltverkehrs sich anpassen muß. —

Einen Wortführer hatten die radikalen Gegner Sir Edwards an jenem W. T. Stead, der innerhalb der Großmacht Presse eine Macht für sich darstellte, eine um so stärkere, da man wußte, daß er niemandem untertan war und zu sein nötig hatte, ein redlicher Idealist, den die Höhergebildeten wohl als einen „Narren auf seine eigene Hand" belächelten, ohne daß aber jemand ihm nachsagen konnte, die Klarheit und Gradheit seines Denkens und seiner Schreibart habe unter seinen Liebhabereien für den Zaren, für Spiritismus und Okkultismus gelitten. Bis zu seinem unglücklichen Ende durch den Untergang der „Titanic" (1912) — er reiste alljährlich nach Europa und manchesmal nach Amerika — hat er ein gewaltiges Ansehn genossen und nahm eine politische Stellung ein, die ihm gestattete, seine Kritik in freieste Weise walten zu lassen; mit den Führern der neuen Regierung, zu deren Sieg er mächtig geholfen hatte, stand er in ununterbrochenem Verkehr. Jeder Dogmatik abgeneigt, war er auch nicht Pazifist „nach der Schnur", sondern er spann immer seinen eigenen Faden. Er hegte große Erwartungen von der zweiten Haager Konferenz (1907), der er natürlich beiwohnte, aber er fand sich bitterlich enttäuscht. Namentlich mißfiel ihm die Rolle, die Großbritannien bei dieser Gelegenheit spielte, er spricht offen aus, daß er sich seines Landes geschämt habe. Dagegen weiß er nicht genug den Takt, die Kühnheit, Liebenswürdigkeit und „Gemütlichkeit" (er bedient sich dieses deutschen Ausdruckes) des deutschen Hauptdelegierten Marschall von Bieberstein zu rühmen; alle deutschen Vertreter, sagt er, zeichneten sich durch solche Eigenschaften aus, die britischen durch keine davon.

In der August-Nummer (1907) seiner „Review of Reviews" schildert er unumwunden den britischen Zusammenbruch im Haag. Nur verspotten kann er den Vorschlag Englands, den Begriff der Bannware und das Recht der Durchsuchung abzuschaffen, während zu gleicher Zeit eine Verschärfung des Seerechts in bezug auf Versorgung feindlicher Kriegsschiffe ins Auge gefaßt war. Sir Edward Grey hatte darauf bestanden, daß Abrüstung auf die Tagesordnung gesetzt würde; Stead hatte ihm in persönlicher Zusammenkunft dringend abgeraten wegen der Aussichtslosigkeit. Was wurde daraus? Nach Steads Ausdruck eine Posse. „Es war notwendig, etwas zu tun, um Sir Edward Greys Gericht zu wahren und das britische Publikum zu täuschen." (S. 137.)

In jedem folgenden seiner Monatshefte kommt Stead darauf zurück. Im Dezember

Digitized by Google

behandelt er die „Verfinsterung" Sir Edward Greys mit einer astronomischen Illustration, in der das Bildnis des Unterstaatssekretärs Sir Charles Hardinge am Antlitz Sir Edwards beschattend vorüberzieht. Es ist eine große Anklage gegen das Bureau, gegen den Tchinovnik, „dessen stumpfsinnige vis inertiae und reaktionäre Tendenzen (in Rußland) auch die stärksten unter den reformierenden Zaren vergebens bekämpft haben." Und so vermöge auch Grey gegen die Bureaukratie des Foreign Office nichts. „Selber ein Ehrenmann vom reinsten Wasser (the soul of honour) hält er für undenkbar, daß gebildete Engländer, geschult in den Überlieferungen einer großen Abteilung des englischen Staates, sich so tief erniedrigen sollten, um die Politik ihres Vorgesetzten aus Beweggründen politischen Parteigeistes oder amtlicher Eifersucht zu bekämpfen. Er hat keine Anlage zur Bemeisterung der Dinge (he is not of a masterful disposition). Seine Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ist bewunderungswürdig, sofern sie nicht gehemmt wird durch seine klägliche Unfähigkeit, das Auswärtige Amt zu beherrschen. Der Tchinovnik ist der Meister in Downing Street (der Stätte des Foreign Office) in allen Angelegenheiten, woran Sir Edward Grey nicht ein starkes persönliches Interesse nimmt, und der Zusammenbruch im Haag ist das Ergebnis." Indem er dann in eingehender Weise die seiner Ansicht nach so verhängnisvolle Tätigkeit des Tchinovnik in der Konferenz darstellt, kommt Stead auch auf die Erledigung der Abrüstungsfrage zurück. Grey habe eine volle und erschöpfende Besprechung gewünscht, weil ohne solche die Konferenz zur Posse und „wir zum Gelächter der Welt" würden. „Wer machte die Konferenz zur Posse? Wer fügte die Tunke der Heuchelei zu dem widerlichen Gericht, das den Vertretern aller Regierungen der Welt vorgesetzt wurde, hinzu?" „Dem Namen nach war es natürlich Sir Edward Grey, in Wirklichkeit war es der Tchinovnik des Foreign Office."

Frage man nach Beweisen? Kurz vor Weihnachten habe er, Stead, mit Sir Edward und mit dem Ministerpräsidenten konferiert; von beiden seien ihm ganz bestimmte Zusicherungen (ihrer friedensfreundlichen Politik) mit besonderem Bezug auf die Propaganda, die er dafür eben ins Werk setzen wollte, gemacht worden. „Da ich die Unmöglichkeit vollauf erkannte, Deutschland zu bewegen, irgendwelchem Antrag auf Abrüstung zuzustimmen, so hatte ich in einem Manifest, das ich bekannt machen wollte, empfohlen, das Verlangen nach einer Erörterung dieses Gegenstandes fallen zu lassen, man solle lieber die Aufmerksamkeit gesammelt auf praktische und erreichbare Dinge richten. Gegen diesen Passus meines Manifestes erhob Sir Edward Grey Einwendungen. Er bat mich, ihn zu streichen, aus dem Grunde, weil er sich fest vorgenommen habe, die Frage der Abrüstung zu pädagogischen Zwecken (for educational purposes) gründlich erörtern zu lassen. Ich warnte ihn, daß er mit seinem Kopf gegen eine Mauer renne. Da ich ihn aber entschlossen fand, so strich ich den Passus und bewährte dadurch meine Ergebenheit gegen einen britischen auswärtigen Minister, der auf so tapfere Weise sich anheischig gemacht hatte, eine verlorene Hoffnung

Digitized by Google

in einer guten Sache zu leiten." Er, Stead, habe dann vier Monate lang in Europa und in Amerika für diese Idee geworben. „Alles schien klar. Aber ich hatte meine Rechnung ohne den Tchinovnik gemacht." Überall habe er gefunden, daß der diplomatische Dienst als schlechter Wärmeleiter sich erwies; von den Absichten Greys und des Kabinetts habe man nirgendwo etwas gewußt oder sich äußerst kühl dazu verhalten. Warum? „Die Antwort ist immer dieselbe. Der diplomatische Dienst ist unter dem Tchinovnik des Auswärtigen Amts und der Tchinovnik hatte keine Sympathie mit der Politik seines Hauptes." Auf seiner Reise in Europa habe er sogar einen englischen Diplomaten gefunden, den er den Tchinovnik des Tchinovniks nennt, dieser habe nur Hohn und Verachtung für die Politik seines Chefs gehabt: man müsse die Rüstungen steigern, Deutschland sei der Feind des Weltfriedens usw. Daraus habe er die Überzeugung gewonnen, daß Sir Edward Grey ein bloßes Gespött für seine Untergebenen sei — ein König von Stroh — so lange er von solchen Werkzeugen abhängig sei, um seine Pläne zur Ausführung zu bringen. Er habe noch vor dem Ende seiner Reise die Überzeugung gewonnen, daß auch der Tchinovnik daheim „durchaus fähig war, Tatsachen zu fälschen, um die Vertreter des Königs im Auslande gegen die Politik der Minister zu beeinflussen". Vertrauensvoll habe er auf die Schlaffheit Sir Edward Greys gerechnet, und wie der Gang der Konferenz gezeigt habe, mit Recht. Es sei eine bittere Folge von Demütigungen für die amtliche britische Politik gewesen, die sich im Haag ergab.

In einem besonderen Abschnitt behandelt der vielgewandte Schriftsteller noch den „Tchinovnik und Deutschland", indem er die staatsmännische und friedliebende Politik des Kaisers rühmt, die schließlich triumphiert habe „über die Hindernisse, welche die Tchinovniks der Annäherung zwischen Deutschland und Großbritannien in den Weg legten". Der Besuch des Kaisers bei seinem Oheim hatte eben stattgefunden. Man habe mit übel verhohlenem Mißvergnügen (with ill-concealed dismay) diesem Besuch entgegengesehen. „Der Tchinovnik in Paris hat, mit der nichtswürdigen Unterstützung seiner Genossen im Foreign Office, offenbar Sir Edward Grey die Überzeugung beigebracht, daß der Besuch des Kaisers die Entente mit Frankreich gefährden werde." Jetzt sehe jeder, wie grundlos die Befürchtungen waren, Grey müsse es einsehen. Folgerichtig wäre gewesen, Sir Francis Bertie, den Botschafter in Paris, abzuberufen. „Dieser Tchinovnik, der wenigstens ein ehrlicher, offener, ausgesprochener Feind ist, mag erträglich gewesen sein, als Frankreich träumte von der Landung englischer Heere auf deutschem Boden" — jetzt sei er schlechterdings am unrichtigen Platze.

In lebhafter Weise tritt dann Stead für Demokratisierung des Auslanddienstes als für eine dringende Notwendigkeit ein.

Bemerkenswert sind diese Äußerungen vorzüglich darum, weil es in diesen Jahren (1900—1912) keinen so gut unterrichteten Zeitungsschriftsteller wie Stead in

Digitized by Google

England gegeben hat. Seine Darstellung des Sachverhaltes hat auch innere Wahrscheinlichkeit genug. Sie stimmt ferner zu der Charakteristik, die er und andere — und neuerdings der ehemalige deutsche Botschafter[1] — von Sir Edward Greys Wesen und Charakter gegeben haben. Er schließt mit einem lebhaften persönlichen Anruf, Sir Edward möge sich zum Herrn im eigenen Hause machen. „Eine das eigene Selbst auslöschende Bescheidenheit, eine schöne Demut sind wundervolle Tugenden im Privatleben. Sie sind nicht am Platze an der Spitze des Foreign Office. Die Aufgabe, die vor ihm liegt, ist schlicht und klar. Der Tchinovnik ist ein guter Diener, aber ein abscheulicher Herr. Möge er (Sir Edward) das Foreign Office vom Dach bis zum Grunde erneuern. Möge er den diplomatischen Dienst reinigen von allen den veralteten Fossilien und reaktionären Überlebseln der Jingo-Epoche. Und vor allem möge das Land und mögen die fremden Nationen verstehen, daß Sir Edward Grey der Meister in seinem eigenen Amte ist und nicht Sir Charles Hardinge. („Review of reviews". 1907. S. 575.)

*

Ohne Zweifel hat Herr Stead etwas tiefer in seine heimischen Angelegenheiten hineingeschaut, als unser schlesischer Fürst, wie englisch er immer sich kleiden mochte, dazu in der Lage war. Lichnowsky sah die Oberfläche und war geblendet. Hätte Stead das Jahr 1914 erlebt, so hätte er in dem Ergebnis die Früchte des Systems erkannt, das er als das des Tchinovnik im britischen Auswärtigen Amt angriff.

Dänemark und Mitteleuropa

Von Fritz Max Cahèn, Kopenhagen

Um die besondere Stellung Dänemarks zu den Problemen der Zeit zu verstehen, muß man sich die Entwicklung vergegenwärtigen, welche die dänische Politik in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Man kann diese Epoche für Dänemark am besten als eine Zeit der Klärung und Politisierung der Weltanschauungen bezeichnen. Seit den sechziger Jahren, die durch ihren unglücklichen militärischen Ausklang Dänemark sein nationales Problem und den Inhalt seiner Mißstimmung gegen Preußen gaben, ist Dänemark, wie denn kulturelle Strömungen und Kauffahrteischiffe oft genug nach demselben Kompaß segeln, in ein immer stärkeres kommerzielles und kulturelles Verhältnis zu den Westmächten vor allem zu England getreten.

Diese Beziehungen haben bis zu einem gewissen Grad die geistigen Bande, die vordem zwischen Dänemark und Deutschland bestanden, überschritten und in Vergessenheit gebracht.

[1] Mit Recht ist auf die Ironie hingewiesen worden, mit der im Anfange des Krieges Bernard Shaw die beiden Herren und ihr Verhältnis zu einander beleuchtete (in dem von mir zuerst deutsch herausgegebenen Aufsatz: „The last spring of the old lion", vergl. die Prager Monatsschrift „Deutsche Arbeit", März 1915.

Digitized by Google

Im Beginn des 19. Jahrhunderts und bis zu den sechziger Jahren hinauf ist die geistige Korrespondenz zwischen Dänemark und Deutschland eine überaus rege und bedeutsame gewesen. Der Philosoph und Literarkritiker Steffens, der 1802 von einem längeren Studienaufenthalt in Deutschland zurückkehrte, brachte von dort die Theorien der deutschen Romantik mit sich. Öhlenschläger, die Quelle aller dänischen Literatur in den nächsten Jahrzehnten, war Steffens' eifriger Nachfolger. Der spätere nationaldemokratische Bischof Grundtvig, den man den Begründer der dänischen Bauernkultur nennen kann, und der eine revolutionierende Riesenrolle als kirchenpolitischer Reformator, Dichter und Historiker spielte, ist gelehriger Hörer in seinen Vorlesungen.

Auch in der Philosophie läßt sich der deutsch-romantische Einfluß feststellen. Die beiden Brüder Orsted sind ihm unterworfen. Christian Orsteds epochemachende Entdeckung der Verwandtschaft zwischen Elektrizität und Magnetismus verdankt ihre Formulierung der romantischen Idee des Zusammenhanges zwischen den Naturkräften. Anders Sandö Orsted erklärte ganz im romantischen Geist, jede Individualität enthalte eine Unendlichkeit. Und auch F. C. Sibberen, der Verfasser einer psychischen Pathologie, stand auf deutsch-romantischem Boden.

Die für Dänemark unglücklichen Ereignisse der sechziger Jahre brachten nun eine ganze Reihe neuer geistiger Faktoren auf den Schauplatz. Sie brachten einerseits, erneut vor allem seit den achtziger Jahren, die konservative und nationalliberale Militäragitation, in deren Hintergrund trotz des äußeren Mantels als einer Militärpolitik zur Bewahrung der Neutralität stets die nordschleswigsche Frage stand, wie sie sich seit 1864 entwickelt hatte. Andererseits brachten sie unter dem Einfluß des neuen westlichen Materialismus die Aktivierung der städtischen Intelligenz, die Agitation für die radikale Demokratie. An der Spitze der letzten Bewegung standen u. a. die beiden Brüder Edvard und Georg Brandes.

Dieser dänische Radikalismus vermengt eine Reihe individuell-anarchistischer Züge mit den eigentlich sozialen und ökonomischen, kurzum politisch breiteren Problemen. Georg Brandes, der Freund der naturalistischen Dichter, versucht die Trockenheit der materialistisch-naturalistischen Epoche durch die politische Beziehung ihren sittlichen Tiefblick zu geben. Die Universitätstribüne wird zur moralischen Anstalt. Der Dichter zum sozialen Reformer. Es ist nicht die Tendenz, die in der Dichtung angestrebt wird, das gesellschaftliche und politische Gefühl setzt vielmehr die dichterische Gestaltungskraft in Bewegung. Die Elemente dieses Gefühls aber entstammen Erscheinungen des westlichen Geistes, der mit der wirtschaftlichen Neigung den Weg nach Dänemark fand. Sie sind aus der Sphäre Auguste Comtes, Stuart Mills, Darwins usw. geboren.

Als weiteres Element in der Umlegung des dänischen Geistes ist die Ankunft und Entwicklung des Sozialismus einzustellen. In den fünfziger Jahren war ein erster Versuch des begabten Arztes und Publizisten Fr. Dreier, die sozialdemokratischen Ideen aus Deutschland nach Dänemark einzuführen, an dem frühen Tode Dreiers geschei-

Digitized by Google

tert. In den siebziger Jahren, etwa gleichzeitig mit dem Beginn der Brandesschen Agitation, nahm dann der Postangestellte Louis Pio die Sache des Marxismus wieder auf. Es kam damals zu jener niedlichen kleinen Revolution in der dänischen Geschichte, in der sich Soldaten und Bürger mit Steinen warfen, und wo die Menge den Husarenpferden Schnupftabak in die Nüstern blies. Nach mancherlei Gefährdungen kam die Sache des Sozialismus zu Beginn der achtziger Jahre dann in den richtigen Schwung und 1885 wurden die ersten beiden sozialdemokratischen Repräsentanten in das Folketing gesandt.

Aus diesen Strömungen, denen zunächst einmal weniger als in anderen Ländern — zumal in der gleichen geschichtlichen Periode — die Interessen zum parteibildenden Bindemittel wurden, die vielmehr ein Politischwerden von Lebensanschauungen darstellen, formt sich dann das Schicksal Dänemarks bis zum Weltkrieg. Langsam nur, vor allem aus dem ewigen Sichtrennen und Komplizieren der bürgerlichen und bäuerlichen Linksorganisationen erkennbar, entstehen parteipolitische geschlossene Interessengruppen: Arbeiter, Landwirtschaft (recht scharf geschieden in große und kleine Landwirtschaft), städtischer Mittelstand, Industrie und Reeder, Großhandel und Beamte. Kurzum die Aufteilung des Parlaments in Fraktionen, denen außer dem ideellen ein klar innerwirtschaftlicher Boden gegeben ist.

Das alles unter einer ständigen geistigen Debatte, die schließlich — gestützt von der größten Interessengruppe, der Sozialdemokratie — die eigentlich geistige Partei, nämlich die radikal-demokratische Linke zur Durchführung einer demokratischen Verfassung ans Ruder bringt.

In dieser Zeit der innerpolitischen Klärung konnte von einer sachlich bewußten äußeren Politik natürlich keine Rede sein. Von Ansätzen zu außenpolitischen Versuchen in den Jahren des deutsch-österreichischen und des deutsch-französischen Krieges kann man in diesem Zusammenhang absehen. Ebenso wie die spätere Bedeutung Kopenhagens für das Zustandekommen der Entente nicht als dänische Politik bezeichnet werden kann, sondern auf die persönlichen Beziehungen, Wünsche und Fähigkeiten der damaligen Königin zurückzuführen ist. Es stießen sich vielmehr auch hier in erster Linie die begrifflichen politisch-moralischen Gegensätze. In den Händen der Rechtsparteien war vor allem die Frage der nationalen Verteidigung das A und O der äußeren Politik und gleichzeitig als Vordergrund zu nationalen antipreußischen Regungen ein auf den ersten Blick vorzügliches Instrument für die innerpolitische Agitation. Die Gegenseite baute auf die ästhetischen und Humanitätsprinzipien einerseits und auf den aufkommenden Internationalismus der sozialistischen Agitation andererseits ihre äußere Politik. In der radikalen Demokratie trafen sich rein pazifistische Gedankengänge, wie sie sich vor allen in dem heutigen Kriegsminister Dänemarks, P. Munch, aussprachen, mit einer klaren Erkenntnis für die Begrenzungen in der Leistungsfähigkeit des Landes, wie sie bei dem mehr volkstümlichen Führer der Bewegung, V. Horup, zu Worte kam.

Digitized by Google

Zu einer eingehenden Einbeziehung der wirtschaftlichen Fragen in die Debatte war gar kein Grund vorhanden, solange der westlich — englische — Markt unverändert offenstand und die Aufrechterhaltung der zollpolitischen Landwirtschaftsgrenzen durch Preußen-Deutschland eine Umlegung dieses Handelsweges gar nicht einmal möglich erscheinen ließ. Die übrigen etwa exportfähigen Erwerbszweige waren in einer recht langsamen Entwicklung begriffen und haben erst verhältnismäßig spät begonnen, eine positive Rolle in den Überlegungen dänischer Politiker zu spielen. Dazu kommt die in diesen Jahrzehnten vollkommen zerrissene skandinavische Wirtschaftsfront, die Schweden-Norwegen, zumal nach der Unionstrennung, zunächst als ohne größere Bedeutung für das dänische Wirtschaftsleben erscheinen ließ.

Der Ausbruch des Krieges mußte also hierin eine vollkommene Umwandlung der Stellung bedeuten und wie auch in anderen Ländern die innere Politik zugunsten der äußeren in den Hintergrund rücken. Zunächst war Dänemark handelspolitisch nur vor die Anforderungen der Neutralität und so vor den Zwang zur Planmäßigkeit gestellt. Später mit dem Einsetzen des englischen Wirtschaftskrieges und seiner ständigen Verschärfung spitzte sich diese Aufgabe in einer ganz neuen Richtung zu. Ein hervorragender dänischer Politiker äußerte bereits im Dezember 1916 mir gegenüber, durch die Verschärfung des Handelskrieges gewänne England bei der dänischen Bevölkerung nichts, im Gegenteil: „Ich glaube sagen zu dürfen, daß mancher in Skandinavien, dessen Augen früher nur nach Westen gerichtet waren, seine Blicke heute nach Süden gewendet hat." (Die ganze Unterredung wurde seinerzeit in der „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht.) Und als dann der Beginn des uneingeschränkten U-Bootskrieges die Seeherrschaft Englands Dänemark gegenüber in ein neues Licht stellte, brachte das antideutsche Kopenhagener Hetzblatt „Kobenhavn" in einem Artikel, der das Thema Skandinavien, Mitteleuropa und der Tauchbootkrieg behandelte, interessante Auslassungen, in denen es unter anderem hieß: „Wir Dänen haben in diesen Tagen Anlaß, uns mit dem geographischen, ökonomischen, politischen und militärischen Begriff Mitteleuropa vertraut zu machen. Unsere Neutralität hat während des ersten Abschnittes des Krieges uns sozusagen schwebend zwischen West- und Mitteleuropa gehalten, aber jetzt ist diese Zeit vorbei Wir lieben weder die Tauchboote, noch Mitteleuropa. Oder haben wir vielleicht begonnen, bessere Gedanken darüber zu bekommen? Es ist möglich, Macht wirbt selten vergebens, und je härter sie auf den Tisch schlägt, desto unwiderstehlicher finden sie manche, und natürlich, wenn Mitteleuropa und die Tauchboote dabei sind, das Schicksal der Welt zu entscheiden, kann uns keiner daraus einen Vorwurf machen, daß sie auch das unsere entscheiden."

Die Entwicklung der handelspolitischen Weltsituation hat die Bedeutung Mitteleuropas für Dänemark immer stärker klargelegt. In demselben Maße, in dem die Zufuhren von England, späterhin auch von Amerika eingestellt wurden, vergrößerte

Digitized by Google

sich die Bedeutung der mitteleuropäischen Zufuhrquellen. Und die seit Beginn des Krieges veränderte Stellung in bezug auf die preußisch-deutschen Landwirtschaftszollgrenzen ermöglichte von vornherein das Abschwenken eines Teils des dänischen Produktionsüberschusses nach dem Süden.

Als ein neues Element für das wirtschaftspolitische Erwachen Dänemarks während des Krieges muß auch die Entwicklung der Industrie angesehen werden. Der Krieg bedeutete für sie eine Hochkonjunktur zum Export spezialindustrieller Erzeugnisse nach Rußland und eine planmäßig geleitete englisch-russische Propaganda in der skandinavischen Presse und durch besondere Organe für die Konsolidierung der dänisch-russischen Beziehungen, und die etwaige Umformung Dänemarks zu einem Umschlagsplatz für den englisch-amerikanisch-russischen Handelsverkehr konnte sogar eine geraume Zeit nicht unbedeutende Kreise über die Aussichten des Machtverhältnisses in der Ostsee hinwegtäuschen. Diese Regungen schwanden mehr und mehr mit der zunehmenden Erkenntnis der Wichtigkeit der deutschen Rohstoffzufuhren und der Entwicklung im Osten.

Die Industrie spielte auch eine bedeutende Rolle in den Überlegungen, die sich mit der Bedeutung eines kommenden englischen kolonialen Landwirtschaftsprotektionismus für die Entwicklung der dänischen Landwirtschaft nach dem Kriege befaßten Man wollte vielfach in dem Ausbau der Industrie eine Umlegung des dänischen Wirtschaftslebens propagieren, durch die einer Neuorientierung des dänischen Landwirtschaftsexportes nach Süden hin und einer als daraus sicher erfolgend an die Wand gemalten politischen Abhängigkeit von dem mitteleuropäischen Komplex vorgebeugt werden sollte.

Wie aus zahlreichen Kundgebungen der letzten Zeit zu ersehen ist, hat aber der Gedanke, als könne sich eine dänische Industrieentwicklung, selbst in Anlehnung an einen intensiven skandinavischen Warenaustausch (über den noch weiter unten zu sprechen sein wird) im Gegensatz zu Mitteleuropa durchsetzen, nicht entscheidend Wurzel gefaßt. Mitteleuropa präsentiert sich dem Dänen als die Möglichkeit eines ungeheuren wirtschaftlichen Konzerns mit Tendenzen zu einer umfassenden Zentralisierung der Produktion. Dem Syndikatgedanken wird hierbei eine nicht unbedeutende Rolle zuerteilt.

Aber diese Erkenntnis verleitet ebensowenig zu dem andern Extrem: einem eventuellen Aufgeben der Industrie zur Erleichterung des Landwirtschaftsexportes nach Süden. Die Industrie hatte bereits 1913 nach wenigjähriger Entwicklung einen Export von 75 Millionen Kronen erreicht — ungefähr der gleiche Wert, den der dänische Landwirtschaftsexport 1870 hatte — und hat schon dadurch eine Lebensfähigkeit gezeigt, die man nicht übersehen kann. Sie hat daher unter der Einwirkung der englisch-amerikanischen Blockade neben den deutschen Zufuhren ihr Augenmerk auf den skandinavischen Warenaustausch gelenkt, dessen Resultate sie jedoch nie weder von der

Digitized by Google

Notwendigkeit anderer Zufuhren, noch auch anderer Märkte über die skandinavischen hinaus frei machen kann.

Es ist bemerkenswert, daß man hier in der letzten Zeit trotz der Veränderung in der Lage Rußlands, Finnlands und der Ostseefrage, den Gedanken an östliche und südöstliche (orientalische) Märkte und auch an östliche und südliche Zufuhren nicht aufgegeben hat, aber, da trotz der deutschen Erfolge im Osten, die eine Aushungerung Deutschlands unmöglich machen, die Schwierigkeiten für die Zufuhren nach Dänemark auf dem traditionellen Wege nicht abgenommen haben, natürlich vielfach in einer anderen Form, als die, von der man noch vor einem Jahr in englisch-russischen Propaganda-Artikeln lesen konnte.

Der Gedanke an Konstantinopel als Mittelpunkt des zukünftigen Welthandels taucht auf und wird in den Zeitschriften behandelt. Und die Idee eines, wenn man so sagen darf, skandinavischen Konzerns neben dem mitteleuropäischen wird in Vorträgen und Zeitungsartikeln erörtert.

Diese Regungen tragen auf ihrer Stirn wenigstens nicht mehr das Zeichen des mehr oder weniger versteckten antideutschen Hasses äußerer dänischer Politik, wie er nach der innerpolitischen Debatte der letzten Jahrzehnte als gerade bei den import- und exportinteressierten Kreisen als unauslöschlich zu erwarten war. (Obwohl man sich absolut darüber im klaren sein muß, daß kein Däne, gleichgültig welchen Kreisen er angehört, viel weniger noch als den militärischen Mißerfolg der sechziger Jahre die Politik preußischer Landräte in Nordschleswig vergessen kann, deren gründliche Beseitigung als erste Bedingung für ein erträgliches Verhältnis zu Dänemark angesehen werden muß.) Es fehlt ihnen jedoch leider noch in genügendem Maß die Erkenntnis dafür, daß ein Wirtschaftskomplex, wie es etwa der mitteleuropäische oder auch nur der deutsche ist, kein Interesse an abhängigen oder irgendwie geschwächten Staatswesen an seiner Peripherie haben kann, daß also das Nebeneinander eines deutsch-mitteleuropäischen und dänisch-skandinavischen Wirtschaftsgebietes weder eine Frage der Konkurrenz noch eine solche der Unterwerfung und Abhängigkeit sein, sondern lediglich aus wohlwollender Verständigung gespeist werden darf.

Gerade aus dieser Erkenntnis heraus sind die eingangs gemachten Bemerkungen zu verstehen. Wohlwollendes Einvernehmen wird nur dann zur Unmöglichkeit, wenn sich ihm unüberwindliche Kulturgegensätze entgegenstellen. Dieser Fall liegt bei Deutschland-Mitteleuropa und Dänemark-Skandinavien nicht vor. Ganz abgesehen von dem alten Kulturweg, der von Deutschland nach Dänemark in beider Länder romantischer Periode bestanden hat, und auf dem keines der beiden Länder das einseitig empfangende oder gebende gewesen ist, lebt sicherlich auch in vielen geistigen dänischen Kreisen ein Gefühl dafür, von welcher Bedeutung Mitteleuropa, vor allem das deutschsprechende, und die dänisch-skandinavische Literatur der letzten Jahrzehnte einander waren.

Digitized by Google

Das wohlwollende wirtschaftliche Nebeneinander, das die Kriegssituation zwischen dem dänisch-skandinavischen und dem deutsch-mitteleuropäischen Kreis geschaffen hat, und das für Dänemark im eigentlichsten Verstand ein Wiedererwachen zu einer bewußt geführten äußeren Politik bedeutet, dürfte also durch ein geistiges Einander-Nichtverstehenkönnen für die Zukunft keineswegs gefährdet sein.

Die deutschen Südseekolonien

Zur Denkschrift der Südseefirmen an den Reichstag

Von Admiral, Gouverneur a. D. von Truppel

Die Vereinigung der Südseefirmen in Hamburg, Berlin, Bremen hat kürzlich eine Denkschrift über „den hohen Wert der deutschen Südsee für unsere Volkswirtschaft" an den Reichstag gerichtet, die mit der Bitte schließt, der Reichstag wolle mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die unverkürzte Erhaltung der deutschen Südsee-Schutzgebiete eintreten. Es sind angesehene Namen aus der kaufmännischen Welt, die sich in der Denkschrift zum Worte gemeldet haben. Ihr Wort fällt ins Gewicht, zumal der Mahnruf aus den Hansastädten kommt, die unter dem Kriege mit seiner Absperrung von der Außenwelt am allerhärtesten zu leiden haben, aber nicht klagen, sondern die Zähne aufeinanderbeißen und neue Energien sammeln. Die vereinigten Südseefirmen sprechen zugleich für die große Zahl der kleinen Pflanzer, die in Deutschland keine Vertretung haben und sich der in der Kriegsnot entstandenen Vereinigung mangels Verbindung mit der Heimat nicht mehr anschließen konnten. Das von diesen kleineren Pflanzungen angelegte Kapital beträgt nach einer amtlichen Aufstellung des Reichskolonialamts zirka 70 Millionen Mark gegenüber 32 Millionen Mark der Vereinigung. Es beleuchtet das die erfreuliche Tatsache, daß in der Südsee auch der Kleinpflanzungsbetrieb besonders lohnend ist und dem kleineren Kapitalisten die Möglichkeit zur Selbständigmachung gibt.

Aus dem Umstand, daß sich die Denkschrift an den Reichstag wendet, darf nicht gefolgert werden, daß sie eine Spitze gegen die Regierung enthalten soll, von der im Gegenteil gleich im Anfangssatz gesagt wird, daß sie „das koloniale Programm klar und deutlich dahin zusammengefaßt habe, daß wir unseren in die Hand des Feindes gefallenen Kolonialbesitz wiederhaben wollen". Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes hat in der Tat mit dankenswerter Entschiedenheit wiederholt öffentlich erklärt, daß allen Zukunftsplänen für unsere Kolonien, auch der „Neuaufteilung Afrikas", wie die Formel jetzt heißt, als erster und oberster Grundsatz immer die Wiedererlangung aller unserer Kolonien, auch der Südsee, voranstünde. Meines Erachtens der einzig mögliche und richtige Standpunkt, den unsere Regierung einnehmen kann, aber auch ein Standpunkt, den sich das gesamte deutsche Volk im Hinblick auf die durch den Krieg grell beleuchteten

Digitized by Google

Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches zu eigen machen muß. Zur Unversehrtheit des Reiches, in der es aus dem Kriege hervorgehen soll und wird, gehören auch unsere Kolonien, in denen soviel deutsches Blut und deutscher Schweiß geflossen ist.

Als unmittelbarer Anlaß zur Denkschrift wird von den Verfassern „das Lautwerden von Stimmen angegeben, die unter Verkennung des Wertes der Südsee für die Preisgabe dieser Kolonien eintreten, um sie als Kompensationsobjekt für Gebietserwerbungen in Europa oder zur Schaffung eines abgerundeten Kolonialreiches in Afrika zu benutzen". Abgesehen davon, daß der Tauschhandel mit Kolonien eigentlich einer überwundenen Kolonialperiode angehört, beabsichtigen wir nach den wiederholten Erklärungen unserer Reichsleitung überhaupt keine Gebietseroberungen in Europa, jedenfalls keine, für die eine Preisgabe irgendwelcher Kolonien in Betracht käme. Von dem durch jene „lautgewordenen Stimmen" angeregten Tauschhandel bleibt also nichts übrig als die unseren Feinden willkommene Feststellung, daß es bei uns Leute und Einflüsse gibt, die verhältnismäßig leicht für einen Verzicht auf die deutsche Südsee zu haben sein würden. Solche schädliche Folgeerscheinung sollte grundsätzlich von unzeitgemäßen Tauschvorschlägen — das gilt auch für die Eintauschung eines Mittelafrika — abhalten. Man riskiert dabei leicht das eigene Tauschobjekt, ohne das des Gegners zu gewinnen. Übrigens spricht sich die Denkschrift in keiner Weise gegen den Gedanken eines abgerundeten Kolonialbesitzes in Afrika aus, hebt nicht einmal diejenigen Punkte hervor, wo es augenfällig ist, daß zum mindesten für die erste Zeit der Rohstoffnot nach dem Kriege die wieder in Betrieb genommenen alten Kolonien, besonders auch die Südsee, uns sehr bald willkommene Erleichterung schaffen können (Öl, Fett, Futtermittel, Phosphate, Kautschuk, Kakao usw.), während Neuerwerbungen von Kolonien zunächst nur Belastungen bedeuten und ein Wechsel auf lange Sicht sind. Es sei hier ferner erwähnt, daß es ebenso falsch ist, wenn einzelne Anhänger des Mitteleuropa-Gedankens immer noch meinen, daß dieses uns die Kolonien mehr oder weniger entbehrlich machen könne. Man lese darüber einmal Friedrich Naumann „Mitteleuropa", der (S. 182) wörtlich sagt: „Wir dürfen uns um keinen Preis der kolonialen Tätigkeit berauben lassen und müssen, wenn es unvermeidlich ist, in Europa Konzessionen an okkupiertem Lande machen, um nicht aufzuhören, ein Kolonialvolk zu sein." Mitteleuropäische und Kolonialpolitik sind eben zwei verschiedene, gleichberechtigte, aber inkommensurable Größen, ungleich benannte Zahlen, die man nicht ohne weiteres gegen einander aufrechnen kann.

Die Denkschrift selbst, kurz und ohne rednerisches Beiwerk, gibt im ersten Teil, wirtschaftliche Verhältnisse, mit kaufmännischer Nüchternheit einen Überblick über die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge und über die weiteren Entwickelungsmöglichkeiten. Der zweite Teil, politische Gesichtspunkte, ist geradezu stiefmütterlich auf eine Seite zusammengedrängt, sei es, daß die Verfasser sich allzubescheidenerweise auf diesem

Digitized by Google

Gebiet nicht als zuständig erachteten oder daß sie sich im Hinblick auf Wirkungen im Auslande Zurückhaltung auferlegten.

Aus dem wirtschaftlichen Teil sei hier der Schluß hervorgehoben, wonach es sich bei den Südseekolonien schon vor dem Kriege um einen Gesamtwert der Unternehmungen von 400 (genauer 450) Millionen Mark handelte. Dabei sind, da diese Aufstellung lediglich nach den amtlichen Grundsätzen für Kriegsentschädigungen erfolgte, die gewaltigen Werte der Bodenschätze, Gerechtsame auf Fischerei, Nutzholzabforstung, Mineralienabbau nicht berücksichtigt, ebensowenig die mit jedem Jahre steigende Ergiebigkeit der Pflanzungen[1]. Seit 1909 erhielt das sogenannte Inselgebiet keinen Reichszuschuß mehr, und für Kaiser Wilhelmsland ist ebenfalls begründete Aussicht auf baldige Selbsterhaltung. Selbst wenn der Krieg dieses erfreuliche Bild getrübt haben mag, haben wir es hier doch mit einem Kolonialgebiet zu tun, das alsbald nach Wiederhissen der deutschen Flagge in vollem Betrieb sein und steigende Erträge zur Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft liefern wird. Von den mannigfachen Produkten aus Pflanzen-, Tier- und Erdreich sei hier nur auf die Kopra und die Phosphate hingewiesen. Schon allein diese beiden Produkte — die Kopra als Ölrohstoff gleich wichtig für unsere Volksernährung (Kunstbutter), für unsere Industrie (Fett) und für unsere Viehzucht (Ölkuchen), die Phosphate als hervorragendes Düngemittel unentbehrlich für unsere Landwirtschaft — machen die Südsee zu einer unserer wertvollsten Lieferantin uns fehlender Rohstoffe. Ihre Ausfuhr an Ölrohstoffen war 1914 ebenso groß wie die von Ostafrika und Kamerun zusammen und doppelt so groß wie die von Togo; die Phosphatlager der deutschen Südsee gelten als die mächtigsten und besten der ganzen Erde.

Der politische Teil hebt als Leitsätze hervor, daß durch Zurückziehen der deutschen Flagge aus dem Stillen Ozean „die deutsche weltpolitische Betätigung eine nicht wieder gut zu machende Einschränkung erfahren würde, und daß durch den Verzicht auf die bisherigen Betätigungsgebiete auf der anderen Seite der Erde der deutschen Volkswirtschaft unabsehbarer Schaden zugefügt würde." Es trifft dies durchaus zu. Der politische Rückzug aus der Südsee würde unseren Handel und unsere Schiffahrt nicht nur aus der Südsee selbst verjagen oder ihm doch unerträgliche Schwierigkeiten bereiten, er würde auch im Indischen und im ganzen Stillen Ozean, ja bis nach China und Japan zu spüren sein. Der Verlust an Ansehen bei den Eingeborenen würde auch unsere kulturelle Weiterarbeit in den Randländern und Inseln dieser Ozeane lähmen, die außereuropäische Weltmission Deutschlands wäre auf den Wettbewerb in Afrika und allenfalls Kleinasien zurückgedrängt und würde sich nicht leicht wieder

[1] Eine in der Novembernummer des „Tropenpflanzer" aufgestellte Berechnung unter Berücksichtigung jener Werte gibt den Gesamtwert von Neu-Guinea und Samoa auf 1391,8 Millionen Mark an (gegenüber 1609,4 Millionen Mark für Südwestafrika), und schätzt den Südseebergbau (Phosphate) mit 1125 Millionen Mark fast ebenso hoch ein wie den Bergbau Südafrikas mit seinem Diamantenvorkommen (1200 Millionen Mark).

Digitized by Google

Bahn brechen können nach der anderen Erdhälfte. Denn über Besitz von Kolonien oder Vorrechte auf Kolonisationsgebiete wird durch den kommenden Frieden wohl eine für weite Zukunft grundlegende Entscheidung erfolgen; all die bisherigen Objekte der Kolonialpolitik werden allmählich zu Subjekten mit Selbstbestimmungsbestrebungen heranreifen, die dauernd dahin gerichtet sein werden, von wo sie ihre materielle und kulturelle Entwicklung, vor allem auch ihre Kulturverkehrssprache, bezogen haben.

Das von den Südsee-Verzichtlern am häufigsten angeführte Moment der Verteidigungsschwierigkeit so weit entfernter Kolonien wird in der Denkschrift unter Berufung auf die zutreffenden Ausführungen des Admirals von Grapow in seiner lesenswerten Schrift „Die deutsche Flagge im Stillen Ozean" nur gestreift. Da es unter den heutigen Verhältnissen zur Wiedererlangung der Südseebesitzungen aus Feindes Gewalt nicht angebracht erscheint, diese militärischen Sonderfragen hervorzuheben und öffentlich zu erörtern, sei von mir nur auf einige allgemeine Gesichtspunkte hingewiesen: Die eigentliche Kolonisation, zu der wir als Weltvolk berufen sind, verfolgt in erster Linie wirtschaftliche und kulturelle Ziele, deren volle Auswirkung an friedliche Zeiten als normale Grundlage geknüpft ist. Diese koloniale Betätigung ist unter Umständen auch dann anstrebenswert und lohnend, ja zwingend, wenn in einem Kriege ein politisches oder militärisches Risiko damit verbunden sein kann, das ja ohnedies wechselt mit dem bunten Wechsel politischer Szenerie. Weise Politik des Mutterlandes kann oft den Kolonien besseren Schutz gewähren als örtliche militärische Vorbedingungen. In dieser positiven Deutung ist das Napoleonische, auch von Bismarck übernommene Schlagwort, daß das Schicksal der Kolonien in der Heimat entschieden werde, jedenfalls zutreffender als in der negativen Anwendung, daß man gar nichts für ihre Verteidigung vorzubereiten brauche. Und zu der als Gegensatz zur Südsee häufig betonten leichten Verteidigungsfähigkeit eines großen Mittelafrika sei bemerkt: die Größe allein tut's nicht, sondern die militärische und politische Vorbereitung, so mit und bei der Größe ist. Kamerun, Südwest- und Ostafrika wären an sich groß genug gewesen, um für eine längere Verteidigung Rückzugsraum zu bieten; aber es war meist „leerer Raum", und das wäre kaum anders gewesen, wenn wir 1914 schon das erstrebte Mittelafrika gehabt hätten. Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß es unter Umständen geringere Schwierigkeiten beim Friedensschluß haben kann, unsere Südseekolonien wieder zu erhalten als neue Erwerbungen in Afrika. Schon diese Möglichkeit sollte davon abhalten, mit solchen Verzichtgedanken in der Südsee zu spielen. Auch die Zersplitterung unseres Kolonialbesitzes kann nicht ohne weiteres als ein Grund gegen das Festhalten an sich wertvoller Splitter anerkannt werden. Sie war unvermeidliche Nebenerscheinung einer natürlichen praktischen Entwicklung, für die kein anderer als Bismarck bereits 1880, als ihm bald nach Ablehnung der Samoavorlage Adolf von Hansemann auf die Kolonisation Neu-Guineas gerichtete Pläne vorlegte, als Richtschnur aufgestellt hat: erst soll

Digitized by Google

der Kaufmann deutsche Interessen schaffen, dann folgt der Reichsschutz. Der Kaufmann und sonstige praktische Kolonialpionier ging aber naturgemäß dahin, wo etwas zu holen war, und große Auswahl hatten diese Männer der Tat nicht mehr. Hätte man damals die Auswahl durch theoretische Zukunftsprogramme vom Diplomatenschreibtisch oder vom Katheder noch eingeschränkt, so wäre wohl überhaupt nichts herausgekommen, auch in Afrika nicht; besser schon: im Anfang war die Tat! Nur darf uns jetzt nicht gruselig werden vor dem Wagemut unserer ersten Kolonialpioniere und des ersten Reichskanzlers.

Es wäre vielleicht angebracht, wenn die Denkschrift noch durch einen dritten, einen geschichtlichen Teil ergänzt würde. Denn erstens sind unsere Südseekolonien bei uns weniger bekannt als die afrikanischen und viel weniger als sie es verdienen. Es lag in der Entfernung, an der langwierigen Verbindung und Nachrichtenübermittelung, worin erst die sibirische Bahn, später der Norddeutsche Lloyd und die Funkspruchstelle Besserung gebracht haben; ferner an der langjährigen Verwaltungsform als Privatunternehmung mit kaiserlichem Schutzbrief und an dem damit zusammenhängenden Umstande, daß nur ein kleiner Kreis von Männern und Firmen ohne Beteiligung der breiten Massen die bedeutenden Mittel zur Erschließung des Gebietes und Gründung der ersten Unternehmungen aufbrachte; endlich daran, daß große Heimsuchungen fehlten wie die Araber- und Herero-Aufstände in Ost- und Südwestafrika, die dem deutschen Volke große Opfer auferlegten, ihm aber gleichzeitig diese Kolonien näher brachten. — Zweitens bietet gerade die Entwickelung der deutschen Südseekolonien von ihren ersten Anfängen an, schon ehe es eine deutsche Kolonialpolitik, ja ehe es ein Deutsches Reich gab, ein wunderbares Bild von der Tatkraft, dem zähen Wagemut und der großzügigen Opferbereitschaft des auf sich selbst stehenden deutschen Kaufmannes, von dem ihm innewohnenden Hansageiste, der uns zu überseeischer und kolonialer Betätigung befähigt und damit auch berechtigt, ja verpflichtet. Ich erinnere nur an die Glanznamen Godeffroy, der schon 1857 in Samoa festen Fuß gefaßt hatte und bereits 1862 unter hamburgischer Flagge 29 große Segelschiffe und 100 kleinere Fahrzeuge in seinem einzigartigen Handelsunternehmen im Pacific fahren ließ. Ich erinnere an die Brüder Hernsheim, deren einer als Kapitän seines eigenen Schiffes 1874 zuerst nach der Südsee kam, und die den Bismarck-Archipel, die Marshall-Inseln und Karolinen zum Feld ihrer erfolgreichen Tätigkeit machten. Ich erinnere an Adolf von Hansemann, der es mit einem ganz kleinen Kreise weitblickender, patriotischer Männer unternahm, zunächst das Ende der 70er Jahre in Zahlungsschwierigkeiten geratene Godeffroy-Unternehmen für Deutschland zu retten und daran auch festhielt nach der berüchtigten Ablehnung der Samoa-Vorlage im Deutschen Reichstage von 1880. An Schwierigkeiten und Hindernissen seine Kraft wachsen lassend, faßte er und verwirklichte er nun den größeren Plan zur Erwerbung Neu-Guineas als eigene deutsche Kolonie. Seine darüber dem Reichskanzler, Fürst

Digitized by Google

Bismarck, vorgelegte und von diesem gebilligte Denkschrift ist wohl als das erste fachmännische und praktisch wirksame Dokument zur Einleitung einer Reichs-Kolonialpolitik zu werten. Alle diese Männer und noch manche andere Pionierfirmen der Südsee, darunter auch der Norddeutsche Lloyd, haben jahrzehntelang aus eigenem Antrieb und auf eigene Gefahr jene Inselgebiete, wo der Kannibalismus noch Orgien feierte, in wissenschaftlichen Reisen durchforschen lassen und in kostspieligen, öfters fehlgeschlagenen Versuchen die Mittel und Wege herausgefunden, wie sie vorteilhaft zu entwickeln waren, bis sie vom Reiche als verheißungsvolle Kolonien übernommen wurden. Es wäre undankbar und unpolitisch und eine Sünde gegen den Hanseatengeist, durch Preisgabe dieser Kolonien all die vorbildliche Arbeit, an der auch die Missionen und unsere kühnsten und besten Forscher beteiligt waren und wofür mancher sein Leben gelassen hat, auf den deutschen Kulturdüngerhaufen zu werfen zu gefälliger Benutzung für Angelsachsen, Japaner, Australier, Neuseeländer. Wie sollten sich dann wieder solch „königliche Kaufleute" finden zur Kolonisierung eines neuen Mittelafrika?

Dem Reichstag, an den die Denkschrift gerichtet ist, würde durch solchen Rückblick Gelegenheit geboten werden, sich über die eigenartige Vorgeschichte der Südseekolonien zu unterrichten, die auch des romantischen Reizes nicht entbehrt und reich ist an Bildern schlichten wie abenteuerlichen deutschen Heldentums da drunten bei unsern Gegenfüßlern. Der Reichstag kann vielleicht gerade jetzt die Scharten seiner Vorgänger von 1880 (Samoavorlage) und von 1895 (Neu-Guineavorlage, die die Regierung zurückziehen mußte und erst 1898 durchsetzen konnte) auswetzen; er kann jedenfalls zeigen, daß der heutige Reichstag, das heutige, hart um seine Weltstellung ringende deutsche Weltvolk dem Genius Bismarcks nachgeeilt ist, der dem Reichstage und Volke von 1880 um mehr denn eine Generation voraus war und von ihnen nicht begriffen werden konnte.

„Faserstoff"

Von Prof. Dr. Paul Arndt, z. Zt. Berlin

In diesen Wochen findet in Berlin eine „Deutsche Faserstoff-Ausstellung" statt, die im Mai nach Düsseldorf, im Sommer nach Leipzig und später noch nach anderen deutschen Städten, vielleicht auch nach dem verbündeten Auslande wandern soll. Es ist eine ganz neue Industrie, deren Rohstoffe und Erzeugnisse nebst den von ihr verwendeten Maschinen hier gezeigt werden, die Industrie der Ersatzfaserstoffe. Ihre Entstehung reicht in die Friedenszeit zurück; aber erst während des Weltkriegs ist sie zu ihrer heutigen großen Bedeutung gelangt. Ihre Wichtigkeit und Ausdehnung wird wachsen, je länger das Völkerringen dauert, und je mehr „Übergangsjahre" sich an dasselbe anschließen werden.

Die neue Industrie soll die im Laufe des Krieges auf dem deutschen Web-, Wirk-

Digitized by Google

und Strickwarenmarkte entstandenen empfindlichen Lücken ausfüllen, in erster Linie dem Heere und der Industrie eine Reihe wichtiger technischer Bedarfsartikel (Decken, Taschen, Säcke, Treibriemen usw.) liefern, daneben aber auch mehr und mehr für die bürgerliche Bevölkerung Bekleidungsgegenstände beschaffen.

Vor dem Kriege war bekanntlich Deutschlands Textilindustie hinsichtlich der Rohstoffzufuhr fast ganz vom Auslande abhängig. Gewaltige Mengen Faserstoffe lieferten uns vor allem die unter der Herrschaft der Angelsachsen stehenden Gebiete der Erde: Nordamerika, Indien und Ägypten Baumwolle, Australien, Neuseeland und Südafrika Wolle, Indien Jute. Dazu kamen russischer Flachs und Hanf und ostasiatische und italienische Seide. Auf der Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 konnte uns die Entente mit Recht vorrechnen, daß die von der mächtigen deutschen Textilindustrie verarbeiteten Rohstoffe fast restlos — kleinere Ausnahmen bildeten südamerikanische Staaten — aus den Ländern unserer Gegner stammten, und daß diese auch nach dem Kriege in der Lage sein würden, uns durch Sperrung der Zufuhr von Faserstoffen in große Verlegenheit zu bringen.

Im Jahre 1913 bezogen wir aus dem Auslande

486 000	Tonnen	Baumwolle
182 000	"	Wolle
154 000	"	Jute
51 000	"	Flachs
55 000	"	Hanf
4 000	"	Seide
932 000	Tonnen	Faserstoffe.

Dieser Riesenmenge stand eine winzige einheimische Erzeugung gegenüber. War doch unsere früher bedeutende Schafzucht sehr zurückgegangen und der Flachs- und Hanfbau bis auf geringe Reste verschwunden.

Deutschland erzeugte vor dem Kriege (1913) rund

11 600	Tonnen	Wolle
3 600	"	Flachs
100	"	Hanf
15 300	Tonnen	Faserstoffe,

also etwa nur 1,5 Proz. unseres Bedarfs.

Dazu kam ein kleiner Zuschuß aus unsern Kolonien, in denen die Baumwoll- und Hanfgewewinnung zwar verheißungsvoll eingesetzt hatte, aber vorerst nur geringe Erträgnisse liefern konnte. Im ganzen erzeugten die deutschen Kolonien 1913 rund

2 700	Tonnen	Baumwolle
100	"	Wolle
19 700	"	Hanf (Sisal)
22 500	Tonnen	Faserstoffe,

also nicht viel mehr als Deutschland selbst.

Digitized by Google

Diese Abhängigkeit vom Auslande mußte natürlich im Kriege bald zu großen Mißständen führen. Zwar machte sich eine Rohstoffknappheit in den ersten Kriegsmonaten noch nicht bemerkbar, da die in Deutschland, Belgien und Polen befindlichen Vorräte sehr erheblich waren, und auch noch eine gewisse Zufuhr fremder Rohstoffe über neutrale Häfen, namentlich Genua, erfolgte. Allmählich aber versiegten diese Quellen fast ganz, und nun galt es, erstens mit dem Vorhandenen weise hauszuhalten, und zweitens auf Ersatz der ausländischen Rohstoffe zu sinnen. Auf beide Zwecke richteten sich zahlreiche behördliche Maßnahmen, zuerst vor allen Dingen die der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Kriegsministeriums, später auch die der Reichsbekleidungsstelle. Der einen Stelle lag die Deckung des Heeresbedarfs ob, der anderen, die erst 1916 gegründet wurde, die des Bedarfs der bürgerlichen Bevölkerung an Web-, Wirk- und Strickwaren. Zu den Streckungsmaßregeln (durch Beschlagnahme, Bezugsschein usw.) gesellte sich die Förderung der unmittelbar im Gefolge der Stoffknappheit einsetzenden Versuche der Industrie, an Stelle der ausländischen einheimische Faserstoffe zu erzeugen und zu verarbeiten.

Die deutsche Technik feierte auch auf diesem Gebiete Triumphe. Überraschend schnell gelang es, Ersatzfasern einzuführen. Eine neue Industrie blühte empor. Langsamer folgten die Verbraucher, die den Ersatzstoffen, vor allem dem Papier, ein tiefwurzelndes Mißtrauen entgegenbrachten. Hier mußte für Aufklärung der großen Massen der Bevölkerung über die Leistungsfähigkeit der neuen Industrie gesorgt werden. Diesem Zweck dient die auf Anregung und unter Führung der Reichsbekleidungsstelle veranstaltete „Deutsche Faserstoff-Ausstellung“, die gleichzeitig dem Auslande zeigen soll, wie aussichtslos die Versuche unserer Feinde, uns durch Abschneidung der Rohstoffzufuhr zur Übergabe zu zwingen, sind. Die Ausstellung gewährt einen guten Überblick über das bisher auf dem Gebiete der Ersatzfaserstoffe Erreichte und ist in der Tat eine glänzende Bekundung deutschen Erfindungsgeistes und deutscher Anpassungsfähigkeit.

Unter den neuen Faserstoffen ist der aus Holz gewonnene Zellstoff, der sich — bisher meistens in Papier verwandelt oder nach neuerem Verfahren auch ohne diesen Umweg — als gut spinnbar erwiesen hat, der praktisch bei weitem wichtigste, nicht weil er den technisch vollkommensten Ersatz für Baumwolle, Wolle oder Jute darstellt, sondern weil er in den größten Mengen verfügbar ist. Andere Ersatzstoffe, namentlich die Nessel, liefern ein feineres, weicheres, technisch hochwertiges Garn und sind der Baumwolle in mancher Hinsicht sogar überlegen; aber ihre Gewinnung ist bis jetzt noch verhältnismäßig spärlich. Das Einsammeln der meistens wild wachsenden Pflanzen ist noch nicht überall genügend organisiert, und der planmäßige Anbau derselben stößt heute, wo man jede Scholle Land zur Erzeugung von Lebensmitteln braucht und wo Arbeitskräfte so rar sind, auf große Schwierigkeiten. Außer der Nessel, auf deren Massenerzeugung in Zukunft größere Hoffnungen zu setzen sind,

Digitized by Google

kommt als einheimischer Faserstoff vor allem die Typha oder das Kolbenschilf in Betracht, das in unsern einheimischen Gewässern in unendlichen Mengen vorkommt, ferner Ginster, Weidenröschen, Weidenbast, Hopfen, Lupine u. a. Die Verwertung der letzteren Pflanzen zu Spinnzwecken hat aber bisher noch keine großen Fortschritte aufzuweisen. Eine brauchbare Faser findet sich auch in unsern ausgedehnten Mooren; die dort in sehr großen Massen vorhandene Torffaser, eine Art Seegras, liefert ein besonders weiches Gewebe; sie kann als Ersatz für Wolle gelten. Indessen ist auch ihre Nutzbarmachung erst in den Anfängen begriffen. Praktisch ins Gewicht fällt einstweilen vor allem die Papier- oder Zellstoffverwendung. Zur Herstellung von reinem Papiergarn oder von Mischgarn (Textilit und Textilose) können unsere Forsten nebst denen unserer Nachbarländer Rohstoffe in fast unbegrenzten Mengen beschaffen.

Bisher lieferte unsere Ersatzfaserindustrie mehr härteres und gröberes als weicheres und feineres Material, also, wie man auch sagen kann, mehr Juteersatz als Baumwollersatz. Das entsprach dem Stande der Technik und der Nachfrage. Juteersatz war namentlich für viele Heeresartikel dringend notwendig. Je größer aber in neuester Zeit infolge der Knappheit an Kleidern und Wäsche die Nachfrage nach Baumwollersatz wird, desto stärker wird auch das Angebot hiervon. Die Technik vervollkommet sich, und immer größere Mengen feiner, weicher und auch halt- und waschbarer Gewebe werden auf den Markt geliefert. Es ist anzunehmen, daß in Zukunft die Mischgewebe, d. h. die aus einer Mischung alter (Baumwolle, Wolle, Flachs usw.) und neuer (vor allem Papier) Faserstoffe entstandenen Gewebe, die Hauptrolle spielen werden. Sie zeichnen sich durch größere Geschmeidigkeit und Haltbarkeit aus. Bisher kam die Herstellung von Mischgeweben wegen der Knappheit an Baumwolle, Flachs usw. für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung noch kaum in Betracht; dies wird sich nach dem Abschluß des Ostfriedens wohl ändern.

Nicht zu vergessen sind neben der Begründung neuer Industriezweige die schon vielfach mit Erfolg gekrönten Bemühungen, ältere, einheimische Faserstoffkulturen, die infolge des erdrückenden Wettbewerbes der billigen Baumwolle und Jute untergegangen waren, neu zu beleben. Es handelt sich dabei hauptsächlich um den Anbau von Flachs und Hanf. Mit jedem neuen Kriegsjahr hat der Anbau dieser Gewächse in Deutschland beträchtlich zugenommen, so daß jetzt schon ein großer Teil des heimischen Bedarfs durch die eigene Ernte gedeckt werden kann. In diesem Zusammenhange ist auch der nicht unerheblichen Vermehrung der deutschen Schafbestände zwecks Gewinnung von größeren Mengen Wolle zu gedenken. Sehr wichtig war ferner die Ausdehnung der Kunstwolle- und Kunstbaumwolle-Industrie, die es sich zur Aufgabe machten, daß Altmaterial von neuem zu verwerten.

So sind auf den verschiedensten Wegen Faserstoffmengen gesammelt worden, deren Einzelposten teilweise unbeträchtlich erscheinen mögen, die aber in ihrer Gesamtheit sich schon sehr gut neben den früher eingeführten Auslandserzeugnissen sehen lassen

Digitized by Google

können. Industrie und Landwirtschaft haben in schwerer Kriegszeit ihre Schuldigkeit getan und sie werden sie weiter tun. Jetzt kommt es vor allem darauf an, daß die Massen der Verbraucher die neuen Faserstoffe und die aus ihnen hergestellten Waren genauer kennen lernen. Die Industriellen sind davon überzeugt, daß ihre Erzeugnisse eine strenge sachliche Prüfung bestehen werden und daß das Mißtrauen, welches jetzt noch viele den neuen Gegenständen, vor allem dem Papiergarn, entgegenbringen, schwinden wird. Das Vertrauen der Verbraucherkreise wird dann die Gewerbetreibenden zu weiteren Anstrengungen, gutes und immer Besseres zu leisten, anspornen.

Die neue große Faserstoffindustrie ist zwar ein richtiges Kriegskind; sie wird aber keineswegs, dessen dürfen wir sicher sein, mit dem Friedensschluß wieder verschwinden. Der Bedarf an Faserstoffen wird in der sogenannten „Übergangszeit" riesengroß sein. Materialknappheit herrscht nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch — aus den verschiedensten Gründen — in der übrigen Welt, und, wie es scheint, haben sich England und Amerika bereits den größten Teil der einstweilen verfügbaren Vorräte gesichert. Wir werden also unsere Baumwoll-, Jute- und Wollspeicher nur teilweise und recht langsam wieder füllen können. In den „Übergangsjahren" werden wir schon deswegen die Ersatzstoffe dringend brauchen. Ein etwaiger Wirtschaftskrieg würde diese Zwangslage noch verschärfen. Aber auch abgesehen davon wird die Nachfrage nach den neuen heimischen Faserstoffen zweifellos dauernd lebhaft bleiben. Denn sie haben sich tatsächlich auf vielen Gebieten — in erster Linie als Juteersatz, teilweise aber auch als Baumwoll- und Wollersatz — technisch so gut bewährt, daß kein Grund besteht, weshalb sie wieder vom Markte verschwinden sollten, es müßte denn sein, daß sie sich dauernd teurer stellen würden, als Jute und Baumwolle. Darüber wird zurzeit noch gestritten, und es ist auch schwer, in der heutigen Zeit den Nachweis der Rentabilität für die Friedenswirtschaft zu führen. Hervorragende Fachleute halten indessen die Zukunft der neuen Industrie, namentlich wenn sie sich vor allem der Herstellung von Mischgeweben zuwendet, für gesichert. Nötigenfalls müßte nach den Erfahrungen des jetzigen Krieges auch die Allgemeinheit bereit sein, gewisse Opfer zu bringen, um die Gewinnung einer hinreichenden Menge Faserstoffe im Inlande sicherzustellen. Hand in Hand damit würden wir natürlich darnach zu streben haben, uns aus unserm künftigen afrikanischen Kolonialreiche die Zufuhr immer größerer Mengen Baumwolle, Hanf usw., zu sichern.

Die Begründung der neuen Faserstoffindustrie war eine der gewaltigen Kraftbekundungen des deutschen Volkes, an denen diese große Kriegszeit so überreich ist. Manchem mag die Faserstoff-Ausstellung, die große Aufwendungen an Geld und Arbeit erfordert hat, als eine Kraftverschwendung in dieser Zeit der Knappheit erscheinen. Das ist jedoch eine oberflächliche Auffassung. Die Ausstellung ist eine weithin — im Inlande wie im Auslande — sichtbare Bekundung deutscher Wirtschaftskraft. Wie

Digitized by Google

Riesengroßes die deutsche Eisen- und chemische Industrie geleistet haben, weiß die ganze Welt. Die Textilindustrie arbeitet mehr im Verborgenen; sie kann nur durch eine öffentliche Ausstellung wirken, die unsern Feinden zeigen soll, daß wir auch auf diesem Gebiete „durchzuhalten" imstande sind, und die infolgedessen unser eigenes Volk mit Stolz und neuer Zuversicht erfüllen wird. So ist die Kraft, die sich in der Ausstellung bekundet, nicht vergeudet, sondern sie wird eine Fülle neuer Kräfte erzeugen.

Notizen

Wozu in des Teufels Namen existiert Rußland? In dem „Now. Wr." veröffentlichte im Mai 1905 der Herausgeber Ssuworin einen seiner „Kleinen Briefe", worin er die obenstehende Frage folgendermaßen beantwortete. Heute, wo Rußland zerfallen ist, ist der Brief wieder aktuell geworden:

„Wozu in des Teufels Namen existiert Rußland, für wen ist es da und wer braucht es? Nehmen Sie einmal an, daß es untergeht und ein Meer tritt an die Stelle. Gewiß wäre dies kein Unglück. Die Engländer würden ihre Schiffe hinschicken und was verliert die Welt wenn wir verschwinden? Absolut gar nichts. Es verschwinden Millionen Bettler, Dummköpfe, Knechte, allerlei Schund — nun und mit ihnen auch anständige und gute Menschen, aber vom Standpunkt der Weltkultur betrachtet ist das gleichgültig. Wer in Europo braucht den Russen? Sogar den gebildeten Russen kann dort niemand brauchen, und die Reichen nützen nur den Gastwirten, die sich über sie lustig machen und sie dreifach bezahlen lassén. Für uns aber ist jeder Ausländer ein Gewinn. Engländer, Deutsche das alles findet bei uns Beschäftigung, Amt und einträgliche Arbeit. Und nun mag ein Russe den Versuch machen, nach England und Frankreich zu gehen! Sie sagen gewiß, die Schuld liege daran, daß wir keine Verfassung haben. Aber auch mit einer Verfassung wären wir noch lange keine Adler. Nein — mit unserer slawischen Faulheit, Nachlässigkeit, Grobheit, mit unserem Schmutz und unseren Wanzen wird man kein Adler. Z. B. da ist das Ministerkomitee mit seinen Reformen: Es kommt zu nichts Rechtem. Wenn sie uns noch eine Reform brächten, die die Wanzen aus Rußland vertreibt. Nichts scheint einfacher zu sein. Es ist ja nicht eine Aufgabe wie der Bau der sibirischen Bahn oder die Durchführung der Goldwährung; — nein nur die Wanzen sollen vertrieben werden. Aber mögen sie es versuchen! Pogodin hat gesagt, die Vertreibung der Wanzen wäre die wichtigste aller Reformen. Und das ist richtig . . . Was not tut, ist Kultur; die Wege müssen für das Eindringen der Kultur frei gemacht werden. Das Land ist elend, bettelhaft, schmutzig, widerwärtig und man wird es niemals mit Seife, Kamm und Bürste reinigen können . . . Sehen Sie: wir stehen jetzt im Mai und es ist eine Hundekälte! Sechs Monate Winter! Wo gibt es ein Kulturland mit sechs Monaten Winter? Solch ein Land gibt es nicht und wird es nie geben. Der Winter ist noch schlimmer als die Wanzen; den wird man niemals vertreiben können . . . Sie wissen doch, warum uns niemand erobert hat? Weil es der Mühe nicht wert ist . . ."

Der Kampf um Island. Auch der kleine isländische Staat, dieser „äußerste Vorposten germanischer Kultur" am Polarkreise, hat in diesem Kriege die brutale Faust Englands aufs empfindlichste zu spüren. Die allsommerlichen Islandfahrten der „Hamburg—Amerika-Linie" und des „Norddeutschen Lloyd" im letzten Jahrzehnte vor dem Kriege, die rege Tätigkeit auch der deutschen Fischereiflotte in den unerschöpflich reichen Fischgründen unter den Küsten Islands, die Eroberung eines beträchtlichen Teiles des Handels mit Island durch Deutschland

Digitized by Google

und schließlich die gesamte große deutsche Islandforschung der neueren und neuesten Zeit hatten den Ingrimm sowohl Englands wie Frankreichs, die Island allein ausbeuten zu dürfen glaubten, schon längst geweckt. Sofort bei Kriegsbeginn entsandte deshalb England zur Unterstützung des bereits anwesenden französischen Konsuls gleichfalls einen consul missus nach der isländischen Hauptstadt Reykjavik, um uns da droben das Wasser abzugraben. Wußte man doch nur zu genau, daß wir nur einen nichtdeutschen „Handelskonsul" dort hatten, der sich zudem allwinterlich in das weit angenehmere Großstadtleben Kopenhagens flüchtete! Und wie haben diese beiden verbündeten Ententesendboten seitdem zu unserem und zu des armen Landes Schaden auf Island gewirtschaftet! Der Engländer Mr. Cable traf gleich mit dem Auftrage ein: „sich darüber zu unterrichten zu suchen, welche Waren Deutschland bislang in der Hauptsache nach Island ausgeführt habe, und welche unmittelbaren und mittelbaren Verbindungen zwischen Deutschland und Island bestünden", während die Franzosen an Stelle ihres bisherigen Konsuls den ehemaligen französischen Dozenten an der Universität Reykjavik Mr. Courmont dorthin zurücksandten: „um auf Grund seiner früher erworbenen Kenntnisse der isländischen Verhältnisse mit jenem geriebenen Mr. Cable zusammen Island und seinen Handel um so tatkräftiger im Sinne der Entente und der Pariser Wirtschaftskonferenzbeschlüsse zu bearbeiten". Infolgedessen ist das arme hilflose Island 1916 von England zu einem „Handelsübereinkommen" gezwungen worden, nach dem es seine sämtlichen Erzeugnisse zu von England selbst festgesetzten „Hungerpreisen" nur an dieses verkaufen darf, während ihm zugleich unter Androhung härtester Bußen verboten worden ist, irgendwelche Erzeugnisse des Landes auf eigenen oder fremden Schiffen nach dem neutralen Dänemark, Norwegen, Schweden und Holland auszuführen. Hatte man 1915 schon allen Schiffen der „Isländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft" und sämtlicher nach und von Island fahrenden ausländischen Dampfergesellschaften strengstens geboten, während des Verlaufes des Krieges auf ihrer Ausfahrt einen Hafen in Britannien oder Schottland anzulaufen, um sich ihre Last genau untersuchen zu lassen, da sie andernfalls weder in Großbritannien noch in Kanada Kohlen für sich oder zur Verschiffung nach Island erhalten würden, so war mit diesem edlen „Handelsübereinkommen" angesichts unseres U-Bootkrieges Islands Handel vollkommen vernichtet, der 1913 noch eine Ausfuhr von 19 Millionen Kronen und eine Einfuhr von 16 3/4 Millionen Kronen verzeichnen konnte. Damit aber sind die armen Isländer, weil sie schon seit 3 Jahren wiederholt nach guten und billigen deutschen Waren förmlich „geschrieen" haben, aufs brutalste zum „Verhungern" verurteilt worden. Und das hat man ihnen Ende 1917 zynisch ins Gesicht gesagt, als man die isländische Regierung und das isländische Althing zwang, von dem während des Krieges erlassenen strengen Landesgesetze, daß kein isländischer Schiffseigentümer irgendeines seiner Schiffe ans Ausland verkaufen dürfe, zugunsten Englands und Frankreichs Ausnahmen zu gestatten, da man ihnen sonst ihren letzten Markt, Amerika, entziehen und das gesamte Volk „dem Hungertode preisgeben" würde! — So liegt Englands Hand heute auf Island, dessen Lage am nördlichsten Zugange zur Nordsee, die sich von dort aus für alle Anlieger und schließlich auch das gefährliche Rußland noch leichter sperren lassen würde, von England längst als wichtig erkannt worden ist. Nach Dänemark, zu dem Island vorderhand noch gehört, wird überhaupt nicht mehr gefragt. Beständig umdampfen englische Kriegsschiffe seit Jahr und Tag die ganze Insel, um strengste Kontrolle auszuüben, da die deutschen U-Boote hier ja so fern sind, — ebensofern wie der deutsche Konsul, der den beiden Ententevertretern in der isländischen Hauptstadt, wenigstens für die Zeit nach dem Kriege, energisch die Stange gehalten hätte! E. Küchler

Die Vereinigten Staaten und das Gesetz des Notstandes. Nichts ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten mehr gegen uns ausgenutzt worden und hat auch in der Tat mehr zur

Digitized by Google

Verhetzung gegen Deutschland beigetragen, als unser Einmarsch in Belgien, die sogenannte Verletzung der belgischen Neutralität. Mit der damals von der Regierung der Vereinigten Staaten und von dem ganzen Volke eingenommenen Haltung lassen sich nachstehende Sätze, die kürzlich in der „New York Times" zu lesen waren — die „New York Times" gilt bekanntlich als das Leiborgan des Präsidenten Wilson und ist schon wiederholt vom ihm als Sprachrohr benutzt worden — nur schwer vereinbaren. Es hieß darin unter anderem:

„Eine Besetzung Mexikos durch eine mit den Vereinigten Staaten im Kriege befindliche europäische oder asiatische Macht ersten Ranges muß unbedingt verhindert werden. Beim ersten Anzeichen einer solchen Möglichkeit werden die militärischen Stellen der Vereinigten Staaten die mexikanischen Seehäfen ebenso in ihre Berechnung stellen müssen wie unsere eigenen. Die Neutralität Mexikos würde in diesem Falle der Sicherheit und Unverletzlichkeit einer großen und volkreichen Nation geopfert werden müssen. Amerika vertritt in dem Problem der Neutralisierung eines Landes die höchsten moralischen Grundsätze. Aber im Falle der Not darf es nicht zu seiner eigenen Vernichtung beitragen."

Hierzu memerkt die „Ostschweiz" vom 22. März: „Diese Ausführungen, die sich nach der ganzen gegenwärtigen Sachlage nur gegen Japan richten können, haben für uns deswegen noch ein besonderes Interesse, weil sie einen ganz neuen völkerrechtlichen Standpunkt der Union verkünden. Mit genau den gleichen Grundsätzen hat der deutsche Reichskanzler am 4. August 1914 den Einmarsch in Belgien verteidigt, der namentlich in Amerika so scharf angefochten wurde. Seither scheint dort eine völlige Abkehr von der damaligen Auffassung eingetreten zu sein . . ."

Haben die Vereinigten Staaten unter solchen Umständen noch das Recht, uns aus unserem Einmarsch nach Belgien einen Vorwurf zu machen?

Französische Besorgnis vor deutschen Eisenbahnplänen nach Mittelasien. Ende Mai 1917 berichtete die englische Zeitschrift „The Near East" von einem englisch-russischen Plane einer Konkurrenzlinie zur Bagdadbahn, die über Hoek van Holland, Berlin, Warschau, Moskau, Orenburg, Taschkent durch den Hindukusch nach Delhi führen sollte und die 800 englische Meilen kürzer sein würde als die wahrscheinliche Verlängerung der Bagdadbahn durch Persien und Belutschistan. Es sei die Durchbohrung eines 13 englische Meilen langen Tunnels durch das Hindukuschgebirge notwendig, die 8 Millionen Pfund Sterling kosten würde.

Die in den Friedensvertrag der Ukraine aufgenommene Bestimmung, daß die Mittelmächte ein ungehemmtes Durchgangsrecht durch Südrußland nach Asien haben sollen, hat in Frankreich Besorgnisse vor deutschem Vordringen nach Mittelasien hervorgerufen. So schreibt Pertinax im „Echo de Paris": „Der ungarische Ministerpräsident Wekerle hat bei seinen Äußerungen über den rumänischen Frieden die Benutzung einer nach dem Schwarzen Meer gehenden Eisenbahnlinie erwähnt, die auf dem asiatischen Ufer des Schwarzen Meeres ihre Fortsetzung finden würde. Es handelt sich um zwei neue transkontinentale Verbindungen. Fällt die Kaukasusbahn in die Hände der Verbündeten Deutschlands, so können die Deutschen frei mit Afghanistan und Turkestan verkehren und bis zu den Grenzen Indiens und Chinas dringen. Welche bessere Antwort können sie den Engländern auf die Eroberung Bagdads erteilen? Die besten Beobachter russisch-orientalischer Fragen meinen, daß im Falle des völligen Verschwindens des zaristischen Regimes die ganze türkische Welt Mittelasiens unwiderstehlich in die Arme des türkischen Reiches getrieben würde . . . Werden die genannten Länder nicht vor den Deutschen geschützt, so kann man prophezeien, daß Deutschland Indien von außen und von innen nach der in Rußland versuchten Methode angreifen wird."

Der „Temps" vom 26. Februar führt aus:

Digitized by Google

„Nun die Deutschen Rußland niedergeworfen und Österreich eingeschnürt haben, steht ihnen der Weg nach Ostasien offen. Sie sprechen nur mit Vorsicht davon, aber sie sprechen davon, wie aus Artikeln des „Berliner Tageblattes" vom 1.2. Februar und der „Münchener Neuesten Nachrichten" vom 18. Februar hervorgeht."

Bereits in seinem 1916 erschienenen Buche „Ukraina (Land und Volk)" hat Dr. St. Rudnyckyj darauf hingewiesen, daß die Ukraine auf dem kürzesten Landwege von Mitteleuropa nach dem südlichen Zentral-Asien und Indien liegt und ein gutes Stück von diesem Wege beherrscht. „Denn Ukraina liegt an dem südöstlichen Rande Europas, an der Schwelle Asiens, dort wo der leichteste Überlandweg beide Erdteile verbindet." „Diese Tatsache kann schon in der nächsten Zukunft von größter politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein. Zugleich ist unter allen osteuropäischen Ländern Ukraina das einzige, welches durch seine Lage mit den Mittelmeerländern in engsten Beziehungen steht."

Eine derartige Linie Berlin—Warschau—Kiew—Rostow—Astrachan, die sich nördlich des Aralsees mit der von Orenburg kommenden Bahn nach Taschkent und Samarkand vereinigen würde, wäre eine noch direktere Verbindung als das oben erwähnte anglo-russische Projekt und könnte wohl später einmal nach China verlängert werden. Ein derartiges Projekt, das allerdings nicht durch die Ukraine führt, sondern die Verlängerung der Bagdadbahn durch Persien, Afghanistan, das Pamir-Hochland und dann entweder durch Tibet oder die Dschungarei dem chinesischen Innern zustrebt, hat in der „Kolonialen Rundschau" 1917, Heft 9—10, unter dem Titel „Der Iran, Unsere Brücke nach Asien" Bernhard Funck besprochen. Da seine Ausführungen durch den Gang der geschichtlichen Entwicklung in den Bereich der Möglichkeit getreten sind, können wir unsern Lesern ihr Studium nur empfehlen.

Neuerscheinungen

Auslandskunde

Konkreten Ausdruck findet unsere Neuorientierung zum Auslande und zur Welt in den Hilfsmitteln, die ihrem Studium dienen sollen. Sie betreffen hauptsächlich die durch den Krieg dem Interesse unmittelbar erschlossenen Länder. Die Landeskundliche Kommission beim Kaiserlich Deutschen Generalgouvernement Warschau eröffnet eine Reihe von Beiträgen zur polnischen Landeskunde mit einem geographischen Bilderatlas von Polen (Gea Verlag, Berlin). 100 Originalaufnahmen und viele Karten vermitteln einen Einblick in Landschaft und Leben in Polen. Über „Die Bedeutung der Ukraine für den Weltkrieg" veröffentlicht Prof. Dr. F. Frech, Breslau (Lehmanns Verlag, München) eine Denkschrift. Er weist die wirtschaftlichen Reichtümer der Ukraine nach (besonders an Steinsalz, Eisenerzen, Koks-Kohle). Für die Nutzbarmachung verlangt er die Ausgestaltung der Donauwasserstraßen, denen „angesichts der geographischen Verhältnisse der natürliche Verbindungsweg von Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits mit den Küstenländern des Schwarzen Meeres andererseits zukommt". Eine kurze historische Übersicht über die „Geschichte des Herzogtums Kurland", von B. von Wilpert geschrieben, eröffnet eine Sammlung „Kurland in der Vergangenheit und Gegenwart". (F. Würtz, Berlin-Steglitz. Preis M. 1.—.) Der historischen Erkundung unseres Verhältnisses zum Auslande diente eine gelehrte Untersuchung „Über die politischen Bildungsreisen der Deutschen nach England" vom 18. Jahrhundert bis 1815 von Robert Elsasser (Heidelberger Abhandlungen zu mittleren und neueren Geschichte, Carl Winter, Heidelberg). Bekanntlich hatte sich in der Mitte des 18. Jahrhunderts der Schwerpunkt des Interesses von Frankreich nach England verschoben. Der Einfluß Englands auf allen Gebieten des geistigen Lebens und des politischen Denkens hatte sich außerordentlich gesteigert. Die zahlreichen Reisenden, die sich nach England begaben, bekümmerten sich also nicht nur um die äußeren Eindrücke des Landes, sondern um den politischen Stand Englands, wodurch das politische Denken Deutschlands zahlreiche Anregungen erfahren hat, besonders in der Zeit von der Französischen Revolution bis zum Ende der napoleonischen Kriege, in der man von einer richtigen Anglo-Manie sprechen kann. Der Verfasser deutet zum Schluß an, daß auch im 19. Jahrhundert das politische Denken Deutschlands von England stark beeindruckt wurde. „Ein Teil der Liberalen hält den englischen Parlamentarismus für eine Einrichtung, die verdiene, in Deutschland

Digitized by Google

nachgeahmt zu werden. Die Bedeutung Englands für die soziale Entwicklung Deutschlands erhellt aus wenigen Daten: Friedrich Engels hat mit seinem Werke über die arbeitenden Klassen in England einen Markstein in der Geschichte sozialistischen Denkens geschaffen, und er hat auch vermöge seiner Kenntnis des englischen Wirtschaftslebens wesentliche Beträge zu Karl Marxens Lebensarbeit, zum ‚Kapital' liefern können. Die bürgerlichen Sozialpolitiker haben unendlich viel von England gelernt, und zwar oft weniger aus Büchern und Zeitungen als durch den Aufenthalt im Lande. Die Nachwirkungen der englischen Freihändler der Manchesterschule sind auch im deutschen politischen und wirtschaftlichen Leben lange Zeit sehr tief greifend gewesen. Ferner ging der erste Anstoß zur Gründung von Gewerkvereinen von M. Hirsch aus, der 1868 eine soziale Studienreise nach England unternahm. Er selbst berichtet, vorher von den trade-unions nichts gewußt zu haben. Auch die Gartenstadtbewegung ging von England aus, und statt vieler anderer Beispiele sei nur noch eines erwähnt: Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft, die für das deutsche Wirtschaftsleben schon eine segensreiche Tätigkeit entfaltet hat, wurde von Max Eyth nach dem Vorbild, das er in England gesehen hatte, gegründet. Überhaupt war ja England nicht nur in der sozialen Bewegung ein Muster oder Vorbild, je nachdem auch ein warnendes Beispiel, sondern es ging auch in der gesellschaftlichen Organisation des Kapitals — die Überlegenheit in der Technik war hierzu die erste Bedingung — voran, und wieviel wir hierin von den Engländern gelernt haben, ist nur im allgemeinen abzuschätzen. Auch das englische Erziehungswesen haben viele Pädagogen und noch mehr Laien uns als Muster hingestellt, und man hat sogar versucht, Einzelheiten des englischen Schulbetriebs nachzuahmen." H. Herkner vergleicht in einer Schrift über „Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien" (M. —.80) die Anteilnahme der deutschen Volkswirte an den Fragen der Auslandspolitik mit derjenigen der feindlichen Volkswirte. „Es kann, so sagt Verf., nicht in Abrede gestellt werden, daß dieses Gebiet in England, Frankreich und Amerika mit größerem Erfolg angebaut worden ist. Das bezieht sich auf die Literatur nicht weniger als auf den Unterricht. Wir haben leider der London school of Economic and Political Science mit ihrer weitgehenden Frage der „recent history" und der in gleicher Richtung hin wirksamen Ecole libre des Sciences politique, welche für die Ausbildung der Diplomaten eine besondere Section Diplomatique besitzt, nichts gleichwertiges an die Seite zu stellen. Wir sind eben alle vor dem Krieg viel zu sehr geneigt gewesen, die ganze Auslandspolitik den künftigen Diplomaten als ausschließliche Domäne zu überlassen, obwohl deren Leistungen ein so unbedingtes Vertrauen schon längst nicht mehr rechtfertigte. Wenn unsere Volkswirte in Zukunft sich eindringlicher mit Weltpolitik beschäftigen sollten, so würden sie nur an die stolze Tradition anzuknüpfen haben, die gerade von unseren größten Volkswirten und Sozialisten ausgegangen ist." Unsere Generation hat auf diesem Gebiete unendlich viel nachzuholen, unsere ‚Unkenntnis des ausländischen Denkens' ist geradezu ‚erschreckend' gewesen. Auch Karl Meinhof spricht („Eiserne Zeit", Bertelsmann, Gütersloh, M. —.20) über unser Verhältnis zum Ausland: „Wir müssen für das Ausland endlich den richtigen Maßstab gewinnen. Man möchte heute alles Ausländische beseitigen. Das war vor hundert Jahren ebenso und 1870 auch. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, daß es damit getan ist, daß man einige Fremdworte abtut und einige fremde Sitten beseitigt. Die Hauptsache bleibt die Gesinnung. Wenn wir nichts weiter sein wollen, als Leute, die schlicht und einfach ihre Arbeit tun, dann sind wir nicht in Gefahr, den Fremden nachzulaufen und sie nachzuahmen. Im Grunde ist das nichts als Eitelkeit, daß man mehr vorstellen will, als man ist. Und diese Eitelkeit muß uns unser Pflichtbewußtsein verbieten. Aber auch vor dem entgegesetzten Fehler haben wir uns zu hüten, daß wir tun, als wären nur die Germanen, nur die Deutschen rechte Menschen, — alle andern nicht. Das eben ist ja Englands Hochmut, daß es nur das eigene Volk gelten läßt. Diesen Fehler wollen wir nicht nachahmen, denn der ist nur eine neue Form der Eitelkeit." Zur Mitwirkung Hamburgs an der Bildung der Auslandsschule ruft Fr. v. Borstel auf. „Die deutsche Auslandsschule und die Vorbildung ihrer Lehrer" (E. Boysen, Hamburg). Von den zahlreichen Hamburger Bildungseinrichtungen her — meint Verf. — wird es dem Auslandslehrer leicht werden eine Brücke zu schlagen zu den Kulturaufgaben der Auslandsschule.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 19. April 1918 • Heft 16

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Entkleidet man die resignierte Rede Lloyd Georges der rednerischen Zutat, so bleibt als trüber Rest das Geständnis: wir haben uns in den Amerikanern getäuscht. Sie stehen nicht so zahlreich, so bewaffnet, so kriegsfertig auf dem französischen Boden, als wir sie erwartet haben. Daß Wilson ihm in einer alle Register anschlagenden Rede anspricht, daß Amerika nun den Krieg als einen Austrag der „Gewalt bis zum äußersten" begreifen und führen will, das ist solange schwacher Trost, als er nicht die Divisionen an die Stelle setzen kann, wo die heroische Tapferkeit der deutschen Truppen den Panzer der feindlichen Linien zerschlägt. Gegen die größte Minderheit, die das englische Unterhaus während des Krieges in solch grundsätzlicher Frage sah, wird die Erhöhung des Dienstpflichtalters, die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland beschlossen. Das Kabinett verbindet sein Schicksal mit diesem Gesetz, und da im Augenblick niemand vorhanden ist, der sich in das Erbe von Lloyd George drängt, bleibt die Lage des Parlaments unverändert. Aber die Regierung schafft sich wieder in Irland einen Revolutionsherd. Das weiß sie, doch sie findet keinen Ausweg. Dabei ist klar, daß die neuen Aushebungen für die Schlachten im Westen ohne Einfluß sind. Asquith sprach es aus. England muß sich von seinen Heimatreserven entblößen in einem Augenblick, da es den Widerstand der Sinn-Feiner aufs ärgste reizt.

*

Die Unterhaltungen zwischen Wien und Paris schwanken zwischen einem hochpolitischen und einem rein sensationellen Charakter. Clemenceau machte den Versuch, die etwas peinliche Lage, in die er persönlich geraten war, und die angstvolle Spannung, die auf dem von deutschen Granaten heimgesuchten Paris lastet, zu verwischen durch die Enthüllung, daß Kaiser Karl die französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen anerkannt habe. Ein Brief aus dem Frühjahr 1917 an den Prinzen von Parma-Bourbon soll als Beweis dienen. Der Kaiser läßt in großer und feierlicher Form erklären, daß der Inhalt seines Schreibens im wesentlichen Punkt „verfälscht" sei — leider scheint man aber in Wien nicht in der Lage, einfach den omindsen Brief

Digitized by Google

glatt zu veröffentlichen. Das wäre der rascheste Weg gewesen, die immerhin höchst peinliche Geschichte zu klären. Hat der französischen Regierung das „handschriftliche" Original vorgelegen, besitzt sie nur eine Kopie, die sie mit fabelhafter Kühnheit „bearbeiten" ließ, um zwischen Wien und Berlin Sprengstoff zu legen? Das ist im Augenblick, wo diese Zeilen zum Druck gehen, noch nicht zu übersehen. Inzwischen ist der eigentliche Vorgang der Schweizer Besprechungen längst geschichtlich geworden: österreichisch-ungarische Truppen kämpfen im Westen und Kaiser Wilhelm hat seine Verbündeten deutlich darauf hingewiesen, daß die Tat des Kampfes an allen Fronten die wirksamste Bestätigung der Bundestreue sei. Wäre der Brief des Kaisers echt, dann würde für die französische Regierung ihre Haltung selber einmal als schwerer politischer Fehler gewertet werden. Die pazifistische Presse Englands hat das auch begriffen — denn Frankreich, vielleicht noch hoffnungsfroh über das im Februar geschlossene Geheimabkommen mit dem Zaren über den rheinländischen Pufferstaat, verkannte eine Situation, die ihm günstig wie keine andere sein mußte. Mit dieser Tatsache schlägt sich die französische Regierung ins eigene Gesicht, gerade wenn ... ja wenn ...

*

Clemenceau teilt mit, nach dem Fall von Mondidier, daß er gut geschlafen habe. Die Franzosen sind ein geduldiges Volk und holen sich an dem gesunden Schlaf ihres Ministerpräsidenten billigen Trost. Vor hundert Jahren, nach der Katastrophe an der Beresina, erfuhren sie von Napoleon: „Das Wohlbefinden Seiner Majestät war nie besser als jetzt."

*

Der „Vorwärts", nachdem er die Abschnitte der deutschen Politik, die ihm verhängnisvoll erschienen, gekennzeichnet hat, faßt den Glauben an die Möglichkeiten des Friedens so zusammen: „Jetzt gibt es keinen anderen Weg zum Frieden als über den uns verheißenden militärischen Sieg."

*

Nach Kurland und Riga haben jetzt auch Liv- und Estland den Wunsch nach Anschluß des Baltenlandes an Deutschland unter Zusammenschluß mit Kurland ausgesprochen. Da laut Friedensvertrag in Brest-Litowsk Est- und Livland noch nicht völlig von Rußland getrennt waren, hat der Landesrat den deutschen Kaiser gebeten, dem baltischen Gebiete bei der Lostrennung von Rußland behilflich zu sein. Wie in Kurland bestand die Versammlung in Riga nicht nur aus Deutsch-Balten, sondern dem gemischten Charakter der Bevölkerung gemäß auch aus Esten und Letten. Wird dem Wunsch, woran nicht zu zweifeln, willfahrt, so wäre damit wieder der alte Zustand wie zu Luthers Zeit hergestellt, wo im hohen Nordosten, in der alten Hansestadt Narwa, deutsche Truppen Wache hielten gegen den Moskowiter.

*

Im preußischen Verfassungsausschuß wurde der Beschluß der ersten Lesung bestätigt: das gleiche Wahlrecht ist gefallen. Man beginnt jetzt noch gespannter die Aus-

Digitized by Google

sichten für das Plenum durchzurechnen, mit dem Ergebnis, daß das Schicksal des Regierungsentwurfes schon in dieser ersten Station seines Leidensweges durchaus von der zufälligen Besetzung des Hauses, von der tatsächlichen oder politischen Krankheit einiger Konservativen abhängen wird. Niemand vermag rechnungsmäßig anzugeben, wie viele der Nationalliberalen und der Freikonservativen sich zur Linken schlagen werden. Fällt im Plenum der Entwurf, dann soll sich die Regierung die Quälerei mit der Weitergabe des verstümmelten Gesetzes an das Herrenhaus schenken und einfach auflösen. Das ist ein böser Weg während des Krieges; scheut sie ihn, so ruiniert sie ihre eigene Autorität. Das steht außer Zweifel. Schmerzlich genug ist, daß die nationalliberale Partei, die sich früher rühmen konnte, in Verfassungsfragen führend zu sein, durch das Satyrspiel von drei Ja- und drei Nein-Sagern in dem Ausschuß sich selber praktisch vollkommen ausschaltete. Mit welchem Programm will und kann sie vor ihre Wähler treten?

den 15. April 1918

Machtfriede oder Friedensideal im Osten?

Von Dr. Paul Rohrbach

Wir haben vor kurzem in der „Deutschen Politik" die Vorstellung zurückgewiesen als ob der Friede, den wir im Osten geschlossen haben, ein „Machtfriede" in dem Sinne sei, daß wir unsere überlegene kriegerische Stärke benutzt hätten, um die Verhältnisse im Osten ohne Rücksicht auf die Prinzipien des Rechts, der Billigkeit und der Freiheit nach unserem Willen allein zu ordnen. Dieser Vorwurf wird von der Entente erhoben, die selber einen Machtfrieden will, der Deutschland auf alle Zeit niederdrücken soll. Wir aber haben Gewalt im Osten angewendet nur gegen den wilden und sinnlosen Anarchismus der Bolschewiki, die offen erklärten, daß sie die „Friedens"-Verhandlungen dazu benutzen wollten, um die sozialen und staatlichen Grundlagen von Deutschland, von ganz Mitteleuropa und zuletzt von der übrigen Welt zu zerstören. Selbst gegen den Bolschewismus haben wir erst so gehandelt, nachdem Trotzki und Genossen uns gar keine Wahl mehr gelassen hatten, als die, den Vormarsch wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung ging so wenig auf einen Machtfrieden aus, daß die bolschewistischen Anarchisten nur zuzugreifen gebraucht hätten, und sie hätten den Frieden mit uns womöglich für Gesamt-Rußland schließen können. Daß sie es nicht taten, war ihre Blindheit und unser glückliches Geschick. So kam es dahin, daß die Ukraine und Finnland durch Sonderfriedensverträge als neue und freie Staaten von uns anerkannt wurden, denen wir jetzt helfen, gegen den blutigen Wahnsinn des Bolschewismus sich zu konsolidieren. Ebenso ist mit der Verjagung der Bolschewiki aus Livland und Estland auch das gesamte baltische Gebiet auf den Weg zu seiner natürlichen Einheit, in Anlehnung an Deutschland, zurückgebracht worden.

Digitized by Google

Auch das in allen baltischen Landen mit unendlicher Dankbarkeit begrüßte Antwort-Telegramm des Kaisers an den livländischen Landtag bekräftigt diese Hoffnung, und die Sonderpolitik, die von gewissen Kreisen im Auswärtigen Amt mit Hilfe des bekannten Geheimrats in Stockholm getrieben wird, um das estnische Gebiet unter der Firma einer selbständigen Republik Estland von der Verbindung mit Deutschland auszuschließen und als Besänftigungs-Geschenk für ein „wiedererstarkendes" Rußland aufzubewahren, wird keinen Erfolg haben, weil sie gegen die Natur der Dinge geht.

Wir haben den einstigen Randvölkern Rußlands die Freiheit gebracht, Freiheit von der demoralisierenden Zerstampfung und gewaltsamen Einknetung ihres Volkstums in einen kulturell unterwertigen asiatisch bedingten Staats- und Volkstypus. Auch die kleinen Völker der Litauer, Letten und Esten werden im Anschluß an Deutschland Gewähr für ihre nationale Entwicklungsfreiheit, für ihre Sprache und Schule, für ihre Beteiligung an der zukünftigen Selbstverwaltung ihrer Heimatgebiete und für die Unversehrtheit ihres nationalen Siedelungsbodens, im Gegensatz zu der Politik, die Rußland ihnen gegenüber verfolgte, finden. Die lettischen Stadtverordneten von Riga haben diese Punkte kürzlich als Bedingung dafür formuliert, damit sie dem einstimmigen Beschluß der Stadtvertretung beistimmen könnten, der dahin lautete: Kaiser und Reich zu bitten, es mögen die baltischen Lande auf immer ungeteilt beieinander bleiben und ihren Anschluß an Deutschland finden. Jene Bedingung gestanden die Deutschen einmütig den Letten zu, und einmütig stimmten danach Deutsche und Letten für die Angliederung an Deutschland. Auch der Beschluß des vereinigten Landesrats von Livland und Estland für die Einheit des baltischen Gebietes ist von Deutschen, Letten und Esten gemeinsam gefaßt worden. Er sagt, was natürlich ist, und dabei wird es bleiben, trotz der Angstpolitiker in Berlin und Stockholm.

Auch den Völkern des Kaukasus und den Mohammedanern im bisher russischen Turkestan, auch den Rumänen in Bessarabien und den Tataren in der Krim hat der Sieg der deutschen Waffen über den Zarismus, über die Revolution und über die Anarchisten, die sich danach der Gewalt in Rußland bemächtigt hatten, die Freiheit der Selbstbestimmung gebracht. Überall in Osteuropa erhebt sich neues Leben im Sinne politisch-nationaler und kultureller Entwicklungsfreiheit.

Am 7. Oktober 1915 schrieb ich nach dem Besuch der Insel Björkö im Mälarsee, von wo die Warjager, die alten Wikinger, auf ihre Rußlandfahrten ausgezogen waren, in mein „Weltpolitisches Wanderbuch":

„Die Kunst ist, das Morgen heute schon so groß zu sehen, als ob es heute wäre. Morgen werden es auch die Kannegießer wissen, daß es kein anderes Ende für den Kampf im Osten geben kann, der mit diesem Weltkrieg begonnen hat, als die Auflösung des russischen Imperiums! Morgen wird es kein Verdienst mehr sein, zu wissen, daß es unsere Sendung ist, vom Eismeer bis zum Pontus herab Freiheit vom Moskowiter all den Völkern zu bringen, die durch ihre Natur und Geschichte in die Kulturgemeinschaft von Mitteleuropa hineingehören oder sonst an ihr teilzunehmen imstande sind: Finn-

Digitized by Google

länder, Balten, Esten, Letten, Litauer, Polen, Ukrainer, Rumänen. Das subgermanische, das westslawische, das ukrainische Zwischenland zwischen Europa und Moskowien als ein Feld mitteleuropäischer Zukunft — heute sind das noch Utopien für die Rußlandgläubigen aus Geschäftsrücksichten und aus schwachmütiger Überzeugung. Morgen aber werden auch diese Leute über Rußland so weise sein, wie es heute jeder Bürger über den Orient ist . . .

Die Wellen des Mälar kommen gezogen und rollen an den Strand der Insel, von wo die Wikinger nach Gardarike fuhren — so nannten sie Rußland, das Reich von Nowgorod. Die Zweige der Birken wiegen sich und rauschen über den dreitausend Hügeln, die decken, was einst stolz und groß in Birka (der alten Schwedenhauptstadt auf Björkö) war; der Wind fährt jagend die grauen Wolken am nordischen Herbsthimmel über Fels und See — was raunt und rauscht und braust in Welle, Birke und Wind? Gezählt, gezählt, gewogen und zerteilt die Moskowiterherrschaft, und Deutschland, es wird der Unterdrückten Befreier vom Zwang der tatarischen Knechtschaft!"

Sind diese Worte, die vor 2½ Jahren niedergeschrieben wurden, nicht heute wahr geworden? Noch nicht ganz! Noch sind die politischen Kannegießer in den Ämtern und außerhalb der Ämter nicht so weise über Rußland geworden, daß sie alle miteinander einsehen: mit Rußland ist es zu Ende. Die Japaner freilich, die sind klüger! Sie nehmen sich Wladiwostok, sie werden auch das übrige brauchbare Küstengebiet Rußlands in Ostsibirien nehmen, und mit der Besetzung des einen beherrschenden Hafenplatzes an diesem Teil des Stillen Ozeans Rußland von seiner einzigen Weltmeerküste abschneiden — unbekümmert um die „Unversöhnlichkeit" der Russen von Trotzki bis Miljukow. Sie wissen, wie wenig das zukünftige Rußland zu fürchten ist. Bei uns aber gibt es noch Leute, die in ihrer Unkenntnis der östlichen Dinge es für ihre Aufgabe halten, den ungebetenen und überflüssigen Treuhänder für die Moskowiter zu spielen. Das „Morgen" von einst ist schon zum „Heute" geworden, aber sie sehen es noch nicht. Viele begreifen überhaupt noch nicht Deutschlands moralische Sendung im Osten. Sie merken nichts von der ungeheuren sittlich-nationalen politischen Werbekraft des zur Tatsache gewordenen Gedankens, daß Deutschland der Befreier der Unterdrückten von der Moskowiterknechtschaft geworden ist.

Wenn sie es merkten, würden sie auch wissen, daß wir an einer Stelle, und an einer wichtigen, noch damit beschäftigt sind, die Welt zu überzeugen, daß wir unsere Aufgabe im Osten nicht begriffen haben und am Ende alles, was wir getan haben, nur unbewußt oder versehentlich taten. Diese Stelle ist die polnische Frage. Es ist möglich, daß letzten Endes sich die Polen wirklich unfähig zeigen, ihre Lage in Europa zu begreifen, und daß dann nichts übrig bleibt, als über sie hinwegzugehen. Vorläufig aber müssen wir noch alles daran setzen, das Prinzip der Befreiung und Entbindung aller nationalen Kräfte in dem von Moskowien befreiten Osteuropa durch Deutschland auch in dem zukünftigen Geschick Polens zu verwirklichen. Keineswegs allein um der Polen willen, sondern ebensosehr, ja noch mehr, um unseretwillen. Was wir in dieser Beziehung jetzt durch die beiden Ministerreden im Herrenhause erlebt haben, ist ein Stück von Versagen aller politischen Regie — um den mildesten und am

Digitized by Google

wenigsten ins Moralpolitische schlagenden Ausdruck zu gebrauchen — wie es selbst in unserem klassischen Lande der Regietaperei kaum schon erlebt worden ist.

Im Herrenhause schlägt der Ausschuß vor:

„Der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck zu geben, daß die königliche Staatsregierung, zumal im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit hinein vertretene Haltung der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an der folgerichtigen Durchführung der zur Förderung deutscher Ansiedlungen in den östlichen Grenzprovinzen gegebenen gesetzlichen Vorschriften unter allen Umständen festhalten, auch mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenzen des polnischen Königreichs die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat."

Ein Zusatzantrag verschärft noch die Forderung, daß ohne Rücksicht auf Polen die „militärische Sicherung Preußens" die einzige Rücksicht für die Festsetzung der künftigen Westgrenze Polens bilden soll. Man weiß, was gemeint ist: Narewlinie, Kohlenbecken von Dombrowa, eine große Zahl Polen mehr innerhalb der deutschen Grenzen, je nachdem wie weit dieser oder jener die „Grenzsicherung" ausdehnen will. Darauf antwortet der Landwirtschaftsminister:

„Die Regierung steht auf dem Boden der Erklärung des Ausschusses, und zwar nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrer Tendenz. Die historische Bedeutung der Ostmark darf nicht der Vergessenheit verfallen. Die Ostmark ist ein Schutzwall gegen das Eindringen fremder Mächte, und dieser Schutzwall muß dauernd auf seine Festigkeit hin geprüft werden. Ebenso müssen deutsche Kultur und deutsche Siedlungen im Innern vor Bedrängnis geschützt und behütet werden. Gewiß kann zweifelhaft sein, ob der Schutz nach außen überhaupt der Zuständigkeit der preußischen Regierung unterliegt. Aber die Sicherung unserer Verhältnisse im Osten ist in erster Linie ein preußisches Interesse, und Preußen muß daher verlangen, daß vor allem das militärische Interesse als maßgebend erachtet wird. Dabei muß der nicht zu unterschätzende Übelstand mit in Kauf genommen werden, daß die Zahl der Polen in Preußen nicht unerheblich vermehrt wird, die es bisher immer noch nicht vermocht haben, ihr eigenes Wohl mit dem Wohl des Deutschen Reiches in Einklang zu bringen."

Also Zustimmung zu dem Prinzip der „Grenzsicherung" durch eine Art von vierter Teilung Polens, denn darauf kommt es hinaus, wenn zugestanden wird, die Zahl der Polen in Preußen werde „nicht unerheblich" vermehrt werden. Was heißt das? Das können eine Million neuer polnischer Bevölkerung, ja vielleicht noch mehr sein. Außerdem meinte der Minister freilich, er wolle den Gegner (die Polen) nicht vernichten, sondern nur „in Schranken halten"; seine Formel sei: Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, „vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen". Er will auch nicht, „daß Kampfmittel angewendet werden, die nur verletzen, die nicht mehr das Deutschtum fördern, sondern die wegen ihrer aufreizenden und verhetzenden Wirkungen letzten Endes Wasser auf die Mühlen der polnischen Agitatoren liefern".

Man weiß, ein ganz vollkommener Widerspruch ist gleich geheimnisvoll für Weise

Digitized by Google

wie für Toren. Noch mehr als das. Einen Tag später sagt der Minister des Inneren in demselben Herrenhause:

„Die Regierung verfolgt aber kein anderes Ziel, als daß sie sich der Hoffnung hingibt, unter dem gewaltigen Eindruck des Weltkrieges wird sich die Zahl der Polen vermehren, die sich auf den Boden des preußischen Staates stellen wollen. Zur Herbeiführung dieses Zieles haben wir noch einmal die Hand zur Versöhnung geboten. Man hat demgegenüber verwiesen auf gewisse Äußerungen polnischer Abgeordneter im Reichstag und im Abgeordnetenhaus. Ich gestehe ganz offen: wenn die überwiegende Mehrheit des polnischen Volkes in Preußen dauernd so denken würde wie jene Abgeordnete gesprochen haben, dann wäre aller Liebe Müh' umsonst. (Sehr richtig!) Aber es gibt unter den Polen Kreise, wenn es auch nur eine Minderheit ist, die auf einem anderen Standpunkt stehen. Deren Stimme haben wir in diesem Hause gehört. Aus den drei Reden der Polen hier klang der ernste Wille zum preußischen Staat heraus. Mit Leuten, die den ernsten Willen zum preußischen Staat haben, kann man sich verständigen, ihnen kann man offen und ehrlich die Hand zur Versöhnung bieten. Gewiß ist die Zahl dieser Polen noch gering, aber ihr Bestehen wird durch die Behauptungen der Radikalen nicht aus der Welt geschafft. Unsere Politik muß nun dahin gehen, die Zahl dieser Polen, die den ernsten Willen zum preußischen Staat haben und ihre Pflichten als preußische Staatsbürger erfüllen wollen, zu stärken. Das können wir aber nur, wenn wir eine Politik treiben, die, unbeschadet aller preußischer Notwendigkeiten, auch durch die Tat dartut, daß sie polnischen Wünschen nach Möglichkeit entgegenkommt. Tun wir das nicht, dann wird in der Ostmark ein Kampf bis aufs Messer entbrennen; die wenigen Polen, die den ernsten Willen zum preußischen Staat haben, werden dahinschmelzen und ganz verschwinden. Wir dürfen die Gelegenheit des Weltkrieges, der unser ganzes Volk aufs tiefste erschüttert und der so viele, die bisher dem Gedanken eines starken preußischen Staates ablehnend gegenüberstanden, ein anderes Denken gelehrt hat, nicht vorübergehen lassen, ohne den ehrlichen Versuch zu machen, zu besseren Verhältnissen zu kommen."

Der Minister fügte dem noch die unmißverständliche Wendung hinzu, die Regierung wisse, „daß die gegenwärtige Mehrheit für die Ostmarkenpolitik nicht mehr die Mehrheit der Zukunft im Abgeordnetenhause sein wird". Wie soll man sich diese beiden Kundgebungen aus dem Schoße ein und derselben Regierung zusammenreimen? Der Minister des Innern hat sich allerdings nicht darüber geäußert, ob auch er bei seinem Programm einer deutsch-polnischen Politik Teile des Königsreichs Polen unter dem Namen von Grenzsicherungen an Preußen-Deutschland angegliedert sehen will, und ob er ein solches Verfahren mit dem von ihm eingenommenen grundsätzlichen Standpunkt in der Polenfrage für vereinbar hielt. Das wäre nicht möglich. Der Landwirtschaftsminister hat sich außer zur Annexion sogenannter Sicherungsgebiete auch zum Wortlaut und zu der „Tendenz" der Erklärung des Ausschusses bekannt. Diese Tendenz ist, wie jedermann sieht, antipolnisch in dem Sinn, den man kurz als hakatistisch zu bezeichnen pflegt. Wenn daran noch die Formel „vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen" geklebt ist, so kann man darüber als über eine logische und gefühlsmäßige Unbegreiflichkeit hinweggehen. Was der Minister sich dabei gedacht hat, ist nicht zu sagen; es ist auch gleichgültig gegenüber der von ihm

Digitized by Google

zugestandenen „Tendenz". Diese ist durchaus klar. Ebenso klar aber ist die gegenteilige Tendenz in den Worten des Ministers des Innern.

Ich habe schon früher einmal gesagt, daß ich die Fortnahme des Kohlenbeckens von Dombrowa nicht einmal als Frage erörtern möchte, denn es wäre keine ehrenhafte Handlung. An so etwas denkt man bei deutscher Politik am liebsten nicht als an eine faktische Möglichkeit. Täten wir das, so müßten wir uns vor den Polen schämen. So verfuhr England gegen die Burenrepubliken, als es dem alten Oranjefreistaat 1870 die Diamantfelder von Kimberley fortnahm, und als es die Goldminen von Transvaal haben wollte. Einem besiegten Volk, das den Krieg gesucht hat, kann man ein Stück seines Besitzes mit dem Recht des Siegers nehmen; die Polen aber sollen wir ja nicht besiegt, sondern befreit haben. Gilt das für die Kohlen, so ist von den „Grenzsicherungen" zu sagen, daß man keinem objektiv denkenden Politiker einreden wird, Deutschlands Sicherheit hinter dem Sieg im Weltkrieg werde noch von der Narewlinie oder dergleichen Nebendingen abhängen. Das ist eine militärisch-formalistische Denkweise, oder einfach Phrase. Deutschland wird „sicher" sein durch kluge Politik, oder überhaupt nicht. Das Prinzip des Ostfriedens für Polen jetzt schon fallen zu lassen, ist aber alles andere eher, als kluge Politik!

Die Ukraine und der Vierbund

Von Arel Schmidt

Die Nachrichten über den wirtschaftlichen und politischen Wirrwar in der Ukraine dürfen uns nicht irre machen. Wirtschaftlich und politisch fußt der neue Staat auf gesundem Fundament; mag auch zarische Mißwirtschaft, Krieg und bolschewistische Verwüstung noch so stark auf dem Lande lasten, mag auch der junge ukrainische Wein sich, wie im Projekt der Sozialisierung des Grund und Bodens, allzu stürmisch gebärden, — das will wenig besagen, wenn nur die Grundlage fest steht. Dank ihren Bodenreichtümern und ihrer Fruchtbarkeit wird die Ukraine unzweifelhaft bald eine aktive Handelsbilanz aufweisen, die ihr ausländischen Kredit verschaffen muß. Erzeugten doch die acht ukrainischen Gouvernements des früheren russischen Reiches im Jahre 1913 19,6 Millionen Tonnen Getreide, von denen nach Abzug der in Rußland üblichen Ernährungsquote 8,5 Millionen Tonnen zur Ausfuhr verblieben. Im Jahre 1912 sind aber insgesamt von Rußland 7,5 Millionen Tonnen und 1913 9,4 Millionen Tonnen exportiert worden. Das heißt: der bisherige russische Getreideexport stammte zum allergrößten Teil aus der Ukraine. Wird dieses Gebiet jetzt selbständig, so wird allein dieser Getreideüberschuß dem Lande eine starke Aktivität der Handelsbilanz sichern.

Mit dem Getreide allein ist es jedoch nicht abgetan. Die Ukraine erzeugte über 1 Million Tonnen Zucker (Großrußland 27000 Tonnen), ferner entfielen zwei Drittel

Digitized by Google

der gesamten Tabakernte auf dieses Gebiet, auch in Viehzucht, Obst- und Weinbau überragte es weitaus die großrussische Produktion. Dazu kommt dann noch die industrielle Entwicklung der Ukraine, die die großrussische weit überflügelt hat, weil nur hier Kohlen und Eisen zusammen gefunden werden. Im Jahre 1860 betrug noch die alte großrussische Eisenerzeugung am Ural 70 Proz. der Gesamtproduktion in Rußland, während sie jetzt nur 20 Proz. ausmacht. Die ukrainische dagegen, die erst 1880 mit 5 Proz. einsetzte, war im Jahre 1916 auf 76 Proz. gestiegen. Aber auch für andere Mineralschätze kam die Ukraine als bedeutendste Quelle des bisherigen Rußlands in Betracht. 90 Proz. des Silbers, 81 Proz. des Bleis, 100 Proz. des Quecksilbers, 31 Proz. des Kupfers, 54 Proz. des Salzes entstammen diesem Lande. Trotzdem ist es gut, immer wieder daran zu erinnern, daß nicht die Industrie, sondern Landwirtschaft und Viehzucht das Rückgrat der ukrainischen Volkswirtschaft bleiben wird. Professor Ballod-Berlin und Professor Rudnickyj-Wien stimmen darin überein, daß die ukrainische Industrie es niemals weiter bringen werde, als höchstens bis zur Selbstversorgung.

Wie stellt sich aber das politische Verhältnis der Ukraine zum Vierbund dar? Will der neue Staat einer gesicherten Zukunft entgegengehen, so muß er sich, zumal er des Cholmlandes und Ostgaliziens wegen stets in einem Gegensatz zu Polen stehen wird, für eine Anlehnung an Rußland oder den Vierbund entscheiden. Eine Anlehnung an Rußland würde eine Wiederholung des Schicksals der von Bohdan Chmelnizkyj gegründeten (1654) Ukrainischen Republik bedeuten: Die allmähliche Wiederauflösung der ukrainischen Selbständigkeit, wie sie sich von Peter dem Großen bis Katharina II. vollzog. Daher bleibt für die Ukraine nur der Anschluß an den Vierbund übrig. Ein solcher hätte aber keine Aussicht auf Bestand, wenn auch nicht die Mittelmächte ihrerseits Interesse an dem Fortbestehen des ukrainischen Staates besäßen. Soll die politische Zusammenarbeit des Vierbundes mit der Ukraine tragfähig bleiben, so darf der eine Teil nicht nur der gebende und der andere nicht nur der nehmende sein. Wirtschaftlich bietet das vor allem agrarische Land der Ukrainer eine gute Ergänzung zu den stark industrialisierten Mittelmächten. Es würde eine gute Rückversicherung sein gegen eine Wiederholung der jetzigen englischen Aushungerungspolitik. Aber auch politisch bedeutet die Ukraine für Mitteleuropa einen namhaften Gewinn.

Deutschlands östliche Grenze wäre vom schweren russischen Druck, der die letzten Jahrhunderte seine Bewegungsfreiheit einengte, entlastet. Denn ohne die Ukraine ist Großrußland verurteilt, ein wirtschaftlich schwacher Staat zu bleiben, der seine panslawistische Expansionspolitik nicht fortsetzen könnte; ganz abgesehen davon würde auch das Kräfteverhältnis des Vierbundes zu Rußland durch Abbuchung von 30 Millionen Ukrainern von russischer auf die mitteleuropäische Seite sich nicht wenig verbessern.

Noch günstiger liegen die Verhältnisse bei Österreich-Ungarn. Mit Entstehen

Digitized by Google

eines ukrainischen Staates hörte die Habsburger Monarchie auf, Großrußlands Nachbar zu sein. Damit ist letzterem Staat die Möglichkeit genommen, wirksam seine panslawistischen Umtriebe fortzusetzen. Tschechen und Südslawen von Rußland abgetrennt, können viel eher vom österreichischen Staate verkraftet werden. Die Möglichkeit einer ruthenischen (ukrainischen) Irredenta in Ostgalizien, Bukowina und Nordostungarn ist freilich zuzugeben. Sie zu bannen hat aber die Doppelmonarchie an der Donau durchaus in der Hand. Sie muß nur nicht, wie bisher, einseitige Polenpolitik treiben.

Auch Bulgarien, das durch den Anschluß an die Mittelmächte Rußlands Rache zu fürchten hätte, wird von dieser Drohung durch die ukrainische Barriere befreit. Das dürfte den Bulgaren um so genehmer sein, als sie sonst durch den Erwerb der Dobrudscha direkte Nachbarn von Rußland geworden wären. Ohne Ukraine würde für die Bulgaren die Gefahr nicht gering sein, bei dem russischen Streben nach Konstantinopel unter die russische Dampfwalze zu geraten. Was endlich die Türkei betrifft, so bezeugen die letzten 200 Jahre Kämpfe mit Rußland zur Genüge, daß eine Beseitigung der russischen Gefahr diesem Staate erst die Möglichkeit geben wird, sein Staatswesen modern aufzubauen. Wie ersichtlich haben alle Teilnehmer des Vierbundes allen Grund, die Ukraine als vollwertigen Bundesgenossen in Kriegs- und Friedenszeiten zu begrüßen. Ebenso wird die Ukraine ihre schwierige Aufgabe, den Auf- und Ausbau ihres Staatswesens nur vollbringen können, wenn durch die Rückendeckung des Vierbundes großrussische Rückeroberungspläne eingedämmt werden.

Die Entstehung der Ukraine als ultima ratio gegen russische Ausdehnungsgelüste haben schon Bethmann Hollweg der Ältere und der preußische Gesandte in London von Bunsen während des Krim-Krieges empfohlen. Damals lehnte sie Bismarck wegen der noch bevorstehenden innerdeutschen Auseinandersetzung ab, zu der er die russische Freundschaft gebrauchte. Später aber, als in der achtziger Jahren von E. v. Hartmann der ukrainische Plan wieder ausgegraben wurde, kam kein kalter Wasserstrahl aus Friedrichsruh. Er lag augenscheinlich in den Gedankengängen des alten Bismarck, der immer mehr in Rußland die deutsche Bedrohung erkannte und dann Sicherungen gegen den Panslawismus aufzurichten bestrebt war. In der Errichtung des ukrainisches Staates ist jetzt das Mittel gefunden, den russischen Druck auf die Dauer zu beseitigen. Es ist daher zu hoffen, daß endlich auch von unserer Diplomatie erkannt werden wird, wie falsch es war, immer wieder auf den russischen Sonderfrieden zu hoffen, statt unentwegte die Partei der Fremdvölker zu unterstützen. Auch jetzt darf es keinen Rückfall in dieser Politik geben. Denn von Finnland im Norden über die baltischen Provinzen, Litauen, Polen bis hinunter zur Ukraine handelt es sich immer wieder nur um dieselbe Frage: Deutschland muß als Freiheitsbringer die östlichen Probleme erfassen und lösen.

Digitized by Google

Türkenspiegel

Von Walther Reinhardt

Der Verfasser hat als Verbindungsoffizier bei einer osmanischen Division in Galizien gestanden.

Wer bei türkischen Sendtruppen in Galizien, Mazedonien oder Rumänien gestanden und seine Zeit recht genutzt hat, dem ist dort mehr Einblick in türkisches Militärwesen, türkische Organisation, türkisches Denken und Trachten — mit einem Wort: in die türkische Seele — geworden, als den vielen, die in Konstantinopel nach der Erkenntnis des Türkentums streben. Die Hauptstadt ist ein europäischer, durchaus internationaler Annex des osmanischen Reiches, ein Außenposten, fern von den Wurzeln der türkischen Kraft und ganz und gar von westeuropäischen Einflüssen beherrscht, die hoffentlich mehr und mehr von mitteleuropäischen verdrängt werden. In Galizien, Mazedonien, Rumänien waren die Türken unter sich, jedenfalls mehr als in der Hauptstadt des Reiches. Türkische Strategie konnte man freilich dort nicht studieren, dazu waren die zu den deutschen Armeen entsandten Verbände zu klein. Aber die Türken als Soldaten, als Menschen, als Waffenbrüder, als fromme Muselmanen, als Gastrecht übende und empfangende Freunde — die konnte man bei den Sendtruppen an den europäischen Fronten besser kennen lernen, als irgend anderswo. Hier präzisierte sich osmanische Eigenart, stellte sich bildhaft dar wie in einem Rahmen, hob sich plastisch ab, wie auf einen Sockel erhöht. In Galizien, Rumänien, Mazedonien lernte, wer sich aufs Lernen versteht, in eindruckvollster Deutlichkeit unsere türkischen Bundesgenossen kennen.

*

Es ist eine ausgemachte Tatsache, daß jeder Deutsche seine Orientfehler machen muß. Es geht damit offenbar wie mit gewissen Kinderkrankheiten, nur sind sie noch unausweichlicher, unausbleiblicher. Moltke, von der Goltz, Else Kamphövener haben Prophylaxen versucht, haben darüber Beherzigenswertes gesagt und geschrieben; aber der Erfolg ihres Mühens war gering. Es scheint fast ein ehernes Gesetz, daß der Deutsche sich erst seine westländischen Hörner in oft schmerzhafter Weise abstoßen muß. Hat er das getan, so ist er — — reif zur Abberufung, da er seine Untauglichkeit für den Osten dargetan? Weit gefehlt! Dann gerade ist er für den Orient und im besonderen für dir Türken brauchbar und geschickt, ist er erst orientverwendungsfähig. Denn nun hat er gelernt, wie er es nicht anfangen darf, und dieser negative Weg ist, wie Erfahrung lehrt, der einzig mögliche, der einzig richtige.

*

Der Deutsche, der in amtlichem Auftrage nach dem Osten kommt, hält sich zunächst für eine Art Halbgott. „Ihr könnt mir ja doch nichts vormachen", ist seine ständige reservatio mentalis. Nun, der Halbgott findet zu seinem Staunen eine sehr kühle

Digitized by Google

Aufnahme, erlebt eine Enttäuschung nach der anderen, kehrt sich entrüstet von denen ab, in welchen er Freunde zu sehen gewillt war, erstrebt und erreicht binnen kurzem seine Heimversetzung.

Aber die Türken sind doch so kühl, und so unbegreiflich zurückhaltend, und oft so beleidigend mißtrauisch? Daran ist etwas Wahres, aber es ist unsere Schuld, wenn sie so geworden sind. Und sie sind es nur für einige Zeit: die Rinde von Mißtrauen, Kühle, Zurückhaltung, mit der sich der Türke teils aus Tradition, teils aus Vorsicht, die seiner Natur angeboren ist, umgibt, will durchbrochen sein. Was sich dann unter der Rinde findet, das sind gute, treue türkische Herzen, die durchaus westländischer Freundschaft und Zuneigung würdig sind. Ein letzter Rest von Fremdheit bleibt freilich wohl immer bestehen: ganz und gar werden wir die Orientalen nie begreifen lernen, dazu ist ihre Blutmischung von der unseren zu verschieden. Aber was schert uns dieser letzte kleine Rest von einem Gut, wenn wir uns im sicheren Besitz von dessen größtem und bestem Teile wissen?

*

Eines der festesten Bande zwischen uns und dem osmanischen Reiche und eine der sichersten Bürgschaften für türkische Treue erblicken wir in der Verehrung der Türken zu unserem Kaiser und seinem Hause. Diese Verehrung hat etwas kindlich Vertrauendes, etwas Gläubiges beinahe. Die Türken vergessen es dem Kaiser nie, daß er bei seiner Orientreise dem ganzen Islam Ehrerbietung und Freundschaft gezeigt hat. Zu Kaisers Geburtstag 1917 sagte mein türkischer Divisionskommandeur, ein tüchtiger 35jähriger Oberstleutnant, bei Tisch in seiner Festrede: „Wir lieben Ihren Kaiser mehr, als wir mit Worten sagen können. Wolle Deutschland doch an die Ehrlichkeit unserer Gefühle glauben. Ihres Kaisers Freude ist auch unsere Freude, sein Leid unser Leid. Möge Allah ihn schützen, ihm und uns Freude geben, ihn und uns vor Leid bewahren."

Wie die Türken sich gemütsmäßig ihrer eigenen Monarchie gegenüber eingestellt haben, ist für den Fremden schwer zu erkennen. Sie zeigen da große Zurückhaltung, nur in offiziellen Reden und Gebeten wird der Padischah genannt. Bei vielen ist jedenfalls der Glaube an die Gottgesandtheit des Fürsten fest und unverrückbar trotz der Erschütterungen, die solcher Glaube durch die Revolution erfahren mußte. Seltsamerweise genießt auch noch der alte entthronte Sultan ein beträchtliches Maß von Verehrung, sogar bei Offizieren und Politikern, die offen die Fahne der Rebellion gegen ihn getragen haben. Ein Major von der Feldartillerie, der als begeisterter Jungtürke bei den Anfängen der Bewegung stark hervorgetreten ist und beim ersten Aufstand, damals als Batteriechef, die Rohre seiner Kruppschen Kanonen auf den Sultanspalast gerichtet hat, sprach von ihm in Worten höchster Achtung, ist aber dabei zugleich der treueste Gefolgsmann Enver Paschas und der neuen osmanischen Majestät. Söhne des entthronten Sultans stehen im türkischen Heere, genießen prinz-

Digitized by Google

liche Ehren und kommen durchaus im prinzlichen Tempo vorwärts. Die revolutionäre Türkei hat sich offenbar wieder ganz mit dem monarchischen Prinzip ausgesöhnt.

*

Wer die Türken im Kampfe gesehen hat, weiß, daß sie tapfer sind. Sie sind mehr als tapfer: draufgängerisch bis zur Tollkühnheit. Ihr Ungestüm im Angriff ist prachtvoll, unwiderstehlich, und mit Handgranate und Messer sind sie vielleicht die besten Soldaten der Welt. Der Fatalismus hilft dabei: „Hat Allah mir bestimmt zu fallen, so falle ich, mag ich tapfer sein oder feige; also doch lieber Tapferkeit zeigen, mir selber und den Brüdern zum Ruhm." Nur dem Artilleriefeuer scheinen ihre Nerven, trotz alles Fatalismus, nicht ganz gewachsen zu sein. Darin allein, daß diese schlichten Söhne der Natur nicht verstehen, was da unsichtbar, mit sinnlos vernichtender Gewalt auf sie einstürmt, daran allein kann es wohl nicht liegen. Denn selbst der einfachste türkische Soldat ist militärisch nicht ganz unbewandert, hat durch soldatische Schulung eine gewisse Kenntnis von der Artillerie und ihren Wirkungen (und der türkische Soldat gibt, nebenbei bemerkt, einen recht guten Artilleristen ab). Das technische Interesse ist bei dem türkischen Soldaten, Offizier und Mann, sogar besonders ausgeprägt: ich habe oft bewundert, wie sie z. B. über die Zusammensetzung der Geschütze bis in die kleinste Einzelheit aufs genaueste unterrichtet waren und zwar auch, was besonders bemerkenswert ist, Offiziere bis zu den höchsten Stellen hinauf, die sich eigentlich für Geschütztechnik nicht mehr zu interessieren brauchen. Es scheint mehr Nervensache zu sein: je komplizierter die einzelnen Vorgänge des Krieges sind, um so kompliziertere Nervensysteme gehören dazu, sich ihnen seelisch gewachsen zu zeigen.

Wenn die Türken vielleicht dennoch nicht immer im Kampfe die Ergebnisse erzielt haben oder erzielen, die man bei ihrer Tapferkeit erwarten sollte, so hat das seinen Grund u. a. darin, daß das türkische Kämpfervolk in den Kriegen des letzten Jahrzehnts entsetzliche Opfer hat bringen müssen. Der eigentliche Soldat der Türkei, der Krieger par excellence, ist der kleinasiatische Anatolier. Von dem Blutzoll, den dieser Stamm in den letzten Jahren bezahlt hat, können wir uns schwer eine Vorstellung machen: ihr ungestümes, selbstmörderisches Draufgängertum hat die wehrfähigen Anatolier fast zur Hälfte aufgerieben. Solche Aufopferung der Kriegerkaste lähmt und schwächt ein Volk. Ein türkischer Divisionskommandeur, in dessen Stab ich kurze Zeit stand, bekam von seinem deutschen Nachbardivisionär, einer alten, im königlichen Dienst ergrauten Exellenz, bei dessen Versetzung einen Abschiedsbrief, in dem es u. a. hieß: „Ich habe, lieber Herr Oberstleutnant, die Tapferkeit Ihrer Leute wahrhaft bewundern gelernt. Wenn Ihre braven Soldaten noch lernen, sich zu decken, wo es nottut, sich ihr Leben so lange als möglich zu erhalten, um es dann rücksichtslos einsetzen zu können, wenn es der Augenblick erfordert — wenn sie erst einmal dies gelernt haben werden, dann werden sie den besten Soldaten der Welt ebenbürtig oder gar überlegen sein." Das waren kluge Worte, die ihre Wirkung nicht verfehlten.

Digitized by Google

Viel Anerkennung und leise Mahnung, das ist der Weg, auf dem etwas erreicht werden kann ohne Verletzung türkischen Stolzes und türkischer Empfindlichkeit.

Der Türke ist noch zu sehr Naturkämpfer, Krieger. Aber die junge Türkei arbeitet daran, aus ihren Kriegern Soldaten zu machen.

Bei den Offizieren verbindet sich Tapferkeit mit einer bewundernswerten Tatenfrische und Freude an der Initiative. Mit unserem Korpskommandeur in Galizien suchte ich im Januar 1917 die neu zu bauende zweite Stellung aus, die in den Sommermonaten des vergangenen Jahres zu Ehren gekommen ist. Dabei war es wahrhaft vorbildlich, wie er seine Gesichtspunkte für die Anlage der neuen Grabenlinie geltend machte und begründete, wie er stets das Wesentliche zu erkennen und in den Vordergrund zu rücken wußte, wie er selbst jeden Augenblick auf der feuchten Erde und im Schnee lag, um das Schußfeld, wie es sich vom Graben aus den Infanteristen darstellen würde, vor Augen zu haben. Ein Mann, mit dem sich glänzend arbeiten ließ. Sein Untergebener, mein Divisionskommandeur, ließ es sich nicht nehmen, alle paar Monate selbst im Schützengraben ein paar Tage und Nächte auf Posten zu ziehen, möglichst in kalten oder regnerischen Nächten und an den meist gefährdeten Stellen der Front. Man kann natürlich darüber streiten, ob derartiges zu den Aufgaben eines Divisionärs gehört, und es liegt mir fern, das Verfahren zur Nachahmung empfehlen zu wollen — jedenfalls macht es aber dem Eifer und der persönlichen Dienstauffassung eines Mannes, der sich in hoher Stellung freiwillig solcher Mühsal unterzieht, alle Ehre. Auch der praktische Wert solcher für unseren Geschmack vielleicht allzusehr als kriegerische Geste wirkenden Unternehmungen darf nicht ganz gering veranschlagt werden. Wer möchte bezweifeln, daß ein hoher Offizier, der selbst „Wachen klopft", den Grabendienst in seiner Schwere und Eintönigkeit ganz anders kennen lernt, als der gutgekleidete, allen Gefahren so ziemlich entrückte Herr im Divisionsstabsquartier? Und welcher Gewinn an Kenntnis der Mannschaft und ihrer Denkweise, welche Ausbeute an kleinen soldatischen Erfahrungen kann ein Lernbegieriger (zumal ein lernbegieriger Türke!) bei solchen Exkursionen ins gemeine Soldatentum einheimsen! Der Offizier, von dem ich spreche, pflegte in sehr fesselnder Weise von seinen bei solcher Gelegenheit gemachten neuen Erfahrungen zu erzählen. Ein kleines Beispiel, das ein helles Schlaglicht auf türkisches Selbstbewußtsein wirft, sei hier angeführt. Er war mit einem gemeinen Soldaten an bedrohter Stelle zwei Dutzend Meter vor dem russischen Graben auf Posten gezogen und hatte den Mann mit einiger Mühe überzeugt, daß er wirklich der firka-kommandant, der Divisionskommandeur, und nicht etwa ein Subalternoffizier sei. „Ich fragte den Soldaten: ‚Sag mir nun, wenn jetzt die Russen kommen und uns angreifen, wer von uns wird tapferer sein, ich, der Divisionär, oder du, der Soldat Ibrahim?' Der Mann besann sich einen Augenblick und sagte ruhig: ‚Ich.' Ich wunderte mich über diese Antwort: ‚Wieso weißt du das, mein Sohn? Du siehst, auch ich habe ein Gewehr und Handgranaten und werde

Digitized by Google

mich wehren so gut wie du, wenn sie kommen, und du weißt nicht, wie tapfer ich sein und wie gut ich schießen werde.' Der Soldat überlegte wieder und sagte dann langsam, fast feierlich: ‚Niemand auf der Welt ist tapferer als ich!' Sehen Sie, mein lieber deutscher Freund, diese Antwort hat mich stumm, aber (kann man so sagen?) fröhlich stumm gemacht."

Das ist so recht der türkische Soldat: ohne alles Maß im Glauben an sich selbst, aber auch fast unüberwindlich in diesem Glauben und durch ihn. Der Mann, der so sprach, war ein einfacher anatolischer Bergbauer, jedenfalls, aber auch Offiziere sind, was die Denkweise und das Selbstbewußtsein betrifft, davon nicht so sehr verschieden. Auch dafür ein kleines Beispiel: Der erste Generalstabsoffizier (die Türken sagen Generalstabschef) unserer Division, ein kleiner, 28jähriger Major, sehr intelligent und energisch, aber auch unglaublich eingebildet, wurde auf seinen Wunsch nach Mazedonien versetzt, um dort die Führung einer kleinen selbständigen Truppenabteilung zu übernehmen. Von dort schrieb er im ersten Brief: „Ich habe hier ein gemischtes Detachement aller Waffen, 3 Bataillone, 1 Schwadron, 2 Batterien, ein ganz kleines Detachement also nur, aber vorzüglich an Ausbildung und Tapferkeit, ein richtiges Nasim-Detachement." Er hieß nämlich Nasim und diese Bezeichnung mit seinem eigenen Namen war in seinen Augen das höchste Lob, das er seiner Truppe erteilen konnte. Man mußte, um es glauben zu können, selbst gesehen haben, wie der kleine unscheinbare Mann allein mit den Augen seine Untergebenen in Schach und Botmäßigkeit hielt: die Offiziere zitterten geradezu vor ihm. Dabei hätte er, in Zivilkleidung nach Berlin oder München versetzt, einem kleinen Friseurlehrling oder Portokassenverwalter nicht unähnlich gesehen.

*

Von den Anatoliern, dem türkischen Kriegerstamm par excellence, war schon oben die Rede. Das ihrer Tüchtigkeit gespendete Lob schließt ein Rühmen auch der anderen Stämme nicht aus, die unter türkischen Fahnen fechten. Es sind nach Art, Rasse und Sprache sehr verschiedenartige Völkerschaften, wie schon die bloße Aufzählung der wichtigsten zeigt: Albanier, Mazedonier, Kankasier, Kurden, Tataren, Levantiner, Araber, wobei der letztgenannte Stamm wohl der zahlenmäßig stärkste ist. Die Türken fühlen sich ihnen gegenüber als das Herrenvolk: Albanier und Mazedonier sind ihnen gerade dazu recht, ihre gelichteten Reihen zu füllen; von den Kaukasiern holen sich die Türken — besonders Offiziere und Beamte — mit Vorliebe ihre Frauen und erzielen aus der Blutmischung einen besonders schönen, hochgewachsenen Menschenschlag; Kurden, Tataren, Levantiner sind ihnen ein Gegenstand der Verachtung, die Araber fürchtet er ein wenig. Es scheint, daß die Größe des arabischen Stammes für die türkische Vorherrschaft etwas Bedrohliches hat. Das Selbstbewußtsein der Araber ist dem der Türken fast noch überlegen. „Die Türken sind ein großes Volk, die Deutschen sind größer, das größte aber sind die Araber," — sagte mir ein hoher Offizier,

Digitized by Google

den jeder Kundige ſofort an den ſchönen, ein wenig wilden ſchwarzen Augen als Araber erkennen konnte. Sonſt iſt der Stamm unter den höheren Offizieren nur ſelten vertreten. Die Beziehungen zwiſchen Türken und Arabern entbehren nicht der Schwierigkeiten und wollen mit großer Vorſicht angefaßt ſein. Europäiſche Hände können und dürfen da nicht eingreifen...

Überhaupt ſcheint dies die kritiſche Seite bei dem deutſch-türkiſchen Freundſchaftsverhältnis: das deutſche Beſtreben, die Osmanen anzuleiten in der Abſicht, ihnen zu helfen, geht oft zu weit. Mit etwas weniger Eifer wäre da mehr zu erreichen. Wir ſollten von der türkiſchen Ruhe und Zurückhaltung lernen und uns gerade den Türken gegenüber bei aller Liebenswürdigkeit, die keinesfalls zu entbehren iſt, größerer Reſerve befleißigen. In Galizien ſtand bei dem dortigen türkiſchen Korps als Verbindungsoffizier ein deutſcher Generalſtabsmajor, Graf W., der es in geradezu vorbildlicher Weiſe verſtand, durch rechte Paarung von Liebenswürdigkeit und Zurückhaltung Zuneigung und reſtloſes Vertrauen der Türken zu gewinnen. Leider kommen auf einen ſolchen Herrn, der ſeine Sache verſteht, viele andere weniger glücklich Begabte, die es als ihre Aufgabe zu betrachten ſcheinen, die deutſch-türkiſchen Beziehungen zu erſchweren. Und die ihre Stellung dazu benutzen, nach Kräften dahin zu wirken, daß türkiſches Mißtrauen gegenüber der deutſchen Freundſchaft wachgehalten wird.

Ein Wunſch richtet ſich unter dieſen Umſtänden auch an die Adreſſe der Osmanen: möchten ſie bei allen Fehlern, die noch immer gemacht werden, unſeren guten Willen nicht verkennen!

Erſatz unſerer Menſchenverluſte

Von W. Claſſen, Hamburg

Der Krieg traf in den Städten auf eine Jugend hochgezüchter Raſſe — z. T. altes Bürgertum, vor allem aber das erſte Geſchlecht von landgeborenen Eltern, ſowohl im Mittelſtande, wie in der oberen Arbeiterſchaft, und in dieſer Jugend war in den letzten Jahren von dem Kriege eine Fülle von Schwung und reinem Willen.

Die Verluſte dieſer Jugend ſind in den Turn- und Jugendvereinen zu erkennen. $^1/_5$ — $^1/_4$ aller Ausgezogener ſind tot; darunter ſtets die Begabteſten und die Edelſten, Die Führernaturen ſind dahin.

Kann die Stadt dieſe Verluſte erſetzen? Nein. Warum nicht?

Jene Jugend von Schwung und Idealismus iſt, ſoweit ſie von ſehr feiner Blutmiſchung iſt, auch ſehr fein organiſiert und nicht ſehr dauerhaft; und ſie entſtammt meiſtens kinderarmen Familien. Jüngere Geſchwiſter ſind ſehr oft nicht mehr da.

In den höheren Schulen heißt es: Die Jugend ſoll geſchont werden; wenn ſie

Digitized by Google

Goldgeld sammelt, zur Jugendwehrparade auftritt, — so wird sie besonders belobt Versetzungen werden so viel wie möglich erleichtert. Also Verweichlichung des Nachwuchses und Rückgang der wissenschaftlichen Tüchtigkeit!

Jetzt wird das zweite stadtgeborene Geschlecht groß. In einigen gutgestellten Familien ist auch diese Jugend nach Verstand und Charakter glänzend veranlagt. Aber in Mittelstand und Arbeiterschaft wird dieses zweite Geschlecht phantasiearm, nervös, oberflächlich, — bestenfalls geschäftsklug. In London bin ich 1900 erschrocken über die Massenunbegabtheit der Arbeiterbevölkerung. Die Entwicklung dahin habe ich bei uns seitdem miterlebt. Je dichter die Bevölkerung, um so weniger und um so geringwertigere Kinder.

Vor dem Kriege war neben dem Schwung in gewissen Kreisen der Jugend in anderen ein bewußtes Zerreißen aller Sitte und anarchistisches Abstreiten jeder sittlichen Weltordnung und dazu eine geschlechtliche Verwilderung eingerissen, — um die Städte an den Sonntagen sah es grauenhaft aus. Sie haben die Geilheit des „Tanzbodens in den Wald verlegt" sagte mir ein junger empörter Gewerkschaftler. Wird der Krieg das ausgerottet haben? Aber jedenfalls Sitte, Tradition, die völlig fort waren, werden auch noch nicht wieder da sein.

Gegen all dies nützen Säuglingsfürsorge, Jugendpflege nicht. Und viele gut gedachte Maßnahmen der Behörden zur Volkspflege werden wirkungslos bleiben ohne Aktivität des Volkes selbst.

Etwas helfen kann noch Gesundes zu erhalten folgendes: etwa einen Teil der städtischen Arbeiterschaft in Häuschen mit Gemüseland ansiedeln und viel Schrebergärten. Darin organisiert das Volk sich schon selbst genossenschaftlich. Aber gewonnenes Gelände darf nicht alle 5 Jahre der Bauspekulation wieder zufallen. Dann hat es gar keinen Wert!

Woher kommt aber Gesundes?

Aus dem freien Dorf.

Es ist ein großer Unterschied in der städtischen Bevölkerung. Das Rittergut liefert wohl gesunde Menschen; aber das Gut ist heute notwendig geschäftliches Unternehmen, darum meist keine Heimat für die Arbeiterfamilie, weil der Übergang aus dem patriarchalischen vorkapitalistischen Zustand zu einem neuen meist noch nicht gefunden ist. Gutsarbeiter wechseln ihre Brotstelle z. T. häufiger als manche Arbeiter in gut organisierten Industriebetrieben. Endlich landet die Gutsarbeiter-Familie ohne Sitte und Tradition in der Stadt, wirft die sehr niedrige religiöse Bildung schnell ab. Dazu kommt ein anderes: die Güter ziehen östliche Bevölkerung an sich, diese wandert weiter in die Stadt. Das sind Menschenarten, die niemals unsere deutsche Kultur tragen können, z. T. ein sehr unbegabter Typ, schon äußerlich deutlich erkennbar — z. T. begabt, dann aber leidenschaftlich, so daß dieser Typ unsere genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensformen zerreißt.

Digitized by Google

Aus diesem Zugang entsteht eine Masse, an der jede Organisations- und Erziehungsarbeit verzweifeln möchte.

Vielleicht würden diese Menschen etwas vorkultiviert und überhaupt wurzelfester und heimatlicher werden, wenn auch das Katendorf des Rittergutes seine kleine Selbstverwaltung und gewisses eigenes Leben hätte.

Vorläufig kommt fast alle Kraft der Stadt aus den Bauerndörfern. Die Bevölkerung der Dörfer sendet der Stadt Männer und Frauen mit geistiger und sittlicher Kraft. Hier ist der Boden, wo das deutsche Volk wächst. Fast alle führenden Köpfe und Charaktere der Stadt sind Urenkel des freien deutschen Dorfes.

Die Stadt hat ja doch mehr sittliche Kräfte bester Art als es nach diesem Bericht scheinen möchte, — einiges, aber der Zahl nach wenig, ist altes Handwerker- und Bürgertum, das meiste sind die Dorfgeborenen.

Aber die Stadt braucht Menschen auf —, in allen Jahrhunderten, — die moderne Stadt frißt reißend die Menschenkraft.

Sollen nun jetzt die furchtbaren Verluste ersetzt werden, so kann das die Stadt nicht leisten. Also brauchen wir mehr Dörfer. — Dörfer mit einem Kern von Bauernstellen, durch Erbrecht vor Zerstückelung und Zusammenkauf gesichert, darum die kleine Bevölkerung von Handwerkern und Arbeitern mit eigenem Haus und Garten; für diese bedarf es auch eines gewissen Teils beweglichen Landes. —

Und dies Dorf durch reife Männer aller Stände sich selbstverwaltend, damit es in seinen Angelegenheiten weltlicher und kirchlicher Art allen eine Heimat sei.

Daraus wandert gut erzogen und mutig eine überzählige Jugend aus, die Kraft eines gesunden Volkes, Nachwuchs für die Kulturarbeit, in welcher die feinere Menschenkraft immer aufs neue verzehrt wird.

Die Entwicklung der Psycho-Technik in Deutschland während des Krieges

Von Dr. Curt Piorkowski, Berlin

Wie kaum eine andere Wissenschaft ist die angewandte Psychologie während dieses Krieges aufgeblüht. Das ist nicht Zufalls-Erscheinung: Hat doch der Krieg mit seinem Menschenverbrauch und seinen differenzierten Anforderungen erst die Wichtigkeit dargetan, mit Menschenkräften nicht verschwenderisch und planlos umzugehen, sondern sie möglichst zweckmäßig auszunutzen. Bisher befaßte sich nur die Pädagogik praktisch mit der exakten Psychologie; jetzt kommen drei neue Fragen hinzu: für welchen Beruf eignet sich ein Mensch am besten? (Berufs-Eignungsproblem); wie ist für die viele vernichtete Intelligenz Ersatz zu finden? (Begabtenauswahl); welche Heilungsmöglichkeit gibt es für Kopfverletzte und sonstige Nervenbeschädigte? (Psychische Übungs-Therapie).

Digitized by Google

Die erste Fragestellung geht von dem voriges Jahr allzufrüh verstorbenen Prof. Hugo Münsterberg aus, der 1911 in seinem Buche „Psychologie und Wirtschaftsleben" erstmalig den Zusammenhang zwischen diesen beiden großen Gebieten herausarbeitete und 1915 in seiner „Psychotechnik" das gesamte Gebiet der angewandten Psychologie systematisch darzustellen suchte. Münsterberg, ein Deutscher, der an der amerikanischen Harvard-Universität wirkte, hatte schon als Austausch-Professor in Berlin durch seine Vorlesungen über angewandte Psychologie rege Beachtung gefunden. Gleichzeitig griffen in Deutschland Weber und Moede (Zur Psycho-Physik der Arbeit) und Piorkowski in seinen „Beiträgen zur psychologischen Methodologie der wirtschaftlichen Berufseignung" (Leipzig, Ambrosius Barth, 1915) das Problem auf. Praktisch verwertet wurden indes diese Versuche und Vorarbeiten erst durch die deutsche Heeresverwaltung, bei der besonders die technischen Truppen, und unter diesen zuerst die Inspektion des Kraftfahrwesens, erkannte, wie notwendig eine vorherige Auswahl des auszubildenden Menschenmaterials war.

Die Kernfrage des Berufseignungsproblems läßt sich durch die Gleichung ausdrücken: „Für jede spezielle Tätigkeit den hierfür besonders geeigneten Mann." Man wird also nicht mehr wahllos unter dem Ersatze herumexperimentieren, sondern von vornherein die geeigneten Kräfte zu erfassen suchen. Dafür ist zuerst eine möglichst genaue Feststellung der Eigenschaften, die ein Beruf erfordert, notwendig. Hat man diese genau erfaßt und festgelegt, so gilt es dann, die experimentellen psychologischen Methoden zu finden, mit denen man ein Vorhandensein oder Fehlen der geforderten Eigenschaften eindeutig feststellen kann. Ein Werturteil, d. h. ein „Bessersein oder Schlechtersein" ist, wie schon Münsterberg hervorhob, mit dieser Feststellung *nicht* verbunden, sondern nur ein „Anders-sein". Ein tiefer Denker wird z. B. selten ein guter Flugzeugführer sein, da es bei dem Fliegen auf etwas ganz anderes, auf Geistesgegenwart, Entschlußschnelligkeit, Ruhe und Ausdauer ankommt. Dennoch wird kein Mensch behaupten, daß ein zum Fliegen ungeeigneter Forscher an und für sich von minderer Qualität sei. Nur die gerade für diese spezielle Tätigkeit nötigen Eigenschaften besitzt er nicht.

Es ist aus militärischen Gründen z. Zt. leider noch nicht möglich, die von Moede und dem Verfasser für die Erkennung der Eignung zum Kraftfahrerdienste ausgebildeten Methoden öffentlich bekannt zu geben. Dagegen sei darauf hingewiesen, wie verschieden auch die Anforderungen sind, die in den einzelnen industriellen Tätigkeiten von dem Arbeiter verlangt werden. Die eine Tätigkeit bedarf einer dauernd gleichmäßigen Einstellung der Aufmerksamkeit ohne irgendwelches Abschweifen der Beobachtung (Webstühle usw.). Die andere verlangt blitzschnelle Reaktion in einem gewissen haarscharf abzugrenzendem Momente, während die Aufmerksamkeit in der Zwischenzeit verhältnismäßig wenig angespannt ist (Stahlguß, Glasbläserei, gewisse chemische Prozesse usw.). Ohne weiteres ist klar, daß hier zwei ganz verschiedene

Digitized by Google

Typen von Menschen in Frage kommen, die man in der angewandten Psychologie gut durch Reaktionsmessungen bei gleichzeitiger verschiedenartiger mehrdimensionaler Beanspruchung der Aufmerksamkeit der Prüflinge feststellen kann. So kommt für das gesamte Verkehrsgewerbe wie für eine größere Anzahl industrieller Prozesse vor allem die Feststellung der verschiedenen Aufmerksamkeits- und Reaktionstypen in Frage. Aber auch Widerstandsfähigkeit gegen Ermüdung und geringe Schreckhaftigkeit sowie gute Übungsfähigkeit bilden ein wesentliches Merkmal vieler derartiger Dispositionen. Daneben kommen für verschiedene gewerbliche Prozesse noch ganz besondere psychophysische Funktionen, wie Feinheit der Gelenkempfindung, genaues Abschätzen von Helligkeiten oder Raumstrecken, sowie ähnliche derartige Elemente in Frage.

Daß ein Färber beispielsweise besondere Feinheiten in der Unterscheidung von Farbtönen, die man mittels eines variierbaren Farbkreisels genau feststellen kann, besitzen muß, mag als ein besonders drastisches, weil selbstverständliches Beispiel nebenbei erwähnt werden.

Für jede spezielle Tätigkeit muß nun gesondert festgestellt werden, welche Eigenschaften sie erfordert. So lassen sich selbst in psychologisch einander so nahestehenden Tätigkeiten, wie sie das Verkehrsleben („Lenkerberufe") in sich birgt, nicht einfach die Methoden von einem Zweig auf den andern übertragen. Beispielsweise hat die Sächs. Staatseisenbahnverwaltung, deren Präsident Dr. Ulbricht kürzlich die Prüfung sämtlicher Lokomotivführeranwärter nach psychologischen Methoden eingeführt hat, nicht einfach die Methoden der Kraftfahrereignungsprüfung übernehmen können, sondern hat mit Hilfe des sächsischen Baurates Dr. Schreiber die mannigfach abweichenden Verhältnisse des an die Schienen gebundenen Eisenbahnwesens berücksichtigen müssen die auch psychologisch teilweise eine andere Einstellung bedingen. Auch die von Prof. Stern, Hamburg, angewandten Methoden zur Prüfung von Straßenbahnführerinnen bieten wieder ein anderes Bild.

Was für große Ersparnisse durch Verhütung von Unglücksfällen im Verkehrsleben oder durch einen erhöhten Arbeitseffekt im industriellen Leben durch eine richtige Menschenauswahl hervorgerufen werden, liegt auf der Hand. Diese Berufseignungsfragen berühren sich zwar mit dem allbekannten Taylorsystem, sind aber keineswegs mit demselben identisch. Das Taylorsystem sucht durch höchstmögliche Rationalisierung der Arbeit und der Arbeitsgegenstände eine möglichst große Leistung aus den zufällig vorhandenen Arbeitskräften herauszuziehen, während die Berufseignungsbewegung es sich zur Aufgabe gestellt hat, von vornherein den richtigen Mann an den richtigen Platz zu bringen, zum Wohle des Betreffenden selbst, wie der von ihm geleisteten Berufstätigkeit, die letzthin ja die Gesamtleistung der Nation bewirkt. —

Eng verknüpft mit der Berufseignung ist die Begabtenauslese; denn für fast alle höheren Berufe hängt die Frage der Berufsergreifung von einer entsprechenden Vor-

Digitized by Google

bildung ab. Somit ist für die Mehrzahl der höheren Berufe die Berufseignung letzten Endes eine Schulfrage.

Der Staat selber hat nun das dringendste Interesse, die großen durch den Krieg gerissenen Lücken in den Schichten der Intelligenz zu schließen; aber auch die soziale Gerechtigkeit erfordert den besonders Befähigten auch aus den mittleren und niederen Volkskreisen die Möglichkeit zum Aufstieg zu eröffnen. Dieser Aufstieg hat bisher nur, wenn auch im spärlichen Maße, in den freien Berufen, wie dem des Kaufmanns oder dem des Künstlers, stattgefunden, während der Staat, zu dessen Verwaltung die besten Köpfe unstreitig gerade gut genug sind, lediglich auf die Rekrutierung aus den Söhnen derjenigen Schichten angewiesen war, die die höheren Schulen sowie die Universitätsstudien und die großen Unterhaltungskosten während dieser Zeit bezahlen konnten.

Um diesen Zustand abzuändern, regen sich bei uns verschiedene Bestrebungen. Bahnbrechend war hier die Stadt Berlin, deren Stadtschulrat Dr. Reimann trotz aller Widerstände im vorigen Jahre folgende Organisation geschaffen hat:

Es sind in Berlin drei Schulen errichtet worden, die vorwiegend der Förderung besonders begabter Volksschüler dienen sollen. Zwei davon für Knaben und eine für Mädchen. Die Aufnahme in diese Schulen erfolgt nach Beendigung des vorletzten Volksschuljahres, so daß bei Knaben ein durchschnittliches Alter von 13 Jahren und bei Mädchen ein solches von 12 Jahren in Betracht kommt. Die Kinder erhalten außer freiem Schulgeld und freien Unterrichtsmitteln vom zweiten Jahre ab eine Erziehungsbeihilfe von 300 Mk. jährlich, die später durch Stipendien noch gesteigert werden dürfte. Einzige Bedingung der Aufnahme ist nebst der Zustimmung der Eltern hervorragende Begabung. Die Schüler werden dann auf dem Köllnischen Gymnasium in 6 statt in 9 Jahren zu den Zielen der Reifeprüfung geführt, wobei ihnen nach 2 Schuljahren noch die Möglichkeit der Wahl zwischen einem gymnasialen und einem realgymnasialen Oberbau gegeben ist. Auch die Schüler der Kaempf-Handelsrealschule erreichen in zeitlich abgekürztem Lehrverfahren die Ziele der Mittelschule mit besonderer Betonung der kaufmännischen Ausbildung und haben nach diesen 3 Jahren ebenfalls noch die Möglichkeit, die Ziele der Reifeprüfung zu erreichen, da auf die ersten 3 Jahre noch ein 3jähriger Oberbau mit Oberrealschulcharakter aufgesetzt ist.

In ähnlicher Weise findet auch in der Mädchenmittelschule am Grünen Weg ein zeitlich abgekürztes Lehrverfahren statt, wobei die Möglichkeit zum Übergang zu höheren Lehranstalten sogar bis zu einem etwaigen Studium hin gegeben bleibt.

So vereinigt die Berliner Reform auf diese Weise alle denkbaren Möglichkeiten. Sollte nun aber die ganze Einrichtung nicht ein Schlag ins Wasser sein, so müßte man eine Möglichkeit finden, wirklich die fähigsten Kinder diesen Anstalten zuzuführen. Welcher Maßstab konnte hier nun gelten? Sollte man jeder Schule einen Platz auf den neuen Begabtenschule zugestehen? Damit wäre man zu mechanisch von der

Digitized by Google

absolut willkürlichen Voraussetzung ausgegangen, daß die Begabungen immer und überall gleichmäßig verteilt sind. Es gab deshalb logischerweise nur den Weg einer vergleichenden objektiven Auswahl. Die Heranziehung der exakten wissenschaftlichen Psychologie war also nicht Geschmacksache, sondern war zwingend geboten.

Dr. Moede und der Verfasser wurden von der Stadt Berlin mit dieser Auslese betraut. Gemeldet waren ca. 320 Kinder, denen 35 Plätze auf dem Köllnischen Gymnasium, 35 Plätze auf der Kaempf-Realschule und zweimal 30 Plätze auf der Mädchen-Mittelschule gegenüberstanden. Ein erheblicher Teil der Kandidaten mußte deshalb ausscheiden.

Wir standen nun vor der Wahl, entweder mit kurzen Stichproben, wie es seinerzeit die französischen Forscher Simon und Binet bei der Ausscheidung von Schwachbefähigten getan hatten, die Auswahl durchzuführen, oder eine systematische und exakte Gesamtanalyse vorzunehmen.

Bei der großen Bedeutung, die diese Prüfungen für den ganzen weiteren Lebenslauf der Kinder haben, und bei der unvermeidlichen Einseitigkeit, die noch so gut erdachte Einzeltexte notgedrungen aufweisen, glaubten wir uns verpflichtet, den letzteren Weg zu wählen. Wir prüften also in drei Sitzungen von je ca. 4 Stunden Dauer nacheinander:

1. die Aufmerksamkeit und die Konzentrationsfähigkeit,
2. das Gedächtnis, und zwar sowohl für sinnlose wie für sinnvolle Stoffe, wie auch das unmittelbare, mittelbare und dauernde Behalten (letztes nach acht Tagen),
3. die Kombinationsfähigkeit, und zwar einmal die gebundene Kombination, dann die freie und die anschauliche,
4. Genauigkeit, Feinheit und Schärfe der Urteilsfähigkeit, und zwar an sachlichem wie an psychologischem Material,
5. Klarheit, Reichhaltigkeit und Weite des Begriffbereiches, und zwar sowohl des vorhandenen Bestandes wie der Bildung neuer Begriffe,
6. Anschauungs- und Beobachtungsfähigkeit an anschaulichem Material wie an technischen Modellen und in der Beobachtung von vorgeführten Prozessen.

Einige Beispiele mögen dies näher erläutern:

Bei der Prüfung des Gedächtnisses gaben wir beispielsweise einmal sinnloses Material dergestalt, daß wir den Schülern 12 zweigliedrige Reihen optisch darboten, bei denen jede Reihe nach dem Schema hor-wid, völ-mob usw. zusammengesetzt war, so daß also Erinnerungen an andere Worte oder dergleichen, die das Behalten hätten erleichtern können, möglichst ausgeschlossen waren. Die Kinder mußten nun, wie auch beim Vokabellernen einer Fremdsprache, das zweite Wort immer derartig lernen, daß sie nachher beim Abnehmen imstande waren, bei der Nennnng des ersten Wortes das dazugehörige zweite Wort richtig hinzuschreiben.

Während diese Leistung lediglich das mechanische Gedächtnis beanspruchte, konnte bei der Erlernung und dem Behalten von sinnvollem Material auch die Intelligenz zu Hilfe genommen werden, da die Beispiele so gewählt waren, daß sie kausale

Digitized by Google

Folgen darstellten. Sie waren nach dem Schema gebildet: „Sonne-, Wärme-Bad." Es wurde analog den Versuchen zur Feststellung des mechanischen Gedächtnisses beim Abnehmen dann von den Kindern verlangt, daß sie bei Nennung des ersten Begriffes die beiden dazugehörigen niederschreiben konnten. Durch ihre kausale Zusammengehörigkeit bildete diese Stichprobe naturgemäß schon keinen reinen Gedächtnisversuch mehr, sondern stellte den Übergang zu den Intelligenzuntersuchungen dar.

Bei diesen Intelligenzuntersuchungen prüften wir besonders ausführlich die Kombinationsfähigkeit. Wir gaben hier den Kindern einmal Texte, in denen zahlreiche Lücken waren, und stellten ihnen die Aufgabe, diese Texte sinngemäß zu ergänzen. Dies war natürlich nur dann möglich, wenn man sich in den Sinn der Geschichte hineingelebt hatte. Rein mechanisches Ergänzen führte keineswegs zum Ziele.

Neben dieser gebundenen Kombination prüften wir auch die freie, die sowohl der Schärfe und Klarheit des Denkens wie auch der Phantasie völlig freien Spielraum ließ. Wir forderten von den Kindern, zwischen drei gegebenen Begriffen bezw. Vorstellungen drei oder mehr prinzipiell verschiedene sinnvolle Zusammenhänge herzustellen, wobei wir natürlich den Prüflingen vorher an Vorbeispielen den Begriff „des prinzipiell Verschiedenen" hinlänglich klar machten.

Wenn man z. B. die Begriffe: „Spiegel-, Mörder-Rettung" gibt, so lassen sich zwischen dem Spiegel und der Rettung eine ganze Reihe verschiedenartiger Zusammenhänge herstellen, zu deren Auffinden keinerlei spezielle Kenntnisse, sondern nur scharfes Kombinieren gehört. Die nächstliegende Verbindung ist selbstverständlich die, daß der Bedrohte im Spiegel den heranschleichenden Mörder erblickt. Doch sind auch noch ganz andere Motive möglich: Ein heranschleichender Mörder kann beispielsweise an einen Spiegel stoßen und dieser durch sein Klirren den bedrohten Schläfer wecken, so daß jener sich retten kann. Oder der zielende Mörder wird durch einen reflektierenden Spiegel geblendet. Aber auch gefühlsmäßige Motive können verwandt werden. So kann beispielsweise der Mörder vor seinem eigenen, im Halbdunkel im Spiegel nur undeutlich sichtbaren Bilde derart erschrecken, daß er von der Ausübung der Tat absteht, sei es, daß ihn Schauder oder Gewissensbisse bei seinem eigenen Anblicke im Spiegel packen, sei es, daß er im Dämmerlichte sein eigenes Spiegelbild für das eines anderen hält Auch an die Entdeckung des heranschleichenden Mörders im klaren Wasserspiegel des ruhig daliegenden Waldsees durch den Bedrohten kann man denken usw.

Alle diese und noch andere Lösungen haben unsere wirklich befähigten Prüflinge auch gefunden. Die Schwachbefähigten hingegen fanden gewöhnlich nur die zuerst angeführte, weil nächstliegende Lösung und waren dann höchstens imstande, rein äußerliche Variationen dieses Motivs herbeizubringen, indem sie einmal den Bedrohten den heranschleichenden Mörder im Rasierspiegel erblicken, das andere Mal ihn im Spiegel eines Ladentisches sich widerspiegeln ließen usw. Hörten sie nach der Prüfung die verschiedenartigen Motive, die besser Befähigte gefunden hatten, so sahen sie die höhere Qualität jener Lösungen vollständig ein, aber selbst solche neuartigen Verbindungen aufzufinden, waren sie nicht imstande gewesen.

Um aber nicht einseitig die sprachliche Gewandtheit als Ausdrucksmittel der Kom-

Digitized by Google

bination zu erfassen, boten wir den Prüflingen auch solche Aufgaben, in denen sie anschaulich aus mehreren Elementen die richtige Kombination herauszufinden hatten.

Wir hatten zu diesem Zwecke ein großes papiernes Rechteck in eine Anzahl verschiedenartiger Teilfiguren zerschnitten und diese an einer Tafel angeheftet. Die Kinder hatten nun die Aufgabe, jene Teile im Geiste solange gegeneinander zu verschieben, bis wieder die ursprüngliche Form des Rechtecks hergestellt war. Richtig zusammengesetzt, paßten die Stücke natürlich genau so aneinander, daß wieder die ursprüngliche Form des Rechtecks herauskam. Auf diese Weise suchten wir, wie auch bei den anderen Versuchsgruppen, auch die im anschaulichen Denken besonders starken Köpfe zu ihrem Recht gelangen zu lassen. —

Besonders ausführlich prüften wir auch die Urteilsfähigkeit, und zwar einmal dadurch, daß wir den Kindern Fälle und Situationen zur Beurteilung vorlegten, in denen es galt, herauszufinden, was man am zweckmäßigsten in einer bestimmten Situation tun müsse oder welches die wahrscheinlichste Lösung zwischen mehreren zur Auswahl gebotenen darstelle, das andere Mal, indem wir Fälle gaben, in denen nur auf Grund guter psychologischer Einführung die richtige Lösung zu finden war. Letzteres prüften wir z. B. dadurch, daß wir den Prüflingen eine in ganz bestimmter Weise psychologisch gefärbte Erzählung vorlegten, die wir kurz vor ihrer Beendigung abbrachen und den Kindern nun die Aufgabe stellten, sie einfühlend zu Ende zu führen.

Es würde zu weit führen, wenn wir die zahlreichen Versuche, mittels deren wir die Konzentrationsfähigkeit, die Klarheit und Weite des Begriffsbereiches, sowie die Schärfe, Genauigkeit und kategoriale Einstellung der Anschauung und Beobachtungsfähigkeit genau mittels der Methoden der exakten Psychologie prüften. Näher beschrieben findet der Leser diese Versuche nebst ihren Resultaten und der gesamten Organisation der Berliner Begabtenschulen in unserem Buche: „Die Berliner Begabtenschulen, ihre Organisation und die experimentellen Methoden der Schülerauswahl" (Beyer & Söhne, Langensalza 1918).

Nur noch ein Wort über die Ergebnisse: Die Unterschiede in den Leistungen, die unsere Besten und unsere Schwächsten aufwiesen, waren erstaunlich groß. Es muß dies um so mehr überraschen, als sämtliche Prüflinge von ihren Schulen als hochbefähigt genannt worden waren und samt und sonders sehr gute Zensuren aufwiesen. Auch dies dürfte ein Beweis dafür sein, wie notwendig bei solchen Auswahlen hochbefähigter Schüler die Heranziehung experimentell psychologischer Verfahren ist. Für die Allerbesten trat freilich auch bei uns die Tatsache zutage, daß sie fast in allen Leistungen die führenden Plätze einnahmen, während die mittleren Schichten in fast allen Leistungsgebieten sehr schwankten.

Da nicht nur Berlin, sondern auch Hamburg, Frankfurt a. M. usf. ähnliche Einrichtungen wie Berlin treffen, dürfte diese Seite der angewandten Psychologie von ständig steigender Bedeutung werden. Dies gilt aber auch für das dritterwähnte Gebiet: der Diagnose und Therapie der Kopfschußverletzten und Gehirnbeschädigten. Es handelt sich dabei um die Feststellung der Art der psychologischen Schä-

Digitized by Google

den und ihre Therapie. Der Psychologe arbeitet hier mit dem Mediziner. Mannigfache Störungen, wie die des Gedächtnisses, der Sprache, der Fähigkeit sich zu konzentrieren und der allgemeinen Arbeitsfähigkeit gilt es dabei eindeutig festzulegen, sowie nach Möglichkeit zu heilen. Durch systematische psychologische Übung kann und wird in einer sehr großen Anzahl von Fällen voller oder wenigstens ziemlich vollständiger Gebrauch der geistigen Kräfte zurückerlangt werden. Ein langjähriges Studium vor allem der Erscheinungsformen und krankhaften Veränderungen des Gedächtnisses kommen dabei dem behandelnden Psychologen zu statten, so daß durch eine derartige Therapie des Arztes wesentlich unterstützt wird[1].

Es ist jedoch notwendig, darauf hinzuweisen, welche Gefahr der ganzen jungen Wissenschaft erwachsen kann, wenn Einseitigkeit zu einer falschen Wertung führt, zumal in der Frage der Berufseignung. In der Zeit der Demobilisation wird es gelten, große Massen ungelernter Arbeiter, Jugendlicher und Frauen, die bisher notgedrungen direkt von der Schulbank in die Kriegsbetriebe gegangen sind, sowie eine große Anzahl Kriegsbeschädigter neuen und für sie und die Allgemeinheit fruchtbaren Berufen zuzuführen. Hier richtig zu verfahren, ist unendlich wichtig. Jedoch darf man nun nicht in das Extrem verfallen, die Eignung *allein* ausschlaggebend zu machen, ohne an die Bedürfnisse der Volkswirtschaft zu denken. Nichts schadet einer an und für sich gesunden Bewegung mehr als Einseitigkeit, die alles zum Zerrbild gestaltet. Darum ist zu fordern, daß die gegenwärtig lebhaft erwogene Ausbildung der Berufsberater zum mindesten eine zwiefache sei: die betreffenden Personen müssen einerseits genau mit den Verhältnissen des Arbeitsmarktes und der Interpretation der Statistiken des Arbeitsmarktes vertraut sein, anderseits müssen sie auch eine umfassende Berufskunde und Einblick in die Anforderungen, die die einzelnen Berufe psycho-physisch stellen, sowie in die jeweilig notwendige Vorbildung und in die Fortkommensmöglichkeiten der fraglichen Berufe haben. Erst auf Grund dieser Voraussetzungen kann der Psychologe bezw. Physiologe mit gutem Gewissen einen positiven Rat erteilen. Vereint sich in letzterem gleichzeitig noch der praktische Volkswirt und der Berufstechniker in einer Person, so wird das dem Idealbild eines vollkommenen Berufsberaters entsprechen. Bis heute jedoch dürfte man dieses Zusammentreffen der gekennzeichneten verschiedenen Funktionen in *einer* Person nur in verschwindend wenig Fällen finden, so daß man notwendigerweise die Anforderungen, die man an die Berufsberater im allgemeinen zu stellen hat, auf die beiden erstgenannten Forderungen wird beschränken müssen. Wenn die Genannten dann in entsprechender Weise mit dem „Psychotechniker" zusammen, so wird das unter den heutigen Verhältnissen Erreichbare auch mit aller Wahrscheinlichkeit erreicht werden. Daß dabei der Eignung für die höheren Berufe ganz besondere Beachtung und ein eingehendes Studium zu

[1] Vgl. Molde, Untersuchung und Übung der Gehirnbeschädigten nach experimentellen Methoden. Langensalza 1917.

Digitized by Google

widmen ist, versteht sich bei der Länge der Vorbildung für die höheren Berufe und und ihre Bedeutung für das Gemeinschaftsleben ganz von selbst. Die neueren Arbeiten auf diesem Gebiete sind deshalb von ganz besonderem Interesse[1].

Randbemerkungen zum Reichsbank-Ausweis

Von Linter

Vor wenigen Tagen hat die Reichsbank ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1917 veröffentlicht. Wenn je, so verdient jetzt im Kriege dieses merkwürdige Institut, dieses Zwischending von staatlichem und privatem Unternehmen, die größte Beachtung, denn es ist nicht nur der eigentliche Mittelpunkt der Kriegsfinanzierung, sondern weit darüber hinaus sind ihre Maßnahmen von der größten Bedeutung für unser Ansehen nach außen, für unsere Valuta, und auch für die Preisbildung im Innern. Und trotzdem glauben wir den Lesern nicht Unrecht zu tun, wenn wir bei weitaus dem größten Teil eine weitgehende Unkenntnis der Verhältnisse der Reichsbank voraussetzen. Zu dieser wenig schmeichelhaften Bemerkung sehen wir uns dadurch veranlaßt, daß wir selbst in den Kreisen von Kaufleuten usw. oft den irrigsten Annahmen begegnen. Schon im Frieden hat ein junger Fachmann sich den Dank weiter Kreise verdient, als er eine kleine Broschüre schrieb „Wie liest man den Reichsbank-Ausweis?" Eine Broschüre über die Frage „Wie liest man den Reichsbank-Ausweis im Kriege?" wäre noch dankenswerter und notwendiger. Aus diesem Grunde hat der Schreiber dieser Zeilen vor etwa einem Jahr im „März" die Frage zu beantworten gesucht. Unter Anlehnung und Ergänzung an die damalige Ausführung sei die Frage nochmals kurz beantwortet. Zugrunde gelegt sei der Ausweis vom 31. März 1918, dem wir die entsprechenden Zahlen für die vier Jahr 1914/17 gegenüberstellen. Auf den ersten Blick schon fällt die geradezu unheimliche Steigerung der Zahlen auf.

Der Reichsbank-Ausweis am 31. März (alles in Millionen Mark)

Aktiva	1914	1915	1916	1917	1918
Metallbestand	1579	2378	2504	2547	2527
Darunter Gold	1260	2338	2460	2530	2409
Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine	59	563	945	381	1547
Noten anderer Banken	10	19	9	2	8
Wechselbestand, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen	1362	6859	8113	3597	16034
Lombarddarlehen	84	17	12	9	6
Effektenbestand	292	17	32	105	90
Sonstige Aktiva	220	226	324	1112	1958

[1] Vgl. hierzu die neuerdings von Stern & Lipman herausgegebenen „Abhandlungen zur Wirtschaftspsychologie". Leipzig 1918.

Digitized by Google

Passiva	1914	1915	1916	1917	1918
Grundkapital	180	180	180	180	180
Reservefonds	74	81	85	90	95
Notenumlauf	2428	5624	6988	8616	11978
Depositen	890	4037	4358	8405	9030
Sonstige Passiva	35	158	327	461	881

Wenn wir mit den „Aktiven" beginnen, so können wir da zunächst erfreulicherweise eine erhebliche Stärkung Metallgeldes feststellen, der von 1611 auf 2527 Millionen sich erhöhte, und zwar besteht im Gegensatz zum letzten Friedensjahr dieser Metallbestand fast ausschließlich aus Gold, wovon wir gegen damals annähernd eine Verdoppelung zu verzeichnen haben. Hier ist die Wirkung der eifrigen Goldsammlung zu beachten; ausschließlich hierauf gründet sich die Steigerung, denn aus dem Ausland ist uns per Saldo kein Gold zugeflossen, im Gegenteil, wir haben wohl gut und gern eine halbe bis dreiviertel Milliarde dorthin mehr abgeben müssen, als wir erhalten haben. Im letzten Jahre konnte die Goldsammlung nicht mehr ein genügendes Gegengewicht gegen diesen Goldabfluß bieten, und infolgedessen ist der Bestand heute niedriger, als vor einem Jahre. Hieraus möge man erkennen, wie wichtig auch weiterhin die Sammlungen sind, denn nach dem alten Bankgesetz, das zurzeit allerdings teilweise aufgehoben ist, sollen die Banknoten zu einem Drittel von Gold gedeckt sein. Daß neben Gold nur wenige 118 Millionen sonstige Metallvorräte bei der Reichsbank vorhanden sind, gegenüber 319 Millionen vor dem Kriege, weist auf den außerordentlichen Bedarf unserer Wirtschaft an Geldzeichen aller Art, aber auch auf das Silber-Hamstern hin.

Wir kommen zum zweiten Posten „Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine". Bis Kriegsausbruch hieß dieser Posten nur „Reichskassenscheine". Diese Reichskassenscheine waren bis zum 1. August 1914 das einzige Papiergeld, das Deutschland besaß. Unter Papiergeld versteht man im Gegensatz zur Banknote ein Geldzeichen, dessen Wert ausschließlich auf dem Kredit des Staates beruht, für das also nicht etwa wie bei der Banknote ein besonderes Pfand in Form von Metall oder Wechsel vorhanden ist. Bis zur Wehrvorlage gab es nur 120 Millionen dieser Reichskassenscheine, dann aber hat man im Zusammenhang mit der Stärkung des Goldvorrates im Juliusturm die Reichskassenscheine zunächst auf 240 Millionen und im Kriege sogar auf 360 Millionen erhöht. Von den in unserem Ausweis nachgewiesenen 1547 Millionen entfallen wohl nur wenige Millionen auf die Reichskassenscheine, der ganze übrige Rest ist im Verkehr. Somit dürften die 1547 Millionen fast restlos auf Darlehnskassenscheine entfallen. Diese sind eine reine Kriegserscheinung. Sie werden ausgegeben für Darlehen, die das Reich auf erstklassige Papiere aller Art, darunter auch auf Kriegsanleihe, für die Dauer des Weltkrieges und

Digitized by Google

die folgende Übergangszeit gewährt. Technisch ist der Vorgang so, daß die Reichsbank zunächst alle Darlehnskassenscheine erhält und die für nötig erachtete Zahl in den Verkehr lenkt. Augenblicklich, d. h. am 31. März 1918, waren insgesamt 8 Milliarden davon Darlehen gewährt. Von den dafür üblichen Scheinen sind rund 6½ Milliarden im Verkehr. Wenn man bedenkt, daß vor einem Jahr erst 3 Milliarden im Umlauf waren, so zeigt sich hier schon, welche ungeheure Überschwemmung des Landes mit Geldzeichen aller Art stattgefunden hat. Immerhin darf mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß von den 8 Milliarden nur 1½ auf Kriegsanleihe entfallen.

Der folgende Posten „Noten anderer Banken" hat keine besondere Wichtigkeit, denn es handelt sich dabei um Papiere der vier noch bestehenden deutschen privaten Notenbanken, die gegenüber der Reichsbank nur eine sehr bescheidene Rolle spielen.

Um so wichtiger ist der Posten „Wechselbestand, Schecks und diskontierte Schatzanweisungen". Hier sehen wir nun wieder ein ganz unheimliches Anschwellen; gegenüber 1362 Millionen vor dem Kriege sind es jetzt 16034 Millionen, also dreizehnmal so viel. Dabei hat sich die Zusammensetzung dieses Postens von Grund auf geändert. Während im Frieden fast ausschließlich Handelswechsel hier zu suchen waren, also Papiere, die den Bedürfnissen des Warenverkehrs dienen und die gewöhnlich einen vollgültigen Gegenwert in vorhandenen Warenlagern fanden, spielen diese Art von Wechseln heute überhaupt keine Rolle mehr, denn gegenwärtig ist die Barzahlung im Handelsverkehr die Regel. Akzepte schwinden immer mehr aus der Kriegswirtschaft. Wie erklärt sich nun diese Steigerung? Die Antwort darauf ist sehr wichtig. In diesen 16 Milliarden ist ein erheblicher Teil unserer provisorischen Kriegsfinanzierung enthalten. Man vergesse nämlich nicht: Obwohl Deutschland mehr als andere europäische Länder, namentlich auch erheblich mehr als das stolze England, einen ungewöhnlich hohen Anteil seiner Kriegsschulden mit festen Anleihen bedeckt hat, so ist das allmählich nicht mehr vollauf möglich gewesen. Ein Teil der nötig gewordenen Schulden wird einstweilen nur schwebend gedeckt, und für diese Deckung hat die Reichsbank zu sorgen, indem sie Schatzanweisungen des Reiches diskontiert. Indessen darf man wohl annehmen, daß diese 16 Milliarden nicht ganz auf diese Reichsschatzanweisungen entfallen, sondern daß darunter auch mehrere Milliarden Wechsel von deutschen Städten und Kommunen enthalten sind, die im Laufe des Krieges keine festen Anleihen begeben können, nun aber andererseits so erhebliche und kostspielige kriegswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben.

Gegenüber diesen so wichtigen Posten fallen die beiden folgenden „Lombard-Darlehen und Effektenbestand" jetzt im Kriege kaum ins Gewicht. Sehr bedeutend aber ist allmählich der folgende „Sonstige Aktiva" geworden; hier dürfte allerlei zu suchen sein. Schon im Frieden war ja der Posten, wie unsere Tabelle zeigt, nicht ganz gering, weil der große Grundstücksbesitz der Bank und die Vorschüsse für Hereinschaffung von Gold hier berechnet wurden. Heute handelt es sich aber auch um die

Digitized by Google

ansehnlichen Auslandskredite und Guthaben der Reichsbank, die im Zusammenhang mit unserer Valutapolitik stehen. Außerdem werden hier wohl auch die laufenden, sehr großen Gewinne der Reichsbank gebucht sein. Wie gewaltig diese sind, ergibt sich aus dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Jahres 1917. Das Institut hat nämlich im letzten Jahr 364½ Millionen Reineinnahmen erzielt, von denen nur etwa 10 Proz. für Verwaltungskosten abgehen. Es bleiben also etwa 328 Millionen Mark reiner Gewinn. Das wären auf das Aktienkapital von 180 Millionen nicht weniger als 175 Proz. Davon erhält nun das Reich den weitaus größten Teil, nämlich 207 Millionen; 95 Millionen werden für mögliche Kriegsverluste in Reserve gestellt und die Anteilseigner, also die privaten Geldgeber der Reichsbank, erhalten relativ wenig, nämlich 15½ Millionen = 8,72 Proz. auf das Kapital.

Wenden wir uns jetzt den „Passiven" zu. Über das Grundkapital ist nichts, über die Reserven nur wenig zu sagen. Diese sind im Kriege verstärkt worden, was im Hinblick auf die bedeutend gewachsenen Aufgaben der Reichsbank durchaus richtig ist.

Wir kommen jetzt zum wichtigsten aller Posten, zum „Notenumlauf", der in unserem Ausweis mit fast 12 Milliarden Mark erscheint. Das sind 3⅓ Milliarden mehr als vor einem Jahr und ungefähr fünfmal soviel als im letzten berücksichtigten Friedensausweis. Berücksichtigt man, daß außerdem 8 Milliarden Darlehnskassenscheine, über 300 Millionen Reichskassenscheine, sämtliche vorhandenen Scheidemünzen, dazu das so mannigfache Notstandsgeld dem Verkehr übergeben worden sind, so müssen wir hier einen unleugbar erschreckend hohen Geldumlauf feststellen. Zu unserer Entschuldigung dient, daß in anderen Ländern die Dinge teilweise noch schlimmer liegen, daß beispielsweise in dem unvergleichlich kleineren Frankreich neben Notstandsgeld aller Art die Bank von Frankreich bereits 26 Milliarden Franken Noten ausgegeben hat, daß wir rund 2 Milliarden Noten dazu gebraucht haben, um das eingelieferte Gold zu bezahlen, daß unser Heer einen ebenfalls in die Milliarden gehenden Bedarf hat, daß zurzeit die deutschen Banknoten Zahlungsbedürfnissen von Palästina bis nach Finnland und von Minsk bis Ostende zu dienen haben, daß der Wechselverkehr heute fehlt und statt dessen alles in bar reguliert wird, und schließlich auch, daß die Kosten der Waren heute um ein Mehrfaches ihres Friedenspreises gestiegen sind und dementsprechend hohe Aufwendungen erfordern. Allein schon diese letzte Entschuldigung ist alles, nur kein Trost, denn es drängt sich die Gegenfrage auf, ob in den Preissteigerungen Gründe für den hohen Notenumlauf zu suchen seien, und kein Nationalökonom wird diese Frage glattweg abstreiten. Diese Wechselwirkung von übermäßigem Notenumlauf und allgemeiner Teuerung nennt man Inflation. Während die Engländer und Amerikaner sich mit diesem Problem aufs eifrigste beschäftigen, schweigt sich bei uns die Presse ziemlich über die Frage aus. Das ist sehr zu bedauern, denn nur so ist zu verstehen, daß heute eine große Zahl von Finanz-

Digitized by Google

dilettanten die Sanierung der Kriegsschäden sich kurzerhand durch eine weitere Vermehrung des Papiergeldes um einige 40 oder 50 Milliarden lösbar denkt.

Zum Schluß noch ein Wort über die „Depositen". Sie sind mit augenblicklich 9 Milliarden ebenfalls auf reichlich das Zehnfache ihres Friedensstandes gestiegen. Das erklärt sich teilweise durch die sehr erheblich unverzinslichen Guthaben, welche die Banken bei der Reichsbank unterhalten. Aber auch andere Institute, wie etwa die Reichspost, sind heute große Darlehensgeber an das Zentral-Noteninstitut, und vor allem aber dürfte das Reich selbst, so sehr es auf der einen Seite in großem Maße als Schuldner auftritt, auf der anderen Seite auch Gläubiger der Reichsbank sein.

Hat nun die Leitung der Reichsbank die ihr gestellten Aufgaben im Kriege restlos erfüllt? Diese Frage ist nicht zu bejahen. Damit braucht an und für sich kein ungünstiges Urteil über das Institut gefällt zu sein, denn es ist schlechterdings unmöglich gewesen, von vorneherein die Länge des Krieges und die überaus großen Schwierigkeiten vorausahnen zu können. In einem wichtigen Punkt ist sogar durch eine weitsichtige Maßnahme der Reichsbank gerade für eine lange Kriegsdauer glänzend vorgesorgt worden. Das ist die Einrichtung der Darlehenskassen, mit der Havenstein, der Präsident der Reichsbank, am 1. August 1914 hervorgetreten ist. Die Möglichkeit, sich bei der Reichsbank auf diese Weise sicheren und billigen Kredit bereits in den aufgeregten ersten Kriegszeiten zu verschaffen, war ebenso wertvoll, wie der Kunstgriff, diese Darlehnskassenscheine als Deckung für die Banknoten heranzuziehen. Vom Standpunkt der Reinheit unserer Währung mag diese Maßnahme nicht unbedenklich sein; praktisch hat es uns zweifellos sehr viel genützt, und heute können wir sogar mit Genugtuung verzeichnen, wie die schärfsten Kritiker dieser Einrichtung, die Engländer, die Schaffung der Darlehenskassen als ein Meisterwerk bezeichnen und sich in aller Form darüber ärgern, daß sie nicht etwas Ähnliches zu Anfang des Krieges unternommen haben. Weniger günstig wird das Urteil über die Reichsbank in anderen Dingen lauten. Wir denken da hauptsächlich an die Regelung des bargeldlosen Verkehrs und an das Valutaproblem. Die Reichsbank, die in Anbetracht der oben festgestellten Gefahren eines übermäßig hohen Notenumlaufs alles hätte tun müssen, um die Bewegung zur Veredelung unseres Zahlungsverkehrs zu fördern, hat bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit nicht das nötige Verständnis an den Tag gelegt und die von sachverständigen Praktikern geäußerten Vorschläge nur widerwillig, teilweise überhaupt nicht befolgt. Fast noch verhängnisvoller war das Versagen in der Frage der Valuta. Hier wird einstmals der Geschichtschreiber feststellen müssen, daß die Reichsbank mit einer frappierenden Konsequenz alle ihre Maßnahmen zu spät ergriffen hat: die Einsetzung einer Devisen-Zentrale, die durchgreifenden Einfuhrverbote, Erfassung des ausländischen Besitzes an Wertpapieren und vieles andere wurde erst angeordnet, als der Schaden schon da war. In Fachkreisen ist man sich darüber vollständig einig, daß hier die Reichsbank, vielleicht aus einer falschen Scham

Digitized by Google

heraus, ihre eigene Unkenntnis auf diesem Gebiete einzugestehen, lediglich vom grünen Tisch aus dekreditiert hat. Es hat sich gerade hier gezeigt, daß häufig Beamte, die ihre gewohnten einfachen Aufgaben ausgezeichnet erfüllt haben, in dem Augenblick versagen, in dem neue Probleme auftauchen. Das aber dürfte die weitere Frage aufwerfen, ob die Zusammensetzung des Reichsbank-Direktoriums richtig ist, ob es genügt, daß der Präsident eines solchen Instituts ein bedeutender Mensch ist und ob nicht daneben auch sehr hervorragende und über das Maß der Mittelmäßigkeit hinausgehende Direktionsmitglieder vorhanden sein müßten, wie denn überhaupt die Personalfrage bei der Reichsbank nicht ideal gelöst ist. Das dortige Beamtensystem hat neben den Vorteilen auch reichlich die Nachteile des Bürokratismus. Schon der junge Angestellte der Reichsbank zeichnet sich durch ein ungewöhnliches Selbstbewußtsein aus, das vorwiegend an den Schaltern vom Publikum häufig unangenehm bemerkt wird. Andererseits herrscht gegenüber den Vorgesetzten manchmal ein an militärische Vorbilder erinnernder Gehorsam und Disziplin. Eigene Initiative wird selbst bei den Reichsbank-Hauptstellen nur sehr selten beachtet und vielleicht auch nicht gewünscht. Hier ist die Frage, ob nicht frischeres Blut zugeführt werden sollte.

Notizen

Englands Angst vor Mitteleuropa und Mittelafrika. Von der Angst, welche in den politischen Kreisen Englands vor dem Zustandekommen Mitteleuropas und Deutsch-Mittelafrikas herrscht, gibt ein im „Observer" vom 3. Februar veröffentlichter Aufsatz „Die tieferen Gefahren eines deutschen Friedens", der aus der Feder des Marinemitarbeiters dieses Blattes, Gerard Fiennes, stammt, ein anschauliches Bild. Der Verfasser schreibt:

„Konstantinopel und die Dardanellen sind in allen Perioden der Geschichte der beherrschende Seestützpunkt im östlichen Mittelmeer gewesen. Seit der Eröffnung des Suezkanals würden sie fast der beherrschende Flottenstützpunkt der ganzen Welt gewesen sein, wenn sie in den Händen einer starken Seemacht gewesen wären.

Jetzt zeigt sich diese Drohung von neuem in einer akuteren Form als je zuvor. Mit Schiffkanälen, welche Elbe, Rhein und Donau verbinden; mit Rumänien und den Balkanstaaten in der Kontrolle der Zentralmächte; mit dem noch immer von Österreich beherrschten Adriatischen Meer würde der Schlüssel nach Indien unsern Händen entgleiten. Alle leichteren Klassen von Schiffen könnten direkt mitten durch Europa von Kiel und Wilhelmshaven nach Konstantinopel kommen. Große Schlachtschiffe, die dort und auf Triest und Pola basiert sind, würden die Mündung des Suezkanals zwischen den Backen einer Beißzange halten. Gleichzeitig würden Ägypten und Indien direkt durch eine Eisenbahnverbindung über Aleppo nach Damaskus einerseits und nach dem Persischen Golf andererseits bedroht werden. Es kann keine Frage darüber geben: daß das Zustandekommen des deutschen „Mitteleuropa-Planes" unsere Stellung im nahen und mittleren Osten vollständig unterminiert und unsere Seeherrschaft mit einem Schlage zerstört haben würde. Was würden uns Aden, Colombo und Singapore nutzen, wenn der Suezkanal durch die Deutschen und ihre Verbündeten beherrscht würde?

Es sei denn, daß wir einen wirklichen und keinen Pyrrhussieg gewinnen, so haben wir nicht nur mit einem Mitteleuropa in deutschen Händen zu rechnen, sondern auch mit einem Mittelafrika. Das bedeutet: deutsche Flottenstützpunkte sowohl östlich als auch westlich des schwarzen Kontingents, und deutsche Unterseeboote, welche auf beiden Routen nach Osten um das Kap

Digitized by Google

der Guten Hoffnung führen. Es würde bedeuten, daß alle Seestraßen, auf denen wir unsere unumgänglich notwendigen Zufuhren erhalten, bedroht sein würden und daß, in einem zukünftigen Kampfe, wir eine weitere Entwicklung der Piratenpolitik zu erwarten haben würden, die uns in diesem Kriege in einer so erbitterten Form getroffen hat. Manche Leute mögen indes denken, daß die Rückgabe der afrikanischen Kolonien an Deutschland eine geringe Sache wäre — ein Opfer, das um des Friedens willen wohl gebracht werden könnte. Wenn es aber dazu kommen sollte, würde Deutschland in Zukunft keine Fehler machen. Seine afrikanischen Häfen würden mit allem ausgerüstet werden, was zu einem langen Handelskriege erforderlich wäre, und seine afrikanische Armee würde die Zerstörung ihrer befestigten Stützpunkte zu einer Frage von großer Schwierigkeit machen, da sie nicht nur Seestreitkräfte, sondern auch starke Landexpeditionen notwendig machen würde.

Im Namen der „Freiheit der Meere" hat Graf Hertling angeregt, daß wir Gibraltar, Malta, Aden, Hongkong, die Falklands-Inseln usw. aufgeben sollten. Gleichzeitig verlangen die deutschen Friedensbedingungen, daß das türkische Reich unverletzt bleiben soll, daß die Oberherrschaft über Ägypten ihm zurückgegeben werden soll und daß seine eroberten Kolonien an Deutschland zurückgegeben werden. Für uns, als Beherrscher des Ozeans, bedeutet dies vollständigen Bankerott. Noch mehr als das: für eine Nation, die von Zufuhren aus Übersee abhängig ist, bedeutet es Sklaverei. Wenn die deutsche „Mitteleuropa-" und „Mittelafrika-Idee" zur Tatsache würde, würde die ganze Lage zwischen uns und Deutschland vollkommen umgekehrt. Die Vorteile der Geographie würden auf seiner Seite sein und nicht auf der unsern und mit unserer Stellung unter den Weltmächten würde die Unabhängigkeit aller kleinen Seestaaten zugrunde gehen. Keine anscheinend ehrliche Regelung der westlichen Fragen würde einen Ausgleich bieten für ein Fehlschlagen des Versuches, den östlichen Ehrgeiz der deutschen Kriegsherren zu hemmen. Es ist ein Punkt, welcher möglicherweise fehlschlagen könnte, und keine Anstrengungen sollten gespart werden, um dies allen Engländern verständlich zu machen. Ein Frieden, welcher Deutschlands militärischer Prestige unvermindert läßt, würde für uns Ruin bedeuten."

Haußmann über die Reichstagsresolution. In einer Stuttgarter Versammlung hat Konrad Haußmann über die Juli-Entschließung des Reichstags die folgende Erklärung abgegeben:

„Die Resolution ist von vielen Gegnern wissentlich falsch verstanden worden. Sie ist nie eine staatsrechtliche Bindung gewesen, aus der der Feind Ansprüche ableiten darf. Sie war und ist das realpolitische Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen, sie bekennt den Willen zur Vernunft und die Idee, daß der Friede die Zukunft und die Annäherung ins Auge zu fassen hat und darum nicht nach Zwang und Haß orientiert sein soll. Die Resolution erklärt es als das Problem der Staatskunst, nicht weiteren Stoff zu neuen Revanchekriegen aufzuschichten. Diese politischen Überzeugungen tragen ihre innere Wahrheit und Rechtfertigung in sich selbst, sie sind nicht ‚ideal', sondern psychologisch. Das Gegenargument, es hätten sich die Feinde nicht an dem Tisch mit uns niedergelassen, dürfen jedenfalls diejenigen Deutschen nicht im Mund führen, die — um mit Bennigsen zu reden — ‚in die Suppe gespien' haben, um diese den andern unschmackhaft zu machen. Die Politik der Resolution müsse nicht alle Quartale neu proklamiert werden, schon nicht, um der Entstellung Vorschub zu leisten, als ob sie eine Offerte sei, das ist sie am wenigsten in einer Zeit, in der Wilson, Clemenceau und Lloyd George einzig an die Gewalt appellieren. Diese werden sich die Hörner einstoßen an der ehernen Mauer, die uns schützt."

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.—, Feldpost M. 5.90. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diersch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 26. April 1918 • Heft 17

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Den Iren wird mit der rechten Hand Homerule, mit der Linken die Wehrpflicht gereicht. Sie sträuben sich gegen die Verbindung und Lloyd George hat mit Zugeständnissen beginnen müssen: Homerule soll vorher erklärt werden. Er sagt dem Unterhaus, daß Amerika vor allem diesem Punkt seine größte Aufmerksamkeit widme und die Freiheit Irlands mit dem eigenen Willen zu verstärkter Kriegsleistung verbinde. Peinlich für das Ohr des Engländers: mit innerstaatlicher Reform erkauft ihr die Hilfe des Bundesgenossen. Auch Lloyd George bleibt im Augenblick nichts anderes übrig als das, was er lange vermied: Amerikas Druck als Rettung auszuspielen. Nun, über ein Jahr haben die Iren von der amerikanischen Freundschaft nichts gemerkt. Jetzt wird der deutsche Sieg auch für sie zur nationalen Entfesselung. Die Angst vor den Deutschen zwingt die Briten zum Entgegenkommen und Hindenburg ist wieder „Befreier". Werden aber die „Befreiten" sich dann militarisieren, um die Gewalt des Mutterlandes neu zu festigen?

*

Die Änderung im englischen Kriegskabinett bedeutet Stärkung der unionistischen Kriegsentschlossenheit. Derby in Paris, Milner als Kriegsminister leiten die restlose Verbindung mit der politischen Gesinnung ein, die in dem Wort Clemenceau sich ausdrückt. Es ist das Kabinett zur Rettung der flandrischen Küste.

*

Warum sind unsere Feinde nicht auf Kaiser Karls Friedensangebot, das sie für echt gehalten haben und halten mußten, eingegangen? Das ist in dem noch nicht völlig enthüllten politischen Spiel die entscheidende, unsere wie unserer Feinde Völker auch heute noch angehende Frage. Nur eine Antwort gibt es. Es bot den „Befreiern Belgiens, Elsaß-Lothringens und der unerlösten Gebiete" zu wenig. Trotz oder vielmehr gerade wegen der russischen Revolution hofften sie auf mehr, auf die volle Erreichung ihrer Kriegsziele. Die friedensverdächtige russische Hofpartei war beseitigt. Die Österreicher, innerlich zermürbt, militärisch an zwei Fronten gefesselt, schienen

Digitized by Google

eine leichte Beute der Italiener und Russen. Mesopotamien, Arabien und Kleinasien lagen offen zu ihren Füßen; die Armee Sarrails, verstärkt durch die Griechen, sollte Rache an Bulgarien nehmen. Im Westen fühlten sich Briten und Franzosen im Bund mit Amerika uns strategisch und taktisch überlegen. So sahen sie in dem Brief des Kaisers Karl das lang ersehnte Zeichen der Verzweifelung, die Erkenntnis völliger Hoffnungslosigkeit. Deshalb erschien ihnen ein Frieden, der ihnen beim ersten Angebot bereits die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens, die „gerechte Regelung" Elsaß-Lothringens, d. h. die Abtretung in diplomatisch verhüllter Form, die Wiederaufrichtung Serbiens an Hand gab, als ein „Verzichtfrieden", und deshalb überließen sie die Antwort der Kanonen.

*

Beßarabiens Angliederung an Rumänien hat in der Ukraine Unbehagen erweckt. Erstlich wohnen dort im Norden und Süden nicht wenig Ukrainer. Bedeutsamer ist aber, daß die Grenze so nahe an Odessa herangerückt würde, daß dieser bedeutendste Hafen der Ukraine unter dem Feuer der feindlichen Kanonen zu liegen käme. Hier werden die nationalen Gründe durch wirtschaftliche noch verstärkt. Nebenbei bemerkt, hat die deutsche Regierung den im Süden Beßarabiens siedelnden deutschen Kolonisten einen Schutz ausbedungen?

*

Nach Holland ist jetzt Schwedens Tonnage in englische Dienste gezwungen. Noch vor wenigen Wochen haben sich Schwedens Reeder in ihrer Gesamtheit gegen diese Zumutung zur Wehr gesetzt. Was trotzdem die schwedische Regierung veranlaßt hat, der Forderung Lloyd Georges nachzugeben, ist noch nicht ersichtlich. Der Sieg der Weißen Garde und der deutschen Truppen über die rote Gefahr in Finnland hat zwar dieser schwedischen Nachgiebigkeit die akute Gefahr genommen. Aber Schweden wird sich nicht beklagen können, wenn Deutschland aus diesem Verhalten die Folgerung zieht, daß Schweden immer mehr ins Ententefahrwasser gerät. Eins muß sich jedenfalls die Regierung Edèn und ihr Drahtzieher Branting sagen: Mit einem ehrlich neutralen Schweden hätte sich über die Alandsfrage reden lassen, einem Schweden, das zu Ententekrücken greift, hat Deutschland keine Ursache, entgegenzukommen, zumal die Inseln in Finnlands Besitz kein Hindernis für eine etwaige Neutralisierung der Ostsee darstellen würden, wohl aber in schwedisch-englischer Hand.

*

Die Nationalliberalen haben einen Preußentag einberufen, der die Frage des Wahlrechts auf breiter Grundlage erörtern soll. Das ist ein vernünftiger Entschluß, der Hoffnung entsprechend, daß ein deutliches Votum der preußischen Partei auf die Fraktion doch noch Eindruck mache. An der Meinungsbildung ist nach dem kräftigen Eintreten des Parteiausschusses für das gleiche Wahlrecht nicht mehr zu zweifeln. Der zentrale Charakter der preußischen Frage für unsere gesamte Innenpolitik hat sich seitdem noch stärker ausgeprägt.

Digitized by Google

Der Abschied des Grafen Czernin

Von Dr. B. Guttmann, Frankfurt am Main

In einer Zeit, wo das Leben des einzelnen so ungemein bedeutungslos geworden ist, kann am Dasein oder Nichtdasein eines Politikers, und wenn er selbst Minister ist, die Welt nicht lange haften. Welcher Staatsmann ist so groß, daß man bei seinem Rücktritt ins Privatleben in Verzweiflung verfallen sollte, da doch monatlich hunderttausend andere Männer unwiderruflich von dieser Bühne abtreten? Trotzdem verursacht das Scheiden des Grafen Czernin in aller Welt ungemessene Erregung, bei unseren Volksgenossen in Österreich sogar Nationaltrauer. In Salzburg sind schwarze Fahnen herausgehängt worden — eine Kundgebung inneren Leids, die weder der Abgang von Asquith noch der von Bethmann Hollweg hervorgerufen hat. Die schwere Trauer der deutschen Österreicher gilt aber eigentlich mehr dem, was dem Rücktritt vorherging und ihn zur Folge hatte, sie gilt dem vor aller Welt enthüllten Gebrechen ihres Staates. Wir in Deutschland würden unklug sein, wenn wir über den Personen die Sachen nicht erkennen wollten. Was vor sich geht, ist nur scheinbar das Werk von Zufällen oder Individuen; es kann sich in anderer Form wiederholen, denn es ist nur Symptom innerer Zustände.

Wenn Graf Czernin heute von den Deutschen Österreichs wie ein Vorkämpfer ihrer Sache gefeiert wird, so ist sein Ruhm in diesem Lager jedenfalls nicht alt. Hätte er länger regiert, so würde er die deutsch-radikalen Politiker vermutlich eines Tages enttäuscht haben, ebenso wie kürzlich die Polen und schon vorher die Tschechen. Seine Geburt bestimmte ihn nicht zum Kämpen für die deutsche, gar die alldeutsche Sache. Aus der böhmischen Aristokratie stammend, gehört Graf Ottokar von Czernin und Chudenitz zu jenem Kreise des österreichischen Hochadels, der seit vierhundert Jahren, in den letzten Dezennien freilich auf vielen Posten vor der Bourgeoisie zurückweichend den Habsburgerstaat regiert hat. Diese Familien, in deren Adern sich deutsches, slawisches, romanisches, auch wohl englisch-irisches Blut mischt, sind nicht in einem exklusiven Sinne „national", sie sind österreichisch, wie die Dynastie es ist und nichts anderes sein kann. Nun hat sich von diesem hohen Adel, der in Böhmen seine weitesten Latifundien und seine stärkste Machtstellung besitzt, ein Teil im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts in einer bedingten Weise dem Tschechentum zugewendet. Das taten diese Fürsten und Grafen, weil ihnen die zentralisierende und liberalisierende Politik der Wiener Bureaukratie mißfiel, die damals in der Maienblüte ihrer Illusionen das bunte Gemenge der habsburgischen Länder noch in ein wirkliches Einheits-Österreich zu verwandeln hoffte; darum wurde das von tschechischen Schriftstellern erfundene „böhmische Staatsrecht" plötzlich den Magnaten teuer, deren Ahnen das böhmische Volk im Dreißigjährigen Kriege zu Heloten gemacht haben. Zu dieser Gruppe „konservativer Großgrundbesitzer" gehörte der Vater des Ministers; vielleicht

Digitized by Google

lag in dem Namen, den er seinem Sohne gab, eine Art Programm, denn Ottokar hieß der große Przemyslide, der den großböhmischen Staat slawischer Nationalität dem Deutschtum in die Weiche pflanzen wollte und dem Gründer des Hauses Habsburg erlag. Wenn also Graf Czernin nationale Neigungen geerbt hätte, so würden es eher tschechische als deutsche gewesen sein. Er selber jedoch entsagte in jungen Jahren dem Anspruch, als nationaler Führer Politik zu treiben; nach dem Tode seines Vaters Inhaber des Familienbesitzes geworden, ging er von der „konservativen" zur „verfassungstreuen" Großgrundbesitzerpartei des böhmischen Landtags über. Dies war ein Bekenntnis zum österreichischen Gedanken, der die Nationen nicht als eigene politische Individualitäten anerkennen kann.

Die Idee einer Neugeburt Österreichs aus sich selber knüpfte sich in den zwanzig Jahren vor dem Kriege an die tragische Figur des ermordeten Thronfolgers. Worauf der Erzherzog Franz Ferdinand im Grunde hinauswollte, ob er sich ein Staatsprogramm überhaupt gebildet hatte, ist zweifelhaft. Von grundstürzenden Absichten des Kreises, den der Schloßherr von Konopischt um sich scharte, wurde viel gesprochen; worin aber soll das „Konopischter Programm" eigentlich bestanden haben? Die Koterie, die beim hohen Greisenalter Franz Josefs allmählich an Einfluß gewann, war mit vielem nicht einverstanden, das im Reiche geschah, und ihr Mißvergnügen wurde bekannt. Sie opponierte den Zugeständnissen an die nationalistischen Forderungen; sie war gemäß der klerikalen Grundstimmung des Parteihauptes antiliberal, nicht ohne antisemitische Spitze; sie suchte alles zu stärken, was der Großmachtstellung und Einheit des Gesamtreiches zu dienen schien, namentlich die kriegerische Leistungsfähigkeit. Der alte Kaiser fühlte keine Sympathie mit Konopischt, ihn scheint schon das düstere Wesen fremdartig berührt zu haben, das den Erzherzog umgab. So gewiß Franz Josef selber in kirchlichen und militärischen Traditionen lebte, so hielt er doch beides getrennt, war niemals capucin botté. Dagegen hat die Gedankenwelt Franz Ferdinands Einfluß auf seinen Neffen, den jungen Monarchen; der Zugehörigkeit zu jenem Kreise verdankte wohl Graf Czernin Gunst und Beförderung. Daß Kaiser Karl bestimmte Vorstellungen davon hat, wie das Reich neu zu gestalten sei, ist zu bezweifeln, obwohl anfängliche rasche Eingriffe auf sehr bewußte Absichten zu deuten schienen. Die klerikale Neigung ist, abgesehen von den Einwirkungen von Haus und Familie, auch politisch erklärlich genug, denn der Katholizismus ist das einzige ideelle Band, das dieses nach Sprache, Volksart und politischem Willen so uneinige Reich zusammenhält, und in Österreich gehören 91, in Ungarn wenigstens 62 Prozent der Einwohner zur herrschenden Kirche. Im übrigen läßt sich sagen, daß die Politik Franz Ferdinands mit seinem eigenen Ende gescheitert ist. Dieser Gedanke, mit der nationalen Idee fertig zu werden, indem man sie einfach verneint, konnte hochgeborenen Ditettanten kommen. Was macht es unter Prinzen und Feudalherren über viele Meilen denn aus, ob man ein wenig mehr deutsch oder slawisch oder un-

Digitized by Google

garisch fühlt? Soziale Stellung und persönlicher Einfluß sind ja viel wichtiger. Schließlich haben alle Nationen dem Thronfolger mißtraut. Die Deutschen hielten ihn für einen Gönner des Tschechentums, die Magyaren versahen sich von ihm allerhand finsterer Absichten auf ihre Unabhängigkeit, die Südslawen haben ihn ermordet. Das Österreich, das in der Negation des Völkergedankens das Heil erblickte, ist in Sarajewo gefallen.

Bald nach seiner Thronbesteigung hat Kaiser Karl den Grafen Czernin, der zuletzt in Bukarest Gesandter gewesen war, zum Minister des Äußern gemacht. Das entschiedene, etwas brüske Naturell des Staatsmanns wich von der in Wien herkömmlichen Leisegängerei ab, es schien ein ganz anderes System der zielklaren, scharfen Handlung anzukündigen. Das neue Regime versprach sich viel von abrupten Maßregeln, die wie Entschlossenheit aussahen. Man glaubte, die große Staatsfrage mit einer Herrschergeste beseitigen zu können: Sic volo, man rede nicht mehr davon! Czernin hat das große Verdienst, als weltläufiger Diplomat grobe Fehler verhindert zu haben, vor allem den unweisen Plan, mit Verletzung der Verfassung ein neues Staatsrecht zu diktieren. Gegen anderes konnte er nur nachträglich protestieren, weil er nicht vorher gefragt wurde, so gegen die Entlassung des zum Tode verurteilten Tschechenführers Kramarsch aus dem Gefängnis. Die Erbitterung, die dieser Schritt bei den Deutschen hervorrief, zeigte dem Kaiser, daß Czernin recht hatte, sie wird dessen Stellung gestärkt haben. Einig waren beide von vornherein darin, daß ein baldiger Friede für Österreich-Ungarn höchst wünschenswert sei. Der Höhepunkt von Czernins wirklichem Einfluß auf seinen Monarchen wird etwa im vorigen Oktober liegen, als er in Budapest in großer Rede sich zum Verständigungsfrieden und zu einem neuen, auf internationaler Rechtsbasis begründeten Europa bekannte. Mittlerweile ließ der Friede aber auf sich warten, und Graf Czernin ist, als Diplomat der geänderten militärischen Lage nachgehend, um eine Linie von seinen früheren Meinungen abgerückt, weil er die ganz enge Fühlung mit der deutschen Politik nicht verlieren wollte, die er für seine austropolnischen Pläne brauchte. Sein inneres Verhältnis zum Kaiser hat sich dadurch verschoben.

Um die jüngsten Vorgänge zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß sich die Welt von der Wiener Hofburg anders ansieht als in Berlin. Man predigt bei uns den „deutschen Krieg", es soll der „deutsche Gedanke" siegen. Dem Regenten eines Reiches, in dem unter 51 Millionen nur 12 deutsch sind, mögen dabei eigentümliche Gedanken aufsteigen; und es ist noch zu bedenken, daß die 2 Millionen Deutscher in Ungarn größtenteils nur der Sprache nach deutsch sind, der Nation nach aber Magyaren. Ein Fürst, von dessen Untertanen nur ein Fünftel dem Deutschtum zuzuzählen ist, während weit mehr im unbedingten deutschen Siege eine Gefahr für ihre eigene Art sehen, kann nicht wohl Alldeutscher werden. Die Deutschen Österreichs glauben einen großen Trumpf auszuspielen, wenn sie den Tschechen und Südslawen

Digitized by Google

zurufen, sie seien „Staatsfeinde"; der Vorwurf wird jauchzend als richtig anerkannt! Nun werden die hitzigen Anti-Österreicher unter den Slawen nach dem Kriege, wenn ihnen ihre Freunde in der Entente nichts geholfen haben, reichlich Wasser in ihren Wein gießen; aber eine Neubildung Österreichs, die den Deutschen die staatsrechtliche Vormacht einräumte, ist nicht mehr möglich. Die Krone will den baldigen äußeren Frieden, weil sie, wenn das Reich bestehen soll, sehr bald den inneren herstellen muß. Die Tendenzen in diesem Staate sind in Deutschland wenig bekannt; im Kriege ist vollends alles getan worden, um die Wirklichkeit durch Phrasennebel zu verschleiern. Wir wissen jetzt, daß der junge Kaiser vor einem Jahre an die französischen Machthaber einen Brief gelangen ließ, der seinem Minister nicht bekannt wurde; noch weniger natürlich dem Verbündeten in Berlin. Nach den wiederholten Versicherungen, die von Wien ergangen sind, ist der von Herrn Clemenceau veröffentlichte Wortlaut unrichtig. Nicht bestritten wird der Versuch, durch persönliche Einwirkung Frankreich zum Einlenken zu bewegen, um den allgemeinen Frieden anzubahnen. Wir dürfen über der Verwunderung, die ein solcher Schritt hervorruft, nicht die Beweggründe übersehen, freilich auch nicht das Signal, das gegeben wurde.

Als ein Mann von starkem Selbstgefühl hat Graf Czernin den Abschied genommen, nachdem er den Beweis hatte, daß ohne ihn hohe Politik getrieben worden war. An sich würde die Demission vielleicht noch nicht notwendig gewesen sein. Der Spott der Feinde wäre zu ertragen gewesen, in Österreich-Ungarn und Deutschland aber hätte man verstanden. Allein Czernins Stellung war schon vor der Enthüllung unsicher geworden, und sein Tun widersprach sich selbst. Während er die erklärte Absicht hatte, seinem Herrn die polnische Krone zu verschaffen, stieß er im Frieden von Brest-Litowsk mit der Begünstigung der Ukrainer die Polen hart vor den Kopf. Später versuchte man, den Riß zu heilen, aber weder ist es Czernin gelungen, die Polen zu versöhnen, noch in Deutschland die Überzeugung zu schaffen, daß ein gedeihliches Verhältnis zum selbständigen Polenstaat möglich sein werde. Warum nun der Minister mit dieser Gegnerschaft es auch noch für nötig hielt, in seiner letzten Rede einen scharfen Angriff auf die Tschechen zu unternehmen, ist um so weniger klar, als der dafür zuständige Ministerpräsident von Österreich die heftigen Erklärungen des Leiters der auswärtigen Politik unumwunden zurückgenommen hat, um den Tschechen Genugtuung zu geben. Verwirrung und Uneinigkeit unten und oben! Je mehr nun aber Czernin sich dazu gedrängt und berechtigt glaubte, den Polen und Tschechen wehzutun, desto lieber wurde er den Deutschen; früher hatte er bei ihnen wohl „der tschechische Graf" geheißen. Am Hofe hingegen wird die hitzige Art, in der mit der Empfindlichkeit der Slawen umgesprungen wurde, die schon erwachten Bedenken gegen den Minister verstärkt haben. In Wirklichkeit ist Czernin auch zuletzt immer nur auf seinem österreichischen Standpunkte geblieben. Dem Diplomaten fendaler Herkunft sind die wilden und trüben Gärungen in den Massen der Völker im Grunde unverständlich,

Digitized by Google

deshalb dachte er mit Schelten auf die Slawen etwas auszurichten, weil sie Österreich nicht größer und stärker werden lassen wollen. Als ob den Tschechen und Polen soviel an Österreich läge!

Somit ist der unerwartet rasche Abstieg dieser eindrucksvollen Persönlichkeit nur eine Szene in dem Drama eines Staates. Hierum, und nicht um die Personen handelt es sich eigentlich. Baron Burian, der Czernins Vorgänger am Ballplatz war, ist sein Nachfolger geworden. Der jetzige Minister des Äußern, ein ungarischer Politiker aus der Gefolgschaft des Grafen Tisza, ist ein alter Beamter und ziemlich schwungloser Geschäftsmann. Er war zuletzt „gemeinsamer" Finanzminister und behält die Leitung dieses Amtes neben seinem neuen. Die Deutschen Österreichs, die keinen Grund sehen, in ihm einen besonders warmen Freund zu vermuten, finden es ein wenig viel, daß von den drei gemeinsamen Ministerien der Monarchie nun zwei in ein und derselben ungarischen Hand liegen. Von allen Seiten meldet sich Unzufriedenheit, und wenn auch die der Deutschen mit den bewährten Mitteln amtlicher und höfischer Beeinflussung zum Schweigen zu bringen sein mag, die Reichs- und Staatsverdrossenheit bleibt. Und doch ist die Friede noch nicht nahe und die innere Spannkraft wird noch hartem Drucke widerstehen müssen.

Neugestaltung der Britischen Arbeiterpartei

Von M. Beer

Die Britische Arbeiterpartei, gegründet im Februar 1900 als ein Bund der Gewerkschaften (Trade Unions) und Sozialisten, machte in den letzten sechs Monaten den Versuch, ihre Organisationsform zu ändern und eine sozialistische Partei zu werden. Die Ursachen des Neugestaltungsversuchs sind zu finden teils im Fortschritt der sozialistischen und syndikalistischen Lehren, teils in den während des Kriegs gesammelten Erfahrungen und in der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Die Partei bestand bis jetzt aus den großen Gewerkschaftsverbänden und zwei bis drei sozialistischen Vereinigungen; jene lieferten über 98 vom Hundert der Mitglieder und der Geldmittel; die Sozialisten, etwa 30000 bis 40000, bildeten die Seele der etwa 2,6 Millionen Mitglieder zählenden Körperschaft. Wenig Seele und viel Körper. Intellektuelle konnten in die Partei nur durch das schmale Gitter der sozialistischen Vereinigungen eindringen; und wenn sie schon eingedrungen waren, konnten sie sich auf Parteitagen nicht durchsetzen, da das gewerkschaftliche Element in überwältigender Stärke vertreten war und den Parteitag in einen Gewerkschaftskongreß verwandelte; die Gewerkschaftsdelegierten bildeten einen festen Block und stimmten geschlossen. Auch der Anschluß an die Partei geschah nicht individuell, wie bei den festländischen Parteien, sondern korporativ: es traten ihr nicht einzelne Arbeiter und Sozialisten bei, sondern ganze Arbeiterverbände und Organisationen auf Grund eines Mehrheits-

Digitized by Google

beschlusses, dem sich die Minderheit fügen mußte, auch wenn sie mit dem Zweck der Partei nicht einverstanden war. Die Beitragsleistungen der Mitglieder geschahen ebenfalls durch die gewerkschaftliche Maschinerie: die vom Parteitag festgesetzten Beiträge wurden zusammen mit den Gewerkschaftsbeiträgen erhoben und durch die Gewerkschaftsbeamten an die Parteikasse abgeliefert. Satzungsgemäß war der Zweck der Partei, eine von Liberalen und Konservativen unabhängige parlamentarische Vertretung zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen zu schaffen. Alle Versuche, ihr ein sozialistisches Programm aufzudrängen, scheiterten an dem Entschluß der Partei, nicht über demokratisch-sozialpolitische Tageszwecke hinauszugehen. Nichtsdestoweniger stieß die Partei auf die Opposition der nichtsozialistischen Arbeiter. Es gibt nämlich viele Gewerkschaftsmitglieder, die teils der liberalen, teils der konservativen Partei angehören, und die es als eine Vergewaltigung ihres politischen Gewissens betrachteten, eine Partei finanziell unterstützen zu müssen, die gegen jene Parteien gerichtet war. Sie wandten sich deshalb im Jahre 1909 an die Gerichtshöfe um Schutz, der ihnen auch gewährt wurde. Die hieraus entstandenen Konflikte zwangen schließlich das Parlament im Jahre 1912, die Lage gesetzlich zu regeln: die liberalen und konservativen Gewerkschaftsmitglieder wurden von der Entrichtung der politischen Beiträge entbunden. Nach einer statistischen Aufnahme im Jahre 1913 waren von etwa 2 Millionen Arbeitern, deren Gewerkschaften sich der Partei angeschlossen hatten, nur etwa 750000 bereit, sich als Arbeiterparteimitglieder zu betrachten. In der ersten Hälfte 1914 wurde deshalb die Frage lebhaft besprochen, ob es nicht besser wäre, die gewerkschaftliche Grundlage der Partei zu beseitigen, also die widerstrebenden Mitglieder abzuschütteln und die 750000 beitragswilligen Arbeiter als Einzelmitglieder in eine sozialistische Partei zu organisieren.

Dann kam der Krieg und stellte die Partei und die Gewerkschaften vor ganz andere Probleme: Soldatenwerbung, Fürsorge für Kriegerfamilien, Schaffung einer Kriegsindustrie, Beteiligung an der Regierung. Der ungeheure Bedarf an Kriegsmaterial ließ sich jedoch nicht befriedigen, solange die Arbeiter an ihre in jahrhundertelangen Kämpfen errungenen gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten festhielten: Streikrecht, Beschränkung der Lehrlings-, Frauen- und Nichtgelernten-Arbeit — Beschränkungen die der Intensifikation der Arbeit entgegenwirkten. Unter dem Drucke der Ereignisse und der Mandvrierkunst Lloyd Georges opferten jedoch die Arbeiter ihre beruflichen Rechte und Freiheiten, sahen aber nach einiger Zeit ein, daß sie sich hierdurch den Unternehmern und Behörden auf Gnade und Ungnade ausgeliefert haben. Es brachen deshalb Streiks aus, und die Befürchtung wurde in Arbeiterkreisen allgemein, daß die Unternehmer und die Regierung — unter dem Vorwande eines gegen Deutschland zu führenden Wirtschaftskriegs — nicht mehr geneigt sein würden, zum gewerkschaftlichen status quo ante zurückzutreten. Das Gewerkschaftswesen ist aber die einzige Angelegenheit, die der britische Arbeiter als solcher wirklich versteht und für

Digitized by Google

sie zu leiden bereit ist. Das Wachstum und die Erfolge der Arbeiterpartei seit 1900 waren in der Hauptsache dem Umstande zu verdanken, daß von 1900 bis 1906 das Gewerkschaftsrecht durch richterliche Urteile bedroht war. Nachdem das Parlament auf Drängen der Arbeiterfraktion das Gewerkschaftsrecht im Jahre 1907 vollständig außer Gefahr gestellt hatte, trat tatsächlich jene organisatorische Erschütterung der Arbeiterpartei ein, von der oben gesprochen wurde. Nun haben die Vorgänge während des Kriegs abermals zu einer Gefährdung des Gewerkschaftsrechts geführt und die Aufmerksamkeit der Masse auf die Notwendigkeit einer Festigung der Arbeiterpartei gelenkt.

In gleicher Richtung wirkte die Erfahrung Artur Hendersons. Dieser war ursprünglich Sekretär der Hüttenarbeiter und liberaler Wahlagent. Nach Entstehung der Arbeiterpartei wurde er zu einem ihrer ersten Parlamentsmitglieder (1903), dann Parteisekretär, Fraktionsführer, Unterrichtsminister (1915), endlich Kabinettsminister: Mitglied des Kriegskabinetts (1917). Nach Ausbruch der russischen Revolution wurde er als Kriegsmissionar nach Petersburg gesandt, um Kerensky und die Sozialisten für die Sache der Entente, für den Krieg bis an Ende zu erhalten. Petersburg wurde sein Damaskus und er kehrte nach London als Anhänger der Stockholmer Idee, als internationaler Sozialdemokrat, zurück, worauf er von seinen Kabinettskollegen Lloyd George, Curzon und Milner buchstäblich an die Luft gesetzt wurde. Henderson entfaltet seitdem eine streng unabhängige Arbeiteragitation, für eine Festigung der Arbeiterpartei im Zusammenhang mit den Gewerkschaften, um die politische Macht durch die wirtschaftliche zu stützen. Sein Nachfolger im Kabinett, der frühere Sekretär, der Mechaniker Georg N. Barnes, genießt in Arbeiterkreisen bei weitem nicht das Ansehen Hendersons.

Andererseits hat der Krieg die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften die Notwendigkeit eines Zusammenwirkens mit Intellektuellen, mit den Kopfarbeitern, gelehrt, die aber auf Grund der Satzungen kaum Anschluß an die organisierte Arbeiterklasse finden konnten. Wie überall, hat der Krieg auch in Großbritannien bei der Masse ein starkes Interesse für wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen geweckt. Die wachsende Teuerung, die Mängel der Lebensmittelverteilung, die enormen Unternehmergewinne, die beispiellose Zunahme der Frauenarbeit usw. bilden einen ökonomischen Anschauungsunterricht, der auch die härtesten Schädel durchdringt. Die Londoner „Nation" vom 26. Januar 1918 (S. 530) gibt die Ansicht eines Gewerkschaftsführers über den Einfluß des Kriegs auf die Arbeiterbewegung mit folgenden Worten wieder: „Wovon sprechen jetzt die Arbeiter in den Fabriken? Man hört von ihnen nichts mehr über Fußball- und Cricketmatches. Sie sprechen vom Verhältnis zwischen Lohn und Preis, von der Teuerung, von der Teilnahme an der Verwaltung der Betriebe, von der Zukunft des Wirtschaftslebens, — von den Grundfragen der Politik." Nie zuvor hat der Vorstand der Arbeiterpartei so innig mit den Intellektuellen der Fabian

Digitized by Google

Society zusammengearbeitet wie jetzt. Und einzig in der britischen Gewerkschaftsgeschichte steht das Beispiel des Mechanikerverbandes, der 1917 einen Oxforder M. A., den revolutionären Syndikalisten G. D. H. Cole, als wissenschaftlichen Berater anstellte. Die britischen Arbeiter beginnen wieder nach Wissenschaft zu suchen und müssen deshalb Anschluß an die Kopfarbeiter haben.

Schließlich hat der Krieg viele friedensfreundliche Schriftsteller, gebildete Quäker, humanitär gesinnte liberale Politiker ihrer Partei entfremdet und sie veranlaßt, sich der Arbeiterpartei zu nähern. Zu den bekanntesten dieser Männer gehören Massingham (Schriftleiter der „Nation)", Brailsford (weltpolitischer Schriftsteller), J. A. Hobson (Volkswirtschaftler), die Parlamentsmitglieder Trevelyan, Ponsonby, Masson, Outhwaite. Da diese Elemente weder den gewerkschaftlichen noch den sozialistischen Organisationen angehören (ausgenommen Brailsford, der kürzlich der Independent Labour Party [Unabhängiger Arbeiterpartei] beigetreten ist), so ist ihr Anschluß an die Arbeiterpartei vorläufig organisatorisch unmöglich. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts verschärft dieses Problem, denn unter den neuen Wählern, insbesondere unter den weiblichen, dürften sich viele befinden, die der Arbeiterpartei beitreten möchten.

Die Partei hatte sich demgemäß mit zwei organisatorischen Fragen zu befassen: Fertigung und schärfere Fassung der Ziele der Partei gegenüber den übrigen Parteien; Erleichterung des Beitritts nichtproletarischer Wähler. Im Herbst 1917 wurde der Entwurf neuer Satzungen unter starker Beteiligung des Ehepaares Webb, den Darstellern der englischen Gewerkschaftsbewegung, ausgearbeitet. Der Entwurf, in der „Times" vom 19. Oktober 1917 veröffentlicht, wurde dem in Nottingham im Januar 1918 abgehaltenen Parteitage vorgelegt, jedoch zur endgültigen Beschlußfassung einer außerordentlichen Programm-Konferenz zugewiesen. Diese Konferenz tagte Ende Februar 1918 in London und nahm den Entwurf, wie der „Manchester Guardian" vom 27. Februar berichtet, ohne wesentliche Änderungen an.

Die neuen Satzungen bedeuten vor allem die Verwandlung der gewerkschaftlich-sozialistischen Partei in eine sozialistische Partei. Dann schaffen sie neben den Gewerkschaften, die bislang die organisatorischen Einheiten der Partei waren, Wahlvereine für alle Bürger, die sich mit dem Parteiprogramm einverstanden erklären. Die Neugestaltung der Partei erinnert lebhaft an die sonstigen Reformwerke des englischen Volkes. Man zerstört nicht den alten Bau, sondern man baut ihm einen modernen Flügel an: Die alte gewerkschaftliche Grundlage bleibt unversehrt, nur sollen nunmehr auch Wahlvereine gegründet werden, denen sich Gesinnungsgenossen aus allen Klassen der Bevölkerung als Einzelmitglieder anschließen können. Der Parteivorstand, der bislang aus 12 Gewerkschaftsvertretern und 3 Sozialisten bestand und von den betreffenden Organisationen dem Parteitage zur Wahl vorgeschlagen zu werden pflegten, wird jetzt aus 20 Mitgliedern bestehen: 11 von den Ge-

Digitized by Google

werkschaften und anderen Organisationen, 5 von den Wahlvereinen und 4 von den Frauen. Es ist die Pflicht des Parteivorstandes, vor allgemeinen Parlamentswahlen die wichtigsten Fragen darzulegen, um die es jeweilig zu kämpfen gilt und die als Aktionsprogramm anzusehen sind; jeder Parteikandidat soll diese Fragen in seinem Wahlaufruf besonders hervorheben, erst dann darf er andere, ihm am Herzen liegende Fragen hinzufügen, insoweit sie jenen nicht widersprechen. Als Zweck und Ziel der Partei wird angegeben:

1. eine britische Arbeiterpartei zu organisieren und aufrechtzuerhalten, ebenso in allen Wahlkreisen Wahlvereine zu gründen; 2. mit dem Parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses, sowie mit allen ähnlichen Organisationen zusammenzuwirken, um eine einheitliche politische Aktion zu ermöglichen, soweit dies mit den Satzungen und Beschlüssen der Partei in Einklang gebracht werden kann; 3. die von den Parteikonferenzen angenommenen Entschließungen und Grundsätze soweit als möglich zur Durchführung zu bringen; 4. den Kopf- und Handarbeitern die Früchte ihres Schaffens vollständig zu sichern und für deren gerechte Verteilung zu sorgen, auf Grundlage des Gemeinbesitzes der Produktionsmittel und des bestmöglichen Systems der Volksverwaltung und der Beherrschung der Industrien und der öffentlichen Dienste; 5. die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Befreiung des Volkes zu fördern, insbesondere aber derjenigen Personen, deren Lebensunterhalt unmittelbar von ihrem körperlichen und geistigen Schaffen abhängt; 6. mit den Arbeiter-Vereinigungen der Kolonien zusammenzuwirken zwecks Förderung der Ziele der Partei und der Ergreifung gemeinsamer Maßregeln zur Erreichung eines höheren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Niveaus für die arbeitenden Klassen der betreffenden Länder; 7. mit den Arbeiter-Vereinigungen anderer Länder zusammenzuwirken, um die Gründung eines Völkerbundes für Freiheit und Frieden zu fördern und für die Errichtung eines zweckentsprechenden Apparats für die Regelung internationaler Streitigkeiten durch Vermittlung und Schiedsgerichte, sowie für internationale Gesetzgebung, soweit diese durchführbar ist.

Es wäre verfrüht, jetzt über die Haltung und die Aussichten der Partei nach dem Krieg Voraussagen zu machen. Sicher ist nur, daß die Taktik der Partei vor allem von der Frage der Wiederherstellnng des Gewerkschaftsrechts und im allgemeinen von der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit bestimmt sein wird.

Solange jedoch der Krieg andauert, ist an eine ernsthafte Opposition der Arbeiterpartei gegen die Regierung nicht zu denken. Die Partei hat gegenwärtig fünf Mitglieder im Ministerium; sie billigt also im allgemeinen die Politik Lloyd Georges. Das hat sich soeben bei der irischen Frage gezeigt. Obwohl die Arbeiterpartei das Selbstbestimmungsrecht der Völker als unbedingtes Kriegsziel betrachtet und es der deutschen Sozialdemokratie aufzuzwingen sucht, stimmte sie für die irische Militärpflicht, der sich das irische Volk widersetzt und nur von einem eigenen Parlamente (Home Rule) anzunehmen gewillt ist. Die Arbeiterpartei handelte in diesem Falle offenbar gegen das Selbstbestimmungsrecht des Völker, indem sie die Iren im Stich ließ.

Digitized by Google

Schweden, Finnland und Deutschland

Von Leonard Ljunglund, Stockholm

Zur Einführung. Die Ostsee ist wieder zum Schauplatz eines Teilstücks der Weltgeschichte geworden, in dem auch wir eine handelnde Rolle spielen müssen. Sie war aus dem Gesichtskreis unserer wirtschaftlichen und politischen Aufgaben gerückt. Der Zusammenbruch Rußlands, die Unabhängigkeitserklärung Finnlands, das Selbständigwerden der baltischen Völker werfen große, verantwortungsschwere Fragen für uns wie für die skandinavischen Völker auf. Wir müssen sie gemeinsam lösen; eine Voraussetzung hierfür ist, daß wir sie gemeinsam klar durchdenken, sie offen in gegenseitiger Achtung erörtern. Heute geben wir einem Schweden das Wort; ihm werden, so hoffen wir, sich Stimmen aus Finnland und Deutschland gesellen. Der Verfasser des Aufsatzes, Leonard Ljunglund, ist Chefredakteur der Stockholmer Tageszeitung „Nya Dagligt Allehanda", einer der schneidigsten Kämpfer der konservativen Partei und einer der fähigsten Tagesschriftsteller der schwedischen Presse zugleich. So stark seine Bewunderung und Achtung vor Deutschland, so lebhaft sein Gefühl für die Zusammengehörigkeit der skandinavischen Völker, insonderheit Schwedens und Finnlands, ausgeprägt ist, so ist er in allem und vor allem Schwede, der mit heißem Herzen eine starke Politik für sein Vaterland ersehnt. Aus dieser Stimmung, die dadurch verschärft wird, daß seine Partei jetzt in der Opposition steht, ist sein Aufsatz geschrieben und zu beurteilen. Philipp Stein

Dürfte man gewissen, einer leicht erklärlichen Mißstimmung entsprungenen Aussagen finnischer Politiker, die in einigen deutschen Zeitungen kommentiert wurden, Glauben schenken, so wäre durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland ein scharfer Gegensatz zwischen diesen Staaten und Schweden entstanden. Die alldeutsche Presse, die während des Krieges oft ihrer Unzufriedenheit mit der Haltung der skandinavischen Völker Ausdruck gegeben hat, dringt offen darauf, daß sich Deutschland durch eine starke strategische Stellung Garantien in der Ostsee schaffen soll. Besonders sei der Besitz der Alandsinseln eine wertvolle Garantie „nicht nur gegen die direkte militärische Anwendung der Inselgruppe, sondern auch gegen die im Laufe des Krieges von den Westmächten mit Schwedens Beihilfe getriebene mißbräuchliche Verwendung der Inseln als Handelsbrücke von Skandinavien über Finnland nach Rußland" („Deutsche Tageszeitung" vom 8. März 1918).

Hierbei muß in Betracht gezogen werden, daß Schweden während des Krieges keine Durchfuhr von Waffen und Kriegsmaterial durch schwedisches Gebiet nach Rußland zugelassen hat und auch die Durchfuhr von anderen Waren nur gegen Kompensation und — wegen der Knappheit der Transportmittel — nur in begrenztem Maße gestattet hat. Auch hat England oft und auf vielerlei Weise seinen Unwillen gerade über das Durchfuhrverbot von für den Krieg notwendigen Artikeln geäußert. Wenn Schweden für seine Prinzipienfestigkeit deutscherseits schon keine Anerkennung findet, so müßte es doch von so ungerechten Angriffen, wie sie die „Deutsche Tageszeitung" unternimmt, verschont bleiben. Auf alle Fälle wäre es zu beklagen, wenn eine starke Partei in Deutschland einen Gegensatz zwischen den skandinavischen Germanen und ihren deutschen Blutsverwandten wünschte. Das wäre nämlich ein Unglück sowohl

Digitized by Google

für Europas kulturelle Zukunft, als auch besonders für die neuen Verhältnisse an der Ostsee. Infolge der Art, mit welcher Schwedens Politik in den letzten Monaten geleitet wurde, sind zwar bedauerlicherweise wichtige Gelegenheiten, die glückliche Entwicklung des Nordens zu fördern, versäumt worden, doch wäre es sicher nicht im Interesse einer klugen und weitsichtigen Staatskunst gelegen, aus unliebsamen Zufälligkeiten dauernde Mißverständnisse und vielleicht bald unerträgliche Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Im Gegenteil: Uns scheint, die Beseitigung von Hindernissen für ein gutes Einverständnis müsse im gemeinsamen Interesse aller derjenigen Deutschen, Finnen und Schweden gelegen sein, die auf ein glückliches Zusammenleben zwischen den Ostseevölkern hoffen. In diesem Sinne sind die folgenden Zeilen geschrieben.

Der Kampf zwischen nationalen und internationalen Idealen hat sich, mehr oder weniger offen, während des Krieges in allen Kulturländern entwickelt. Für denjenigen, der sich etwas eingehender mit diesen Dingen beschäftigt hat, ist es selbstverständlich, daß der Weg zum Übernationalen über das Nationale führen muß und daß gerade in der größten Weltkrise für jedes Volk, das ungeschwächt weiter leben will, nationaler Zusammenhalt und klar gefaßte nationale Ziele eine Notwendigkeit sind. Die großen Massen aber, welche in der Überzeugung leben, daß an dem großen Weltelend ein übertriebener Nationalismus schuld sei, lassen sich in einer kritischen Zeit von den Aposteln des Internationalismus locken, ohne den Wert der Theorien oder die Motive ihrer Verkünder zu prüfen. Auf diese Weise konnte Herr Hjalmar Branting, gestützt auf die Sozialdemokraten, die er fast völlig in seiner Hand hat und verbunden mit den Brüdern Wallenberg, diesen mächtigen Finanzmännern, Herr der Situation werden. Daß aber die liberal-sozialistische schwedische Regierung für ihre passive Finnlandspolitik genügend Anhänger im Lande gefunden ha', kann derjenige, welcher über die Entwicklung der Verhältnisse zwischen Schweden und Finnland im Laufe der Zeit nicht Bescheid weiß, nur schwer verstehen.

Finnland war, wie bekannt, mehr als 600 Jahre ein Teil Schwedens, nahm unter blutigen Opfern an seinen Kämpfen und Erfolgen teil und mußte mehr als jeder andere Landesteil Unsägliches leiden, als die Zeit der Mißgeschicke und der Niederlagen kam. Aber das finnische Volk hat eine zähe Widerstandskraft und vermehrt sich schnell. Noch beinahe hundert Jahre, nachdem die Sonne Karls XII. blutig niedergegangen war, hieß Finnland nach Tegnèrs Wort „der blutige Schild zum Schutz von Schwedens Herz". Zu Napoleons Zeiten benutzte Alexander I. von Rußland Schwedens Notlage, um sich wortbrüchig im Bunde mit dem Korsen Finnland und zugleich — dies gegen den Willen Napoleons — die rein schwedischen und zur Verteidigung Stockholms und des nördlichen Schwedens unentbehrlichen Alandsinseln anzueignen.

Die Entwicklung in Finnland nahm im 19. Jahrhundert eine unerwartete Wendung. Nachdem Elias Lönnrot und andere Forscher die durch mündliche Überlieferung erhaltene finnische Volksdichtung aufgezeichnet und hieraus das Nationalepos Kale-

Digitized by Google

vala zusammengestellt hatten, entstand eine starke finnisch-nationale Volksbewegung, die sich mit leidenschaftlichem Haß gegen die „schwedische Adelsherrschaft" richtete, der man jahrhundertelange Unterdrückung der finnischen Volksseele vorwarf. In Wirklichkeit hatte Schweden Finnland wie jede andere schwedische Provinz behandelt. Seine Bauern und Bürger waren frei, es hatte dieselben Gesetze, dieselbe Sitte und Kultur wie Schweden, nur war die finnische Sprache noch nicht Literatursprache geworden, obgleich bereits 1540 der finnische, von Schweden abstammende Reformationsapostel Mikael Agricola eine finnische Schriftsprache geschaffen hatte.

Die ungerechten Beschuldigungen, die im Verlauf des 19. Jahrhunderts von der sich ausbreitenden finnisch-demokratischen Bewegung gegen Schweden und das Schwedentum gerichtet wurden, riefen in Schweden schmerzliche Überraschung und Befürchtungen hervor, die sich nur zu schnell als wahr erwiesen. Ende des vorigen Jahrhunderts hielt Rußland die Zeit für gekommen, zur Russifizierung von Finnland zu schreiten, und die russische Gefahr näherte sich den schwedischen Grenzen.

Nun zeigte es sich, daß die schwedische Kultur doch Finnlands geistiges Rückgrat war. Die 300 000—400 000 finnischen Schweden — das Land hat über 3 Millionen Einwohner — organisierten den Widerstand gegen die Russifizierung und trieben in Europa wirksame Propaganda für die finnische Sache. Die Gesetze und staatlichen Einrichtungen Schwedens konnten von den Russen nicht beseitigt werden.

Die besten Elemente Schwedens und Finnlands fanden sich wieder in warmer Sympathie. Die Dichter und Künstler aus dem Stamme der hochbegabten finnischen Schweden hatte übrigens Schweden, besonders seine gebildete Jugend, stets sehr geliebt. Leider erstreckte sich aber die Wiedergeburt des kulturellen Einvernehmens zwischen Finnland und Schweden nicht auf die breiteren Massen.

*

Dadurch, daß Finnland sich entschlossen von Rußland freimachte, hat es seinen edlen Freiheitswillen und sein Recht zu leben dokumentiert, durch die Organisation eines kraftvollen Widerstandes gegen die rote Überschwemmung durch die Bolschewiki hat es seinen Willen, Gesetz, Ordnung und Kultur aufrechtzuerhalten, an den Tag gelegt — diesen Willen zu unterstützen kam Schweden zu, denn aus Schweden hatte Finnland jahrhundertelang seine Widerstandskraft gegen das Moskowitertum geschöpft.

Zweifellos hat auch das Ministerium Edèn sich nicht völlig von dem Gefühl freimachen können, daß Schweden durch historische Tradition und nordische Interessen dem finnischen Brudervolk zu helfen verpflichtet ist. Im Geheimen wurden Waffen nach Finnland befördert, im Geheimen bekamen schwedische Torpedobootszerstörer den Befehl, die Transportschiffe des finnischen Jägerbataillons durch die Ostsee zu geleiten, im Geheimen erhielten eine Anzahl schwedischer Offiziere die Erlaubnis, ihre Dienste der gesetzlichen finnischen Regierung anzubieten. Öffentlich aber verweigerte die Regierung den Finnen die erbetene Hilfe. Warum? Zweifellos benutzte Hjalmar

Digitized by Google

Branting in diesem Falle seinen Einfluß gegen Finnland. Der Grund hierzu ist ganz sicher in dem Ententefanatismus des Führers der schwedischen Sozialdemokratie und in seiner rätselhaften Feindschaft gegen Deutschland zu suchen.

Gegen den Bolschewismus hat er sich im Reichstag und in der Presse in den stärksten Ausdrücken gewandt. Aber dann verkündigte er, daß Schwedens Arbeiterklasse sich jeder Intervention widersetzen müsse, in deren Verlauf gegebenenfalls die schwedischen Waffen gegen Genossen gerichtet würden, unter denen sich auch Schweden befänden (die letztere Behauptung ist nach zuverlässigen Angaben unwahr).

Aufrichtiger war Herr Branting, als er am 14. März einen Korrespondenten von „Le Temps" folgendes als Hauptmotiv angab: Wenn Schweden sich am Kampf gegen den Bolschewismus beteiligte, so laufe es Gefahr, „in ein militärisches Zusammenwirken mit Deutschland hineingezogen" und so auf Deutschlands Seite in den großen Krieg verwickelt zu werden. Diese Argumentierung wird das strenge Urteil, das Herrn Brantings Handlungsweise verdient, nicht abändern können.

Die passive Politik, welche die Regierung — gegen den Wunsch der Gebildeten — in der finnischen Frage betrieb, war der Alandsbevölkerung gegenüber nicht möglich. Treu sind die Aländer Schweden ergeben. Ihre Deputierten, welche die Botschaft von dem einstimmigen Wunsch der Bevölkerung, mit Schweden wieder vereinigt zu werden, nach Stockholm brachten, wurden in allen Gesellschaftsklassen mit Enthusiasmus empfangen. Die öffentliche Meinung, die auch die Rechte mit Nachdruck vertrat, erzwang die schwedische Hilfsexpedition zugunsten der Bevölkerung auf Aland. Dadurch, daß das Ministerium Edèn es versäumte, die Regierung Finnlands und Deutschlands von der Expedition vorher zu unterrichten, entstand in Deutschland der Verdacht, daß England dahinter stehe, und in Finnland, daß Schweden annexionistische Pläne habe. Der Argwohn Finnlands und Deutschlands war völlig unberechtigt, hat aber trotzdem viel Unheil angerichtet. Keine Partei in Schweden will die Alandsfrage ohne das Einverständnis Finnlands und Deutschlands entscheiden.

Sollte es sich nun erweisen, daß die hitzigen deutschen und finnischen Stimmen recht behalten, die sich einer Lösung widersetzen, wie sie die Bevölkerung Alands und ganz Schwedens diesmal einstimmig wünschen, dann ist ein Ausweg aus dem Gegensatz im Norden zwischen einerseits finnischen, auf Unterstützung durch Deutschland rechnenden Interessen und den skandinavischen Interessen auf der anderen Seite schwer zu finden. Zweifellos hoffen einige finnische Chauvinisten, daß der finnischen Arbeitermasse, wenn der Bolschewismus niedergekämpft sei, mit deutscher Hilfe militärische Disziplin beigebracht werden könnte und daß sie dann durch ein rein finnisches Nationalgefühl zusammengehalten würde. Eine solche Gesinnung hätte aber ganz zweifellos aggressiven Charakter: Sie würde zunächst Finnland schleunigst fennomanisieren (anti-schwedisch machen) und der schwedische Charakter der Alandsinseln wäre dem Untergange geweiht.

Digitized by Google

Im Gegensatz zu Skandinavien würde ein solches Finnland, so stark auch der deutsche Einfluß wäre, früher oder später bestimmt wieder von Osten her infiziert werden. Finnland braucht für seine Zukunft als zivilisierter Staat eine skandinavische Orientierung. Dort sind immer noch die Quellen seiner Kultur. Durch eine Annäherung Finnlands an Skandinavien aber würde der Schwerpunkt des Skandinavismus nach Osten zu verlegt werden. Damit würde Herrn Branting und den übrigen Kräften, welche nebenbei mehr in Norwegen als in Schweden erfolgreich sind, um diesen Schwerpunkt nach Westen zu verlegen, ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Eine spontane finnische und deutsche Anerkennung des Ergebnisses der Volksabstimmung, welches die Bevölkerung Alands in einem Telegramm dem deutschen Kaiser, dem König von Schweden und dem finnischen Senat unterbreitet hat, würde sicher eine Brücke zwischen Schweden, Deutschland und Finnland schlagen, die ein Wunsch aller derjenigen ist, welchen an einem Einvernehmen der Ostseevölker gelegen ist.

Die neuen Steuervorschläge

Von Professor Dr. Franz Eulenburg

Die neuen Steuervorschläge sind gewiß als Kinder der Not zu bezeichnen. Durch die Mehransprüche des Zinsendienstes war ein zu starkes Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben entstanden, dem unter allen Umständen abgeholfen werden mußte. Man hat darum zugegriffen, wo man zunächst erhöhte Einnahmen zu erwarten hoffte, d. h. man hat im allgemeinen an bestehende Einkünfte angeknüpft und die Sätze um ein Mehrfaches erhöht, hat daneben freilich in einigen entscheidenden Punkten Neues geschaffen, indem man beim Branntwein zum Handelsmonopol überging. Nachdem England im Kriege mit weitestem Eingreifen auf dem Gebiete der Steuerpolitik vorgegangen ist, hat man endlich auch bei uns vielfach höchst kräftig zugegriffen. Aber man wird nicht sagen können, daß der Griff allenthalben ein glücklicher gewesen sei. Gewiß darf man die Schwierigkeiten von Reichssteuern nicht verkennen. Der bundesstaatliche Charakter verhindert einstweilen von Reichs wegen den Ausbau der direkten Steuern. Sie sollen den Bundesstaaten vorbehalten bleiben. Offenbar hat der preußische Finanzminister es verstanden, dem Drängen des Schatzsekretärs nach direkten Reichssteuern vorderhand einen Damm entgegenzusetzen. Befremdend muß es trotzdem erscheinen, daß man von der Erbschaftssteuer noch gänzlich Abstand genommen hat. Sie wird eines Tages doch kommen, da sie durchaus gerecht ist und sehr ertragreich gestaltet werden kann. Dafür hätte neben der Fülle von Aufwand- und Verkehrssteuern, die man in Vorschlag gebracht hat, neben der einmaligen Gesellschaftssteuer doch wenigstens eine dauernde direkte Steuer jetzt schon geschaffen werden sollen. Es ist zu wünschen, daß der Reichstag diese Unterlassung nachholt und dafür bei anderen Vorschlägen bremst, bezüglich

Digitized by Google

eine wirksame Nachprüfung eintreten läßt. Denn wir müssen nun einmal damit rechnen, daß der größte Teil der jetzt geschaffenen Steuern dauernd bleiben wird, so groß auch der Wunsch sein mag, sie zum Teil nur vorübergehend zu gestalten. Um so mehr wird man den vorgeschlagenen Steuern dauernden Charakter zuerkennen, als zweifellos ihr Ertrag hinter dem Voranschlag wesentlich zurückbleiben wird.

Die Steuern umfassen vier Gruppen: Getränke (Bier, Branntwein, Wein, Schaumwein, alkoholfreie Getränke, Kaffee, Tee, Kakao 1220 Millionen Mark), Verkehr (Börse, Banken und Post 325 Millionen Mark), Erzeugung (Warenumsatz und Luxus 1200 Millionen Mark) und Gesellschaften (500 Millionen Mark). Im ganzen denkt man auf diese Weise an 3 Milliarden herauszuwirtschaften.

Das Hauptgewicht entfällt also auf die Getränkesteuern. Es scheint durchaus gerechtfertigt, daß man hier einsetzt und die alkoholischen Getränke stärker heranzieht. Bisher war die Belastung in Deutschland verhältnismäßig gering. In England brachten die Steuern auf Tabak und Alkohol vor dem Kriege 1 Milliarde Mark, in Deutschland trotz seiner größeren Bevölkerung nur 630 Millionen Mark; auf den Kopf der Bevölkerung dort 26 Mark, bei uns nur 9 Mark. Wir müssen bedenken, daß bei uns jährlich 4 Milliarden Mark für Alkohol und 1 Milliarde für Tabak ausgegeben werden. Nach dem Voranschlag würde allein der Alkohol, der bisher 440 Millionen einbrachte, künftig 1500 Millionen Mark tragen — vorausgesetzt, daß die Berechnung stimmt. Das scheint aber mit nichten der Fall zu sein. Im Kriege hat der Mangel an Rohstoffen den Verbrauch an Alkohol wesentlich herabgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß wir auch späterhin nicht zu der alten Höhe zurückkehren werden: es fehlen dafür die notwendigen Stoffe. Für die Zeit des Krieges vollends dürfen wir auf keinen Fall jene 1100 Millionen Mark Mehrertrag erwarten. Wenn man damit rechnet, so wird man sich jedenfalls erheblich täuschen. Dann aber muß man die Frage aufwerfen, ob es zweckmäßig sei, im Kriege Steuern vorzuschlagen, von denen es ziemlich sicher ist, daß sie den erwarteten Ertrag nicht bringen werden. Es scheint mir durchaus zu verneinen.

Dabei wird man an sich mit manchen der vorgeschlagenen Formen einverstanden sein. So halte ich das Branntweinmonopol in der vorgeschlagenen Fassung für eine im ganzen glückliche Lösung. Es ist ein Branntweinhandelsmonopol, d. h. aller im Inland hergestellte Branntwein ist zu einem bestimmten Übernahmepreis dem Reich abzuliefern, das die Verarbeitung zu Trinkbranntwein und dessen Verschleiß übernimmt. Der Branntwein-Grundpreis wird von einem Monopolamt im Einvernehmen mit dem Beirate festgesetzt. Dabei soll von jedem Hektoliter Trinkbranntwein 800 Mark an die Reichskasse abgeliefert werden, indem ein Preis von 8000 Mark für den Hektoliter zugrunde gelegt wird: die Abgabe macht also 10 vom Hundert aus. Beim Weine werden 20 vom Hundert des Wertes als Steuer vom Verkäufer bezw. vom Verbraucher erhoben, indem die Steuerfreiheit der stillen Weine

Digitized by Google

aufgehoben wird. Die Biersteuer schlägt insofern einen neuen Weg ein, als sie nicht wie bisher die zur Bierbereitung verwendeten Mengen von Malz und Zucker, sondern das Endprodukt selbst zur Steuer heranzieht — also eine Fertigfabrikat- anstatt Materialsteuer darstellt. Auch diese Form bedeutet an sich einen Fortschritt gegenüber der rohen Besteuerung der Materialien, da sie die Qualitäten schärfer fassen können.

Trotzdem wird man es billig bezweifeln, ob der Ertrag auch nur annähernd in absehbarer Zeit den gewünschten Ertrag ergibt. Man ist bei der Berechnung immer vom letzten Friedensjahr ausgegangen, ohne sich hinreichend klar zu machen, daß Produktionsumfang und Verbrauchsmenge eine wesentliche Änderung erfahren werden, daß auch eine ganz erhebliche Einkommensverschiebung Platz ergriffen hat. Sodann hat man abermals den Zusammenhang mit dem Preise wieder übersehen. Wenn das Preisniveau nach dem Kriege ein soviel höheres als vordem bleiben wird und anderseits die Einnahmen der großen Masse kaum eine entsprechende Erhöhung erfahren werden: dann scheint es ausgeschlossen, daß der Genuß von alkoholischen Getränken auch nur annähernd im früheren Umfange stattfindet. Um so weniger wird das zutreffen, als die Preise allgemein durch die Verkehrsbelastung wesentlich erhöht werden und zugleich eine so hohe Steuer die Getränke selbst noch belastet. Das Swiftsche Steuer-Einmaleins ist wieder einmal vergessen. Man scheint auch übersehen zu haben, daß vor dem Kriege der Alkoholgenuß ganz wesentlich zurückgegangen war. Es läßt sich in keiner Weise annehmen, daß der alte Konsum, von dem die Berechnung ausgeht, so bald wiederum erreicht wird. Man wird das vom allgemeinen volkswirtschaftlichen und gesundheitlichen Standpunkt gewiß nicht bedauern. Aber dann ist eben auch das Einnahme-Soll nicht zu erwarten.

Daß man neben dem Alkohol auch die alkoholfreien Getränke, sowie die Reizmittel, Tee, Kaffee, Kakao heranzieht, ist an sich nur zu billigen. Aber auch hier muß der Betrag mit 50 bezgl. 75 Millionen als durchaus willkürlich erscheinen. Zu der Ersparnis, die der einzelne Haushalt vornehmen muß, wird nicht nur der Verzicht auf Alkohol, sondern auch die stärkere Verwendung von Kaffee-Ersatzmitteln gehören. Wir hatten erst in den letzten Jahren vor dem Kriege jenen starken Kaffee- und Kakaogenuß, auf den wir künftig nicht rechnen können. Sodann aber ist durch den Abgang der Männer überhaupt eine wesentliche Verringerung der Konsumenten von Alkohol eingetreten. Im ganzen werden wir die Heranziehung der Getränke als Massenluxus grundsätzlich billigen, wenn es auch widerspruchsvoll erscheint, daß man gerade jetzt mit diesen Steuern den Anfang macht, wo man sofortige Einnahmen braucht.

Grundsätzlich anders zu beurteilen sind die Verkehrssteuern. Sie belasten die Produktion selbst und verteuern dadurch die Gestehungskosten der Güter, wie die Lebenshaltung im allgemeinen. Nun wird es aber nach dem Kriege vor allem darauf ankommen, die Gestehungskosten möglichst niedrig zu halten. Nur dadurch werden wir imstande sein, die Überschüsse der Volkswirtschaft zu erhöhen, daß wir die Kosten

Digitized by Google

herabsetzen und den Wirtschaftsprozeß so billig, wie es irgend angeht, gestalten. Dem wirken an sich alle Belastungen des Verkehrs wie der Gütererzeugung entgegen, wenn nicht besondere Vorsicht dabei obwaltet. Es kommt ja nicht nur darauf an, fiskalische Einnahmen herauszuschlagen, sondern vielmehr darauf: die Produktivkräfte der Volkswirtschaft so zu stärken, daß sie Überschüsse ergeben. Allerdings wird man bei den Verkehrsakten der Post wie der Eisenbahn den veränderten Geldwert berücksichtigen müssen. Es ist undenkbar, daß alle Güter im Preise steigen, die Selbstkosten sich erhöhen und die Leistungen des Verkehrs davon nicht getroffen werden. Das Verkehrswesen kann von einer allgemeinen Geldwertänderung nicht ausgenommen werden, ohne daß dadurch das Gleichgewicht empfindlich gestört wird. Aus dem Grunde wird die Erhöhung des Paketportos, wie der Drucksachen zu rechtfertigen sein. Ihre Verteuerung entspricht der allgemeinen Geldentwertung. Dabei kann überlegt werden, ob die einzelnen Sätze gerade in dem Ausmaße der Vorlage gestaffelt werden sollen, bei der die Ortstarife, Drucksachen, Pakete, sowie Telegraph- und Fernsprechverkehr empfindlich getroffen werden. Aber grundsätzlich wird man sich dieser Verteuerung des Verkehrs fügen müssen.

Nicht das Gleiche gilt von den Börsen- und Banksteuern. Das neue Gesetz sieht zunächst eine wesentliche Erhöhung der Börsen-Umsatzsteuer vor: Sie bezieht sich vor allem auf die Aktien, aber auch die anderen Papiere, ja sogar die Kriegsanleihe werden mit $^2/_{10}$ bezgl. $^1/_{10}$ von Tausend herangezogen. Eine Neuerung bedeutet die Besteuerung der Geldumsätze, indem bei den Banken die Passivzinsen je nach der Höhe mit $^1/_2$ bis 4% zu Steuer herangezogen werden. Man rechnet aus diesen Steuern insgesamt ein Ergebnis von 200 Millionen Mark, von dem der Löwenanteil auf die Effekten-Umsatzsteuer fällt. Auch hier wird man unter allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten grundsätzlich die Erhöhung und scharfe Heranziehung des Geld- und Kapitalverkehrs gutheißen können, da die starke Geldentwertung in Rechnung gezogen werden muß. Empfindlich wird sie vor allem bei den Aktien, wo sie 3 vom Tausend beträgt. Es ist zu erwägen, daß nach dem Kriege ein Kapitalmangel besteht und wir gerade für die Intensivierung der Volkswirtschaft neue Kapitalien brauchen. Durch die neuen Sätze tritt eine wesentliche Verteuerung des Kapitals ein. Sie hält sich bis jetzt im ganzen noch in den Grenzen, die erträglich erscheinen. Man wird es jedenfalls vermeiden müssen, den Weg der österreichischen Aktienbesteuerung zu betreten, die so unheilvoll und industriehemmend gewirkt hat. Wir brauchen eine Förderung, nicht eine Hemmung der kapitalistischen Entwicklung.

Zweifelhafter ist schon die Bankabgabe. Man hat den Scheckstempel glücklich abgeschafft, um den Bankverkehr zu fördern und führt nun statt dessen den Geldumsatzstempel wieder ein, der auf dasselbe hinausläuft, wenn er auch zweckmäßiger erhoben wird. Da wir eine zunehmende Banktätigkeit für Ersparnis an Barmitteln brauchen,

Digitized by Google

weiter auch für die Hebung der Kreditfähigkeit Bankverbindungen unerläßlich sind, erscheint diese Neuerung nicht unbedenklich. Ob überhaupt diese Börsen- und Banksteuern den erhofften Betrag einbringen werden, muß nach den Erfahrungen, die man vor dem Kriege gerade auf diesem Gebiete gemacht hat, sehr fragwürdig erscheinen.

Am bedenklichsten erscheint die Warenumsatzsteuer. Sie ist im vorigen Jahre neu eingeführt und wird jetzt von 1 vom Tausend auf 5 vom Tausend erhöht. Es sollen auch die Leistungen aus beruflicher Tätigkeit des Arztes, Anwaltes, Schriftstellers herangezogen werden. Es handelt sich also um eine erweiterte Produktionsabgabe auf alle Lieferungen und Leistungen. An einem Beispiel wird in der Anlage berechnet, daß ein bestimmter Bekleidungsgegenstand, der sechs Hände durchläuft durch die Erhebung in den einzelnen Stadien nur um $2^1/_2$ vom Hundert verteuer wird. Es scheint so, als wenn diese Belastung als unerheblich angesehen werden könne. Auch erfreut sich die Umsatzsteuer in weiten Kreisen der Kaufmannswelt großer Beliebtheit, weil sie scheinbar leicht getragen wird und bei den früheren niedrigen Sätzen wenig belangreich erschien. Aber einmal ist die Verfünffachung der Sätze doch recht erheblich. Sodann wird die Verteuerung sich weit stärker bemerkbar machen, als angenommen wird. Es ist nämlich übersehen, daß von den Rohstoffen und Halbmaterialien und ein Teil in die Fertigprodukte eingeht, daß aber auf den Vorstadien bereits die volle Steuer entrichtet werden muß. Es ist nicht zu vergessen, daß auch der Verkauf der Altmaterialien rückwärts durch die Besteuerung verteuert wird und daß der Preis aller Hilfsstoffe sich ebenfalls erhöht. Das hat jenes Beispiel leider vergessen. Endlich aber pflegen solche Überwälzungen auf dem Wege bis zum Endprodukt sich meistens zu vermehren. Deutschlands industrielle Stärke beruhte zum nicht geringen Teil auf seiner weitgehenden Arbeitsteilung und der daraus sich ergebenden Spezialisation der Betriebe. Den Weg, den ein Wäschestück oder ein Bekleidungsgegenstand vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zurücklegt, ist weit größer, als in jenem Beispiel angenommen wird, zumal eben alle Hilfsmaterialien ebenfalls von der Steuer erfaßt werden.

Die Warenumsatzsteuer läuft auf eine wesentliche Verteuerung aller Gebrauchsgegenstände hinaus. Sie erfaßt die einzelnen Objekte ganz verschieden, in ihrer Gesamtheit muß sie aber den ganzen Verbrauch aus empfindlichste treffen. Das ist vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt durchaus schädlich. Wir werden ohnehin mit hohen Warenpreisen und vermindertem Einkommen weiter Schichten zu rechnen haben. Die Lebenshaltung wird ganz wesentlich erschwert sein. So muß das Bestreben sich darauf richten, die Preise zu verbilligen und die Gestehungskosten der Produkte niedrig zu halten. Nur auf diese Weise läßt sich der innere Markt heben, die Lebensführung erleichtern, die Produktivkraft der Volkswirtschaft stärken. Dem wirkt die Warenumsatzsteuer entgegen. Besonders verhängnisvoll muß diese Steuer aber unsere Ausfuhr beein-

Digitized by Google

flussen. Auf sie sind wir nach dem Kriege noch mehr angewiesen, wie vordem. Wir vermögen die fremden Märkte nur dann zu beherrschen, wenn wir relativ wohlfeil verkaufen. Verteuern wir von vornherein die Produktionskosten durch eine Warenumsatzsteuer, so wirken wir dem entgegen und schädigen dadurch unser ganzes Wirtschaftsleben. Oder die Industriellen müßten durch die Einführung von hohen Schutzzöllen die Preise auf dem Innenmarkt so steigern, daß sie auf dem Weltmarkte unterbieten können. Selbst wenn der Betrag von einer Milliarde dabei herauskommen sollte, so würde doch diese wirtschaftliche Schädigung um so stärker wirken. Die Steuer sollte in dieser Form unter keinen Umständen Gesetz werden.

Anschließend hat man nach englischem Vorgang eine Reihe von Produkten, wie Edelsteine, Antiquitäten, Musikwerke, Vergnügungsfahrzeuge, Pelzwaren durch eine besondere Luxussteuer noch besonders herangezogen. Die Sätze werden 10—20 Prozent betragen. Es mag im einzelnen schwer sein, jedesmal zu bestimmen, was als „Luxus" betrachtet werden kann. Aber man wird im ganzen den Gedanken der Luxusbesteuerung grundsätzlich anerkennen, ohne etwa alle Einzelheiten schon für richtig zu halten brauchen. Ebenso erscheint die einmalige Erhebung der Kriegssteuer gerechtfertigt; sie wird eher noch auszubauen sein. Der Vorschlag bezieht sich einstweilen nur auf die Gesellschaften, die bis zu 60 Prozent des Mehrgewinnes herangezogen werden sollen, während die Einzelpersonen noch leer ausgehen. Freilich erscheint die Berechnung des Ertrages von 500 Millionen Mark wenig begründet, und es müssen genauere Unterlagen geschaffen werden, als die Vorlage es tut.

Man hat sonach das Schwergewicht der neuen Steuern durchaus auf Verbrauch und Verkehr gelegt. Wie aber eingangs gezeigt worden ist, muß es ausgeschlossen erscheinen, daß sie im Kriege bereits die errechneten Beträge einbringen. Zudem trägt ein Teil der Steuern, soweit sie den Verkehr betreffen, durchaus einen hippokratischen Zug und dürfte im Frieden der Übergangswirtschaft mehr schaden, als die Einnahmen betragen; dazu gehört vor allem die Warenumsatzsteuer. Sie dürfte den erhofften Betrag kaum ergeben, sondern weit dahinter zurückbleiben. Dafür hat man die direkten Steuern sich gänzlich vorbehalten. Vor allem sind die Erbschaften ganz unberührt geblieben, obwohl sie künftig für das Reich unter allen Umständen herangezogen werden müssen. So wird das Urteil über die neuen Steuern nicht allenthalben günstig ausfallen, und es bleibt dem Reichstag vorbehalten, hier seinerseits erhebliche Verbesserungen vorzunehmen.

Digitized by Google

Über berufsständische Vertretung

Von Dr. Schmidt-Gründler

Die Umgestaltung des preußischen Herrenhauses hat den Gedanken einer berufsständischen Vertretung neu aufleben lassen. Der Regierungsentwurf hat ihn selber aufgenommen, indem er für Grundbesitz, Handel, Industrie und Handwerk nicht weniger als 156 Sitze vorsieht. In der Tat: das Volk besteht aus Berufsständen — was scheint also näher zu liegen, als daß seine politische Vertretung sich auf ihnen aufbaut? Trotzdem gibt es kaum einen ungeeigneteren Weg als diesen!

Zunächst schon deshalb, weil er in Wirklichkeit kaum gangbar ist. Ist es doch heute — man schämt sich, die Binsenwahrheit auszusprechen — einfach unmöglich, eine gerechte Vertretung des Volkes nach Berufsständen aufzustellen. Und an einer ungerechten kann uns doch nichts liegen! Treitschke, der gelegentlich auch an eine derartige Vertretung als ein Heilmittel gegen die Gebrechen des jetzigen Parlamentsbetriebes gedacht hat, bekennt in seiner „Politik" (Bd. II, S. 178) wehmütig:

„Die Berufsstände gehen heutzutage so kraus und bunt durcheinander, daß eine feste Grenzlinie als Norm für Wahlgesetze zu finden unmöglich ist ... Heute ließe sich ohne Künstelei kein System einer rein ständischen Vertretung mehr durchführen."

Und Oberbürgermeister Schleusener (Brandenburg) — um einen lebenden Zeugen anzuführen — sagt hierüber (im „Tag", Nr. 28 d. J.):

„Eine Berücksichtigung aller Stände und Berufe ist bei der ungeheuren Vielseitigkeit unseres Volks- und Wirtschaftslebens unmöglich. In dem lebhaften Strom dieses Lebens verschwinden alte Berufe oder werden in ihrer Bedeutung von anderen überholt. Die Festsetzung des Vertretungsverhältnisses in der Kammer würde daher in keinem Zeitpunkt der Wirklichkeit entsprechen!"

Die erste Wirkung des jetzigen Entwurfes war denn auch naturgemäß, daß sich eine Anzahl von Berufsständen in höchster Entrüstung meldete, die sich übergangen glaubten: die Ärzte, die Hausbesitzer, die Gemeindebeamten, die Handarbeiter, die Presse usw. Allen Berufen kann man nicht eine Vertretung gewähren. Denn sonst würde kein Parlament dabei herauskommen, sondern ein Ungeheuer mit mehreren tausend Köpfen! Man müßte sich also auf die wichtigsten Berufe beschränken. Welche Berufe sind aber die wichtigsten? Niemand vermag das gerecht zu entscheiden! Noch unmöglicher, die Zahl der Vertreter an die einzelnen Berufsstände gerecht zu verteilen. Eine derartige berufsständische Vertretung war eben nur im Mittelalter mit seinen festgeregelten, dauerhaften Ständen gut möglich. Sie war zur Not auch noch möglich im 17. und 18. und etwa in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie war, wenigstens in gerechter Form, jedoch im Zeitalter des Dampfes nicht mehr möglich, und ist es erst recht nicht mehr im Zeitalter der Elektrizität!

Aber auch wenn diese Quadratur des Kreises gelänge, die Lösung wäre kein Gewinn. Denn das Parlament soll keine Interessentenversammlung sein; es soll vielmehr aus

Digitized by Google

Männern bestehn, die das Vertrauen genießen, daß „sie in jedem Fall, unbeirrt durch Sonderinteressen, die für das Staatswohl beste Lösung finden".

Diesen Satz verteidigen heißt, um einen Ausdruck Dahlmanns zu gebrauchen, das politische Einmaleins verteidigen. Entweder vertreten die aus berufsständischen Wahlen Hervorgegangenen in erster Linie die Belange ihrer Berufsstände, dann taugt das nichts für das Staatswohl. Oder sie tun das nicht, dann hat das Wahlverfahren seinen Zweck verfehlt, denn es soll ja ausgesprochenermaßen vor allem die Belange der einzelnen Berufsstände zur Geltung bringen. Also so oder so: die Zusammensetzung einer Kammer nach berufsständischen Wahlen bleibt immer verkehrt[1].

Die Geschichte hat dies sattsam bewiesen. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben sich die ständischen Versammlungen zu allen Zeiten als die Vertreter einer eigennützigen, kurzsichtigen, engherzigen, kümmerlichen, filzigen Sonderpolitik erwiesen. Ob man das alte Deutsche Reich, ob man das Königliche Frankreich, ob man Polen, Kur-Brandenburg, Sachsen, Holland, Dänemark usw. nimmt — es ist immer dasselbe Bild: die Stände scherten sich im allgemeinen den Teufel um das Staatswohl, sondern dachten vor allem an ihre kleinlichen Sonderbelange.

Darüber hilft auch die allgemeine Entwicklung des Staatsgefühls nicht hinweg. Berufsgruppen verfolgen fast ausschließlich berufliche Belange und haben sehr wenig Sinn für selbstlose Zwecke. Wer das nicht glaubt, der gehe hin und versuche es einmal, z. B. eine Versammlung von Brauern vom Segen der Enthaltsamkeit zu überzeugen oder auch nur eine Versammlung von Hutmachern vom Nutzen des Barhäuptiggehens! Er wird sich sehr bald davon überzeugen, daß die Menschen, im Grunde genommen, noch heute dieselben sind wie vor Jahrhunderten. Wo immer Leute desselben Standes oder Berufes zusammen tagen, da sehen auch noch heute, trotz aller fortgeschrittenen „Bildung", 90 vom Hundert die ganze Welt mehr oder weniger durch ihre Standes- oder Berufsbrille an — das zeigt ja fast jeder Beschluß einer beliebigen Versammlung von beliebigen Standes- oder Berufsgenossen! Und ist eigentlich fast selbstverständlich.

Das mag schon sein, werden die Verteidiger der berufsständischen Wahlen erwidern. Aber dies Wahlverfahren entspricht nun einmal der natürlichen Gliederung des Volkes in Stände und Berufe. Es wäre doch widersinnig, wenn diese Gliederung nicht auch in der Volksvertretung zum Ausdruck käme! Gewiß wäre es das. Man braucht aber gar nicht bange zu sein, daß die Belange der einzelnen Stände und Berufe nicht gewahrt bleiben, wenn die Wahlen zur Volksvertretung nicht auf berufsständischer

[1] Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß für den Fall einer mäßigen Beimischung von berufsständisch Gewählten bei den Verhandlungen einer Ersten Kammer nichts als Unsinn herauskommen müßte. Sondern nur, daß diese Wahlart sehr mangelhaft ist und daß es daher keinen Sinn hat, bei einer Neugestaltung der Ersten Kammer einen großen Teil ausgerechnet nach diesem mangelhaften Verfahren wählen lassen zu wollen — das Beste sollte doch auch für die preußische Erste Kammer gerade gut genug sein!

Digitized by Google

Grundlage, sondern auf irgendeiner anderen, sogar wenn sie einfach nach der Kopfzahl (wie beim gleichen Wahlrecht) erfolgen. Auch für diese Fälle — wir brauchen ja nur an den Reichstag zu denken — beweist bekanntlich die Erfahrung, daß die Belange der einzelnen großen Berufsstände: der Landwirte, der Kaufleute, der Gewerbetreibenden, der Handarbeiter, recht kräftig zur Geltung gelangen. Ja, nach der Ansicht vieler Einsichtiger sogar zu kräftig! Man denke doch z. B. nur an die Verhandlungen des Reichstages über die Korn- und sonstigen Zölle unter Caprivi und Bülow. Die Leidenschaftlichkeit, mit der sie geführt wurden, sollte doch eigentlich auch dem hartnäckigsten Verfechter des berufsständischen Wahlverfahrens die Augen darüber geöffnet haben, was wir erst zu erwarten hätten, wenn dies Verfahren für alle unsere Volksvertretungen oder auch nur für die Ersten Kammern eingeführt würde.

Wir wollen hier keine eigenen Neuerungsvorschläge vortragen. Es mag nur angedeutet sein, daß sich unsrer Ansicht nach für Erste Kammern am meisten die Wahl auf der Grundlage der Selbstverwaltungskörper empfiehlt. Denn diese würde nicht trennend wirken, sondern einigend. Denn in demselben Maße, wie die verschiedenen Berufsstände das Volk in verschiedene Gruppen mit verschiedenen Belangen trennen, so führt die Selbstverwaltung alle Berufe, Stände und Klassen des Volkes zu gemeinsamer Tätigkeit am Ganzen: an Gemeinde, Kreis, Provinz und zuletzt am Staat zusammen.

Der Glaube an die Nation

Von Alwin Saenger, München

„Man muß den Mut haben, an die Zukunft seiner Nation glauben zu wollen." Friedrich List

Am 31. Dezember des Jahres 1848 schrieb Friedrich Hebbel in sein Tagebuch: „Alle Erbfehler unserer Nation stehen wieder in voller Blüte; hie Welf, hie Ghibelline. Mich wundert nur, daß in dem Körper eines Deutschen Einigkeit herrscht, daß sich nicht das Herz gegen den Kopf, der Arm gegen das Bein empört. Zu einem imponirenden, wohl gegründeten Staatsbau werden wir es wohl nicht bringen, das ist unmöglich, wo jeder Stein Schlußstein werden will." Rückschauend auf die Ereignisse in den Wochen und Monaten der jüngsten deutschen Vergangenheit erinnern wir uns dieser Worte, wenn es dem Deutschen unserer Epoche beifällt, die Kraft seines Denkens und seiner Liebe einer Erörterung der weltpolitischen Zukunft des Vaterlandes zu leihen.

Hie Welf, hie Ghibelline! Vermutung und Verdächtigung. Behauptung und Dementi. Notwendigkeit des Redens und verworrene Schweigsamkeit. Krise und Harmonie. Zivil und Militär. Persönliches und allzu Persönliches. Nein, es waren, es sind nicht mehr die notwendigen und darum gesunden Triebkräfte eines Kampfes, ohne den Entwicklung nicht leben kann; es war politischer Wirrwarr; es war alte,

Digitized by Google

deutsche Politik. Wer möchte den selten erbitterten Kampfruf, der durch die politische deutsche Welt ertönte und heute noch — zu stärkerer Wiederholung bereit — nachklingt, in einer Polemik wider Einzelpersonen fortpflanzen, da die Grundbedingung eines notwendigen Aufstiegs unserer Parteipolitik in der, durch strengste Selbstdisziplin noch zu erwerbenden Sachlichkeit enthalten ist. Es mag in den Zeiten begreiflicher Erregung und raubbauartiger Abnutzung der Nervenkraft schwer sein, mit dem Führer einer „Annexionslokomotive" über die Notwendigkeit eines Nikolsburger Friedens zu debattieren. Aber es muß gehen, wenn Politik mehr als Gewandheit persönlicher Dialektik, mehr als Parteipolemik, wenn sie wirklich Staatskunst sein soll. Von der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn von Reventlow und meines früheren Parteifreundes Haase bin ich gleichermaßen überzeugt. Sie sind des Glaubens, der unbeweisbaren Wahrheit am nächsten zu stehen; und darum achte ich sie. So möge denn auch die Betrachtung über die Ursache jenes deutschen Wirrwarrs und einer Bewertung im Angesichte unserer weltpolitischen Zukunft nicht bei einer parteipolemischen Erörterung stehen bleiben, sondern unter Hinnahme der deutschen Kampfesart, wie sie heute lebendig ist, zu der Frage nach dem Glauben an die Nation vorwärts schreiten.

Einer das Wesen der Sache übersehenden Behauptung entgegenzutreten, erscheint uns die nächste Pflicht. Auch in den anderen kriegführenden Staaten — so wird der Einwand lauten — stoßen die politischen Kräfte des Landes in heftigstem Streit aufeinander, ja erschüttern die Fundamente des Staatsbaues bis auf den Grund. Die Richtigkeit dieses Satzes zugegeben, obwohl das Staatswesen unseres englischen Hauptgegners heute noch sicher weit geschlossener, dank den kapitalistischen Instinkten der englischen, arbeitenden Klassen dasteht, als das unsere: der Unterschied, der einen Vergleich hier ausschließt, beruht in der Gegensätzlichkeit der militärischen Lage. Der Entente ist reichlich Krisen- und Konfliktsstoff in ihrer schweren Niederlage und der völligen Aussichtslosigkeit des Weltkrieges für ihre Ziele gegeben, in Deutschland steigt der innere Kampf bis zur Siedehitze verzweiflungsvoller, mißmutigster Heftigkeit in der Stunde seiner weltgeschichtlichen Geburt. In dem Verteidigungskampfe dieses Weltkrieges treten wir zum erstenmal in der Menschheitsgeschichte als politisch geschlossene Großmacht auf. Die Probe völkischer Sittlichkeit und Kraft haben wir bestanden, wie es keinem Volke je gelang. Und jetzt, da Staatskunst den Sieg unseres Volkes vollenden sollte, sind wir zueinander wieder die deutschen Brüder in hartnäckigster Fehde. Deutsche Schwäche in den Augenblicken, wo unsere Sehnsucht den Beginn eines deutschen Zeitalters in der Geschichte begrüßt. Unklarheit des Willens, da ein neuer Abschnitt der Weltkunde beginnt: das ist's, was den Patrioten ergreift und ihm unfaßbar erscheinen will. Wir haben der Welt Unendliches gegeben; ohne die Taten unserer Vorfahren und des lebenden Geschlechts wären die Völker arm.

Digitized by Google

Wir sind der Kultur das Volk der Denker und Dichter, die „wie des Himmels Glanz immer und ewiglich leuchten werden". Aber unsere politische Geschichte ist tatenarm und nicht einmal gedankenvoll. Von Armins Ende bis zur Paulskirche war deutsche politische Kraft zentrifugal. Soll deutsche Weltmacht sich nur im Kaisertraum der Hohenstaufen, in der dynastischen Allmacht des spanisch-habsburgischen, kaiserlichen Karl erschöpfen? Soll der Tiefe unseres geschichtlichen Lebens nur ein geistiges und sittliches Element für die allgemeine Kultur entquellen? Sollen wir ewig ein unpolitisches Volk bleiben? Wird der Sonne deutschen Pflichtgefühls höchster persönlicher Verantwortung und deutscher Individualität stets der Schatten auflösenden Zwiespalts folgen? Wo ist die Wirkung, wo die Ursache? Ist's ein Übel, das seit der Lichtung des Chaos dem deutschen Wesen eingeboren wurde als ursprünglichster nationaler Fehler und ward dieser die Ursache unseres mangelnden politischen Sinns; oder konnte der Mangel nur fühlbar werden durch die nationale Zerrissenheit eines Jahrtausend, war diese — durch andere Umstände bedingt — die Ursache von jenem? Hindert die Bürde eines wirklichen, für immer auferlegten Erbfehlers uns daran, Führer an der Wende eines Zeitalters zu sein, oder ist es nur die Untugend unserer weltpolitischen Jugend? Werden wir uns die weltgeschichtliche Zukunft, die wir im Besitz halten, auch erwerben, um sie zu besitzen?

Wir dürfen die Frage bejahen; wir leiden an den Jugendfehlern unserer nationalen Kindheit. Wäre es anders, wir müßten verzweifeln und der Glaube an Deutschland erstürbe für immer. Das deutsche Wunder des großen Krieges, die Selbstbehauptung des Reiches gegen Meer und Kontinent, geschah, weil wir zu Größerem bestimmt sind. Erhebt euch nur einmal über den engen Raum der kämpfenden Parteidoktrinen und schauet Ziel und Zweck dieser Jahre unter der größeren und freieren Perspektive des kommenden Jahrhunderts. Daß wir als junger Staat weltgeschichtliches Denken und Fühlen bald lernen möchten!

Braucht der Sozialist, dem alle Geschehnisse der Kriegsjahre die Richtigkeit seiner wirtschaftlichen und politischen Auffassungen beweisen, zu versichern, daß ihm, in Übereinstimmnng mit den Worten der August-Thronrede: Uns treibt nicht Eroberungssucht, eine „öde Weltherrschaft" nicht Gegenstand seiner Hoffnung ist? Muß er nicht aber auch mit freiem, unabhängigem Blick für Entwicklungen und Tatsachen erkennen, daß die Versöhnung und spätere Verbrüderung der Menschensöhne nur über den Weg des nationalen Staates einst erreicht wird? Wir treten in eine Zeit des verstärkten Nationalismus — nicht Chauvinismus — ein, es würde denn die Ansicht für richtig befunden, daß in den unerhörten Gewalttaten des heutigen Groß-Rußland der Freiheit und des allgemeinen Glückes Offenbarung für den morgigen Tag liegen. Vielleicht jedoch findet gerade die heutige russische Macht durch den Nationalismus ihrer eigenen Völker das Ende. Wenn dem so ist, und zum Ende des Krieges

Digitized by Google

der Gedanke an eine Erstarkung und Durchsetzung nationaler Selbständigkeit und Eigenart an Bedeutung gewinnt, dann müssen wir uns fragen, welche geschichtliche Aufgabe unserer Nation obliegt. Sie, die durch ihren heutigen nationalen Freiheitskampf für ein selbständiges Dasein und dessen Entwicklung siegreich ihrer Weltmacht das Leben schuf, kann ein weltgeschichtliches Zeitalter deutschen Geistes nur schaffen, wenn sie den Gründen ihres eigenen Handelns treu bleibt. Der Glaube an die Nation lebt zu stark in einer deutschen Seele, als daß wir nicht allem inneren Kampf zum Trotz die Überzeugung einer großen, deutschen Zukunft und ihrer Voraussetzungen besäßen.

Niemals hatte ein Volk in der Geschichte die unendliche Fülle von Möglichkeiten, sich die Welt durch den Frieden zu erobern, wie heute das deutsche; in offenen Händen wird ihm die Führerschaft des Kontinents entgegengetragen. Englands nach brutalen Raubmethoden erworbenes Imperium hat im Weltkriege den entscheidenden Riß bekommen, Frankreich seine Großmachtstellung endgültig verloren, auch wenn wieder die bourbonischen Linien der phrygischen Mütze eingestickt würden, und Rußland wird für absehbare Zeit die ganze Kraft der staatlichen Reorganisation zu widmen haben. Der deutsche Sieg hat es zu Wege gebracht. Durch ihn besitzen wir unsere weltgeschichtliche Zukunft. Die Friedenshoffnung bleibt so lange nur eine Hoffnung, weil eben auch der Verständigungsfriede der Völker ein Ausdruck dieses deutschen Sieges ist; denn die deutschen Kriegsziele, mit denen wir in den Kampf getreten, können in den Verständigungsfrieden als Grundlage der Freiheit eines jeden Volkes übernommen werden, für die Staaten der Entente aber ist der Verständigungsfriede ein Verzichtfriede für alle, aber auch alle ihre Ziele! Unentrinnbar vollzieht sich durch unsere militärische Tatkraft dieses Schicksal der feindlichen Koalition. Schuf je die Waffe einem Reich die gleiche Gelegenheit, einer neuen Zeitepoche seinen Namen zu geben? Aber die es nicht glauben wollen, daß dieser Krieg eine ungeheuere Revolution in der menschlichen Entwicklung ist, daß neue Ideen und Prinzipien sich durchzusetzen mit Entschlossenheit beginnen, werden ihre Belehrung durch Tatsachen finden. Den englischen Methoden der Welteroberung wird in diesem Krieg das Urteil gesprochen, wie den französischen Raubgelüsten; die russische Expansion der Gewalt liegt am Boden. Nie wird die eigene Tüchtigkeit der Nation wieder eine solche Stunde schenken, die Welt moralisch zu gewinnen, die lebensnotwendige Grundlage unserer Zukunft. Gebrauchen wir unsere Macht nur dazu, um den Ideen einer heraufsteigenden Zeit zu dienen, so wird die Geschichte uns einst nicht nur das größte, sondern auch das klügste Volk nennen, denn wir verstanden, uns die dauerhafteste Grenzsicherung zu schaffen. Das deutsche Zeitalter hebt an, wenn wir als Sieger die Weltpolitik des Reiches auf dem Kantschen Pflichtbegriff stabilieren. Zu welcher Höhe steigt der deutsche Gedanke in der

Digitized by Google

Welt! Welche Aufgabe für einen Staatsmann, der mit unbeirrbarem, eisernem Willen seine Aufgabe erfaßt und verkündet, die gefeierten, sittlichen Anschauungen der klassischen Großen eines Volkes mit der Weltmacht zu einer unlösbaren Einheit zu fügen; welche Aufgabe, durch eine solche Weltpolitik die arbeitenden Klassen dem nationalen Vaterlande endgültig zu gewinnen!

Der Glaube an die Nation zieht seine heiligende Kraft aus ihren Taten dieser Jahre. Die deutsche Nation wird durch Wirrwarr und Tagesnot den Weg zum Zeitalter des Deutschen finden, eingedenk, „daß die deutsche Würde immer unangefochten bleiben werde, denn sie ist eine sittliche Größe, wohnt in der Kultur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen unabhängig ist".

Notizen

Hammanns „Erinnerungen". Der frühere Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Otto Hammann, hat in der Muße, die ihm jetzt gegeben ist, ein Stück seiner politischen Erinnerungen niedergeschrieben, die unter dem Titel „Der neue Kurs" bei Reimar Hobbing in Berlin erschienen sind. „Der neue Kurs" — das heißt, die Regierungsjahre Wilhelms II. nach Bismarcks Entlassung; der Begriff ist geschichtlich nicht so geschlossen wie etwa jener andere, die „neue Ära", die Wilhelms I. Anfänge bis Bismarcks Ministerpräsidentschaft bezeichnet. Wann hört er auf? Mit Caprivis Ausgang, mit Marschalls Abschied, mit Hohenlohes Ende, mit Bülows Aufstieg? Es ist fraglich, ob dies Wort geschichtlich sich durchsetzen wird. Bei Hammann umfaßt es etwa die Zeit der Caprivischen Kanzlerzeit; nicht aber von ihm, der sich mehr als Vollstrecker, denn als politischer Schöpfer fühlt, sondern vom jugendlichen Kaiser der sozialpolitischen Erlässe und der neuen Einstellung zur Weltpolitik hat der Begriff Inhalt und Richtung erhalten.

Hamman ist durch Caprivi aus der Arbeit eines klug beobachtenden Tagesschriftstellers, des Berliner Korrespondenten einiger wichtiger Provinzzeitungen, herausgeholt worden, um die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes auszubauen. Der wenig entwickelte Zustand, in dem bis zum Kriegsbeginn die Leitung der deutschen Presse in Fragen der auswärtigen Politik sich befand, die ungenügende Ausnützung ihrer auf Freiwilligkeit und Vertrauen beruhenden nationalen Wirksamkeit verrät nicht eben eine stark organisatorische, aktive Kraft — jener Übergang von der internationalen Politik der Ämter und Diplomaten zu der von Presse, Parlament, Volksstimmung, der die Zeit des Jahrhundertwechsels kennzeichnet, ist nicht eben in großer Weise gespürt worden. Aber von diesen intimen Fragen, die Hammanns eigene Leistung berühren, ist in dem Buch wenig oder nicht die Rede. Er zeigt sich als Beobachter, als Zuschauer aus der Nähe; wenig erfährt man von den Aufgaben und Leistungen, die mit dem eigenen Amt zusammenfielen.

Das zeigt die Bedeutung und die Grenzen des Buches. Sein eigentlicher Sinn ist eine politische und menschliche Ehrenrettung Caprivis und das gibt der Arbeit nicht nur ihren gewissen

Digitized by Google

Reiz, sondern auch ihre Art von aktueller Bedeutung. Denn die Geschichtschreibung über die Kriegsursachen, die über die letzten paar Jahre der Einkreisungspolitik hinausgreift, pflegt jetzt bei Caprivi zu beginnen, und auf seine Person senkt sich, wegen Nichterneuerung des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags, alle Schuld. Hammann wird hier zum Verteidiger, zunächst indem er ausführlich feststellt, daß der neue Kanzler die auswärtige Politik zunächst seinen Räten überließ und unter diesen Holstein seine fast ungehemmte Wirksamkeit ausübte; dann aber auch, indem er andeutet, daß der Vertrag über den Balkan Abmachungen enthielt, die heute noch nicht bekannt, für Österreich-Ungarn schwer erträglich sein mußten. Bekanntlich wird man darüber ja immer streiten, ob das Doppelverhältnis Berlin-Wien und Berlin-Petersburg eben nur einem diplomatischen Spieler wie Bismarck möglich war und deshalb für eine normale, mittelbürgerliche Politik zu gefährlich, d. h. auf die Dauer „falsch" konstruiert war, wird sich nicht einigen können, ob das französisch-russische Bündnis, das ja seit der Mitte der siebziger Jahre im Anzug war, automatisch doch gekommen wäre, von Bismarck nur verzögert wurde, aber auch von ihm nicht völlig hätte gebannt werden können. — Hammanns Gesamthaltung geht darauf aus, die Ablösung von Rußland, die ja aber dann doch nicht konsequent durchgehalten wurde, zu rechtfertigen. Bloß wirkt auch seine Beweisführung, da sie im Entscheidenden, in dem Zusammenhang mit der Balkanpolitik mehr Andeutung als Material enthält, nicht völlig schlüssig. Um so überzeugender sind jene Stellen, da Hammann Caprivis Verdienste um die Militärfragen beschreibt und das Helgoland-Abkommen ins richtige Licht rückt.

Das Buch ist locker geschrieben, aber nicht eben sehr klar disponiert in dem Neben- und Durcheinander von Anekdote, Sachbeitrag und Reflexion. Dadurch wirkt es nicht einheitlich. Aber doch ist der Gesamteindruck charakteristisch genug — eine peinlich böse Atmosphäre jene Zeit, da Bismarcks Kampf gegen seinen Nachfolger die Nation in der Tiefe aufwühlt und in den Ämtern Mißtrauen und Intrige schleicht. Jene wüsten Prozesse, Tausch, Lützow, Schumann, deren Gedächtnis die Zeit längst verwischt, werden wieder lebendig — die Nähe, wo große Geschichte gemacht wurde, ist nicht erhebend. Unfreiwillig werden Hammanns milde, etwas lässige Betrachtungen zu einer sehr herben Kritik. Th. H.

Ein englisches Gibraltar in der Ostsee. Wie stark England auf die estländische Küste spekuliert, geht aus folgendem Zitat der estnischen Zeitung „Eesti Teataja" vom 13. Februar 1918 hervor: „In letzter Zeit ist noch ein Liebhaber des Baltenlandes erschienen. Dieser ist England, welches stets von einem Gibraltar an der baltischen Küste geträumt hat, solange Großbritannien Kolonialpolitik betrieben hat. Ihm fehlte ein Anlaß, um bei der Umwälzung im Zarenreiche mit einzugreifen. In England glaubte man immer, Rußland wolle den Gedanken Peters des Großen, Indien zu besitzen, verwirklichen. Wenn auch England einem direkten Kriege aus dem Wege ging, hat es doch im Bunde mit Japan viel zur Entstehung des russisch-japanischen Krieges beigetragen. Durch den japanischen Krieg sollte Rußlands Einfluß im fernen Osten beseitigt werden, damit auf diese Weise Indien außer Gefahr sei.

Digitized by Google

Teilweise gingen Englands Wünsche in Erfüllung. Rußland wurde geschwächt, blieb aber immerhin als Drohung bestehen.

Dann beschritten die englischen Imperialisten einen anderen Weg. Eine große Gefahr drohte von seiten Deutschlands und man versuchte sich mit Rußland zu befreunden. Jetzt aber, wo das neue Rußland von keinen Eroberungen etwas wissen möchte, ist die baltische Frage in England wieder akut geworden. Es will durch einen Stützpunkt an der baltischen Küste Deutschlands Einfluß brechen und gleichzeitig Schweden, Finnland und Rußland von zwei Seiten bedrohen. Diese Drohung wäre gleichbedeutend mit einer Sklaverei für die Bewohner Rußlands, besonders der baltischen Provinzen. Wenn es England möglich gewesen wäre, hätte es schon längst seine Flotte in das baltische Heer geschickt, aber Deutschland läßt das nicht zu."

Es liegen aber noch weitere Zeugnisse aus der estnischen Presse vor, die Englands emsige Arbeit unter den Esten belegen. In Nr. 6 der „Paewaleht" z. B. wird angeregt, bei Kirchen Meetings zu veranstalten, um „das Volk von der immer weiter um sich greifenden Sympathie für deutsche Ordnung zu warnen". Ferner traten englische Emissäre durch estnische Vordermänner gedeckt, mit dem Wunsche hervor, Grundbesitz in Estland zu erwerben (wie es heißt, sollten dafür 90 Millionen Rubel ausgeworfen worden sein). Als ihnen das, infolge der Absage des deutschen Groß- und des estnischen Kleingrundbesitzes nicht gelang, brachten sie wenigstens eine ansehnliche Menge Obligationen und Schuldverschreibungen der Güter durch Ankauf in ihre Hände.

Wenige Tage vor Einmarsch der deutschen Truppen in Estland war auf Betreiben der englischen Botschaft von englisch orientierten städtischen Kreisen Revals eine der selbständigen Republik Estland gegründet worden, über die ein Spezialtelegramm des „Paewaleth" vom 15. Februar meldet: „Wie uns aus Petersburg telegraphiert wird, haben die Botschafter Englands und Frankreichs von ihren Regierungen eine amtliche Mitteilung erhalten, die Selbständigkeit Estlands, wenn diese Selbständigkeit durch die gesetzlichen Organe ausgerufen werden wird, als gültig anzuerkennen." An die Spitze der estnischen Republik, die drei Tage vor Einmarsch der Deutschen gegründet wurde, traten unter anderem Päts, Wilms und Konik, drei Revaler Esten, die zum Kreise der Anglophilen in Reval unter Tönnisson und Poska gehörten. Letztere hatten schon Anfang Februar mit Sir Lindley, als Vertreter der englischen Botschaft in Petersburg, Verhandlungen geführt. Daß die englische Orientierung unter den Esten so um sich greifen konnte, lag daran, daß der bolschewistische Terror bei allen Esten die Notwendigkeit einer völligen Trennung von Rußland aufgezeigt hatte. Daß der Abschluß des Waffenstillstandes das Schicksal Estlands mit Stillschweigen überging, warf die deutschfreundliche Stimmung unter den Esten stark zurück. Der anfänglich kleine Kreis von Esten, der seit der russischen Revolution von einem freien Estland träumte, gewann damals nicht nur in städtischen Kreisen Anhänger. Die bäuerlichen Massen hofften zwar nach wie vor auf deutsche Hilfe, aber auch sie begannen mit England zu rechnen. Das

Digitized by Google

ging deutlich aus der Deputation des estnischen Kleingrundbesitzes hervor, die sich Mitte Februar durch die russischen Linien hindurchgeschlichen hatte, um im Auftrage ziemlich des gesamten estnischen Bauernstandes Deutschland um Hilfe anzuflehen. Aber auch sie sah sich genötigt, hinzuzufügen, daß sich das estnische Volk, falls die deutsche Hilfe ausbleiben sollte, in Englands Arme werfen würde. Wie schon oft in dieser Zeitschrift betont ist, handelt es sich bei der baltischen Frage nicht um ein deutsches „Entweder" und ein russisches „Oder", sondern um die Freiheit der Ostsee unter dem Schutze der Anrainer oder um ein englisches Gibraltar in der Ostsee. A. S.

Die Erklärung der finnländischen Landtagsfraktion gegen die Rote Garde. „Dagbladet" schreibt am 28. März aus Helsingfors u. a. folgendes: Der Aufruf, den sozialistische Mitglieder des Landtages zur Veröffentlichung im „Fria Ord" gegeben haben, hat folgenden Wortlaut: „Der Parteirat der sozialistischen Partei (das höchste administrative Organ der Partei) trat am 20. Januar der Aufforderung des Partei-Ausschusses zufolge zusammen, um Mitglieder der Roten Garde für die Parteikomitees zu wählen. Der Parteirat nahm die Wahlen der Mitglieder vor in der Hoffnung, daß die Roten Garden den Parteikomitees besser gehorchen würden. Gleichzeitig beschloß der Parteirat, daß eine Vertretung sämtlicher Kommunen während des Februar-Monats in Helsingfors zu Besprechungen zusammentreten solle, bei denen auch die Ansichten der Minoritäten in Betracht gezogen worden sollten. Eine Parteiversammlung sollte dann im Mai anberaumt werden, um Neuwahlen vorzunehmen. Aber das durch Vertreter der Roten Garde verstärkte Parteikomitee beschloß an Stelle der Einberufung der vorgenannten Versammlungen den für das ganze Land und hauptsächlich für die sozialdemokratische Partei so unglücklichen Staatsstreich, der dann am 27. Januar ausgeführt wurde. Keine sozialdemokratische Parteiversammlung hatte einen ähnlichen Staatsstreich oder eine Rote Diktatur beschlossen. Allerdings wurde etwas Ähnliches von einigen Vertretern in einer außerordentlichen Parteiversammlung im November vorgeschlagen, aber es fand nur äußerst geringe Unterstützung. Im Gegenteil kam man in dieser Parteiversammlung darin überein, daß, wenn die sozialdemokratische Landtagsgruppe oder der Parteirat es für nötig hielte, Mitglieder der Partei in den Koalitionssenat (d. h. Regierung) eintreten sollten. Als der Staatsstreich durchgeführt wurde, wurde die sozialdemokratische Landtagsgruppe überhaupt nicht gefragt und der Parteirat erst eine Woche nach dem Staatsstreich zusammengerufen, um über die Angelegenheit zu beraten. Jeder, der bei dieser Sitzung gewagt hätte, sich in irgendeiner Weise zu widersetzen, wäre das Opfer eines Bajonetts geworden. Dieser Staatsstreich ist nicht nur gegen den Willen der vom Volke durch das allgemeine Wahlrecht gewählten Vertretung, dem Landtag, in Szene gesetzt worden, sondern er ist auch ein Staatsstreich gegen die sozialdemokratische Partei selbst gewesen. Da die Redefreiheit vollständig beschränkt worden ist, liegt hierin die Ursache, daß die Angelegenheit nicht an die Öffentlichkeit gekommen ist, obgleich zur Partei Personen aller Gesellschaftsklassen und Richtungen gehören. Diese haben an dem Gang der Ereignisse nicht teilgenommen, sondern erklärt, daß der Staatsstreich mißglücken würde,

Digitized by Google

und versucht, sich selbst und die vertretenden Mitglieder von dem Unternehmen fern zu halten."

Die beiden sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Blomquist und Piisinin haben in der Zeitung „Ilkka" einen scharfen Protest gegen die Irreführung der sozialdemokratischen Volksmassen durch die einseitige Berichterstattung im offiziellen Parteiorgan „Työmies" erhoben. Sie beklagen sich darin zunächst über die starke Machtstellung, die die Zeitung „Työmies" in der sozialdemokratischen Partei hat. Die genannte Zeitung, sagen sie, hat die Hauptschuld an der Irreführung der Arbeitermassen. Sie betonen, daß die Sozialdemokraten mit ihrer großen Stimmenzahl im Landtage Gelegenheit gehabt hätten, demokratische Reformen durchzusetzen, aber dieses paßte den Helsingfors-Sozialisten nicht. Diese wurden durch das im Lande befindliche russische Militär und die niedrigsten Elemente der menschlichen Gesellschaft auf die Gewaltsbahn gebracht. Der Verbrüderung dieser Elemente erstickte den letzten Rest des Zusammengehörigkeitsgefühls mit dem eigenen Volke, das der finnländische Arbeiter in diesen düsteren Zeiten noch übrig hatte. Den Arbeitern wurde erzählt, daß man sich ebenso in Finnland, wie es in Rußland bereits geschehen war, die Macht mit Gewalt aneignen müsse. Man berücksichtigte nicht, daß die Verhältnisse in unserem Lande ganz andere sind wie in Rußland. Die Stimmen, die sich bei uns für die Förderung der Sache der Arbeiter auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung erhoben, wurden als Unterstützung der Herrschaft der Bürger gestempelt. Trotz der drohenden Hungersnot sollte unser Land zu einem Versuchsobjekt für utopistische Träume gemacht werden. Die Arbeiter wurden mit russischen Waffen ausgerüstet. Die Folgen hiervon ließen nicht auf sich warten. Bewaffnete Raubzüge, zahlreiche Morde und Straferpeditionen und endlich der Bürgerkrieg waren die Ergebnisse.

Sobald der Terror der Roten Gardisten durch die Weiße Garde und die Landung der deutschen Truppen beseitigt war, haben die besonnenen Elemente in der Sozialdemokratie unter Tanner, Valpas und Wuolijoki die Oberhand gewonnen. Damit wird die von uns in Nr. 14. der „Deutschen Politik" gegenüber Dr. David aufgestellte Behauptung, es handle sich in Finnland nicht um eine Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, sondern um eine durch den Maximalismus in Rußland ausgelöste anarchistische Bewegung, bestätigt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 3.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 3. Mai 1918 • Heft 18

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die politischen Familienbriefe des Kaisers Karl und das etwas beklommene Gefühl, daß aus der Umgebung der Familie Parma-Bourbon mit ihren internationalen Beziehungen und Ehrgeizen noch manche Überraschung kommen könne, haben auf die öffentliche Meinung Österreich-Ungarns einen eigentümlichen Druck ausgeübt. Die deutschen Parteien sind tief verstimmt, und das so loyale Herrenhaus will in einer offenen Kundgebung den Monarchen in die Sphäre eines strengen Konstitutionalismus zwingen. Ihre Aktionen enden einstweilen mit allgemeinen Redensarten des Ministerpräsidenten von Seidler und mit der Schadenfreude der slavischen Opposition. Das ist wenig erfreulich. Aber es hat doch die Nebenwirkung, daß gegenüber der etwas läßlichen Auffassung politischer Verantwortlichkeiten ein strafferer Geist nach innen und außen sich meldet. Die Wirrnis der vergangenen Wochen schafft in einer breiteren Schicht ein klareres Bewußtsein über die mitteleuropäischen Verpflichtungen der Donaumonarchie.

*

Selbst Bismarck, als er sich 1865 in Bad Ischl mit der Sängerin Pauline Lucca photographieren ließ, kam in ein Trommelfeuer (sagen wir heute) von hämischer sittlicher Entrüstung, und er mußte sich in schwerem Ärger gegen die schmutzige Phantasie der Leute wehren, die aus der Umgebung des „Reichsboten" über ihn zu Gericht saßen. Gottlob ist unsere Geschichte sonst ziemlich unbelastet von den Bemühungen, Privatstank zu erfinden und aufzuwühlen, um politische Gegner zu werfen. Der Beginn der 90er Jahre, später die Krupp-Affäre und die Peters-Geschichten sind üble Erinnerungen. Wir überlassen es dem Prozeßverfahren, festzustellen, was zu den alldeutschen Angriffen auf Herrn von Kühlmann zu sagen ist. Auszusprechen ist nur, daß es die schlimmste Verwilderung politischer Polemik ist, einen Staatsmann in kritischer Stunde vom Vertrauen der Heimat vollends absprengen zu wollen und der Welt den Anreiz zu tollstem Gelächter zu geben. Die Bukarester aber müssen sich ordentlich seltsam vorkommen, daß sie den Hintergrund einer Sittlichkeitsentrüstung zu bilden haben.

*

Digitized by Google

Es gibt auch Heimstrategen im Heere — dieser Gedanke muß einem kommen nach den Proben aus dem Soldatenkatechismus, die der Abgeordnete Noske im Reichstage verlesen hat. Gerade an uns, die wir stets für unser Volk in Waffen gegenüber den Verunglimpfungen von feindlicher und Mißverstehen von neutraler Seite eingetreten sind, ist es, mit aller Entschiedenheit dagegen zu protestieren, daß alldeutsche Kraftausdrücke und innerpolitische Verhetzung in die geschlossene Front unserer kämpfenden Truppen hineingetragen werden. Hier muß die „Schwatzbude" zeigen, daß sie auch Fraktur reden kann, nicht nur um ihrer selbst, sondern auch unserer Soldaten wegen, die in diesen Tagen schwersten Ringens solche Belästigungen doppelt anwidern müssen.

*

Nachdem im Osten für Deutschlands europäische Sicherstellung vor russischem Drucke gesiegt worden, wird jetzt im Westen für Deutschlands Weltgeltung gekämpft. Professor Ehrenberg hat dafür folgende glänzende Formulierung gefunden:

„Mitteleuropa allein wäre nur ein vergrößertes Österreich — das um Belgien vergrößerte Deutschland nur ein vergrößertes, zugleich schwer belastetes kleineres Deutschland. Beides wäre unser Unglück. Nur die afrikanischen Ziele, nicht um ihres wirtschaftlichen Wertes, denn die finden sich bis zu einem gewissen Grade auch bei den anderen, sondern um ihrer machtpolitischen Bedeutung, können uns retten."

Englands Vorherrschaft zur See kann aber nicht durch den Besitz der flandrischen Küste, sondern durch das Ausbrechen Ägyptens aus der englischen Weltmacht beseitigt werden. Mit diesem Gedanken begegnet sich Ehrenberg mit Rohrbachs Auffassung, der seit Beginn des Krieges auf die Bedeutsamkeit des ägyptischen Problems hingewiesen hat.

*

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung", die seit einiger Zeit nicht nur pazifistische, sondern auch bolschewistische Töne anzuschlagen liebt, hat kürzlich die Frage aufgeworfen, ob die Antwort Hertlings an die baltische Deputation noch mit dem Brest-Litowsker Frieden vereinbar sei. Auf diese Frage gibt ein englisches Blatt „Common Sense" eine klare Antwort, wobei es die Beweggründe der deutschen Regierung für ihr Eingreifen im Baltenlande als durchaus verständlich hinstellt:

„Vom nationalistischen Standpunkt aus ist das Schicksal der baltischen Provinzen schwer zu entscheiden. Wir wissen, daß Trotzki vor zwei Monaten in Brest-Litowsk die Desannexion zurückgewiesen hat als einen Versuch, die brutalen annexionistischen Ansprüche mit dem Feigenblatt der Demokratie zu bekleiden; aber wir wissen auch, daß seine Abneigung gegen den deutschen Plan sich nicht so sehr auf seine Achtung vor dem Nationalitätenprinzip gründete, als auf seine Hoffnung, daß das Proletariat in den baltischen Provinzen sich gegen die Gutsbesitzer und besitzenden Klassen erheben möchte, wie es die Bolschewiki in Großrußland getan haben. Vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips aus ist es schwer, das Schicksal dieser Provinzen zu bestimmen. Die herrschenden Klassen jedoch und die herrschende Kultur in Estland, Livland und Kurland sind seit Jahrhunderten in erster Linie deutsch. Die besitzenden und Handelsklassen riefen die Deutschen zu Hilfe, um sie vor dem Bolschewismus zu retten. Als in Indien Tausende von britischen Untertanen durch die steigende Flut der Anarchie eingeschlossen waren, da sandten wir Kräfte, um ihnen zu helfen und hätten das getan, selbst wenn Indien nicht unter britischer Herrschaft und Souveränität gestanden hätte. Sollten wir uns daher entrüsten, weil die deutsche Regierung, die den Bolschewismus mit denselben Augen ansieht wie unsere eigene Regierung, zur Unterstützung der deutschen Besitzer an Rußlands Grenzen Hilfe sendet?"

Digitized by Google

Deutschland und die Ukraine

Von Dr. Paul Rohrbach

Im Reichstage bei uns ist neulich die Äußerung gemacht worden, die Verhältnisse in der Ukraine seien so, daß auch der Reichstag anfangen müsse, sich mit ihnen zu beschäftigen. Nach dem Zusammenhang sollte das bedeuten, die Verhältnisse seien nicht erfreulich. In der Tat liegen Schwierigkeiten vor, aber sie sind nicht von anderer Natur, als gleich anfangs zu erwarten war.

Als wir den Friedensvertrag mit der Ukraine schlossen, da wußte man, daß die maßgebenden ukrainischen Parteien sich zum Sozialismus bekannten. Die Ukraine wollte los von Rußland, aber weder die führenden Schichten des ukrainischen Volkes, noch die Bauern waren unberührt geblieben von der radikalen sozialpolitischen Entwicklung des russischen Lebens in der Zeit vor der Revolution. Die stärkste ukrainische Partei nannte sich die sozial-revolutionäre, worin zum Ausdruck kam, daß vor allen Dingen die Besitzverhältnisse am Grund und Boden zugunsten der Masse umgestaltet werden sollten. Auch der ukrainische Bauer forderte Land, und dies Verlangen wurde ihm von den politischen Führern um so bereitwilliger zugestanden, als die Großgrundbesitzer Volksfremde waren, Polen in der westlichen, Russen in der östlichen Ukraine. Das Programm der „Sozialisierung des Grund und Bodens" bedeutete also zugleich die Beseitigung zweier dem ukrainischen Staat und dem ukrainischen Volkstum feindlicher Elemente, und begreiflicherweise hat das viel dazu beigetragen, dem „sozialrevolutionären" Grundsatz freie Bahn zu schaffen.

Dazu kam auf dem flachen Lande noch ein Weiteres. Die bäuerliche Masse in der Ukraine ist sehr ungebildet. Das Schulwesen stand hier besonders niedrig, weil die russische Regierung mit Absicht nirgends so wenig dafür sorgte, wie in der Ukraine. Der ukrainische Bauer hat einen guten Kern, einen besseren, tüchtigeren als der großrussische, aber in seiner Unwissenheit ist er natürlich auch roh und leicht zu verführen. Als nun die Welle des Bolschewismus von Rußland her heranrollte und überall bolschewistische Agitatoren erschienen, auch ukrainische Soldaten von der Front und aus Petersburg in ihre Dörfer zurückkehrten und die Grundsätze des Bolschewismus dort in ihrer wildesten Form bekannt machten, da fanden sie natürlich damit bei einem Teil der Masse, namentlich bei den Besitzlosen, lebhaften Anklang. Der Bolschewismus auf dieser Stufe ist nicht etwa ein politisches Prinzip, ein Gedanke über irgendeine Art von Neuordnung der menschlichen Gesellschaft, sondern er ist einfach Plünderungsfreiheit. Wenn jemand sieht, daß ein anderer mehr besitzt, besser angezogen ist, besser wohnt und dergleichen, so ist ihm nach dieser Art von bolschewistischer Auffassung schon ein Freibrief gegeben, jenen zu „enteignen".

Es leuchtet ein, daß auf diese Weise hier und da anarchische Züge in den allgemeinen Zustand des Lebens auch in der Ukraine kamen, und ebenso klar ist es, daß die ukrai-

Digitized by Google

nische Regierung sich hüten mußte, gleich anfangs allzu scharf gegen die Massen vorzugehen. Sie war auch materiell gar nicht dazu fähig, weil ihr vorläufig noch alle Mittel fehlten; aber auch wenn sie es einigermaßen gekonnt hätte, so hätte sie doch vorsichtig sein müssen, um nicht die Besitzlosen, die für staatliche Fragen ohnehin nicht viel Verständnis hatten, von der ukrainischen Sache abfallen zu machen und den bolschewistischen Machthabern in Rußland Anhänger in der Ukraine zu liefern. Die Bolschewisten waren und sind gegenüber den Besitzlosen und Begehrlichen immer noch imstande, die ukrainischen Behörden zu überbieten, und das ist einer der Hauptgründe dafür, daß die Ukraine eine klug und taktvoll gewährte bewaffnete Hilfe von unserer Seite braucht. Es stecken überall im Lande, namentlich in den großen Städten mit ihrer Industriebevölkerung und ihrem Proletariat nicht ukrainischer, sondern großrussischer Herkunft, starke bolschewistische Nester. Man braucht nicht viel Phantasie dazu, um sich vorzustellen, wie leicht es unter diesen Umständen für die Bolschewisten ist, das Volk, namentlich die Bauern, gegen die deutschen Truppen aufzuhetzen und den Bauern einzureden, die Deutschen kämen nur dazu ins Land, um dem Volk sein Recht auf das Land der Großgrundbesitzer, das die Bauern meistens schon unter sich verteilt haben, zu nehmen. Hierzu kommen nun noch einige Schwierigkeiten besonderer Art, von denen drei die bedeutendsten sind.

1. Auf dem Lande in der Ukraine ist nach übereinstimmenden Nachrichten noch eine Menge Getreide vorhanden, aber die Bauern wollen es nicht verkaufen, wenn sie nicht die Möglichkeit erhalten, für das Geld ihre Bedürfnisse nach Gebrauchsartikeln aller Art zu befriedigen. Russisches Papiergeld verschiedener Ausgaben besitzt der ukrainische Bauer soviel wie nie vorher. Es stammt größtenteils von den Lieferungen her, die er der Regierung und der Heeresverwaltung gemacht hat. Er kann aber mit diesem Gelde nichts anfangen, weil er beim Krämer in seinem Dorf und beim Kaufmann in der Stadt nichts dafür zu kaufen bekommt. Er will Stiefel, Hemden, Hosen, Tabak Schnaps, Pflüge, Sensen, Kopftücher, Kochkessel, Nägel usw. kaufen, aber das alles gibt es nicht mehr oder nur in verschwindend geringen Mengen zu unerhörten Preisen. Wenn man in jedes Dorf einen Hausierer mit einem Wagen voll Bedarfsartikel für die Bauern und Bäuerinnen schicken könnte, so wäre es leicht, eine Menge Getreide zu bekommen, sei es direkt im Tausch gegen die Waren, sei es für Geld, das man den Leuten gibt, und das sie dann gleich ausgeben können. Es liegt aber auf der Hand, wie schwer es für uns ist, die Ukraine mit Waren zu versorgen. An Kleidung, Stoffen und Leder sind wir selbst arm. Eisenwaren und sonstige Gebrauchsgegenstände können wir an sie liefern, auch sollte es möglich sein, verschiedenes aus dem neutralen Auslande an Tauschwerten herzuschaffen. Wie es heißt, ist Österreich in manchem von der Ukraine begehrten Artikel auch noch etwas besser versorgt als wir, und mit Rücksicht auf die vielen Hilfen, die wir den Österreichern geleistet haben, sollten diese es auch möglich finden, mit uns zusammenzugehen. Es bleiben aber immer noch viele

Digitized by Google

Schwierigkeiten. Wahrscheinlich ist etwas Zeit darüber vergangen, bis man sich bei uns darüber klar wurde, wo das Haupthindernis für den Bezug des Getreides lag, und bis die Verkehrsmittel, vor allem die Eisenbahnen, halbwegs in Ordnung gebracht wurden. Auch heute noch kann nicht davon die Rede sein, daß der Verkehr in der Ukraine schon richtig arbeitet. Außerdem ist wohl zu begreifen, wenn namentlich die untergeordneten Stellen es nicht verstehen wollen, weshalb der ukrainische Bauer für Geld (auf die Währungsfrage, die sehr schwierig liegt, wollen wir hier noch gar nicht eingehen) kein Korn hergeben will. Der Bauer seinerseits sagt sich, daß das Korn der einzig wirkliche Wert ist, den er besitzt, während alles andere unsicher erscheint.

2. Die Persönlichkeiten und Parteien, aus denen die ukrainische Regierung besteht, sind vielfach noch selbst in der Entwicklung begriffen und erscheinen daher unsicher. Ein Teil der leitenden Männer ist ohne jede Vorbereitung auf verantwortliche staatliche Tätigkeit in hellem sozialpolitischen Idealismus und Radikalismus voll Begeisterung ans Werk gegangen, im Glauben, wenn nur erst die großen Grundsätze der politischen Freiheit der Ukraine und der allgemeinen Reform im „sozialrevolutionären" Sinne verkündet seien, so würde die Durchführung keine großen Schwierigkeiten machen und schon irgendwie glücken. Revolutionen pflegen nicht von Graubärten, sondern von jungen Leuten gemacht zu werden, und junge Leute haben selten praktische staatspolitische Erfahrung und wissen selten mit Verwaltungstechnik und was dazu gehört Bescheid. Der ganze Apparat der Staatsverwaltung, so schlecht und innerlich minderwertig er zur russischen Zeit auch war, hat früher doch gearbeitet. Durch die Revolution aber, die ja die Ukraine zunächst noch gemeinsam mit dem übrigen Rußland erlebte, ist er zerschlagen. Nun stellt sich heraus, daß keine rechten Organe vorhanden sind, um von den Zentralstellen auf die Kreise und auf die Gemeinden zu wirken. Man kann Verordnungen machen, aber es fehlt noch größtenteils die Exekutive, um für ihre Durchführung zu sorgen. Außerdem entstehen, je weiter sich die Dinge entwickeln, desto mehr Bedenken bei den leitenden Politikern, ob man auf dem richtigen Wege ist. So hört man z. B. von maßgebenden Ukrainern jetzt ausgesprochene Zweifel, ob es nicht erforderlich sein würde, das Privateigentum, das halb und halb abgeschafft ist, wieder herzustellen. Viele haben den sozialrevolutionären Gedanken von Anfang an mehr als ein praktisches Mittel zur Beseitigung des fremdnationalen Großgrundbesitzes verstanden. In dieser Beziehung muß man den Ukrainern durchaus Recht geben. Wenn die Ukraine mit einem polnischen und russischen Großgrundbesitz behaftet bleiben soll, dem stellenweise 40 bis 50 Proz. des Landes gehören, so ist sie als Staat nicht lebensfähig. Hier muß reiner Tisch gemacht werden, und es handelt sich überhaupt nur darum, ob und welche Entschädigung die Großgrundbesitzer erhalten sollen. Das zu entscheiden, ist aber ganz und gar Sache der Ukraine; wir dürfen uns auf keine Weise, auch nicht mit indirekten Andeutungen, darin mischen.

Digitized by Google

3. Aus der Tatsache der deutschen militärischen Mithilfe zur Befreiung der Ukraine vom russischen Bolschewismus ergeben sich naturgemäß Schwierigkeiten und Reibungen. Wir sind in einem Lande, dessen Sprache von unseren Soldaten und Offizieren fast niemand versteht. Wir sind ein Volk mit alten fertigen Ordnungen und einem besonders scharf entwickelten Sinn für Disziplin und Organisation. In der Ukraine sind von beidem erst die Anfänge vorhanden. Alles ist neu, alle Zustände sind aufgelöst, alles ringt erst nach der endgültigen Form. Nichts ist natürlicher, als daß es unsern Leuten dabei sozusagen in den Fingern zuckt, mit einzugreifen. Dazu kommt, daß wir gerne aus der Ukraine Brotgetreide hätten, daß es uns zugesagt ist und das wir es gerne möglichst bald und möglichst reichlich bekämen. Die Schwierigkeiten, mit denen das verbunden ist, wurden bereits auseinandergesetzt. Wir müssen da geduldig vorgehen und vor allen Dingen alles mögliche tun, um Waren ins Land zu schaffen. Wir müssen uns aber auch auf das peinlichste davor hüten, Anlaß zu der Meinung zu geben, als wollten wir etwas anderes sein, als ehrliche Helfer der ukrainischen Regierung bei der militärisch-politischen Aufgabe, die sie ohne uns nicht lösen kann, weil sie noch kein ausreichendes Heer hat. Das, worauf es ankommt, ist der Aufbau der ukrainischen Staatlichkeit, ist die Unabhängigkeit und die Trennung der Ukraine gegenüber Rußland, und das dauernde politische Einvernehmen zwischen Deutschland und der Ukraine. Unter den gegenwärtigen Umständen darauf klar und zielbewußt hinzuarbeiten, dazu gehört viel politische Einsicht und noch mehr politischer Takt. Es darf nicht heißen, wie die Engländer von uns sagen, die deutsche Politik wäre die beste Politik der Welt, wenn alle Menschen Preußen wären. Wir müssen gemäß der Einsicht handeln, daß wir in einer außergewöhnlich schwierigen Aufgabe stecken, mit der nur Kräfte ersten Ranges betraut werden dürfen. Die Verantwortung, die auf den deutschen Stellen in der Ukraine lastet, ist groß. Wir arbeiten dort an einer weltpolitischen Sache mit, die unermeßliche Bedeutung nicht nur für die Ukraine, sondern auch für Deutschlands und ganz Europas Zukunft hat. Alles kommt darauf an, daß jeder Schein einer Politik der Eingriffe in die ukrainische Entwicklung vermieden wird. Alles in der Ukraine ist noch im Werden und Wachsen. Achtung vor diesem Werden und Wachsen, Zurückhaltung, Loyalität und Geschick bei dem Bemühen, gleichzeitig damit auch die deutschen Interessen zu vertreten, müssen auf jeden Fall von unseren Vertretern bewährt werden.

Diese drei Punkte: Der Warenhunger und die Geldschwierigkeiten in der Ukraine, die Unsicherheiten, die das gegenwärtige Entwicklungsstadium in den Personen wie in den Sachen hervorbringt, und der eigentümliche Charakter unserer Aufgabe in der Ukraine, Helfer einer Staatenordnung zu sein, die vielfach selber noch nicht recht weiß, wo sie hinaus will, müssen zusammen ins Auge gefaßt werden, wenn ein richtiges Urteil über die Ukraine zustande kommen soll. Vor allem aber muß gewaltsames Hineinfahren in die Dinge vermieden werden.

Digitized by Google

Zur Datierung der Conventions Anglo-belges

Von Prof. Dr. J. Hashagen, Bonn

Unsere Kenntnis der sogenannten Conventions Anglo-belges, d. h. der neutralitätswidrigen Abmachungen zwischen den leitenden militärischen Stellen Englands und Belgiens vor dem Kriege, beruht noch auf dem dürftigen Zufallsmateriale, das in den „Brüsseler Funden" vorliegt. Man verdankt sie dem bayrischen Archivar Pius Dirr, und sie sind seit dem 13. Oktober 1914 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und dann noch im gleichen Jahre auch als Sonderdruck unter dem Titel „Die belgische Neutralität" veröffentlicht worden und später in die zweite, im Frühling 1915 erschienene Ausgabe des deutschen Weißbuchs übergegangen, wobei jedoch der französische Text nur im Faksimile, nicht in gewöhnlichem Druck wiedergegeben ist. Daß die hier vorliegenden, jetzt weltbekannten Dokumente über die Durchlöcherung der belgischen Neutralität durch England schon alles Entscheidende enthalten, wird man nicht annehmen wollen. Die anglo-belgische Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit dürften schwerlich so weit gegangen sein, daß sie die für die beiderseitigen neutralitätswidrigen Beziehungen in vollem Umfange belastenden Aktenstücke in der Brüsseler Gefahrzone beließen. Vielmehr ist anzunehmen, daß die wichtigsten Zeugnisse für diese Verhandlungen nach London oder nach Le Havre in Sicherheit gebracht worden sind. Es ist reiner Zufall, daß einige Entwürfe dabei vergessen wurden.

Um so mehr hat man Veranlassung, sich um die Ergänzung jenes dürftigen Zufallsmaterials zu bemühen. Leider ist das Ergebnis solcher Bemühungen bisher gering. Sachlich wenigstens läßt sich kaum etwas Neues daraus ermitteln. Wohl aber ist es möglich, andern Quellen einen neuen wichtigen Anhaltspunkt für die Datierung der Conventions Anglo-belges zu entnehmen. Eine neue Datierung bedeutet aber hier zugleich eine neue weltpolitische Würdigung.

Ein in diesem Sinne wichtiger und noch nicht genügend beachteter Zeuge ist der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, dessen Berichte den wertvollsten Bestandteil der vom Auswärtigen Amte im Sommer 1915 herausgegebenen sogenannten Belgischen Aktenstücke ausmachen. Im Verlaufe einer vernichtenden Kritik der englischen Kriegshetze spielt Greindl in Nr. 17 zum ersten Male auf die Conventions an, indem er in die Worte ausbricht: „Konnten noch irgendwelche Zweifel bestehen, so würden sie durch die sonderbare Demarche des Obersten Barnardiston[1] bei General Ducarne[2] zerstreut worden sein." Außerdem berührt der Gesandte nur noch an zwei Stellen der Belgischen Aktenstücke, in Nr. 34 und 102, die anglo-belgischen Verhandlungen, leider mit derselben Kürze. Bemerkenswert ist höchstens, daß in allen drei Fällen zur Kennzeichnung der englischen Vorschläge das Wort singulier (sonderbar)

[1] Englischer Militärbevollmächtigter in Brüssel.

[2] Belgischer Generalstabschef.

Digitized by Google

gebraucht wird, welches im Munde eines so außerordentlich englandfeindlichen Diplomaten, wie Greindl es ist, besonderes Gewicht erhält.

Außerdem liegt aber noch ein vierter Bericht Greindls vor, der sich mit den Conventions Anglo-belges beschäftigt. Er datiert vom 23. Dezember 1911 und ist unter den „Brüsseler Funden" mitgeteilt, jetzt S. 59/60 der zweiten Ausgabe des deutschen Weißbuches. Unter den „Belgischen Aktenstücken" fehlt er. Diese spätere Äußerung des Gesandten ist zwar wiederum nur sehr kurz. Aber sie gibt einen bisher nicht beachteten, bedeutungsvollen Hinweis auf den Zeitpunkt des Beginns der anglo-belgischen Verhandlungen. Man hat auf Grund der übrigen „Brüsseler Funde" bisher gemeint, diese Verhandlungen hätten zum ersten Male 1906 stattgefunden. Nach diesem späteren Zeugnisse Greindls ist das aber vielmehr schon 1904 geschehen. Denn Greindl sagt: „Die ebenso perfiden wie naiven Eröffnungen des Obersten Barnardiston zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale haben uns deutlich gezeigt, worum es sich handelt." „Zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale": das bedeutet: im April 1904, oder, wenn man den Ausdruck „Abschluß" nicht pressen will, zur Zeit der mindestens ein Jahr zurückreichenden Vorverhandlungen zur Entente Cordiale. Eine Sicherheit könnte hier der bisher nicht veröffentlichte französische Text bieten.

Gegen die Beweiskraft dieses bisher unbeachtet gebliebenen Zeugnisses ließe sich einwenden, daß es der belgische Diplomat in seinem Berichte von 1911 so lange nach den Ereignissen mit dem zeitlichen Ansatze nicht mehr so genau genommen habe. Oder man könnte gar behaupten, Greindl habe mit der ganz allgemeinen Zeitbestimmung „zur Zeit des Abschlusses der Entente Cordiale" schließlich doch nichts anderes gemeint als das aus den „Brüsseler Funden" ohnehin bekannte Jahr 1906 als das Entstehungsjahr der Conventions Anglo-belges. Beide Einwände vermögen jedoch nicht zu überzeugen, da sie die Geisteskraft und Gewissenhaftigkeit dieses hervorragenden Diplomaten weit unterschätzen. Man hat vielmehr keinen ersichtlichen Grund an der klaren und bündigen Zeitbestimmung des Belgiers zu zweifeln und man wird als das neue Datum des Neutralitätsbruches über die sonstigen Angaben der „Brüsseler Funde" hinaus das Jahr 1904 festhalten dürfen.

Was bedeutet diese neue Datierung? Wie beeinflußt sie die weltpolitische Würdigung der anglo-belgischen Verhandlungen? Besteht denn zwischen 1906 und 1904 ein so großer Unterschied?

Als entscheidende Jahre in der Entwicklungsgeschichte der militärisch zugespitzten englischen Einkreisungspolitik hat man bisher die Jahre 1905 und 1906 angesehen, das Jahr 1905 wegen der bekannten Delcasséschen Enthüllungen über den englischen Kriegsplan und das Jahr 1906 eben wegen der Conventions Anglo-belges. Beides ist gewiß richtig. Aber die Anfänge der neutralitätswidrigen Verbrüderung Belgiens mit den Westmächten reichen wenigstens bis ins Jahr 1904 zurück. Die Entente Cordiale hat, das wissen wir jetzt, bereits in ihrer ersten Fassung einen belgi-

Digitized by Google

chen Einschlag gehabt. Wenn die ersten Verhandlungen über die Durchlöcherung der belgischen Neutralität nicht erst 1906, sondern schon 1904 stattgefunden haben, so ergibt sich daraus die bemerkenswerte Tatsache, daß Belgien schon gleich als England und Frankreich die Entente Cordiale abschlossen oder abschließen wollten, hineingezogen worden ist. Die Skrupellosigkeit dieser Ententenpolitik enthüllt sich somit in bedrohlichem Umfange. Indem sich Engländer und Franzosen die Hand reichen, geschieht es nicht hinter dem Rücken der Belgier, sondern in dem Bestreben, die Belgier an dem neuen Einverständnisse zu beteiligen und diesem die belgische Neutralität, das höchste politische Palladium des Landes, rücksichtslos zu opfern. Für Deutschland aber wird erst jetzt die Größe der Gefahr erkennbar, die schon im Jahre 1904 an seiner Westgrenze drohte. Nicht nur England und Frankreich gegen das Reich einverstanden, sondern auch bereits Belgien als der Dritte im Bunde, von den Westmächten erfolgreich bearbeitet, um als Brückenkopf und zugleich als Sturmbock zu dienen. Nun versteht man erst eine weitere in Deutschland nicht beachtete Enthüllung in einem Berichte Greindls vom 23. September 1905 (Nr. 8), dahin lautend, „daß der Kaiser einen Angriff des mit England verbündeten Frankreich für nahe bevorstehend hielt, als man im Anfang vorigen Jahres [1904!] erfuhr, zwischen Paris und London werde eifrig verhandelt, ohne daß aber der Gegenstand der Verhandlungen näher bekannt war." Nicht minder fällt von dem neuen Datum der Conventions Anglo-belges ein Licht auf jene während des Doggerbankstreites im Herbste desselben Jahres 1904 gegen Deutschland ausgesprochene Kriegsdrohung des englischen Kabinetts, von der man erst durch die russischen Enthüllungen des Sommers 1917 erfahren hat. England war damals eben nicht nur Frankreichs, sondern auch schon Belgiens sicher.

Erst nach dieser Vorbereitung sind die Verhandlungen zu Beginn des Jahres 1906, in der Epoche von Algeciras, nicht, wie man bisher annahm, neu begonnen, sondern vielmehr nur fortgesetzt worden. Nach Ausweis der „Brüsseler Funde" geschieht damals die erste neutralitätswidrige Eröffnung von englischer Seite Mitte Januar 1906. Am 16. aber war die Marokkokonferenz in Algeciras zusammengetreten. Der über die mit England geführten Verhandlungen vorerst abschließende belgische Bericht wird am 10. April vom Generalstabschef an den Kriegsminister erstattet, d. h. drei Tage nach dem Schlusse der Konferenz und nach der Unterzeichnung der Algecirasakte. Schon diese äußeren Daten lassen erkennen, daß diese anglo-belgischen Verhandlungen auf ihrer zweiten Entwicklungsstufe mit der Marokkokonferenz und der durch sie abermals heraufbeschworenen Weltkriegsgefahr nicht nur in zeitlichem, sondern auch in ursächlichem Zusammenhange stehen. Nicht umsonst ist in der erwähnten ersten englischen Eröffnung von Mitte Januar 1906 von der „Möglichkeit eines alsbaldigen Kriegsausbruches" die Rede. Als aber die Konferenz geschlossen und die Akte unterzeichnet ist, wird damit die Kriegsgefahr doch nur vorläufig beseitigt. Das

Digitized by Google

wird für Ducarne der Anlaß gewesen sein, am 10. April den erwähnten Rückblick über die Verhandlungen mit England zu geben. Auch ist es gewiß kein Zufall, daß jener Bericht Greindls, in dem sich zum ersten Male eine Hindeutung auf das Paar Barnardiston-Ducarne findet, in dieselbe aufgeregte Zeit gehört. Er wird am 5. April 1906 erstattet, zwei Tage vor Schluß der Konferenz.

Immer wenn im letzten Jahrzehnte vor dem Weltkriege der Weltfrieden durch die englische Einkreisungspolitik gefährdet wurde, mußte das neutrale Belgien beteiligt werden. Für die Marokkokrisen von 1906 und 1911 ist das schon durch die „Brüsseler Funde" zur Genüge bezeugt. Es gilt aber, wie sich uns ergeben hat, auch schon für das kritische Jahr 1904. Schon seit dieser Zeit wurde in Brüssel das Barometer aufgehängt, an dem man — in den Kreisen der Wissenden — den Stand der Beziehungen der Westmächte zum Deutschen Reiche ablesen konnte.

Nach dieser Erfahrung wäre es voreilig, zu behaupten, im Jahre 1904 wäre nun wirklich die erste anglo-belgische Verschwörung angezettelt worden. Man wird vielmehr vorsichtigerweise ein „spätestens" hinzufügen und zum Schlusse mit dem Eingeständnisse nicht zurückhalten, daß das schlechterdings älteste Datum des Beginns der anglo-belgischen Verhandlungen heute noch unbekannt ist und es vermutlich noch lange bleiben wird.

Agrarreform in Preußen!

Von *.*

Von ausschlaggebender Bedeutung für eine gesunde völkische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Staatswesens ist die Art der in ihm herrschenden Grundbesitzverteilung. An zahlreichen Beispielen lehrt die alte und neuere Geschichte der verschiedensten Völker, daß eine unsoziale und ungerechte Verteilung des Grund und Bodens zu den schwersten inneren Konflikten und Unruhen geführt hat. In der Tat ist kaum ein anderer Umstand von so einschneidendem Einfluß auf die gesamte Struktur des Landes und des Staates in der mannigfachsten Weise, als die ländliche Besitzverteilung; in der Politik, in der gesamten Wirtschaft, in der Gestaltung des Volkslebens kommt stets deutlich zum Ausdruck, ob Großgrundbesitz oder Bauernschaft vorherrscht. Besonders augenfällig treten diese Unterschiede innerhalb des Deutschen Reiches in die Erscheinung. Auf der einen Seite die dichtbevölkerten Klein- und Mittelbauerngebiete Badens, Hessens, Württembergs, Frankens, Nassaus und weiter Teile der Rheinprovinz, dazwischen die blühenden Landstriche mit mehr großbäuerlichem Charakter Altbayerns, sowie Sachsens, Westfalens, Hannovers, Oldenburgs und Schleswig-Holsteins — auf der anderen Seite die weiten und verhältnismäßig dünn bevölkerten, mit slawischen Tagelöhnern stark durchsetzten Gebiete des überwiegenden Großbesitzes der Provinzen Pommern, Westpreußen, Posen und vieler Teile Ostpreußens, der Mark Brandenburg und Schlesiens.

Digitized by Google

Schon vor dem Kriege hatte sich die Erkenntnis von der außerordentlichen Wichtigkeit einer gesunden, ausgleichenden Grundbesitzverteilung dank der Forschungen Serings und seiner Schüler in weiten Kreisen durchgesetzt und ihren Ausdruck vor allem in der Begründung der Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation unter dem Vorsitz Friedrich von Schwerins gefunden. Auf der ersten großen Tagung der Gesellschaft am 24. April 1914 in Berlin traten alle Bestrebungen und Forderungen in der Richtung einer gesunden Reform der preußischen Agrarverfassung zutage[1]. Durch die Erfahrungen der Kriegszeit haben diese Bestrebungen einen gewaltigen Impuls erhalten. Vor allem in völkischer Hinsicht: 1. Die schweren Verluste an Menschenleben und bester Volkskraft bei gleichzeitigem starken Rückgang der Geburten erfordern aufs dringlichste alle Maßnahmen zur weitgehenden Stärkung des ländlichen Mittelstandes, der sich bisher immer noch als „Jungbrunnen" der Volkskraft erwiesen hat. 2. Der Verlust zahlreicher Guts- und Landarbeiter wird die Beschaffung von Arbeitskräften für den Großbesitz noch weit schwieriger gestalten als bisher. Die Gefahr weiteren Hereinströmens östlicher Wanderarbeiter wächst um so mehr, als wahrscheinlich die relative Höhe der Löhne in Deutschland magnetisch wirken wird. In diesem Zusammenhange verdient eine Äußerung eines führenden Mannes des Großgrundbesitzes, des Grafen v. Schwerin-Putzar, auf der Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft am 19. September 1917 in seinem sehr beachtenswerten Referat über die „Deckung des Menschenbedarfs in der Landwirtschaft" hervorgehoben zu werden:

„Ich nehme also zunächst an, daß das Angebot (von einheimischen Landarbeitern) nicht ausreichen wird. In diesem Falle entsteht die Frage, wie nun der übrige Bedarf gedeckt werden soll. Da stehe ich auf dem Standpunkt, daß weiter nichts übrig bleibt, als die übrigen offenen Stellen für Landarbeiter mit slawischen Arbeitern zu besetzen, indem wir entweder polnische Schnitter oder russische Kriegsgefangene oder auch Serben und wie sonst die Slawen alle heißen, heiraten lassen und als Landarbeiter bei uns anstellen. Es ist natürlich vom nationalen Standpunkt aus bedauerlich, wenn das nötig wird, aber Not kennt kein Gebot, und die deutsche Scholle soll und muß bearbeitet werden, selbst dann, wenn es schließlich nicht ohne Slawen geht."

In diesen wenigen Worten rollt sich das ganze Problem in aller Kraßheit vor unseren Augen auf, das Sering schon im Jahre 1910 in seiner trefflichen Rede „Die Verteilung des Großgrundbesitzes und die Abwanderung vom Lande" (Parey 1910) mit reichem Zahlenmaterial illustriert, eingehend behandelt hat. Diese Rede, die als Referat im Preußischen Landes-Ökonomie-Kollegium gehalten wurde, veranlaßte das Kollegium zu folgendem Beschluß:

„In Anerkennung der hohen Bedeutung, welche die Grundbesitzverteilung für die Schaffung und Erhaltung einer dichten Bevölkerung auf dem Lande besitzt, hält es das Landes-Ökonomie-Kollegium für geboten, daß namentlich dort, wo sich die Bevölkerungsziffer auf dem Lande im Stillstande oder in Abnahme befindet, eine energische Initiative zur Mehrung des Klein- und Mittelbesitzes ergriffen wird, und bittet die Königliche Staatsregierung, das Notwendige zu veranlassen."

[1] Vergl. Archiv für Innere Kolonisation, Band VI, Heft 8, 1914.

Digitized by Google

Es ist ohne weiteres klar, daß dort, wo an Stelle eines deutschen Großgrundbesitzers mit seiner Familie und einigen wenigen deutschen Beamten und Arbeitern mit ihren Angehörigen eine größere Anzahl deutscher selbstarbeitender Bauern sitzt, die Gefahr der Slawisierung vermieden wird; gleichzeitig findet auch dort eine Verdichtung der Bevölkerung statt, wo bisher kaum 10 bis 20 Einwohner auf den Quadratkilometer kamen, werden nun 30 bis 40 oder mehr imstande sein zu leben und sich auf der eigenen Scholle zu ernähren. Diese günstige Folge der Neuschaffung von Bauernstellen widerlegt auch am besten den Einwand, daß der Großgrundbesitz einen größeren Marktüberschuß pro Flächeneinheit als der kleinere Betrieb erziele und deshalb vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus rationeller sei. Setzt man eine gleichintensive Bewirtschaftung voraus, so wird zwar der auf den Markt gelangende Überschuß geringer, je kleiner der Betrieb ist, aber die Zahl der im Betriebe selbst ernährten Personen steigt dementsprechend. Auf Grund der gründlichen und vielseitigen Forschungen von Dr. Keup und Mührer[1] und Professor Aereboe[2] ist man eher in vollem Umfange zu der Annahme berechtigt, daß der Mittel- und Kleinbetrieb infolge des Eigeninteresses des selbstarbeitenden Betriebsinhabers im Gegensatz zu dem auf häufig wechselnde und fremde Arbeitskräfte angewiesenen Großbetriebe intensiver wirtschaftet und einen im Verhältnis sogar günstigeren Marktertrag abwirft.

Aus dem Gesagten geht mit aller Deutlichkeit hervor, wie außerordentlich wichtig und notwendig die Reform unserer Agrarverfassung in den östlichen Provinzen ist, vor allem in den Regierungsbezirken Königsberg i. Pr., Gumbinnen, Marienwerder, Stettin, Köslin, Stralsund, Posen und Breslau, in denen durchweg mindestens $^2/_3$ bis $^1/_2$, in Stralsund sogar $^3/_4$ der reinen Anbaufläche der Großbetriebsweise angehört. — Seit dem Inkrafttreten der Rentengutsgesetze in den Jahren 1890/91, die erst eine gute gesetzliche und finanzielle Grundlage für die Siedlungsarbeit in Preußen schufen, sind in der gesamten Monarchie bis 1915 rund 22000 Rentenstellen neu ins Leben gerufen worden, wovon etwa 6700 als eigentliche Bauernstellen zu betrachten sind. Ein verhältnismäßig günstigeres Resultat hat die Königliche Ansiedlungskommission mit ihren 21737 Rentenstellen, von denen die überwiegende Mehrzahl auf Bauerngüter entfällt, erreicht[3]. In dem letzten Jahrfünft vor dem Kriege hat die Anlage eines Netzes von Organisationen zur Belebung der Siedlungstätigkeit große Fortschritte gemacht. In fast allen Provinzen bestehen heute gemeinnützige, mit staatlicher Hilfe arbeitende Siedlungsgesellschaften, die infolge ihres kaufmännischen (aber doch gemeinnützigen) Charakters — so ist z. B. der Gewinn durch Satzung in der Regel auf 4 bis 5 % beschränkt — und mit Hilfe der ihnen zustehenden staatlichen Kredite

[1] Die volkswirtschaftliche Bedeutung im Groß- und Kleinbetrieb in der Landwirtschaft, Paey 1913.
[2] Über die wirtschaftliche Bedeutung der Inneren Kolonisation, Panther, Heft 10, 1916.
[3] Über die gesamte auf dem Gebiet der Inneren Kolonisation geleistete Arbeit unterrichtet am besten das „Archiv für Innere Kolonisation", Band I—IX (Landbuchhandlung, Berlin).

Digitized by Google

— zuletzt wurden durch das Gesetz zur Förderung der Ansiedlung vom 8. Mai 1916 100 Millionen Mark bewilligt — wohl imstande sind, Agrarreform im großen zu betreiben, vorausgesetzt, daß man ihnen nicht nur die finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, sondern ihnen auch sonst die Wege ebnet. Hierbei ist sowohl an die Verleihung des Vorkaufsrechts, als auch ganz besonders an die Befugnis zur Enteignung zugunsten gemeinnütziger Siedlungszwecke zu denken. Das Königreich Bayern hat auf diesem Gebiete bereits kürzlich einen Anfang gemacht, indem es für Zwecke der Kriegsbeschädigtenansiedlung ein beschränktes Enteignungsrecht durch das Gesetz über die Abänderung des Zwangsabtretungsgesetzes, das am 11. Januar d. J. von der Kammer der Abgeordneten fast einstimmig angenommen wurde, geschaffen hat. Nur mit Hilfe besonderer Befugnisse wird es dem Staate oder den von ihm beauftragten gemeinnützigen Gesellschaften möglich sein, die große Aufgabe der Agrarreform in den östlichen Provinzen zu lösen. — Eine selten günstige Gelegenheit, weite Kreise des Volkes wiederum dem Lande zuzuführen, wird sich ergeben, wenn die vielen Millionen unserer Krieger heimkehren werden. Bei zahlreichen aus dem Felde Zurückgekehrten wird die Sehnsucht erwacht sein (besonders bei denjenigen, die vom Lande stammen und in die Städte abgewandert waren), sich wieder als kleine, selbständige Besitzer anzusiedeln, bei vielen, die vorher Landarbeiter waren, wird der Wille bestehen, zum Kleinbauern aufzurücken. Für die große Schar der Kriegsbeschädigten und der Kriegerwitwen wird das Kapitalabfindungsgesetz mit seinen Vergünstigungen einen Anreiz zur Ansiedlung bilden. —

In letzter Zeit machen sich nun Bestrebungen geltend, in Kurland eine großzügige Ansiedlung deutscher Krieger ins Leben zu rufen und im alten Deutschland in dieser Richtung eine lebhafte Propaganda zu entfalten. Eine Siedlungsgesellschaft „Kurland" soll demnächst ins Leben treten. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß der baltische Großgrundbesitz ein Drittel seines Landes zu einem Preise abgeben wolle, der dem Preise vor dem Kriege zuzüglich eines Aufschlages von 25 % gleichkomme. Als Siedler für Kurland dürften nun in allererster Linie die deutsch-russischen Kolonisten in Betracht zu ziehen sein; vom nationalen Standpunkt aus wäre es warm zu begrüßen, wenn es gelänge, einen erheblichen Teil dieser kernigen deutschen Bauernschaft aus ihrer Diaspora zu erlösen und sie dem Mutterlande zu nähern und ihnen eine in jeder Hinsicht gesicherte nationale Existenz zu schaffen[1]. — Nicht unbedenklich

[1] Für die bäuerlichen Ansiedlungen sollen in der Tat in erster Linie in den baltischen Provinzen die deutschen Kolonisten in Rußland in Betracht kommen. Und zwar nicht nur aus völkischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen, weil ihre Verpflanzung in die deutsche intensive Landwirtschaft sich kaum als gangbar erweisen dürfte. Auf den Zuzug deutschen Handwerks nach den baltischen Provinzen freilich wäre es nicht ratsam zu verzichten, weil es im nationalen Interesse durchaus notwendig wäre, möglichst schnell die zu dünne deutsche Mittelschicht zu stärken. Aber ganz abgesehen vom nationalen Standpunkt, ist eine stärkere Einwanderung in das gewonnene neudeutsche Grenzland aus wirtschaftlichen Gründen von größter Wichtigkeit. Mit 25 Menschen auf den Quadratkilometer, wie sie jetzt im Baltenland leben, ist eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nicht denkbar. Die Schriftleitung

Digitized by Google

aber wäre die Verpflanzung wertvollen Menschenmaterials aus Alt-Deutschland. Wie oben betont, wird der Menschenbedarf des altdeutschen bezw. altpreußischen Landes nach dem Kriege sehr groß sein, weite Flächen in den altpreußischen Provinzen werden in nicht ferner Zeit der Slawisierung anheimfallen, wenn es nicht gelingt, sie durch eine großzügige Agrarreform zum erheblichen Teile mit deutschen Bauern zu besetzen. Hierbei ist nicht nur die zunehmende Gefahr durch den weiteren Zustrom slawischer Landarbeiter bei Erhaltung der jetzigen Agrarverfassung — vergleiche die oben erwähnten Worte des Grafen v. Schwerin-Putzar und die daran geknüpften Ausführungen! — ins Auge zu fassen, sondern noch eine andere Bedrohung des deutsch-völkischen Bestandes. Diese beruht in der stetig wachsenden Geburtenziffer der im eigenen Lande wohnenden polnischen und in der zurückgehenden der deutschen Bevölkerung. Stellt man diese mit der Zeit sich verschärfende Tendenz in Rechnung, so muß man zu dem zwingenden Schlusse gelangen, daß es eine dringende Notwendigkeit ist, die alten preußischen Landesteile in völkischer Hinsicht durch eine Verdichtung der deutschen Landbevölkerung zu sichern. Eine Absplitterung altdeutscher, zur Ansiedlung geeigneter Volksgenossen in größerem Maßstabe nach dem fernen Nordosten könnte deshalb für das altdeutsche bezw. altpreußische Gebiet verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen, indem sie ein weiteres Vordringen slawischer Elemente im altpreußischen Lande bewirken, zum mindesten wesentlich erleichtern und beschleunigen würde.

Keine Frage erscheint so bedeutungsvoll und einschneidend für die Gegenwart und vor allem für die Zukunft der Nation wie gerade die mit der Grundbesitzverteilung aufs engste verknüpfte völkische!

Heute dürfte es noch nicht zu spät sein, um den Hebel zur tatkräftigen Durchführung der Agrarreform in den preußischen Ostprovinzen anzusetzen. Möchten die leitenden Instanzen mit Unterstützung weitester Volkskreise das große Werk bald in Angriff nehmen!

Voraussetzung und Wert des deutschen Kolonialreichs

Von Franz Kolbe

II. Der Wert des deutschen Kolonialreiches

Der zweite Teil der Mosichschen[1] Flugschrift beschäftigt sich mit dem Werte des deutschen Kolonialbesitzes. Mosich erinnert daran, daß Professor Dr. Conrad-Halle in seinem „Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie" unter dem Gesichtspunkt der Wertung folgende Kategorien unterschieden hat: erstens Strafkolonien, zweitens Schiffsstationen und Depots, drittens Handelskolonien, viertens Plantagenkolonien, fünftens Ackerbaukolonien. Diese Einteilung ist heutzutage nicht

[1] Durch ein Versehen ist im ersten Teil dieses Artikels im Heft 10 der „Deutschen Politik" „Mosisch" statt „Mosich" gedruckt worden. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen.

Digitized by Google

mehr maßgebend. Strafkolonien für Europäer besitzt nur noch Frankreich in Neucaledonien. Bloße Schiffsstationen und Depots besitzt das Deutsche Reich nicht, über ihren Wert und ihre Notwendigkeit für uns ist bereits gesprochen worden. Auch reine Handelskolonien kennt die Kolonialpolitik der Neuzeit nicht mehr, sie geht vielmehr darauf aus, alle Hilfsquellen jeder Kolonie zu entwickeln, also Mineralschätze durch Bergbau zu heben, landwirtschaftliche Möglichkeiten durch Ackerbau, Viehzucht bezw. Pflanzungswirtschaft auszunutzen. Eher könnte man von tropischen Kolonien sprechen, welche gleichzeitig Ackerbau- bezw. Viehzucht- und Pflanzungskolonien, in zweiter Linie Handelskolonien sind, die aber in der Hauptsache eine Eingeborenenbevölkerung haben, und von Siedlungskolonien, in welchen die weiße Bevölkerung überwiegt. In den tropischen Kolonien wird man unterscheiden müssen zwischen solchen, in welchen lediglich der Landwirtschaft der Eingeborenen die Entwicklung der Kolonien überlassen wird und solchen, in welchen ausschließlich oder neben Eingeborenenkulturen Pflanzungskultur getrieben wird.

Die deutschen Kolonien sind, mit Ausnahme von Deutsch-Südwestafrika, welches Siedlungskolonie ist und in erster Linie durch Viehzucht, erst in zweiter Linie durch Ackerbau zu erschließen ist, tropische Kolonien. Im letzten Winter vor dem Kriege herrschte ein lebhafter Streit zwischen den Anhängern der Eingeborenenkulturen und den Freunden des europäischen Pflanzungswesens. Die ersteren warfen den letzteren vor, daß die zur Beschaffung der für die Pflanzungen notwendigen Arbeiter notwendige Anwerbung sich unzulässiger Mittel bediene, daß durch die Sachsengängerei der farbigen Arbeiter die im Innern des Landes gelegenen Bezirke entvölkert würden und daß die Eingeborenen auf den Pflanzungen infolge schlechter Behandlung und unzureichender Ernährung zu Tausenden zugrunde gingen. Es wurde deshalb eine Einschränkung der Pflanzungen, vor allem aber der Arbeiteranwerbung in den dichter bevölkerten Bezirken des Landes verlangt.

Im ersten Augenblicke schien es, als ob die Freunde der Negerkulturen, die sich zu einer Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen zusammentaten, einen vollen Sieg errungen und die Tage der europäischen Pflanzungskultur gezählt sein würden. Die Verteidigung der Pflanzungskultur im Reichstage war im Verhältnis zu dem scharfen Ansturm der Pflanzungsgegner nur eine laue, da es leider an Reichstagsabgeordneten fehlte, die aus eigener Kenntnis der Dinge die gegen die Pflanzungen vorgebrachten Beschuldigungen zurückweisen konnten. Desto lauter dagegen war das Echo in den Kolonien: unschwer wurde dort der Nachweis geführt, daß die Fürsorge für die schwarzen Arbeiter und auch der Gesundheitszustand daselbst ausgezeichnet war, daß, soweit bei der Anwerbung und dem Transport zur Pflanzung Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, welche schadhafte Folgen für die Eingeborenen zur Folge hatten, dies nicht Schuld der Pflanzungen war, und durch behördliche Maßnahmen gebessert werden konnte, daß schließlich von einer Verminderung der Bevölkerung nicht die Rede sein konnte, daß vielmehr eine Verschiebung stattgefunden hatte. Allerdings war diese Verschiebung insofern ungünstig für die Zukunft der Bevölkerung, als hauptsächlich Männer die Innenbezirke verlassen hatten, Frauen und Kinder aber dort zurückgeblieben waren. Infolgedessen wurde beschlossen, an Stelle Anwerbung einzelner Arbeiter die Anwerbung von Familien zu fordern und diesen auf Pflanzungsgelände Wohnung und Ackerland anzuweisen. Die Behauptung der Pflanzungsfreunde, daß die wirtschaftliche Leistung eines Pflanzungsarbeiters ein vielfaches der des freien Negerbauern darstelle, konnte nicht bestritten werden. Die

Digitized by Google

Zukunft der deutschen Kolonien dürfte daher zwar in der Hauptsache in einer Förderung der Eingeborenenwirtschaft liegen, überall aber, wo die Verhältnisse eine europäische Pflanzungskultur besonders begünstigen, wie in Usambara, in bestimmten Bezirken Kameruns und auch Togos, in der Südsee, besonders auf Neuguinea und in Samoa, dürfte die Pflanzungskultur eine bedeutende Rolle spielen.

Um zu zeigen, daß unser bisheriger Kolonialbesitz nicht geeignet war, als Siedlungsgebiet zu gelten, führt Mosich die Bevölkerungsstatistik des Reichskolonialamts an, wonach am 1. Januar 1910 in sämtlichen deutschen Kolonien die Gesamtzahl der weißen Bevölkerung 20074 (davon 15180 männlich und 4894 weiblich), am 1. Januar 1914 dagegen 24389 gegen 1371953 Eingeborene am 1. Januar 1910 bezw. 1204603 Eingeborene am 1. Januar 1914 betrug. (Die anscheinende Verminderung der farbigen Bevölkerung ist nur scheinbar und auf genauere Zählungen zurückzuführen.)

Auch diese Statistik ist irreführend. Die Bedeutung der deutschen Kolonien als Siedlungsgebiet ist lange dadurch aufgehalten worden, daß die Kolonialverwaltung sich nicht dazu entschließen konnte, die Ansiedlung weißer Ansiedler zu fördern, sie vielmehr — besonders unter Gouverneur Freiherr von Rechenberg in Deutsch-Ostafrika — planmäßig zu verhindern suchte. Erst nach Rücktritt des Gouverneurs Freiherr von Rechenberg hat sich auch bei der Kolonialverwaltung, die schon lange vorher von dem größten Teil der Kolonialpolitiker gehegte Überzeugung durchgesetzt, daß gesundliche Rücksichten der Ansiedlung von Europäern in den hochgelegenen Teilen Afrikas nicht hinderlich sind, daß vielmehr große Teile Deutsch-Ostafrikas sich sehr wohl zur Besiedlung durch Europäer eignen. Das besondere Verdienst, diesen Nachweis geführt zu haben, gebührt der von dem Staatssekretär von Lindequist geführten Expedition zur Erforschung der Hochländer Deutsch-Ostafrikas. Daß auch die Kolonialverwaltung sich jetzt dieser Ansicht anschließt, haben die im „Deutschen Kolonialblatt" veröffentlichten Berichte des Gouverneurs Dr. Schnee gezeigt. Professor Dr. K. Dove, von dem sicher niemand behaupten kann, daß er ein Siedlungsenthusiast und Optimist sei, schreibt in seinem im Vorjahr erschienenen Buche „Wirtschaftliche Geographie von Afrika", daß die Besiedlungsfähigkeit der über 1000 m gelegenen Hochgebiete Mittelafrikas mit den Bewohnern kühlerer Erdgegenden nicht bestritten werden könne, vielmehr einen außerordentlich hohen Wert habe. Mehr oder weniger für Europäer geeignete größere Gebiete in den Tropen seien neben den Hochländern im Südwesten und Osten des Viktoriasees und dem Hochland von Abessinien im weiteren Sinne, die für die Besiedlung als günstig zu bezeichnen sind, die Hochländer im Südwesten und Norden des Nyassasees, die Hochlandschaften zwischen dem Merugebiet, die höheren Teile von Südangola. Die letzteren Gebiete sind als „noch geeignet" zu betrachten, stehen immerhin aber den ersteren nach.

Wer sich die Mühe nimmt, die vorgenannten Gebiete auf der Karte aufzusuchen, wird finden, daß es sich mit Deutsch-Südwestafrika um ein Gesamtgebiet von der $2^1/_2$- bis 3fachen Größe Deutschlands handelt. Wenn also Dr. Karl Peters in dem soeben von der Zeitschrift „Das neue Deutschland" herausgegebenen Sonderheft „Die Zukunft der deutschen Kolonien" von der Möglichkeit spricht, daß Deutsch-Mittelafrika dereinst eine weiße Bevölkerung von 4 bis 5 Millionen aufnehmen wird, so ist dies natürlich nur als Endziel zu verstehen und erscheint reichlich optimistisch, zeigt aber jedenfalls, daß selbst Kenner der Verhältnisse die Besiedlungsfähigkeit durchaus günstig beurteilen.

Digitized by Google

Ebenso günstig wie Dr. Karl Peters urteilt Emil Zimmermann in seinen verschiedenen Veröffentlichungen, besonders in seiner Flugschrift „Das neue Kaiserreich Mittelafrika". Scharf wird dagegen solchen Auffassungen in einem „von kolonialpolitisch geschätzter Seite" in der „Vossischen Zeitung" vom 17. Juli 1917 veröffentlichten Artikel entgegengetreten:

„Wer längere Zeit in Afrika gelebt hat, der weiß, daß es kein Boden ist, der die Eigenart des Europäers, geschweige denn die seiner Nachkommenschaft, erhält ... Wir sollten uns hüten, unser Volkstum durch Auswandererkolonien in Afrika zu verschlechtern, da Rückheiraten nach der Heimat nicht ohne Rückwirkungen auf diese bleiben würden."

Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß diese wenig günstige Auffassung von der Besiedlungsfähigkeit des tropischen Afrikas von einem Manne herrührt, der vielleicht eine längere Zeit in Afrika gelebt hat, aber den größten Teil seines Aufenthaltes, wenn nicht die ganze Zeit, nur an der Küste tätig gewesen ist. Solche Beobachter pflegen auch die Hochländer des Innern nach den Erfahrungen zu beurteilen, die sie an der Küste gemacht haben und die — soweit die Verhältnisse des afrikanischen Tieflandes in Frage kommen —, von niemand bestritten werden. Was aber die Hochländer anbetrifft, so hat noch niemand, der sie wirklich gründlich kennen gelernt hat, ein ähnliches Urteil abgegeben.

Durchaus zukunftsvoll sieht auch Dr. Paul Rohrbach, dem wohl niemand eine gewisse Kenntnis der afrikanischen Verhältnisse abstreiten wird, in einem von der „Kölnischen Zeitung" am 17. Dezember 1916 veröffentlichten Artikel:

„Vergleicht man die Fortschritte, die im Laufe der letzten zwanzig Jahre in der Bekämpfung der großen klimatischen Gesundheitsgefahren gemacht worden sind, mit dem früheren Stande der Dinge, so hat eine solche Voraussage nichts Übertriebenes. In den Kongosümpfen, am Tschadsee und im Nigerdelta wird voraussichtlich niemals eine weiße Ansiedlerbevölkerung leben können; auf den unermeßlichen Savannen des inneren afrikanischen Hochlandes wird es aber in Zukunft auch dort, wo die Höhengrenze erheblich unter die heutige klimatische Gesundheitslinie herabgeht, wahrscheinlich wohl der Fall sein. Was das in politischer und wirtschaftlicher Beziehung bedeuten kann, möge man z. B. daraus entnehmen, daß die heutige, mehr als 300 000 Seelen starke deutsche Bevölkerung Südbrasiliens von nicht mehr als 30 000 oder 40 000 deutschen Einwanderern abstammt, die in der Hauptsache zwischen 1820 und 1850 nach Brasilien gingen. Für die Tierzucht gibt es noch frappantere Zahlen: die 4 Millionen Rinder, 1 Million Pferde und 80 Millionen Schafe Australiens haben zu Vorfahren wenige Dutzend Vater- und Muttertiere, die vor über hundert Jahren bei der ersten Besiedelung der Verbrecherkolonie beim heutigen Sydney mit ins Land gebracht wurden. Malaria, Schlafkrankheit und Tsetsefliege, die im tropischen Afrika jetzt noch ähnliches verhindern, können und werden nach einigen Jahrzehnten zu den überwundenen Geißeln der Menschheit und der Tierwelt gehören."

Über die Möglichkeit, aus deutschem Kolonialbesitz unseren Rohstoffbedarf zu decken und die Entwicklungsfähigkeit dieses Kolonialbesitzes seien folgende Stimmen angeführt.

Im Märzheft des „Panther" veröffentlichte Dr. J. Neumann-Frohnau nachstehende Statistik:

Digitized by Google

Koloniale Ausfuhr im Jahre 1911 in Millionen Mark

	Kautschuk und Gummi	Ölfrüchte	Fette und Öle	Häute und Felle	Elfenbein	Wachs und Harz	Kakao
Französisch-West- und Mittelafrika .	42,6	46,4	22,4	13,5	4,6	2,2	0,1
Portugiesisch-Afrika	16,4	5,0	2,5	—	0,1	2,0	43,1
Belgisch-Kongo	20,0	2,0	1,2	—	5,0	1,3	0,9
Deutsch-Ostafrika	4,8	2,7	—	3,0	0,5	0,9	—
Kamerun	11,1	4,2	1,4	—	0,6	—	3,3
Togo	0,8	3,7	1,7	—	—	—	0,2
Deutsch-Südwestafrika	—	—	—	0,3	—	—	—
Afrika	95,7	64,0	29,2	16,8	10,8	6,4	47,6
Deutsch-Neuguinea usw.	0,1	3,4	—	—	—	—	—
Karolinen usw.	—	1,2	—	—	—	—	—
Samoa	—	3,6	—	—	—	—	0,8
Zusammen:	96,8	72,2	29,2	16,8	10,8	6,4	48,4
Deutschlands Bedarf:	157,7	424	58,2	331	5,6	42,5	55,5

Dr. Neumann schreibt hierzu:

„Die Geschwindigkeit, mit der sich die Entwicklung in den nächsten Jahren vollziehen wird, hängt zweifellos zum großen Teil von dem mehr oder minder erfolgreichen Ausgang des Krieges ab. Die kriegerischen Ereignisse haben nicht nur einen Stillstand, sondern vielfach eine völlige Vernichtung der vorhandenen Anlagen gebracht. Viele Pflanzungen sind inzwischen verrottet und verkommen. Hunderte von Millionen an Kapital sind verloren gegangen. Da wir nach dem Kriege in Deutschland ganz gewiß nicht an Kapitalüberfluß leiden werden, wird es nicht ganz einfach sein, zur Anlage in den Kolonien Geld zu bekommen. Denn das Kapital wird sich in erster Linie sichere Anlagen aussuchen. Daß Kolonialwerte dazu nicht gehören, solange wir im Kriegefalle nicht die Möglichkeit haben, die Verbindung mit unseren Kolonien aufrecht zu erhalten und ihnen gegen feindliche Angriffe Unterstützung zu gewähren, liegt klar auf der Hand. Wird England nicht besiegt, so muß damit gerechnet werden, daß nach 10 oder 20 Jahren wieder einmal die Kriegsfurie über Afrika dahinbraust, und eine solche Aussicht wird nicht gerade geeignet sein, Kapital anzulocken, das jetzt bei uns im eigenen Lande oder bei den Verbündeten zu einem gegenüber früher hohen Zinsfuß Anlage finden kann. Auch das Reich wird Milliarden zu Neuanlagen im eigenen Gebiet und in den anzugliedernden Gebieten brauchen, im übrigen aber größte Sparsamkeit walten lassen müssen, so daß an einen schnellen Ausbau des Eisenbahnnetzes in den Kolonien kaum zu denken sein wird.

Aus alledem ergibt sich, daß ein deutsches Kolonialreich in Afrika, selbst wenn es durch alle französischen, portugiesischen und belgischen Kolonien in Mittel- und Westafrika erweitert wird, keinesfalls in den nächsten Jahrzehnten eine ausschlaggebende Rolle in unseren Außenhandelsbeziehungen erringen kann, daß es somit in wirtschaftlicher Hinsicht für uns nur einen begrenzten Wert besitzt, daß aber die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft um so größer sind, je entschiedener England besiegt wird und je größer die Aussicht ist, zwischen den Kolonien und dem Mutterlande stets eine ungestörte Verbindung aufrecht zu erhalten.

Damit ist gleichzeitig auch gesagt, daß im Rahmen der Kriegsziele der Kolonialbesitz nicht ein unbedingtes Ziel darstellen kann, sondern daß er nur unter gewissen Voraussetzungen seinen

Digitized by Google

rollen Wert erlangt, nämlich wenn es gelingt, unsere Stärke zur See England gegenüber nicht nur zu erhalten, sondern auch zu kräftigen."

Zweifellos hat Dr. Neumann recht, wenn er darauf hinweist, daß die Pflanzungsgebiete in den deutschen Kolonien durch den Krieg in einem gewissen Umfange geschädigt worden sind. Wir wollen aber nicht vergessen, daß die Engländer es gerade auf diese Pflanzungen abgesehen hatten, daß ein Teil davon in Deutsch-Osteuropa sich schon vor dem Kriege in englischem Besitz befand. Die Wiederherstellung dieser Pflanzungen und ihrer Rentabilität dürfte allerdings einige Zeit in Anspruch nehmen. Durch den Krieg ist aber, besonders in Deutsch-Ostafrika, wo die Kolonie sich während des Krieges drei Jahre lang vollkommen selbst unterhielt und unter anderem die gewaltigen Reismengen, die die Kolonie vor dem Kriege jährlich mit über 3 Millionen Mark an Indien bezahlte, im Lande selbst erzeugt wurden, die Entwicklungsfähigkeit und der landwirtschaftliche Wert der deutschen Kolonien in einer Weise festgestellt worden, daß wir wohl bestimmt darauf rechnen können, auch die gesamten Schäden zu überwinden. Im übrigen kann auch darauf hingewiesen werden, daß die nicht vom Kriege betroffenen Kolonien unserer Feinde sich während der Kriegszeit außerordentlich günstig entwickelt haben, der belgische Kongo z. B., dessen Ausfuhr 1913 einen Wert von 55 Millionen Frank hatte, führte 1916 Waren im Werte von 192 Millionen Frank aus — trotz der Kautschukkrise! Die Steigerung wurde veranlaßt hauptsächlich durch verstärkte Ausfuhr von Kaffee, Kakao, Reis, Palmkern, Palmöl, Kopra, Guttapercha, Katangakupfer, Gold und Diamanten. Wenn der belgische Kongo seine Ausfuhr in drei Jahren mehr als verdreifachen konnte, so können wir auch von unseren Kolonien erwarten, daß sie in nicht so ferner Zeit den größten Teil unseres Rohstoffbetriebes liefern können — vorausgesetzt natürlich, daß unser neues Kolonialreich groß genug ist.

Ungünstig beurteilt die Zukunft Mittelafrikas auch der Verfasser des schon erwähnten Artikels der „Vossischen Zeitung" vom 17. Juli 1917:

„Was wir aber von Deutsch-Afrika verlangen müssen, sind diejenigen Erzeugnisse, die der heimatliche Boden nicht hervorbringen kann, also die eigentlichen tropischen Produkte, zu denen wir außer Pflanzenfett und Futterkuchen, Kautschuk, Kakao, Kaffee und Tee auch die Baumwolle zählen müssen.

Kann uns da Mittelafrika in absehbarer Zeit zufrieden stellen? Wer nur halbwegs die Verhältnisse kennt, wird die Frage — vielleicht mit Ausnahme von Kakao — mit einem Nein beantworten müssen ...

Warum richten wir unsern Blick nicht auf das eigentliche Westafrika, etwa von Kamerun bis Dakar? Das ist das beste, was das tropische Afrika aufzuweisen hat. Die Karte zeigt uns, wieviel leichter dank der breiten Lagerung der Küste entlang in Verbindung mit den großen Strömen und den vorhandenen Eisenbahnen die Transportfrage in jenem Gebiet gelöst werden kann, ja zum größten Teil bereits gelöst ist. Auch ist es rascher von der Heimat aus zu erreichen als Mittelafrika. Vor allem aber sprechen die wirtschaftlichen Verhältnisse zu seinen Gunsten. Unsern Bedarf an Pflanzenfetten, Kraftfutter und Kakao könnten wir dort zum größten Teil decken, unsern Bedarf an Kautschuk, Kaffee und Tee bei den reichlich vorhandenen Arbeitskräften in absehbarer Zeit heranziehen. Auch die Baumwollfrage läßt sich an Hand englischer Vorarbeiten und unsrer Erfahrungen in Togo lösen. Die Mineralschätze an Zinn und Kohle sowie Gold seien nur nebenbei erwähnt. Ein Ansiedlungsgebiet ist dieses Westafrika freilich nicht, und das ist gut so, aber ein Gebiet, wo unter deutscher Leitung und zum Nutzen des Heimatlandes wie der Eingeborenen deren Produktionskraft ganz außerordentlich gehoben werden kann, und zwar

Digitized by Google

ohne allzu große Zuschüsse des deutschen Steuerzahlers und ohne eine Konkurrenz für den deutschen Landwirt zu bilden."

Im Gegensatz hierzu ist Emil Zimmermann in seinem Buch „Die Bedeutung Afrikas für die deutsche Weltpolitik" der Ansicht, Zentralafrika sei das Rohstoffland der Zukunft. Diese Ansicht scheint übrigens auch von unseren Gegnern geteilt zu werden. Der bekannte Burengeneral Smuts hat kürzlich in einer Rede vor der Königlich Geographischen Gesellschaft in London die deutschen Kolonien, besonders Deutsch-Ostafrika, als Länder bezeichnet, die als Rohstofflieferanten einen außerordentlich hohen Wert hätten und von den deutschen Rohstofflieferanten in vorausschauender Weise entwickelt worden seien, der deutsche Kolonialbesitz habe hohen wirtschaftlichen Wert.

Über die wirtschaftliche Entwicklung der Südseekolonien schreibt der Geheime Legationsrat Dr. von Buchka im „Tag" am 17. April 1917:

„Unsere bisherigen Südseebesitzungen haben einen größeren Wert für uns als den eines eventuell gut zu verwendenden Kompensationsobjektes. Zunächst muß ihre wirtschaftliche Bedeutung hoch eingeschätzt werden. Auf den deutschen Südseeinseln hatte sich ein in stetigem Aufblühen begriffener Plantagenbau entwickelt, in dem deutsche Kapitalien von hohem Werte angelegt waren und die dort gewonnenen Bodenerzeugnisse, außer Kakao, Vanille, Kautschuk, vor allem die Kopra, das Produkt der Kokosnuß, stellten Ausfuhrartikel dar, deren Bedeutung für die Volkswirtschaft des Mutterlandes ständig gestiegen war und deren Anbau noch lange nicht die Höchstgrenze erreicht hatte. Sodann hatte in neuerer Zeit die Erforschung der deutschen Inseln nach dem Vorkommen von Mineralschätzen begonnen, und auf verschiedenen Stellen waren hochwertige Mineralphosphate festgestellt, deren Abbau und Ausführung gleichfalls in der letzten Zeit vor dem Kriege einen erfreulichen Aufschwung genommen hatte. Die Verwertung der Erzeugnisse unserer Südseeinseln durch den deutschen Handel datiert schon recht weit zurück."

Der große Wert der Südseekolonien findet seine Bestätigung auch in den vom „Neuen Deutschland" herausgegebenen Ergänzungsheft „Die Zukunft der deutschen Kolonien" enthaltenen Aufsätze von Dr. Thurnwaldt und Otto Riedel, ebenso in der Denkschrift der Südseefirmen an den Reichstag. In dieser Denkschrift wird unter anderem nachgewiesen, daß das in den Pflanzungen der Südsee angelegte deutsche Kapital einen Wert von 117 Millionen Mark darstellte, daß indes durch das allmähliche Eintreten der Ertragsfähigkeit der Pflanzungen dieser Wert schon jetzt auf über 400 Millionen Mark gestiegen ist! Der Wert der deutschen Südseekolonien als Rohstofflieferanten, besonders als solche von Ölfrüchten, Phosphat, Kakao, Kautschuk usw., der Wert der noch wenig erforschten Minerallager an Gold und Petroleum ist ein so hoher, daß wir unbedingt auch ihre Rückgabe verlangen müssen.

Weit günstiger als Neumann beurteilt Prof. Dr. Felix Hänsch in seinem Berichte, „An der Schwelle des größeren Reiches" (J. F. Lehmanns Verlag 1917) den Wert des deutschen Kolonialbesitzes. Er untersucht auf das eingehendste an der Hand der Statistik die Möglichkeit der Deckung des deutschen Rohstoffbedarfes aus Mittelafrika, Mesopotamien, den russischen Fremdgebieten und dem Erzgebiet von Briey, wobei er allerdings auch Ägypten als Baumwollland mit hinzu rechnet, und kommt zu dem Schluß, daß wir von unserem Bedarf von 5612 Millionen Mark 3200 Millionen Mark in den vorerwähnten Ländern decken können. Der Rest unseres Rohstoffbedarfes müßte sich — wenigstens in Friedenszeiten — unschwer aus Südamerika erhalten lassen. Ebenso würde die Ausfuhr nach diesen Ländern — nach dem jetzigen Stande der Statistik 4726,1 Millionen Mark oder bereits 64,87 Proz. unserer gesamten Ausfuhr darstellen.

Digitized by Google

Schließlich sei noch aus dem neuen Werke „Die Zukunft der deutschen Kolonien" der Schluß des Artikels „Koloniale Wirtschaftspolitik" von Dr. Karstedt wiedergegeben:

„Man braucht gewiß nicht so utopistisch zu sein, um erwarten zu können, daß das zu erstrebende Kolonialreich uns absolut unabhängig von dem Auslande macht; hinsichtlich einzelner Stoffe wird das praktisch wohl nie zu erreichen sein. Was aber erreicht werden kann, das ist, daß das deutsche Kolonialreich als Lieferant größerer Mengen an Rohstoffen in bezug auf die Preisgestaltung einen solchen Einfluß gewinnt, daß in der Weltwirtschaft mit ihm als mitbestimmenden Faktor gerechnet werden muß. Daß diese Auffassung vom deutschen Kolonialreich keine Utopie ist, kann bewiesen werden. Kürzlich hat das Reichs-Kolonialamt in den Mitteilungen aus den deutschen Schutzgebieten eine Definition des viel gebrauchten Begriffes „Mittelafrika" gegeben, die weit über das hinreicht, was man gemeinhin sich bisher darunter vorstellte. Darnach fällt unter Mittelafrika in großen Zügen gerechnet das Gebiet, was im Norden von einer Linie begrenzt wird, die man sich von dem Scheitel des Nigerbogens bis zum Somaliland gezogen denken muß, und im Süden von einer solchen, die unter Einschluß Deutsch-Westafrikas nach Osten etwa zur Sambesimündung läuft. Mit andern Worten: Das tropische Afrika! Dieses tropische Afrika würde zum Beispiel völlig ausreichen, um uns hinsichtlich der Lieferung von Kautschuk und Ölfrüchten unabhängig vom Auslande zu machen. Es soll hier kein Programm entworfen werden, in welcher Richtung etwa sich noch weitere Kolonialbestrebungen zu richten hätten. Betont soll nur werden, daß bei der Lage, in der wir uns dank der Erfolge auf dem europäischen Kriegsschauplatz und des uneingeschränkten U-Bootkrieges befinden, die Erstrebung der unbedingt zu erringenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit durch Aneignung fremden Kolonialgebietes eine durchaus im Bereich des Möglichen liegende Tatsache ist."

Rathenau als Publizist

Von Pastor Lic. W. Thimme

Walther Rathenau ist ohne Frage eine fesselnde Schriftstellerpersönlichkeit. Er verbindet erstaunliche Beobachtungsgabe und rechnende Überlegung mit Phantasie, Glaube und Sehnsucht. Er fordert eine Erneuerung Deutschlands in dreifachem Sinne, 1. Erneuerung des wirtschaftlichen Lebens, 2. Erneuerung des gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, 3. Erneuerung des seelischen Innenlebens.

Das Programm einer neuen Wirtschaftsordnung ergibt sich aus der Not des Weltkrieges. Rathenau entwirft es andeutungsweise in seinem Vortrag „Probleme der Friedenswirtschaft" (Dezember 1916), in festen Strichen in seiner kürzlich erschienenen Schrift „Die neue Wirtschaft". Gleich weit entfernt von törichtem Optimismus wie von schädlichem Pessimismus — „Optimismus des Urteils hat uns niemals genützt, Pessimismus der Stimmung wäre das Verderblichste, das uns begegnen könnte" — faßt er die Lage ins Auge. Unersetzlich ist unser Verlust an Menschenkraft. Überaus empfindlich der Verlust an Nationalvermögen. Schwerer als der reine Verlust aber fällt die Vermögensumschichtung ins Gewicht. Der Glaube, daß nach dem Friedensschluß sogleich von selbst ein wirtschaftlicher Aufschwung einsetzen werde, ist trügerisch. Auf nicht weniger als 170 Milliarden wird Deutschlands gesamte Kriegsbelastung

Digitized by Google

zu veranschlagen sein. Zu den 10 Milliarden, die sich an Jahresaufwand für Zinsen und Tilgung ergeben, kommen als Belastung unsrer Wirtschaft weitere 6 Milliarden für Aufbesserung der Arbeitslöhne und Gehälter.

Wird unsere nationale Wirtschaft imstande sein, diese Last zu tragen? Allerdings, sagt Rathenau. „Unsere Hoffnung ruht auf den sittlichen und geistigen Werten einer dichten Einwohnerschaft." Die deutsche Wirtschaft darf sich jedoch nicht damit begnügen, den Stand der früheren Friedensleistung zu erreichen, sie muß erhöhte, verdoppelte Gütererzeugung anstreben. An die unwillkürliche und darum technisch und sittlich noch unvollkommene Regelung im Konkurrenzkampf trete planvolle Organisation. Die grundlegende Forderung lautet: Die Wirtschaft darf von nun an nicht mehr Sache des einzelnen sein, sie ist Sache der Gemeinschaft. Das bahnte sich bereits in Friedenszeiten an, zumal beim Großunternehmen. Diese Entwicklungstendenz wird durch den Krieg mächtig gefördert werden. Die Zeit der ungezügelten Privatwirtschaft ist vorbei. Auf den Gebieten der Materialwirtschaft, der Arbeitswirtschaft, der Kapitalwirtschaft erheben sich drei Postulate: „Nichts vergeuden, alle Quellen erschließen, unabhängig werden vom Ausland", „jeder Mann wird gebraucht, kein Werkzeug darf feiern", „alle Mittel zusammenhalten und sie gerecht verteilen". Die „neue Wirtschaft" gibt den Entwurf. Mit den Materialien muß hausgehalten werden. Weg mit den unnützen Transportkosten! Industrie ist Bodenprodukt, jede Fabrik stehe am rechten Platze. Beseitigt werde die unheilvolle Mißleitung des Produktionsvorgangs. Alle Vorteile wissenschaftlicher Technik sollen ausgenützt werden. In weit höherem Grade als bisher kann Arbeitsteilung eingeführt werden, und zwar nicht nur innerhalb des einzelnen Werkes, sondern auch von Werk zu Werk, von Gruppe zu Gruppe. Gründung von Spezialfabriken. Beschränkung der maßlosen Fülle von Warentypen. Man beseitige die unnötige verteuernde Zerreißung des heutigen Wirtschaftsprozesses, in dem Zwischenprodukte freies Handelsgut werden, man unterdrücke die törichten Handelsumschweife mit den Endprodukten. Man fasse alle gleichartigen Betriebe zu Berufs- und Gewerbeverbänden zusammen, ausgestattet mit ausgedehnten Befugnissen, aber unter Staatsaufsicht. Die heutigen Syndikate bezeichnen die ersten Schritte auf diesem Wege und bedürfen des Ausbaues. Die von diesen Riesenverbänden erhobenen Gewinnabgaben werden die Grundlage der künftigen Staatseinnahmen bilden.

Aber wird so nicht die Haupttriebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung, die freie Initiative des seinen Privatvorteil berechnenden Einzelunternehmens, lahmgelegt? Rathenau bestreitet es entschieden. Er stellt die Gegenfrage: Ist etwa beim Übergang vom reinen Privatbetrieb zur Aktiengesellschaft ein Nachlassen der Tüchtigkeit und Erfindungsgabe zu verspüren gewesen? Nicht im geringsten. Es kam gerade umgekehrt, das bislang Höchste an Organisation und Erfindung wurde jetzt geleistet. „Pflichtbewußtsein, Verantwortung und Liebe zum Geschaffenen haben ebenso hier

Digitized by Google

das Beste freiwillig getan, wie wir es vom Beamten und Soldaten, vom Forscher und Künstler gewohnt sind." „Der erste kleine Schritt zur Versittlichung der Wirtschaft geschah."

Der Eindruck Rathenaus ist deshalb so stark, weil er nicht von der Theorie kommt sondern an der Spitze eines der größten und erfolgreichsten industriellen Unternehmens Deutschlands steht. Er war es auch, der bei Kriegsbeginn die Organisation der Rohstoffversorgung mit Kühnheit und Kraft in die Wege geleitet hat.

Rathenaus „neue Wirtschaft" blickt aber nicht nur auf die Steigerung der Güterproduktion, sondern auch auf den wirtschaftenden Menschen selber. Das ganze staatliche und gesellschaftliche Leben bedarf einer tiefgreifenden Erneuerung. Das Buch „Von kommenden Dingen" dient diesem Gedanken. Rathenau verwirft den dogmatischen Sozialismus wegen seines Irrglaubens an das Vermögen der Wissenschaft, praktische Ziele zu setzen, vor allem aber aus dem Grunde, weil er einen sittlichen Mangel aufweist. „Sein Weg führt von der Erde zur Erde, sein tiefster Glaube ist Empörung, seine stärkste Kraft ist gemeinsamer Haß, und seine letzte Hoffnung ist irdisches Wohlbefinden." Man mag ohne Scheu eine Wegstrecke neben der Bahn des Sozialismus wandern, seine Ziele sind jedoch abzulehnen.

Nicht in materieller Not besteht der Krebsschaden unsers öffentlichen Lebens. Deren Beseitigung ist eine selbstverständliche und leicht erfüllbare Menschenpflicht. „Die Kosten eines Rüstungsjahres würden ausreichen, um die Blutschuld der Gesellschaft zu tilgen, die noch heute den Hunger und seine Sünden in ihrem Schoße duldet." Das Hauptübel ist vielmehr die Tatsache, daß der größte Teil unseres Volkes dem Frondienst, der Unfreiheit und der Hoffnungslosigkeit ausgeliefert ist. Daß die Knechtschaft nicht persönlich, sondern anonym ist, daß der einzelne Proletarier ein formales Selbstbestimmungsrecht besitzt, ändert an dem unwürdigen Zustande nichts. Über der Schicht der Enterbten aber lagert die Schicht der Herrschenden und Genießenden, ausgestattet mit einem Übermaß an Rechten, unbelastet mit Pflichten, die, wenn es ihnen so beliebt, ein unnützes Drohnen- oder schädliches Schmarotzerdasein führen können. In der gesamten zivilisierten Welt herrscht die Plutokratie. Sie verdankt ihren Reichtum im wesentlichen der Ausnutzung von Monopolen, deren es eine größere Anzahl gibt als man gemeiniglich beachtet, sie behauptet ihre Vorzugsstellung gestützt durch das allgemein gültige Erbrecht.

Wie ist dem abzuhelfen? Durch Einführung des Kommunismus, durch Verstaatlichung des gesamten Kapitals? Wir wissen bereits, daß dies nicht Rathenaus Meinung ist. Eine solche Eisenbartkur würde das wirtschaftliche Leben ruinieren. Sie würde aber auch ihren Zweck niemals erreichen, denn die Kapitalrente, dieses Hauptärgernis des radikalen Sozialisten, läßt sich auf keine Weise dauernd beseitigen. Was Rathenau statt dessen vorschlägt, sind einige wenige, aber um so tiefer einschneidende Reformen: Einschränkung des Monopolwesens und der Spekulation durch wirksame

Digitized by Google

gesetzgeberische Maßnahmen, schärfste Besteuerung des Vermögens und Einkommens, prohibitive Luxussteuern, vor allem aber energische Beschneidung des freien Erbrechts. Zumal dem letzteren geht Rathenau mit Macht zu Leibe. Er zeigt, wie ungerecht, wie sinnlos es ist. Um den Willen eines Toten, der vielfach töricht ist und die Interessen der Lebenden aufs schwerste beeinträchtigt, zur Durchführung zu bringen, setzt der Staat alle Machtmittel ein! Das muß aufhören. Durch solche Maßregeln wird ein relativer Vermögensausgleich erzielt, und zwar in der Art, daß der Privatbesitz sich nicht allzuweit von einem gewissen Durchschnitt entfernt, während der bisherige Bettler Staat unermeßlichen Reichtum gewinnt, der ihn zur restlosen Erfüllung seiner Kulturaufgaben befähigt. Desgleichen wird die zwischen den Wirtschafts- und Gesellschaftsklassen aufgerichtete Scheidewand niedergerissen. An die Stelle der starren Gliederung der Stände tritt eine lebendige Bewegung organischen Auf- und Niedersteigens. Die Talente ringen sich in die Höhe, niemand kann sich dem Zwang zur schaffenden Arbeit entziehen. Nicht Gleichheit, sondern Freiheit heißt das Losungswort.

Der Freiheitsgedanke, angewandt auf das staatliche Leben, führt zur Forderung des Volksstaats. Rathenau weiß uns zum Bewußtsein zu bringen, wie tief wir in Deutschland noch im Feudalismus stecken. Das alte Herrenbewußtsein der immer dünner werdenden Adelsschicht ist noch nicht abgestorben, weit verhängnisvoller aber wirkt die noch immer grassierende feudale Anpassung und Imitation ehrgeizig emporstrebender bürgerlicher Kreise — hinzukommt das zumal in Preußen noch längst nicht überwundene halbslawische Untertanengefühl der niederen Volksschichten. Diese Atmosphäre muß durchbrochen werden. Wie kann das geschehen? Durch eine Tat endgültigen Vertrauens seitens des Monarchen — Rathenau ist Monarchist — durch reifende Staatsgesinnung innerhalb des Volkes selbst. „Sind wir vor 100 Jahren zur Nation, vor 50 Jahren zur Staatsnation geworden, so müssen wir von jetzt an durch innere Neugeburt zur politischen Nation und zum Volksstaat werden." Der Volkswille schafft sich seinen Ausdruck in den führenden Persönlichkeiten und den Parteien. Nicht Demokratie und Parlamentarismus sollen auf den Thron erhoben werden. Das sind ja bloße Schimären. Das Parlament hat gewiß seine Bedeutung als Resonanzboden des richtunggebenden Volkswillens, als Börse der Parteien, vor allen Dingen auch, und zwar in Zukunft hoffentlich weit mehr als bisher bei uns, als Bildungsstätte verantwortlicher Staatsmänner, aber die Regierungsgewalt wird stets in den Händen einiger weniger liegen. Wenn es nur die Rechten sind! Im freien Volksstaat echte Aristokratie, das ist das Ziel.

Wichtiger als selbst die Erneuerung des gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ist Rathenau die Erneuerung seelischen Innenlebens. Worin besteht eigentlich die große seelische Not unseres Zeitalters? Mit dieser Frage gelangen wir zu dem Rathenau beherrschenden Grundgedanken. Das kennzeichnende Merkmal der Moderne ist nach ihm die Mechanisierung des Lebens in seinem ganzen Umfange. Ihre Entstehungsgeschichte schildert er in dem interessanten Werke „Zur Kritik der Zeit".

Digitized by Google

Sie wurde mit unerbittlicher Notwendigkeit heraufgeführt durch die unerhörte Bevölkerungsverdichtung in Europa und Nordamerika. Ihr Träger war — an dieser Stelle schiebt sich in Rathenaus sonst wirtschaftlich orientierte Gedankenreihe ein Stück eigenartiger Rassenphilosophie — die empordrängende nichtgermanische Unterschicht. Mechanisiert wurde die Produktion. Ihr Ideal ist erreicht, „wenn von den jeweils günstigsten Gewinnungsstätten die Produkte auf kürzestem Wege und mit größter Eile zu der bestgelegenen Verarbeitungsstätte gelangen, um in einem einzigen Prozeß umgestaltet, sofort einem Vertriebssystem übergeben zu werden, das sie in die Vorratsräume, Küchen und Werkstätten der Verbraucher leitet". Der mechanisierte, unbegrenzt teilbare und bewegliche Besitz heißt Kapital. Der mechanisierte Staat wird annäherungsweise zur „bewaffneten Produktionsvereinigung auf nationaler Grundlage". Mechanisiert wurden Kunst und Wissenschaft, ja selbst die Religion. Ihre Mechanisierungsform ist die Kirche (vgl. „Eine Streitschrift vom Glauben"). Auf diesem ganzen Gebiete herrscht der dem echten Germanentum so wesensfremde zweckhafte Intellekt. An die Stelle des sachlichen Wertes tritt das persönliche Interesse, an die Stelle der Intuition Berechnung, an die Stelle der heiteren, vornehmen Ruhe Hetzen und Hasten, die Arbeit wird aus einem Schaffen ein Erledigen. Die psychologische Triebkraft ist Machtgier, die ihrerseits aus der Furcht erwächst. Der Materialismus triumphiert. In seinem Schatten gedeihen Genußsucht und Eitelkeit. Schonungslos ist Rathenaus Kultur- und Gesellschaftskritik. Er zeigt den Anteil auf, den die Frauenwelt an der modernen Kulturverflachung und Entartung hat. Es gibt Partien in seinem Hauptwerk, die den Eindruck hervorrufen können, als sei für die Menschheit nichts mehr zu hoffen. Aber das ist keineswegs seine Meinung. „Ist diese Zeit schwer, so ist es unsere schwerere Pflicht, sie zu lieben, sie mit unserer Liebe zu durchbohren, bis die schweren Gebirge der Materie weichen und das jenseitige Licht erscheint." Pessimistische Anwandlungen überwindet der Glaube.

All den zum Teil so unerfreulichen Erscheinungen der modernen Kultur liegt, wie gesagt, zugrunde der Mechanisierungsprozeß. Läßt sich dieser Prozeß rückgängig machen? Nein, das Gegenteil ist nicht nur zu erwarten, sondern auch zu erstreben. Rathenaus wirtschaftspolitisches Programm bedeutet nichts anderes als die vollendete Rationalisierung (= Mechanisierung) des äußeren Lebens. Woher die seelenverwüstende Wirkung? „Das Übel der Mechanisierung beginnt, wo die ungebrochene, undurchgeistete Kraft sich des inneren Lebens bemächtigt, wo die gewaltig entfesselte Bewegung verantwortungslos aus der dienenden Bindung sich befreit, um den Menschen und sein Geschlecht, den Herrn des Betriebes, zum Knecht seines eigenen Werkes zu erniedrigen. Hier quillt Unfreiheit, sinnloses Mühen, Feindschaft, Not und geistiges Sterben." Es mußte wohl so kommen. Aber es muß nicht so bleiben. „Die Blume vor dem Fenster eines Bauernhauses, das Lied auf der Landstraße, der Sonntagsausflug der Stadtbewohner, das Buch in den Händen des Arbeiters bezeugen, daß das Volk entschlossen ist, nicht in mechanischer Zweckhaftigkeit aufzugehen." Noch hat die Mecha

Digitized by Google

nisierung ihren Höhepunkt nicht erreicht, aber sie nährt bereits in sich die Gegenkräfte zu ihrer inneren Überwindung. Stimmen der Sehnsucht werden laut. Sie werden sich mehren. Moralpredigten haben keinen Zweck. Aber Männer und Frauen müssen aufstehen, deren Wort, vertrauend auf die überführende Macht von selbst einleuchtender Wahrheit, die Hohlheit der heutigen Zivilisation aufdeckt, deren Auge das transzendente Ziel, das Reich der Liebe, der Seele, erblickt. Sie stehen schon auf. Wenn die Seele erwacht und wächst, hellsichtig, gläubig, gütig, emporstrebend zu Gott, so wird sie ihrerseits in das Getriebe der äußeren Einrichtungen greifen, Gestaltungs- und Schöpferkraft beweisen. „Nur der seelische Lebensinhalt ist des Daseins würdig; er schafft sich selbst Form und Kleid in Dingen und Einrichtungen." „Echter Glaube stammt aus der Schöpferkraft des Herzens, aus der Phantasie der Liebe; er schafft Gesinnung, und ihm folgt willenlos das Geschehen."

Es muß genug sein. Wir haben die drei Losungsworte Rathenaus vernommen, Organisation, Freiheit, Seele. Wenn wir uns in seine Schriften vertiefen, werden wir ihn selber kennen lernen als blendenden Stilisten, als scharfsichtigen, kühn wollenden Wirtschaftstheoretiker und Praktiker, als einen Mann, der in Politik und Ethik in gleicher Weise lebt und webt, der mit der fast verletzenden Schärfe seiner Gesellschaftskritik eine warme, hin und wieder beinahe träumerisch anmutende Mystik verbindet. Wir werden uns nicht nur vielfältig angeregt, sondern bereichert fühlen. Und vielleicht wird mehr als ein Leser erleben, wie sich in seiner Seele neuer Glaube regt und vor seinem Auge neue Wege sich öffnen in die deutsche Zukunft.

Die Berliner Banken

Unter den Berliner Banken versteht man herkömmlicherweise jene Kreditinstitute, die auch in der deutschen Reichshauptstadt eine Niederlassung besitzen. Es handelt sich um acht Institute. Diese acht verkörpern mit jedem Jahr mehr das ganze deutsche Privatbankwesen; denn mit einer fast unheimlich anmutenden Schnelligkeit dehnen sie sich über das ganze Reich aus, saugen bisher selbständige Provinzinstitute auf und verstehen es, namentlich einen immer größer werdenden Teil des mobilen Kapitals an sich zu ziehen. Dafür nur einige wenige Beispiele: Vor etwa 10 Jahren hatten gerade die beiden größten, die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft zusammen etwa ein Dutzend Niederlassungen; heute hat jedes von den beiden Instituten deren etwa 100. Und die den acht Banken anvertrauten *fremden Gelder* betrugen Ende 1917 rund 16 Milliarden Mark gegen 5 Milliarden Mark vor 3 Jahren. Gerade das letzte Jahr, für das soeben die Geschäftsberichte erschienen sind, ist in dieser Richtung kennzeichnend. Hatte die erste Kriegszeit eine Stockung in dem *Aufsaugungsprozeß* kleinerer und größerer Provinzbanken gebracht, so ist 1917 um so stärker diese Fusionstätigkeit zum Durchbruch gekommen: Die Dresdner Bank gliederte sich eine der größten noch selbständigen Banken, die Rheinisch-westfälische Dis-

Digitized by Google

conto-Gesellschaft an und erhöhte ihr Grundkapital um 60 auf 260 Millionen Mark. Die Deutsche Bank saugte den bedeutenden Schlesischen Bankverein und die Norddeutsche Kreditanstalt auf, die Disconto-Gesellschaft gliederte sich die Königsberger Vereinsbank, den Magdeburger Bankverein und eine Anzahl mittlerer Institute an. Hand in Hand damit ging die Gründung neuer Filialen im Osten, wie denn überhaupt der Weg nach dem Osten bezeichnend für das letzte Bankjahr ist, wobei man sich nicht an die alten Landesgrenzen hält, sondern auch in Libau, Riga und anderen Plätzen Fuß zu fassen begann. Das ist zu beachten. Die gutunterrichteten und feinfühligen Banken sehen große Entwicklungsmöglichkeiten im alten und im neuen Osten. Aber auch an anderen Stellen überschritten sie die Landesgrenzen. Nach Sofia ging die Deutsche Bank, nach Bukarest die Deutsche und die Dresdner Bank, während die Nationalbank in Brüssel Fuß faßte. Balkanpolitik war also auch in den Bankgebäuden zum Schlagwort. Einen etwas anderen Weg als die andern schlug die Darmstädter Bank ein. Sie sah schon wegen des großen Personalmangels davon ab, neue Filialen zu errichten, vermied es auch, bestehende Aktienbanken zu übernehmen, sondern sie ging planmäßig darauf aus, alte Privatbankgeschäfte für sich zu übernehmen. Das mag von ihrem Standpunkt aus klug sein. Im Interesse der Volkswirtschaft ist es zu bedauern, daß auf diese Weise der selbständige Bankierstand immer mehr zusammenschrumpft, womit er das Schicksal der mittleren Aktienbanken teilt, von denen heute kaum mehr ½ Dutzend unabhängig von Berlin besteht. Daß durch diese Entwicklungsrichtung die Beraubung der Provinz von selbständig handelnden Köpfen immer weiter fortschreitet und gleichzeitig die Bedeutung des Übergewichts Berlin ins Unerträgliche steigt, sollte nicht übersehen werden.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen wollen wir einen kurzen Blick auf die Ergebnisse der 8 Banken werfen. Zu diesem Zwecke seien die wichtigsten Ziffern übersichtlich zusammengestellt:

(Alles in Millionen M.)	Eigene Mittel (Grundkapital und Reserve)	Fremde Mittel		Reingewinn (ohne Vortrag)		Dividende	
		1917	gegen 1916	1917	gegen 1916	1917	gegen 1916
Deutsche Bank	505	5669	+ 21.66	49	+ 9	14%	+ 1½%
Disconto-Gesellschaft . . .	444	3631	+ 14.17	41	+ 4	11%	+ 1%
Dresdner Bank	340	2948	+ 11.88	36	+ 5	8½%	—
Darmstädter Bank	192	1436	+ 4.66	13	+ 3	7%	+ 1%
Berliner Handelsgesellsch. .	144	439	+ 90	12	+ 1	8%	+ 1%
Kommerz- u. Discontobank	102	946	+ 3.29	8	+ 2	7%	+ 1%
Nationalbank	100	451	+ 1.71	6½	+ 1	6%	+ 1½%
Mitteldeutsche Kreditbank .	69	450	+ 1.80	5	+ ½	7%	+ ½%

Hier fällt wegen der schon erwähnten starken Erhöhung der den Banken anvertrauten fremden Gelder die Bewegung der Dividenden auf. Mit einer Ausnahme geben alle Institute ihren Aktionären mehr als im Jahre vorher. Die Deutsche

Digitized by Google

Bank verteilt sogar eine höhere Dividende als jemals in ihrer Geschichte. Hieraus ist klar zu erkennen, daß das letzte Jahr für die Banken eine Zeit der Hochkonjunktur war, und das darf nicht überraschen. Zunächst einmal geht es den Banken wie der Industrie. Auch sie sind in der glücklichen Lage, in der Hauptsache mit dem Reich als Abnehmer zu tun zu haben, denn letzten Endes gehen alle den Banken anvertrauten Mittel zur Kriegsfinanzierung, ob es sich nun um den Ankauf von Schatzanweisungen handelt oder um Kredite an Kriegsgesellschaften, Städte und Kommunalverbände. Der Staat aber ist ein guter Zahler und auch die Kriegsgesellschaften gewähren den Banken große, fast zu große Gewinnmöglichkeiten. Auch die Vermittlung der Kriegsanleihen ist für die Großbanken mit ihrer starken Werbekraft eine glänzende Gelegenheit zu verdienen gewesen. Zu allem Überfluß machen die Banken aber auch als Vermittler am Börsengeschäft überaus große Gewinne. Es sei daran erinnert, daß wir im Jahre 1917 bis zum 1. Dezember keinen offiziellen Börsenverkehr hatten. Gerade aber im Zeitalter des freien Verkehrs war die Spekulationslust doppelt groß und die Möglichkeit, reiche Vermittlergebühren einzustecken, ebenfalls. Seit 1. Dezember ist die Börse wieder eröffnet, und der Bankier muß sich an die gesetzlichen Bestimmungen inbezug auf Vermittlergebühren halten; das hat aber die Banken insofern nicht besonders getroffen, als sie die Gelegenheit benutzten und die alten offiziellen Sätze kräftig erhöhten. Unter diesen Umständen verzichteten die Banken darauf, die ebenfalls sehr großen Gewinne aus dem Verkauf ihrer eigenen Effektenbestände in den Bilanzen nachzuweisen. Viele Millionen sind hier verdient worden, denn der Heißhunger des Publikums nach Anlagewerten hat es den Banken ermöglicht, allerhand Werte, auf denen sie seit Jahren fest saßen, mit überraschend hohem Nutzen loszuwerden. Diese Millionen wurden zu inneren Abschreibungen verwandt.

Werfen wir noch einmal einen Blick auf unsere Zusammenstellung, so fällt uns auf, welch gewaltiger Unterschied zwischen den einzelnen Banken auch hinsichtlich ihrer Größe besteht. Nehmen wir die fremden Gelder als besten Maßstab für die Bedeutung einer Bank, so sehen wir, daß allein die Deutsche Bank und die Disconto-Gesellschaft 1. fast zwei Drittel verwalten. Der Dresdner Bank ist ein weiteres Fünftel dieser fremden Gelder anvertraut. Diese drei Allergrößten haben also ein deutlich hervortretendes Übergewicht, wobei noch zu bemerken ist, daß zwischen der Deutschen und der Dresdner Bank anscheinend ein recht freundschaftliches Verhältnis besteht, da im zunehmenden Maße namentlich deutsche große Geschäfte von beiden gemeinsam übernommen werden. Hingegen besteht zwischen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft eine schlecht verhehlte Rivalität. So scheint die überraschend starke Dividendenerhöhung der Deutschen Bank nicht zuletzt sich damit zu erklären, daß die Disconto-Gesellschaft mit 1 Proz. in die Höhe ging. Namentlich im Auslande begegnen sich beide als Konkurrentinnen. Wir erinnern hier an die Rivalität auf dem rumänischen Petroleummarkte, von dem in einem späteren Artikel noch die Rede sein wird, oder aber an den Kampf um die Vorherrschaft in Sofia.

Digitized by Google

Versuchen wir zum Schluß einen Blick auf die Zukunft zu werfen, so scheint es, als wenn jenes rasche Wachstum der Großbanken künftig anhalten werde. Der Entschluß, statt 4 oder 5 Filialen deren 100 zu errichten, ist viel schwerer gewesen, als der Entschluß, statt 100 1000 Filialen einzurichten. Die französischen und englischen Banken sind auf diesem Wege schon vorangegangen. Für die deutschen ist gerade jetzt ein um so größerer Anreiz vorhanden, als die neue Steuervorlage Banken mit dichten Filialnetzen bei der Berechnung der Börsenumsatzsteuer ansehnliche Ersparnisse bringt. Ob diese Entwicklung ein Glück ist? Das hängt von der Art der Ausführung ab. Wenn es den Banken gelänge, ihre Zweigniederlassungen mit selbständig denkenden, mit ihrer Umgebung verknüpften Persönlichkeiten zu besetzen, so könnte man der Entwicklung einigermaßen ruhig entgegensehen. Das aber scheint etwas zweifelhaft, denn woher sollen diese Persönlichkeiten kommen? Also auch hier, auf rein geschäftlichem Boden finden wir das, was wir auch auf politischem so unbedingt benötigten. Freie, selbständige Charaktere! Linter

Notizen

Schwedens Eisenhandel nach dem Kriege. „Stockholms Dagblad" vom 16. April schreibt: In einem Vortrag im „Technischen Verein" zu Gefle hat der Professor für das Hüttenwesen an der Technischen Hochschule in Stockholm, Obering Arvid Johannson, interessante Mitteilungen über die Lage des schwedischen Eisenhandels nach dem Kriege gemacht. Der Redner war der Ansicht, daß man Ursache zum Nachdenken habe und bezeichnete seinerseits die Zukunftsaussichten als dunkel: „Durch unsere eigene Politik haben wir im Osten eine hohe Mauer errichtet und außerdem steht die Regierung im Begriff, unsere Ozeanhandelsflotte auszuliefern.

In den kriegführenden Ländern sind während der letzten Jahre eine große Anzahl von Hochöfen für die Herstellung von Qualitätsstahl gebaut worden. Wir müssen befürchten, daß wir bei dem Versuch, unseren alten Markt wiederzugewinnen, eine gefährliche Konkurrenz im Elektro-Stahl finden werden.

Die beiden Hauptbedingungen für die Aufrechterhaltung unseres Exportes sind die billigere Herstellung unserer Produkte und die Stärkung und Erweiterung unserer überseeischen Verbindungen. Wir haben, wenn eine kluge Wasserfall-Politik getrieben wird, billige Kräfte in unseren Wasserfällen, wir haben gute Verbindungen und reichlichen Zugang an billiger Rohware durch unser Erz. Aber es gibt einen großen Stein des Anstoßes, und das ist das Heizungsmaterial. Die Steinkohle kostet neunmal soviel als vor dem Kriege. Da billiges Heizmaterial eine Lebensbedingung für die Industrie ist, müssen wir demnach den Verbrauch desselben nach Möglichkeit einschränken, und der einzige Ausweg für die Erhaltung unseres Eisenhandels ist daher ein allgemeiner Übergang zum elektrischen Schmelzverfahren.

Unsere hauptsächlichsten Abnehmer für Qualitätsstahl sind bisher England, Deutschland, Rußland, Frankreich und Amerika gewesen. In den beiden erstgenannten Ländern sind wichtige Maßnahmen für eine ausgedehntere Herstellung von Qualitätsstahl getroffen worden, und was Rußland betrifft, so scheint dieses Land in die Interessensphäre Deutschlands zu fallen. Wir müssen daher unsere Blicke auf die jungen Staaten auf den anderen Seiten des großen Meeres richten. Um unsere Stellung auf dem Weltmarkt zu sichern, haben wir bei der Abschließung von Verträgen eine gute Stütze in unserem Erz und unserem Holz."

Digitized by Google

Die Frage, ob eine Verlegung unserer Eisenindustrie nach Nordland notwendig sei, beantwortete der Redner bejahend, weil daselbst billigere Kraft und leichterer Zugang an Holzkohlen als in Mittelschweden vorhanden sei.

Wilson als Diktator und — Vorkämpfer für die Demokratie. Während Wilson in seinen Reden und Botschaften in hochtönenden Worten den Krieg zur „Sicherstellung der Demokratie" proklamiert, ist er in seiner praktischen persönlichen Politik, unbekümmert um den Widerspruch in seinen Worten und Taten, weiter darauf aus, seine bereits wiederholt vergrößerten Machtbefugnisse bis zu völliger absolutistischer Gewalt zu steigern. Zu der letzten, von seiner Regierung eingebrachten Gesetzesvorlage dieser Art bemerkt „Financial Chronicle" (New York): „Diese neue Vorlage hätte man kurz in drei Zeilen abfassen können, indem man den Präsidenten für die Dauer des Krieges und für ein Jahr nach dem Kriege zum absoluten Diktator machte. Es wird Zeit, daß wir, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, offen reden. Selbst ein Kriegszustand berechtigt nicht dazu, die Form einer Regierung, durch die das Land groß geworden ist, abzuschaffen oder beiseite zu schieben. Was uns nötig ist, sind nicht neue Gesetze und mehr Macht für Herrn Wilson, sondern eine wirksamere Anwendung der schon jetzt bestehenden Gesetze und vor allem brauchen wir großzügige, fähige Männer an der Spitze. Nach und nach sind dem Präsidenten auf seinen Wunsch solche Machtbefugnisse eingeräumt worden, wie keiner seiner Vorgänger auch nur im Traume gehabt hat, und wie kein vernünftiger Mensch sie früher für möglich gehalten hätte.

Langsam aber sicher steuern wir auf den Absolutismus zu und denken nicht mehr daran, daß wir eine Verfassung haben. Dabei kämpfen wir für ‚Sicherstellung der Demokratie in der Welt!' Die anfangs erwähnte Gesetzesvorlage wurde mit Recht im Kongreß für eine Aufforderung, als gesetzgebender Körper abzudanken, angesehen. Doch wenn die Vorlage nur die Wirkung hätte, den Kongreß aufzuwecken und ihn daran zu erinnern, da er ein Teil der Regierung mit Pflichten und Verantwortung ist, dann hat sie unabsichtlich etwas Gutes geschaffen."

Erfreuliche Realpolitik. Georg Bernhard, der bisher zu den energischsten Gegnern der Ausdehnung Deutschlands nach Osten gehörte, hat in einem „Weltenwende" genannten Artikel die Konsequenzen aus dem Brest-Litowsker Frieden und der Offensive im Westen gezogen. Er kommt dabei zu Ansichten, die sich bis auf die „polnische Abrundung" mit den von uns seit jeher vertretenen Auffassungen vielfach berühren:

„Jedoch man kann über die Möglichkeiten französischer Abmachungen aus Gründen der französischen Seelenverfassung anderer Ansicht sein, und man mag auch daran zweifeln können, daß die Dinge in Rußland, nachdem es nun einmal so weit gekommen ist, sich wieder auf eine andere Formel bringen lassen. Nur sollte jeder Realpolitiker sich dann auch ganz klar darüber sein, daß damit ein für allemal vollkommen veränderte Grundlagen für den zukünftigen Friedensschluß gefunden werden müssen. Dann bleibt als erste Voraussetzung für den Politiker die Tatsache bestehen, daß Frankreich und Teile von Rußland nach wie vor die gegebenen Verbündeten Englands sein werden. Dann kann die Bildung neuer oder das Bestehen der alten Koalitionen gegen Deutschland niemals verhindert werden. Und dann ergibt sich als Folge, daß es Deutschlands erste politische Aufgabe ist, die zukünftigen englischen Verbündeten dauernd schwach zu erhalten und als politische Faktoren für die europäische Geschichte dauernd auszuschalten. Zunächst genügt dann im Osten durchaus nicht das, was geschehen ist. Dann können unmöglich die westlichen Randstaaten Rußlands bloß durch Verträge verknüpft — womöglich mit selbständigen Fürsten — lose neben Deutschland stehen bleiben. Dann müssen dort vielmehr unlösliche Verbindungen mit dem Reich geschaffen werden. Dann ist es nötig, die baltischen Staaten als Kolonialstaaten dem Reiche anzugliedern, Litauen ebenfalls in koloniale Verwaltung zu nehmen, die Reichsgrenzen nach Polen vernünftig abzurunden und

Digitized by Google

das verbleibende Polen selbst und die Ukraine in Zollverbindung mit dem Reich zu bringen. Gleichzeitig ist es dann aber auch nötig, daß sich Deutschland, Österreich und Ungarn bei aller Wahrung ihrer staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Sonderheiten über ein Programm des engsten Zusammenschlusses verständigen. Es muß dann eben das Gesamtgebiet der Mittelmächte in sich gefestigt und gestärkt und vollkommen zur Selbstbewirtschaftung bereit gemacht werden."

Neuerscheinungen

„Die Geburt der Vernunft"

Professoren, Politiker, Philosophen stehen im Kampf um die kulturellen, politischen, sozialen Fragen, in den der Krieg die Welt gestürzt hat — mehr als Betrachter, Begleiter, Ausdeuter des körperlichen Ringens um sie herum denn als Führer im Streit. Sie sehen es als ihre Aufgabe an, die politischen und wirtschaftlichen Ziele des Krieges mit der geistigen Anlage, dem geistigen Beruf unseres Volks in Einklang zu setzen, aus der wissenschaftlichen Durchdringung der Vergangenheit des deutschen Volkes, aus politischen oder wirtschaftlichen Grundanschauungen, aus der philosophischen Erkenntnis vom Wesen des deutschen Geistes und der intuitiven Einsicht in seine Bestimmung heraus.

Der erste Weg: aus der Vergangenheit die Gegenwart zu beleuchten und die Zukunft zu durchdringen, ist der unpersönlichste, sachlichste. Akademische Lehrer gehen ihn mit Vorliebe. Sie enthalten sich der Nutzanwendung. In wissenschaftlicher Zurückhaltung überlassen sie es dem Leser, aus dem Bilde, das sie von der Vergangenheit entwerfen, Rückschlüsse auf die Gegenwart zu ziehen und aus dem Grade seiner Überzeugtheit in den ihre Bilder der Vergangenheit bestimmenden Anschauungen von Leben und Politik allgemein gültige Sätze zu sehen. Albert Hauck, Professor in Leipzig, versetzt sich in die Zeit der Reformation. Aus ihrer Wirkung auf das Leben sucht er — obwohl die Reformation keine politische Bewegung war — die Grundsätze für unsere — wie für jede kommende — Zeit: Gewissensfreiheit und inneren Frieden, Geltung des Kopfrechtes statt der Gewalt, als „sicherster Schutzwehr des Staates", die Forderung zur Arbeit am eigenen Ich, die Verpflichtung zur Ausbildung der natürlichen Begabung, die Anerkennung der Freiheit der Wissenschaft und Kunst. („Die Reformation in ihrer Wirkung auf das Leben", B. G. Teubner, Leipzig.)

Direkter geht der Politiker auf seine eigene Zeit zu, zumal wenn er einer Parteianschauung zugehört. Johannes Plenge, bekannt durch die Gegenüberstellung von „1789 und 1914", einen Vergleich zwischen kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftsordnung, sucht die „Ideen von 1914" „aus dem tatsächlichen Erleben der Nation in ihrer geschichtlichen Bedeutung und Weiterwirkung festzuhalten" und als die geschichtlich bedingten Trägerinnen von Menschheitsgedanken zu erweisen. („Die Geburt der Vernunft" bei Julius Springer, Berlin.) Die Gegenüberstellung von „1789 und 1914" — des organisatorischen Sozialismus, den nach seiner Darstellung Deutschland vertrat und der individualisierenden Reaktion — deren Vertreter für ihn England war — hat in dem neuen Buch Grundlage und Richtung verschoben. Zum Hauptfeind des organisatorischen Sozialismus ist (an Stelle Englands) Amerika geworden. Das Buch „1789 und 1914" war die Kampfansage des — durch Deutschland vertretenen — gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts an das reaktionäre England gewesen. Die „Geburt der Vernunft" ist der Kampfruf gegen Wilson und die Vereinigten Staaten. Denn „die Kriegswirtschaft hat in England den organisatorischen Sozialismus eingeführt, und England besitzt vielleicht den Vorsprung dessen, der mit entschlossenem Kampfwillen ein gegebenes Beispiel nachmacht und durch kluge Ausnutzung aller Erfahrungen steigert. Die Bedingungen nach dem Kriege werden England weitertreißen, und wenn Lloyd George weiter um die politische Macht kämpft, wird er nach dem Kriege das Programm seiner „besseren Zeiten" fortsetzen und unter dem Zeichen des organisatorischen Sozialismus mit der rücksichtslos ausgreifenden Großzügigkeit und dem alles wagenden Geschick, das wir an ihm zu bewundern gelernt haben, England dazu antreiben, daß es mit bewußter Strenge für das Wohl aller Volksglieder seine Kräfte zur nationalen Wiedergeburt zusammenfaßt. So wird es in Europa einen Wettkampf des sozialistischen Aufstiegs geben, bei dem gleiche Ziele die Völker beleben. Aber es gibt auch einen einzigen großen, auf gierigste Ausbeutung bedachten Gegner des sozialistisch gewordenen Europa: die Vormacht des triumphierenden Geldinteresses: Amerika. Amerika muß in diesem Krieg geschlagen werden, weil es die Reaktion vertritt und die gesunde Entwicklung der Welt gefährdet." Der Wandel, der Plenge zu dieser scharfen Formulierung geführt hat, ist durch das Buch von Paul Lensch „Drei Jahre Weltrevolution" hervorgerufen, das zeigt „was die Revolution des Weltkrieges aus uns und unseren Hauptgegnern, England, Frankreich und Rußland gemacht hat" (erschienen bei S. Fischer, Berlin).

Digitized by Google

Plenge und Lensch sind zwei einander ergänzende Begabungen. Plenge fehlt der Blick für die Realitäten in der Politik. Darum denkt er in begrifflich zusammengefaßten Antithesen. 1914: Deutschland und England. 1918: Deutschland (samt England) und Vereinigte Staaten. Er hat selbst das Gefühl, daß seine „Aufsätze philosophisch anmuten". Lensch hat kein Organ für die Imponderabilien in der Politik. Er sei von „nackter Sachlichkeit", meint Plenge, der, als im Grunde anders Gearteter, die Lücken in der politischen Betrachtungsweise Lenschs deutlich herausfühlt. Darum überzeugt letzten Endes weder Plenge noch Lensch. Ein Philosoph läuft nur dann nicht Gefahr, sich nicht in der Reflexion zu verlieren, wenn ein Mathematiker in ihm steckt. Ein Mathematiker löst Probleme nur aus philosophischer Anlage und mit philosophischem Können. Lenschs Buch ist eine verspätete Reminiszenz an den blinden Eifer der antienglischen Leidenschaft im August 1914. Trotz schönsten Tatsachenmaterials ist es in einem Ergebnis — der Kampfstellung gegen England — von dem Plenges überholt. Plenge tut den zweiten Schritt, ohne sich mit ruhiger, kritischer Sachlichkeit um die Erforschung der Stellung zur amerikanischen Frage — den ersten Schritt — zu kümmern. Plenge verliert über dem Blick für das „Fernste" den Blick für das „Nächste". Lensch entzieht sich das „Fernste", weil er im „Nächsten" stecken bleibt. Lensch glaubt philosophisch zu denken und kommt über seine nüchterne praktische Einstellung nicht hinaus (die ihn verhindert, wirklich praktisch zu sein). Plenge will praktisch sein und verliert sich in der Reflexion.

Bleibt die Rettung durch die dritte Gruppe, die aus der philosophischen Erkenntnis vom Wesen des deutschen Geistes und der intuitiven Einsicht in seine Bestimmung aus die Gegenwart zu durchdringen und in die Zukunft blicken zu können glaubt, bewußte oder unbewußte Nachfolger Hegels, der es als Endzweck der Geschichte ansah, „daß der Geist zum Wissen dessen gelange, was er wahrhaft ist". Sie versucht die Weltrevolution von Deutschland als „dem Herzen Europas" auszulösen. Sie ist mit der Gruppe der Politiker einig in der Voraussetzung — daß Deutschland, „die Vormacht des organisatorischen Sozialismus" wiederum „der große Kettensprenger und Befreier" sein werde. Aber sie stützt diese Vormacht und Übermacht Deutschlands „auf den höchsten moralischen und geistigen Wert", den sie als „tiefste deutsche Eigenart" anspricht. Sie sieht sich im Bunde mit Troeltsch und Natorp, in kühnerem Nebeneinander mit Herder und Humboldt, Fichte und Schelling, den Vorkämpfern des deutschen Geistes. Aus dem „Geiste Fichtes", „dem völkischen Gefühl, aus der dem deutschen Leben zugewandten vaterländischen Gesinnung" begründet Dr. Walter Schmied-Kowarzik „die Gesamtwissenschaft vom Deutschtum und ihre Organisation" (als Erfüllung „eines Sehnsuchtsrufs dreier Jahrhunderte". Deutschnationale Verlagsanstalt A.-G. Hamburg). Die „Gesinnung der Rembrandt-Deutschen" weckt Reinhard Buchwald in Impressionen aus dem Felde auf („Die Wissenschaft vom deutschen Nationalcharakter", E. Diederichs, Jena), um die („Richard Wagner und Lagarde nicht gelungene") „höhere Einheit zwischen dem Kulturwillen des deutschen Idealismus und der Politik Bismarcks zu finden."

Die geistige Umwertung ist da. Erst jetzt stellt es Franz Karl Endres in einem neuen Buche „Zionismus und Weltpolitik" (bei Duncker & Humblot, München) wieder fest: „Die Ehrlichkeit hat in allen Schichten der Bevölkerung in rapidem Maße abgenommen, eine Flut von Unordentlichkeit, Gewinnsucht, Eigennutz hat die christliche Welt in derselben Weise heimgesucht wie die Juden. Wer den Dingen auf den Grund geht, erkennt als gemeinsames Motiv die Bestie im Menschen schlechthin. Der Krieg wirkt nicht veredelnd, sondern in jeder Hinsicht verelendend. Das wollen viele nicht einsehen." (S. 107 f.)

Die Welt, die geistig sehr aus den Fugen ist, wieder einzurenken, sind die zitierten Bücher (und Verfasser) nicht geschaffen.

Wie wohltuend wirkt neben so viel gewollter und ungewollter Subjektivität die Nüchternheit einer Auslese aus der Geschichte des Staatsgedankens, mit der Paul Rühlmann (bei Teubner) Rüstzeug zur Klarheit über uns aus vergangener Zeit vorlegt — auch er nicht ohne eine Konzession an die Pathetik, die keiner Schriftstellerei so schlecht ansteht als der politischen. K. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 10. Mai 1918 • Heft 19

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Regierung will den Landtag jetzt nicht auflösen. Sie hofft noch auf eine Gesinnungsänderung bei einigen Abgeordneten vor der dritten Lesung — kann sie noch daran glauben, nachdem die namentliche Abstimmung die einzelnen Abgeordneten gebunden hat? Sie blickt mit einem fernen Wunsch auf eine größere staatsmännische Einsicht der Konservativen des Herrenhauses — aber ist das viel mehr als Verlegenheit? Hat Minister Drews nicht seine Erfahrungen schon gesammelt, welche Stimmung dort seine Reformabsichten erwartet? Es wird nun eben nicht anders gehen als mit der Entscheidung, die den Kampf auch außerhalb des parlamentarischen Feldes sucht. Das muß man während des Krieges bedauern. Aber man braucht die Wirkung auch nicht zu übertreiben. Der Wahlkampf würde eine sehr einfache Fragestellung haben und die Parteiordnung wäre gegeben. Rückwirkung auf die militärische Lage — die Welt müßte es als ein Zeichen der überlegenen Kraft Deutschlands begreifen, daß wir eine so wichtige Verfassungsentscheidung im Innern nicht zu scheuen brauchen. Rückwirkung auf die Stimmung des Heeres — dessen übergroße Masse denkt gar nicht daran, übel zu nehmen, daß man seine künftigen politischen Bürgerrechte vor der monströsen Vergewaltigung durch Kriegsgewinnler sichern will.

*

Daß militärische Wünsche eine sofortige Auflösung das Abgeordnetenhaus widerrieten, war im Landtag bekannt. Die Regierung stand in ihrer Entschlußfähigkeit nicht frei da. Die Furcht, von heute zum morgen der Macht entkleidet zu sein, war bei den Konservativen geschwunden. Sie fühlten sich im Augenblick durch die militärischen Autoritäten gesichert. Die zivile Regierung, der unter allen Umständen eine Lösung ohne starke Leidenschaft erwünscht war, fühlt sich zur Taktik des weiteren Lavierens genötigt. Aber hat sie sich auch überlegt, daß über zuviel Taktik ihre eigene Autorität schwersten Schaden erleidet?

Digitized by Google

In der Ukraine hat es eine Umwälzung gegeben, bei der noch vieles unklar ist. An ihrem Anfang stand der Eichhornsche Erlaß über die Aussaat und an ihrem Ende ein föderalistisches Kabinett; von diesem melden deutsche Korrespondenten, daß es die Freude der Russisch-Gesinnten bilde. Erfreulich bei all diesen Unerfreulichkeiten ist nur die Mitteilung des Unterstaatssekretärs von dem Bussche, daß unser diplomatischer Vertreter in Kiew den Standpunkt einnehme, daß „eine Politik der Unterstützung des Großgrundbesitzes in der Ukraine verhängnisvoll wäre". Wer den ukrainischen Staat will, muß eben auch für die Aufteilung des polnischen und großrussischen Grundbesitzes an die ukrainischen Bauern eintreten.

*

Im Jahre 1700 erklärte der türkische Minister Maurocordato dem Unterhändler Peters des Großen: „Das Reich der Osmanen betrachte das Schwarze Meer als eine reine und unbefleckte Jungfrau und werde niemand jemals gestatten, dieses Meer zu befahren. Eher würde der Sultan jemand in seine inneren Gemächer lassen, als von diesem Grundsatze abgehen." Mit der Erbeutung der russischen Flotte in Sewastopol ist de facto der Zustand von 1700 wiederhergestellt und zwar nach einem Weltkrieg, der letzten Endes von Rußland unternommen wurde, um aus dem Schwarzen Meere nebst den Dardanellen ein mare clausum für das russische Weltreich zu machen.

*

Das britische Kabinett und die ihr dienstwillige Presse macht großen Lärm darüber, daß bald eine deutsche Friedensoffensive kommen werde, die aber nur ein innerpolitisches Manöver darstelle, um die Bevölkerung über die Schwierigkeiten hinwegzubringen — die Deutschen wollen in Wahrheit den Osten unterjochen, dem Westen gegenüber aber durch eine maßvolle Form einen anspruchslosen Eindruck machen. Warum wird diese Legende jetzt zum ABC der Londoner Jingo-Presse? Die Nerven der englischen Bevölkerung sind noch keineswegs beruhigt, und wenn auch die kritische Spannung im Augenblick entlastet scheint, so bleibt die Geneigtheit zur Unzufriedenheit mit Lloyd George. Northcliffe soll also mit einer Stimmungsoffensive das unternehmen, was Haig militärisch immer mißlingt, und zugleich das britische Volk der Gasse gegen Friedensströmung immunisieren. Diese, wenn sie wieder anwächst, muß als deutsche Mache gebrandmarkt werden. Dies ganze Verfahren zeichnet sich nicht durch Neuheit aus. Es charakterisiert die Notwendigkeit, die Engländer von der üblen strategischen Lage an der flandrischen Front abzulenken.

Digitized by Google

Das Wort des Königs

Von Friedrich Thimme den 1. Mai 1918

Der Kampf um die preußische Wahlreform ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Seit Wochen wird über keinen Gegenstand, sei er außenpolitisch, sei er innenpolitisch, so viel Tinte und Galle verspritzt wie über diesen. Am 28. April hat in Berlin der nationalliberale Preußentag getagt, der sich mit 419 gegen 129 Stimmen entschieden für das gleiche Wahlrecht als eine Staatsnotwendigkeit aussprach und für die Fraktion die Parole ausgab, dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zuzustimmen, freilich ohne daß die widerstrebenden Elemente unter Führung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Lohmann der Parole nachkommen zu wollen scheinen. Seit dem 30. April tobt nun die heiße Redeschlacht in dem Hause an der Prinz Albrechtstraße. Wie die Entscheidung in der zweiten Lesung fallen wird, ist nicht mehr zweifelhaft: das gleiche Wahlrecht wird mit einer Majorität, die sich aus den Konservativen, fast allen Freikonservativen, annähernd der Hälfte der Nationalliberalen rund einer Mandel von Überläufern aus dem Zentrum zusammensetzt, abgelehnt werden[1]. Vielleicht würde das schwankende Zünglein der Wage noch anders gelenkt werden können, wenn die Regierung in der Lage wäre, klipp und klar die Auflösung des Abgeordnetenhauses für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechts anzukündigen. Aber es ist ein offenes Geheimnis, daß gewisse sehr einflußreiche Kreise, die schon wiederholt gleich dem Gallier Brennus ihr Schwert in die Wagschale geworfen haben, Neuwahlen mindestens während der Dauer der Offensive im Westen nicht wünschen. So bleibt der Regierung kaum etwas anderes übrig, als zu lavieren und den Versuch zu machen, zwischen der zweiten und der dritten Lesung noch mit allen Mitteln der Verhandlungskunst und Überredung die ihr fehlenden Stimmen — es können ja höchstens an die fünfzig sein — zu sich herüberzuziehen, und falls dies nicht gelingen sollte, es darauf ankommen zu lassen, ob nicht das Herrenhaus, das von je ein feineres Gefühl für die Staatsnotwendigkeiten hatte als das Abgeordnetenhaus, die Regierungsvorlage wiederherstellt. Mittlerweile wird ja auch der Zeitpunkt herankommen, wo die einer Auflösung unseres Erachtens mit Unrecht entgegengestellten Bedenken hinwegfallen. Daran jedenfalls kann gar kein Zweifel obwalten: mit oder ohne Auflösung des Landtags, das gleiche Wahlrecht in Preußen ist eine schlechthin unentrinnbare Notwendigkeit, dank dem Kriege, der überall, in den Ländern der Entente, wie in denen der Mittelmächte, eine demokratische Entwicklung von unwiderstehlicher Kraft hat einsetzen lassen. Wie Graf Hertling am 30. April sagte: „Das allgemeine Wahlrecht kommt, es wird kommen, heute oder in absehbarer Zeit, heute ohne Erschütterungen oder später nach schweren inneren Kämpfen!“ Es würde kommen, auch wenn der preußische König nicht in der Julibotschaft sein Wort für das gleiche Wahlrecht verpfändet hätte. Nun aber der König nach Hohenzollern-

[1] Die Entscheidung ist inzwischen am 2. Mai, genau wie hier vorausgesagt, gefallen.

Digitized by Google

art in der entscheidenden Frage der Neugestaltung des Landtags die Führung selbst übernommen hat, ist der Sieg des gleichen Wahlrechts trotz aller sich entgegenstemmenden Gewalten eine tote Gewißheit.

Natürlich wissen die Gegner des gleichen Wahlrechts ganz genau, wie sehr die Front desselben durch das Königswort gestärkt wird. Mit allen Kräften sind sie deshalb darauf aus, das Wort des Königs fortzudisputieren. Sie klammern sich daran, daß der Erlaß vom 11. Juli nichts weiter besage, als daß dem Landtage eine Vorlage auf Grund des gleichen Wahlrechts zugehen solle; nachdem dies geschehen sei, sei das Wort des Königs, wenn von einem solchen überhaupt die Rede sein könne, restlos eingelöst. Formell betrachtet mag dies richtig sein. Aber entscheidend ist doch allein die Frage, wie die Krone selbst das gegebene Versprechen auffaßt. Und in dieser Beziehung lassen die übereinstimmenden Aussagen der Minister, in denen doch nach guter alter konservativer Auffassung die geborenen Interpreten der königlichen Willensmeinung zu sehen sind, gar keinen Zweifel übrig: der König sieht in der Zusage vom 11. Juli ein vor allem Volk gegebenes feierliches Versprechen, das ihn und seine Regierung bindet und verpflichtet, alle verfassungsmäßigen Mittel einschließlich selbst der Auflösung des Landtags zu seiner Durchführung anzuwenden. Wenn nur einer der Minister sich auf das königliche Wort beriefe, so könnte das vielleicht mit einem Schein des Rechts als eine Entgleisung betrachtet werden, da aber alle, Graf Hertling, Friedberg, von Payer und Drews wieder und wieder darauf zurückkommen, so wird es vollkommen klar, daß das mit Wissen und Willen des Königs geschieht. Die wütenden Angriffe, die deswegen von den Wahlrechtsgegnern gegen die Minister, überhaupt gegen alle gerichtet werden, die sich auf das Versprechen des Königs berufen, ihre immer wiederholten Behauptungen, daß es der politische Takt verbiete, die Person des Königs in die Debatte zu ziehen, sind durchaus deplaziert. Konservative Tradition ist es ganz gewiß nicht, den König, der nach ihr doch der „Schwerpunkt der Verfassung, die positiv gestaltende Macht im Staate, der Führer der Entwicklung" bleiben sollte, gleich dem Dalai Lama totzuschweigen. Friedrich Julius Stahl, der größte konservative Klassiker, nennt in seiner Schrift über das monarchische Prinzip das „auch in deutsche Kammergeschäftsordnungen hineingedrungene Verbot", den Fürsten zu nennen, eine der stärksten Verletzungen des monarchischen Prinzips, die nur scheinbar diene, seine Erhabenheit zu sichern, in der Tat es zu beseitigen! An anderer Stelle sagt Stahl, nach monarchischem Prinzip müsse es geradezu verpönt sein, die Regierungsakte so zu bezeichnen, als wenn sie von den Ministern statt vom Könige ausgingen! Derselben Auffassung war Bismarck, der in seiner berühmten Rede vom 24. Januar 1882 dem preußischen Königtum das Recht und die Pflicht vindiziert hat, bei bedeutenden Anlässen aus seiner sonst gebotenen Reserve herauszutreten und sich selbst an das Volk zu wenden. „Wir sollten", so sagte er, „die königliche Aktion, die lebendige Wechselwirkung zwischen dem Könige und dem

Digitized by Google

Volke, wie sie in Preußen immer gewesen ist und nie zum Schaden der Monarchie gereicht hat, nicht anrühren ... Unsere Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft, und je mehr sie heraustreten und mit dem Volke in engere Beziehung treten." Bismarck nahm denn auch König Wilhelm I. auf das nachdrücklichste in Schutz, als die königliche Initiative bei der Botschaft von 1881 ähnliche Beanstandungen fand wie heute Osterbotschaft und Wahlrechtserlaß. Er stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte, sagte er am 20. November 1881 im Reichstage, als ob der Kaiser im Deutschen Reich nicht zu seinem Volk und zu der Nation sprechen dürfe:

„Es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiser Wilhelm im Deutschen Reich zu verbieten, daß er zu seinem Volke spricht, den Kaiser Wilhelm nach zwanzig Jahren mundtot zu machen. Das ist ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf seine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abschneiden, eine eigene Überzeugung zu haben, und wenn er sie hat, sie auszusprechen; wie wollen Sie einem Könige verbieten, über die Geschicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und sie zu äußern?"

Was Bismarck damals von der kaiserlichen Botschaft von 1881 sagte, das gilt ganz gewiß auch von dem Wahlrechtserlaß vom 11. Juli 1917. Es wird immer der Ruhm Wilhelms II. bleiben, daß er, wie er 1890 in der Frage der Sozialpolitik, wie er später in der Frage der Flottenpolitik seinem Volke die Wege gewiesen hat, so 1917 aus den gewaltigen Erfahrungen und Erlebnissen des Krieges heraus den Mut gefunden hat, die Gleichheit des preußischen Wahlrechts als sein Programm zu proklamieren. Und es wird auch für Herrn von Bethmann Hollweg, dessen sind wir sicher, einmal als Ruhm anerkannt werden, daß er, wenn das überhaupt nötig war, seinem königlichen Herrn geraten hat, die Initiative in dieser Frage zu übernehmen. Die Anhänger des gleichen Wahlrechts können jedenfalls Herrn von Bethmann Hollweg nicht dankbar genug dafür sein; denn es liegt klar zutage, daß der Weg des gleichen Wahlrechts ohne die königliche Initiative und ihren Zwang noch viel dorniger sein würde, als er ohnehin schon ist. Gegenüber all den gehäuften und bitteren Vorwürfen, die sich Herr von Bethmann Hollweg wegen der Rolle, die er bei dem Wahlrechtserlaß gespielt hat, hat gefallen lassen müssen, berührt es förmlich wohltuend, in der „Kölnischen Zeitung" vom 29. April (Nr. 396) zu lesen:

„Herr von Bethmann Hollweg mag übrigens, das soll angesichts der stets wiederholten Angriffe auf einen Wehrlosen einmal ausgesprochen werden, dem Urteil der Geschichte mit aller Gewissensruhe entgegensehen. Er kann sich auf einen guten Kronzeugen berufen, auf Bismarck, der ebenfalls mitten im Kriege, noch mehr, der unmittelbar vor einem Kriege, in dem um das Sein und Nichtsein Preußens gewürfelt werden sollte, das gleiche Wahlrecht hinwarf, und zwar das durch keine Hemmungen gemäßigte Reichstagswahlrecht."

Das sollte sich vor allem der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Lohmann gesagt sein lassen, der noch immer den Reigen der Angreifer gegen Herrn von Bethmann Hollweg anzuführen bestrebt ist. Man erinnert sich, wie viel Mühe und Fleiß Dr. Lohmann in seiner bekannten Rede vom 6. Dezember 1917 auf den Nach-

Digitized by Google

weis verwandt hat, daß Herr von Bethmann Hollweg der Krone das gleiche Wahlrecht nur vorgeschlagen habe, um sich in seinem Amt zu behaupten. Dieser Beweis, der bis auf den heutigen Tag von den Gegnern des gleichen Wahlrechts immer wieder mit Behagen aufgewärmt wird, ist ja kläglich zusammengebrochen. Ich selbst habe die völlige Unhaltbarkeit des Vorwurfs in einem größeren Aufsatz der „Annalen für soziale Politik" und einem Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 27. Januar, „Nationalliberale Verantwortung", dargetan, ohne daß eine Widerlegung von irgendeiner Seite auch nur versucht worden wäre. Es ergab sich bei der eingehenden Erörterung der Genesis des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli zwingend, daß er nur die logische, durch den Gang der Ereignisse vollauf begründete Folgerung aus der Osterbotschaft war, und daß für den Fortschritt von der Osterbotschaft zum Wahlrechtserlaß nichts so sehr ins Gewicht gefallen ist, als das Drängen der — nationalliberalen Mitglieder des Verfassungsausschusses. Ich glaube positiv behaupten zu können, daß nächst der militärisch-politischen Gesamtlage für den Erlaß der Wahlrechtsbotschaft die nationalliberale Haltung maßgebend gewesen ist. Heute hat sich auch Dr. Lohmann davon überzeugt; in seiner Rede auf dem Preußentage hat er selbst ein dreifaches Wehe über diejenigen seiner Parteifreunde herabgerufen, die „gegen den Willen der Landtagsfraktion heimlich dem Kanzler zugeredet haben, er möge das Reichstagswahlrecht in Preußen einführen". Gleichwohl kann es Dr. Lohmann nicht lassen, von neuem einen schweren Vorwurf gegen Herrn von Bethmann Hollweg zu erheben, der zugleich bezeichnend dafür ist, wie krampfhaft das Bestreben der Wahlrechtsgegner bleibt, die bindende Zusage der Krone wegzueskamotieren. In zwei Artikeln der „Täglichen Rundschau" vom 26. und 27. April, in denen Dr. Lohmann seine Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht noch einmal zusammenfaßt, schreibt er u. a.:

„Die behauptete weitergehende Bindung dieses feierlichen Königswortes hat doch eine ganz bestimmte Voraussetzung: die, daß dem Könige vor Erlaß der Botschaft die gesamte politische Lage, insbesondere auch die Stellung der großen Parteien des Abgeordnetenhauses zur Frage der Wahlreform — völlig bekanntgegeben worden ist. Die Regierung wird Auskunft geben müssen, ob dem Könige am 11. Juli 1917 bekannt war, daß die vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses, die mehr als fünf Sechstel seiner Mitglieder umfassen, durch ihre Vertrauensmänner sich über die Reform des Wahlrechts in einer Form geeinigt hatten, daß deren Annahme ohne erheblichen Kampf zu erwarten stand. Wäre die Botschaft ohne Kenntnis dieses entscheidend wichtigen Umstandes erwirkt worden, so entfiele damit die sonst zuzugestehende besondere Bindung des Königs."

Nun, die Regierung hat ja die von Dr. Lohmann begehrte Auskunft inzwischen gegeben; sowohl Dr. Friedberg wie Dr. Drews haben in der Landtagsdebatte ausdrücklich bestätigt: ja, selbstverständlich sei der Träger der Krone vor Erlaß der Botschaft in eingehendster Weise auch über das Wahlrechtskompromiß der Mehrheitsparteien unterrichtet worden! Das hätte Dr. Lohmann sich auch ohne die Auskunft der beiden Minister sagen können, denn selbst die „Deutsche Tageszeitung" behandelt die Vorgänge in dem entscheidenden fünfstündigen Kronrat vom 9. Juli, der allein der

Digitized by Google

Frage des Wahlrechts gezollten hat, als „offenes Geheimnis“. In diesem Kronrat sind die Anhänger wie die Gegner des gleichen Wahlrechts, unter letzteren auch der damalige Minister des Inneren, Herr von Loebell, der doch um die Verhandlungen der vier großen Fraktionen des Abgeordnetenhauses über das Pluralwahlrecht ganz genau gewußt hat, ja, an diesen Verhandlungen durch einen seiner Beamten selbst beteiligt gewesen ist, sehr ausführlich zu Wort gekommen. Ist es denkbar, daß der Minister des Innern in dem Kronrat sich über eine so wichtige Tatsache wie die Einigung der großen Fraktionen über die Frage des Wahlrechts ausgeschwiegen haben sollte? Das ist doch vollkommen ausgeschlossen, und jeder Schatten eines Vorwurfs gegen Herrn von Bethmann Hollweg, als ob er seinen königlichen Herrn nicht genügend informiert habe, fällt haltlos in sich zusammen. Es ist nicht anders: die Krone war nach allen Richtungen über die gesamte politische Lage unterrichtet, sie hat ihre Entschlüsse mit aller Sorgfalt und allem Bedacht gefaßt, mit solcher Sorgfalt sogar, daß am 10. Juli auch der Kronprinz gerufen wurde, der gleichfalls seine Einwilligung zum gleichen Wahlrecht nach vorheriger Informierung gegeben hat. Die Krone wußte genau, was sie tat, als sie den Wahlrechtserlaß vom 11. Juli unterzeichnete!

Dr. Lohmann wird also nunmehr nach seinen eigenen Worten nicht mehr leugnen können und wollen, daß eine „besondere Bindung des Königs“ vorliegt. Es mag das um so mehr hervorgehoben werden, weil die Gegner der Wahlrechtsvorlage ihn immer noch als klassischen Zeugen ausspielen. Brachte es doch die „Deutsche Tageszeitung“ vom 8. April fertig, zu behaupten: Seitdem der Abgeordnete Lohmann die Gründe, aus denen Herr von Bethmann Hollweg dem König die Anweisung vom 11. Juli abgerungen (!) habe, in klassischer Weise vor dem Lande und dem Parlament festgestellt habe, könne die Behauptung, die Krone sei durch den Juli-Erlaß im Sinne eines königlichen Versprechens gebunden, nur als eine direkte Verhöhnung (!) der Krone aufgefaßt werden! Nun ist Dr. Lohmann selbst ein Zeuge für die besondere Bindung des Königs geworden, und der „Deutschen Tageszeitung“ bleibt nur noch ein einziges Argument für ihre Auffassung, ein Argument freilich, das ihrer würdig ist. Nach ihr wäre in der unmittelbar auf den „letzten Versuch“ des Herrn von Bethmann Hollweg erfolgten Entlassung dieses Ratgebers eine Willens- und Meinungsäußerung der Krone erfolgt, die „alle sophistischen Berufungen auf ein Königswort zuschanden machen muß“! Man traut seinen Augen wirklich nicht, wenn man so etwas liest. Es braucht hier kein Wort über die auch als „öffentliches Geheimnis“ — ach, es gibt deren viele heutzutage! — wohlbekannte Tatsache verloren werden, daß bei der Entlassung Herrn von Bethmann Hollwegs und ebenso bei der Entlassung Herrn von Valentinis, die die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ vom 8. April als einen Beweis für einen Gesinnungswechsel der Krone in Sachen des Wahlrechts deutet, der Wille der Krone infolge des Eingreifens ganz bestimmter, schon einmal erwähnter Faktoren nichts weniger wie rein zum Ausdruck gekommen

Digitized by Google

ist. Aber wenn die Krone wirklich mit der Entlassung Herrn von Bethmann Hollwegs von dem gleichen Wahlrecht hätte abrücken wollen, welchen Sinn hat es dann, daß mit dem Reichskanzler auch sämtliche preußischen Staatsminister entlassen wurden, die ihr Votum gegen das gleiche Wahlrecht in die Wagschale geworfen hatten? Welchen Sinn hatte es, sämtliche seither neu ernannten Minister und Kanzler sozusagen auf das gleiche Wahlrecht zu vereiden und ihnen den Auftrag als unumstößliche Richtschnur zu geben, „bei der Volksvertretung darauf hinzuwirken, daß unter allen Umständen die Wahlrechtsvorlage, wenn auch mit Veränderungen, die sich im Rahmen der Vorlage ertragen lassen, zum Gesetz werde"? Diesen Auftrag hat, das hat der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg am 6. Dezember ausdrücklich konstatiert, der König selbst gegeben! Davon abgesehen, beweist allein schon die Tatsache, daß die Wahlrechtsvorlage erst nach der Entlassung des Herrn von Bethmann Hollweg ausgearbeitet worden, vom König unterschrieben ist, und daß die Minister bis auf den heutigen Tag, getreu dem königlichen Auftrag, entschlossen sind die Wahlrechtsvorlage mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen, mit voller Gewißheit, daß der Wille der Krone heute wie am 11. Juli auf die Einlösung der feierlichen königlichen Zusage gerichtet ist. Zum Überfluß hat Reichskanzler Graf Hertling dies erst vor wenigen Tagen noch den Vertretern der Arbeiterschaft gegenüber ganz ausdrücklich bestätigt!

Nach alledem ist es gar keine Frage: das Königswort vom 11. Juli ist in voller Kraft; es bindet den Träger der Krone, es bindet die Minister, und es bindet auch alle diejenigen, die nach alter konservativer Auffassung in dem Königtum die „positiv gestaltende Macht im Staate, den Führer der Entwicklung" erblicken; es ist der feste Pol in der Erscheinungen Flucht. Die breiten Massen aber des Volkes, die in dem gleichen Wahlrecht eine Forderung der Gerechtigkeit und der sittlichen Notwendigkeit sehen, mögen das königliche Wort als eine sichere Verheißung nehmen, daß es allem Widerstande zum Trotz kommen wird, und das bald. Was auch die Gegner des gleichen Wahlrechts noch angeben mögen, „das Wort sie sollen lassen stahn", um mit Luther zu reden! Uns ist das gleiche Wahlrecht das feste Fundament des Volkskönigtums der Hohenzollern, das Wahrzeichen für das gegenseitige gläubige Vertrauen des Königs auf sein Volk und des Volks auf seinen König, das Unterpfand für eine Wandlung des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Monarchie und die Voraussetzung für ein großes, freies Preußen, das fähig ist, in ganz Deutschland moralische Eroberungen zu machen. Bringt es Gefahren mit sich, so trägt es auch Garantien gegen solche Gefahren in sich selbst, die sichersten Garantien, die überhaupt nur denkbar sind. Und wenn die Vertreter des alten Preußen klagen und jammern, daß dieses alte Preußen zugrunde gehen müsse; was schadet es, wenn es dem Phönix gleich, verjüngt und neugekräftigt, ein wahrer Volksstaat mit einem wahren Volkskönigtum aus der Asche steigt. Im neuen, großen und kraftvollen Deutschland ein neues, kraftvolles und verjüngtes Preußen, das sei das Panier unserer Zukunft!

Digitized by Google

Englands kriegspolitische Ziele

Von Dr. Paul Rohrbach

Eine Prüfung der englischen Stimmen seit dem großen Erfolg unserer Offensive im Westen ergibt je länger, desto deutlicher entschiedenen Ernst der Auffassungen drüben, so sehr, daß offen mit der Möglichkeit gerechnet wird, man werde Flandern und Frankreich überhaupt räumen müssen. Diese Stimmen sind auch allgemein durch die deutsche Presse bekannt geworden, und vielleicht hat man sie sogar etwas zu geflissentlich verbreitet. Ganz neuerdings bemerkt man übrigens bei den Engländern wieder eine etwas größere Zuversicht. Sie drücken sich zwar immer noch pessimistisch aus, aber es ist doch zu spüren, daß viele hoffen, militärisch auf dem Festlande bleiben zu können. Es gibt aber Leute genug in England, die anscheinend gar nicht besonders unglücklich wären, wenn der Feldzug auf dem Kontinent für die englischen Waffen so oder so zu Ende ginge. Sie sagen, England würde sicher den längeren Atem behalten als Deutschland, aber dann dürfe es nicht Deutschland dauernd auf das Gebiet der Kriegführung folgen, das nun einmal das Element der Deutschen sei, der Landkrieg. Sobald der Krieg wieder ein reiner See- und Blockadekrieg sei, könne der Endsieg für England nicht ausbleiben.

Als Grundlage dieser englischen Rechnung lassen sich folgende Gedanken erkennen. 1. Es muß zugegeben werden, daß die Deutschen, sobald das englische Heer nicht mehr auf dem Festlande steht, Frankreich zunächst überwältigen werden, und daß auch Italien zum Frieden gezwungen werden wird. Dadurch hört der europäische Krieg für Deutschland und seine Bundesgenossen tatsächlich auf. Die Armeen müssen entlassen werden, denn es wird kein Gegner mehr im Felde stehen, und es wird weder möglich noch zweckmäßig sein, alle die Millionen Soldaten ohne Grund und Ziel unter den Waffen zu behalten. Selbst wenn man es wollte, würde es sich gegen die allgemeine Stimmung nicht durchführen lassen.

2. Es wird also demobilisiert und die Leute gehen nach Hause. Arbeit und Verdienst finden sie aber nicht, oder nur zum kleinen Teil, denn der Seekrieg und die englische Blockade dauern fort; es kommen keine Rohstoffe nach Deutschland hinein, und die Fabriken können nicht arbeiten. Einzig die Eisenindustrie könnte Beschäftigung finden, aber auch da wird es an vielem fehlen. Das ganze Textilgewerbe und die meisten übrigen Industriezweige werden nach wie vor feiern müssen. Die deutsche Regierung wird also einen großen Teil des Volks, auch nachdem die Armee demobilisiert ist, aus öffentlichen Mitteln verpflegen müssen. Eine gewisse Erleichterung der Ernährungsverhältnisse wird eintreten, da mit der Zeit steigende Zufuhr aus den östlichen Ländern zu erwarten ist, aber desto schwieriger wird die Lage im Innern sein, wo man die Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr unter Kriegsrecht in der Uniform stecken, sondern unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und überwiegend arbeitslos zu Hause sitzen hat.

Digitized by Google

3. Wenn es keine englische Armee in Frankreich mehr zu verpflegen und mit Kriegsmaterial zu versorgen gibt, und wenn die Hilfen an Frachtraum fortfallen, die England den Franzosen und Italienern zu liefern hat, so werden mit einemmal mehrere Millionen Tonnen zur Versorgung Englands mit Lebensmitteln und Rohstoffen frei. Gleichzeitig wird im Einvernehmen mit Amerika die gewaltsame Aneignung des neutralen Schiffraums fortgesetzt. Die amerikanischen Werften kommen, wenn auch spät, so allmählich doch einigermaßen in Gang. Ebenso vervollkommnen sich die Abwehrmittel gegen die U-Boote, und die deutschen Verluste im U-Bootkriege steigen weiter. Entscheidend ist das Freiwerden der Tonnage, die bisher zu Kriegsfrachten nach Frankreich gebraucht wurde. Hieraus folgt der Zusammenbruch des deutschen U-Bootkrieges. Die Versenkungen und die Schiffsverluste mögen fortdauern, aber die Gefahr besteht nicht mehr, daß England dadurch niedergezwungen wird. Ein großer Teil der Verluste entfällt überdies auf die Neutralen. Das hat die erwünschte Wirkung, daß auch der neutrale Schiffsraum am Ende des Krieges gründlich geschwächt ist. (Die Verringerung der konkurrierenden neutralen Tonnage für den Friedenszustand ist, wie neulich in Heft 13 angedeutet wurde, überhaupt eine Hauptaufgabe, die England gegenwärtig den deutschen U-Booten zur Erledigung in seinem Interesse zugewiesen hat.)

4. England und Amerika führen also den Seekrieg unentwegt weiter, die deutsche U-Bootwaffe wird ihrer Endwirkung nach matt gesetzt, die Verhältnisse in Deutschland und Österreich-Ungarn werden unerträglich, die Kosten und Verluste für die Mittelmächte wachsen ins Ungeheure, während die Kriegslast für England sich verbilligt; am Ende muß Deutschland, zur Verzweiflung gebracht, doch nachgeben, muß auf die Erfolge, die es Frankreich gegenüber vielleicht erreicht hat, verzichten, auch die italienischen Forderungen treten von neuem in Geltung, und erst recht die englischen Bedürfnisse im Orient, in Afrika und sonst in der Welt; der Krieg für die Entente ist gewonnen.

Dieses ist, wie gesagt, die mehr oder weniger ausgesprochene Gedankenreihe, die sich bei der englischen Kriegspartei, namentlich bei all denjenigen, die mit dem Rückzug vom Festlande als mit einer Wahrscheinlichkeit rechnen, ja die Loslösung beinahe schon herbeiwünschen, andeutungsweise findet. Es könnte auch wirklich den Unkundigen ängstigen, aber nur den Unkundigen. Die englische Rechnung ist im Augenblick eindrucksvoll, aber sie hat ein großes Loch. Dies Loch liegt im Orient. Den Engländern ist es nur deshalb möglich gewesen, vom Persischen Golf und von Ägypten her erfolgreich gegen Bagdad und Jerusalem vorzugehen, weil es ihnen mehrere Jahre nach Kriegsbeginn schließlich geglückt war, ihre Verbindungslinien für den notwendigen Nachschub leistungsfähiger zu gestalten als die türkischen. Bagdad und das untere Stromland am Euphrat und Tigris konnten von den Türken solange erfolgreich verteidigt werden (man denke an die Kapitulation Townshends in Kut el-

Digitized by Google

Amara), wie sie dort eine dem englischen Angriffsheer gewachsene Armee zu verpflegen und mit Kriegsmaterial zu versehen imstande waren. Das war zur Zeit von Kut el-Amara noch der Fall. Seitdem aber hat die Leistungsfähigkeit der langen türkischen Nachschublinien, vom Bosporus durch Kleinasien nach Syrien und Mesopotamien, nicht viel zugenommen; die Engländer dagegen haben mit größtem Aufwand Bahnen von der Mündung des Euphrat und Tigris gegen Bagdad gebaut und konnten schließlich mit ihrer Hilfe eine starke Übermacht gewinnen. Die Türken hätten an sich auch mehr Soldaten nach Bagdad schicken können, aber was sie über die Leistungskraft ihrer Nachschublinie hinaus dorthin gebracht haben würde, hätte wegen Mangel an Kriegsmaterial nicht kämpfen können und wäre verhungert. Damit war das Schicksal Bagdads entschieden, und auch die beste Truppe der Welt hätte es unter den gegebenen Verhältnissen nicht abwenden können. Ähnlich liegen die Dinge an der Palästinafront. Trotz großer Verluste durch den U-Bootkrieg im Mittelmeer haben die Engländer zuletzt doch soviel Mannschaften, soviel Material und soviel Verpflegung nach Ägypten bringen können, daß sie mit starker Überlegenheit imstande waren, den Angriff von der Kanalfront aus gegen Südpalästina und danach gegen Jerusalem und gegen die Jordanlinie durchzuführen. Ihre Eisenbahn geht jetzt vom Kanal aus nach Palästina durch. Sie steigen abends in Kairo in den Zug und sind am Morgen in Jerusalem. Diese Dinge sind alle in den Kriegsberichten wiedergegeben, von türkischer und deutscher wie von englischer Seite. Man kann dazu nur sagen, daß es die höchste Bewunderung verdient, wie unter so schwierigen Verhältnissen immer noch die Türken imstande sind, einen kräftigen Widerstand zu leisten.

Die Engländer, die uns mit ihrer Rechnung im Fall des Rückzugs der englischen Truppen aus Frankreich schrecken wollen, tun so, als ob die Verhältnisse im Orient so bleiben würden, wie sie heute sind, falls der Festlandkrieg für uns aufhört. Sie werden aber nicht so bleiben, sondern alles im Orient wird sich schnell und durchgreifend zu unseren Gunsten und zu Ungunsten Englands wandeln, wenn auch nur ein Teil der riesenhaften technischen Mittel, die jetzt auf dem europäischen Kriegsschauplatz gebraucht werden, nach dem Orient geworfen werden kann. Näher hiervon zu sprechen, verbietet sich aus den bekannten Rücksichten; es ist aber auch nicht nötig, denn die Dinge liegen so klar, daß jeder sich selbst sagen kann: es gibt einen Totalumschwung am Euphrat und in Palästina, sobald stärkere Kräfteverdichtung von unserer Seite dorthin erfolgt. Die Engländer mögen auf Ägypten häufen und dorthin werfen, was sie wollen; sie sind verloren, sobald wir nach dem Aufhören des Krieges in Europa mit allen Kräften den Türken zu Hilfe kommen.

Den Niederbruch in Ägypten kann England aber auf keinen Fall ernstlich riskieren. Ich habe schon öfter ausgeführt, daß rund um den Indischen Ozean fast das ganze englische Weltreich aufgebaut ist, und daß es für England unmöglich ist, seine Herrschaft in den Ländern um dies Weltmeer weiter zu erhalten, wenn es als einzige Ver-

Digitized by Google

bindung dorthin den weiten Umweg um das Kap der Guten Hoffnung besitzt — wir aber im Herzpunkt der ganzen englischen Weltmacht, am Suezkanal, sitzen. Von Gibraltar über den Suezkanal nach Indien führt Englands Lebenslinie. Wird sie mit Erfolg angegriffen, so ist England verloren. Hier haben wir auf jeden Fall, und erst recht dann, wenn der Krieg in Europa für uns aufhört, die Möglichkeit, unsere westliche Zielsetzung für den Frieden zu verwirklichen. Sie lautet, wie wir wissen: Sprengung des geographischen Gefängnisses, in dem England uns durch seine Sperrlage vor der Nordsee hält.

Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu sehen, daß diese ganze Sachlage den Engländern gerade so klar vor Augen steht, wie uns. Das tut sie auch; man braucht sich nur an all die englischen Stimmen zu erinnern, die während der ersten Hälfte des Krieges, als Ägypten gefährdet erschien, bekannten: Englands Stellung hängt vor allem von der Fähigkeit ab, den Suezkanal zu behaupten. „Wir müssen ihn behaupten, oder wir sind verloren. Die Unfähigkeit, ihn zu halten oder ihn uneinnehmbar zu machen, würde sofort Unruhen in Indien, Bestürzung in Australien und den sofortigen Zusammenbruch unseres Ansehens im fernen Osten hervorrufen." („Daily Mail", Dezember 1915.) Wenn also der gegenwärtige große Kampf in Flandern und Nordfrankreich dazu führt, daß die Engländer ihr Heer vom Festlande zurücknehmen müssen, so werden sie in unmittelbarem Zusammenhang damit unseren mit höchster Kraft geführten Angriff im Orient als Selbstverständlichkeit erwarten — und danach handeln. Muß Frankreich geräumt werden, so fällt Lloyd George (wenn er nicht schon früher fällt), und dann wird vermutlich eine neue englische Regierung die Initiative zur Herbeiführung des Friedens ergreifen. Es ist wahrscheinlich, daß eine solche Regierung von Lord Lansdowne geführt werden und den Versuch unternehmen würde, nach der bewährten Regel der englischen Politik aus der Anbahnung des Friedens eine große „moralische" Aktion zu machen. England ist durch die blutige Kriegswut Lloyd Georges aus der Rolle des moralischen Weltenhüters mehr und mehr hinausgedrängt worden. Das empfinden nicht wenige Leute in England mit Schmerz; die einen, weil sie politisch klug genug sind, um den Verlust politisch nach seinem rechten Wert einzuschätzen, die andern, weil sie außerdem auch noch ein wirkliches Gewissen haben. Zu diesen gehört sicher Lord Lansdowne.

Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß mit dem Augenblick, wo England den Festlandkrieg aufgibt, eine groß und geschickt angelegte Wendung gemacht wird, um in die Rolle des Weltfriedenbringers hinüberzuwechseln und zugleich den tödlichen Angriff in der Richtung auf Ägypten zu verhindern. Daran, daß ein solches politisches Unternehmen, wenn es kommt, auch mit großem Geschick ins Werk gesetzt werden wird, ist nicht zu zweifeln. Auch an Deutschland müßte und würde ein in den Augen der Welt annehmbares Angebot zur Erhaltung unserer Stellung unter

Digitized by Google

den Weltvölkern gemacht werden; gleichzeitig aber würde man versuchen, den Orient, das heißt die Gebiete zwischen der syrischen Mittelmeerküste und den Grenzen Indiens, der Vorherrschaft Englands zu sichern, und Deutschland von vornherein mit der ganzen Last der moralischen Verantwortung zu beladen, wenn es nicht materiell auf die englische Initiative eingeht. Voraussichtlich würde England dabei nicht nur in die Zurückgabe der deutschen Kolonien und die Ausdehnung Deutschlands in Mittelafrika willigen, sondern auch die Neuordnung der osteuropäischen Verhältnisse und Deutschlands Stellung im nördlichen Ostseebecken anerkennen. Es würde aber abgesehen von Belgien — mit dessen Zweiteilung in einen flandrischen und einen wallonischen Staat eine Regierung Lansdowne sich zur Not, das heißt wenn wir sonst nichts von Belgien verlangen, auch einverstanden erklären könnte — auf jeden Fall die Preisgabe der Türkei und damit auch Persiens fordern.

Rußland war, solange es als Gesamtstaat aufrecht dastand, zwar auf der einen Seite Englands Nebenbuhler in Asien, aber nach der anderen Seite gewissermaßen auch ein Schutz für England, nämlich dadurch, daß das russische Kaukasusgebiet gleich einem breiten und massigen Elefantenfuß von Norden her sowohl auf der asiatischen Türkei als auch auf Westpersien lastete. Rußland gestattete keinen Durchgang zwischen Mitteleuropa, den Balkanländern und Persien. Den Transit vom Schwarzen zum Kaspischen Meer hielt es selbst in der Hand, und die Türken verhinderte es, Eisenbahnen in Ostanatolien und Armenien zu bauen. Über Persien waren sich Rußland und England einig, wenn auch nicht wieviel davon jedem gehören solle, so doch daß Dritte fernzuhalten seien, und Persien selbst sich weder in bezug auf Eisenbahnen noch sonstwie entwickeln dürfe. Diese Politik beruhte, wie leicht zu sehen ist, auf der beherrschenden, gleichzeitig nach Südwesten, Süden und Südosten gerichteten russischen Druckstellung in den Kaukasusländern. Jetzt hat sich der Kaukasus von Rußland getrennt; Nordkaukasien wird wahrscheinlich seinen Anschluß an das Kosakengebiet am Don und an die Ukraine finden; Süd- oder Transkaukasien ist bestrebt, ein unabhängiges Bundesgebiet aus verschiedenen nationalen Gemeinwesen zu bilden, möglicherweise auch zu einer politischen Verständigung mit der Türkei zu gelangen.

Es ist also klar, daß in Zukunft England damit rechnen muß, ein vom Bosporus ausgehendes Eisenbahnsystem sich gegen Persien und durch Persien hindurch bis Afghanistan vorschieben zu sehen. Daß es so kommt, ist natürlich, und daß es nicht ohne finanzwirtschaftliche und technische Beteiligung von deutscher Seite geschehen wird, ebenfalls. Der Sturz der russischen Macht hat unermeßliche politische Folgen, nach welcher Seite man auch sehen möge. Er belastet England mit der Aufgabe, jetzt den direkten Landweg von Europa nach Indien und dem Indischen Ozean, der durch Persien hindurchführt, zu sichern. Das könnte wirksam nur dann geschehen, wenn Persien zugleich mit Arabien, Syrien und Mesopotamien englisches Machtgebiet wird.

Digitized by Google

Die moralische Führerstellung in der Weltpolitik und die Erweiterung der englischen Herrschaft in Asien durch Hinzufügung fast ganz Vorderasiens zu Indien — das ist es also, was wir vermutlich demnächst als Offenbarung des englischen Kriegsziels erleben werden. Es liegt auf der Hand, was dagegen zu tun ist.

Wir müssen zunächst bedenken, wie töricht es wäre, geschehen zu lassen, daß England im Augenblick, wo es sich zum Verzicht auf den Krieg entschließt, gleichzeitig die moralische Führung in der Friedensfrage ergreift. Pax Britannica! Britischer Friede! Ein Friede, der, wenn er der Welt geschenkt ist, den Stempel trägt: geschmiedet in der „moralischen" Rüstkammer Englands! Warten wir diese Art von englischer Offensive ab, ohne ihr rechtzeitig zu begegnen, so stehen wir eines Tages vor der Wahl, wohl oder übel die englische (oder gesamtangelsächsische) Führerrolle am Friedenswerk anzuerkennen und dem Feinde den Gefallen zu tun, widerstrebend und in schlechter Figur hinter dem moralischen Triumphwagen Englands herzuziehen — das wäre es, was die anderen freute — oder zu erklären: wir setzen den Krieg fort, weil der Friede, der uns geboten wird, unseren Machtansprüchen nicht genügt. Die inneren und äußeren Gefahren einer solchen Stellungnahme brauchen hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Wir müssen daher klar und zuverlässig unsere äußerlich so gewaltige, innerlich wahre und nur durch trostlose Ungeschicklichkeit verderbbare Stellung als Befreier der östlichen Welt festhalten und im übrigen nach der Einsicht handeln, daß unsere Zukunft gefährdet ist, und unser Gefängnis in der Nordsee geschlossen bleibt, wenn England die Vorherrschaft im Orient besitzt.

An wen soll sich die Ukraine anschließen?

Von Andreas Zuk, Mitglied des Vorstandes des Bundes zur Befreiung der Ukraine

Die Ukraine, mit ihrem Territorium von 850000 Quadratkilometer und 40 Millionen Bevölkerung, erscheint für sich als eine Staatseinheit, die groß genug wäre, um für sich selbst zu existieren und keinen näheren Anschluß an die Staatswesen, die auf den Trümmern des ehemaligen Rußlands entstanden oder entstehen können, sowie auch an andere Nachbarstaaten zu suchen. Die Ukraine wird wohl imstande sein, nach erfolgter innerer Festigung und Organisierung ihre Grenzen zu verteidigen, und besitzt auch sonst alle Voraussetzungen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung. Trotzdem hat die Frage des Verhältnisses der Ukraine zu ihren Nachbarn auch nach der Proklamierung der freien und selbständigen Ukraine nicht aufgehört, aktuell zu sein, und sie erheischt eine nähere Erörterung.

Es handelt sich in erster Linie um die Völker des ehemaligen Rußlands. Es läßt sich nicht voraussagen, wie sich die Verhältnisse in dieser Hinsicht endgültig gestalten werden. Eins kann mit Sicherheit behauptet werden, daß außer der Ukraine und Finnland auch andere Fremdvölker, die westlich der Westgrenze des ethnographischen

Digitized by Google

Großrußlands siedeln, sich von Rußland loslösen werden. Dagegen läßt es sich augenblicklich nicht voraussehen, was mit Sibirien und Mittelasien geschehen wird. Da aber diese Gebiete keine unmittelbare Grenze mit der Ukraine haben, darf man die Frage bezüglich des Verhältnisses zu den zwei letztgenannten Gebieten unerörtert lassen. Als feststehend darf angenommen werden, daß die Ukraine an Polen, Großrußland, an das weißruthenische Gebiet und an das Gebiet der Don- und Kubankosaken, sowie auch an das Bergland des Kaukasus grenzen wird.

Abgesehen davon, in welchen staatsrechtlichen Formen das Königreich Polen, Litauen und andere Länder an dem nordwestlichen Rand der Ukraine bestehen werden, ob diese Staatsgebilde unabhängig sein oder in irgendeinem Verhältnis der Abhängigkeit zu Deutschland und Österreich-Ungarn stehen werden, — auf jeden Fall wird die Ukraine kein Interesse daran haben, irgendeinen dauernden Anschluß an diese Länder zu suchen. Alle diese Gebiete gravitieren in wirtschaftlicher Hinsicht nach der Ostsee und jede Art Verbindung mit ihnen würde die Ukraine unnötigerweise in den Kreis wirtschaftlicher und politischer Interessen hineinziehen, die an der Ostsee zusammenlaufen. Die Ukraine wäre in diesem Fall gezwungen, anderen politischen Mächtegruppen, die an der Ostsee interessiert sind, in den Weg zu treten. Die Ukraine muß sich die unfruchtbare Kraftverschwendung ersparen, eine Einflußsphäre in dieser Richtung zu erstreben. Wirtschaftlich ist sie darauf nicht angewiesen. Die Ostseeländer kommen augenblicklich als ein Einfuhrmarkt für ukrainische Erzeugnisse nicht in Betracht, die Ukraine hat aus diesen Ländern nichts zu beziehen, und die Produkte, an welchen die Ukraine Überschuß hat, können nach den Ausfuhrgebieten durch Bahnen oder über Schwarzmeer-Häfen geleitet werden. Politisch wäre ein solcher Anschluß gefährlich, da die Ukraine unvermeidlichen politischen Konflikten mit Deutschland, Finnland, Großrußland und anderen Staaten zur Wahrung polnischer, litauischer und weißruthenischer Interessen sich aussetzen würde.

Wenn die Ukraine in irgendwelche dauernden staatsrechtlichen Beziehungen zu Großrußland treten wollte, so würde das bedeuten, den alten Fehler zu wiederholen, den seinerzeit Bohdan Chmelnyzkyj gemacht hatte. Das staatliche Zusammenleben der Ukraine mit Moskau hatte den Verlust der eigenen Staatlichkeit zur Folge und führte zu einem völligen Verfall der Nationalkultur und zur Hemmung der wirtschaftlichen Entfaltung. Die Ukraine war für Rußland eigentlich nichts anderes wie eine Kolonie. Rußland hat unter Ausnützung materieller Schätze und des Menschenmaterials der Ukraine seine Machtstellung aufgebaut und als Entgelt dafür alle Rechte und Freiheiten des ukrainischen Volkes, die im Vertrag von Perejaslaw 1654 gewährleistet waren, aufgehoben. Die Sache ging soweit, daß Rußland sich herausnahm, alle Zeichen des ukrainischen Volkswesens auszutilgen und den Gebrauch der ukrainischen Sprache zu verbieten.

Mit Rücksicht auf die ziemlich weit fortgeschrittene Russifizierung der ukrainischen

Digitized by Google

Städte und den ansehnlichen Prozentsatz von zugewanderten Großrussen kann eine normale Entfaltung des ukrainischen Volkes auf nationaler Grundlage nur durch eine gänzliche und unwiderrufliche staatliche Abgrenzung der Ukraine von Großrußland gewährleistet werden. Nur auf die Weise würde die Ukraine eine völlige Bewegungsfreiheit in ihrer inneren Politik erhalten und in den Stand gesetzt werden, in kurzer Zeitspanne dem kulturellen und politischen Russophilismus, der nicht abzuleugnen ist, und eine Gefahr bildet, die wir immer im Auge behalten müssen, den Boden zu entziehen.

Das zweite schwerwiegende Moment, das gegen jede Art staatsrechtlicher Verbindung der Ukraine mit Großrußland spricht, ist die Rücksicht auf die künftige internationale Politik des letzteren Staates. Rußland wird zweifellos bestrebt sein, seine im Weltkrieg verloren gegangene Großmachtstellung wiederzugewinnen und sich die Verkehrswege, die über die Ostsee und Sibirien führen, zu sichern, falls nicht zwischen dem letzteren Land und dem Russischen Reich eine Scheidemauer errichtet wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wird Großrußland zu den erprobten Mitteln greifen und Zwietracht unter kleineren Völkern säen, den Deckmantel der Förderung und Befreiung der Schwächeren vorschützend. Ein großes Betätigungsfeld eröffnet sich für Rußland in dieser Richtung vor allem in Polen und unter den Völkern der Ostseeküste, indem Rußland darauf ausgehen wird, die den Deutschen feindlichen Strömungen zu unterstützen und die Ukraine in einen Gegensatz zu dem deutschen Volk hineinzuziehen, mit welchem die Ukrainer in gutem Einvernehmen bleiben sollten.

Hinsichtlich Rußlands, besser gesagt Großrußlands, müßte die Ukraine augenblicklich nur ein Ziel verfolgen, und das ist eine möglichst baldige Festsetzung der politischen Grenzen, die das Land gegen eine Wiederholung der moskowitischen Invasion schützen würde. Als Grundlage muß dabei der ethnographische Gesichtspunkt dienen.

Indem wir den Gedanken einer dauernden politischen Verbindung der Ukraine mit Großrußland verwerfen, müssen wir unser Augenmerk nach dem Osten richten, wo sich das Problem einer Föderation aufwirft. Darin liegt eine Frage, die weittragende Folgen für die Gegenwart und die Zukunft des ukrainischen Staates in sich birgt. Die Frage der politischen Grenzen der Ukraine im Norden kann leicht gelöst werden, da die Ukraine in Großrußland nichts zu suchen hat und nur unter dem Gesichtspunkt der Schaffung eines festen Schutzwalles handeln muß. Anders liegt die Sache im Osten. Das ethnographische Territorium der Ukraine greift hier in das Gebiet der Donkosaken ein. Drei Bezirke des Dongebietes — Taganrog, Rostow und Nowotscherkask — sind überwiegend oder zum großen Teil von den Ukrainern besiedelt. Ein schmaler Streifen ukrainischer Siedlungen an der Donmündung vermittelt den Übergang des ukrainischen Nationalterritoriums nach dem Vorder-Kaukasus, wo die Ukrainer das Gebiet der Kubankosaken, das Schwarzmeergebiet und das Gouvernement Stawropol, ja zum Teil das Terekgebiet beherrschen.

Digitized by Google

Er wird große Schwierigkeiten bereiten, die Grenzen der Ukraine im Osten nach ethnographischen Gesichtspunkten festzusetzen, da hier die Interessen der Donkosaken, in der Mehrzahl Großrussen, und der Kubankosaken, die ukrainischen Stammes sind, hineinspielen. Abgesehen von den Bestrebungen der Kosaken, die einen Anschluß an die Ukraine suchen, liegt es im Interesse der Ukraine selbst, sich den Weg nach dem Kaspischen Meer und nach Mittelasien nicht versperren zu lassen, die als Siedlungsgebiet für die Ukraine eine Rolle spielen. Man darf nicht außer acht lassen, daß die ukrainische Kolonisation über das Dongebiet und die Gouvernements Astrachan und Orenburg hinaus nach Sibirien und Mittelasien hinübergreift und sich über die ganze Kirgisensteppe erstreckt, nämlich auf die Gebiete von Ural, Turgaj, Akmolinsk, Semipalatinsk und die Südteile der Gouvernements Tomsk und Jenissej. Es gibt ukrainische Siedlungen auch in dem Transkaspischen Gebiet und in Turkestan. Die Kolonisation hat in diesen Gebieten erst vor etwa 30 Jahren eingesetzt und erreichte im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg einen kolossalen Umfang, nachdem die ukrainischen Semstwos die Sache planmäßig betrieben hatten. Es wurden einige Millionen Ukrainer angesiedelt, die in diesen Gebieten zum Teil die Mehrheit bilden, zum Teil das großrussische Element bei weitem überwiegen. Die Ukraine darf nicht auf dieses Siedlungsgebiet in Asien verzichten und muß sich einen Zugang nach dem Osten sichern.

Wie kann das erreicht werden? — Wie bekannt, haben die Don- und Kubankosaken selbständige Staatswesen errichtet, und unter Anschluß der angrenzenden Gebiete von Terek, Astrachan, Orenburg, Ural und Stawropol wurde dann ein Südöstlicher Staatenbund ins Leben gerufen. Der Ausbau dieses Staatsgebildes gelangte vorübergehend auf den toten Punkt, als die Bolschewiki-Invasion kam, doch ist es mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Sache wieder aufgenommen wird, sobald die Invasion vorbei ist. Der Ukraine liegt es ungemein daran, daß der Südöstliche Staatenbund zur Wirklichkeit wird, und die ukrainischen Kreise werden sicher die Bestrebungen der Kosaken in dieser Richtung tatkräftig fördern.

Die Ukrainer werden in den Gebieten, die dem Südöstlichen Staatenbund angehören sollen, eine ausschlaggebende Rolle spielen, und ein Zusammenschluß der Ukraine mit dem Staatenbund würde die Ausbreitung der ukrainischen kulturellen und politischen Einflüsse auf das gesamte Gebiet des Staatenbundes sichern, das neben den Ukrainern und Großrussen von unkultivierten asiatischen Stämmen bevölkert ist. Durch den Verzicht der Ukraine auf die ethnographisch-ukrainischen Teile des Don- und Kubangebietes und des Gouvernements Stawropol zugunsten des Südöstlichen Staatenbundes würde der staatsrechtlichen Verbindung desselben mit der Ukraine eine sichere und dauerhafte Grundlage verliehen. Auf die Weise bewahrt sich die Ukraine den Weg nach Mittelasien und wird imstande sein, ihre historische Mission in Asien zu erfüllen.

Digitized by Google

Durch die Schaffung des Süddstlichen Staatenbundes wird Großrußland vom Kaukasus abgeschnitten, während für die Ukraine der Seeweg nach den kaukasischen Häfen offen bleibt. Sowohl die Kaukasusvölker wie auch die Ukraine müssen einen Anschluß aneinander suchen, und daraus ergibt sich wieder ein Problem der Föderation als politische Aufgabe des Augenblicks.

Was die überwiegend von Tataren besiedelte Krim betrifft, so darf es aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen nicht anders sein, als daß das Land ein Bestandteil des ukrainischen Staates wird, unter Gewährleistung einer Autonomie für die Tataren auf kulturellem Gebiet und in der Selbstverwaltung. Von einer Selbständigkeit kann in bezug auf die Krim keine Rede sein, und die Frage eines föderativen Verhältnisses der Halbinsel zu der Ukraine wird dadurch hinfällig.

Von Beßarabien beansprucht die Ukraine für sich nur die drei an der Küste des Schwarzen Meeres liegenden Bezirke, sowie auch den Streifen im Norden, die überwiegend von Ukrainern bewohnt sind. Der übrige von Rumänen bewohnte Teil Beßarabiens würde sich an Rumänien anschließen. Beßarabien kommt somit für den Ausbau der Föderation ebensowenig in Betracht wie die Krim.

Es wäre im übrigen verfrüht, über die Notwendigkeit oder Möglichkeit des Ausbaues nachbarlicher oder engerer freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Ukraine und den übrigen Anrainern des Schwarzen Meeres, wie die Türkei, Bulgarien und Rumänien, zu sprechen. Es scheint aber, daß diese Frage in der nächsten Zukunft an die Tagesordnung kommt und für beide Parteien aktuell wird, und allem Anschein nach wird das Problem unter dem Gesichtspunkt des engsten wirtschaftlichen Zusammenschlusses aller Staaten, die sich um das Schwarze Meer gruppieren, mit den Mittelmächten und unter deren Beteiligung erörtert werden.

So fasse ich für meine Person die Frage der Föderation der Ukraine mit ihren Nachbarn auf. Es ist von meinem Standpunkt selbstverständlich, daß die Ukraine und Deutschland den engsten wirtschaftlichen und politischen Anschluß suchen müssen mit Rücksicht auf gemeinsame Feinde in Europa und die sich in derselben Linie bewegenden Interessen in Asien.

„Rußland" oder „Osteuropa"?

Von Dr. J. Jastrow, a. o. Professor an der Universität Berlin

Noch immer gibt es bei uns Politiker, die meinen, Deutschland könne nichts Weiseres tun, als an dem Wiederaufbau des osteuropäischen Kolosses nach Kräften mitzuwirken. Weil sie es als politische Klugheit haben rühmen hören, daß der Staatsmann, zwischen zwei mächtige Feinde gestellt, sich auf den einen gegen den andern zu stützen suchen müsse, wollen sie sich den osteuropäischen Feind, von dem uns das Schicksal befreit hat, wieder beschaffen, bloß um sich auf ihn gegen England stützen

Digitized by Google

zu können. Es ist dies, wie wenn ein Militär, der von den Vorteilen der inneren Linie gehört hat, sich zu einem Feinde einen zweiten hinzuwünschen wollte, um auf der inneren Linie operieren zu können. Woher stammt der anscheinend unausrottbare Glaube, daß die Völker zwischen Deutschland und China nicht, wie die andern Völker des Erdballs, Staaten bilden dürfen, sondern daß sie dazu bestimmt seien, sich einer großen mächtigen Staatenverhinderungs-Maschine, genannt Russisches Reich, zu unterwerfen?

Der alte Philosoph, der einmal sagte, daß nicht die Dinge die Erkenntnis schwer machen, sondern die Meinungen der Menschen über die Dinge, gibt den richtigen Fingerzeig für die Erklärung und zugleich für die Beseitigung vorhandener Verwirrungen. Die wirkungsvollste Art, in der eine verworrene Meinung sich siegreich an die Stelle eines klaren Sachverhalts setzt, ist die Namengebung. Wer in der Namengebung die Oberhand behält, der zwingt der Mit- und Nachwelt die darin ausgedrückte Meinung auf. Nichts hat die Politik Moskaus so gefördert, als daß es ihr gelang, für Moskowiter, Ukrainer, Finnen, Balten, Polen, Baschkiren, Tataren usw. im europäischen Sprachgebrauch einen einheitlichen Namen, nämlich „Russen", durchzuzwingen. Davon soll hier ganz abgesehen werden, daß die Moskowiter noch nicht einmal das Recht hatten, sich selbst Russen zu nennen, daß auch Peter der Große bei Einführung dieses Sprachgebrauchs in Europa auf Widerspruch stieß. Daß überhaupt ein einheitlicher Volksname (sei es dieser oder ein anderer) durchgetrotzt wurde, war das Entscheidende dafür, daß in Westeuropa die Ahnung von dem Vorhandensein jener Völker zwischen Deutschland und China unter die Bewußtseins-Schwelle sank. Soll für die natürliche Anschauung, daß Osteuropa jetzt denselben Entwickelungsgang durchmacht, den vor ein oder anderthalb Jahrtausenden Westeuropa begann, nämlich an Stelle eines Imperiums für die einzelnen Völker Staaten auszubilden[1]: so muß zunächst auch der nämliche Sprachgebrauch sich bilden und sich von dem irreführenden Namen „Rußland" befreien.

Das Bedauerliche des bisher herrschend gewesenen Sprachgebrauchs hat Rohrbach in einem Aufsatz der „Hilfe" (14. März) betont. Da er aber daran verzweifelt, für den Staat, der nach Selbständigmachung aller anderen Völker noch übrig bleibt, den ursprünglichen Namen Moskowien wieder durchsetzen zu können, so meint er, es werde schließlich doch nichts anderes übrig bleiben, als „Rußland" zu sagen. Ich halte den Sprachgebrauch für eine viel zu wichtige Sache, als daß ich es begreifen könnte, wie ein so mutiger Mann wie Rohrbach so schnell die Flinte ins Korn wirft. Aber noch schlimmer als der völlige Verzicht scheint mir der Versuch Rohrbachs, die ursprüngliche Forderung eines Sondernamens doch in gewissem Sinne aufrecht zu erhalten, indem er gelegentlich den Staat Lenins und Trotzkis nicht „russisch", sondern

[1] Vgl. hierzu die Aufsätze des Verfassers in der „Deutschen Politik" vom 8. Februar und 29. März („Die osteuropäische Frage"; „Die Ukraine und die osteuropäische Frage").

Digitized by Google

genauer „großrussisch" nennt. Das geht zwar aus der Rohrbach geläufigen Unterscheidung zwischen Großrussen, Kleinrussen, Weißrussen, Rotrussen usw. hervor und will sagen, daß Lenin und Trotzki heute kein Recht mehr haben, sich als Beherrscher der Russen, sondern nur noch als Beherrscher der Großrussen zu bezeichnen. Bei uns aber erweckt diese Bezeichnung eine andere Vorstellung. Die Großdeutschen der 40er, 50er und 60er Jahre waren bei uns nicht ein Volk, das einem kleindeutschen Volke entgegengesetzt war, sondern es bezeichnete die politische Richtung, die Österreich mit einschließen sollte („das ganze Deutschland soll es sein!"), und ebenso spricht man von einem Großserbien, von einem Greater Britain usw. Kein wertvollerer Dienst könnte einer Regierung in Moskau erwiesen werden, als wenn man in Westeuropa für ihren Staat die Bezeichnung „großrussisch" einführte und so ihren Anspruch „das ganze Rußland soll es sein", unwillkürlich in die westeuropäischen Gehirne wieder hineinbrächte.

Auch Delbrück hat in seiner neusten Rundschau im Aprilheft der „Preußischen Jahrbücher" auf das Bedenkliche eines solchen Sprachgebrauchs aufmerksam gemacht.

Es muß allerdings zugegeben werden, daß es im Augenblick äußerst schwierig ist, das irreführende Wort „Rußland" durch ein anderes zu ersetzen, das in allen Fällen den Sachverhalt richtig widerspiegelt. Deswegen sollte man zunächst negativ vorgehen und den Ausdruck nach Möglichkeit vermeiden. Wo wir rein geographisch sprechen, sollten wir uns gewöhnen, statt „Rußland" Osteuropa zu sagen (wobei die koloniale Angliederung Sibiriens, wie in ähnlichen Fällen, je nach dem Zusammenhang mit verstanden wird, oder nicht). Wenn von denselben Gegenden politisch die Rede ist, sollten wir nicht sagen „das ehemalige Rußland", sondern allenfalls das „ehemalige Russische Reich", besser noch das „Herrschaftsgebiet der ehemaligen Zaren", das „ehemalige östliche Imperium" o. ä. Sobald der neue Staat Lenins und Trotzkis seine Residenz in Moskau gefunden hat, wird man in politischen Dingen sehr oft sagen können: „das Kabinett von Moskau hat die und die Stellung eingenommen", oder „Moskau hat sich damit einverstanden erklärt"; ebenso wie wir ja auch sagen „London, Rom, Washington usw. sind einverstanden". Führt sich dieser Sprachgebrauch erst ein, so wird man auch ab und zu wieder sagen können „die Moskowiter", ohne sich des etwas gehässigen Beigeschmacks, der diesem Ausdruck noch anhaftet, schuldig zu machen. Vielleicht kann auch, wenn für das Land der Name Moskau sich eingeführt hat, zur Unterscheidung des Ländernamens von dem Stadtnamen im Laufe der Zeit der alte Ausdruck Moskowien wiederkehren; die Geographen von Fach werden ihn ohnedies für die Innenteile des ehemaligen Herrschaftsgebiets der Zaren anwenden müssen, weil die rein geographische Namengebung unaufschiebbar geworden ist. Der amtliche Name, den die Moskauer Regierung ihrem Staate beigelegt hat, „Russische Föderative Sowjet-Republik", ist zu lang geraten, als daß er sich einbürgern könnte, und legt es nahe, diesen Staat kurzweg als die „Sowjet-

Digitized by Google

Republik" zu bezeichnen. Wir haben also ausreichend Ausdrücke zur Verfügung, um den irreführenden Namen Rußland, oder gar Großrußland, verschwinden lassen zu können. Die Hauptsache aber bleibt, daß wir, wenn wir Osteuropa meinen, auch Osteuropa sagen.

Die suggestive Kraft, die ein Name ausübt, ist desto stärker, je bestimmter und fester die Verkehrsbeziehungen gestaltet sind, in denen er gebraucht wird. Ein Diplomat meint schon sehr aufgeklärt zu sein, wenn er in Dingen der auswärtigen Politik jemandem ein Urteil zutraut, obgleich er nicht von der Zunft ist. Auf den Gedanken aber kommt er sobald nicht, daß er selbst in seinem Urteil fehlgeht, gerade weil er von der Zunft ist. Wer nur den Verkehr von Exzellenz zu Exzellenz kennt, wird am allerschwersten einem Zweifel darüber zugänglich sein, ob das, was da drüben besteht, ebenso ein Staat sei, wie seine Heimat einen Staat vorstellt. Wäre der Prophet Daniel akkreditierter Gesandter am königlich babylonischen Hofe gewesen, er hätte niemals die Vision gehabt, der wir die anschauliche Lehre von dem Koloß auf tönernen Füßen verdanken.

„Hamburg-Herat" — eine neue Aufgabe deutscher Verkehrspolitik!

Von Dr. Richard Hennig, Berlin-Friedenau

So wenig gut wir auch zurzeit in Deutschland auf die Engländer zu sprechen sind, das eine muß ihnen der Neid lassen, daß ihnen eine jahrhundertlange Schulung in weltpolitischen Fragen einen ganz anderen Weitblick für weltpolitische und weltwirtschaftliche Zusammenhänge anerzogen hat, als er uns Deutschen gegenwärtig noch zu eigen ist. In besonders einleuchtender Weise zeigte sich dies wieder einmal in der instinktiven Sicherheit und dem Scharfsinn, womit die Engländer nach unseren beiden Friedensschlüssen von Brest-Litowsk erkannten, welche Rückwirkung die Neugestaltung der Dinge auf Deutschlands Stellung im nahen und mittleren Orient haben müsse. Während das Vorstoßen deutscher Truppen an die einst russische Schwarzmeer-Küste, die Loslösung der Ukraine aus dem russischen Reichskörper, der Rückfall der Bezirke von Batum, Kars und Ardahan in Deutschland von der Tagespresse eigentlich nur unter dem Gesichtspunkt der dadurch erleichterten und sichergestellten Versorgung der Mittelmächte mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Petroleum usw. betrachtet wurden, erschollen in den englischen Blättern Klage- und Angstrufe vor einem neuen „Berlin-Batum"-Programm oder gar einem „Berlin-Buchara"-Plan, die als Ersatz für das durch den Krieg vorläufig zum Teil vereitelte Berlin-Bagdad-Projekt Englands Stellung in Vorderasien gefährden sollten. In Deutschland vernahmen nur Wenige die feindlichen Stimmen, und auch diese Wenigen zunächst mit Staunen, bald aber mit rasch wachsendem Verständnis.

Digitized by Google

In der Tat, wenn die Ukraine uns ein zuverlässiger Freund, ein wertvolles Teilglied des mitteleuropäischen Wirtschaftsblockes zu werden gewillt ist oder wenn es uns gelingt, das zukunftsreiche Land, den wertvollsten Teil des alten Rußland, wirtschaftlich an uns zu fesseln, so ergeben sich neue wirtschaftliche Zukunftsaussichten von schwindelnder Großartigkeit, und die von den Engländern geprägten Schlagworte „Berlin-Batum" und „Berlin-Buchara" sind nicht zu anspruchsvoll dafür. Noch treffender und umfassender würde freilich vielleicht der Begriff „Hamburg-Herat" die neu erwachsenen Zukunftsprobleme und Wirtschaftsmöglichkeiten bezeichnen, denn dem im Kriege so herrlich bewährten Vierbund würde sich alsdann eine neue Kette von freundschaftlich miteinander verbundenen Staatsgebilden angliedern, die sich von Deutschland über Litauen, die Ukraine, Kaukasien und Persien bis nach Afghanistan erstrecken würde. Beachtet man, daß zu diesem wirtschaftlichen Staaten-Freundschaftsbunde sicher auch Finnland und voraussichtlich auch Rumänien gehören werden, möglichenfalls sogar Polen, sowie die Staaten des bisherigen Russisch-Zentralasien, so hebt sich aus dem Schoße der Zukunft ein von der Murmanküste bis zum Pamir reichender Wirtschaftsblock heraus, der durch die Kriegsereignisse und durch die allseitige Bedrohung seitens der flankierenden Großmächte England und Rußland zusammengeschweißt worden ist und hoffentlich sich einer langen Lebensdauer erfreuen wird. Daß Deutschland in diesem Staatenbunde die führende Rolle spielen wird, ist eine Selbstverständlichkeit, und so mag denn neben dem alten Schlagwort „Berlin-Bagdad", das hoffentlich zu neuem Glanze erstehen wird, auch das neue „Hamburg-Herat" ein Leitstern künftiger Weltwirtschaftspolitik sein.

Beim Berlin-Bagdad-Unternehmen mußte die Bahnlinie, die das tragende Rückgrat des Grundgedankens und sein äußeres Symbol sein sollte, erst gebaut werden, ohne daß es bis zur Stunde möglich war, den Bau zu vollenden. Für die Hamburg-Herat-Pläne sind die verkehrspolitischen Grundlagen in viel umfassenderer Weise als dort von vornherein gesichert, denn der wesentlichste Teil der Eisenbahnlinien, die dem neuen Staatenbund ein Rückgrat des Wirtschaftslebens sein würden, ist gegenwärtig bereits vorhanden. — Betrachten wir kurz, welche Verkehrsgrundlagen es sind, die für solche neuen Wirtschaftspläne Deutschlands in der alten Welt in Betracht kommen und die den Kritikern der englischen Zeitungen bereits ein so merkliches Alpdrücken verursachen!

Nach der Ukraine, deren Anschluß an „Mitteleuropa" schon allein deshalb, weil er im Interesse beider Parteien liegt, als sehr wahrscheinlich gelten muß, stehen uns drei Wege zur Verfügung, durch Österreich und Galizien, durch Polen und durch Litauen. Das ist schon ein großer Vorzug gegenüber unseren Verbindungen nach der Türkei, die ganz unter österreichisch-ungarischer, bulgarischer und rumänischer Kontrolle stehen. Die Verbindung mit der Ukraine können wir uns also ganz nach Gefallen bald auf diesem, bald auf jenem Wege suchen, und von den drei Randstaaten,

Digitized by Google

die uns von der Ukraine trennen, wird derjenige von uns als Durchfuhrland am meisten begünstigt werden, der sich am freundlichsten zu uns stellt und die günstigsten Bedingungen gewährt. Über die Ukraine hinaus nach dem Kaukasusgebiet lassen zwar die Bahnverbindungen, obwohl sie vorhanden sind, noch viel zu wünschen übrig, denn ihre Anlage ist bisher naturgemäß nach russischen, nicht nach mitteleuropäischen Interessen erfolgt. Der wichtige Knotenpunkt Rostow am Don z. B. ist nur nach Norden hin durch eine Hauptlinie mit Woronesh und Moskau verbunden, ebenso nach Süden zum Kaukasus nach Wladikawkas, aber westwärts führt nur eine Nebenlinie nach Taganrog. So würde die Ukraine mit Unterstützung Deutschlands noch mancherlei zu tun haben, um einen wirklich erstklassigen Durchgangsverkehr von Mitteleuropa ins Kaukasusgebiet die Wege zu ebnen; die Verschiedenheit der russischen Breitspur von der mitteleuropäischen Normalspur ist gleichfalls ein unbequemes Hemmnis, besonders für die Güterbeförderung. Immerhin ist doch deutlich der Weg vorgezeichnet, auf dem künftig der Verkehr von Deutschland zum Kaukasus und, nach Fertigstellung des geplanten Kaukasus-Riesentunnels zwischen Wladikawkas uns Tiflis, auch darüber hinaus nach Persien hinein sich abspielen wird. Von Tiflis läuft ja bereits die Fortsetzung der von Rostow nach Wladikawkas führenden Bahn in gleicher Richtung weiter zur persischen Grenzstation Djulfa und weiter bis nach Täbris, bis wohin die Russen während des Krieges eine Bahn in das sonst noch so gut wie eisenbahnlose Land Persien vorgetrieben haben. Es wird daher nur noch verhältnismäßig kleinerer Arbeiten bedürfen, um die von den Russen in der Hauptsache bereits gezogene Linie Petersburg-Täbris in ein Berlin-Täbris zu verwandeln. Voraussetzung hierfür ist lediglich eine Unterstützung einer solchen deutschen Verkehrspolitik durch die neuen Staaten Ukraine und das noch embryonale und gestaltlose Georgien. Da aber eine vollwertige Eisenbahnverbindung mit den Mittelmächten grade auch im ureigensten Interesse der Ukraine und der Kaukasusländer liegt, ist nicht einzusehen, woran eine so großzügige Eisenbahnpolitik scheitern sollte. Der englische und russische Widerstand, der das Werden der Bagdadbahn um mindestens ein Jahrdutzend zu verhindern wußte, wird für die kommende Magistrale von Deutschland bis zum Kaukasus eine quantité nègligeable sein, sobald nur die Anlieger der Bahn ehrlich zusammenstehen und ernstlich ihr Ziel anstreben. Erst hinter Täbris, wo die Weiterführung der Linie nach Teheran, ja sogar an den Persischen Golf in Aussicht genommen werden könnte, sind ernste Schwierigkeiten für eine weitere Durchführung seitens der englischen Politik zu erwarten. Aber auch wenn Täbris noch auf Jahrzehnte der Endpunkt bleiben sollte, würde die Bahn Berlin—Täbris, bezw. Berlin—Wladikawkas allein schon durch die in der Ukraine und in Georgien zu lösenden Wirtschaftsaufgaben eine hochbedeutende Rolle zu spielen berufen sein.

Noch ungleich gewichtiger würde freilich die das Schwarze Meer im Norden umgehende Bahnlinie sein, wenn ein Ausbau der von den Russen schon vor Jahren ge-

Digitized by Google

planten und in Angriff genommenen „Schwarzmeer-Küstenbahn" gelänge, die eine kürzeste Entfernung von Cherson mit Batum und Tiflis—Täbris auf dem Wege durch die nordöstliche Krim und längs der Nordostküste des Schwarzen Meeres schaffen sollte. Der Plan zur Küstenbahn, etwa von Noworossijsk und Tuapse bis Poti, wurde schon in den 70er Jahren erörtert verschwand dann aber bis 1894 wieder im Hintergrunde. Eine nochmalige Erörterung des Projekts führte zunächst wieder nicht zum Ziele, und es währte noch bis 1912, ehe der Bau ernstlich begonnen wurde. Am 17./30. März 1912 wurde vom Zaren die Inangriffnahme der Küstenstrecke befohlen, deren Herstellung auf 50 Millionen Rubel veranschlagt wurde. Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß die Schwarzmeer-Küstenbahn einen kürzesten Weg von Mitteleuropa zum Kaukasus, nach Transkaspien, Persien und vielleicht sogar nach Indien darstellen könne. Zunächst freilich sollte nur eine 321 Werst lange Teilstrecke von Tuapse bis Kwaloni (25 Werst östlich Poti) gebaut werden, denn über die nördliche Verlängerung über Tuapse hinaus bis Uman (am Ostufer der Meerenge von Kertsch) waren die Meinungen in Rußland selbst stark geteilt. Die Gegner wiesen schon damals, vor sechs Jahren, darauf hin, daß eine solche Bahn nur Deutschland und Österreich auf Kosten Rußlands den Weg zu den mittel- und vorderasiatischen Märkten eröffne, während der Vorteil für Rußland fraglicher Natur sei. Diese Bedenken scheinen auch schließlich die Oberhand gewonnen zu haben, denn trotz der Entscheidung des Zaren, daß die ganze Bahn von Uman bis Kwaloni gebaut werden solle, wurde nur die Strecke von Tuapse bis Kwaloni in Angriff genommen. Der Bau sollte bis 1916 fertiggestellt sein, doch hat der Krieg naturgemäß die Arbeiten unterbrochen, so daß die Linie zurzeit noch nicht im Betrieb ist.

In Mitteleuropas und der Ukraine Interesse liegt nun übereinstimmend die Vollendung der ganzen Schwarzmeer-Bahn von Uman bis Kwaloni. Eine Brücke über die Meerenge von Kertsch (oder deren Untertunnelung) zwischen Uman und Kertsch war ebenfalls bereits von den Russen vorbereitet worden. Durch die nordöstliche Krim läuft bereits eine Bahn von Kertsch nach Dshankoi (Station der Linie Alexandrowsk—Sewastopol). Es bedarf alsdann nur noch des Baues der kurzen Strecke Dshankoi—Cherson—Nikolajew über die Landenge von Perekop hinweg, um eine ziemlich gradlinige Verbindung Hamburg—Warschau—Kiew—Cherson—Kertsch—Kwaloni—Tiflis—Täbris zu erhalten, der die kurze Zweigstrecke Samtredi—Batum auch den Anschluß an den wichtigsten Hafen des östlichen Schwarzen Meeres, die Wirtschaftslunge der berühmten Petroleumgebiete von Baku und Grosny, darbieten würde. Batum ist im Brest-Litowsker Frieden vom 3. März 1918 von Rußland bekanntlich an die Türkei zurückgegeben und um Mitte April von den Türken besetzt worden. Vor dem Kriege verkehrten hier weitaus am häufigsten englische Schiffe, die zahlreicher als sogar die russischen erschienen. In wie hohem Maß das Petroleum, das durch riesige Röhrenleitungen unmittelbar nach Batum strömt, den Ausschlag gibt im Wirt-

Digitized by Google

schaftsleben dieses Hafens, das zeigt folgende Zusammenstellung der wichtigsten Hauptausfuhrartikel Batums:

	Tonnen	Wert in Pfd. Sterling
Petroleum und Petroleumerzeugnisse	624 022	2 817 300
Manganerz	429 000	399 800
Wolle	4 492	222 800
Korn und Mehl	28 047	201 900
Kokons und Rohseide	1 238	207 700
Süßholz	24 291	145 700

Da das englische Kapital an den Unternehmungen im Petroleumgebiet ebenso stark interessiert ist wie englische Reeder am Hafenverkehr von Batum, so versteht man daß man in England die Abtretung Batums seitens Rußlands an die Türkei als einen sehr fühlbaren Schlag verspürt. Schrieb doch der „Economist" 6 Tage nach dem Brester Frieden: „Ein dauernder Wechsel in Batum würde für englische Interessen unheilvoll sein." Daß ein ununterbrochener Schienenweg von Deutschland nach dem türkischen Batum, dem Zentrum der Petroleumausfuhr des kaukasischen Gebiets von ungewöhnlicher Bedeutung sein würde, liegt auf der Hand.

Aber auch nach Baku selbst und damit zum Kaspischen Meer sowie über dieses hinaus ins transkaspische Gebiet und nach Zentralasien hinein würde die Fertigstellung der von den Russen in Angriff genommenen Schwarzmeer-Eisenbahn den mitteleuropäischen Staaten eine vortreffliche Verbindung liefern. Die schon oben erwähnte Hauptbahn Rostow—Wladikawkas, die ostwärts den besten Anschluß an Baku und ans Kaspische Meer liefert, ist nämlich in der Station Armavir mit Tuapse und demgemäß mit der künftigen Schwarzmeer-Bahn verbunden. Der östliche Teil dieser verbindenden Bahn Armavir—Maikop wurde am 30. August 1910, der westliche Maikop—Tuapse im Oktober 1913 dem Betrieb übergeben. Der bloße Bau der Strecken Nikolajew—Cherson—Dshankoi und Uman—Tuapse würde also genügen, um uns in der Tat ein vollwertiges „Berlin-Baku" zu bescheren, das neben dem „Berlin-Batum" in den englischen Blättern während der letzten Monate mehrfach als Schreckgespenst auftauchte.

Mit der Eröffnung eines guten Weges nach Baku aber würden wir uns in der Tat auch schon den nächsten Zugang nach Mittelasien gesichert haben. Von Baku aus führt nämlich eine Dampffähre die Züge übers Kaspische Meer nach Krasnowodsk am Ostufer, das seit dem 27. Oktober 1896 durch eine nach Molla Kary laufende, kurze Anschlußstrecke an die berühmte „Transkaspische Militärbahn" der Russen angeschlossen ist. Skobelew war es, der diese Militärbahn zur Vorbereitung seines schwierigen Feldzugs gegen die Tekke-Turkmenen für unerläßlich erklärte und auf dessen Drängen ihr Bau 1880 in Angriff genommen wurde. Gleich nach der Unterwerfung der Tekke (9. April 1881) wurde aber die ursprünglich nur bis Achal Tekke vorgetriebene Strecke unter sehr großen Schwierigkeiten nach Kisil Arwat und, nach

Digitized by Google

Unterwerfung der Merw-Turkmenen, nach Merw verlängert, bis wohin der Betrieb im Juli 1886 aufgenommen wurde. Auch in Merw wurde aber noch nicht halt gemacht: am 13. Dezember 1886 erreichte die Bahn Tschardschui, am 27. Mai 1888 Samarkand. Bis hierher ist die Linie vom Ausgangspunkt Krasnowodsk 1509 km lang. 1895 befahl der Zar die Weiterführung der Bahn über Samarkand nach Taschkent und Andischan (1969 km vom Anfang), die inzwischen gleichfalls gebaut worden ist.

Wichtiger aber noch als diese Verlängerung bis ins Herz von Asien ist für die Zwecke der „Hamburg-Herat"-Politik die von Merw nach Süden abzweigende „Murghabbahn", die nach Kuschk an der afghanischen Grenze führt und fast im Angesicht von Herat halt macht. Ein Edikt des Zaren befahl am 7. September 1896 den Bau dieser Bahn, im Dezember 1898 wurde sie eröffnet. Diese 312½ km lange Grenzstrecke ist nur für militärische Zwecke bestimmt gewesen und stand der öffentlichen Benutzung nicht frei. Wiederholt wollten die Russen sie nach Herat selbst vorschieben, aber die Engländer standen sprungbereit an der Südgrenze Afghanistans und hätten eine Überschreitung der afghanischen Grenze durch die russische Bahn sofort mit einem Einmarsch in Afghanistan und der Besetzung von Kandahar beantwortet, für die schon alles vorbereitet war. Diese Besorgnis ließ die russische Bahnpolitik in Kuschk halt machen.

Herat ist aber von Kuschk nur durch ein niedriges Gebirge getrennt, und ein deutscher Wirtschaftseinfluß, der ungehemmt von russischer Eifersucht, über Baku hinaus ins transkaspische Gebiet hineingreift, würde sich sozusagen ganz automatisch bis an die Tore Afghanistans und somit bis ins Glacis Indiens ausdehnen. „Hamburg-Herat", dieser erst so phantastisch anmutende Plan, ist in der Hauptsache bereits vorhanden: lediglich der Ausbau der verbindenden Strecken Nikolajew—Dshankoi und Uman—Tuapse genügt, um die verkehrspolitische Grundlage des großartigen Gedankens in vollem Umfang ins Leben zu rufen, d. h. aber es bedarf zur Verwirklichung der Hamburg-Herat-Idee eines kürzeren Bahn-Neubaues, als er zur Vollendung der Berlin-Bagdad-Problems nötig ist! Die einzige allerdings unentbehrliche Voraussetzung für die Durchführung neuer, gewaltiger verkehrs- und wirtschaftspolitischer Zukunftsaufgaben Deutschlands, die erst der Zerfall Rußlands hat ganz unerwartet ins Gesichtsfeld treten lassen, ist der gute Wille der Ukraine, mit Deutschland an diesen Aufgaben Hand in Hand zu arbeiten. Warum sollte aber dieser gute Wille nicht vorhanden sein? Würde doch eine Verwirklichung des Hamburg-Herat-Planes der Ukraine nicht weniger wirtschaftlichen Nutzen bringen als Deutschland, das im übrigen seinen älteren Berlin-Bagdad-Plan keineswegs aufzugeben oder zu ändern braucht, um sich der Arbeit an einer neuen kontinentalen verkehrspolitischen Aufgabe von noch nicht absehbarer Größe widmen zu können!

Digitized by Google

Sozialpolitische Neuordnung

Von Johannes Fischer, Heilbronn, Mitglied des württ. Landtags

Unter dem Datum des 19. April 1918 sind dem Deutschen Reichstag zwei Entwürfe für gesetzliche Neuerungen auf sozialpolitischem Gebiete zugegangen, die bei den Arbeitern und Angestellten, wie bei allen Sozialreformern ehrliche Genugtuung hervorrufen können. Es handelt sich um die Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung und um die Errichtung von Arbeitskammern.

Was den ersten Gegenstand anlangt, so ist derselbe seit dem ersten Tag seiner Entstehung umstritten, der schon in das Jahr 1869 zurückweist, da für die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes als § 169 folgende — mit dem § 153 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich gleichlautende — Fassung beschlossen wurde:

„Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verrufserklärung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (zur gemeinsamen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Verf.) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt."

Der Grundgedanke dieser Bestimmung, ein Schutz der persönlichen Freiheit und Ehre des Arbeiters auch gegenüber dem stark entwickelten Organisationsleben, ist richtig und unbestritten, aber er kann mit den Hilfsmitteln der allgemeinen Strafgesetze verwirklicht werden, soweit überhaupt mit Gesetz und Strafe hier etwas auszurichten ist. Das wichtigste muß durch Herausbildung einer anständigen Sitte und durch entsprechende Erziehung der Arbeiter von den einzelnen Organisationen selbst geleistet werden. Man darf aber nicht außer acht lassen, daß der stärkste Zwang, sich zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuschließen, in der ganzen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse selbst liegt. Gegenüber den gewaltigen Mächten Kapital und Technik kommt der einzelne Arbeiter in keiner Weise so zur Geltung, wie er das selbst verlangen, und wie es auch von allgemeinen Interessen aus erwünscht erscheinen muß. Diesen zwingenden Notwendigkeiten und den daraus sich ergebenden Folgerungen sich entziehen aus irgendwelchen persönlichen Gründen heißt, objektiv betrachtet, die Gesamtheit seines Berufes schädigen. Dabei ist zu beachten, daß es häufig gerade die minderwertigen Charaktere waren, die andere für sich die Vorteile erstreiten ließen, deren sie dann selbst mit teilhaftig wurden. Darin lag auch der Grund, warum früher oft zu so groben Mitteln der Umstimmung gegriffen wurde.

Eine weitere Schwierigkeit war die, daß die Arbeiterverbände in Deutschland vielfach nicht nur wirtschaftliche Ziele verfolgten, sondern zugleich auch parteipolitisch oder in Weltanschauungsfragen festgelegt sind — freie Gewerkschaften und Sozialdemo-

Digitized by Google

kratie, christliche Gewerkschaften und ihre religiöse Einseitigkeit —. Die Zugehörigkeit zu ihnen und die Kampfgemeinschaft mit ihnen bedeutete für feiner empfindende Arbeiter mit anderer politischer oder religiöser Anschauung eine innere Vergewaltigung in diesen Dingen, gegen die viele sich entschieden wehrten.

Nun sind aber drei große Hauptrichtungen da, es steht in der Mitte die große Gruppe der politisch und religiös neutralen deutschen Gewerkvereine, und die Arbeitsmethoden der drei Richtungen sind sich besonders während des Krieges so gleichartig geworden, daß jeder Arbeiter ohne Schwierigkeit den Platz finden kann, wo er seine soziale und Anstandspflicht gegen sich und seine Berufsgenossen erfüllen kann, ohne sich etwas zu vergeben. Damit sind alle Vorbedingungen gegeben, diese Ausnahmebestimmung endlich zu beseitigen. Sie hat verbitternd gewirkt, weil sie in der Praxis nur gegen Arbeiter Anwendung finden konnte, obgleich Unternehmerverbände viel rigorosere Mittel des Zwanges anwandten, um Außenseiter gefügig zu machen; aber sie verstanden, die Sache so zu verklausulieren, daß sie nicht faßbar waren. Dann aber auch, weil oft wegen ganz geringfügigen Geschichten gleich die harte Gefängnisstrafe verhängt werden mußte, wenn der Staatsanwalt die Sache in die Hände bekam, häufig ohne daß der betreffende Arbeiter, den man schützen wollte, Strafantrag gestellt hatte. Das früher viel zitierte Beispiel, wo einer zu seinem Arbeitskollegen vor einem Streik sagt: „wenn du nicht mitmachst, tanzt meine Auguste nicht mehr mit dir", und das als Tatbestand für die Anwendung des § 153 genügte, zeigt, wie hier einer ganz üblen Verräterei und Verfolgung Tür und Tor geöffnet war.

Entscheidend ist, daß die Arbeiter selbst, mit Ausnahme der „Gelben", diesen Schutz vor einander nicht mehr wollen. Die Verbände sind es sich und der Öffentlichkeit schuldig, nun ihre Mitglieder noch mehr zur Achtung vor anderen Richtungen und Anschauungen zu erziehen, aber sie werden das Vertrauen rechtfertigen, das in der Aufhebung dieser Bestimmung zum Ausdruck kommt.

Von weit größerer Bedeutung ist die zweite Vorlage, die sich mit der Einrichtung von Arbeitskammern befaßt. Auch die Bestrebungen auf Errichtung von Arbeits- oder Arbeiterkammern sind nicht neu. Schon in den sozialen Erlassen der beiden Kaiser Wilhelm I. und II. ist von Einrichtungen die Rede, die dem sozialen Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern dienen sollen. Sehr lange und sehr leidenschaftlich wurde vor allem auch über die grundsätzliche Frage debattiert, ob Arbeits- oder Arbeiterkammern wünschenswerter oder zweckmäßiger seien. Dabei haben die Standpunkte da und dort im Laufe der Jahre gewechselt, und es hat sich allmählich eine starke Bevorzugung der Arbeitskammern herausgebildet. Im Februar 1910 wurde auch ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt und in zwei Lesungen durchberaten. Die Sache scheiterte aber damals an dem Widerstande der Regierung gegen die Wählbarkeit der Verbandssekretäre, die vom Reichstag beschlossen wurde.

Nun hat der Krieg in dieser Beziehung das seine getan. Man hat von der Regierung

Digitized by Google

aus Gelegenheit gehabt, den aufbauenden Wert der Arbeiterorganisationen für das wirtschaftliche und staatliche Leben aus enger Zusammenarbeit kennen zu lernen und auch den Arbeitersekretär mit anderen Augen anzusehen, als vor dem Kriege. Es ist unstreitig eine der bis jetzt besten Früchte des neuen Geistes, die in der neuen Vorlage mit Wählbarkeit der Sekretäre und mit einer grundsätzlichen Einbeziehung der Staatsarbeiter, sich darstellt. Das geht noch deutlicher aus der Begründung hervor, die dem Entwurf in Nr. 1490 der Reichstagsdrucksachen beigegeben wurde.

Natürlich sind im einzelnen noch wesentliche Änderungen und Verbesserungen notwendig und möglich. Aber grundsätzlich bedeutet es einen wesentlichen und wichtigen Schritt nach vorwärts, daß der Arbeiterstand jetzt nicht mehr einfach als ein notwendiges Anhängsel der Volkswirtschaft gewertet wird, sondern daß ihm eine selbständige konstruktive Bedeutung zuerkannt wird, die in entsprechenden öffentlichrechtlichen Einrichtungen ihren Ausdruck und ihre Arbeitsmöglichkeit finden soll. Es ist ein wesentlicher Vorteil, wenn jetzt die Wirtschaft unseres Volkes, in staatlichem Auftrag gewissermaßen, mit den Augen des Arbeiters erforscht werden soll, um so beide Erfahrungen und innere Empfindungen — die des Arbeiters ebenso wie die des Unternehmers — dort zur Mitgestaltung zur Verfügung zu haben, wo Gesetzgebung und Verwaltung sich mit wirtschaftlichen und sozialen Dingen zu befassen haben. Das gibt dem Arbeiterstand in der gesellschaftlichen Gliederung des deutschen Volkes eine ganz andere Stellung als bisher und fügt ihn auch anders, organischer noch ein in den Wirtschafts- und Staatsaufbau Deutschlands.

Ein weiterer grundsätzlicher Fortschritt ist darin zu erblicken, daß durch die Tätigkeit der Arbeitskammern zweifellos viel leichter die sozialpolitischen Forderungen herausgestellt werden können, die um ihrer gesundheitlichen und kulturellen Wirkung willen von allgemeiner Bedeutung sind, also objektiv Fragen der Volkswohlfahrt, Volksgesundheit und Volkskultur darstellen. Damit kann viel agitatorische Schärfe aus der Behandlung dieser Dinge herausfallen, die nur hemmend gewirkt hat und auch auf das ganze Verhältnis der Arbeiter zum Unternehmer und zur ganzen Wirtschaft ungünstig einwirkte. In dieser Beziehung ist wertvoll, daß die Arbeitskammern befugt sein sollen, selbständig und aus eigener Initiative Erhebungen und Umfragen über Arbeitsverhältnisse und soziale Einrichtungen zu veranstalten und so die zuverlässigen Unterlagen für soziale Reformpläne zu beschaffen.

Die wichtigste Aufgabe der Arbeitskammern soll nach dem vorgelegten Entwurf aber darin bestehen, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu fördern, bei entstandenen Streitigkeiten zu vermitteln und schließlich Einigungsämter für den Wirkungskreis der Kammern zu errichten. Man wird dem aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus nur durchaus zustimmen können, denn zweifellos liegt in dieser Richtung noch sehr vieles im Argen, und wirtschaftliche und sonstige

Digitized by Google

Werte sind vergeudet worden in einem Maße, das nach diesem Kriege unerträglich ist. Es ist auch zu erhoffen, daß in der Beziehung günstige Ergebnisse erzielt werden, denn auch für diese Bemühungen hat der Krieg in mancher Hinsicht die Wege geebnet. Die Betrachtungsweise der Arbeiter gegenüber der Industrie ist doch weithin über den reinen Lohnstandpunkt hinausgekommen. Man betrachtet sie unter nationalen und und staatlichen Gesichtspunkten und findet so weithin gemeinsame Interessen des Absatzes, der Rohstoffbeschaffung, der Qualitätssteigerung, die beide Teile gleichermaßen angehen, und für einen gewissen Teil von Unternehmern sind auch sozialpolitische Dinge durchaus Fragen einer gedeihlichen Entwicklung der Produktion. Das findet durch eine solche gemeinsame Überarbeitung strittiger Wirtschaftsfragen sicher weitere Festigung, Ausdehnung und Vertiefung und wird auf das ganze Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sowohl stimmungsmäßig wie praktisch günstig einwirken.

Freilich wird sich bald zeigen, daß hier unter den einzelnen Arbeitskammern ein wesentlicher Unterschied ist, je nach Art und Geist der beteiligten Personen. Wo man in freiwilligem Zusammenwirken bisher schon sich als gleichberechtigt und durch viel Gemeinsamkeit zusammengespannt betrachtete, wie im Buchdruckgewerbe, in der Verarbeitungsindustrie usw., werden sie günstiger wirken, als im Gebiet der Schwerindustrie und des Bergbaues. Dort wird der Kampf der Arbeiter um ihre Anerkennung noch entschlossen weitergeführt werden müssen, bis die gesinnungsmäßigen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind, auf denen die Arbeitskammern als Instrumente sozialer Verständigung wirklich erfolgreich sein können.

Einzelvorschläge für Abänderungen des Entwurfs hinsichtlich der praktischen Ausgestaltung sollen hier nicht gemacht werden, das ist Sache der Gewerkschaften. Nur das eine, daß dem preußischen Eisenbahnminister zu viel Einfluß gegeben wurde, wo es sich um die Staatsarbeiter handelt. Gerade für sie sind Arbeitskammern im vollen Sinne besonders notwendig und geeignet, aber sie müssen auch so gestaltet sein, daß wirklich Parität nicht nur in der Form, sondern auch im Wesen herrscht und zur Geltung kommen kann.

Alles in allem aber ist es ein guter hoffnungsfroher Schritt vorwärts, der den Lohn des Vertrauens reichlich finden wird.

Notizen

Was Groß-Rußland durch den Brester Vertrag verlor. Einem Vortrage A. B. Sabanins über die Verluste, die Groß-Rußland durch den Brester Vertrag erlitt, entnimmt „Petrogradski Golos" vom 11. April folgende Ziffern: Der Gebietsverlust beträgt 770000 Q.-Werst (rund 930000 qkm), mit einer Einwohnerzahl von 56 Millionen Seelen, gleich 32 v. H. der Gesamteinwohnerzahl. Von 97 Millionen Deßjatinen Saatfläche verliert Rußland 28 Millionen, von 700000 Deßjatinen Rübenland 600000 Deßjatinen, gleich 85 v. H. Wälder tritt

Digitized by Google

Rußland im Umfange von 14000 Deßjatinen ab. An Eisenbahnen gehen 20530 Werst verloren, fast ein Achtel des gesamten Netzes. Die Eisengewinnung sinkt um 73,8 v. H. Der Verlust an Kohle beträgt 1688 Millionen Pud, oder 89 v. H. der Gesamtförderung.

Rußland verliert 268 Rübenzuckerfabriken (86 v. H.), 918 Webereien und Spinnereien (86 v. H.), 574 Bierbrauereien (57 v. H.), 133 Tabakfabriken (57 v. H.), 1642 Spritfabriken (56,2 v. H.), 43 Schnapsfabriken (53,1 v. H.), 244 chemische Fabriken (44,4 v. H.), 615 Papierfabriken (42,8 v. H.), 1073 Metallbearbeitungs-, Maschinen-, Apparate- und Handwerkszeugfabriken (46,5 v. H.) usw.

Die verlorenen Gebiete erbrachten 845238000 Rubel Staatseinnahmen, oder 38 v. H. der Gesamteinnahmen. 1800 Sparkassen befinden sich in den abgetretenen Gebieten.

Das Weizenproblem in den Vereinigten Staaten. „Berlingske Tidende" vom 7. April berichtet: Die Weizenfrage wird für Nordamerika immer ernster. Der sichtbare Vorrat nimmt von Woche zu Woche ab und beträgt jetzt nur 5,4 Millionen Bushels. Selbst wenn man hierzu den sichtbaren Vorrat in Kanada von 8,85 Millionen Bushels rechnet, ergibt dies zusammen nur etwa 14,2 Millionen gegen 88,9 Millionen im Vorjahre und 99,2 Millionen Bushels im Jahre 1916. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich außer diesen Vorräten noch größere Partien in den Händen der Landwirte befinden, da der Landmann infolge der Höchstpreise weiß, daß er bei der Hinausschiebung des Verkaufs nur Verlust durch Schwund und Zinsen hat. Man darf aber nicht vergessen, daß in den vorerwähnten 5,4 Millionen Bushels des Weizen- und Mehlbestände der Müller nicht mitgerechnet sind; man hofft, daß man mit diesen Vorräten durch die verbleibenden $3^1/_2$—4 Monate, bis der neue Winterweizen auf den Markt kommt, durchhalten wird; aber ohne noch größere Einschränkungen im Weizenverbrauch wird es nicht gehen. Europas Weizenversorgung muß daher in der Hauptsache durch Argentinien erfolgen, dessen Ernte der Menge wie der Güte nach eine ausgezeichnete ist. Die gewaltigen, in den beiden letzten Jahren in Australien und Ostindien angesammelten Vorräte können des Schiffsraummangels wegen nicht nach Europa kommen, und große Partien verderben infolge mangelhafter Lagerung und Behandlung.

Neuerscheinungen

Schweiz

Mit den Verhältnissen für Grundbesitz und Hypotheken in der Schweiz beschäftigt sich Dr. W. Brühlmann, „Grundbesitz und Hypothekarverhältnisse" (Schneider, St. Gallen). Er schildert die Notlage des schweizerischen Liegenschafts- und Baugewerbes und verlangt, um ihm aufzuhelfen, „Sistierung oder Reduktion der Häusersteuer, der Perimeterbeiträge, der Handänderungssteuern". Einen Überblick über „Die politische Lyrik der deutschen Schweiz" von 1830—1850 gibt eine Schrift von Dr. Henry E. Tièche (Verlag A. Francke, Bern). Fröhlich, Reithard und Gottfried Keller stehen im Mittelpunkt dieses Kreises. Von deutscher Seite ist hauptsächlich Wilhelm Wackernagel, der Professor für deutsche Literatur an der Baseler Universität, beteiligt. „Er verspottete mit Vorliebe die leere Freiheitsschwärmerei, die sich allenthalben breit machte. Im allgemeinen hat die politische Lyrik zur Erreichung der Bundesverfassung von 1848 ein redlich Teil beigetragen. Sie hat damit das Verdienst der Eidgenossenschaft den Weg geebnet zu haben." Geringer ist der literarische Wert. Die Gedichte jekundieren eigentlich nur die Leitartikel der Zeitungen. Der Ibero amerikanische Nachrichtendienst, Hamburg, eröffnet eine Zeitschrift „Deutschland-Spanien", ein Ausdrucksorgan der Arbeitsgemeinschaft deutsch-spanischer Gesellschaften" mit politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, literarischen Beiträgen und Vereinsmitteilungen.

Ein schweizerischer Landpfarrer Theodor Bäschlin stellt in einem zweibändigen Werke „Gerechtigkeit und Friede" von den Forderungen nach Gerechtigkeit und Frieden aus Betrachtungen über den Weltkrieg an (Verlag Bäschlin, Bern). Mit ethischen und religiösen Gründen ficht der Verfasser für Völkergemeinschaft und Völkerfrieden, wobei er die deutsche Friedenspolitik vor dem Krieg mit deut-

Digitized by Google

lichen Zeugnissen belegt und in Vergleich zu den britischen Wirtschaftsplänen setzt. Trotz des deutsch-englischen Gegensatzes hält er ein Zusammengehen in der Zukunft für möglich und seinen Glauben an den Sieg der Eintracht und des Friedens für gerechtfertigt. Eine eindringliche Kundgebung für den Frieden ist die Sammlung der Noten Benedikts XV. zum Weltfrieden (Urtext und deutsche Übersetzung von Arnold Strucker, Herder, Freiburg), der Ersatz für das angekündigte, aber noch nicht erschienene „Gelbbuch" des Heiligen Stuhls.

Diesen weiteren Aufgaben der Neutralität gegenüber treten die besonderen der objektiven Wahrung der Neutralität allmählich in den Hintergrund. Neuartig ist die Begründung der Notwendigkeit der Neutralität der Schweiz von der geographischen Seite durch Hermann Walser („Zur gegenwärtigen politisch-geographischen Stellung der Schweiz", A. Francke, Bern). „Große Teile unserer peripheren Lande haben das Recht, zu Staaten der Entente ebenso natürliche Beziehungen kulturlicher Art zu unterhalten, wie der größere Rest zu denen der Zentralmächte. Wir sind eine internationale kulturliche Grenzmark geworden. Nicht durch Anschluß an Macht und Streit für eine Gruppe unserer Großnachbarn, noch durch hin und her pendelnde Verteilung unseres kleinen Zugewichts an der Wage der Großmächte, sondern durch Betätigung der Kulturwerte des Friedens, selbst mitten im Kriege, in Verbindung mit allen unseren Nachbarn, sollen wir die Lehren unserer geographischen Lage beherzigen."

Reformationsliteratur

Schließlich sieht man auch in die nachträgliche Literatur zum Reformations-Gedenktag die Zeitstimmung einströmen: Arnold Reimann, Stadtschulrat in Berlin, der die „Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation (1500—1648)" (Georg Reimer, Berlin) zum Gegenstand eines Geschichtswerkes macht, begreift die Reformation als eine der größten Revolutionen der Weltgeschichte. „Sie hat in Wechselwirkung mit dem fortschreitenden Prozeß geistiger Befreiung auch über die deutschen Kreise hinaus den entscheidenden Stoß gegeben in dem langen Ringen zur Nationalität, zum Durchbruch des modernen, auf sich allein ruhenden Staates; sie hat Roms Weltherrschaft gebrochen, das politische Denken befruchtet und die Zusammenfassung der nationalen und schöpferischen Kräfte aller Völker, auch der katholischen, ermöglicht und im Laufe der Zeit mehr und mehr gefördert: ohne sie ist das moderne politische Leben undenkbar." Mit dem Sieg des Protestantismus verknüpft sich der Aufschwung der anderen germanischen Stämme, Englands, Hollands, Dänemarks, Schwedens, Amerikas. Während auf der anderen Seite die romanisch-katholischen Nationen Spanien, Italien, Frankreich allmählich politisch und kulturell zurückgingen. „So bleibt die Reformation der Eingang zum Tempel der neuen Zeit, der dem protestantischen germanischen Genius geweiht ist." Hermann Jordan gibt mit einem Buch über „Luthers Staatsauffassung" einen Beitrag zur Frage der Verhältnisse von Religion und Politik (Müller & Fröhlich, München, M. 3.50). Die Staatsanschauung Luthers, so ist das Ergebnis, hat ihren Einheitspunkt darin, daß sie auf einer einheitlichen, religiösen Anschauung von der Welt, der Arbeit in der Welt, dem Berufe und dem Staate ruht. „Luther wollte den Staat ebenso wie alles Leben in der Welt in eine gesamte Anschauung des evangelischen Christen einordnen, ihm ermöglichen, eine klare Stellung zur Welt und zum Staate einzunehmen." Julius Kaerst betrachtet „Die Reformation als deutsches Kulturprinzip" (C. H. Beck, München). Auch in dieser Schrift klingen geschichtliche Betrachtung und persönliches Bekenntnis zusammen: „Das germanische Element", so weist K. nach, „ist in seiner Verbindung mit dem Christentum, in der auf das Altertum folgenden Periode der Hauptträger der weltgeschichtlichen Bewegung geworden. Der deutsche Geist reift in der inneren Auseinandersetzung mit dem ‚des Christentums und dem Geist der Antike' zu einer Selbständigkeit heran. Diese Selbständigkeit zu mehren und immer tiefer auszugestalten, ist unsere geschichtliche Aufgabe."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 17. Mai 1918 • Heft 20

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

In der preußischen wie in der ungarischen Wahlrechtsfrage scheint die Krone jetzt entschlossen zu sein, grundsätzlich vor einer Auflösung des Parlaments auch während des Krieges nicht zurückzuschrecken. Dadurch, daß man dies amtlich oder halbamtlich kund gibt, hofft man stärker als mit verschleierter Drohung den Weg zu ebnen, der zur Verständigung führt; an sich bleibt die Vermeidung eines Wahlkampfes natürlich wünschenswertes Ziel. Die preußische Regierung will aber erst die Fassung des Abgeordnetenhauses vor das Herrenhaus gelangen lassen — teils um mit dem Zeitgewinne den militärischen Bedenken Rechnung zu tragen, teils weil sie hofft, im Herrenhaus eine geneigtere Stimmung für ihren Entwurf zu finden. Eine kühne Hoffnung, solange die Regierung an das heutige Herrenhaus denkt, eine Leichtigkeit, wenn sie von dem Recht des Pairschubs Gebrauch macht. Will sie das, dann läßt sich ihre Taktik rechtfertigen; denn die Möglichkeit des Pairschubs wird den Entwurf vor einer Verschleppung bewahren. Das Herrenhaus wird unter ihrem Druck sich an eine rasche Arbeit halten. Denn dies muß die Regierung im Augenblick auf alle Fälle vermeiden, daß eine gleichgültige Behandlung ihre Autorität, die nicht eben gehoben aus den letzten Wochen hervorging, ruinieren kann. Der Wille des Königs ist unverwandelt stark; das muß den Ministern die Sicherheit zu entschlossenen Maßnahmen geben.

*

Das gleiche Wahlrecht ist nicht ein Schlagwort, dem man nachgibt, damit irgendein unerwünschter Lärm zur Ruhe kommt. Es hat einen politischen, staatsaufbauenden, volkserzieherischen Sinn. Fügt man es in eine Verfassung ein, indem man gleichzeitig wesentliche Bestandteile des öffentlichen Lebens (wie etwa die Frage des Gemeindewahlrechts mit dem zum Widersinn gewordenen Hausbesitzerprivileg) aus der praktischen Wirkung der normalen Parlamentsarbeit ausscheidet, dann begeht man einfach eine Täuschung, betreibt Politik um der Fassade willen. Das ist der Kern des Gedankens der „Sicherungen", der jetzt die preußische Verfassungsreform verunklart.

*

Digitized by Google

Herr v. d. Osten hat neulich im Landtag behauptet, daß der Kronprinz von dem Plan des gleichen Wahlrechts nichts gewußt habe. Er wisse das aus guter Quelle. Die bisherige Auffassung war und mußte sein, daß der König die wichtige Entscheidung mit dem Thronfolger durchgesprochen hatte, ehe er den Juli-Erlaß hinausgab. Die Konservativen legen es nun aber ganz öffentlich darauf an, den Kronprinzen für ihre Stellungnahme zu beanspruchen. Das war auch der Ton der Geburtstagsartikel von Zeitungen, die den 27. Januar mit Schweigen begehen. Die Regierung muß irgendwann das Bedürfnis haben, über diese Dinge Klarheit zu schaffen; sie wird sonst erleben, daß sich die Fronde mit einer Kronprinzenlegende bewehrt. Und das erscheint heute untunlich genug.

*

Staatssekretär Dr. Solf, der vor einigen Wochen auf einer Dienstreise in der Schweiz plötzlich und schwer erkrankte, ist jetzt erfreulicherweise gänzlich außer Gefahr; wenn ihm auch ärztlich noch für Wochen strengste Schonung anbefohlen wurde, so geht er doch seiner völligen Wiederherstellung entgegen. Die Freunde seiner politischen wie kolonialen Ziele freuen sich, auch um des Vaterlandes willen, mit der ungebrochenen Kraft des Staatsmannes weiter rechnen zu dürfen.

*

Die englischen Militärs empören sich gegen Lloyd Georges Kriegspolitik. Das ist der Sinn der Angriffe von General Maurice. Hinter der englischen Niederlage vom Märzende bildete dies den Streitpunkt: waren auf französischem Boden genügend Truppen oder hat Lloyd George die Reserven durch die Orientunternehmen zersplittert? Der Premier sagt: da waren sie! Und man hört sein Schweigen: aber sie wurden falsch verwandt. Daß er so preisgegeben wurde, läßt den englischen Generalstab vor Wut aufschäumen und einer seiner populärsten Leute wird die Waffe gegen George. Der paukt sich in einer großen Rede noch einmal frei, aber er sieht zum erstenmal die liberale Führerschaft der früheren Minister in geschlossener Opposition. Asquith droht, aber er hat nicht den Mut zur Erbschaft.

*

Die Tatsache, daß die finnische Weiße Garde an der Grenze Großrußlands steht und dort sich zur militärischen Auseinandersetzung mit Petersburger Truppen bereit halten muß, zeigt deutlich genug, daß es in dem finnischen Feldzug sich nicht um einen Bürgerkrieg handelte, sondern um die Notwendigkeit, dem imperialistischen Bolschewismus Gelände abzuzwingen. Wie die militärischen Verhältnisse sich gestalten werden, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden. Die deutschen Hilfstruppen werden, wenn Finnland selber befriedet ist, Gewehr bei Fuß stehen müssen. Ob die finnischen Militärhandlungen selber als abgeschlossen gelten können, hängt wesentlich von der Gestaltung der Lage in Karelien ab; im Besitze von Kola und der Murmanbahn kann England, kann eine militärisch sich reorganisierende großrussische Macht, gleichviel welcher Prägung, eine gefährliche Flankenstellung einnehmen.

Digitized by Google

Die Ordnung des Balkans

Von Dr. Ernst Jäckh

„Nicht der Dreizack Neptuns, sondern das Schwert vom Norden wird das Schicksal des Balkans regeln und die Frage des Ostens lösen." In diesem Bild hat einst Moltke die heutige Gegenwart und die morgige Zukunft vorausgeschaut und zusammengefaßt.

Das Gleiche hat König Karol von Rumänien erwartet und gewollt. Die Königin Carmen Sylva erzählte von ihm, daß er, einmal gefragt, warum er, der Hohenzoller, nach Bukarest gegangen sei, ein Lineal genommen und damit auf der Weltkarte Berlin—Bombay verbunden und geantwortet habe: „Weil Rumänien auf der Linie dieses Lineals liegt!"

Der Friede von Bukarest rückt das durch eine unnatürliche Versuchung und in einem unverständigen Versuch abgeirrte Rumänien nunmehr wieder zurecht und politisch dahin, wohin es geographisch immer gehört hat und immer gehören wird: in die Reihenfolge, die der Bukarester Friedensvertrag also aufzählt: „Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei — und Rumänien." Genau wie es schon vor zwei Jahren der englische Politiker Garvin als Notwendigkeit formuliert hat: wenn der mitteleuropäisch-vorderasiatische Zusammenhang für Deutschland bestehen bleibe, so müßte schließlich auch Rumänien sich dort anschließen; ja sogar Serbien und Griechenland, soweit sie noch übrig bleiben, müßten sich so entscheiden! Wir werden auch diese geographisch-politische Gesetzmäßigkeit sich erfüllen sehen ...

Rumänien ist von keinem „Dreizack" einer Seemacht her mehr erreichbar, sondern nur noch vom „Schwert" Deutschlands und der deutschen Bundesgenossen. Kein englisches und kein französisches Kriegsschiff konnte bisher Rumänien drohen noch helfen; auch kein russisches Kriegsschiff kann es mehr — weder im Schwarzen Meer noch auf der Donau. Nur noch Deutschland verbündete oder befreundete Staaten sind Anlieger Rumäniens, rings um das Land und rings um das Meer. Auch der russische „Dreizack" ist verschwunden; das „Schwert vom Norden" hat entschieden und bleibt entscheidend — und hat es leicht gegenüber dem jetzigen und künftigen Rumänien. Denn der Friedensvertrag von Bukarest hat bestätigt, was die „Deutsche Politik" vor zwei Monaten (im Heft 11) so angedeutet und umschrieben hat:

So kann Rumänien jetzt Rußland gegenüber den Zustand vor 1878 wieder herstellen (genau wie die Türkei): durch die Wiederergreifung von Beßarabien, das Rußland ihm damals abgenommen hat zum Ausgleich der Dobrudscha. Das ist die eine Festlegung des neuen Rumänien: gegen Rußland. Die andere ist: für Mitteleuropa. Und zwar durch die Erfahrung harter und bleibender Tatsachen von zweierlei Art: solcher, die Rumänien für uns gefahrlos machen, und solcher, die Rumänien vorteilhaft werden. Das erste ist eine Grenzsicherung und Grenzstärkung für unsere Verbündeten Ungarn und Bulgarien, die beiden Nachbarn Rumäniens: also nördlich in den Karpathenpässen sowie nordwestlich an der Donau, und südlich der Donau entlang sowie südöstlich durch die Dobrudscha. So geht Rumänien aus den Kar-

Digitized by Google

pathenpässen heraus und auch über die Donau zurück; weder Ungarn noch Bulgarien haben Rumänien mehr zu fürchten. Rumänien seinerseits hat aber kein Rußland und keine „Entente" mehr zu fürchten: denn die Donau bleibt nicht mehr „international" d. h. russisch-englisch-französisch kontrolliert und beherrscht (infolge der englisch-französischen Mitwirkung im Krimkrieg 1856), sondern sie wird „mitteleuropäisch", d. h. vierbundmäßig-rumänisch. Ähnliches gilt für den Eisenbahnverkehr: durch Rumänien hindurch; und auch für Rumänien auf der (durch Bulgarien führenden) Bahnlinie Cernawoda—Konstanza, die wie auch der Hafen Konstanza eine gemeinsame „mitteleuropäische" Angelegenheit wird: genauer gesagt, eine deutsch-bulgarische Gemeinschaft (mit besonderer Sicherung der deutschen Stellung, also auch der deutschen Verbindung nach Batum und weiterhin).

Dazu kommen die wirtschaftlichen Bindungen und Sicherungen, in Öl und Brot: die rumänische Petroleumversorgung macht uns unabhängig von Amerika und die rumänische Getreidelieferung (auch noch für zehn Jahre nach dem Krieg) macht uns stark gegenüber feindlichen Anschlägen ... So rückt Rumänien an den „Konzern" des Vierbundes heran (geographisch-politisch) und sogar in ihn bereits hinein (finanziell-wirtschaftlich).

Die Friedensverträge sind in den nationalen Sprachen des Vierbundes und Rumäniens abgefaßt: Frankreich ist ausgeschieden, wie es samt England und Rußland aus der Donau und aus dem Schwarzen Meer ausgeschieden ist. „Die Donaumündungskommission wird fortan nur aus Vertretern von Staaten bestehen, die an der Donau oder an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres gelegen sind." Und: Nur „Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei und Rumänien haben das Recht, auf der Donau Kriegsschiffe zu halten". Diese beiden Sätze lesen sich so einfach und so natürlich, daß man meinen könnte, es hätte immer so sein müssen. Und doch bringen sie für den Balkan und für Europa eine solche Umwälzung und Neuordnung — etwa wie wenn das spanische Gibraltar wirklich wieder spanisch würde. England, Frankreich und Rußland werden durch jene Sätze aus der Stellung ausgetrieben, die sie seit 1856 durch mehr als ein halbes Jahrhundert ausgenützt haben: an der Donaumündung und im Schwarzen Meer, also auch vom Balkan herunter. Die Ordnung des Balkans geschieht zum erstenmal durch die Balkanstaaten selbst — — und ohne die westeuropäische Einmischung von London und Paris und frei von der russischen Vorherrschaft. Der kontinentale Zusammenhang und die kontinentale Nachbarschaft entscheiden dort endlich und zum erstenmal gegenüber der maritimen Ferne und der machtpolitischen Anmaßung. Das Gesetz und das Vorrecht der Geographie wird so zum Gesetz, zum Recht und zur Kraft der Politik. Die Nähe des „Schwertes" bestimmt, nicht die Ferne des „Dreizacks".

Das kann auch für das Schwarze Meer eine völlige Neuordnung, überhaupt erst eine Ordnung bringen. Rußland grenzt nicht mehr an das Schwarze Meer; eine russische Flotte besteht auch nicht mehr: sie ist in deutsch-türkischem Besitz. Nur eine türkische Flotte fährt jetzt auf dem Schwarzen Meer. Eine bulgarische Flotte gibt es nicht, eine rumänische auch nicht, eine ukrainische auch nicht, eine kaukasische

Digitized by Google

auch nicht. Alle Anlieger bekennen sich zur gleichen Politik, zur Politik des Vierbundes, als Verbündete (wie Türkei und Bulgarien) oder als Befreundete durch die Lehren des Krieges (wie Rumänien, Ukraine und Kaukasien); keiner kann eigene Kriegsschiffe bauen. Wie nun, wenn die Türkei ihre Flotte dem Mittelmeer zuwenden würde, eine gesammelte Kraft gegen England? — wenn Bulgarien, das immer breitere Mittelmeermacht wird, gleichfalls dort sich stark machen würde? und wenn alle Anlieger des Schwarzen Meers sich verpflichten würden, das Schwarze Meer zu entwaffnen und es dem friedlichen Verkehr zu überlassen? Eine solche Neuordnung würde das Schwarze Meer, den bisherigen Ausgangspunkt der russischen Expansion zum Balkan hin, zum Bosporus hinaus, zum Orient hinein, umwandeln in eine künftige Mittlerschaft zwischen Europa und Vorderasien bis nach Mittelasien. Die Worte Konstanza und Batum können Zusammenhänge andeuten, die dem gleichen Willen gemeinsamer Interessen aller Zwischenglieder dienen — „von Hamburg bis Herat" (samt dem dazu gehörigen Flankenschutz „Berlin—Bagdad"), frei vom „englischen Dreizack", befreit durch das „Schwert vom Norden". . .

Der Friede von Bukarest setzt neben dem bekehrten Rumänien ein anerkanntes Groß-Bulgarien fest. Zwar ändert sich im Augenblick die bulgarische Grenze gegenüber Rumänien nur ein wenig über den bulgarisch-rumänischen Zustand zurück und hinaus, wie er vor Rumäniens Balkankriegsraub war; aber die wirkliche Besitzergreifung auch der nördlichen Dobrudscha bis zur Donau ist nur eine Frage einer kurzen Zeit bis zur bulgarisch-türkischen Grenzklärung, und die schließliche Linienführung gegenüber dem verkleinerten Serbien und auch gegenüber einem geschmälerten Griechenland läßt sich heute schon fühlen. Groß-Bulgarien steht da: alle Bulgaren in einer starken Einheit zusammenfassend und alle Balkanstaaten als stärkste Vormacht überragend; befreit vom russischen Druck und sicher als Vierbundsgenosse. Die bulgarische Klugheit hat die richtige Karte erkannt: es schien, als ob es zwei Möglichkeiten geben sollte; in Wirklichkeit ist aber immer nur eine einzige Wahl möglich gewesen, eben die mit den Mittelmächten und mit der Türkei. Gesetzt den Fall, Bulgarien hätte sich anders entschieden (für die Entente): was hätte es gewonnen? Gewiß: Bulgarien hätte dann gegen Konstantinopel marschieren können, dessen Truppen damals in den Dardanellen die englisch-französische Übermacht abwehrten; vielleicht sogar nach Vorderasien hinüber. Aber was dann? Rußland hätte nie und nimmer Bulgarien im Besitz von Konstantinopel gelassen; und Bulgarien hätte sich mit dem türkischen Vorgelände (etwa bis Enos-Midia) begnügen müssen, hätte sich also mit fremdem und feindlichem Volk belastet, ohne seine eigene Volkseinigung zu erreichen, die nach wie vor in Serbien, Rumänien und Griechenland zersplittert geblieben wäre. Ein solches ententistisches Bulgarien wäre einer von vier ententistischen Balkanstaaten geblieben, gleichbedeutend neben dem gleichfalls siegreichen Serbien, Rumänien und Griechenland, oder — besser gesagt — gleich unbedeutend, weil gleichmäßig abhängig von der Willkür der Entente. Das wirkliche Interesse Bulga-

Digitized by Google

riens wies den Weg zum Vierbund und mit ihm zum Ziel eines national einigen Groß-Bulgarien. So hat Bulgarien sich selbst den gleichen Dienst erwiesen wie zugleich den Vierbundsteilhabern.

Genau das Gleiche gilt von der Türkei: auch sie hat, wenn sie das türkische Interesse richtig sah und recht verstand, nur eine einzige Entscheidung treffen können: für die Mittelmächte, und damit für sich selbst. (Das ist in der „Deutschen Politik" wiederholt so eingehend dargelegt worden, daß heute weitere Worte überflüssig sind.) In den Dardanellen hat die Türkei ihren eigenen Bestand wie die Weltkriegsentscheidung für den Vierbund gegen Osten erkämpft. Gesetzt den Fall, die Türkei wäre neutral geblieben oder die Dardanellen wären gefallen, so hätte die sichere Verbindung der englischen und der französischen Flotte mit dem Schwarzen Meer und die reichliche Versorgung Rußlands mit Munition, zugleich aber auch der englisch-französische Druck auf Rumänien und Bulgarien und auch ihre Munitionsversorgung gegen uns — so hätte das alles den gesamten Osten und Südosten gegen Österreich-Ungarn und uns bis zur Unüberwindlichkeit gestärkt und gesteigert.

So hängt im Vierbund ein Glied im andern Glied: erst (zeitlich) die türkische Dardanellenentscheidung: sie sicherte die Türkei und zugleich Bulgarien. Dann (als Folgemöglichkeit) die bulgarische Eingliederung: sie sicherte Bulgarien und zugleich auch die Türkei. Beide — Türkei und Bulgarien — brauchten sich gegenseitig und brauchen sich gegenseitig. Diese Grundtatsache wird auch die jetzt schwebende Grenzfrage entscheiden müssen: nicht um eine Quadratkilometerverrechnung mit dem Maßstab einer mißtrauischen Vergangenheit darf es sich handeln, sondern um eine Grenzfestsetzung als Zeichen einer vertrauensvollen Zukunft, deren Ziel ein bulgarisch-türkisches Bündnis sein muß. Das ist möglich und nötig. Dann wird die Ordnung des Balkans eine endgültige sein.

Der Vierbund hat ein gemeinsames und gleichmäßiges Interesse an einer solchen Ordnung. Die Mittelmächte sind von Rußland her bedroht und angegriffen worden, weil ihre Arbeit in den Orient hineingewachsen ist. Der Krieg hat gegen Rußland-Estland und für den mitteleuropäisch-vorderasiatischen Zusammenhang entschieden: in diesem Zusammenhalt ist der bulgarische wie der türkische Brückenbogen notwendig und wichtig, der eine bis zum Schwarzen Meer, der andre bis nach Mittelasien. Diese Gleichmäßigkeit der Interessen aller Beteiligten verbürgt die Grundfestigkeit des Gesamtwerkes, deren Werden jenes Wort des preußischen Generals Moltke kennzeichnet, deren Wollen das gleichzeitige Wort des schwäbischen Philosophen Carl Christian Planck andeutet:

„Dieselbe Zeit, in der für die stolze Staatsweisheit Altenglands die Stunde ihres Schiffbruches kommen wird, dieselbe Zeit wird mitten in dem allgemeinen Wanken und Erbeben der Staaten durch die Kraft und Tiefe des deutschen Geistes eine neue schaffende Ordnung der Dinge erstehen sehen, und höher als die Flagge Britanniens wird einst das Banner jener einen bleibenden Rechtsmacht wehen, zu deren festem und sicherem Thron die deutsche Hand den Grundstein zu legen bestimmt ist."

Digitized by Google

Die Bewegung in Deutschösterreich

Von Prof. Dr. Robert Sieger, Graz

Die richtige Auffassung der jüngsten Entwicklung in Deutschösterreich wird durch die mangelhaften und einseitigen Darstellungen in der Wiener großen Presse vielfach erschwert. Vor allem übersieht man leicht, daß es eine aus breiten Schichten der Bevölkerung hervorgegangene Bewegung ist, die sich an die Abgeordneten und, soweit sie diese nicht mitzureißen vermag, gegen sie wendete — daß sie also nach dem Maßstab solcher elementaren Bewegungen beurteilt werden muß, nicht wie taktisch wohlerwogene, theoretisch durchdachte oder in Doktrinen und Parteiprogrammen verankerte „parlamentarische Aktionen", die erst allmählich aus ihr hervorgehen können. Sie ist die unmittelbare Antwort auf die maßlose Haltung der Slawen und das Entgegenkommen der Regierung gegen diese[1].

Die Enttäuschung der Deutschen über die Rückstellung ihrer Neuordnungspläne und über die Absicht, eine Verfassungsreform durch das bedingungslos einberufene Abgeordnetenhaus mit seiner slawischen Mehrheit beraten und beschließen zu lassen, wäre insbesondere von den deutschen Abgeordneten nicht allzuschwer überwunden worden, wenn die Regierung das vom Grafen Clam übernommene Staatsprogramm mit Entschiedenheit festgehalten hätte, und wenn die Slawen, wie es zeitweise den Anschein hatte, von ihren tönend verkündeten Meistforderungen zugunsten gemäßigterer Ansprüche, wie sie sich in dem Schlagwort „nationale Autonomie" spiegeln, abgegangen wären. Es konnte längere Zeit erwartet werden, daß die so scharf ausgesprochenen Gegensätze sich praktisch zu dem Widerstreit zwischen der Forderung „nationale Autonomie im Gesamtstaat" und „nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Kronländer" herabmindern würden, und man hoffte insbesondere von der Haltung der Polen, daß sich aus den darüber geführten Verhandlungen schließlich eine allgemeine Regelung im Sinne der nationalen Kreisteilung innerhalb der Länder mit gewissen gegenseitigen örtlichen Zugeständnissen ergeben würde. Die Machtpolitik der Polen, welche wieder das Zünglein an der Wage spielen und die Sonderstellung Galiziens, ja die austropolnische Lösung nicht einmal mit Zugeständnissen an die Ruthenen bezahlen wollten, war ein Hindernis für eine solche Entwicklung. Schwerer wog die Haltung der Tschechen und der Südslawen, insbesondere nachdem sie gesehen hatten, daß die Regierung für die in der Kriegszeit gefällten militärischen Urteile und Verfügungen nicht eintreten konnte oder wollte. Statt die Auflösung des Abgeordnetenhauses in Erwägung zu ziehen, deren Androhung vielleicht noch genügt hätte, um die beabsichtigte Aufhebung jener Entscheidungen hintanzuhalten, griff die Regierung nach dem von unverantwortlichen Kreisen (man nennt allgemein die Namen Polzer und Lammasch) der Krone nahegelegten Auskunftsmittel der Amnestie.

[1] Vgl. „Deutsche Politik" vom 3. August 1917 und 11. Januar 1918.

Digitized by Google

Seither fühlten sich die Slawen als Herren, ihre Meistforderungen vom Mai 1917 wurden als unumgängliches Mindestmaß bezeichnet und die Prager Beschlüsse vom 6. Januar 1918 sowie die Agramer vom Ende Februar griffen noch über sie hinaus. Noch ehe es so weit gekommen war, waren sich weitere deutschbürgerliche Kreise, zunächst in den Alpenländern, über die bedenklichen Folgen jeder Art von allgemeiner nationaler Autonomie klar geworden. Daß diese Erkenntnis weiter griff und auch die Abgeordneten immer mehr erfaßte, ist großenteils der politischen Kritik des Abgeordneten Jesser und der endlich einsetzenden klaren Darlegung der Folgewirkungen auf Verwaltung und politische Gestaltungen zuzuschreiben, die ein erfahrener Verwaltungsbeamter, Graf Pace, in nicht veröffentlichten aber vielverbreiteten Denkschriften gab. Während die Slawen das von Graf Clam übernommene Regierungsprogramm ablehnten und es schon dadurch undurchführbar wurde, konnten sich auch die meisten deutschbürgerlichen Abgeordneten nicht mehr dafür erwärmen. Noch aber suchte man mit heißem Bemühen eine allgemeine Formel für die Verfassungsreform.

Die breiten Schichten der Bevölkerung empfanden immer lebhafter, daß ein Schema für die mannigfachen, von Gebiet zu Gebiet verschiedenen Lebensbedingungen des deutschen Volks nicht genügen könne. Sie verlangten mit steigendem Nachdruck, was ihnen nach ihrer Erfahrung in ihrer Heimat als notwendig erschien, und kamen so in der Hauptsache zu dem vielverlästerten, als bloße Zusammenfassung örtlicher Forderungen ohne höhere Gesichtspunkte und innere Logik verspotteten Osterprogramm zurück. Zunächst griffen die Deutschböhmen, durch das Verlangen nach einem tschechoslowakischen Staat und nach ihrer Eingliederung in diesen bei ungenügendem Schutz ihrer Minderheitsrechte in steigendem Maße gereizt, auf ihre alte Forderung nach Zweiteilung in der Verwaltung Böhmens zurück, und da diese nicht genügende Sicherheit bot, über sie hinaus zu dem Verlangen nach einem eigenen Kronland Deutschböhmen. Daß sie dieses als Provinz bezeichnen, betont den Gegensatz zu den Slawen, welche dem Gesamtstaat so gut wie keine Macht übriglassen wollen, nur um so schärfer. Die Erklärung, sich mit allen Mitteln der Einverleibung in einen tschechisch regierten Teilstaat zu widersetzen, wurde von allen Parteien Deutschböhmens gefordert und sie schlossen sich ihr an — die Sozialdemokratie allein hielt an der allgemeinen nationalen Kreisteilung in Österreich fest, mit der sich allerdings die deutschböhmische Forderung vereinbaren ließ. Von den aus dieser erwachsenden Schwierigkeiten und Teilfragen, wie über die Stellung der Sprachinseldeutschen, über die man schließlich innerhalb des böhmischen Deutschtums zu grundsätzlicher Einigung kam, kann hier nicht geredet werden. Die Südslawen erhoben nun neben ihrer Forderung des südslawischen Staats die besondere — als ein Schritt zu dessen Vorbereitung aufzufassende — nach der nationalen Autonomie für die „slowenischen Gebiete". Praktisch stellt man sich diese als „administrative" Abtrennung des keineswegs rein slowenischen, sondern von lebenskräftigen und wachsenden deutschen

Digitized by Google

Sprachinseln durchsetzten Untersteiermark und Südkärnten vor. Daneben aber betrieb man in allen südslawischen Gebieten Österreichs und auch in den genannten, ja in dem eroberten Friaul eine leidenschaftliche Werbetätigkeit für den Anschluß an den Südslawenstaat. Die alpenländischen Deutschen und die deutschfreundlichen Slowenengruppen der zur Abtrennung verlangten Gebiete erfaßte nun eine ähnliche Erregung, wie kurz vorher die Deutschböhmen. Auf zahlreichen Volkstagen wurde sowohl gegen den jugoslawischen Nationalstaat, wie gegen die Teilung Steiermarks und Kärntens Stellung genommen. Die südösterreichischen deutschen Volksräte, welche an die Spitze der Bewegung traten, beschlossen aber in Klagenfurt am 10. Februar nicht nur, daß der Weg nach Triest Österreich und dem Deutschtum erhalten, die slowenischen Gebiete also zisleithanisch bleiben müssen, sondern auch, daß sie gegen eine Regelung der südslawischen Frage, die im Einvernehmen mit Ungarn und Kroaten und unter den Deutschen und dem Staate Österreich vorteilhaften Bedingungen erfolgt, keine grundsätzliche Einwendung haben. Unter diesen Voraussetzungen würden sie eine Erweiterung des kroatischen „Subdualismus", d. h. des unter Ungarns Oberherrschaft stehenden „autonomen" Kroatien, auf Dalmatien und das Gemeinsame Verwaltungsgebiet zugeben und verlangen die Einleitung von Verhandlungen darüber. Es wird also nur die Angliederung der Slowenen an das Serbokroatentum abgelehnt, für die auch viele Kroaten und der Großteil der slowenischen Bauern keineswegs begeistert sind.

Von wesentlicher Bedeutung ist nun, daß die beiden großen Teile des deutschösterreichischen Volks die sich so oft in doktrinärem Gegensatz befanden, weil jeder das, was ihm in seinem Gebiete frommt, zur Richtschnur für ganz Österreich zu machen strebt, sich nun gegenseitig verstehen und bescheiden. Jeder tritt für die Forderungen des andern ein, obwohl (und weil) sie verschieden sind von denen, die er auf seinem Gebiet für sein Gedeihen erhebt. Das ist der Inhalt der gemeinsamen Beschlüsse aller deutschen Volksräte zu Wien am 24. März; auch eine feste Organisation des Deutschtums durch den Zusammenschluß der Volksräte und die Neugründung solcher dort, wo sie noch fehlen, wurde damals beschlossen und ist in Ausführung. Die Abgeordneten, die man nicht zu Rate zog, weil man die wohlwollende Haltung ihres Großteils gegen die Regierung Seidler mißbilligt, waren darüber zum Teil nicht erfreut. Die Männer des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien ergriffen die nächste Gelegenheit, die sich bot, um die Führer der neuen Bewegung anzugreifen. In den verschiedenen Versammlungsreden und Beschlüssen spielt das Verlangen nach „Neuorientierung" gegenüber der Regierung und dem Staat eine immer größere Rolle. Die bedingungslose Bewilligung des Staatsvoranschlags (nicht der Kriegskredite) wird den Abgeordneten zum Vorwurf gemacht; es wurde da und dort gesagt, der nationale Gesichtspunkt solle für die Deutschen allein bestimmend sein, die Sorge und Verantwortung für den Staat müsse man der Re-

Digitized by Google

gierung überlassen usw., manchmal in kräftigeren Worten, als die Zensur durchließ. Das gefiel zunächst den Christlichsozialen nicht, die auf einen internationalen friedensfreundlichen Flügel von Einfluß Rücksicht zu nehmen haben, aber auch der deutschnationale Leitungsausschuß erklärte, daß solche vereinzelte Äußerungen nicht der allgemeinen Stimmung der Deutschen entsprechen, diese wollen den Staat nicht „preisgeben", ihn nicht „den nationalen Gegnern überlassen" usw. War es an sich verfehlt, angesichts der unscharfen Grenzen, die zwischen Staatspolitik und Regierungspolitik in Zeiten fortgesetzter Erörterungen über Verfassungsänderung bestehen, von Volkskundgebungen eine staatsrechtlich genaue und ängstlich korrekte Form zu fordern, so war der Schritt taktisch ein Mißgriff. Die Regierung, gegen die sich die deutsche Bewegung richtete, wurde von den Abgeordneten sozusagen beruhigt und den deutschen Forderungen damit ihr Nachdruck genommen. Den Slawen, die mit „Staatstreue auf Kündigung" sehr geschickt arbeiten und ebenso geschickt ihren Patriotismus hervorkehren, gab man die Anwürfe gegen die Deutschen durch ein förmliches Zugeständnis geradezu in die Hand. Im Volk aber, das sich von den Abgeordneten nicht schulmeistern lassen will, *verstärkte* man die bekämpften Strömungen und diente damit denjenigen, die sie für Parteizwecke ausnutzen wollen. Und dabei ist die gegebene Stellung der Deutschösterreicher außer Zweifel: *für* den Einheitsstaat, wie er war und auszugestalten ist, *gegen* jederlei Zukunftsstaat, der den Deutschen eine Zwangsherrschaft auferlegt und Österreich teilt und schwächt.

Die Gefahr, sich in akademischen Fragen gründlich zu zerzanken, wurde aber beseitigt. Einzelne Abgeordnete und Gruppen, ja Parteien lehnten den Beschluß des Leitungsausschusses ab, schließlich die große Mehrheit der Abgeordneten. Das Einvernehmen ist im Werden. Aber diese Vorgänge beleuchten zweierlei: die Gefährlichkeit des Mangels an allseits anerkannten Führern, der immer wieder Programmstreitigkeiten ermöglicht, und die Tatsache, daß die Abgeordneten nicht einmal formell mehr führen, sondern sich vom Volkswillen oft widerstrebend führen lassen müssen.

Neben den Volksräten, von denen wir die Neugestaltung der nationalen Organisation erhoffen, ist auch das *Herrenhaus* stärker hervorgetreten. Das hängt mit den Ereignissen zusammen, welche die Volksbewegungen verstärkten. Die Ernährungsfragen in Deutschböhmen, die voriges Jahr besonders von Herrenhausmitgliedern zur Sprache gebracht wurden, haben kürzlich zum Verlangen des Anschlusses an die reichsdeutsche Versorgungsorganisation geführt; aber auch in Tirol ist eine ähnliche Forderung mit einer für die Regierung wenig schmeichelhaften Begründung erhoben und Bevollmächtigte nach München und Budapest geschickt worden. In letzter Zeit aber waren es die Enthüllungen der *Czerninschen* Rede vom 2. April und jene, die ihr folgten, was im deutschösterreichischen Bürgertum die größte Unruhe hervorrief. Man sah das *Bündnis* mit Deutschland durch unverantwortliche Einflüsse gefährdet und mutmaßte in diesen auch die Urheber der schwachen Innenpolitik. Die beiden

Digitized by Google

Mehrheitsparteien des Herrenhauses haben neben einzelnen Abgeordneten vor allem das Verdienst, der Verwahrung dagegen einen würdigen und wirksamen Ausdruck gegeben zu haben. Im deutschen Volk aber treten die böhmische und südslawische Frage für den Augenblick in den Hintergrund gegen die Sorge um den Grundpfeiler der österreichischen Staats- und Weltstellung und der nationalen Kraft, um das mitteleuropäische Bündnis. Deshalb rief die Entlassung Ezernins, der keineswegs allzugroße Verdienste um das österreichische Deutschtum hat, und gewisse Begleiterscheinungen, deren Besprechung eine plötzlich verschärfte Zensur unmöglich machte, so lebhafte Äußerungen des Unwillens hervor.

Bezeichnend ist nun die Haltung der slawischen Deklaranten. Sofort nach der Kundgebung der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses erklärten die Vertreter der Mai- und Januardeklarationen mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen dem Ministerpräsidenten gegenüber, daß die Deutschen (und dabei wies man auf das Herrenhaus hin) der Krone und dem Staate die Treue gekündigt hätten. Und um die eigene „Loyalität" ganz zweifellos erscheinen zu lassen, wandte man sich halb und halb von den älteren Kundgebungen ab. Bezeichnend ist die Haltung der slowenischen Schusterschitz-Gruppe, deren Führer vielleicht der gewandteste politische Taschenspieler Österreichs ist. Unter steter Betonung ihres dynastischen Patriotismus zur Macht gelangt, schloß sich diese Gruppe später der südslawischen Maideklaration an und erklärte es erst kürzlich als Verleumdung, daß sie nicht ganz auf deren Boden stehe. Und nun Ende April erhebt der Adjutant des „Herren von Krain", der Domherr Dr. Lampe gegen seinen Bischof (Fürstbischof Jeglitsch in Laibach) beim Wiener päpstlichen Nuntius die Beschwerde, er habe sich der „hochverräterischen" Deklarationsbewegung angeschlossen und dadurch wie durch andere Schritte die Belange des Glaubens und der Kirche gefährdet. Geht das in erster Linie gegen die vom Bischof geförderte, augenblicklich stärkere andere Gruppe der Slowenischklerikalen, die des Abg. Koroschetz, so beleuchtet es doch das Streben der Tschechen und Südslawen, sich der Dynastie als die wohlmeinendsten, zuverlässigsten Anhänger darzustellen. Was aus diesen Wirren hervorgehen wird, liegt vielleicht schon klarer, wenn diese Zeilen erscheinen. Christlichsoziale Blätter verzeichnen vereinzelte, aber sich mehrende tschechische Stimmen gegen die Deklarationen und hoffen, daß bei den nichtdeutschen Völkern nach den Mißerfolgen ihrer Wortführer gemäßigte Anschauungen wieder geltend werden und daß eine Arbeitsmehrheit mit ihrer Hilfe gebildet werden könne. Andere teilen diese Hoffnung nicht, sondern sehen in der augenblicklichen ruhigen Haltung und dem Schweigen gewisser Slawenführer nur einen Kunstgriff, um Regierung und Krone für sich und gegen die mit Recht erregten Deutschen einzunehmen. Diese müssen allen gegnerischen Verdächtigungsversuchen mit Klugheit begegnen, vor allem überflüssige starke Worte vermeiden, aber sich nicht einschüchtern lassen und in der Sache unbeugsam bleiben. Das Volk will Vertreter, die sich nicht an die Regierung herandrängen und

Digitized by Google

Verpflichtungen übernehmen, sondern in jeder Richtung freie Hand behalten. Seine Empfindungen spricht der 2. Grazer Volkstag am 28. April von Tausenden geleistete Schwur aus: „Wir schwören bei dem Andenken an unsere gefallenen Söhne und Brüder, bei allem was uns heilig ist, keinen Zoll deutschen Bodens, keinen Teil deutschen Rechtes in der Ostmark mehr preiszugeben, treu und unverbrüchlich festzuhalten an dem Bündnisse mit den Brüdern im Reiche, komme was da wolle, denn hoch und heilig über allen anderen Pflichten steht uns die Pflicht der Treue gegen unser eigenes Volk. So wollen wir es in Zukunft halten, so wahr uns Gott helfe!" Das ist eine reine Abwehrstellung; diejenigen, welche Deutschösterreich in sie gedrängt haben, werden sich überzeugen, daß sie an eine eherne Mauer anrennen, selbst wenn die Volksvertreter versagen sollten.

Unsere Aufgaben im Norden

Von Friedrich Wetterhoff

Der Verfasser wurde bei Ausbruch des Krieges deutscher Staatsangehöriger, um unter deutschem Schutze für die Organisation der finnländischen Freiheitsbewegung wirken zu können. Er hatte in dieser Stellung das Hauptverdienst an dem Zustandekommen des finnländischen Jägerbataillons im deutschen Heere, welche Truppe ihrem Vaterlande in dem jetzigen Freiheitskriege von größtem Nutzen gewesen ist. Durch seine deutsche Gesinnung ist er besonders berufen, sich über die finnländischen Verhältnisse und die deutschen Aufgaben im Norden zu äußern. Die Red.

An allen Ecken und Enden Europas sind deutsche Truppen an der Arbeit: eben erreicht uns die Nachricht, daß die Hauptstadt Finnlands, Helsingfors, in deutschen Händen ist. Damit ist das strategische Hauptziel der deutschen Aktion im hohen Norden erreicht. Es gibt allerdings noch eine wahrscheinlich recht zeitraubende Kleinarbeit in der Säuberung Südfinnlands von den Agenten der Bolschewisten und von den Banden, die sich überall herumtreiben, sich aber kaum mehr zu einer geordneten Schlacht stellen werden. Diese Arbeit wird aber auch in einigen Wochen erledigt und damit die Ordnung in Finnland hergestellt sein.

Wir stehen dann vor der Frage: Was soll nun geschehen? Die bürgerliche Regierung Finnlands hat die deutsche Hilfe herbeigerufen, und Deutschland ist dem Rufe gefolgt in der Absicht, in einem Lande, das sowohl politisch als nördlicher Endpunkt der mitteleuropäischen Staatengruppe, wie wirtschaftlich als Absatzgebiet für deutsche Industrie und als Bezugsquelle für deutschen Holz-, Papier- und Butterbedarf nicht ohne Wert ist, eine deutschen Interessen entsprechende, aber auch den Finnländern selbst annehmbare und gerechte Ordnung herbeizuführen.

Wie soll Deutschland nun diese Frage richtig lösen? Es muß ihm lediglich darauf

Digitized by Google

ankommen, einen solchen Zustand in Finnland schaffen zu helfen, daß genügende Gewähr seiner Dauerhaftigkeit und allseitiger Zweckmäßigkeit geleistet wird. Die Erfahrungen, die Deutschland mit den „Wohltaten" in anderen Ländern des ehemaligen Zarenreiches hat machen müssen, sind nicht immer erfreulich gewesen und mahnen, diese neue Aufgabe mit um so größerer Sorgfalt und nach genauester Prüfung von Tatbestand, Zielen und Methoden anzufassen.

Seit deutsche Schiffe das Meer befahren, gibt es wohl kein Land, mit dem Deutschlands Beziehungen reger waren als mit den Ländern um die Ostsee.

Aus dem westfälischen Kloster Corvey wurde das Christentum nach dem Norden gebracht. Die Errungenschaften der deutschen Gelehrsamkeit wurden Gemeingut mit den Hochschulen Skandinaviens und Finnlands. Die Reformation Luthers schlug eine neue Brücke über die Ostsee. Ebenso Handel und Gewerbe. Wer macht sich noch heute einen Begriff von der Gemeinsamkeit des Wirtschaftlebens in den Städten der gesamten Ostseeküste? Um den einheimischen Bürgern auch einen Platz in den Ratsstuben der schwedischen und finnischen Städte zu bereiten, wurde einmal im 16. Jahrhundert eine Verordnung erlassen, daß die Magistrate nur zur Hälfte aus Deutschen bestehen dürften. Mit dem Rückgang der Hansa und dem nationalen Erwachen in Skandinavien wurden die deutsch-nordischen Handelsbeziehungen geschwächt. Die politische Verbindung blieb aber weiter bestehen. Erst mit der Abtretung Wismars von Schweden (1901) und der Loslösung der Herzogtümer Schleswig und Holstein von Dänemark hat sich die politische Trennung zwischen Deutschland und den nordischen Staaten restlos vollzogen. Aber die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen blieben nicht nur bestehen, sondern erlebten nach der Reichseinigung ein neues Aufblühen.

Die deutsche Schiffahrtsstatistik weist für das Ostseegebiet einen Seeverkehr auf, der beinahe ein Drittel des gesamten deutschen Seeverkehrs beträgt. Der deutsche Handel mit den nordischen Ländern zeigt ein lebhaftes Steigen. Er hatte im Jahre 1913 einen Wert von 1316 Millionen Mark, ohne Beteiligung der baltischen Provinzen, erreicht. Allein mit Finnland betrug der Warenaustausch rund 150 Millionen Mark, etwa 50 Millionen Einfuhr, 100 Millionen Ausfuhr. Mehr zu beachten als diese absoluten Zahlen ist die Rapidität des Aufschwungs, der ohne künstliche Mittel, ohne erhebliche deutsche Finanzierung oder Unterstützung beinahe dieselbe Höhe erreicht hat wie der Handel mit der Türkei, wo doch das Erreichte zum großen Teil einer planmäßigen Förderung zu verdanken ist. Nur in den letzten fünf Friedensjahren ist der deutsche Handel mit Finnland im Wert um über 65 v. H., der mit der Türkei nur um 26,5 v. H. gestiegen. Dies geschah in einer Zeit von politischem Druck und daraus folgender begrenzter wirtschaftlicher Unternehmungsfähigkeit. Nachdem die Ostseeprovinzen voraussichtlich, zum mindesten wirtschaftlich, mit dem Deutschen Reiche zusammengehen werden, werden diese Beziehungen noch um ein Wesentliches steigen.

Digitized by Google

Nicht nur, daß der bisherige Handel zwischen Finnland und den Ostseeprovinzen der deutschen Handelsbilanz nunmehr zugute kommt, sondern Finnland ist den Deutschen durch die Verschiebung ihrer Grenzen bis an den Finnischen Meerbusen auch geographisch näher gerückt, zum Nachbar geworden. Um so mehr muß es den Deutschen daran liegen, daß die Mission, die sie in diesem Lande auszuführen haben, richtig aufgefaßt und ausgeführt wird.

Die Ereignisse in Rußland und Finnland kamen für die schwedische Regierung etwas überraschend. Sie hatte ihre Politik auf eine Verständigung mit den freisinnigen Elementen Rußlands eingestellt. Den bürgerlichen Parteien und den gemäßigten Sozialisten in Rußland wurde aber der Boden unter den Füßen entzogen. Die Revolution brachte gewaltsame Alleszerstörer an die Macht. Finnland setzte seine Trennung vom Russischen Reiche durch. Auf diese Entwicklung der Dinge waren die schwedischen Linksparteien nicht vorbereitet und konnten sich nicht entschließen, zur Wiederherstellung der Ordnung in Finnland mitzuwirken. Es entstand dadurch eine gewisse Verstimmung zwischen den bürgerlichen Parteien in Finnland und der schwedischen Regierung. Dazu trug noch der Umstand bei, daß durch diese unerwartete Wendung der von der Entente erwartete Freundschaftslohn, die Alandsinseln, den Schweden verloren ging. Diese Verstimmung wird aber reichlich aufgewogen durch die lebhafte Sympathie der weitesten Kreise des schwedischen Volkes und durch die den Finnländern gewährte private Unterstützung durch Beteiligung schwedischer Offiziere und Mannschaften an den Befreiungskämpfen: ein deutlicher Beweis der von allen parteipolitischen Rücksichten unbeeinflußten festen Bande zwischen den beiden nordischen Völkern. So ist auch anzunehmen, daß die gegenwärtige Spannung bald nachlassen wird und die natürlichen freundnachbarlichen Beziehungen wieder belebt werden. Erst dadurch wird Finnland seine richtige Stellung in der nordischen Politik einnehmen, durch die der Lage an der Ostsee die nötige feste Einheitlichkeit und Dauerhaftigkeit verliehen wird. Es bestehen keine außerpolitischen oder wirtschaftlichen Interessengegensätze zwischen den Ostseeländern. Im Gegenteil: betrachtet man die Verhältnisse objektiv, ohne parteipolitische Voreingenommenheit, kann man nur zu einem Ergebnis kommen: den tieferen, von gelegentlichen Einflüssen der Tagesströmungen und der inneren Parteikämpfe unabhängigen Gesetzen der Geschichte folgend, muß die Entwicklung im Norden zu einem Zusammenschluß führen.

Fraglos liegt eine Schwierigkeit der nordischen Einigung in den innerpolitischen Parteigegensätzen. Diese haben eine solche Zuspitzung erreicht, daß sie zur entgegengesetzten außerpolitischen Stellungnahme der Parteien führten. In Finnland wird das politische Leben jedoch nicht durch denselben weitgehenden Individualismus gekennzeichnet, vor dem das Gesamtheitsinteresse des Staates in den übrigen nordischen Ländern in so hohem Grade zurücktreten muß. In der Verteidigung seines nationalen Daseins war das finnische Volk gewungen, das Einigende zu suchen und

Digitized by Google

das Trennende zu vermeiden. Daher ist auch das politische Programm der bürgerlichen Kreise verhältnismäßig einheitlich. Bei der Beurteilung der politischen Verhältnisse des Landes ist aber der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Sozialdemokraten die stärkste Partei des Landes bilden. In der vorletzten Wahlperiode hatten sie 101 Sitze von 200 im Landtage besetzt, in der letzten 98. Die Mitgliederzahl der Arbeitervereine zeigte gleichfalls in den letzten Jahren eine Neigung zum Rückgang. Es ist auch damit zu rechnen, daß das blutige Gewaltregiment der Roten Garde und ihr Zusammengehen mit dem der Masse des Volkes tief verhaßten Rußland dazu beitragen werden, den Einfluß der sozialdemokratischen Partei noch weiter zu verringern. Immerhin bleibt jedoch die Tatsache bestehen, daß die Partei ein mächtiger Faktor im politischen Leben Finnlands bildet, ein Faktor, mit dem man nolens volens rechnen muß.

Die Aufmerksamkeit der Finnländer war in den letzten Jahrzehnten auf den Selbständigkeitskampf gerichtet, und die Regierung des Landes, vom Zaren eingesetzt zur Wahrung der russischen Interessen gegen die finnländischen Bestrebungen, war weit davon entfernt, für die Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu sorgen oder das Wirtschaftsleben zu leiten. So ist es zu erklären, daß eine maßvolle, staatserhaltende Initiative zur Hebung der sozialen Harmonie nicht rechtzeitig einsetzen konnte. Als der Weltkrieg ausbrach, richteten sich die Blicke aller nach Deutschland. Von dort sollte die Hilfe kommen. Man bereitete sich für den Kampf vor und wartete auf den richtigen Augenblick, um zu den Waffen zu greifen. Die Erbitterung zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten war allerdings so groß, daß die sozialdemokratische Parteileitung als solche sich von offiziellem Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Freiheitsorganisation fernhielt. Aber grundsätzlich war sie mit den Vorbereitungen einverstanden. Einzelne Sozialisten schlossen sich auch anstandslos der Bewegung an, und die finnländische Freiheitstruppe wurde ohne Unterschied aus bürgerlichen wie aus sozialdemokratischen Kreisen rekrutiert.

Im Sommer 1915 hatte ich eine Besprechung mit dem Auslandssekretär des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Er war eigens zu diesem Zwecke nach Berlin gekommen und zeigte großes Verständnis für die Selbständigkeitspläne und die deutsche Orientierung der finnländischen Freiheitsbewegung. Das Ergebnis unserer Besprechung war, daß er sich bereit erklärte, für den Anschluß der Partei an die von den finnländischen Kreisen in Berlin ausgehende Bewegung zu wirken, obwohl er es in dem damaligen Stadium noch nicht für möglich hielt, mit den bürgerlichen Organen der Freiheitsbewegung in Finnland an den Vorbereitungsarbeiten teilzunehmen. Er war aber auch mit dem ihm unterbreiteten Programm grundsätzlich einverstanden: Er sah die Notwendigkeit ein, in Finnland, zur Bewältigung der inneren Disharmonie, einen modernen und festen Ausbau des Staatsprinzips unter monarchischem System einzuführen und stellte die Mitarbeit der sozialdemokratischen Partei an der Aus-

Digitized by Google

gestaltung des neuen Staates in Aussicht. Es sollte dabei auch für die Rechte der Arbeiterklasse und für die Regelung des Wirtschaftslebens durch eine soziale Reformgesetzgebung nach deutschem Muster gesorgt werden. Wir trennten uns, glaube ich, beide in der Hoffnung auf die Möglichkeit einer nationalen Einigung des finnischen Volkes. Es kam aber anders. Die Arbeit auf einen Ausgleich zwischen den Parteien wurde durch dazwischentretende Kräfte gehindert, und jener Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist mit den übrigen in das rote Lager getrieben worden. Das Mißtrauen und die Erbitterung wuchsen zum blutigen Kampfe aus, entfesselt und geleitet von raublustigen, zügellosen Banden.

Meine Überzeugung ist aber, daß der Bürgerkrieg in Finnland nicht als ein Kampf der Sozialdemokratie gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufzufassen ist. Hinter dem tief bedauerlichen Schauspiel steckt lediglich die russische Macht- und Ländergier, die sich bei den Bolschewisten ebensowenig leugnen kann wie sonst bei einem Moskowiter. Und England ist der Kapellmeister, der das Ganze dirigiert. Es ist kaum anzunehmen, daß die verantwortlichen Führer der sozialdemokratischen Partei in Finnland damit einverstanden sind, was geschehen ist. Vielmehr sind sie anscheinend teils mit Gewalt gezwungen, von einer mäßigeren Politik abzusehen; teils sind sie vielleicht auch mit den gewalttätigen „Roten" gegangen, um die Leitung nicht aus den Händen geben zu müssen — wie es so oft in demokratischen Organisationen zu geschehen pflegt. Sobald diese Voraussetzungen wegfallen, wird die parlamentarische Parteiorganisation wahrscheinlich wünschen, einen Standpunkt einnehmen zu können, der am nächsten dem mit dem Auslandssekretär der Partei seinerzeit in Berlin vereinbarten Programm entspricht. Dies würde, soweit ich die Verhältnisse beurteilen kann, auch mit ihrer wahren Überzeugung übereinstimmen. Aber ein solches Verhalten wird auch von der Klugheit im Parteiinteresse diktiert sein. Die sozialdemokratische Partei in Finnland besteht zu sehr großem Teil aus Agrarsozialisten, rekrutiert unter der nicht grundbesitzenden Landbevölkerung. Ihre Wünsche und Bedürfnisse haben aber wenig Gemeinsames mit denen der Industriesozialisten. Eine Agrarreform, die auf jeden Fall kommen wird, wird zweifelsohne einen erheblichen Teil der Landbevölkerung, die im Grunde loyal und konservativ ist, wie überall, dem radikalen Sozialismus abwenden. Das wird besonders in Nordfinnland eintreffen: da ist der Großgrundbesitz unbekannt und die Bevölkerung stark von nationalem Geiste durchdrungen. Auch im ganzen übrigen Finnland wird den „roten" Blutmonaten eine allgemeine Reaktion folgen. Zu erhoffen wäre, daß diese Wendung der Dinge den Weg zu einer Versöhnung und Verständigung der Parteien führen würde. Die gegenseitige Erbitterung und das Mißtrauen sind aber groß, vielleicht stärker als der Wunsch nach Versöhnung. Das ist verständlich, wenn einmal Blut geflossen ist. Die Bürgerlichen haben deutsche Hilfe herbeigezogen, die Roten werden von Bolschewisten und Engländern geschürt und unterstützt. Soll nun dieser Zustand sozusagen

Digitized by Google

Gewehr-bei-Fuß fortbestehen bleiben? Durch weiteres Hadern würde die ruhige Entwicklung Finnlands, sogar seine Selbständigkeit gefährdet sein. Dadurch würden aber auch die Vorteile, die für Deutschland durch einen selbständigen finnländischen Staat entstehen, vereitelt.

Wenn nun die nach dem Bürgerkriege noch erregten Parteien es nicht vermögen, in Aufrichtigkeit eine Annäherung zu suchen, muß eine solche von einem Dritten, einem Vermittler, herbeigeführt werden, der außerhalb und oberhalb des Streites steht. Deutsche Truppen befinden sich noch im Lande. Binnen kurzem werden sie die äußere Ordnung aufgerichtet haben. Die Organisation der finnländischen Freiheitsbewegung hat von seinem ersten Stadium her deutschen Rat und deutsche Unterstützung für ihre Sache gesucht und gefunden. Die Voraussehenden unter den finnländischen Politikern haben auf ein enges Zusammengehen mit Deutschland gebaut und haben sich von diesem Standpunkt weder durch finnländische Parteieinflüsse abbringen lassen, noch durch Enttäuschungen und Schwierigkeiten, die ihren Bestrebungen durch Mangel an Verständnis und durch das immer wieder auftauchende Gespenst der ängstlichen Rücksicht gegen Rußland von deutscher Seite bereitet wurden. Sie erwarten auch jetzt, daß der deutsche Einfluß in Finnland, der in diesem Augenblick unbegrenzt ist, dazu dienen soll, nicht nur die äußere Ordnung herzustellen, sondern auch auf dem Wege der Überzeugung einen maßvollen, gerechten Ausgleich zwischen den im sozialen Kampfe erbitterten Parteien anzubahnen. Nur durch einen solchen Ausgleich kann das Leben in Finnland erträglich werden, nur durch ein schlichtendes, versöhnendes Auftreten kann das deutsche Interesse und die deutsche Autorität in Finnland gewahrt werden. So wird auch dem Antagonismns der Linksparteien in Schweden die Spitze abgebrochen. Vorurteilslos und offen, aufrichtig wohlwollend, aber fest werden die Deutschen hier das Ziel erreichen.

Die Neugestaltung des auswärtigen Dienstes

Von * * *

Im Mittelpunkte aller Bestrebungen nach einer Reform der Verwaltung steht — oder sollte stehen — die Reform der Reichsverwaltung. Die Reichsverwaltung ist seit den Tagen Bismarcks einer wesentlichen Umgestaltung nicht unterzogen worden. Sie ist trotz der Abtrennung einzelner Abteilungen verschiedener Ressorts und ihrer Ausgestaltung zu selbständigen Amtern im inneren Wesen geblieben, wie sie von Bismarck geschaffen und auf seine gewaltige Persönlichkeit und die Zeitverhältnisse der Bismarckschen Kanzlerschaft zugeschnitten war. Gerade weil der Reichsgedanke sich immer mehr durchgesetzt und dazu geführt hat, daß die Bearbeitung der wirklich großen Aufgaben in erster Linie der Reichsverwaltung zufallen, haben die Nachfolger Bismarcks in dem Übermaß inner- und außerpolitischer, vor allem aber auch wirt-

Digitized by Google

schaftlicher Probleme keine Zeit gefunden, an eine systematische Reform der Verwaltung entschlossen heranzutreten. Auch während des Krieges ist hierin kein Wandel eingetreten. Nur die Neugestaltung des Auswärtigen Amts hat sich allmählich infolge des Unwillens über unsere Diplomaten — der übrigens trotz aller entschuldbaren und unentschuldbaren Mißgriffe in dieser Verallgemeinerung unberechtigt ist und sich mehr gegen das System als gegen die Personen richten sollte — zu einer nationalen Forderung ausgewachsen.

I.

Der Zweck der auswärtigen Vertretung und ihrer zentralen Organisation im Auswärtigen Amt ist die Vertretung der deutschen Interessen gegenüber dem Ausland in allen ihren verschiedenen Formen und Anwendungen und auf allen Gebieten. Diese Vertretung bedeutet im Verhältnis zum Ausland in letzter Linie die Durchsetzung eines einheitlichen Machtwillens, der die aus den Beziehungen des Reichs und seiner Angehörigen zu den fremden Staaten sich ergebenden Bedürfnisse und Forderungen in einer geschlossenen Linie zusammenfaßt. Die vielfach übliche Trennung der Aufgaben des Auswärtigen Amts in rein politische, wirtschafts- und rechtspolitische Fragen, eine Trennung, die in der Scheidung zwischen dem diplomatischen und dem konsularischen Berufe zum Ausdruck kommt und sich auch in der Organisation des Auswärtigen Amts und in der Behandlung der Sachen widerspiegelt, mag eine dogmatisch wertvolle Unterscheidung sein. In der praktischen Politik sind die drei Gruppen miteinander so eng verwachsen, daß eine solche Unterscheidung als Ausgangspunkt für Reformvorschläge nur zu Irrtümern führen kann. Die Vertretung der deutschen Interessen einem bestimmten Lande gegenüber ist nur auf Grund eines einheitlichen Programms möglich, welches politische, handelspolitische und rechtspolitische Fragen miteinander in untrennbaren Zusammenhang setzt, die einen nicht ohne die anderen löst, sie gegenseitig zu stärkender Unterstützung des Gesamtinteresses verwendet und etwa notwendig werdende Konzessionen auf dem einen Gebiete nur unter Berücksichtigung der Rückwirkung auf das andere zuläßt.

Mit diesem Grundprinzip steht die gegenwärtige Einteilung des Auswärtigen Amts in Widerspruch. Sie sieht, wenn man von der Personal- und der Nachrichtenabteilung absieht, drei Hauptabteilungen vor: eine politische, eine wirtschaftliche und eine Rechtsabteilung. Die Folge ist nicht eine Vereinigung durch Arbeitsteilung, sondern eine Loslösung durch Arbeitstrennung. Jede der drei Abteilungen, und damit naturgemäß auch die leitenden Beamten des Auswärtigen Amts, bekommen nur einen Teilausschnitt aus dem Gesamtbilde unserer Interessen gegenüber ein und demselben fremden Lande zu sehen. Vielfach weiß sogar die eine Abteilung nichts von dem, was in der anderen vorgeht, so daß sie sich oft wie fremde Ressorts gegenüberstehen. Selbst in gemeinschaftlichen Sitzungen mit anderen Reichsämtern, an denen zurzeit vielfach auch Außenstehende teilnehmen, sind die Abteilungen des Auswärtigen Amts ge-

Digitized by Google

legentlich verschieden orientiert und betreiben eine verschiedene Politik. Während die politische Abteilung für ein Entgegenkommen eintritt, ist die wirtschaftliche vielleicht geneigt, rücksichtslos vorzugehen, und umgekehrt. Die Meinungsverschiedenheit muß dann nachträglich ausgetragen werden. Ob dabei die Sache immer zu ihrem Rechte kommt und nicht vielmehr bei der Unvollkommenheit der menschlichen Natur mehr der persönliche Einfluß und die persönliche Zähigkeit einzelner Abteilungsleiter, kann dahingestellt bleiben.

Eine weitere Folge der Einteilung ist der Übelstand, daß es im Auswärtigen Amt fast keinem Lande gegenüber einen Mann gibt, der das Land wirklich genau kennt, der mit dem Verständnis für die außer- und innerpolitischen Fragen die Kenntnis der wirtschaftlichen und, was sich während des Krieges als noch wichtiger erwiesen hat, die der kulturellen und gefühlsmäßigen Werte verbindet. Hieraus erklärt sich unter anderem das völlige Versagen unserer Propaganda, die mit Erfolg nur betrieben werden kann, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhange mit der leitenden Machtidee aus der gründlichsten Beherrschung der gesamten Probleme und Kenntnis der Psyche des betreffenden Landes hervorgeht. Eine Nachrichtenabteilung, die selbständig neben den anderen Abteilungen steht, erstarrt in propagandistischer Technik. Eine Handelsabteilung, der infolge des mangelnden Zusammenhangs mit den politischen Fragen das Machtbewußtsein fehlt, ist zur Verknöcherung in vertragstechnischen Formulierungen verurteilt. Eine Rechtsabteilung, welche die Probleme vom rein juristischen Standpunkte aus ansieht, verfällt einem starren Doktrinarismus und dem Streben, die nach Ländern und Interessen verschiedenen Bedürfnisse und Forderungen in allgemein gültige Formen zu bringen. Auch kann bei diesem System die natürliche Verschiedenheit in der Befähigung und dem Machtwillen der Abteilungsleiter zu dem einseitigen Überwiegen einer bestimmten Weltauffassung, etwa der juristisch-formalen, führen, die den Situationen gegenüber den verschiedenen Ländern nicht gerecht wird und um so gefährlicher wird, je tüchtiger und befähigter die betreffende Persönlichkeit ist.

Der wichtigste Nachteil liegt auf psychologischem Gebiete. Dadurch, daß jede Abteilung nur einen Ausschnitt aus dem Gesamtverhältnis zu dem fremden Lande zu sehen bekommt, fehlt es an einer einheitlichen, vorwärts treibenden Initiative. Da der Einfluß auf die Gestaltung unseres Verhältnisses zu dem betreffenden Lande innerhalb der einzelnen Abteilung und bei dem einzelnen Referenten gering ist, ist auch die Arbeitsfreude und die Mitwirkung an einem auf den Erfolg gestellten Mitarbeiten gering. Die Folge ist eine ängstliche Abschließung sowohl innerhalb des eigenen wie gegenüber den inneren Ressorts, um nicht das bißchen Einfluß, welches die Organisation gestattet, noch mit einem anderen teilen zu müssen (eine Abschließung, die geradezu grotesk wirkt, bei der die Dinge unter Vorenthaltung des Materials wie eine Geheimwissenschaft bearbeitet werden,) die Scheu vor Verantwortung, der

Digitized by Google

Mangel an Initiative, das Überwiegen von Bedenken gegen ein tatkräftiges Eingreifen, kurz, wie es ein geistreicher englischer Satiriker in der Kritik einer englischen Zentralbehörde formulierte, der Geist des „how not to do it“. Dies alles, obwohl der Beamtenstab des Auswärtigen Amts und sein Ersatz zweifellos weder in der Spitzenleistung noch im Durchschnitt der Begabung hinter dem der anderen Zentralbehörden zurückbleibt, ja ihn vielleicht durch die breitere Basis, welche ein weitgehendes Heranziehen von Beamten sämtlicher Bundesstaaten gewährt, noch übertrifft.

Von diesem Ausgangspunkte aus ergeben sich die Vorschläge für eine Neugestaltung des Auswärtigen Amts von selbst. Das Amt muß in Abteilungen nach Ländern, oder vielmehr nach Ländergruppen, zerlegt werden, in denen sich die sämtlichen Aufgaben für die Vertretung deutscher Interessen gegenüber einem fremden Lande unter den für die verschiedenen Länder oder Ländergruppen bestellten Abteilungsleitern konzentrieren. An die Spitze dieser Abteilungen gehören Persönlichkeiten, nicht Nur-Fachmänner. Dadurch, daß alles durch den Leiter der Abteilung geht, ergibt sich im Verhältnis zu dem fremden Lande die Einheitlichkeit der Bearbeitung aller Fragen auf rein politischem, wirtschaftspolitischem und rechtspolitischem Gebiete, auf dem der Propaganda usw. mit Naturnotwendigkeit. Die Einheitlichkeit der Bearbeitung unter einer fähigen Persönlichkeit wird die wesentliche Voraussetzung für eine einheitliche Politik überhaupt schaffen und damit auf Klarheit der Ziele in unserer Politik — deren Mangel die eigentliche Urzelle des Versagens unseres Auswärtigen Amts bildet — automatisch hinwirken. Die fachmännische Schulung, die für die Bearbeitung der einzelnen Probleme notwendig und in den Referenten verkörpert ist, wird durch diese Einteilung in den Dienst des Gesamtinteresses gestellt. Dabei wird auch den einzelnen Referenten durch Korreferate, gegenseitige Vertretung und möglichst freie Verwendung in verschiedenen Referaten die Möglichkeit eines Überblicks oder zum mindesten Einblicks in die Gesamtbeziehungen zu dem betreffenden fremden Lande gegeben werden können. Das Bedürfnis zu einheitlicher Inangriffnahme einzelner Grundfragen läßt sich durch die Einrichtung von Generalreferaten für wirtschaftliche, Propaganda- usw. Fragen decken. Die Übertragung des Prinzips auf die Ausbildung der für den auswärtigen Dienst bestimmten Beamten — unter Vereinheitlichung der Karriere der Diplomaten und Konsularbeamten und stärkerer Betonung der an Bedeutung überwiegenden Schulung in wirtschaftlichen Dingen — wird die Mängel in der Ausbildung unserer Diplomaten ebenso wie das Überwiegen der rein formaljuristischen Schulung unserer Konsularbeamten allmählich beseitigen und eine stärkere Initiative, den Geist „how do to it“, herbeiführen. Die Freude des einzelnen an der Möglichkeit zu positiven Gestalten und dann auch an den damit verbundenen Erfolgen wird sich dann bis zum jüngsten Anwärter fortpflanzen.

Die straffe Zentralisierung der die einzelnen oder Ländergruppen betreffenden Probleme sowie die Vereinheitlichung der Fortbildung und Karriere führt von

Digitized by Google

selbst zu der Forderung einer schärferen Zentralisierung der im Ausland befindlichen Vertretungen. Zurzeit stehen die diplomatischen (Botschafter, Gesandter) und konsularischen Vertreter selbständig neben einander. Der deutsche Botschafter ist im Gegensatz zu der Regelung in andern Ländern nicht Vorgesetzter der Konsulate. Infolgedessen wächst sich, zumal bei der Verschiedenheit der sozialen Stellung, dem Mangel innerer Berührungspunkte, das Verhältnis zwischen beiden Organen vielfach zu offenem Gegensatz aus. Daher rühren dann die berühmten Privatbriefe von beiden Seiten, bei denen die persönliche Beziehung den Ausschlag gibt. Am gefährlichsten können dabei die der Konsuln werden, wenn sie sich mit der sogenannten hohen Politik befassen. Denn Machtfragen sehen sich recht verschieden an, je nachdem man ihnen als unbeteiligter Kritiker, also ohne Verantwortung, gegenübersteht, oder ob man sie unter dem Druck zum Teil überaus schwieriger Verhältnisse in verantwortlicher Stellung selbst gestalten muß. Umgekehrt schließen sich die leitenden diplomatischen Beamten im Ausland, sehr oft weniger aus Hochmut oder bösem Willen, als aus Mangel an Verständnis für die Zusammenhänge mit den wirtschaftlichen und rechtspolitischen Fragen, von den Konsularbehörden so ab, daß letzteren die Möglichkeit gedeihlichen Mitarbeitens genommen und ihre Sachkunde ausgeschaltet wird. Die während des Krieges erfolgte Anweisung an die Konsulate, sich den Anordnungen der Botschafter zu fügen, hat, da die organischen Voraussetzungen eines gedeihlichen Zusammenarbeitens fehlten, die schweren Nachteile gerade während einer Zeit, wo wir auf unsere Auslandvertretungen am meisten angewiesen waren, nicht mehr zu beseitigen vermocht. Der mit dem vorgeschlagenen Systemwechsel von selbst eintretende Wandel hierin muß unterstützt werden durch eine grundsätzliche, auch in Friedenszeiten gültige Zusammenfassung der gesamten deutschen Vertretung in den einzelnen Ländern des Auslands zu einem geschlossenen Beamtenorganismus unter einer einheitlichen Spitze. Dabei kann es notwendig werden, der Botschaft einen wirtschaftlich geschulten Fachmann einzugliedern. Denn nach diesem Kriege werden die wirtschaftlichen Fragen auf lange Zeit hinaus alles andere überragen. Der Wiederaufbau unseres Auslandhandels und unserer Außenwirtschaft wird Anforderungen an die deutschen Vertretungen stellen, infolge deren neben die früheren rein handelspolitischen Verhandlungen eine verstärkte, unmittelbare Förderung und Unterstützung der wirtschaftlichen Interessen unserer Landsleute im Ausland, eine zielbewußte wirtschaftliche Propaganda und eine systematische Berichterstattung nach einheitlichen, von Zeit zu Zeit zu vereinbarenden Gesichtspunkten und Informationen treten wird. Für diese Aufgaben reichen Handelssachverständige bei den Konsulaten nicht aus. Ihre Sachkunde bedarf der Zusammenfassung und Verwertung und gleichzeitig der Anregung. Auch handelt es sich oft um Aufgaben, die ein der Botschaft zugehöriger Beamter schon wegen seiner sozialen Stellung besser erfüllen kann. Vor allem aber ist auch hier wieder der innere Zusammenhang mit

Digitized by Google

den anderen Interessengebieten entscheidend. Der Botschafter oder Gesandte wird diesen Anforderungen schon rein physisch nicht gewachsen sein, wenn nicht die Fühlungnahme mit den maßgebenden Regierungskreisen leiden soll. Von dieser Stelle der Botschaft muß in Zukunft auch die Propaganda ausgehen. Der Schwerpunkt der letzteren liegt im Wirtschaftlichen und von hier aus ist sie auch dem fremden Lande gegenüber am einwandfreiesten.

II.

Die Reform des Auswärtigen Amts wäre nicht vollständig, wenn mit ihr nicht eine Abgrenzung der Zuständigkeit des Auswärtigen Amts gegenüber den inneren Ressorts Hand in Hand ginge. Nur auf der Grundlage einer klaren Zuständigkeit kann etwas wirklich Gedeihliches geleistet werden. Der Mangel einer solchen Klarheit mindert das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen Ressortvertreters, steigert die Zuständigkeitskämpfe zu einem unverhältnismäßig hohem Kraftverbrauch in Kompetenzstreitigkeiten und lähmt ebenso wie eine unklare Einteilung innerhalb des Auswärtigen Amts selbst die Initiative der Ressorts sowohl wie ihrer Beamten. Die Zuständigkeitsfrage ist ein Problem, an dessen völlig ungenügender Lösung die gesamte Reichsverwaltung krankt. Das Auswärtige Amt hat zwar vor den anderen Ressorts voraus, daß es seine Zuständigkeit nicht auch noch mit den bundesstaatlichen Zentralbehörden zu teilen braucht. Aber auch durch sein Verhältnis zu den anderen Reichsressorts zieht sich wie ein roter Faden der Mangel einer klaren und sachlich richtig geordneten Abgrenzung, der sich um so fühlbarer macht, je tüchtiger die einzelnen Beamten der verschiedenen Ressorts und je mehr sie darauf bedacht sind, den von ihnen vertretenen Standpunkt durchzusetzen. Der gegenwärtige Zustand hat sich infolgedessen zu einem System der kollektiven Unfähigkeit bei individueller Tüchtigkeit ausgewachsen.

Auch die Lösung dieser Frage wird wesentlich erleichtert mit der allmählichen Aufteilung des Auswärtigen Amts in nach Ländergruppen geschlossene Abteilungen. Eine solche Aufteilung betont begrifflich und praktisch die Abgrenzung der beiderseitigen Aufgaben: die Aufgabe der inneren Ressorts, die aus den sachlichen Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft sich gegenüber dem Auslande ergebenden Forderungen festzustellen und dabei die fachliche Bearbeitung der Frage nach allen Richtungen hin und im Benehmen mit den beteiligten Kreisen zu erschöpfen, die Aufgabe des Auswärtigen Amts, die aus dem sachlichen Interesse hervorgewachsene Forderung der inneren Ressorts im Auslande durchzusetzen oder nach Maßgabe des Erreichbaren umzugestalten. Eine etwa notwendig werdende Vergrößerung des Beamtenapparats würde bei den inneren Ressorts einzusetzen haben. Das Auswärtige Amt ließe sich wesentlich verkleinern und würde gleichzeitig an Einfluß unendlich gewinnen. Die Beseitigung der wirtschaftlichen Abteilung im Auswärtigen Amt z. B. würde die Reibungsfläche mit den inneren Ressorts vermindern, die Möglichkeit beseitigen, daß die Interessenten ein Amt gegen das andere ausspielen, damit unsere

Digitized by Google

wirtschaftliche Schlagfertigkeit außerordentlich erhöhen und alle die bereits oben erwähnten günstigen psychologischen Nebenwirkungen sowohl im äußeren wie im inneren Dienste erzielen.

Eine logische Konsequenz wäre es freilich, daß dann auch die inneren Ressorts auf eine selbständige Vertretung im Ausland verzichten, letztere vielmehr ausschließlich dem Auswärtigen Amt überlassen und sich auf die Bereitstellung der erforderlichen Fachleute, aber unter völliger Unterordnung unter das Auswärtige Amt, beschränken. Es darf nicht dem Ausland das Schauspiel geboten werden, daß ein Marine- oder Militär-Attaché oder Wirtschaftskommissar eines inneren Ressorts eine andere Politik betreibt als der Botschafter. Vielmehr werden diese Organe, ebenso wie die Generalkonsulate, bei denen wir vor dem Kriege dasselbe Schauspiel erlebt haben, dem Botschafter unterstellt werden müssen. Dadurch wird vor allem auch der Übelstand vermieden, daß auch hier wieder die ausländischen Interessenten und die ausländischen Regierungskreise einen Faktor gegen den anderen auszuspielen versuchen. Diese Frage hängt aber aufs engste mit der Reform der Reichsverwaltung überhaupt zusammen und wird erst dann ihre Lösung finden, wenn das gegenwärtige Stadium der Anarchie der Reichsbehörden durch eine zielbewußte Neugestaltung beseitigt wird und sich ein entschlossener und einheitlicher Reichswille, den man zurzeit vergebens sucht, in dem komplizierten Organismus der derzeitigen unzähligen zivilen und militärischen Reichsämter und Reichsdienststellen wieder durchsetzt.

Getränkesteuern und Branntweinkarten

Von Dr. B. Laquer, Wiesbaden

Der Eulenburgsche Aufsatz: Die neuen Steuervorschläge, in Nr. 17 bedarf in der Besprechung der Alkoholsteuern einer Ergänzung:

Die Behauptung, „daß wir auch späterhin im Frieden nicht zur alten Höhe unseres Alkohol-Verbrauchs zurückkehren werden; es fehlen dafür die notwendigen Stoffe", möchte ich unter Beweis zu stellen vorschlagen.

Bier wird aus Hopfen, Malz und Zucker hergestellt. Hopfen erzeugten wir in Deutschland in solchem Maße, daß wir 1912/13 fast zweimal mehr ausführten als einführten; letzteres aus Österreich-Ungarn; Malzgerste und Malz führten wir im wesentlichen auch aus Österreich-Ungarn ein; $^1/_5$ der Gerstenmengen aus Rußland und Dänemark; Rübenzucker werden wir zur Genüge erzeugen.

Nun der Branntwein und die Kartoffeln. Daß letztere, welche besonders die oberen Schichten im Kriege zu verzehren und zu schätzen lernten, auch im Frieden ihre Rolle als billigstes Volksernährungsmittel beibehalten werden und sollen, steht fest; umsomehr sollten wir es mit Freude begrüßen, daß es gelungen ist, mittels chemisch-technischer Methoden aus Kalzium-Karbid soviel Alkohol herzustellen als die bisher

Digitized by Google

aus Kartoffeln hergestellten Branntweinmengen darstellen, nämlich 2½ Millionen Hektoliter pro Jahr.

Nach Angabe von Skalweit in den Beiträgen zur Kriegswirtschaft sind in den letzten fünf Friedensjahren von einer Durchschnittsverbrauchsmenge von 23,30 Millionen Tonnen Kartoffeln 10½ Hundertteile gebrannt worden. Im Kartoffelverteilungsplan 1917/18 waren der Zivilbevölkerung, ausschließlich der Selbstversorger, 8,7 Millionen Tonnen zugemessen, den Brennereien 2,5 Millionen Tonnen. Unsere Ernährungsverhältnisse hätten also während des Krieges erheblich besser sein können. Kartoffelknappe und kartoffellose Wochen und Monate hätten uns erspart bleiben können, wenn die chemisch-technische Alkoholerzeugung in Deutschland nicht durch unsere Branntweinsteuergesetzgebung in ihrer Entwickelung so stark behindert gewesen wäre. Als Lehre aus diesen Kriegsnöten muß bestehen bleiben, daß keine künstlichen Schranken gegen die chemisch-technische Spiritusgewinnung aufgerichtet werden dürfen; denn auf lange Jahre nach dem Krieg werden wir auf die eigene Erzeugung an Nahrungsmitteln angewiesen sein, und was wir bei der Einfuhr an Futtermitteln aus dem Ausland ersparen, wird am Nationalvermögen erspart und bessert unsere Valuta.

In der Begründung des neuen Branntweinmonopolentwurfs findet sich folgender Leitsatz:

„Die uneingeschränkte Zulassung der Verarbeitung dieser Rohstoffe (Ablaugen von Zellstofffabrikaten, Holz und Kalzium-Karbid) zu Branntwein würde den für die Ertragsfähigkeit umfangreichen Ackerbodens so wichtigen landwirtschaftlichen Brennereigewerben in empfindlichster Weise Abbruch tun." Das berühmte Schlagwort von der Schlempe, das bei jeder Branntweinsteuergesetzgebung eine Rolle spielt, stellt sich auch jetzt sofort ein.

Gewiß ist die Schlempe ein wichtiges Futtermittel. Aber niemand wird bestreiten können, daß die unverbrannte Kartoffel einen höheren Futterwert hat. An Stelle der Brennerei muß die Kartoffeltrocknerei treten, um den Überschuß der Kartoffeln vor Verderben zu hüten und ihn für die Ernährung von Menschen und Tieren sicher zu stellen.

Daß das Branntweinmonopol als eine den Branntweinverbrauch stark einschränkende Maßnahme wirken wird, ist ein Segen für das deutsche Volk und seine hygienische Wiederaufrichtung; das lobt auch Eulenburg an dem Entwurf. Der alte Gladstone sagte einmal im Unterhaus: „Wenn unsere Alkoholsteuern den Verbrauch so verminderten, daß ihre Erträge gleich Null werden sollten, so werde ich dies als ihre stärkste Wirkung preisen und mir die Steuern anderswoher hereinholen." Friedrich Wilhelm IV. hob kurzerhand 1841 die Brennereien sämtlicher preußischer Domänen auf.

Die mittelbare Belastung unseres Staatshaushalts durch Branntweinwirkung schätzte ich gelegentlich auf 100 Millionen Mark jährlich. Jens hat in der Beantwor-

Digitized by Google

tung der „Umschau"-Preisfrage: Was kosten die schlechten Rassenelemente den Staa und die Gesellschaft? die Belastung des Hamburgischen Staates auf 15½ Millionen Mark jährlich angesetzt. H. Popert berechnet für 1901 die durch Alkoholmißbrauch verursachten Ausgaben Hamburgs auf eine Million Mark jährlich. In Alkohol stecken noch viele Möglichkeiten, den Haushalt von Reich, Staat und Stadt durch Minderung von Ausgaben, aber ebenso durch Vermehrung von Einnahmen zu entlasten.

Eulenburg fordert als Losung für den Frieden: „Arbeiten und sparen."

Unsere Städte vermögen der durch den Krieg drohenden Überschuldung nur durch weitere Verstadtlichung von Betrieben entgegenzuwirken. Ein Gebiet, im Ausland viel betreten, wurde in Deutschland bislang von der Steuer- und Sozialpolitik unserer Gemeinden fast völlig vernachlässigt; es ist dies die Übernahme des gesamten Branntweinverschleißes in städtische Verwaltung.

Franz Adickes wies bereits 1903 auf dem ersten deutschen Städtetag in Dresden auf die Bedeutung dieser Frage hin. Heute liegen die Bedingungen, sie zu lösen, aus verschiedenen Gründen günstig. Unsere Gemeinden haben im Kriege die Verteilung und den Verkauf von Lebensmitteln so rasch gelernt und so gründlich geübt, daß das Verfahren der Brauntweinverteilung in städtischen Wirtschaften an die Verbraucher wirklich nur einen tatkräftigen Entschluß seitens Reich und Gemeinden erfordert. Es kommt hinzu, daß dieser Weg, welchen man nach schwedischem Vorbild auch als „Gotenburger System" bezeichnet (G. S.), den Städten vgl. o. e. mittelbar große Armen-, Waisen-, Krankenhaus- und Unfall-Ausgaben, dem Reich die Lasten der Gerichtsbarkeit, der Gefängnisse, der Irrenhäuser, der Unfall- und Invaliditätsversicherung usw. mindert; in den vierzig Jahren von 1874/1914 ging in Gotenburg der Branntweinverbrauch von 22,21 Liter (50%) per Kopf und Jahr auf 4,32 Liter (50%) zurück. Die Zahl der Branntwein-Verkaufsstellen fiel derartig, daß 1875 je eine auf 2400 Personen, 1914 je eine auf 11 860 Personen kam.

Das G. S. saniert die Branntweinplage; es schließt die privatwirtschaftlichen Nutzungen am Branntweinverkauf völlig aus, es nimmt von unseren Stadtverwaltungen vor allem das vielbescholtene und übel beleumundete Kreuz der Schankkonzessions- und der sogenannten Bedürfnisfrage, wenigstens für die Branntwein-Schankerlaubnis. In den letzten Jahren vor dem Kriege — 1913/1914 — wurde das G. S. sozialtechnisch durch Einführung von Branntweinkarten weiter ausgebildet. Einem Stockholmer Arzt, Dr. Ivo Brat, gebührt das Verdienst. Das Neue und Interessante an seiner Reform ist die Einführung von Branntweinkarten für die Verbraucher, die Rationiernng des Schnapses auf alle Einwohner Stockholms und die Einziehung der Karten bei jenen, welche durch Erkrankung an Delirium oder durch Bestrafung wegen Trunksuchtvergehen oder Verbrechen der Zuerteilung der Karte in öffentlichem Interesse sich unwürdig erwiesen haben. Die Zahl der Branntweindeliranten in den städtischen Krankenhäusern Stockholms sank von 623 (i. J. 1913) auf 459 i. J. 1914,

Digitized by Google

362 i. J. 1915, 418 i. J. 1916. Auf 1000 Erkrankungsfälle kommen in Stockholm Alkoholismusfälle

1913: 24
1914: 14
1915: 8
1916: 7.

Die Zahl der wegen Trunkheitsvergehen Verhafteten sank von

1913 bis 17 696
1914 „ 11 878
1915 „ 11 323
1916 „ 9 877

Der Verbrauch des Branntweins fiel nach Einführung der o. e. „Karten" pro Kopf und Jahr um 22 Liter. Die Zahl der Verhaftungen wegen Trunkenheit sank von 15 500 auf 11 800. Die gemeinnützigen Gesellschaften führten an Staat, Städte und Landgemeinden im Jahre 1912 20 Mill. Mark ab; im Verhältnis zu der Einwohnerzahl Schwedens 5½ Mill., würde dieses Branntweinverschleißmonopol für das Deutsche Reich und seine Gemeinden 240 Mill. Mark per Jahr abwerfen. Fürst Bismarck hat schon in seinem Branntweinmonopolgesetz (1886) 70000 staatlich angestellte Branntweinverschleißer vorgeschlagen — leider vergeblich.

Der Staat hat mit Fug und Recht Tausende von Betrieben mit Millionen von Leitern, Angestellten, Arbeitern im öffentlichen Interesse stillgelegt. Sollten unsere großen Gemeindeverwaltungen nicht den gleichen Mut haben, ihre Geldverhältnisse zu gesunden und Millionen von Menschen vor Verarmung und Erkrankung zu bewahren? Hier gilt es einmal die nur verderbenbringende Privatwirtschaft durch nur segenstiftende Gemeinwirtschaft zu ersetzen.

Das Petroleumabkommen mit Rumänien

Während Österreich-Ungarn und Bulgarien durch territoriale Abtretungen im Friedensvertrag von Bukarest sich schadlos halten, kamen für Deutschland von vornherein nur wirtschaftliche Abmachungen in Betracht. In erster Linie handelt es sich dabei um das Petroleum, woran Rumänien einen gewaltigen Überschuß, Deutschland aber einen empfindlichen Mangel hat. Zahlenmäßig liegen die Dinge so, daß Deutschland im letzten Friedensjahr einen Inlandverbrauch an Leuchtöl, Gasöl, Schmieröl und Benzin von insgesamt 1,40 Millionen Tonnen hatte, wovon nur etwa 7 Prozent aus der inländischen Produktion gedeckt wurden, während umgekehrt Rumänien eine Rohölerzeugung von 1,90 Millionen Tonnen aufwies, wovon rund 1 Million für die Ausfuhr zur Verfügung standen. Für den flüchtigen Beobachter wäre also die Rechnung ganz einfach die, daß Rumänien künftig seinen gesamten

Digitized by Google

Ausfuhrüberschuß nach Deutschland liefern sollte, womit dann Deutschland annähernd seinen Bedarf würde decken können, besonders weil während des Krieges der deutsche Bedarf an Leuchtöl ganz scharf und zwar für immer gefallen ist, und gleichzeitig in Deutschland selbst die Förderung in ständiger Zunahme ist. Namentlich scheint die Gewinnung von schweren Ölen aus Steinkohle (Tieftemperaturteer) zu großen Hoffnungen zu berechtigen. Indessen liegt die Sache doch nicht ganz so einfach. Tatsache ist, daß Rumänien bis 1914 uns nur sehr geringe Mengen geliefert hat; nur 8 Prozent unseres Bedarf deckten wir von dorther, während über die Hälfte aus den Vereinigten Staaten kam. Das hängt mit den in Deutschland benötigten Sorten zusammen, aber auch mit der glänzenden Organisation der Amerikaner.

Das soll jetzt anders werden. Der Friede von Bukarest gibt den Deutschen ganz ungewöhnlich einschneidende Rechte in bezug auf die Gewinnung und den Handel mit rumänischem Petroleum. So lange der Krieg im Westen noch weitergeht, hat Deutschland sich von vornherein das Recht bedungen und selbstverständlich bedingen müssen, seinen Bedarf genau so zu decken wie während des Kriegszustandes. Gleichzeitig aber soll künftig die Erzeugung Rumäniens in noch viel größerem Maß durch deutsches Kapital gefördert werden. Schon vor dem Kriege hatten ja deutsche Gesellschaften das Hauptverdienst um die Aufschließung der Erdölquellen Rumäniens gehabt. Es waren vor allem zwei Gruppen, die der Deutschen Bank (Steaua Romana) und die der Diskontogesellschaft (Deutsche Erdölgesellschaft oder kurz Deag). Der wichtigste Punkt nun des Vertrages geht dahin, daß die sehr bedeutenden, bisher noch unvergebenen staatlichen Ölfelder in Rumänien an eine neue Gesellschaft verpachtet werden und zwar an eine Gesellschaft deutschen Rechtes, die Ölländereien-Pacht-G. m. b. H. Die Kapitalisierung dieser Gesellschaft ist recht eigenartig. Sie wird nämlich 10 Prozent Vorzugsaktien und 90 Prozent Stammaktien haben. Die 10 Prozent Vorzugsaktien erhält die deutsche Regierung und diese Vorzugsaktien werden mit 50fachem Stimmrecht ausgestattet. Die verbleibenden 90 Prozent des Kapitals bestehen aus Stammaktien und erhalten nur je eine Stimme, und zwar soll die Hälfte dieser Stammaktien deutschen Interessen vorbehalten bleiben, während je 25 Prozent an Österreich-Ungarn und an Rumänien entfallen. Die Beteiligung Rumäniens ist vorgesehen, um das Interesse des Landrs an der Gesellschaft einigermaßen wachzuhalten. Österreich-Ungarn hat seinen Anteil an der Gesellschaft unter der Begründung verlangt, daß es mitbeteiligt gewesen sei an der Niederwerfung Rumäniens. Ob dieser Grund stichhaltig ist, ob es notwendig war, Österreich-Ungarn in dieser Weise zu beteiligen, ist zweifelhaft. Die deutschen Unterhändler weisen darauf hin, daß sie besonders erfolgreich gearbeitet hätten, weil Österreich-Ungarn zunächst die Hälfte aller Petroleuminteressen verlangt habe. Die Frage, ob unser Bundesgenosse zu jenem Vorgehen berechtigt gewesen ist, ist darum naheliegend, weil er ja bisher in keiner Weise Petroleum eingeführt, sondern im Gegenteil solches aus Galizien ausgeführt hat.

Digitized by Google

Andererseits ist zuzugeben, daß wir einen Teil der rumänischen Ausfuhr auf der Donau durch österreichisch-ungarisches Gebiet leiten müssen, und ferner, daß die dortigen Raffinerien teilweise sich aus den rumänischen Rohölquellen speisen lassen wollen. Erwähnt sei noch, daß für die Übernahme der gewöhnlichen Anteile durch Deutschland u. a. eine sogenannte Hamburger Gruppe in Betracht kommt, hinter der die Herren Ballin und Stinnes stehen, die auf diese Weise sich ihren Heizölbedarf für die Schiffahrt sichern wollen. Wenn nun auf der einen Seite durch diese neue Gesellschaft die Erzeugung Rumäniens aller Voraussicht nach sehr erheblich in die Höhe geht und wir auf diese Weise mit einer stark erhöhten Zufuhr werden rechnen können, so sind auf der andern Seite die Interessen Rumäniens selbst eben mit dieser Gesellschaft in erheblichem Maße verknüpft; denn der Staat erhält, abgesehen von einem Viertel der Stammaktien, eine Beteiligung am Gewinn, die mit der Höhe der Dividende steigt und unter besonders günstigen Umständen 50 Prozent des Reinertrages beträgt. Daneben erhält der Staat eine Barabgabe für das geförderte Rohöl und zwar zunächst 8 Prozent des Marktwertes, und schließlich muß die Gesellschaft für die ersten 15 Jahre eine Bohrverpflichtung übernehmen, um auf diese Weise den Rumänen Sicherheit zu bieten, daß es den Deutschen mit der Förderung ernst ist.

Soweit die Vorkehrungen für eine Erhöhung der rumänischen Produktion. Wie aber soll der Verkauf des Öls erfolgen? Hierfür ist eine Art Handelsmonopolgesellschaft vorgesehen, die im Gegensatz zu der deutschen Produktionsgesellschaft rumänischen Rechtes sein soll, an der übrigen auch Österreich-Ungarn und Rumänien beteiligt werden. Diese Handelsgesellschaft erhält das alleinige Recht auf den Vertrieb und die Ausfuhr des gewonnenen Petroleums. Sie hat das Recht, die Preise festzusetzen, ihr ist ferner zugebilligt, mit Hilfe des rumänischen Staates sämtliche Beförderungsmittel und sogar die Raffinerien für ihre Zwecke nutzbar zu machen kurzum Machtbefugnisse, die außerordentlich einschneidender Natur sind. Es ist nicht abzustreiten, daß diese Machtmittel derartig stark sind, daß sie unter Umständen zu einer bedenklichen Mißstimmung in Rumänien führen können. Das ist auch der Grund, warum man die Gesellschaft in rumänische Rechtsform gekleidet hat. Darüber hinaus aber ist es noch keineswegs sicher, ob diese Handelsgesellschaft tatsächlich in der jetzt vorgesehenen Form in Funktion treten wird. Der Friedensvertrag sieht nämlich vor, daß zwischen den vertragschließenden Staaten nachträglich Änderungen für das Handelsmonopol eintreten können, wie dieses einstweilen schon wegen der Fortdauer des Krieges im Westen gar nicht in Kraft treten kann. Diese Bestimmung legt die Vermutung nahe, daß das rumänische Petroleumabkommen noch keineswegs endgültig in allen Punkten festgelegt ist. Für diese Annahme sprechen auch andere Gründe. Bei der Abfassung des Vertrages sind nämlich die deutschen Interessenten, das sind also wie erwähnt vor allem die Gruppe Deutsche Bank (Steaua Romana) und die Gruppe Diskontogesellschaft (Deag), wenig gehört worden. Diese Gruppen

Digitized by Google

werden nun mit aller Gewalt versuchen, ihre Sonderinteressen geltend zu machen und in manchen Punkten auch gewichtige Argumente gegen die getroffenen Abmachungen ins Feld führen können. Vor allem werden sie sich darüber beschweren, daß sie bei den bisherigen Verhandlungen völlig ausgeschlossen wurden. Das mag u. a. geschehen sein, weil gerade auf dem Petroleumgebiet die Interessenten es von jeher verstanden haben, ihre eigenen Vorteile für die der Gesamtheit auszugeben. Alles das macht es unmöglich, jetzt schon mit eindeutiger Klarheit sagen zu können, ob die wichtigen Petroleumabmachungen mit Rumänien für uns glücklich sind oder nicht.

Severus Linter

Brief an die „Deutsche Politik“

Die Not der Zivilgefangenen in Rußland

Die stark verminderte Kaufkraft des Rubels im Rußland hat nicht nur eine Teuerung hervorgerufen, mit welcher die bewilligten Unterstützungsgelder für die deutschen Zivilgefangenen nicht mehr Schritt halten können, sie hat auch vielerorts dazu geführt, daß der Produzent überhaupt keine Ware mehr gegen Geld verkaufen will. — Die Möglichkeit, Gelder an die Internierten gelangen zu lassen, ist derzeit äußerst gering: Seit Dezember 1917 übermittelt die russische Post keine Geldüberweisungen mehr; seit Januar 1918 ist die Tätigkeit der russischen Banken eingestellt; laut Mitteilung der Deutschen Bank vom Februar d. J. ist sie gegenwärtig nicht in der Lage, Geldbeträge nach Rußland zu überweisen.

Unter diesen Verhältnissen liegt die Gefahr vor, daß unsere Landsleute in Rußland ohne Geld und ohne Brot großer Not ausgesetzt sind.

Auf eine Hilfe von seiten der Bevölkerung ist auf Grund von Erfahrungen während meiner 3½ jährigen Gefangenschaft in Rußland nicht zu rechnen. Möglicherweise werden von den russischen Behörden die Kriegsgefangenen im Sinne der internationalen Abmachungen verpflegt; für die Zivilgefangenen, die zum Teil mit Frauen und Kindern meistens in kleinen Dörfern untergebracht sind, ist von russischer Seite nie gesorgt worden, und ich habe keinen Anlaß zu glauben, daß dies inzwischen anders geworden ist.

Schnelle Hilfe dürfte auch in manchen der russischen Gouvernements die persönliche Sicherheit unserer Landsleute erheischen. Zuverlässigen Nachrichten zufolge ist ein Teil der Presse Rußlands neuerdings mit deutschfeindlichen Hetzartikeln hervorgetreten, die wie gewöhnlich ihren Einfluß auf die urteilslose große Masse des Volkes ausüben. Die Tatsache, daß wir offiziell mit Rußland den Frieden abgeschlossen haben, wird in einer Zeit, wie sie das revolutionär aufgewühlte Nachbarland durchlebt, bei dem Mangel an jeglicher durchgreifenden Autorität Exzesse nicht verhindern können, welche sich gegen Eigentum und Leben der Gefangenen richten würden. —

Daß unsre seit Jahren durch Sorgen und Entbehrungen aller Art physisch und psychisch zermürbten Landsleute in Rußland mit Sehnsucht der Erlösung aus der Gefangenschaft harren, daß sie jede Verzögerung ihrer endlichen Befreiung schwer empfinden, ist klar. Handelt es sich doch, mit wenigen Ausnahmen, um wackere, nach Art und Gesinnung gute Deutsche, deren Vaterlandsgefühl durch die ihres Volkstums wegen erduldeten Leiden nur inniger geworden ist. Manch einer von diesen hat sich, sofern er genügende Geldmittel dazu besaß, durch die Flucht aus der Gefangenschaft befreit; viele andere haben das Gleiche getan, meistens unter ernsten Gefahren für Leben und Gesundheit.

Digitized by Google

Man bedenke aber anderseits, wie schwer es gerade diejenigen empfinden, welche nicht von ihren Internierungsorten fortkönnen, wie streng bewachte Kriegsgefangene, oder Familienväter, die Frau und Kinder nicht den Gefahren einer Flucht aussetzen können, oder aber alle solche, denen die Geldmittel fehlen! Solange noch Krieg mit Rußland war, hat ein jeder, aus den Siegen unsrer Heere stets aufs neue Mut und Kraft schöpfend, tapfer ausgeharrt, allen Quälereien zum Trotz. Jetzt aber, nach Friedensschluß, in wachsender Not und Sorge, fern der Heimat und getrennt von den jahrelang entbehrten Lieben, in Gefangenschaft bleiben zu müssen, — das ist unerträglich hart.

Dabei handelt es sich bei der Erhaltung unsrer Landsleute und ihrer Rückbeförderung in die Heimat ebensowohl um eine Maßregel von staatlicher Wichtigkeit. Den Berufen und Kenntnissen nach stellt der weitaus größte Teil der in Rußland internierten Zivilgefangenen ein wertvolles Menschenmaterial dar, dessen Arbeit nach dem Kriege für das deutsche Erwerbsleben und besonders bei Wiedererrichtung von Handelsbeziehungen mit Rußland geradezu unentbehrlich sein wird.

Die Zivilgefangenen sollten jetzt schnellstens in ihre Heimat zurückgeschafft werden. Die nächsten Monate sind hierzu wegen der Möglichkeit des Abtransportes auf den nur kurze Zeit schiffbaren Flüssen Rußlands besonders günstig. —

Über den Empfang in der Heimat wird von vielen zurückkehrenden Deutschen geklagt. Beanstandet wird das rein Geschäftsmäßige beim Empfang, die mangelhafte Einrichtung gewisser Quarantäne-Stationen und die zum Schutze gegen Spionage getroffenen Anordnungen. Die letzteren werden, wenn man die Berechtigung auch anerkennt, von den Gutgesinnten um so schwerer empfunden, je herzlicher sie sich nach den vergangenen Leidensjahren auf die Heimat gefreut haben. Ich habe das Gefühl, daß alles leichter ertragen würde, wenn den Landsleuten gleich nach Überschreitung der Grenzen durch einen recht freundlichen Empfang im Sinne der Kabinetts-Order des Kaisers die Lage erleichtert und ihnen die Sorge für die nächste Zukunft wenigstens teilweise abgenommen würde. Zu letzterem Zwecke möchte ich anempfehlen: Verteilung an den Quarantäneplätzen von Kleidern, Wäsche, Geld, sowie Einrichtung daselbst des anscheinend noch in den Hauptstädten konzentrierten Wohnungs- und Stellennachweises. —

Bei dieser Gelegenheit sei auch erwähnt, daß die für aus dem Auslande heimkehrenden Deutschen gebräuchlichen Bezeichnungen „Rückwanderer", „Flüchtlinge", „Auslanddeutsche" vielfach als eine Art Degradation aufgefaßt werden, wenn das auch von den Behörden nicht beabsichtigt ist. Auf beruhigende Erklärungen ist von solchen „Auslanddeutschen" erwidert worden, daß beispielsweise bei Bewerbung um Stellungen eine Abweisung mit den Worten erfolgt sei: „Nein, Auslanddeutsche engagieren wir nicht." — Jedenfalls legt diese Klassifizierung der Deutschen, die im Auslande deutscher Kultur und Arbeit zu ehrenvoller Anerkennung mitverholfen haben, den Wunsch baldigster Abschaffung einer bei andern Völkern meines Wissens nicht vorkommenden Sonderstellung nahe, welche zum mindesten keine Vorzüge besitzt. —

Die aus dem Auslande heimkehrenden Deutschen befinden sich fast alle in schwerer Notlage. Ihnen ist, zufolge des zielbewußt auf vollständigen Ruin deutschen Handels und Gewerbes gerichteten Vorgehens unserer Feinde, alles zerstört und verloren, was sie durch jahrzehntelange fleißige Arbeit als ihr Lebenswerk geschaffen haben. Jeder von ihnen setzt seine Hoffnung auf die Hilfe des Vaterlands, das denn auch, in Würdigung der Lage, die Angelegenheit der Entschädigung in die bisher abgeschlossenen Friedensverträge aufgenommen hat. Über Art, Zeitpunkt und Umfang der Entschädigungen scheint indessen bei unseren Behörden Klarheit noch nicht zu bestehen; in gewissen Kreisen wird noch heute die Möglichkeit einer Befriedigung, ja sogar Berechtigung derartiger Entschädigungsansprüche aberkannt. Anderseits wird

Digitized by Google

bezweifelt, daß unsre bisherigen Feinde den vertraglich zuerkannten Schadenersatz bezahlen wollen oder können.

Das alles ist geeignet, unsern von solchen Verlusten betroffenen Landsleuten Unruhe zu bereiten. Wenn auch das Reichskommissariat alle Entschädigungsklagen entgegennimmt, so ist es doch bis jetzt nicht in die Lage versetzt, zu den zahlreichen Anfragen, ob und wann auf den Ersatz der Schäden zu rechnen ist, sich zu äußern. Dadurch bleibt ein jeder mit der ganzen Sorge für die Existenz und Zukunft seiner Person und seiner Familie belastet und zugleich in den weitaus meisten Fällen auf Unterstützungen oder Darlehen angewiesen. Das ist immerhin bitter, stellt die Betreffenden bei der heutigen Teuerung oft unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber und — — belastet unnötigerweise den Staat oder die Gemeinden.

Von Rußland dürfte unser Vaterland zurzeit an Pfändern wohl genügend in der Hand haben, um die grundsätzlich ausbedungene Bezahlung der den deutschen Zivil-Internierten verursachten Schäden durchsetzen zu können. Ich gebe zu bedenken, ob es nicht ebensowohl im Interesse von Staat und Gemeinden wie in dem der Geschädigten liegt, den letzteren sofort wenigstens einen Teil des angemeldeten Schadens zu vergüten. Dadurch würden viele solche Deutsche zunächst in die Lage versetzt, ohne Unterstützung und Darlehen ihren und ihrer Angehörigen Lebensunterhalt zu bestreiten, ferner — und das würde wiederum von tatsächlichem Wert auch für die Allgemeinheit sein — sich in ihren Berufen nutzbringend zu betätigen. —

In dem 3 Milliarden-Steuerprojekt ist vorgesehen, die im Auslande lebenden Deutschen für die nächsten fünf Jahre zu einer Steuerzahlung an das Reich heranzuziehen, eine Maßregel, welcher, selbst wenn sie für eine viel längere Dauer getroffen würde, kaum widersprochen werden dürfte, wenn sie mit einer Gegenleistung des Reiches verbunden würde, bestehend in dem absoluten Schutze deutschen Besitzes im Auslande und einer genügenden Rechtsvertretung durch die Konsulate. Dafür wird ein jeder gern Steuern bezahlen; mehr als das: im Bewußtsein, nicht wie früher auf Sand zu bauen, sondern gegen jeglichen Verlust durch Übergriffe fremder Nationen durch das Deutsche Reich geschützt zu sein, wird er mit besserem Mute und mit dem Gefühle der Sicherheit Kraft und Kapital im Auslande einsetzen zur Förderung vaterländischer Interessen. E. Koch

Notizen

Die Lage in der Ukraine ist nach wie vor ziemlich undurchsichtig, und sie ist durch die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags keineswegs zu sehr viel größerer Klarheit gediehen; verwirrt erscheint sie vor allem durch die im offiziösen Feuilletonstil gehaltenen Artikel von allerhand Berichterstattern, die vorgestern noch Lyriker waren und heute halbamtliche Publizistik betreiben. Auf jeden Fall läßt sich die Lage, in der sich unsere Truppen im Augenblick dort befinden, staats- und völkerrechtlich auf keinen Begriff bringen. Die ist ein Vakuum. Sie wurden von einer Regierung gerufen, die wir zuerst anerkannt und dann verhaftet haben, mit der wir den Frieden zwar beschlossen, aber nicht abgeschlossen haben. Der Friede mit der Ukraine ist heute noch nicht ratifiziert, weil die im Zusatzvertrag vorgesehenen Warenlieferungen von beiden Teilen nicht eingehalten wurden. Die kleine Rada hat mehr versprochen, als sie leisten konnte, ähnliches gilt aber auch für unsere Unterhändler, denn die landwirtschaftlichen Geräte usf., die wir im Austausch geben sollen, sind auch nicht zur Stelle. Beide Teile erwarten vom Kontrahenten Verständnis für seine besonderen Schwierigkeiten; auf beiden Seiten erfahren durch Mißgriffe die tatsächlichen Schwierigkeiten noch ihre besondere Verschärfung. Wir müssen nun mit dem Hetmann und seiner Regierung den Frieden fertig machen, den wir mit dessen Antipoden eingeleitet haben; das wird gelingen, denn inzwischen

Digitized by Google

stehen unsere Truppen am Don, aber es ist noch völlig ungewiß, was für Meinungen die aus der großrussischen Verwaltung zum Teil hervorgegangenen neuen Männer über die künftige ukraininische Staatlichkeit haben. Das muß sich zeigen, wenn zwischen Moskau und Kiew die Friedensverhandlungen beginnen. Da alle Nachrichten aus Moskau fehlen, ist fraglich, wie weit die dortige Sowjetregierung gegenwärtig ein dauerhaftes Element der großrussischen Staatlichkeit darstellt. Ist der aktive Bolschewismus noch ungebrochen, dann wird die neue Regierung von Kiew durch die Umstände zu einer Betonung der ukrainischen Staatlichkeit zwangsläufig genötigt sein. Insofern kann der großrussische Bolschewismus uns im Augenblick unfreiwillige Sekundantendienste leisten, wobei freilich das unsichere Gefühl uns beschwert, daß im Auswärtigen Amt selber keine einhellige Klarheit über die gesamte Zukunftspolitik gegenüber Osteuropa vorhanden ist. Man kann nicht gleichzeitig das System der Abgliederung der großen westlichen und südlichen Randstaaten von Moskowien als ein Programm von langer Dauer betreiben und auf seine Tragfähigkeit bauen, indem man die Politik der weiten Sicht durch Verwaltungsmaßnahmen, die aus der vorübergehenden, wenn auch noch so drängenden Notlage sich empfehlen, durchkreuzt und psychologisch wenn nicht aufhebt, so doch gefährdet.

Die Kriegsschulden Europas. Einem von Alfred Neymarck vor der Pariser Statistischen Gesellschaft gehaltenen Vortrage entnimmt der „Economist" vom 30. März folgende Zahlenangaben: 1886 betrug die Gesamtsumme der Staatsschulden Europas 66 Milliarden Fr.; die militärischen Ausgaben Europas stiegen damals auf 4628 Millionen Fr. jährlich, hatten dann 1912 den Jahresbetrag von 10 Milliarden erreicht, während sie heute monatlich über 20 Milliarden übersteigen. 1885—87 hatte der Nominalbetrag der europäischen Staatsschulden die Zahl von 117 112 Millionen Fr. erreicht, und Zinsen und Tilgungsbeträge beliefen sich auf 5343 Millionen jährlich. Vor dem Kriege betrugen die Schulden 150 bis 160 Milliarden, und der jährliche Schuldendienst verschlang nur 6,7 Milliarden. Heute, nach vier Kriegsjahren, beträgt die Schuldsumme etwa tausend Milliarden, und der Zinsendienst allein verschlingt deren 60 jährlich.

1912 hatten die Goldreserven der Emissionsbanken Europas die Höhe von 12860 Millionen erreicht, während die Silberreserven sich auf 2535 Millionen stellten. Der Papiergeldumlauf, der damals 25173 Millionen betrug, überstieg die Metallreserven nur um 9437 Millionen. Dieser Umlauf, abgesehen von den Darlehnskassenscheinen Deutschlands (diese müssen mit den pawn brokers bills gemeint sein), hat sich fast verdreifacht, und grenzt jetzt an 80 bis 90 Milliarden, während die Goldreserven in allen Ländern, außer den Vereinigten Staaten und einigen neutralen Ländern, etwa gleich geblieben sind oder abgenommen haben.

Ende 1908 wurde der Gesamtbetrag an Wertpapieren auf der Welt auf 525 Milliarden geschätzt. Ende 1912 war der Wert auf 800 Milliarden gestiegen, aber seit Kriegsausbruch ist der Wert um etwa 266 Milliarden gesunken, und der Dienst der Staatsschulden an Zinsen und Tilgungssumme hat jetzt den Gesamtbetrag der Staatsschulden vor dem Kriege erreicht, wenn er ihn nicht übersteigt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 24. Mai 1918 • Heft 21

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Das Schlußschicksal der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus gleicht einem Satyrspiel: an der entscheidenden Stelle gähnt ein Vakuum! Die Regierung gibt an das Herrenhaus eine Vorlage weiter, aus der der politische Kern herausgebrochen ist. Kein Antrag über den Charakter des Wahlrechts selber hat eine Mehrheit gefunden und das Herrenhaus muß erst selber wieder eine Meinung herstellen. Mit halbgeknickter Autorität kommen die Minister vor die Erste Kammer, hoffend, bittend, schwach drohend. Wenn die Auflösungsmöglichkeit ein ernstes Gesicht erhalten soll, dann muß Minister Drews morgen die Anlegung der neuen Wählerlisten anordnen. Die Konservativen wissen, daß bei den Einkommensverschiebungen und dem Beamtenmangel diese Umständlichkeit nicht aus dem Handgelenk erledigt werden kann. Sie vertrauen nicht nur auf die militärischen Bedenken, sondern auf die technischen Schwierigkeiten. Daß man die heute schon entschlossen anfaßt, das allein kann vielleicht neben dem Pairsschub Eindruck machen.

*

Die beiden Tage, da in dem Hauptausschuß des Reichstags die einzelstaatlichen Finanzminister mit den Abgeordneten um die direkte Reichssteuer rangen, haben für Deutschland geschichtliche Bedeutung. Die bare Not des Geldbedarfs zwingt Parlament und Regierung, den föderativen Charakter des Bismarckschen Bundesstaates neu zu erörtern und das Werk von 1870 in den Fluß der staatsrechtlichen und geschichtlichen Entwicklung zu stellen. Das mußte kommen. Es handelt sich im Anlaß um ein „soziales" Prinzip, daß neben dem Bündel der Verbrauchsabgaben die Besitzsteuern nicht fehlen, in der Sachfrage aber um eine grundsätzliche Durchlöcherung der deutschen Finanzgebarung. Nicht die Verfassung, aber die Überlieferung hat dem Reich die direkte Steuer bisher vorenthalten. Nur in „Sonderfällen" hat der Reichstag, der hier seit langem führend geworden, diese Gewohnheit zerbrechen können. Jetzt will er neue Grundrisse für den Bau der künftigen Reichsfinanzen zeichnen. Daß sich hier die Mehrheit von Nationalliberalen bis Sozialdemokraten in einem

Digitized by Google

gemeinsamen Entwurf zusammenfand, ist ein gutes Zeichen für die positive Arbeitswilligkeit des Parlaments. Eine schwierige Fragestellung für den inneren Halt der Reichstagspolitik ist auf dem Weg, positiv beantwortet zu werden.

*

Daß die Herabsetzung der Brotration notwendig wurde, begreift jedermann; sie kann gewagt werden, da die gute Kartoffelernte einen Rückhalt gibt. Wir werden physisch über das schwierigste Vierteljahr wegkommen. Große Verantwortung liegt bei der verantwortlichen Staatsführung, daß dies auch moralisch und ohne Reibung möglich sei.

*

Man braucht über den angeblichen zweiten Brief des Kaisers Karl keine weiteren Betrachtungen zu führen und kann es dahingestellt sein lassen, wie viel an den Mitteilungen des „Manchester Guardian" Fälschung, Erfindung, Kombination ist. Wichtig erscheint nur die geistige Atmosphäre, die aus den Verhandlungen des Pariser Untersuchungsausschusses herausdringt. Sie verrät, wie ferne wir immer jeder Friedensmöglichkeit gewesen sind, wie stark Poincaré selber den Druck der Politik bestimmt hat. Lloyd Georges lautes Toben hat manchen übersehen lassen, daß in Paris der zähe Glaube an eine Niederwerfung der Deutschen die fanatische Anspannung der keckſten Kriegsziele wachhielt. Diese Tatsache müssen wir bei allen „Friedensgesprächen" mit London im Bewußtsein haben. Der französische Präsident überdauert Londoner und Pariser Kabinette; er ist, wenn auch schwunglos, der hartnäckigste Ausdruck des „Jusqu'au bout". Man darf seine Stellung innerhalb der Entente keinen Augenblick unterschätzen. Die Engländer selber fühlen es, daß er im Augenblick vollkommen Oberwasser hat, da Foch Generalissimus wurde und nicht der Engländer den französischen Boden verteidigt, sondern der Franzose die englischen Kanalstützpunkte.

*

Lord Lansdowne hält den Augenblick, da an den Fronten das gewaltige Ringen noch andauert (denn daß die Ruhe nur eine Pause ist, weiß jedermann), hält diesen Zeitpunkt nicht für geeignet, vom Frieden als einer greifbaren Möglichkeit zu sprechen. Aber er ist tapfer genug, im Oberhaus gegen die Besinnungslosigkeit der Kriegsdemagogen sich zu wenden:

„Wenn es vernünftigen Leuten nicht mehr gestattet sein soll, den Mund aufzutun, ohne daß sie Verräter gescholten worden, wenn, sobald Deutschland von Frieden spricht, hier gesagt wird, das sei bloßes Gewimmer, wenn, sobald wir vom Frieden sprechen, uns gesagt wird, wir handelten treulos am Vaterlande und seien bereit, seine Ehre zu opfern, um dem Kriege ein vorzeitiges Ende zu setzen, dann würde ich an diesem Lande verzweifeln. Es ist angebracht, daß das Volk gelegentlich rot sieht, aber ich hoffe, es wird niemals so rot sehen, daß es jede Erwägung der Menschlichkeit, des Mitleids und des gesunden Menschenverstandes beiseite wirft."

Inzwischen hat Lloyd George den General Maurice pensioniert, der nun zu den opponierenden Militärschriftstellern übergegangen ist.

Digitized by Google

Auf dem Wege zu „Mitteleuropa"

Von Dr. Theodor Heuß

Der mitteleuropäische Gedanke hat in den bald drei Jahren, seitdem er publizistisch ein Gegenstand der öffentlichen Erörterung und amtlich eine Angelegenheit umständlicher und vorsichtiger Verhandlungen geworden war, seine eigentümliche Geschichte erlebt. Die Meinung der Völker zeigte ziemlich wechselnde Temperatur: Dem Enthusiasmus folgten Gleichgültigkeit und Mißtrauen auf beiden Seiten. Die Schwierigkeiten verpflichtender Abrede litten darunter, daß in den Ämtern selber einhellige Auffassungen fehlten, Meinung mit Meinung stritt und in Berlin, Wien und Budapest das Gehen und Kommen neuer Staatsmänner fast immer einen neuen Anfang notwendig machte. Man wird dies später einmal klarer übersehen, wie Umstände, die mit der verhandelten Sache gar nichts zu tun hatten, innerstaatliche Krisen aus irgendwelchen Gründen, Aufschub und Vertagung brachten, in Augenblicken, da das Ziel greifbar nahe schien.

Es ist nicht zu verwundern, daß vor allem die wirtschaftlichen Probleme in den Mittelpunkt der Aussprache traten. Die militärischen waren zu heikel, um für das Hin und Her der öffentlichen Rede sehr geeignet zu sein, die staatlichen erschienen mit den allgemeinen und unübersichtlichen Entwickelungen der europäischen Lage schlechthin und den österreichisch-ungarischen Sondernöten zu innig verknüpft, als daß über Wunsch oder Abneigung hinaus eine größere Deutlichkeit sich abzeichnete. Solange vor allem über Polens Schicksal Ungewißheit und Wechsel der Zielsetzung vorhanden waren oder noch sind, konnte Abschließendes nicht formuliert werden. In der Wirtschaftsfrage aber sah man einen umgrenzten Bezirk. Hier konnten Vorteil und Nachteil berechnet werden, hier sahen die Interessenten, Fabrikanten, Kaufleute, Bauern, die Möglichkeit, das Für und Wider abzuwägen, und sie taten es fleißig. Wie liegen in diesem Gewerbe die Ausfuhraussichten? Wie unterscheiden sich in jenem die Bedingungen des Arbeitsmarkts? Wie wirkt etwa die Aufhebung der Zwischenzölle und die Festsetzung einer einheitlichen Außenzollgrenze auf das in den Staaten verschiedene System der indirekten Steuern? Bedeutet die mitteleuropäische Wirtschaftseinheit einen Verzicht auf die überseeische Expansion? Was für Wege gibt es, um die Differenz der Valuten in gesunden Maßen auszugleichen? U. s. f.

Nun soll das außerordentliche Gewicht all dieser Fragen keineswegs verkannt werden. Es mußte sich um so eindrucksvoller vor jeder Überlegung melden, als die Kampfansage des Wirtschaftskrieges von seiten der Entente in der Fesselung des Weltrohstoffmarktes immer offenbarer wurde. Zweierlei ergab sich daraus: die Verbreiterung des inneren Marktes, der stützende Ausgleich eines breiten Wirtschaftsgebietes, gibt für Ankauf und Verkauf erleichterte Bedingung. Dann aber: die Sprengung des feindlichen Wirtschaftsringes wird um so aussichtsreicher sein, je vollkommener die

Digitized by Google

innere Verständigung vorher gelungen ist. Treten die beiden Staaten, als Produzenten wie als Konsumenten, geschlossen der Weltkoalition gegenüber, so ist ihre Kraft um so mehr gewachsen, als auf der andern Seite die vielfach künstlich konstruierte Gemeinsamkeit des Wirtschaftswillens brüchig werden muß. Denn ihr Ziel muß sein die Klammern des Weltmarktes früher oder später wieder zu sprengen und zwar je früher, desto besser. Das ist heute nicht nur eine deutsche Angelegenheit. Österreich-Ungarn muß mit allem bewußten Willen in die Weltwirtschaft hinein steuern, um im Austausch einen Teil seiner Kriegslasten abzubürden. Es bedarf der finanziellen Erstarkung durch hochwertige Ausfuhr; wahrscheinlich haben sich die Bedingungen dafür insofern wenigstens gebessert, als der Krieg die alte enge Wirtschaftsweise auch drüben vielfach aufgerieben und dem Land einen stärkeren organisatorischen und technischen Rationalismus aufgezwungen hat. Wenn wir eine mitteleuropäische Wirtschaftseinheit der Zukunft überdenken, so darf uns nicht die Berechnung reichsdeutscher Profite dabei leiten, sondern die Einsicht, daß Österreich-Ungarn, um als Staat stark zu bleiben, der wirtschaftlichen Kräftigung und Verselbständigung selber in höchstem Grade bedürftig ist.

Es gibt hüben und drüben bestimmte Kreise, die grundsätzlich gegen die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche mißtrauisch oder ablehnend sind. Hamburger Exportkreise etwa befürchten, daß der mitteleuropäische Gedanke sich in Gegensatz zu kolonialen und transozeanischen Wirtschaftszielen stelle und auch handelspolitisch eine Erschwerung für die Neuverflechtung der Verträge mit den Überseestaaten bilde — sie übersehen, daß die Rohstofffrage und der Ausfuhrverkehr für jene Länder durch die anderen Produkte, die hier getauscht werden, auf die weder sie noch wir verzichten können oder wollen, davon nicht berührt ist, ob Mitteleuropa einheitlich oder zerspalten auftritt. Der nordöstliche Handel, der wesentlich auf Rußland eingestellt war, argwöhnte, daß sein russisches Geschäft durch einen engeren Anschluß an Südosten bedroht sei — heute, bei der auf lange Sicht chaotischen Lage des großrussischen Restlandes, mag sich der Sinn geändert haben. Die vergleichsweise günstigen Bahnverhältnisse, die vom östlichen Preußen nach Polen führen (im Vergleich zum polnisch-galizischen Grenzübergang) weisen auf Ersatz, sofern Polen als Glied dieses Wirtschaftskörpers begriffen wird. Und dies muß heute als Selbstverständlichkeit und Voraussetzung gelten. Daß auch innerhalb von Österreich-Ungarn einzelne Industriezweige sich davor fürchten, ungeschützt in Wettbewerb mit den Deutschen treten zu sollen, ist bekannt; ihre Bedenken sind in dem Maße unerheblicher, als sie selber in der Rationalisierung ihrer Wirtschaft jetzt vorangekommen sind.

Gewiß ist die schwierigste Frage die, daß bei gleichem Außenzollsystem die inneren Verbrauchsabgaben verschiedene Waren treffen, verschieden gestaffelt sind. Es ist auch bei den besten Absichten unmöglich, finanz- und verwaltungstechnisch sozusagen die Gleichstellung dieses ganzen Gebiets der indirekten Besteuerung zu beschließen —

Digitized by Google

Staatsbedürfnis, Volksgewohnheit, Wirtschaftsverschiedenheit sperren sich dagegen. Hier kann es sich nur um einen langsamen Prozeß, um ein schrittweises Vorgehen handeln, der Logik einer Zoll-Union auch die inneren Verbrauchsabgaben anzupassen. Der Weg selber ist vorgezeichnet. Auch innerhalb des deutschen Reichszollgebietes gibt es ja in der Besteuerung von Bier die süddeutschen Reservate. Und das große geschichtliche Beispiel ist der deutsche Zollverein, der auch lange die verschiedensten staatlichen Steuersysteme in sich ertrug.

Bei dieser Betrachtung wird mehr oder weniger vorausgesetzt, daß es sich bei den kommenden Wirtschaftsverträgen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Tat um eine Zollunion handle. Das ist vielleicht heute noch eine etwas willkürliche Annahme, denn neben diesem Ziel behauptet sich die andere Lösung der Aufgabe, nur mit einem System von Vorzugszöllen die beiden Volkswirtschaften einander näher zu bringen. Man denkt dabei, eine größere „Schonung“ für einzelne Gewerbe zu erreichen und den Kontrahenten eine größere Beweglichkeit in der Einrichtung ihrer sonstigen Handelsbeziehungen zu belassen. Der Schwierigkeiten selber wird man aber damit nicht Herr, sondern man vertagt und verteilt sie nur und man wird immer ein Moment der Spannung verfestigen, das je und je, hüben und drüben, wirtschaftspolitische Interessenkämpfe auslösen wird, ohne daß man dem Ausland gegenüber eine irgendwie klarere Position erhält. Im Gegenteil: es kann als sicher gelten, daß dieser Zustand der Halbheiten gerade für die Bestimmung von Handelsverträgen gegenüber Dritten, worauf die Ängstlichen so bedacht sind, mehr hemmend und verwirrend wirken müßte. Denn das ganze System der Meistbegünstigung läßt sich mit dem Präferenzgedanken nicht in Einklang bringen. Im übrigen haben während des Krieges die Produktionsverhältnisse und die Preisgestaltungen derartige Bewegungen durchgemacht, daß der einfache Vergleich mit der Vorkriegszeit größtenteils unzulässig geworden ist. Das gilt wesentlich auch für die landwirtschaftlichen Produkte.

Sind aber nun diese wirtschaftspolitischen Überlegungen entscheidend? Nein. Die gemeinsame Wirtschaftsstrategie ist zunächst ein Notgebot der Übergangswirtschaft schlechthin; die beiden Reiche sind auch finanziell jetzt so stark ineinander verflochten, daß jedem von ihnen es zur baren Staatsnotwendigkeit wurde, einen gemeinsamen Kurs zu steuern. Aber, blickt man aufs Ganze, so ist die staatspolitische und die militärische Verständigung von überragender Bedeutung.

Darin liegt der außerordentliche Wert der Beschlüsse, die am 12. Mai im Deutschen Hauptquartier gefaßt wurden, an deren Spitze die Vertiefung des Bündnisses und seine Ausdehnung auf rein militärische Abmachungen steht.

Der Vertrag zwischen Bismarck und Andrassy hatte rein defensiven Charakter, er war gegen Rußland geschlossen. Die Bedrohung durch Rußland ist nun wohl auf absehbare Zeit gebrochen. Hat sich dadurch der Sinn des erneuerten Bundes verschoben? Keineswegs. Auch in Zukunft wird der Charakter dieser Staatenverständi-

Digitized by Google

gung rein auf die Verteidigung zielen, denn ein offensiver Inhalt verträgt sich weder geographisch noch nationalpolitisch mit dem mitteleuropäischen Gebilde. Aber dadurch, daß das Bündnis nun nicht nur für einen politischen Einzelfall konstruiert wird, sondern schlechtweg eine Solidarhaftung für die auswärtige Politik feststellt, ist die Gesamtmacht des mitteleuropäischen Blocks außerordentlich gewachsen. Das ist wichtig nicht nur für den Zeitpunkt, da wir in Friedensverhandlungen eintreten (mancherlei Peinlichkeit der letzten Wochen hat dies genugsam bewiesen), sondern darüber hinaus. In dem Maße, als die Verfestigung der staatlichen Verträge, gemeinsam mit der innigeren Verbindung der Militärverträge, Ausbildung, Bewaffnung, Aushebungsquotient, kriegswirtschaftlicher Mobilmachungsplan, gesichert ist, wird Mitteleuropa ein schlechtweg unangreifbarer Block sein und durch seine Macht ein führender Faktor einer aktiven Weltfriedenspolitik. Dies um so mehr, wenn es gelungen sein wird, den jetzt geschlossenen „Waffenbund" durch seine Ausdehnung auf Militärkonventionen mit der Türkei und mit Bulgarien auf noch breitere Basis zu stellen.

Schon in den Besprechungen zwischen Bismarck und dem älteren Andrassy hat die Frage eine Rolle gespielt, ob der Bündnisvertrag „ewig" sein solle, d. h. in die einzelstaatlichen Gesetze übernommen werden. Dies erscheint jetzt als Programm und Weg. Mitteleuropa als Staatenkomplex bleibt nicht Zielsetzung einer zufällig so eingestellten Diplomatie, sondern soll unter die Entscheidung des Volkswillens, der Parlamente geführt werden. Nicht gerade als Verfassungsakt, denn die dazu notwendige Zweidrittelmehrheit ist heute in Wien nicht zu erreichen, aber als geschlossener, parlamentarisch sanktionierter Vertragskomplex.

Von hier aus ist vor allem die österreichisch-ungarische Situation zu betrachten. Das unterliegt keinem Zweifel, daß gerade während der letzten Monate, nach Zeiten der Lauheit, innerhalb der Donaumonarchie der Gedanke des engeren Bündnisses teilweise leidenschaftlich gefordert wurde. Auf den Anlaß, den jeder kennt, braucht heute nicht mehr eingegangen zu werden. Das Volk will sich geschützt wissen gegenüber Schwankungen an unverantwortlichen Stellen. In Ungarn ist diese Stimmung ziemlich einheitlich, auch bei den Deutschösterreichern. Die Sozialdemokratie Wiens ist in der Frage gespalten. Die Tschechen und Südslawen, die den Glauben an Österreichs Zerfall nicht fahren lassen wollen, kündigen bitteren Widerstand an.

Die innerösterreichische Entscheidung hängt also wesentlich an den Stimmen der Polen. Das ist der merkwürdige Zustand, daß ihre Stellungnahme für den Charakter des mitteleuropäischen Bündnisses ausschlaggebend geworden ist. Daß Graf Burian aber diese Verträge vor das Parlament bringen wird, heißt, daß er der Polen ziemlich sicher sein muß, denn er braucht sie neben den Deutschen zu einer Mehrheit im Wiener Reichsrat. Ist im Hauptquartier über das Schicksal Polens selber gesprochen worden oder hat man sich einstweilen begnügt, die engere Gemeinsamkeit als solche herzustellen? Das ist heute noch nicht klar zu überblicken. Aber in der Konsequenz

Digitized by Google

dieses Weges liegt eine klare und offene Verständigung über die Zukunft Kongreßpolens, das nur im engsten, unzerstörten und unzerstörbaren Anschluß an die mitteleuropäische Gruppe gedeihen kann.

Nach Pfingsten werden die Delegationen zusammentreten. Auch der Reichstag wird dann die mitteleuropäische Politik zum Gegenstand seiner Beratung machen. Es ist außer Zweifel, daß er hier mit großer Geschlossenheit der Politik folgen wird, die am 12. Mai aus dem Zustand der Wünsche und Erwägungen, des Mißbehagens und des Kleinglaubens zu einer umgrenzten und nun gefesteten Willensrichtung herausgetreten ist.

Pro Palästina

Von G. Buetz, Dessau

Durch die Gründung der Gesellschaft Pro Palästina wird hoffentlich das Interesse der Allgemeinheit mehr auf die englischen Pläne in Syrien hingewiesen werden. Der syrische Feldzug Englands, die Stimmungsmache für die Bildung eines jüdischen Staates in Palästina haben für England keinen anderen Beweggrund als den, sich mit der Waffe eine Erweiterung Ägyptens zu schaffen und durch einen unter den wirtschaftlichen wie politischen Einfluß Englands stehenden Staatenteil den gewünschten britischen Machtkreis in Syrien zu erweitern, der ein Gegenspiel gegen die Türkei zu halten hätte. England hat nie für fremde Zwecke und fremde Interessen gekämpft, stets hat England aber das Geschick besessen, nenne man es ruhig Klugheit, die Wünsche anderer seinen Zwecken dienlich zu machen. England liegt der Ehrgeiz fern, die heiligen Stätten aus der türkischen Hand zu befreien, es liegt ihm das genau so fern, wie die Absicht, die jüdische Frage durch die Staatenerrichtung in gewissen Teilen zu lösen. Was ist England Syrien? Syrien ist ein Gebiet, dessen Küste sich in mehrere hundert Meilen dem Mittelländischen Meere zu öffnet, dessen Häfen Jaffa, Haifa, Beirut, Tripolis und Alexandrette einen wesentlichen Einfluß auf den Handel des Mittelländischen Meeres mit erlangt haben. Der Außenhandel Jaffas belief sich schon 1907 auf 40 Millionen Mark, jener Haifas auf 20 Millionen Mark, jener Beiruts auf 100 Millionen Mark, der Tripolis' auf 21 Millionen Mark und jener von Alexandrette auf 30 Millionen Mark. Syrien ist das Vorland des Suezkanals und bildet die Brücke zwischen Arabien und Ägypten. Hierdurch wird Syrien zu einem entscheidenden Kampfgebiete zwischen Großbritannien und der Türkei in ihrem Kampfe um Arabien! Die einzige Verbindung der Türkei mit Arabien ist durch die Hedschasbahn hergestellt, welche Konstantinopel und Medina durch eine Eisenbahnlinie aneinander kettet. Diese Bahn aber läuft von Aleppo an lang durch Syrien und ist von Damaskus aus türkische Staatsbahn. In seinem Bestreben, sich eine Landverbindung von Ägypten nach Indien zu schaffen, kann Großbritannien nichts unerwünschter sein, als diese türkische Hedschas-

Digitized by Google

bahn, die als Schienenstrang des Himmels ihre religiöse Aufgabe erfüllt, im übrigen eine rein politische Bahn ist und — bleiben muß! Die Dazwischenlagerung eines britischen Gebietes würde England mit einem Schlage die Hindernisse der Hedschasbahn aus dem Wege räumen. England kann, soweit der türkische Einfluß sich in Arabien steigert, nur unter einem starken Risiko seine Bahnpolitik in die Sinaihalbinsel treiben. Ohne eine schienenmäßige Erschließung des Sinaigebietes kann England aber seine Absicht, eine Landverbindung mit Indien herzustellen, nicht ausführen. Die Linie, welche zu bauen man nötig hat, ist jene von Ismailia über Akaba nach Basra und weiter durch Südpersien nach Belutschistan. Wenn man bisher das Sinaigebiet völlig vernachlässigte, dann geschah dies in voller Absicht. England fühlte sich nicht stark genug, den ägyptischen Besitz durch die Öffnung von Bahnen nach Arabien hin zu gefährden. Wie gut man gerechnet, erwies der Weltkrieg. Hätten jene Bahnen bestanden, sie würden zum deutschen Aufmarschgebiet gegen Ägypten geworden sein. Solange die Bahnnetze Syriens ihren Anschluß an die Militärbahn Port Said—Ismailia finden, die weitere Sinaistrecke Berührungspunkte mit der Hedschasbahn bringt, ist der Schienenweg eine schwere Gefahr für England. Es sei denn, die Gefahr würde durch einen Besitz Südsyriens zur englischen Hand abgeriegelt.

Doch nicht nur die Erweiterung seiner Stellung am Mittelmeer durch den Besitz der südsyrischen Häfen und durch einen Einfluß den mittelsyrischen Häfen gegenüber, nicht nur die Sicherung der Suezstraße durch eine Erweiterung des Vorlandes des Suezkanales, nicht nur die Beseitigung der Gefahren der syrischen und arabischen Bahnen bei dem Plane der Überlandverbindung mit Indien macht Syrien so wertvoll für Großbritannien. Eine andere nicht weniger wichtige Frage spielt hier noch mit. Zwischen England und Indien liegt als Verbindungsglied Ägypten. Ägypten ist sozusagen Zwischenstation. In den Zeiten Kitcheners ist nun der Gedanke entstanden Ägypten zu einer Truppenverpflegungsstation auszubauen. Der Weltkrieg mit seinen Erfahrungen wird diesen Plan verstärkt haben. Ägypten ist nun aber hinsichtlich seiner landwirtschaftlichen Erschließung von der Bewässerung abhängig und daher nur begrenzt erweiterungsfähig. Der Plan einer Verwendung Ägyptens als Lebensmitteldepot würde somit sich mit dem Baumwollanbau des Landes nicht vereinbaren lassen da man ihn zugunsten des Weizenanbaues, wie das bereits in der heutigen Kriegszeit der Fall war, beschränken müßte. Nun aber ist Syrien mit seinem Hinterlande, und vornehmlich Süd- und Mittelsyrien, ein ausgesprochenes Kornland. Außerdem hat man hier eine nicht unwesentliche und dazu leicht stark vermehrbare Viehzucht. Außerdem gestattet der Besitz dieser Landstriche einen ungehemmten Zugriff zu den bedeutenden westarabischen und nordarabischen Kornstrecken. Seit altersher ist Syrien, das Zwischenland zwischen Asien und Europa, ein Kornausfuhrgebiet gewesen. Die Bahnerschließung Syriens, die keine unwesentliche in den neueren Zeiten war —

Digitized by Google

auf 100 qkm entfallen in Syrien 10, auf je 10000 Einwohner 5,1 km Eisenbahnen — und die in den Kriegszeiten noch wesentliche Erweiterung erfahren hat, ermöglichte eine ständige Erweiteruag der Ausfuhr Syriens. Die Gesamtausfuhr Syriens belief sich für 1910 auf 34,07 Millionen kg an Getreide und Hülsenfrüchten. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs wurden in einem Umfange von 2,43 Millionen kg ausgeführt und lebende Tiere in einem Gewichte von 182,77 Tausend kg. Aus dem Hafen von Beirut gingen 1912: 3445 Tonnen Gerste, 158 Tonnen Mais und 187 Tonnen Weizen zum Versand. Tripolis gab 1913: 12000 Tonnen Gerste, 2500 Sack Weizen und 4500 Sack Dari zum Versand. Akka lieferte 1903 für 9655 Tonnen Weizen und für 550 Tonnen Gerste an das Ausland. Haifa lieferte 1907 für 8100 Tonnen Weizen und für 9350 Tonnen Gerste zur Ausfuhr.

Für die englischen Pläne günstig ist, daß Ägypten bereits seit alters eine Haupthandelsstätte für Syrien ist. Ägypten pflegte durch seinen Warenstapelplatz, Alexandrien, die Kleinhändler Syriens zu versorgen, und Syrien seinerseits bezahlte mit seinen Agrarprodukten. Die Übereinstimmung des Glaubens, die Gleichheit der Handelssitten wie der Volksgebräuche, würde Syrien eine Abhängigkeit von England nicht in dem wünschenswerten Maße als Last empfinden lassen. Das Werben Englands um die jüdische Bevölkerung Syriens würde seinen Einfluß beträchtlich vermehren.

Wenn nun auch die Entscheidung der Waffen die britischen Pläne ohnehin beeinträchtigen dürfte, so ist es doch im höchsten Maße angebracht, daß sich auch die breite Öffentlichkeit vollauf mit den englischen Plänen in Syrien in ihrer ganzen Tragweite bekannt macht. Es ist erfreulich, wenn sich, wie eben jetzt, eine aus Wissenschaft, Praxis und Politik zusammengesetzte Gruppe bildet, welche in der ihr zugänglichen Weise den Plänen Englands entgegenarbeitet und sich damit mit der Tätigkeit der deutschen und türkischen Waffen helfend verbindet. Gerade in diesem Stadium des Krieges können und wollen wir in dem Werke nicht müde werden, die mit List und Trug, unter allen Mienen der Freundschaft und Menschlichkeit, unter Anrufung aller edlen Zwecke und Ziele der Menschheit gesponnenen Pläne Englands zu enthüllen und im bildlichen Strich klar, schwarz auf weiß, zu malen. —

Unsere Kolonien und England

Von Dr. Friedrich Karl Lederbogen

So sehr unsere Gemüter auch durch gewaltige militärische und außenpolitische Ereignisse zurzeit beschäftigt sind, der Heldenkampf in Afrika hat wie nie vorher unsere Anteilnahme erregt und die Erörterung der Kriegsziele und der Friedensfragen auf das koloniale Gebiet gelenkt.

Die koloniale Frage ist wieder ins Bewußtsein der Massen getreten. Staatssekretär Dr. Solf hat die Gunst der Stunde geschickt genutzt und in mehreren Reden unsere kolonialen Kriegsziele vertreten. In einem Vortrag in der Berliner „Philharmonie" am 21. Dezember

Digitized by Google

1917 hat er über die gerechte Besitzverteilung der Kolonien aller Nationen in Afrika gesprochen. Ebenso hat er am 16. Februar 1918 in Karlsruhe vor der dortigen Abteilung der deutschen Kolonialgesellschaft unsere künftige Kolonialpolitik dargelegt. In seiner letzten Rede im Reichstag am 27. Februar ist er für Wiedererlangung unserer Kolonien eingetreten. Bei dieser Gelegenheit hat sich der Staatssekretär besonders mit der Rede des ehemaligen Buren, Generals Smuts, Mitglied des englischen Kriegskabinetts, auseinandergesetzt, der am 28. Januar in der Königlich Geographischen Gesellschaft in London über die Kolonialfrage in Afrika in für uns durchaus feindlichem Sinne gesprochen hatte, indem er diese Rede nicht als private Meinung des Generals Smuts auffaßte, sondern als die öffentliche Kundgebung eines englischen Regierungsvertreters. Wie berechtigt diese Auffassung ist, zeigt die vorsichtige Erklärung, die die englische Regierung durch den Mund von Bonar Law im Unterhaus dem Liberalen Lees Smith gab auf seine Anfrage, ob die von Smuts ausgedrückte Ansicht im Namen der Regierung ausgesprochen worden sei. Die „Times" melden darüber am 6. Februar:

„Bonar Law erwiderte: General Smuts hat keine neue Erklärung über die Zukunft der deutschen Kolonien abgegeben, sondern nur auf die diesbezüglichen Erklärungen hingewiesen, die der Ministerpräsident im Namen des Kriegskabinetts abgegeben hat. Ferner hat Smuts seine persönliche Ansicht über gewisse allgemeine Grundsätze mitgeteilt, die auf Zentralafrika angewendet werden sollen. Ein Gegensatz zwischen der Rede Lloyd Georges und Smuts' besteht nicht."

Dann wissen wir ja, was wir von ihr zu halten haben! Der Staatssekretär faßt die Charakteristik der Rede Smuts' dahin zusammen:

„Lloyd George will Deutschland als Kontinentalmacht vernichten, Carson will Deutschland als Industriemacht vernichten, Smuts als Kolonialmacht." Nachdem Dr. Solf auf die einzelnen Punkte der Smutsschen Rede eingegangen ist und sie widerlegt hat, immer von dem Gesichtspunkt aus, daß hinter dem Engländer und seinen Ausführungen die britische Regierung steht, sagt er aber noch, daß es auch in England aufrichtige Träger des Friedensgedankens gibt. „Die Zahl der englischen Stellen, die zu einer Kolonialverständigung nicht nur geneigt sind, sondern sie für eine notwendige Vorbereitung der künftigen Weltpolitik hält, mehrt sich."

Es dürfte demnach angebracht erscheinen, auch diese Stimmen einmal zu hören und sich ein allgemeines Bild zu schaffen, welche Meinungen drüben überhaupt über die Zukunft der deutschen Kolonien vertreten sind, wie und von wem sie begründet werden.

Bis zum Sommer 1917 galt es in kolonialen Kreisen unserer Feinde als selbstverständlich, daß nie und nimmer eine Rückgabe der eroberten Kolonien an Deutschland in Frage käme. Besonders beachtenswert in dieser Hinsicht ist der Aufsatz, den im „Manchester Guardian" vom 4. Juli v. J. der bekannte englische Kolonialpolitiker Sir H. H. Johnston veröffentlicht. Sir Johnston war früher Gouverneur von Britisch-Uganda. Er ist ein alter Afrikaner, der mit den dortigen Verhältnissen innig vertraut vor dem Kriege Deutschlands koloniale Leistungen anerkannte. Sein 1913 veröffentlichtes Buch „Die Kolonisation Afrikas" läßt dem deutschen Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren. Seine Ansichten sind in England hochbewertet und dürften auch für uns von Bedeutung sein.

Daß in England die Kriegsbegeisterung schon seit längerer Zeit abflaut unter dem Druck der kläglichen Erfolge an der Westfront, der U-Boote, die keine spitzfindige Rechnung verscheucht, der irischen Gefahr, die das Land im Rücken anzugreifen droht, wird seit dem Sommer 1917 immer offenbarer. Aus wachsender Friedenssehnsucht heraus ist das in dieser Zeit auftauchende Gerücht zu erklären, wonach Deutschland gegen Rückgabe seiner überseeischen Besitzungen zum Frieden bereit sei. Damit rückte das Schicksal unserer Kolonien in den Mittelpunkt des öffentlichen englischen Interesses, und Sir Johnston nahm zu dieser Frage Stellung als Gegner jeder Rückgabe.

Befaßt sich nun englische Politik mit den eroberten deutschen Kolonien, so ist zuerst festzu-

Digitized by Google

stellen, daß unsere früheren Besitzungen in Ostasien und in der Südsee für England aus der Erörterung ausscheiden. Diese Gebiete sind, wie Johnston eingesteht, englischer Macht und englischem Einfluß entzogen. Es wäre für England wie auch für Amerika ganz unmöglich, Japan, China, Australien und Neuseeland oder Südafrika zu zwingen, auf ihre Eroberungen Verzicht zu leisten. Wir finden auch in der englischen Presse wenig Stimmen, die sich mit den Verhältnissen unserer Südseekolonien befassen. Wohl auch deshalb, weil die Besitzverhältnisse zwischen Japan und Australien noch gar nicht endgültig geregelt sind. Man plant sogar eine Abgrenzung in eine südliche und eine nördliche Hälfte des Stillen Ozeans, Japan solle die nördliche zufallen. Australien kann sich aber hierauf keiner Antwort Japans rühmen, das über die Zukunft schweigt, sich an die Ausbeutung der ihm zugefallenen Teile macht und durch seinen Generalkonsul in Sydney erklärt hat, nicht an eine Rückgabe der deutschen Kolonien zu denken. Von australischen Äußerungen ist zu erwähnen, daß in der Jahresversammlung des parlamentarischen Arbeiterverbandes in Sydney, Anfang Juni 1917, ein Redner hervorgehoben hat, daß mit Beibehaltung der deutschen Südseeinseln sich Australien eine neue Last aufbürden würde, da es nicht einmal genug Menschen habe, um sein eigenes Land zu besiedeln. Bei Besprechung der noch zu erwähnenden Denkschrift der britischen Arbeiterpartei, die die Frage der Rückgabe der deutschen Kolonien behandelt, spricht sich der australische Bischof H. Frodsham im Oktoberheft des „Nineteenth Century" gegen Rückgabe der Südseeinseln aus ethischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen aus, die wir noch näher kennen lernen werden.

Englische Stimmen, so auch Johnston, beschränken sich nur auf unsere afrikanischen Besitzungen, sogar Südwest bleibt mit Rücksicht auf die südafrikanische Union aus der Erörterung.

Bezeichnend für die Staatsidee der noch dem Größeren Britannien angehörenden Dominions ist es, wenn Johnston zugeben muß, daß die Herausgabe Deutsch-Südwests an Deutschland den Abfall des transzambesischen Afrikas vom britischen Reich bedeuten würde, daß Australien und Neuseeland eher vorziehen würden, ihre Unabhängigkeit zu proklamieren als die eroberten Länder herauszugeben. Für großbritannische Machterwägungen bleiben deshalb nur die deutschen Besitzungen in Afrika übrig. Auf die dort beteiligten Verbündeten Frankreich, Belgien, Portugal ist eine Rücksichtnahme weniger nötig. Wir müssen uns diese Beschränkung Englands, unsere Kolonien betreffend, wohl vor Augen halten!

Eine Rückgabe dieser afrikanischen Gebiete an Deutschland darf nun nach Johnston auf keinen Fall stattfinden. Er fürchtet, das französisch-englische böse Beispiel in der Ausnutzung der Kolonien während des Krieges könnte die guten deutschen Sitten verdorben haben, die, wie sich aus der zu Beginn des Krieges in den Kolonien zutage tretenden Wehrlosigkeit ergibt, auf die Kongo-Akte vom 26. Februar 1885 bauten, nach der der afrikanische Kontinent frei von europäischen Kriegen bleiben sollte. Deutschland würde unbesiegbare Armeen und unermüdliche Arbeiter aus den eingeborenen Völkern drillen. Was sollte dann aus dem britischen Afrika werden, wo die Eroberung Kameruns und Deutsch-Südwests schon großer Anstrengungen bedurfte und die Deutsch-Ostafrikas noch nicht beendet ist! — Aus diesem Grund darf deshalb England nicht nachgeben und Deutschland erlauben, von all dem wieder Besitz zu ergreifen, wo es früher geherrscht hat. Drum müssen Amerika und Westeuropa noch so lange kämpfen, um andere Friedensbedingungen zu erlangen.

Daß diese militärische Begründung auch die Stellungnahme der britischen Regierung beeinflußt, ist zweifellos sicher. Es wird bewiesen durch die oben erwähnte Rede des Generals Smuts. Er hat darin ausgeführt, „daß die deutschen kolonialen Ziele tatsächlich nicht kolonisatorisch, sondern völlig beherrscht von umfassenden weltpolitischen Begriffen seien. Ihre wah-

Digitized by Google

ren Ziele seien nicht die Kolonien als solche, sondern militärische Macht und strategische Stellungen, um diese Weltmacht in Zukunft auszuüben. Solange nicht endgültig unwiderruflich in Deutschland mit dem Militarismus gebrochen wird, solange könnte keine Neuausdehnung des preußischen Militarismus auf andere Kontinente und Meere geduldet werden. Die unzeitige oder unkluge Zurückgabe von Deutsch-Ostafrika an seinen früheren Besitzer könnte daher Folgen haben, die weit über die Grenzen des afrikanischen Kontinents hinausreichen."

Unser Staatssekretär hat in seiner letzten Reichstagsrede so gründlich mit diesem Punkt abgerechnet, daß ich nur darauf verweisen kann. Aber die Smutssche Begründung ist echt englisch und in vielen Kreisen lebendig. Das zeigen die zustimmenden Besprechungen dieser Rede in den „Times" vom 29. Januar, im „Manchester Guardian" vom 30. Januar, in der „Morning Post" vom 31. Januar, in denen weitschweifende militaristische und imperialistische Pläne Deutschlands aufgezählt werden, derentwegen eine Rückgabe der Kolonien unmöglich erscheine. Auch die südafrikanische Presse spricht sich in diesem Sinn aus. Man bedenke, was England tun würde, wenn es an Deutschlands Stelle wäre: Es würde nicht nur Vorkehrungen zum Selbstschutz treffen, es würde zwecks Verteidigung seines Eigentums zur Bedrohung des großen Kolonialreichs des Feindes übergehen! Deutsch-Ostafrika bildet eine Bedrohung und Gefährdung Indiens und Ägyptens, sagt Smuts. Es liegt auf dem Glacis Indiens, wie Graf Reventlow sich ausgedrückt hat. Würde Deutschland diese Kolonie befestigen, mit Flotten- und U-Bootstützpunkten versehen, so wäre die See- und Weltherrschaft Englands nicht mehr sicher. So zu hören bei Smuts und zu lesen in dem Aufruf der „Financial News" vom 11. Dezember 1917, der die öffentliche Meinung in allen Verbandsländern gegen Herausgabe der deutschen Kolonien bearbeiten will und zum Beitritt zu einem Ausschuß „Für Kolonialverlust Deutschlands" auffordert (German Lost Colonies Committee), den die British Worker's League gründen will. Wie sehr der englische Geist in diesem Falle Deutschland nur nach dem beurteilt, was er selbst zu tun für richtig halten würde, zeigt die Tatsache, daß gerade die militaristische Begründung der Ablehnung einer Kolonienrückgabe, die Furcht, daß Deutschland die Kolonien befestigen, die Eingeborenen, wie es die Engländer und Franzosen beständig tun, militarisieren könne, in England allgemein vorherrschend und bestimmend ist. Selbst der bereits erwähnte australische Bischof Frodsham ist in seinem angeführten Aufsatz gegen Rückgabe der deutschen Südseebesitzungen neben anderen auch wegen militaristischer Gründe eingetreten. Er sagt:

„Läßt man den Deutschen in der Südsee freie Hand, so ist es mit der Sicherheit australischer Städte wie Townsville, Brisbane, Sydney, Melbourne vorbei; sie würden ebenso wie das „friedliche" Scarborough beschossen werden." (!) „Dieser Krieg hat ja das unheimliche Geschick Deutschlands erwiesen, die einheimischen Rassen für militärische Zwecke zu organisieren. Sein Eingeborenenheer in Ostafrika ist eins der militärischen Wunder des Krieges."

Auch die neueste englische Presseäußerung ist aus militaristischen Gründen gegen eine Rückgabe der Kolonien. „Daily Chronicle" schreibt im Leitartikel vom 21. Februar:

„Hätten die Deutschen 1914 gewußt, welche Möglichkeit die U-Boote bieten, wie sie es heute wissen, so hätten sie ihre afrikanischen Kolonien und die des Stillen Ozeans dazu benutzen können, den Indischen und Stillen Ozean für Handelsschiffe ebenso gefährlich zu machen, wie es jetzt mit dem Mittelmeer geschieht. Was die Frage der eingeborenen Truppen betrifft, so hat uns von Lettow-Vorbeck mit seinen 2000 weißen Soldaten gezwungen, zur Unterwerfung Ostafrikas und zur Abwehr seiner erfolgreichen Offensiven gegen die verschiedenen Kolonien der Verbandsmächte einige Hunderttausend Mann und einen ungeheuren Schiffsraum zu verwenden. Wenn Deutschland 1914 das gewußt hätte, so hätte es uns ohne große Schwierigkeit zu einer Vervier- oder Verfünffachung unserer Aufwendung an Soldaten und Schiffen zwingen und vielleicht den Krieg durch die fortgesetzte Schwächung unserer Hilfsquellen entscheiden können. Ist es vernünftigerweise anzunehmen, daß Deutschland solche Lehren ungenützt lassen würde? Und wie könn-

Digitized by Google

ten die jungen Demokratien von Südafrika, Australien oder an der Küste des Stillen Ozeans in Zukunft einer friedlichen Entwicklung froh werden, wenn eine solche Bedrohung besteht?"

Diese Anschauungen sind in dem imperialistischen Sinn der Engländer fest verwurzelt.

„Afrika ist die Halbwegsstation nach Indien und Ostasien, das britische Reich verlangt nur inneren Frieden und Sicherheit seiner Verbindungen nach außen. Es muß auf Erhaltung einer Lage bestehen, die durch das ganze Land für seine Gebiete die Verbindungen von einem Ende des Kontinents zum anderen garantiert. Das britische Reich ist zerstreut über die Erde und völlig abhängig von seinen Verbindungen für die Fortdauer seiner Existenz. In Zukunft sollen diese Verbindungslinien nicht nur zur See, sondern auch zu Lande weitergeführt werden." (Smuts.)

Deutsch-Ostafrika gefährdet also durch sein Dasein sowohl die Verbindung nach Indien und Ostasien, wie auch den Landweg Kap—Kairo. Der Engländer schiebt uns die eigenen Absichten unter, reizt die Volksstimmung gegen eine Rückgabe der Kolonien auf und hat seinen Zweck erreicht. Das zeigt lehrreich der Artikel „Tiefere Gefahren eines deutschen Friedens" des bekannten Marinesachverständigen G. Fiennes im „Observer" vom 3. Februar. Nachdem er die Gefahren für die britische Weltherrschaft durch ein „Mitteleuropa" erwiesen hat, legt er den Deutschen den englischen Plan eines „Mittelafrikas" unter.

„Wofern wir nicht einen wirklichen Sieg gewinnen, haben wir auch mit einem „Mitelafrika" zu rechnen. Dies bedeutet deutsche Seestützpunkte sowohl im Osten wie im Westen des dunklen Erdteils und deutsche Unterseeboote, die auf dem anderen Wege nach dem Osten um das Kap operieren. Einige Leute mögen vielleicht meinen, daß die Rückgabe der afrikanischen Kolonien an Deutschland eine kleine Sache sei, — ein Opfer, das im Interesse des Friedens gebracht werden könnte. Aber wenn so etwas wirklich zustande kommen sollte, so wird Deutschland sich für die Zukunft vorsehen. Seine afrikanischen Häfen werden mit allem versehen sein, was für einen langen Krieg gegen den Handel erforderlich ist, und sein afrikanisches Heer wird die Bezwingung seiner Seestützpunkte zu einer sehr schwierigen Sache machen, die nicht nur Seestreitkräfte, sondern auch ein starkes Expeditionsheer benötigen würde."

Auf imperialistische Grundlagen ist auch die Denkschrift der britischen Arbeiterschaft, die Ende Dezember 1917 auf der Konferenz der Labour Party angenommen wurde, zurückzuführen, desgleichen der am 15. Januar 1918 aus den gleichen Kreisen an die russische Arbeiterregierung gerichtete Aufruf. Die deutschen Kolonien sollen durch eine Liga der Nationen verwaltet, der deutschen Regierung aber nicht zurückgegeben werden. Daß dieser Entschluß auf die besagten Gründe fußt, zeigt ein anderer Punkt der Denkschrift, wonach auch die englischen Arbeiter die Herstellung einer Landbrücke nach Indien über jetzt noch türkische Gebiete hinweg als eins der vornehmsten Ziele dieses Krieges ansehen.

Soweit die militärischen Befürchtungen und Verweigerungsgründe, wie sie uns in den Auslassungen der englischen Politiker und durch das Mitglied des Kriegskabinetts Smuts auch als Ansicht der Regierung entgegentreten. Sie sind zweifellos die gewichtigsten, und der Staatssekretär hat sich deshalb am eingehendsten mit ihrer Entkräftung und Widerlegung befaßt. Sie sind ganz aus dem imperialistischen Sinn des Engländers entsprungen und aus seinem Streben nach alleiniger Weltherrschaft zu verstehen.

Die anderen Gründe, die der Engländer für die Verweigerung der Kolonienrückgabe angibt, werden oft gleichfalls ausführlich behandelt, sind aber mehr untergeordneter Natur, die „moralischen" Gründe gegen eine Rückgabe dienen nur als englischer Heuchlermantel, der den imperialistischen umgehängt wird. Lächerlich wirkt es, wenn Sir Thomas Smartt, Führer der südafrikanischen Opposition, laut „Financial News" vom 17. Januar erklärt:

„Undenkbar ist es, daß der Verband der Rückgabe der früheren deutschen Kolonien Südwest und Ostafrika an die Macht zustimmen sollte, die sich unfähig erwiesen hat, sie im Interesse ihrer eingeborenen Bevölkerung zu regieren." Auch der Bischof Frodsham beruft sich auf moralische und ethische Gründe. „Der deutsche Geist macht alles seinen materialistischen Zwecken dienstbar. Das ist die Tragödie Deutschlands. — Aus moralischen Gründen allein schon würde es ungerecht sein, die deutschen Kolonien an Deutschland zurückzugeben, sei es als Friedensbedingung, sei es aus irgendwelchen sen-

Digitized by Google

timentalen Erwägungen für sogenannte deutsche Rechte. Deutsches Recht bedeutet Unrecht gegen Eingeborene."

Die wirtschaftlichen Gründe gegen Rückgabe der Kolonien entspringen dem imperialistischen Streben Englands, sie enthüllen unverfälschten Neid und Eigennutz. Smuts gab ihnen offen Ausdruck, wenn er darauf hinwies, daß Ostafrika im wirtschaftlichen Werte hoch unter den tropischen Ländern Afrikas stünde. Eine so wertvolle Kolonie muß natürlich bei England bleiben, darf an Deutschland nicht zurückgegeben werden. Der Staatssekretär Dr. Solf hat diese Anschauung festgehalten, indem er Kiplings Wort anführt: „China ist ein Land von unendlichen Möglichkeiten, also annektieren wir China!" Diese egoistische Begründung ist dem Engländer Selbstverständlichkeit und beeinflußt tief Entschließungen der englischen Regierung.

Im Vorstehenden haben wir in großen Zügen gesehen, wie englische Politiker und Regierungsvertreter sich mit gewichtigen Gründen gegen eine Rückgabe der deutschen Kolonien aussprechen. Auf dieser Seite der Beurteilung der Kolonialfrage vom englischen Standpunkt liegt zweifelsohne das stärkste Gewicht, hier „stehen große Massen, große Interessen und große Leidenschaften. Damit müssen wir rechnen." Aber der Staatssekretär erwähnt auch, daß Stimmen, die zu einer Kolonialverständigung raten, sich mehren. Wenden wir uns ihnen zu.

Bis zum Sommer 1917 war noch nicht viel von einer gemäßigten Beurteilung der Frage zu merken. Erst als die oben bereits angeführten Gründe, die zu dem Friedensgerücht unter Bedingung der Rückgabe der Kolonien geführt hatten, stärker zu wirken begannen, ist ein Umschwung bemerkbar. Im September greift der bereits angeführte Johnston wieder zur Feder und schlägt in der „Contemporary Review" einen ganz anderen Ton an, der im Gegensatz zu der militaristischen Haltung auf Versöhnung gestimmt ist. Es erscheint Johnston nicht mehr undenkbar, daß der Krieg für England unentschieden enden könne, und daß England sich zu Bedingungen bequemen müsse, um die meerbeherrschende Insel vom Bankrott und der Hungersnot zu retten. Die Kriegslage erscheint ungünstig.

„Ja, wenn uns die Vorsehung noch einmal zu Hilfe käme und uns einen Nelson, einen Wellington, einen Pitt, einen St. Vincent, einen Canning gäbe, wenn es uns gelingen würde, die Deutschen zu zwingen, Frankreich und Belgien zu verlassen und um Frieden zu betteln, dann könnte England Deutschland ohne Landbesitz mit Ausnahme der Grenzen in Mitteleuropa lassen." Aber so weit wird es England wohl nicht bringen. Ohne Erfolge verschlingt der Krieg weitere Milliarden. Das Geschäft rentiert sich nicht. Und für diejenigen, denen die weiteren nutzlosen Kosten leid tun, sucht Johnston nach einem Ausweg. „Könnte da nicht", so meint er, „ein Kaufplan, der eine gewisse angemessene Summe vorsieht für die Loskaufung der deutschen Kolonien und — ein sehr bezeichnender Zusatz! — von Elsaß-Lothringen den teuren erfolglosen Krieg beenden? Würden nicht die Kosten für 6 Monate unserer und Frankreichs Kriegführung genügen, um Deutschland die Kolonien und Elsaß-Lothringen abzukaufen? Die Römer kauften die Barbaren auch aus, wenn sie sie nicht überwältigen konnten. Und wenn Deutschland gar als Kaufpreis für seine Kolonien freie Märkte überall in der Welt auch an den feindlichen Plätzen verlangen würde, so würde das für die Tarifreformer und Chamberlainisten eine sehr bittere Pille, aber immer noch einem deutschen Frieden und der Bankrotterklärung des britischen Reiches vorzuziehen sein."

Diese Anschauung ist bedeutsam, wenn wir die geschehene Wandlung zum Versöhnlichen festhalten und die inneren Gründe zu deuten suchen. Man beachte ferner den hohen Preis! Die Märkte, von denen der Krieg Deutschland vertrieben hat und von denen der spätere Wirtschaftskrieg uns fernzuhalten soll, erscheinen nicht zu hoch als Preis.

In ähnlichem gewandeltem Sinn schreibt der bekannte politische Schriftsteller Dillon in der „Fortnightly Review" vom September. Ihm sind die Kosten der Weiterführung des Krieges gleichfalls zu groß, die Aussichten auf Sieg zu gering. Man täte daher besser, das Geschäft abzubrechen und die Rückgabe der deutschen Kolonien zu einem Verhandlungs- oder Kaufgegenstand zu machen.

Bezeichnend ist, daß lediglich Geschäftsinteressen den Engländer für eine Rückgabe der Kolo-

Digitized by Google

nien reden lassen. Noch schärfer befürwortet Will. Harbutt Dawson im Septemberheft der „Contemporary Review" eine Rückgabe der deutschen Kolonien. Er führt moralische Gründe an und tritt in geradezu auffallender Weise für Deutschlands berechtigte koloniale Forderungen ein. Dawson hat unsere koloniale Entwicklung von Anfang an verfolgt, ist Zeuge der Gründerbegeisterung wie der späteren Niedergeschlagenheit gewesen, versteht die Notwendigkeit der Beschaffung von Kolonien für Deutschland, „das für seine tätigen und ehrgeizigen Bewohner zu klein geworden ist."

„Es liegt im Interesse Großbritanniens, daß Deutschland ermutigt, ja sogar unterstützt wird zu kolonisieren. Das britische Billigkeitsgefühl (!) habe Mitgefühl (!) für Deutschland, das bei der Auftellung der Welt zu spät gekommen sei! Eine Vorenthaltung der Kolonien würde ein kleinlicher Akt der Wiedervergeltung sein!"

Ohne Bedingungen geht es natürlich nicht ab. Vorerst müsse Deutschland modernisiert, müsse die parlamentarische Regierungsform eingeführt sein. Man hört die Schlagworte des Septembermonats.

Der zum Anhang Lansdownes gehörende, sonst durchaus nicht deutschfreundliche Noel Buxton, der durch seine frühere Tätigkeit als diplomatischer Agent Englands in den Balkanstaaten bekannt ist, hat sich in Manchester am 25. Januar für eine Kolonienrückgabe ausgesprochen. Er führte aus, „eine Zurückbehaltung der deutschen Kolonien sei mit dem Weltfrieden unvereinbar, England habe sich ferner bereits zu dem Grundsatz, keine Annexionen, bekannt. Überdies werde der Hauptfaktor beim Friedensschluß Amerika sein, das sich sicherlich Annexionen widersetzen und auf dem Grundsatz der offenen Tür bestehen werde." Daß in der Nichtanerkennung der deutschen kolonialen Ansprüche eine schwere Gefahr für den kommenden Frieden liegt, wird auch in der Wochenschrift „The New Europe" vom 7. Februar in einer Warnung gegen einen imperialistischen Frieden ausgeführt. Es heißt da:

„Einerlei, was mit Mesopotamien und Palästina oder mit den deutschen Kolonien geschieht, eine Lösung ist durch wohlüberlegten Selbstverzicht ausgeschlossen: sie dürfen nicht dem britischen Reich einverleibt werden. Es würde dies einen guten Eindruck auf die Verbands- und neutrale Presse machen, wo vielfach der Eindruck verbreitet ist, daß die englische Regierung den Krieg verlängert, weil sie wünscht, daraus einen Vorteil zu ziehen. Vor allem gewinnt dieser Eindruck bei unseren arbeitenden Klassen an Stärke."

Wir haben bisher stets nur von englischen Stimmen gesprochen, da England ja als größte Kolonialmacht für uns in dieser Frage das entscheidende Wort zu sprechen hat. Auch ist die koloniale Frage nach englischer Ansicht eine lediglich englische Frage, wenigstens soweit sie Afrika betrifft. In der letzten Zeit machen sich aber auch in England Stimmen geltend, die den Verbündeten auf Grund von Leistungen bei der Eroberung der Kolonien Berechtigung zuerkennen, über das Schicksal der deutschen Kolonien mitzureden. Bei Dawson z. B. geht es aus echt englischem Grunde nicht ohne Mitwirkung der Verbündeten ab. Er tritt ja für Rückgabe ein. Da die Rückgabe Deutsch-Südwests unmöglich sei, müssen Berichtigungen zu einem Verhandlungsgegenstand gemacht werden. Daß England Kompensationen bieten könnte, daran denkt natürlich niemand. Dazu lädt man die lieben Verbündeten ein, Frankreich, Belgien und Portugal, und das britische Geschick und politische Talent wird schon das Weitere besorgen!

Wir sahen bereits, wie unsere Südseeinseln, Kiautschou aus der Erörterung für England blieben. Diese Kolonien sind, wie offen zugegeben wird, dem englischen Einfluß entzogen. Dasselbe gilt für Südwest, auf das Südafrika Anspruch erhebt, Kamerun und Togo dürften zur Berücksichtigung Frankreichs führen. Auch über das Fell des noch nicht erlegten Bären von Ostafrika streitet man sich schon. Nach der „Täglichen Rundschau" vom 28. November 1917 sind in der Zeitschrift „Graphic" die Erfolge der Belgier beim ostafrikanischen Feldzug lobend hervorgehoben. Der belgische Wunsch, Ostafrika zu annektieren, könne aber nicht

Digitized by Google

gewährt werden. Die belgische Zeitschrift „Métropole" hat in gereiztem Ton sich gegen die Abweisung gewehrt und mindestens einen Gebietsteil Ostafrikas gefordert, ein weiterer sei Portugal zu geben, der Rest könne englisch werden. In den „Daily News" vom 9. Januar tritt John H. Harris gleichfalls für Berücksichtigung der Verbündeten ein.

„Man täuscht sich in England, wenn man annimmt, daß die Frage, was mit den deutschen Kolonien geschehen soll, eine rein englische Angelegenheit sei. Belgien denkt an den Kongo. Frankreich werde Sicherheiten in Westafrika fordern. Die Generäle Botha und Smuts sowie Patrick Duncan würden niemals ihre Zustimmung zu einer Wiederherstellung der deutsch-ostafrikanischen Küste geben, weil damit die Möglichkeit der Errichtung von zahlreichen U-Bootstützpunkten gegeben sei. Die Freunde Englands bei den Antipoden und Wilson — letzterer mit Rücksicht auf den Panama-Kanal — würden wahrscheinlich nie in die Rückgabe der Inseln des Stillen Ozeans einwilligen, weil auch diese zur Errichtung von Hunderten von U-Bootstützpunkten ausgebaut werden könnten. Ferner dürfe man nicht die Opfer vergessen, die die Inder (!) bei der Eroberung von Deutsch-Ostafrika gebracht hätten, und denen ein Anteil an der Entwicklung des Landes gebühre. Das Problem des deutschen Kolonialbesitzes und seiner kolonialen Zukunft stellt daher die Regierungen der Verbandsmächte vor eine unendlich schwierige Aufgabe."

Ich habe diese Abhandlung deswegen angeführt, weil sie als weithin vereinzelte englische Stimme die Berechtigung der übrigen Verbandsmächte betont, bei der Frage des Schicksals der deutschen Kolonien mitzusprechen.

Näher steht uns nun noch die Frage, was zurzeit aus den deutschen Kolonien geschieht, über die der Feind schaltet. Darüber erhalten wir nur wenig Antworten. Japan hat sich in unserem Besitz heimisch gemacht, die Verbandsmächte beuten die Länder gründlich aus. Wie die Kolonien verwaltet werden sollen, darüber gibt es verschiedene Stimmen, die zu gleicher Zeit vielfach einen versöhnlichen Ton erkennen lassen. So hat sich nach dem „Manchester Guardian" vom 10. Oktober 1917 die „Anti-Sklaverei-Gesellschaft" mit dem Schicksal der deutschen Kolonien befaßt und zwei Systeme vorgeschlagen. Nach dem einen soll nach dem Krieg in den fraglichen Gebieten eine internationale Verwaltung eingerichtet werden, nach dem anderen soll ein internationaler Kongreß die Grundsätze zur Verwaltung dieser Länder festsetzen.

Im „Daily Chronicle" vom 1. November nimmt nun Sir H. H. Johnston zu diesen Vorschlägen Stellung. Er ist gegen Einrichtung eines internationalen Verwaltungsrates. Die Zeit, im reichen Afrika ein sogenanntes „Kongo-Regime" zu errichten, eine ausbeutende Tyrannei, ist vorbei. Wenn auch englische, belgische, französische, italienische und portugiesische Verwaltung ihre Fehler gehabt habe, so läßt sich das Volkstum des tropischen Afrikas doch besser schützen unter der Macht eines der kraftvollen Staaten als durch einen internationalen Verwaltungsrat. Außerdem würde sich in einem internationalen Verwaltungsrat Deutschland bald hervordrängen. — Seine Zulassung ist also als selbstverständlich angenommen! — Johnston fürchtet, daß Deutschland sich durch unlautere Mittel den ganzen Verwaltungsrat in die Hände spielen würde. Wohl aber befürwortet er die Schaffung einer internationalen Konferenz nach dem Kriege, auf der das Verwaltungssystem mit allen den Handel und den Schutz der Eingeborenen betreffenden Fragen geregelt werden könnte. An diesem Kongreß müßten vor allem teilnehmen Amerika, „das in Zukunft über die Entwicklung Afrikas viel zu sagen habe. Auch Holland müßte teilnehmen, und es wäre taktvoll, Brasilien zur Vertretersendung aufzufordern."

„Und Deutschland? Ob Deutschland zugezogen wird, hängt ganz vom deutschen Volke ab. Wenn es bald gerechte Friedensbedingungen vorschlägt, die eine gerechte Wiedergutmachung des in besetzten Gebieten begangenen Unrechtes einschließen."

Der oben schon erwähnte Noel Burton spricht sich gegen eine internationale Kontrolle aus in eigenartig versöhnlicher Begründung:

Digitized by Google

„Die Unterstellung des gesamten tropischen Afrikas unter internationale Kontrolle würde eine schwere Demütigung für das deutsche Souveränitätsgefühl bedeuten und überdies auch die Schwierigkeiten keineswegs beseitigen. Die nationale Eifersucht lasse sich nicht durch einen Federstrich aus der Welt schaffen. Die beste Lösung sei die Ausdehnung der Grundsätze der Kongoakte von 1885 auf das gesamte tropische Afrika unter Aufrechthaltung der bestehenden Souveränitäten, abgesehen von dem Kolonienaustausch auf Grund gegenseitiger Vereinbarung."

Seitens der englischen Regierung scheint übrigens für Ostafrika, während der Krieg noch dauert, eine gemeinschaftliche Verwaltung geplant zu sein. Nach „Birmingham Daily Post" vom 11. Dezember soll eine Konferenz von Vertretern der britischen, französischen, belgischen und portugiesischen Kolonialämter zusammenzutreten, um diese Frage zu beraten.

Die bereits erwähnte Denkschrift der britischen Arbeiterpartei aus dem Herbst 1917 will die Freiheit der Entwicklung der Kolonien sicherstellen durch die sofortige Errichtung einer Liga der Nationen. Den Interessen der Menschheit würde am besten gedient, wenn alle kriegführenden Mächte jeden Traum von einem afrikanischen Reiche (nördlich des Zambesi und südlich der Sahara) aufgäben, und statt dessen alle gegenwärtigen Kolonien des tropischen Afrika der Verwaltung der Liga der Nationen übertrügen, die sie nach den Grundsätzen der offenen Tür, des Schutzes der Eingeborenen gegen jede Ausbeutung, der Neutralisierung bei internationalen Reibereien, verwalten müsse. Diese Gedanken sind von dem Bischof Frodsham, wie schon erwähnt, von echt englischen Standpunkt als unausführbar erklärt worden, während der bereits mehrfach erwähnte Johnston sich äußert: „Er wolle lieber, im vollen Bewußtsein dessen, was eine Rückgabe der deutschen Kolonien zur Folge habe, sich damit einverstanden erklären, als mit dem ganz unvernünftigen Vorschlag der britischen Arbeiter."

„Daily Chronicle" korrigiert den Vorschlag der Internationalisierung des tropischen Afrikas dahin, daß man die Fortdauer der wirklichen Herrschaft von Frankreich, Belgien, Portugal und der anderen Nationalitäten über diejenigen Kolonien bestätigt, die ihnen zurzeit gehören! Demnach würden nur die deutschen Kolonien unter internationale Kontrolle fallen!

Andererseits haben diese Vorschläge auch versöhnliche Besprecher gefunden. So befaßt sich mit der Frage der Internationalisierung der deutschen Kolonien, wie sie der Beschluß der britischen Arbeiterpartei fordert, John H. Harris in den „Daily News" vom 11. Januar. Er führt in seinem Aufsatz die Forderung der Arbeiter auf Grundlinien, die dem Nutzen der Kolonien nach seiner Ansicht mehr entsprechen als doktrinäre Forderungen, die „den Schatten für das Ding selbst" halten.

„In dieser Angelegenheit sind alle Augen auf „Gebiet" eingestellt, wogegen ein richtiger Grundsatz und nicht die Gebietsfrage das wesentliche ist." Richtige Sachwalterschaft der Kolonien gibt diesen Erfolg und Aufschwung, wie die englischen es ihm beweisen. Hierauf allein ist zu achten. „Die Wünsche und Interessen der Eingeborenen müssen oberster Beweggrund bei der Betrachtung des Schicksals dieser Kolonien sein. Das oberste Interesse der Kultur in tropischen Gebieten sollte nicht sein, ob Britannien, Frankreich, Portugal oder Deutschland irgendein Gebiet zu eigen oder gemeinsam „besitzen", sondern wie jenes Gebiet am besten entwickelt werden kann zunächst im Interesse der Eingeborenen, sodann zum Gedeihen der Menschheit. „Besitz" verschließt die Tür anderen als den nationalen Pförtnern, richtige Sachwalterschaft stößt sie weit auf."

Harris schaltet die Besitzfrage der Kolonien als für deren Entwicklung unbeträchtlich aus.

„Die Kolonialmächte mögen überall den Grundsatz der Sachwalterschaft, internationaler Verbindlichkeit, klar aufgestellt für geistigen und körperlichen Fortschritt der Eingeborenen, die offene Tür für Handel, Wissenschaft, Erziehung und Industrie, unbekümmert um Nationalität oder Farbe annehmen; dann mag die Obhut ihrer Arbeit irgendeiner internationalen Behörde unter einer Liga der Nationen übergeben werden; aber — und das ist wesentlich — die ausübende Tätigkeit ist den nationalen Verwaltungsorganen zu überlassen."

Diese Vorschläge haben viel Ähnlichkeit mit dem deutschen Programm.

Auch der bekannte Schriftsteller H. G. Wells hat sich mit diesem Vorschlag der Internationalisierung befaßt. Er versteht die Arbeiterforderung anders als Johnston.

Digitized by Google

„Ich betrachte diese Forderungen nicht, als ob bestehende Oberherrschaften abgeschafft werden sollten." Er weist nach, wie verderblich für den Eingeborenen seine Militarisierung, seine körperliche und geistige Demoralisierung ist, wie der Arbeiterzwang, die Ausbeutung der Kolonien nach Rohstoffen nicht im Interesse der Eingeborenen geschieht. Maßnahmen, diese Schäden abzustellen, können nur auf Grund internationaler Abmachungen Erfolg gewährleisten. Ihm schwebt dabei eine mittelafrikanische Staatenvereinigung vor. Gegen die Zulassung Deutschlands ist nichts zu sagen. „Ein neuer Geist in Deutschland vorausgesetzt, sehe ich nicht ein, weshalb die deutsche Flagge nicht in Deutsch-Ostafrika wiederhergestellt werden sollte."

Es ist einleuchtend, daß eine derartige Auffassung der Internationalisierung sich weit von den britischen imperialistischen Zielen entfernt und dem von Dr. Solf vertretenen Programm sich bedeutend nähert.

Daß der „Daily Chronicle" über den von der interalliierten Arbeiterkonferenz gefaßten Beschluß nicht erbaut ist, ist verständlich. Er ändert den bereits angeführten Beschluß der britischen Arbeiterschaft in verschiedenen Punkten zu unseren Gunsten um. So erklärt er, daß die Rückgabe der eroberten Kolonien kein Friedenshinderungsgrund sein dürfe, daß Deutschland nicht durch irgendwelche koloniale Gebietsveränderungen der Mittel beraubt werden dürfe, Rohstoffe zu beziehen und einen Markt für seine Waren zu haben. Er spricht sich für eine internationale Entente aus unter Beibehaltung der nationalen Oberherrschaften. Die von Wells entwickelte Idee von der Gesellschaft der Nationen, die die selbständigen Gebiete überwachen soll, finden wir hier wieder. — Hervorzuheben ist eben nur, daß alle diese Beschlüsse und Ansichten sich mit Mittelafrika allein befassen und Süd- und Nordafrika, das ganz englischem bezw. französischem Einfluß überlassen bleiben soll, außerhalb jeder Erörterung stehen.

Wir haben im Vorstehenden bemerkt, daß in England lediglich über unseren afrikanischen Kolonialbesitz, eigentlich nur über Ostafrika gesprochen wird, daß starke militaristische, imperialistische Gründe weite Kreise des Publikums und vor allem auch die Regierung beherrschen und sich gegen eine Rückgabe der Kolonien aussprechen. Wir haben aber auch ferner erkannt, daß seit dem Sommer 1917 die Stimmen, die einer Kolonialverständigung das Wort reden, sich mehren. Hoffen wir, daß unsere Waffen in Bälde die ganze Frage im deutschen Sinne lösen!

Parlamentarismus und Krone

Von Prof. Dr. von Schulze-Gaevernitz, M. d. R.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum des Auslandes: es handle sich heute in Deutschland um Einführung des westeuropäischen Parlamentarismus im Kampfe mit den Rechten der Krone. Hieraus hat Wilson gelegentlich die Paradoxie abgeleitet, mit keinem Hohenzollern Frieden schließen zu können. An diesem sinnlosen Mißverständnis unserer deutschen Verhältnisse ist am meisten die alldeutsche Presse schuld, welche täglich die Krone als bedroht erklärt.

Wie steht es in Wahrheit? Wir verstehen unter Parlamentarismus diejenige Staatsform, in welcher die Regierung geführt wird in dem Sinne der Parlamentsmehrheit, so daß eine Regierung, welche von diesem Sinne abweicht, unhaltbar wird. Diesen Parlamentarismus brauchen wir nicht einzuführen, denn wir besitzen ihn in ausgeprägtester Form in Preußen, wie denn auch im Westen der Parlamentarismus der geschichtliche Ausdruck einer Klassenherrschaft war. In Preußen besteht eine geschlossene, einheitliche Mehrheit des Landtages. Die leitenden Staatsmänner werden

Digitized by Google

ihren Kreisen entnommen, und ebenso wurzelt die örtliche Beamtenschaft in derselben gesellschaftlichen Schicht. Gegen sie hätte kein Monarch etwa liberal regieren können, auch wenn er gewollt hätte. In großen wirtschaftlichen Fragen scheiterte der Monarch selbst dort, wo er sich persönlich einsetzte. Sobald der Monarch andere Wege als die der Landtagsmehrheit einschlägt, ertönen Drohungen; man ruft nach dem „York", d. h. nach dem General gegen den Monarchen. Abirrende Minister werden gestürzt, und mit dem preußischen Ministerpräsidenten fällt der deutsche Reichskanzler. Am zähen Widerstande der örtlichen Beamtenschaft scheitert alles, was ihrem Klasseninteresse widerspricht. Wenn Herr von Heydebrand es als die Schattenseite des parlamentarischen Systems bezeichnet, daß „die Minderheit einfach zu schweigen hat", so bestand diese Schattenseite in Preußen während eines halben Jahrhunderts. Ein politisches Genie, und wäre es selbst das eines Bismarck gewesen, das nicht das Glück hatte, „ministrabel" geboren zu sein, konnte sich nicht anders als in Druckerschwärze und in Kammerreden ausleben — sehr im Gegensatz zur angelsächsischen Welt, deren leitende Staatsmänner heute zum Teil den unteren Volksschichten entstammen. Mächtiger als zur Zeit des alten Absolutismus, der als Unparteiischer einigermaßen über den streitenden Klassen stand, wurden die Standesprivilegien gerade durch die Verfassung und das Klassenwahlrecht.

Mit dem gleichen Wahlrecht wird zunächst auch in Preußen jener Gleichgewichtszustand eintreten, welcher die Krone erfahrungsgemäß mehr in den Vordergrund rückt. Ob und wann wir von dem preußischen Klassenparlamentarismus zum deutschen Reichsparlamentarismus gelangen werden? Jedenfalls nicht eher, als bis im Reichstag eine geschlossene und dauernde Mehrheitsbildung eintritt, welche die heutige Mehrheit von Erzberger zu Scheidemann sicher nicht bedeutet. Gegen eine feste und innerlich einheitliche Mehrheit dagegen könnte kein Reichskanzler regieren, insbesondere nicht zu einer Zeit unerhörter Steuerforderungen. Der Reichsparlamentarismus wäre da, ohne die Änderung auch nur *eines* Gesetzesparagraphen.

Aber die Stellung des Monarchen brauchte unter einer solchen Entwicklung nicht zu leiden, da ein persönliches Regiment unter den verwickelten Verhältnissen der Gegenwart doch unmöglich geworden ist. Was wäre unter solchen Zuständen die Aufgabe des Monarchen? Den Mann *ihres* Vertrauens ausfindig machen, welcher als Reichskanzler die ersprießliche Zusammenarbeit mit dem Reichstag gewährleistet, den deutschen Volksstaat nicht ängstlich zurückhalten, sondern großzügig entwickeln, dabei die Schärfe des deutschen Schwertes verwahren, die Sachkunde und Lauterkeit der Bureaukratie hüten, kurz, das gute Alte hinüberflechten in das gute Neue — das wäre wahrlich keine geringe Aufgabe der kaiserlichen Krone, welche nach außen die Einheit des Reichs und des Deutschtums vertritt, ebenso wie die einzelnen Dynastien nach innen die Verschiedenheit der deutschen Volksstämme versinnbildlichen. So verstanden, bleibt die Monarchie in den Tiefen unseres Wesens und unserer Geschichte

Digitized by Google

verankert, was mit Carlyle gerade ein Wilson als Gelehrter verstehen sollte. Die Monarchie gewährleistet uns den Zusammenhang und den geordneten Fortschritt unserer Geschichte. Die Monarchie war und ist uns Kulturträger; ihre Sitze wurden Mittelpunkte der Bildung und der Kunst, wie es die Provinzstädte eines Einheitsstaates niemals gewesen waren. Auf ihren Höhepunkten war die Monarchie die Erzieherin zu Vaterland und Freiheit. Nicht die Monarchie als staatsrechtlicher Begriff, sondern Monarchen als lebende Menschen haben ihren Wert unseren Herzen und unserem Kopfe eingeschrieben. Die Monarchie ist solange in Deutschland gesund, als die Monarchen von pflichtmäßiger Lebensauffassung erfüllt sein werden, welche das persönliche Glückstreben dem Dienste des Ganzen unterordnet. In diesem Sinne sprach Goethe zu seinem fürstlichen Freunde, der einer der größten Monarchen aller Zeiten war, bei kleinem Umfange seines Gebietes: „Wer andere wohl zu leiten strebt, muß fähig sein, viel zu entbehren."

Aber gerade die heutige politische Lage, in der wir den Reichsparlamentarismus noch nicht entwickelt haben, hat die Bedeutung und die Verantwortlichkeit der Monarchie auf das höchste gesteigert. Steht doch in Frage, ob es ihr gelingen wird, woran die Stuarts, die Bourbonen und die Romanows gescheitert sind: die alte Zeit ohne gewaltsame Umwälzung in die neue Zeit überzuleiten, die unaufhaltsam emporsteigt, und damit wertvolle Erbbestände geistiger und wirschaftlicher Art zu retten. Nachdem die Krone in der preußischen Wahlrechtsfrage die „Führung" übernommen hat, so dürfen wir vertrauen, daß diese Aufgabe gelöst werden wird.

Es handelt sich heute um nichts geringeres als darum, das Werk der drei Größten der preußisch-deutschen Geschichte zu vollenden — das Werk des unsterblichen Friedrich, der auf schmalem Staatsgebiete stehend, die Gleichberechtigung mit den größten Weltmächten seiner Zeit forderte — das Werk Steins, welcher den Staat rettete, indem er gleichgültige Untertanen zu mitverantwortlichen Staatsbürgern emporhob — das Werk Bismarcks, der durch diesen preußischen Staat das deutsche Vaterland schuf, freilich nicht, ohne eine Kluft zwischen beiden zurückzulassen. Um ihrer vaterländischen Aufgabe willen wurden diese drei Größten die Erzieher zur Freiheit: Der Alte Fritz bereitete in der Gewissensfreiheit den Weg zur Verfassung, die er in einer seiner schönsten Oden als „die Kette" besingt, welche schlechte Monarchen fessele, guten nichts in den Weg lege („libres s'ils font bien, enchaînés s'ils font mal; gedichtet zu Breslau 1761, Werk XII, S. 195/196). Stein verschrieb die Seele Preußens dem Freiheitsgedanken. So oft sein Geist siegreich aus allen Verdunkelungen hervorbricht, steigt Preußens Stern zum Heile Deutschlands und der Menschheit empor. Bismarck endlich, der konservative Junker, konnte unter dem Drucke der auswärtigen Lage nicht anders als eine Verstandesehe mit der Volksfreiheit einzugehen und legte dem jungen Deutschen Reich das allgemeine und gleiche Wahlrecht in die Wiege; manche Verstandesehe hat sich im Laufe der Zeit zur Herzensehe vertieft. Im

Digitized by Google

Zwang ihrer geschichtlichen Aufgabe kamen diese drei Größten zur Verletzung des formalen Rechts: der Alte Fritz, der größte Empörer seiner Zeit, sprengte im Kampf mit dem Kaiser die durch ein Jahrtausend geheiligte Reichsverfassung. Stein und seine Gehilfen wurden von dem Junkertum ihrer Tage als „die königlich preußischen Hofjakobiner" verschrien, welche gottgewollte Abhängigkeiten in den Strudel der Revolution hineinreißen wollten. Bismarck, der Legitimist von Haus aus, kam in Verfolgung seines Werkes dazu, drei altehrwürdige Dynastien zu entthronen — dreimal Revolution, aber geordnete Revolution von oben.

Wer das Werk dieser Größten vollendete, das Vaterland nicht ohne die Freiheit, die Freiheit nicht ohne das Vaterland, der stünde in der Geschichte da als „Keinem ein zweiter": Nulli secundus!

Anklagen auf Defaitismus[1]

Von Geheimrat Prof. Dr. Ernst Troeltsch, Berlin

Defaitisten, d. h. Leute, welche bewußt oder unbewußt die Niederlage ihres eigenen Landes und Volkes herbeiführen wollen, nennt man in Frankreich die Mitbürger, welche den Krieg durch Rückgang auf die vor dem Kriege bestehenden Verhältnisse beenden wollen oder irgend welche Neigung für die Wiederherstellung einer europäischen Völkergesellschaft bekunden. Sie schwächen angeblich den Kriegswillen und verhindern damit das einzige, worauf es ankommt, den absoluten Sieg, der gestatten würde, aus Gebiet und Besitz des Feindes sich für die Kriegslasten und -Schäden zu entschädigen. Die französische Regierung spürt diese Leute bis in die intimsten Privatgespräche hinein eifrig auf und bestraft sie grausam. Ähnlich geht die italienische in Italien vor. In England ist allem Anschein nach das Verfahren ungleichmäßig, bald wird stark zugegriffen, bald können die Leute sich sehr offen aussprechen. Bei uns denkt die Regierung nicht an ein solches Verfahren und hat es auch nicht nötig, da wir die nationale Existenz verteidigen und die Zertretung unseres Bodens durch die Armeen und Kolonial-Barbaren der ganzen Welt abwehren. Darin ist bei uns jedermann einig und entschlossen. Die Schwierigkeiten für uns beginnen erst, wenn es gilt, die politischen Auswertungen dieses siegreichen Verteidigungskampfes und überhaupt die Frage nach den Mitteln der Beendigung zu überlegen. Es ist der Vorteil der Entente bei ihrer numerischen und materiellen Überlegenheit, den Krieg namentlich zur See und als Blockade sehr lange hinziehen zu können, und es ist trotz unserer ungeheuren Leistung die Schwierigkeit für uns, das Ende zu erzwingen. Eine Niederlage ist für uns heute ausgeschlossen, aber das Ende ist schwer herbeizuführen. In solcher Lage ist dann das Auseinandergehen der Meinungen selbstverständlich, um so mehr, da sich mit diesen Fragen überhaupt die weiteren nach den Mitteln einer dauernden Einigung und Kräftigung unseres politischen Willens und nach der Gestaltung der Zukunft verbinden. Hier gehen im allgemeinen die Meinungen in zwei Hauptrichtungen auseinander: die einen bleiben bei dem Grundsatz des Ver-

[1] Siehe Hans Volkelt, Demobilisierung der Geister? Eine Auseinandersetzung vornehmlich mit Ernst Troeltsch, München 1918. Auf der vom Verleger mitgegebenen Leibbinde steht: Grundsätzliches zur außenpolitischen Haltung der Reichstagsmajorität.

Digitized by Google

teidigungskrieges, denken an die Wiederherstellung einer europäischen Völkergemeinschaft, vor allem an eine Schlichtung der Gegensätze durch eine Art Weltverteilung zwischen Deutschland und England, und erstreben zugleich die inneren Reformen und neuen Erziehungsmittel, mit Hilfe deren allein eine große Weltstellung heute ausgeübt werden kann; die anderen betrachten als Folge wahrhafter Verteidigung die Gewinnung einer unangreifbaren Machtstellung und einer den Wiederaufbau ermöglichenden Kriegsentschädigung, rechnen auf den allein Respekt einflößenden Eindruck rücksichtsloser siegreicher Gewalt, die alle Sympathien und geistigen Gemeinschaften überflüssig macht, und preisen das deutsche konservative Autoritätsprinzip, das sich in unserem Siege bewährt habe und auch bei der weltpolitischen Betätigung mit den demokratischen Schwächlichkeiten der fremden Völker — auch unserer Bundesgenossen — schon fertig werden könne. Zwischen diesen Polen bewegen sich verschiedene Mischungen, in der Hauptsache aber charakterisieren sie doch den letzten Grund der Gegensätze, wobei von den radikalen Welteroberern und von den radikalen Pazifisten und Internationalisten abgesehen werden kann. In diesen Streit hat die Reichsregierung nie eingegriffen. Sie steht in ihrer bisherigen Leitung der ersten Richtung nahe und läßt die zweite gewähren. Wohl aber hat, nachdem der Sturz Bethmanns die zweite Richtung nicht zum Siege in der Regierung gebracht hat, eine private Vereinigung, die Vaterlandspartei, sich den Kampf für einen „Machtfrieden" zur Aufgabe gemacht und bekämpft mit den nunmehr sattsam bekannten Mitteln die Vertreter der Mäßigung oder Verständigung als unpolitische Träumer und unbewußte Defaitisten, bei denen der Übergang auch in den bewußten Defaitismus nur allzu leicht zu vermuten sei. Seit den Erfolgen der Frühjahrsoffensive ist, wie zu erwarten war, die Entlarvung und Bekämpfung der sentimentalen Träumer und der des Machtinstinktes entbehrenden Schwächlinge als Defaitisten im vollen Gange. Da in Wahrheit aber hinter der liberalen Reform und der Verständigungsidee sehr realpolitische Interessen stehen, der die grundsätzlichen Überzeugungen, soweit sie mit den realpolitischen Erwägungen verbunden sind, für die Möglichkeit eines Zusammenlebens mit den anderen Völkern — auch unsern Bundesgenossen — von der größten praktischen Bedeutung sind, so darf man zu diesem Treiben nicht schweigen, so sehr der jetzt eröffnete neue Kriegsabschnitt mit seiner aufs neue ins Unklare zurückgeworfenen Gesamtlage zum Schweigen und Abwarten an sich nötigen würde. Es muß stets aufs neue auf die hohe Gefährlichkeit dieses vielfach gut und patriotisch gemeinten Treibens für Innen- und Außenpolitik hingewiesen werden.

Den Anlaß hierzu gibt mir ein Schriftchen von Herrn Dr. Hans Volkelt in Jena, der vom Standpunkte der Vaterlandspartei aus mich, meine Rede bei der Begründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, den Volksbund selbst, die Reichstagsmajorität, die gesamte politische Linke und schließlich auch noch „die Pazifisten, so lange sie noch irgend Vaterlandsliebe und Staatsgesinnung haben", vornimmt, um diese Gruppen alle zusammen der Schwächung des Kriegswillens, des Unglaubens an den Sieg, des Verzichtes auf die schlechthin notwendigen Sicherungen und Entschädigungen, des Unverständnisses für Politik und Macht, der Schwächlichkeit, Weichheit, Unmännlichkeit und Überversöhnlichkeit zu bezichtigen. Am häufigsten und stärksten kehrt unter diesen Anklagen die auf Schwächung der Willens zur unerbittlichen Härte des Krieges und zum absoluten Siege wieder, die vor allem auf das von mir am Schluß meiner Rede gebrauchte Wort von der „Demobilisierung der Geister" begründet wird. Daher der Titel seines Schriftchens, dem die Rezensionen in den

Digitized by Google

gutgesinnten Blättern vermutlich bald eine über seinen Wert und Gehalt weit hinausgehende Resonanz verschaffen werden.

Natürlich ist eine solche Polemik nur durch unerhörte Konsequenzenmachereien und Unterstellung von unausgesprochenen Voraussetzungen möglich. Literatenstreitigkeiten um die Auslegung ihrer Sätze sind stets widerwärtig und jetzt völlig unausstehlich. So verzichte ich auf die Berichtigungen, die ich ja fast Satz für Satz vornehmen müßte. Ich erwähne nur ein paar Beispiele. Meine Rede handelt ausdrücklich und fast ausschließlich von dem engen Zusammenhang freiheitlicher Innenpolitik und starker und erfolgreicher Außenpolitik und spricht erst ganz zuletzt im Ton persönlichen Bekenntnisses von der Notwendigkeit, daß in allen Ländern der absolute Kriegs- und Vernichtungswille gedämpft werden müsse, als dem einzigen Rettungswege und der sittlichen Pflicht, wenn nicht die europäische Kultur gänzlich zugrunde gehen soll. Herr Volkelt erklärt, die innerpolitischen Forderungen beiseite lassen zu wollen, da der Hauptzweck bei mir der Aufruf zur Demobilisierung der Geister sei, wobei ich „nebenbei" zwar diese Forderung auch an die andern zu stellen bereit, aber in der Hauptsache doch gerade bei uns den Kriegswillen zu brechen geneigt sei! Ich sage weiterhin, daß der Krieg mit rein militärischen Mitteln nicht zu beendigen sei und daher eine auf einheitliche Willenskundgebung der Nation gestützte und dadurch nachdrücklich gemachte politische Arbeit energisch mitwirken müsse. Herr Volkelt macht daraus, daß nach meiner Meinung die militärische Arbeit, die Siege und Blutopfer wirkungslos seien und erst eine demokratische Politik helfen könne; zwar sei das nicht meine persönliche Meinung, aber meine Worte müßten nach den Gesetzen der vergröbernden Massenpsychologie so wirken, und es sei anzunehmen, daß ich das gewußt, also auch gewollt hätte! Oder ein letztes Beispiel: ich bezeichne die Wiedergewinnung unseres Welthandels als das schließliche Hauptziel und sage, daß das der Natur der Sache nach, wenn überhaupt, nur durch Vertrag und Verständigung möglich sei; Herr Volkelt meint, daß das ein sehr materielles und banauses Ziel sei für einen Idealisten, der ich doch sein wolle, und erklärt sich diese Zielsetzung aus einer blinden, naturrechtlichen Vorliebe für demokratische Vertragstheorien, die einer „primitiv-rationalistischen und ethisierenden Denkweise" wie der der Westeuropäer geläufig sei und deren geistiger Einfluß auch auf mich übergegangen sei. Aus lauter Begeisterung für die Vertragslehre kommt also bei mir die Zielsetzung zustande, nicht umgekehrt aus dem Wesen der Zielsetzung die Forderung schließlicher vertraglicher Verständigung, wo doch der Anteil am Welthandel und an der kapitalistischen Weltausnutzung in der Tat durch reine kontinental-militärische Siege nicht erzwungen werden kann! Und dabei bin gerade ich es gewesen, der, wie der Verfasser wohl weiß, den Unterschied deutschen und westeuropäischen staatlichen und sozialen Denkens vor allem aufgedeckt habe, wenn ich auch freilich nie geleugnet habe, daß eine Verbindung von beiden uns not tut. Genug, die Methode solcher Polemik ist klar. Ich bestreite dabei dem Verfasser nicht die Gutgläubigkeit. Wie die heilige Einfalt des Mittelalters sich Ketzereien nur aus Einwirkungen des Teufels zu erklären wußte, so kann sich offenbar Herr Volkelt ein von den Gemeinplätzen des heutigen patriotischen deutschen Literaten abweichendes Denken nur aus den geistigen Verführungen der westlichen Demokratie und aus der Schwäche einer unpolitischen Intelligenz und Willenskraft erklären.

Das psychologische Erklären, d. h. das Unterschieben von Voraussetzungen und Motiven nebst der Entwicklung ungewollter, aber nach den Gesetzen der Psychologie sich

Digitized by Google

ergebender Folgewirkungen, spielt überhaupt eine große Rolle bei ihm. Er wendet dieses Verfahren nicht bloß auf mich persönlich, sondern vor allem auf die gesamte oben genannte Gruppe überhaupt an, und diese kulturpsychologisch-soziologische Studie ist das eigentliche Prachtstück des Buches. Die deutsche akademische Bildung soll, wie man das ja seit Jahrzehnten aus diesen Kreisen hörte und wie es vor 1870 in der Tat einmal der Fall war, charakterisiert sein durch Sentimentalität, Kosmopolitismus, Mangel an Kraft und Energie des politischen Willens, liberalen Doktrinarismus, staatslose Gesinnung. Eine erstaunliche Behauptung! Denn daß heute die große Mehrheit nicht des Volkes, aber der Gebildeten und Besitzenden, vor allem der akademischen Klassen Deutschlands auf dem Standpunkt des Verfassers steht, das zeigt doch Literatur und Presse der letzten Zeit und der Erfolg der Vaterlandspartei im gebildeten Bürgertum nur allzu deutlich. Doktrinär und schulmeisterlich ist, wie Herr Volkelt nicht müde wird zu versichern, die deutsche Bildung allerdings auch heute noch; aber die Doktrinen sind heute wahrlich nicht kosmopolitisch und humanitär, sondern bis zum Überdruß angeblich rein politisch empfunden, machtphilosophisch, eine Art Romantik des nationalen Egoismus und eine Poesie der unerbittlichen Härte des Machtsinnes. Aber Herr Volkelt arbeitet nun einmal mit dem alten Klischee von der sentimentalen und unrealistischen Verbohrtheit des deutschen Bildungsmenschen, während man im Ausland überall ganz umgekehrt jenen vielgerühmten Realismus und Egoismus betätige. So treibe unsere Politik der Linken ein schon sowieso übermäßig sentimentales, friedenseiftiges Deutschland immer weiter in die Milde, Versöhnlichkeit und in das „Vertrauen zu den Feinden" (ein Unsinn, den ich nie gesagt habe, den aber der Verfasser mir zuschreibt; ich spreche natürlich nur von dem Vertrauen zum schließlichen Durchbruch der Vernunft bei uns und den andern) hinein, während im Auslande zu solcher Versöhnlichkeit wegen besserer realpolitischer Anlage eine solche Neigung nie bestanden habe und im Kriege, soweit sie etwa vorhanden ist, klug und zweckbewußt unterdrückt werde. So arbeite unsere ganze Gruppe und mit ihr das mich beherrschende unpolitische Vorurteil der Gebildeten dem Defaitismus und damit den Gegnern in die Hand. Nur schade, daß im ganzen Auslande, bei Feinden und Neutralen, hartnäckig das ganz entgegengesetzte Bild von der deutschen Bildungsschicht besteht und daß unsere einheimische Literatur alles tut, um dieses entgegengesetzte Bild leidenschaftlich zu bestätigen. Aber das ficht Herrn Volkelt nicht an. Er konstruiert statt dessen breit und umständlich, wie es zu jener von ihm so beklagten, in Wahrheit gar nicht mehr existierenden Überidealität der deutschen Bildungsschicht kommen konnte und mußte. Da kommt zuerst die Nachwirkung unserer klassisch-literarischen Epoche, die als eine Epoche des Niedergangs in die Welt des Geistes und der Humanität flüchtete und deren Wirkung es ist, wenn das deutsche Volk noch bis heute „das kosmopolitischste Großvolk der Erde" ist. Dann kommt der starke Einfluß der katholischen Internationale und des Papstes, der „übernational und pazifistisch" wirke und durch die Disziplin der Zentrumspresse nur verdeckt werde; weiterhin die Ideenwelt des Sozialismus, die für eine „pazifistische Durchdringung der Mittelmächte" noch wichtiger sei als die des Zentrums und die nach einem kurzen nationalen Aufschwung gegen unsere Feinde pazifistisch, gegen die eigenen Volksgenossen dagegen unerbittlich machtpolitisch verfahre; schließlich „die Massen der unabhängigen Sozialdemokratie und die eine Art eigener Partei darstellenden Lesermassen des ‚Berliner Tageblattes'", wozu es in den glücklicheren Ländern England, Frankreich, Amerika, ja selbst Italien schlechterdings keine Parallele gebe. Damit ver-

Digitized by Google

einigen sich schließlich die von Österreich-Ungarn herüberwirkenden Geistesströmungen, das schon durch seine innere Internationalität mehr Sinn und Geschmack für übernationale Ideen habe als ein homogener Einheitsstaat. Aber das alles ist gar nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist für Herrn Volkelt die schon bereits berührte politische Instinktlosigkeit und Sentimentalität des akademisch gebildeten Deutschen. „Der akademisch gebildete Deutsche ist das theoretischeste Geschöpf der Erde. So ist er für die Lösung praktischer realpolitischer Fragen ganz hervorragend ungeeignet." Daraus folgt, daß im heutigen geistigen Deutschland — man höre und staune — keine philosophische Theorie des berechtigten nationalen Egoismus existiert, während drüben bei den Feinden „die ursprüngliche, komplexe politische Leidenschaft — in England vorzüglich als Differenzierung des allgemeinen praktischen Instinkts, in Frankreich als eine Auswirkung des nationalen Schwunges — jedermann belebt." „Zurzeit besitzen wir — ich will den schönen Satz nicht unterdrücken — keine moderne philosophische Rechtfertigung der gesunden ungebrochenen Vaterlandsliebe, die sich zur vollen Ausnützung der jeweiligen geschichtlichen Lage mit tiefster sittlicher Sicherheit verpflichtet fühlt. Es steht zu hoffen, daß der Krieg uns diese Philosophie noch bringe." Auch Herr Volkelt scheint ein reichlich theoretisches Geschöpf zu sein, wenn auch in der entgegengesetzten Richtung von der, die er tadelt! Er fühlt sich mit dieser seiner allein den Tatsachen entsprechenden Theorie merkwürdigerweise in der Minorität und nennt uns wiederholt die „der Zahl nach" vorhandene Majorität, was ja nur mit Rücksicht auf die sog. unteren Klassen gelten kann. Bald sieht man aber, daß diese Minoritätsstimmung nur die Verstimmung darüber bedeutet, daß die Reichsregierung die „ungeheure nationale Energie", die von diesen realpolitisch und vaterländisch gesinnten Männern dargestellt werde, nicht zu ihrem Maßstab und Berater nimmt. So sei es gekommen, daß im feindlichen Ausland, über dessen innere Verhältnisse und Stimmungen wir ja so sehr wenig wissen und von wo uns nur die chauvinistischen Stimmen mitgeteilt werden, der Kriegswille blüht, bei uns aber ein Mann des Unheils, wie Czernin, die Führung erlangen konnte.

Von dieser psychologischen Grundlage aus werden wir alle und ich insbesondere erklärt, teils milde entschuldigt, teils um der schlimmen Folgen wegen hart bezichtigt. Man kennt das zur Genüge, und ich führe es nur an, um zu zeigen, auf welch harmlosen, von allen wirklich politischen Erwägungen der realen Umstände unabhängigen Voraussetzungen dieser ganze Angriff beruht. Mit dem Wort „harmlos" bezeichne ich dabei die rein theoretische Naivität, mit der diese „grundsätzliche" Betrachtung, wie es auf dem Waschzettel heißt, an unseren wirklichen Absichten und den schwierigen Punkten der wahren politischen Lage vorbeigeht, nicht etwa die psychologisierende Manier, mir Voraussetzungen und Konsequenzen unterzuschieben, die ich nicht habe. Über die wirklichen Absichten und die wirkliche Lage daher noch ein paar Worte.

Was der Volksbund und meine Rede in Wahrheit vor allem wollten, war eine energische Zusammenfassung von Innen- und Außenpolitik. Demokratisch-naturrechtliche Begründungen habe ich für meine Person dabei absichtlich nirgends angewendet, sondern lediglich auf den Zwang der Lage und die Folgerungen aus der sozialen Beschaffenheit des modernen Staates und seiner Kriegsleistungen hingewiesen. Die Demokratisierung, einerlei wie man sonst über sie denkt, ist nötig, um Einheitlichkeit und Freudigkeit unserer Massen zu stärken und die Schwungkraft des Ganzen für einen erfolgreichen Krieg zu mehren. Die mit ihr eng zusammenhängende „Parlamentarisierung" ist nötig, um der deutschen Reichspolitik, die überall in der Welt unter

Digitized by Google

dem Mißtrauen der Unaufrichtigkeit und des Opportunismus leidet, eine stärkere Stoßkraft zu geben und unserm Volk eine politische Erziehung zu verleihen, ohne die es stets nur ein gut verwaltetes Untertanenvolk, aber kein in der Welt vorwärtskommendes Herrenvolk werden kann. In dem psychologischen Zustand unseres von Beamtenregierungen verwalteten Volkes ist die Unfähigkeit zu der Erzeugung der Sicherheit und Kraft, Läßlichkeit und Schmiegsamkeit begründet, die Fremden und Bundesgenossen gegenüber allein uns zu irgendeiner Weltpolitik befähigt und die sich in der Aufzüchtung zahlreicher politischer Führer äußern muß. All das ist Voraussetzung jeder Weltpolitik und ist an die inneren Reformen ebenso gebunden wie das freudige Durchhalten der Massen. Ich brauche darüber nichts mehr zu sagen, nachdem Max Weber diese Gedanken in einer Schrift über „Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland", der ich großenteils — nicht überall — zustimme, eindrucksvoll von einem rein nationalen Standpunkt aus dargelegt hat. Ich füge nur hinzu, daß hier das rein nationale Interesse mit dem Bedürfnis der Massen nach Gerechtigkeit und Menschenwürde einmal wirklich zusammenstimmt und daß die Demokratisierung heute bei uns keine Aristokratie zertrümmert, die wegen weltmännischen Weitblickes und wegen ihrer Leistungen für Geist und Wissenschaft, Kunst und Sitte, Vornehmheit und Unabhängigkeit unbedingt erhalten bleiben müßte.

Das ist alles also reichlich realpolitisch gedacht, nur eben in anderer Richtung als in der des Herrn Volkelt. Ebenso steht es mit dem politischen Ziel der Kriegsbeendigung. Uns und mir steht im Vordergrund die Wiedergewinnung unseres Welthandels, weil auf ihm die Lebensmöglichkeiten unseres Siebzig-Millionen-Volkes beruht. Er ist nicht bloß durch die endlose Fortdauer eines etwaigen Seekrieges bedroht, sondern heute schon durch die ganz merkantilistische Politik unserer Gegner in Grundlage und Organisation nicht unerheblich zerstört. Dieses Ziel bleibt auch nach den größten Kontinentalsiegen, die wir etwa noch erhoffen dürfen, unerreicht und kann nur dadurch erreicht werden, daß wir England und Amerika zu neuen Verträgen und zur Anerkennung Deutschlands in der Welt als gleichberechtigt veranlassen. Würde das nicht erreicht, so wären wir genötigt, uns auf dem Kontinent und im Osten nach Möglichkeit schadlos zu halten, was unter allen Umständen nur ein äußerst ungenügender Ersatz wäre. Die bisherige Weltgrundlage wäre dann verloren und die neue nur mühsam, langsam und ungenügend zur nötigen Breite auszubauen. Will man aber die alte Grundlage wieder, so wird es, wie die Dinge heute liegen, nicht ohne den Einsatz der äußersten Kraft und gleichzeitig nicht ohne sehr besonnene und kluge Mäßigung möglich sein. Insbesondere müßte dann auch der politisch-moralische Haß gegen Deutschland, mit dem die feindlichen Regierungen ihre Massen beim Kriege halten, nicht immer weiter genährt werden können durch eine deutsche Publizistik, aus der den Gegnern die aufreizendsten und verständnislosesten Proben durch ihre Regierungen immer neu vorgesetzt werden. Hier gälte es bei einer heute noch ungeheuer schwierigen Aufgabe wirklich eine eherne Festigkeit des Willens mit großer Klugheit und Umsicht des Handelns und Auftretens zu vereinigen. Denn das Schwert unserer großen Heerführer reicht nicht in diese Gegenden, und auch die U-Boote allein können das nicht schaffen. Statt dessen erklärt Herr Volkelt die Wiedergewinnung des Welthandels für ein banauses und materielles Ziel und die Forderung einer klugen Vertragswilligkeit für eine naturrechtliche Marotte demokratischer Beschränktheit! Das wahre Ziel liegt ihm ganz abstrakt in der deutschen Größe, in der rücksichtslosen Ausnutzung der glänzenden militärischen Lage, in unangreifbaren Siche-

Digitized by Google

ungen für die stets neu einsetzenden Kriege der Zukunft und in den Kriegsentschädigungen. Was mit alledem geschehen soll und kann, davon redet er nicht. „Der Inbegriff und die Macht der deutschen Gesamtkultur sind der einzig wahre Kriegsziel," ein Satz von ebenso schlechtem Deutsch als von vollendeter politischer Inhaltslosigkeit. Er spottet aus tiefem realpolitischem Verständnis über mein Interesse an der Weltwirtschaft, die ihm offenbar nicht für die deutsche Größe wesentlich erscheint, und schwärmt stattdessen für die männliche und kraftvolle Theorie, „daß in der großen Weltgeschichte, sofern sie vernünftig sein soll, Macht und Recht sich wechselseitig hervorbringen, ja im tiefsten Grunde ein und denselben Quellpunkt haben müssen, daß insbesondere im Kriege die Macht zur Mitschöpferin des Völkerrechts wird!"

Ich brauche wohl nicht zu sagen, auf welcher Seite hier das realpolitische Denken liegt. Meine Auffassung mag unrichtig sein, d. h. irrige Voraussetzungen über Tatsachen und Umstände machen oder falsche Folgerungen aus richtigen Beobachtungen ziehen. Aber sie ist jedenfalls realpolitisch gedacht. Daß sie dabei sowohl mit den politisch-ethischen Wünschen unserer politisch wahrlich sehr gereiften und Unermeßliches leistenden Massen sowie mit den humanen Gefühlen der um die Fortexistenz der europäischen Kultur Besorgten auf weite Strecken zusammentrifft, halte ich nur für einen Vorteil, der realpolitisch und moralisch zugleich ist. Schließlich besteht das Moralische ja doch nicht bloß in der Erhaltung des entschlossensten Kriegswillens, sondern auch in sozialer Gerechtigkeit und internationaler Rücksicht. Und in den beiden letzteren Hinsichten spielt es eine ebenso große realpolitische Rolle im heutigen Geschehen wie die Erhaltung des Kriegswillens, an die Herr Volkelt allein zu denken für das Zeichen ausgereifter Männlichkeit hält.

Und wie steht es nun mit den defaitistischen Wirkungen dieser meiner und der vom Volksbund vertretenen Realpolitik? Entstellt man den Gedanken nicht total, so kann von solchen Wirkungen überhaupt nicht die Rede sein; man müßte denn die Versetzung des entschlossenen Kriegswillens mit nüchterner Besonnenheit und Rücksicht auf gewisse moralische Forderungen schon an sich für defaitistisch halten. Aber auch wenn man in dem ganzen Gedanken die moralischen Elemente stärker betont als ich es selber getan habe, so kann auch dann von defaitistischen Wirkungen nicht die Rede sein. Die akademisch gebildeten Standesgenossen des Herrn Volkelt sind ja dagegen in der ungeheuren Mehrheit von Hause aus immun trotz seiner Betrachtungen über die deutsche Bildung, und für trotzdem Schwankende zeigt die Schrift des Herrn Volkelt, mit wie leichten und einfachen Mitteln ich bei solchen Leuten zu erledigen bin. Es genügt der Hinweis auf Unmännlichkeit, Milde, Versöhnungsbedürfnis, politische Instinktlosigkeit, d. h. auf falsche den Kriegswillen schwächende Grundsätze. Eine andere Frage ist freilich die nach der Wirkung auf die Massen unterhalb der akademischen Bildung. Hier hat Herr Volkelt, soweit ich die Massen kenne, ein gänzlich falsches Bild in ihrem geistigen Zustande und den Mitteln, mit denen auf sie gewirkt werden kann, wenn er meint, ich hätte sie erlöst und beglückt, wenn ich sie durch den Vortrag solcher Gedanken, wie er sie vertritt, in ihrem an sich guten und tapferen Willen bestärkt hätte, statt sie durch einen primitiven Rationalismus und Moralismus in ihrem Kampfwillen irre zu machen. Herr Volkelt unterschätzt völlig das totale Mißtrauen der für den Volksbund in Betracht kommenden Massen gegen alle akademische Literatur und gegen alle offiziöse Kriegsdarstellung. Die Leute sind teilweise recht gut orientiert. Sie wissen, daß die offiziöse Lehre von der Verursachung des

Digitized by Google

Krieges durch die englische Regierung den Tatsachen nicht entspricht, und wissen, daß die Zurückeroberung des Welthandels durch bloß militärische Mittel nicht möglich ist. Sie wollen keine Aufstachelung der Kriegsinstinkte und Leidenschaften, da sie die Notwendigkeit des Kampfes von selbst einsehen, möchten aber einen Weg erblicken, auf dem ein Ende vorstellbar wird. Das Vertrauen auf die U-Boote ist bekanntlich gerade von den Kreisen, denen Herr Volkelt angehört, sehr mißbraucht worden, und die beständigen Argumentationen mit der Notwendigkeit einer Kriegsentschädigung für die wirtschaftliche Zukunft hat den Verdacht erweckt, als läge die Kriegszielsetzung im Interesse der Besitzenden, die dann den Hauptgewinn einstecken würden. Man darf ihnen wirklich nicht bloß mit Begeisterung und bloß mit Schreckbildern von den wirtschaftlichen Folgen eines verfrühten Verzichtfriedens kommen. Man muß zu ihrem Denken und Verstand reden und einen möglichen Weg sichtbar machen. Man muß überdies ihren innernpolitischen und außenpolitischen moralischen Forderungen gerecht werden, wenn man überhaupt von ihnen gehört werden will. Die Schriften des Herrn Volkelt sind gut für seine Standesgenossen, die freilich eine solche „Versteifung" überhaupt nicht mehr nötig haben, sie sind unwirksam für das Volk. Dessen Kriegswille muß mit andern Mitteln erhalten werden, durch die Einsicht in die Notwendigkeit weiteren Kampfes und die Vorstellung eines erreichbaren Endes. Das haben wir gewollt und getan in voller Ehrlichkeit, und glauben, uns dadurch einen Verdienst erworben, nicht eine Schuld am deutschen Kriegswillen begangen zu haben.

Noch eins ist dem hinzuzufügen. Meine Rede und die Politik des Volksbundes entsprach der Lage des Winters, wo die Diplomaten vor einer neuen Offensive naturgemäß eine diplomatische Beendigung versuchen mußten. Noch konnten ungeheure Opfer an Menschen und Gütern erspart werden und konnte die Erneuerungsmöglichkeit für alle Teilnehmer in einem hoffnungsvolleren Stadium festgehalten werden. Europa und mit ihm wir selbst konnten vor weiteren fürchterlichen Verlusten und Verwüstungen bewahrt werden. Diesem Zustande entsprach die damalige Politik auch des Volksbundes. Die Versuche und Hoffnungen des Winters sind gescheitert, der Krieg ist in einen neuen, vermutlich nicht kurzen Abschnitt eingetreten. Das ist allerdings meines Erachtens ein Unglück, aber es ist Tatsache, und nun gilt es natürlich die Tatsachen neu durchzudenken und die Folgen aus unserer immer weitere Dimensionen annehmenden Ostpolitik sowie aus einer möglicherweise dauernden Schmälerung unserer ozeanischen Position sich klar zu machen. Wir werden in dreiviertel Jahren vermutlich wieder vor ähnlichen Fragen, wie in diesem Winter, stehen. Inzwischen aber müssen die möglichen Folgen der Veränderung der Gesamtlage durch Ostpolitik und Westoffensive neu durchgedacht werden. Ganz wie im letzten Winter werden die Voraussetzungen bei der nächsten Besinnungspause unter allen Umständen nicht sein. Ich habe mich darüber in einem Aufsatz der „Münchener Neuesten Nachrichten" über „Verschiebungen der inneren Front" ausgesprochen, und begnüge mich damit, hier darauf zu verweisen. In diesen Dingen gibt es natürlich keine Dogmen. Der Satz der Prinzipienfestigkeit liegt an anderem Ort.

Darüber ist ein letztes Wort noch nötig. Das betrifft aber eine Sache, die mehr mir persönlich als dem Volksbunde zur Last fällt. Ich habe in meiner Rede ganz am Schlusse ausdrücklich gesagt, daß es außer den realpolitischen und zweckbestimmten Erwägungen noch einen absoluten und außerhalb jeder Frage stehenden Gesichtspunkt gebe: das Interesse der schließlich in letzter Wurzel christlichen europäischen Kultur und Gesittung, das eine Hemmung der Zerstörung und Selbstauflösung und die Möglichkeit

Digitized by Google

einer Wiederberührung der heute maßlos verhetzten Völker verlange, daher jetzt schon noch mitten im Kriege die Dämpfung der Haßstimmung und die Überlegung eines möglichen Wiederzusammenlebens bedenken müsse. Wenn jedes Volk rein für sich nur aufs äußerste den Kriegswillen und den absoluten Siegeswillen mit allen Mitteln aufstachle, so bleibe nur der Kampf bis zur Erschöpfung aller. Die Rücksicht darauf müsse mit in alle Friedensziele eingehen, wobei nur leider ein einzelnes Volk nicht allein vorangehen könne, aber schließlich die hüben und drüben vorhandenen besonnenen Volksteile sich gegenseitig verstärken können. Etwas Ähnliches hat neulich Naumann in einem Artikel der „Hilfe" über den „Tag der Vernunft" ausgeführt. Ohne realpolitischen Wert ist auch das nicht, aber ich gebe gerne zu, daß es mehr aus Gewissenspflicht als aus Realpolitik gesagt worden ist. Herr Volkelt erkennt darin mit Recht die Äußerung eines gewissen humanitär-kulturell gerichteten Geistes und einer mit dem Christentum zusammenhängende Höherstellung der geistigen Menschheitsgemeinschaft gegenüber dem Staat und der Nation, wenn er auch zu Unrecht das erstere mit dem westeuropäischen, individualistischen Rationalismus zusammenbringt und in dem letztern recht charakteristisch eine Verleugnung des Protestantismus findet. Er meint dazu zunächst ziemlich duldsam: „Es steht hier Willensart gegen Willensart, letztlich Weltanschauung gegen Weltanschauung. Wir richten hier nicht zwischen ihnen. Es wird nur festgestellt, daß die eine von ihnen minder kriegstauglich ist." Aber die mindere Kriegstauglichkeit meiner Willensart bringt ihn dann doch wieder in den Harnisch. Er sieht dann doch wieder darin „eine jenseitig orientierte Milde", eine Überversöhnlichkeit und naive Vertrauensseligkeit, gegen die er „harte Worte brauchen" muß. Die Deutschen seien schon so durch ihr Übermaß milder und unpolitischer Gesinnung gegenüber den viel kräftiger hassenden Gegnern im Nachteil, daß es meine Pflicht gewesen wäre, die absoluten Ideale zurückzustellen und umgekehrt „jede Regung der Pflicht oder der Leidenschaft zu fördern, die der Versteifung unserer politischen Haltung dienen kann". Darauf habe ich nur zu erwidern, daß der Haß unserer Gegner in deren breiten Volksschichten immer gerade wieder durch den Hinweis auf diese deutschen Theorien und auf die deutsche Verachtung der demokratischen Ideale genährt wird; daß der Krieg durch fortwährend gesteigerte Versteifungen aller beteiligten Völker nicht beendigt werden kann und daß dann psychologisch die höchste Wahrscheinlichkeit ist, daß die Völker gegen diese Versteifungspolitik sich einmal leidenschaftlich auflehnen werden, wenn man ihnen gar nichts anderes zu sagen hat. Insofern haben doch auch diese Dinge eine recht starke realpolitische Bedeutung, die nach innen und nach außen von den Versteifungspolitikern verhängnisvoll unterschätzt wird. Sofern aber Idee und Glaube als solche in Betracht kommt, werden sie mir durch keine Polemik jemals ausgeredet werden. Hier beuge ich mich niemals und wenn ich den Vorwurf des Mangels an ungebrochen männlichen Instinkten auch noch von viel ernster zu nehmenden Leuten erfahren muß. Es gehört zur Männlichkeit, sich hierin nicht zerbrechen zu lassen, womit eine recht feste und kühle Haltung gegenüber aller Heuchelei und aller Selbstsucht der feindlichen herrschenden und kriegstreiberischen Schichten, sowie eine recht derbe Abweisung der Volkeltschen Phrasen sehr wohl vereinbar ist.

Digitized by Google

Notizen

Die englische Wirtschaftspolitik. Wie die „Times" mitteilen, hat das Londoner Kabinett beschlossen, alle internationalen Handelsverträge zu kündigen. Frankreich ist damit schon vor geraumer Zeit vorangegangen. Für den Krieg haben diese Maßnahmen weder Zweck noch Sinn, denn er hat auf der einen Seite allen Handelsverkehr aufgehoben, auf der andern ein ganz bestimmtes System von Abmachungen geschaffen im rationierten und überwachten Warenverkehr mit Neutralen und Verbündeten, das durch die neue Maßnahme natürlich nicht getroffen wird. England will freie Hand haben nach dem Krieg, seine Wirtschaftspolitik neu und auf eigene Faust einzurichten. Noch ist ja innerhalb der englischen Publizistik die Streitfrage nicht geklärt, ob der Freihandel dem Schutzzoll weichen soll. Sehr starke Gründe sprechen, je stärker der Schiffsraum verringert wird, dafür, der Einfuhr keine Belastungen aufzuerlegen. Auf der andern Seite wachsen aber mit den Kriegsleistungen die Ansprüche der Kolonien und Dominions, im Mutterland ein bevorzugtes Gebiet ihres Absatzes zu erhalten. Wenn auch der positive Schritt zum umfassenden großen britischen Reichszollverein noch nicht getan ist — die Schranken sind weggeräumt. Man begreift, welchen Wert es vor solcher Sachlage besitzt, daß die mitteleuropäische Wirtschaftsverständigung in der Monarchenzusammenkunft vom 12. Mai zum unmittelbaren Programm erhoben wurde.

Irland und Englands Ernährung. Das Zurückweichen Lloyd Georges von seinem ursprünglichen Programm, die Dienstpflicht rasch auf Irland auszudehnen, wird nicht nur durch den Widerstand aller irischen Parteien erklärt, sondern durch die Schwierigkeiten, die ein irischer Lieferungsstreik auf dem Lebensmittelmarkt bringen würde. Derlei muß er aber in den nächsten Monaten dringend vermeiden. In England fehlt es natürlich nicht an den Stimmen, die heute schon die irische Leistungsunwilligkeit für die Knappheit verantwortlich machen wollen. Der „Statist" vom 16. März macht auf die Bedeutung der „grünen Insel" für die englische Ernährung mit eindrucksvollen Zahlen aufmerksam:

„Tatsache bleibt, daß England verhungert wäre ohne die Lebensmittellieferungen Irlands, das in Friedenszeiten und auch jetzt noch die Hauptbezugsquelle war und ist. Viele Geschichtschreiber sehen in der langen Reihe von Maßnahmen zur Unterdrückung des irischen Gewerbefleißes einen Versuch, aus der Insel eine Art landwirtschaftliches Anhängsel Großbritanniens zu machen zwecks Versorgung von dessen gewerbetreibender Bevölkerung. Ob das zutrifft, darauf kommt es jetzt nicht an; Tatsache aber ist, daß England aus Irland mehr Rindvieh und Rindfleisch, mehr Kartoffeln, mehr Geflügel und mehr Eier einführt als aus irgendeinem anderen Lande der Welt, daß Irland auf der Liste der Länder, die Schweinefleisch, Speck, Schinken und lebende Schweine, Butter und Hafer liefern, an dritter Stelle, und auf der Liste der Hammelfleisch liefernden Länder an vierter Stelle steht. (Zahlen von 1915.) In diesem Jahre betrug der Wert der irischen Ausfuhr nach England:

an Rindvieh und Rindfleisch	15 800 000	Pfd. Sterl.
an Schweinen und Speck	6 800 000	„ „
an Butter	5 700 000	„ „
an Schafen und Hammelfleisch	1 130 000	„ „
an Hafer	920 000	„ „

Der Gesamtwert landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Nahrungsmittel und Getränke, die nach Großbritannien ausgeführt wurden, belief sich auf fast 49 Millionen Pfund.

Über die Ausfuhr von lebendem Vieh liegen neuere Zahlen vor, die den Gedanken einer Zurückhaltung der Nahrungsmittel besonders widerlegen: 1917 wurden, einschließlich der Milch-

Digitized by Google

kühe und Kälber, 889 000 Haupt von Irland nach Großbritannien ausgeführt (gegen 890 000 im Jahre 1916), darunter 405 000 fette und 395 000 magere Rinder, an Schafen im gleichen Jahre 763 000 Haupt (gegen 637 000), und an Schweinen 200 000 (gegen 278 000, wegen des durch Futtermangel verursachten Rückganges der Bestände).

Insgesamt wurden an Schlacht-, Milch- und Zugvieh (außer Armeepferden) im Jahre 1917 1 865 000 Haupt (gegen 1 816 000 Haupt im Jahre 1916) nach der Schwesterinsel ausgeführt. Diese Leistung ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig Irland seine Anbaufläche um 637 000 acres vermehrte, was kein anderes kriegführendes Land in gleichem Maßstabe fertiggebracht hat.

Dabei ist noch besonders zu betonen, daß die Preisregelungs- und sonstige Verordnungen des Lebensmitteldiktators hinsichtlich Irlands keineswegs dazu angetan gewesen sind, den besonderen irischen Verhältnissen Rechnung zu tragen und diese Leistungen zu begünstigen.

Man kann sich im übrigen nur wundern, daß die Frage der Beschränkung der irischen Lebensmittelausfuhr nach England nicht allgemein aufgenommen worden ist. Die Iren haben die Zeit der Hungersnot noch lebhaft im Gedächtnis, und selbst jetzt noch herrscht im Westen unter einem Teil der Bevölkerung dauernde Armut und eingewurzeltes Elend. Man macht sich dort also die bedauerlichen Folgen einer Lebensmittelknappheit viel deutlicher klar. Dabei ist ferner die Kaufkraft der irischen Bevölkerung nicht ebenso stark gewachsen, wie die der englischen, und die Iren kaufen ihre Nahrung auf einem Markt, der anderen, wirtschaftlich entschieden im Vorteil Befindlichen, auch offen steht. Freilich führt England Nahrungsmittel nach Irland aus, aber meist solche fremden Ursprungs, die unter normalen Verhältnissen unmittelbar nach Irland gehen würden; wie die Dinge liegen, erhebt England davon einen Durchfuhrzoll, den es einstreicht.

Deshalb sind wir Irland Dank dafür schuldig, daß es seine Nahrungsmittel mit uns teilt, und wenn einige der Einschränkungen, die hier gelten, dort nicht Platz greifen, so liegt das an der Schwierigkeit der Rationierung der Selbstversorger, die sich in gleicher Weise in Frankreich, Deutschland, Österreich, sowie überall in Europa geltend gemacht hat. Auch in England selbst gelten ja die Haupteinschränkungen zurzeit nur für London und die ‚home counties'."

Die englische Baumwollindustrie. Ein Liverpooler Bericht im „Statist" vom 4. Mai malt von den Aussichten der englischen Baumwollindustrie — der Hauptindustrie Englands — trotz der in Amerika sinkenden Baumwollpreise folgendes sehr trübe Bild: Die folgenden Zahlen zeigen, daß zwar das sichtbare Angebot der Welt an amerikanischer Baumwolle ziemlich ebenso hoch ist wie letztes Jahr, dafür aber England und das europäische Festland an Baumwolle knapp sind, während Amerika über einen Überschuß verfügt, der unter normalen Verhältnissen gebraucht werden würde, um die europäischen Vorräte aufzufüllen (in Ballen):

	26. 4. 1918	27. 4. 1917
Vorräte und schwimmend:		
England	270 790	642 240
Vorräte und schwimmend:		
Festland	226 790	438 250
Vorräte: Amerika	2 552 000	1 972 000
Zusammen . .	3 048 790	3 097 490

Der Liverpooler Markt wird völlig von der Schiffsraumfrage beherrscht, und da Raum für Baumwolle nicht zu haben ist, so könnten Preise, selbst wenn man sie schrankenlos steigen ließe, ihre natürliche wirtschaftliche Wirkung, Baumwolle herzulocken, nicht ausüben. Diese Erwägung rechtfertigt die Preisregelung durch die Regierung und erfordert gebieterisch eine

Digitized by Google

noch strengere Rationierung der Fabriken, als sie augenblicklich Platz greift. Die Regierung muß sich, und zwar rasch, darüber schlüssig werden, ob sie eine weitere Verbrauchseinschränkung erzwingen will, so daß die Vorräte für einen längeren Zeitraum ausreichen, oder ob sie die Spinnereien im jetzigen Maßstabe weiter arbeiten lassen will, um dann im Sommer ein plötzliches Ende folgen zu lassen. Diese Aussichten sind nicht erfreulich, aber eine andere Wahl gibt es nicht, wenn nicht die Regierung viel reichlicheren Schiffsraum für Rohbaumwolle freigeben kann. Diese Möglichkeit hängt von der militärischen Lage ab, und wie alle Welt zugibt, muß die Versorgung der Heere in Frankreich und England und der Verbandsländer mit Nahrungsmitteln den Vorrang haben. Der Bedarf der Verbandsflotten und Heere an Baumwollerzeugnissen gestaltete die Lage noch schwieriger, und es ist keineswegs unwahrscheinlich, daß binnen kurzem alle unsere Fabriken für Regierungsaufträge in Beschlag genommen werden, so daß für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung in der Heimat und den Ausfuhrhandel nichts mehr übrig bleibt.

England und Japan. Was für Mühen es der offiziellen englischen Publizistik macht, das wachsende Mißtrauen des Volkes gegen Japans Politik zu beschwichtigen, zeigt ein sehr charakteristischer Aufsatz des „Daily Telegraph" vom 3. Mai. Das Blatt schreibt: „Japans Stellung in diesem Kriege wird sehr verschieden beurteilt. Die einen begrüßen den von Japan geleisteten Beistand, die anderen sind sehr dagegen. Die letztere Richtung malt immer wieder die gelbe Gefahr an die Wand und unterstellt den leitenden Männern Japans ehrgeizige Pläne und Unzuverlässigkeit. Aus vielen Gründen, auf die man jetzt nicht näher eingehen kann, sind namentlich die Handelskreise im fernen Osten geneigt, an langer Hand vorbereitete Komplott zu glauben, die ihren Nährboden in Tokio haben. Wenn wir von den lächerlichen Rassenvorurteilen absehen, haben wir eigentlich keinen Grund, Japan eine unaufrichtige und ränkesüchtige Politik zuzutrauen, die einst den jetzigen Bundesgenossen verraten könnte. Wir haben mit unserem, seit lange bestehenden Bündnis mit Japan nur gute Erfahrungen gemacht. Wir haben damit Deutschland in Schach gehalten und sind den Russen näher gekommen. Die Dienste, die Japan während des Krieges der Sache des Verbandes geleistet hat, liegen auf der Hand.

Daß die Japaner Realpolitik treiben, ist ihr gutes Recht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie in weitestem Maße den Ozean beherrschen, aber der Stille Ozean ist groß und bietet genug Raum für die anderen Nationen. Die Beziehungen Japans zu China sind durchaus praktischer Natur, und es ist nur natürlich, daß es alle wirtschaftlichen Vorteile genießen will, die ihm dank seiner Lage und seiner Macht zukommen. Gerade weil Japan an eine Politik der bewaffneten Macht glaubt, wird es nichts unternehmen, was diese Macht gefährden könnte. Im gegenwärtigen Augenblick führt Japan durchaus nichts gegen Rußland im Schilde. Es will im Gegenteil den Russen beim Wiederaufbau mithelfen, wobei es die feindliche Propaganda in Sibirien nicht aus dem Auge verliert. Aus diesem Grunde geht Großbritannien in Asien Schulter an Schulter mit Japan vor. Viele unserer Untertanen gehören dem buddhistischen Glauben an, und schon aus diesem Grunde sympathisieren wir mit dem großen buddhistischen Reiche." Der letzte Satz ist in seiner wehmütigen Komik kaum zu übertreffen!

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 31. Mai 1918 • Heft 22

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die britische Arbeiterbewegung hat unter dem Eindruck der deutschen Westoffensive ihren unruhigen Charakter verloren, aber, als in den militärischen Operationen eine Pause eingetreten war, begann in politischen Kreisen die Friedensdebatte sich wieder zu melden, und zwar unter merkwürdigen Formen. In einer historischen Betrachtung. Man merkte, daß das Kabinett im Jahr 1917 Friedensmöglichkeiten nicht sorgsam und ehrlich erforscht, sondern sich dem französischen Kriegsterrorismus unterworfen hatte, und man wurde Zeuge, wie Cecil die gleiche Starrheit auch als künftiges Programm ankündigte, als er der gefürchteten deutschen Friedensoffensive zuvorkommen wollte. Seine Rede sollte das deutsche Militär provozieren, die deutsche Politik, sofern sie aktiv werden wollte, lähmen. Aber der Eindruck, den sein Mandver machen sollte, muß nicht genügt haben, wenn Wilson auch sekundierte. Denn Balfour entschloß sich, eine Rede zu halten, die wieder an pazifistische Denkgewohnheiten etwas Anschluß suchte. Es mag auch auf ihn nicht ohne Eindruck geblieben sein, daß in der Maurice-Debatte die Opposition zum erstenmal sich klar darstellte und gliederte — das war deren symptomatische Bedeutung. Der politische Sachverhalt ist durch diese Reden weder geändert noch zu einer neuen Lage gefördert. Das Kabinett, indem es seine Vergangenheit zu reinigen versuchte, blieb auch in seiner vorbeugenden Taktik den Nachweis schuldig, daß es sich die Freiheit einer unbefangenen Entschlußfähigkeit bewahren konnte. Es hat sich an Clemenceau gebunden.

*

Die irische Frage bleibt unentwirrbar. Daran ändern auch die Massenverhaftungen nichts, gleichviel, ob den irischen Führern der Hochverratsprozeß gemacht wird, oder ob man sich begnügt, sie in einer Art von Schutzhaft zu halten. Ehe nicht volle Homerule gewährt ist, wagt man nicht mit der Dienstpflicht Ernst zu machen — also bleibt beides unerledigt. Die Taktik des Kabinetts heißt: aufschieben. Lloyd George muß darauf verzichten, seiner großen Rede die wirksame Tat folgen zu lassen. Daran krankt seine innerpolitische Autorität, während der Gegensatz zum Militär latent bleibt.

*

England hat bekanntlich die Lichnowsky-Broschüre in einer Massenauflage verbreitet, um damit die antideutsche Propaganda zu schüren. Gleichzeitig hat aber auch die

Digitized by Google

Tatsache, daß man in Deutschland die Denkschrift des früheren Botschafters in allen Zeitungen abdrucken konnte, drüben einigen Eindruck gemacht — denn man nährte sich dort vom Glauben, daß in Deutschland eine offene Erörterung der Schuldfrage verboten oder erstickt werde. Es ist ein charakteristischer Vorgang, daß wissenschaftliche Kreise, darunter Leute, die nach dem Kriegsbeginn in Aufsätzen und Broschüren den Kampf gegen Deutschland aufgenommen hatten, jetzt das Bedürfnis empfinden, die geistige Demobilisierung einzuleiten. Sie wollen aus der Verwirrung der publizistischen Hetze herauskommen und appellieren an das Gewissen der deutschen Gelehrten. Dies ist als Symptom wichtig genug, aber es kann aus der akademischen Betrachtung in Wirksamkeiten der Politik nur dann übergehen, wenn diese englischen Gelehrten ihren moralischen Einfluß mit demselben Pathos ihrer eigenen Regierung, den George und Cecil und Law, zuwenden.

*

Nach der Niederwerfung der russischen und finnländischen Roten Garde beginnt die Frage der Staatsform die Geister in Finnland zu erregen. So verständlich es ist, daß die bürgerlichen Elemente nach den roten Wochen möglichst schnell zu festen geordneten Zuständen kommen wollen, so gefährlich dürfte es sein, die Entscheidung „Monarchie oder Republik" übers Knie zu brechen. Bestätigt es sich, daß außer der Sozialdemokratie auch die Agrarier (d. h. die Bauern), die die Masse der Weißen Garde gestellt haben, gegen eine monarchische Spitze sind, so dürfte ein genügend tragfähiges Fundament für eine solche Staatsform fehlen. Unter solchen Umständen müßte Deutschland mehr als je alles vermeiden, was nach einer Einflußnahme in diese innere finnländische Sache aussähe.

*

Je unverhüllter das Kadettenministerium in der Ukraine moskophile Tendenzen in die Verwaltung hineinbringt, um so wichtiger ist es, daß deutscherseits dem ukrainischen Volke zum Bewußtsein gebracht wird, daß Deutschland ein starkes Interesse an der ukrainischen Selbständigkeit besitzt. Die Rede des deutschen Vertreters in Kiew, Botschafters Baron Mumm, in der auf die Notwendigkeit demokratischer Reformen in politischer, agrarpolitischer und kultureller Hinsicht hingewiesen wurde, ist daher ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß wenigstens an dieser Stelle die Bedeutsamkeit des ukrainischen Problems für Deutschland richtig eingeschätzt wird. Um so bedauerlicher ist es, daß die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" aus Kiew Korrespondenzen erhält, aus denen unverhüllter Moskowiter Geist hervorlugt. Glaubt man wirklich damit „moralische Eroberungen" machen zu können? Wird nicht vielmehr dem Mißtrauen der Ukrainer, daß Deutschland den kadettischen Kurs der Hetmann-Regierung stütze, neue Nahrung zugeführt? Nach solchen Leistungen wird der Stoßseufzer eines ukrainischen Patrioten verständlich, der kürzlich sich verwunderte, daß die deutsche Presse mit Vorliebe Vertreter nach Kiew schicke, die russischer seien selbst als das dort amtierende Kadettenministerium.

Digitized by Google

Ukrainische Eindrücke

Von Dr. Paul Rohrbach

Ich war zwei Wochen in der Ukraine, in Kiew und in verschiedenen Provinzorten, und möchte im Folgenden zusammenfassen, wie sich mir nach dieser persönlichen Erkundung die Lage darstellt. Zunächst zwei Proben dafür, wie augenblicklich in Deutschland über die ukrainische Frage geurteilt wird. 1. Adolf Grabowsky schreibt im „Neuen Deutschland" (15. Mai 1918):

Will man außerhalb der Diplomatie einzelnen Elementen die Schuld an der unerfreulichen Ukrainepolitik zuschieben, so muß man die Ukrainophilen, also Rohrbach und seine Freunde, haftbar machen. Sie haben dem deutschen Volke so lange von der riesenhaften ukrainischen Bewegung vorphantasiert, sie haben so oft versichert, daß man dieser Ukraine gegen Großrußland zu Hilfe kommen müsse, daß es schließlich fast alle unsere leitenden Staatsmänner geglaubt haben. Ja Deutschland braucht man ja nur ein politisches Steckenpferd, und sei es auch das lächerlichste, immer aufs neue zu reiten, um als großer Politiker zu gelten ... Unseren ukrainophilen Steckenpferdrittern saßen die russophilen Ritter gegenüber, die, ohne an die russische Bevölkerungsgefahr zu denken, uns stets beschworen, wir möchten um Gottes willen Rußland nicht im geringsten wehe tun. Während man aber die Herrschaften ignorierte, ja sogar soweit links liegen ließ, daß man dem Russischen Reiche lebenswichtige Teile abnahm, geriet man mit Kopf und Kragen in die Netze der Ukrainophilen.

2. Im „Vorwärts" vom 23. Mai 1918 heißt es in einem längeren Artikel „Die russische Gegenrevolution in der Ukraine" (der darin wiedergegebene Brief aus Kiew enthält einzelne Irrtümer, im übrigen aber gute Nachrichten) u. a.:

Die deutsche Sozialdemokratie hat die Auseinandersetzung zwischen Großrussen und Ukrainern stets als die eigene Angelegenheit dieser beiden Stämme betrachtet, und sie sieht durchaus kein Unglück in der Möglichkeit, daß sich auf der Grundlage beiderseitiger Freiwilligkeit eine Wiedervereinigung anbahnen könnte. Die deutsche Regierungspolitik hingegen scheint bis vor kurzem die Zerschlagung Rußlands als ihren größten Triumph betrachtet zu haben, sie ist aber drauf und dran, aus wahrer Affenliebe zu den sog. „staatserhaltenden" Elementen diesen ihren vermeintlichen Triumph wieder zu nichte zu machen. Mit heiterem Erstaunen liest man in einem W. T. B.-Telegramm den Trinkspruch, den der Botschafter v. Mumm aus Anlaß des Besuches des Herrn von Waldow in Kiew gehalten hat: „Er hoffe bestimmt, daß sich nach siegreich beendetem Kriege aus unserer militärischen Hilfeleistung für das junge Staatswesen eine dauernde friedliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reiche auf kulturellem und politischem Gebiete entwickeln werde. Man würdige in Deutschland durchaus den Wunsch des ukrainischen Volkes, seine Existenz fortan auf demokratischer Grundlage zu gestalten und sei ferner davon überzeugt, daß neben der unter unserer Mitwirkung bereits erfolgreich angebahnten Finanzreform die Durchführung der dringlichen Agrarreform sowie eine klare Kulturpolitik auf nationaler Grundlage der beste Grundstein für das neue Staatsgebäude sein würde."

An die Wiedergabe des Inhalts der Botschafterrede knüpfte der „Vorwärts" den ironischen Satz, er wolle nunmehr mitteilen, „wie es in der Ukraine wirklich aussieht"! Beide Auslassungen, die im „Neuen Deutschland" und die im „Vorwärts", zeigen, wie schwer es ist, von draußen über die Dinge zu urteilen, selbst wenn man, wie der „Vorwärts", brauchbares Material bekommt.

Digitized by Google

Es ist ganz richtig, daß irgend jemand nach Kiew, Charkow, Odessa und Rostow fahren, sich dort wochenlang in der gebildeten Gesellschaft nach der „Ukraine" umhören und mit der Auskunft zurückkommen kann: es gibt gar keine Ukraine und keine Ukrainer! Dasselbe haben mir jetzt in Kiew ausgezeichnete und gebildete Leute deutscher und russischer, ja selbst ukrainischer Herkunft versichert, die im Lande geboren und aufgewachsen waren. Hörte man sie allein, so könnte man wirklich auf den Gedanken kommen, die Ukraine „bestehe nur aus einer Bibelübersetzung vom Jahre 1185, einer Märchensammlung vom Jahre 1374 und den Artikeln des Herrn Rohrbach". Trotzdem bin ich von meiner ukrainischen Reise zurückgekehrt mit einem festeren Glauben an die Stärke der ukrainischen Bewegung, als je vorher, und wie mir, so geht es jedem, der an der richtigen Stelle beobachtet und auf die richtige Fragestellung geführt wird. Woher kommt das? Die beiden sozialen Hauptschichten in der Ukraine, hier die städtische Intelligenz, die Leute von Besitz und Bildung, Akademiker, Beamte, Geschäftsleute, Industrielle, dort die Masse des Volkes mit den aus ihr sich emporhebenden geistig-politischen Kräften, leben nicht nur in zwei verschiedenen Welten, sondern sind selbst zwei solche Welten. Es erscheint kaum glaublich, aber es ist wahr, daß die gebildete russische Gesellschaft, die sich in der Ukraine ja fast ganz auf die größeren Städte beschränkt, von der mehr von unten kommenden national-ukrainischen Bewegung nichts gemerkt hat, und wenn sie etwas davon bemerkte, so hielt sie die politisch-ukrainischen Bestrebungen (die volkstümlichen standen vorübergehend sogar in Mode) für lächerlich und bedeutungslos.

Ganz anders verhielt sich von jeher die russische Regierung. Sie hat immer möglichst wenig vom Ukrainertum gesprochen; aber sie kannte und verfolgte es genau und hat nie aufgehört, es als den gefährlichsten Feind der russischen Gesamtstaatsidee zu betrachten und zu behandeln. Die Errichtung einer ukrainischen Universität Lemberg ist von russischer Seite noch kurz vor dem Kriege als „Kriegsfall" bezeichnet worden, weil von da der ukrainischen Bewegung im ganzen das gekommen wäre, was ihr bisher noch fehlte, eine breitere, zugleich wissenschaftlich-akademisch und national durchgebildete Führerschaft. Ich habe einen gebildeten, aber russisch geschulten und aus Überzeugung ganz russifizierten Ukrainer in Kiew, der mir zu beweisen suchte, daß die Ukraine sich bescheiden müsse, ein Stück Rußland zu sein, gefragt, was seiner Meinung nach die Bildung der einige sechzig Mitglieder starken ukrainischen Fraktion 1907 in der zweiten Duma bedeute? Er wußte überhaupt nichts Näheres über diesen Vorgang, geschweige denn über seine Bedeutung! Die erste und die zweite Duma wurden auf Grund eines stark demokratischen Wahlrechts gewählt, weil der Zar und die Regierung glaubten, sich auf die Bauernstimmen als unbedingt zarentreu verlassen zu können. Das war eine falsche Rechnung. Die Bauern wollten Land, und der schärfste Landhunger herrschte in der Ukraine; Landhunger und zugleich Stammesabneigung gegen den Moskowiter. „Vater," sagt der ukrainische Bauernjunge, „ein

Digitized by Google

Teufel kriecht in unser Haus!" „Macht nichts, er ist kein Moskal", entgegnete der Alte. So sagt die ukrainische Volksredensart. Fast alle von der bäuerlichen Masse in der Ukraine gewählten national-ukrainischen Abgeordneten, Bauern wie Nichtbauern, schlossen sich in der Duma zu einer Fraktion zusammen und verfaßten ein Programm für eine weitgehende ukrainische Autonomie. Damals standen die ukrainischen Abgeordneten noch auf dem Boden des russischen Gesamtstaates, verlangten aber bereits lokale Selbstverwaltung, ukrainische Sprache in Schule, Gericht und Kirche und Landreform zugunsten der Bauern. Wenn wir die Autonomie mit eigenem Landtag haben werden, sagte schon in der ersten Duma ein ukrainischer Abgeordneter, so werden wir uns auch in betreff des Bodens Rat schaffen können! Diese Vorgänge in der Duma durften nie veröffentlicht und in der Presse mit keinem Wort berührt werden. Die Regierung verbannte noch 1907 die ukrainische Bewegung, kaum daß sie versucht hatte, öffentlich aufzutauchen, wieder „unter die Erde", und die russisch Gebildeten in den Städten, wo nur eine geringe ukrainische Bevölkerung lebt, fuhren fort, nichts von ihr zu merken. 1911 aber erklärte der Minister Stolypin: „Rußland hat, vom 17. Jahrhundert angefangen, gegen die ukrainische Bewegung beständig gekämpft und wird sie auch weiterhin bekämpfen, da sie die Einheitlichkeit und Unteilbarkeit des Staates gefährdet."

In der Ukraine ist etwa ein Viertel der Bauern ohne oder so gut wie ohne Landbesitz, und von dem Rest hat mehr als die Hälfte weniger Land als eine Bauernfamilie braucht, um davon zu existieren. Alle diese Bauern wissen, daß sie von Moskau und vom Zaren kein Land bekommen werden, denn jede zarische, überhaupt jede großrussische Regierung wird soviel wie möglich auf Seiten der größeren Grundbesitzer stehen, deren Mehrzahl überdies großrussisch oder großrussisch orientiert ist. Die demokratische ukrainische Republik dagegen, überhaupt jeder wie auch immer geartete ukrainische Staat, wird ihnen Land geben, denn ein ukrainisches Staatswesen kann nur existieren, wenn es sich auf die breite bäuerliche Masse stützt, die, bewußt oder unbewußt, die Grundlage des Ukrainertums bildet. Vielleicht darf ich, wie schon neulich, eine Stelle aus meinem „Weltpolitischen Wanderbuch" anführen, aus dem Frühjahr 1897, als ich zum erstenmal durch die Ukraine fuhr:

Wenn heute jemand in die Ukraine käme und rollte unter den Bauern von Tschernigow und Katerinoslaw die Fahne Maseppas auf — los vom Moskowiter! — würden sie ihm folgen? Die Schulmeister im Dorf und in der Stadt, die kleinen Beamten, die nicht von irgendwoher aus der russischen Ferne herangeweht sind, die Studenten, ein paar Kaufleute und Grundbesitzer, jüngeres Volk, sie würden aufhorchen ... Der Bauer aber würde fragen: wird das Land mein, das dem polnischen und russischen Gutsherrn gehört? ... „Der Gutsherr ist fremd, er spricht nicht unsre Sprache, er wohnt nicht unter uns, er sitzt in der Stadt, sein deutscher Verwalter versteht nicht, mit uns zu leben, der Herr schraubt uns die Pracht hoch, weil er weiß, daß wir das Land brauchen! Aufs Land gehört kein Herr, sondern der Bauer, das Land ist unser Erbe, wer die Herren fortbringt und uns das Land zuweist, dem folgen wir!"

Digitized by Google

Seitdem sind über 20 Jahre verflossen, aber ich habe mich jetzt von neuem und noch stärker als je vorher davon überzeugt, daß die selbständige Ukraine, nachdem sie einmal da ist, nicht wieder ausgeldscht werden kann, weil sie auf dem Verlangen des ukrainischen Bauern nach Land beruht und auf der Einsicht des Bauern, das Land würde ihm zusammen mit der ukrainischen Staatlichkeit wieder genommen werden. Alle ukrainisch nationalen Parteien sind entweder unmittelbare Bauernparteien oder haben die Ausstattung des Bauern mit genügendem Landbesitz als Fundamentalsatz in ihrem Programm. Mit der Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit der Ukraine und ihrer Wiedervereinigung mit Moskau würde dies Fundament zertrümmert werden. Entweder wird Großrußland wieder zaristisch — und dann würde die zarische Regierung natürlich die Restauration des Großgrundbesitzes versuchen — oder es bleibt kommunistisch — und dann würden sowohl die Bolschewisten als auch die russischen Agrarsozialisten nach der Art Tschernows, von denen die einen so nationalistisch und ukrainerfeindlich sind wie die andern, versuchen, den Privatbesitz am Lande, der dem ukrainischen Bauern das Liebste ist, aufzuheben und von neuem die Uniformierung des russischen „Mir" vom Schwarzen bis zum Eismeer auszubreiten. In diesem wie in jenem Fall gäbe es einen Kampf um Leben und Tod mit dem ukrainischen Volk. Die Sozialrevolutionäre, von denen die unfähige Regierung der gestürzten Rada und ihre wechselnden Ministerien gestellt wurde, haben hauptsächlich darum so vollständig abgewirtschaftet, daß außerhalb ihrer Partei kein Ukrainer ihnen eine Träne nachweint, weil sie auf Grund ihrer Beeinflussung durch die Utopien der großrussischen sozialrevolutionären Partei (von dieser gingen sie ursprünglich aus) sich nicht rechtzeitig entschließen konnten, den privaten bäuerlichen Landbesitz anzuerkennen.

Der selbständige ukrainische Staat ist also darum nicht mehr aus der Welt zu bringen, weil er, und zwar er allein, den 25 Millionen ukrainischer Bauern imstande ist, das zu gewährleisten, was diese Bauern fordern, nämlich Ausstattung mit genug Land. Jeder Versuch, die Entwicklung zurückzudrehen, wird daran scheitern, daß die geschlossene Masse der Bauern je länger, desto entschiedener denjenigen folgen wird, die sie für Land und Freiheit, und zwar für ukrainische Volksfreiheit, aufrufen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der ukrainische Bauer vielfach noch gar kein entwickeltes Nationalgefühl besitzt. Er bekommt es sicher in dem Maßstab, wie er sich zu entwickeln beginnt, und sobald er sich überhaupt entwickelt, tut er es notwendig in ukrainisch-nationalem Sinn. All die Berufe und Stände, die aus dem Dorfe hervorgehen und im Dorfe wurzeln, empfinden zunehmend ukrainisch-national: die Landpriester und Landlehrer, die Landärzte, Tierärzte, Feldmesser, Schreiber, Gemeindevorsteher, Leiter der ländlichen Konsumgenossenschaften usw. Aus ihnen rekrutiert sich auch vorzugsweise die noch wenig zahlreiche, oft gärend unreife und radikal verstiegene und jugendliche, aber leidenschaftlich nationale ukrainische Intel-

Digitized by Google

ligenz. Wenn man diese Leute kennen gelernt hat, so weiß man auch, wieviel Kraft und Entwicklungsfähigkeit nach der Seite größere politische Reife in ihnen steckt. Die Bewegung ist im Fluß, und der Wille zum ukrainischen Nationalstaat wirkt in der Masse des ukrainischen Volkes heute bereits als ein Ferment von solcher Stärke, daß man nicht mehr daran denken kann, die einmal eingeleitete politische Entwicklung zum Stillstand zu bringen.

Nach alledem hat es also keinen verständigen Sinn, wenn unsere Publizisten von einer positiven deutsch-ukrainischen Politik, in dem Sinne, daß die Zerlegung der russischen Masse (abgesehen von den übrigen einstigen Randgebieten Rußlands) in einen großrussischen und einen ukrainischen Teil gefördert wird, als von bloßer Steckenpferdreiterei sprechen. Sie können das tun, aber sie beweisen damit weder ihre Sachkunde und persönliche Orientiertheit, noch verfahren sie taktisch richtig. Auch in Kiew haben mich Ukrainer wiederholt gefragt, warum die deutschen Zeitungen lauter Berichterstatter schicken, die russischer sein wollten als die Russen, die Ukraine in ihren Artikeln verhöhnten und die polnischen Gutsbesitzer und die polnische Kultur verherrlichten? Fast noch mehr als über solche Verkehrtheiten muß man sich aber darüber wundern, daß ein Blatt wie der „Vorwärts" in der ersten Hälfte eines Absatzes die Zerschlagung Rußlands als ein Ziel der deutschen Politik hinstellt und in der zweiten die Rede des Botschafters v. Mumm in Kiew als im Widerspruch damit stehend und den russisch-reaktionären Elementen in der Ukraine dienlich bezeichnet. Der Botschafter hat gesagt, man würdige in Deutschland den Wunsch der Ukrainer nach einem demokratischen Staatswesen und sympathisiere mit einer klaren ukrainischen Kulturpolitik auf ukrainisch-nationaler Grundlage (d. h. Ukrainisierung der Schule und Kirche). Als drittes versteht sich dazu von selbst und ist in den „demokratischen" Grundlagen mit enthalten die Landverteilung an die Bauern.

Weil der „Vorwärts" der irrigen Meinung ist, die deutschen militärischen und diplomatischen Stellen in Kiew ständen hinter dem „reaktionären" Regiment des Hetmanns, so übersieht er ganz den klaren Sinn und Zweck der Rede. Der Hetmann Skoropadski ist ein ehrgeiziger Mann, Grandseigneur von Gesinnung und Erziehung, Hofgeneral und Großgrundbesitzer. Er ist aus altem ukrainischen Geschlecht, hält es natürlich auch für leicht möglich, daß Großrußland noch auf lange eine Beute der Anarchie bleibt und hat sich, wie es scheint, zum Ziel gesetzt, als Regent einer selbständigen Ukraine hier die staatliche und bürgerliche Ordnung in seinem Sinn wieder herzustellen. Die Notwendigkeit, die Bauern besser mit Land auszustatten, erkennt er an, sagt den Großgrundbesitzern auch, daß sie Opfer bringen müssen, und den demokratischen Gedanken führt er lebhaft im Munde. Nach seiner ganzen Natur ist er aber nicht Demokrat, sondern Autokrat. Er ist als Regent auch keineswegs von deutscher Seite gemacht, obwohl durch das zufällige und rein äußerliche Zusammentreffen des bekannten militärischen Mißgriffs in der Rada und der am folgenden Tag statt-

Digitized by Google

findenden Grundbesitzerversammlung im Zirkus, wo der Hetmann sich aufstellte, der Anschein erweckt werden kann, als ob wir die Rada hätten beseitigen wollen, um den Hetmann zur Macht zu bringen. Das aber ist ein Irrtum. Der Zusammenhang der Ereignisse in jenen Tagen ist mir genau bekannt geworden. Er ist sehr verwickelt und kann hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden, aber für die Richtigkeit des eben Gesagten kann ich einstehen.

Zwischen dem Hetmann und den ukrainisch-nationalen Parteien fanden gleich anfangs Verhandlungen über den Eintritt ukrainischer Demokraten in das Hetmannskabinett statt. Sie scheiterten daran, daß der Hetmann die geforderte dreifache Garantie: Anerkennung der republikanischen Staatsform, Erklärung der Hetmannswürde als Präsidentschaft der ukrainischen Republik und Zusage schleuniger Wahlen zur Nationalversammlung nach demokratischem Wahlrecht, nicht geben wollte. Da die Ukrainer sich weigerten, ohne diese Garantien in die Regierung einzutreten, (sie hätten es doch getan, wenn sie die Mehrheit im Kabinett erhalten hätten, aber auch das wurde nicht zugestanden) so bildete der Hetmann sein Ministerium aus Leutengroßrussischer Herkunft und Gesinnung, die ein unpolitisches „Arbeitskabinett" darstellen sollen. Diese sogenannten Fachminister sind aber in Wirklichkeit höchst aktive großrussische Politiker, meist Kadetten, und bereits in vollem Zuge, dafür zu sorgen, daß die Ukraine wieder russifiziert, nach Moskau und zugleich nach rechts hin orientiert wird. Hiergegen hat sich die scharfe Opposition der ukrainischen Demokraten erhoben, und hiergegen richten sich offenbar die als Warnung an die russifikatorischen Kräfte und als Ermutigung an die Ukrainer aufzufassenden Sätze des Botschafters über die demokratischen Grundlagen und über die nationale Kulturpolitik des jungen ukrainischen Staats.

Das Reich und die Besteuerung der hohen Einkommen

Von Professor Alfred Weber, Heidelberg

Die Verhandlungen über die Besteuerung der hohen Einkommen zwischen dem Reichstag und der Regierung, d. h., wie die Dinge in Deutschland heute liegen, der Reichstagsmehrheit und etwas Transparentem, durch das man die Köpfe der einzelstaatlichen Finanzminister hindurchscheinen sieht, sind im Gange. Jedermann, der die Leistungen kennt, die wir der Steuerautonomie der Einzelstaaten und Kommunen zum mindesten mit zu danken haben, wird ein gewisses Verständnis für den Eifer besitzen, mit dem die verschiedenen Finanzminister dabei auf der Mauer ihrer bisherigen Steuerrechte gekämpft haben. Sie hatten offenbar das Gefühl, die Enceinte zu decken, hinter der die wohlbestellten Äcker der bundesstaatlichen und kommunalen Kulturleistungen liegen; und es ist sicher und kann nicht genug unterstrichen werden: diese Äcker dürfen, so schwer der Krieg auch drücken mag, nach ihm nicht

Digitized by Google

schlechter bestellt werden als vor ihm. Niemand kann das finanzielle Vertrocknen des Reichsunterbaues wünschen. Dessen strotzende Kraft ist ein guter Teil unseres Wesens. Aber, so darf man wohl fragen: war und ist die Beschwörung des Reiches wie eines Gegners dieses seines Unterbaues richtig? Manchmal ist der Glaube, kämpfen zu müssen nur die Folge eines gewissen Mangels einer wirklich freien und großen Auffassung der Situation, des Nichtergreifens einer bedeutenden, notwendigen und ganz friedlichen Aufgabe, die an einen herantritt.

Sieht man zu, ob die einzelstaatliche Steuerkraft, ja auch nur die Steuerselbständigkeit der Einzelstaaten, durch das, was der Reichstag jetzt vorschlägt, durch die Kriegsbesteuerung der hohen Einkommen, wirklich bedroht wird, so ergibt sich: Der Reichstag will in Wahrheit ein innerlich ganz selbständiges, nur merkwürdigerweise bei uns, im Gegensatz zu England, bisher übersehenes Steuerobjekt endlich ergreifen, ein Objekt, das ganz außerhalb der Zugriffsmöglichkeit der Einzelstaaten liegt, wie ein vergessenes Gut bisher in der Ecke gelegen hat und doch das eigentlich überhaupt angemessenste Objekt der Kriegsbesteuerung darstellt. — Man hat der wirksamen Zinsendeckung der anschwellenden Kriegsschulden alle irgend faßbaren Objekte steuerlich dienstbar gemacht, seitdem man eingesehen hat, daß man einen langfristigen Kampf führt und sich auf den Krieg als einen „Zustand" und nicht als ein bloßes „Ereignis" einzurichten hat. Zu einer Vollverzinsung der Anleihen durch jetzt schon fließende Geldeinnahmen aber ist man nicht gelangt, und wird man auch durch die vorgeschlagenen 3 Milliarden Steuern nicht kommen, da diese überwiegend erst nach dem Kriege ertragreich sein werden. Ein Defizit von mehr als 1 Milliarde ist zu decken, will man nicht statt Finanzwirtschaft „Papierwirtschaft" treiben und auf Grund von Kriegssteuern rücklaufende Anleihereste als Zinsendeckung behandeln. — Da ist nun das Volkseinkommen als wirklichste und eigentlichste reale Steuerquelle vorhanden. Die Entdeckung, die der Reichstag gemacht hat, ist, daß man einen in sich abgeschlossenen Teil von ihm bisher übersehen hat, der ein gegebenes, die Steuerkraft und die Steuerautonomie der Einzelstaaten bei Heranziehung gar nicht berührendes Steuerobjekt für das Reich ist.

Das Volkseinkommen stellt von gewissen Beträgen an einen absoluten Kapitalisationsfond der Volkswirtschaft dar. Das sind die Teile, in denen es, wenn nicht Verschwendung vorliegt, auch bei gehobenster Lebenshaltung, nicht mehr dem Verbrauch dienen kann, sondern nur noch der Kapitalbildung. Diese Teile sind auf der Stufenleiter der Einkommen bei dem hohen Einkommen — sagen wir von über 30000, 40000 oder 50000 Mark hinaus — zu finden, dort, wo der Zufluß bei vernünftiger Wirtschaft schlechterdings nicht mehr verbraucht, sondern nur noch kapitalisiert werden kann oder volkswirtschaftlich doch sollte. — Die englische Gesetzgebung behandelt diesen „absoluten Kapitalisationsfonds" der Volkswirtschaft, das Superfluum der hohen Einkommen, schon lange als selbständiges Steuerobjekt. Sie zieht

Digitized by Google

ihn durch einen separat ausgebildeten Teil der Einkommensteuer, die Super-tax, die seit dem Krieg von 50000 Mark Einkommen anfängt und von 1 Proz. heute bis — bei dem höchsten Millioneneinkommen — auf 26 Proz. ansteigt, kräftig zur Bedarfsdeckung heran.

Es war bei uns bisher ein vollkommen vergessenes Steuerobjekt. Er steht in Wahrheit nur mit der Totalität der Volkswirtschaft, d. h. der Reichswirtschaft, in direkter Beziehung, in einer viel unmittelbareren und direkteren jedenfalls, als die anderen Teile des Volkseinkommens, die entweder ganz oder wahlweise dem sozialen Bedarfe dienen, die in tausendfältigen Beziehungen den örtlichen Bedingungen der Bedarfsgestaltung verknüpft sind und in Deutschland vernünftigerweise zu ihnen auch in Beziehung gesetzt sind, indem sie von den örtlichen oder regionalen Steuergewalten erfaßt werden, ihr gegebenes differenziell von ihnen herangezogenes Objekt sind. Den absoluten Kapitalisationsfonds der Volkswirtschaft „schonen" oder, richtiger gesagt, „umgehen" die Einzelstaaten aber. Sie tun das, indem die Progression ihrer Einkommensteuern schon bei 50000 Mark beinahe völlig, bei 100000 Mark gänzlich aufhört, und das ganze Superfluum nicht mehr nach den Grundsätzen des Leistungsfähigkeitszugriffs erfaßt wird. Sie müssen das tun, denn diese Zusatzbeträge, oder richtiger gesagt, ihre Bezieher stehen eben in keiner notwendigen Beziehung zu irgendeinem Einzelstaat oder einer Einzelkommune mit diesen hohen Einkommensbeträgen. Versucht man sie in einem Einzelstaat oder einer Kommune partikulär mit ihren hohen Zusatzbeträgen, entsprechend deren besonderer Qualität, zu ergreifen, so würden sie sich durch Wohnsitzverlegung an einen anderen Ort ohne weiteres bei der Universalität ihrer Existenz dem entziehen. Nur im großen Rahmen des Reiches, in dem diese hohen Einkommen nach ihrer Qualität in Wahrheit volkswirtschaftlich stehen, ist auch der in ihnen steckende absolute Kapitalisationsfonds als selbständiges Steuerobjekt zu ergreifen.

Haben nun die Einzelstaaten und Kommunen irgendein sachliches Interesse daran, das zu verhindern? Offenbar gar nicht. Denn das Steuerobjekt gehört gar nicht in ihren Acker. Sie können es dort gar nicht bestellen. — Andererseits greift eine Besteuerung dieses Objektes durch eine Super-tax, nach Art der englischen, auch organisch gar nicht in ihre Gesetzgebung ein und hat, wenigstens als vorläufige Kriegsmaßnahme gedacht, zunächst noch nicht einmal die übrigens künftig doch notwendige Vereinheitlichung ihrer Veranlagung und Einkommensbehandlung zur Voraussetzung oder Folge. Denn diese hohen Einkommen, richtig abgegrenzt, sind so große und evidente Steuerobjekte, daß die Verschiedenheiten der Veranlagung für sie nicht in Betracht kommen, und daß man sie auf Grund der letzten einzelstaatlichen Deklarationen jeden Augenblick von Reichs wegen heranziehen kann.

Nun sind die Dinge derart verlaufen, daß eine ungeheure Mehrheit im Reichstag jetzt ihre wenigstens einmalige Besteuerung unter gleichzeitiger qualifizierter

Digitized by Google

Heranziehung ihrer Kriegsmehrbeträge und ihrer fundierten Beträge verlangt hat. Die einzelstaatlichen Finanzminister aber haben sich hingestellt, mit ausgebreiteten Armen dieses Steuerobjekt vor der Ergreifung zu beschützen versucht, trotzdem sie doch wissen müssen, daß es separat faßbar ist und auch erfaßt werden muß, von ihnen aber nicht erfaßt werden kann. — Es ist zuzugeben: eine gewisse Ungeklärtheit der Vorstellungen über das Wesen der hohen Einkommen und ihre Besteuerung, die zurzeit in Deutschland noch herrscht, macht dieses Verhalten in schwachem Maße erklärlich oder vermag es doch nach außen zu decken. Die Öffentlichkeit und auch die Wissenschaft haben den absoluten Kapitalisationsfonds der Volkswirtschaft, der in diesen Einkommen steckt, als selbständiges Steuerobjekt bisher nicht gesehen. Die wissenschaftliche Analyse der Einkommenbesteuerung hat ihn nicht ausreichend gezeigt. Er hat bei unserem jungen Reichtum auch erst in neuester Zeit bei uns eine ähnlich große und selbständige Bedeutung wie in England bekommen. Jetzt stellen die hohen Einkommen über 30000 Mark mehr als ein Drittel der gesamten besteuerten Einkommensummen dar. Der Reichstag hat ihn gefühlsmäßig ungefähr richtig erfaßt; in der öffentlichen Diskussion aber wird die spezielle Steueraufgabe, die hier vorliegt, immer noch vermengt mit der allgemeinen Frage der generellen Beteiligung des Reiches an den Einkommensteuern und in dieser Form gesehen, d. h. mit der Konsequenz der Mitbesteuerung auch der mittleren Einkommen durch das Reich, die die Domäne der Einzelstaaten und Kommunen bleiben müssen, wenn diese finanziell leben sollen. Auf sie haben die Finanzminister den Angriff mit Recht abgewiesen.

Aber was war die wirkliche Aufgabe der Finanzminister in dieser Situation, wenn sie überhaupt etwas Positives arbeiten und mit ihren Regierungen ein mitbestimmender Faktor neben dem Reichstag in der großen Reichspolitik überhaupt bleiben wollen? Doch offenbar die, die Situation klären zu helfen durch positive Mitarbeit, die Probleme zu fördern und die notwendigen Ideen zu finden und nicht in kleinlicher Ängstlichkeit vor Konsequenzen, die nicht zu kommen brauchen und nicht kommen werden, wenn man die Sachlage rechtzeitig klärt, Querbalken vor unentrinnbare Dinge zu legen und dadurch zum mindesten den Anschein zu erwecken, daß sie dem Reich verweigern, was es jetzt in Kriegszeiten braucht. Sie aber haben in der Art kurzsichtiger Oppositionsparteien gehandelt und das scheint überhaupt einigermaßen die jetzt übliche Gewohnheit zu werden. Es kann aber nicht die Form sein, in der man Regierungs-Mitgeltung behält. Bismarck hat die Führung Preußens im Reich äußerlich dadurch begründet, daß er überall die großen und notwendigen Reichsinteressen gerade durch Preußen vertreten sein ließ. Er hat die Eisenbahnen zunächst dem Reiche geben wollen, erst als dies scheiterte, gab er sie Preußen. Nur in der Art kann ein Einzelstaat und können auch die Einzelstaaten in ihrer Gesamtheit überhaupt fruchtbare Reichspolitik treiben. Gewöhnen sie sich statt dessen die Haltung von Oppositionsparteien an oder, was in diesem Falle ziemlich das Gleiche ist, von obstruierenden

Digitized by Google

Unterressorts, so müssen sie schließlich auch einmal die Behandlung von solchen erfahren. Sie schalten sich dann von der Mitwirkung aus und der Reichstag wird, da er allein fruchtbare und notwendige Ideen vertritt, der schließlich auch allgemein ausschlaggebende Faktor.

Das Finanzproblem wird der Punkt sein, wo sich tatsächlich die weitere Regierungsfähigkeit des alten bundesrätlichen Stils bei uns erweisen wird. Bei dem Vorpostengefecht darüber, das jetzt stattgefunden hat, haben die Finanzminister keine gute Rolle gespielt, und man kann ihnen nur raten, aus der Opposition recht bald in die vormarschierenden Kolonnen überzugehen. Nur so werden sie ihre künftige praktische Mitwirkung an den Problemen noch retten.

Der Schritt der Reichsbesteuerung hoher Einkommen aber wird kommen, weil er notwendig und weil er innerlich sachbegründet ist. Man möchte nur wünschen, daß dabei sein Wesen recht klar und scharf herausgearbeitet würde. Man darf dann mit der unteren Grenze nicht zu weit herabsteigen, denn man will ja dem Gedanken nach das reine und absolute Kapitalisationseinkommen erfassen. In England ist man erst im Kriege für diesen Zweck bis zu 50000 Mark Einkommen heruntergegangen; — früher blieb man darüber. Ich persönlich würde die Grenze von 30000 Mark mit gleichzeitigem Kinderprivileg angesichts der im Kriege so ungeheuer gestiegenen Lebenskosten für angemessener halten, als die bisherige Reichstagsgrenze von 20000 Mark. — Wir müssen freien Raum lassen für die große Reform der Einkommen- und Vermögenbesteuerung, die nach dem Kriege kommen wird und bei der wird durch die bessere Erfassung und spezialisierter abgestufte Behandlung der Einkommenquellen analog den Engländern ja ganz andere Beträge aus dem Einkommen herausziehen müssen. Hier hinein also, in die eigene differenzielle Erfassung durch ein zu weites Herabgehen jetzt schon einschränkend einzugreifen, ist nicht von Nutzen. — Wenn ein Kompromiß zwischen dem Reichstagsvorschlag und dem Standpunkt der Finanzminister gesucht wird, sollte er sich in der Richtung der Heraufsetzung der Freigrenze bewegen. Unter keinen Umständen aber sollte man das Kernstück, die Besteuerung der eigentlich hohen Einkommen als solcher schmälern oder herausbrechen lassen. Keine Besteuerung bloß des Mehreinkommens oder der fundierten Beträge kann das ersetzen.

Es ist steuerpolitisch ein Skandal, daß man in dieser Zeit der Not in Deutschland als Multimillionär prozentual steuerlich kaum mehr für das Reich leistet als bei einem bürgerlichen Einkommen von 50000 Mark. Es ist höchste Zeit, daß demgegenüber mit der Heranziehung nach der Leistungsfähigkeit endlich Ernst gemacht wird. Von dieser nationalen Aufgabe sollte der Reichstag jetzt im Kriege nicht lassen. Er wird sich dann ein dauerndes Verdienst in der deutschen Finanzgeschichte erwerben.

Digitized by Google

Östliche Siedlung und preußische Wahlrechtsfrage

Von Dr. Ferdinand Nagel

Unter den Problemen, die mit der Wahlrechtsfrage in mittelbarer Beziehung stehen, ist die vielleicht wichtigste die Regelung der Verhältnisse in der preußischen Ostmark. Sie bedarf einer ernsten Betrachtung; denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Vertretung von Westpreußen und Oberschlesien in einem aus gleichen Wahlen hervorgehenden Landtag bedeutend zurückgedrängt werden wird, die von Posen vielleicht fast ganz verschwindet; auch wird es eine Mehrheit für die bisherige Ostmarkenpolitik nicht mehr geben.

Nun wäre es aber völlig verfehlt, deshalb das gleiche Wahlrecht für Preußen abzulehnen. Denn erstens läßt sich auch unter dem gleichen Wahlrecht durch die Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Landesteilen eine ausreichende deutsche Vertretung von Westpreußen, Posen und Oberschlesien sicher stellen, und zweitens ist die bisherige Beherrschung des Abgeordnetenhauses durch die Konservativen und Nationalliberalen allein sowieso für alle Zeiten dahin; haben doch sogar die Konservativen ein Mehrstimmenwahlrecht beantragt, das die bezeichnete Mehrheitsbildung ausschließt! Damit aber ist die bisherige Art unserer Ostmarkenpolitik, die sich ausschließlich auf Posen und Westpreußen beschränkte und den Charakter einer Ausnahmegesetzgebung gegen die einheimischen Polen hatte, fortan unmöglich gemacht — auch ohne das gleiche Wahlrecht!

Wie soll denn aber bei der anderen Mehrheit die notwendige Politik der Förderung des Deutschtums in den Ostmarken fürderhin aufrecht erhalten werden? Das einzige Mittel ist die Einleitung einer allgemeinen Innenkolonisation, die das gesamte Staatsgebiet umfaßt, mit dem Ziele, weite Flächen des Großgrundbesitzes, der erwiesenermaßen die deutschen Menschen auf der Scholle nicht festzuhalten vermag, und der durch die Heranziehung von Hunderttausenden slawischer Arbeitskräfte der eigentliche Träger der Polonisierung ist, in deutsches Bauernland zu verwandeln.

Einer solchen Inneren Kolonisation, die breiten Schichten des Volkes eigene Heimstätten auf dem Lande verschaffen will, und die doch gerade dadurch aufs stärkste germanisierend wirken muß (auch im Gebiet der heutigen Ansiedlungskommission!), wird sich keine Partei versagen können, wenn sie sich nicht in ihrer Wählerschaft den schwersten Abbruch tun will. Davon macht auch die Sozialdemokratie fortan keine Ausnahme mehr; die „Deutschen Gewerkschaften" sind bereits zu Beginn des vorigen Jahres geschlossen dem „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten" beigetreten und verlangen in ihren „sozialpolitischen Arbeiterforderungen"[1] ausdrücklich „eine auf die Mehrung deutscher Volkskraft gerichtete heimische Siedlungspolitik". Die „Christ-

[1] Auf Beschluß der Konferenz der Verbandsvorstände vom November 1916 durch die Generalkommission zusammengestellt und den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften 1918 unterbreitet.

Digitized by Google

lich-nationale Arbeiterbewegung" hat sich 1916 in der gleichen Weise ausgesprochen: „Durch eine ausgedehnte Innere Kolonisation ist die Kraft des deutschen Bauerntums wirksam zu verstärken und zu verbreitern." Auch das Zentrum, das bisher den Kolonisationsaufgaben nur lau, zum Teil sogar ablehnend gegenüberstand, weil es in der deutschen Besiedlung der polnischen Landesteile zugleich deren Protestantisierung sah, wird einer allgemeinen Kolonisation, die beide Bekenntnisse durchaus gleich behandelt, seine Unterstützung leihen, zumal es durch die Entwicklung der Dinge im Osten sich vor die Notwendigkeit gestellt sieht, die rund 500000 Katholiken unter den deutschen Bauern Südrußlands, die ihrer Heimat und ihrem Volk unbedingt wiedergewonnen werden müssen, was ohne eine große planmäßige Kolonisation nicht ausführbar ist.

Vermag nun aber die bäuerliche Besiedlung auch tatsächlich fremdsprachliches Gebiet zu germanisieren oder wenigstens so stark mit deutschen Menschen zu durchsetzen, daß die Gefahr der Überstimmung der Deutschen in der Ostmark durch die Polen mit Sicherheit verringert, ja in weiten Gebieten allmählich ganz behoben werden kann? Diese für unsere Stellungnahme entscheidende Frage sollen uns die von der Königl. Ansiedlungskommission bekannt gegebenen amtlichen Zahlen beantworten.

Im Kreise Briesen (Westpreußen) ist von 1885 bis 1910 die deutschsprechende Bevölkerung in 23 Ansiedlergemeinden, die früher selbständige Gutsbezirke waren, um 6680 Köpfe oder um 64 v. H. gewachsen, während die polnische Bevölkerung um 3336 Köpfe oder um 74 v. H. abgenommen hat. Bei Betrachtung einzelner Dörfer tritt die germanisierende Kraft der Ansiedlung noch viel klarer zutage. So hatte

Groß-Reichenau	vor der Besiedlung	87	Deutsche,	248	Polen,	
	nach „ „	588	„	38	„	
Wangerin	vor „ „	24	„	91	„	
	nach „ „	206	„	28	„	
Schloß Golau	vor „ „	69	„	189	„	
	nach „ „	420	„	39	„	
Osterbitz-Bergheim	vor „ „	24	„	438	„	
	nach „ „	990	„	46	„	

Auf sieben Königlichen Domänen desselben Kreises aber, also auf angeblich „deutschem" Großgrundbesitz, ist die Zahl der Deutschen um 50 Köpfe oder 19 v. H. zurückgegangen, wogegen sich die Polen um 417 Köpfe oder 40 v. H. vermehrt haben.

Genau dasselbe Anwachsen des Deutschtums wie in den Ansiedlungsgemeinden des Kreises Briesen habe ich auf meiner Wanderung von Bischoffee über Kletzko, Bismarcksfelde bis Janowitz und von dort nordostwärts bis Znin wahrgenommen: Wo hier in den weiten Gutsbezirken vor 1886 fast nur Polen lebten, da finden wir jetzt, seitdem die Ansiedlungskommission ein Bauerndorf ans andere gefügt hat, Pommern,

Digitized by Google

Brandenburger, Sachsen, Westfalen, Pfälzer und deutsche Rückwanderer aus Rußland und Galizien, die großen Teilen der Kreise Gnesen, Wongrowitz und Znin ein völlig deutsches Gepräge gegeben haben. Außerordentlich anschaulich kommen diese Erfolge der Ansiedlungspolitik in der vortrefflichen Ansiedlungskarte von Westpreußen und Posen zur Darstellung, die 1911 bei Justus Perthes in Gotha erschienen ist, und die ich jedem empfehlen möchte, der sich über die gewaltige germanisierende Kraft deutschen Bauerntums in den Ostmarken unterrichten will. Hier sieht man erst mit voller Klarheit, was die 734 neuen Dörfer mit ihren 20434 Ansiedlergehöften[1] für das Deutschtum der beiden Provinzen bedeuten, und welch starken Einfluß sie auf die Volksart der von ihnen „eingekreisten" Städte ausüben müssen.

Zusammenfassend wollen wir noch folgende Angaben der Ansiedlungskommission feststellen:

1. In den sehr stark besiedelten Kreisen hat das Deutschtum um 183 v. H. zugenommen, das Polentum dagegen um 4 v. H. abgenommen.

2. In den weniger stark besiedelten Kreisen hat das Deutschtum um 18. v. H., das Polentum um 12 v. H. zugenommen.

3. In den nicht besiedelten Kreisen hat das Deutschtum um 12 v. H. abgenommen, während das Polentum um 16 v. H. zunahm.

So hat sich denn in dreißigjähriger Praxis die Innere Kolonisation tatsächlich als das wirksamste Mittel für die Eindeutschung volksfremden Landes erwiesen, ja, wie das Beispiel zu 3 zeigt, stellt sie überhaupt die einzige Maßnahme dar, „durch welche die Verhältniszahl der Deutschen zu den Polen verbessert", also das der Ostmarkenpolitik von Bismarck gesteckte Ziel erreicht werden kann. Wenn wir uns nur dazu aufraffen, die Bauernansiedlung in allen Teilen der Ostmark mit voller Entschlossenheit und Folgerichtigkeit durchzuführen, wie es bisher leider erst in wenigen Kreisen geschehen ist, so wird sie das beste Gegengewicht gegen die Gefahren bilden, die sonst das gleiche Wahlrecht im Osten mit sich bringen muß.

Allerdings wird eine Ostmarkenpolitik als Ausnahmegesetzgebung gegen die einheimischen Polen im Landtage des gleichen Wahlrechts nicht mehr möglich sein. Glaubt man denn aber wirklich, daß ein solches Vorgehen nach den gewaltigen Wandlungen dieses Krieges gegen Männer, die in preußischen Regimentern das gemeinsame Vaterland mitverteidigt haben, überhaupt noch fortgesetzt werden kann, selbst wenn die alte „Ostmarkenmehrheit" bestehen bliebe? Das soll man sich doch ja nicht vortäuschen, es wäre eine völlige Verkennung der Macht der Tatsachen!

„Wir können den polnischen Kriegsbeschädigten nicht verweigern, sich in ihrer Heimat einen Besitz zu gründen. Auch Polen haben für den Bestand des Deutschen Reiches geblutet; also müssen sich polnische Kriegsbeschädigte ansiedeln dürfen. Tun sie es einzeln, so unterliegt die Ansiedlung keiner Beschränkung, tun sich mehrere zusammen, so kann ihnen die Ansiedlung

[1] Von 1886 bis Ende 1912 angelegt.

Digitized by Google

verweigert werden, wenn von ihr eine planmäßige Durchkreuzung des deutschen Ansiedlungswerkes zu befürchten ist. Die vaterländische Rücksichtnahme steht immer voran ... Die Formel für die praktische Polenpolitik lautet: Weitere Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, vorsichtiges Entgegenkommen gegen die Wünsche der Polen."

Mit diesen Worten hat der Landwirtschaftsminister von Eisenhardt-Rothe im Herrenhause die Art der Ostmarkenpolitik gekennzeichnet, die unter dem Zwange der historischen Tatsachen überhaupt noch möglich sein wird, und ich bin fest überzeugt, daß die Regierung hierfür auch im neuen Landtag eine Mehrheit finden wird. Zu klar hat sich im Kriege für alle Parteien der Wert, ja die Unentbehrlichkeit des in sich geschlossenen deutschen Nationalstaates erwiesen! Und außerdem liegt gerade für die nächste Zukunft die unbedingte Notwendigkeit vor, die Massen der deutschen Rückwanderer aus Rußland unterzubringen, für die in ungezählten neuen Bauerndörfern auf bisherigem Gutsland — sowohl deutscher wie polnischer Herren — Raum geschaffen werden muß.

Wenn nun auch ein gewisses Entgegenkommen gegen die Ansiedlungswünsche der einheimischen Polen bei der voraussichtlichen Zusammensetzung des neuen Landtages unvermeidlich ist, so werden dafür durch die Wahlreform doch auch alle die Mächte im Parlament ausgeschaltet, die bis jetzt eine wirklich durchgreifende Innenkolonisation auf Schritt und Tritt gehemmt, ja unmöglich gemacht haben, weil sie den Großgrundbesitz in seiner beherrschenden Stellung nicht antasten wollten, vielmehr ihn mit allen erdenklichen Mitteln stützten und förderten.

Der Großgrundbesitz aber ist ja gerade der eigentliche Träger der Polonisierung, wie schon die wenigen Zahlen ergeben, die wir oben über den Kreis Briesen mitgeteilt haben. Und dabei ist es ganz gleichgültig, ob sich die Großgüter in deutschem oder polnischem Besitz befinden: „Auf dem gesamten ‚deutschen' Fideikommiß in Posen wohnten schon vor zehn Jahren 20460 Polen und nur 3804 Deutsche, oder in Prozentsätzen ausgedrückt: über 84 v. H. der Bevölkerung entfielen auf die Polen und noch nicht 16 v. H. auf die Deutschen" (Dr. Böhme); heute ist das Verhältnis für die Deutschen noch viel ungünstiger, und es besteht nicht die geringste Hoffnung auf Besserung dieser Zustände in den Gutsbezirken des Ostens: unaufhaltsam geht die Abwanderung der deutschen Gutstagelöhner weiter. Nur ein einziges Mittel gibt es hier für die Germanisierung, und das ist die Besiedelung mit deutschen Klein- und Mittelbauern, die ihre 20 bis 60, höchstens 80 Morgen im wesentlichen mit den Arbeitskräften ihrer Familie ohne polnische Arbeiter selbst bestellen; hat doch die Zahl der Deutschen in den sehr stark besiedelten Kreisen der Ostmark um 183 v. H. zugenommen!

Wie weit die Umwandlung der Großbetriebe in Bauerngemeinden gehen muß, wenn die Verhältniszahl der Deutschen zu den Polen gründlich verbessert werden soll, dafür geben wiederum die amtlichen Briesener Zahlen einen zuverlässigen Maßstab. Dort

Digitized by Google

hat die Besiedelung die Zahl der selbständigen Gutsbezirke von 69 auf 38 vermindert, die der Landgemeinden von 50 auf 72 vermehrt, und wesentlich hierdurch ist die deutsche Bevölkerung von 15000 auf 23000 Seelen angewachsen. Aber selbst die Aufteilung von fast der Hälfte der Güter hat in diesem westpreußischen Kreise noch nicht voll genügt, um die Zahl der Polen (26000) zu erreichen oder gar zu überflügeln. Ganz ähnlich aber wie hier in Briesen liegen die Verhältnisse in fast allen gemischtsprachigen Bezirken der Ostmark, im größten Teil der Provinz Posen sogar noch erheblich schwieriger. Angesichts solcher Tatsachen dürfen die Kreise, die nicht bloß einen ewig unfruchtbaren Scheinkampf gegen das Polentum führen wollen, sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß in den national gefährdeten Gebieten des Reiches der Bestand der Güter auf ein knappes Viertel herabgesetzt werden, daß also der Großbetrieb in der Ostmark zu mindestens drei Vierteln bäuerlichen Ansiedelungen Platz machen muß. Das ist das wirkliche Problem der Ostmarkenpolitik.

Ist es nun aber überhaupt denkbar, daß eine solche tiefgreifende Umwandlung der Grundbesitzverteilung jemals mit einer Mehrheit im preußischen Landtage durchgesetzt werden könnte, wie sie das Klassenwahlrecht ergab? — Die Antwort erübrigt sich. Denn eine so einschneidende Sozialreform, mit all ihren gesellschaftlichen und politischen Folgen, namentlich der Machtverschiebung innerhalb der ländlichen Selbstverwaltung, in der Kreistagsvertretung und damit in den Landwirtschaftskammern usw., erzwingt selbstverständlich nur das Volk selbst, d. h. diejenigen, die an der Durchführung der Reform interessiert sind, nur ein Landtag des gleichen Wahlrechts. Daher begrüßen wir auch vom rein nationalen Standpunkt aus die Wahlreform in Preußen, weil nur sie die Gewähr gibt, daß das einzig wirksame Mittel der Eindeutschung der Ostmark, die Innere Kolonisation größten Stiles, endlich gegen alle Widerstände der bisherigen Machthaber entschlossen zur Anwendung kommt.

Aber diese Innere Kolonisation darf nicht einseitig auf Posen und Westpreußen beschränkt werden, wenn der immer wachsenden slawischen Überflutung unserer ostdeutschen Gefilde endlich ein undurchbrechlicher Damm entgegengeworfen werden soll. Sie muß vielmehr ganz Ostelbien erfassen und überall den Großgrundbesitz zurückdrängen; dann wird unfehlbar auch das Slawentum nach Osten zurückweichen, weil es auch hier, genau so wie wir das für die engere Ostmark nachgewiesen haben, nichts weiter als eine Begleiterscheinung des landwirtschaftlichen Großbetriebes ist. Zwar sind es in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien nur zum kleinsten Teil einheimische preußische Polen, die der Großgrundbesitz beschäftigt; wohl aber hat er die gewaltigen Scharen der slawischen Wanderarbeiter aus Rußland und Galizien seit den achtziger Jahren ins deutsche Land gerufen, die ihm seine weiten Felder bebauen, seine Wirtschaft instand halten müssen. 470000 solcher volks- und staatsfremden „Schnitter" waren 1914 in unserer Landwirtschaft beschäftigt, die

Digitized by Google

schon damals nur zu oft mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in den Gutsbezirken ausmachten.

Ein Großgrundbesitz aber, der sich nur durch slawische Arbeitskräfte halten kann, der also auf Kosten der deutschen Nationalität besteht, ist kein deutscher Großgrundbesitz mehr und hätte längst durch die Innere Kolonisation ganz erheblich eingeschränkt werden müssen. Das aber hat die Mehrheit des Dreiklassenparlaments erfolgreich zu verhindern gewußt, welche, im Bunde mit der von ihr aufs stärkste beeinflußten Verwaltung, der bäuerlichen Besiedelung überall Schwierigkeiten in den Weg legte (Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse in neuen Kolonien, Restgütereinrichtung usw.!), und welche andererseits die immer fortschreitende „Abrundung" des Gutslandes durch das „Bauernlegen", das Aufkaufen selbständiger Gehöfte, stillschweigend und tatenlos mit ansah.

War nun schon vor dem Kriege das deutsche Volkstum in all den weiten Gebieten, wo Großgrundbesitz vorherrscht — fast 60 v. H. der Anbaufläche hat er in Ostelbien[1] inne, im Regierungsbezirk Stralsund sogar 78, im Kreise Franzburg (Vorpommern) 90 v. H.! —, durch die Massen der polnischen Schnitter schwer bedroht, so hat sich durch die vier Kriegsjahre die Gefahr der Entdeutschung unserer östlichen Provinzen zu unerträglicher Höhe gesteigert. Wagt es doch ein Großgrundbesitzer, Dr. Graf von Schwerin-Putzar (Vorpommern), in aller Öffentlichkeit[2] die Forderung aufzustellen, daß die slawischen Schnitter fortan als ständige Instleute (Tagelöhner) in die Gutskaten aufgenommen werden müßten, „weil der deutsche Landarbeiterstand in kurzer Zeit aussterben würde und seine Auffrischung durch Zuführung slawischen Blutes unvermeidbar sei"! Leider stehen nur allzuviele Standesgenossen dieses Herrn auf demselben Standpunkt, wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß. Diese Leute fordern also ganz unverhüllt die dauernde Verpolung unserer Gutsarbeiterschaft, sie sind bereit, dem deutschen Osten sein Volkstum zu nehmen, und das alles doch nur, um den Großgrundbesitz in seiner heutigen übermäßigen Ausdehnung zu erhalten.

Wahrlich, die Innere Kolonisation ist aus nationalpolitischen Gründen eine Staatsnotwendigkeit! — Aber nur das gleiche Wahlrecht kann uns eine Volksvertretung bringen, die den Willen und die Kraft findet, gegen den ungeheuer zähen Widerstand der mächtigsten Kreise mit all ihren hohen Beziehungen und ihrem gewaltigen Einfluß in allen Zweigen der Verwaltung jene Staatsnotwendigkeit durchzusetzen. Das ist der tiefinnere, von den interessierten Schichten längst erkannte Zusammenhang zwischen östlicher Siedlung und preußischer Wahlrechtsfrage.

[1] Vergl. Professor Serings vortreffliches Buch „Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande", Berlin bei Parey, 1910.

[2] Im „Tag" vom 31. Mai 1916.

Digitized by Google

Vom Militarismus und vom Kriege

Von Professor Dr. Friedrich Lenz

Unter den Schlagworten, mit denen die Gegner ihre „politische Offensive" gegen Deutschland nähren, steht das Wort „Militarismus" an erster Stelle. Gleich den meisten publizistischen Angriffswaffen dieser Art, stammt der Ausdruck aus dem Arsenal der inneren Kämpfe vor dem Kriege. Er ist jedoch älter, als sein polemischer Gebrauch während der letzten Friedensjahre vermuten läßt. Wie Oberstleutnant Herwarth von Bittenfeld in der „Deutschen Politik" vom 1. März 1918 ausführt, haben die Franzosen in den Kämpfen um Dreyfus ihn geprägt; er bedeutete ihnen damals „das Streben einer (französischen) Militär-Clique nach Herrschaft im Innern, verbunden mit dem chauvinistischen Drang nach kriegerischer Machtentfaltung gegenüber dem Ausland".

Der Krieg hat also ein Schlagwort, das zuerst in Frankreich zum geistigen Rüstzeug der Parteikämpfe gehörte, in den Dienst der äußeren Politik gestellt. Die häufige Übereinstimmung innerpolitischer Probleme erleichtert es den feindlichen Völkern, international gültige Leitworte derart zu ihrem Nutzen umzustellen. Wir Deutschen, die wir darin keine Meister sind, sahen so die Polenfrage und die elsaß-lothringische Verfassung, das Streikrecht und die Junkerherrschaft aus Leitartikeln und Karikaturen für den heimischen Bedarf übergehen in den Wort- und Bilderschatz feindlicher Propaganda. Nur langsam setzten wir uns zur Wehr. Die „Überlegenheit der Offensive" auch auf diesem Gebiet haben wir noch immer nicht erkannt.

Darum will ich nur kurz die statistischen Widerlegungen erwähnen, welche das aggressive Schlagwort vom „Militarismus" bisher erfahren hat: Daß unser junges Deutsches Reich verhältnismäßig weniger für Rüstung ausgab als die Westmächte, daß Rußland wenigstens absolut mehr aufwandte als wir und daß sogar die Union zu den militärischen Ausgaben der Welt über ein volles Zehntel beitrug. Indessen auch die genauesten Gegengründe überzeugen nicht denjenigen, dem solche Thesen weniger Verstandesangelegenheit als Sache des Herzens und des Willens sind. Der Gegner schiebt einfach die Diskussion auf ein breiteres Feld und behauptet nunmehr, er meine mit diesem Schlagwort „Militarismus" eben den besonderen kriegerischen Geist, der Deutschland seit jeher im Gegensatz zu allen andern Ländern beherrsche; ihn gelte es zu bekämpfen.

Welches ist dieser besondere Geist? Oberstleutnant Herwarth von Bittenfeld hat in seiner eben genannten Studie nachgewiesen, daß diese geistige Anlage die besten und stärksten Eigenschaften des deutschen Charakters bedeute, während ihre Auswüchse vielmehr bei Deutschlands Gegnern zu finden seien. Die Gegner dagegen behaupten, daß Deutschlands besondere kriegerische Anlage jedes friedliche Fortschreiten gefährde und den Kulturaufwand mit rasch zunehmenden Abgaben erdrücke. Trifft ihre Polemik

Digitized by Google

zu? Bestand diese „deutsche Gefahr" für den Frieden in Wahrheit und stiegen darum die zu ihrer Abwehr überall gebrachten Rüstungsopfer wirklich auf Kosten der Kulturausgaben? War denn überhaupt Deutschland die besondere Heimat dieses Geistes und ihm mehr als andere Völker untertan?

Wir erkennen das Wesen einer politischen Erscheinung aus ihrem Werden. Die noch ungeschriebene Geschichte des kriegerischen Geistes mag uns Antwort geben[1].

Sobald wir den Blick von der völkerscheidenden Gegenwart ein wenig rückwärts wenden, treten die allgemeinen Linien des Geschehens aus der verhüllenden Polemik des Tages rein hervor. Was diese in „Militarismus" umdeutet oder auf ein einziges Land beschränken möchte, streift die Hülle des Tagesstreites ab und zeigt sich als wesentlicher Teil eines allgemeinen objektiven Verlaufs. Gehen wir bis zum Ursprung zurück, so verliert sich freilich unser Blick wieder in die Dunkelheiten der Vorzeit. Einer unpolemischen Betrachtung sei vergönnt, die wechselnde Bedeutung des Kampfes einmal vom Beginn an durch die Geschichte zu verfolgen.

Wenige Worte genügen für die über 100000 Jahre, während derer das Leben des primitiven Menschen ein einziger Kampf mit seiner Umwelt ist. Waffe und Werkzeug sind noch ungeschieden. Der Stein zerschlägt die Schale einer Frucht wie das Haupt des Menschen. Das Steinmesser dient als Waffe wider Mensch und Tier, zum Zurichten der Speise wie als Meißel. Diese wechselweise Verwendung entspricht dem ungesicherten, von Gefahr jeder Art umgebenen Leben. Erst der Sieg über die Umwelt gibt dem Menschen Sicherheit und Muße, einen Bezirk friedlicher Arbeit dauernd abzugrenzen.

Das „Eiserne Zeitalter" öffnet dem primitiven Menschen die Pforte der Halbkultur. Kupfer, Bronze, Eisen lassen ihn zum Überwinder seiner Umwelt werden. Werkzeug und Gerät scheiden sich für immer von der Waffe. Krieg und Frieden gewinnen damit ein gesondertes und Regeln unterworfenes Dasein. Der Sieg des Menschen über den Menschen gibt der vervollkommneten Waffenführung eine besondere Grundlage in den Anfängen der Strategie und Taktik, schafft eine eigene Kriegstechnik. Die Herrschaft des Menschen über die Natur mittels verbesserter Geräte und Werkzeuge wird durch die beginnende Naturkenntnis gefördert und theoretisch begründet.

Noch immer herrscht freilich die Waffe vor. Während der Jugendzeit der europäischen Nationen, ja bis tief in die Neuzeit hinein bleibt der Krieg der große Anreger und Förderer auch jeder Friedenstechnik. Straßenbau, Post, Bauernschutz, Finanzen danken ihm das meiste. Noch im 19. Jahrhundert wirkt beispielsweis der Bau der Kriegsmarine derart auf die Schiffsbautechnik. Aber ein Unterschied besteht von jedem früheren Zeitalter, ein Fortschritt, der mit der modernen Staatenbildung einsetzt und

[1] Die folgenden Darlegungen stützen sich auf frühere Studien des Verfassers. Vergl. Lenz, Macht und Wirtschaft, Band I, 1916, und von Schmoller im ersten Band seiner Allgemeinen Volkswirtschaftslehre; über Sombarts Krieg und Kapitalismus vergl. Lenz l. c. S. 72—78.

Digitized by Google

mit dem Sieg der Dampfkraft abschließt: Krieg und Kriegsvorbereitung beanspruchen im 19. Jahrhundert nicht mehr den Hauptteil aller Arbeit, die Kriegsmaschinen und Kriegswerkzeuge müssen der Friedenstechnik den Vorrang überlassen. Die beispiellose Entfaltung des europäischen Wirtschaftslebens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts baut sich auf diesem Sieg der Friedenstechnik auf.

Vorbereitet wird die überwiegende Bedeutung der Friedensarbeit durch die gesonderte Entwicklung, welche das Militärwesen in den sich bildenden modernen Staaten nimmt. Indem die europäischen Staaten in ihren Heeren den „handwerksmäßigen" Kriegsbetrieb überwinden, schaffen sie eine Organisation des Kampfes, der noch Ende des 18. Jahrhunderts kein Werk der Friedenstechnik gleichkommt.

Neben ihrem kriegerischen Vorbild erhält die friedliche Überwindung der Natur politisch mit dem Abschluß der modernen Staatenbildung und technisch mit dem Sieg dem Dampfkraft Raum. Im 19. Jahrhundert überholt die angewandte Naturerkenntnis alle Fortschritte in der Organisation des Kampfes; die friedliche Arbeit gewinnt endgültig den Wettstreit zwischen Waffe und Werkzeug. Praktisch unbegrenzte Herrschaft über die Natur ist der Siegespreis, den das „technische" Jahrhundert den Bewohnern der europäisch-nordamerikanischen Staatenwelt verleiht.

Die militärische Organisation nimmt nunmehr viele Eigenheiten der ihr vorauseilenden Friedenstechnik an. Die Waffenherstellung hat nicht mehr die unbestrittene Führung im technischen Prozeß, sie bildet einen Sonderfall der spezialisierten hochwertigen Produktion. Schulung und Unterordnung des Soldaten, welche schon die Schußzahl eines Vorderladers auf sechs in der Minute steigerten, finden ein Gegenbild in der neuen industriellen Arbeiterschaft; zusammengeballt und diszipliniert durch den Großbetrieb und die Maschinenkraft, übertrifft sie auch zahlenmäßig jetzt den zu kriegerischer Wirkung bestimmten Teil des Volks. Einst leitete der Feldherr persönlich seine Schlachten, gleichwie der Handwerksmeister die Arbeit seiner Gesellen selbst antrieb. Jetzt paßt die Heeresleitung alle technischen Errungenschaften ihrer Aufgabe an und lenkt aus der Ferne, gleich dem Leiter einer großen Unternehmung, ihre Massen. Die beiden europäischen Friedensperioden nach 1815 und nach 1871, in Nordamerika die Jahrzehnte nach 1812 und 1865, lassen der Friedensarbeit Muße, ihre Vorsprung mehr und mehr zu erweitern.

Woran erkennen wir dies allgemeine Zurückbleiben der Kriegsarbeit? Eine Antwort geben uns die Zahlen der Staatshaushalte. In Preußen beanspruchte die Kriegsvorbereitung:

1730	. . 86	Prozent
1786/1806	. . 75	„
1840	. . 50	„ , im Reich und Preußen
1912	rund 30	„ des Budgets.

Großbritannien wandte sogar 94 Prozent des Staatshaushaltes auf den Kampf

Digitized by Google

gegen Napoleon. Die politisch unfertigen Balkanstaaten gaben 1912 das Doppelte des deutschen Satzes für Rüstungszwecke aus. Das starke absolute Steigen der Rüstungsausgaben vor dem Weltkrieg läßt die öffentliche Meinung Europas übersehen, daß trotzdem im 19. Jahrhundert der Anteil der Kriegsvorbereitung am Staatsaufwand entscheidend abnimmt. Noch 1913, im Jahr der deutschen Wehrsteuer, machten die deutschen Wehrausgaben nur 3½ Prozent des Nationaleinkommens aus und waren — entgegen der populären Meinung — geringer als Ende der 1890er Jahre, wo sie 4 bis 5 Prozent betrugen.

Der Friedensstand der Armee, der im friderizianischen Preußen einschließlich der Geworbenen noch 4 Prozent der Volkszahl betrug, sank mit der allgemeinen Wehrpflicht auf 1 vom Hundert. Von der gewerblichen Arbeiterschaft waren 1912 nur mehr 63 000 Mann oder 1 Prozent in Betrieben der deutschen Armee und Marine tätig.

Aber auch die private Unternehmung zieht nur noch den geringsten Teil ihrer Gewinne aus der Kriegsvorbereitung. Vom deutschen Militärbedarf des Jahres 1912 entfiel über die Hälfte auf Löhnung und Verpflegung der Truppen; nicht mehr als 70 Millionen kamen auf den Waffenbedarf, einige 50 Millionen auf Bekleidung und Ausrüstung. An solchen Aufträgen war weniger zu verdienen als beispielsweis am Eisenbahnbedarf, der im gleichen Jahr 250 Millionen Mark für Maschinen und Fahrzeuge auswarf. Niemals hätte im 18. Jahrhundert der friedliche Verkehr die Ausgaben für den Krieg erreicht, geschweige übertroffen. Sogar für den Seeverkehr, der vor dem 19. Jahrhundert ausschließlich Kriegsschiffe und bewaffnete Handelsschiffe kannte, machte der Bau von reinen Handelsschiffen in Deutschland 84 Prozent, in Großbritannien 83 Prozent des gesamten Schiffsbau aus. Der Reingewinn aller deutschen Aktiengesellschaften betrug 1913 volle 1 ½ Milliarden Mark; was davon aus den gesamten Militärausgaben des Jahres 1912 stammt, kann 1 oder 2 Prozent vom Gesamtgewinn der Gesellschaften nicht überschreiten.

Während im 18. Jahrhundert beispielsweis die geringe preußische Eisenindustrie völlig vom Kriegsbedarf gelenkt wird, ergab die deutsche Flußeisenproduktion 1907 rund 8,8 Millionen Tonnen im Wert von 1325 Millionen Mark; nur 47 000 Tonnen für 66 Millionen Mark oder 5 Prozent des Wertes kamen davon auf Kriegsmaterial. Unter den Betrieben, welche schon im Frieden aus der Kriegsvorbereitung Vorteil zogen, steht Fried. Krupp voran. Jedoch war von seinen Fabrikaten die Hälfte Friedensware, während von der Kriegsarbeit wiederum die Hälfte an ausländische Besteller ging. Seine Arbeiterschaft war nur ein Zehntel der Arbeiterzahl der preußischen Eisenbahnen.

Wie Volksreichtum, Arbeiterschaft, Verkehr und Gewerbe, so haben auch Handel und Erfindergeist im 19. Jahrhundert den Werken des Friedens sich zugeneigt. Von den 256 000 Patenten, die 1887 bis 1912 im Deutschen Reich erteilt wurden, ent-

Digitized by Google

fielen nur 1,8 Prozent auf die Klasse der Schußwaffen. Und von der deutschen Qualitätsausfuhr kamen wohl 544 Millionen Mark auf Maschinen, 163 auf elektrotechnische Erzeugnisse und 60 auf wissenschaftliche Instrumente, aber nur 50 Millionen Mark auf Kriegswaren — ebensoviel wie auf die Ausfuhr von Klavieren!

Zusammenfassend dürfen wir sagen, daß volkswirtschaftlich die Kriegsvorbereitung nicht mehr als 1 bis höchstens 10 Prozent unserer gesamten Mittel und Arbeitskraft mit Beschlag belegt, während sie bis vor hundert Jahren das wirtschaftliche Leben unsrer Vorfahrn zum größten Teil beherrscht hat. Schmoller hat den historischen Fortschritt, der in der Einschränkung des Waffendienstes seit dem Beginn der Halbkultur liegt, einmal in dem Zahlenverhältnis ausgedrückt: „wo einst 25 Prozent der Bevölkerung, 35—40 Prozent der Erwerbstätigen zum kriegerischen Schutze nötig waren, da reichen heute etwa 0,4—1,12 Prozent der Bevölkerung, 1—3 Prozent der Erwerbstätigen aus."

Von hier aus verstehen wir erst die einzigartige Entwicklung, welche Friedenstechnik und Friedenswirtschaft im 19. Jahrhundert nehmen. Ihr Aufschwung wird erst möglich durch das gleichfalls einzigartige Zurücktreten der Kriegsarbeit und Kriegstechnik. Wie ich schon sagte, vollzieht sich dieser weltgeschichtliche Fortschritt politisch seit der Vollendung der europäisch-nordamerikanischen Staatenwelt und technisch mit dem Sieg der Dampfkraft. Deutsche, Angelsachsen, Franzosen und ihre Anlieger tragen den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt — und nicht ihn allein — teils zu blutsverwandten und befreundeten Nationen, teils erobernd in die nun gewaltig wachsenden Kolonialgebiete. Weltwirtschaft und Weltpolitik befestigen seine Herrschaft. Aber seine Voraussetzung bleibt jener Wandel vom Krieg zum Frieden, den ich geschildert habe.

Wie sehr der enge Zusammenhalt von Krieg und Technik sich gelöst hat, seitdem die europäisch-nordamerikanische Staatenbildung einigermaßen abgeschlossen war, dafür sei „König Dampf", als die treibende Kraft der neuen Friedenstechnik, unser letzter Zeuge. Noch 1850 kamen in Deutschland 10 gewerbliche Betriebe mit Wasserkraft auf einen durch Dampfkraft betriebenen; 1895 waren es beiderseits gleich viel. Die neuen gewerblichen Kraftquellen erzeugten 1895 in Preußen $3\frac{1}{2}$ und 1907 $10\frac{1}{2}$ Millionen Pferdestärken, unvergleichlich viel mehr als Wind und Wasser und Menschenkraft früherer Jahrhunderte jemals hergegeben hätten. Von diesem gewaltigen Kraftvorrat verbrauchten Heer und Flotte noch nicht ein Zehntel, der friedliche Eisenbahnverkehr dagegen allein volle 60 Prozent.

Der Sieg der Dampfkraft auf dem Boden der neuen Staatenordnung hat den Menschen Zeit und Raum endgültig überwinden gelehrt. Der Umschwung zugunsten dieser friedlichen Herrschaft ist so bedeutend, daß wir ihn nur mit dem Übergang aus der Steinzeit zum Gebrauch des Eisens vergleichen können.

Für die gleiche Fracht gelangte eine Weizenlast auf der Landstraße 100 km weit, dagegen mit der Eisenbahn 4500 und mit dem Dampfer 25 000 km weit. Der Außen-

Digitized by Google

handel der Erde stieg von 6 Milliarden Mark um 1800 auf 160 Milliarden 1912 die Kohlenförderung der Erde von 15 auf 1245 Millionen Tonnen.

Hätte die Kampfvorbereitung diesen Kraftgewinn sich dauernd unterworfen, so wäre die Welt durch 100 Jahre in ein Waffenlager nach Art des jetzigen verwandelt worden. Hätte ein Volk, etwa Deutschland, den kriegerischen Geist auf Kosten der Friedenswirtschaft und Friedenstechnik erhalten wollen, es wäre bei dem atemlosen wirtschaftlichen Wettlauf bald zurückgeblieben. Aber wir lernten ja das Zurücktreten des Kampfes und der Kampfvorbereitung als einen allgemeinen Verlauf erkennen, dem sich kein einzelnes Land völlig entziehen kann. Hätte eine Nation mehr als andere kriegerischen Geist gepflegt, hätte sie ihre Kriegsrüstung vorzugsweis vervollkommnet, dann müßte die technisch-wirtschaftliche Friedensarbeit bei ihr gerade in den letzten Jahrzehnten verhältnismäßig zurückgeblieben sein. Denn das Eilmaß dieses friedlichen Wettbewerbs hat, wie beliebige Beispiele zeigen, vor allem während der jüngsten Jahrzehnte sich gesteigert. Bei Deutschland merken wir von einem Nachlassen so wenig, wie bei den Vereinigten Staaten. Beide schreiten sogar am schnellsten fort. Eher müßte man da an Frankreich denken, das jeden 50. Einwohner unter den Waffen hielt — während in Deutschland jeder 85. Soldat war — und dessen technisch-wirtschaftlicher Aufschwung während der letzten Jahrzehnte unter dem Gewicht der Rüstung in der Tat ermattet ist. Oder an Rußland, das vielleicht schon mehr Werke der Technik und der Friedensarbeit zerstört hat, als es aus eigener Kraft aufzubauen vermag. Nicht daß wir schon im Frieden unser gesamtes Leben dem kriegerischen Geist dienstbar machten, sondern daß die Umstellung der Friedenswirtschaft auf den Kampf so unerwartet kam und daher solche Schwierigkeiten fand, scheint mir die geistige Verfassung zu kennzeichnen, in der wir vor dem Kriege lebten.

Damit ist bereits eine ernste Mahnung ausgesprochen.

Das technisch-wirtschaftliche Geschehn der letzten hundert Jahre stand unter der Abwandlung vom Krieg zum Frieden, die ich schilderte. Wir würden nicht ungestraft versuchen, die Entwicklung in verlassne Bahnen zurückzulenken. Setzten wir den Kampf zum Herrn auch unsrer Friedensarbeit, stellten wir für immer Werkzeug und Maschine, wie der Weltkrieg uns von neuem gelehrt hat, auf den Kriegsfall ein, so hätten wir die geschichtliche Voraussetzung zerstört, auf der wir bisher bauten. Die Entwicklung war so rasch gegangen, daß wir bereits vergessen hatten, wie sehr sie doch von ihrer Voraussetzung abhängig geblieben war. Wie viele dachten beim Vergleich des 19. Jahrhunderts mit der Vorzeit noch daran, in dem Abschluß der europäisch-nordamerikanischen Staatenbildung und in dem dadurch bewirkten Freiwerden der technisch-wirtschaftlichen Kraft den entscheidenden Anstoß zu erblicken? Erkennen wir jedoch das Zurücktreten des kriegerischen Geistes als das Kennzeichen des 19. Jahrhunderts an, so müssen wir aussprechen, daß die Neubelebung dieses Geistes im Weltkrieg zugleich eine Gefahr für die Zukunft in sich birgt.

Digitized by Google

Freilich, der Krieg, der die Menschen und ihr Werk sich unterwirft, den letzten „Pazifisten" wie die letzte friedliche Werkstatt in seinen Kreis zwingt, er ist heute, wie in der napoleonischen Epoche und zur Urzeit, nicht Feind, sondern Freund und Förderer des Fortschritts. Deutschland so gut wie England und die Vereinigte Staaten haben unter der Not des Weltkriegs ihre technisch-wirtschaftliche Organisation um Jahrzehnte vorangebracht. Jedoch der beispiellose Aufschwung, den das napoleonische Zeitalter auslöste, vollzog sich im befriedeten Bezirk der national geeinten großen Mächte. Wir haben im künftigen Frieden mehr zu erhalten und zu gewinnen als unsre Vorfahren vor hundert Jahren. Gegen die geschichtliche Erfahrung wäre es, von der Fortdauer der kriegerischen Unruhe und von der bleibenden „Militarisierung" des Wirtschaftslebens einen dem 19. Jahrhundert ähnlichen Aufschwung zu erwarten. Eher könnte so manches überlieferte Gut verloren gehen. Nur eine in sich wie international gefestigte neue Staatenwelt vermag den Oberbau der Güterwelt zu tragen. Nur im dauerhaften Frieden kann die neue Wirtschaft gedeihen.

Die vor uns liegende Friedensepoche soll den Umsatz unsrer gesamten Kraft in kriegerische Energie beenden zugunsten der unterbrochenen Friedensarbeit. Der Verlust an Blut und Gut, den die Welt erlitten hat, läßt das Notwendige doppelt erwünscht scheinen. Denn das Maß der kriegerischen Leistung entsprach dem Hochstand unsrer Friedensarbeit; eine 25jährige Dauer kriegerischer Unrast, wie vor 1815, müßte mehr als einer Volkswirtschaft die Kraft zum Aufschwung nehmen. Gingen doch schon aus der napoleonischen Epoche Staaten wie Spanien und Holland mit verringerter Geltung hervor. Künftig werden Rußland und vielleicht auch Frankreich den Krieg als Zerstörer überlieferten Ansehens zu beklagen haben.

Um so ernster scheint die Pflicht der führenden Weltvölker, bei der Umstellung auf die Friedenswirtschaft die fortwirkende Last der kriegerischen Anspannung zu mindern und dem Kampf keine dauernde Vorherrschaft zu gestatten. Deutschland bringt dieser Pflicht volles Verständnis entgegen. Wir sahen, daß nicht Deutschland die Heimat des kriegerischen Geistes war, daß ihn überhaupt kein einzelnes Land hervorgebracht hat. Sie alle haben mitgeholfen bei der Friedensarbeit, der das 19. Jahrhundert sich als erstes vorzugsweise widmen durfte. Sie alle danken ihrem kriegerischen Geist, den viele nun beim Feind als „militaristisch" tadeln, den stärksten Einsatz ihrer Volkskraft im Weltkrieg. Nicht diesen Geist gilt es zu töten. Ohne ihn hätte die europäische Kultur so wenig Expansionsdrang im 19. Jahrhundert gezeigt wie diejenige Indiens oder Chinas. Etwas andres aber ist, ob wir in Zukunft gleich vergangenen Jahrhunderten unter ständiger Kriegsgefahr leben und ihr unsere Arbeit widmen, oder ob wir wieder von ihr frei sein wollen. Ein dauerhafter Friedenszustand und eine Erleichterung der schweren Kriegslast sind das gemeinsame Bedürfnis der kriegführenden großen Mächte.

Deutschland wird zu einem jeden Abbau der kriegerischen Lasten gern und nach

Digitized by Google

Kräften beitragen. Sogar die Bereitschaft, an einer gleichmäßigen Abrüstung teilzunehmen, hat es der Welt erklärt. Sie widerstreitet nicht dem Grundzug seines Daseins. Denn die Friedenswirtschaft des 19. Jahrhunderts hat das Deutsche Reich mehr als manchen Mitbewerber gekräftigt, von ihrer Wiederaufnahme hofft es daher die Heilung schwerer Kriegswunden. Kein hitziges Anpreisen von leeren Schlagworten wie „Militarismus“ und „Pazifismus“ wird diese Wunden heilen. Hier wie sonst gilt es, den natürlichen Verlauf zu erkennen und zu fördern. Mag das besondere Heilmittel der Abrüstung vereinbart werden oder nicht, der künftige Zustand, den alle Nationen wünschen und fördern müssen, liegt darum doch vor Augen. Das stufenweise Zurücktreten des Kampfes ist ein Prozeß, den die führenden europäischen Nationen gemeinsam durchgemacht haben und der durch die Friedensarbeit des 19. Jahrhunderts zu einem gewissen Abschluß gekommen war. Alles, was ohne Gewaltsamkeit und ohne Phrase die Bahn für diese Friedensarbeit wieder frei macht, das läßt dem Krieg sein Recht und liegt doch auf dem Wege, den die Geschichte der Jahrtausende uns weist.

Uneheliche Mütter und Kinder

Gedanken aus dem Leben zur Bevölkerungspolitik

Von Wilhelm Voß, Hamburg

Im Großstadtvorort wurden bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 60000 Menschen in 14 Jahren (1901—14) 3248 uneheliche Kinder geboren. „Welch eine Fülle von Leid und Schande,“ sagt der oberflächliche Beurteiler unwillkürlich. „Welch ein sittlicher Tiefstand,“ sagt mancher, ohne in seiner sittlichen Entrüstung zu wissen, was diese Zahl bedeutet.

Statistisch ist diese Zahl gewiß recht eindeutig. Ringen wir uns von der Zahl zum Menschen durch, dann ist es sprudelndes Leben. Wer ein Gebiet für seinen Drang zum Verurteilen sucht, hier ist es, es legt ihm so leicht keiner das Handwerk, weil das Uneheliche so selten in Schutz genommen wird. Aber selbst der, der sich mit einem strengen Sittenmaß mißt, wird zu einem andern Urteil kommen, wenn er sich in der Tiefe des Problems der Begrenztheit menschlicher Willensfreiheit immer bewußt bleibt.

Es ist nicht wahr, daß die Zahl ein Beweis großer Lasterhaftigkeit ist. Die große Zahl der Unehelichen im Großstadtvorort ist an sich kein Zeichen eines schamlosen Treibens in weiten Kreisen. Gewiß, eine ganze Zahl gibt ihre oft recht zweifelhaften Reize für Geld preis. Aber diese unterste Stufe menschlicher Wesen kann im Vorort mit seiner nicht sehr zahlungsfähigen Bevölkerung gar nicht aufkommen. Ganz abgesehen davon, daß aus diesem Kreise die Wenigsten Mutter werden, fällt auch ihre absolute Zahl wenig zahlenmäßig ins Gewicht. Und angeredet von so zweifelhaften Wesen wird man auch nicht im Vorort, sondern in der zahlungsfähigen inneren Stadt.

Digitized by Google

Eine weit größere Rolle spielt schon der Mensch, der nicht anders kann, weil die Natur es von ihm verlangt. Es gibt sonst ordentliche Mädchen, die es von Zeit zu Zeit einfach zum Manne treibt, mögen sie ihn finden, wo sie wollen. Der Mensch, der nicht gewohnt ist, sein Leben unter einem Sittengesetz in sich zu leben, leidet mehr unter seinen Trieben als der, dessen Leben sich schon fast unbewußt in einem ethischen Rahmen auswirkt. Der Bewohner des Großstadtvororts hatte meist weder Zeit, noch Anleitung, in sich den für ihn so nötigen Kampf durchzusiegen, der allein ihn für ein höheres Menschentum reif macht. Die Straße, das Kino, die Läden mit ihren Plakaten, der Lesestoff, kurz die ganze Umgebung steht gegen ihn, statt daß sie sich zur Durchkämpfung seines Ichs zur Verfügung stellen. Jeder von uns, die wir da aufgewachsen sind, hat einmal an einem Punkt gestanden, wo nur Rücksichtlosigkeit gegen sich selbst uns weiter brachte. Wie muß es denen zumute sein, die dem Tierischen in sich erliegen! Und die Zahl derer ist nicht klein!

Selbst wenn wir aber die Kinder der Witwen dazu zählen, soweit sie dieser Klasse angehören, ist die erschreckend große Zahl der Unehelichen zum allerkleinsten Teile erst erklärt. Auch kommt wenig in Betracht im Vergleich zur Zahl, daß einzelne mit einem Manne zusammen leben, weil sie ihn als Einlogierer halten wollen, oder weil sie von ihm eben ein dauerndes Zusammenleben erwarten, auch ohne verheiratet zu sein.

Die Bedeutung der bis jetzt angeführten Klassen liegt nur darin, daß ihre Moral meist den Maßstab für die Beurteilung alles Unehelichen abgibt. An dem Vorhandensein des Obengenannten liegt es, daß so mancher nicht zu einer gerechteren Beurteilung des ganzen Problems kommt. Dem lieben Nachbarn (auch geistig gemeint) gegenüber darf man sich selten zu einem andern Standpunkt aufschwingen, ohne sich allerlei Gefahren auszusetzen. Durch die Moral der tiefsten Gruppen und ihre Verallgemeinerung entstand die heutige Massenmeinung. — Aber die Menschen sind nicht so schlecht wie ihr Ruf. Die Menschen haben sich mehr in der Gewalt, als der Oberflächlichdenkende es meint. Und der Großstädter denkt in der Masse noch gesunder, als es zu sein scheint. Manch ein Lästermaul würde bald gestopft, wenn nicht unsere Sitte und scheinbar auch die Natur von vornherein alles Uneheliche ins Unrecht setzt, und das zugleich in Mutter und Kind.

Die große Zahl der unehelichen Kinder ist eben unter der Grenze des Ehelichen entstanden. Darum ist auch das „Heim für Mutterschutz" berechtigt, das „Asyl für gefallene Mädchen" ist es nicht. Ich bin nicht derjenige, der für mich selbst die Grenze dessen, was erlaubt und nicht erlaubt, verschieben möchte. Aber jeder gesunde und gesunddenkende Mensch weiß, daß es im Leben eine Grenze gibt, die gegen die Natur ist. Die Grenze wird als Sitte bleiben müssen, weil wir uns ohne sie wahrhaft menschliche Zustände nicht denken können. Auch könnte das Interesse unserer Mädchen nicht anders als durch diese Sitte gewahrt bleiben. — Aber die Grenze des Erlaubten ist selbst in ihrer Notwendigkeit so gegen die Natur, daß ein leises Ver-

Digitized by Google

rücken nach der Gefühlsseite hin mich nicht zum Verdammen eines Menschen bringen kann.

Das eheliche Leben soll mit dem standesamtlichen „Ja" beginnen können. Das ist die Sitte. Wer will es aber einem Menschenherzen als Verbrechen anrechnen, wenn es sich dem ungestümen Druck hingibt, wo es doch fühlt: Wir sind ganz eins. — Die meisten unehelichen Kinder stammen aber aus einer Verbindung, die mindestens auf Seite des Mädchens gefühlsmäßig als ehelich angesehen werden mußte. Es ist nicht immer das ungewollte Hinausschieben des Augenblicks vorm Standesamt, was zum Fehltritt treibt. Mindestens ebenso oft ist es ein bewußtes sich Opfern einer sich als Braut Fühlenden. Oft ist es ein harter Kampf mit sich selbst, der damit ausgeht, daß man alles gibt, weil man alles geben möchte. Und — weil die Natur und die Liebe stärker sind als alles, was Menschenvernunft heißt.

Wer wirft den Stein auf den Menschen, der sich opferte, der alles gab, um durch das Opfer reine Liebe zu gewinnen? Wer wirft den Stein?

Es gibt der Gründe viele, daß solch ein Kind auch später auf die Ehelichkeit verzichten muß. Einmal steht des Mannes Sinn nicht immer so fest, daß er nicht schwankend werden könnte. Ein Mann erträgt eine Trennung meist doch viel leichter, ganz abgesehen davon, ob Folgen oder keine Folgen. Er kann ja auch stets ohne allzugroße Nachteile seine Neigung verleugnen.

Die Sitte macht es ihm aber nicht nur leicht, leicht zu denken, sie erschwert es ihm sogar, die Verantwortung voll auf sich zu nehmen. Dem wenig Festen legt die Sitte ja oft fast auf, hocherhobenen Hauptes abzuziehen. — Was würde der Mund des lieben Nächsten wohl sagen, wenn der Mann in seinem Verantwortlichkeitsgefühl mit seiner Braut und seinem Kinde ausgehen würde? Man denke sich doch, das schickt sich doch nicht! Und doch wäre dies die einzige Haltung, die den Makel von Braut und Kind nehmen könnte, wenn — eine Heirat noch nicht möglich. Nun ist es mindestens ein öffentliches Ärgernis, wenn jemand so seine Verantwortung trägt. Und daran werden wir fürs Erste auch nicht viel ändern können.

Heute zieht der junge Vater und Ehemann in einen entfernteren Stadtteil. Dort hält er, um sicher vorm Mund des Nächsten zu sein, den Schein aufrecht, als wäre er mindestens solange verheiratet, wie das Kind alt ist. Oder — er muß den Umgang mit dem lieben Nächsten peinlich meiden. Oder — er muß sich in Gesellschaftsklassen halten, die nicht immer nach seinem Geschmack sind. In den Kreisen der Handwerker, Geschäftsleute, ja selbst bis tief hinein in die Kreise der sich durch ihre Organisation erhoben fühlenden Arbeiter, wird man ihn noch allzuoft an die offenkundige sinnliche Stunde vor der Ehe gemahnen.

Wenn nun die Lage der meisten unehelichen Mütter eine solche ist, daß der Gerechte nicht zu einer allgemeinen glatten Verurteilung kommen kann, was ist die Folge? Die Forderung einer neuen Auffassung von der Moral? In diesem Falle kann das

Digitized by Google

nicht zur Lösung führen, weil die zu bessernden Zustände nicht aus einer allgemein tiefen Moral stammen. Gerade das macht aber auch unsere Stellung schwierig. Den Zustand der unehelichen Mutter kann man nicht als allgemein wünschenswert hinstellen, wenn wir jeden kommenden gesunden Neubau unseres Volkslebens nur auf dem Grunde gesunder Familien uns denken können. Gerade von der gesunden Familie erwarten wir aber alles. Es bleibt nur übrig, den Gedanken der eigenen Verantwortlichkeit in immer weitere Kreise zu stellen. Wer durch uns dazu kam, ist sicher in sich selbst einen Schritt weiter gekommen. Genügt die Einzelarbeit nicht, und sie wird nicht genügen, dann muß zu staatlichem Schutze gegriffen werden. Als Schutz kann der staatliche Eingriff Segen bringen, wenn das Schützen von fühlenden Menschen ausgeht.

Bis alles erreicht wird, was zu erreichen ist, ist hier ein Feld für die private Wohltätigkeit. Gerade hier ist die Wohltat kein Eingriff in das Streben zur besseren Lage mit eigener Kraft.

Obenan steht in der Fürsorge, daß Mutter und Kind in den unweigerlich kommenden geistigen Kampf gesund eintreten können. Schon damit ist manches der späteren Fürsorge vorweggenommen. Aber auch später hat der Schutz seine große Bedeutung. Man kann nicht leicht zu weit gehen. Denen, die meinen, daß die Schamlosigkeit durch solche Maßnahmen geradezu gezüchtet wird, kann man entgegenhalten, daß aller Schutz nur den materiellen Kampf erleichtern kann. Der geistige Kampf kann niemals genommen werden. Außerdem bestraft man Verbrecher zeitlich, eine uneheliche Mutter hat an den Folgen eines Augenblicks ihr Leben lang zu tragen. Sie kommt jetzt schon durch eigenes Ringen mit sich selbst oft auf eine höhere sittliche Stufe als manche unserer Durchschnittsehefrauen. Da soll man sie nicht von vornherein gesundheitlich und moralisch so tief stoßen, daß sie an ihrem Aufkommen verzweifelt.

Notizen

Ein neues Aktionsprogramm der Sozialdemokratie. Der Würzburger Parteitag hatte beschlossen, von einem Ausschuß neue Richtlinien für die politische Arbeit der Sozialdemokratie bearbeiten zu lassen. Der „Vorwärts" unterbreitet jetzt den Entwurf der Erörterung. Um was es sich handelt, sind eine Reihe von praktischen Forderungen, die teilweise den Gedankengang des Erfurter Programms aufnehmen, teilweise vor allem für die Übergangswirtschaft wichtige sozialpolitische Einzelwünsche vortragen. Das politische Moment der verstärkten Aktivität ist gekräftigt: „Politische Reformen sind durchzuführen, die dem deutschen Volke einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung sichern und den Übergang des alten Obrigkeitsstaates in einen demokratisch-sozialistischen Verwaltungsstaat vorbereiten." Diese letzte Begriffsformulierung ist neu. Bei den politischen Fragen ist die Einflußnahme des Parlaments auf die Ministerernennung, die man in Erfurt noch nicht besonders betonte, stark unterstrichen. Statt „Volkswehr" im Jahre 1891 verlangt man jetzt „Volksheer", beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit. Lebhaft ist der Einspruch gegen die Entwicklung privatmonopolistischer Gebilde; die Arbeiterschaft soll nicht nur in den spezifischen Arbeiterfragen, sondern über die Gesamttendenz der

Digitized by Google

wirtschaftspolitischen Entwicklung bei den Behörden zuständige Vertretung besitzen. Auf eine theoretische Durcharbeitung, wie sie Karl Renner so eindringlich verlangt, ist im Rahmen dieses Aktionsprogramms noch verzichtet; sie wird nach dem Krieg unvermeidbar sein.

Englands Achillesverse. Lensch kommt in der „Glocke" (Nr. 7) bei einer Prüfung des rumänischen Friedens auf die Gesamtlage im Osten zu sprechen, wobei er zu Schlußfolgerungen gelangt, die sich mit den von uns seit jeher vertretenen Ansichten nahe berühren.

„Im Orient und im mittleren Asien liegen die Dinge nun aber so, daß der Ausfall der russischen Weltmacht zunächst nur ein automatisches Anwachsen der englischen Weltmacht bedeutet. Gebiete wie Persien, die bisher zwischen beiden Räubern geteilt werden sollten, würden ummehr ungeteilt den Engländern zum Opfer fallen; ebenso würde es Länder geben, die zwischen den beiden Weltreichen eine schwankende Existenz geführt haben und in der Hauptsache ihre bisherige Unabhängigkeit dem Konkurrenzneid der beiden Großen zu verdanken hatten. Zu solchen Ländern könnte man Afghanistan rechnen. Bliebe es in diesen Gebieten lediglich bei dem Ausfall der russischen Macht, so träte der übriggebliebene Konkurrent ganz von selber als glücklicher Erbe an seinen Platz. Die deutschen Siege über Rußland würden sich als genau so viele englische Siege über Rußland entpuppen."

Als Mittel zur Bekämpfung der englischen Ausdehnungspolitik im Orient schlägt Lensch denn auch den Vormarsch nach Ägypten vor.

„Vor reichlich hundert Jahren konnte Napoleon seine Expedition nach Ägypten nur um den Preis einer völligen Preisgabe seiner Verbindungen mit der Heimat wagen. Für Deutschland wäre eine solche Expedition nach den Friedensschlüssen im Osten und nach der Vertreibung der Engländer vom Kontinent und den Friedensschlüssen mit Italien und Frankreich eine verhältnismäßig leichte und sichere Unternehmung. Die Verbindungen mit der Heimat wären jedenfalls besser und schneller als die Verbindungen Englands. Hier hätten wir eine ununterbrochene und feste Landverbindung, dort den langen, durch U-Boote gefährdeten Umweg zur See über Gibraltar. Und diese potentielle Möglichkeit würde militärische Wirklichkeit werden müssen, falls England nach wie vor — selbst unter dem vorausgesetzten „schlimmsten Fall" — den Frieden ablehnen würde. Den Verlust des Kanals von Suez und Ägyptens aber könnte das alte England nicht riskieren, ohne die geographischen Grundlagen seiner bisherigen Weltstellung zertrümmert zu sehen. Hier in Suez schlägt wirklich das Herz des Riesenreiches, hier liegt, wie Bismarck sich ausdrückte, das englische Genick. Die Verbindung mit Indien wäre wieder auf den Weg über das Kap der Guten Hoffnung zurückgeworfen, eine Reise, für die modernen Dampfer mit ihren Raumdispositionen überhaupt nicht eingerichtet sind."

Zum Schluß stellt Lensch dann fest, daß nach den ungeheuren Umwälzungen, die der Krieg hervorgerufen habe, selbst ein paritätischer Friede für Deutschland doch eine ungeheure Verbesserung seiner Weltstellung und für die Gegner eine entsprechende Verschlechterung bedeuten würde. „Erst durch die furchtbare Länge des Krieges ist Deutschland für die Welt das geworden, was es nun ist, die stärkste der Weltmächte, erst die vier Jahre Weltkrieg haben es dazu gemacht. Vordem war es ein weltpolitisch kaum ernstgenommener, in seiner wirklichen Bedeutung und Leistungsfähigkeit absolut ungekannter Faktor. Gerade weil das anders geworden ist, weil Deutschland jetzt nicht mehr das Deutschland von 1914 ist, bedeutet jeder Friede, der mit ihm geschlossen werden muß, und der nicht seine Auflösung herbeiführt, die Anerkennung seiner neugewonnenen Machtposition. Daran ändert ein Friede ohne Annexionen nicht das geringste, im Gegenteil, er würde nur die neue deutsche Weltstellung noch unterstreichen; denn er würde den Verzicht Englands auf seine Annexionen in sich schließen."

Rußlands diplomatische Vertretung in Finnland. „Hufvudstad bladet" vom 12. Mai schreibt: Die russische Regierung nimmt fortgesetzt eine feindselige Haltung gegen Finnlands

Digitized by Google

Regierung und deren Truppen ein: Die russische Garnison in Jno weigert sich, die Festung zu übergeben und das finnländische Territorium zu verlassen. Dieselbe hat vielmehr Feindseligkeiten gegen die finnländischen Truppen eingeleitet. Die russischen Marinebehörden senden Kriegsfahrzeuge nach den finnländischen Gewässern. Die russische Regierung leiht den finnländischen Aufrührern in Petersburg Schutz, die zusammen mit ihren russischen Waffenbrüdern und dem in Finnland geraubten Eigentum sogar auf Schiffen des russischen Staates dorthin transportiert wurden. In Petersburg ist es den finnländischen Roten Gardisten erlaubt, sich für neue Feindseligkeiten gegen Finnland vorzubereiten und auszurüsten. In diesem Vorhaben werden sie von russischer Seite unterstützt. Die russischen Behörden im russischen Karelien helfen den Roten Gardisten bei den feindlichen Maßnahmen gegen Finnland.

Solange Rußlands Regierung und die russischen Behörden eine derartige feindliche Tätigkeit gegen Finnland fortsetzen, kann natürlich nicht die Rede von der Anknüpfung irgendwelcher diplomatischer Beziehungen sein und kann Rußland demnach auch keinen diplomatischen Vertreter in Finnland haben.

Die schwedische Regierung und die Alandsfrage. „Nya Dagligt Allehanda" vom 13. Mai schreibt: Ein Offizier sendet uns folgende Darlegung ein, die jedenfalls ein interessantes Diskussionsobjekt ist. „Ein befestigtes Aland im Besitze der Großmacht Rußland war eine äußerst gefährliche Bedrohung unserer Hauptstadt. Jeder muß einsehen, daß bei der Entstehung eines ernsten Konfliktes mit unserem Nachbarn im Osten das befestigte Aland lähmend gewirkt und eine Verteidigung der nördlichen Schwedens direkt unmöglich gemacht haben würde. Trotzdem wurde, als Rußland im Widerspruch zu den internationalen Übereinkommen die Befestigungen auf Aland anlegte, die Bedeutung derselben von den Parteien der Linken als Bagatelle hingestellt. Jetzt dagegen, wo die Lage sich vollständig verändert hat und es ein schwedisch-finnländisches Lebensinteresse geworden ist, daß Aland — gleichgültig, ob es schwedisch oder finnländisch werden wird — stark befestigt ist, dringt die Linke darauf, daß diese Befestigungen vernichtet werden.

Finnlands und Skandinaviens verteidigungspolitische Aufgabe ist, ein Bollwerk der westlichen Kultur gegen das Vordringen des asiatischen Rußland zu sein. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen diese Staaten zusammenhalten, darüber sind wohl alle einig. Wenn die jetzige Regierung nicht an ein tausendjähriges Friedensreich nach Schluß dieses Krieges glaubt, hat sie dann darüber nachgedacht, in wie hohem Grade für die genannten Staaten die Lösung ihrer verteidigungspolitischen Aufgabe erleichtert werden würde, wenn Aland stark befestigt wäre? Der Bottnische Meerbusen würde dann ein schwedisch-finnländischer Binnensee, auf dem unsere Truppen unbehindert dorthin befördert werden könnten, wo sie am meisten gebraucht werden. Sowohl Schweden als Finnland hätte eine über 50 Meilen kürzere Küste zu verteidigen und das ganze Schweden nördlich der Dalälv wäre durch ein nordisches Gibraltar auf Aland so gut wie gesichert. Schwedens wie Finnlands Verteidigungsproblem würde entschieden viel einfacher und die Kosten für die Verteidigung dieser Länder könnten sich in beschränkten Grenzen halten.

Versteht die Regierung oder will sie es absichtlich nicht verstehen, daß durch die Vernichtung der Alandsbefestigungen und der Beibehaltung des Alandsserviturs man vollständig in die Hände Deutschlands geliefert wäre? Ein unfestigtes Aland ist während der jetzigen Lage gleichbedeutend mit einer Übergabe der Inselgruppe an die stärkste Ostseemacht, nämlich an Deutschland. Bei einem offenen Konflikt zwischen den Ostseestaaten ist es höchst wahrscheinlich, daß derjenige, der der stärkste ist, sich Aland aneignen wird, denn hierdurch beherrscht er nicht nur den nördlichen Teil der Ostsee, sondern auch den ganzen Bottnischen

Digitized by Google

Meerbusen und die Einmündung des Finnischen Meerbusens. Was dieses sowohl in handelspolitischer wie in militärischer Hinsicht bedeutet, müßte jedem ohne weiteres klar sein.

Deutschland weiß schon, was es tut, wenn es sich an der Beseitigung der Befestigungen beteiligt. Es ist ein deutsches Interesse, aber keineswegs ein schwedisches oder ein finnländisches, daß die Alandsinseln sich im Besitze einer Großmacht befinden. Schwedens Interesse fordert die Vereinigung der Inseln mit Schweden und die Beibehaltung der Befestigungen. Sicher wird unsere „geistreiche" Regierung die Schleifung als einen diplomatischen Sieg registrieren, aber in Wirklichkeit ist es nichts anderes als eine unerhörte, diplomatische Dummheit."

Die Lage im Donezbecken. Nach dem Sitzungsbericht über die Versammlung der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft" in Kiew, den „Rabotschaja Shisn" am 26. April veröffentlicht, führte Zukublin etwa folgendes aus: Die Brennstoff-Förderung im Donezbecken zeigte bereits seit dem Jahre 1915 eine rückläufige Bewegung; seit Anfang 1917 ist sie dauernd zurückgegangen und zwar wurden gefördert:

Januar 1917	. . .	154	Millionen Pud
April 1917	. . .	121	„ „
Oktober 1917	. . .	124	„ „
Januar 1918	. . .	80	„ „
April 1918	. .	70—75	„ „

Die gesamten Kohlenvorräte belaufen sich zurzeit auf die sehr geringe Menge von 107,6 Millionen Pud, und zwar handelt es sich bei diesen Ziffern um 34 Millionen Pud gewöhnlicher Kohle und um 73 Millionen Pud Anthrazit. Von der gewöhnlichen Kohle lagern 80 v. H. im Gouvernement Jekaterinoslaw, der Anthrazit lagert dagegen im Dongebiet, also außerhalb der Grenzen der Ukraine. Schon vor der Selbständigkeitserklärung der Ukraine war der Hauptverbraucher des im Donezgebiet geförderten Heizmaterials die Ukraine selbst, deren Eisenbahnen 70 v. H. des von den Bahnen benötigten Heizmaterials verbrauchten; während von dem Gesamtbedarf der russischen Eisen- und Metallindustrie 84 v. H. auf den Bedarf der Ukraine entfielen. Heizmaterial zu anderen Zwecken wurde zu 65 v. H. von der Ukraine verbraucht.

Der Vortragende führte dann die bereits bekannten Gründe für den Verfall der Förderung an und sieht in einer staatlichen Zwangssyndizierung das einzige Rettungsmittel.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Gustav Kiepenheuer, Weimar. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 7. Juni 1918 • Heft 23

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die ersten Tage der dritten deutschen Offensive bedeuteten wieder deutschen Sieg, in einer Raschheit und einem Ausmaß des Geländegewinns, die das Tempo der früheren Kämpfe noch übertreffen. Der Krieg ist auch über die Aisne in Gebiete getragen, wo er im Sommer 1914 nur flüchtiger blutiger Gast gewesen. Wiederum ist das Größte an tätigem Heroismus von Führung und Truppe geleistet worden, und nur tiefe, schweigende Dankbarkeit der Heimat kann den Leistungen des Heeres folgen. Die englisch-französische Niederlage vom März hat bei der Entente den Generalissimus geboren, der die Gewähr des künftigen Sieges bieten sollte, aber nun ist auch Foch geschlagen. Seine Reserven hat er unnütz an der Nordfront aufgerieben und kann sie jetzt nur unvollkommen herbeischaffen, unter dem Druck der Sorge, ob dieser neue Schlag von Hindenburg und Ludendorff nicht nur Diversion bedeute. Gemeinsame Siege erhöhen ein Bündnis, gemeinsame Niederlagen sind die Schrittmacher der Entfremdung. Daß sie jetzt anfangen, drüben sich wieder die Schuld nachzurechnen, ist ein Aktivum unserer militärischen Stoßkraft.

*

Mit welcher Plattheit der Gesinnung manche Kreise der Heimatfront Zeuge dieses weltgeschichtlichen Geschehens sind, zeigt, daß der militärische Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung" seinen ersten Aufsatz über die Aisneschlacht mit der gesperrten und gespreizten Trivialität schließen konnte: „Wir Deutsche können uns fühlen." Besseres weiß der Mann nicht zu sagen.

*

Die amerikanischen Staatsmänner schlüpfen in die alten Phrasenkleider, die man in Europa längst abgelegt hat. Roosevelt stellt fest, daß die Deutschen kanadische Gefangene kreuzigen. Taft stellt fest, daß das Wort „Friede" Hochverrat bedeute und daß man mit den Hohenzollern nicht verhandeln werde. Wilson scheut sich nicht, seinen Namen mit einer wüsten Geschichte zu beschmutzen, indem er in einem Prozeß gegen den früheren deutschen Generalkonsul Buenz einige Zuchthäusler, die die Hauptbelastungszeugen bilden, durch ein mittelbares Eingreifen begnadigt, damit sie zum

Digitized by Google

Eid zugelassen werden können, was die Verurteilung des alten Mannes zur Folge hat. Das Schlimme an diesen Dingen ist, daß die Amerikaner solches ertragen, daß auch sie, wie die Franzosen, der nervösen Schreckensdiktatur sich unterwerfen, in die Wilson sich verrannt hat, je weniger er der ungeheuren Verantwortung sachlich Herr wird, die er auf sich lud.

*

Immer wieder treffen Abgesandte deutscher Kolonisten aus dem früheren russischen Reich in Berlin ein, um hier nach Rettung auszuschauen. Einerlei, ob sie aus Wolhynien oder der Wolgagegend, aus dem Süden der Ukraine oder Sibirien stammen, allen gemeinsam ist der Wunsch, ihre Zukunft unter dem Schutze des Deutschen Reiches aufzubauen, weil sie unter Zar, Republik und Bolschewistenherrschaft in gleichem Maße Unsagbares gelitten haben. Nachdem wir sogar im Bukarester Vertrage für die rumänischen Juden eingetreten sind, sollte doch endlich das deutsche Volk und die deutsche Regierung daran gehen, ihre 2 Millionen Stammesgenossen im Osten Europas vom nationalen Tode zu erretten, indem man ihnen im Baltenlande eine neue gesicherte Zukunft bietet.

*

England führt jetzt rücksichtslos Krieg in Rußland. Anders kann man die Meldungen von Truppenlandungen an der Murmanküste und dem Vormarsch englischer Soldaten aus Persien nach Baku nicht nennen. Nach bewährtem Rezept packt der britische Leu überall dort fest zu, wo es gilt, eine Kontrolle über wichtige Verkehrsstraßen zu gewinnen. Bezweckt die Festsetzung an der Murmanküste Moskowiens Seeverkehr in englische Hand zu bekommen, so dient der Vormarsch auf Baku Indiens Reichtümer fest abzusperren. Lloyd George weiß, weshalb er allem Drängen der englischen westlichen Schule, die Osterpeditionen zu liquidieren, leidenschaftlichen Widerstand entgegensetzt. Nicht mit Unrecht scheint ihm die Vorherrschaft am indischen Meere nicht weniger wichtig, als die Befreiung der flandrischen Küste vom deutschen Zugriff. Er hat die englischen Trümpfe Palästina, Mesopotamien, Bagdad um Baku vermehrt, um auf dem Friedenskongreß ein möglichst gutes Spiel Mitteleuropa, aber auch seinen Bundesgenossen gegenüber in der Hand zu haben.

*

Die preußische Wahlrechtsfrage bleibt von dem Gerücht der Kompromisse umgeben. Daran ist nichts Wahres. Heydebrand fühlt sich als Herr der Situation und sieht keinen Grund, Ausgleiche zu suchen. Die Basis solcher Ausgleiche selber ist in der Tat auch sehr schmal. Denn wenn jetzt nach möglichst nichtssagenden Pluralstimmen (Alter und ähnliches) gesucht wird, so dient das nicht einem sachlichen Ausweg, sondern einer taktischen Verschleierung. Politisch ist die Frage jetzt so zugespitzt: Entweder das gleiche Wahlrecht oder nicht. Die dünnen Vermittlungsvorschläge können heute diese Grundfrage, mit der nicht nur die Beruhigung der Volksmasse, sondern auch die Autorität der Regierung zusammenhängt, nicht mehr aus der Welt hinausverhandeln.

Digitized by Google

Zwei Systeme

Von Professor Dr. Friedrich Meinecke, Berlin

Die Sommeschlacht wird dereinst als ein Knotenpunkt des ganzen Krieges erscheinen. Mit ihr begannen die Engländer ihre neu gebildeten Massenarmeen in vollem Umfange einzusetzen, ihr volles Blutopfer zum Kriege beizusteuern, ihre Absicht zum Knock out unwiderruflich kund zu tun. Mit ihr begann zugleich der Materialkrieg größten Stiles, durch den die Gegner versuchten, ihr Übergewicht an physischen Kräften und Möglichkeiten überwältigend zu entwickeln. Mit ihr beginnt daher auch für uns eine Periode gewaltig verstärkten Druckes und entsprechend verstärkter Gegenwirkung und Anspannung. Unser tägliches Leben in der Heimat hatte in den ersten beiden Kriegsjahren verhältnismäßig wenig vom Kriege zu spüren. Gewiß wäre es auch ohne die Sommeschlacht mit Ernährung und Rohstoffen allmählich knapper geworden. Aber die Sommeschlacht gebar zugleich das neue Rüstungsprogramm Hindenburgs und Ludendorffs, führte damit zur Umstellung unserer Industrie, zum Hilfsdienstgesetze, zur Beanspruchung aller irgendwie verfügbaren lebenden und toten Streit- und Arbeitsmittel für Rüstung und Kampf. Jetzt erst lernten wir alle uns den Gürtel enger um den Leib ziehen. Wir haben es besser gelernt, als unsere Feinde annahmen. Wir haben uns entfettet, aber wir sind sehnig geblieben. Wir haben höhere Preise für alle täglichen Dinge zahlen gelernt, um den höchsten Preis, den die Anmaßung der Gegner von uns fordert, nicht zahlen zu müssen. Aber über alle täglichen Schwierigkeiten und Entbehrungen hinaus haben wir Wirkungen der neuen Kriegsepoche erlebt, die unsere ganze Zukunft in neue Wege zu führen scheinen. Der ungeheure Druck des englischen Vernichtungswillens wird tiefe und dauernde Spuren in unserem Staats- und Parteileben hinterlassen — im guten wie im ungünstigen. Denn das ist das Eigene, daß er durchaus zwiespältige Wirkungen bei uns ausgelöst und Gegensätze aufgerührt hat, die wohl schon vorhanden waren, jetzt aber erst ganz scharf wurden. Der Burgfrieden der Parteien ging erst jetzt ganz in Stücke, und die Regierungskrisen begannen erst jetzt am Horizonte häufiger aufzusteigen. Versuchen wir, uns aus dem bloßen Beklagen und Entschuldigen zum historischen Verständnis dieser Entwicklung zu erheben.

Wir mußten ja nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch unsere Kriegführung und innere Politik neu einstellen. Aber die neuen Waffen, die wir uns dadurch zur Abwehr des verstärkten Druckes schufen, entsprangen zwei ganz verschiedenen politischen Systemen, obwohl sie nur einem und demselben Endzweck dienen sollten. Das eine System hatten unsere Rechtsparteien, das andere unsere Linksparteien ausgebaut. Das eine, aus dem reinen und von allen übrigen Rücksichten losgelösten Machtgedanken geboren, forderte unbedingte Anwendung der schärfsten physischen Mittel zur Niederringung des Feindes. Das andere, auf einer Synthese von Macht- und Frei-

Digitized by Google

heitsbedürfnissen beruhend, forderte Stärkung der inneren nationalen Widerstandskraft durch freiheitliche Reformen und forderte zugleich die Fortsetzung des durch unser Friedensangebot begonnenen und von unseren Massen gewünschten Versuches, die Gegner für einen Verständigungsfrieden zu gewinnen. Das eine System gipfelte im radikalen U-Bootkriege, das andere in der Wahlrechtsreform und der Reichstagsresolution. Die Forderungen beider Systeme aber erschienen in der gewaltig gespannten Situation des Frühjahrs 1917 so unabweisbar, so zwangsweise vom Momente gefordert, daß der damalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, obgleich er selber mehr auf dem Boden des zweiten Systems stand, den verantwortungsvollen Entschluß faßte, sie beide zugleich zu erfüllen. Man kann hinterher vielleicht sagen, daß, wenn man die russische Revolution vorausgesehen hätte, die scharfe, aber zweischneidige Waffe des U-Bootkrieges, die durch die Auslösung des Krieges mit Amerika den ganzen Weltkrieg verlängern konnte, besser unbenutzt geblieben wäre. Aber man konnte im Januar 1917 noch nicht ahnen, was im März 1917 in Petersburg erfolgen würde. Man mußte ferner mit der Möglichkeit rechnen, daß Amerika auf jeden Fall, mochte man tun was man wolle, einen für Deutschland günstigen Ausgang des Krieges zu verhindern suchen würde. Und so war unter den Aspekten des Januars 1917 der Entschluß zum radikalen U-Bootkriege durchaus verständlich. Fortan aber war nun auch unsere gesamte Kriegs- und Friedenspolitik mit der inneren Divergenz zweier verschiedener Tendenzen beschwert, von denen jede nach absoluter Durchsetzung strebte. Alle unsere inneren Krisen sind daraus erwachsen.

Oder genauer gesagt, sie sind daraus erwachsen, daß die beiden Systeme sich gegeneinander verschieden verhalten haben, daß die Vertreter des einen eher bereit waren, das relative Recht und die relative Brauchbarkeit des anderen anzuerkennen, als die des anderen. Das zeigt schon das Beispiel Bethmann Hollwegs, und ein großer Teil der Linksparteien hat, ihm folgend und ihm vertrauend, ebenfalls die Tatsachen gewürdigt, die unseren U-Bootsentschluß rechtfertigen konnten. Von einer entsprechenden Würdigung derjenigen Tatsachen, die zur Wahlreform und zur Reichstagsresolution hin drängten, hat man im Gegenlager herzlich wenig gespürt. Und doch müssen sie gewürdigt werden, wenn wir aus einem sonst unerträglich werdenden Zwiespalte herauskommen sollen. Dieser Zwiespalt war, wie wir bemerkten, bis zu gewissem Grade unvermeidlich und ist deswegen in unserer eigenartigen, unter dem Druck des Weltkrieges stehenden Lage nicht ganz zu beseitigen. Aber es muß ein einheitlicher Wille da sein, der mit voller Verantwortung und Macht bekleidet, die verschiedenartigen Erfordernisse unserer Lage in genauester Abwägung ihres Wertes mit einander ausgleicht und, mag er auch heute ganz im Sinne der Reichstagsmehrheit, morgen ganz im Sinne der Heeresleitung zu handeln scheinen, doch dabei immer genau weiß, was er will, und immer durchsetzt, was er will.

Haben wir diesen Willen heute in unserer obersten Reichsleitung? Das war die bange

Digitized by Google

Frage, die in den letzten Monaten immer wieder aufgeworfen wurde, als es nicht gelang, den Ostfrieden aus einem Stücke einheitlich zu schnitzen, sondern ihn in lauter Splittern und wie es schien, von verschiedenen Händen bearbeitet sehen mußte. Man hatte zuweilen den Eindruck, daß eine Schachpartie, die eben aufgestellt und begonnen worden war, durch einen Stoß von außen umgeworfen wurde. Man weiß nun freilich aus geschichtlicher Erfahrung, daß solche Eindrücke den Zeitgenossen oft täuschen und daß die volle Kenntnis der Tatsachen hinterdrein so manchen Zickzackgang der Politik schon gerechtfertigt hat. Es ist nicht möglich und durchführbar, den Zeitgenossen schon das ganze Material dieser Tatsachen vorzulegen; was aber in unserer Lage, wo es auf die Gesinnung und Stimmung des ganzen Volkes ankommt, nicht nur möglich, sondern dringend notwendig ist, das ist das Vertrauen auf die völlige, und von allen Gewalten respektierte Unabhängigkeit der politischen Reichsleitung.

Ein deutliches Symptom dafür, daß es an diesem Vertrauen bei uns mangelt, war die unerfreuliche Episode des Erzbergerschen „Vorstoßes" im Hauptausschuß des Reichstages. Die Dinge lagen doch so, daß wir in der Ukraine vor der Alternative standen, entweder dieses unlenksame, unbrauchbare Chaos ganz sich selbst und seiner inneren Zersetzung überlassen, oder ordnend und gebietend eingreifen zu müssen, aber mit dem Risiko, uns in unberechenbare Verwicklungen einzulassen und unsere künftige Freundschaft mit dem jungen Staate schwer zu gefährden. Es war nicht die erste und wird nicht die letzte der dornigen Alternativen sein, mit denen wir unseren durch den russischen Zusammenbruch im Osten erreichten Machtgewinn bezahlen müssen. Aber weil nun einmal das Mißtrauen entstanden war, daß unsere Entscheidungen in solchen Fällen nicht durch die Zwangslage der Dinge selbst diktiert, sondern durch den Dualismus der auseinandergehenden Tendenzen von Reichsleitung und Heeresleitung bestimmt werden, konnte Erzberger seinen unbesonnenen, voreiligen und für unser Ansehen im Osten schädlichen Vorstoß unternehmen. Herr von Payer, dem wir nicht zutrauen, daß er uns Sand in die Augen streuen will, hat sich ein großes Verdienst erworben, als er in diesem Falle jenes Mißtrauen entkräftete und unser Vorgehen in der Ukraine, in der Hauptsache wenigstens, rechtfertigte. Zugleich aber gab er wieder ein klassisches Beispiel dafür, daß jenes politische System, das von den Linksparteien ausgebildet ist, geneigter ist, die Notwendigkeiten der Machtpolitik anzuerkennen, als umgekehrt die reinen Machtpolitiker es sind, die Notwendigkeiten der Synthese von Macht- und Freiheitspolitik gelten zu lassen.

Viel schwerer und ernster ist es zu nehmen, daß auch die letzten Entscheidungen in der preußischen Wahlreform die Atmosphäre des Zweifels und Mißtrauens wieder verstärkt haben. Zwar zweifelt man nicht, oder wenigstens sollte man nicht zweifeln an dem festen und reinen Willen der jetzigen verantwortlichen Staatsmänner Preußens, die Wahlreform mit allgemeinem gleichen Wahlrechte durchzusetzen, aber man

Digitized by Google

fürchtet schon, daß sie in den Zugeständnissen an die Rechtsparteien, in den sogenannten „Sicherungen" gegen die demokratischen Konsequenzen der Wahlreform schließlich so weit gehen könnten, daß der Nutzen und die beabsichtigte Wirkung der Wahlreform dadurch beeinträchtigt werden könnten; und von dieser Besorgnis sind auch solche, die ein gewisses Maß solcher „Sicherungen" allerdings für berechtigt und notwendig halten, nicht ganz frei. Hat man sich einmal in großem Stile entschlossen, durch die Gewährung des gleichen Wahlrechts ein neues Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Massen zu begründen, so muß man diesen Entschluß, wenn man große und durchschlagende Wirkungen mit ihm erzielen will, auch im großen Stile und mit überzeugender Geste durchführen. Anderenfalls beeinträchtigt und gefährdet man diese Wirkungen und verärgert diejenigen, die man beschenken will. Das würde z. B. ganz sicher eintreten, wenn man, um den Gegnern des gleichen Wahlrechts eine Art Prestige- oder Scheinerfolg zu lassen, die Einfügung einer Altersstimme ihnen zugestände. Der Schade, der dann durch die agitatorische Ausnutzung dieser Konzession seitens der radikalen Opposition entstände, würde den bescheidenen Nutzen, den sich die bürgerlichen Parteien davon versprechen könnten, bei weitem überwiegen. Und man fürchtet auch für das Schicksal des allgemeinen gleichen Stimmrechts überhaupt, nachdem die schärfste Waffe, mit der es zu erzwingen war, die Auflösung des Abgeordnetenhauses, nur gezeigt, aber nicht gebraucht worden ist. Der Entschluß zur Auflösung, so wurde erklärt, wird abhängig gemacht werden auch von der Kriegslage. Sollte das bedeuten, daß auch militärische Stellen ihr Votum über die Zulässigkeit der Auflösung in die Wage werfen werden oder gar schon geworfen haben, so würden wir in eine sehr bedenkliche Situation eingetreten sein.

Wir hoffen, daß diese Deutung nicht zutrifft. Aber wir könnten uns, wenn wir diese Perspektiven weiter verfolgen, schließlich keinen anderen Ausweg denken, als daß einmal ein aufgeklärter Soldat, mit voller politischer Verantwortlichkeit betraut, den Gegensatz der beiden Systeme, in dem wir heute leben müssen, überbrückte und den Sieg auf dem Schlachtfelde mit dem Siege der Wahlreform verknüpfte. Denn er müßte so handeln, wenn er die volle Siegeskraft nach außen entwickeln wollte. Die Wahlreform, ist und bleibt in erster Linie ein Mittel der Macht und des Sieges.

Digitized by Google

Deutsche und tschechische Politik

Von Dr. Karl Leuthner, Wien

Wir haben den sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Dr. Leuthner einen der ausgezeichnetsten politischen Publizisten Wiens, gebeten, uns seine Beurteilung der augenblicklichen Lage in Österreich-Ungarn zu geben. Er spricht für sich als Person, sein Aufsatz scheint uns aber als Stimmungsausdruck aus den Kreisen der deutsch empfindenden Sozialdemokratie Österreichs bedeutungsvoll genug. Die Schriftleitung

Als zu Beginn des Weltkrieges die Nachricht von einer patriotischen Kundgebung, welche Tschechen und Deutsche in Prag in einmütiger Begeisterung vollzogen hatten, nach Deutschland gelangte, war dort die Freude groß. Stets fertig mit der Theorie, entwickelten treufleißige deutsche Professoren die glorwürdige Lehre von der Übergewalt des Staatsgedankens über das Nationalgefühl, welche Übergewalt die Haltung der Völker im vielsprachigen Österreich unwidersprechlich erweise. Diese Lehre wuchs, breitete sich aus und überschattet jetzt wohl das Denken der Mehrzahl deutscher politischer Professoren und Publizisten. Es hat ihr im mindesten nichts geschadet, daß inzwischen der hochoffizidse Nachrichtenkeim, aus dem sie üppig entsprossen, kläglich verdorrt ist. Im Prozeß Kramarsch wurde nämlich gerichtsordnungsmäßig festgestellt, daß jene vielberufene gemeinsame Kundgebung Polizeimache gewesen, und als sie in Unfug ausartete, auch wieder von der Polizei eingestellt worden. Das Gelächter, das sich bei dieser amtlichen Aufklärung im Gerichtssaal erhob, fand in Deutschland keinen Widerhall. Dort blieb man ernsthaft und endgültig beim Primat des Staatsgedankens, und ließ sich auch durch die tschechischen Brigaden, die Masarikske Propaganda, die Russophilie der Polen, die südslawischen Kundgebungen nicht irren. Niemand ist tatsachenblinder als wir deutschen „Intellektuellen", wenn uns ein Dogma befangen hält. Und nun ist unser Nationalgefühl ebenso lau und matt, als unser Staatsaberglauben unzerbrechlich; wir haben es zuwege gebracht, die herrliche Kraftentfaltung, die aus der Einigung des deutschen Volkes hervorging und jetzt im Kriege niegesehene Wunder vollbringt, der Seele des deutschen Volkes abzuerkennen und der toten Maschine des Staates gutzuschreiben. Wir sind überdies „volkswirtschaftlich" gerichtet, also für alle Ideenbewegungen der Zeit gebührend taub. Ist es da noch erstaunlich, daß wir in diesem Weltkrieg, der mit jedem Tage verkündet, daß heute die nationale Idee die stärkste gestaltende Macht im Leben der Völker, im Leben der europäischen Ostvölker aber nahezu die einzige bewegende Kraft ist, die Rolle des Anton spielen, der sich in der Welt nicht mehr auskennt? Wir ersinnen noch heute die wunderlichsten Beweggründe für den Anschluß Amerikas an England, weil wir für die Übermacht des Gefühls angelsächsischer Gemeinsamkeit in unserem nationslosen Denken und Empfinden keinen Raum haben und werden Reichsdeutsche und Österreicher in holder Gemeinschaft vertrauend auf die öster-

Digitized by Google

reichische „Staatsidee", von der unter 28 Millionen „Österreichern" 18 Millionen, d. h. alle Nichtdeutschen, nichts wissen und nichts wissen wollen, wohl gar noch eine Gestaltung der Grenzen herbeiführen, die Deutschland noch tödlicher einschnürt, werden uns mit der „austropolnischen" Lösung bereitwilligst selbst die Schlinge drehen, und zuguterletzt, wie ein führendes Berliner Blatt eindringlich rät, just auf die österreichische Staatsgesinnung der Tschechen das deutsch-österreichische Bündnis aufbauen, das zu stützen die Deutschen Österreichs zu schwach seien. Der kleine Nebenumstand, daß an demselben Tage, als jener Artikel seine gläubigen Leser in der Berliner Intelligenz sammelte, Zehntausende Tschechen auf dem Prager Wenzelsplatz sangen: „Wenn uns Rußland nicht hilft, hilft uns England", kann doch den unzerstörbaren Lehrsatz vom Primat der Staatsidee und die Hoffnung auf die Freundschaft der „Westslawen" nicht beirren.

Die Lächerlichkeit hat unter uns Deutschen noch niemanden getötet, und weder Spott noch Ernst vermag etwas gegen die Verblendung und Unwissenheit, die mit jedem neu erscheinenden volkswirtschaftlichen und staatsrechtlichen Werk über Österreich nur noch dicker und undurchdringlicher wird. Man will im Reiche die Wahrheit nicht hören, man fühlt sich ohnedem gekränkt, daß alle Welt ringsum der aller Welt ringsum entgegengebrachten deutschen kosmopolischen Liebe so wenig Gegenliebe zuträgt, und möchte aus dem Reiche des Bundesgenossen nur Angenehmes vernehmen. So haben denn die Rosenmaler ein breites Publikum. Ohnmächtig ist demgegenüber die Wahrheit, dennoch muß sie pflichtgemäß auf die Tschechen verweisen. Und eine der wichtigsten, weil aufschlußreichsten Tatsachen ist die Prager Pfingstkundgebung. Sie lehrt, daß die Gesamtheit des tschechischen Volkes von den Stimmungen beherrscht ist, die in den Handlungen der tschechischen Brigaden zum Ausdruck kam, daß alle Tschechen ohne Ausnahme die volle tschechische Staatlichkeit anstreben und daß beinahe alle ohne gewichtige Ausnahmen die Erreichung des tschechischen Staates von einem Sieg der Entente erhoffen. Freilich haben tschechische Abgeordnete im Reichsrate ohne jede Scheu beides — den Wunsch nach dem vollständig unabhängigen tschechischen Staat und die Hoffnnng, ihn auf dem Weltfriedenskongreß zu erreichen — wiederholt in der feierlichsten Form ausgesprochen. Die Dreikönigs-Erklärung ist die programmatische Formulierung dieser Anschauungen. Gleichwohl hat Czernin noch vor kurzem versucht, die Welt irre zu führen, indem er einen Gegensatz der Meinungen zwischen den Führern des tschechischen Volks und diesem selbst behauptete, einen Gegensatz, der nie bestanden hat. Wer heute solche Behauptungen zu wiederholen wagte, den zeiht die Prager Kundgebung Lügner: in ihr war nichts Gemachtes, sie war wirklich ein seelischer Erguß der Volksgesamtheit. Überdies hat sie unzweifelhaft dargetan, daß der Panslawismus keineswegs tot ist, was ja auch bloß einige akademische Kinder in Deutschland glauben, sondern daß er in voller Kraft lebt und eben daran ist, sich in der für Mitteleuropa gefährlichsten Form des Austroslawismus

Digitized by Google

zu betätigen. Er ergänzt sich übrigens durch die italienische Bundesgenossenschaft. Die Prager slawisch-italienische Verbrüderung, an der nahezu alle österreichisch-italienischen Abgeordneten, namentlich die durch die erlittenen Verfolgungen tief empörten Welschtiroler teilnahmen, hat die römische bekräftigt und wird sich demnächst in parlamentarische Tat umsetzen.

Man hat den Staatsbildungsplänen der Tschechen Doppelzüngigkeit und Zwiespältigkeit vorgehalten — mit Recht, insofern sie im Namen des historischen böhmischen Staatsrechts, im Namen der Unteilbarkeit der ehemaligen Länder der böhmischen Krone die Unterwerfung von 3,5 Millionen Deutschen unter die tschechische Staatsgewalt, und andererseits im Namen des demokratischen Selbstbestimmungsrechts die Angliederung von 2,5 bis 3 Millionen Slowaken heischen, die nach historischem Staatsrecht von je und je zu Ungarn gehört haben. Allein der moralische Einwand gegen ein Programm ist nur dann wirkungsvoll, wenn die seinen Forderungen zugrunde liegende Unsittlichkeit auch im eigenen Volke empfunden wird und die Geister spaltet. Das ist jedoch hier durchaus nicht der Fall. Noch niemals haben sich die Tschechen so einig um eine gemeinsame Fahne geschart. Die demokratische Beimengung des Programms gewinnt ihm alle fortschrittlich gerichteten Elemente, namentlich die tschechischen Sozialdemokraten. Demokratie ist ein Zauberwort, das alle Zweifel beschwichtigt, alle Einwände entwaffnet. Im künftigen demokratischen tschechischen Staate kann es doch kein Unrecht, keine Vergewaltigung geben, also dürfen es sich die tschechischen Sozialdemokraten ersparen, über eine etwa den 3,5 Millionen Sudetendeutschen im böhmischen Zukunftsstaate zu gewährende Autonomie nachzugrübeln. Sie wäre auch bei der geographischen Lage ihrer Siedlungen vom Standpunkt des böhmischen Einheitsstaates allzu gefährlich. Umgekehrt versteht sich vom demokratischen Gesichtspunkt des Selbstbestimmungsrechts aus die Loslösung der Slowaken aus dem ungarischen Staatsverbande und ihre Eingliederung in den böhmischen Staatsverband von selbst.

Wenn jedoch der demokratische Einschlag des Programms alle freiheitlichen Parteien in den Bann schlägt, so kommt das „historische Staatsrecht" nicht bloß den ältesten Überlieferungen der tschechischen Politik entgegen, es gewährt zugleich dem tschechischen Imperialismus die weitestgehenden Hoffnungen. In seinem Sinne erklärt der erste Führer des tschechischen Volks und dessen „Märtyrer", Kramarsch, die Sudetendeutschen als Feinde, als Eindringlinge auf böhmischem Boden, denen man schon deshalb keine Autonomie einräumen könne, weil sie kein eigenständiges Recht besäßen. Das Programm der Entnationalisierung wird in einem Atem mit dem Programm des gleichen Rechts verkündet und ist ebenso ernst gemeint, entspricht ebenso den ältesten Haßinstinkten gegen die deutschen Landesgenossen, wie dieses eine leere Phrase bedeutet. Natürlich gehen die Pläne des tschechischen Imperialismus, wie sie die tschechischen Zeitschriften seit Jahr und Tag unausgesetzt erörtern, noch viel wei-

Digitized by Google

ter. Sie verlangen, übrigens in Übereinstimmung mit französischen Weltaufteilungsplänen, die Schaffung eines „Korridors", der mitten durch magyarisches und deutsches Gebiet laufend die Slowakei mit dem zu gründenden südslawischen Reich verbinden soll, sie fordern die Angliederung der Lausitz, des Gebiets von Glatz, ja von ganz Preußisch-Schlesien. Das klingt reichlich ausschweifend, allein gerade der letztgenannte ausschweifendste Gedanke hat alle Aussicht, ein „austropolnisches" Programm zu werden, wenn etwa im Sinne der austropolnischen Lösung Kongreßpolen an Österreich angeschlossen wird, wo dann tschechische und polnische Begehrlichkeiten, die auf Preußisch-Schlesien gerichtet sind, sich mit gewissen, aus Maria Theresias Zeit herstammenden Erinnerungen zu holder Gedanken- und Gefühlsharmonie verschmelzen dürften.

Was ist denn überhaupt an diesen Plänen der Tschechen Phantastisches? Sie sind, das sagen ja ihre Urheber unverblümt, im Hinblick auf den Sieg der Entente entworfen und mit den Zukunftsabsichten der Ententestaatsmänner, mit ihren Plänen, Deutschland und Österreich-Ungarn aufzuteilen, stehen sie zweifellos im Einklang. Je mehr das deutsche Volk zerstückelt wird, je mehr von deutscher Kraft durch Einverleibung deutscher Gebiete in fremde Staaten gebunden wird, um so sicherer erhebt sich der Bau der französischen und englischen Macht. Gelangt indes die Entente nicht zum Siege? Auch dann wird die Politik, welche die Tschechen jetzt im Kriege verfolgen, der Gestaltung ihrer künftigen Geschicke nur förderlich sein. Sie haben sich durch ihre Brigaden, durch ihre drohenden Kundgebungen, durch ihre enge Verbindung mit den Westmächten den Wiener Machthabern furchtbar gemacht. Sie haben überdies alle Slawen Österreichs um sich geschart. Der Austroslawismus war immer das zweite Geleise der Wiener Politik, wie er auch das zweite Geleise der tschechischen Politik ist, falls sie die Wege des Panslawismus und Ententismus ungangbar findet. Kramarsch bildet in seiner Lebensgeschichte die Verkörperung beider Richtungen. Furcht also und die in Wien stets rege Besorgnis, von Deutschland nicht allzu abhängig zu scheinen, werden mit verdoppelter Kraft zu einer Annäherung an die Tschechen drängen. Diesen Drang aber zur unwiderstehlichen Nötigung zu erheben, wäre die austropolnische Lösung, die Stiftung des austro-polnisch-ungarischen Dreireichs das unfehlbare Mittel. Sie würde eine ungeheuere slawische Mehrheit des Gesamtreichs schaffen, und dieser die Polen als die zahlenstärkste, politisch entwickeltste Nation zur unbedingten Führerin geben. Schon heute umbuhlen sie magyarische leitende Politiker als die künftig entscheidende Macht im Habsburger Reiche. Zwischen Tschechen und Polen ist aber das engste Bündnis auch abgesehen von allen panslawistischen Strömungen, von aller tschechischen und allpolnischen Russophilie durch die Gemeinsamkeit der Zukunftswünsche und Ziele gegeben. Die Polen haben, zumal in Österreich, wo sie kein Blatt vor den Mund nehmen, nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie den Anschluß an Österreich-Ungarn lediglich anstreben, um für die Eroberung

Digitized by Google

Danzigs, Posens und Oberschlesiens die Bajonette der österreichisch-ungarischen Völker zur Verfügung zu haben. Schon in der Vorbereitungszeit des mitteleuropäischen Krieges, den eine austropolnische Lösung unausbleiblich macht, würde die Politik beider Völker fraglos ineinander arbeiten, würde die alte polnisch-französische Freundschaft die Prager Ententefeste prächtig ergänzen, würde die preußisch-polnische Irredenta neben ihrem natürlichen Zentrum in Warschau und Krakau, durch Vermittlung der tschechischen Abgeordneten den kräftigsten Resonanzboden im Wiener Abgeordnetenhause finden. Und wehrlos würde dem selbst der bundestreueste, vertragsfrommste Wiener Außenminister gegenüberstehen. Auf wen sollte er sich zur Abwehr des slawischen Blocks von gut 38 Millionen stützen? Auf die knapp 10 Millionen Deutsch-Österreicher? Noch weniger als heute wird es in Zukunft möglich sein, die Außenpolitik in einer der überwältigenden Mehrheit der Reichsangehörigen nicht genehmen Richtung zu steuern.

Ist es nicht trotz alledem bare Torheit, wenn eine so kleine Nation wie die Tschechen in ihre Zukunftsstaatspläne den Gedanken einschließt, 3,5 Millionen des zahlreichsten und rassenmächtigsten Volkes Europas zu beherrschen und national zu vergewaltigen, besonders da doch gerade die Deutschböhmen stets stärkere Abwehrkraft erwiesen haben und ihre Siedelungen mit denen ihrer Volksgenossen im Reiche in ununterbrochenem und engstem Zusammenhange stehen? Was die Tschechen einzig mit Anmaßung eines solchen Vorhabens erfüllen kann, ist der Vergleich ihrer nationalpolitischen Entwicklungshöhe mit der der Deutschösterreicher. Die Tschechen sind unstreitig heute schon eine „Staatsnation". Sie haben den tschechischen Staat in geistiger, wirtschaftlicher, kultureller Organisation innerlich voll ausgebaut, nur fehlt noch sein äußeres Gehäuse. Das innere Feuer dieser tschechischen Staatsgesinnung bildet ein geistiges Leben, eine Literatur, die von den Tagen der Erweckung her, durchaus mit Kampf und Haß gegen das Deutschtum gesättigt, mit einem alle Lebenskräfte umfassenden Nationalismus und Chauvinismus durchtränkt ist, der bis in die entlegensten, aller Politik sonst entrückten Gebiete des wissenschaftlichen Denkens und ästhetischen Schaffens reicht, der sich auch die persönlichsten Gefühle und ihren lyrischen Ausdruck untertan macht. Das tschechische wissenschaftliche und schöngeistige Schrifttum, nirgends vom Genie gesegnet, nirgends über das gute europäische Mittelmaß hinausragend, auch im Umfange beschränkt, eben darum aber auch von dem Durchschnittsgebildeten, ja selbst von den begabteren Söhnen des Volks erfaßbar, ist durch eine unermüdliche, zugleich nationale und kulturelle Propaganda in erstaunlich breite Schichten hinausgetragen, und wird gerade um seiner engen Verquickung mit dem nationalen Selbstbewußtsein mit heißer Liebe umfangen. Auch der tschechische Arbeiter, wenn er zur Bildung emporsteigt, muß an dem geistigen Klima dieser Literatur zum glühenden Nationalisten werden. Von hier aus wird dann das Nationale zur alles umschließenden, alles gestaltenden, zur unentrinnbaren Lebens-

Digitized by Google

macht. Und alle äußeren Bildungen des tschechischen Daseins sind rein national. National ist die Schule, von der Volksschule bis zur Universität, tschechisch wie die französische französisch ist. Die eingebildeten oder wahren Großtaten und Leiden der tschechischen Geschichte bilden den Mittelpunkt des Unterrichts, der von Österreich und seiner dynastischen Legende nichts weiß. National ist die tschechische Priesterschaft vom Kaplan bis zum Domkapitel, national fühlen und handeln die Beamten, die vom österreichischen Staate nur den Gehalt, vom tschechischen Volke aber den inneren Beruf und Auftrag empfangen und auch im Ministersessel ausschließlich Diener ihres Volkes bleiben. National endlich sind nicht minder alle wirtschaftlichen Einrichtungen und Körperschaften von den Banken bis zu den Handwerksinnungen.

So steht der tschechische Staat mitten im österreichischen Staate fertig da, und die nationalpolitische Leistung ist desto mehr zu bestaunen, als der einzelne Tscheche dem einzelnen Deutschen gegenüber noch immer ein gewisses Unterlegenheitsgefühl offenbart, das eine der Ursachen der raschen Eindeutschung der tschechischen Einwanderer in Wien darstellt. Es war hier ein persönlichstes und unpersönlichstes, auch heute noch nicht überwundenes Gefühl zu besiegen; es ist aber für die Massenwirkung und Massenhandlung der Nation völlig besiegt, ja schlägt in das Gegenteil der Überheblichkeit um, die aber aus dem Machtbewußtsein der Geschlossenheit sich nährt.

Soll man demgegenüber die nationalpolitische Haltung der Deutschösterreicher darlegen? Es ist hier nicht der Ort, die Ursachen zu entwickeln, warum der deutsche Priester Österreichs römisch-undeutsch, wenn nicht gar widerdeutsch ist, warum der deutsche Beamte mit dem Eintritt in die höheren Ränge die Gesinnungslosigkeit des Kurösterreichertums annimmt, die ihm gestattet, jedem Regime und jeder Politik zu dienen, warum die deutschen Banken einem rein geschäftsmäßigen Internationalismus huldigen, warum wir keine deutsche Schule in Österreich besitzen, sondern bloß eine deutsch-sprachlich schwarz-gelbe, warum mitten im Kriege, der um das Dasein aller Deutschen geht, die Mehrheit der jungen Wiener Intelligenz mit dem Ententismus liebäugelt. Aber ist es nicht das Verhalten der sogenannten deutschnationalen Parteien, das vor allem die nationalen Interessen der Deutschösterreicher schädigt? Schon in den Vorbereitungsjahren des Weltkriegs schienen sie nur von dem Gedanken besessen, um keinen Preis den angeblichen Fehler zu wiederholen, den die Deutschliberalen 1878 begangen haben sollen, als sie gegen die verhängnisvolle Besetzung Bosniens Einspruch erhoben. Also wurde es Losung, alle Kreuz- und Querzüge der Wiener Balkanpolitik zu lebenswichtigen deutschen Anliegen zu erheben. Die blinde und doch ohnmächtige Verfolgungspolitik, die in den ersten Kriegsjahren von den Militärbehörden gegen Tschechen, Südslawen und Italiener geführt wurde, hat man, obwohl man sie im geheimen verfluchte, öffentlich halb und halb gedeckt, und so die Rachegefühle der Völker gegen die Deutschen abgelenkt, während sich die Urheber des Unheils unter der Gnadenwolke der Amnestie den Folgen ihrer Taten zu entziehen suchen.

Digitized by Google

Ärger noch als dieses Arge ist die vollständige Zielosigkeit in allen Fragen des Staatsumbaues, die der Krieg für Österreich drängend, unaufschiebbar gemacht hat. Der Weisheit einziger und letzter Schluß scheint zu sein, überall das Gegenteil von dem, was die Slawen wollen, als deutsches Interesse zu erklären. Wo alle Nichtdeutschen das Selbstbestimmungsrecht heischen, will man durch Gehorsam, durch willenlose Gefolgschaft glänzen, stellt alles auf die Gunst von oben, deren Wandelbarkeit eben diese Tage erst kund getan haben. Man nennt sich mit traurigem Stolze „Staatsvolk", und kann doch in dem Staate, in dem man eine Minderheit ausmacht, nie das tragende oder gar herrschende Volk sein, sondern nur das dienende, der Diener einer Gewalt, die, wie schon so oft, den Mohren wird gehen heißen, wenn er seine Schuldigkeit getan hat. Man schwört auf den deutschen Einheitsstaat, dem seine nichtdeutsche Mehrheit eine nichtdeutsche Zukunft um so gewisser versichert, als auch die Sympathien der Zentralgewalt überwiegend eine nichtdeutsche Richtung haben. Während alle anderen Völker die breiten Massen ihren nationalen Interessen zu verknüpfen trachten, stoßen die Deutschnationalen gerade auf dem gefahrumdrohten Boden Böhmens die Arbeiter zurück, und weigern der erstrebten Kreiseinteilung, welche einen nationalen Schutz bieten soll, Volksvertretungen mit allgemeinem Wahlrecht, die allein sie zu maßvollen Abwehreinrichtungen gestalten könnten. Dabei strebten doch die deutschen Sozialdemokraten Österreichs, indem sie teils die Autonomie der Völker, teils ihr völliges Selbstbestimmungsrecht heischen, eine nationale Lösung der Daseinsfrage Deutschösterreichs an.

Nur eine Neuordnung Österreichs, die, indem sie den Deutschen das höchste Maß von Selbstverwaltung und Selbständigkeit verleiht, in die eigenen Hände die Gestaltung ihrer Zukunft legt, vermag sie vor den feindlichen Schickungen zu bewahren, die in der überwiegend slawischen Monarchie ihr sonst unentfliehbar harren. Dieser Selbstverständlichkeit verschließen sich die vorgeblich nationalen deutschen Parteien aus bloßer Angst vor der Demokratie; und weil ihnen nun doch aufdämmert, daß im „Einheitsstaat" Österreich der deutschen Minderheit eine traurige Zukunft beschieden ist, geraten sie auf Abwege der Verzweiflung. Entblödet sich doch die Mehrzahl dieser „deutschen" Politiker nicht, den Polenplan der austropolnischen Lösung zu fördern. Ein Kleinösterreich mit der kläglich-dürftigen Mehrheit von kaum 10 zu 8 Millionen soll die Rettung sein, indem man Galizien ausscheidet. Doch dafür würde ein Polenreich von 23 Millionen Einwohnern gebildet, das in dem Gesamtstaat die allgemeine wie besonders die auswärtige Politik herrisch bestimmen könnte. Und obwohl den Deutschnationalen in Österreich besser als den Deutschen im Reiche bekannt ist, weshalb die Polen den Anschluß an das von ihnen so wenig geachtete Österreich suchen, hoffen sie dennoch durch irgendeine gnädige Schicksalsfügung vor einem zweiten sechsundsechziger Krieg bewahrt zu bleiben, indem sie die zwingenden Voraussetzungen für einen mitteleuropäischen Bruderkrieg schaffen helfen. Der armselige Plan, durch eine

Digitized by Google

einfache, übrigens bei der deutschen Parteizersplitterung nicht einmal gewährleisteten Majorisierung im Wiener Abgeordnetenhaus die Tschechengefahr zu beschwören, würde natürlich erst recht mißlingen. Denn auch ein Südslawenreich habsburgischer Prägung soll, um Österreich von den Serben und Kroaten Dalmatiens zu entlasten, gebildet werden. Wie könnte indes die Zentralgewalt, gezwungen, dem neuerworbenen Polen zu schmeicheln und die tieferbitterten Südslawen zu versöhnen, bedrängt von einer Zweidrittelmehrheit der Slawen im Gesamtreiche, den wütenden Widerstand der mit Serben und Polen engverbrüderten Tschechen in Österreich brechen, wie dem tschechischen Volke eine Selbständigkeit weigern, wenn sie selbst dem Südslawen gewährt ward? Es ist wahrlich die Politik der deutschnationalen Parteien Österreichs, eine Politik bar aller Möglichkeiten, eine Politik des Selbstmords.

Zur flämischen Frage

Von Professor Dr. Georg Wegener

Belgien war dem Namen nach vor dem Kriege ein neutraler Staat. Wir fühlten es aber schon vor dem Kriege, wir wissen es heut, daß es in Wahrheit das uns gegenüber nicht mehr war. Die kulturelle Abhängigkeit von Frankreich, die Hinneigung seiner führenden Kreise zu diesem Nachbarlande, die Herrschaft der französischen Sprache, Literatur und Presse waren in Belgien bereits so groß geworden, daß viele Belgier offen von einer künftigen Vereinigung mit Frankreich sprachen. Und wenn auch dem vorläufig die Majorität noch nicht zugeneigt war, so war es doch bereits unzweifelhaft, daß Belgien im Fall einer notwendigen Entscheidung zwischen beiden Parteien sich auf Frankreichs Seite stellen würde.

Belgien ist weiter kein natürliches, aus einer einheitlichen Nation bestehendes oder von innen heraus durch eine selbständige historische Entwickelung entstandenes und durch Alter geheiligtes Staatsgebilde, sondern eine moderne, politische Zweckschöpfung seiner Nachbarn. Es gibt keine belgische Nation und es gibt keine „belgische Volksseele". Das letztere hat kein Ausländer, das hat einer der Führer des politischen Lebens in Belgien, das hat der wallonische Sozialist Destrée im Jahre 1912 in seinem berühmten offenen Brief an den König von Belgien ausgerufen, in dem er die Verwaltungstrennung von Flandern und Wallonien, diesen beiden Landesteilen Belgiens forderte.

Die Bevölkerung Belgiens besteht in der Tat aus drei verschiedenen Elementen: Deutschen, Flamen und Wallonen. Die ersteren, die in zwei Gruppen an der Ostgrenze des Landes sitzen, sind so gering an Zahl — etwa 60 000, — daß sie im Volkskörper keine Rolle spielen können. Der Rest verteilt sich auf die beiden anderen Nationalitäten, von denen die Flamen geschlossen den Norden des Landes bewohnen. Nur der wallonische Teil der Bevölkerung von Brüssel bildet darin eine wallonische Sprach-

Digitized by Google

insel. Südlich von der genannten Linie wohnen ebenso geschlossen die Wallonen. Flamen und Wallonen sind außerordentlich verschieden voneinander. Die ersteren sind Germanen, mit einer dem Niederdeutschen verwandten Sprache, deren Schriftform mit dem Holländischen übereinstimmt. Die Wallonen sind stark romanisierte Kelten mit einer dem Französischen verwandten Volkssprache. Die Sprache der Öffentlichkeit bei den Wallonen ist aber ganz das Französische selbst. Auch die Volksart beider unterscheidet sich stark; die Flamen sind niederländisch breit, langsam, hartköpfig; die Wallonen französisch gewandt, rasch und schmiegsam. Der Zahl nach überwiegen die Flamen erheblich. Von den etwa 7,7 Millionen Belgier sind rund 4,6 Millionen flämischer Herkunft, nur rund 3 Millionen wallonischer. Im wallonischen Gebiet liegt nur eine einzige Stadt mit altem historischen Glanz: Lüttich; Flandern ist voll von solchen Städten, deren Geschichte zu den ruhmvollsten und anziehendsten der Vergangenheit Westeuropas gehört und deren bauliche Herrlichkeit mit Recht hochgepriesen ist: Brüssel, Gent, Antwerpen, Brügge, Mecheln, Löwen. Ypern usw. Was den Stolz belgischer Vorzeit ausmacht an Kunst und Kultur: jene Bauten, die alte Handelsherrlichkeit der flandrischen Seestädte, die Blüte der Brabanter Industrien in der vorspanischen Zeit, der Weltruhm der Malerei der van Eyck, Rubens, Jordaens, Van Dyck und Genossen, die Gelehrsamkeit der Universität Löwen usw., alles, alles ist als flämisch anzusehen. Die Wallonen waren, soweit sie an dieser Kultur teilnahmen, nur die Mitläufer gewesen. Demnach hätte also wohl dies an Zahl überlegene, durch seine Vergangenheit als so hoch begabt bezeugte Volk in dem neuen Staatswesen ohne Schwierigkeiten die Führerrolle ergriffen haben müssen. Es ist aber umgekehrt gekommen.

Als Belgien geschaffen wurde, war das flämische Volk schon lange nicht mehr das, was es noch zweihundert Jahre vorher, zur Zeit Rubens' gewesen. Die spanische Gewaltherrschaft und Religionsverfolgung, der sich die nördlichen Niederlande erwehren konnten, hatten der Bevölkerung der südlichen das Rückgrat gebrochen und sie im Lauf der Zeit in einer erschreckenden Weise herunterkommen lassen. Man muß es in den herzzerreißenden Schriften der heutigen Flamenführer selbst lesen, die voll blutenden Mitleids ihr Volk wieder emporziehen wollen aus seinem Elend und dabei ihm vor allem selbst den Spiegel seiner Verkommenheit rücksichtslos vorhalten, wie dies ehedem so reiche, stolze und frohe Volk verarmt, verdummt, fast vertiert ist; ein wie erschreckend hoher Prozentsatz des Lesens und Schreibens unkundig, in hoffnungsloser Lohnsklaverei versunken, in grober Trunksucht verstrickt ist, auch im Charakter verdorben: kleinlich, mißtrauisch, ducknackig. Nur ihre Sprache hatten sie sich bewahrt, ihre germanische Muttersprache, die ehedem die Trägerin ihrer glänzenden Kultur gewesen war, die aber auch jetzt ausschließlich zur Mundart der Lohnarbeiter, Dienstboten und des Pöbels herabgesunken, deren sich der Gebildete schämte. Ein Zustand, der natürlich seine eigene Steigerung zum Schlimmeren in sich schließt,

Digitized by Google

wenn ein gewandterer Nebenbuhler da ist, der das zur Verbesserung seiner eigenen Lage ausnützt. Und das war in dem neuen Belgien der Fall.

Die begabten, beweglichen Wallonen waren bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts infolge der bis dahin ungünstigen Natur ihres Wohnraums arm und einflußlos geblieben; jetzt eröffnete ihnen die auf den Kohlenfunden sich gründende Industrie den Weg zum Reichtum. Energisch und gewandt nützten sie die Konjunktur; sie kamen rasch empor und boten sich dadurch als das geeignete Element im Volk, auf das die neue belgische Regierungspolitik sich stützen konnte. Diese Politik ging seit der Gründung des Königreichs bewußt auf eine möglichste Anlehnung an französisches Wesen aus. Die Regierung erkannte ganz richtig, daß das zwiespältige Volkstum der Staatsangehörigen Belgiens einer kraftvollen, selbständigen, politischen Entwicklung des neuen Staatswesens ungünstig sei, und sie faßte entschlossen den Plan, dem künstlichen belgischen Staatsgedanken durch allmähliche Schaffung eines einheitlichen belgischen Volkes eine natürliche Grundlage zu geben. Daß sie sich dabei nicht an den flämischen Volksteil hielt, trotz dessen Zifferüberlegenheit und trotz seiner Geschichte, lag eben an dessen kulturellem Tiefstand. Überdies wirkten im Lande noch die Ideen der großen Französischen Revolution nach und ließen das Mutterland dieser Ideen in einem glänzenden Lichte sehen. Die Sprache des Hofes, des Adels, der vornehmsten Kreise war das Französische auch schon in der burgundischen Zeit. Während der 20 Jahre der napoleonischen Herrschaft war es auch bereits offiziell Staatssprache gewesen. Auch die Revolution von 1830, aus der die Selbständigkeit Belgiens hervorging, war von gleichzeitigen Bewegungen Frankreichs entzündet worden. Der Reiz französischen Geistes und die Anmut französischer Sitte in nächster Nachbarschaft überstrahlte die Einflüsse der anderen Nachbarn, Hollands und des damaligen Deutschlands, erheblich; der wallonische Teil der Bevölkerung fühlte sich selbst als romanisch und sah in französischem Wesen sein Ideal. So erklärt sich der Gedanke der Regierung, daß das belgische Volk ganz ein romanisches und daß das Französische die allgemeine Landessprache werden müsse. Letzteres sprachen die Wallonen bereits alle als ihre Bildungssprache, während bei den Flamen kein allgemein gebräuchliches „Hochflämisch" über den verschiedenen Landesdialekten bestand, außer einer dem Holländischen völlig gleichen Schriftsprache. Und von Holland hatte sich ja Belgien eben schroff abgewendet; Holländisch empfahl sich schon dadurch nicht als allgemeine Staatssprache.

Die Regierung ging sofort ganz systematisch und rücksichtslos vor. Im Jahre 1834 schrieb der Minister des Innern Rogier an den Justizminister Raikem: „Eine gute Verwaltung gründet sich auf den uneingeschränkten Gebrauch einer einheitlichen Sprache. Es ist klar, daß die Sprache der Belgier das Französische sein muß. Um dies zu erreichen, müssen alle bürgerlichen und militärischen Stellen an Wallonen und Luxemburger gegeben werden. So werden die Flamen von den Verteilen dieser Stellen

Digitized by Google

ausgeschlossen und gezwungen, französisch zu lernen. So wird allmählich das germanische Element in Belgien ausgerottet."

Nicht alle geistig höher stehenden Flamen haben von vorneherein vor dieser Verurteilung kapituliert, und nicht kampflos hat sich das flämische Volk in das ihm zugedachte Los gefügt. Unter dem Druck der Französierung und Wallonisierung Belgiens entstand als Gegenwirkung die „flämische Bewegung", die heut im Vordergrund des Interesses der belgischen Politik steht. Allerdings ist sie nur langsam in Fluß gekommen. Als nach der Trennung Belgiens von Holland deutlich wurde, daß das Französische die Gesamtsprache werden sollte, entstand unter den Flamen ein Bestreben, das sich die Erhaltung der flämischen Volkssprache und die Pflege flämischer Literatur und Kunst zum Ziel setzte. Es ging von den flämischen Männern aus, die sich auf den Universitäten Gent, Löwen und Lüttich über die geistigen Niederungen des eigenen Volkes hatten emporschwingen können, ohne dabei ihr Volkstum durch Französierung einzubüßen. Zunächst handelte es sich um rein sprachliche und künstlerische Absichten; kleinere und größere Gesellschaften bildeten sich in Stadt und Land, die die Pflege flämischer Dichtung, Malerei, Musik und der Sprache überhaupt sich angelegen sein ließen. Politischer Ehrgeiz lag dem allem ursprünglich fern; waren doch die Flamen zu lange gewohnt, daß ihre Politik von Fremden gemacht wurde. Die Bewegung hatte den überraschenden Erfolg, daß sie, nach jahrhundertelangem Schweigen, wieder eine neue flämische Dichtung hervorrief. Der Name Conciences, des Hauptes dieser jungen Dichterschule, ist ja seither auch in Deutschland bekannt geworden. Diese Poeten erweckten die Erinnerung an die alte Herrlichkeit Flanderns und begannen so das Selbstgefühl der Flamen wieder zu heben. Und es ist charakteristisch bis auf den heutigen Tag geblieben, daß die Dichter der Flamen die feurigsten und erfolgreichsten Führer ihres Volkes im Kampf für seine Wiedererweckung sind. Sie brachten es, etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, zustande, daß auch bei uns in Deutschland, das im allgemeinen dem Schicksal des flämischen Bruderstammes mit großer Teilnahmslosigkeit gegenüberstand, wenigstens unsere Dichter eine Zeitlang ein warmes Interesse an den flämischen Bestrebungen zeigten und auf die Gemeinsamkeit dieser Sache für uns hinwiesen. Insbesondere Hoffmann von Fallersleben hat mit den damaligen Flamenführern Beziehungen gepflegt, die heut noch nicht vergessen sind. Ehe die Verbindung zwischen Flamen und Deutschen aber inniger werden konnte, trat wieder eine Entfremdung ein. In Deutschland führte die junge literarische Bewegung zu liberalen Entwickelungen. In Flandern zunächst auch. Das aber rief den um seinen Einfluß besorgten Klerus auf den Plan, und es gelang der katholischen Kirche, die flämische Bewegung ganz in klerikales Fahrwasser zu lenken. Das trug mit dazu bei, daß Deutschland als Unterstützer der flämischen Wiedererweckungsbewegung nicht weiter in Frage kam. Nationale Anlehnung suchten die Flamen nunmehr und fanden sie, unter Überwin-

Digitized by Google

dung der alten religiösen Gegensätze, bei den Nord-Niederländern, bei Holland. Gemeinsame Kongresse zur Pflege der gemeinsamen niederländischen Sprache und Kunst fanden statt, Stiftungen wurden hierfür gemacht, 1898 wurde der „Allgemeine Niederländische Verband" gegründet, der niederländische Sprache und Kultur überall in der Welt fördern will.

Allmählich wurde es aber den Führenden klar, daß die flämische Bewegung auch politisch werden müsse, wenn sie nicht wirkungslos bleiben sollte. Seit den 60er Jahren begannen die Flamen daher als solche in das belgische Parteileben einzugreifen und parlamentarische Vertretungen zu erringen, um ihrer Sprache und damit ihren Volksgenossen einen größeren Anteil am Staatsleben zu erkämpfen. Von hier an treten neben die Künstler, Dichter und Gelehrten als Führer die Rechtsanwälte und Tagesschriftsteller hervor (vergl. Oßwald, „Der Nationalitätenkampf der Flamen und Wallonen". 2. Auflage, Berlin 1915). Es gelang vermittels des allgemeinen Stimmrechts, eine Reihe von Sprachgesetzen durchzubringen, die den flämischen Gebietsteilen flämische Gerichts- und Verwaltungssprache geben sollten; weiterhin wurde es erreicht, in den Gesetzen, im Parlament, im Münz-, Post-, Eisenbahnwesen usw. amtlich Doppelsprachigkeit gesetzlich zu machen. Sogar im Heerwesen wurde erzielt, daß die Offiziere und Unteroffiziere beide Sprachen sprechen sollten.

Das klingt alles sehr schön, es ist aber bekannt, daß alle diese Gesetze in Wahrheit bloß auf dem Papiere standen und ihre Wirksamkeit tatsächlich durch die Praxis der französischen Regierung und der fast durchweg wallonischen Beamtenschaft vollständig aufgehoben wurde. Da kam der Krieg und Belgien geriet in die Händen der Deutschen! Wie hat das gewirkt?

Zunächst wurde der Sprachenstreit vergessen; Flamen und Wallonen kämpften gemeinsam erbittert gegen uns. Im belgischen Heere machten die Flamen, ihrer Volkszahl entsprechend, sogar den größeren Bestand aus. Erst neuerdings wird es aus Gefangenenaussagen immer deutlicher, daß in dem nach dem noch unabhängigen Belgien bezw. nach Frankreich zurückgedrängten Heere die flämische Bewegung in der Heimat mit wachsender Anteilnahme verfolgt wird. Im besetzten Belgien hielten sich die Vertreter der flämischen Sonderbestrebungen in der ersten Zeit ganz zurück, da die belgische Regierung, die hohe Geistlichkeit und ihre eigenen französierten Klassen, die sog. flämischen „Franskiljons", die flämische Bewegung jetzt als Unterstützung des Landesfeindes, als Landesverrat brandmarkten, schwerste Strafen dafür in Aussicht stellten, und da die allgemeine Meinung doch mit einer baldigen Niederlage der Deutschen rechnete. Erst als sich die Kraft Deutschlands mehr und mehr offenbarte, wurde das anders. Und als man vollends merkte, daß in Deutschland selbst das Verständnis dafür zu dämmern begann, welch nobile officium wir in der Rettung des stammverwandten germanischen Flamenvolkes haben und zugleich welch politischen Vorteil wir von seiner Wiedererstarkung erwarten dürfen, begann die flämische Bewegung,

Digitized by Google

sich wieder hervorzuwagen. Und wie wenn ein Traum plötzlich eine ungeahnte Erfüllungsmöglichkeit gewinnt, so schlug in Tausenden von Flamenherzen, fast zu ihrem eigenen Staunen, die Hoffnung auf eine neue Zukunft des eigenen Volkes in einer hellen, reinen Flamme empor, ja sie zu höheren Zielen noch emporreißend, als sie vorher je gehabt. Neue flämische Vereinigungen tauchten auf, alte erwachten wieder und übten in Dichtung, Presse, Versammlungen und Volksfesten ihre Tätigkeit für Wiedererweckung und Mehrung der flämischen Bewegung. Sie fanden jetzt die Unterstützung der deutschen Verwaltung. Das deutsche Generalgouvernement machte sich daran, zunächst einfach in wirklicher Ausführung der vor dem Kriege bereits vorhandenen, aber durch die französierende Praxis unwirksam gemachten Sprachgesetze, die Doppelsprachigkeit in Verwaltung und Schule durchzusetzen. Binnen kurzem konnten die Flamen sogar das vornehmste Ziel auf unterrichtlichem Gebiet, das sie angestrebt, als erreicht begrüßen: die Universität Gent, die vor dem Kriege längst ganz verwelscht und entgegen ihrem eigentlichen Gründungszweck umgekehrt eine Hochburg der Französierung inmitten flämischen Landes geworden war, wurde, durch das Generalgouvernement Belgien mit staatlichen Mitteln ausgestattet, am 24. Oktober 1916 als flämische Universität wieder eröffnet. Schreiber dieser Zeilen war bei der erhebenden Feier zugegen, in der der Generalgouverneur Freiherr von Bissing dem neugeschaffenen Lehrkörper die Einrichtungen der Hochschule übergab, und war Zeuge der mutigen und hoffnungsfreudigen Entschlossenheit, mit der das Dozentenkollegium die große Aufgabe übernahm, hier eine Stätte zu schaffen, von wo nun Ströme nationaler Geistesbildung in die darbenden Niederungen des flämischen Volkslebens geleitet werden sollen.

Im Januar 1917 war die flämische Bewegung an Breite und Tiefe soweit gewachsen, daß die verschiedenen Gruppen, die sie vertraten, bereits die künftige völlige Selbständigkeit von Flandern als letztes Ziel aufstellten. Am 4. Februar 1917 wählten sie aus ihrer Mitte einen „Rat von Flandern" als führende Vertretung der flandrischen Interessen, den Kern einer künftigen Regierung von Flandern. Diese Körperschaft wurde am 5. März in Berlin vom Reichskanzler empfangen und erhielt von ihm die Zusicherung, daß „das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen und darüber hinaus alles tun werde, was dazu dienen könne, die freie Entwickelung des flämischen Stammes sicher zu stellen". Im Lauf des Jahres 1917 wurde dann die Verwaltungstrennung der beiden Sprachgebiete: Flandern mit dem Verwaltungssitz in Brüssel, Wallonien mit dem Verwaltungssitz in Namur, begonnen und größtenteils durchgeführt. Eine nicht leichte Aufgabe, da sie nicht nur leidenschaftlichem Widerstand und vielfach offenem Obstruktionswillen bei den Wallonen, sondern auch nach wie vor bei den flämischen „Franskiljons" und bei der ganzen höheren Geistlichkeit, mit dem Wallonen Kardinal Mercier an der Spitze, begegnet.

Am 22. Dezember 1917, in der Zeit der Unabhängigkeitserklärungen im Osten, be-

Digitized by Google

schloß der Rat von Flandern und verkündete bereits öffentlich die völlige Unabhängigkeit Flanderns, als eines ganz selbständigen Staatswesens. Diese, ohne Mitwirkung der deutschen Regierung gefaßte, Erklärung eilte den Verhältnissen einigermaßen noch voraus, aber im Januar und Februar dieses Jahres haben in großen Volksversammlungen in Brüssel, Gent, Antwerpen und anderen Orten Neuwahlen für den Rat von Flandern stattgefunden, die zweifellos eine starke Zunahme und Vertiefung der flämischen Bewegung beweisen. Verfasser hat selbst solchen Versammlungen beiwohnen dürfen und hat einen sehr starken Eindruck dabei erhalten von dem heiligen Ernst der dafür eintretenden Massen, von der flammenden Begeisterung der führenden Männer, von der hinreißenden Macht ihrer Rede, von dem feurigen Schwung, mit dem die studentische Jugend der neuen Universität Gent sich der flämischen Sache hingibt. Er hat allerdings auch in leidenschaftlichen Gegendemonstrationen auf der Gasse von seiten der Franzdslinge und der von ihnen beeinflußten Volksmengen gesehen, daß noch starke Gegnerschaften, auch in Flandern selbst, vorhanden sind und sich lärmender äußern, als wir das in unserem ruhigeren Parteileben gewohnt sind. Aber die Flamenführer sind guten Muts und des Fortschreitens ihrer Sache gewiß, wenn wir sie nicht im Stiche lassen. Davon kann natürlich keine Rede sein, unser gegebenes Wort bindet uns im Rahmen, den der deutsche Reichskanzler gegeben hat, nicht minder, als das endlich erwachte germanische Stammesmitgefühl unseres Volkes.

Unsere kolonialen Friedensziele

Von Franz Kolbe

Die Erklärungen unseres Reichskanzlers Grafen Hertling und des Kolonial-Staatssekretärs Dr. Solf, daß wir nach dem Kriege eine gerechtere Verteilung des Kolonialbesitzes in Afrika, d. h. eine Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes auf Kosten derjenigen Völker verlangen, die mit Rücksicht auf ihre geringe Bevölkerungszahl oder wegen ungenügender finanzieller Mittel nicht imstande sind, allein ihren Kolonialbesitz so zu entwickeln und zu verwalten, wie das im Interesse der Einführung geordneter Verhältnisse und im kulturellen Interesse der dort lebenden Völkerschaften, sowie im wirtschaftlichen Interesse der ganzen Kulturwelt gefordert werden muß, haben in der gesamten Presse der europäischen Entente-Völker einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Er stammt in erster Linie wohl daher, daß man erst vor kurzem darüber triumphiert hatte, daß mit Deutsch-Ostafrika nun auch die letzte afrikanische Kolonie vollständig in die Hand unserer Feinde gefallen sei, und daß allgemein gehofft wurde, auch nach dem Kriege Deutschland vollständig aus dem schwarzen Kontinent ausscheiden zu können. Nichtsdestoweniger ist die Überraschung und Entrüstung keineswegs gerechtfertigt — war doch bereits vor dem Kriege all-

Digitized by Google

gemein bekannt, daß zwischen England und Deutschland Verhandlungen über eine Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes in Afrika stattfanden. Als nach Beendigung der Marokko-Krise von 1911 das englische Volk sich davon überzeugte, daß es — nicht ohne Mitschuld seiner eigenen Regierung — dicht vor Ausbruch eines Krieges mit Deutschland gestanden hatte und daß, angesichts der in Deutschland noch immer herrschenden Erregung über das Verhalten der englischen Regierung während der Krise die Gefahr eines deutsch-englischen Zusammenstoßes noch immer nicht beseitigt war, machte sich bei den besonnenen Elementen der Nation das Bestreben geltend, eine deutsch-englische Verständigung anzubahnen. In den Reden der führenden Politiker und in der Presse fand man damals alle Augenblicke den Ausdruck wieder „Deutschland muß einen Platz an der Sonne erhalten". Obwohl über die Verhandlungen nur wenig in die Öffentlichkeit drang, war doch allgemein bekannt, daß es sich einerseits um Abgrenzung von Interessensphären in Vorderasien, andererseits um Zugeständnisse auf kolonialem Gebiete in Afrika handelte, die eine Abgrenzung von Einflußzonen und Reservierung bestimmter Gebiete für die wirtschaftliche Betätigung Deutschlands, sowie die Möglichkeit der Schaffung eines Zusammenhanges zwischen Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika einerseits, Deutsch-Ostafrika und Kamerun andererseits bedingten. Von englischer Seite, und zwar von dem Missionar John H. Harris, wurde in einem im Jahre 1912 erschienenen Buche „Dawn in darkest Africa", zu welchem Lord Cromer selbst die Einführung schrieb, der Vorschlag gemacht, den größten Teil des belgischen und französischen Kongo an Deutschland zu übertragen und so eine Verbindung zwischen Deutsch-Ostafrika und Kamerun herzustellen. Harris begründete diesen Vorschlag damit, daß die Entwicklung des Kongo mehr an Mitteln erfordere, als Belgien aufbringen könne und daß die Eingeborenen-Behandlung durch Deutschland zwar hart, aber doch bedeutend besser sei, als im belgischen Kongo und daß infolgedessen der Übergang des Kongo an Deutschland im Sinne der Eingeborenen ein Fortschritt sein würde. England habe schon so viele Verpflichtungen in Afrika, daß es keine neuen mehr übernehmen könne, und auch Frankreich würde gut tun, einen Teil seines übergroßen Kolonialreiches an Deutschland zu übertragen, das nicht nur fähig, sondern auch gewillt sei, neue koloniale Lasten in Afrika zu übernehmen.

Der Vorschlag fand damals in England durchaus günstige Aufnahme. Wie wir jetzt aus der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky, der in den Jahren 1913/14 als deutscher Botschafter in London die Verhandlungen mit Sir Edward Grey führte, wissen, bewegten diese sich in ähnlicher Richtung. Der westliche Teil von Angola, die Kakao-Inseln São Thomé und Principé, sowie der nördliche Teil von Mosambik bis zum Likunge sollten der wirtschaftlichen Tätigkeit Deutschlands vorbehalten bleiben.

Über die Rolle, die der Kongostaat in den Verhandlungen spielte, schreibt Fürst Lichnowsky:

Digitized by Google

„Der Kongostaat sollte auf britische Anregung ursprünglich auch in den Vertrag einbezogen werden, was uns ein Vorkaufsrecht und die Möglichkeit gegeben hätte, ihn wirtschaftlich zu durchdringen. Angeblich mit Rücksicht auf belgische Empfindlichkeiten lehnten wir aber dieses Angebot ab."

Dadurch ist von einer in dieser Hinsicht glaubwürdigen Seite der Beweis geliefert, daß England uns den belgischen Kongo angeboten, Deutschland aber aus Rücksicht auf Belgien das Angebot abgelehnt hat. Wenn das Deutsche Reich jetzt nicht mehr gesonnen ist, auf den belgischen Kongo zu verzichten, sondern gerade seinen Erwerb als notwendig ansieht, um seine früheren Kolonien in direkte Verbindung miteinander zu bringen, so trägt dazu nicht zum mindesten die Haltung bei, die Belgien, wie wir erst während des Krieges erfahren haben, uns gegenüber zur Zeit jener Verhandlungen eingenommen hat, indem es durch militärische Verhandlungen mit England und Frankreich seine Neutralität aufgab. Die Rücksicht, die Deutschland 1913/14 auf Belgien nahm, ist dadurch nicht mehr nötig.

Seitens unserer Gegner wird immer wieder den deutschen Ansprüchen gegenüber die zuerst von General Smuts ausgesprochene Behauptung aufgestellt, Deutschland habe in Wirklichkeit gar keine kolonialen Ziele, sondern es wolle nur Machtpolitik zwecks Erlangung der Weltherrschaft in Afrika treiben. Sein Ziel sei, die Eingeborenen Afrikas zu militarisieren, durch Anlage von U-Boot-Stationen an den afrikanischen Küsten den Handel der übrigen Nationen zu beunruhigen und durch Versklavung der Eingeborenen aus Mittelafrika ein Rohstoffmagazin für seine Industrie zu schaffen.

Gerade von seiten des Herrn Smuts ist diese Behauptung erstaunlich, man zweifelt, ob man lediglich von mangelhafter Orientierung oder von böswilligen Verleumdungen wider besseres Wissen sprechen soll. Als südafrikanischer Minister und Mitglied des englischen Kriegskabinetts muß Herr Smuts wissen, daß von einer Militarisierung der Eingeborenen in den deutschen Kolonien Afrikas nicht die Rede sein konnte. Deutschland verließ sich darauf, daß keine europäische Macht, am allerwenigsten, England, das stets die Interessengemeinschaft der Weißen den Schwarzen gegenüber betonte, es wagen würde, den Krieg in den schwarzen Kontinent hineinzutragen. Nur in Südwestafrika war eine weiße Schutztruppe vorhanden, deren Zahl aber so gering war, daß das Londoner Finanzblatt „African World" etwa ein Jahr vor Kriegsausbruch erstaunt fragte, ob mit dieser geringen Truppenzahl Deutschland seine Kolonie gegen Eingeborenen-Aufstände sichern könne. Togo hatte nur eine kleine Polizeitruppe — die benachbarte englische Goldküste hatte ein ganzes Regiment farbiger Truppen! Deutsch-Ostafrika und Kamerun verfügten ebenfalls nur über geringe farbige Schutz- und Polizeitruppen, die knapp für Sicherung des inneren Friedens in den ausgedehnten Gebieten hinreichten. Noch bei Ausbruch des Krieges hatte die ostafrikanische Schutztruppe nur das alte großkalibrige Infanteriegewehr M. 71 mit Bleigeschoß zur Verfügung; erst einer der Blokadebrecher brachte das neuzeitliche kleinkalibrige Präzisionsgewehr und natürlich auch die Munition dafür.

Digitized by Google

Während des ganzen Feldzuges in Ostafrika hat General von Lettow nie mehr als 20000, höchstens 25000 Mann farbiger Truppen zur Verfügung gehabt, während ihm von englischer, belgischer und portugiesischer Seite das fünf- bis sechsfache an Streitkräften gegenübergestellt wurde. Und da wagt Smuts von einer deutschen Militarisierung der Eingeborenen Afrikas zu sprechen? Wer hat bereits Hunderttausende von afrikanischen Eingeborenen auf die französischen Schlachtfelder geworfen, wer läßt gegenwärtig in Nordafrika, Westafrika und Äquatorial-Afrika wieder umfangreiche Rekrutierungen vornehmen? Wer hat Inder, Kanaker, und sonstige Farbige als Soldaten und Arbeiter an die englisch-französisch Front gebracht? War das etwa Deutschland?

In einem Punkte hatte Herr Smuts allerdings recht: Sollten wir noch einmal ein Kolonialreich in Afrika erhalten — und daß wir ein solches uns auf den europäischen Schlachtfeldern erkämpfen werden, unterliegt für uns keinem Zweifel — dann werden wir danach trachten, daß ein so hinterhältiger Überfall, wie der unserer Kolonien im Jahre 1914, nicht wieder möglich ist. Wir werden Sorge tragen, daß wir eine genügende Schutztruppe zur Verfügung haben, um auch den stärksten Streitkraft, die von feindlicher Seite gegen uns aufgestellt werden könnte, gewachsen zu sein. Damit nicht wieder eine Kolonie nach der andern überwältigt werden kann, müssen sämtliche deutschen Kolonien Afrikas miteinander in Verbindung gebracht werden, ein geschlossenes deutsches Mittelafrika entstehen.

Der wichtigste Grund aber, weshalb wir ein großes afrikanisches Kolonialreich brauchen, ist die Rohstofffrage. Die englische Blockade, die uns vollkommen vom Weltverkehr abschließt und jede Einfuhr von Rohstoffen für unsere Industrie und Landwirtschaft unmöglich macht, hat sich als ausgezeichneter Anschauungsunterricht erwiesen. Selbst die Sozialdemokraten, die vor dem Kriege von kolonialer Betätigung nichts wissen wollten, sind zu der Überzeugung gelangt, daß die deutsche Industrie verloren ist, wenn Deutschland nicht imstande ist, sich aus eigenen Kolonien mit den nötigen Rohstoffen zu versehen. Vor dem Kriege fragten die Engländer uns mit einer gewissen Berechtigung: „Wozu braucht ihr Kolonien? Findet ihr nicht alles, was ihr braucht, in den britischen Kolonien? Findet der deutsche Kaufmann dort nicht dasselbe Betätigungsfeld und denselben Schutz wie der britische Kaufmann?“

Das war vor dem Kriege! Während des Krieges aber haben alle unsere Gegner in ihren Kolonien den deutschen Handel ausgerottet — selbst da, wo, wie in Marokko und Nigeria, die freie Handelstätigkeit für deutsche Staatsbürger durch internationale Verträge gesichert und festgelegt war. Die deutschen Kaufleute wurden interniert und in Gefangenlagern untergebracht, in den französischen Kolonien sogar zu entwürdigenden Arbeiten unter Aufsicht eingeborener Polizeitruppen gezwungen, alles getan, um die Achtung der Schwarzen vor den Deutschen als Angehörigen der weißen Rasse zu untergraben. Das Eigentum der deutschen Kaufleute wurde be-

Digitized by Google

schlagnahmt und zu Spottpreisen liquidiert oder subhastiert. Auch jetzt noch hören wir alle Augenblicke von englischen Ministern, daß nach Beendigung des militärischen Krieges ein Wirtschaftskrieg gegen Deutschland geführt werden müsse, daß Deutschland vom Rohstoffbezug ausgeschlossen bleibe. Französische Politiker und der kürzlich in Lyon abgehaltene Kolonialkongreß fordern die Reservierung des französischen Kolonialhandels für das Mutterland — nicht nur die Einfuhr soll den Franzosen vorbehalten bleiben, sondern auch die Gesamtausfuhr von Rohstoffen soll ausschließlich nach Frankreich gelenkt werden.

Sollen wir nach solchen Erfahrungen uns damit begnügen, daß uns im Friedensvertrage die Gleichstellung unseres Handels mit dem der Mutterländer in den gegnerischen Kolonien zugesagt wird? Nigeria und Marokko sind warnende Beispiele, besonders das letztere. Was haben uns die Verträge von Madrid, Algeciras und Bern genützt? Frankreich setzte sich rücksichtslos über die übernommenen Verpflichtungen hinweg und wußte sie zu umgehen. Nach den Erfahrungen, die wir machen mußten kann uns nur eins helfen: Rohstoffbezug aus eigenen Kolonien!

Unser koloniales Friedensziel muß daher sein: Ein afrikanisches Kolonialreich, das genügend groß ist, um uns in bezug von Rohstoffen vom Ausland unabhängig zu machen, ein Kolonialreich, das einen zusammenhängenden Block bildet und sich selbst Jahre hindurch mit allem Notwendigen selbst versorgen kann, so daß es sich im Falle eines neuen Kolonialkrieges auf unbegrenzte Dauer halten und verteidigen kann.

Wir müssen daher fordern, wie dies bereits von der Deutschen Kolonialgesellschaft und neuerdings in wiederholten Reden der Staatssekretärs Dr. Solf geschehen ist:

1. Rückgabe aller derjenigen Kolonien, die wir vor dem Kriege besessen haben, einschließlich der Südsee-Kolonien.

2. Ergänzung dieses Kolonialreiches durch die dazwischen liegenden Kolonien fremder Mächte, so daß ein kompaktes Deutsch-Mittelafrika entsteht.

Von einem Teil der deutschen Politiker werden unser Südsee-Besitz und Deutsch-Südwestafrika für entbehrlich gehalten, zumeist mit der Begründung, England könne wegen seiner Selbstverwaltungskolonien, die diese Kolonien erobert haben, nicht daran denken, sie an Deutschland zurückzugeben. Die Herren vergessen, daß England sich vor Abschluß seiner Verhandlungen mit der Südafrikanischen Union, Australien und Neuseeland ausdrücklich die Verfügung über die eroberten Kolonien bei Friedensschluß vorbehalten hat. Wir haben keine Verpflichtung, die Geschäfte Englands zu besorgen und um des Zusammenhaltes des englischen Weltreiches willen auf Kolonien zu verzichten, die mit deutschem Blut erworben, mit deutscher Tatkraft entwickelt und im wirtschaftlichen wie im Bevölkerungsinteresse Deutschlands für uns notwendig sind.

Die beiden vorerwähnten Forderungen der Rückgabe unseres gesamten früheren Kolonialbesitzes und seine Ergänzung zu einem kompakten Block Mittelafrika würden durch Erwerb des belgischen Kongogebietes, der südlichen Hälfte Angolas und der nördlichen Hälfte Portugiesisch-Nyassalands, sowie des französischen Kongo be-

Digitized by Google

friedigt werden. Dann bliebe aber immer noch Togo in derselben Vereinsamung wie vor dem Kriege ein leichtes Opfer für einen erneuten Angriff unserer Feinde.

Nicht vergessen dürfen wir die Militarisierung der Eingeborenen Afrikas durch Frankreich und die Verwendung dieser Truppen auf europäischen Schlachtfeldern. Dürfen wir zulassen, daß sich das in einem neuen Kriege mit Frankreich wiederholt? Zulassen, daß alle in diesem Kriege gebrachten Opfer umsonst sind, daß Frankreich die Lücken in seiner eigenen männlichen Bevölkerung durch Eingeborene Afrikas ausfüllt und uns wieder mit Krieg bedroht, sobald es Partner findet, deren Hilfe ihm Aussicht auf endliche Niederwerfung des deutschen Gegners verspricht?

Das darf nicht sein! Unsere deutschen Staatsmänner würden sich am deutschen Volke versündigen, wenn sie bei den Friedensverhandlungen nicht dafür sorgten, daß die erneute Verwendung schwarzer Armeen auf den europäischen Schlachtfeldern unmöglich gemacht wird. Dazu gibt es aber nur ein Mittel: Die Gebiete, aus welchen Frankreich seine besten farbigen Soldaten bezieht, insbesondere Senegambien und das Nigerterritorium, müssen aus französischem Kolonialbesitz ausscheiden, ebenso Marokko — dieses besonders auch als Sühne für die ungeheuerlichen Rechtsverletzungen gegen die dort lebenden Deutschen während des Krieges. Marokko wäre wohl am besten der spanischen Okkupation zu überlassen.

Im amtlichen deutschen Kolonialblatt hat das Reichskolonialamt für den Begriff Mittelafrika eine Erklärung gegeben, wonach darunter der Teil Afrikas zu verstehen ist, der im Norden vom Senegal, der Südgrenze der Sahara und dem Dschubafluß, im Süden vom Sambesi begrenzt wird. Wie groß in der Tat Deutsch-Mittelafrika werden wird, hängt vom deutschen Siege ab. Erfreulicherweise hat der Reichskanzler im Reichstage sein Einverständnis mit den Erklärungen des Kolonial-Staatssekretärs bestätigt. Hoffentlich können wir infolgedessen erwarten, daß bei den Friedensverhandlungen das Auswärtige Amt mit dem Kolonialamt Hand in Hand gehen wird. Um eins möchten wir aber unsere Friedensunterhändler bitten: Dafür zu sorgen, daß unser neues Kolonialreich gute und verteidigungsfähige Grenzen erhält, und daß solche für Deutschland nachteilige Grenzen, wie die bisherige Westgrenze Togos und Kameruns, und die Südgrenze Deutsch-Südafrikas beseitigt werden. Auch die militärischen Sachverständigen des Reichskolonialamtes dürfen bei Festsetzung der Grenzen nicht übergangen werden.

Steuerflucht

Betrachtungen über den Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht von 1918

Von Prof. Dr. W. Lotz (München)

Man macht wohl der historischen Schule der Staatswissenschaften den Vorwurf, daß der Leser und Hörer mit einer Menge antiquierten Materials belastet werde, welches seine Aufmerksamkeit von den brennenden Fragen der Gegenwart

Digitized by Google

abziehe. Als ich vor ungefähr 35 Jahren bei Wilhelm Roscher Finanzwissenschaft hörte, wurde solcher Vorwurf von meinen Mitstudierenden gegenüber der Roscherschen Behandlungsweise der Probleme öfters geltend gemacht, wenn die Rede auf die Vorlesungen und Lehrbücher kam. Der Vorwurf war schon damals ungerecht. Daß der Vorwurf heute noch weniger zutrifft, ersehen wir aus folgender Stelle im § 77 der Roscherschen Finanzwissenschaft, die ich nach dem Wortlaut der zweiten Auflage von 1886 zitiere:

„Die Nachsteuer (Abschoß, Abfahrt, jus detractus, gabella emigrationis), eine Abgabe von auswandernden Vermögen, war sehr natürlich für Leibherren, deren Eigene, Grundherren, deren Grundhörige fortziehen wollten. Sie ist dann aber, wie sich aus gehobenen Unfreien und gedrückten Freien der Bauernstand bildete, zunächst auf die auswandernden Vogteipflichtigen ausgedehnt, und weiterhin, zumal seit dem 15. und 16. Jahrhundert, von dem hofrechtlichen auf das landrechtliche Verhältnis zwischen Landesherr und Untertan übertragen worden. In den Reichsabschieden von 1555 und 1594 ist die Nachsteuer schon als altes Herkommen anerkannt. Lange Zeit scheint sie zwischen 10 . . . und 33 1/3 Prozent . . . geschwankt zu haben. Die absolute Monarchie, die jeden Auswanderer wie einen Ausreißer zu betrachten liebte . . ., und das Merkantilsystems, dem fast jede Bereicherung des Auslandes für einen Verlust des Inlandes galt, wirkten hierbei zusammen. In den oft tief verschuldeten Städten kam noch der Wunsch hinzu, den Abziehenden seine Quote der Stadtschuld, die ja früher zum Teil auch zu seinen Gunsten kontrahiert worden sei, zuvor tilgen zu lassen. So schon im 13. und 14. Jahrhundert. — Wenn später beim Wachsen der Kultur immer größerer Wert auf die persönliche Freiheit der Einzelnen, sowie auf die Arbeitsteilung zwischen Völkern gelegt ward, mußte sich bald die Ansicht geltend machen, daß ein gesunder Staat mindestens ebensoviel von einwandernden Vermögen zu hoffen, wie von auswandernden zu fürchten habe . . . Die neueren Staaten haben deshalb entweder ganz allgemein der Nachsteuer entsagt, oder sie gegenseitig durch Verträge erst eingeschränkt, dann aufgehoben, während sie mancher Orten durch Verschmelzung mehrerer kleinen Staaten zu einem großen von selbst weggefallen war. — Hat man in unseren Tagen wohl an die Möglichkeit gedacht, daß künftig die „Zwangsgemeinschaft" ihre „sozialpolitischen Steuergrundsätze" mit Progressiv- und Erbschaftsbesteuerung sehr weit treiben und die Reichen durch Auswanderung sich dem entziehen möchten; hat man alsdann für solchen Fall „wenigstens prinzipiell" die Wiedereinführung einer Nachsteuer „gerechtfertigt": so wird hoffentlich dieser Rückfall in die mittelalterliche Hörigkeit oder in den späteren Absolutismus noch für lange Zeit bloße „Theorie" bleiben."

Die vorstehend wörtlich wiedergegebenen Ausführungen Roschers behandeln ein Problem, welches äußerst aktuell geworden ist. Nur war Roscher so optimistisch, anzunehmen, daß die Dinge der Vergangenheit nicht wiederkehren würden, und ich bekenne mich des gleichen Fehlers schuldig, wenn ich in meinem Werke über Finanzwissenschaft absichtlich die ganze Frage der Nachsteuer unerörtert ließ, da ich glaubte, daß es sich nicht um eine die Gegenwart noch interessierende Frage handle.

Im Frühjahr 1918 ist dem Deutschen Reichstage eine Reihe von Steuergesetzentwürfen vorgelegt worden. Sie beziehen sich auf Branntwein, Bier, Wein, Schaumwein, Mineralwässer und andere alkoholfreie Getränke, auch Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Post- und Telegraphenporti, Wechselstempel, Stempel auf Gesellschafts-

Digitized by Google

verträge, Wertpapierstempel, Talonstempel, Börsensteuer, Tantièmesteuer, weitgehende Umsatzbesteuerung. Es sind also Steuern und Zölle auf Verbrauchsgüter und Steuern anläßlich von Rechtsgeschäften usw., die vorgeschlagen werden. Ergänzt werden diese Steuervorschläge durch ein neues Kriegssteuergesetz für die Erwerbsgesellschaften sowie durch den in Reichstagsdrucksache Nr. 1466 veröffentlichten Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht, welch letzterer hier etwas näher betrachtet werden soll.

Dieser Gesetzentwurf rechnet damit, daß nach dem Kriege eine sehr große Steigerung der Steuern bei uns wie in anderen kriegführenden Länder unvermeidbar sein werde, eine Steigerung der Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern. Da die neutral gebliebenen Staaten mit geringeren Lasten zu rechnen hätten, so sei die Versuchung naheliegend, daß sich Deutsche durch Verlegung ihres Wohnsitzes ins neutrale Ausland den künftigen Steuerlasten entzögen. Dem soll entgegengewirkt werden. Der Entwurf beginnt im § 1 mit folgenden Worten: „Angehörige des Deutschen Reichs bleiben, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Inland aufgeben, bis zum Schlusse des fünften Jahres nach Ablauf desjenigen Jahres, in dem der Krieg mit allen Großmächten beendet ist, der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf Personalsteuern unterworfen." Es soll dies sowohl für Reichssteuern, wie für einzelstaatliche wie auch für gemeindliche Steuern gelten. Wer Deutschland verlassen und seinen dauernden Aufenthalt im Ausland nehmen will, hat mindestens einen Monat zuvor Anzeige zu erstatten und in Höhe von 20 Prozent seines Vermögens Sicherheit zu leisten. Wird die Anzeige unterlassen, so treten schwere Strafen ein. Es braucht aber nicht notwendig zu solchen Schädigungen des Fiskus zu kommen. Denn der Vorsicht halber bestimmt § 16 des Entwurfes: „Die Ausstellung von Pässen, Heimatscheinen, sonstigen Reisepapieren oder standesamtlichen Urkunden ist zu versagen, wenn Thatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß der Steuerpflichtige sich der Erfüllung der nach diesem Gesetze begründeten Verpflichtungen entziehen will." Im übrigen ist Befreiung von der Steuerpflicht, nicht aber von der Anzeigepflicht bei Verlegung des dauernden Aufenthaltes ins Ausland vorgesehen für Beamte, die sich in dieser Eigenschaft im Auslande aufhalten, für Personen mit nicht mehr als 30000 Mark Vermögen, für Auslanddeutsche, für Personen, die nach deutschen Schutzgebieten gehen, endlich noch in zwei weiteren Fällen: 1. für Fälle, in denen nach behördlicher Ansicht „die Auswanderung" im deutschen Interesse liegt, 2. für Personen, die erst nach Beendigung des Kriegs mit allen Großmächten ihren dauernden Aufenthalt im Inlande genommen haben. Nicht befreit sind ehemalige deutsche Reichsangehörige, die nach dem 1. August 1914 eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben, ebensowenig staatenlose Personen, die seit dem 1. August 1914 in einem deutschen Bundesstaat ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt gehabt haben. Bei der Befreiung der Auslanddeutschen in § 20 Ziffer 3 ist auffälligerweise versäumt, in der Definition

Digitized by Google

des Auslanddeutschen zu fordern, daß die so definierten Personen der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Es ist nur von ihrem Aufenthaltsort in bestimmter Zeit die Rede.

Auch wenn man die Begründung dieses Steuerfluchtgesetzentwurfes noch so sorgfältig studiert, bleibt eine Menge von Dingen rätselhaft. Da es sich um Sicherung von „Personalsteuern" handelt, in den dem Reichstage vorgelegten Steuerentwürfen der Regierung aber kein einziger enthalten ist, der sich als „Personalsteuer" qualifizieren ließe, so kann das Steuerfluchtgesetz überhaupt nicht in organischem Zusammenhange mit den vorgeschlagenen neuen Reichssteuern stehen. So bleibt die Frage, was mit diesem Sicherungsgesetze denn überhaupt beabsichtigt sein kann. Der Gesetzentwurf gibt keine Definition, was man sich unter Personalsteuern vorzustellen habe, er überläßt dies dem Bundesrate, bezw. den Landesregierungen. Angedeutet wird in der Begründung, daß man unter Personalsteuern von Reichssteuern die Besitzsteuer und die Kriegssteuer (wohl der physischen Personen?), von einzelstaatlichen und gemeindlichen Steuern die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Kapitalrentensteuer jedenfalls zu verstehen habe. Gerade für Sicherung der Reichskriegssteuer sind aber im Reichsgesetze vom 9. April 1917 bereits für den Fall, daß physische Personen ihren Wohnsitz oder Aufenthalt ins Ausland verlegen wollen, weitgehende Sicherungen zugunsten des Reiches vorgesehen, die auch nach dem Inkrafttreten des Steuerfluchtgesetzes in Kraft bleiben sollen. Wird also die nochmalige Besteuerung der physischen Personen hinsichtlich ihrer Kriegsgewinne für später in Aussicht genommen, so ist nicht recht einzusehen, wozu es des neuen Gesetzes bedürfen würde. Zunächst bleiben also die Interessen der deutschen Einzelstaaten und Gemeinden, die zu schützen wären. Ebenso wäre eine Sicherung im voraus begreiflich, wenn etwa eine hohe einmalige Vermögensabgabe des Reiches geplant sein sollte, über die jedoch die Begründung sich ziemlich ausschweigt. Mit Sicherungen gegen Steuerflucht der Betriebe infolge der neuen Verbrauchsbesteuerung und Verkehrsbesteuerung kann der Gesetzentwurf nichts zu tun haben. Denn dazu wäre er ein unwirksames Mittel.

Wir stehen also vor einer nicht gerade klaren Situation. Aber auch im einzelnen ist die Fassung des Entwurfes nicht so präzis, daß man genau wüßte, wie weit die sehr strengen Vorschriften sich in Wirklichkeit erstrecken sollen. Ein Beispiel, wie die Fassung undeutlich ist, bietet § 20, Ziffer 1. Danach sollen die Vorschriften nicht gelten für „Personen, die sich in ihrer Eigenschaft als öffentliche Beamte im Auslande aufhalten." Gilt dies nur für Personen, die als deutsche Beamte sich im Auslande aufhalten, also in deutschen Diensten stehen, oder auch z. B. für den Professor, der einen Ruf nach einer österreichischen oder schweizerischen Hochschule annimmt und ebenfalls als öffentlicher Beamter, wenn auch nicht eines deutschen Staates, sich im Auslande aufhält? Hat er kein Vermögen, dann ist die Sache harmlos; Personen von Vermögen aber kämen in die größte Schwierigkeit, wenn ihnen die Befreiung nicht zu-

Digitized by Google

zugestehen wäre. Der Entwurf spricht ferner davon im § 21, daß eine Freistellung von der vorgesehenen Verpflichtung auf Antrag erfolge, wenn die „Auswanderung" im deutschen Interesse liege. Das Gesetz hat aber gar nicht im übrigen die Auswanderungsfälle im Auge, sondern die Fälle, in welchen jemand unter Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit seinen Aufenthalt im Auslande nimmt. Kann die Befreiung auch gewährt werden, wenn es sich nicht um eine eigentliche Auswanderung handelt, wenn vielmehr ein junger Techniker oder Kaufmann, ohne sich im Auslande einzubürgern und unter Beibehaltung seiner deutschen Staatsangehörigkeit eine Zeitlang ins Ausland gehen will, um dort zu lernen oder Vorbereitungen für eine Erfindung zu machen? Welche Behörde ist mit genügendem Einblick in die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge bei uns ausgestattet, um nach ihrem Ermessen entscheiden zu können, ob in solchen Fällen ein zeitweiser Aufenthalt im Auslande im deutschen Interesse liege? Und wie sollen gerade die energischen, häufig mit dem Geschäftsgange des Beamtentums nicht auf bestem Fuße stehenden Elemente unseres Handels und unserer Industrie bereit sein, in alle ihre Pläne und vielleicht unsicheren Hoffnungen die deutsche Bureaukratie bei Inanspruchnahme der Erlaubnis, ins Ausland zu gehen, einzuweihen? Am besten ist in Zukunft dran, wer nichts hat und dadurch in seiner Freizügigkeit nicht beschränkt ist. Wehe aber dem vermögenden Pionier des Deutschtumes im Auslande, wehe dem vermögenden Erfinder! Und wie steht es in den Fällen, in welchen ausländische Staaten den Deutschen, der mit Genehmigung des deutschen Beamtentums hinauszieht, nun noch einmal ihrerseits für sein Vermögen besteuern? Gewiß ist wünschenswert, daß eine hinterhältige Steuerflucht reicher Leute aus Deutschland verhindert wird, gewiß müssen die Maschen des Netzes so geknüpft werden, daß nicht die bösartigen Elemente durchschlüpfen können. Aber daß der Entwurf befriedigend dies regele, ohne die legitimen weltwirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkte zu vernachlässigen, ist nach der vorliegenden Fassung recht zweifelhaft. Wenn der Hauptzweck aber der nicht ausgesprochene Wunsch wäre, Sicherungen gegen Steuerflucht bei einer hohen einmaligen Vermögensabgabe zu begründen, so wären wieder, wie ich anderwärts zu zeigen gesucht habe, die hier vorgeschlagenen Sicherungen noch lange nicht ausreichend; es müßte nicht nur die Freizügigkeit der vermögenden Personen, sondern auch die Freizügigkeit des Kapitals unterbunden werden, was wiederum natürlich eines der schwersten Bedenken gegen die einmalige Vermögensabgabe bildet.

Einstweilen hat der Entwurf vor allem symptomatische Bedeutung. Er beweist, daß man in maßgebenden Kreisen zu der Politik zurückzukehren beabsichtigt, die in seinen Ausführungen über Nachsteuer Roscher als sehr bedenklich meines Erachtens mit vollem Rechte gekennzeichnet hat. Zwar kommt noch nicht die Steuer auf Fortzug, wohl aber die Andauer der Steuerpflicht der Fortziehenden und die Sicherung dieser durch Vermögensinanspruchnahme.

Digitized by Google

Wie man hoffen dürfte, die Gesundung unserer Valuta nach dem Kriege und die Wiedergewinnung unserer Weltwirtschaftsstellung zu erringen, wenn der Steuerfluchtgesetzentwurf in seiner nicht übersichtlichen Fassung und mit der Tendenz, alle weitgehenden Eingriffe in die Bewegungsfreiheit dem freien Ermessen der Verwaltung zu überlassen, vom Reichstage unverändert angenommen wird, ist schwer zu verstehen. Von allen vorgelegten Entwürfen dürfte keiner eine sorgsamere Prüfung durch das Parlament nötig machen wie dieser.

Notizen

Weltkrieg und Unterricht. In den Verhandlungen der Bremer Bürgerschaft ist neuerdings ein Antrag angenommen worden, wonach die Bürgerschaft den Senat ersucht, von der Schuldeputation Vorschläge darüber einzufordern, welche Änderungen im Lehrplan der bremischen Schulen (Volksschulen wie höhere Schulen) sich durch den Krieg als notwendig herausgestellt hätten. In der Begründung hierzu heißt es, der Krieg habe gelehrt, daß Fächer wie Deutsch, Geschichte und Geographie zukünftig einen größeren Raum beanspruchen müßten und daß der Unterricht in nationalpolitischer und kultureller Beziehung die Fähigkeit ausbilden solle: „zu erkennen, was war, was ist und was möglich ist." Das Ziel müsse sein, jeden Schüler seinen Anteil an der Kulturaufgabe des ganzen Volkes finden zu lassen; um das zu erreichen, müßten aber auch die Lehrkräfte auf die neuen großen Aufgaben geistig eingestellt werden. Das ist einfach und kurz gesagt, aber in diesen Sätzen steckt in der Tat die Aufgabe, die unserem Unterricht jetzt gestellt ist. Mehr Deutsch! Mehr Geschichte! Mehr Geographie! Jawohl — und zwar so, daß diese drei Fächer miteinander und ineinander gearbeitet ein abgerundetes Weltbild unter dem Gesichtspunkt des deutschen Volksangehörigen ergeben. Dies Ziel ist für die deutsche Volksschule in bestimmtem Umfange so gut möglich, wie für das Gymnasium. Erreicht war es bisher weder hier noch dort. Wären wir ihm unterrichtlich näher gewesen — vielleicht würden wir dann heute bessere Politik machen. Das Bremer Programm ist gut formuliert! Rb.

Neuerscheinungen

Gottfried Keller als Politiker

Die Frage nach Gottfried Kellers Stellung zur Politik liegt nicht im Sinne des Dichters. Er liebte den Literarhistoriker und Feuilletonisten nicht und sah es nicht gern, wenn sich jemand „im Reiche der Kunst, wo Raum und Licht so teuer" um den Schutt kümmerte, der den Werken im Wege steht. Er hätte auf die Frage nach seinem politischen Glaubensbekenntnis geantwortet, er sei Dichter und kein Politiker. Er hätte als erster den „Wust seiner verblichenen politischen Schriften" ins Feuer verbannt. Aber da er es nun einmal nicht getan hat, hätte er wohl fein über eine Zeit gelächelt, die wie die unsrige in ihrem Suchen nach politischen Grundsätzen auch vor seinem politischen Nachlaß halt machte, der durch Zufall und die Sorglichkeit pedantischer Archivare auf uns gekommen ist.

Dr. Hans Kriesi hat diesen Nachlaß bei Huber in Frauenfeld herausgegeben und ausgedeutet. Die Ausdeutung machte Dr. Kriesi mehr Freude als die Herausgabe. Sie nimmt in w item Satz neun Zehntel eines dickleibigen Buches ein. Kellers — zum erstenmal gesammelte — politische Aufsätze sind in einen schmal zusammengepreßten Anhang verwiesen. Literarhistoriker gleichen einander, wie es scheint, in allen Ländern. Dichter und Denker sind nur der Anlaß für ihre eigenen Bücher. Darum sei hier über das breitgedruckte Werk des Literaturhistorikers gleich zu dem schmal gesetzten Dichter selbst übergegangen.

Was es in seinen politischen Aufsätzen — deren Anlässe für den in der Lokalhistorie nicht eingeweihten Leser oft nicht mehr faßlich sind — an politischen Maximen niedergelegt hat, ist wichtig und zeitgemäß genug, um zum Nachdenken anzuregen.

Digitized by Google

Keller fühlt sich, wenn er über Politik schreibt, zuerst als Schweizer. Die äußere Veranlassung dazu hat er in Sätzen geschildert, die auch für die heutige politische Lage der Schweiz Geltung haben: „Es möchte nicht ganz unpassend für uns junge Schweizer sein, wenn wir in einer Zeit, wo man angefangen hat, unsre Nationalität zu bestreiten, wo man uns geistig zwingen will, unser Vaterland nicht als helvetisches, sondern als deutsches, als französisches, als italienisches zu lieben, wo jeder fade, lumpige Winkeljournalist des Auslandes sich herausnimmt, über die Schweiz einen Mist herauszuschwatzen, der von nichts als von der lichtscheuen Unwissenheit desselben zeugt, wo in jeder Kaffernzeitung die Schweiz und ihre inneren Einrichtungen verhöhnt werden, wenn wir in einer solchen Zeit bisweilen unsere Gedanken nach diesem Vaterlande richten und unsere Gefühle in dem großen Kampf der Grundsätze, der gegenwärtig Europa bewegt, zu ordnen suchen." „Die Deutschen glauben uns dadurch hauptsächlich zum Schweigen zu bringen, das schweizerische Volk gehöre seiner Abstammung nach gar nicht zusammen, sondern die deutsche Schweiz gehöre eigentlich zu Deutschland, die französische zu Frankreich usf., kurz jeder Teil unseres Landes gehöre zu dem seiner Abstammung entsprechenden Teil der angrenzenden Staaten, und das ist vorsätzliche Nichtbeachtung unseres Nationalcharakters."

Diese Besinnung auf den Charakter des eigenen Landes führt zu Sätzen wie den folgenden: „Der Nationalcharakter der Schweizer besteht nicht in den ältesten Ahnen, noch in der Sage des Landes, noch sonst in irgend etwas Materiellem, sondern er besteht in ihrer Liebe zur Freiheit, zur Unabhängigkeit, er besteht in ihrer außerordentlichen Anhänglichkeit an das kleine, aber schöne und teure Vaterland; er besteht in ihrem Heimweh, das sie in fremden, wenn auch den schönsten Ländern befällt." „Der Schweizer hat gefunden, daß die Unabhängigkeit des gesamten Vaterlandes, die Freiheit des Gedankens und des Wortes, die völlige Gleichheit der Rechte und Nichtgeltung des Standes und andere Äußerlichkeiten das Bedürfnis seiner Seele ist. Diesem allem aber müßte er durch die Anschließung an andere, ihm ehemals verwandte Stämme nach den jetzigen Staatsverhältnissen entsagen, oder er müßte sein Prinzip geltend zu machen und auszubreiten suchen, und das liegt nicht im Wesen eines wahren Schweizers."

Dagegen entspreche es dem Wesen des wahren Schweizers, daß er „jeden guten Gedanken in sich aufnehme, komme er von wem er wolle, daß er die Wahrheit an jeder Partei zu schätzen wisse, daß er in seinen Gegnern nicht die Person, sondern nur die falschen Grundsätze hasse und selbst während dem hitzigsten Kampfe die Versöhnung im Herzen trage, dadurch daß er ohne allen Dünkel gerne anerkenne, daß auch der Bürger anderer Staaten glücklich sein könne".

Kellers Schaffen fällt in die Zeit (der Dreißiger- bis zu den Sechzigerjahren des 19. Jahrhunderts), wo die Schweiz ihre Verfassung von Grund aus und in wiederholten Ansätzen überprüfte. Keller nimmt daran Anteil, zunächst als extrem Radikaler, später im Sinne eines maßvollen Liberalismus. Immer sind es die großen allgemein politischen Maxime, die Keller auch in der Parteipolitik leiten und seine Stellung zu den einfachsten Äußerungen volkstümlichen Lebens bestimmen. Wie zu den Schützenfesten, über die Keller die prächtigen — allgemein gültigen — Sätze schreibt: „Die Mühe, die sich ein Redner oder ein Poet zur Gestaltung seiner Gedanken gibt, ist der beste Maßstab für seinen wirklichen Patriotismus. Wer das Volk mit seinem ersten besten saloppen Einfall bewirtet, der hat keinen rechten Ernst dabei, daher kommt auch die Unaufmerksamkeit und Gleichgültigkeit gegen die Redner und Poeten." Und wie für die Pflicht des geistig verantwortlichen Mannes dem Staatswesen gegenüber, so tritt er für die Verantwortung des einzelnen dem Staat gegenüber mit Festigkeit ein. Gegen die Steuerverweigerer schreibt er einmal einen launischen, aber im Grunde tiefernsten Artikel, ein Musterbeispiel für die Art, politische Fragen der Masse eindringlich vor Augen zu stellen.

Es entspricht dieser Einheit zwischen allgemein politischen Grundsätzen und parteipolitischem Wirken, wenn auch Kellers Ansichten zur äußeren Politik von strenger Einheitlichkeit politischen Denkens durchdrungen sind. Anlaß zur außerpolitischer Betrachtung gab ihm die Polenfrage, zu der er im Jahre 1863 als Stadtschreiber von Zürich schrieb: „Ein endgültiger Sieg der Polen zu heutiger Zeit muß unfehlbar mit der Einführung bürgerlich freier und würdiger Zustände verbunden sein." Von diesem Standpunkt aus fordert er seine Schweizer zur Unterstützung der Polen auf, des Glaubens „einer höheren Gerechtigkeit und Güte zu dienen, wenn er zur Ausgleichung eines verjährten Übels, vor welcher keine nachhaltige Beruhigung unseres Weltalls denkbar sei", beitrage. Diese Verbindung von realpolitischem zweckmäßigen Denken, das dem Bürger eines politisch unaufhörlich beschäftigten Volkes eigentümlich ist, mit den Grundsätzen der vornehmen und edlen Lebensanschauung eines Dichters und Denkers gibt allen politischen Betrachtungen das Gepräge, die uns in dem Buch vermittelt werden.

Karl Hönn

Der Kriegsroman von Barbusse

Der Umfang der Kriegsbelletristik ist unübersehbar. In zahllose Romane, namentlich weiblicher Autoren, ist irgendwie der Krieg verschlungen, als Heilbringer, als Befreier, als Löser aller Knoten. Für die

Digitized by Google

Erkenntnis des Krieges wie für die Dichtung bedeuten diese epischen Ergüsse, soweit wir uns ihrer Kenntnisnahme unterzogen, blutwenig. Einiges, das im Anspruch zurückhaltend ist, wird als Niederschlag der Gesinnung hinter der Front bleiben.

In der Lyrik sieht es besser aus. Die Verse von Max Barthel und Wilhelm Klemm, die schmalen Bände von Dehmel und Isolde Kurz, die starke Rhythmen von Josef Winckler — das sind Zeugnisse.

Daß die Literatur des Krieges sich bemächtigt oder der Krieg sich der Literatur — das ist natürlich eine internationale Erscheinung. In England schreibt Wells aktuelle Kriegsromane, in Frankreich und Italien sind (oder waren) die Literaten Barrès, d'Annunzio die Barden der Kriegsleidenschaft. Nur gelegentlich kommen die Arbeiten dieser Männer in unsere Hand. In den wenigsten Fällen werden wir viel verloren haben.

Nun aber ist im vergangenen Jahr in Frankreich der Roman „Le feu" von Henry Barbusse erschienen, den der Zürcher Verlag Max Rascher in seiner Sammlung „Europäische Bücher" kürzlich in einer guten deutschen Übersetzung herausgebracht hat. Das Buch hat in Frankreich offenbar den stärksten Erfolg gehabt und ist nach Zehntausenden gekauft worden. Gibt es den Reflex der französischen Kriegsstimmung und muß es darum auch den deutschen Leser interessieren? Nein, aber es ist ein „Europäisches Buch". Es geht wahrscheinlich alle Nationen gleichermaßen an, deren Männer seit fast vier Jahren das Soldatenleben führen. Es ist die Epopoë des Schützengrabenkrieges.

Merkwürdig genug: der Krieg von 1870 ist nicht in der deutschen Dichtung zum Stoff eines großen Gelingens geworden, sondern in Frankreich. Die deutschen Romane und Heldensänge über das Jahr des deutschen Sieges sind ärmlich vor Zolas „Zusammenbruch"; die späteren deutschen Kriegsdichter sind ohne seinen Vorgang gar nicht denkbar. Ist Kunst mit Leid verschwistert oder handelt es sich nur darum, daß die Franzosen gerade im Roman ihre bedeutende Ausdrucksform fanden, während in Deutschland die ernsthaftesten Auseinandersetzungen mit dem Krieg, Schickele und Goering, das Drama suchten? Wie dem sei: „Das Feuer" von Barbusse erscheint uns weit stärker als all das, was bei uns an Kriegsdichtung entstanden ist, wichtig genug, auch an dieser Stelle angezeigt zu werden.

Barbusse steht politisch der vor einem Jahr gegründeten Zeitung „Le Pays" nahe, die Caillaux' Politik stützen sollte, aber nun natürlich unter dem Regime Clemenceau nicht zu der Wirkung kam, die seine Gründer von ihm erwarteten. Er ist in seiner Stimmung pazifistisch — aber dies wird nicht zum Leitmotiv des Buches, sondern klingt nur zum Schlusse an, im nächtlichen Gespräch der Soldaten auf dem furchtbaren Schlachtfeld von Souchez. Da sprechen sie davon, daß ihre Opfer und ihre Leiden nur dann einen Sinn haben, wenn sie die Wiederholung eines solchen Schreckens unmöglich machen, wenn dieser Krieg den Krieg tötet. Es ist nicht die politische Absicht und Gesinnung, um derentwillen man dies Buch liest und sein Gewicht empfindet — dies freilich empfindet man, daß an keiner Stelle etwa nationalistische Politik durchklingt, das Wort Elsaß-Lothringen kommt in dem ganzen Buch nicht vor, und wo auf die Deutschen geschimpft wird, da meldet sich nicht die Gehässigkeit eines Publizisten, sondern die Hand des Chronisten, der die Soldatensprache nicht fälscht.

Es ist das „Tagebuch einer Korporalschaft", das hier niedergeschrieben wurde — die unendliche Schwere der Eintönigkeit, der Entbehrung im Schützengrabenleben, lastet auf den Seiten; in einer völlig unpathetischen Weise ist der Tageslauf, sind die Stunden des Dienstes, der Zerstreuung, der Erholung beschrieben. Gespräche über das Zuhause, über Ehrenzeichen und Etappenleben, über den heroisierenden Krieg der Berichterstatter werden geführt, so, wie wir sie auch von unserer Fronttruppe kennen — der Kampf selber, Trommelfeuer, Angriff, Grabenkampf, die Stimmung in der Verwundetensammelstelle, all dies ist in einer furchtbaren und doch dichterisch großen Anschaulichkeit geschrieben. Dichterisch? Das Wort hat etwas Verspieltes neben dem unsagbaren Ernst, der hier die Feder führt.

Das Große dieses Buches ist seine Menschlichkeit, die nicht in Phrasen eingewickelt ist, sondern schlicht und stark, einfach, unverkünstelt spricht. Sie schaltet die politischen Überlegungen aus und wendet sich unmittelbar an die Empfindung. Wer vermag sich ihr zu entziehen? Th. Heuß

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35. Schöneberger Ufer 36 a. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Diesch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang · 14. Juni 1918 · Heft 24

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh · Paul Rohrbach · Philipp Stein

Politische Glossen

Betrachtet man die neue Linie der Westfront, so faßt man unmittelbar den Sinn der kurzen und großartigen Schlacht zwischen Aisne und Marne: Fochs Reserven werden an größeren Frontschwingungen verbraucht, das Rochadesystem der feindlichen Bahnen ist zerstört, und die deutsche Initiative hat, wenn sie wieder losrechen wird, günstigere Ausgangsstellungen. Das ist den Ungeduldigen zu wenig, und ist doch eine gewaltige Leistung, denn dem Feind ist die Kraft der Entschließung zerschlagen. Hoffnung auf Amerika heißt das Jahr 1918 militärisch heute schon begraben. In diesem Augenblick kreuzen U-Boote an der Ostküste der Vereinigten Staaten.

*

Der Versailler Kriegsrat markiert Gemütsruhe und beschließt die Errichtung eines polnischen, eines tschechischen und eines südslawischen Staates. Das ist die Antwort auf den mitteleuropäischen „Waffenbund". Man sieht, daß eine diplomatische Friedensoffensive, die nur auf Wien eingestellt ist, hoffnungslos geworden ist und denkt an die Fanatiker von Krakau, Prag und Laibach. Daß innerhalb der südslawischen Bevölkerung die österreichischen Schwierigkeiten gewachsen sind, ist unverkennbar — man mag glauben, daß Italien nach seiner Niederlage gezwungen wurde, einige Adriaziele zurückzustecken, und daß damit separatistische Bewegungen im Slowenentum aufgefrischt wurden. Wir hoffen, daß die österreichisch-ungarische Heeresmacht in der Lage sein wird, eine Antwort zu geben, die auch in Versailles gehört und verstanden wird.

*

Uns wird folgender Satz aus einem Briefe des Feldmarschalls von der Goltz-Pascha an einen alten Freund zur Verfügung gestellt, der auch heute noch, obgleich er im Herbst 1915 geschrieben, zeitgemäß ist:

„Wir beiden haben doch immer recht gehabt, als wir behaupteten, daß Polen noch lange nicht verloren sei. Jetzt ist es frei und kann seine Punschbowlen am winterlichen Kamin mit echtem Polenstolz trinken. Ich hoffe, daß wir auch die Ukraine, wo viel separatistische Gelüste vorherrschen, gegen die russische Herrschaft noch in Bewegung

Digitized by Google

bringen, auch Finnland insurgieren. Hätte Schweden noch etwas Gefühl für seine ehemalige Größe, es müßte längst an der Newa stehen."

*

Belgien hat einen wichtigen Ministerwechsel erfahren: Broqueville, der sein Land Stück um Stück enger in das politische und wirtschaftliche Zukunftssystem der Entente einfügte, hat einem Führer der klerikalen Flamen Platz gemacht. Noch übersieht man nicht, ob dieser Kabinettswechsel ein vorläufiges Zugeständnis an den heimischen Aktivismus ist, ob er eine Lossprengung von dem wirtschaftlichen Ententering einleiten soll — immerhin: Belgien verrät, daß es nicht mehr daran glaubt, seine staatliche Zukunft werde einseitig nach dem Londoner Programm verwirklicht.

*

Steuerkämpfe zwischen Parlament und Regierung, soll an ihrem Ausgang kein Vakuum klaffen, endigen mit einem Kompromiß. Das ist der gebotene Weg. Er wird auch diesmal gesucht und gefunden werden, aber er hat eine größere Bedeutung als früher, da er über den endgültigen Zusammenbruch der alten Lehre vom alleinigen Anspruch der Bundesstaaten auf die direkte Steuer führt. Professor Alfred Weber hat hier kürzlich auseinandergesetzt, wie mit dem oberen Einkommen, das den Kapitalisationsfonds bildet, ein eigenes, sozusagen noch unentdecktes Steuerland erschlossen werden kann; das Parlament ist in dies neue Gebiet vorgestoßen, ohne sich vielleicht der grundsätzlichen Bedeutung dieses Versuchens voll bewußt zu sein. Nun muß es die gewonnene Freiheit der Entschließung verteidigen, denn die bundesstaatlichen Finanzminister wehren sich. Sie lassen ankündigen, daß in den Einzelstaaten sehr starke Erhöhungen der Einkommensteuer-Progressionen angefordert werden — um die Zukunft zu umbauen, ebenso wie sie etwa auf dem Gebiete der elektrischen Kraft die Reichsfinanzpläne teilweise durch eigene Vorwegnahme erschwert haben. Gewiß ist ihr Leben nicht einfach, zumal die Grundfragen des Föderalismus sich ja in diese Probleme der Steuerhoheiten verkrochen haben und hier die schärfsten Kämpfe um die Weiterbildung der Verfassung ausgefochten werden. Die Aufgabe des Reichstags muß es sein, kühl und konsequent zu bleiben, um schöpferisch zu werden. Bringt er die Steuerfragen in ihrem Kernstück zu einem anständigen Schluß, dann hat er die stärkste Rechtfertigung seiner sachlichen Arbeitskraft erbracht. Und man sieht manches nach, was nur Gerede war.

*

Wenn man die jetzige Präsidentenwahl des Reichstags betrachtet, tut man gut daran, sich nicht allzugenau der nämlichen Vorgänge im Jahre 1912 zu erinnern, da Zentrum und Nationalliberale den Gedanken flohen, einen Sozialdemokraten den Reichstag leiten und vertreten zu lassen. Das ist vorbei und hoffentlich auf immer. Das Parlament darf nicht mehr in die Kinderkrankheiten der Vorkriegszeit rückfällig werden — das gilt auch für die sozialistische Mehrheitslinke.

Digitized by Google

Freund dem Freunde!

Von Dr. Paul Rohrbach

Aus Moskau erhalte ich von jemandem, der die ganze Revolutionszeit dort in beobachtender Stellung miterlebt hat, den folgenden Brief:

Die Lage in Rußland, d. h. in Großrußland, ist dahin zu beurteilen, daß Rußland sich bestimmt nicht sobald aus eigener Kraft ordnen und wieder eine Großmachtstellung einnehmen wird. Was sich 1917 ereignet hat, ist keine Revolution gewesen, d. h. keine Umwälzung, bei der der Staatskörper nach gewissen Schwankungen wieder einen neuen Schwerpunkt und eine neue Ruhelage findet, sondern eine Explosion. Das ganze Gebilde ist auseinandergeflogen, nicht nur geographisch, sondern auch sozial. Woher sollte jetzt der Meister kommen, der die Stücke wieder zusammenschweißt? Die erste Tat der russischen „revolutionären Intelligenz" war, daß sie in wahnwitziger Selbstüberschätzung überall den alten Regierungsapparat zerstörte. Die alten Beamten, vor allem die Vertreter der verhaßten „Ordnung" wurden verjagt und an ihre Stelle „alle lebendigen Kräfte des Volkes" berufen. Überall wuchsen dilettantische Selbstverwaltungen, Komitees, „Urzellen", aus denen sich Gott weiß was entwickeln sollte, empor. All das erwies sich sehr bald als absolut unbrauchbar und beachtete die Direktiven der Zentralregierung nur soweit, wie es den Leuten gerade paßte. So entstand das russische Chaos. Ich glaube nicht, daß sich daraus in absehbarer Zeit ein staatliches Gebilde nach europäischen Begriffen entwickeln wird. Im Lande sind gar nicht die erforderlichen geistigen Kräfte vorhanden. Die russische „Intelligenz" ist zahlenmäßig viel zu schwach und außerdem das mangelhafte Produkt des russischen Wesens im ganzen, der Familie, Schule und Kirche: halbgebildet, unklar, kritiklos, undisziplíniert, ohne Ausdauer und Pflichtgefühl; dabei von ganz ungeheuerlichem Dünkel. Die große Masse des Volkes hegt ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Intelligenz, und diese hat keine Handhabe, die Massen unter ihre Führerschaft zu zwingen. Ein Versuch, die Geistlichkeit dazu zu benutzen, schlug gänzlich fehl, denn die Popen unterlagen durchweg der Logik der Bolschewisten, die sie fragten: Warum schwiegt ihr unter Rasputin und bei der ersten Revolution, warum schreit ihr erst jetzt, wo es um euren weltlichen Besitz geht? Im Westen wird auch die Bedeutung der russischen Parteien überschätzt. Die Führer haben solange Zulauf aus der Masse, wie diese ihren Versprechungen glaubt oder ihren materiellen Vorteil dabei hat.

Die staats- und zarenfreundlichen Elemente können sich jetzt nicht organisieren, weil sie entwaffnet sind und sich bei dem Verdacht, der sie von allen Seiten umgibt, nicht rühren können. Auch könnte bei der jetzigen Hungersnot im Innern von Großrußland nirgends eine Gegenrevolution zustande kommen, weil die Bolschewisten einfach keine Lebensmittel durchlassen würden. Die Sache wäre daher in ein paar Tagen erledigt. Die Ordnungsmacht könnte nur von der Peripherie aus vordringen und müßte eine sichere Verpflegungsbasis haben. Wo soll die liegen? Auch müßte sie über starke Kräfte verfügen, denn wenn auch die Bolschewisten bald weggefegt sein würden, so würde es darnach doch nicht leicht sein, überall auf dem Lande Ordnung zu schaffen, wo die Bauern eine Menge Militärflinten, Maschinengewehre und stellenweise sogar Geschütze haben. Schließlich und endlich wird in Rußland mit Waffengewalt Ordnung gemacht werden. Von wem, das lasse ich dahingestellt; das Resultut kann aber nur ein ganz asiatisches Gebilde sein. Ehe nicht Schule und Kindererziehung auf eine bessere Basis gestellt sind und die Kirche eine Läuterung erfahren hat, kann Rußland weder ein europäischer Staat werden, noch eine Kriegsmacht schaffen, die heute etwas bedeutet.

Das ist das Urteil einer Persönlichkeit, die sehr gut unterrichtet ist, und das russische

Digitized by Google

Volk, die Masse wie die Intelligenz, aus langer Beobachtung kennt. Wenn keine Eingriffe von außen geschehen, so ist es in der Tat nicht wahrscheinlich, daß die bürgerliche Gesellschaft in Rußland in absehbarer Zeit mit dem Bolschewismus fertig wird. Die Zerstörung der früheren Werte und Ordnungen in Großrußland wird also immer noch weitergehen, und zuletzt wird buchstäblich nichts übrig bleiben, als ein wirtschaftliches und politisches Chaos. Die Bolschewisten haben die Gewalt und leben gut von ihr, solange es noch Güter und Werte gibt, die man sich aneignen kann. Petersburg ist ziemlich von ihnen aufgegeben und wird, teils aus Gleichgültigkeit, teils aus Unfähigkeit, nur noch so schwach verproviantiert, daß Hungersnot wütet. Moskau und die übrigen großen Städte werden zur Not versorgt, aber immer nur so, daß Lebensmittel für wenige Tage da sind, und die Zufuhr jederzeit gesperrt werden kann; die Eisenbahnen sind fest in den Händen der Bolschewisten. Die bürgerlichen Kräfte haben es schwer, sich zu sammeln und haben auch kein Talent, sich unter solchen Umständen zu organisieren. So können sich kaum irgendwo Kristallisationspunkte für die Gegenrevolution bilden. Mit der Zeit, wenn der Kampf unter den verschiedenen Interessentengruppen in der Bauernschaft losgeht, wird es allerdings neue Zuckungen geben, vermutlich auch eine Reaktion gegen den Bolschewismus. Wann das aber geschehen wird, ist heute schwer zu sagen. Fürs erste bleibt es noch bei dem Bilde, daß der Bolschewik schweren, fanatisch blöden Tritts mit der Stampfkeule in den Händen über Großrußland dahinschreitet, die gewöhnlichsten Raubinstinkte hinter sich her, und alles erbarmungslos gründlich zu einer einzigen formlosen ökonomischen Schuttmasse zerstößt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß sich die bürgerlichen Parteien in Rußland nach Hilfe von auswärts umsehen. Viele alten geschworenen Anhänger der Entente, die Miljukow und Genossen, blicken immer noch auf England und Frankreich, oder tun wenigstens so, und wiederholen unentwegt den alten Spruch: Deutschland ist der Feind Rußlands, der Feind der Völkerfreiheit, der Hort des Militarismus und Absolutismus, mit diesem Deutschland darf es nie und nimmer Versöhnung geben! Selbst unter den Kadetten aber fängt es an, „Deutschfreunde" zu geben. So tritt jetzt im „Utro Rossii" der frühere Dumaabgeordnete Fridman aus „wirtschaftlichen" Gründen für eine Orientierung nach Deutschland hin ein. Von anderer Seite geschieht noch mehr. Wer unterrichtet ist, der weiß, wie vielfache Bemühungen von Rußland her jetzt stattfinden, um uns zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in früherem Sinne zu veranlassen. Alles wird uns dafür geboten, natürlich von unverantwortlicher Seite und öfters, wie die betreffenden Persönlichkeiten auf schärferes Befragen zugeben, nachdem man schon bei der Entente gewesen ist und dort keine politischen Geschäfte gemacht hat. Vor einiger Zeit erhielt ich auf Umwegen Einblick in die Gedankenwelt eines Kreises von Angehörigen des einstigen russischen Hofs und der einstigen russischen Regierung. Dort

Digitized by Google

möchte man: deutschen Einmarsch in Rußland, Niederwerfung der Bolschewisten; Wiederherstellung des Zaren, der entweder zugunsten seines dreizehnjährigen Sohnes unter einem Regenten aus der Dynastie oder zugunsten einer seiner Töchter mit einem deutschen Prinzen als Gemahl verzichten würde; Nötigung der Bauern, ihren Landraub wieder herauszugeben, Restitution der Gutsbesitzer, damit wieder eine wirtschaftlich und politisch tragfähige Schicht als Unterbau für die monarchische Gewalt ersteht; außerdem Wiedervereinigung der Ukraine, des Kaukasus, Turkestans, Sibiriens und anderer entfremdeter Gebiete mit Großrußland. Dafür sollen wir eine deutschfreundliche russische Politik bekommen, unter Garantie der Dankbarkeit derer, denen wir geholfen haben. Was aber würde solch eine Politik uns kosten? Feindschaft des ganzen übrigen russischen Volkes und aller jetzt befreiten, mit unserer Hilfe an Rußland zurückzuzwingenden Fremdvölker; außerdem die Verpflichtung, solange eine Million Truppen im Dienst der wiedererneuerten russischen Regierung dort im Lande zu halten, bis es gelungen ist, aus der völlig verwilderten, anarchisch gewordenen großrussischen Masse wieder eine Armee zu bilden, auf die gestützt die neue zarische Regierung es vielleicht nach Jahr und Tag wagen könnte, mit ihrem Volke allein zu bleiben.

Dies Bild einer deutsch-russischen Politik für das nächste Jahrzehnt nach dem Programm der sogenannten moskowitischen oder gesamtrussischen Orientierung, die ja auch bei uns ihre Wortführer hat, wird man nicht im einzelnen zu kritisieren brauchen. Von allem anderen abgesehen würde schon der Grund dagegen entscheiden, daß wir fast das ganze europäische und asiatische Rußland wer weiß wie lange besetzt halten müßten, um den Zaren oder sonst eine russische Regierung von unseren Gnaden mit unseren Bajonetten gegen die russischen Bauern, gegen die Deutschenfeinde und Ententefreunde im Bürgertum, gegen Ukrainer, Kaukasier, Kirgisen, mohammedanische Turkestaner, sibirische Autonomisten und sonstige gegnerische Kräfte zu schützen. Das hieße ganz Rußland als eine mit Waffengewalt zu behauptende deutsche Kolonie organisieren! Nein, unsere Politik im Osten muß sein, die einmal ergriffene Partei festzuhalten, der Freund und Befreier der bisherigen russischen Fremdvölker zu sein und zu bleiben und klar für ihr Unabhängigkeitsinteresse einzutreten. Was die Ukraine angeht, so habe ich mich hierüber schon gleich nach meiner Rückkehr aus Kiew in der „Deutschen Politik" ausgesprochen, und in einem Artikel von Axel Schmidt in der nächsten Nummer wird der Leser noch eine weitere Erläuterung über die ukrainischen Dinge finden. Die Hauptsache ist, daß wir mit der ukrainischen Demokratie zusammenarbeiten. Wie der einzelne von uns zu Hause zum demokratischen Prinzip steht, ist dabei gleichgültig. Er mag für sich Antidemokrat sein, aber hier muß er nach dem Vorbild Gambettas handeln, der zwar als Kirchenfeind in Frankreich die klerikalen Interessen bekämpfte, einem minder scharfsinnigen Gesinnungsgenossen in der Kammer aber, der ihm Vorwürfe machte, weshalb die Unterstützungen für die Propagandaniederlassungen der fran-

Digitized by Google

zösisch-katholischen Orden im Orient nicht auch gestrichen würden, kurz und bündig antwortete: der Antiklerkalismus ist kein Exportartikel im französischen Interesse! So müssen auch wir, gleichviel ob konservativ oder demokratisch, im deutschen politischen Interesse die aufrichtigen und tätigen Freunde der ukrainischen Demokratie, vor allen Dingen des ukrainischen Bauern und der ukrainischen Selbständigkeitsparteien, sein. Der Bauer ist das Fundament des ukrainischen Staates. Der Bauer beansprucht Land soviel, daß er leben kann; die Land- und Bauernfrage bildet das Kernstück aller politischen Parteiprogramme in der Ukraine. Der Bauer wird sich das Land, das er bereits in Händen hält, nicht entreißen lassen, und er wird der Freund dessen sein der ihm hilft, es unter angemessenen und gerechten Bedingungen zu behalten. Es ist nötig, daß wir in der Ukraine scharf diese Linie verfolgen und der Hetmansregierung unsere Hilfe nur unter der Bedingung leihen, daß sie in bauernfreundlicher Politik fest bei der Stange bleibt und sich ebenso in Personal- und Kulturfragen unzweideutig vor Moskowitismen hütet. Der Bauer weiß, daß Moskowitismus in der Ukraine Gefährdung seiner Landansprüche bedeutet.

Der Satz von der Notwendigkeit einer entschiedeneren und folgerichtigen Freundschaftspolitik gegenüber all den Völkern und Staaten, mit denen das Zusammengehen in unserem Interesse liegt, gilt für die Ukraine und gilt für alle übrigen staatlichen Gebilde, die aus der russischen Masse gegenüber Großrußland hervorgegangen sind. Er gilt z. B. gegenüber den deutsch-baltischen Ländern, wo es ein Unsinn ist, sie ganz oder teilweise an Rußland zurückgeben oder sie den kleinen Volkssplittern der Letten und Esten als „selbständige" Größen überlassen zu wollen. In der sozialdemokratischen „Internationalen Korrespondenz" vom 24. Mai d. J. schreibt der Hauptschriftleiter Ernst Heilmann, nach einem Besuch in Riga, Reval und Dorpat:

In der Tat läßt sich außerordentlich rasch Einigkeit darüber herbeiführen, daß Rußland in diesen Gebieten nicht das geringste zu suchen hat. Der Zarismus hat sie genau 200 Jahre lang beherrscht, zeitweise, wie unter dem großen Peter und dem zweiten Alexander, mit vieler Liebe behandelt, zeitweise auch stiefmütterlich vernachlässigt oder russifikatorisch gequält. Irgendwelche Spuren von Belang, außer Zarenbildern und Zarendenkmälern, hat Rußland in diesem Gebiet nicht hinterlassen. Die russische Sprache ist nur den Gebildeten bekannt, aber auch bei ihnen keineswegs Umgangssprache; die breite Masse des Volks kennt und versteht sie nicht. Sämtliche Deutsche, Letten und Esten, denen wir begegneten, stimmten restlos darin überein, daß diese baltischen Länder nicht wieder an Rußland fallen dürften ... Es gibt in der Tat für die baltischen Provinzen nur eine Wahl: entweder wir lassen die Hände ganz von ihnen oder wir nehmen Riga, Dorpat und Reval zugleich in ein Schutzverhältnis zum Deutschen Reich. Riga ohne Hinterland, wie es nach dem Brest-Litowsker Frieden anscheinend angestrebt werden sollte, ist zu wirtschaftlichem Siechtum verurteilt. Auch die Deutsch-Balten in Livland wünschen den Anschluß an Deutschland nur unter der Voraussetzung, daß ganz Baltenland einbezogen wird; andernfalls scheint ihnen das ganze Deutschtum in ihren Ländern unrettbar.

Heilmann hat mit estnischen Führern auch über deren Wunsch nach einem selbständigen Estland gesprochen, und sagt dazu, die Esten hätten ihm schließlich gestanden, daß sie doch wieder an Deutschlands Hilfe appellieren würden, wenn Rußland

Digitized by Google

sich zukünftig anschicken sollte, ihre Selbständigkeit wieder zu verschlingen. Dieser „naiv-kindlichen Lösung" gegenüber sagt auch Heilmann, davon könne keine Rede sein. Es gibt also nur eine klare Politik im Baltikum.

Dasselbe gilt für Finnland, gilt am Balkan und in den benachbarten Gebieten. Dort haben wir jetzt mit Rumänien Frieden geschlossen. Die Rumänen denken aber schon jetzt, wie sie offen versichern, auf den Rachekrieg gegen Bulgarien. Ihnen ist der Kamm geschwollen, weil sie uns unglücklicherweise noch kurz vor dem Waffenstillstand eine empfindliche Schlappe beigebracht haben und der Friede geschlossen wurde, ohne daß diese Scharte von uns gegen sie ausgewetzt worden wäre. In den Zeitungen ist genug von der Brutalität die Rede gewesen, mit der sie die Gefangenen behandelten, die sie uns bei der Gelegenheit abnahmen. Aus deren Zahl wurden 4000 in ein einziges rumänisches Gefangenlager gebracht, 4000 unverwundete gesunde deutsche Soldaten, und man hört, 320 seien bei der Entlassung nach Friedensschluß noch am Leben gewesen. Die anderen sind an Hunger- und Flecktyphus gestorben. Auch in anderen Lagern wütete die rumänische Grausamkeit. Als Strafe wurde unter anderem nächtliches Anbinden an Bäume im Schneesturm vor dem Lager verfügt. Am Morgen standen hartgefrorene Leichen in den Stricken aufrecht. Man kennt die rumänischen Offiziere und Ärzte, die für die Scheußlichkeiten gegen unsere Gefangenen verantwortlich sind, aber man hat sie nicht der Rechenschaft und Strafe zugeführt.

Der Friede bringt uns gewisse Vorteile und legt den Rumänen gewisse Opfer auf, aber die Opfer bedeuten wenig gegenüber dem Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung, das die Rumänen durch Bessarabien erhalten. Welches Interesse haben wir denn daran, Rumänien durch diese Annektion nach einiger Zeit weit stärker zu machen, als es vor dem Kriege war? Welches Interesse haben unsere politischen Freunde, die Bulgaren, ein gestärktes Rumänien im Rücken zu haben? In Bessarabien wohnen ebensoviel Ukrainer, Bulgaren, deutsche Kolonisten und sonstige Nichtrumänen, wie Rumänen. Die jetzige ukrainische Regierung protestiert mit Recht gegen die Angliederung ganz Bessarabiens an Rumänien. Die rumänischen Machthaber und die überwältigende Mehrheit in der politisch führenden Schicht des rumänischen Volks haben sich uns und unseren Bundesgenossen gegenüber verräterisch und niederträchtig benommen. Der Dank dafür ist ein Land so groß wie die Moldau und ein Zuwachs von 2 Millionen Menschen unter unserer wohlwollenden Duldung. Jetzt sagen die Rumänen: „Wäre nicht der Waffenstillstand dazwischengekommen, so hätten wir euch in ein paar Wochen in die Donau und über die Karpathen geworfen, und dann mit den Bulgaren abgerechnet!" Die Armee ist demobilisiert, aber die Offiziere stolzieren fein eingekleidet und geschwollen vor Hochmut im Lande umher, spotten hinter unserem Rücken über uns und sagen: „Die Deutschen haben wir tüchtig geschlagen, wie werden wir erst die Bulgaren schlagen, wenn es in einigen Jahren an die Revanche geht!"

Digitized by Google

Bulgarien ist unser Freund und mit ihm müssen wir zusammenstehen. Die richtige Politik ist, seine Freunde groß, wohlhabend und stark zu machen, nicht zuzulassen, daß Feinde, Verräter und unzuverlässige Nachbarn unserer Bundesgenossen sich stärken. Klare Linien in der Politik sind die besten; Noblesse am rechten Ort ist die größte Klugheit. Man braucht doch sicher nicht erst noch besonders darauf hinzuweisen, daß gelegentliche Meinungsverschiedenheiten, selbst vorübergehende Reibungen untergeordneter Organe, unmöglich Anlaß zu politischer Zurückhaltung in grundlegenden Fragen geben können. Trotzdem aber ist es notwendig, an dieser Stelle zu betonen, daß es die richtigste Politik ist, der Freund seiner Freunde zu sein, und zwar ganz. Man muß sich vorher überlegen, was eine Freundschaft wert ist und was sie kosten kann. Man muß sich auch darüber klar sein, wer zum Freunde geeignet ist und wer nicht. Danach aber muß man den Freund stark machen, das heißt ihm vor allen Dingen den Rücken entlasten. Das gilt einmal für Bulgarien gegenüber Rumänien. Das gilt aber ebenso für die Ukraine gegenüber Rumänien. Ein ukrainisches Bessarabien ist für die Ukraine und für uns besser, als ein rumänisches.

Die Finnländer erheben Anspruch auf Ostkarelien, das Land bis zum Weißen Meere, und auf die Murmanküste, denn diese Gebiete sind von Einwohnern finnischen Stammes und finnischer Sprache bevölkert. Wir haben kein Interesse daran, uns dafür stark zu machen, daß Großrussen oder Engländer dort die Macht haben. Die Engländer sind unsere Feinde und die Moskowiter werden nie unsere Freunde sein. Auch in der Alandsfrage ist es gut, für die klaren Rechte Finnlands einzutreten. Wie Finnländer, Ukrainer und andere politisch mit uns befreundeten Völker ihre inneren Angelegenheiten einrichten, ist ihre Sache. Darum brauchen wir uns nur soweit zu kümmern, wie es sich darum handelt, solche Bestrebungen in diesen Ländern, von denen ihre politische Selbständigkeit abhängt, zu unterstützen. In auswärtigen Dingen dagegen müssen unsere Freunde wissen, daß sie sich auf uns verlassen können und daß wir für ihre Gegner nichts übrig haben.

Die irische Krise

Von Prof. Dr. M. J. Bonn, Direktor der Handels-Hochschule München

Das irische Problem in seinem innersten Kern ist nicht die Frage des Verhältnisses von zwei Ländern, wie es etwa das Verhältnis von Indien zu England ist. Es ist die Frage des Verhältnisses der beiden Völker zueinander, die Irland bewohnen.

1.

England hat Irland seit der Eroberung durch Kolonisten regiert. Diese Kolonisten zerfallen heute noch in zwei Bestandteile: die meist protestantische anglo-irische Aristokratie, die bis vor kurzem den ganzen Grundbesitz in Händen hatte. Sie stellt eine

Digitized by Google

dünne Oberschicht dar, die nur in den Städten etwas breiter wird. Daneben steht die geschlossene Siedlung in Ulster, vor allem in den vier Grafschaften, wo anglikanische und presbyterianische Bauern und Arbeiter neben Grundbesitzern und Siedlern wohnen. Während die Kolonistenbevölkerung außerhalb Ulsters nur ein paar Prozent der Bevölkerung ausmacht, beträgt ihre Stärke in den eigentlichen Ulster-Grafschaften zwischen 43 bis 79 Prozent der Gesamtheit.

Die Kolonisten haben Irland in der Vergangenheit regiert. Sie haben es äußerlich in weitgehendem Maße angliſiert: 1911 verstanden nur noch 13,3 Prozent der Bevölkerung die gälische Sprache. Sie haben sich zeitweilig als Vertreter einer eigenen anglo-irischen Nation gefühlt, — auch noch nach der Vereinigung von England und Irland im Jahre 1800 — bis die gewaltige Agrar-Revolution der 80er Jahre ihnen klar machte, daß sie sich nur durch den Schutz Englands den eingeborenen Elementen gegenüber zu halten vermochten. Von da ab traten sie leidenschaftlich für die Beibehaltung der Union mit England ein, während die Führer der Eingeborenen ein politisch selbständiges Irland verlangten. Diese benutzten die Agrarfrage, um die schlummernden nationalen Kräfte des Volks auszulösen. Sie erzwangen eine Agrarreform, die man am besten als „Entkolonisierung" bezeichnen kann, denn sie übertrug durch Kauf das Land der Kolonisten auf die Eingeborenen. Mit dem Land verlor die „englische Garnison in Irland" die eigentliche Macht; außerhalb Ulsters bildet sie heute eine einflußlose Minorität. Nur in Ulster ist die „Entkolonisation" nicht geglückt, da dort neben der Aristokratie ein hartes arbeitsames schottisch-englisches Volk sitzt, aus Grundbesitzern, Bauern, Fabrikanten und Arbeitern bestehend.

Während das irische Volk Selbstregierung forderte, wünschte die anglo-irische Aristokratie sowie das schottische Volk von Ulster die Beibehaltung der Union. Sie waren in gesicherter Stellung, solange das Oberhaus die alte Macht hatte, da ihre Standesgenossen eines Home Rule (Autonomie)-Gesetzes verhinderten. Die Gesetzgebung des Jahres 1911, die es dem Unterhaus ermöglichte, auch gegen den Willen des Oberhauses Gesetze zu machen, hat ihre Stellung erschüttert. Die Ulster-Leute taten sich daraufhin zusammen und erklärten, sie würden Home Rule mit bewaffneter Hand entgegentreten. Sie würden sich unter keinen Umständen vom irischen Irland regieren lassen. Sie drillten eine Armee und machten sich im Sommer 1914, als die Annahme des Home Rule-Gesetzes sicher war, zu bewaffnetem Widerstand bereit. Der Kern des irischen Problems ist also heute nicht, daß England den Iren nicht Selbst-Regierung geben will, sondern daß die Ulsterleute, zum Teil von der anglo-irischen Aristokratie unterstützt, gegen die Unterwerfung unter eine irische Regierung ebenso leidenschaftlich protestieren, wie es das irische Volk nur je gegen die Herrschaft Englands getan hat.

2.

Die nationale Partei in Irland ist immer in zwei getrennte Gruppen zerfallen. Die

Digitized by Google

Gemäßigten suchten weitgehende Autonomie innerhalb des britischen Reiches durch konstitutionelle parlamentarische Methoden zu erreichen. Die Terroristen erstrebten, wenn nötig mit Gewalt die Gründung einer „grünen Republik". Den Standpunkt der Ersten vertrat seit Ende der siebziger Jahre die parlamentarische Nationalisten-Partei mit allen ihren Schattierungen. Seit sie durch die Agrarreform große positive Erfolge erzielt hatte, umfaßte sie die Mehrheit des irischen Volkes. Nur in der Arbeiterbevölkerung der großen Städte dauerte der Geheimbund der „irischen republikanischen Bruderschaft" fort, der in den sechziger Jahren die Fenier-Bewegung getragen hatte. Die gleiche Scheidung fand sich bei den amerikanischen Iren, die in den amerikanischen Großstädten millionenstarke Bevölkerungsgruppen bildete. Nur war dort der revolutionäre Teil, der in England den Feind der Menschheit und Amerikas sah, weit stärker. Aber auch dort war seine Bedeutung im Abnehmen begriffen; die amerikanischen Iren wurden mehr und mehr Amerikaner. Wenn ihre Brüder in Irland zufrieden waren, so hatten sie kein Interesse an einer intransigenten Politik.

Die gemäßigte irische Reformbewegung scheiterte 1914 an der Rebellion in Ulster. Wenn das britische Reich ruhig zusah, wie Ulster die Befreiung Irlands mit Gewalt verhinderte, so hatte das nationalistische Irland ein Recht, seine Befreiung wenn nötig mit Gewalt zu versuchen. Diese Stimmung hatte vor der Ulster-Rebellion in einem kleinen Kreis literarischer Enthusiasten Eingang gefunden, die Irland ohne englische Reformen aus eigener Kraft zu einem selbständigen Gemeinwesen entwickeln wollten. Sie nannten sich daher „sinn fein" — „wir allein". Sie beantworteten die Ulster-Bewegung durch eine Organisation irischer Freiwilligen, die allerdings im Gegensatz zu Ulster nicht bewaffnet waren.

Der Ausbruch des Krieges führte zu einer Vertagung des Kampfes. Das Home rule-Gesetz wurde trotz Ulsters Widerstand angenommen. Den Ulster-Leuten wurde aber versprochen, es werde gegen ihren Willen nicht in Kraft treten. Die parlamentarische Partei setzte sich mit aller Kraft für die Sache der Alliierten ein. Sie wollte zeigen, daß Irland im Weltkrieg loyal war und Selbstregierung verdiene. Sie scheiterten wieder am Widerstand der kolonialen Gewaltpolitiker (Ascendancy-party). Der Einfluß dieser Gruppe in der Armee hinderte die Bildung irischer Truppenkörper. Er schloß zahlreiche irische Freiwillige von Offiziersstellen aus. Sie erschwerten so die freiwillige Rekrutierung, während sie gleichzeitig die allgemeine Wehrpflicht verlangten. Die Parlamentspartei geriet in Mißkredit, zumal der Führer der Ulster-Rebellen Sir Edward Carson Sitz im Kabinett hatte. Überdies flammte der alte Haß der amerikanischen Intransigenten vom neuem auf. Die Gelegenheit zu einem erfolgreichen Aufstand zu einer Zeit, wo England alle Hände voll hatte, schien endlich gekommen. Sie stellten Gelder zu einer Erhebung zur Verfügung, die mit deutscher Hilfe stattfinden sollte. Man sucht heute dem englischen Publikum einzureden, der irische Aufstand sei eine mit deutschem Geld angezettelte Verschwörung gewesen. Wer

Digitized by Google

Irlands Geschichte kennt, weiß, daß Englands Verlegenheiten immer Irlands Gelegenheiten gewesen sind. Wenn die Ulster-Rebellion nicht die volle Ausreifung der irischen parlamentarischen Reform verhindert hätte, so wäre die Gelegenheit, die der Weltkrieg brachte, nicht benutzt worden.

Der Osteraufstand von 1916 war trotz aller dramatischen Größe eine lokale Bewegung geblieben. Er ist von den Dubliner Arbeitern und den dortigen Sinn-Feinern gemacht worden. Er erschütterte die ganze Welt, vor allem Amerika. Er wurde aber erst durch die Fehler der englischen Regierung eine nationale Bewegung. Die irischen Gewaltpolitiker jubelten, daß endlich der Beweis irischer Treulosigkeit erbracht sei, ihr Widerstand gegen Home Rule sei gerechtfertigt. Einem solchen Volke dürfe man keine Freiheit geben. Sie begrüßten die englische Militärherrschaft und verlangten deren Fortdauer trotz der fürchterlichen Fehler, die begangen worden waren. Und sie forderten immer lauter die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht.

Das Ergebnis war eine Ausdehnung der Sinn-Fein-Bewegung und eine Verschmelzung derselben mit aktivistischen Ideen. Bis dahin hatten nur die städtischen Arbeiter eine revolutionäre Umsturzbewegung erstrebt, da sie an den Segnungen der Agrarreform nicht teilgenommen hatten. Jetzt stießen zu ihnen landlose Söhne von Bauern und ländliche Arbeiter. Die Agrar-Revolution lebte wieder auf, indem man die Verteilung großer Weidefarmen zum Teil mit Gewalt an landlose Leute ins Werk setzte. Der Heroismus der Sinn-Feiner und das Martyrium, das sie zu erdulden hatten, riß die irische Intelligenz und sogar die Kirche in ihre Kreise. Der rein ideale Nationalismus der Sinn-Feiner verschmolz sich mit sozialem Umsturz. Die Gemäßigten, die Irland in der parlamentarischen Partei vertraten, verloren reißend schnell an Einfluß. Obwohl Irland wirtschaftlich blühte, trieben nationale Begeisterung, soziale Unzufriedenheit, Angst vor der Wehrpflicht und Haß gegen die Gewaltpolitiker die Wähler für Sinn-Fein an die Urne.

3.

Die englische Regierung erkannte die Gefahr bald. Sie suchte mit aller Kraft durch eine Versöhnung zwischen Ulster und der parlamentarischen nationalen Partei die Revolutionspartei auszuschalten. Bei dem starken Einfluß, den die Iren in Amerika hatten, war die Lösung der irischen Frage für die Stellung Amerikas und die Stellung der britischen Kolonien zum Weltkrieg eine Lebensfrage. Völlige Sicherheit war nur durch einen Ausgleich der beiden irischen Völker zu erreichen. Nach mannigfachen mißglückten Versuchen berief die Regierung im Sommer 1917 einen Konvent ein, in dem alle irischen Parteien vertreten waren. Er sollte eine Einigung in die Wege leiten. Da aber die Sinn-Feiner die Teilnahme verweigerten, war er von Anfang an ein Rumpf-Konvent. Trotzdem brachte er im April 1918 einen Kompromiß-Bericht zustande, der die meisten Schwierigkeiten löste, mit Ausnahme des Verhältnisses von Ulster zu Irland.

Digitized by Google

Die Veröffentlichung dieses Berichtes fiel mit den ersten Ergebnissen der deutschen Offensive zusammen. Der Ruf nach Vermehrung der Armee durch Ausdehnung des dienstpflichtigen Alters wurde von den irischen Gewaltpolitikern begeistert aufgenommen. Sie verlangten die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Irland, da man unmöglich dulden könne, daß Irland an den Opfern, die England für die Menschheit bringe, nicht teilnehme. Lloyd George konnte ihrem Drängen nicht widerstehen. Er suchte aber in charakteristischer Weise die Unterstützung der Gewaltpolitiker zur Befriedigung der irischen Nationalitätsbestrebungen zu erwirken. Trotz aller Warnungen wurde die Wehrpflicht auf Irland ausgedehnt. Fast gleichzeitig versprach aber das Ministerium die Einbringung eines neuen Home rule-Gesetzes und drohte im Falle der Ablehnung mit seinem Rücktritt. Man hoffte so, nicht nur Soldaten zu bekommen, sondern auch den Widerstand Ulsters gegen Home rule auszuschalten. Denn man erwartete von dem Patriotismus der Ulster-Leute, daß sie als britische Loyalisten in der Krise des britischen Weltreichs Zugeständnisse machen würden.

Das fein ausgeklügelte Spiel schlug fehl. Die Ulster-Leute beharrten auf ihrem Schein. Die Regierung habe versprochen, keinen Zwang gegen sie auszuüben. Die Verknüpfung der Rekrutierungsfrage mit der Home rule-Frage bedeute eine Drohung mit Zwang und damit einen Wortbruch. Irland solle erst seine Pflichten erfüllen, ehe man ihm Selbstregierung gewähre. Durch das nationalistische Irland aber brauste ein Sturm der Entrüstung. Die Parlamentarier verließen Westminster als Zeichen des Protestes; sie kamen den Wünschen der Sinn-Feiner entgegen, die immer eine Boykottierung des britischen Parlamentes verlangt hatten. Sie schlossen sich mit diesen zu einer ständigen Konferenz im Dubliner Rathaus zusammen. Alle irischen Parteien mit Ausnahme der Ulster-Leute waren einig gegen die gewaltsame Einführung der Dienstpflicht. Die katholische Geistlichkeit erließ flammende Proteste, die man von der Seite der Ulster-Leute und ihren Anhängern durch eine Katholikenhetze zu beantworten suchte. Ganz Irland aber protestierte gegen die Zwangseinhebung und drohte mit gewaltsamer Erhebung. Man habe Irland zum Kampf gegen den preußischen Militarismus aufgerufen. Was hassenswert an diesem Militarismus sei, daß er die Bürger wider ihren Willen ungefragt den Zwecken des Staates opfere, das ahme man jetzt in Irland nach, dessen Söhne man für die Zwecke eines fremden Staates opfern wolle. Man könne nicht das Preußentum bekämpfen, indem man es übertreffe. Irland sei ein Land mit absterbender Bevölkerung. Es habe freiwillig soviel für die Sache der Alliierten getan, wie die Gewaltpolitiker ihm gestattet hätten. Nun wolle man nach Jahrhunderten der Unterdrückung und der Ausbeutung den letzten Tribut von der Blüte der irischen Jugend nehmen und Irlands Zukunft zerstören, ohne doch dem Reiche zu nützen. Für jeden Rekruten, den man ausheben könne, brauche man zwei Gendarme. Irlands Landwirtschaft, die sich während des Krieges als sicherste Grundlage der Ernährung des Mutterlandes erwiesen habe

Digitized by Google

— 700 000 Acres Land seien neu angebaut worden —, brauche die Menschen viel nötiger als die englische Armee. Sie seien dort viel nützlicher als auf den flandrischen Schlachtfeldern. Daß man das nicht einsehe, zeige deutlich, daß England eine gewaltsame Vernichtung der irischen Jugend plane. Das Versprechen der Selbstregierung sei eine Täuschung. Wenn man die Selbstregierung einführe und dem irischen Parlament die Einführung der Dienstpflicht überlasse, dann könnten die nötigen Rekruten nicht rechtzeitig auf das Schlachtfeld kommen. Verfüge man die Wehrpflicht vor Einführung der Selbstregierung, so habe man dem irischen Parlament von vornherein das wichtigste Recht entzogen, das Recht der Bestimmung über seine Söhne. Vorübergehend war das ganze nationalistische Irland einig; ebenso einig waren Ulster und seine aristokratischen Bundesgenossen. Die beiden irischen Völker wendeten sich gegen die Regierung, Irland gegen den Zwang, Ulster gegen Home rule.

Dazu kam die Rückwirkung auf die Kolonien und die Vereinigten Staaten. In den kriegslustigen Kreisen der Vereinigten Staaten ist die Sympathie mit Irland naturgemäß geringer geworden. Es erscheint unlogisch, daß amerikanische Iren nach Einführung der Dienstpflicht in Amerika ihr Leben für die Alliierten opfern müssen, während die Iren der Heimat frei sind. Auf der anderen Seite aber war der Anspruch Irlands als eigener Nation zu einleuchtend. Die englische Regierung suchte ängstlich die üble Wirkung der Bewegung in Irland auf Amerika zu verhindern, indem sie zum Beispiel der Entsendung einer Kommission Schwierigkeiten in den Weg legte.

Es hat in den letzten Wochen so ausgesehen, als ob von neuem eine Revolution in Irland ausbrechen sollte. Obwohl man in der irischen Frage nicht prophezeien soll — zum mindesten wenn man irische Dinge wirklich kennt — scheint diese Gefahr einstweilen vorüber zu sein. Es ist fast sicher, daß die Regierung nachgeben wird und die allgemeine Dienstpflicht in Irland nicht durchführen wird, obwohl das Gesetz sie verlangt. Man wird den Loyalisten nicht den Gefallen tun, die Sinn-Feiner und die parlamentarische Partei zu dauerndem Zusammenschluß zwingen. Man wird die irischen Garnisonen nicht verdoppeln, um ein paar widerwillige Rekruten einzufangen. Vielmehr hat der Vizekönig schon in einer öffentlichen Proklamation erklärt, man werde die freiwillige Rekrutierung wieder aufnehmen. Aber die englische Regierung müßte ihr Gesicht wahren. Zu diesem Zwecke hat sie eine Anzahl Führer von Sinn-Fein verhaften lassen und erklärt, sie besitze den Beweis ihrer Teilnahme an einer deutschen Verschwörung. Was sie an Beweisen vorgebracht hat, sind einstweilen wesentlich bekannte Korrespondenzen aus dem Jahre 1916, das einzige neue ist die Behauptung, ein deutscher Agent sei am 12. April 1918 in Irland festgenommen worden. Die Verhafteten versichern ihre Unschuld. Ob ihnen der Prozeß gemacht wird oder nicht, die Regierung hofft eins zu erreichen: sie hofft die revolutionäre Stimmung in Irland und ihre Förderer in Amerika zu diskreditieren. Man glaubt nun

Digitized by Google

einmal nicht in der Welt, daß Deutschland die Befreiung irgendeines Volkes ehrlich am Herzen liegen könne. Der Beweis der Verbindung mit Deutschland wirkt überall kompromittierend. Daher sind denn auch die leidenschaftlichsten Sinn-Feiner nicht deutschfreundlich, sondern nur englandfeindlich gewesen. Man hofft ferner der nationalen Partei einen Dienst dadurch zu erweisen, daß man die immer mächtiger werdenden Sinn-Feiner in Verruf bringt. Man erleichtert Präsident Wilson die Stellungnahme gegen irische Forderungen. Man hat England und das Reich gerettet und damit den Ulster-Leuten gezeigt, daß man den Mut zum Zugreifen hat.

Es ist aber recht wahrscheinlich, daß alles dies nicht verfangen wird. Man hat in der irischen Geschichte so oft mit falschen Dennunziationen gearbeitet und so häufig gefälschtes Beweismaterial vorgebracht, daß selbst die offiziellste Behauptung der Schuld nirgends als Beweis angesehen wird. Wenn es der englischen Regierung nicht gelingt, geradezu erdrückendes Beweismaterial gegen die Führer von Sinn-Fein zusammenzubringen, so wird sie nur eines erreichen: Irland ist immer ein Land der Märtyrer gewesen. Über 30 Jahre lang, bis zum Ausbruch der Oster-Revolution 1916, hat geschickte englische Staatskunst es vermieden, Irland neue Märtyrer zu geben. Die Toten der Oster-Revolution von 1916, die Hinrichtung Sir Roger Casements, die Schrecken der Militärdiktatur haben den Geist des Märtyrertums in Irland von neuem belebt. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Lloyd Georges geschmeidige Gerissenheit nicht nur ihn selbst und die ihn die stützen in Mißkredit bringen wird, sondern daß er der langen Reihe der Märtyrer der irischen Sache einige neue Opfer zugefügt hat.

*

Wir weisen den Leser darauf hin, daß er eine eingehende Darstellung der historischen Entwicklung in dem Buche von Professor Bonn, „Die englische Kolonisation in Irland" (zwei Bände, Stuttgart bei Cotta 1906), findet und eine Charakterisierung der neuerlichen Entwicklung in der Schrift „Irland und die irische Frage" (Duncker & Humblot 1917).

Die Schriftleitung

Das böhmische Problem

Von Reichsratsabgeordneter Franz Jesser, Zwittau

Wir bitten, diesen Aufsatz als Ergänzung der Ausführungen von Dr. Karl Leuthner in Heft 23 zu betrachten. Die Schriftleitung

In M.-Ostrau fand am 26. Mai d. J. eine von sämtlichen tschechischen Parteien einberufene Versammlung statt. Der sozialdemokratische Redner bekannte sich gleich den Vertretern der bürgerlichen Parteien für das tschechische Staatsrecht, d. h. für den selbständigen „böhmischen" Staat.

Digitized by Google

Viel bedeutsamer als dieses nationale Bekenntnis eines Sozialdemokraten ist die Auffassung vom Wesen dieses „böhmischen" Staates, die in der Rede des klerikalen Abgeordneten Kadlčak in folgenden Sätzen zum Ausdrucke kommt: „Die Deutschen in Böhmen und Mähren betonen jetzt, daß sie bereit seien, den von den Vätern ererbten Boden zu verteidigen. Aber die Deutschen versuchen etwas zu verteidigen, was niemals ihnen gehörte, noch gehört, noch gehören wird, weil sie bloß Gäste der Tschechen sind und in „unseren" Gebieten aus Gnaden der „böhmischen" Könige angesiedelt worden waren." Der katholisch-konservative Redner und Bauernvertreter spricht also den drei Millionen Deutscher in den Sudetenländern das Recht auf ihren Besitz ab, betrachtet also die gesamte Volkswirtschaft dieser das Königreich Sachsen an Umfang mehrmals übertreffenden Gebiete als Nationaleigentum des künftigen „böhmischen" Staates. Es ist nicht leicht, den nüchternen Reichsdeutschen begreiflich zu machen, daß diese Auffassung von der Unrechtmäßigkeit des deutschen Besitzes geradezu der stärkste Antrieb zur Agitation für den selbständigen „böhmischen" Staat ist. Der katholische Abgeordnete spricht aus, was die Sehnsucht der Millionen tschechischer Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeiter ist — der böhmische Staat für die „Böhmen"! Die Gänsefüßchen vor dem Worte „Böhmen" sollen den Mißbrauch dieses mehrdeutigen Wortes kennzeichnen. Dem Territorialbegriffe Böhmen oder böhmischer Staat wird der nationale Begriff der „Böhmen" = Tschechen unterschoben, so daß jeder Slawe den angeführten Satz im Sinne der sogenannten Revindikationstheorie[1] auslegt. Alles, was sich an Kultur, Wirtschaft, Naturschätzen und Arbeitskräften innerhalb der sehr weitgesteckten, auch reichsdeutsche Gebiete einschließenden Grenzen des künftigen böhmischen Staates befindet, ist „böhmischer", d. h. tschechischer Besitz.

Der gemeine Mann erwartet von der Errichtung eines selbständigen Staates nicht nur nationale, sondern auch finanzielle Vorteile. Wir gebrauchen absichtlich das Wort „finanziell", weil in den Köpfen der Massen die Überzeugung festsitzt, daß künftig nur Tschechen Besitz und Eigentum haben dürfen. Wenn der tschechische Bauer oder Arbeiter mit einem Deutschen in Streit gerät, so nennt er ihn einen Eindringling und gibt ihm den höhnischen Rat, darthin auszuwandern, woher er gekommen sei — nach Deutschland! Verfeinert kommt diese echt slawisch-bolschewikische Theorie in der Behauptung zum Ausdrucke, die Deutschen seien in ihrer Mehrheit nur germanisierte Slawen — es sei daher nur eine Wiederherstellung eines früheren Zustandes, wenn die den Slawen „entrissenen" Gebiete wieder in den Besitz der Nation gelangen. Wer sich daher nicht „rückslawisieren" lassen wolle, wer sich nicht als „Böhme" fühle, sei als Usurpator zu behandeln, der das seinen Vorfahren vor 600 Jahren eingeräumte Gastrecht mißbraucht habe.

Mit dieser volkstümlichen brutalen Auffassung kann aber die verantwortliche tsche-

[1] Wiedereroberungstheorie

Digitized by Google

chiſche Politik vor dem Forum Europas nicht arbeiten, am allerwenigſten in einer Zeit, da die Entente-Diplomatie den Kampf gegen jeden Imperialismus auf ihre Fahne geſchrieben hat. Sie legt ſich daher die Rolle eines unterdrückten Volkes zurecht und erklärt feierlich vor aller Welt, daß im künftigen „böhmiſchen" Staate volle nationale Gleichberechtigung herrſchen werde.

Der Widerſpruch mit dem volkstümlichen ſtaatsrechtlichen Ideale iſt nur ein ſcheinbarer — der gemeine tſchechiſche Mann weiß ganz genau, daß die „volle nationale Gleichberechtigung" nur ein diplomatiſcher Umweg zu dem von ihm erſehnten Ziele iſt.

Worin beſteht die angebliche Unterdrückung des tſchechiſchen Volkes? Die Landtage und die von ihnen gewählten Landesausſchüſſe ſind in Böhmen und Mähren überwiegend tſchechiſch. Die Landesverwaltung iſt alſo in tſchechiſchen Händen — und daß ſie im nationalen Intereſſe ausgenützt wird, beweiſt die winzige Anzahl deutſcher Landesbeamte, ſowie die vorzugsweiſe Behandlung der tſchechiſchen Landesteile bei dem Bau von Straßen, Eiſenbahnen, Krankenhäuſern, bei der Regelung von Bach- und Flußläufen u. a. m. Der Verkehr zwiſchen dem Landesausſchuß und den tſchechiſchen Gemeinden, Bezirken, Vereinen und Einzelperſonen wickelt ſich in tſchechiſcher Sprache ab. Das Schulweſen iſt geradezu muſterhaft organiſiert, das Vereins- und Genoſſenſchaftsweſen ſtärker entwickelt als im deutſchen Gebiete. Aber auch in der ſtaatlichen Verwaltung können die tſchechiſchen Teile der Sudetenländer nicht über Vernachläſſigung klagen — es ſei denn, daß ſie ſich durch die übermäßige Begünſtigung Galiziens benachteiligt fühlen. Darin ſtimmen aber die deutſchen Landesgenoſſen mit ihnen überein — und oft genug haben Deutſche und Tſchechen gemeinſame Sache gegenüber den ſogenannten paſſiven Kronländern gemacht. Auch im Verkehre mit den ſtaatlichen Behörden iſt das Recht der tſchechiſchen Sprache gewährleiſtet — Ausnahmen finden nur im Verkehre mit den Gerichten im deutſchen Sprachgebiete Böhmens ſtatt, ſowie in gewiſſen militäriſchen Angelegenheiten. Mähren wird reſtlos doppelſprachig verwaltet, Schleſien dort, wo es rein oder überwiegend tſchechiſch iſt, ebenfalls.

Deutſch iſt oder „ſoll" ſein die ſogenannte äußere Amtsſprache, d. h. die Sprache der Behörden untereinander — das gilt jedoch nur von ſtaatlichen Behörden, nicht vom Verkehre der Gemeinden, Bezirke mit ſtaatlichen Behörden. Aber ſelbſt die Klage über die angeblich rein deutſche Bureaukratie der Zentralbehörden, insbeſondere der Miniſterien, iſt ungerechtfertigt. Dank der Tätigkeit tſchechiſcher Miniſter ſind in einzelnen Miniſterien tſchechiſche Beamte in größerer Anzahl vertreten als dem Bevölkerungsanteile entſprechen würde. Die Briefe des verſtorbenen Finanzminiſters Kaizl ſind außerordentlich lehrreich für die Methoden der tſchechiſchen Beamtenpolitik. Noch beſſer iſt es um den tſchechiſchen Beſitzſtand in den Statthaltereien und Eiſenbahndirektionen Böhmens und Mährens beſtellt, ſelbſt in rein deutſchen Kron-

Digitized by Google

ländern, insbesondere in Wien, bilden sie einen namhaften Prozentsatz des Beamtenpersonals.

Was die Tschechen Unterdrückung nennen, ist eigentlich nichts anderes als der Zwang der Einordnung in den Gesamtstaat und die Beschränkung ihrer nationalen Entwicklung auf das geschlossene Sprachgebiet ihrer Nation.

Die Zugehörigkeit zum einheitlich geleiteten Gesamtstaate legt ihnen gewisse beschränkte Verpflichtungen im Gebrauche der staatlichen Vermittlungssprache auf und macht sie in zahlreichen Zweigen der Verwaltung und Gesetzgebung abhängig von „Wien" und der ministeriellen Bureaukratie. Da nun aber der in Wien herrschende Geist — ungeachtet aller Rassenmischung — doch deutsche Prägung trägt, so sehen die Tschechen in der engen Zugehörigkeit zum Einheitsstaate eine ihnen aufgezwungene Unterordnung unter die deutsche Vorherrschaft.

Es kann gegenüber reichsdeutschen Lesern nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß diese deutsche Vorherrschaft nicht von einem Herrenvolke oder einer deutschen Herrenkaste ausgeübt wird, sondern von der deutschen Kultur in deutschem Sprachgewande. Wenn die tschechischen Führer vor dem Kriege eine tiefe Verbeugung vor der deutschen Kultur gemacht und beteuert haben, daß ihr Kampf nur der deutschen Herrenkaste oder der politischen Vorherrschaft des deutschen Volkes gelte, so haben sie jetzt die Maske abgeworfen und schelten gleich den Völkern der Entente die deutsche Kultur unserer Zeit eine minderwertige. Sie wollen nicht „der kulturellen Germanisation" verfallen und bemühen sich schon seit mehreren Jahrzehnten nicht ohne Erfolg, die deutschen Kultureinflüsse durch französische zu ersetzen. Von jeder Stärkung des Bündnisses der beiden Kaiserreiche befürchten sie mit Recht eine Stärkung der deutschen kulturellen Anziehungskraft und als deren Folge eine Hemmung ihrer eigenen völkischen Ausdehnungskraft. Es ist das tragische Los des tschechischen Siebenmillionenvolkes, daß es zu groß ist, um als interessantes Restvolk einschließlich der Pflege seines Volkstums zu leben, daß es aber zu klein ist, um inmitten einer deutschen Umgebung dauernd eine große politische Rolle zu spielen.

Die diesem gesunden und begabten Volke innewohnende Lebenskraft sucht nach einem Auswege aus diesem Dilemma. Sich-Bescheiden dünkt ihm gleichbedeutend mit Verkümmern — will es die ersehnte politische Rolle spielen, dann muß es mit aller Kraft streben, größer zu werden. Die Hilfsmittel dazu bietet ihm sein Volksüberschuß, der sich nicht so sehr aus einer übermäßig hohen Geburtenziffer ergibt als aus der verhältnismäßig geringen Fassungskraft des überwiegend agrarischen Siedelungsgebietes. Der Menschenüberfluß ergießt sich in die überwiegend industriellen deutschen Randgebiete und in die menschenvernichtende Großstadt Wien. Dieses Überströmen des tschechischen Volksbeckens wurde nun in den Dienst des nationalen Ausbreitungsideals, in den Dienst eines kleinvölkischen Imperialismus gestellt Unter Aufwand großer Geldmittel und unter der Leitung straffer Organisationen

Digitized by Google

werden die Abwanderer ihrem urſprünglichen Volkstume zu erhalten geſucht. Die natürliche Aſſimilation wird durch Eingriffe vom geſchloſſenen tſchechiſchen Gebiete aus gehemmt und in den Abwanderern der Idealismus des nationalen Pioniers geweckt.

Dieſe tſchechiſchen Minderheiten im deutſchen Gebiete ſollen vor allem die deutſche Behauptung ad absurdum führen, als gäbe es ein geſchloſſenes deutſches Wohngebiet in den Sudetenländern und eine rein deutſche Reichshaupſtadt Wien.

Die ſo konſtruierte Gemiſchtſprachigkeit wird als Begründung für die wachſenden ſprachlichen Forderungen der in ihren nationalen Rechten zu ſchützenden tſchechiſchen Minderheiten angeführt. Und ſo wird denn die Reihenfolge der Sprachen auf der Amtstafel, auf den amtlichen Druckſorten und auf den Stationsgebäuden — kurz all das, was mit einem durch keine Sachkenntnis getrübten Spotte der Streit um den Leitomiſchler Nachtwächter genannt wird — zu einem Kennzeichen für den augenblicklichen Stand des nationalen Kampfes. Die tſchechiſche Rechnung erſcheint auf den erſten Blick ſehr zutreffend — der wachſende Menſchenbedarf der deutſchen Gebiete kann nur durch tſchechiſchen Zuzug befriedigt werden — gelingt es durch die nationale Selbſthilfe, durch die Gunſt der Staats- und Landesverwaltung, ſowie durch weiteſtgehenden geſetzlichen Minoritätenſchutz, dieſen Zuzug ſamt ſeinem Nachwuchs tſchechiſch zu erhalten, ſo muß in wenigen Generationen das einſt deutſche Gebiet überwiegend tſchechiſchen Charakter tragen. Darum erheben die Tſchechen immer wieder den Ruf nach mechaniſcher Gleichberechtigung, die ſie natürlich auch den deutſchen Minderheiten in ihrem Gebiete einräumen wollen. Damit fangen ſie faſt immer die objektiven Reichsdeutſchen ein, die nicht den fundamentalen Unterſchied im Charakter der Minoritäten beider Völker beachten — die tſchechiſchen ſind Vortruppen einer vordringenden Armee, die deutſchen Nachhuten einer zurückziehenden — die erſten ſind gefährlich, die zweiten höchſtens läſtig und von verzögernder Wirkung.

Wir nannten die Rechnung nur ſcheinbar richtig; denn die Ausbreitungskraft des tſchechiſchen Volkes hat den Höhepunkt bereits überſchritten. Die Induſtrialiſierung und Urbaniſierung des tſchechiſchen Wohngebietes hat namentlich in Böhmen überraſchende Fortſchritte gemacht, ſo daß ein Teil des Volksüberſchuſſes in der engeren Heimat lohnende Beſchäftigung findet. Man war daher vor dem Kriege berechtigt, von einem Abflauen der tſchechiſchen Invaſion der Maſſen zu ſprechen. Leider hat der Krieg dieſe günſtige Entwicklung geſtört — das deutſche Gebiet iſt ſtärker ausgeblutet, hat größeren phyſiologiſchen Schaden durch die Unterernährung erlitten als das tſchechiſche. Der zur Aufrechterhaltung ſeiner Volkswirtſchaft nötige Zuzug wird nur zum Teile aus dem tſchechiſchen Gebiete erfolgen; ein anderer Teil wird von den Slowaken, Oſtſlawen und Südſlawen geſtellt werden. Damit könnte man ſich nun abfinden, wenn nicht eine neue Form der tſchechiſchen Ausbreitung zu be-

Digitized by Google

fürchten wäre — der Zuzug tschechischer Unternehmer in der Landwirtschaft, im Gewerbe und in der Industrie. Sie werden dann dafür sorgen, daß die slawischen Arbeiter aus dem Osten und Süden nicht der Germanisierung verfallen, sondern sich dem sprachverwandten tschechischen Volkstume angliedern. Schon jetzt laufen aus allen deutschen Gauen Alarmrufe über systematischen Häuser- und Grundstückkauf durch Tschechen ein, die nicht selten Preise zahlen, vor denen der rechnende vorsichtige deutsche Kauflustige zurückschreckt. Wir stoßen hier auf dieselbe Erscheinung, die man auch im preußischen Osten konstatieren kann. Der Raummangel verbietet uns eine eingehende Erklärung dieses Wazemutes. Die Andeutung wird jedoch genügen, die Berechtigung des deutschen Widerstandes gegen die staatsrechtlichen Pläne der Tschechen zu erklären.

Durch die Errichtung eines „böhmischen" Staates, bestehend aus Böhmen, Mähren und Schlesien, erhielt die tschechische Mehrheit eine gewaltige politische Übermacht, die in Verbindung mit der geschilderten Ungunst der völkischen Struktur des deutschen Gebietes in sehr kurzer Frist zur Gemischtsprachigkeit und in weiterer Folge zur Slawisierung großer deutscher Landstriche führen würde — all das im Namen der Gleichberechtigung beider Nationen. Als gelehrige Schüler der Entente bedienen sich auch die Tschechen der Gerechtigkeit als Deckmantel eines weitausgreifenden Imperialismus.

Welche Forderungen stellen nun die Deutschen der Sudetenländer den tschechischen staatsrechtlichen Forderungen entgegen? Die deutschen Mährer und Schlesier verlangen im allgemeinen die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes, die Mährer insbesondere die vollständige Durchführung des angebahnten Ausgleiches im Sinne der sogenannten personalen nationalen Autonomie. Zu dieser Form sind sie durch die eigenartige zerstreute, inselartige Siedelung des deutschen Volkes gezwungen, die eine territoriale Zusammenfassung aller Deutschen in einem geschlossenen Verwaltungsgebiete nicht zuläßt. Sie sind dadurch in einer viel ungünstigeren Lage als die Deutschen in Böhmen und haben darum auch die größten nationalen Verluste trotz tapferer und sehr geschickter Gegenwehr zu verzeichnen. Die Deutschböhmen sind infolge der größeren Geschlossenheit ihres Siedelungsgebietes stark genug, einer ähnlichen Zersetzung ihres Wohngebietes, wie sie die deutschmährische Siedelung mit sich brachte, vorzubeugen. Sie fordern daher die nationale Selbstverwaltung auf territorialer Grundlage. Es gibt nun zwei Arten dieser Autonomie — eine im Rahmen des Kronlandes Böhmen, die zweite in der Form einer selbständigen, neu zu errichtenden Provinz Deutschböhmen.

In den langjährigen Ausgleichsverhandlungen vor dem Jahre 1914 hatte die Forderung einer Provinz Deutschböhmen lediglich taktische Bedeutung. Abgesehen von Nordböhmen im engeren Sinne mit seinem Mittelpunkte Reichenberg stand das übrige Deutschböhmen dieser Forderung nicht allzu sympathisch gegenüber. Im Sü-

Digitized by Google

den, Westen und im äußersten Osten der ringförmigen deutschböhmischen Siedelungen gab man sich keiner Täuschung über die technischen Schwierigkeiten einer Zusammenfassung aller deutschen Gebiete zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiete hin. Reichenberg als Hauptstadt dieser neuen Provinz lag denn doch gar zu exzentrisch. Außerdem mußte man bei der strengen Durchführung der Losung „Los von Prag" die zahlreiche, kulturell führende deutsche Minderheit in Prag aufgeben. Auch die Möglichkeit einer Verlegung der deutschen Universität nach einer deutschböhmischen Provinzstadt wurde von den Fachleuten, von den Hochschullehrern selbst, bezweifelt. Nahm man aber den Deutschen Prags die Hochschulen, so wären auch alle anderen Kultureinrichtungen, wie das deutsche Theater, lebensunfähig geworden.

Ob eine deutsche Provinzstadt die kulturellen Funktionen Deutsch-Prags übernehmen könnte, muß bezweifelt werden, denn die 40 000 Deutschen Groß-Prags gehören fast ausschließlich den geistigen Oberschichten an, ermöglichen also ein kulturelles Leben, das wir sonst nur in Großstädten mit mindestens 200 000 Einwohnern finden. Darum ersetzt heute die deutsche Minderheit in der Halbmillionenstadt Prag den übrigen Deutschen Böhmens die fehlende und nicht zu schaffende großstädtische Hauptstadt, die mehr ist als nur der Sitz der zentralen Provinzbehörden. Diese Bedenken gegen die Errichtung einer selbständigen Provinz bleiben unabhängig vom Kriege bestehen.

Dennoch ist augenblicklich keine Forderung volkstümlicher als diese. Los von den Tschechen — um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die Folgen, selbst auf die Gefahr hin, daß aus der ersehnten einen deutschen Provinz deren drei oder vier entstehen und daß Deutschböhmen nationale, kulturelle und wirtschaftliche Positionen ehrwürdigen Alters aufgeben muß! Lieber klein — aber mein! Das ist die augenblickliche Volksstimmung! Die Erbitterung gegen die Tschechen ist eben so stark, daß man für die dauernde Befreiung den höchsten Preis zu zahlen geneigt ist.

Unter dem Drucke der Volksstimmung haben die deutschen politischen Parteien einmütig die selbständige Provinz Deutschböhmen gefordert, sich also für die Auflösung eines Kronlandes ausgesprochen. Damit aber taten sie einen Schritt auf dem von den deutschen Sozialdemokraten gepriesenen Wege zur Auflösung der gesamten Monarchie in nationale Kreise bei gleichzeitiger Auflösung der Kronländer. Das hatte zur Folge, daß die Deutschen aller anderen Kronländer unruhig wurden und mit Besorgnis die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Deutschböhmen verfolgten. Noch ist es nicht an der Zeit, die schweren taktischen Fehler der deutschen Politik des letzten Jahres öffentlich zu besprechen — äußere Umstände, namentlich der Kaiserbrief mit seinen Folgen haben im letzten Augenblicke die Zertrümmerung der deutschen Gemeinbürgschaft verhindert. Die deutschösterreichischen bürgerlichen Parteien haben jetzt wieder zum Zentralismus zurückgefunden. Die Provinz Deutschböhmen wird — vorläufig zwar erst in den Kreisen der Politiker — nicht mehr als eine unbedingt zu

Digitized by Google

erfüllende Forderung aufrecht erhalten, man macht sich vielmehr wieder mit der Zugehörigkeit zum Kronlande Böhmen vertraut, man ruft nicht mehr „Los von Prag", sondern „Los von den Tschechen".

Die Besonnenheit hat zuletzt doch über die Leidenschaft und den Kantönligeist gesiegt, die Freunde einer reinlichen Scheidung zwischen Deutschen und Tschechen scheiden sich auch von den „Abgrenzungsfanatikern", gegen die der Obmann des deutschen Volksrates in Böhmen erst jüngst öffentliche Klage erhoben hat, weil sie leichtherzig zur Aufgabe alter deutscher Minderheiten bereit seien.

Man kann also wohl das künftige Programm der Deutschböhmen mit folgenden Worten kennzeichnen: Möglichst weitgehende nationale Abgrenzung, damit die zu errichtenden staatlichen Verwaltungsbehörden der zweiten Instanz (Kreisregierungen) bezw. die ihnen entsprechenden autonomen Behörden erster Instanz (Kreisvertretungen) national möglichst einheitlich seien. Mit der Kreiseinteilung soll auch die Gerichtssprengeleinteilung erneuert werden, so daß auch hier die doppelsprachigen Bezirksgerichte und Kreisgerichte verschwinden. Dadurch, daß den Kreisregierungen zahlreiche Agenten der Statthalterei zugewiesen werden, den Kreisvertretungen aber zahlreiche Agenten der Selbstverwaltung, die bisher dem Landesausschusse vorbehalten und dort stets Gegenstand erbitterter nationaler Kämpfe waren, werden die Reibungsflächen verringert und die deutschen Wünsche, die in dem Rufe „Los von den Tschechen" enthalten sind, teilweise erfüllt. Die nationale Sektionierung ist übrigens im Landesschulrate und im Landeskulturrate längst durchgeführt und hat sich ausgezeichnet bewährt.

Wenn man die deutschen Gebiete von der Gefahr befreit, daß eine tschechische Landesverwaltung ihren Einfluß zugunsten der tschechischen Minderheiten ausüben könne, so kann man von deutscher Seite einen entsprechenden Minoritätenschutz zugestehen, der natürlich gegenseitig sein müßte. Bei dieser Lösung bleibt die Landeseinheit Böhmens, die ja auf jeder Landkarte in die Augen springt, erhalten, trotzdem jeder Nation eine weitgehende nationale Selbstverwaltung innerhalb ihres geschlossenen Wohngebietes eingeräumt ist. Auch die Frage des Sprachengebrauches bei den Behörden wäre nicht allzu schwer zu regeln, wenn die Tschechen endlich grundsätzlich ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet anerkennen würden.

Vorläufig betrachten aber die Tschechen diese deutschen Forderungen als Landeszerreißung und als Hochverrat gegen den „böhmischen" Staat. Ganz Böhmen ist die Heimat der Tschechen, und überall im Lande muß ihnen völlige Freiheit der nationalen Entwicklung zugestanden werden. Daß sich hinter dieser mechanischen Gleichberechtigung ein bösartiger Imperialismus verbirgt, haben wir früher nachgewiesen. Übrigens soll nicht verhehlt werden, daß zahlreiche deutsche Politiker, zu denen auch der Verfasser gehört, allen diesen Schutzmaßregeln nur einen bedingten Wert zuerkennen. Sie sind nur dann dauernd wirksam, wenn zugleich energisch an die Behe-

Digitized by Google

bung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der völkischen Not geschritten wird. Dennoch wäre es verfehlt, das Gute liegen zu lassen, weil man das Bessere noch nicht erreichen kann.

Die österreichische Regierung hat nun endlich einen kleinen Schritt getan, indem sie am 19. Mai d. J. durch eine Ausführungsverordnung zu einem geltenden Gesetze (also nicht durch eine verfassungswidrige § 14-Verordnung) die Errichtung von Kreisen anordnete und zugleich die Sprengel der Bezirkshauptmannschaften national abgrenzte. Unmittelbare praktische Folgen hat diese Verordnung nicht; denn die zwei ersten Kreise (Prag-Land und Leitmeritz) sollen erst am 1. Januar 1919 errichtet werden. Die Abgrenzung der Bezirkshauptmannschaften steht also vorläufig noch auf dem Papiere, die der Gerichtssprengel wird überhaupt nicht berührt. Auch die Bezirksvertretungen, die vielfach national gemischt sind, bleiben bestehen, da ja ihr Ersatz — die nationalen Kreisvertretungen — noch nicht geschaffen ist.

Und doch ist die Verordnung der Regierung nicht wertlos! Zwar ist sie nur vom Minister des Innern unterschrieben, kann also von einem Nachfolger wieder zurückgezogen werden. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß sich unsere regierenden Kreise dieses Hintertürchen absichtlich offen gehalten haben, „man kann ja nicht wissen, ob man nicht doch noch der innersten Abneigung gegen die Deutschen unbesorgt Ausdruck geben kann". — Liebe zum deutschen Volke ist also nicht die Veranlassung, sondern die Furcht, daß der letzte Stützpfeiler des Staates und der Dynastie versagen könne. Einen großen Erfolg hat die in ganz Deutschösterreich auflebende Empörung wider die unverantwortlichen Regenten gehabt: Die Kreisverordnung des Ministers Toggenburg kann nur dann zurückgenommen werden, wenn eine künftige Regierung nicht vor dem offenen Bekenntnis der Deutschfeindlichkeit zurückschreckt. Auch ohne Unterschrift ist die Kroye gezwungen, künftig Farbe zu bekennen. Ein Widerruf dieser Verordnung wäre eine offene Kriegserklärung an das deutsche Volk in Österreich!

Will die Regierung die Verhältnisse in Böhmen gründlich ordnen, dann stehen ihr nur zwei Wege zur Verfügung: der Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen oder das Oktroy!

Vielleicht schafft eine gründliche Niederlage der Entente bei den Tschechen jene geistige Disposition, die für die Ausgleichsverhandlungen nötig ist. Wahrscheinlicher ist aber, daß die Regierung gezwungen sein wird zu wählen zwischen dem Widerruf der Pfingstverordnung oder dem Ausbau dieser Verordnung durch ein Oktroy!

Die endgültige politische Entscheidung wird erst nach der endgültigen militärischen Entscheidung des Krieges fallen. Weil Deutschösterreich hofft, daß ein Sieg dauernde Ordnung im Staate schaffen wird, erträgt es die unerhörtesten Mißhandlungen durch eine unfähige Bureaukratie und bringt Geld- und Blutopfer, die größer sind als die der Deutschen im Reiche. Wehe dem Staate, wenn diese Getreuen enttäuscht werden!

Digitized by Google

Einen kleinen Vorgeschmack haben unsere Regierenden in den letzten Tagen erhalten, als das kaisertreue Tirol eine unzweideutige Absage nach Wien und an die Dynastie richtete. In dem Jahre seit dem Tode Franz Josefs I. ist ein großes patriotisches Kapitel vergeudet worden. Es wird Jahrzehnte dauern, bis der altösterreichische Patriotismus wieder seine alte Stärke erreicht haben wird. Die Pfingstverordnung für Böhmen hat beruhigend gewirkt — ihre Herausgabe war eine kluge politische Tat. Mögen ihr bald andere folgen!

Zur Geschichte der Mission Lord Haldanes (1912)

Von Dr. Friedrich Thimme

Schon einmal bin ich in diesen Blättern (Nr. 36 vom 7. September 1917) der systematischen Angriffe des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg durch den bekannten Grafen E. Reventlow entgegengetreten. Damals handelte es sich um den Vorwurf, daß der fünfte Kanzler die deutsche Wehrkraft in den Jahren vor dem Kriege auf das sträflichste vernachlässigt habe. Ich konnte diesem Vorwurf mit dem schlagenden Nachweis entgegentreten, daß dank Bethmann Hollweg die deutsche Heeresstärke sich in dem Jahrfünft von 1909 bis 1913 annähernd ebensosehr vermehrt habe wie in den ganzen Jahren von 1871 bis 1909, und ich stellte unwidersprochen fest: „Herr von Bethmann Hollweg hat die allergrößten Verdienste um unsere militärische Wehrkraft und damit auch um unser militärisches Durchhalten im Weltkrieg, ja er war mehr als einer seiner Vorgänger ein ‚militärischer Kanzler'." Heute erhebt Graf Reventlow gegen Bethmann Hollweg die Anklage, daß er, wenn nicht das Heer, so doch die deutsche Flotte als ein geschworener Feind der deutschen See- und Weltgeltung nach Möglichkeit niedergehalten habe. Kein anderer soll schuld daran sein, daß wir den Engländern zur See nicht längst den Garaus gemacht haben. Wörtlich schreibt Graf Reventlow in einem Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung" „Lehren aus der Skagerrak-Schlacht" vom 30. Mai:

„Nur die Schwäche der deutschen Hochseeflotte hat unmöglich gemacht, daß der Seekrieg und damit die Gesamtlage eine entscheidende Wendung durch die Skagerrak-Schlacht erhielt. Wäre die Hochseeflottenbaupolitik vor dem Kriege, besonders während der letzten fünf Jahre vorher mit größerer Energie — dank Bethmann Hollweg geschah das nicht — betrieben worden, so hätte ein entscheidender deutscher Sieg alle Wahrscheinlichkeit für sich gehabt. Die Leistungen und Erfolge der deutschen Flotte machen die Feststellung einer solchen Wahrscheinlichkeit zu einer nüchternen Schlußfolgerung."

Nun liegt aber auf der Hand, daß für die Hochseeflottenbaupolitik vor dem Kriege in erster Linie der zuständige Chef des Reichsmarineamts, also Herr von Tirpitz, die Verantwortung trägt. Es war Herr von Tirpitz, der in dem Jahrfünft vor dem Kriege immer wieder vor dem Forum des Reichstags erklärte: Wir wollen ja gar keine größere Flotte! Er war weit entfernt davon, das bestehende Verhältnis zwischen der deutschen

Digitized by Google

und der englischen Flotte durch ein Wettrüsten ändern zu wollen, wünschte dieses Verhältnis vielmehr auf die Dauer erhalten zu sehen: „Es drückt aus, daß wir nicht beabsichtigen und nicht beabsichtigt haben, in Konkurrenz mit England zu treten. Es gibt uns ein solches Maß von Macht, daß es schwer ist, uns anzugreifen. Dieses Maß wird durch das Flottengesetz erhalten; mehr brauchen wir nicht! Es kann nicht die Rede davon sein, daß wir England gegenüber aggressiv vorgehen wollen, denn zu einem aggressiven Vorgehen gehört ein erhebliches Übergewicht." (6. Februar 1913.)

Tirpitz dachte also im Jahre 1913, kurz vor dem Kriege, noch gar nicht an ein aggressives Vorgehen gegen die englische Flotte à la Skagerrak. Daran hätte Graf Reventlow denken sollen, als er jetzt Bethmann Hollweg noch zu besonderem Vorwurf machte, vom Beginn des Krieges an getan zu haben, was er konnte, um ein ernstes deutsch-britisches Zusammentreffen auf der See zu verhindern, und nach der Seeschlacht in seinem Unmut (!) über den Sieg die „Legende" verbreitet zu haben: der siegreiche Erfolg der deutschen Flotte sei eigentlich nur einem Zufalle zuzuschreiben, man habe ein ganz außerordentliches „Schwein" bei der Sache gehabt, das dürfe aber auch nicht wieder aufs Spiel gesetzt werden. Nun, wenn Bethmann Hollweg so gedacht und gehandelt hätte, was aber eine ganz haltlose Unterstellung und Verdächtigung ist, so hätte er sich auf Herrn von Tirpitz' Äußerungen berufen dürfen. Erst recht hätte er die Autorität des Staatssekretärs des Marineamts für sich in Anspruch nehmen können, wenn ihn irgendein vorwitziger Kritiker allzu saumselig in der Flottenbaupolitik gefunden hätte. Tirpitz hat es doch ganz ausdrücklich und wiederholt gesagt: mehr brauchen wir nicht!

Aber wird Graf Reventlow ungeduldig einwerfen: die große Flottenvorlage von 1912! Beweist sie nicht, daß Tirpitz' Worte nur den Zweck hatten, nach Talleyrandschem Vorbilde seine eigentlichen Absichten zu verschleiern? Beweist sie nicht doppelt und dreifach zuungunsten Bethmann Hollwegs, da dieser es doch war, der im Zusammenhang mit der Mission Lord Haldanes im Jahre 1912 die Flottenvorlage ganz gegen Tirpitz' Wunsch und Willen zusammenstrich? Man höre nur, was Graf Reventlow über die Verstümmelung des großartigen Flottenplanes bei Gelegenheit der „berüchtigten" Mission Haldanes zu erzählen weiß:

„Bethmann bot nicht nur künftige Zugeständnisse an, sondern machte solche schon praenumerando, indem die Tirpitzsche Flottenvorlage von 1912 auf weniger als die Hälfte zusammengestrichen wurde. Das Ziel der Bethmannschen Aktion: ein Neutralitätsabkommen mit Großbritannien zustande zu bringen, zerschlug sich, wie zu erwarten war, vollkommen. Das Ergebnis war ein in jedem Sinne negatives und dem deutschen Ansehen abträgliches."

(„Deutsche Tageszeitung" vom 15. Juli 1917.

Ein andermal drückt sich Graf Reventlow folgendermaßen aus:

„Gerade durch Bethmann Hollwegs damaliges Verhalten tritt ja auch in hellstes Licht seine Kurzsichtigkeit und Schwäche, daß nämlich der Kanzler zunächst praenumerando die Flotten-

Digitized by Google

vorlage zur Unkenntlichkeit verstümmelte, dann bei England Ablehnung seiner Neutralitätswünsche erfuhr, und dann doch bis zum 3. August gleichwohl fest an britische Neutralität im großen Kriege glaubte." („Deutsche Tageszeitung" vom 1. Juni 1918.)

Von alledem ist aber auch nicht ein einziges Wörtlein wahr. Wir sind inbezug auf die Mission Lord Haldanes nicht etwa, wie Graf Reventlow noch in der letzten Auflage seines Buches „Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914" behauptet, nur auf Kombinationen, außerdem auf Auslassungen der englischen Presse angewiesen, sondern es liegen authentische Mitteilungen sowohl der deutschen wie der englischen Regierung über die durch Lord Haldane eingeleiteten deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen vor. Der englische, den Akten des Londoner Auswärtigen Amts entnommene Bericht über die Vorgänge von 1912 ist veröffentlicht am 1. September 1915; die amtliche deutsche Gegenerklärung, die eine Anzahl von Berichten des deutschen Botschafters in London Grafen Wolff-Metternich im Wortlaut bringt, ist vom 8. September 1915; beide sind seinerzeit in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" abgedruckt worden und heute jedermann, u. a. in dem „Deutschen Geschichtskalender" (Jg. 1915 II, S. 449 ff.) zugänglich. Und dieses authentische und dokumentarische Material läßt Graf Reventlows Behauptungen über die Mission Haldanes im Nu zusammenbrechen.

Der Zweck der Mission Lord Haldanes ist, wie männiglich bekannt, gewesen, festzustellen, ob nicht durch ein Entgegenkommen Englands in anderen Dingen, etwa in kolonialen Fragen, ein Verzicht auf die Tirpitzschen Flottenbaupläne, über deren Grundrichtung — Bildung eines dritten aktiven Flottengeschwaders aus den Beständen der Reserveflotte, ev. soweit diese nicht zureichten, durch allmählichen Neubau der fehlenden Schiffe — man in England seit dem Herbst 1911 unterrichtet war, zu erreichen stände. Graf Reventlow scheint in seinem Buche „Deutschlands auswärtige Politik" andeuten zu wollen, daß die böse Wilhelmstraße in bezug auf den Inhalt der Flottenbaupläne nicht dicht gehalten hätte; es waren aber, wie man unschwer aus der englischen Presse feststellen kann, nicht zuletzt — Graf Reventlows Aufsätze in der „Deutschen Tageszeitung", die der englischen Regierung Wind von dem Kommenden gegeben haben. Völlig unsinnig ist natürlich der Gedanke, daß Bethmann Hollweg schon praenumerando, d. h. ehe Lord Haldane in Berlin eintraf (8. Februar), die Tirpitzschen Pläne auf weniger als die Hälfte verstümmelt habe. Selbst ein diplomatisches Wickelkind hätte sich ja sagen müssen, daß, wenn man die Absicht hatte, allerhand schöne Gegengaben etwa in Gestalt eines deutsch-englischen Verständigungs- und Neutralitätsabkommens herauszuschlagen, das einzig Gegebene sein mußte, die Flottenpläne zu steigern, statt sie zusammenzustreichen. Es läßt sich übrigens auch durch einen einfachen Vergleich der Daten feststellen, daß von einer Praenumerando-Beschneidung gar nicht die Rede sein kann. Lord Haldane kam am 8. Februar in Berlin an; nach seiner schon am 11. erfolgten Abreise wurden die Ver-

Digitized by Google

handlungen von Kabinett zu Kabinett durch Vermittlung des deutschen Botschafters in London fortgesetzt. Am 8. Februar aber war die Tirpitzsche Vorlage noch gar nicht beim Reichskanzler eingegangen; fest stand nur ihre allgemeine Grundrichtung, die Bildung des dritten aktiven Schlachtgeschwaders aus der Materialreserve, also auf organisatorischem Wege; aber hinsichtlich der etwa aushilfsweise erforderlichen Neubauten von Schiffen hatte Tirpitz überhaupt noch keine festen Wünsche beim Reichskanzler angemeldet! Noch am 22. Februar, als Haldane längst abgereist war, konstatierte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß bisher weder über die Höhe der Forderungen noch über die Art ihrer Deckung Beschlüsse gefaßt seien. Auch die „Deutsche Tageszeitung" alias Graf Reventlow bestätigte am 24. Februar, daß von den Stellen, die berufen seien, die Vorlage für den Bundesrat vorzubereiten — also in erster Linie von dem Reichsmarineamt — noch nichts, rein gar nichts über die Höhe der Forderungen beschlossen sei. Es ist also völlig aus der Luft gegriffen — wagt Graf Reventlow das auch jetzt noch zu bestreiten? — daß der Kanzler praenumerando die Tirpitzsche Vorlage zusammengestrichen oder verstümmelt habe. Daß es aber auch nicht postnumerando geschehen ist, ergibt sich schlüssig aus dem oben erwähnten aktenmäßigen und authentischen Material.

Der Verlauf der englisch-deutschen Verständigungsverhandlungen hat sich ja höchst einfach abgespielt. Von Anfang bis zu Ende handelte es sich eigentlich nur um zwei sich gegenseitig bedingende Objekte: die von den Engländern als bedrohlich empfundene Erhöhung der deutschen Schlachtflotte auf der einen, den von der deutschen Regierung als Preis für ein Entgegenkommen verlangten Abschluß eines festen Neutralitätsabkommens auf der andern Seite. Versuche Lord Haldanes, dafür ein Eingehen auf koloniale Wünsche Deutschlands als Ersatz zu substituieren, sind von vornherein mit freundlicher aber fester Entschiedenheit abgelehnt. Anfänglich forderte man deutscherseits ein absolutes Neutralitätsabkommen, im Laufe der Verhandlungen ließ man in diesem Punkte ein wenig nach, ohne Wesentliches preiszugeben. Englischerseits suchte man das Neutralitätsabkommen bis zur absoluten Wertlosigkeit zu verwässern und herabzudrücken; sich irgendwie fester zu engagieren, lehnte man mit Rücksicht auf mögliche Verstimmungen in Petersburg und Paris ab. Man lese die mannigfachen Entwürfe und Gegenentwürfe über das Neutralitätsabkommen in den deutschen und englischen Publikationen, die in der Hauptsache völlig übereinstimmen, nach. Nach dem englischen Material hat die deutsche Regierung ein Entgegenkommen gegen Englands kategorische Forderung, von der ganzen organisatorischen Vermehrung der Schlachtflotte abzusehen, a priori ebenso kategorisch abgelehnt; das deutsche ceterum censeo war und blieb: nur für den Fall eines klaren und festen Neutralitätsabkommens könne ein Entgegenkommen gegen Englands maritime Wünsche in Aussicht gestellt werden; im anderen Fall müsse es aber bei dem Flottenprogramm sein Bewenden haben. Im Laufe des März teilte der Botschafter Graf Metternich

Digitized by Google

dem Staatssekretär Sir E. Grey den Inhalt eines Briefes des Reichskanzlers mit, in dem es hieß, daß, weil die von England vorgeschlagene Formel eines Neutralitätsabkommens vom deutschen Standpunkt aus unbefriedigend sei und die englische Regierung sich außerstande sehe, einer weitergehenden Neutralitätsformel zuzustimmen, der Flottenentwurf, so wie er inzwischen vorgelegt sei, weiter verhandelt werden müsse.

In vollstem Einklange damit steht das aktenmäßige deutsche Material. Danach wurde Graf Metternich in der zweiten Hälfte März angewiesen, der englischen Regierung keinen Zweifel darüber zu belassen, daß das Zustandekommen einer auf ein gegenseitiges Schutzabkommen hinauslaufenden, die englische Neutralität in weitgehender Weise sicherstellenden Vereinbarung die absolute Voraussetzung bilde, unter der allein der Reichskanzler bei dem Kaiser einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der Flottenvorlage würde befürworten und der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber rechtfertigen können! Und als Graf Metternich am 29. März melden mußte, daß England endgültig ablehne, ein politisches Abkommen mit Deutschland zu treffen, da erhielt der Botschafter die Anweisung, der englischen Regierung unumwunden zu sagen, daß für die deutsche Regierung jede Möglichkeit entfalle, eine den englischen Wünschen entgegenkommende Änderung der Flottennovelle in Erwägung zu ziehen.

Hiernach ist es absolut klar, daß weder praenumerando noch postnumerando die deutsche Flottenvorlage von 1912 durch die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen beeinträchtigt worden ist. Alles, was Graf Reventlow in dieser Beziehung von Bethmann Hollwegs Nachgiebigkeit, freiwilliger Verstümmelung der eigenen Macht usw. fabelt, ist leere, haltlose Kombination. Bethmann Hollweg hat bei den Verhandlungen im Jahre 1912 so wenig Schwäche gezeigt, daß man eher in vollem Ernst die Frage aufwerfen könnte, ob nicht ein teilweises Entgegenkommen gegen die maritimen Wünsche Englands doch ein brauchbares Abkommen zwischen beiden Regierungen auf der Grundlage einer Neutralitätserklärung und auch einer stärkeren Bindung des englischen Flottenbauprogramms ermöglicht hätte, ein Abkommen, aus dem heraus, wie lose die Verpflichtungen auch immer gefaßt sein mochten, sich doch die Möglichkeit eines zunehmenden freundschaftlichen Einverständnisses und die größere Unwahrscheinlichkeit eines späteren kriegerischen Zusammenstoßes ergeben hätte. Es gibt viele urteilsfähige Männer, die dieser Ansicht zuneigen. Graf Reventlow freilich erhebt im Gegenteil die schwere Anklage gegen Bethmann Hollweg, daß er nicht, gewitzigt durch das Scheitern der Verständigungsverhandlungen, „durch eine nunmehr sofort eingebrachte große Flottenvorlage Unabhängigkeit und Furchtlosigkeit gezeigt und die deutsche Seerüstung so schnell wie möglich gestärkt habe".

Aber dieser Vorwurf richtet sich an eine durchaus falsche Adresse; er trifft nicht

Digitized by Google

Herrn von Bethmann Hollweg, sondern Herrn von Tirpitz! Es ist ja richtig, daß Tirpitz unter dem Eindruck des Scheiterns der Verständigung mit England über die inzwischen eingebrachte und auch vom Reichskanzler mit Nachdruck vertretene Flottenvorlage hinaus, die ja auch schon die Ergänzung des dritten Schlachtgeschwaders durch gewisse Neubauten vorsah, den schnelleren Ersatz einiger älterer Kreuzer gewünscht hat. Graf Reventlow spricht von „mindestens drei größeren Kreuzern". Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob diese drei größeren Kreuzer, die doch auch erst gebaut sein wollten, der deutschen Flotte die nach ausdrücklichem Zeugnis Tirpitz' nur bei einem „erheblichen Übergewicht" eintretende Möglichkeit eines aggressiven Vorgehens gegen die englische Flotte gegeben, und ob sie die Seeschlacht vor dem Skagerrak zu einem ein für allemal entscheidenden Seesieg gestaltet haben würden. Sicher ist jedenfalls, daß Tirpitz mit seinen Mehrforderungen nicht etwa an Bethmann Hollweg, sondern lediglich an der Präponderanz der gleichzeitigen militärischen Forderungen gescheitert ist. Graf Reventlow, mit dem ich mich über diese Dinge bereits im „Berliner Tageblatt" auseinandergesetzt habe[1], will das nicht gelten lassen; er höhnt über die „Legende" von der Konkurrenz der Armee und Marine, die trefflich zur Verschleierung der tatsächlichen Lage passe, und die ich anscheinend von Herrn von Bethmann Hollweg bezogen hätte. Das ist natürlich wieder eine leere Kombination Graf Reventlows. Ich habe weder einen Bezugsschein in Hohenfinow präsentiert, noch von dort erhalten. Meine Gewährsmänner sind vielmehr wieder einmal Herr von Tirpitz und Graf Reventlow höchstselbst. Ausdrücklich hat Herr von Tirpitz am 22. April 1912 im Reichstag konstatiert: „Auch andere Wünsche wie z. B. der frühere Ersatz großer Kreuzer mußten zurückgestellt werden, *da auch das Heer einer großen Verstärkung dringend bedarf.*" Und Graf Reventlow hat es schon am 12. Januar 1912 in seinem Leiborgan mit schöner Offenheit ausgesprochen, daß die Höhe der Forderungen für Armee und Marine eine nach oben hin festbegrenzte Geldsumme darstelle, so daß die Höhe der Marineforderungen abhängig bleibe von den Militärforderungen!

Das ist überhaupt das Amüsante, daß der Graf Reventlow von 1912 den Grafen Reventlow von heute überall schonungslos ad absurdum führt. Will man es glauben, daß Graf Reventlow im Jahre 1912 zu den eifrigen Befürwortern einer deutsch-englischen Verständigung gehörte, und daß er bereit war, nicht die halbe, sondern die ganze Tirpitzsche Flottenvorlage zu diesem Zwecke zu sistieren? Im „Berliner Tageblatt" habe ich bereits eine höchst charakteristische Auslassung Graf Reventlows dafür mitgeteilt, die ihrem Wortlaut nach so klar und eindeutig ist, daß auch die nachträgliche Anwendung des berühmten Michaelisschen Grundsatzes „wie ich sie auffasse" die Beweiskraft nicht abschwächt. Es mag hier noch eine andere Auslassung Graf Reventlows wiedergegeben werden, weil sie zeigt, wie er noch 1912 gläubig zu Herrn

[1] Vergl. „Berliner Tageblatt" Nr. 274, 277; Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" Nr. 276, 279.

Digitized by Google

von Bethmann Hollweg aufſchaute. Am 14. März 1912 ſchrieb er in der „Deutſchen Tageszeitung“:

„Es liegt kein Grund vor, die deutſch-engliſchen Verhandlungen an ſich als ſchädlich anzuſehen. Werden ſie deutſcherſeits in aller Ruhe und Sachlichkeit bis zu ihrem poſitiven oder negativen Ende geführt, ſo kann ſich die Poſition Deutſchlands dabei weder in dem einen noch im andern Falle verſchlechtern, wenn anders nicht die Grundſätze völlig verlaſſen würden, die der Reichskanzler wiederholt in klarer und beſtimmter Form feſtgelegt hat.“

Nun dieſe Grundſätze — der Reichskanzler hat ſie in ſeiner Rede vom 30. März 1912 über die deutſch-engliſchen Beziehungen formuliert — ſind auch nicht einen Augenblick verlaſſen worden, und die Verhandlungen von 1912, deren Verlauf heute Graf Reventlow „ſchmachvoll“ nennt, und die nach ihm das Anſehen des Deutſchen Reiches geradezu kompromittiert hätten, konnten nach ſeinem eigenen Zeugnis von 1912 die Poſition Deutſchlands überhaupt nicht verſchlechtern, haben es ſelbſtverſtändlich auch nicht getan. Im Gegenteil: der tatſächliche Verlauf der Miſſion Haldane, wie er ſich unwiderleglich aus den bisherigen Veröffentlichungen ergibt, iſt und bleibt einer unſerer ſtärkſten Trümpfe in unſerer moraliſchen Rüſtung. Daß ſelbſt die Ausſicht, die die deutſche Regierung damals England eröffnete, von dem Alpdruck der deutſchen Seerüſtungen erleichtert zu werden, die engliſche Regierung nicht vermocht hat, die ihr von Deutſchland entgegengeſtreckte Hand zu ergreifen, das iſt eine hiſtoriſche Tatſache, die das weltgeſchichtliche Urteil über unſer Verhalten, und damit unſere Weltgeltung, auf das günſtigſte beeinfluſſen muß und wird. Darüber hinaus aber erweiſt ſich Graf Reventlow in ſeiner Bethmann-Offenſive als einer jener Geiſter, die ſtets das Böſe wollen und ſchließlich doch durch ihre eigene Niederlage das Gute, in dieſem Falle eine gerechtere Würdigung des vielgeſchmähten Kanzlers, ſchaffen und anbahnen!

Der Krieg als Förderer der Truſtbildung

Ein ſehr fachkundiger Eiſenfachmann behauptete neulich allen Ernſtes, daß er auf Grund eingehender Berechnung das jährliche Kriegseinkommen des Herrn Auguſt Thyſſen auf 300 bis 500 Millionen Mark ſchätze. Wenn man gleichzeitig beobachtet, wie Thyſſens Gegenſtück, Hugo Stinnes, längſt über ſeine alte Domäne, die Kohle und das Eiſen, im Krieg hinausgegangen iſt und nunmehr eine beſtimmte Rolle ſpielt in der Schiffahrt, im Schiffsbau, im Petroleumhandel, im geſamten Warenexport, in der Aluminiumherſtellung, kurzum: wo nicht?, ſo kann man ſich eine annähernde Vorſtellung machen, wer die wirtſchaftliche Früchte des Krieges einheimſt.

Wer heute mit offenen Augen die Verſchiebungen in der Vermögensbildung beobachtet, wer aufmerkſam und kritiſch die Neubildung von Induſtrien ſtudiert, der kann ſich des Gefühls nicht erwehren, als ob ein anſehnlicher Teil jener großkapitaliſtiſchen

Digitized by Google

Schicht, die im neunzehnten Jahrhundert das Handwerk und den Mittelstand immer mehr zurückgedrängt hat, nun ihrerseits so eine Art Götterdämmerung erlebe. Ähnlich wie damals die Handwerker um Schutz gegen den Fabrikbetrieb an die Regierung appellierten, ähnlich wie einige Jahrzehnte später die Detailliſten zum Kampfe gegen die Warenhäuſer aufſtanden, ſo organiſieren ſich heute die Söhne jener Fabrikherren der ſiebziger Jahre zum Schutze ihrer angeblich oder wirklich bedrohten Intereſſen gegen die großen Gruppen, gegen die Truſts. Und ähnlich wie damals verſprechen die Regierungen Hilfe zu leiſten, bereiten Geſetzesvorlagen vor und — werden herzlich wenig erreichen, denn hier ſind Kräfte am Werk, die ſtärker ſind als beredte Parlamentarier und eifrige Regierungsbeamte.

Daß der Krieg dieſe Tendenzen ſtärker gefördert hat als Jahrzehnte friedlicher Entwicklung, bedarf keiner Beweiſe. Die Notwendigkeit, ſchnell Erſatz für Fehlendes zu ſchaffen, mußte unwillkürlich zum Rieſenbetrieb hinleiten, erforderte Kapitalien, die ſelbſt von den ſchon vorhandenen Truſts, ſelbſt unter Regierungshilfe nicht zur Verfügung geſtellt werden konnten. Einige wenige Beiſpiele mögen das erläutern: Die Stickſtoffinduſtrie, in der Hunderte Millionen angelegt ſind, liegt in den Händen von zwei bis drei Rieſenfirmen; die völlig aus dem Nichts geſchaffene und bekanntlich ſehr bedeutende Aluminiumindustrie iſt ebenfalls von ganz wenigen großen Unternehmungen kontrolliert. Auf dem Gebiete des Textilerſatzſtoffes ſcheint es, als ob die wirklich zukunftsreichen Neuſchöpfungen nicht von jenen Hunderten von Mittelbetrieben geſchaffen werden, ſondern ebenfalls von großen, wenigen, mit allem kapitaliſtiſchen und wiſſenſchaftlichen Rüſtzeug verſehenen Großbetrieben. Die Namen der Glanzſtoffabrik Elberfeld, des Konzerns Friedländer-Fuld zuſammen mit Henckel-Donnersmarck dürften hier genügen. Man kann aber ebenſogut die Bemühung von Leverkuſen zur Gewinnung von künſtlichem Kautſchuk oder von Höchſt und ſeinen Verbündeten zur Schaffung einer gewaltigen Eſſigſäureinduſtrie als Beiſpiele heranziehen.

War bisher nur von Waren die Rede, bei denen der Großbetrieb in der Natur der Sache liegt, ſo können wir ähnliche Tendenzen auch ſonſt beobachten. Als Beiſpiel dieſer Gattung erwähnten wir ſchon Hugo Stinnes. Dem Namen dieſes ruheloſen, genialen Kopfes begegnen wir heute überall, ob es ſich nun um die großartigen Pläne zur beſſeren Ausnutzung der Kohle, zur Wiederaufrichtung der deutſchen Schiffahrt oder um die eigenartigen Erdölpläne in Rumänien handelt. Hier iſt um die Entwicklung weniger naturnotwendig geweſen als durch die berühmte und berüchtigte Freigebigkeit unſerer Regierung in der Gewährung von Kriegsgewinnen. Durch das Fehlen kaufmänniſcher Tüchtigkeit ſind gewiſſen Betrieben namentlich der Schwerinduſtrie geradezu beängſtigende Millionengewinne auf Koſten der Allgemeinheit gewährt worden. Dieſe aber ſchreien nach Anlage. Während nun der kleine Kriegsgewinnler ſich Gemälde kauft oder in unkundiger Weiſe Induſtrieaktien „hamſtert“,

Digitized by Google

und so zu der unsinnigen Börsenhausse mit beiträgt, wissen die ganz Großen klüger vorzugehen. Sie sichern sich systematisch in solchen Industrien, die eine große Entwicklung versprechen, den ausschlaggebenden Anteil und machen es für die Zukunft armseligen Millionären unmöglich, selbständig als Unternehmer aufzutreten.

Daß die Pseudosozialisierung unseres Wirtschaftslebens, die Reglementierung des gesamten Handels den Großen gewaltige Vorteile verschafft, liegt auf der Hand. Ob man heute das Geschäft mit Devisen organisiert, oder die Getreideeinfuhr aus der Ukraine, immer wieder liegt es in dem Bestreben der Regierung, nur einige Wenige mit den damit verknüpften Aufgaben zu betrauen, weil sonst eine Kontrolle unmöglich ist. Ja noch mehr. Die Regierung zwingt geradezu Industrie und Handel zur Bildung von Syndikaten und Verbänden, weil sie sich außerstande erklärt, mit jedem einzelnen zu verhandeln. Das mag verständlich sein. Daß man aber durch dieses Vorgehen häufig unzählige Mittelbetriebe, die man noch vor fünf bis zehn Jahren als Großbetriebe angesehen hätte, auf das Ernsteste schädigt, unterliegt wohl keinem Zweifel.

Hand in Hand damit geht die Unterhöhlung der Selbständigkeit des geistigen und materiellen Lebens in der sogenannten Provinz. Alles und jedes wird in Berlin konzentriert und jene Selbständigkeit nichtberlinischer Städte, auf die Deutschland mit Recht so stolz war, ist ernstlich gefährdet. Wenn nicht rechtzeitig eine scharfe Bewegung einsetzt, so wird im Deutschen Reich genau dasselbe Übergewicht einer Stadt kommen, wie es in England und Frankreich zum Schaden dieser Länder längst der Fall ist. Wir haben mit dem Hinweis auf die Konzentration in Berlin schon eine bedenkliche Seite dieser neuen Bewegung gestreift. Daß das nicht die einzige ist, wird jeder Kenner der Verhältnisse zugeben. Eine der allerbedenklichsten ist vielleicht eine Bürokratisierung des Erwerbslebens, die fast schlimmer ist, als die des staatlichen Beamtentums. Wenn man liest, daß eine unserer Großbanken bereits 13 000 Angestellte hat, so fragt man sich ernstlich, wie denn hier die Auswahl der Tüchtigen vor sich gehen könne, und wer vollends die Zustände in Riesenbetrieben kennt, der weiß, wie da nicht selten der Zufall, die Protektions- und Günstlingswirtschaft und noch gar manches andere um sich greift. Ist es doch heute schon so weit gekommen, daß die Zentraldirektoren großer Banken noch nicht einmal alle ihre Filialdirektoren persönlich kennen, geschweige denn die Fähigkeiten nachgeordneter Angestellten beurteilen und fördern können.

Es ist nicht die Absicht unserer heutigen Ausführungen, das Problem zu erschöpfen, nur auf einige bedenkliche Begleiterscheinungen sollte die Aufmerksamkeit gelenkt werden.

Severus Linter

Digitized by Google

Notizen

Ein Sozialdemokrat für den Anschluß des Baltenlandes an Deutschland. Ernst Heilmann schreibt in der „Internationalen Korrespondenz" Berichte über seine Eindrücke von einer Studienreise in das Baltenland. Eingangs fällt er über die baltischen Barone folgendes Urteil:

„Die stärkste Überraschung unserer Estlandreise waren für mich die „baltischen Barone". Sie widersprachen durchaus der Vorstellung, die man sich nach deutschen Zeitungen von ihnen machen mußte. Es sind keine ostelbischen Großgrundbesitzer, die vielleicht der Zeit der Leibeigenschaft noch näher stehen als unsere uckermärkischen Granden, sondern durchweg Intellektuelle und Ästheten."

Zum Schluß kommt er auf die Frage des Anschlusses der baltischen Provinzen an Deutschland zu sprechen, wobei er Ausführungen macht, die sich mancher bürgerliche Politiker zu Herzen nehmen sollte:

„Um so wertvoller wird ein enges Verhältnis der drei baltischen Provinzen zu Deutschland für die deutsche Arbeiterklasse sein. Die Hilfe der baltischen Länder wird unsere Ernährungsnot rascher überwinden helfen und die landwirtschaftliche Grundlage des ganzen deutschen Wirtschaftslebens wesentlich verbreitern. Zuwanderung von Lohndrückern aus diesem Osten in die deutschen Fabriken ist in keiner Weise zu befürchten; ebensowenig eine Schmutzkonkurenz, die dort mit billigen Arbeitskräften produzierte und dadurch den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse gefährdete. Auch die politische Gefahr einer Verstärkung der Reaktion durch die „baltischen Barone" ist sehr gering anzuschlagen. So steht kein Arbeiterinteresse dem Anschluß Kurlands, Livlands und Estlands ans Deutsche Reich entgegen. In der Tat scheint es uns nicht mehr zweifelhaft, und es war mindestens im lettischen Teil des Landes allgemein Überzeugung, daß der Anschluß der drei Ostprovinzen an Deutschland bereits unumstößlich gesichert sei.

Schafft die deutsche Verwaltung einige soziale Gerechtigkeit im Land, sind auch große nationale Konflikte nicht sehr zu befürchten. Dazu ist die Zahl der Letten und Esten nicht groß genug, dazu fehlt ihnen zu sehr der Rückhalt an einem eigenen Staat außerhalb unserer Grenzen, dazu haben sie in Aussehen und Denkweise auch schon zuviel deutsche Kulturelemente in sich aufgenommen, vor allem den evangelischen Glauben. Sind auch in Estland nur wenige Prozent der Bewohner deutscher Abkunft, so kann man sich doch in allen Geschäften und mit jeder Marktfrau ohne weiteres deutsch verständigen, und deshalb wird es auf die Dauer den Letten und Esten nicht schwer werden, sich unter Wahrung ihrer Eigenart und Sprache in das Gebiet des Deutschen Reiches und Rechtes einzufügen. Wurde doch auch bis zum deutschen Einmarsch in Reval noch immer nach altem lübischem Stadtrecht geurteilt.

So selbstverständlich uns heute der Gedanke ist, daß Elsaß-Lothringen deutsches Land ist und bei Deutschland bleiben muß, so natürlich werden wir in einem Menschenalter Baltenland als altes deutsches Land ansehen, das gleichzeitig mit Straßburg und Metz uns in den Zeiten deutscher Erniedrigung verloren ging und nun zum Heimatland zurückkehrt. In wenigen Jahrzehnten werden die drei baltischen Provinzen völlig mit dem Deutschen Reiche verschmolzen sein und sich, wirtschaftlich mächtig vorangekommen, mit allen ihren Bewohnern darin wohlfühlen können."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 21. Juni 1918 • Heft 25

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die Krisis innerhalb der nationalliberalen Fraktion Preußens hat sich durch das Kompromiß Lohmann-Heydebrand verschärft. Dr. Lohmann, dessen persönliche Loyalität unbestritten war, sah sich gezwungen, den Fraktionsvorsitz niederzulegen, da sein heimliches Abkommen mit dem konservativen Führer der Fraktionsmehrheit unerträglich sein mußte. Die Wahl des Nachfolgers ist vertagt, die Spannung aber damit nicht gelöst. Stresemann weiß, wie dieser furchtbar tiefe Riß in der wichtigsten staatlichen Frage die Tragkraft der ganzen Partei aufs stärkste berührt, und er will die Angelegenheit vor die Gesamtpartei bringen. Deren Votum muß nach dem Ergebnis des Preußentages unzweifelhaft sein, aber was hindert es, daß im Preußischen Abgeordnetenhaus auch fernerhin eine Politik auf eigene Faust gemacht wird. Die Nationalliberalen stehen nicht nur in der Gefahr, daß ihre Wählermassen verwirrt werden, sondern daß auch ihre „Regierungsfähigkeit" zur Farce wird. Welches Schauspiel, daß die preußische Fraktion sachlich auf den Sturz ihres eigenen langjährigen Vorsitzenden, nun er Minister geworden, hinarbeitet!

*

Innerhalb des Kampfes um die ungarische Wahlreform war es für alle Parteien selbstverständlich, daß Kriegsteilnehmer fürderhin nicht ausgeschlossen bleiben sollen. Als man im Preußischen Landtag ein Kompromiß über Zusatzstimmen ausheckte, hat man sie vergessen. Vielleicht auch nicht vergessen — denn Herr von Heydebrand weiß wahrscheinlich auch, daß der Aufenthalt im Schützengraben höchst demokratisierend wirkt, und daß es nicht ohne Gefahr für den konservativen Parteistand ist, den Millionen von heimgekehrten Soldaten die Mehrstimme zu geben. Die Konservativen wollen jetzt, sagen sie, die Verfassungsreform vermieden wissen, weil die Kriegsteilnehmer von der Mitwirkung nicht ausgeschlossen bleiben sollen. Jetzt haben sie aber allen Grund, auf eine Beschleunigung des Verfahrens zu drängen!

*

Der Reichstag hat in der Steuerfrage einen erheblichen moralischen und sachlichen Erfolg errungen, indem er mit einer kampflosen Einmütigkeit, die gerade dieses

Digitized by Google

Gebiet der Gesetzgebung sonst nicht kennt, die Finanzquellen breiter und tiefer faßte, als die sehr knapp berechneten Entwürfe der Regierung und dem gesamten System durch die Erzwingung einer starken direkten Besteuerung einen sozialen Charakter gab. Leider aber ist der Versuch, dem gesamten Steueraufbau eine neue dauernde Stütze einzufügen, auf halbem Weg liegen geblieben: es soll nur in der Form der einmaligen Kriegsbesteuerung das Mehreinkommen und die Vermögensvermehrung getroffen werden, nicht aber der Kapitalisationsfonds, der die obere Spitze der größeren Einkommen bildet, als eigenes Steuerobjekt abgezweigt. Die Bundesstaaten sperrten sich, und die Gefahr ist in Verzug, daß sie diese Entwicklungsmöglichkeit der Zukunft verkennen werden.

*

Zwanzig Millionen Mark hat bisher die auswärtige Politik dem deutschen Volke gekostet. Damit kann kein Weltbetrieb aufrecht erhalten, geschweige denn errichtet werden. Alles Wettern über die Diplomatie nützt nichts, wenn man nicht größere Mittel flüssig macht, um auch technisch aus dem Betrieb der Kabinettspolitik herauszukommen. Diese Beschränktheit der Mittel hindert noch mehr wie die Einseitigkeit der Auswahl, daß wir diplomatisch keine großen Erfolge buchen können. Die auswärtige Politik der Zukunft wird breiter werden, vielseitiger, kostspieliger, sie wird und muß aber auch vom Wollen und Mitschaffen der Volksgesamtheit getragen sein. Greift hier der Reichstag tief in den durch neue Steuern gefüllten Beutel des Reiches, dann wird sich auch all das, was hinter Naumanns Forderung sich erhebt, verwirklichen lassen: „Staatsverträge sind verfassungsmäßig von den Staatsoberhäuptern zu vollziehen, müssen aber in Entstehung und Pflege als Volksverträge behandelt werden."

*

Die österreichischen Polen haben der Regierung Seidler jetzt ein reguläres Ultimatum gestellt: Ohne austro-polnische Lösung keine Budgetbewilligung. Der Schatten des Paragraph 14 reckt sich damit empor, und es ist mit der Möglichkeit einer parlamentslosen Regierungszeit zu rechnen. Mit den Polen im Schmollwinkel ist eine Majoritätsbildung ausgeschlossen. Die Situation hat sich dadurch noch mehr verwirrt, daß der Minister des Innern zurückgetreten ist, wodurch die den Deutschböhmen eben gewährte Kreiseinteilung wieder in Frage gestellt wird, weil sie nur von ihm und nicht vom Gesamtministerium ausgegangen war. An sich ist die Ausschiffung Galiziens aus dem österreichischen Staat auch ein alter Wunsch der Deutschösterreicher, weil sie dadurch im Parlament wieder zu einer deutschen Majorität kämen. Was jedoch dadurch die Deutschösterreicher an Einfluß im Innern gewönnen, würden sie durch das Schwergewicht eines polnischen Staates im Verbande der Habsburger Monarchie vielleicht wieder verlieren. Der Ausgleich der verschiedenen Strebungen, der die einigermaßen stete Führung der äußeren Politik Habsburgs gewährleistet, ist in der Vertiefung des Verhältnisses zu Deutschland gewiesen.

Digitized by Google

Die Autorität der preußischen Regierung

Von Dr. Theodor Heuß

Auch Graf Hertling hat sein politisches Schicksal mit dem gleichen Wahlrecht für Preußen verbunden; unzweideutige Erklärungen haben dies wiederholt bekundet. Als Payer in die Reichsleitung eintrat, machte er den ernsten Reformwillen des preußischen Ministeriums zur Bedingung seiner Mitarbeit. Friedberg und Drews, die eigentlichen Reformminister, haben sich wiederholt festgelegt. Es gibt keinen Grund, an dem restlosen Ernst der Zielsetzung zu zweifeln.

Die entschlossene Gebärde der Regierung sollte auf die Fraktionen der Rechten Eindruck machen. Der Wille der Krone, die Verfassung auf den Boden des allgemeinen Vertrauens zu stellen, stand und steht außer Frage; die Rechnung der Minister glaubte, daß der Appell an den altpreußischen Royalismus wirksam werden müßte. Es war eine Falschrechnung — die große Mehrheit, die schon in der ersten Abstimmung gegen die Regierungsvorlage sich gesammelt hatte, besaß genügend Beweiskraft. Man hatte sich in Herrn von Heydebrand und seiner disziplinierenden Kraft getäuscht; dieser war und ist Royalist nach Bedarf und Eigenwahl, im übrigen aber ein sicherer und unbeirrter Fechter um die fraktionelle Parlamentsmacht. Je leidenschaftlicher die Minister ihr Bekenntnis zu dem gleichen Wahlrecht wiederholten, desto gelassener blieb er — drei Sätze mochten ihm genügen, den letzten Kompromißantrag zu „begründen". Um so besser, je enger die Minister mit dem Wahlrechtsentwurf sich gleichsetzen — ist die Regierungsvorlage zu werfen, so fällt damit auch die Regierung. Im Reichstag zur Isolierung verdammt sucht die konservative Partei von dem Stützpunkt des preußischen Landtags aus die ganze Gruppierung Hertling-Payer-Friedberg zu sprengen. Heydebrands „Ermattungsstrategie" (so nannten wir und, wie sich jetzt zeigt, mit größtem Recht vor einigen Monaten hier den parlamentarischen Feldzugsplan des konservativen Führers) ist durchaus offensiv gedacht. Wenn er auch nicht dadurch, daß er eine Ablehnung des Regierungsentwurfs nach der andern kommandiert, den Rücktritt des Ministeriums geradezu erzwingen kann, so erschüttert er doch in steter Folgerichtigkeit dessen Autorität. Und das muß ihm einstweilen genügen.

Die Zeit der geschichtsphilosophischen Betrachtungen über den relativen Wert oder Unwert des gleichen Wahlrechts ist vorüber. Alles was darüber noch gedacht, gesprochen, geschrieben, entworfen und verworfen wird, hat kaum mehr als akademischen Charakter. Auch das Erfinden von allerhand Zusatzstimmen ist zur Spiegelfechterei geworden. Die Konservativen können sich gerne den Luxus gestatten, „schweren Herzens" an den ungestüm fordernden Liberalismus des Dr. Lohmann einige „demokratische" Zugeständnisse zu machen, die formal den Aufstieg zum Mehrstimmenbesitz erleichtern — sie wissen das Unannehmbar des Ministers schon vorher. Sie

Digitized by Google

wollen nur eine Fassade für den Wahlkampf erstellen; dies ist der ganze Sinn der sinnvollen Entdeckungen, welcherlei Verdienst die politische Einsicht und Verantwortung steigern könne. Eine polemische Analyse des Vorrechts der „Rottenführer" und der Selbständigen und Langansässigen erübrigt sich von selbst. Weit bedenklicher sind jene Bestimmungen des jetzt angenommenen Kompromisses, daß künftig Verfassungsänderungen einer Dreiviertelmehrheit bedürftig sein sollen und daß das Wahlrecht von zweijähriger Ansässigkeit, die Zusatzstimmen von zehnjähriger abhängig sein sollen — das bedeutet nicht nur die glatte Entrechtung von Beamten die ihren Bezirk wechseln, von Arbeitern, die eine andere Stelle suchen, sondern ist eine Gefährdung des Grundsatzes der Freizügigkeit schlechthin.

Diese Dinge stärker herauszuarbeiten, mag die Angelegenheit einer agitatorischen Behandlung der ganzen Frage sein. Sachlich bedeuten sie nichts; sie sind nur Gesten und Gebärden, mit dem ein weiterer Akt des Dramas gefüllt wird. Die Zuschauer wissen das und werden von der Betrachtung weniger gefesselt als geärgert, angeödet, abgestumpft. Sie wissen: das kann endlos so weitergehen! Die Verfassung verlangt, daß, ehe dieser Gesetzentwurf an die Erste Kammer weitergegeben wird, zwei Abstimmungen, im Abstand von mindestens 21 Tagen, die gleichen Beschlüsse bestätigen. Heute schon weiß man, daß die Parteien der Rechten Anfang Juli wahrscheinlich nach einer Ergänzung für die in ihrem Kompromiß vergessenen Kriegsteilnehmer suchen werden. Das bedeutet: frühestens im August geht die Sache ans Herrenhaus. Heute wird einstweilen Mitte Juli als Termin für diese Weitergabe gemeldet — tatsächlich kann die Parlamentsmehrheit fortfahren, ohne zeitliche Grenze, die Regierung zum Narren halten und das Volk in der Geduld erziehen, seine staatspolitische Teilnahme schwächen und die radikalen Strömungen zu Putschgelüsten ermuntern. Kann das alles, wenn das Ministerium derlei erträgt.

Es war charakteristisch, daß auch die Regierung von dem Kompromiß Lohmann-Heydebrand völlig überrascht wurde. Die Absicht, mit den neuen Vorschlägen einen Boden des Ausgleichs zu betreten, enthüllt sich damit als Phrase. Volkstümlich kräftig heißt man das Verfahren: mit jemanden Schindluder treiben. So hat Lohmann seinen früheren Lehrmeister Friedberg behandelt. Was aber hat die Regierung zu antworten gewußt? Nichts. Der Minister des Innern, Dr. Drews, dem die ausgezeichnete, staatsmännisch orientierte Begründung der ganzen Vorlage zu danken ist, und der damit eine der bemerkenswertesten preußischen Staatsschriften geleistet hat, hat sich über ein paar formale Bemerkungen nicht hinausgehoben, und Dr. Friedberg, der ein so kluger Debatter ist, ließ die erregten Verhandlungen vor sich vorüberfließen, ohne in ihre Lenkung einen Willen zu werfen.

Das Verhalten der Regierung während der kurzen Tagung kennzeichnet die ganze Lage, in die die Wahlrechtsangelegenheit gekommen ist. Das Ministerium ist in eine fast stumme Defensive gedrängt und hofft auf seine Amerikaner, das ist in diesem

Digitized by Google

Fall auf den Sukkurs aus dem Herrenhaus. Seine Entschließungskraft ist geschwächt, nicht nur durch die Handlungsfreiheit des gegnerischen Feldherrn, die dieser sich immer gewahrt hatte, sondern durch Fehler in der eigenen Taktik. Als Friedberg mitteilte, daß er die Vorlage nach verfassungsmäßiger Vorschrift auch dem Herrenhaus übergeben werde, hat er sich in einer Taktik gebunden, von der er sich nur mit einer höchsten Anstrengung losreißen wird. Zweifellos kann er, falls man in der Ersten Kammer eine Verzögerungstaktik wählen sollte (auch für sie gilt die Möglichkeit, immer 21 Tage zwischen eine vierte, fünfte Lesung u. s. f. einzuschalten), doch das ganze Gesetz zurückziehen und das Abgeordnetenhaus auflösen, aber er kommt dann mit einer gebrochenen Parole, als parlamentarisch Geschlagener in den Wahlkampf.

Ist sich die Regierung darüber klar, daß auch die sogenannten Konzessionen Heydebrands nicht auf den Wunsch nach einer sachlichen Verständigung hinauslaufen, so muß sie ihre Taktik darnach einrichten. Der Wahlrechtskampf geht nicht mehr um die oder jene Zusatzstimme, sondern er ist eine Prestigefrage geworden. Das mögen die bedauern, die, vor dem gleichen Wahlrecht ängstlich, allerhand sachliche Argumente zusammenbauen — es ist nun einmal so. Die konservative Landtagsfraktion und ihr Anhang will im parlamentischen Kampf siegreich bleiben, um dem Ministerium die Lebenskraft aus den Knochen zu saugen, um von Preußen aus den Bestand der gegenwärtigen Reichsleitung zu erschüttern, um vor allem und zunächst aber den Minister Drews los zu werden. Sie schrecken dabei vor einer katastrophalen Wendung nicht zurück, denn sie wissen natürlich auch, wie ihre Politik, gesteigert durch wachsende Kriegsschwierigkeiten, in den Volksmassen wirkt — Streikgerüchte gehören zu ihrem gedanklichen System. Sie rechnen aber auch, daß der schleppende Gang die Anteilnahme der intellektuellen Schichten müde und gleichgültig machen.

Mit diesen beiden psychologischen Wirkungen aber muß das Ministerium rechnen, wenn es seine Ziele erreichen will. Es darf weder einer Radikalisierung der Massenstimmung gleichgültig zusehen, noch erlauben, daß in den tragenden Volksklassen des geistigen Mittelstands ein Stimmungsverfall eintrete. Denn sonst sind die Voraussetzungen, mit denen ein Wahlkampf eröffnet werden soll, maßlos verschlechtert, und in die klare Wahlparole, die sie selber prägen könnte, werden sich unerwünschte Nebenerscheinungen einmengen. Noch genießt die Regierung den Glauben an ihren guten Willen; aber ihre Autorität ist gefährdet. Nicht nur ihre Autorität beim Volk, sondern auch bei der preußischen Verwaltungsbürokratie, die teilweise nur zögernd und widerwillig das Programm der Neuorientierung begleitet. Die Herren Drews, Friedberg, Payer heißen nicht Puttkamer, Manteuffel, Eulenburg. Ihre Namen sind nicht in die Tradition der bis gestern den preußischen Staat regierenden Familien eingetragen. Das darf nicht vergessen werden. Die Grenzen des altpreußischen Royalismus sind in den letzten Jahren deutlich genug gezeichnet worden.

Daß eine Auflösung des Abgeordnetenhauses während der großen Kämpfe durch-

Digitized by Google

aus unerwünscht sein muß, ist auch auf diesen Blättern wiederholt ausgesprochen worden. Aber man soll die Bedenklichkeit auch nicht übertreiben — es kommt weniger auf das Daß als auf das Wie des Wahlkampfes an, der unter einer sehr einfachen Parole geschlagen würde. Dem Ausland müßte die Tatsache als ein Zeichen unserer freien und unbefangenen staatspolitischen Stärke erscheinen. Aber auch wenn, mit begreiflicher Rücksicht auf das Heer an der Front, Kämpfe in der Heimat jetzt vermieden werden sollten, die Autorität der preußischen Regierung, mit der die der Reichsleitung heute enger als je verknüpft ist, scheint uns auch nichts Geringes, für die politische Geschäftsführung nach innen, aber auch nach außen!

Die Wege sind gewiesen: Pairsschub ins Herrenhaus und unverzügliche Anordnung an die Gemeindeverwaltungen, die Wählerlisten auszuarbeiten.

Italien und das südslawische Problem

Von Professor Dr. Werner Weisbach, Berlin

Das Verhältnis Italiens zu den Südslawen hat im Laufe des Krieges eine beträchtliche Wandlung durchgemacht. Für sein Eingreifen im Frühjahr 1915 hatte sich Italien in dem Londoner Vertrage von der Entente außer den hauptsächlich von Italienern bewohnten irredentistischen Gebieten auch andere fast ausschließlich mit Slawen besiedelte Länder der österreichisch-ungarischen Monarchie, vor allem Dalmatien, zusichern lassen. Wie begehrlich der italienische Imperialismus und Nationalismus war, ist aus der Veröffentlichung der russischen Geheimdokumente bekannt geworden. Man glaubte damals aber auf Seiten der Entente, Italien, um es zum Abfall vom Dreibund zu drängen, möglichst alle seine Wünsche erfüllen zu sollen. Diese Wünsche konkurrierten indessen mit denen eines anderen Gliedes der Entente: Serbien, das nach einem entscheidenden Endsieg einen Zugang zum Meer und eine größere Einflußsphäre an der adriatischen Küste zu erlangen hoffte. Da Italien seine Ansprüche auf Dalmatien mit ethnischen Gründen nicht überzeugend stützen konnte, so wurden auch historische Argumente ins Feld geführt: die Zugehörigkeit zu dem früheren Machtbereich der Republik Venedig, und vor allem geltend gemacht, daß man ohne den Besitz der gegenüberliegenden Küste keine Sicherheit im eigenen Lande und keine ruhige Stunde mehr haben würde. Es gab demnach innerhalb der Entente zwei Rivalen, die auf dieselbe Beute spekulierten. Auf Seiten der Serben und ihrer Freunde trug man sich mit dem Gedanken eines neu zu begründenden großen südslawischen Staates, der die von Österreich-Ungarn abgespalteten südslawischen Teile in sich aufnehmen sollte. Man mußte sich in Italien sagen, daß ein solcher Staat, wenn er wirklich zustande käme, unter die Einflußsphäre Rußlands fallen würde, dessen Festhalten an seiner Protektoratspolitik gegenüber den Balkanslawen ja nicht in Frage stehen konnte, und daß damit den eigenen Wünschen ein für allemal ein Riegel vorgeschoben sein würde. Trotz der Bindung durch den

Digitized by Google

Londoner Vertrag hatte man kein rechtes Gefühl der Sicherheit, daß das Versprochene in dem gewünschten Sinne einstmals auch voll verwirklicht werden würde. Eine internationale Pressefehde, in der die italienischen und die slawischen Interessen gegeneinander ausgespielt wurden, nahm kein Ende. Die slawischen Nationalitäten-Komitees, die in der Schweiz und in den Hauptstädten Frankreichs und Englands ihren Sitz haben, ließen es an Wühlereien gegen Italien nicht fehlen.

Eine festere Form schien das südslawische Staatsprojekt anzunehmen, als nach dem Siege der russischen Revolution im Jahre 1917 der sogenannte Vertrag von Korfu veröffentlicht wurde, der zwischen dem serbischen Minister Paschitsch und Dr. Trumbitsch, dem rührigen Leiter des südslawischen Komitees in London, vereinbart worden war. In diesem Abkommen ist der Plan eines südslawischen Staates umschrieben, der Serbien, Montenegro und die südslawischen Teile der habsburgischen Monarchie umfassen soll. Montenegro, ein einstiges Glied der Entente, dessen Herrscher in engster Verwandtschaft zu dem italienischen Königshause steht, wurde damit als selbständiger Staat beiseite geschoben. Obwohl diese mit dem stolzen Namen Vertrag bezeichnete Verständigung doch von unverantwortlichen Persönlichkeiten ohne offizielle Autorisierung getroffen wurde und keinerlei staatsrechtliche Gültigkeit besaß, erregte sie in Italien bei einem Teil der Presse die größte Empörung, da man wohl annehmen konnte, daß das Ergebnis nicht ohne geheime Zustimmung und Unterstützung gewisser Ententekreise zustande gekommen war. Besonders nahm man Anstoß daran daß in dem Dokument die Adria als „freies Meer für alle" erklärt wurde, während es für die italienischen Imperialisten ein Hauptziel war, daß sie nach diesem Kriege ein italienisches Meer („mare nostro") werden sollte. Das „Giornale d'Italia", das Organ des Ministers des Äußeren, Sonnino, bekannte unumwunden, daß Italien niemals die Schaffung eines südslawischen Staates zulassen könnte, da es sich dann der Gefahr aussetzte, anstatt Österreichs einen ebenso hartnäckigen Feind an der Adria zu finden. Eine solche unduldsame Haltung in der slawischen Frage nahm indessen nicht die gesamte Presse ein. Auf eine Verständigung mit Serben und Südslawen arbeitete namentlich die demokratisch-freimaurerische Presse unter Führung des von Frankreich inspirierten „Secolo" hin.

Daß die Befürchtungen, die imperialistischen Bestrebungen Italiens könnten bei der Entente keine wirksame Unterstützung finden, nicht unbegründet waren, schien offensichtlich zu werden, als etwa um dieselbe Zeit und in ziemlich rascher Folge nach einander Wilson, Lloyd George und andere englische Staatsmänner in ihren Kriegszielreden diese Bestrebungen geflissentlich übergingen, so daß man den Eindruck gewann, als ob nur die Gebiete der eigentlichen italienischen Irredenta unter die von der Entente gemeinsam zu vertretenden Gebietsforderungen aufgenommen werden sollten. Die Nichtachtung der weiter gesteckten Ansprüche durch die führenden Männer der Verbündeten entfachte einen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung Italiens. Wenn man nicht viel mehr erhalten sollte als das, was Österreich schon

Digitized by Google

freiwillig für die Wahrung der Neutralität angeboten hatte, so hätte man sich nicht in das ungeheure Unternehmen zu stürzen brauchen. Durch einen Teil der Ententepresse wurden auch die slawischen Interessen immer wieder den italienischen Ansprüchen gegenüber in Schutz genommen, in Frankreich besonders durch das „Journal des Débats", in England durch „New Europe". Sonnino und die italienischen Organe, die in ihm ihren geistigen Vater sehen, beriefen sich dagegen beharrlich auf den Londoner Vertrag, der nach wie vor in Kraft sei, und an dessen Festsetzungen sich weder durch Reden noch durch Pressepolemiken rütteln lasse.

Eine neue Wendung nahm das südslawische Problem, als sich nach der Niederlage bei Karfreit und dem Rückzug bis zur Piave die Stellung des geschlagenen Italien innerhalb der Entente gänzlich veränderte. Seit Anfang 1918 begann in einem Teil der italienischen Presse eine lebhafte Kampagne, die eine sofortige Verständigung mit den Slawen befürwortete und im Zusammenhang damit die Zertrümmerung des österreichisch-ungarischen Staates als gemeinsames Kriegsziel der Entente forderte. Außer den demokratischen Organen setzte sich jetzt auch der „Corriere della Sera" und das Blatt des Ministerpräsidenten Orlando, „L'Epoca", für eine solche Taktik ein. Italien wird, nachdem Rußland nach dem Siege der Revolution die Rolle eines Schirmherrn der Slawen ausgespielt hat die Aufgabe zugewiesen, die von Österreich unterdrückten Nationalitäten in ihren Losreißungsbestrebungen zu unterstützen und unter seinen Schutz zu nehmen. Die Diplomatie müsse es dahin bringen, daß zwischen slawischen und italienischen Wünschen keine Reibung mehr stattfinde. Gelingt es Italien, die Führung der slawischen Bewegung in die Hand zu bekommen und als Vertreter der slawischen Interessen anerkannt zu werden, so wird es ihm auch gelingen, die Entente, die bis jetzt noch immer nichts von einer Aufteilung Österreich-Ungarns wissen wolle, zu dieser Ansicht zu bekehren. Dazu sind aber auch Zugeständnisse an die Slawen notwendig. Eine Revision des Londoner Vertrages wird verlangt, da in ihm Hindernisse für eine italienisch-südslawische Verständigung gesehen werden und da er Italien in den Verdacht eines imperialistischen Kriegszielprogramms gebracht hat. Diese Art der Lösung ließ Sonnino durch das „Giornale d'Italia" aufs schärfste bekämpfen. Es wird geltend gemacht, daß man zu dem Verständigungswillen der Slawen gar kein Zutrauen haben könne, daß sie nur die eine Absicht verfolgten, auf Kosten Italiens weitgehende Gewinne einzuheimsen und ihm alle seine Ansprüche am jenseitigen Adriaufer streitig zu machen. Die Möglichkeit, daß die Entente für eine Zertrümmerung Österreichs zu haben sei, wird von vornherein bestritten. Festhalten an dem Londoner Vertrag als an einem rocher de bronze sei der einzige Weg, der Italien zu seinem Ziele führen könne, während eine voreilige Verzichtspolitik den Slawen gegenüber nur Unsicherheiten und Gefahren in sich schließe. Ein dritter Standpunkt wurde von den sogenannten neutralistischen Kreisen der Giolittianer und Katholiken eingenommen. Sie

Digitized by Google

schlugen vor, die südslawische Frage in engem Einvernehmen mit den Verbündeten zu lösen. Daß durch eine sofortige Verständigung mit den Slawen eine Zertrümmerung Österreich-Ungarns herbeigeführt werden könne, daran glauben sie nicht und nehmen ebenso wie auch Sonnino an, daß die Verbündeten sich für dieses Programm niemals entscheiden würden. Sollte aber selbst Italien Erfolg damit haben, die slawischen Völker unter seiner Fahne zu sammeln, so würde das einen Kriegszustand mit Österreich in Permanenz herbeiführen. Der gemäßigten und zurückhaltenden Auffassung dieser Kreise entsprechend wird jedes Aktionsprogramm den Südslawen gegenüber verworfen, dagegen ausgesprochen, daß man sich gewisse Opfer zu ihren Gunsten, wie sie auch von der Entente gefordert würden, werde auferlegen müssen.

Eine Triebkraft erhielt die verständigungsfreundliche Bewegung der zuerst genannten Gruppe dadurch, daß Ministerpräsident Orlando ihr, wenn auch in vorsichtiger und möglichst unauffälliger Weise, den Weg bahnte. Er hatte während seines Aufenthaltes in London am Anfang dieses Jahres eine Unterredung mit Dr. Trumbitsch und lud ihn bei dieser Gelegenheit ein nach Rom zu kommen. Trumbitsch selbst suchte in Besprechungen mit englischen Staatsmännern, die durch die Presse verbreitet wurden für den italienisch-südslawischen Verständigungsgedanken zu werben.

Auf Grund all dieser Vorgänge haben sich drei Komitees gebildet, die es sich zur Aufgabe stellen, die Losreißungsbestrebungen der Slawen und die italienisch-slawische Verständigung zu fördern: 1. Das durch liberale italienische Parlamentarier begründete „Komitee für eine Verständigung mit den unter österreichischer Herrschaft stehenden Völkerschaften"; 2. das von dem reformsozialistischen Abgeordneten Canepa ins Leben gerufene „Komitee für eine Verständigung mit den Südslawen", das insbesondere zu den Serben Beziehungen unterhält; 3. das nach der interalliierten Sozialisten-Konferenz in London geschaffene sozialistische Entente-Komitee mit Sitz in Paris, an dessen Spitze Albert Thomas steht; ihm haben sich außer der italienischen reformsozialistischen Gruppe verschiedene kleinere sozialistische Organisationen der italienischen, slawischen und rumänischen Irredenta Österreich-Ungarns angeschlossen.

Auf Veranlassung des ersten Komitees begab sich sein Vorsitzender, der Abgeordnete Torre, nach London, um mit Dr. Trumbitsch ein praktisches Vorgehen zur Anbahnung der italienisch-südslawischen Verständigung zu vereinbaren. Um all diesen Bemühungen nach außen hin eine Art von erfolgreichem Abschluß zu geben, wurde der Nationalitätenkongreß inszeniert, der am 9. und 10. April dieses Jahres in Rom stattfand.

Von italienischer Seite wurde alles vermieden, dem Kongreß einen offiziellen Anstrich zu geben; er ging als eine reine Komitee-Angelegenheit vonstatten. England hatte seine besten Kenner der slawischen Verhältnisse, Wickham Steed und Seton Watson, entsandt, Frankreich war durch Thomas und Franklin Bouillon, Amerika durch seinen Gesandten in Rom, Nelson Page, vertreten. Am Schluß der Verhandlungen wurde

Digitized by Google

eine allgemeine Resolution angenommen für alle die unterdrückten Nationalitäten: Italiener, Polen, Rumänen, Tschechen, Südslawen, in der gegen die deutsche und ungarische imperialistische Unterdrückung protestiert, ein Zusammengehen der Nationalitäten und ihre Umbildung in freie nationale Einheiten gefordert wird.

In einer besonderen Abmachung zwischen dem italienischen und südslawischen Volke wurden folgende Punkte festgelegt:

1. erkennen die Vertreter der beiden Völker in den Beziehungen zwischen der italienischen und südslawischen Nation an, daß die Einheit und Unabhängigkeit der südslawischen Nation ein Lebensinteresse Italiens ist, ebenso wie die Vervollständigung der nationalen Einheit Italiens ein Lebensinteresse der südslawischen Nation ist. Deshalb verpflichten sich die Vertreter der beiden Völker mit aller ihrer Arbeit dahin zu wirken, daß während des Krieges und im Augenblick des Friedens diese Ziele in vollem Umfang erreicht werden;

2. wird festgestellt, daß die Freiheit des Adriatischen Meeres und seine Verteidigung gegen jeden augenblicklichen und etwaigen Feind ein Lebensinteresse der beiden Völker ist;

3. sollen die einzelnen territorialen Streitigkeiten freundschaftlich auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips und des Rechts der Völker, über ihr eigenes Geschick zu entscheiden beigelegt werden, und zwar in der Weise, daß die Lebensinteressen der beiden Nationen, die im Augenblick des Friedens formuliert werden sollen, nicht verletzt werden;

4. soll den Volksteilen, die dem Gebiet eines anderen Volkes einverleibt werden sollten, das Recht auf Achtung ihrer Sprache und Kultur, sowie ihrer moralischen und wirtschaftlichen Interessen garantiert werden.

Ein besonders wichtiger Streitpunkt — die Freiheit des Adriatischen Meeres betreffend —, der, wie schon bemerkt, nach der Veröffentlichung des Vertrages von Korfu Italien in Harnisch gebracht hatte, scheint äußerlich wenigstens durch Absatz 2 aus der Welt geschafft. Aber der Kongreß war ja nur eine für den Moment aufgerichtete Scheinfassade, mit schmückendem, das Auge auf sich ziehenden Beiwerk geziert, der es an einem soliden Hinterbau fehlt. Die italienische Regierung hielt sich abseits; nur Orlando begrüßte am Schluß privatim die Vertreter der Nationalitäten und führte in einer Ansprache mit sehr allgemein gehaltenen Worten aus, daß es kein wesentliches Hindernis für die italienisch-slawische Verständigung gäbe. Der Presse aller Schattierungen aber lieferte die geflissentlich aufgebauschte Veranstaltung Propagandastoff, das Ergebnis als römischen Vertrag (patto di Roma) zu feiern.

Wenn auch einer solchen Losung die gesamten Kriegsblätter folgten, und „Giornale d'Italia" und „Idea Nazionale", die den Verständigungsgedanken immer bekämpft hatten, sich jetzt anschlossen, so wurde doch ersichtlich, daß Sonnino mit der ganzen Sache nichts zu tun haben will. Als kühl, wenn auch meist falsch rechnender und zu keinem Überschwang neigender Politiker ist er sich klar darüber und hat es auch aussprechen lassen, daß die Wortführer der österreichischen Nationalitäten Persönlichkeiten ohne Befugnisse sind, von denen man gar nicht weiß, was für ein Anhang in ihrer Heimat hinter ihnen steht, die also nicht gerade geeignet sind, sich als vertragschließende Potenz zu gebärden. Er zeigt sich nicht gewillt, die wenigstens auf dem Papier verbürgte Chance des Londoner Vertrags aufzugeben, um sich ein

Digitized by Google

völlig ungreifbares Phantom in die Hand spielen zu lassen. Ist er auch genötigt, dem geschäftigen Treiben der Komitees seinen Gang zu lassen, so steht er ihm doch mißtrauisch und abweisend gegenüber. In der Presse der Verbündeten, die gewiß ein Interesse an einer Lösung der südslawischen Frage durch ein Entgegenkommen Italiens haben, kommt hier und da auch zum Ausdruck, auf wie schwankem Boden das Abkommen steht. So bemerkte Gauvain im „Journal des Débats", Orlando hätte sich in seiner Ansprache bestimmter ausdrücken sollen, und stellt die Forderung, daß eine gemeinsame Erklärung der Kabinette von Rom, Paris und London über die verhandelten Fragen erfolgen möge. Auch die „Humanité" beklagte, daß die italienische Regierung die Ergebnisse des Kongresses durch ihr Fernbleiben entwertet habe.

Eins aber ist erreicht worden, daß dem Plan eines südslawischen Staates nicht mehr offizös von italienischer Seite wie noch im vergangenen Jahre ein klares Veto entgegengestellt wurde, obwohl Dr. Trumbitsch ausdrücklich erklärte, daß als Grundlage für eine italienisch-südslawische Verständigung immer der Vertrag von Korfu zu gelten haben werde.

Nicht lange nach dem Kongreß erschien Nikita von Montenegro in Rom — angeblich nur um einen Familienbesuch abzustatten. Er wird sich wohl aber auch für die Frage interessiert haben, ob Italien die Hand dazu bieten wolle, daß sein Königreich von einem großen südslawischen Staat verschluckt werde. Daß man diese in dem Vertrag von Korfu vorgesehene Operation durchaus nicht ohne weiteres über sich ergehen lassen will, erhellt aus einem Interview, das Prinz Peter von Montenegro kürzlich einem Vertreter der römischen „Tribuna" gewährt hat („Tribuna" vom 31. Mai 1918). Er führte darin aus: Montenegro habe der Erlangung der Unabhängigkeit der serbisch-kroatisch-slowenischen Nation stets sympathisch gegenübergestanden, müsse jedoch für sich unter allen Umständen nationale Selbständigkeit beanspruchen, eine Forderung, die im Einklang steht mit den Zielen der Entente, die für die Durchführung des Nationalitätenprinzips — auch den kleinen Staaten gegenüber — kämpft. Montenegro sei wegen der Verwandtschaft seiner Sprache und Kultur der Gefahr der nationalen Auffaugung durch eine viel größere Gemeinschaft ausgesetzt, was indessen nicht mit den Wünschen der Montenegriner übereinstimmen würde, die stolz sind auf ihre eigene Nationalität. Die Sprache läßt es an Deutlichkeit nicht fehlen und ist eine klare Absage an den Vertrag von Korfu und den sich ihm anschließenden „Patto di Roma".

Je mehr von den Nationalitäten-Unruhen innerhalb des österreichischen Staates an die Öffentlichkeit drang, um so lauter wurde in Italien in das Horn geblasen zur Verhetzung der Völkerschaften. Zu der südslawischen trat die tschechisch-slowakische Propaganda. Aus tschechischen Gefangenen wurde ein Truppenkörper zusammengestellt, der weniger militärischen Zwecken dienen sollte, als zur Reklame für die neue Slawenpolitik bestimmt war. Die Vorführung dieses Tschechenkorps bildete

Digitized by Google

auch einen Hauptpunkt in dem Programm für die Feier der dritten Jährung des Eintritts Italiens in den Krieg am 24. Mai dieses Jahres. An dem Viktor-Emanuel-Denkmal in Rom wurden die Truppen mit einer Fahne begabt; Reden auf die Befreiung Böhmens lösten brausenden Jubel aus.

So wird augenblicklich in Italien mit allen Mitteln eine Slawen-Begeisterung entzündet. Überredungskünste werden aufgeboten, um das italienische Volk zu einer Liebe für die Slawen zu bewegen, um den Slawen nahe zu legen, daß sie in den Italienern ihre natürlichen Bundesgenossen und Beschützer sehen. Historische Geister greifen in das Buch der Geschichte, deren Material sich ja, wie der den Weltkrieg begleitende geistige Feldzug zur Genüge gezeigt hat, für alle Beweise, Konstruktionen und Theorien beliebig ausbeuten läßt, um darzutun, daß die italienischen Freiheitskämpfer Mazzini und Cavour schon einer Befreiung der Slawen vorgearbeitet haben. Dem heutigen Italien sei vom Geschick die Aufgabe vorgeschrieben, die Befreiung der Slawen durchzuführen. Bedenkt man, wie sich das Verhältnis zwischen Italienern und Slawen in den unter österreichischer Herrschaft stehenden gemischten Gebieten vor dem Kriege gestaltete und welches noch bis vor kurzem die Gesinnung Italiens den Südslawen gegenüber war, so wird ein nicht in die Leidenschaften des Tages verstrickter Beobachter wie öfter solchen leidenschaftlichen Gebärdungen nur ein ironisches Lächeln entgegenbringen können.

Kürzlich ging durch die deutsche Presse die Meldung, daß zwischen England und Italien neue Abmachungen getroffen werden sollten, die wohl die südslawische Frage berühren dürften. Eine offizielle Bestätigung dieser Nachricht liegt noch nicht vor. Die von uns geschilderten Bestrebungen sollten aber jedenfalls den Boden bereiten für eine Revision des Londoner Vertrags, die auch, wie wir sahen, von einem Teil der italienischen interventistischen Blätter gefordert wurde. Das Abkommen gilt in der Entente, wie es in ihrer Presse des öfteren ausgesprochen wurde, als die Beurkundung eines skrupellosen italinischen Imperialismus. Soeben erklärte zwar Lord Cecil noch auf die Anfrage des Abgeordneten King im Unterhause, daß der Londoner Vertrag nach wie vor in Geltung sei, aber es wird sich wohl bald zeigen, wie weit die Tragfähigkeit dieses Baues reicht, von der Sonninos Schicksal abhängen dürfte.

Dem Drängen verschiedener Kreise der Entente, die Regierungen mögen zu dem italienisch-slawischen Problem Stellung nehmen, sind diese bis jetzt nur durch eine sehr allgemein gehaltene Sympathieerklärung für die slawischen Wünsche entgegengekommen. Nachdem der amerikanische Staatssekretär Lansing zum Ausdruck gebracht hatte, daß die nationalen Bestrebungen der Tschecho-Slowaken und der Südslawen für ihre Unabhängigkeit die lebhafte Sympathie der Vereinigten Staaten fänden, hat sich der am 3. Juni in Versailles versammelte Kriegsrat, in dem die Ministerpräsidenten von Frankreich, Großbritannien und Italien vertreten waren, dem Wortlaut dieser Erklärung angeschlossen.

Digitized by Google

Die ukrainischen Parteien

Von Arel Schmidt

Will man Einblick in das ukrainische Parteiwesen erhalten, so muß man davon ausgehen, daß das ukrainische Volk seit dem Einfall der Tartaren im 13. Jahrhundert seine staatliche Selbständigkeit eingebüßt hatte. Als der alte Kiewer Staat von diesen Nomaden überrannt worden, gelang es dem westlichen Teil mit Halytsch als Hauptstadt (von hier stammt der Name Galizien), seine Selbständigkeit bis zum 15. Jahrhundert gegen Polen zu behaupten. Im Gebiete zwischen Dnjepr und Don war eine menschenleere Steppe entstanden, auf der nur hin und wieder Nomadenvölker auftauchten. Der westliche Teil des alten Kiewer Staates geriet unter litauische, später unter polnische Herrschaft. Bis auf die breite Volksmasse wurde die gebildete Oberschicht so gut wie restlos vom Polentum aufgesogen. Allmählich begann sich die bäuerliche Masse der Ukrainer wieder weiter nach Osten vorzuschieben. Die in Polen unfrei gewordenen Bauern flohen in die Steppe, um ein Grenzlerleben, als Hirten, Jäger und Krieger zu führen. Mit der Zeit entstand daraus die Kosakenrepublik, die nur lose mit Polen zusammenhing, bis sich deren Hetmann Chmelnizkij 1654 von Polen losriß. Er suchte bei Moskau Anschluß, weil er sich allein zu schwach fühlte, um gegen Polen, Moskau und Türkei gleichzeitig zu kämpfen. Damit war aber das ukrainische Volk vom polnischen Regen unter die großrussische Traufe geraten. Waren sie von Polen polonisiert worden, so wurden sie jetzt in noch brutalerer Weise russifiziert. Wie im Westen die Oberschicht polnisch geworden war, so ging sie im östlichen Teil der Ukraine im Großrussentum auf. Nur geringe Reste der ukrainischen Gebildeten blieben in Stadt und Land ihrer alten angestammten Nationalität treu. Selbst einige Dichter des ukrainischen Volkes wie Gogol, Potapenko und Korolenko, die in ihren Dichtungen oft genug ukrainisches Leben schildern, bedienten sich dabei der großrussischen Sprache. Selbst Gogols „Taras Bulba", die Verherrlichung des Kampfes der ukrainischen Kosaken gegen die polnischen Unterdrücker, ist in russischer Sprache geschrieben.

Die bäuerliche Masse blieb aber von dieser Entnationalisierung verschont, weil die Zaren glaubten, daß nur Unbildung das Volk von revolutionären Ideen fernzuhalten imstande sei. Dank dieser Spekulation auf die Unbildung blieb dem ukrainischen Volke seine Sprache erhalten und von hier aus ist die Wiedergeburt der ukrainischen Staatsidee ausgegangen. Taras Schewtschenko, ein ukrainischer Leibeigener — Katherina II., hatte am Ende des 18. Jahrhunderts erst auf die Ukraine die Leibeigenschaft ausgedehnt — hat dem ukrainischen Volke seine Vergangenheit wieder lebendig gemacht. Der Lohn für die Wiedererweckung des Nationalgefühls war Verbannung nach Sibirien. Die Saat aber, die Schewtschenko in der Mitte des vorigen Jahrhunderts ausgestreut hat, ist seit Aufhebung der Leib-

Digitized by Google

eigenschaft in Rußland (1863) aufgegangen. Die Bauernschaft begann eine neue ukrainische Oberschicht zu bilden, die aus Dorfgeistlichen, Dorfschullehrern, Landärzten, Agronomen, Angestellten der ländlichen Selbstverwaltungsorgan (Semstwo) und Verwaltern der Konsumgenossenschaften bestand. Die zarische Regierung kämpfte leidenschaftlich gegen diese nationalen „Auswüchse" an. Aber es half nichts. Die Bewegung erwies sich stärker, als die zarische Gendarmerie. Nur ein kleiner Teil von der neuen ukrainischen Bildungsschicht konnte in den freien Berufen Arbeit finden, weil die zarische Regierung nationalbewußte Ukrainer als Beamte nicht in ihrer Heimat anzustellen pflegte. Viele von den Gebildeten mußten daher als Richter, Lehrer, Eisenbahn-, Telegraphen- und Postbeamte außerhalb der Ukraine ihr Brot suchen. Hierdurch erreichte es die Regierung, daß zu Hause die ukrainische Bildungsschicht sehr dünn blieb. Dafür sind aber im ganzen weiten russischen Reich, bis nach Sibirien hinein, überall kleine Mittelpunkte ukrainischen Lebens entstanden, deren Mitglieder jetzt in die Heimat zurückzukehren bestrebt sind. Nach Schewtschenkos Tode machte der ukrainische nationale Gedanke eine Wandlung durch. Er begann politisch zu werden. In den siebenziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war der aus der Ukraine stammende Professor Drahomanow in Sofia der Führer der ukrainischen Nationalbewegung geworden. Er glaubte nicht an die Möglichkeit einer Loslösung der Ukraine von Rußland und verlegte daher der Schwerpunkt des Kampfes auf die Forderung einer Autonomie im Rahmen einer russischen Föderativrepublik. Er verband sich zu diesem Zwecke mit den russischen Liberalen und bekämpfte mit ihnen gemeinsam das Zartum, bei dessen Sturze er bei Anbruch des allgemeinen russischen Völkerfrühlings auch für seine ukrainische Heimat eine schöne Zukunft erhoffte. Je mehr er zum allgemeinen Vorkämpfer der russischen Freiheitsidee wurde um so mehr begann sich dagegen in der Ukraine eine Opposition geltend zu machen. Ihr Führer wurde der Dichter Franko, der den Unabhängigkeitsgedanken leidenschaftlich vertrat. Drahomanows Ideen von der Föderativrepublik nahm nach seinem Tode der Lemberger Professor Hruschewsky auf, der, obzwar aus Kiew stammend, durch seinen langen Aufenthalt in Galizien den Gegensatz zu Polen lebhafter empfand, als die russischen Ukrainer.

Die Revolution von 1905 zeigte zum erstenmal der russischen Öffentlichkeit die Stärke der ukrainischen Bewegung. In der ersten Duma tauchten unerwarteterweise einige fünzig Ukrainer auf, die nach dem Drahomanowschen Rezepte die Erfüllung ihrer Autonomiewünsche seitens des russischen Liberalismus erhofften. Nur zu bald trat die Enttäuschung ein. Sie erkannten rasch, daß sie weder bei der zarischen Regierung, noch bei den großrussischen Parteien auf Entgegenkommen zu hoffen hätten. Sie schlossen sich daher in der zweiten Duma, wo sie bereits auf 62 Mann angeschwollen waren, zu einer eigenen Fraktion zusammen. Dieses Erstarken des ukrainischen Gedankens war bekanntlich einer der Gründe, daß Stolypin zum Staatsstreich

Digitized by Google

griff und das demokratische Wahlrecht zugunsten des Großgrundbesitzes abänderte. Der äußerliche Erfolg war durchschlagend. In die dritte Duma zog kein Ukrainer ein. Innerlich war aber damit der Radikalisierung der ukrainischen Idee mächtig Vorschub geleistet. In allen Parteien warb der Unabhängigkeitsgedanke viel Anhänger. Augenblicklich hat, wie ich bei meinem kürzlichen Aufenthalt in Kiew aus zahlreichen Gesprächen mit Führern aller ukrainischen Parteien erfahren habe, die Unabhängigkeitsidee auf der ganzen Linie gesiegt, weil er sich dank dem Siege der deutschen Waffen als möglich erwiesen hat.

Für den ukrainischen Nationalgedanken haben seit Jahren vor allen Dingen drei Parteien gearbeitet: Die Sozialisten-Ssamostniki, die Sozialdemokraten und die Sozialisten-Föderalisten. Da, wie wir gesehen haben, die neue ukrainische Oberschicht noch eng mit dem Bauerntum zusammenhängt, so sind naturgemäß alle Parteien sehr demokratisch gerichtet. Das zeigt sich schon in ihren Namen, die alle das Wort sozial in ihrem Schild führen. Das erscheint auf den ersten Blick sonderbar, weil die Ukrainer ein ausgesprochenes Bauernvolk sind. Bei ihnen bedeutet aber das Wort „sozial" mehr den Protest gegen die agrarischen Besitzverhältnisse, als einen Gegensatz zum Kapital. Die Sozialisten-Ssamostiniki können für sich den Ruhm in Anspruch nehmen, daß sie von Anbeginn für die völlige Trennung der Ukraine von Rußland eingetreten sind. Die russische Regierung verfolgte sie daher besonders energisch und auf ihre Bestrebungen prägte Stolypin das Wort Mazepismus (Mazepa war der Hetmann der Kosaken, der sich unter Peter dem Großen mit Karl XII. verband, um die Ukraine von Moskau loszureißen). Sie sind eine kleinbäuerliche Partei, die den Großgrundbesitz zugunsten landarmer Bauern so gut wie ganz aufteilen will, den sie aber zu persönlichem Eigentum erhalten sollen. Ihre Führer sind der Direktor einer Kooperativgenossenschaft, Stepanenko, Ingenieur Makarenko, Dr. Luzenko und Glebow. Sie sind die eifrigsten Anhänger eines engen Anschlusses an die Mittelmächte, welchen Gedanken ihr Blatt „Ssamostinik" (Selbständigkeit) seit Beginn der Revolution aufs lebhafteste vertritt. Rechts von ihnen stehen die Sozialisten-Föderalisten. Sie tragen ihren Namen jetzt zu Unrecht. Sie sind weder Sozialisten, noch Föderalisten. Sie sind politisch von Drahomanow ausgegangen und glaubten als Realpolitiker mit ihren Forderungen nicht weiter als bis zur Autonomie gehen zu können. Da der Weltkrieg die Selbständigkeit der Ukraine gebracht hat, sind sie ohne Schwanken auf diesen Boden getreten, weil sie prinzipiell nichts gegen die Verwirklichung dieser Idee einzuwenden hatten. Sie vertreten die städtische Intelligenz und haben unzweifelhaft die meisten politischen Köpfe um ihre Fahne gesammelt. Ihr Führer ist der Schriftsteller Jefremow. Neben ihm spielt Doroschenko (der jetzige Ministergehilfe des Äußern), der Jurist Scheluchin (Führer der ukrainischen Delegation bei den jetzigen Verhandlungen mit den Bolschewiki), Schulgin und Nikowski, der Redakteur ihres

Digitized by Google

Parteiorganes „Nowa Rada“, eine Rolle. In der alles beherrschenden Landfrage treten auch sie für eine weitgehende Enteignung im Interesse der Bauern ein, gehen aber damit nicht ganz so weit, wie die Ssamostiniki. Die stärkste Partei im Lande sind die Sozialdemokraten. Das muß in einem so ausgesprochenen agrarischen Lande wie die Ukraine überraschen, in der 85 Prozent der Bevölkerung noch vom Ackerbau leben. Zudem besteht ein großer Teil der Fabrikarbeiter besonders im Donezgebiet aus zugewanderten Großrussen. Dafür aber ist die dörfliche Intelligenz, wie Dorfschullehrer, Agronomen, Tierärzte, Gemeindeschreiber, sozialistisch gesinnt. Ihr Führer ist der Schriftsteller Winitschenko (erster Ministerpräsident des ukrainisches Staates vor dem Kabinett Holubowitsch). Neben ihm spielt der Rechtsanwalt Porsch eine bedeutende Rolle. Ihre landwirtschaftliche Autorität ist der Leiter einer Kooperativgenossenschaft, Martos (Landwirtschaftsminister im Kabinett Winitschenko). Ihr Blatt heißt „Rabotnitscha Gazeta“, deren Redakteur Bensa ist. Anfang Mai, als ich in Kiew weilte, um die ukrainische Bewegung zu studieren, trat eine weitere Partei die „Ackerbauer-Demokraten“ mehr an die Öffentlichkeit. Sie ist ein Versuch der Gebrüder Schemet, Großbauern und ukrainisch gesinnten Großgrundbesitz zusammenzufassen. Gelingt diese Bildung, so würde sie den Ansatz zu einer gemäßigteren Agrarpartei abgeben. Auch sie tritt für eine weitgehende Enteignung ein. In der Notwendigkeit der Aufteilung des Großgrundbesitzes sind sich alle ukrainischen Parteien einig, weil nur darin die Möglichkeit liegt, den Hemmschuh der großrussischen und polnischen Oberschicht zu beseitigen. Letzten Endes ist eben die Enteignung eine eminent wichtige nationale Frage. All diese Parteien sind aus dem Wunsche erwachsen, dem nationalen Gedanken in der Ukraine zu dienen. Die letzte Partei, die Sozial-Revolutionäre, dagegen hat einen anderen Ursprung. Ihr Nährboden war die allgemein russische Unzufriedenheit und zwar in politischer und agrarischer Beziehung. Das bietet ihre Stärke, aber auch ihre Schwäche. Wohl wurde sie von der allgemeinen russischen Welle der Unzufriedenheit mit in die Höhe gehoben, aber die innere Gebundenheit an großrussische wirtschaftliche Ideale begann sie bald wieder herabzuziehen. Ihr großes Verdienst ist es, als führende Partei in der Rada dem Gedanken der ukrainischen Unabhängigkeit zum Siege verholfen zu haben. Desgleichen, daß ihre Vertreter in Brest-Litowsk mit Sewrjuk, dem späteren Gesandten in Berlin, an der Spitze, in die Bresche sprangen, als Trotzki in falscher Einschätzung des Kräfteverhältnisses den Verhandlungstisch verließ. Später geriet aber diese Partei in der Frage der Agrarreform in den großrussischen Irrgarten der Sozialisierung des Grund und Bodens. Hier zeigt sich die geistige Abhängigkeit dieser Partei vom großrussischen wirtschaftlichen Ideal, die zur Katastrophe führte.

Außer diesen fünf ukrainischen Parteien spielen noch die großrussischen Kadetten dort eine Rolle. Sie stützten sich auf den großrussischen Grundbesitz, auf die Industrie, die finanziell stark von Moskau abhängt, und auf das große Heer großrussischer Be-

Digitized by Google

amter, die die Zaren zu russifikatorischen Zwecken in die Ukraine sandten. Während sich diese Partei aus den eingewanderten Elemente rekrutiert und durch Agrarreform, Verselbständigung der Industrie, durch Lösung der Bankverbindungen mit Moskau und durch Austausch der großrussischen Beamten gegen ukrainische aus Rußland völlig entwurzelt werden kann, fußen die vorgenannten Parteien auf der breiten bäuerlichen Masse. Letztere wollen aber unter allen Umständen den ukrainischen Staat, weil nur dieser im Besitz des den fremden Herren, Großrussen und Polen, genommenen Landes belassen wird. Da wir jetzt endlich den ukrainischen Staat in das Spiel der Kräfte gegen Moskau einzusetzen gewillt sind, so müssen wir bei dieser Politik naturgemäß mit dem ukrainischen Volk und nicht mit der landfremden kadettischen Oberschicht arbeiten. Die Schlußfolgerung hieraus ergibt die Notwendigkeit eines demokratischen Wahlrechts, weil bei einem Bildungs- oder Vermögenszensus der ukrainische Bauer ausgesiebt und Großrussen, Polen, Juden und deutsche Kolonisten oben bleiben würden. Wie restlos in der Ukraine ein solcher Zensus wirken kann, bewiesen die Dumawahlen. Während in der ersten Duma 54 und in der zweiten 62 ukrainische Abgeordnete vorhanden waren, gelang es in der dritten Duma, für das ein Zensuswahlrecht eingeführt wurde, keinem einzigen Ukrainer, ins russische Parlament zu gelangen. Setzen wir uns daher bei der Hetmanns-Regierung für eine breitwürfige Agrarreform, für eine Durchschneidung der finanziellen Abhängigkeit der Donezindustrie von Moskau, für eine energische ukrainische Schulpolitik und für eine Verselbständigung der dortigen orthodoxen Kirche ein, so wird sich der ukrainische Staat auf dem sicheren Fundament des auf eigener Scholle stehenden Bauerntums politisch ganz von selbst zu einem Bollwerk gegen die russische Gefahr auswachsen und wirtschaftlich zu einem notwendigen Faktor für Mitteleuropa werden.

„Theologie ohne Deutschland“

Von Professor D. Adolf Deißmann, Berlin

Auf drei Hauptschauplätzen tobt der Kampf der Völker: auf dem militärischen dem wirtschaftlichen und dem kulturellen. Die Parallelität der Ereignisse dieses dreifachen Krieges zu erforschen wird eine der wichtigsten Aufgaben der künftigen Geschichtswissenschaft sein. Dabei wird sich eine Tatsache als besonders bemerkenswert herausstellen: die Kausalität (das Ursachenverhältnis), in der unbefriedigende Gesamtlage und verstärkte kulturelle Offensive bei unseren Gegnern zu stehen pflegen. Wäre die Sache nicht zu ernst, so könnten wir jede neue Greuelpropaganda, jeden neuen Boykottversuch gegen uns mit einem Gefühl der Befriedigung begrüßen, weil sie stets ein Symptom der Unbefriedigung auf der Gegenseite zu sein pflegen.

Nur aus dem Gefühl einer schweren Depression scheinen mir auch die in England unternommenen Versuche einer theologischen Ächtung Deutschlands entsprungen zu sein. Ich will zwei von ihnen kurz besprechen.

Digitized by Google

Dr. J. S. Carroll protestierte in einem Artikel der „National Review" vom Oktober 1917 gegen die Fortsetzung der vor dem Kriege bekanntlich in steigendem Maße geübten Praxis junger englischer Theologen, ihre Studien in Deutschland fortzusetzen:

„Der Gedanke ist einfach unerträglich, daß unsere Studenten, die zukünftigen Lehrer der Religion, den alten theologischen Verkehr mit einem nicht bereuenden und nicht neugeborenen Deutschland aufnehmen und die Lehre Gottes zu Füßen unbußfertiger Räuber und Mörder lernen sollen. Wenn diejenigen unserer Söhne, welche den Krieg überleben, nach Hause kommen, nachdem sie durch ihre vornehme Selbstopferung in Liebe und Rechtschaffenheit uns Gott gezeigt haben, so ist es mehr als zweifelhaft, ob sie den Predigten von Männern lauschen wollen, die bereit sind, ihre Gotteslehre aus Quellen zu ziehen, die mit Ungerechtigkeit vergiftet und mit Haß befleckt sind."

Damit läßt Dr. Carroll Töne weiterklingen, die im Augustheft der „Contemporary Review" von 1917 Rev. E. C. Waterhouse angeschlagen hatte. Deutschland habe sich, so führt sein Artikel „Theologie ohne Deutschland" („Theology without Germany") aus, ohne Gewissensbisse dem einfachen Trieb, zu töten, hingegeben, unbehindert durch Gesetze und unbeschränkt durch das Gefühl. Seine Presse, sein Volk und seine Gelehrten billigten diese Politik. Hierdurch hätten sie eine Erneuerung der alten Beziehungen nach dem Kriege unmöglich gemacht: des Austauschs der Studenten an den Universitäten, des Strebens nach Übersetzung deutscher Bücher, des wissenschaftlichen Verkehrs. Es sei täglich klarer, daß der künftige Fortschritt von Wissenschaft und Zivilisation in scharfer Trennung von der „Kultur" Deutschlands erfolgen müsse. Solche Trennung könne indessen nicht an allen Punkten in gleicher Weise vorgenommen werden. Das Wesen der modernen Zivilisation sei eine zu enge Einheit, um eine völlige Abtrennung eines Teiles vom Ganzen zuzulassen. Keine nützliche Erfindung der deutschen Wissenschaft z. B. könne ignoriert werden. In den normativen Wissenschaften dagegen werde die Trennung Deutschlands von Europa am meisten hervortreten. Es sei unbestreitbar daß die deutsche Führerschaft in der Wissenschaft für Generationen vorbei sei. Am wenigsten würden die Engländer geneigt sein, deutsche Philosophie, Ethik und Theologie zu studieren. Es würde Heuchelei sein, zu behaupten, dieser Verlust der Verbindung mit deutscher Wissenschaft wäre von keiner Bedeutung; denn Deutschlands Beiträge zur Wissenschaft seien unbestreitbar bedeutend gewesen. Und doch sei zu bedenken, daß der Verlust keineswegs ohne beträchtliche Entschädigungen stattfinden werde: man werde eben mit der deutschen Theologie und Philosophie auch die Mängel ihrer Methoden los werden.

Rev. Waterhouse versichert, schon vor dem Kriege diese Mängel erkannt zu haben; die leitenden Denker aber und die akademischen Kreise Englands hätten damals für solche Anzweiflung der Führerschaft Deutschlands kein Verständnis gehabt:

„Jetzt, wo der Zauber dahin ist, haben wir die Freiheit, unparteiischer diese Mängel festzustellen und eine klarere Schätzung der Stärke und der Schwäche der deutschen wissenschaftlichen Methode vorzunehmen."

Die besten Eigenschaften der deutschen Gelehrten seien Geduld, Gründlichkeit und

Digitized by Google

Fleiß gewesen, besonders in der energischen Einstellung auf die Einzelheiten. Ihr Mangel, besonders in Theologie, Philosophie und den verwandten Gebieten, habe in der allgemeinen Neigung bestanden, eine Gesamtregel oder Methode auf alle Einzelbeispiele anzuwenden und kritische Untersuchungen dadurch zu beeinträchtigen, daß man sie nicht mit unbefangenem Geist, sondern mit Rücksicht auf eine vorher angenommene Theorie anstellte. Ein gutes Beispiel biete sich in der neuesten Bibelkritik; Waterhouse bespricht hier insbesondere die Versuche der Quellenscheidung. Für die Sucht, die Einzeltatsache in eine vorher feststehende Theorie hineinzuzwängen, zitiert er die Tübinger Schule und zwei neuere Gelehrte: den ganz nach der Methode Baurs arbeitenden Albert Schweitzer mit seinem Buch über die Leben-Jesu-Forschung und Arthur Drews mit seiner „Christus-Mythe“. Unter den Aufgaben anderseits, die demgegenüber die deutschlandfreie englische Forschung anzugreifen habe, nennt er das Studium der Sprache des Neuen Testaments auf Grund der gleichzeitigen Papyri, archäologische Arbeit in der Art von Sir William M. Ramsay und die stärkere Einstellung des gesamten Bibelstudiums auf den Osten:

„Wir müssen die Dinge des Ostens weniger nach der Art des Abendlandes erklären, denn es kann kaum geleugnet werden, daß die westliche Denkweise und Betrachtung nicht geeignet waren für eine rechte Würdigung der östlichen Religion, — ein Fehler, den der allzu theoretische Charakter der Studien auf den engen deutschen Universitäten der Provinz groß zog.“

Was ist zu dieser theologischen Blockadeansage als solcher zu bemerken? Viel oder wenig. Ich beschränke mich, überzeugt, daß das Wenige hier das Richtige ist, auf die Antwort: Macht ihn nur einmal, euern Versuch einer „Theologie ohne Deutschland“! Nicht uns schädigt ihr durch solche Ächtung, sondern euch selbst und die Wissenschaft! Und wenn irgendeine Erscheinung der Kriegspsychose unrettbar dem Fluch der Lächerlichkeit vor der Weltgeschichte anheimfällt, so ist es dieser Versuch, eine ihrem Wesen nach ökumenische (weltweite) Sache zur Krähwinkelei eines erregten Chauvinismus zu machen.

Ich widerstehe der Versuchung, die Einzelheiten des Gedankengangs des Rev. Waterhouse zu kritisieren. Es ist zweifellos, daß er in der Kritik der deutschen Methoden auch Richtiges sagt; aber er unterläßt es, zu bemerken, daß wir selbst in lebhafter Selbstkritik unsere Schwächen unsererseits nicht minder stark empfunden haben und sie wohl auch zu vermeiden suchen. Arthur Drews als typisch für die deutsche Theologie hinzustellen, ist grotesk. Anderseits ist es im Hinblick auf die Frage nach dem Volkstum der Elsässer gewiß pikant, von einem Vertreter der Entente das Zeugnis zu hören, daß Albert Schweitzer (vielleicht der geistvollste Kopf unserer jüngeren Elsässer Theologengeneration) an dem „typischen deutschen Denkfehler“ leide. Auch die Aufgaben der künftigen deutschlandfreien englischen Theologie sind zum guten Teil von Deutschen bereits gestellt und in Arbeit genommen.

Ich habe schon einmal darauf hingewiesen, daß amerikanische Theologen seit Eintritt ihres Landes in den Krieg manchen Fehler der „Kriegstheologie“ anderer Län-

Digitized by Google

der vermieden haben; das „vestigia terrent“ (die abschreckendenden Fußspuren) kam den spät Mobilisierten ja zugute. Am bemerkenswertesten, weil von offizieller Stelle kommend, erscheint mir die scharfe Ablehnung des von der Entente nach dem Krieg geplanten Wirtschaftskriegs gegen Deutschland durch die amtliche Vertretung der protestantischen Kirchen Nordamerikas, das „Federal Council“[1]; auch das Gelöbnis der Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit des Aufbaues mit uns nach Wiederherstellung des Friedens in dem Kriegsmanifest des „Federal Concil“ vom 10. Mai 1917 (vgl. „Deutsche Politik“ II Nr. 32 vom 10. August 1917) verdient ein achtungsvolles Gedächtnis.

So hat es mich eigentlich auch nicht überrascht, daß gerade aus Amerika ein kräftiger Protest gegen den deutschlandfreien Herrn Waterhouse gekommen ist. In der „Methodist Review“ (New York) vom Januar 1918 unterzieht der Herausgeber in seinem Leitartikel das Programm des englischen Fanatikers einer in der Form verbindlichen, in der Sache scharfen und ablehnenden Kritik, wobei die unvergleichlich größere wirkliche Kenntnis der deutschen Theologie auf seiten des amerikanischen Theologen ist.

Eine jüdische Siedlung in Palästina

Ein deutscher jüdischer Soldat, der an der Palästinafront steht, sendet uns die nachfolgenden anschaulichen Eindrücke von dem Besuche einer ziokistischen Kolonie:

Im Felde, 26. April 1918.

Eine Dienstreise führte mich wieder mal nach der Ebene Jesreel oder Israel, dem alten Schlachtfeld Palästinas. Da nahm ich mir einen Nachmittag freie Zeit und machte meinen zweiten Ausflug in eine benachbarte jüdische Siedlung, die meine durch Tell Adâß hochgespannten Erwartungen durchaus bestätigte, wenn nicht übertraf. Ein Fußmarsch von unsern Zelten bei Station Afule führte mich über die unendlich grüne Ebene in etwa 3/4 Stunden an den Fuß eines niedrigen Hügels, auf dessen Höhe die Siedlung Merchawia liegt, ein Name, der im Herbäischen, wie mir nachher erklärt wurde, „Gottes Weite“ bedeutet. 500 Meter vor dem Wirtschaftshofe beginnen bereits die üppigen Weizenfelder, welche dieses Jahr wegen der ausgiebigen Winterregen ganz besonders viel versprechen. Die Gerste ist schon bald schnittreif. Bohnen, zum Teil schon geerntet, zum Teil noch in strotzender grüner

[1] Vgl. das offizielle Kriegshandbuch des „Federal Council“: „The Churches of Christ in Time of War“, New York 1917, S. 188: „Nach dem Kriege einen dauernden Wirtschaftskrieg zu führen, wie vorgeschlagen worden ist, würde eine Verletzung der Fundamentallehren Jesu sein. Es ist die unverbrüchliche Pflicht der Kirchen, den Geist der Versöhnung zu fördern als die Triebkraft für ein lebendiges Zusammenarbeiten der ganzen Welt, und hiervon sollen unsere Gegner nicht ausgeschlossen sein.“ Man sollte sich diese schwerwiegende Kundgebung merken.

Digitized by Google

Fülle. Das Gut besteht aus einem weiten Wirtschaftshof, rings festungsartig von massiven Gebäuden umschlossen, die teils Wohnhäuser, teils Scheunen, teils Werkstätten sind. Außerdem befinden sich noch freie Bauernsiedlungen in der Nähe.

Der Kern ist die gemeinwirtschaftliche Siedlung auf dem erwähnten großen Gehöft, in dessen Mitte ein 13 Meter hoher Wasserturm aus Eisenbeton von den Siedlern selbst erbaut worden ist. Die Gliederung soll nach Franz Oppenheimerschen Gedanken durchgeführt sein, die einfach darin zu bestehen, scheinen, daß der Besitz und das Betriebsvermögen der deutschen zionistischen Gesellschaft gehören (jüdischer Nationalfonds), während die Siedler selbst Arbeiter sind, die unterschiedslos, Männer und Frauen, 65—70 Frcs. monatlich bekommen. Die ganze Siedlung umfaßt 900 ha. mit 250 Seelen, davon entfallen auf den gemeinschaftlichen Kern 300 ha = 1200 Morgen mit etwa 150 Seelen. Daß alles trotz dieser unterschiedslosen Behandlung so verhältnismäßig gut geht und sich fortentwickelt, ist offenbar auf den geradezu entzückenden Idealismus, auf die Glut und Inbrunst des nationalen Gedankens zurückzuführen, der alle Mitglieder der kleinen Gemeinde beseelt und z. B., um nur eins herauszugreifen, das Unglaubliche fertig gebracht hat, die alte hebräische Ursprache neu zu beleben und in ihrer antiken Form zur Umgangssprache zu erheben. Hiervon habe ich mich persönlich überzeugt, obgleich man bei scharfem Hinhorchen doch wohl manchmal noch die „lieblichen" Töne des Jiddisch zu hören bekommt.

Gänzlich ausgeschaltet ist jede Bigotterie, der Sabbath wird wohl gehalten, aber nicht anders als unser Sonntag, die Feste wohl gefeiert, aber als das, was sie sind, als Nationalfeiertage, wie unser Sedanfest; wer nicht will, feiert auch nicht. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, als ob die Siedler sich lieber im Gegensatz zur Kirchlichkeit bewegen und diese nur als nationalen Kristallisationspunkt hinnehmen. Der nationale Gedanke, folgerichtig weitergedacht, führt dahin, daß tatsächlich katholische oder protestantische Juden in diesen Gemeinwesen ebensogut ihren Platz finden könnten, wie mosaische Juden. Nur Juden der Rasse nach müssen es sein und auch der Sprache nach. Auf diese beiden Punkte wird streng gehalten; die Kinder können daher überhaupt nur hebräisch sprechen. Sie geben Händchen und sagen „Schalomm" = Friede als Begrüßung. Dies scheint übrigens der einzige Gruß zu sein, der im Gebrauch ist, denn man hört ihn bei allen Gelegenheiten und zu allen Tageszeiten.

Ich wurde mit erquickender Gastfreundlichkeit aufgenommen, speiste an der gemeinsamen Mittagstafel mit, die in einem früher als Stall benutzten Raum an Holztischen ohne Tischtuch usw. vor sich ging, und konnte die ganze Gesellschaft beobachten. Manieren zwar noch etwas Ghetto und vielleicht schon rustikal-bäurisch, aber anständig, vorwiegend schweigsam und nicht besonders temperamentvoll. Die Mädchen ernst, zurückhaltend, schweigsam, aber nett und höflich, nur selten ein wirklich hüb-

Digitized by Google

sches Gesicht darunter, obgleich im wesentlichen nur Jugend vertreten war, die älteren Frauen speisen in ihrer Häuslichkeit.

Frauen und Männer sind in der Gemeinde bezüglich Arbeit, Stimmrecht, Lohn völlig gleichgestellt, mit der Ausnahme, daß die Küche nur von Mädchen versehen wird. Es war alles sauber und appetitlich. Das weiß ich, als Kriegsknecht, besonders zu schätzen. Es wird jeden Monat ein Ausschuß von drei Leuten gewählt, welche die Verwaltung ausüben, außerdem scheint aber noch ein ständiger Sekretär zu amten, welcher mir bereitwillig alle Auskünfte erteilte. Landwirtschaftlich angesiedelte Juden gibt es in Palästina erst 8—10000 Seelen, im ganzen an Juden 100000, gegen $^1/_2$—$^3/_4$ Millionen Araber.

Aus allen Äußerungen der Leute spricht ein unerschütterlicher Idealismus, ein Glaube an die nationale Zukunft des Judentums auf altem Boden, an die Prophetie Herzls, der natürlich längst ins Hebräische übersetzt ist. Die Eierschalen des Ghetto hängen nur noch lose außen an und sind hauptsächlich mehr bei den älteren Leuten für ein dafür geschärftes Auge erkennbar.

Ich besichtigte alle Wirtschaftsgebäude, überzeugte mich von der Sauberkeit der Molkerei und der Privaträume, welche schön weiß, wenn auch sonst völlig schmucklos ausgestattet sind, sah die Juden in der Schmiede an Ausbesserungsarbeiten für landwirtschaftliche Geräte tüchtig hämmern; sie blickten nicht einmal auf, als der Gast hineintrat, wie ich überhaupt eine ruhige Unbekümmerheit allgemein wahrnahm. Man hat es nicht nötig zu zeigen „ich tue was", das ist selbstverständlich. Selbstverständlich ist auch die Betonung des jüdischen Nationalstandpunktes; kein Aufdrängen, keine Mache, keine Potemkinschen Dörfer.

Ich ging auf die Felder, deren guter Stand überrascht, deren sachgemäße Behandlung an beste deutsche Musterwirtschaften erinnert. Noch reichen zwar die mir genannten Erträge (Weizen — 20fach als Höchstleistung) nicht an deutsche Erträge heran, aber sie ergeben gute Durchschnittswerte. Der Boden ist sehr ausgesogen, weil nie gedüngt von den Arabern. Es ist aber vorzüglicher schwerer Boden, der zweifellos bei weiter betriebener sachgemäßer Bewirtschaftung zu großen Erträgen befähigt ist.

Ich sah Männer und Weiber bei ernster, emsiger schwerer Pflug-, Häufel- und Hackarbeit, ich sah sie mit Pferden, ich sah sie mit Hacke und Spaten arbeiten. Es kann mir keiner die durch Augenschein gewonnene Gewißheit rauben, daß hier ehrlich und rechtschaffen um den Ertrag der alten Scholle gerungen wird. Und nicht bloß ehrlich gearbeit wird hier, sondern auch intelligent gedacht und geplant. Die benutzten Geräte sind neuesten Typs und gut imstand erhalten. Ich sah Garbenbinde- und Erntemaschinen, Drillmaschinen, neuzeitliche Pflüge, mit denen bis zu 30 cm Tiefe gepflügt wird.

Ich lernte einen jungen Siedler kennen, der landwirtschaftliche Schulen in Galizien

Digitized by Google

und in Celle bei Hannover besucht hat, gute maschinentechnische Kenntnisse hat und offenbar in der Siedlung die technische Gedankenarbeit leistet. Er spricht genau so gut deutsch wie wir. Der tüchtige, junge Mann, namens Gerson Geffner, ist mein Freund geworden; er hat es fertig gebracht, einen großen Wasserbehälter 13 Meter hoch mit eigenen Kräften der Siedler aus Eisenbeton inmitten des Hofes zu errichten, und wird es weiter fertig bringen, die überraschend regelmäßigen Winde dieses Landes auszunutzen, um mit deren Hilfe durch einen Windmotor Elektrizität für den Bedarf des Hofes zu erzeugen. Hierbei versicherte ich ihn meiner technischen Mithilfe.

Überall findet man daher auf dem Hofe bequeme Wasserleitung, aus der ich die Frauen für den Hausbedarf schöpfen und den Garten bewässern sah. Bewässerungsanlagen in größerem Stile sind das freilich gewiß nicht, scheinen aber bei sachgemäßer Bodenbearbeitung — Trockenfarmsystem — in diesem Landstrich nicht einmal nötig zu sein. Die mühselige Schöpfarbeit aus den landesüblichen Zisternen mit ihrem gefahrbringenden Wasser ist beseitigt.

Voll Feuer entwickelte mir Geffner seine weitergehenden Pläne zur Technisierung des Betriebes, Ersparnis mühseliger Handarbeit und Verbesserung des Ertrages; er ist ein kräftiger, wohlgebauter Mann mit energischem, feurigem Gesichtsausdruck ganz ohne Annäherung an den jüdisch-semitischen Typ, der übrigens allgemein bei den Männern wenig, bei den Frauen etwas mehr zu finden ist. Es scheinen wohl nicht unerhebliche slawische Beimischungen stattgefunden zu haben, denn alle Siedler stammen aus Osteuropa, dem ehemaligen Rußland.

Weiter besichtigte ich die Kuhställe, welche von prächtigem, feinstem Vieh mit strotzendem Euter besetzt waren, allerdings durch den Krieg erheblich an Zahl vermindert. Auch die Ställe waren nach neuzeitlichen Gesichtspunkten mit Ablaufrinnen, Entwässerung usw. versehen, so daß man sich auf ein ostpreußisches Großgut versetzt glauben konnte. Etwa 20 Kühe und 10—15 Pferde waren da, darunter prächtige Tiere.

Die Siedler sind gezwungen, ständig bewaffnete Wachen auszustellen, um gegen die plündernden Araber ihre Felder wirksam schützen zu können. Ganze Schlachten werden da geliefert. Arabische Nachbargemeinden verbinden sich gegen die Siedler, um ihre Herden auf deren Felder zu treiben; dann muß die ganze Streitmacht der Siedlung ausrücken, und nur die Feigheit des räuberischen Gesindels, sobald es auf den entschlossenen Widerstand der Handvoll Männer stößt, macht es möglich, daß diese sich behaupten können. Das war schon im Frieden so und ist jetzt noch durch die stets hungrigen Askiers um so schlimmer geworden. Ein Wachposten der Siedler war Tags zuvor tödlich angeschossen worden.

Für diesen negativen „Schutz" des Staates dürfen die Ansiedler 35 Proz. ihres Ertrages im Frieden abführen, jetzt im Kriege steigen die Abgaben auf 40—50 Proz. ohne die ständigen Requisitionen, die hier ausgeübt werden.

Dann sah ich die Anlage der Mandel-, Feigen-, Öl-, Granatäpfel- und Bananen-

Digitized by Google

Pflanzungen, welche allerdings noch sehr jung, aber doch sachgemäß am Südabhang angelegt, unkrautfrei und richtig behackt sind, um die kostbare Bodenfeuchtigkeit aus der Regenzeit in die langen Monate der Dürre hinüberzuretten. Dieser Obstgarten von 6—8 Morgen, nebst eingeteilten kleineren Familiengärten, ist durch eine dichte, wohlangelegte Stachelhecke eingezäunt und wirksam geschützt. Frühbeetanlagen, Saatbeete usw. sind nicht vergessen, auch etwas Kartoffeln in den Familiengärten.

In der etwas feuchteren Niederung war ein Eukalyptuswäldchen angelegt, das schon gut angewachsen war. Zypressenstämmchen sind an geeigneten Stellen als Windschutz angepflanzt. Alles freilich noch jung, wie ja die ganze Siedlung erst ein Jahr vor dem Krieg in Betrieb genommen wurde.

Abgesehen von der schweren Gefahr, die diesen Siedlungen durch staatliche Unordnungen droht, sehe ich nur einen schweren Schatten auf dem hellen Bilde: es gibt wenig Kinder. So tapfer die Siedler sich nach jeder Richtung erwiesen haben und durch ihr zähes Ausharren unter unsäglich schweren Verhältnissen sich täglich neu erweisen, so wenig mutig scheinen sie in dieser allerwichtigsten Frage sich zu zeigen. — „Wir können doch nicht, dürfen doch nicht unter solchen Verhältnissen heiraten und die Kinder in die Welt setzen!" Gewiß, brav, sehr brav, sehr bürgerlich brav gedacht und gesprochen, und es ist auch wahr, daß ärztliche Hilfe mangelt; aber hier fehlt etwas: man muß auch diesen letzten Schritt wagen, wagen, wagen, denn alles ist ja dort gewagt; und haben's erst die Frauen verlernt, unbekümmert Kinder zu kriegen, sie lernen's nicht wieder. Besonders zeigt die Erfahrung von anderen großen Siedlungsländern, wie Amerika, Kanada, Australien, daß dort, wo der Zustrom der Einwanderer reichlich fließt, die eigene Fortpflanzung fast aufhört — Fortpflanzungsmüdigkeit.

Ich führte dies des längeren aus und man versprach „Besserung". — In diesem Zusammenhang steht auch die Erscheinung, daß eine Gruppe von 10 jungen Mädchen sich abgesondert hat, um zu zeigen, daß sie, auf sich selbst gestellt, allein imstande sind, das Land zu bebauen, mindestens Gartenbau zu treiben und hohe Erträge herauszuwirtschaften. Ich sah die Mädchen auf den ihnen zugewiesenen 5 Morgen bei der Arbeit, sah sie mit Pferden schwere Pflugarbeit vollbringen: alle Achtung, aber ich habe nur einen unangenehmen Eindruck davon gehabt, den ich auch frei äußerte. Das ist geschmacklos, riecht nach slawischer Hysterie und erinnert im kleinen an die große Geschmacklosigkeit der weiblichen Todesbataillone in Rußland, die ein so klägliches Ende genommen haben.

Hätten die 10 Mädchen sich statt dessen verschworen, innerhalb der letzten 3 Kriegsjahre der Siedlung je 2 Kinder zu schenken, so wäre die Zukunft der Siedlung durch Zuwachs dieser 20 Seelen ganz anders gesichert gewesen und vor allem der Sporn zur Fortentwicklung noch viel schärfer geworden! Sie hätten trotzdem im Haus, Hof und Garten noch genug nützliche Arbeit nebenbei verrichten können

Digitized by Google

und die Geburten wären ihnen bei der körperlichen Betätigung um so leichter geworden.

Hoffentlich sind dies aber Kinderkrankheiten, denn mir wird versichert, daß auf den alten Siedlungen, die schon seit 10—15 Jahre im Lande sind, die Fruchtbarkeit der Familien sehr groß sein soll. — Jedenfalls darf diese Frage nicht aus den Augen gelassen werden, denn die sehr üblen Folgen und Erfahrungen, die aus der Fortpflanzungsmüdigkeit in den erwähnten großen Siedlungsstaaten durch Rassenentartung erwachsen, mahnen zur Vorsicht.

Was übrigens hier durch einen gewissen kindischen Trotz „bewiesen" werden sollte, haben die deutschen Landfrauen in diesem Kriege in aller Stille als etwas Selbstverständliches längst geleistet und den Betrieb der deutschen Landwirtschaft, so gut es möglich war, aufrecht erhalten!

Doch das nur nebenbei! Sicher ist es, daß wir bei Betrachtung der jüdischen Frage nach diesen Erscheinungen durchaus umlernen müssen. Auch ist es fraglos, daß nur der nationale Idealismus und dieser nur in Palästina solche Leistungen vollbringen konnte, denn — wahrlich —, so sagte man mit Recht: „Den kärglichen Lohn hätten wir in Europa oder Amerika reichlich erzielen können und hätten Bequemlichkeit und Sicherheit des Lebens noch dazu." Daß sie dort ausharren, ist allein die Macht der Idee, des stürmisch erwachenden Nationalbewußtseins, des Nationalstolzes, und der konnte nur an der alten geschichtlichen Stätte wieder erwachen!

Auf meinen Einwand wegen der Araber erwiderte man mir: „hier haben mindestens 3—5 Millionen Menschen Platz, daneben spiele dann die halbe Million Araber keine Rolle mehr, besonders, da diese doch von der überlegenen jüdischen Kultur aufgesogen werden würden". „Wenn man uns nur Freiheit der Entwicklung, Freiheit für unsere Arbeit und einige Sicherheit des Lebens, d. h. geordnete europäische Verwaltung, geben wollte!"

Ob diese Behauptung zutrifft, kann ich nicht übersehen. Professor Philippson behauptet, daß die Dichtigkeit der Bevölkerung im Orient nicht wesentlich erhöht werden kann, ohne das Gleichgewicht ernstlich zu gefährden, abgesehen von der Gewinnung neuer Berieselungsländer, wie z. B. Babylonien. Aber was nationale Energie leisten kann und wie Unmögliches ein zu einheitlichem Willen zusammengefaßtes Volk zu vollbringen vermag, davon sehen wir jetzt in dem Riesen-Verteidigungskampfe Deutschlands gegen die ganze Erde ein so erschütternd erhabenes Beispiel, daß auch die Wiedererweckung dichter Kultur in den Mittelmeerländern, besonders Palästina, kaum als Unmöglichkeit angesehen werden kann.

Die vom Gedanken geborene Tat ist alles; das Schwätzen darüber ein Nichts! Und sollten sie zum Untergang bestimmt sein: groß und schön war's doch, wert des Versuches, wert der Opfer! —

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik"

Weltliche Organisation geistiger Arbeit

In diesen Tagen entrüstete sich der angesehene Musikkritiker einer großen Tageszeitung über den erbärmlichen Kunstraub an Schubert, wie ihn zurzeit erfindungsarme Operettenverfasser betreiben, und verlangte mit trefflichen Worten eine Änderung des Urheberrechtes zugunsten des vornehmen, geistigen Eigentums auch nach Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist. Alsobald antwortete ein gelehrter Professor, bedauerte die Tatsache, meinte aber, es sei nichts dagegen zu machen, denn die Tatsache habe ihre zwei Seiten. Gegen die Rechte des einzelnen Autoren stünden die Rechte des Volkes, und die Durchführung eines ewigen Urheberrechtes sei ein Ding der Unmöglichkeit. Die öffentliche Meinung müsse eben einen allgemeinen Geschmack schaffen, gegen den zu verstoßen kein Missetäter mehr wage. Der Musikkritiker antwortete etwas kleinlauter, in manchem zustimmend, aber doch auf seinem Standpunkt der Änderung des Urheberrechtes beharrend, und die Sache verlief wieder einmal im Sande.

Oft genug und allerorts hat, wer fleißig liest, solches und ähnliches erleben müssen. Immer wieder bäumt sich des ehrlich Interessierten Empfindung auf, er steht auf, fordert — ein von Wissen Beschwerter antwortet ihm mit Erwägungen, und trostlos muß sich der, ob der Verletzung seiner heiligsten Empfindungen Zornige, bescheiden. Aber es ist gar nicht notwendig, alles ist zu machen, wenn nur erst einmal eine Notwendigkeit erkannt ist, und eine Zeit, in der man wagt, Hebbels Maria Magdalena und weiß Gott, was noch zu verfilmen, in der keine Unterschiede zwischen fein und grob, gut und schlecht zu gelten scheinen, wo alle geistigen Werte in ein heilloses Durcheinander geraten sind, eine solche Zeit wird leicht diese Notwendigkeit einsehen können, zumal da sie in Geburtswehen ächzt und stöhnt und bereit ist, überall große und neue Wege einzuschlagen. Auch hier muß man wagen, radikal zu sein, um aus neuen Prinzipien neue Formen bilden zu können. Und für eine große Aufgabe mit klar einleuchtenden Zielen sind Massen leichter zu interessieren, als für Flickwerk und kleine Reformen. So erlaube man mir, radikal zu sein, und mit einer Gegenüberstellung zu beginnen.

Kunst, Literatur und Wissenschaft haben heutzutage mindestens denselben Einfluß auf die Entwicklung des einzelnen, wie die Religion. Aber während die Religion eine anerkannte und zusammengefaßte Organisation und Macht im Staatsleben ist, ausgestattet mit einer Fülle von Rechten, Vermögen und Einflüssen, sind jene Stiefkinder und ohne nennenswerte Rechte. Beide sind geistige Mächte, nur die eine mit der Geschichte einer weltlichen Organisation nach einer Leidensgeschichte, die andere, allgemein gesprochen, nur mit einer Leidensgeschichte, ohne weltliche im Staate anerkannte organisierte Macht. Natürlich kann man eine Menge gegen solchen Vergleich anführen, aber damit ist ein fühlbares Elend nicht aus der Welt geschaffen, nur Forderungen und errungener Besitz vermögen das allein. Und hier kommt meine radikale Forderung.

Wenn die geistigen Mächte neben der Kirche eine selbständige Stellung in der Nation erringen und behaupten wollen, müssen sie für sich das Recht der Verwaltung allen geistigen Eigentums fordern, an dem die persönlichen Rechte des Autors erloschen sind.

Ist diese Forderung erst einmal durchgesetzt, dann werden sich die Folgen zeigen und eine unerhörte Arbeit für fähige Organisatoren und tatlustige Schöpfer kann einsetzen.

Die erste Folge wird sein, daß durch Erhebung eines Honorars für jedes frühere, geistige Werk große Mittel aufgebracht werden, die zweite, daß dem schaffenden Geiste der Nation eine Kontrolle über das Geistesleben und eine Macht in die Hand gegeben wird, die ihm Rechte zu vergeben und zu gebrauchen erlaubt.

Kann sein, daß sich noch mehr Folgen ergeben, dieses hier ist ja nur eine Anregung für befähigte Köpfe, aber an diesen beiden Bäumen werden die Hauptfrüchte wachsen.

Digitized by Google

Die einzelnen Künste werden sich organisieren und Abgeordnete zu einem Kunstparlament senden, in dem vor der Nation die inneren Fragen der geistigen Menschheit diskutiert werden, um allen verständliche Form der Bedürfnisse zu werden.

Der Kopf der Nation wird gesäubert von dem viel Zuvielen, Boden wird geschaffen für eine große Kunst, die alle verstehen.

Als allererste praktische Ausbeute seien nur folgende Möglichkeiten angeführt. Wer da hat, dem wird gegeben. Zu den ständig fließenden Einkünften der Honorare aus dem geistigen Nationalschatze werden dieser Wahrheit gemäß bald neue, reiche Mittel durch Stiftungen kommen. Man kann Tempel für Künstler bauen, in denen Kunstrichtungen, also bestimmtes Menschliche Fleisch und Blut geworden ist. Da, oder in der Umgebung, wo sie geworden, kann man Thoma-, Maree-, Leibl-, Trübner-, Liebermanntempel errichten, man kann für Dramatiker Schauspieltruppen bilden, die in Deutschland, das heißt Mitteleuropa, reisen und spielen. Bewegungen werden in ihren Schaffenden unterstützt, Stipendien, Preisaufgaben ausgesetzt. Der überflüssige Schund des Auslandes, mit dem wir überschwemmt werden, wird eingedämmt weil in einem deutschen Kopfe, trotz seiner Universalität, eben doch nicht mehr Platz ist, als in einem andern, und man ein Land erstickt, auf das man zuviel pflanzt. Man wird mit den Schul- und Kirchenbehörden über den Einfluß der Künste auf die heranwachsende Jugend verhandeln, man kann der Amerikanisierung der Kunst, der Schundliteratur Einhalt tun, und man wird die Jury für künstlerische Aufgaben stellen. Kurzum, man wird alles tun können, was einem reichen, angesehenen Menschen zugestanden wird, niemals aber einem armen, außerhalb der Gesellschaft stehenden armen Teufel.

Und das alles werden wir tun können, werden es gerade jetzt tun können, weil die Massen in Erregung versetzt und zu neuem befähigt sind, weil die Stagnation der Satten in Deutschland durch den Krieg überwunden ist, und statt dessen aus den Segnungen des Chaos überall zu neuem Positivem gestrebt werden muß.

Man glaube nicht, daß das Utopien sind, die Verwirklichung ist gar nicht so schwer. Es gibt genügend Organisationen in allen Künsten und Wissenschaften, die nur des einigenden Prinzips bedürfen, um der großen Kollektividee, die eine der hervorstechendsten Eigenschaften unserer Zeit ist, gerecht zu werden. Aus diesen Organisationen läßt sich leicht ein Komitee von Männern bilden, denen die Nation unter der Kontrolle des Reichstages oder der Regierung sowohl die Einkünfte des geistigen Eigentums der Nation zur ersten Verwaltung, als auch die Ausarbeitung eines großzügigen Programmes und seine Durchführung anvertrauen kann. Die meisten gegenwärtigen Reichstagsabgeordneten könnten dafür gewonnen werden, sicher auch der deutsche Kaiser. Auch realpolitisch, vom nationalen Standpunkte aus, sind die Verhältnisse einer solchen Organisation günstig. Als eine Kulturtat allerhöchsten Ranges wird sie dem in seiner Machtgröße nun nicht mehr aufzuhaltenden Deutschen Reiche eine der starken Anziehungskräfte für die übrige Welt geben, die wir suchen und brauchen. Die Idee der weltlichen Organisation der geistigen Kräfte liegt auf der Straße und wird kommen, möchten wir die ersten sein, die sie aufheben.

Hermann Horn, München

Notizen

Wilsons „Mentalität“. Nichts ist so begreiflich, als dies, daß während des Krieges alle Beteiligten, wir so gut wie unsere Feinde, in zahllosen Versuchen uns bemüht haben, ehrlich oder demagogisch, je nachdem, die Anschauungen, Triebkräfte, Ziele des Partners auf breite Formeln zu bringen. Das ist so bequem für mancherlei Aussprache, aber ebenso leicht führt dieses Verfahren an den Kernfragen vorüber, verkennt, daß neue Situationen neue Ausdrucksformen schaffen.

Digitized by Google

In einem sehr interessanten, ruhigen und übersichtlichen Büchlein wirft Professor M. J. Bonn, München, die Frage auf: „Was will Wilson?“ (G. Müller, München) und gibt damit einen aufschlußreichen Abriß der amerikanischen Entwicklung, der Durchdringung wirtschaftlicher, machtpolitischer und seelischer Motive in der Gestaltung der amerikanischen Kriegssituation. Alle selbstsicheren Formulierungen sind vermieden, aber Wesentliches klar gezeichnet. Die kleine Schrift schließt: Es scheint manchmal so, als ob Wilson die Gefahr erkannt habe, die seinen Friedenszielen in dem Augenblick entstanden ist, als er sie durch militärische Teilnahme am Kriege mit Gewalt durchzusetzen versuchte. Er hat gelegentlich zu verstehen gegeben, daß er unter Umständen einen Frieden für möglich hält, der mit einer militärischen Niederlage seiner Alliierten endet. Er würde es dann nicht als seine Pflicht betrachten, durch ein amerikanisches Millionenheer die militärische Sachlage wieder herzustellen. Er will vielmehr am Verhandlungstisch gegenüber den militärischen Errungenschaften, die in mächtigem Landgewinn bestehen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten in die Wagschale werfen, die er mit seinen Alliierten zu beherrschen hofft. Er will die Anteilnahme an der Rohstoffproduktion und die Zulassung zu den Märkten von vier Weltteilen gegen den Raumgewinn aufrechnen, über den die Zentralmächte verfügen. Er will diese durch wirtschaftlichen Druck vor die Frage stellen, ob sie es vorziehen einen geschlossenen Handelsstaat in Mitteleuropa zu bilden, der außerhalb der Gemeinschaft der Völker stehend seine Eroberungen durch kostspielige Rüstungen festhalten muß, während ihm durch Ausschluß vom Welthandel die Möglichkeit schneller wirtschaftlicher Erholung verschlossen ist, oder ob sie durch Herausgabe der eroberten Gebiete ihre militärischen Lasten vermindernd, am wirtschaftlichen Aufschwung der ganzen Welt teilnehmen und als Mitglieder des Völkerbundes Sicherheit vor Angriffen genießen wollen. Er will zu seinen alten Ideen zurückkehren und militärische Macht durch wirtschaftliche Macht ersetzen.

Es ist aber leicht möglich, daß die Entscheidung hierüber heute nicht mehr bei ihm liegt. Die Alliierten haben den letzten Waffengang gewagt, weil sie der Waffenhilfe Amerikas sicher waren. Wenn sie das Ringen fortsetzen wollen, weil sie auf Amerikas unerschöpfte Hilfsquellen zählen, und die völlige Erschöpfung Europas einem Ausgleich mit Deutschland vorziehen, dann wird Wilson die Hoffnungen erfüllen müssen, die er bei ihnen erweckt hat. Und wenn erst amerikanisches Blut in Strömen geflossen ist, wenn das amerikanische Selbstgefühl auf dem Spiele steht, dann wird Wilson mit einer Kriegspartei im eigenen Lande zu rechnen haben, die an einem Abrüstungsfrieden wenig Gefallen finden wird. Ob Amerika militärische Erfolge erringt, oder ob es besiegt werden wird, — die Isolierungspolitik vergangener Jahrhunderte ist zu Ende.

Wilson ist im Jahre 1916 von seinen Mitbürgern wieder gewählt worden, „weil er dem Lande den Frieden bewahrt hat“. Einen Monat nach seinem zweiten Amtsantritt erklärte er den Krieg. Er tat das nicht etwa, weil er damals die Kraft in sich fühlte, Ziele zu verfolgen, die er früher hatte verbergen müssen, sondern weil er sich seit Kriegsbeginn von den Ereignissen hatte treiben lassen. Es ist möglich, daß seinem großzügigen Friedensprogramm ein ähnliches Schicksal beschieden sein mag. Er hat die Gabe, der Menschheit das gelobte Land in verheißungsvollen Farben vorzuzaubern. Die Kraft, im entscheidenden Moment zu handeln, hat ihm bis jetzt immer gefehlt. Wieder und wieder ist die Schicksalsstunde gekommen, in der es ihm und ihm allein vergönnt gewesen wäre, in die Speichen des Rades der Weltgeschichte einzugreifen, das erbarmungslos über die Menschheit hingeht. Er hat immer gezögert. Als wäre er ein Liebling der Götter, ist die goldene Stunde wiedergekehrt, obschon er ihre Vorgängerin tatenlos verfliegen ließ. Er ist heute nicht nur der Sprecher seines Volkes; in vielen Ländern ist er das Idol derjenigen, die einen Abrüstungsfrieden erhoffen. Aber während sie ihm noch als Führer zujubeln, müssen sie heute schon die Frage stellen, ob nicht sein Zögern

Digitized by Google

im entscheidenden Augenblick, im Juli oder im Dezember des vergangenen Jahres den Gewaltpolitikern in den alliierten Ländern die Berufung aufs Schwert noch einmal ermöglicht hat.

Der ukrainische Gedanke marschiert. Aus Kiew haben wir einen Privatbrief erhalten, der sich zustimmend zu Dr. Rohrbachs Ausführungen in Nr. 22 unserer Zeitschrift ausspricht. Es heißt in ihm unter anderem:

Für mich und eine Reihe von Kameraden kann ich Ihnen die Richtigkeit Ihrer Ansichten über die Ukraine nur bestätigen.

Ich lerne bei einigen jungen Offizieren und Studenten der ukrainischen Nachbarwache „Ukrainisch". Hier wie draußen bei den Bauern erkennt man gewiß, daß der ukrainische Staat wird und aus dem Bewußtsein der Masse nicht mehr auszulöschen ist. Die Hymne wird von den jungen Beamten, Bauern, Soldaten mit Begeisterung bei allen Gelegenheiten immer und immer wieder gesungen. Die ukrainischen Schriften, Karten, Wörterbücher werden täglich mehr gekauft, ein früherer russischer Oberst — geborener Ukrainer — betonte in Gesprächen mit mir immer wieder gleiche Gedankengänge: Agrarreform, Schulreform, los von Moskau unter Anlehnung an ein verbündetes Deutsches Reich. Ich lernte anfangs im Gespräch mit einer russifizierten Lehrerfamilie Russisch, mehrmals bin ich da schon erstaunt von ukrainischen Soldaten u. a. gefragt worden: „Warum nicht ukrainisch?" Die Russifizierten besinnen sich selbst auf ihre „Kindersprache". Wir sind auf dem rechten Wege.

Die deutschen Sprachinseln und der Weltkrieg. Über die deutschen „Sprachinseln" ist zwar so mancherlei geschrieben worden, aber doch begegnet man innerhalb der Reichsgrenzen noch vielen Gebildeten, die tatsächlich nicht wissen, was die Sprachinseln sind und wo sie liegen. Hauptsächlich die Sprachinseln in Südtirol, unmittelbar an der italienischen Grenze, vor allem Lusern, Vielgereut und St. Sebastian östlich von Trient sind in den letzten Jahren viel genannt worden. Sie greifen über in das Gebiet der sog. Sieben Gemeinden von Vicenza, denen sich die sog. Dreizehn Gemeinden von Verona anschließen. Um die Hauptstadt der „Sieben Berge", um Asiago-Schlage tobt nun jahrelang der Kampf, und wenn auch das Schicksal dieser oberitalienischen Gemeinden besiegelt sein dürfte, nach dem Kriege wird hoffentlich in unmittelbarer Verbindung mit dem deutschen Südtirol auch diesen Älplern deutscher Abkunft die Erlösung vom italienischen Joche schlagen. Es gibt kein „Welschtirol", denn in Südtirol wohnen Deutsche und Italiener gemischt, wie auch im Fersental östlich Trient die eine Talseite mit Eichleit, Gereut, St. Felix, St. Florenz und Palai fast rein deutsch anzusprechen ist, wogegen die andere Seite überwiegend italienisch besiedelt ist. Sprachliche und einwandfreie geschichtliche Untersuchungen haben festgestellt, daß die heutigen Sprachinsler Nachkommen von Bergknappen und Holzfällern sind, die vom 11.—14. Jahrhunderte vorzugsweise von den Bischöfen der Trienter Diözese ins Land gerufen worden sind. In den „Wissenschaftlichen Beiheften zur deutschen Alpenforschung" (Verlag Fischer & Co, Leipzig-Reudnitz) erscheint demnächst eine Bibliographie der Sprachinselforschung, sodann ein umfangreicher Nachweis der Ortsnamen der Gebiete der Sieben und Dreizehn Gemeinden, deren Vorarbeit bereits im vorigen Jahrhunder Postmeister Widter leistete (abgedruckt in der 1. vergriffenen Auflage von A. Basz, Deutsche Sprachinseln 1901) und zu deren Zustandekommen Professor Rohmeder und R. Merkh wesentlichen Anteil hatten. Außerdem bringen die Beihefte wissenschaftliche Einführungen in die Druckwerke der Sieben Gemeinden, von denen wir an dieser Stelle als größtes Kuriosum der gesamten deutschen Mandartenforschung nennen wollen: Dar kloane Catechismo vorz'z Beloseland (der kleine Katechismus fürs welsche Land) der 1813 erstmals erschien und 1842 neu gedruckt wurde. Diese durch vier heilige Gesänge erweiterte Auflage ist durch den Bund der Sprachinselfreunde Leipzig-Reudnitz, Erusiusstraße 2a, der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden. Außerdem erschienen zahlreiche jetzt sehr seltene Ein-

Digitized by Google

blattdrucke, sogenannte Nenien (Totenblätter), die als Erinnerung an liebe Verstorbene den Verwandten und Freunden überreicht wurden. Diese mundartlichen Einzeldrucke sind nun wohl für alle Zeiten dahingegangen, da die meisten Gemeinden durch den Krieg zerstört worden sind. Vielleicht gelingt es, nach dem Kriege im deutschen Fersental eine ähnliche Totengedächtnis-Sitte einzubürgern, da dadurch auch die Sprachinsler ihre ortsübliche Mundart gewürdigt sähen und sich nicht mehr ihres Moggen-Dialektes zu schämen brauchten. Die Deutschfersentaler werden nämlich von den umwohnenden Italienern die „Moggeni" genannt, weil sie das Zeitwort „machen" etwas häufig anwenden. Hoffentlich finden die deutschen Pfadfinder und Wandervögel, vor allem aber auch die jungen Gelehrten, Theologen, Sprachforscher, Historiker und Geologen in diese hochinteressanten Gebiete den Weg, um dort Forschungen zu machen und ein abschließendes Werk über die gesamten Sprachinseln vorzubereiten helfen.

Sozialdemokratie und Landwirtschaft. In einer interessanten Kritik, die Friedrich Stampfer im „Vorwärts" an dem Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Aktionsprogramms ausübt, stellt er fest, daß auch die neuen Richtlinien ähnlich wie das „Erfurter Programm" zu ausschließlich industrieproletarisch angelegt seien und er verlangt deshalb ihre agrarische Ergänzung:

„Die Lage der Landwirtschaft, wie sie sich während des Krieges entwickelt hat und auch nach seinem Abschluß noch lange bleiben wird, läßt sich in kürzester Form vielleicht so darstellen: Die Landwirtschaft ist durch Kriegsgewinn entschuldet, durch Überwiegen der Weltnachfrage über das Weltangebot in ihren Erwerbsverhältnissen gesichert, aber durch Arbeitermangel aufs schwerste gefährdet. Das bedeutet in den beiden ersten Punkten einen vollkommenen Umschwung gegenüber der Vorkriegszeit, im letzten ein außerordentliche Verstärkung schon vordem vorhandener Schwierigkeiten. Damit ist aber dem Großgrundbesitz das Todesurteil gesprochen.

Wenn einmal der letzte Kriegsgefangene sein Bündel schnürt und geht, wird es öde werden auf den Gutshöfen. Zuzug aus dem Osten ist in größerem Umfange nicht zu erwarten, eine Vermehrung des deutschen Landarbeiterproletariats weder wünschenswert noch möglich. Die Zukunft auf dem Lande gehört dem Mann, der seine Scholle selber bebaut!

Auch das ist eine Entwicklungsnotwendigkeit, und es hätte keinen Sinn, sich ihr mit utopistischem Eigensinn zu widersetzen. Darum Platz für den deutschen Bauernsozialismus der Zukunft! Aufgeräumt muß werden mit dem Irrglauben, daß der arbeitende Mensch in der Fabrik dem arbeitenden Menschen auf dem Felde den Verdienst nicht gönnt."

Das praktische Ziel sieht Stampfer in der Auflösung des Großgrundbesitzes durch die Bauernstelle. Wichtig erscheint der Versuch, die agrarpolitische „Revision", die in der Sozialdemokratie durch Vollmer vor über 20 Jahren angeregt wurde, nun programmatisch festzulegen.

Eine Erinnerung. „Ängstlichen Gemütern hätte es nun wohl zugesagt, die Wahl durch allerlei Kautelen, als da sind Zensus, Klassenwahl, Abstufung durch Wahlmänner und anderes, einzuengen; aber ich bin nie ein ängstliches Gemüt gewesen. Einem andern Volk als dem deutschen hätte allerdings auch ich vielleicht ein so gefährliches Recht einzuräumen nicht gewagt. Die Deutschen sind nach meiner Überzeugung, wenigstens im Norden, zu neun Zehntel königstreu gesinnt; die große Masse der Bevölkerung hält im Grunde ihres Herzens zu ihrer Regierung, wenn sie auch mit dem Munde räsonniert. Die Leute wissen, daß sie ehrlich und gewissenhaft regiert werden, und im entscheidenden Augenblick kann man sich auf sie verlassen." — Diese Worte stammen nicht etwa aus dem preußischen Wahlrechtskampf von 1918: Bismarck verteidigte so vor einem halben Jahrhundert, 1868, die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Reichstagswahlrechts!

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Schriften zur Reichsfinanzreform

Es ist die große nationale Leistung des „Vereins für Sozialpolitik", daß er, ohne aktuelle Politik zu betreiben, zu den großen Problemen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung das notwendige Erkenntnismaterial beischaffen und durch sachkundige Bearbeiter klären ließ. Diese Dienste hat er während des Krieges der Durchforschung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland gewidmet und damit wesentlich zur Vertiefung der mitteleuropäischen Aussprache beigetragen; dies geschieht jetzt wieder in den zwei Bänden „Die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft (Verlag Duncker & Humblot, München, je 12 Mk.). Die Herausgabe hat Prof. H. Herkner, Berlin, besorgt, unter den Mitarbeitern finden sich die namhaftesten Finanzwissenschaftler, so G. Cohn, Lotz, Eulenburg, O. Schwarz, Mombert u. a. Es ist nicht das Ziel einer solchen Sammlung, eine völlig gleichmäßige und einheitliche Marschroute herzustellen; jeder der Autoren spricht für sich und etwa über das Problem der einmaligen Vermögensabgabe, dem eine Reihe von Aufsätzen gewidmet ist, werden sehr verschiedene Meinungen vorgetragen. Das Willkommene der Arbeiten ist, daß sie der theoretischen und geschichtlichen Aufhellung ebenso dienen wie sie zu praktischen Anweisungen vorzudringen suchen. Das trifft besonders für die „Vermögensabgabe" zu, die Cohn übrigens ruhig beim richtigen Namen „Vermögenssteuer" genannt wissen will. Dietzel (Bonn) bekämpft diesen Plan, während Diehl, mit geschichtlichem Material, den Gedanken unterbaut und Somary ein eingehendes und geistreiches System entwirft, wie die starke und rasche Abtragung der Kriegsschuld im Rahmen des Wiederaufbaues der Volkswirtschaft verwirklichen lassen könne. Zur Einkommensteuer gibt Lotz sein Votum ab, das, mit einer anderen Motivierung, im Effekt zu einem ähnlichen Ergebnis kommt wie der Antrag der Mehrheitsparteien: dem Reich im Notfall einen „oberen" Teil des Einkommens, der eigene Produktionskosten nicht mehr enthält, sondern reine Kapitalisierungsfunktionen, zur Verfügung zu stellen. Der Umkreis der Monopolmöglichkeiten wird von E. Gothein und E. Jaffé im Kontra und Pro abgehandelt. G. Cohn gibt ein kurzes allgemeines Votum zur Lage — er meint, daß die britische Kriegsschuld nach der napoleonischen Ära ungefähr unserer Situation entspräche und schöpft aus dem historischen Vergleich einigen Optimismus.

Daß wir schon während des Krieges öfter auf die englische Finanzwirtschaft blicken mußten, ist bekannt. Haben wir im Anleiheverfahren die größere Solidität, so herrscht drüben in der eigentlichen Steuerpolitik die größere und bereitere Kühnheit. Es ist nie zu übersehen, daß der englische Staat um seiner Geschlossenheit willen an sich die leichtere Situation hat gegenüber unseren bundesstaatlichen Verlagerungen — immerhin war schon vor dem Krieg in manchen Fragen die englische Steuerpolitik entschlossener durchgebildet. Dinge, die drüben längst Selbstverständlichkeiten waren, wie etwa die Erbschaftssteuer, erstickten bei uns in parteipolitischen Kämpfen. Nun wird aber auch England nach dem Krieg vor unermeßlichen Finanzaufgaben stehen und es ist für uns wertvoll, auch für die heimischen Überlegungen, englische Reformvorschläge kennen zu lernen. Duncker & Humblot hat das Buch übersetzen lassen, das die „Fabian Society" in London herausgab: Wie bezahlen wir den Krieg? (Untertitel: Gedanken, die dem englischen Schatzsekretär von der wissenschaftlichen Abteilung der Fabier zur Verfügung gestellt werden.) Die Fabier spielen in der englischen Politik eine Rolle, die dem „Verein für Sozialpolitik" bei uns nicht unähnlich ist: sie sind wohl in ihrer staatssozialistischen Überzeugung geschlossener und einheitlicher; ihr geistiges Haupt bildet das Ehepaar Webb. In diesen Vorschlägen ist nun einiges, das für uns fast nur kuriosen Wert hat: die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Entwicklung der Post, in der freilich auch für uns manches bemerkenswert ist. Die Verfasser wollen die ganze Kohlenversorgung wie das Versicherungswesen verstaatlicht wissen, vor allem aber kommt es ihnen darauf an, die Einkommensteuer im Zusammenhang mit der Bevölkerungspolitik um- und weiterzubilden. Dieser Abschnitt besonders ist auch für uns wertvoll, so daß vielleicht noch ausführlicher auf ihn zurückzukommen sein wird. Th. Heuß

Probleme des Erziehungswesens

Um drei Probleme bekümmert sich die neue pädagogische Literatur: die militärische Vorbereitung der Jugend in Gegenwart und Zukunft; um die Fragen, vor die der Krieg die Erziehung gestellt hat; um die Ausgestaltung der Schule nach dem Krieg.

Die Frage nach der militärischen Vorbereitung der Jugend hat schon eine reiche Literatur. Die Schrift von Dr. George von Grävenitz in Jäckhs Sammlung „Der Deutsche Krieg", die schon im Jahre 1915 für militärische Vorbereitung der Jugend eingetreten ist, hat, wenn auch erst nach zwei Jahren nach ihrem Erscheinen, zu einem literarischen Streit der Meinungen geführt, in deren Mitte wir jetzt stehen. Veranlassung war im Jahre 1917 eine (an dieser Stelle seinerzeit angezeigte) Schrift vom

Digitized by Google

Geheimen Admiralitätsrat Dr. Felisch, der die Notwendigkeit eines deutschen Jugendgesetzes begründete und von der Reichsgesetzgebung ein deutsches Jugendgesetz verlangte. Seine Forderung wird jetzt von K. Wedermann vom Gesichtspunkt der angewandten Rechtspflege unterstützt („Ein Deutsches Jugendgesetz", Nürnberg 1917). Der erste Entwurf folgt aus Schulkreisen in der Schrift von G. Schmidt „Die Aufgaben der militärischen Jugendpflege in pädagogischer Beleuchtung" (H. Beyer & Söhne, Langensalza). Die Gegner des Gesetzes wurden von F. W. Foerster und Alexander von Gleichen-Rußwurm geführt („Das Reichs-Jugendwehr-Gesetz", Verl. Naturwissenschaften, Leipzig 1917). L. v. Wiese, L. Nelson, G. F. Nicolai sprechen sich von verschiedenen Gesichtspunkten her gegen das Gesetz aus. Sie finden eine Entgegnung in einer Flugschrift der Preußischen Verlagsanstalt, in der unter Berufung auf zahlreiche Stimmen „Für ein Reichs-Wehrschul-Gesetz" die von den Gegnern vorgebrachten Gründe entkräftet werden sollen. Darnach hat Rudolf Leonhard (in den „Bemerkungen zum Reichsjugendwehrgesetz", Heinz Barger, Berlin 1917) zwischen den beiden Parteien zu vermitteln gesucht. Er will das Ziel der Freunde des Jugendwehrgesetzes dadurch erreicht wissen, daß man „die Jugend wandern, statt marschieren ließe". Ehe von militärischer Jugenderziehung die Rede war, „ging die deutsche Jugend freiwillig ins deutsche Land und fand in sich und in ihm Kräfte, die der späteren Ausbildung zugute kommen werden, die eine frühzeitige aber nicht erschaffen könnte". Aus der Ausbildung des Soldaten zieht praktische Parallelen zwischen der Ausgestaltung des Unterrichts an der Schule und seiner Fortsetzung in der Kaserne G. Wolff in einer Schrift über „Pädagogische Erfahrungen eines ungedienten Landsturmmannes" (B. G. Teubner, Leipzig 1918), indem er Schule und Heer als „die beiden Erziehungsanstalten unseres Volkes" in ihren Beziehungen zueinander betrachtet.

Dem von Wolff angeführten Worte des Kaisers, daß „das deutsche Volk die im Kriege erlebten Läuterungen treu bewahrend, auf erprobten alten und vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen weiter in Bildung und Gesittung rüstig vorwärts schreiten werde", gibt die Schrift von Wilhelm Stapel über „Volksbürgerliche Erziehung" (Eugen Diederichs, Jena 1917) praktischen Ausdruck. Er entwickelt ein allgemeines Bild einer Schule des Volkstums, „einer Schule nicht des Wissens, sondern des Seins und des Lebens". Er will aus der Volksbildung das seither übliche Vortragswesen ausgeschaltet, die Heranziehung des Buches beschränkt sehen. Anstelle des Zuhörens und Aufnehmens setzt er das eigene Nachschaffen, „das geistige Sicherarbeiten der Welt". Er will „auf die ursprünglichen Quellen und die echten Zeugnisse des Lebens zurückgehen", unbekümmert um den einzelnen Beruf allgemein Deutsche erziehen. Dasselbe Bewußtsein eines allgemein deutschen Volkstums will Karl Reuschel durch eine Schrift über „Die deutsche Volkskunde im Unterricht an höheren Schulen" (Berlin 1917, Otto Salle) in den Mittelpunkt der deutschen Schulen gerückt sehen, gemäß dem Satz: „Erst die Heimat, dann die Ferne". Für die Erweiterung des pädagogischen Gesichtskreises in einzelnen Gebieten sind zwei Schriften über den erdkundlichen Unterricht anzuführen. Die eine von R. Barmm „Krieg und Erdkunde" (Hamburg 1917, L. Friedrichsen & Co.) verlangt zum politischen Verständnis der Gegenwart weitgehende Popularisierung der geographischen Kenntnisse. W. Sahm gibt eine praktische Probe in einer kurzen „Heimatkunde von Kurland" (Ferdinand Hirt, Breslau 1917).

Den Geist, der nach dem Krieg den Unterricht bestimmen soll, faßt Ernst Liese für „die Volksschule nach dem Krieg" (Halle 1917, H. Schroedel) zu den Sätzen zusammen: „Weltgewandtheit, Bildung und Wohlwollen muß die Erziehung in gleichem Maße berücksichtigen, wenn sie kulturbildend wirken soll." „Wie aber wir die Kultur in dieser Auffassung nach unserer Person vertreten und vorleben, so wird ihre Wirkung auch auf die uns zur Erziehung anvertrauten Kinder ausstrahlen, so werden wir befähigt sein, unmerklich aber nachhaltig diese nicht zu bewußten Vertretern wahrer und vollkommener Kultur zu erziehen, denn die reift erst in den Mannes- und Frauenjahren, aber in ihnen unmerklich doch wirksam und früchteverheißend die Keime wahrer Menschenbildung zum Sprießen zu bringen, sie emporzubilden zu der Dreiheit des Kulturideals Diesterwegs, der mit anderen Worten inhaltlich dasselbe Kulturerziehungsziel steckt, sie emporzubilden zum Schönen, Wahren und Guten." Karl Hönn

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—, Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

3. Jahrgang • 28. Juni 1918 • Heft 26

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die österreichische Offensive ist jetzt auch in Fluß gekommen. Die Piawe ist überschritten und auch im Gebirge ist durch die Eroberung des Montello ein schöner Erfolg erzielt. Bedeutsamer aber als die Gefangennahme von 40000 Italienern, die ein schlüssiger Beweis für die Stoßkraft der Armeen unseres Bundesgenossen sind, ist es, daß dadurch auch an der italienischen Front die Initiative dem Feinde entrissen ist. Ebenso wie wir in Frankreich, hat jetzt Österreich-Ungarn in Italien das Gesetz des Handels an sich genommen.

*

Trotz Tiszas Erklärung gegen v. Payer marschiert der mitteleuropäische Gedanke. Freilich ist der Weg noch lange nicht frei von Hemmungen und Hindernissen. Während die Vertiefung des militärischen Bündnisses zu einem Waffenbund nicht mehr viel Auseinandersetzungen hervorzurufen scheint, ist man jetzt wieder einmal österreichischerseits an der Schranke „Zwischenzölle" angelangt. Es macht aber den Eindruck, als ob dieser Schlagbaum sich heben würde, wenn allseitig die austropolnische Lösung als geringstes Übel akzeptiert würde, natürlich unter Anerkennung der deutschen wirtschaftlichen Rechte in Polen für die Durchfuhr in der Ukraine. Abgesehen von anderen Bedenken könnte deutscherseits eine Zustimmung zur austropolnischen Lösung aber nur gegeben werden unter dem Vorbehalt, daß am Brest-Litowsker Frieden in bezug auf das Cholmgebiet nicht gerührt wird.

*

In Wien sind die Ernährungsschwierigkeiten stark gestiegen. Es hat dabei sogar ein Wortgefecht zwischen Berlin und Wien gegeben, über vermeintliche Verpflichtungen Deutschlands, schneller aus der Ukraine das Getreide heranzuschaffen. Trotz aller Klagen über „unser System", das viele Dinge, wie Obst und Gemüse wegorganisiert hat, wird man bei den Nachrichten aus Wien doch froh, daß uns unsere straffere Erfassung vor solchen Notständen bewahrt hat und bewahren wird. Nach den Wiener Erfahrungen dürfte der Antrag Roesicke, der manche Bindungen lockern wollte, weniger als je Aussicht auf Annahme haben.

*

Digitized by Google

Entkleidet man die Balfourſche Rede alles Beiwerkes und aller Angriffe, ſo bleibt als Kern die Anfrage an die deutſche Regierung noch, wie ſie ſich zur belgiſchen Frage ſtelle. Der Wunſch nach rückhaltloſer Klarheit über Belgiens Schickſal, den wir in unſerer Zeitſchrift ſchon ſo oft erhoben haben, nimmt ſich freilich im Munde des engliſchen Miniſters ſonderbar genug aus, weil er ſelbſt in der Rede alles tut, um über die engliſchen Kriegsziele möglichſt viel Schleier zu decken. Mit dieſer Methode wird man die ſo notwendige Ausſprache über Belgien nicht recht fördern können.

*

Der Breſt-Litowsker Vertrag enthält einen Punkt, der in Anbetracht des in den Vordergrund gerückten Georgiſchen Problems ſehr bedeutſam iſt. In ihm nämlich wird erklärt, daß bei der Neuregelung der von Rußland abgetrennten Gouvernements, an deren Schickſal Rußland kein Intereſſe mehr habe, außer der Türkei noch die angrenzenden Länder herangezogen werden ſollten. Dieſe Sätze können nichts anderes bedeuten, als daß ſchon im Breſt-Litowsker Vertrage mit den transkaukaſiſchen Staatengebilden gerechnet worden iſt. Denn außer der Türkei kämen, da Rußlands Unintereſſiertheit beſonders betont iſt, als Nachbarn der von Rußland abgetretenen Gebiete nur Georgien und Armenien in Betracht. Der neue Georgiſche Staat iſt, wie man ſieht, im Grunde genommen ſchon im Breſt-Litowsker Vertrage vorweg anerkannt worden, und die Georgier haben ein gutes Recht, ſich auf den Breſter Vertrag als die Geburſurkunde ihres Staates zu berufen.

*

Clemenceau iſt ein neuer Feind erſtanden. Die Syndikatsbewegung, eine wirtſchaftliche Organiſation mit anarchiſchem Einſchlag, die bisher mit der Volksvertretung nichts zu tun haben wollte, hat mit dem Parlament Fühlung genommen. Auf ihrer Konferenz, zu der ſie dieſes Mal die Parlamentarier geladen hatte, wurde energiſch nach der Bekanntgabe der Kriegsziele und der Abſchaffung des neuen Geſetzes verlangt, wonach Facharbeiter in erhöhtem Maße für die Front ausgehoben werden ſollten. Das Wort Generalſtreik wurde mehrfach in die Debatte geworfen, um das Kabinett gefügig zu machen. Clemenceaus Stellung iſt durch die Annäherung der mächtig angeſchwollenen Syndikaliſten-Bewegung ans Parlament nicht wenig erſchüttert. Das dürfte auch der Grund geweſen ſein, daß Briand und Barthou den Eintritt ins Kabinett abgelehnt haben. Nicht undenkbar wäre es, daß ſich die geſchmeidige Perſönlichkeit Briands ſeiner ſyndikaliſtiſchen Vergangenheit erinnerte und ſich von dieſer Strömung nach oben tragen ließe.

Digitized by Google

Was wir könnten . . .!

Von Dr. Paul Rohrbach

In einem Gespräch fiel heute das Wort: welch eine kolossale Situation ist es, in die wir gekommen sind! So hingesprochen und außer Zusammenhang klingt das leicht mehr forsch, als wirklich groß. Befreien wir den Ausdruck aber von diesem Unterton und geben ihm den Sinn, den die Worte wirklich haben, so sehen wir, daß, um die Verhältnisse zu bezeichnen, in denen wir heute stehen, wirklich kein anderer Maßstab da ist als der des Kolossalen. Unsere U-Boote lassen die Feuer an der amerikanischen Küste von Boston bis Charleston erlöschen. Unsere Hilfskreuzer legen Minen vor Bombay und Kapstadt und kehren durchs Eismeer heim. Unsere Kanonen beschießen Paris, unsere Luftschiffe London, unsere Truppen stehen in Finnland und in der Krim, unsere Artilleristen haben ihre Stellungen hoch oben über Jericho auf der blauen Wand der Moabiterberge, unsere Kolonnen fahren über das Schlachtfeld von Gaugamela und schwäbische Landstürmer liegen in der alten georgischen Königsburg von Tiflis hoch auf dem Felsen über dem brausenden Kur und bebewachen die Schienen nach der Petroleumstadt Baku! Bald wird der Schneegipfel des Ararat zu ihnen herniedergrüßen.

Wie sind wir innerlich den wahrhaft kolossalen Zügen dieser Ausdehnung unserer Kriegsaufgaben gewachsen? Innerlich — das heißt nicht in Waffen- und Verkehrstechnik, sondern psychologisch und politisch? Gerade unter den kolossalen Maßen, die die Kriegshandlung jetzt am Ende des vierten Weltkriegsjahres angenommen hat, erhebt sich mit vermehrter Kraft die alte, so oft gesagte und nie oft genug wiederholte Wahrheit, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit veränderten Mitteln ist. Die Waffe ist nur ein politisches Mittel, und Politik muß die Waffenarbeit leiten. Friedrich Naumann schreibt in Nr. 24 der „Hilfe" in einem Artikel: „Die Diplomatie im Kriege":

Es finden sich im Reichshaushalt 1914 für den Betriebe des Auswärtigen Amts 3,3 Millionen Mark, für Gesandtschaften und Konsulate 12,3 und für Allgemeine Fonds 5, also im ganzen zwanzig Millionen Mark für auswärtige Politik. Das ist einfach Knauserei mit schädlichsten Folgen! Hier muß auf anderer Grundlage (räumlich und finanziell) neu angefangen werden. Welche Kriegsmilliarden würden wir mit einer rechtzeitigen Neuorganisation gespart haben!

Und an einer anderen Stelle:

Das was wir heute Auswärtiges Amt nennen, ist ein durch allerlei Einbauten und Anfügungen notdürftig zurechtgemachter alter Kleinbetrieb. Das gilt ebensowohl räumlich wie organisatorisch. Während man bei uns Weltpolitik proklamierte, blieb man im Schneckenhaus sitzen.

Ich sprach wohl schon einmal in der „Deutschen Politik" davon, was ich vor bald zwanzig Jahren, zufällig auch in der „Hilfe", von einer Orientreise aus schrieb. Im November 1900 ging ich bei Betzabde oberhalb Mossul über den Tigris, und als die

Digitized by Google

Fähre am mesopotamischen Ufer anlegte, merkte ich in mein Notizbuch an: Bis hierher ging das Römische Reich. Die Zeit wird kommen, wo der preußische Infanterist, wie einst der Legionar an der Ostgrenze des Imperiums, auf Posten zieht! Ist das nicht heute erfüllt, das und noch vieles darüber hinaus? Und was gehörte damals mehr dazu, als lebendiges Gefühl für das elementare, gewaltige Wachstum der deutschen Weltinteressen, um sicher vorauszusehen, daß die Ereignisse, wie auch immer sie sich entwickeln mochten, uns einmal zwingen würden, zur Verteidigung unserer nationalen Zukunft soweit auszugreifen? Eins allerdings: Gewöhnung und Anschauung großer geographischer und politischer Maßstäbe. Solche Anschauung kommt aber nicht zustande, wie Naumann sich ausdrückt, wo der Dienst der Weltvertretung Deutschlands „treu und selbstlos, aber erdrückt von der Last der Akten und gebunden an die Grundsätze, nach denen Mittelbeamte ausgewählt werden" geschieht. Sie kommt auch dort nicht zustande, wo Zeitung, Stammtisch und Bezirksverein die Stätten sind, an denen die politische Vorstellungswelt entsteht. In Erdteilen denken können, das ist, wie Rhodes gesagt hat, das Kennzeichen derer, die fühlen, daß sie zu einem Weltvolk gehören. Bei uns aber fürchtet man sich fast noch, in Ländern zu denken, sobald die Länder größer werden, als etwa der unglücklichste unsrer bisherigen Ländergedanken: Belgien.

Sicher, man kann so etwas nicht plötzlich tun, wenn man es nicht schon lange vorher geübt hat. Aber, wird mancher einwerfen, die Beamten unseres auswärtigen Dienstes kommen doch genug in allen Ländern und Erdteilen umher! Gewiß, nur zu sehr. Heute ist jemand Gesandter in Kolumbien und morgen in China, heute Konsul in Beirut und morgen in Toronto. Das aber ist ja gerade ein Beweis für Naumanns Satz von den Fortwirkungen unseres alten spießbürgerlichen Kleinbetriebs in der Politik, daß unser auswärtiger Dienst heute noch ebenso eingerichtet ist wie damals, als es wirklich noch gleichgültig war, wo man eine Durchschnittspersönlichkeit mit diplomatischer oder konsularischer Durchschnittsbildung hinsetzte, um das bißchen Überseeinteresse und die paar Dutzend Reichsdeutsche zu betreuen, die zum stillen Mißvergnügen der Aktenmenschen sich in die deutsche Konsulatsmatrikel verirrt hatten, statt Amerikaner, Kanadier, Russen oder sonst etwas zu werden. Ein Gebiet vom Umkreis der deutschen Auslandsinteressen etwa seit 1890 mußte, wie die Engländer das seit lange tun, in große feste Arbeitsprovinzen geteilt, jede davon mit einem dreimal so zahlreichen, doppelt so gut bezahlten, dauernd in ihrem Erfahrungsbereich bleibenden Stab von Kräften ausgestattet werden, und aus dem ganzen Bau mußte jene muffige, aus Exklusivität, Intrigue und Aktenbureaukratie gemischte Atmosphäre vertrieben werden (siehe Lichnowsky), die neben der Gewissenhaftigkeit des Dienstes unserem auswärtigen Betrieb leider auch eignet. Nur zu viele von unseren Diplomaten sind innerlich Menschen der für uns veralteten klein gebliebenen Maßstäbe. Sie sind nicht gewohnt, statt mit der alten Routine, mit einer Mannigfaltigkeit von

Digitized by Google

politischen Kräften und Mitteln zu arbeiten; neue, große Perspektiven sind ihnen leicht unheimlich, und die Zumutung, auswärtige Politik mit einer von Grund auf erneuerten Orientierung zu treiben, widerstrebt ihnen absolut. Nicht jeder, der im Kramladen gelernt hat, findet sich zurecht, wenn plötzlich ein Großbetrieb daraus wird. Außerdem gehört so unangenehm viel Geographie und politische Völkerkunde dazu!

Weil soviele unserer Staatsmänner und Politiker an das enge Denken, an die alte schematische Anschauungswelt und das einmal überlieferte Bild des Staatenaufbaues in Europa und seinen Grenzgebieten gewöhnt sind, darum gab es auch soviele Widerstände, bis wir endlich, von den Ereignissen und von einer Reihe kaum verdienter Glücksfälle gestoßen und geschoben, den Ostfrieden zustande brachten. Und schon sitzen die Einen vor Schreck zähneklappernd da und rufen: das Ergebnis ist zu groß und gefährlich, das muß man abbauen! Und die Andern haben auch keinen rechten Mut und keine rechte Freude, weiterzugehen und getrauen sich nicht, mit ihrem eignen Werk als mit etwas Dauerndem zu rechnen. Hätten wir früher gelernt und erfahren, was großer Zug und elementare Kraft in der Politik sind, wie frei könnten wir jetzt im Osten segeln, statt mühselige Ruderarbeit zu leisten oder aus lauter Unsicherheit überhaupt nicht vom Anker loszukommen. Wir plagen uns mit den Bolschewisten, wollen Wirtschafts- und andere Verträge mit ihnen zustande bringen, wissen nicht, was wir mit Livland und Estland machen sollen. Die Kaukasier kamen zu uns, Georgier und Armenier bitten um Anerkennung ihrer staatlichen Selbständigkeit. Nach Kiew kommen die Abgesandten der Kosaken- und Bauernfreistaaten, die sich aus Kuban und Don gebildet haben, und verhandeln über Föderation; die Ukrainer verlangen die Krim für sich; sie protestieren gegen die Angliederung Bessarabiens an Rumänien. An der Wolga stehen die Tschechen und drohen den Bolschewisten, die Finnländer greifen nach Karelien, die Esten wollen Siedlungsboden in Ingermannland, die Letten wollen ihre Stammesgenossen in Polnisch-Livland nicht bei Rußland lassen, die Weißrussen regen sich, haben ihre Rada und werben um unsre Aufmerksamkeit. Alles ist in Bewegung, alles im Fluß, alles könnten wir meistern, wenn wir die Kräfte richtig beobachten, an alten Vorstellungen zu kleben aufhören, unsere Entschließung einfach danach nehmen wollten, welche Strömung in diesem großen Gewoge uns vorwärts trägt.

Die Bolschewisten kommen allmählich in Not. Wie stellen wir uns dazu? Wir haben vorläufig kein Interesse im Osten, das größer wäre als den Bolschewismus zu halten. Manche Leute haben die etwas merkwürdige Idee, mit ihm einen Handelsvertrag schließen zu wollen, der nachher zu etwas brauchbar sein soll. Wenn jemand sich durchaus etwas davon verspricht, so mag er mit ihnen auch über Handelsverträge oder ähnliche Dinge reden, das schadet nichts, denn die Bolschewisten leisten ja etwas viel Größeres für uns. Sie ruinieren Großrußland, die Wurzel jeder möglichen russischen Zukunftsgefahr, in Grund und Boden. Das meiste von der Sorge, die wir etwa noch

Digitized by Google

vor Großrußland hegen könnten, haben sie schon von uns genommen, und wir sollten alles dazu tun, daß sie so lange wie möglich bei ihrer für uns so nützlichen Wirksamkeit bleiben. Angenommen, sie bäten uns um Waffenhilfe gegen die Tschechen in Samara und Omsk, so sollte man das sehr erwägen. Man sollte auch die Kosaken abhalten, zu weit gegen Großrußland vorzugehen und die Bolschewisten ernstlich zu stören. Diese glauben selber, daß sie das Heil nicht nur Rußlands, sondern der Welt sind. Das ist der beste Glaube, den es für uns geben kann, solange er auf Großrußland beschränkt bleibt. Man erhalte Großrußland den Bolschewisten und die Bolschewisten uns, und man wird zugleich von ihnen dann Dank und für Deutschland den Nutzen haben. Natürlich soll man das nicht umsonst tun. Nichts einfacher und sicherer, als zum Entgelt dafür die unzweideutige Anerkennung zu fordern: der Friede von Brest ist so auszulegen, daß jedes Volk und jedes Gebiet, das seine Unabhängigkeit von Rußland erklärt, gemäß dem Gesetz der Bolschewistenregierung vom 16. November 1917 als unabhängig anerkannt wird. Dort heißt es: daß jedes bisher zu Rußland gehörige Volk frei sein solle, sich als unabhängig zu erklären, sobald es wollte. Lenin selbst im Auftrag des Rats der Volkskommissare, das heißt, des damaligen Ministeriums, hat das unterschrieben und veröffentlicht. Die deutschen Unterhändler in Brest und unsere Regierung in diesem Frühjahr, als sie im Reichstag erklärte, Livland und Estland ständen noch unter russischer Souveränität, scheinen nichts davon gewußt zu haben, daß dies Gesetz ergangen war. Nicht nur die livländische und estländische Ritterschaft durch ihre Erklärung in Stockholm, sondern schon vorher, vor dem Brester Frieden, hat der revolutionär-demokratische estnische Landtag die Unabhängigkeit des gesamten estnischen Gebiets von Rußland erklärt. Diese Unabhängigkeit sollen die Bolschewisten jetzt anerkennen und bekräftigen, wenn man sich bei uns nicht einfach auf den Standpunkt stellen will, daß die ganze Auslegung des Brester Friedens in bezug auf Livland und Estland irrtümlich und das Gebiet tatsächlich und rechtlich selbständig ist. Auf keinen Fall dürfen wir den Bolschewisten jetzt eine zweite Auflage der Politik der Rücksichtnahme veranstalten, mit der wir während des ersten Abschnitts der Verhandlungen in Brest so schlechte Erfahrungen gemacht haben. Die Bolschewisten sind in unserer Hand und müssen dankbar sein für alles, was wir ihnen bieten. Es kostet uns keine große Kraftanstrengung, sie zu stürzen und danach Rußland aufs neue inneren Kämpfen zu überlassen. Wir können in Rußland Politik machen, wie wir wollen und sie in jedem Fall so ausschlagen lassen, daß die großrussische Kraft noch auf lange mattgesetzt bleibt. Dabei kommt wirtschaftlich für uns kein großer Schaden heraus, denn Großrußland ist so arm, daß es uns in jedem Fall herzlich wenig bieten kann; und will man die Sache moralisch ansehen, so ist zu sagen, daß das tatarische Moskowitertum sich keinen Anspruch auf irgendwelche Schonung von uns erworben hat. Wer seine Kraft vernichtet, erwirbt sich ein Verdienst an der Menschheit.

Digitized by Google

Man hört, es gäbe Bedenken, die Unabhängigkeit der Georgier und Armenier im Kaukasus anzuerkennen, weil auch diese noch „zu Rußland gehörten". Auch für die Kosaken am Don und Kuban soll das gelten. Sie haben sich aber selbst für unabhängig erklärt, und die Leninsche Regierung hat schon im November 1917 das Gesetz veröffentlicht: wer frei von Rußland sein wolle, sei frei. Sollen wir großrussischer sein als die Großrussen? Welch ein kolossaler politischer Ausblick öffnet sich uns die Donau abwärts durch die Ukraine, das Schwarze Meer, nach Transkaukasien, von wo die Eisenbahn- und Schiffslinien heute fast bis an den Fuß des Hindukusch und bis in das Becken des Urmia-Sees gehen! Von Täbris und Urmia kann man auf Fahrstraßen bis Ispahan, ja bis Schiras und bis Kirmanschah, der Pforte von Iran nach Bagdad kommen. Machen wir die richtige Politik, so sind bis dahin keine andern Widerstände zu überwinden als die von Raum und Zeit. Alle andern physischen und moralischen Kräfte können wir uns dienstbar machen, von ihnen uns führen und tragen lassen. Es muß ausgeschlossen sein, daß die Türken im Kaukasus über die Grenzen, die der Brester Vertrag ihnen zuwies, hinausgreifen. Sie bringen sonst die Kaukasier gegen sich und auch gegen uns auf und verderben uns die Zukunft. Im Kaukasus liegt die Naphta von Baku, liegt Mangan, Kupfer und Kohle, liegen weite Gebiete, die für Baumwollkultur brauchbar sind, wachsen edle Hölzer, Obst und Wein und wohnen Völker, die unsere Freundschaft begehren.

In der Ukraine kostete es uns nur ein Wort und die mächtigen Kräfte, die dort verborgen liegen, arbeiten von selber für Deutschland. Das Wort heißt Bauernpolitik! Alles Mißtrauen, aller Widerstand, auf die wir jetzt noch dort stoßen, werden verschwinden, wenn der Bauer merkt: die Scholle, nach der er verlangt, die Unabhängigkeit von Moskau, die sie ihm sichert, durch unsern Schutz und unsern Willen werden sie ihm zuteil. Was gehen uns die moskowitischen und polnischen Großgrundbesitzer in der Ukraine an? Für die Landes- und Volkskultur kann auch gesorgt werden, wenn ihre Latifundien sich in Bauernland verwandeln (der Bauer ist bereit, das Land zu bezahlen) und wenn Mittelgüter in angemessener Zahl und Verteilung aus allgemein landwirtschaftlichem Interesse erhalten bleiben. In der Ukraine wie im Kaukasus ist die große Bewegung da, die sich uns anbietet, die nur darauf wartet, daß wir uns von ihr tragen lassen. Unsere Zukunft und die Zukunft dieser Völker begegnen sich. Der ganze Osten ist Neuland, das Alte ist gestürzt und es bedarf nur eines freien Blicks, um die gewaltigen Sichten zu erfassen, die sich uns hier bieten.

Viele unserer Politiker haben auf das nur eine Antwort: uferlos! Das kommt daher, daß sie sich noch nicht entwöhnt haben, mit den Maßstäben unseres alten politischen Kramladens zu hantieren. Sie stellen sich vor, das alles müsse der deutsche Infanterist und der deutsche Steuerzahler leisten, und dazu reichten unsere Kräfte nicht. Ihnen schwindelt vor Entfernungen über Land wie bis zum Felsen des Prometheus, bis zum Dach der Welt und bis zur Mitternachtssonne. Das aber ist ja der Kern dieser

Digitized by Google

neuen Politik, daß ſie nicht in dem Überwinden von Widerſtänden, ſondern im Benutzen der Kräfte beſtehen ſoll, die von ſelber bereit ſind, unſerer nationalen Zukunft zuſammen mit der des befreiten Oſtens zu dienen. Wahrhaft unermeßlich ſind die Folgen, die der Sturz der Ruſſenherrſchaft in ganz Oſteuropa und Vorderaſien gehabt hat. Deutſchland kann aus dieſem Erbe nehmen, ſoviel es will, wenn es verſteht, die freie Zukunftsentwicklung der Oſtvölker, der großen wie der kleinen, in einem wahrhaften politiſch-moraliſchen Großbetrieb mit der ſeinen zu verbinden.

Die auſtropolniſche Löſung

Eine Erwiderung an Karl Leuthner von Egon Bergſon, Wien

In der „Deutſchen Politik" vom 7. Juni 1918 hat Karl Leuthner gründlich, geiſtvoll und in blendender Darſtellung wie immer über die deutſch-tſchechiſche und öſterreichiſch-polniſche Frage geſchrieben. Er verwirft die auſtropolniſche Löſung vom Standpunkte des geſamten deutſchen Volkes aus, weil die Angliederung Kongreßpolens an unſere Monarchie Konflikte zwiſchen dieſer und Deutſchland unvermeidlich mache. Zahlreiche Stimmen aus dem Deutſchen Reiche klingen damit zuſammen. Die deutſchöſterreichiſche Sozialdemokratie, Leuthners eigene Partei, weiſt die auſtropolniſche Löſung weit von ſich, freilich aus ganz anderen Motiven als er. Aber gerade die Vereinſamung, in der Leuthner gleichwie bis vor kurzem der unvergeßliche Pernerſtorfer innerhalb einer Fraktionsleitung ſteht, die vom Deutſchtum nur den Namen trägt, in der doktrinäre, national geſchlechtsloſe Intellektuelle unter Vorantritt Friedrich Adlers ihn geradezu mundtot gemacht haben, läßt ſeine Stimme um ſo wichtiger erſcheinen. Manche Anzeichen ſprechen dafür, daß Leuthners kraftvolle Perſönlichkeit nicht immer verurteilt bleiben kann, im Hintergrunde der deutſchöſterreichiſchen Arbeiterpartei zu bleiben.

Er hat ganz recht, den Zuſammenhang der deutſch-tſchechiſchen und öſterreichiſch-polniſchen Auseinanderſetzung zu betonen. Beide ſind Hauptprobleme der Innenpolitik der Monarchie, untrennbar miteinander verknüpft und wie dieſe Innenpolitik überhaupt mehr als irgendwo anders in der Welt von der Außenpolitik des Staates abhängig. Gerade dadurch iſt die polniſche Frage heute nicht ein, ſie iſt *das* Problem der Lebensfähigkeit Öſterreich-Ungarns geworden, der Hebel, von dem aus die Rekonſtruktion des Staates begonnen oder die Zerſtörung ins Werk geſetzt werden wird. Welche Möglichkeiten ſind für Polens Aufrichtung überhaupt denkbar? Die ſtaatsrechtliche Vereinigung mit Deutſchland oder Rußland ſcheidet von vornherein, aus daran zweifelt niemand. Es bleibt nur die Wahl des Zuſammenſchluſſes mit Öſterreich unter Angliederung Galiziens oder der getrennten Eigenſtaatlichkeit Kongreßpolens. Dieſe letztere trägt aber für uns einen eigenen Namen und der lautet: *polniſcher Irredentismus*. Nur politiſche Kinder — und Leuthner gehört wahrlich nicht zu ihnen — können

Digitized by Google

glauben, daß Österreich sein Kronland Galizien, das größte und volksreichste seines Besitzes, die stärkste Quelle unausgenützter wirtschaftlicher Reserven, auf die Dauer neben einem selbständigen Polen zu behaupten vermöchte. Nur Phantasten dürfen sich schmeicheln, daß der Kaiserstaat dies Galizien freiwillig einem selbständigen Polen dahin geben könnte. Bevor er nicht wirtschaftlich und militärisch völlig zusammengebrochen ist, solange eine österreichische Regierung noch existiert, wird sie das nicht tun. Das wissen die Polen Mann für Mann. Gerade das müßte den polnischen Irredentismus bis zur Siedehitze entflammen. Keinerlei Bindungen und Staatsverträge zwischen dem jungen Staat und den Zentralmächten könnten daran etwas ändern. Sind doch die Hoffnungen auf Vereinigung der ehemals russischen und galizischen Polen durch ein halbes Jahrhundert und länger, insbesondere aber seit Kriegsausbruch von offiziellster Seite genährt worden, so daß ihre Enttäuschung für die Polen und Österreich gleich unerträglich wäre. Jeder leiseste Versuch parlamentarischer Innenpolitik, jedes Mindestmaß der Verläßlichkeit unserer polnischen Bureaukratie wäre vernichtet. Unser Staat könnte nichts mehr, als absolutistisch-desolat verwaltet und regiert unter unaufhörlichen Krämpfen ein jammervolles Dasein an der Seite des jungen Nachbarreiches fortschleppen. Zu dieser inneren Schwäche käme der ständige Druck einer nahen und furchtbaren Kriegsgefahr. Weder der südslawische noch der italienische Irredentismus könnte aufhören oder an aktuellsten Hoffnungen verlieren, wenn er eine treue Stütze am polnischen Staate fände. Rumänische Revanchegelüste müßten sich anschließen, und daß die tschechischen Tendenzen tagtäglich auf das Stichwort warten würden, braucht heute keines Beweises. Alle Gelüste, Österreich zu zertrümmern, leben von der Hoffnung ihrer Erfüllbarkeit. Rußlands Sturz und ein siegreicher Friede könnten ihnen wohl ein Ende machen — aber eben nur dann, wenn Österreich regierbar wird, und das ist es ohne Ausscheidung Galiziens aus der Innenpolitik nicht mehr, nur dann, wenn nicht sofort ein neuer und noch ungebrochener Kern für feindliche Koalitionen geschaffen wird, wenn der Weg freigelegt erscheint, mit starker Hand den staatstreuen Elementen die gebührende Stellung zu verschaffen und zu erhalten und die Tschechen nach dem alten Wort Grabmayrs zu zwingen, „vom hohen Roß herunterzusteigen". Jede andere als die austropolnische Lösung führt ihnen und den anderen monarchiefeindlichen Slawen unweigerlich die Polen bis zum letzten Mann als Bundesgenossen zu.

Und das ist für Deutschland schließlich eine kaum minder ernste Sache als für Österreich-Ungarn. Wohl gibt es deutsche Politiker, die gerade mit Rücksicht auf den polnischen Irredentismus gegen die Angliederung Polens an unsere Monarchie sind. Denn, rechnen sie, in diesem Falle hat die polnische Einheitsbewegung keine Spitze mehr gegen Österreich und richtet sich ausschließlich gegen Preußen. Nichts kann falscher sein. Es handelt sich in erster Linie garnicht um das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Polen, es handelt sich um sein Verhältnis zu Österreich

Digitized by Google

Ungarn! Von zweien eines: entweder hat die Doppelmonarchie an Deutschland auch in Zukunft einen unbedingt verläßlichen Rückhalt, oder sie hat ihn nicht. Im ersten Falle belasten ihre Gefahren auch den stärksten Bundesbruder, der ohnedies vor jedem Polen das Odium der vereitelten Hoffnungen auf Galizien tragen würde. Im zweiten Falle würde der Donaustaat unweigerlich dem Protektorate der Westmächte verfallen. Allein gestanden ist er — von kurzen Intervallen abgesehen — niemals, solange er existiert. Er kann es in Zukunft weniger denn je. Gibt Deutschland ihn und damit seine Ungarn und Deutschen ihren bittersten Feinden preis, dann, aber auch nur dann sind die österreichischen Deutschen und Ungarn nicht imstande, das angelsächsisch-französische Protektorat abzuschütteln, das freilich nur eine Galgenfrist für das Ende unseres Staates bedeuten würde. Dann ist das Deutsche Reich wirklich „eingekreist". Schon darum allein kann uns Deutschland nicht aufgeben. Historische Gründe und ethnische Gemeinschaft in allen Ehren: Deutschlands eigenstes Interesse kettet uns zusammen, kaum minder dringlich und lebenswichtig als unser Interesse, das ist gewiß.

Natürlich wird die austropolnische Lösung die Polen, wenn überhaupt, nur sehr langsam und allmählich mit der Abspaltung der preußischen Polen sich zufrieden geben lassen. Aber Italiens Beispiel lehrt es eindringlich, daß jede Irredenta nur von Mißachtung der Gegenkraft sich nährt. Sie stirbt, wenn sie hoffnungslos erscheinen muß. Der polnisch-österreichisch-ungarische Staat könnte doch nicht anders, als das Bündnis der Deutschösterreicher mit den beiden anderen Staatsnationen festlegen. Auch die Magyaren haben wohl zeitweise mit unseren Slawen geliebäugelt. Sobald es Ernst wird, verfliegt solch hohler Spuk. Und als ausgeschlossen muß es gelten, daß im Verbande dieser Staatengemeinschaft, die Deutschen und Ungarn, jeder Herr in seinem Gebiet, zu einer Deutschland feindlichen Außenpolitik gedrängt werden könnten. Die Verbindung mit den alten österreichischen Erbländern vermindert zum wenigsten die Gefährlichkeit und Schärfe des preußisch-polnischen Gegensatzes. Auch wir unsererseits werden freiwillig den Bund auf Gedeih und Verderb mit dem großen Deutschen Reich nicht aufgeben, solange unser Staat existiert.

„Solange unser Staat existiert." Hier liegt der wahre Kern der ganzen Frage, hier und nirgends anders. Die offizielle deutschösterreichische Sozialdemokratie hat diese Existenz zu den Toten geworfen, wie es die Tschechen und Südslawen tun. Viele Politiker Deutschlands und Leuthner gleich ihnen mögen an ihr verzweifelt haben. Er könnte hierbei allerdings ehrlich in der Richtung seiner national-demokratischen Politik bleiben, die tiefinnerlich deutschfeindlichen Doktrinäre seiner Partei aber nicht. Allein wie immer, hier genügt die Feststellung, daß es den Bestand der Monarchie negieren heißt, wenn man die austropolnische Lösung negiert. Ist es wirklich vonnöten, die Folgen einer solchen Katastrophe für das gesamte deutsche Volk auszumalen? Manchmal scheint es so. Auf den Trümmern des Donaustaates ent-

Digitized by Google

stünde ein selbständiges Polen, vereint mit Galizien, und ein selbständiger Sudetenstaat. Wird dies Polen weniger heiß nach preußischen Provinzen hungern, als wenn es durch den staatsrechtlichen Verband mit Österreich-Ungarn gebunden erscheint? Wird es der Mithilfe der Tschechen oder der Tschechoslowaken entraten müssen, wenn diese selbst es sind, die ihre Außenpolitik bestimmen? Träumt jemand im Reich von einem direkten Ausgleich zwischen dem deutschen Gesamtvolk ohne Rücksicht auf dessen Staatsgrenzen und den Tschechen? Leuthner selbst hat schlagend und mitleidslos dargelegt, was das tschechische Volk — das Volk, nicht seine Vertreter allein! — heute will und greifbar vor Augen sieht: längst nicht mehr das Schattenbild einer nationalen Autonomie im Rahmen Österreichs, längst nicht nur eine ethnische Gemeinschaft, sondern den souveränen Staat Böhmen mit Einschluß der $3\frac{1}{2}$ Millionen Sudetendeutschen und tief hinein in Ungarns Gebiet; vielleicht wenn Gott gnädig ist, mit einem „Korridor" zum verbündeten Reiche der Südslawen. Bescheidener wird dies Volk nach Österreichs Zerfall nicht werden; es weiß genau, daß die tschechische Republik, auf das ethnische Siedelungsgebiet ihres Stammes beschränkt, militärisch und ökonomisch unmögliche Grenzen aufwiese und strategisch wie wirtschaftlich in Abhängigkeit vom deutschen Volke geriete. Das wollen weder die Tschechen noch die Welt in Waffen, die sie von New York, Paris und London aufstachelt. Einen zusammenhängenden Kranz von slawischen, deutschfeindlichen Staaten zu schaffen, der von Wladiwostok über Warschau und Prag nach Triest reicht, das ist ihr Ziel. Insbesondere die Tschechen sollen vermöge ihrer geographischen Lage einen starken Keil in die deutsche Stellung, einen schmerzhaften und tödlichen Pfahl ins Fleisch des deutschen Volkes treiben und wollen dies nur allzugerne tun. Dieses Ziel ist eine offen ausgesprochene, eherne Tatsache, und an ihr müssen alle Versuche scheitern, unter Ausschaltung von Wien zwischen Berlin und Prag sich direkt zu verständigen. Derlei taucht leider nicht selten in deutschen Köpfen auf: es gibt wahrlich kein Gift, das die bittersten Feinde des deutschen Volkes brauen — deutsche Ahnungslosigkeit und deutscher Dilettantismus finden sich bereit, dem eigenen Volke den Becher zu kredenzen! Wir selbst sollen dazu helfen, die tschechische Republik im Süden und den polnischen Staat im Osten Deutschlands freier zu stellen, als wir müssen? Kommt dieser, so bleibt jene nicht aus, das ist unzweifelhaft. Wir sollen ohne Not eine Schanze in Deutschlands Gürtelstellung — das ist die Donaumonarchie auf jeden Fall — räumen, um einen Kranz feindlicher Schanzen an ihren Platz zu setzen? Das nur zu erwägen, grenzt an Wahnsinn.

Niemand weiß, wie die Zukunft über Österreich-Ungarn entscheiden wird. Kaum einer aus seinen vielen Völkern wird seine Staatszugehörigkeit als Erfüllung seiner letzten Wünsche betrachten. Aber heute die Auflösung dieses Reiches unter Mitwirkung oder auch nur unter schweigender Duldung Deutschlands zu erwarten, ist mehr als naiv. Sie als Deutscher zu wünschen, heißt gegen das eigene Volk freveln. Kommt

Digitized by Google

sie dennoch, so muß dies schwere Schicksal gleich anderen Schicksalsschlägen getragen werden. Unsere Pflicht ist es, alles zu tun, was ein solches Schicksal abwenden oder verzögern kann. Schon darum sollen alle Deutsche für die austropolnische Lösung eintreten. Sie ist nichts weniger als ein Ideal, sie ist lediglich von allen Übeln das immerhin kleinste. Vielleicht verhindert auch sie nicht einen Krieg, den in ferner Zukunft Polen und Deutsche miteinander auskämpfen müssen, wer wagte das zu entscheiden! Jeder andere Weg aber bedeutet gewiß einen oder wahrscheinlich zwei Kriege und das in absehbarer Zeit: den ersten zwischen Polen im Bunde einer Mächtegruppe und Österreich um Galizien, den zweiten, falls der erste gewonnen wird, mit Deutschland um Preußisch-Polen. In diesem zweiten Kriege wären Deutschlands Feinde um die Staaten verstärkt, die auf den Trümmern unserer Monarchie sich erhoben hätten. Vielleicht oder hoffentlich wird das deutsche Volk auch hier siegreich bestehen. Aber ich denke, was geschehen kann, die Gefahr solcher Kriege zu beseitigen oder zu mildern, muß unter allen Umständen geschehen. Und das kann die austropolnische Lösung.

Vorderasien und der Friede

Von Professor Dr. Friedrich Lenz

„Eine Niederlage würde dem Krieg kein Ziel setzen. War er bisher hauptsächlich ein Landkrieg, so wird er zum Seekrieg."

Lloyd George

Wäre statt des Ostens Westeuropa befriedet, kämen die ersten Sendungen Getreide oder Rohöl aus dem angelsächsischen Bereich zu uns, so schrumpfte der weltbewegende Konflikt zusammen zu einer örtlichen Auseinandersetzung auf der Linie Archangelsk—Tiflis; weder wirtschaftlich noch politisch würde er die Reichweite eines jeden Zusammenstoßes zweier großer Mächte überschreiten. Da nun aber im Westen der Kampf fortgeht, erkennen wir um so schärfer den englisch-deutschen Gegensatz als bewegende Kraft. Fielen außer dem Osten auch alle überseeischen Trabanten ab, würde sogar Italien untreu, so behielte doch der Konflikt des Angelsachsentums mit Mitteleuropa seinen weltbestimmenden Charakter. Während umgekehrt Portugal oder China oder Brasilien weder für sich allein noch auch im Bunde mit dem russischen Osten etwas vermöchten, ohne die Zustimmung ihrer angelsächsischen Führer. Probe und Gegenprobe ergeben immer von neuem, daß in Flandern und zur See tatsächlich die den Weltkrieg entscheidenden Mächte gegeneinander stehen.

Diese Erkenntnis dürfte in London noch lebendiger sein als in Berlin. Dort weiß man ihren Kern zwar für Freunde und Neutrale gefälliger zu drapieren; hier täuscht man sich dagegen oft über den Sitz des Konflikts, den viele nur in der weltwirtschaftlichen Eifersucht zweier Handelsrivalen suchen. Seinen tödlichen Ernst scheinen

Digitized by Google

unsere Gegner seit dem Ausscheiden Rußlands um so stärker zu empfinden. Mit einem Eifer, der unser gesamtes Dasein als Großmacht zu vertilgen strebt, ziehen sie die Maschen ihres Weltbundes immer enger. Ja, um uns politisch und wirtschaftlich niederzuzwingen, wollen England und Nordamerika den Krieg mit ihren überseeischen Trabanten sogar als reinen Seekrieg fortsetzen, nicht einmal ein Niederbruch ihrer Flandernfront und der Fall von Calais soll uns dem Frieden näherbringen. So habe Großbritannien alle seine Kämpfe um die Seeherrschaft gewonnen. So habe es mit geringem Blutaufwand sein Weltreich in den Kolonialgebieten Spaniens, Hollands, Frankreichs aufgerichtet. Trifft diese Rechnung für die Gegenwart noch zu? Müssen wir fürchten, daß England diese Drohung wahrmacht? Oder stellt sich das Problem des „reinen Seekriegs" heute anders dar?

Deutschland verteidigt seinen gesamten Besitz an der Heimatfronten, dort stellt es die Anglo-Amerikaner zur Schlacht und von dort her sendet es seine Unterseeboote. Seine Gegner können ihm nicht an der von ihm gewählten Stelle ausweichen; sie müssen den Kampf in Flandern und zur See durchfechten. Deutschland ficht demnach gesammelter und wirksamer als seine Vorgänger. Es braucht weder beide Indien noch Hollands oder Frankreichs Kolonialgebiet zu schützen und kann seinem Hauptgegner doch zum ersten Male eine Dauersperre um die Häfen legen. Eine kontinentale Großmacht, die wie früher den Todesstoß im Dienste Englands führte, steht den Angelsachsen seit Rußlands Ausscheiden nicht mehr zu Gebote. Selbst müssen sie die letzten Schläge führen. Nachdem die Frühjahrsoffensive 1918 eine erste militärische Folgerung aus Deutschlands Freiwerden im Osten gezogen hat, ist jede Hoffnung auf Frankreichs ausgeschöpfte Menschenkräfte vollends eitel. Die amerikanischen Millionenheere aber, die statt ihrer und statt der Kosaken mit den Ghurkas in den Parks von Potsdam biwakieren könnten, sind noch ferne. Wer kann im Ernst noch auf ein Leipzig oder Belle-Alliance der Mittemächte hoffen?

Inzwischen gewinnen die Mittemächte aus dem befriedeten Osten neue Kraft zur Fortführung des Kampfes. Sie haben mehr Männer, mehr Schiffe und mehr Geld, überdies mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe als vorher. Sie brauchen die Fortdauer des Kampfes nicht zu fürchten. Aber besitzen sie ihrerseits die Mittel, ihn zu enden? Können sie den Kriegswillen ihrer Gegner brechen? Oder muß der Kampf in Flandern und letzthin als „reiner Seekrieg" zum Stillstand gelangen, bis unter dem Druck der britischen Seeherrschaft oder der deutschen U-Bootblockade die Volkswirtschaft des einen Teils zusammenbricht und ihn zum Frieden der Erschöpfung zwingt?

Auch hierauf gibt der Ostfriede uns eine Antwort. Was Spaniens oder Hollands Lage nie gestattete, worauf Frankreich nach dem Verlust von Malta und Ägypten verzichten mußte, das hat den Mittemächten die Gunst der Lage und des Kriegs gewährt. Durch das französische Mittelmeer und um das holländische Kap hat England die beiden Seewege nach Indien sich gesichert. Wenigstens von Kairo nach Kalkutta

Digitized by Google

sucht es dazu den Landweg zu gewinnen. Die Mittemächte aber besitzen seit Rußlands Zusammenbruch zwei ununterbrochene Wege durch befreundetes Gebiet nach Osten, auf welche Großbritannien keinerlei Einwirkung von der See her zusteht. Sie führen über den Balkan und Odessa unmittelbar in die Flanke der britischen Vorderasienstellung und darüber hinaus gegen Ägypten und das indische Glacis. Der reine Seekrieg, den Großbritannien predigt, würde Deutschlands freigewordene Kräfte mit Notwendigkeit in diese Bahnen zwingen und das Übergewicht der schwachen englischen Truppen im nahen Osten rasch in sein Gegenteil verkehren. Die „östliche Schule" würde dann auch in Deutschland die kontinentale Strategie ablösen! Jene versprengten Vorposten, die einst das Ancien Régime in Indien, Napoleon in Ägypten zurückließ, würden ersetzt durch ein geschlossenes Operationsgebiet im Schnittpunkt ihrer Anmarschwege.

*

So sehen wir den künftigen „reinen Seekrieg". Sollten die Probleme des nahen Ostens nicht auch dem britischen Premierminister gegenwärtig gewesen sein, als er das Drohwort prägte?

Ein englischer Vertreter jener „östlichen Schule" findet freilich neben tiefen Schatten manchen Lichtblick. Rußland, dessen Einfluß vordem bis Jerusalem und Abessynien reichte, ist ausgeschieden; was die Waffen der Mittemächte begonnen haben, das vollendet dort die innere Zersetzung. Frankreich, das 1914 gleich Rußland große Bahnkonzessionen in der Türkei erwarb, ist fast ebensowenig wie jenes noch als Mitbewerber gefährlich. Inder, Australier, Afrikaner kämpfen für England am Jordan und am Tigris. Die 1914 begonnene Arbeit an den Stämmen in Hedschas und am Schat el Arab hat reiche Frucht getragen. Südpersien, Arabien, der Sudan und Ostafrika sind frei von deutschem Einfluß. Auch im östlichen Mittelmeer erscheint Englands Stellung durch den Krieg gefestigt. Cypern und Ägypten hat es annektiert, Palästina, die Inseln vor den Dardanellen, eine Flottenstation auf Kreta sowie Saloniki hält es besetzt, Griechenland ist in seiner Hand. Hinter allem stehen die Flotte und das neugeschaffene Volksheer des Heimatlandes.

Auf der Gegenseite stehen die Mittemächte im Bunde mit Bulgarien und der Türkei. Die Siege über Serbien und Rumänien drohen die gesamte Balkanfrage zugunsten eines Großbulgariens zu ordnen und den überlieferten Einfluß auswärtiger „Balkankomitees" und „Reform-Kommissionen" völlig auszuschalten. Die Donaumündung, das Schwarze Meer und die Dardanellen unterstehen künftig ausschließlich dem Willen ihrer Anliegerstaaten. In Vorderasien kämpfen die osmanisch-deutschen Truppen gestützt auf das anatolisch-syrische Bahnnetz. Trotz ihrer Erfolge haben die anglo-indischen Truppen ihre Vereinigung und damit den Landweg Euphrat—Jordan bislang nicht erreicht. Deutschlands Verbündeten gehört ein großer Teil der Mittelmeer-Küsten; ginge Griechenland mit ihnen, so ständen alle Häfen von Triest

Digitized by Google

bis Jaffa ihren U-Booten offen. Darüber hinaus bedrohen sie im Süden das vordem türkische Nordafrika, sowie im Osten die britische Vorherrschaft über die Freistaaten am Persischen Golf.

Grund genug, nicht bei dem Erreichten stehen zu bleiben! Sollten die Engländer Palästina und den Landweg zum Euphrat vollends gewinnen, so würde die Unverträglichkeit dieser Lösung mit dem Bestande der Türkei nur neue Kämpfe vorbereiten. Noch weniger könnte eine Rückgabe seiner Erwerbungen Großbritannien befriedigen. Soll es Saloniki, Tenedos, Bagdad, Jerusalem und Mekka freiwillig räumen? Die rechtmäßigen Herrscher in Griechenland und Ägypten wieder einsetzen, den Suezkanal entfestigen? Seine Stellung und seine Prestige im östlichen Mittelmeer wären unerträglich gefährdet. Könnten wiederum die Mittemächte am Jordan, bei Mossul und Medina Gewehr bei Fuß stehen bleiben? Es wäre ein Waffenstillstand und kein Friede. Selbst nur englische Küstenwachen am Schat el Arab und im Hedschas müßten die Araber ständig neu zum Aufstand reizen. Ein Khedive von Englands Gnaden bleibt der geborene Rivale des Khalifen in Stambul. England, die größte mohammedanische Macht der Erde, würde, wenn nicht den Sultan, wenigstens das Khalifat an sich zu ziehen trachten; die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Türkei wäre dauernd aufs schwerste bedroht. Auch die Rückkehr zum Status quo ante ist beiden Gegnern in den Ländern des östlichen Mittelmeers verschlossen. Was soll diese Formel bedeuten für Albanien, Serbien, Bulgarien, den Dodekanes, den Kaukasus, Persien, Koweit, für die Kapitulationen und das bulgarisch-türkische Einvernehmen mit den Mittemächten? Der Status quo ante mag im westlichen Mittelmeer leicht durchzuführen sein, östlich von Malta ist er ein Unding. Schon die Erinnerung an Malta und das Jahr 1803 warnt davor, diese Probleme leichthin lösen zu wollen.

Sie führen noch über den östlichen Mittelmeerbezirk hinaus. Nachdem der russische Druck von ihnen genommen ist, dehnen Rumänien und die Türkei sich sogleich nach Norden aus. Nach Osten erleichtert das Schwinden des russischen Drucks ein Eingreifen in Persien und Afghanistan, vor den Toren Britisch-Indiens. Aber auch im Süden treffen die Ausläufer dieser Bewegung auf Englands indische Interessen. Ein nach dem deutsch-englischen Plan von 1914 oder noch stärker vergrößertes Deutsch-Afrika grenzt an den Indischen Ozean und kann auf die Mohammedaner des Sudans einwirken; indem es die Kap—Kairo-Linie zerschneidet, schiebt es sich in das Glacis der indischen Festung vor und bedroht zugleich Englands Stellung am Roten Meer vom Süden her. Auch die friedlichste Regierung kann Deutschlands afrikanisches Schutzgebiet nicht zum zweitenmal fast unbewaffnet einem Kriege aussetzen. Durch die Beziehung auf Englands Vorherrschaft im nahen und mittleren Osten kompliziert sich also auch die Frage des deutsch-afrikanischen Kolonialreichs.

Der Status quo ante erscheint für die Gesamtheit unseres Kolonialbesitzes so unmöglich wie für die Länder am östlichen Mittelmeer. Wir werden darum, je nach dem

Digitized by Google

Kriegsausgang, koloniale Kompensationen und Erweiterungen anstreben. Sie sollen, dem allgemeinen Wunsch zufolge, in Mittelafrika liegen. Wollten wir dabei England zuliebe auf Ostafrika und den Zutritt zum Indischen Ozean verzichten, so kehrten wir ärmer aus dem opfervollen Kampf zurück und hätten weniger erlangt, als England 1914 kampflos gewähren wollte. Es wäre nichts anderes, als wenn wir Mesopotamien und alles Land jenseits Alexandrette an Großbritannien überließen. Mit Anatolien erhielten wir dann viel weniger als 1914 friedlich zu erreichen war, und opferten außer dem Plan Berlin—Bagdad überdies die Türken. Der Verrat wäre zugleich eine Niederlage. Doch brauchen wir diese Lösung wohl nicht einmal bedingungsweise ins Auge zu fassen. Denn solange wir so stark wie heute sind, wird Großbritannien einem unbesiegten Deutschland freiwillig wohl niemals die Vorherrschaft am Bosporus und in Ostafrika anbieten. Ein Großbritannien aber, das Frieden schließen muß, wird uns und unsren Verbündeten noch ganz andere Dinge überlassen; es würde auf den Kairo—Kalkutta-Plan verzichten und uns in Afrika auf Kosten Belgiens und Portugals entgegenkommen.

Weder wird England ohne Not den Gürtel, den es von Persien über die Levante bis Afrika um sein indisches Reich gelegt hat, wieder sprengen, noch können die Mittemächte sich unbesiegt auf Anatolien und Westafrika zurückziehen. Was soll also geschehen? Können Spanien und Südamerika die „Freiheit der Meere" für jenen Gürtel garantieren? Spaniens Erfahrungen mit Kuba und Gibraltar raten davon ab. Soll der „Freiheit" des britischen Suezkanals eine internationale Kontrolle der Ostsee und des Schwarzen Meers entsprechen? Auch eine wirtschaftliche Teilhaberschaft der beiden Hauptgegner in Vorderasien brächte keine Lösung. Ägypten wie die Türkei und Persien lagen den Europäern vor dem Kriege wirtschaftspolitisch offen. Seit den deutschen Siegen beanspruchen die Türkei und sogar Persien Freiheit von dem Zwang der Kapitulationen. Nur in der Freiheit vermögen diese Länder offenen Markt und gleiches Recht für alle zu gewähren. Würde England uns an der Bahn Kairo—Jerusalem oder an den anglo-persischen Ölfeldern mit 50 Prozent beteiligen? Die Beschlagnahme des ägyptischen Baumwollbaues für England spricht dagegen. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Zustände Vorderasiens sind vorläufig ein Ausdruck seiner jeweiligen politischen Konstellation.

Was bleibt demnach, wenn die Mittemächte auf Großbritannien stoßen, wo immer sie seine Wege in Vorderasien kreuzen? Solange die unabhängige Staatenwelt des nahen Ostens nicht gänzlich unter Großbritanniens Machtwillen sich beugt?

Der Kampf.

Der Kampf, den England noch nach dem Untergang seiner kontinentalen Verbündeten weiterführen will, den es um seiner Eroberungen in der Levante willen weiterführen muß, in den es nach dem Wunsche und zum Vorteil Japans und der Vereinigten Staaten sich verstricken soll. Die Mittemächte mögen in Europa annexio-

Digitized by Google

nistisch vorgehen oder nicht, — in Vorderasien erscheinen sie ausschließlich als Verteidiger des Hergebrachten und der kleinen Staaten gegenüber britischer Annexionsgier. Wer hat die rechtmäßigen Herrscher Griechenlands und Ägyptens ins Exil getrieben? Sind Cypern, Palästina, Arabien und Mesopotamien durch Schiedsgericht und freie Volksabstimmung erobert worden, oder hat Großbritannien dort die uralten Mittel der Waffen und des Geldes angewandt? Hat es das konstitutionelle Persien gemeinsam mit dem Zartum aus Liebe zur Demokratie aufgeteilt? Besetzt es Saloniki und die griechischen Inseln im Namen des Nationalitätsprinzips? Bekämpft es in Suez und in Aden den türkischen Militarismus? Kämpfen seine Heere im inneren Arabien selbstlos für Völkerfreiheit, oder kämpfen sie für jene Kette von Eroberungen, mit der seit grauer Vorzeit noch jeder Herrscher jene Länder vom Nil zum Jordan und zum Euphrat zu verbinden strebte?

Auch der Befangenste wird hierauf Antwort geben können. Und weil dem so ist, weil England dort die ältesten Eroberwege geht, darum können wir es stellen. Einst wurden die Franzosen aus Indien und Ägypten vertrieben, ohne daß Frankreichs Siege zu Lande dies verhinderten. Napoleon I. verlor die See und damit den Weg nach Osten. Wir können das seegewaltige Großbritannien in die Flanke treffen. Der Landweg über den Bosporus ist sogar kürzer und sicherer als der Seeweg um Biscaya und Gibraltar. Wir gehen freilich unsern Weg nicht als Selbstherrscher — wie England über Gibraltar, Malta, Suez, Aden —, sondern als Freunde und Gäste durch das Gebiet souveräner Verbündeter. Unser Weg führt uns nicht zu unterworfenen Millionen Eingeborener ohne Selbstbestimmung — wie England nach Ägypten und Indien —, sondern zu Bundesgenossen von unverletzter, nach europäischem Muster aufgebauter Staatlichkeit. Wir gehen diesen Weg nicht, weil wir ihn als Eigentümer ferner Kontinente und Ozeane zu unsrem Siege brauchen, sondern nur, solange uns jene Macht den Frieden in der Heimat weigert, um ihr am Schauplatz ihrer jüngsten Übergriffe zu begegnen. Wir werden umkehren, sobald England uns den Frieden und jenen Ländern am Mittelmeer die Freiheit wiedergibt. Das Eigeninteresse unseres türkischen Verbündeten allein genügt dann, die Rückkehr der deutschen Streitkraft in die Heimat zu bewirken. Friede mit Deutschland bedeutet für England das Aufhören der militärischen deutschen Gefahr für Indien. Der „reine Seekrieg“ aber bleibt eine Illusion — gefährlich allen Friedenswünschen und verderblich für die Macht, die ihn predigt.

Der Regierungswechsel in Bulgarien

Von Max Lehmann, Berlin

Nach fünfjähriger, überaus erfolgreicher Tätigkeit ist Wassil Radoslawow von von seinem Amt als Leiter der bulgarischen Regierung zurückgetreten. In der schwersten Stunde der bulgarischen Nation, als sie durch die Niederlagen im zweiten

Digitized by Google

Balkankriege und die feindliche Besetzung im Innern aufs schwerste erschüttert war und der Verwirklichung des Einheitstraumes ferner als je schien, hat er die Regierung übernommen. Heute hinterläßt er ein innerlich gefestigtes Staatswesen, eine Nation, der zur Erreichung ihres Einheitszieles nichts nötig ist, als — ein wenig Geduld. Mazedonien einschließlich des Gebietes von Serres, Drama und Kawalla, das Morawaland und die Dobrutscha sind vom fremden Joche erlöst, und der Anspruch Bulgariens auf alle diese Gebiete ist von seinen Verbündeten anerkannt.

Die Gründe, die trotz dieser großen Erfolge Radoslawows seinen Sturz herbeigeführt haben, sind innerpolitischer wie außenpolitischer Natur. Seit Jahren war die innere Verwaltung des Landes Gegenstand schärfster Kritik von seiten der Opposition, bei der Etatsberatung kam es regelmäßig zu überaus stürmischen Auftritten in der Sobranje, und die Regierung hatte mehrmals Schwierigkeiten, die Bewilligung des Staatshaushalts zu erlangen. Dazu kamen die Mängel in der Versorgung der Städte und des Heeres mit Lebensmitteln, die um so unangenehmer empfunden wurden, als Bulgarien im Frieden ein Getreide ausführendes Land war. All diese Mißstände hätten aber wohl nicht hingereicht, Radoslawos Stellung unhaltbar zu machen, wenn nicht sein teilweiser Mißerfolg in der Dobrudschafrage hinzugekommen wäre. Gerade für die Rückerstattung der Dobrudscha hatte sich das bulgarische Volk mit der vollen Kraft seines stürmischen politischen Temperaments eingesetzt, unter den hinreißenden Klängen des Dobrudschaliedes waren die Soldaten in die Schlacht gezogen, zahllose Kongresse und Kundgebungen, Broschüren, Zeitungsartikel und Telegramme hatten für diesen Gedanken gewirkt. So erregte denn das Ergebnis des Bukarester Friedens lebhafteste Unzufriedenheit in Bulgarien, man betrachtete die provisorische Teilung der Dobrudscha als einen Ausdruck des Mißtrauens und eine Undankbarkeit gegen Bulgarien, die um so schmerzlicher empfunden wurde, als das verräterische, jedem Bulgaren in tiefster Seele verhaßte Rumänien noch vergrößert aus seinem schmählichen Abenteuer hervorgegangen war. Es soll hier nicht erörtert werden, ob diese Empfindungen berechtigt waren oder nicht, jedenfalls bestanden sie und übten eine so tiefe Wirkung aus, daß darüber die Mehrheit, auf die sich Radoslawow in der Sobranje stützte, zerfiel. Die Stambulowisten, deren etwa zwanzig Stimmen in der Sobranje das Zünglein an der Wage bilden und die im Kabinett durch den Arbeitsminister Dobri Petkow und den Eisenbahnminister Kosnitschky vertreten waren, trennten sich von Radoslawow und näherten sich der Opposition unter Malinow. So seines Rückhalts in der Kammer beraubt, zog Radoslawow die verfassungsmäßigen Folgen und trat zurück.

Der König nahm die Demission Radoslawows an und betraute nach Beratung mit dem Sobranjepräsidenten und einigen Parteiführern das Haupt der Demokratischen Partei, Malinow, mit der Kabinettsbildung. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, ob Malinow diesen Auftrag auszuführen imstande sein wird. Denn so einig die Op-

Digitized by Google

position in ihrer Gegnerschaft gegen Radoslawow war, so verschiedenartig ist ihre Zusammensetzung. Sie bildet zwar durch die Absplitterung der Stambulowisten von der sehr knappen Regierungsmajorität die Mehrheit in der Sobranje, aber von dieser Mehrheit sind von vornherein die zehn radikalen Sozialisten, die mit keiner bürgerlichen Regierung paktieren, abzuziehen. Malinows eigene Partei zählt einschließlich der Radikalen nur einige dreißig Mitglieder. Recht schwer dürfte es sein, die gemäßigten Sozialisten (zehn Mitglieder) mit den großbürgerlichen Narodniaken Geschows und den kleinbäuerlichen Agrariern unter einen Hut zu bringen. Besonders die fast fünfzig Mitglieder zählende agrarische Partei dürfte große Schwierigkeiten verursachen. Sie ist innerlich gespalten und ihre Anhänger hegen zum Teil sehr radikale Anschauungen, die etwa denen der russischen Sozialrevolutionäre entsprechen. Schließlich kommt bei der Schwäche der etwaigen Mehrheit noch die extrem russophile Gruppe des ehemaligen Ministerpräsidenten Danew in Frage, die in außenpolitischer Beziehung heute kaum regierungsfähig sein dürfte.

So erscheint es immerhin fraglich, ob es Malinow gelingen wird, aus der so bunt zusammengewürfelten Opposition eine arbeitsfähige Regierungsmehrheit zusammenzuschweißen, so daß man bald vielleicht doch noch in irgendeiner Form auf Radoslawow wird zurückgreifen müssen. Wie dem auch sei, jedenfalls ist, was für Deutschland einzig von Wichtigkeit ist, ein Kurswechsel in der auswärtigen Politik auch von einem Kabinett Malinow nicht zu erwarten. Gewiß, für Radoslawow war der Anschluß an die Mittelmächte ein Punkt seines Parteiprogramms, der Ausdruck tiefinnerster Überzeugung, die Krönung seines politischen Werkes, während Malinow bis zum Kriegsausbruch ausgesprochene russophile Neigungen hatte. Aber Malinow hat sich inzwischen zu der Überzeugung bekehrt, daß der von Radoslawow eingeschlagene Weg jetzt nicht mehr verlassen werden kann, daß man ihn vielmehr unbeirrt zu Ende gehen muß, und er hat dieser Überzeugung in der Kammer verschiedentlich Ausdruck verliehen. Nach dem Zusammenbruch Rußlands und dem Frieden mit Rumänien bietet die ganze politische Konstellation des Ostens für eine ententefreundliche bulgarische Politik gar keinen Raum. Irgendwelche Besorgnisse sind deshalb durchaus nicht am Platze, sie würden nur als unbegründetes Mißtrauen gegen die bulgarische Nation wirken, die auch unter einem Ministerium Malinow noch eine große Rolle im Vierbund zu spielen berufen ist.

Landwirtschaftlicher Schülerhilfsdienst nach dem Kriege?

Von Oberbürgermeister Dominicus, Berlin-Schöneberg

Der Hilfsdienst der Schüler der höheren Schulen auf dem Lande während der Kriegszeit hat innerhalb des Deutschen Reiches ganz verschiedenen Umfang angenommen. Nach einer Statistik in Nr. 52 der amtlichen Mitteilungen des Kriegs-

Digitized by Google

amts waren im Jahre 1917 laut Bericht des Kriegswirtschaftsamts Berlin, das auch die Provinz Brandenburg umfaßt, 3450 Schüler im landwirtschaftlichen Schülerhilfsdienst in unserer Provinz beschäftigt.

Für andere Gebiete des Deutschen Reiches liegen folgende bemerkenswerte Zahlen für 1917 vor:

Rheinprovinz	16 300	Schüler
Posen	5000	"
Königreich Sachsen . . .	1303	"
Königreich Württemberg aber	8727	"

Diese Zahlen zeigen erstaunliche und für den Nichteingeweihten unerklärliche Unterschiede. Wenn wir auch von der Aufklärung dieser Einzelheiten Abstand nehmen wollen, so beweisen sie jedenfalls im allgemeinen, daß der Hilfsdienst der Schüler der höheren Lehranstalten für die Landwirtschaft während der Kriegszeit immerhin einen recht erheblichen Umfang angenommen hat.

Der Zweck des Schülerhilfsdienstes während des Krieges war in erster Linie die Unterstützung der Landwirtschaft, also eine Vermehrung der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Dieser Zweck ist sicherlich in nicht unerheblichem Maße erreicht worden.

Die Stadt Berlin-Schöneberg hat auf diesem Gebiete einen interessanten Versuch veranstaltet; sie hat nämlich die Schüler eines ihrer Realgymnasien auf ihrem eigenen städtischen Rieselgute beschäftigt. An der Arbeit haben sich insgesamt 30 Schüler mit durchschnittlich 90 Tagen beteiligt. Ein Schüler hat 205 Tage, eine große Zahl ungefähr 130 Tage gearbeitet. Die äußeren Verhältnisse waren hier für die Arbeitsleistung insofern sehr günstige, als die Unterbringung, Verpflegung und Beaufsichtigung allen berechtigten Wünschen entsprachen. Infolgedessen sind die Jungen dort sehr gern tätig gewesen und haben mit bestem Willen gearbeitet. Die Arbeitszeit betrug 11 Stunden täglich mit Ausnahme des Sonnabends, wo der Nachmittag, soweit es irgend möglich war, zum Baden freigegeben wurde. Der Administrator unseres Gutes war mit den Leistungen recht zufrieden, so daß wir sagen können, daß der Hauptzweck dieser Tätigkeit, die Hilfeleistung für die Landwirtschaft, voll erreicht wurde.

In diesem Jahre haben wir dann auch den Versuch wiederholt. Da ein Teil der Schüler bereits zum zweiten Male dort arbeitet, also als Vorarbeiter für die Jüngeren verwandt werden kann, so ist die Organisation noch leichter gewesen, und der Administrator schätzt die Arbeitsleistung der Jungen auf rund zwei Drittel eines erwachsenen landwirtschaftlichen Normalarbeiters. Dabei muß man berücksichtigen, daß gewisse Arbeiten (z. B. Mähen, Säcketragen) naturgemäß von den Jungen nicht geleistet werden können.

Bei dieser Tätigkeit der Schüler haben sich nun Nebenwirkungen herausgestellt, die mir so bedeutsam scheinen, daß die Beibehaltung dieses Schülerhilfsdienstes auch

Digitized by Google

nach dem Kriege erwägenswert ist. Zunächst fällt die Kräftigung der Gesundheit in die Augen, die für die Kinder der Großstadt mit einem so langen Arbeitsaufenthalt in der freien Luft naturgemäß verbunden ist. Wenn auch selbstverständlich diese gesundheitliche Förderung jetzt während der Kriegszeit infolge der dort gebotenen besseren Verpflegung eine größere gewesen ist, als sie nach dem Eintritt normaler Friedensverhältnisse sein würde, so bleibt doch auch für solche normalen Verhältnisse dieser Vorteil der Landarbeit als ein beachtenswerter Erfolg in erheblichem Maße bestehen. Insbesondere mache ich auf den Wert der Gewöhnung der Augen an die freie und unbehinderte Sicht auf weite Entfernungen aufmerksam. Der Feldmarschall Freiherr v. d. Goltz, der verehrte Gründer des Jungdeutschlandbundes, hat mir gegenüber oft betont, welch großen Wert diese Augengewöhnung für die Jugend der Großstädte nachher im militärischen Interesse hat. Neben der Kräftigung der Gesundheit aber stehen für diese Großstadtkinder die psychologischen Folgen, die die innige Berührung mit der Landwirtschaft für sie auslösen. Wachsen doch diese Kinder im allgemeinen ganz fern vom praktischen Leben auf, vielfach in völliger Unkenntnis der Wirklichkeit. Hier haben sie Gelegenheit zu frischer, freudiger Willensbetätigung. Je enger und massiger die Großstadtbebauung war, in der sie ihre Jugend verlebten, um so größer ist die Freude an dem Wohnen im Freien.

Ganz anders als in der Stadt stehen die Schüler in Berührung mit Erde, Himmel, Luft und Wasser. Sie sehen und erleben, wie der Acker bearbeitet, die Saat ihm anvertraut wird, wie sie aufgeht, wächst, blüht, reift und wie die Frucht geerntet, eingebracht und aufbewahrt wird. Täglich beobachten sie den Einfluß von Regen, Sonnenschein und Wind. Das Interesse für Wetterkunde kommt beim Betrachten des Himmels mit seinen Wolkenfiguren von selbst, auch die Freude an der Beobachtung des Sternenhimmels mit den Bewegungen der Sternbilder. Da lernen die Schüler sich in der freien Natur zurechtfinden, wie die Schiffer auf dem freien Meer. Wie herrlich und eigenartig wirkt die Ruhe und Einsamkeit auf einen Schüler, der zur Einzelarbeit auf das freie Feld geschickt ist! Das gibt Selbstbewußtsein und bringt stille Gedanken, die aus Büchern nicht zu lernen sind.

Die Handhabung der Acker- und Wirtschaftsgeräte ist eine gute praktische Übung für das ganze Leben, und wenn zerbrochene Geräte beim Stellmacher oder Schmied in einfacher Weise wieder in Ordnung gebracht werden, so ist das interessant und lehrreich zugleich und Handreichungen werden dabei von den Schülern gern geleistet. Da ist das rechte Stück Holz zu wählen, das Eisen in die passende Form zu schmieden — das Handwerk kommt zu Ehren!

Nicht nur gute Früchte, auch Unkraut, Dornen und Disteln trägt der Acker. Auf den verschiedenen Bodenarten wachsen die verschiedenen Pflanzen und Unkräuter zu den verschiedenen Zeiten. Für den aufmerksamen Beobachter gibt es keine bessere Botanikstunde als die Betrachtung der Pflanzen in der Natur an ihrem Standort. Und erst

Digitized by Google

die Vogel- und Tierwelt! Mancher lernt auf den Vogelschrei achten. Den herrlichen Gesang der Lerche am blauen Himmel empfindet er erst recht, wenn er einsam hinter dem Pflug herschreitet. Wie benimmt sich das Rebhuhn, der Hase, das Reh, wenn es aufgescheucht wird? Mit der Lebensart des Wildes wird der Schüler bei seiner Arbeit auf dem Felde ganz von selbst vertraut.

Mit den Haus- und Nutztieren hat er täglich umzugehen. Tugenden, aber auch Untugenden der Gespanntiere lernt er bald kennen. Dazu kommt das interessante Gebiet der Zucht und Fortpflanzung, die Kenntnis vom Nutzen und der Schönheit der Tiere — Knochenbau und Körperform.

Kurz sei noch erwähnt die Gartenarbeit, die Verwendung von Gartenfrüchten, Obst und Gemüse, die Fütterung des Federviehs, des Rindviehs, der Pferde, Schafe und Schweine, die Anspannung der Zugtiere, die Arbeit der landwirtschaftlichen Maschinen, die Heu- und Getreideernte.

Der Direktor unseres Realgymnasiums, dessen Jungen diese Landarbeit auf unserem Gute verrichteten, faßt den Nutzen zusammen in dem Satz: „Das Empfindungsleben wird natürlicher und reiner."

Dazu kommt die Erkenntnis des Wertes und der Bedeutung der Landwirtschaft für unsere gesamte Volkswirtschaft. Diese Erkenntnis war bei den in Frage stehenden Schöneberger Jungen eine so durchschlagende, daß nicht weniger als fünf sich entschlossen haben, die Landwirtschaft als Lebensberuf zu wählen. So bedeutet also dieser Schülerhilfsdienst unter Umständen auch die Zuführung eines wertvollen Nachwuchses an die Landwirtschaft.

Aus allen diesen Erwägungen heraus entsteht für mich die Frage, ob es nicht berechtigt und zweckmäßig ist, auch *nach Eintritt* normaler Friedensverhältnisse eine derartige landwirtschaftliche Beschäftigung der Schüler höherer Schulen *beizubehalten*. Dann würde freilich der *Zweck* dieser Veranstaltung *sich verschieben*. Ihr Hauptzweck wäre nicht mehr die Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Dieser Gesichtspunkt würde vielmehr in Zukunft ein Nebenumstand werden. *Hauptzweck* wäre die *erziehliche* Beeinflussung. Da nun die jetzige Art der Beschäftigung infolge ihrer langen Dauer (3—4 Monate) immerhin erhebliche Schwierigkeiten für den Schulunterricht und unter Umständen auch Schädigungen der einzelnen Schüler zur Folge hatte, was dann wieder zu einer bedauerlichen Verminderung des Angebotes in diesem zweiten Jahre des Schülerhilfsdienstes geführt hat, so scheint mir eine Verkürzung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit für die Zukunft von 3 Monaten auf ungefähr 8 *Wochen* zweckmäßig. Eine noch kürzere Zeit wird man wohl nicht wählen können, weil sonst die Eindrücke der landwirtschaftlichen Arbeit zu geringe sein würden. Bei einer so kurzen Dauer der Beschäftigung wäre es möglich, während des Sommers drei Gruppen von Schülern auf demselben Gute nacheinander zu beschäftigen.

Digitized by Google

Eine weitere Änderung scheint mir insofern empfehlenswert, als nach dem Kriege nicht mehr die ganz jungen Leute von 16 Jahren und vielleicht sogar darunter zu diesem Arbeitsdienste verwendet werden sollen; ich möchte vorschlagen, dafür in erster Linie die Unterprimaner heranzuziehen; die an und für sich ja nach ihrer körperlichen Entwicklung geeigneteren Oberprimaner werden mit Rücksicht auf die Reifeprüfung zu dieser Arbeit wohl nicht geneigt sein. Die Unterprimaner aber werden durchschnittlich 17—18 Jahre alt sein und infolgedessen für die Landwirtschaft auch ein wertvolleres Arbeitermaterial darstellen als die jetzigen Schüler während des Krieges. Fraglich wird es vielleicht sein, ob nach dem Kriege bei den jungen Leuten die Lust zur freiwilligen Tätigkeit in dieser Arbeit vorhanden sein wird. Denn der jetzt maßgebende Beweggrund, der Patriotismus und das Streben nach besserer Verpflegung, wird dann ja zurücktreten. Neben der Sicherstellung, daß ihnen durch diese Arbeit in der Schule kein Schaden erwachsen wird, wird wohl eine eingehende Belehruug und Anregung seitens des Direktors und des Lehrerkollegiums nötig sein, um die Jungen für diese Arbeit zu interessieren.

Selbstverständlich ist, daß die Landwirte von den Jungen keine Geldentschädigung beanspruchen dürfen. Bei unserem Versuch während der Kriegszeit zahlten wir den Jungen täglich neben freier Station einen kleinen Betrag in bar.

Nützlich ist es auch, wenn die Arbeitsstätte nicht zu weit von der Heimat des Schülers entfernt ist, damit die Beziehungen zu der Familie, z. B. durch Sonntagsbesuche, aufrecht erhalten werden können.

Gewiß werden trotz alledem manche Eltern Schwierigkeiten machen, und von einem Zwang kann ja auch, mindestens vorläufig, keine Rede sein. Ob freilich in späterer Zeit, wenn die Einrichtung sich bewährt haben sollte, man nicht einmal dazu kommen wird, eine solche landwirtschaftliche Arbeitstätigkeit in den regelmäßigen Lehrplan der Schule aufzunehmen, möchte ich durchaus nicht von vornherein abweisen.

Einstweilen aber möchte ich meinen, daß, wenn es gelingt, für gute äußere Unterkunftsbedingungen und für eine interessante Arbeitsgelegenheit zu sorgen, ein Versuch mit der Beibehaltung des Schülerhilfsdienstes in der Landwirtschaft auch nach dem Kriege von möglichst vielen Städten gemacht werden sollte.

Zur Frage der Geburtenvermehrung

Von Erika Rosenthal-Deussen

Von medizinischer und volkswirtschaftlicher Seite, von berufenen und unberufenen Händen ist viel über die Frage der Geburtenvermehrung geschrieben worden, und mancherlei Papier hätte wohl in dieser Zeit des Mangels besser einer anderen Verwendung zugeführt werden können. Trotz dieser Einsicht drängt es mich, auf einige Punkte hinzuweisen, die wohl vereinzelt erwähnt, meines Wissens aber nie in

Digitized by Google

zusammenhängendem Gefüge dargestellt worden sind. Natürlich macht dieser kurze Abriß in keiner Hinsicht Anspruch auf Vollständigkeit, sondern will nur auf den Weg hinweisen, den wir gehen müssen.

Ich möchte vor allem hier den Standpunkt der Frau vertreten; da es sich um eine Frage handelt, die ohne sie nun einmal nicht gelöst werden kann, erfordern es Gerechtigkeit und Klugheit, daß sie auch gehört wird.

Unsere Volkskraft muß vermehrt werden; aber diejenigen, die hierbei lediglich den numerischen Faktor einer vermehrten Geburtenzahl berücksichtigt wissen wollen und dafür Propaganda machen, dürften dem Staat keinen allzu großen Dienst erweisen. Es handelt sich nicht um eine Vermehrung der Geburten, sondern um eine Vermehrung der lebenstüchtigen Elemente, denn nur dann können wir überhaupt als Faktor in dem großen Wettstreit der Zukunft mitzählen. Es ist also eine Frage, die, an die Wurzeln unserer völkischen Lebenskraft greifend, die Mitarbeit aller, der Gesamtheit und jedes Einzelnen verlangt. Ich erwähne diese selbstverständliche Tatsache nur um, hernach darauf fußend, zu zeigen, wie dem Einzelnen der verschiedenen moralischen und intellektuellen Fähigkeit entsprechend, dies Bewußtsein näher gebracht werden kann. Eins aber ist mir sicher, daß dies nicht durch eine polizeiliche Aufsicht in Form der Überwachung und Meldung jeder Fehlgeburt (die strengere Überwachung des Vertriebs der empfängnisverhütenden Mittel dürfte einen, wenn auch geringen Erfolg zeitigen) noch in der Art wie z. B. Dr. Schaeffer in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" sie vorschlägt, zu erzielen sein wird. (Der Vorschlag bezieht sich auf eine Art Überwachung und Meldung der Fehlgeburt durch Hebammen und Zimmervermieterinnen; der eigentlich verantwortliche Teil nämlich die werdende Mutter, wird, da er sie für einsichtslos und moralisch minderwertig hält, gar nicht in Betracht gezogen.)

Etwas skeptisch betrachtet: der einzig nennenswerte Erfolg bei einem Vorgehen dieser Art wäre eine „Verteuerung der künstlichen Fehlgeburt", da das Risiko der schlechten Elemente bei ihrer Arbeit größer würde. Durch Erschwerung des Abtreibens wird eine Vermehrung der Geburten nicht zu erreichen sein, wohl aber durch Erleichterung von Geburt und Aufzucht. Ich möchte die Frauenzahl, auf die gewirkt werden muß, grob schematisch in drei Gruppen gliedern und dann anführen, was geschehen kann, um erstens die Gebärwilligkeit der Frauen und zweitens die Lebenstüchtigkeit der Kinder zu erhöhen.

I. Die ledigen Mütter

Hier handelt es sich wohl zumeist um Arbeiterinnen und Dienstmädchen. Bei ihnen ist's nicht Furcht vor Schwangerschaftsbeschwerden und Geburtsschmerzen, sondern, abgesehen von den Vereinzelten, die das „ledige Kind" als „Schande" empfinden, nur die Angst vor der materiellen Sorge für die Erhaltung des Kindes, die sie häufig

Digitized by Google

die Fehlgeburt wünschen läßt. Der Vater des Kindes ist ihnen oft unbekannt, und auch sonst ist die von ihm zu erhaltende Summe häufig so gering, daß der größte Teil des Verdienstes der Mädchen für das Kind oder gar die Kinder verwendet werden muß. Deshalb sind die Mädchen gezwungen, sich sehr bald nach der Entbindung nach einem möglichst gut bezahlten Posten umzusehen, und, häufig auf Kosten ihrer Gesundheit, anstrengende Arbeit zu leisten. Die Möglichkeit, gute Mütter zu sein (und ich habe die Erfahrung, daß viele unter ihnen es gern wären), ihre Kinder zu stillen und selbst zu versorgen, haben sie also nicht; sie müssen das Kind in die Hände einer Kostfrau geben, wo es häufig nicht zum besten aufgehoben ist — die Zahl der Todesfälle unter den in Kost gegebenen Säuglingen ist wahrhaft erschreckend — und es sicher selten die Entwicklungsmöglichkeit zu einem vollkräftigen Menschen hat.

Wie lautet nun für diese Klasse die Forderung?

A. Einrichtungen von Heimen für Säuglinge und Mütter, die den Müttern organisierte Arbeit (etwa Nähstuben, Wasch- und Bügelstuben oder eine andere Art von Heimarbeit) geben, und ihnen so das Zusammenleben mit ihrem Kind und vor allem das Weiterstillen ermöglichen, die ihnen und den Kindern Pflege, Kost und Aufsicht gewährleisten. Solche Anstalten können nicht allein durch Wohltätigkeit erhalten werden, es müssen öffentliche Mittel für sie gewährt werden. Wo dies nicht durchführbar ist, empfiehlt sich die Einrichtung von Kleinkinder- und Säuglingsheimen durch Staat und Gemeinden, in denen die Mädchen die Kinder gegen Entgelt unterbringen können. Auch ist die allgemeine Durchführung einer strengeren Überwachung der Kostfrauen, wenn möglich eine ärztliche, sonst aber zumindest durch in Kinder- und Krankenpflege geschulte, besoldete Pflegerinnen geboten.

Ferner empfiehlt sich die Einführung von Stillstuben (etwa größeren Betrieben, wie Fabriken, angegliedert), wo die jungen Kinder arbeitender Mütter unter Aufsicht sein, und von den Müttern so lange wie möglich weitergestillt werden könnten. Die Behandlung der größeren Kinder dürfte sich ungefähr mit den unter II. erwähnten Punkten decken; ich möchte deshalb darauf verweisen.

B. Um der „Schande" des ledigen Kindes entgegenzutreten, wäre allgemeine Durchführung des verkürzten Geburtszeugnisses geboten, auch möge das Kind in allen juristischen Angaben den Namen seiner Mutter ohne Zusatz führen. Ferner gebe man allen Frauen von einem bestimmten Alter an das Recht zum Führen des Titels Frau.

C. Betreffs der Gültigkeit der Vaterschaft möchte ich auf das österreichische Gesetz verweisen: wenn ein Mädchen zur Zeit der Empfängnis Umgang mit mehreren Männern gehabt hat, so ist sie berechtigt, einen derselben als Vater des Kindes zu nennen. Sodann wäre eine Erhöhung der Erziehungsbeiträge des Vaters geraten; diese müßten sich nicht nur nach dem Stande der Mutter, sondern auch nach dem des Vaters richten.

Diese beiden Forderungen lassen sich natürlich nur auf dem schwierigen und langwierigen Wege der Gesetzesänderung durchführen. Bis eine solche möglich ist, möge

Digitized by Google

man bei den Zahlungen des Vaters wenigstens den gesunkenen Geldwert in Betracht ziehen.

II. Die Frauen des Arbeiterstandes

Ich glaube, daß im Arbeiterstand eine so große Anzahl von Kindern erzeugt wird, daß die Vermehrung der Geburtenzahl nicht so wesentlich ist wie die Erhaltung und Ertüchtigung der hier erzeugten Kinder. Auch glaube ich, daß in diesem Stande die Zahl der Kinder unbedingt mit erleichterten Aufzuchtsmöglichkeiten wachsen würde.

Es würde sich hier zumeist um rein materielle Hilfe handeln. Diese würde bestehen in Steuerverminderung, allgemeiner Durchführung der Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit in den Volksschulen, Erziehungszuschüssen für eine bestimmte Steuerklasse ohne Nachweis der Bedürftigkeit, die bei einer gewissen Zahl gesunder Kinder einsetzen und gestaffelt steigen. Für alle diese Geldzuschüsse möchte ich das freie oder zum mindesten das Mitverfügungsrecht der Mütter dringend befürworten.

Ferner Bevorzugung kinderreicher Familienväter bei einer Anstellung und Einrichtung von Eigenheimen mit Gärtchen mit Hilfe von Reichs- und Staatszuschüssen, bei deren Besetzung kinderreiche Familien bevorzugt sein müssen.

Für die Mütter selbst würde sich der Ausbau der während des Krieges schon so gut in die Wege geleiteten Wochenhilfe empfehlen; auch kommen für sie, sofern sie zur Arbeit außerhalb des Hauses gezwungen sind, die unter I. A. erwähnten Stillstuben in Betracht. Ferner die Einführung unentgeltlicher Mütterberatungsstellen in noch weiterem Maße, mit freien Medikamenten und auch Kräftigungsmitteln (Vollmilch und Nährpräparatzuweisungen). Für größere Kinder dann noch der Ausbau der Kinderhorte und Ferienkolonien. Ferner die Einführung von Krankenküchen, wo die Frauen nach ärztlicher Verordnung für billiges Geld eine entsprechende Krankenkost für sich oder ein erkranktes Familienmitglied entnehmen könnten. Ich halte diese Einführung für sehr wesentlich, denn es ist erstaunlich, wie schlecht gerade die Frauen dieses Standes sich auf die Herstellung einer zuträglichen Krankenkost verstehen, selbst wenn die nötigen Rohmaterialien vorhanden sind.

III. Die Frauen höherer Stände, Bürger- und Beamtenfrauen

In diesem Stande sind wohl meistens die Aufzuchtkosten für die Kinder größer, als daß der Staat eine wirkliche materielle Hilfe gewähren könnte. Es wird sich hier also zumeist um die moralische Beeinflussung und einige Erleichterungen handeln, die nicht nur als Erleichterungen dienen, sondern vor allem auch als „Entgegenkommen des Staates" empfunden werden sollen. Wie oft findet man in diesen Kreisen geradezu einen Haß gegen das einseitig ethische Verhältnis, das, ihrer Meinung nach, der Staat ihnen aufdrängen will: ich soll Kinder kriegen für den Staat, was tut er mir dafür?

Es kämen also wohl in Betracht Wohnungshilfe — wer es je miterlebt hat, wie

Digitized by Google

hoffnungslos und deprimierend die Wohnungssuche einer kinderreichen, gebildeten Familie ist, wird dem nur dringend beipflichten können; — der Bau von wohlfeilen gut eingerichteten Häusern mit Gärten durch staatliche Unterstützung (eventuell billige Staatshypotheken darauf!), für welche ein Vorkaufs- oder Mietrecht für kinderreiche Familien bestände, gestaffelte Herabsetzung des Schulgeldes für alle Schulen und Steuerstaffelung.

Ich glaube, daß diese Hilfe zusammen mit einem Appell an das moralische Empfinden und Verantwortlichkeitsgefühl der Frauen viel erreichen würde[1].

Einem Einwurf möchte ich von vornherein entgegentreten: wie soll der Staat die nötigen Mittel aufbringen? Der Staat steht unendlich vielen, schwierigen Fragen gegenüber, die sich zum Teil nur mit großem Geldaufwand lösen lassen, aber unter diesen allen scheint mir die Frage der gesunden Volksvermehrung eine seiner lebenswichtigsten zu sein. Ein Teil der tatsächlichen Ausgaben dürfte auch aus der stärkeren Heranziehung der Unverheirateten und Kinderarmen bei der Besteuerung und Erbschaftssteuer zu ziehen sein.

Der Eingriff des Staates in die allerpersönlichsten Angelegenheiten des Einzelnen läßt sich wohl rechtfertigen, er läßt sich aber nun und nimmer durch Zwang durchführen, sondern es muß eine freie Hingabe erreicht werden, und um diese zu erzielen, genügen nicht volltönende Worte und Gesetze, sondern braucht es aufbauenden Tuns.

Die Börsenspekulation und die Schuldigen

Wenn man Börsenkurse der letzten Friedensmonate mit denen des laufenden Jahres vergleicht, so ergibt sich eine Steigerung, die für den Uneingeweihten ganz unbegreiflich ist. Wie ist es möglich, so wird der Naive fragen, daß nach vier Kriegsjahren die Kurse immer weiter steigen? Man sollte doch gerade das Gegenteil erwarten, denn die unserem Wirtschaftsleben zugefügten Schäden sind auch beim besten Frieden auf Jahrzehnte hinaus nicht auszugleichen. Die gewissenhafte Handelspresse warnt seit Jahr und Tag vor den angeblichen oder wirklichen Ausschreitungen der Spekulation, die Behörden erlassen Verwarnungen. Und die Folge davon? Immer weitere Kurssteigerungen. Längst haben Werte, die überhaupt keine Dividende zahlen, aus manchmal recht vagen Erwägungen heraus einen Kurs erreicht, der weit über dem Nennwert steht, ja noch mehr, selbst 4½prozentige Schuldverschreibungen von

[1] Eine Vorbedingung für diesen Erfolg wäre vielleicht noch, daß die jetzt herrschenden „bourgeoismäßigen" Anschauungen verdrängt werden durch die neue naturwissenschaftliche Vererbungslehre, aus der zu folgern ist, daß die Tüchtigkeit des Gesamtvolkes nur erhalten oder gesteigert werden kann, wenn die über den Durchschnitt gut beanlagten Persönlichkeiten, die sich infolge des wirtschaftlichen Wettkampfes in den sogenannten höheren sozialen Schichten anreichern, in gleichem oder stärkerem Maße Nachkommen erzeugen, als der Durchschnitt des Volkes.

Digitized by Google

Industrieunternehmungen sind über ihren Nennwert gestiegen, werfen also eine geringere Verzinsung ab als Kriegsanleihen.

Wie erklärt sich dieses tolle Treiben? Sind etwa die Banken und Bankiers die Schuldigen, indem sie das unerfahrene Publikum zu waghalsigen Spekulationen verleiten? Die Antwort muß lauten: Wenn überhaupt, dann nur in sehr beschränktem Maße. Früher, im Frieden, gab es die sogenannte Depositenkassenkundschaft, also eine buntgewürfelte Gesellschaft von spekulationslustigen Leuten, die auf Grund eines geringen Einsatzes ein Mehrfaches ihres Vermögens riskierten und selbstverständlich häufig auch hereinfielen. Das hat jetzt aufgehört, denn es ist den Banken ausdrücklich verboten, solche Geschäfte zu machen, sie dürfen nur kaufen, wenn die Kundschaft auch voll bezahlt. Dieses Verbot wird nun freilich umgangen. Wenn beispielsweise ein Spekulationslustiger Anleihen hinterlegt, so wird er auch heute noch Vorschüsse bekommen, die dann zum Börsenspiel verwandt werden können. Aber das ist immerhin die verschwindende Ausnahme.

Einen Schein von Berechtigung hat eher jene Annahme, die die Kurssteigerung u. a. dem Fehlen der Baissespekulation oder Kontermine zuspricht, das heißt, derjenigen Elemente, die nicht auf eine Kurssteigerung, sondern auf einen Kursfall spekulieren, die also Papiere verkaufen, die sie noch gar nicht besitzen. Diese Art Börsengeschäfte war es, die dem Laien stets besonders verächtlich oder gar gemein erschien. Und doch kann man gerade jetzt sehen, wie notwendig sie war. Dadurch nämlich, daß immer Elemente an der Börse vorhanden waren, die bei Übertreibungen derartige Leerverkäufe vornahmen, „in die Baisse gingen", bestand stets ein Element, das gegen Kursübertreibungen einschritt und in dieser Beziehung hemmend wirkte. Die Aufhebung der sogenannten Ultimogeschäfte seit Kriegsbeginn hat die fast völlige Ausschaltung der Baissespekulation zur Folge gehabt. Aber das allein kann selbstverständlich die Überspekulation nicht erklären.

Das Hauptargument für diejenigen, die selbst an den Kurstreibereien beteiligt sind, beruht im Hinweis auf die glänzende Beschäftigung und die glänzenden Gewinne unserer Industrie. Man zeigt an immer wieder neuen Beispielen, wie in der Industrie verdient wurde und noch verdient werde, wie die Unternehmungen förmlich in Schwierigkeiten sind, wie sie ihre Gewinne verstecken sollen, wie die jetzt festzustellenden Bilanzen die Verwaltungen in die Verlegenheit bringen, weitere Abschreibungen einstellen zu müssen, weil in den letztvergangenen Kriegsjahren schon alles bis auf die letzte Mark heruntergebucht wurde usw. Daran ist manches richtig. Die Riesengewinne der Industrie sind nicht abzuleugnen. Wenn nun diese Verdienste einen Hauptgrund der Kurssteigerung bilden, wer ist dann der Schuldige? Doch unzweifelhaft dieselbe Regierung, die über jede neue Kurssteigerung so ergreifend jammert. Würde sie unserer Industrie geringere Gewinne zugebilligt haben, hätte sie eine sachverständigere Preispolitik getrieben, so wäre dieses Argument für die Spekus-

Digitized by Google

lation entfallen, und es wären so ganz nebenbei auch die Kriegskosten um manche Milliarde geringer gewesen.

Aber auch der Hinweis auf die Kriegsgewinne allein genügt nicht zur Erklärung der phantastischen Kurse. Denn wie sollen auf diese Weise die schon erwähnten Preise für Industrieobligationen oder für einstweilen dividendelose Werte gerechtfertigt werden? Hier muß also ein anderer Grund vorliegen. Und der liegt vor. Das ist der sogenannte Überfluß an Geld, oder um uns deutlicher auszudrücken, die ständige Fabrikation von fiktivem Geld, von Papier ohne Gegenwert. Es ist eine der größten Unterlassungssünden der deutschen Fachliteratur, daß sie auf dieses Problem der sogenannten Inflation viel zu wenig hingewiesen hat. In dieser Beziehung ist die Erkenntnis bei uns gegenüber der in England und Amerika beschämend weit zurückgeblieben. Wohl hört man andeutungsweise von dieser Erscheinung manchmal an der Börse. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß ja der Hauptkäufer für die Industriewerte die Industrie und vor allem der Warenhandel sei, die beide ihr Betriebskapital freibekommen haben und nunmehr über gewaltige Kapitalien verfügen, die nach Anlage schreien. Seltener schon hört man, und das ist vielleicht noch wichtiger, daß jetzt bereits jedes Halbjahr 2½ Milliarden Mark für Kriegsanleihenzinsen usw. ausbezahlt werden müssen und daß dieses Geld ebenfalls in irgendwelcher Form wieder angelegt werden muß, soweit es nicht verbraucht wird. Die wenigsten aber haben sich überlegt, daß dieses neugeschaffene Geld rein fiktiver Art ist, daß kein Gegenwert vorhanden ist, daß mit andern Worten künftig mit einer geradezu erschreckenden Schnelligkeit neues Geld ohne Gegenwert fabriziert wird. Soweit der Mittelstand dieses Geld erhält, braucht er es restlos auf zur Bezahlung der immer teuerer werdenden Lebensnotwendigkeiten. Das Großkapital dagegen wird das Geld dazu verwenden, um sich Papiere zu kaufen. Da nun im Kriege keine neuen Aktien ausgegeben werden können, so steht einer steigenden Nachfrage ein immer kleiner werdendes Angebot gegenüber, und hieraus erklärt sich in allererster Linie der Hochstand unserer Börsenkurse. Und wer ist hier der Schuldige? Doch wiederum unsere Regierung. Sie hätte Mittel und Wege in der Hand gehabt, dieser Überproduktion von Papieren vorzubeugen, indem sie auf der einen Seite billiger gewirtschaftet hätte — davon war weiter oben schon die Rede — und auf der andern Seite eine ganz andere Steuerpolitik getrieben hätte. Unsere Steuern, namentlich die gegenüber dem Großkapital und den großen Kriegsgewinnen, sind beschämend niedrig gegenüber den Sätzen in England und Amerika. Und wenn man auch zugeben muß, daß bei uns die Möglichkeiten, die Steuern zu erhöhen, begrenzter sind als bei vielen unserer Feinde, so bleibt doch noch genug an Versäumnis übrig. Wenn also heute die Regierung nach den Schuldigen der Börsenkurse fahndet, so möge sie sich gefälligst an ihrer eigenen Nase fassen, sie möge eine andere Preis- und Steuerpolitik treiben.

Digitized by Google

Daß auch die Spekulation selbst, komme es, wie es wolle, an den derzeitigen Preisen keine Freude erleben wird, daß auch hier ein schlimmer Katzenjammer kaum vermeidlich ist, ist eine mehr privatwirtschaftliche Frage. Severus Linter

Notizen

Unsere Unterseeboote verschärfen den amerikanisch-britischen Wirtschaftsgegensatz. Daß der Unterseebootkrieg sehr viel, wenn nicht alles dazu beigetragen hat, die wirtschaftlichen Entwickelungen in Großbritannien, wie überhaupt in den Ententeländern, einer recht bedrohlichen Gefahrgrenze näherzubringen, ist bekannt. Aber es geht nicht an, soweit die wirtschaftlichen Wirkungen unseres Unterseebootkrieges in Frage kommen, die Beurteilung lediglich von dem Gesichtspunkte vorzunehmen, wie sich der Nahrungsmittelmarkt in Frankreich und England gestaltet und wie es mit der Rohstoffheranschaffung aus den Überseestaaten geht. Die letzten Informationen, die man so nach und nach aus verschiedenen Fachzeitschriften sammeln kann, zeigen, daß die Union, wo sich immer hierzu Gelegenheit bietet, den Anlaß benützt, um dem britischen Bundesbruder eins auszuwischen. Das sieht man jetzt so deutlich an den Ausfuhrschwierigkeiten, die sich infolge Schiffsraummangels aus Belgisch-Kongo ergeben. In den in Betracht kommenden Ausfuhrhäfen sind aufgestapelt: 10 000 Tonnen Palmkerne, 2000 Tonnen Kopalharz, 2000 Tonnen Kautschuk, 1000 Tonnen Palmöl, alles Waren, die auf das dringendste in England benötigt werden und die heute einen Gesamtwert von Milliarden darstellen. Insbesondere der Bezug von Palmkernen hat sich während des Krieges ungemein gehoben. Betrug er doch aus Belgisch-Kongo im Jahre 1911 7000 Tonnen, im Jahre 1916 22 000 Tonnen und ist immer weiter steigend geblieben. Der amerikanische Konsulatsbericht, welcher sich ebenfalls mit diesen Verhältnissen beschäftigt, macht nun den Vorschlag, diese im Kongogebiet liegenden wertvollen Waren nach Amerika zu schaffen, da doch an eine Verschiffung nach England nicht zu denken sei. Amerika macht sich erbötig, durch Segelschiffe die Transportierung zu veranlassen und meint, daß es nur gerechtfertigt sei, die Produkte des belgischen Kongos nach der Union zu leiten, da es doch die Union sei, die den belgischen Kongo mit Maschinen, Eisenwaren, Futtermitteln und sonstigen Erzeugnissen versieht.

Der amerikanische Konsulatsbericht ergeht sich dann in Vorschlägen, auch detaillierter Art, wie man diesen Verkehr vermittels Segelschiffen zwischen der Westküste Afrikas und den Vereinigten Staaten organisieren könne, und es wird die Ermächtigung der amerikanischen Regierung für vorbereitende Maßnahmen erbeten. Es kann nun kaum angenommen werden, daß diese Vorgänge der britischen Regierung unbekannt geblieben sind. Im Gegenteil. Man kann voraussetzen, daß diese aus amerikanischen Quellen fließenden Informationen an die Presse weitergegeben worden sind, als man sich in Washington dessen vergewisserte, es würde möglich sein, den britischen Bundesgenossen zu einer Annahme der amerikanischen Vorschläge zu veranlassen. Zweifelsohne sind diesen amerikanischen Veröffentlichungen Vorverhandlungen mit der Regierung in London vorausgegangen. Jedenfalls erkennt man aus Mitteilungen in der britischen Presse, daß man dem amerikanischen Ansinnen nur unter dem Drucke der ärgsten Notwendigkeit entsprechen will. Die Tatsache, daß man diese wertvollen Rohmaterialien aus Belgisch-Kongo nicht herausbekommen kann, daß sie also für die britische Wirtschaft verloren wären, während sie für die amerikanische Wirtschaft von enormer Wichtigkeit sind, scheint einem Arrangement Vorschub zu leisten, das neuerdings Zeugnis davon ablegt, wie sehr die politische und wirtschaftliche Übermacht der Union auf Großbritannien drückt, nicht zu sprechen von der finanziellen Abhängigkeit Londons von New York, die ja durch die fortwährend

Digitized by Google

sich vergrößernde Verschuldung Englands an die Union deutlich genug zum Ausdruck kommt. Wie wir schon gesagt haben, liegt, was Belgisch-Kongo angeht, ein Wirtschaftsgegensatz zwischen England und Amerika vor, der durch das Vorgehen der Union noch weiter verschärft wird. Denn schließlich wäre ja auch der Ausgang aus dem Dilemma in der Weise denkbar gewesen, daß die amerikanischen Segelschiffe die Kongoprodukte nach England gebracht hätten und zweifelsohne wären die Briten bereit gewesen, den amerikanischen Segelschiffen ganz enorm hohe Frachtraten zu bezahlen. V. Busch

Die Friedensoffensive der „Kreuzzeitung". Der sozialistische Reichstagsabgeordnete David kommt im „Vorwärts" auf die vielbeachteten Artikel in der „Kreuzzeitung" über die Notwendigkeit einer Friedensoffensive zu sprechen. Seine Schlußsätze geben wir hiermit wieder:

„Im übrigen haben die Hauptgesichtspunkte, die L. H. für sein Friedensprogramm aufstellt, bereits eine klassische Präzisierung gefunden in der — Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917. Territoriale Unversehrtheit, wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit, Freiheit der Meere, und internationale Rechtsorganisation — nichts fehlt da. Wir freuen uns aufrichtig, daß nunmehr auch von rechts her ein so gewichtiges Bekenntnis zu dieser Willenskundgebung der deutschen Volksvertretung abgelegt worden ist. Die annexionistischen Gewaltpolitiker haben vor einiger Zeit mit viel Gelärm der Welt weis machen wollen, daß jene Kundgebung überholt und von ihren Vätern selbst verlassen sei. Sie müssen nun erleben, daß ihr mitten im konservativen Lager ein kühner Fürsprecher ersteht. Der Verständigungsfrieden marschiert."

Weltkrieg und Lehrerschaft. Anläßlich unserer Notiz über „Weltkrieg und Unterricht" erhielten wir eine längere zustimmende Zuschrift eines Lehrers, der wir folgende sich daran anspinnende Ausführungen entnehmen.

„Man stellt immer neue Forderungen an die Schule und an die Lehrer. Und man tut das mit Recht. Aber man denkt wenig daran, ob die Lehrer überhaupt imstande sind, auch nur die wichtigsten Forderungen solcher Art zu erfüllen. Der einzelne, der seine Freude ganz unmittelbar an solcher deutsch-politischen Jugenderziehung hat, der kann das wohl und tut das gern. Der Lehrerstand als Ganzes und in allen seinen Abstufungen kann das nicht ohne weiteres. Für ihn ist es nötig, von anderem abgesehen, daß die äußerlichen Vorbedingungen gegeben sind. Die fehlen aber heute. Der Lehrer ist Beamter. Und der Beamte ist gesellschaftlich im Abstieg. Er hat nur noch einen so beschränkten Anteil an den Gütern der Nation, daß er unzufrieden und mißmutig geworden ist. Subalterne Gesinnung greift immer mehr um sich. Im Vertrauen gesagt. Wir wollen es positiv ausdrücken: man kann so etwas, wie Sie sich denken, doch nur von einer Lehrerschaft verlangen, deren Arbeit auch öffentlich entsprechend gewertet wird. Wie schlecht aber bezahlt das deutsche Volk seine Pädagogen, nicht bloß die schlechten, sondern auch die guten und die besten. Man kann sich kaum noch eine größere Zeitung halten, kaum eine Zeitschrift; Bücher zu kaufen, wagt man mit Rücksicht auf den Haushalt nicht mehr. An eine Reise oder dergleichen ist vollends nicht mehr zu denken. Man merkt es beinahe täglich im Verkehr mit Kaufleuten, Ingenieuren, Industriellen usw., wie tief man wirtschaftlich und sozial schon gesunken ist.

Wir sollen die Schüler lehren, ihren Anteil an der Kulturaufgabe des deutschen Volkes zu finden. Das können wir nur, wenn wir selbst einen sicheren Anteil an der deutschen Kultur haben und behalten. Dieser Anteil ist heute durchaus in Frage gestellt. Man schämt sich eigentlich, das zu sagen. Aber es ist Tatsache. Das deutsche Volk will gute Schulen und gute Lehrer. Aber es will kein Geld für diese Dinge ausgeben.

Digitized by Google

Das Arbeitskammergesetz ist in der Kommission auf einen kritischen Punkt geraten. Die Parlamentsvertreter haben mit 15 gegen 13 Stimmen den territorialen Aufbau der Kammern verlangt, der Entwurf des Reichsamts des Innern hatte die fachliche Gliederung vorgesehen, und der Regierungsvertreter hat nun dem Kommissionsbeschluß ein Unannehmbar entgegengesetzt. Leider sind die Berichte über die Kommission so dürftig gewesen, daß man kein klares Bild vom Gang der Verhandlungen erhielt. Hoffentlich kommt man über den gegenwärtigen Konflikt hinweg, denn es wäre peinlich genug, wenn an einer Stelle, bei der man nach all dem Vorangegangenen eine glatte Lösung erwarten durfte, neue Hemmungen sich erheben würden. Sachlich liegt die Sache so, daß die Arbeiterschaft, gleichgültig welcher Richtung sie angehören mag, in dieser Frage einig geht und daß sie sich darauf berufen kann, daß die Handels- und Handwerkskammern auch territorial aufgebaut sind. Die fachliche Gliederung des gewerblichen Lebens ist in allen Teilen eine Angelegenheit der freien Organisation geworden. Man kann theoretisch darüber streiten, ob dies in allen Teilen der richtige Weg war und ist, aber in der konkreten Sachfrage liegt kein dringlicher Grund vor, das System gerade von einem Punkt aus umzubauen, bei dem man heute eine ruhige und friedliche Verständigung wünschen muß.

Lenins Trost an die finnländischen Genossen. „Hufvudstadsbladet" vom 12. Juni schreibt: In dem offiziellen Organ der russischen Regierung „Iswestija" in Moskau wird eine Rede veröffentlicht, die Lenin vor einiger Zeit in einer Versammlung des Rates über die Weltrevolution gehalten hat und bei der er u. a. den finnländischen Rote Gardisten-Aufruhr erwähnte.

Lenin stellte fest, daß sich augenblicklich eine gewisse Energie in den bürgerlichen Kreisen aller europäischen Länder bemerkbar macht. Dieses beruht u. a. darauf, daß die russische Revolution noch nicht in der Lage war, Ordnung und Disziplin unter ihren Anhängern zu verbreiten. Die Bürgerlichen anderer Länder haben auf die chaotischen Zustände in Rußland hinweisen können und agitieren mit dieser Tatsache.

Auch die Niederlage der Roten in Finnland ist ein schwerer Schlag für die ganze Revolution, weil sie in hohem Grade die Pläne erschüttert und jedenfalls vorläufig die Aussichten für ein Gelingen vernichtet hat. Der Weg zur Weltrevolution geht indessen über Finnland und von dort weiter durch Skandinavien, und wenn das Ziel nicht auf andere Weise erreicht wird, hinter dem Rücken des deutschen Imperialismus. Die Niederlage der Finnländer beruhte auf der zu kurzen Erfahrung in der Anwendung der Diktatur des Proletariats, auf Uneinigkeit und vor allem auf falschen Berechnungen. Die Bürgerlichen waren in Finnland dieses Mal noch die Stärkeren und dasselbe Verhältnis dürfte noch eine recht lange Zeit währen. Diese Tatsachen soll aber die finnländischen Brüder nicht entmutigen, die jetzt zusammen mit ihren russischen Genossen den Weg für die Weltrevolution bahnen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, für koloniale Fragen Oberleutnant a. D. Franz Kolbe, Berlin W 35. Schöneberger Ufer 36 a I. Für Anzeigen Haasenstein & Vogler, Berlin W 35. Verlag Gustav Kiepenheuer, Abteilung „Deutsche Politik", Berlin W 35, Schöneberger Ufer 36 a. Erscheint jeden Sonnabend • Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt M. 4.—. Kreuzband direkt vom Verlag: Inland M. 4.80, Ausland M. 5.— Feldpost M. 5.50. Einzelnummer 40 Pfg. / Gedruckt in der Hof-Buch- und -Steindruckerei Dietsch & Brückner in Weimar.

Alleinige Anzeigenannahme:
Haasenstein & Vogler, A.-G., Leipzig und sämtliche Zweigniederlassungen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

D.
1
D42
V.3
pt.1
JAN-JUN
1918

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305

Digitized by Google

Digitized by Google